

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und

Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends

Nr. 36.

Freitag den 3. Mai 1918.

Jahrgang XXVII

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.
Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, 1. Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler A.-G., 1. Schulerstraße 11.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom 24. April 1918.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner,
Vize-Bürgermeister Josef Rain.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Franz Hof,
Angermayer, Knoll,
Braun, Dr. Mataja,
Brauneiß, Müller,
Dechant, Payer,
Grünbeck, Schmid,
Dr. Haas, Schneider,
Dr. Hein, Schwer,
Heindl, Spalowsky,
Högel, v. Steiner,
Hohensinner, Tomola,
Jung, Wippel,
Körber, Zapfa.

Entschuldigt: St.-R. Hermann.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr und
Magistratsrat Dr. Held.

Schriftführer: Magistrats-Konzepts-Praktikant Dr. Seipka.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung.

Nach dem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hof wird die Verhandlung vom 18. April 1918, P. Z. 4040/18, W. A. II, 3115, betreffend die Gewährung eines Anschaffungsbeitrages an die städtischen Angestellten, wieder aufgenommen.

Der selbe beantragt: In Abänderung des Beschlusses vom 18. April 1918 wird beschlossen:

1. Den Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen mit Ausnahme der Lehrpersonen, sowie den Witwen und Waisen dieser Angestellten wird ein neuerlicher einmaliger Anschaffungsbeitrag im gleichen Ausmaße gewährt, wie er mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 19. Dezember 1917, P. Z. 12620, bewilligt worden ist; den zum Militärdienst eingerückten oder zur persönlichen Kriegsdienstleistung herangezogenen Angestellten jedoch nur dann, wenn sie dem Mannschafsstande angehören und ihre Familien keinen staatlichen Unterhaltsbeitrag beziehen.

Bezüglich der Einteilung der aktiven Angestellten in die Familienstandsklassen, der Behandlung der weiblichen Angestellten, der Feststellung der Gesamtbezüge und der Bemessung der Zulagen haben die Bestimmungen des zitierten Gemeinderats-Beschlusses über die Kriegszulage für die städtischen Angestellten im ersten Halbjahre 1918 sinngemäße Anwendung zu finden.

Den Anschaffungsbeitrag erhalten von den aktiven Angestellten nur jene, die am 1. Jänner 1918 bereits im Gemeindedienste gestanden sind.

Angestellte der beiden untersten Bezugsklassen (bis zu einem Gesamtjahresbezug: von ausschließlich 3200 K), die bereits am 1. Jänner 1914 im Gemeindedienste gestanden sind, erhalten den Anschaffungsbeitrag in einem um 10 Prozent seines Betrages erhöhten Ausmaße.

Den zum Militärdienste eingerückten oder zur persönlichen Kriegsdienstleistung herangezogenen Angestellten, welche den vorbezeichneten Anschaffungsbeitrag nicht erhalten, wird für jedes Kind ein einmaliger Anschaffungsbeitrag von 60 K gewährt. Bezüglich der Kinder, auf welche hiebei Bedacht zu nehmen ist, sind die Bestimmungen des zitierten Gemeinderats-Beschlusses vom 19. Dezember 1917 maßgebend.

2. Ausgenommen von den vorstehenden Bestimmungen ist das Arbeitspersonal von Gemeindebetrieben außerhalb Wiens, für welches ein eventueller Anschaffungsbeitrag unter Berücksichtigung der örtlichen und sonstigen Verhältnisse innerhalb der durch diesen Gemeinderats-Beschluß gezogenen Grenzen vom Stadtrate festzusetzen ist.

3. Bezüglich der Gewährung eines neuerlichen Anschaffungsbeitrages an die Lehrpersonen wird die Beschlußfassung einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

(Während der Debatte hierüber übernimmt Vize-Bürgermeister Rainer den Vorsitz.)

Der Antrag wird angenommen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 2109, M. A. IX, 1540.) Vize-Bürgermeister H o ß beantragt, zu dem am 4. April 1918 gefassten Beschlusse des Stadtrates, betreffend die Erhöhung der Gebühren für den Zentral-Viehmarkt, Pferdemarkt, Kontumaz-Schlachtpferdemarkt, für die Kinderschlachthäuser, für das Zentral-Pferdeschlachthaus, Schweineschlachthaus und für die Kühlanlagen in den städtischen Approvisionierungsanstalten, folgenden Zusatz zu genehmigen:

„4. Der Stadtrat wird ermächtigt, nach Genehmigung der neuen Gebührenansätze durch das Ackerbauministerium, beziehungsweise die Statthaltereie, den Zeitpunkt der Inkraftsetzung dieser Gebühren und etwa weitere notwendige Durchführungs- und Übergangsbestimmungen festzusetzen.“

Der Antrag wird angenommen.

(An den Gemeinderat.)

Schluß der Sitzung.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom 25. April 1918.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner,
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer,
Vize-Bürgermeister Franz H o ß,
Vize-Bürgermeister Josef Rainer.

Anwesende: Angermayer, H ö h e l,
Braun, H o h e n j i n n e r,
Brauneiß, J u n g,
Dochant, K ö r b e r,
Fraß, K n o l l,
Grünbed Sebastian, Dr. Mataja,
Dr. Haas, M ü l l e r,
Dr. Hein, N e m e z,
Heindl, B o y e r.

Schmid, v. Steiner,
Schneider, Tomola,
Spalowsky, Wippel.

Entschuldigt: St.-R. Hermann, Schwer und Zafka.

Beigezogen: Die Magistratsräte Dr. Wanschura und Dr. Roskopf.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär v. Radler.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Braun wird beschlossen:

(P. Z. 4210, M. A. III, 400.) In Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 10. April 1918 wird das der Aktiengesellschaft für Teerfabrikate, Asphalt, Ruß und chemische Produkte „Teerag“ an der Rat.-Parz. 1417/1 und 897 Simmering im XI. Bezirke bestellte Baurecht nur auf 40 Jahre bestellt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4138, M. A. X, 9300.) Dem Johann Bisenius, V., Krongasse 15, wird die fertige einfache Gruft Gruppe 70, Nummer 77 im Wiener Zentral-Friedhofe um den Preis von 2800 K unter der Bedingung überlassen, daß der Betrag binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung vom Stadtrats-Beschlusse beim städtischen Totenbeschreibamte erlegt wird.

(P. Z. 4148, M. B. A. XI, 6672.) Für den Zubau eines verandaartigen Raumes zur Parterrewohnung im linken Hoftrakt des Hauses XI., Rautenstrauchgasse 11, Konstr.-Nr. 460, Einl.-Z. 428 wird die Bauerleichterung des § 86, Punkt 3 Wr.-D., betreffend die Umfassungsmauern, genehmigt und die zu erteilende Baubewilligung gemäß § 105 Wr. B.-D. bestätigt.

(P. Z. 4128, M. A. X, 3032.) Der Lilly Hoffory, Majorsswitwe, wird die Bewilligung erteilt, beim Gagliengrabe Abteilung 2, Nummer 46 in der Kriegergrabstätte des Wiener Zentral-Friedhofes eine kleine Marmortafel mit den Ausmaßen von höchstens 50 cm Länge und 40 cm Breite aufstellen zu lassen. Bedungen wird, daß dieses Gedenkzeichen über ämtliche Aufforderung auf Kosten der Gesuchstellerin sofort entfernt werde.

(P. Z. 4136, M. A. X, 3031.) Über Ansuchen der Marie Fircel, Hofratswitwe, VIII., Lederergasse 16, wird der Preis des Gartengruftplatzes Gruppe 34 G, Nummer 6 im Wiener Zentral-Friedhofe mit 7500 K, der Preis des Gartengruftplatzes Gruppe 34 H, Nummer 7, im selben Friedhofe mit 5000 K bestimmt.

Die Überlassung eines dieser Plätze wird an die Bedingung geknüpft, daß der entfallende Preis binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung vom Stadtrats-Beschlusse beim städtischen Totenbeschreibamte erlegt wird und daß die Bestimmungen der Magistrats-Rundmachung vom Juni 1915, M. A. X, 2574/11, eingehalten werden.

Der Gesuchstellerin wird die Bewilligung erteilt, die Gruft allfällig durch einen befugten Baumeister unter Aufsicht der Zentral-Friedhofs-Verwaltung herstellen zu lassen.

(P. Z. 4140, M. A. X, 3143.) Dem Wenzel S y n e l, XI, Krausegasse 7 a, wird über Ansuchen das heimgefallene Grab Gruppe XII, Reihe 9, Nummer 15 im Simmeringer Friedhofs alter Teil auf die Dauer von 20 Jahren um den Betrag von 200 K überlassen.

Falls in dem Grabe die Leiche einer dem Friedhofs nicht zugewiesenen Person als erste Leiche beerdigt wird, so erhöht sich vorstehender Betrag auf 300 K.

(P. Z. 4132, M. A. X, 2480.) Das Ansuchen des Rudolf v. S e l d e n m a y e r, XIV., Sechshausenstraße 22, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 59 B, Reihe 14, Nummer 20 im Wiener Zentral-Friedhofs wird bewilligt.

(P. Z. 4130, M. A. X, 3427.) Der Grete K l i m e s, Majorswitwe, XIX., Döblinger Gürtel 2, wird die Bewilligung erteilt, beim Gogistengrabe, Abteilung XVI, Nummer 20 in der Kriegergrabstätte des Wiener Zentral-Friedhofes eine kleine Marmortafel mit den Höchstaßmaßen von 50 cm Länge und 40 cm Höhe aufstellen zu lassen.

Bedungen wird, daß dieses Gedenkzeichen über ämtliche Auforderung auf Kosten der Gesuchstellerin sofort entfernt werde.

(P. Z. 4133, M. A. X, 2526.) Das Ansuchen des Josef R e j s i in Neu-Neisch, Mähren, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 56 B, Reihe 6, Nummer 13 im Wiener Zentral-Friedhofs wird bewilligt.

(P. Z. 4135, M. A. X, 3149.) Dem kaiserl. Räte und Kommerzialrate Oskar G r ü n b a u m, I., Graben 26, werden die einfachen Gartengruftplätze Gruppe 31 B, Nummer 3 und 4 in der Kapellenstraße des Wiener Zentral-Friedhofes zur Erbauung einer Gruft auf denselben um den Preis von zusammen 20.000 K unter der Bedingung überlassen, daß dieser Betrag binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung vom Stadtrats-Beschlusse beim städtischen Totenbeschreibeamte erlegt wird, und daß die Bestimmungen der Magistrats-Rundmachung vom Juni 1915, Magistrats-Abteilung X, 2575/11, eingehalten werden.

(P. Z. 4183, M. B. A. XI, 1347.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 99 Gesuche um Nachsicht der Hundesteuer aus dem XI. Bezirke, werden genehmigt.

(P. Z. 4216, M. A. X, 3552.) Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, die Erhaltung und Ausschmückung der Grabstätte im Wiener Zentral-Friedhofs Gruppe 33 B, Reihe 9, Nummer 15 und 16, in welcher die Asche des am 20. April verstorbenen Hofburgschauspielers Alexander G i r a r d i beigesetzt werden soll, zu übernehmen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. D e s a n t wird beschlossen:

(P. Z. 4156, M. A. XIV, 177.) Dem Dr. Hans S t r e i c h e r wird die Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 243 und 467 des Grundbuches Pöbleinsdorf unter den Bedingungen des Stadtbauamtsberichtes vom 11. März 1918 als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a Wr. B.-D. genehmigt.

(P. Z. 4154, M. A. XIV, 23.) Dem Franz S c h ö f m a n n wird die Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 126, 603 und 105 des Grundbuches Gersthofer im XVIII. Bezirke unter den Bedingungen des Stadtbauamtsberichtes vom 12. März 1918 als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a Wr. B.-D. genehmigt.

(P. Z. 4129, M. A. X, 3210.) Dem Bürger und Hausbesitzer Johann D s w a l d, XVIII., Rathstraße 41, wird das eigene Grab Gruppe A, Nummer 15 beim Haupteingange im Neustifter Friedhofs um 400 K auf Friedhofsdauer überlassen.

(P. Z. 3838, M. A. VIII, 759.) Die Anträge, betreffend drei Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XVIII. Bezirkes, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. S e i n d l wird beschlossen:

(P. Z. 4169, M. A. XV, 5603.) Dem „Deutsch-österreichischen Lehrerverein für Naturkunde“, II., Kleine Sperlgasse 7, wird die Benützung des Festsaales der Mädchen-Bürgerschule I., Bedlitzgasse 9, für eine am 3. Mai 1918 von 1/2 7 bis 1/2 9 Uhr abends stattfindende Versammlung, verbunden mit einem wissenschaftlichen Lichtbildervortrag unter den üblichen Bedingungen sowie gegen Ersatz der Kosten des elektrischen Stromes bewilligt.

(P. Z. 4152, M. A. XIII, 1436.) Nachbenannten Personen werden aus der Menschenfreund-Stiftung folgende Beträge verliehen, und zwar: Karl D o s t a l 100 K und Anna F i e b e r 50 K.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. F r a h wird beschlossen:

(P. Z. 4123, M. B. A. VIII, 188.) Dem Ansuchen des Dr. Ferdinand K a d e č k a, k. k. Ministerial-Sekretär, derzeit in Wien, XIX., Weggasse 16 wohnhaft, um nachsichtsweise Übernahme der für die Verpflegung des Dienstmädchens Marie C i h e l n a in der k. k. Krankenanstalt Rudolfstiftung aufgelaufenen Verpflegskosten per 94 K 54 h auf die Wiener Dienstbotenkrankenassa wird keine Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. P o y e r wird beschlossen:

(P. Z. 4215, M. A. X, 1599.) Der Ida W a l d e l, XIII., Battmannngasse 8, wird das eigene Grab Gruppe XII, Nr. 89 im Hiepinger Friedhofs um 400 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen.

(P. Z. 4142, M. A. X, 2595.) Der Betti B r o d a, Privaten, XIII., Habitzgasse 102, wird das eigene Grab Gruppe XII, Nr. 34 im Hiepinger Friedhofs um 1200 K auf Friedhofsdauer überlassen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. S t o n n wird beschlossen:

(P. Z. 4181, M. A. XXI, 5213.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 24 Gesuche von Parteien aus dem XXI. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

(P. Z. 4180, M. A. XXI, 6681.) Es wird die Genehmigung erteilt, daß die mit 814-K 14 h für das Haus Konstr.-Nr. 1289 Floridsdorf, Grundb.-Einl.-Z. 748, Kat.-Parz. 151, Grundbuch Donauefeld Dr.-Nr. 15 Kaiserin Elisabeth-Straße im XXI. Bezirke, bemessene Kanaleinmündungsgebühr bei Gewährung einer 50prozentigen Ermäßigung vorläufig nur mit dem Betrage von 407 K 7 h eingehoben werde.

Im Falle einer nachträglichen Änderung in den die Gebühren-erleichterung begründenden Verhältnissen wird die entsprechende Ergänzungsg Gebühr eingehoben werden.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(P. Z. 4055, St. G. W., 693.) Der technische Beamte II. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Ing. Julius Zurecka wird mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1918 ad personam zum technischen Beamten I. Klasse mit den Bezügen der 3. Gehaltsstufe (3600 K Gehalt und 1900 K Quartiergeld) befördert.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4188, St. G. W., 889.) Die Kabelauffeher Matthias Weinguni, Johann Vojta und Josef Koblinger werden zu Kabelmeistern III. Klasse, 3. Gehaltsstufe mit einem Gehalte von 2040 K, einem Quartiergelde von 1000 K und dem festgesetzten Spendenpauschale von 300 K jährlich ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4187, St. G. W.) Der Schwester des am 20. März 1918 verstorbenen kaufmännischen Hilfsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke Richard Fleischer, namens Mathilde Fleischer, wird ein Leichentkostenbeitrag von 425 K bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(P. Z. 4027, M. A. X, 2148.) P. Z. 1641, womit der Eckgrustplatz am Hauptwege in der Gruppe XV des Dornbacher Friedhofes zur Anlage eigener Gräber bestimmt worden ist, wird dieser Grustplatz dem Josef Manner, XVII., Dornbacherstraße 126, um den Preis von 4300 K, beziehungsweise wenn die erste in der Grust beizusetzende Leiche dem Friedhofe nicht zugewiesen ist, um den Betrag von 8600 K unter der Bedingung überlassen, daß dieser Betrag binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung beim magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk erlegt wird und daß sonach die Grust nach Einholung der Baubewilligung vom Gesuchsteller durch befugte Gewerbetreibende erbaut wird.

(P. Z. 3848, M. A. X, 2460.) Dem Franz Hanel, Hausbesitzer und Wagenfabrikant, XVII., Bergsteiggasse 42, wird die einfache Gartengrube Gruppe XIV, Nummer 22 im Hernalscher Friedhofe ohne Belag um den Betrag von 3700 K, beziehungsweise wenn die erste in der Grust zu beerdigende Leiche dem Friedhofe nicht zugewiesen ist, um den Betrag von 7400 K unter der Bedingung überlassen, daß dieser Preis binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung beim magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk erlegt wird und daß die Grust auf Kosten der Partei

unter Aufsicht des Stadtbauamtes von befugten Gewerbetreibenden fertiggestellt wird.

(P. Z. 3860, M. A. XI, 80281.) Dem Armenrate des XVII. Bezirkes Leopold Dofusil wird das Diplom für mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates verliehen.

(P. Z. 3861, M. A. XI, 110688.) Den Armenräten des XVII. Bezirkes Johann Böck, Rudolf Kollat, Dr. Rudolf Kübler, Anton Delfner und Karl Duz wird für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates das Diplom verliehen.

(P. Z. 3840, M. A. X, 2008.) Dem Albin Gehrig, Hausbesitzer, XVII., Ottakringerstraße 52, wird neben dem von ihm bereits erworbenen Doppel-Gartengrurstplatz Gruppe XVI, Nr. 10 im Hernalscher Friedhofe zum Zwecke der Erbauung einer Doppel-Grust mit Doppel-Grustbelag ein Grundstreifen in der Breite von 0·8 m und der Länge von 3·6 m um den Preis von 1500 K, beziehungsweise 3000 K unter der Bedingung überlassen, daß dieser Betrag, binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung bei der Hauptkassa-Abteilung für den XVII. Bezirk eingezahlt wird.

(P. Z. 3862, M. A. XI, 15227.) Den Armenräten des XVII. Bezirkes Johann Hügel, Alois Leopold, Dr. Franz Ritter v. Des Loges und Franz Weinart wird für mehr als 10jährige Ausübung des Mandates das Diplom verliehen.

(P. Z. 4171, M. A. XV, 4164.) Dem Bauaufsichts-Oberrevidenten Josef Bittmann wird aus Anlaß der Überwachung der Zustandhebungsarbeiten in den von der Heeresverwaltung zurückgestellten Schulen des XVII. Bezirkes eine Anerkennungs-gabe von 160 K bewilligt.

Die Ausgabe ist auf Ausgabe-Rubrik XII 4 c bedeckt.

(P. Z. 3941, M. A. XV, 5746.) Der Leitung der Knaben-Volksschule XVII., Wichtelgasse 67, wird die Benützung des Turnsaales oder des Sommerturnplatzes der Schule XVII., Kindermann-gasse 1, für ein am 5. Mai 1918 nachmittags abzuhaltendes Schülerkonzert unter den üblichen Bedingungen bewilligt.

(P. Z. 4042.) Aus dem von der Gemeinde Wien für notleidende Gewerbetreibende gewidmeten Betrage von einer Million Kronen werden an 15 Bewerber des XVII. Bezirkes 1500 K verliehen.

(P. Z. 4139, M. A. X, 3362.) Dem Ludwig Berghofer, Kaufmann, XVII., Hernalscher Hauptstraße 88, wird der einfache Grustplatz Gruppe XIV, Nr. 34 im Hernalscher Friedhofe um den Betrag von 1600 K, beziehungsweise um den Betrag von 6400 K, wenn die erste in der Grust zu beerdigende Leiche dem Friedhofe nicht zugewiesen ist, unter der Bedingung überlassen, daß der Grustplatz innerhalb acht Wochen vom Gesuchsteller erworben, die Baubewilligung bei dem magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk erwirkt und die Grust durch befugte Gewerbetreibende hergestellt wird.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Bökel** wird beschlossen:

(P. Z. 4147, M. A. 22922.) Die Wahl des Georg Hofner zum Obmann, des Eduard Ramharter zum Obmann-Stell-

vertreter und des Julius Koubicek zum Schriftführer der X. Sektion des Armeninstitutes Ottakring mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner** wird beschlossen:

(P. Z. 4227, M. A. III, 3344.) Die im Wertheimsteinparke notwendig gewordenen Instandsetzungsarbeiten:

1. Ausbesserung des Staketengitters längs der Döblinger Hauptstraße,

2. die Instandsetzung der von der Döblinger Hauptstraße zum Gärtnerhäuschen führenden Holzstiege,

3. die Ausbesserung der Dachkonstruktion des großen Palmenhauses und die der Fensterrahmen im Azaleenhaus werden mit dem Gesamtkostenbetrage von 8000 K genehmigt. Die Ausführung derselben hat durch die Kurrentersterher zu erfolgen.

(P. Z. 4141, M. A. X, 148.) Dem Franz Spiel, XIX., Döblinger Hauptstraße 13 a, wird das eigene Grab Gruppe VI, Reihe 2, Nummer 10 im Döblinger Friedhofe um 300 K auf die Dauer des Friedhofbestandes überlassen.

(P. Z. 4145, M. A. X, 2649.) Dem Franz Grundler, IX., Pramergasse 21, wird das eigene Grab Gruppe XVIII, Reihe 6, Nummer 9 im Döblinger Friedhofe um 1200 K auf Friedhofsdauer überlassen.

(P. Z. 4184, M. B. A. XIX, 414.) Die von der Firma „Gora“, Präzisionswerkstätte für Mechanik und Uhrenbau, angestrebte Abweichung von der mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 25. Juli 1901, Z. 8239, festgesetzten Verbauungsvorschrift, darin bestehend, daß im Garten der Liegenschaft Einl.-Z. 256 Grundbuch Grinzing, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne ein kleiner Industriebau aufgeführt werde, wird unter den Bedingungen der Bauverhandlungsschrift vom 5. April 1918 genehmigt.

(P. Z. 3824, M. A. III, 2978.) Die Bestellung eines Baurechtes an der städtischen Liegenschaft Kat.-Parz. 841/1 und 2 in Einl.-Z. 403 Grinzing zugunsten des Alfred und der Renate Wiener wird abgelehnt.

(Vize-Bürgermeister Rain übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 4114, M. A. III, 651.) Von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen Einlösung der Liegenschaft XIX., Billrothstraße 41, für Zwecke eines städtischen Fuhrwerkes wird mangels Bedarfes an einem solchen Fuhrwerkshofe im XIX. und in den angrenzenden Bezirken abgesehen.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Sierhammer** wird einstimmig beschlossen:

(4242.) Dem Minister a. D. Ottokar Grafen Czernin wird in dankbarer Würdigung der Verdienste, die er sich in schwerer Zeit um das Vaterland erworben hat, das Ehrenbürgerrecht der I. L. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien verliehen.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des Vize-Bürgermeisters Sierhammer wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4125, M. A. VIII, 411.) 1. Das Übereinkommen mit Anton Dreher wegen Überlassung des Wildabschlusses wird nach dem vorgelegten Vertragsentwurfe genehmigt.

2. Ein Teil des Jagdgebietes im Forstschußbezirke Albern im Wirtschaftsbezirke Mannswörth wird vom 1. Mai 1918 bis 31. Dezember 1923 um den Jahrespachtzins von 1600 K an Hans Lechner und Anton Payer verpachtet.

3. Die Anbote des I. L. Hofrates Dr. Bede, Josef Gödl, Friedrich Rosinek und Johann Kolars werden abgelehnt.

(P. Z. 4126, M. A. VIII a, 426.) Der Firma Schoeller & Komp. werden zu industriellen Zwecken die im Vorjahre erzeugten 4, 5 und 6 m langen Kadelholzblöcke I. und II. Klasse mit einem Mindestdurchmesser von 18 cm um 43 K für 1 fm und die Buchenblöcke von einer Mindestlänge von 2 m und einem Mindestdurchmesser von 18 cm um 25 K für 1 fm, alles in Triftbach mit Ausnahme des zum eigenen Bedarf oder zum Verschnitt auf eigenen oder gepachteten Sägen bestimmten Blochholzes verkauft.

(P. Z. 4120, M. A. IV, 963.) Die Kosten der Herausnahme von 2552 m Kabeln von den entbehrlich gewordenen elektrischen Beleuchtungslampen bei den städtischen Wasserbehältern behufs ihrer Wiederverwendung bei der Herstellung mehrerer öffentlicher Beleuchtungsanlagen in der Höhe von rund 9000 K werden genehmigt.

(P. Z. 4222, M. A. XXII, 638.) Um dem Orchester der Wiener Volksoper für das Jahr 1918 die ganzjährige Verwendung zu sichern, bewilligt die Gemeinde Wien gegen Einhaltung der von Direktor Mader in der Aufnahmeschrift des Magistrates vom 22. April 1918 übernommenen Verpflichtung einen in zwei Raten zu 3500 K am 31. Juli, beziehungsweise 31. August 1918 fälligen, an die Direktion der Wiener Volksoper auszubehaltenden Betrag von 7000 K.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hof** wird beschlossen:

(P. Z. 4234, M. A. V, 511.) 1. Der bauamtliche Entwurf für die Ausführung der Straßenrampen im Anschluß an die neue Brücke über die alte Donau im Zuge der Wagramerstraße auf der Ragnanerseite mit einem Kostenverfordernis von 183.291 K 68 h wird genehmigt.

2. Das vorgelegte Übereinkommen zwischen der I. L. Reichsstraßenverwaltung und der Gemeinde Wien wegen Leistung eines Betrages von 108.312 K seitens der I. L. Reichsstraßenverwaltung zu den Kosten der Rampenherstellungen einschließlich der Notstraße wird genehmigt.

3. Das für diese Herstellungen auf die Gemeinde entfallende Restverfordernis von 87.204 K 15 h wird im Sinne des Stadtrats-Beschlusses vom 23. März 1916, P. Z. 2833 (M. Abt. V, 533/16) wie folgt aufgeteilt:

Städtische Straßenverwaltung 42.285 K 14 h,

„ Straßenbahnen 37.860 K 31 h,

„ Gaswerke 1925 K 10 h,

„ Wasserleitung 1925 K 10 h,

„ Elektrizitätswerke 3208 K 50 h.

4. Die Deichgräber- sowie die Erd- und Pflasterungsarbeiten, die Beistellung des Steinfuhrwerkes und die Lieferung der Bruch-

feine werden der Bauunternehmung Leopold Wolf & Komp., XVII., Anastasius Grün-Gasse 16, auf Grund ihres Angebotes vom 9. April 1918 übertragen.

5. Die übrigen Arbeiten und Lieferungen sind durch die Ersteuer der laufenden Arbeiten auszuführen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4102, M. A. II, 1121.) Der Straßenarbeiterswitwe Elise Schrembs wird eine Gnadengabe von jährlich 360 K vom 1. Februar 1918 bis Ende des Jahres 1920, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4104, M. A. II, 1231.) Die monatliche Zahl der Auszahlungstage der Hauptkassen-Abteilung für den VI. Bezirk für die Erhaltungsbeiträge wird von vier auf sechs erhöht.

Die hiedurch verursachte Mehrausgabe per jährlich 480 K ist auf Ausgabe-Kubrik IV 18 f bedeckt.

(P. Z. 4191, St. G. W., 1194.) Dem mit der Vertretung des Leiters der Abteilung VI f „Materialbeschaffung“ betrauten Beamten der städtischen Gaswerke wird vom 1. April 1918 angefangen eine monatliche, im vorhinein auszählbare, in die Pension nicht einrechnbare Verwendungszulage von 600 K jährlich zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Den Straßenarbeiterwitwen:

(P. Z. 4110, M. A. II, 2695) Antonia Ruzicka werden 1314 K und

(P. Z. 4106, M. A. II, 13) Anna Mouchka werden 1241 K als Abfertigung zuerkannt.

(P. Z. 4194, St. Lagerh., 10638.) Die Anschaffung und Aufstellung von weiteren drei Maisrebelmaschinen für die Lagerhäuser der Stadt Wien mit dem Gesamterfordernisse von 19.900 K, das aus den Betriebsergebnissen der Lagerhäuser zu decken ist, wird genehmigt.

(P. Z. 4185, St. Str. B., 5769.) Die Nachweisung über die Belastung des Referendats vom 30. März 1918, nach welchem derselbe mit 1.734.833 K 79 h belastet ist, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4214, M. A. IX, 361.) 1. Der Beleuchtungsdieners II. Bezugsklasse Johann Prohaska wird ad personam zum Beleuchtungsdieners I. Bezugsklasse mit dem Range vom Ernennungstage ernannt.

2. Die mit Gemeinderats-Beschluß vom 25. Oktober 1907, P. Z. 2994/17, mit monatlich 15 K festgesetzte Nachdienstzulage der Beleuchtungsdieners am Zentral-Viehmarkte wird auf monatlich 50 K erhöht.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4193, St. G. W., 142.) 1. Dem Kanzleibeamten der städtischen Gaswerke Ferdinand Kreis wird im Sinne des Punktes 6, Absatz 4 des Gemeinderats-Beschlusses vom 12. Mai 1908, P. Z. 3681, die angesuchte Bewilligung zu seiner am 29. Oktober 1915 erfolgten Verheiratung im Gnadenwege nachträglich erteilt.

Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten werden gemäß dem Magistrats-Antrage nachstehende Witwenpensionen zuerkannt:

(P. Z. 4101, M. A. II, 669) der Bauratswitwe Eleonore Muttenthaler 2400 K jährlich,

(P. Z. 4111, M. A. II, 1837) der Marktgebühreneinheberswitwe Karoline Bauer 1080 K jährlich,

(P. Z. 4109, M. A. II, 2563) der Ratsdienerswitwe Therese Schimmel 750 K jährlich,

(P. Z. 4105, M. A. II, 1072) der Straßenarbeiterswitwe Therese Strobl 486 K 66 h jährlich,

(P. Z. 4107, M. A. II, 1979) der Bau-Inspektorwitwe Johanna Willomizer 3680 K jährlich und ein Erziehungsbeitrag von 1840 K jährlich für das Kind Friedrich,

(P. Z. 4112, M. A. II, 1217) der Maschinistenswitwe Ludmilla Rozanek 775 K 42 h jährlich und ein Erziehungsbeitrag von je 155 K 9 h jährlich für die beiden Kinder.

(P. Z. 4225, M. A. XIX, 424.) Im Stande des Zentral-Wahl- und Steuerkatasters wird im Wege der Zeitbeförderung der Kanzlist Gustav Freßl zum provisorischen Akzessisten mit dem Range vom 18. April 1918 und der Akzessist Josef Heumann zum Offizial in der X. Rangsklasse mit dem Range vom 13. April 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4190, St. G. W., 1039.) Dem Josef Tür, Vater des am 21. März 1918 verstorbenen Gasmessermästers Johann Tür, wird gemäß § 21, Abs. 1, alin. 2 der Pensionsvorschrift für die provisorischen Bediensteten der städtischen Gaswerke der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 436 K 90 h zuerkannt.

(P. Z. 4192, St. G. W., 4060.) Der Rechnungsbeamte Hans Picalak wird im Wege der Zeitbeförderung mit dem Range vom 1. Dezember 1917 in die I. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe der Rechnungsbeamten mit dem Gehalte von 3600 K und dem Quartiergelde von 1900 K befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4220, M. A. XIX, 607.) Im Status des städtischen Exekutionsamtes wird der Titular-Direktions-Adjunkt Robert Staneek im Wege der Stellenbeförderung zum wirklichen Direktions-Adjunkten ernannt.

Dem Ober-Offizial Anton Neczas werden im Wege der Klassensortierung bei Beibehaltung seiner rangklassenmäßigen Stellung die Bezüge der VIII. Rangsklasse ab 1. Mai 1918 zuerkannt.

Der Kanzlist Friedrich Nigner wird im Wege der Zeitbeförderung zum provisorischen Akzessisten mit dem Range vom 12. April 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4223, M. D., 1564.) Dem Titular-Bauaufsichts-Revidenten Josef Panitz werden die Bezüge der VIII. Rangsklasse mit dem Anspruche auf die Gehaltssteigerungen dieser Rangsklasse und der Titel eines Bauaufsichts-Ober-Revidenten verliehen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4224, M. D., 1866.) Die Zahl der in der VIII. Rangsklasse systemisierten Stellen des bau- und maschinentechnischen Hilfsstatus des Stadtbauamtes wird unter gleichzeitiger Auflösung der

gleichen Anzahl von Stellen im Summarstande der VIII. bis IX. Rangsklasse um 4 Stellen, somit von 2 auf 6 erhöht.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 3834, M. A. V, 399.) Im Interesse der Förderung des Flugverkehrs hält es die Gemeinde Wien für nötig, daß ihr zum Zwecke der Erwerbung von Gründen behufs Schaffung von Flugplätzen und Flughäfen das Enteignungsrecht eingeräumt wird.

Die k. k. Regierung wird ersucht, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf der verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen.

(P. Z. 3833, M. A. V, 1389.) Das vorgelegte Übereinkommen mit der k. u. k. Heeresverwaltung wegen Vermietung städtischer Gründe in Aspern für Flugzwecke wird genehmigt.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Saas** wird beschlossen:

(P. Z. 4131, M. A. X, 2575.) Die Durchführung der in dem vorgelegten Kostenvoranschlage bezeichneten Instandsetzungsarbeiten im Barackenspitale Unter-Weidlung wird mit einem Gesamterfordernisse von 7960 K genehmigt und der Magistrat angewiesen, die Arbeiten und Lieferungen an die Ersterher der laufenden Arbeiten zu übertragen.

(P. Z. 4146, M. A. XI, 21308.) Den mittellosen Kranken, die vom Magistrate in das Todesco-Stiftungshaus in Baden entsendet werden, wird im Jahre 1918 mit Rücksicht auf die bestehenden Feuerungsverhältnisse zur Bestreitung der Selbstverpflegung ein Kostgeld von 5 K per Kopf und Tag bewilligt.

Das Erfordernis für dieses Kostgeld ist auf der Ausgabskubrik XXXVII 8 e zu verrechnen.

(P. Z. 4149, M. A. XI b, 24518.) 1. Der Magistratsbericht, betreffend die Räumungsarbeiten bei der Kläranlage und den Senkgruben im Versorgungshause in Mauerbach, wird zur Kenntnis genommen.

2. Dem Josef Janda wird der Preis für die Abfuhr des dünnflüssigen Inhaltes der Faulkammern und Senkgruben in dieser Anstalt mit Latrinenwagen auf 12 K für die Fuhr und für den Aushub des dickflüssigen Inhaltes auf 24 K für den Kubikmeter vom 1. Juli 1917 an bis auf weiteres erhöht.

(P. Z. 4150, M. A. XI c, 385.) 1. Die Gemeinde Wien mietet von der Fürst Franz von und zu Liechtenstein'schen Forst- und Güter-Direktion in Neulengbach das Schloß Neulengbach samt Nebengebäuden und den Parkanlagen auf die Dauer von zwölf Jahren gegen einen jährlichen Zins von 16.000 K.

2. Der vorgelegte Vertrags-Entwurf wird genehmigt.

3. Das Bestandsobjekt wird prinzipiell als Erholungsheim gewidmet, und zwar für rekonvaleszente und erholungsbedürftige Personen, die das Recht auf Armenversorgung nicht haben, jedoch auch nicht in der Lage sind, sich gegen höhere, als die jeweils für das Erholungsheim festgesetzten Verpflegskosten anderweitig die notwendige Erholung durch entsprechenden Aufenthalt und entsprechende Verköstigung zu verschaffen.

4. Der Magistrat wird beauftragt, die näheren Bestimmungen über die Durchführung der Verwaltung, Verpflegung, Aufnahme zc. (Statut) vorzulegen und die ehemöglichste Durchführung der Angelegenheiten einzuleiten.

5. Die erstmaligen Kosten für bauliche Herstellungen, die Einrichtung des Hauses zc. im Betrage von rund 400.000 K sind im nächstfolgenden Voranschlag sicherzustellen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4158, M. A. XIV, 315.) Zur Errichtung einer Wächterhütte und Waschlüche an der Erdbergerläube auf der Kat.-Parz. 2979 im Interesse der Betriebsführung des städtischen Strombades „Kaiser Josef-Brücke“ wird unter den vom Magistrate bezeichneten Bedingungen die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4157, M. A. XIV, 349.) Dem Vinzenz Frei, Huf- und Wagenschmied, III., Schlachthausgasse 19, wird die Baubewilligung für einen Schuppen auf der Liegenschaft III., Erdbergstraße 164, unter der Bedingung erteilt, daß diese provisorischen Objekte über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien wieder entfernt und zur Sicherstellung dieser Verpflichtung ein Haftgeld von 200 K vor Hinausgabe der Baubewilligung bei der städtischen Hauptkassa erlegt werde.

(P. Z. 4159, M. A. XIV, 603.) Der Firma Gebrüder Stingl wird die Baubewilligung für einen Lagerschuppen im Hofe des Hauses III., Ungargasse 27, unter der Bedingung erteilt, daß sich der Eigentümer des Hauses verpflichtet, diesen Schuppen über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf eine Entschädigung zu entfernen und daß zur Sicherstellung dieser Verpflichtung ein einverleibungsfähiger Revers ausgestellt werde.

(P. Z. 4160, M. A. XIV, 2689.) Der Firma k. k. Baurat Heinz Gerl's Witwe wird die erbetene Bewilligung für Bauperstellungen im III. Bezirke, Arsenalweg 10, unter der Bedingung erteilt, daß der Hühnerstall wasserdicht gepflastert, die Senkgrube aus wasserdichtem Mauerwerk mit ebensolcher Sohle hergestellt, der Dachboden über der Wächterwohnung gepflastert, die neuen Zubauten über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf Entschädigung wieder entfernt werden und daß zur Sicherstellung dieser Verpflichtung ein Haftgeld von 20 K vor Hinausgabe der Baubewilligung bei der städtischen Hauptkassa erlegt werde.

(P. Z. 4179, M. A. XVIII, 779.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend zwölf Gesuche von Parteien aus dem III. Bezirke um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des III. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 4217, M. A. X, 3067.) Der städtische Arzt Dr. Heinrich Keller wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Ober-Arzt in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 30. Dezember 1917 an ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4219, M. A. XI b, 4400.) Der Versorgungshauswächter Josef Schaumberger wird mit einem Ruhegenuß im Betrage von 1512 K in den bleibenden Ruhestand versetzt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 4151, M. A. XI c, 739.) Der Rechenschaftsbericht des städtischen Wohlfahrtsamtes über den städtischen Sachkurs für Jugendfürsorge wird zur Kenntnis genommen.

(Vize-Bürgermeister Hof übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 4167, M. A. XV, 6065.) Zur Anbringung eines Reliefs im Schulgebäude XVIII., Klettenhofergasse 3, mit einer Legende, darstellend den Errichter und ersten Spitals-Kommandanten Stabsarzt Dr. Josef v. Winter, durch den Zweigverein Währing des Patriotischen Hilfsvereines vom „Roten Kreuz“ auf dessen Kosten wird die Zustimmung erteilt.

Wegen Bestimmung des Ortes der Anbringung ist das Einvernehmen mit der Magistrats-Abteilung XV zu pflegen.

(P. Z. 4166, M. A. XV, 3271.) Von dem Abschlusse einer Haftpflichtversicherung für die aus dem Schulbetriebe sich ergebenden Unfälle wird abgesehen.

(P. Z. 4165, M. A. XV, 4616.) Dem Katholischen Jugendverein „Gut Freund“, XX., Allerheiligenplatz 5, wird unter den üblichen Bedingungen und gegen jederzeit möglichen Widerruf sowie gegen Tragung der Beleuchtungskosten die unentgeltliche Mitbenützung des Behrzimmers Nr. 26 und des Turnsaales samt Ankleideraum der Knaben-Bürgerschule XX., Staudingergasse 6, und zwar des ersteren an Sonntagen von 2 bis 9 Uhr nachmittags und an jedem Mittwoch und Samstag von 6 bis 9 Uhr abends, des letzteren einmal im Monate an einem mit der Schulleitung zu vereinbarenden Tage in der Zeit von 6 bis 9 Uhr abends bewilligt.

(P. Z. 4170, M. A. XV, 5930.) Zur Anrechnung der von dem Bürgerischullehrer Franz Peter vom 15. September 1909 am Privatlehrer-Seminar mit Öffentlichkeitsrecht in Feldkirch zurückgelegten Dienstzeit für die Bemessung der Dienstalterszulagen wird die Zustimmung verweigert.

(P. Z. 4163, M. A. XIV, 6111.) Zur Beurlaubung des Volksschullehrers I. Klasse Karl Linke, auf die Zeit vom 15. April 1918 bis zum Schluß des laufenden Schuljahres, sowie auf die Dauer des Schuljahres 1918/19 gegen Ersatz der Substitutionskosten (auch der nach § 19 des Substitutionsnormales erwachsenden) und Einstellung abfälliger Remunerationen wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4162, M. A. XV, 6169.) Der an Bürgerschulen in Verwendung stehenden aus Hilfsweise bestellten provisorischen Lehrerin II. Klasse Dr. Friederike Krenn wird vom 31. Dezember 1917 an die höhere Jahresremuneration von 1600 K zuerkannt.

(P. Z. 4164, M. A. XV, 6110.) Zur Beurlaubung der Volksschullehrerin II. Klasse Ludmilla Bayer für die Zeit vom 9. März bis einschließlich 15. Mai 1918 gegen Ersatz der Substitutionskosten (auch der nach § 19 des Substitutionsnormales erwachsenden) und Einstellung allfälliger Remunerationen wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4174, M. A. XV, 5907.) Zur Einrechnung der von dem Volksschullehrer I. Klasse Heinrich Schweizer an der Privat-Volksschule mit Öffentlichkeitsrecht des Katholischen Schulvereines für Österreich in Wien, II., Birkusgasse 33, in der Zeit vom 15. September 1895 bis 15. September 1898 zurückgelegten Dienstzeit in die für die Pension anrechenbare Dienstzeit wird unter der Bedingung die Zustimmung erteilt, daß für diese Zeit die gesetzlichen Beiträge zum Lehrerpensionsfonds entrichtet werden.

(P. Z. 4173, M. A. XV, 3593.) Dem Volksschullehrer II. Klasse Josef Huml wird vom 1. August 1917 an gnadenweise das Quartiergeld auf die Dauer der militärischen Dienstzeit belassen.

(P. Z. 4172, M. A. XV, 5546.) Die Handarbeitslehrerin Anna Durian wird gemäß § 36 des Gesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, mit der Rechtswirklichkeit vom 1. Juli 1917 an in die XII. Kategorie der definitiv angestellten Lehrpersonen eingereiht. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 4225, M. A. III, 3810.) Über dem „Wehrmann“ auf seinem neuen Aufstellungsplatze unter den Arkaden des neuen Amtshauses ist nachstehender Spruch anzubringen:

„Der Wehrmann Wiens gemahne an die Zeit,
Da unerschöpflich wie des Krieges Leid,
Die Liebe war und die Barmherzigkeit.“

Dem Dichter Pfarrer Ottokar Kernstock wird für die Verfassung des Spruches der Dank der Gemeinde zum Ausdruck gebracht.

Dem Bildhauer Adolf Dietrich wird eine 25prozentige Aufzahlung auf seine Erstherpreise in dem bedeckten Kostenbetrage von 315 K genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Ratin** wird beschlossen:

(P. Z. 4197, St. L. B., 765.) Dem Ansuchen der Anna Soukup, Professionistin der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung“, um Versetzung in den dauernden Ruhestand wird stattgegeben und derselben eine jährliche Pension von 595 K 56 h ab 1. Mai 1918 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4200, St. L. B., 763.) Der Witwe Marie Hübner wird ihre mit Stadtrats-Beschluß vom 17. Juni 1915, Z. 6369, neuerlich bewilligte Gnadenpension von 300 K ab 1. Mai 1918 auf weitere drei Jahre, beziehungsweise bis zur Wiederverhehlung oder einer anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4199, St. L. B., 764.) Dem Ansuchen des Eduard Stohl, Depotdiener der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung“, um Versetzung in den dauernden Ruhestand wird stattgegeben und demselben eine jährliche Pension von 1396 K 13 h ab 1. Mai 1918 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. 4198, St. L. B., 766.) Der Witwe nach dem verstorbenen Aufnahmebeamten III. Kategorie der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung“, Lina Straub, wird die jährliche Witwenpension von 1000 K und der minderjährigen Tochter Berta Straub der jährliche Erziehungsbeitrag von 200 K ab 1. Mai 1918 zuerkannt.

(P. Z. 4229, St. Brauh., 169.) Dem Ansuchen der Stallmeisterswitwe Antonia Hahler um Gestattung der Weiterbenützung der ihrem verstorbenen Gatten zugewiesenen Naturalwohnung bis 15. August 1918 wird Folge gegeben.

(P. Z. 4127, M. A. IX, 3590.) Der unentgeltlichen Überlassung der Kellerräumlichkeiten top. Nr. 64 und 68 im Schlachthofe St. Marx an das Bezirkswirtschaftsamte Stelle 6 für Zwecke der Einlagerung von Fässern auf die Dauer des Bedarfes wird zugestimmt.

(P. Z. 4186, St. Brauh., 163.) Zur Einstellung von 20 Stück Schweinen im Brauhause der Stadt Wien wird ein aus Viehschlachtmitteln zu bedeckender Kredit von 20.000 K bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 4121, M. A. VII, 197.) Dem Ansuchen des Bauunternehmers Karl Schreiner, XVI., Lorenz Mandl-Gasse 47, um Nachsicht der bei dem Neubau des Hauptunrathkanales in der Wehlstraße im XX. Bezirke eingetretenen Überschreitung der vertragmäßigen Bauausführungsfrist um 93 Arbeitstage wird Folge gegeben.

(P. Z. 4205, St. Str. B., 2782.) Die Kosten von 12.000 K, welche im Betriebsvoranschlag 1917/18 bedeckt sind, für den Ankauf des Aluminiums bei der Firma Stern & Hafferl werden genehmigt.

(P. Z. 4201, St. Str. B., 1274/s.) **St.-R. Schneider** referiert über die Ausfolgung des Deckungsrücklasses von der Schlussrechnung über ausgeführte Dachdeckerarbeiten an den Bedienstetenwohnhäusern am Johann Hoffmann-Platz und beantragt, dieselbe dem Dachdeckern eister Leopold Mayer ausnahmsweise mit dem Betrage von 1.0 K zu bewilligen.

Die Kosten im Betrage von 170 K finden in dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 12. April 1912, P. Z. 3965, bewilligten Betrage von 1.350.000 K ihre Bedeckung und werden auf diesen Kredit verwiesen.

St.-R. Müller beantragt, die Auszahlung des ganzen Deckungsrücklasses per 341 K 71 h zu bewilligen.

Antrag Müller angenommen.

(P. Z. 4207, St. Str. B., 1308.) Der Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen über den Antrag des **G.-R. Kubacek** wegen Konstruierung der Doppeltüren der Straßenbahnwagen auf eine Art, daß deren Mechanismus auch dann keinen Schaden erleidet, wenn deren Betätigung auch bloß durch einen Handgriff erfolgt, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4206, St. Str. B., 1737.) Dem Ansuchen der Rachele Strauß um Umschreibung der Rezsreikarte Nr. 3517, lautend auf den Namen ihres verstorbenen Gatten Heinrich Strauß, mit der Gültigkeitsdauer vom 2. Jänner 1918 bis einschließlich 1. Juli 1918, auf ihre Toter Blaise Strauß wird stattgegeben.

(P. Z. 4204, St. Str. B., 983.) Den in den vorgelegten Listen angeführten 16 Angestellten der städtischen Straßenbahnen wird die Alters- und Strafnachsicht erteilt.

(P. Z. 4058, St. Str. B., 1748.) Der Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes, IX., Mariannengasse 26, werden fünf Freikarten für je zwei Ordensschwestern auf der Straßenbahnstrecke Neuwaldegg—Spitalgasse bis Versorgungshaus—Pöhlleinsdorf, gültig an allen Tagen des laufenden Jahres, bewilligt.

(P. Z. 4208, St. Str. B., 810.) Die in dem Verzeichnisse der städtischen Straßenbahnen Nr. 1810/18 vorgelegten neun Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

(P. Z. 4182, M. B. A. XX, 11074.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 12 Gesuche von Parteien aus dem XX. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Nemež** wird beschlossen:

(P. Z. 4236, M. B. A. V, 39/I.) Gegen die Entscheidung der k. k. n.ö. Statthalterei vom 16. April 1918, Z. 1a-234/2, womit der Rosa Friedler die beschränkte Gast- und Schankgewerbe-Konzession mit dem Standorte V., Wiedner Hauptstraße 113, neu verliehen wurde, wird der Rekurs ergriffen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Körber** wird beschlossen:

(P. Z. 4218, M. A. XI, 25315.) Dem Pfarramte Wien II., Kaisermühlen, werden 8 Drahtmehlbetten, 8 Strohsäcke, 8 Kopfpöster und 8 Decken aus den Beständen des städtischen Asyl- und Werthhauses leihweise überlassen.

(P. Z. 4178, M. A. II, 271.) Dem Kollfuhrbesitzer Josef Gebhardt wird eine Subvention von 300 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Müller** wird beschlossen:

(P. Z. 4237, M. B. A. XII, 13992.) Dem Vereine „Apostolat der christlichen Tochter“, XII., Hezendorf, wird der Turnsaal der Bürgerschule XII., Hezendorferstraße 66, für eine einmalige Vortragveranstaltung am 28. April 1918 gegen Einhaltung der in der Aufnahmeschrift vom 22. April 1918 festgesetzten Bedingungen kostenlos zur Benützung überlassen.

(P. Z. 4122, M. A. VII, 684.) Der Bericht über die Fertigstellung der Einwölbung und Regulierung des Altmannsdorfergrabens im XII. Bezirke wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4113, M. A. III, 518.) Das Antot des Josef Haizmann auf Verkauf der Liegenschaft XII., Hezendorferstraße an die Gemeinde Wien um den Pauschalpreis von 76.000 K wird wegen der zu hohen Forderung abgelehnt.

Die Gemeinde ist jedoch bereit, die Verhandlungen fortzusetzen, falls der Kaufpreis ermäßigt wird.

(P. Z. 4030, M. A. III, 583.) I. Die Gemeinde Wien erwirbt von Franziska Schmidke, Katharina Zito, Leopoldine und Johanna Hampel die Liegenschaft XII., Arndtstraße 45, Einl.-Z. 492 Grundbuch Unter-Weidling, bestehend aus den Kat.-Parz. 289 Garten und 225 Bauarea im Gesamtausmaße von 2748 m² ausschließlich der darauf befindlichen Baulichkeiten, der zur Ausübung der Gärtnerei dienenden Gegenstände und der Einfriedung um den Einheitspreis 55 K per Quadratmeter unter folgenden Bedingungen:

1. Die Käuferin übernimmt die im Grundbuche Unter-Weidling Einl.-Z. 492 unter Post Nr. 5 bis 12 und 14 einverleibten Saßposten mit den aushaftenden Beträgen zur Selbstabklärung auf No

rechnung vom Kauffchillinge. Die Verkäufer leisten dafür Gewähr, daß die Sachposten binnen Vierteljahresfrist vom Tage der Annahme des Angebotes an gerechnet kündbar sind und verpflichten sich, die bis zur Tilgung auflaufenden Zinsen der Käuferin rückzusetzen. Im übrigen wird die Liegenschaft saftfrei und mit Annahme der zugunsten der Gemeinde Wien einverleibten Realität auch lastenfrei ins Eigentum der Käuferin übertragen.

2. Der restliche Kauffchilling wird binnen 14 Tagen nach grundbücherlicher Einverleibung des Eigentumsrechtes und Übergabe der Liegenschaft in den physischen Besitz der Käuferin in barem entrichtet.

3. Vom Tage der Übergabe an wird der gekaufte Grund für Gärtnereizwecke der Franziska Schmidtko auf 1 1/2 Jahre unkündbar und späterhin gegen beiden Vertragsteilen jederzeit mögliche halbjährige Kündigung unter allgemeinen Bestandsbedingungen für städtische Gründe um einen Jahreszins von 1000 K verpachtet.

4. Alle mit diesem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Käuferin. Die Wertzuwachsabgabe tragen die Verkäuferinnen.

II. Da von dem Kauffchillinge per 151.140 K nur ein Teilbetrag von 21.957 K 54 h in dem auf Ausgabe-Rubrik XII 13 stehenden Teilansatz 500.000 K für Neuanläufe Deckung findet, wird zur Ausgabe-Rubrik für 1917/18 ein Zuschußkredit in der Höhe des weiteren Erfordernisses bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4153, M. A. XIV, 406.) Die Abtrennung der provisorischen Parz. 263/2 vom Gutsbestande der Liegenschaft Einl.-Z. 188 Grundbuch Altmannsdorf und die Übertragung dieser Parzelle in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes wird genehmigt; desgleichen die Ausstellung einer Freilassungserklärung hinsichtlich der auf Einl.-Z. 1 Grundbuch Altmannsdorf, XII. Bezirk, zugunsten der Wiener Hochquellenleitung einverleibten Servituten hinsichtlich der Parz. 263/2 ins öffentliche Gut gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung der Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 382 und 383 Grundbuch Hezendorf, XIII. Bezirk, stattfindet, werden die Bedingungen 4 und 5 des Magistrats-Erlasses vom 28. Februar 1918, M. A. XIV, Z. 1094/15, wie folgt abgeändert, beziehungsweise ergänzt:

„4. Daß die Baustellenteile provisorische Kat.-Parz. 513/8, 11, 12, 15, 16, 19, 20, 21, 22 insoweit unverbaut bleiben, bis dieselben durch Nachbargrund zu vollständigen Baustellen ergänzt sein werden.

5. Daß die Baustellenteile 513/23, 514/18 und 19 insoweit unverbaut bleiben, bis dieselben ebenfalls durch Nachbargrund zu vollständigen Baustellen ergänzt sein werden und bis die Straße, beziehungsweise der Platz vor den Baustellen in dem nach § 10 Wr. B.-O. zu bestimmenden Ausmaße seitens des Abteilungsleiters oder Nachfolgers im Besitze erworben, in das Verzeichnis über das öffentliche Gut übertragen und in der richtigen Höhenlage in den physischen Besitz der Gemeinde Wien übergeben sein wird.

5a. Daß auf den Parz. 513/12, 15, 16, 19, 20, 21 und 22 zugunsten der Gemeinde Wien die Verpflichtung einverleibt werde, daß die provisorische Kat.-Parz. 263/2 in der richtigen Höhenlage an die Gemeinde Wien übergeben werde.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Foyer wird beschlossen:

(P. Z. 4209, M. A. III, 1116.) Die Löschung der im Lastenbuche der Liegenschaft Einl.-Z. 363 Ober-Baumgarten unter Post 7 haftenden Reallasten, und zwar:

- a) Zur Niveaueherstellung auf der Grundfläche a₁, b₁, c₁, d₁ (a₁) des Vertragsplanes vom Februar 1913, Abt. XIV, Z. 36/13, und
- b) zur Freihaltung der Fläche Fig. a b c d e f (a) dieses Vertragsplanes bis zur Abtretung der Ersatzstraßen wird bewilligt. Die mit der Löschung dieser Reallasten verbundenen Kosten und Gebühren hat die Gesuchstellerin zu tragen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Wippel wird beschlossen:

(P. Z. 3544, M. A. VIII, 564.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 10 Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des X. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 3854, M. A. XI, 18255.) Die der n.-ö. Landes-Brandschadenversicherungsanstalt für die Versicherung des Schußlagers im städtischen Asyl- und Werkhause gegen Brandschaden auf ein Jahr zu bezahlende Prämie wird mit 4064 K (zuzüglich Gebühren) festgesetzt.

(P. Z. 3882, M. A. XV, 8187.) Der Gruppe V der militärischen Jugendvorbereitung wird gegen jederzeit möglichen Widerstand und unter den üblichen sowie den im vorgelegten Protokolle angeführten Bedingungen, ferner gegen Ersatz der Beleuchtungskosten die Bewilligung erteilt, den Turnsaal der Knaben-Bürgerschule X., Eugengasse 30/32, an jedem Montag und Dienstag von 7 bis 9 Uhr abends als Übungslokal zu benutzen.

(P. Z. 4168, M. A. XV, 3904.) Dem Bauaufsichts-Ober-Revidenten Benzel Fischer wird für die Dauer der gleichzeitigen Überwachung von Instandsetzungsarbeiten in drei, beziehungsweise vier Schulen des X. Bezirkes für die Zeit vom 30. Juli 1917 bis 30. Oktober 1917 eine Entschädigung von 200 K zuerkannt.

(P. Z. 4176, M. A. XXII, 939.) Die Herstellungen anlässlich der Errichtung einer Fürsorgestelle der Magistrats-Abteilung XII a, städtisches Jugendamt und der Verlegung, beziehungsweise Umgestaltung mehrerer städtischer Ämter im Amtshause des X. Bezirkes werden nach dem vorgelegten Projekte mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 56.000 K genehmigt.

Die Baumeisterarbeiten hiefür werden an die „Austria“, Bau-Gesellschaft m. b. H., 1., Tegetthoffstraße 4, nach ihrem Anbote vom 13. Februar 1918, die Bautischlerarbeiten an Josef Müller, X., Kolombusgasse 19, nach seinem Anbote vom 13. Februar 1918, die Zimmermaalarbeiten an Rudolf Döbelitz, X., Favoritenstraße 174, nach seinem Anbote vom 8. April 1918, die Anstreicherarbeiten an Alois Kolb, VII., Lindengasse 12, nach seinem Anbote vom 10. April 1918 übertragen.

Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Bauverhandlung wird für diese Herstellungen die Baubewilligung erteilt.

Dem mit der ständigen Überwachung der Arbeiten zu betrauenden Beamten des bauamtlichen Hilfsstatus wird unter Belassung seines Entfernungsgebührenpauschales ein Lehrlingsbeitrag von täglich 3 K bewilligt.

(B. Z. 4211, M. N. III, 843.) Über das Anbot der Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft auf Verkauf von Gründen in Oberlaa-Stadt an die Gemeinde Wien wird ein Verhandlungskomitee eingesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Fain** wird beschlossen:

(B. Z. 4119, M. N. IV, 735.) Dem Ober-Telegraphisten II. Klasse der städtischen Feuerwehr **Johann Bartunek** werden die ihm anlässlich der Zuweisung einer Dienstwohnung erwachsenen Übersiedlungskosten im Betrage von 210 K ausnahmsweise und ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung aus Gemeindegeldern rückerstattet.

(Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Spalowsky berichtet über die gegenwärtigen Approvisionierungsverhältnisse Wiens und beantragt, folgende Entschliebung zu fassen:

Der Wiener Stadtrat stellt fest, daß die Ernährungsverhältnisse der Wiener Bevölkerung trotz der wiederholten Zusagen der Regierung nicht nur keinerlei Verbesserung aufweisen, sondern besonders in den letzten Wochen geradezu eine katastrophale Entwicklung genommen haben. Das vollständige Ausbleiben von Kochmehl und die ganz ungenügende Zuteilung von Fett, Milch und Fleisch machen die Befriedigung des notwendigsten Nahrungsbedarfes ganz unmöglich. Angesichts dieses unerträglichen und unhaltbaren Zustandes richtet der Stadtrat an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen, bei der Regierung neuerlich nachdrücklich die ungesäumte Zufuhr von ausreichenden Nahrungsmittelmengen nach Wien zu verlangen.

Nach einer Debatte, an welcher sich die St.-R. **Dr. Hein, Wippel, Brauneiß, Tomola, Vize-Bürgermeister Pierhammer, die St.-R. Knoll, Müller, Sebastian Grünbeck, Hohensinner, Vize-Bürgermeister Hof, St.-R. Payer** und die Magistrats-Referenten **Magistratsrat Dr. Wanschura** und **Dr. Roskopf** beteiligen, wird der Antrag des **St.-R. Spalowsky** einstimmig zum Beschlusse erhoben.

(Vize-Bürgermeister **Hof** übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Spalowsky** wird beschlossen:

(B. Z. 4210, M. N. XI c, 358.) Die Reise von drei Mitgliedern des Stadtrates und des Magistrats-Referenten nach Deutschland zum Zwecke des Studiums der vorhandenen bedeutenden Einrichtungen auf dem Gebiete der gemeinnützigen Wohnungseinrichtungsbefähigung wird genehmigt.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

(X. Gemeindebezirk, Favoriten.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom **31. Jänner 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Leopold Bruja.**

Schriftführer: Kanzleileiter **Karl Neuwirth.**

Der **Vorsitzende** begrüßt die Erschienenen, unter besonderer Hervorhebung des als Gast erschienenen **St.-R. Wippel** und des der Sitzung als Experte anwohnenden **Baurates Baumeister**, stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift über die öffentliche Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Voranschlag für das Verwaltungsjahr 1918/19.

Für den Voranschlag werden im Laufe des vom Leiter der Stadtbauamts-Abteilung X erstatteten Referates folgende Anträge eingebracht:

B.-R. Stepanek wegen Herstellung eines Kanales in der Gellertgasse von der Bürgergasse bis zur Rudlichgasse zur Aufnahme der Abwässer von den ehemals **Wagemann'schen** Gründen.

B.-R. Semrad wegen Herstellung eines Gehweges in der Favoritenstraße von der Kapelle am Ende des verbauten Teiles dieser Straße bis zum Gasthause **Kafenda.**

B.-R.-St. Krift, betreffend die Erhöhung des Betrages für Grunderwerbungen und Einlösung von Realitäten bei Parzellierungen auf 300.000 K mit Rücksicht auf die von der Gemeinde Wien verfolgte Bodenpolitik.

Hierauf wird unter Berücksichtigung der vorstehenden Anträge der Voranschlag nach den Anträgen des Experten genehmigt.

Schließlich werden die Wünsche, beziehungsweise Beschwerden des **B.-R. Kolbeck** wegen der Geleisenumlegung in der unteren Favoritenstraße, des **B.-R. Dobner** wegen Straßenherstellung und Befestigung des Auslaufbrunnens in der Leibnizgasse, des **B.-R.-St. Krift** wegen einer Straßensenkung vor dem Hause Eugenplatz 11, sowie des **B.-R. Brenner** wegen des Zustandes der Troststraße bei den Baracken vom Leiter der Stadtbauamts-Abteilung behufs Abstellung der Übelstände zur Kenntnis genommen.

Mitteilungen des Vorsitzenden.

Der **Vorsitzende** verliest die Dankschreiben des Herrn Bürgermeisters und der Herren Vize-Bürgermeister anlässlich der ihnen übermittelten Neujahrsglückwünsche und beglückwünscht den anwesenden **B.-R. Honsa** anlässlich der Verleihung des Goldenen Verdienstkreuzes mit der Krone am Bande der Tapferkeits-Medaille.

Der Ausgezeichnete erwidert mit Dankworten und gibt bekannt, daß der Spender **Wilhelm** für arme Kinder der

Knaben-Volksschule Quellenstraße 54, einen Betrag von 3000 K. gewidmet hat.

Einlauf.

(96.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, Z. 15, vom 3. Jänner 1918, betreffend die Kundmachung wegen Reinigung der Gehwege von Schnee und Eis.

Kundmachung des Bezirkswirtschaftsamtes, Stelle I, vom 19. Jänner 1918, Z. 2188/17, betreffend die Mitwirkung der Wiener Bevölkerung an der Neuregelung des Nachrichtendienstes über die vermißten Kriegsgefangenen und in Kriegsgefangenschaft verstorbenen Angehörigen der gesamten bewaffneten Macht einschließlich der zur Kriegsführung Herangezogenen.

Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle VI, Z. 268, Kundmachung, betreffend den Beginn der Abgabe von Sauerrüben.

(103.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XIV, Z. 1236/17, vom 20. Dezember 1917, wegen Baulinienbestimmung für das Gebiet des X. Bezirkes zwischen Lorenburgerstraße, äußeren Gürtel, Grenzergasse und verlängerte Windtenstraße.

(6.) Zuschrift der Bezirksvertretung Josefstadt, betreffend einheitliches Vorgehen der Bezirksvertretungen bei Abgabe von Gutachten über Bewilligung von Ausverkäufen.

Sämtliche Stücke des Einlaufes werden zur Kenntnis genommen.

Armenrats-Ergänzungswahl.

Auf Grund des Wahlvorschlages des Armen-Institutes Favoriten vom 30. Jänner 1918, Z. 260, werden im Sinne der §§ 42 und 43 der Vorschriften über die Armenpflege folgende Herren zu Armenräten des X. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 1919 gewählt:

Franz Mazur, Fabrikant, Hebbelgasse 2 a, mit 24 Stimmen.
Rudolf Unzeitig, Buchdruckerei-Teilhaber, Erlachgasse 98, mit 24 Stimmen.

Zahl der abgegebenen Stimmen 24, hievon gültig 24.

Über den Wahlakt wird eine gesonderte Verhandlungsschrift geführt und diese vom **Vorsitzenden**, dem **Schriftführer** und **B.-R. Halbgebauer** unterfertigt.

Als Stimmzähler waren die **B.-R. Berni** und **Halbgebauer** bestellt.

Anträge und Anfragen.

B.-R. Konza richtet an den Vorsitzenden das Ersuchen, mit der Bezirksvertretung Wien den das Einvernehmen zu pflegen, damit der asphaltierte Weg vom Viadukte bis zur Südbahn gründlich gereinigt werde, nachdem derselbe infolge des schlechten Wetters und der vorhergegangenen Schneefälle ungangbar geworden sei. Dieser Weg bilde die einzige Verbindung mit dem III. Bezirke und werde von der Bevölkerung des X. Bezirkes besonders stark benötigt.

B.-R. Krnja erwidert dem Vorredner, daß dieser Weg der Stadtgarten-Direktion zur Pflege überwiesen sei, und verspricht, das Erforderliche zu veranlassen.

B.-R. Kollmann regt die Anbringung einer Tafel in der Erlachgasse bei der Gellertgasse an, womit die Passanten aufmerksam

gemacht werden, daß diese Gasse bei der Absberggasse ihre Fortsetzung finde.

B.-R. Tichy beantragt die Wiedererrichtung der Haltestelle bei der Angeligasse in der Favoritenstraße mit Rücksicht auf den dort beginnenden einzigen Verbindungsweg der Favoritenstraße mit der Laaerstraße.

B.-R.-St. Krist unterstützt diesen Antrag unter Hervorhebung des Umstandes, daß diese Haltestelle ein dringendes Bedürfnis der Bevölkerung sei, nachdem sich von der Waldgasse bis zur Schleiergasse, also auf eine sehr große Entfernung, keine Haltestelle befindet, worauf dieser Antrag zum Beschlusse erhoben wird.

B.-R. Görner bringt zur Sprache, daß seitens der Gemeinde Wien zirka 20 bis 25 Millionen Kronen für die Errichtung von Rohbauten für Wohnungen bestimmt wurden und wünscht, daß derlei Bauten in genügender Anzahl auch im X. Bezirke errichtet werden, wo ein großes Bedürfnis hierfür vorhanden sei.

St.-R. Wippel antwortet, daß sich diese Angelegenheit im Stadium der Vorbereitung befinde und daß auch beabsichtigt sei, die Wohnungen zu möblieren.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen bringt der Redner zur Kenntnis, daß wegen Errichtung einer Verbindungsbahn mit dem XII. Bezirke auf der Wasserscheide des X. Bezirkes die bezüglichen Projekte in Ausarbeitung sind und daß diese Arbeiten mit größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt werden.

B.-R. Rosenmayer regt die Anbringung von Orientierungstafeln an den weitläufigen Fabrikgebäuden in verschiedenen Gassen des Bezirkes an.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten

Donauregulierungs-Kommission.

Auszug aus dem Protokolle der am 17. April 1918 stattgehabten Vollversammlung.

Am 17. April 1918 fand unter dem Vorsitz des Herrn k. k. Ministers für öffentliche Arbeiten Ritter v. **Homann** die 323. Vollversammlung der Donauregulierungs-Kommission statt.

Der Herr Minister, welcher zum erstenmal in der Mitte der Donauregulierungs-Kommission erschienen war, begrüßte die Versammlung mit warmen Worten der Anerkennung für das bisherige erfolgreiche Wirken der Donauregulierungs-Kommission.

Unter Hinweis auf die großen und wichtigen Aufgaben, welche der Kommission in der bevorstehenden Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, insbesondere durch die weitmögliche Verbesserung des Großschiffahrtsweges auf der Donau harren, stellte der Minister der Kommission diesbezüglich die kräftigste Unterstützung der k. k. Regierung in Aussicht.

Nachdem der Herr Bürgermeister von Wien diese Begrüßung namens der autonomen Kurien auf das Herzlichste er-

widert hatte und die von der Gemeinde in den Verband der Donauregulierungs-Kommission entsendeten Herren Gem.-Räte Melcher und Skaret vorgestellt worden waren, wurde in die Beratung des Vorschlages der Kommission für das Jahr 1918 eingetreten.

Zur Verbauung zu Lasten des Baufonds ist eine Summe von etwas über 8,000 000 K in Aussicht genommen.

Neben den laufenden Erhaltungsarbeiten wird insbesondere der Umbau der Kaiser Franz Josefs-Brücke möglichst gefördert werden.

Vom Fonde der eigenen Einnahmen wird eine Summe von etwas über eine Million zur Verausgabung ins Auge gefaßt, für die Umwandlung des Wiener Donaukanals in einen Handels- und Winterhafen werden Auslagen von etwas über eine Viertelmillion Kronen erwachsen.

Eine Anfrage des Ober-Kurators v. Steiner über den Stand der weiteren Projektierungsarbeiten, insbesondere in Ansehung der Projekte für den Hochwasserschutz Wiens wurde dahin beantwortet, daß die bezüglichlichen Projekte der Kommission in der allernächsten Zeit werden unterbreitet werden.

Die Kommission beschloß sodann, der Gemeinde Wien ausgedehnte Fondsgrundstücke — dieselben besitzen ein Ausmaß von rund 47.000 m² — zum Zwecke der Errichtung von Wohnhäusern für Straßenbahnbedienstete, einer öffentlichen Badeanstalt, einer städtischen Industrieanlage, dann für die teilweise Verlegung der Engerthstraße käuflich zu überlassen.

Nach Erledigung einiger minder wichtiger Angelegenheiten und einiger Personal-Angelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

Die Schulverwaltung und das Unterrichtsweisen in Wien während der Kriegszeit.

Bericht des Magistrates vom 12. April 1918, M. Abt. XV, 5702 (vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 19. April 1918, P. Z. 3391, zur Kenntnis genommen):

Unmittelbar nach Kriegsausbruch wurde eine große Anzahl städtischer Schulgebäude militärischen Zwecken dienstbar gemacht, und zwar wurden diese Schulhäuser teils für Spitalszwecke, teils als Rekonvaleszentenhäuser, teils als Militärkanzleien (Militär-Rechnungs-Abteilungen), zum überwiegenden Teile aber als Bequartierungsobjekte für gesunde Mannschaft verwendet.

Außer diesen auf Grund des Einquartierungsgesetzes, beziehungsweise des Kriegsdienstleistungsgesetzes in Anspruch genommenen Schulgebäuden wurde aber noch eine weitere, allerdings geringere Anzahl von Schulhäusern auf Grund von Liberalitätsakten der Gemeinde Wien der k. k. n.-ö. Statthalterei als Verwalterin des Krankenanstaltenfonds, beziehungsweise dem Patriotischen Hilfsverein vom „Roten Kreuze“ zur Einrichtung von Filialspitalern überlassen.

Überdies wurde ein großer Teil des Schulhauses III, Kleistgasse-Kölblgasse-Hegergasse dem Bürger-Scharfschützenkorps zur Benützung überlassen.

Infolge militärischer Verwendung der Schulhäuser XII., Singrienergasse 19/21 und Ruckergasse 40/44, mußte endlich eine

Anzahl von Lehrzimmern der Schule XII., Robingergasse 5/7, zur Unterbringung der zahlreichen Lehrmittel dienen.

274 aller städtischen Schulen waren auf diese Art militärischen Bedürfnissen dienstbar gemacht. Der Verlust einer solchen Zahl von Objekten hatte natürlich zur Folge, daß die übrigen Schulhäuser für Unterrichtszwecke mehr in Anspruch genommen werden mußten.

Es ergab sich die Notwendigkeit, in den für Schulzwecke verliehenen Gebäuden auch die Schulen jener Objekte unterzubringen, die nunmehr für militärische Zwecke verwendet wurden. Es wurde der sogenannte Wechselunterricht, der in Friedenszeiten nur ganz ausnahmsweise und in Fällen unbedingter Notwendigkeit eingeführt wurde, fast allgemein eingeführt; nur in wenigen Schulen, so vor allem in einigen, in den äußeren Bezirken, besonders im XXI. Bezirke gelegenen und wegen ihrer entfernten Lage für Zwecke der Heeresverwaltung nicht in Betracht kommenden (Sievering, Kahlenbererdorf, Leopoldau, Alpern, Stadlau) Schulen blieb der Unterricht wie in Friedenszeiten. Mehrfach mußte sogar in einzelnen Schulen ein Drittelunterricht eingeführt werden, da in manchen Schulhäusern außer der bisherigen Schule noch zwei andere untergebracht wurden.

Daß bei dieser übermäßigen Benützung der Schulen auch eine Kürzung des Lehrplanes notwendig war, ergibt sich von selbst, denn in vielen Fällen waren ja nicht bloß mehrere Volks- und Bürger Schulen, sondern auch mehrere Fortbildungsschulen in ein und dasselbe Gebäude zusammengedrängt worden. Diese übermäßige Ausnützung der Schulräumlichkeiten, welche vielfach kaum die nötige Zeit übrigließ, um die erforderlichen Reinigungs- und Lüftungsarbeiten vornehmen zu lassen, sowie die Einschränkung des Lehrplanes, welche zur Folge hatte, daß manche Lehrgegenstände stark gekürzt werden mußten, brachten es mit sich, daß die Klagen über diese Übelstände immer lauter wurden.

So wurde denn nach mehrfachen Verhandlungen zwischen der Heeresverwaltung und der Gemeinde Wien durch die Einflussnahme des Herrn Bürgermeisters im Laufe des Sommers 1917 von der Heeresverwaltung, beziehungsweise von der k. k. n.-ö. Statthalterei namens des k. k. Krankenanstaltenfonds eine größere Zahl von Schulhäusern wieder ihrem ursprünglichen Zwecke zurückgegeben, nachdem einzelne Gebäude schon vorher für den Unterricht zurückgestellt worden waren. Insgesamt wurden derart 111 Schulen freigegeben, so daß derzeit noch 163 in militärischer Verwendung stehen. Bei den aus diesem Anlasse vorgenommenen kommissionellen Rückübernahmen wurde festgestellt, welche Beträge seitens der Heeresverwaltung für vorgekommene Beschädigung am Schulgebäude und an der Einrichtung zu vergüten sind. Gleichzeitig wurde darüber entschieden, ob vorgenommene bauliche Herstellungen und besondere Einrichtungen wie Badeanlagen, Küchen, Waschvorrichtungen, Verbesserungen in der Beleuchtung, übernommen werden sollen oder nicht. Wo es sich ergab, daß solche Anlagen auch der Schule dienen können, wurden sie daher auch stets übernommen. Insbesondere gilt dies von den Mannschaftsküchen, welche ja für Kriegsküchen — und solche wurden auch außer diesem Falle in Schulgebäuden eingerichtet — leicht zu benützen waren.

Im Ganzen wurde der Gemeinde Wien ein Betrag von 529.604 K 50 h von der Militärverwaltung zugesprochen. Weitere Vergütungsbeiträge werden ihr zufließen, wenn über die Wiederinstandsetzung der Schulen IV., Waltergasse, VII., Ziegler-

gasse, XIII., Diesterweggasse und XVI., Grundsteingasse abgerechnet worden ist.

Die Gemeinde verausgabte für die Wiederinstandsetzung der rückgegebenen Schulhäuser einen Betrag von 649.000 K.

Welche Schulgebäude für militärische Zwecke in Verwendung genommen wurden, beziehungsweise noch jetzt in solcher stehen, welcher Art ihre Verwendung ist und welche von ihnen bereits wieder zurückgestellt wurden, ist aus dem vorgelegten Verzeichnisse ersichtlich.

Die bei der kommissionellen Rückstellung der Schulen intervenierenden Beamten haben mit aller Entschiedenheit und sehr erfolgreich die Interessen der Gemeinde Wien vertreten. Insbesondere ist hiebei die Tätigkeit des Buchhaltungs-Revidenten Konrad Mittermeyer und des Bau-Inspektors Josef Schacher hervorzuheben, welche durch die Ermittlung der Schadensziffer auf Grund vorhergehender Erhebungen in den Schulhäusern, wobei sie weder Zeit noch Mühe scheuten, höchst Anerkennenswertes geleistet haben. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens auch der Verdienste der anderen, bei der Übernahme tätigen Beamten gedacht, die verschiedene, gelegentlich der Rückübernahme solcher Schulen auftauchende Fragen, wie zum Beispiel die Frage, ob bestehende, von der Heeresverwaltung eingerichtete Mannschaftsküchen, Badeanlagen, besondere bauliche Einrichtungen, Waschanlagen u. dgl. und in welchem Umfang von der Gemeinde übernommen werden sollen, zu entscheiden hatten und auch sonst Gelegenheit hatten, verschiedene Fragen einer befriedigenden Lösung zuzuführen. (M. Abt. XV, M. Abt. XVI, Buchhaltung, Stadtbauamt und Konfiskationsamt.)

Bei der bereits genannten Feststellung der Schadensziffer, beziehungsweise Schadloshaltung der Gemeinde konnte jedoch auf jene Schäden, beziehungsweise Mängel, welche sich an den Lehrmittelsammlungen, Schüler- und Lehrerbibliotheken ergaben, noch keine Rücksicht genommen werden, da zu diesem Zwecke erst eine genaue Vergleichung der tatsächlichen Bestände dieser Sammlungen mit den aus den Inventaren ersichtlichen notwendig war, eine solche Feststellung der Mängel und Schäden aber naturgemäß erst nach Räumung der Schulgebäude erfolgen konnte. Vielfach waren ja diese Sammlungen in Boden- oder Kellerräumen oder in besonders hergerichteten Verschlägen untergebracht und nur zum Teil waren die eigentlichen Lehrmittel- und Bibliothekszimmer für ihren eigentlichen Zweck reserviert geblieben. Eine Kontrolle der Sammlungen war demnach, solange im Schulgebäude Militär untergebracht war, schlechterdings unmöglich. Nunmehr wurde von den Schulleitungen unter Leitung und Überwachung der Inspektoren der Abgang und die Schäden an solchen Sammlungen festgestellt. Diesbezüglich wird auf das vorgelegte Gutachten der Amtsgemeinschaft der k. k. Bezirksschulinspektoren vom 5. März 1918 hingewiesen, wonach sich der durch die Verwendung der Schulen an den genannten Sammlungen und Bibliotheken entstandene Schaden mit mindestens 180.000 K beziffern läßt. Es muß jedoch sofort bemerkt werden, daß dieser Berechnung der im Frieden geltende Preis zugrunde gelegt wurde, und daß die wirklichen Kosten der Erfolge mit Rücksicht auf die stets steigenden Preise wesentlich höher sein werden, so daß sich die tatsächliche Schadenssumme mit ungefährr 250.000 K beziffern dürfte.

Bei der Ermittlung dieser Schäden an den Bibliotheken und Sammlungen haben sich besonders der k. k. Bezirksschulinspektor

Franz Tremml und der Bürgerschullehrer Anton Lohse betätigt. Beide haben bei dieser ungemein langwierigen und mühevollen Arbeit in stets unverdrossener Weise den Schulleitern mit Rat und Tat beigestanden und ihnen vor allem gebührt das Verdienst, diese umfangreichen Arbeiten in einer für die Gemeindefürsorge dienlichen Weise gefördert zu haben.

Daß der Krieg, der in alle Lebensverhältnisse so einschneidend eingegriffen hat, auch die Unterrichtsverwaltung, wie überhaupt auch das ganze Unterrichtswesen stark beeinflusst hat, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Der Einfluß des Krieges machte sich nach verschiedenen Richtungen geltend. Von der Notwendigkeit, den Lehrplan zu kürzen, wurde bereits gesprochen. Aber auch in den folgenden Belangen schufen die Kriegsverhältnisse Veränderungen.

Bereits im Herbst 1914, als der erste Winterfeldzug unvermeidlich geworden war, wurde der Handarbeitsunterricht in den Dienst der Kriegsfürsorge gestellt. Durch die Vermittlung des k. u. k. Kriegsministeriums (Kriegsfürsorgeamt) wurde nämlich dem Landesschulrat Handarbeitsmaterial zur Verfügung gestellt, welcher es entgeltlich den einzelnen Schulen zur Anfertigung von Kälteschutzmitteln für die im Felde stehenden Soldaten überließ.

Diese Aktion wurde jedoch nicht bloß auf den Herbst 1914 beschränkt, sondern auch in der Folge wurden von den Schulkindern Wäschestücke, Pulswärmer, Schneehauben, Wollunterkleider u. dgl. unter der Leitung der Handarbeitslehrerinnen gearbeitet. Mit Rücksicht auf die Knappheit der erforderlichen Handarbeitsmaterialien wurde auch im Jahre 1915, 1916 und im laufenden Schuljahre der größte Teil dieses Bedarfes vom Landesschulrat bezogen, da die ständigen Lieferanten der einzelnen Schulen außer Stande waren, dem erhöhten Erfordernisse an solchem Materiale zu entsprechen. Um den vermehrten Bedürfnissen einerseits und der durch den Krieg hervorgerufenen höheren Inanspruchnahme der Armenlernmittel durch bedürftige Schulkinder andererseits Rechnung zu tragen, wurde von der Gemeinde der Kredit für Handarbeitsmaterial bereits im abgelaufenen Jahre um 25 Prozent, also auf den Betrag von 160.050 K erhöht.

Übrigens wurden nicht bloß Kälteschutzmittel in den Schulen erzeugt, sondern es wurde auch Sommerwäsche für die Mannschaft im Felde gearbeitet.

Außer der Erhöhung des Handarbeitsmaterialkredites wurden von der Gemeinde auch für die übrigen Armenlernmittel erhöhte Geldmittel, insgesamt 600.000 K, bewilligt. Infolge der zahlreichen militärischen Einrückungen wurden ja die Armenbücher, Hefen, Reißzeuge und die sonstigen Armenlernmittel von weitaus mehr Schulparteien in Anspruch genommen als dies sonst der Fall war. Hand in Hand ging damit eine wesentliche Verteuerung dieser Armenlernmittel, insbesondere trat dies bei den Hefen und beim Zeichenpapier ein, während andere, zum Beispiel Schiefertafeln, überhaupt nur sehr schwer zu beschaffen waren. Es war daher unumgänglich notwendig, für diesen Verwaltungszweig reichlichere Mittel zur Verfügung zu stellen als bisher.

Dasselbe gilt auch für die nicht verrechenbaren Pauschalien der Schule, für das sogenannte Requisitionspauschale. Dieses dient zur Anschaffung von Tinte, Kreide, Gummi, Schwämmen, Tafeltüchern, Leinwand und Handtüchern für die Lehrräume und für die Kanzlei und da diese Requisitionen ausnahmslos bedeutend im

Preise gestiegen sind, wurde dieses Pauschale gleichfalls erhöht, und zwar um 50 Prozent.

Eine Erhöhung der Kosten trat auch bei einem besonderen Zweige des Unterrichtes ein, nämlich beim Koch- und Haus-haltungsunterrichte. Da der seinerzeit per Kopf und Mahlzeit genehmigte Betrag von 40 h mit Rücksicht auf die Steigerung der Lebensmittelpreise nicht mehr entsprach, mußte dieser Betrag ebenfalls um 50 Prozent, also auf 60 h per Kopf und Mahlzeit erhöht werden. Solche Kochkurse fanden in der bisherigen Kriegszeit und finden auch derzeit noch in den Mädchen-Bürger-schulen XX., Jägerstraße 54 und XII., Deckergasse 1 statt. Die übrigen, seinerzeit in den Schulgebäuden IX., Währingerstraße 43 und III., Petrusgasse 10 eingerichteten Koch- und Haus-haltungskurse wurden in der Kriegszeit nicht abgehalten, da diese Gebäude für militärische Zwecke in Anspruch genommen wurden. Für die Beibehaltung dieser Kurse auch während der Kriegszeit sprach außer dem unterrichtlichen und erzieherischen Zwecke dieses Zweiges des Schulwesens noch die Erwägung, daß damit eine Aus-speisung der Kinder, welche die Mahlzeiten bereiteten, ver-bunden war.

Namentlich dieses letztere Moment war von besonderer Be-deutung. Infolge der stets steigenden Lebensmittelpreise, sowie der immer schwieriger sich gestaltenden Beschaffung der Lebens-mittel kam es wiederholt vor, daß die Kinder der ärmeren Be-völkerungskreise ohne genügende Mahlzeit, oft sogar ohne Früh-stück zur Schule geschickt wurden.

Um daher einen von Erfolg begleiteten Unterricht vor-zunehmen zu können, wurde der Ernährung der Schulkinder ein erhöhtes Augenmerk zugewendet. Diesem Umstande verdankte die Aktion, Schulkindern, welche ohne genügendes oder überhaupt ohne Frühstück in die Schule kommen, ein solches im Schulhause zu verabreichen, ihre Entstehung, eine Einrichtung, die sich in der Praxis als ungemein segensreich erwiesen hat.

In den Schulgebäuden wurde aber, wie oben bereits erwähnt, nicht bloß diese Aktion eingerichtet, sondern es wurden zahlreiche Kriegsküchen in denselben untergebracht. Auch diese wurden mit Rücksicht auf die Lebensmittelpreise und die Schwierig-keit der Beschaffung der Lebensmittel ins Leben gerufen und kamen auch den armen Schulkindern wieder zugute, indem so deren Mütter, die einem eigenen Verdienste nachgehen mußten und daher nicht die erforderliche Zeit zur Führung des Haus-haltes übrig hatten, der Notwendigkeit überhoben waren, ihren Kindern die Mahlzeiten zu verabreichen. Daß die Schul-ausspeisungen selbst, wie solche schon in Friedenszeiten bestanden, z. B. durch das Kuratorium zur Speisung hungernder Schulkinder in der Kriegszeit noch gesteigert wurden, ergibt sich von selbst. Es war ja ein Gebot der sozialen Fürsorge, gerade für die armen Schül-ker, deren Väter oder erwachsene Brüder zur militärischen Dienst-leistung eingerückt waren und deren Mütter einem selbständigen Erwerbe nachgehen mußten, in ausgiebiger Weise zu sorgen. Diese Sorge durfte sich aber naturgemäß nicht bloß auf das leibliche Wohl der Schulkinder beschränken, sondern mußte sich auch auf ihr sittliches Verhalten ausdehnen. Infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Veränderungen in den Lebens-verhältnissen der meisten Familien entstand ja für die All-gemeinheit die Pflicht, in jenen Fällen Vorsorge zu treffen, wo durch das Fehlen einer starken Hand die Gefahr einer Verwahr-losung der Schuljugend nahe lag. Im Laufe des Krieges hatten

sich die Klagen über Verrohung der Schulkinder wiederholt vermehrt und es war dringend notwendig geworden, diesem Übel abzuwehren, sollte es nicht unter den Kindern und Jugend-lichen weitere Verbreitung finden. Schulstrafen mußten häufiger in Anwendung kommen, ja es ergaben sich sogar vereinzelt Fälle gerichtlicher Strafamtshandlungen.

Diesen Gefahren zu begegnen, war aber vor allem die Schule berufen. Es erschien daher bereits im Juli 1916 eine Statthaltereiverordnung, mittels welcher für Kinder und Jugendliche der Tabak-, der Alkoholgenuß, der Besuch von Gast- und Kaffeehäusern, von Kinematographen, teils verboten, teils eingeschränkt wurde. Zur Durchführung dieser Bestimmungen wurden demnach seitens des k. k. n.-b. Landes-schulrates die Be-zirksschulräte dringendst eingeladen, den Inhalt dieser Ver-ordnungen den Eltern der schulpflichtigen Kinder zur Kenntnis zu bringen und an der Überwachung der Durchführung der Be-stimmungen der Verordnungen mitzuwirken. Demselben Zwecke, durch die Eltern auf die Kinder Einfluß zu nehmen, dienten auch die schon in Friedenszeiten in vielen Schulen eingeführten Elternabende und -Konferenzen, denen natürlich in der Kriegs-zeit eine erhöhte Bedeutung zukam. Insbesondere war gelegentlich dieser Veranstaltungen die Möglichkeit gegeben, auf einen regel-mäßigen Schulbesuch hinzuwirken. Gerade in dieser Beziehung hatten ja die Klagen der Lehrpersonen nicht verstummen wollen, daß zahlreiche Schulkinder dem Unterrichte fernblieben, weil sie zur Beschaffung der Lebensmittel verwendet wurden, weil sie bei kalter oder schlechter Witterung nicht die entsprechende Bekleidung besaßen, um zur Schule geschickt zu werden, weil sie infolge ungenügender Beheizung der Wohnräume erkrankten und daher zuhause bleiben mußten und dergleichen.

Im Zusammenhange mit diesen Bestrebungen, die sich die Aufrechterhaltung eines geordneten Schulbesuches und den Schutz der Schulkinder vor den Gefahren der Straße zum Ziele machten, stand auch eine rege Tätigkeit der Hortvereine, welche für eine geeignete Beaufsichtigung und Beschäftigung ihrer Zöglinge sorgten und nicht bloß für Knaben, sondern auch für Mädchen geschaffen wurden. Die körperliche Pflege der Schuljugend war es auch, die den Anstoß zu der Aktion „Wiener Schulkinder aufs Land“ gab. In einigen Fällen wurden sogar Kinder zu besserer Erholung ins Ausland (Schweiz, Holland) geschickt. Den Knabenhorten erwuchs in der Kriegszeit außer den bereits genannten Aufgaben noch die weitere zum Teil schon eine Art militärischer Vorbereitung einzuführen und durch entsprechende Übungen im Spiele den Sinn für militärische Disziplin zu wecken und zu fördern. Daß die Schule während der Kriegszeit auch solchen Zwecken dienst-bar gemacht wurde, welche die Förderung der Armee und ihrer Schlagkraft, überhaupt die wirtschaftliche Unterstützung und Festigung des Vaterlandes zum Gegenstande hatten, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Von der Anfertigung von Wäsche für die Soldaten im Felde wurde bereits oben gesprochen. Einem ähnlichen Zwecke diente das Sammeln und Absenden sonstiger Liebesgaben gelegentlich der Weihnachtsfeiertage. Weiters gehört hieher die Einführung der sogenannten Spartage und Verwendung der gesammelten Gelder zugunsten des „Roten Kreuzes“ und des Witwen- und Waisenhilfsfonds der gesamten bewaffneten Macht; ferner wurde die Zeichnung der Kriegs-anleihe in der Schule stets gefördert und beträchtliche Summen derart zustande gebracht.

Außerdem aber wurde durch die Schule und die Schulkinder eine Reihe von verschiedenen Sammlungen eingeleitet. Es sei in dieser Beziehung nur auf die allbekanntesten Sammelaktionen (Brennnessel, Obstkerne, Kofkastanien, Seidenreste, Grasiemen, Futtermittel), auf die Rote-Kreuzwoche und ähnliche Veranstaltungen verwiesen.

Ein besonderes Augenmerk wurde auch der Anlage von Gemüsegärten unter Zuziehung der Schulkinder zugewendet. Namentlich in den äußeren Bezirken, insbesondere im X., wurden unter der Leitung des Lehrpersonales verschiedene Gemüsearten von Schülern angebaut und ihnen der Ertrag des Gartens unentgeltlich überlassen.

Der Fürsorge-Ausschuß „Bücher ins Feld“ wandte sich gleichfalls an die Schule. Lehrer und Schüler spendeten Bücher und Zeitschriften für die im Felde stehende Mannschaft. Auch aus den Lehrer- und Schülerbibliotheken wurden vielfach entbehrliche Werke für diese Aktion, sowie für die Kriegsspitäler gewidmet und endlich aus den Armenlernmittelbeständen der Gemeinde dem Arbeits-Ausschuße für Soldatunterricht des Patriotischen Hilfsvereines vom „Roten Kreuz“ 13.000 Hefte unentgeltlich überlassen.

Andererseits wurden von der Gemeinde zur Förderung des vaterländischen Sinnes verschiedene patriotische und den Krieg behandelnde Werke für Lehrer- und Schülerbibliotheken angekauft.

Die Erfüllung aller der genannten Aufgaben: des Unterrichtes und der Erziehung der Kinder einerseits und der Mitwirkung von Lehrern und Kindern bei den oben erwähnten verschiedenen gemeinnützigen Veranstaltungen andererseits, begegnete aber schon zu Beginn des Krieges einer bedeutenden Schwierigkeit, nämlich einem großen Lehrermangel. Es wurden ungefähr 2000 Lehrer zur militärischen Dienstleistung einberufen. Diese zahlreichen militärischen Einberufungen stellten an die im Schuldienste verbleibenden Lehrkräfte außerordentliche Anforderungen, denen sie nur unter Anwendung des größten Fleißes und Anspannung aller ihrer Kräfte genügen konnten. Trotzdem mußten aber, sollte der Unterricht nicht unter dem Lehrermangel leiden, neue Lehrkräfte angestellt werden. Es wurde daher eine große Anzahl junger, im Lehrfache bisher noch nicht verwendeter Substituten und namentlich Substitutinnen angestellt. Auch durch die Reaktivierung pensionierter, beziehungsweise Wiederverwendung pensionierter Lehrer und Lehrerinnen als Substituten, wurde dem Mangel teilweise gesteuert.

Ein weiteres Mittel in dieser Beziehung war die Einschränkung von Urlauben. Es wurden nur mehr jene neuerlich bewilligt, die bereits seit Jahren genehmigt worden waren — in diesen Fällen wirkten die Beurlaubten ohnehin in der Eigenschaft von Lehrern bei den vom Katholischen oder Deutschen Schulvereine oder ähnlichen Körperschaften erhaltenen Schulen, oder jene, welche die Tätigkeit bei einem Horte, in der Kriegsfürsorge oder bei einer ähnlichen gemeinnützigen Aktion zum Ziele hatten. Vereinzelt kamen auch Beurlaubungen von weiblichen Lehrpersonen, welche sich der Verwundetenpflege widmeten, vor.

Suchte man aber auch derart, sowie durch Enthebung von Lehrpersonen von der militärischen Dienstpflicht dem Lehrermangel einigermaßen abzuhelfen, so blieb den nicht eingerückten Lehrpersonen noch immer eine Fülle von Arbeit, die im Laufe des Krieges noch dadurch wuchs, daß die Lehrerschaft mit den Ge-

schäften der Brot- und Mehl-Kommissionen, deren Kreis beständig zunahm, betraut wurden. Es bestehen in Wien 406 Brot-Kommissionen. Diese Leistungen der Lehrer außer ihren Pflichtenstunden sind in jeder Beziehung anerkanntenswert.

Der Mitwirkung der Lehrerschaft bei den verschiedenen Sammelaktionen wurde bereits oben gedacht.

Während aber in dieser Weise die ihrem Berufe erhalten gebliebenen Lehrer ihren bürgerlichen Pflichten im Hinterlande opferwillig entsprachen, zeichnete sich eine große Reihe von Lehrkräften im Felde als Offiziere und als einfache Soldaten aus. Das Andenken jener aber, welche an der Front den Tod fürs Vaterland starben, wurde in einer auch für die Nachwelt noch sichtbaren Form geehrt, welche geeignet ist, Lehrern und Schülern den Opfermut der Gefallenen dauernd vor Augen zu führen. Die k. k. Gesellschaft vom „Silbernen Kreuz“ und die Österreichische Gesellschaft für christliche Kunst hatten sich nämlich vereinigt, um in einer würdigen Form Gedenktafeln zur Erinnerung an Gefallene zu schaffen, die in den städtischen Schulhäusern an geeigneten Stellen angebracht werden. Die Gedenktafeln werden zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 16. März 1916, P. Z. 2250, entgeltlich von der genannten Gesellschaft bezogen und die Kosten aus Gemeindemitteln beglichen.

In einem engeren Wirkungskreise als die Lehrpersonen, aber gleichfalls unter schwierigen Verhältnissen, waren auch die Schuldienner während der Kriegszeit tätig. Auch bei ihnen wurden die militärischen Einberufungen stark fühlbar. Im Ganzen wurden 158 Schuldienner einberufen. Enthoben wurden bis jetzt insgesamt 87 und derzeit stehen noch 103 in militärischen Diensten. Dem Mangel an Schuldiennern wurde wohl zum Teile durch Aufnahme von Aushilfskräften abgeholfen, auch zum Teile dadurch, daß die Frauen der eingerückten Schuldienner den Dienst versahen; gleichwohl aber mußten zahlreiche Schuldienner für mehrere Schulen den Dienst versehen. Alle Leistungen konnten ja auch nicht von den Schuldiennerfrauen besorgt werden, sondern für gewisse Berrichtungen, wie zum Beispiel Bedienung der Zentral-Heizanlagen, Austragen der Mahnschreiben zc. mußte der Schuldienner der Nachbarschule einspringen. Hierzu kam, daß eine Anzahl von Schuldiennern dem Schuldienste entzogen wurde, ohne daß sie einrückten, nämlich in jenen Fällen, wo das Gebäude für Spitalszwecke in Verwendung genommen wurde und der Schuldienner der einzige war, der mit den Besonderheiten der Heizanlage, Beleuchtungsanlage u. dgl. vertraut war.

Wesentlich erschwert wurde der Reinigungs- und Instandhaltungsdienst in den Schulen auch durch die tägliche, bis in die Abendstunden währende Benützung der Gebäude, wodurch nur wenig Zeit für Lüftungs- und Reinigungsarbeiten übrig blieb.

Endlich erfuhren die Obliegenheiten des Schuldiennerpersonales noch eine weitere Vermehrung dadurch, daß die Mitwirkung der Schuldienner bei den verschiedenen Sammelaktionen im Dienste der Kriegsfürsorge sowie bei den Geschäften der Brot-Kommission notwendig wurde.

Die Unverdroffenheit und Dienstesfreudigkeit, die sie in dieser schweren Zeit an den Tag legten, verdient volle Anerkennung. Auch aus ihren Reihen erlitten viele den Heldentod und mancher schmachtet in Gefangenschaft.

Schließlich wird noch berichtet, daß die von der Heeresverwaltung zurückgestellten Schulgebäude fast sämtlich bereits

wieder Unterrichtszwecken dienen und die letzten, die gegenwärtig noch hergestellt werden, im Laufe dieses, beziehungsweise des nächsten Monats ihrem ursprünglichen Zwecke wieder zurückgegeben werden.

Gemeindevermittlungsämtler.

Die Gemeindevermittlungsämtler Landstraße und Josefstadt werden im Monate Mai 1918 am 8., 15., 22. und 29. Sühne- und Vergleichsverhandlungen vornehmen.

Lebensmittelverkehr.

Schlachtviehaufteilung vom 29. April 1918.

1. Gesamtzufuhr: 3826 Stück, und zwar:

Mastvieh	2960	Stück
Weidevieh	—	"
Weinlvieh	866	"
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche	—	"

Die Gesamtzufuhr zerfällt dem Geschlechte nach:

Ochsen	2123	Stück	Kühe	1310	Stück
Stiere	391	"	Büffel	2	"

Herkunftsländer der Zufuhren:

aus Ländern der ungarischen Krone	1579	Stück
" Galizien und Bukowina	761	"
" dem sonstigen Österreich	1484	"
" dem Ausland	—	"

2. Preise der aufgetheilten Vieher:

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn farbige Ochsen:

I. Qualität . . von — bis — K	(extrem bis — K)
II. " . . . " — " — "	
III. " . . . " — " — "	

Graue Ochsen aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität . . von — bis — K	(extrem bis — K)
" II. " . . . " — " — "	
" III. " . . . " — " — "	

Ochsen aus anderen Ländern:

I. Qualität . . von — bis — K	(extrem bis — K)
II. " . . . " — " — "	
III. " . . . " — " — "	

Stiere I. Qualität . . von — bis — K	(extrem bis — K)
" II. " . . . " — " — "	
" III. " . . . " — " — "	

Kühe I. Qualität . . von — bis — K	(extrem bis — K)
" II. " . . . " — " — "	
" III. " . . . " — " — "	

Kalbinnen I. Qualität . . von — bis — K	(extrem bis — K)
" II. " . . . " — " — "	
" III. " . . . " — " — "	

Weidevieh von — bis — K	(extrem bis — K)
Büffel " — " 330 K	(" " — ")
Weinlvieh " 300 " 330 "	(" " — ")

Die Preise gelten in Kronen per 100 kg Lebendgewicht.

3. Verteilung.

Abgegeben wurden für Wien — Stück
 " " nach auswärts — "
 In die die Verteilung nicht einbezogen — "
 In der abgelaufenen Wochen langten außerdem für Heereszwecke direkt ein 744 Rinder.

Im Vergleiche zum Hauptaufteilungstage der Vorwoche langten um 1221 Stück mehr an.

Alle Rinderqualitäten und Gattungen wurden zu unveränderten Vorwochenpreisen abgegeben.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 1. Mai 1918.

Uebernahmspreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

Weizen oder Spelz per 100 kg	40 K — h
Roggen	100 " 40 " — "
Gerste	100 " 37 " — "
Hafer	100 " 36 " — "

(Uebernahmsbestimmungen siehe N.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

Höchstpreise für Heu und Stroh.

Heu aller Art	17 K — h per 100 kg
Stroh:	
Kornschubstroh	10 " — " " 100 "
Erbsen-, Wickenstroh	8 " — " " 100 "
Bohnen-, Raps- und Maisstroh	6 " — " " 100 "

(Die näheren Bestimmungen siehe N.-G.-Bl. Nr. 243 ex 1917.)

* * *

Pferdemarkt vom 30. April 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 568 Stück.

281 Gebrauchspferde, 287 Schlachtpferde*).

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 5600 K per Stück
 „ Schlachtpferde 940 " 1700 " " "

Schlachtpferde per 1 kg Lebendgewicht . 5 K 20 h bis 6 K — h

Der Markt war lebhaft.

*) Hieron 48 am Markte und 239 im Pferdeschlachthause.

Realitäten-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. Oktober 1917.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

- I. Bez., Bauernmarkt 8, Einf.-Z. 100, bisherige Besitzerin Helene v. Posch, $\frac{1}{2}$, Georg v. Posch, Max v. Posch, Marie v. Posch, je $\frac{1}{6}$, grundbücherlich übertragen an Artur Kola Paula Kola, je $\frac{1}{2}$, am 4. Oktober 1917.
- " " Blutgasse 9, E.-Z. 128, bish. Bes. Karoline Long-Weiß, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 16. Okt. 1917.
- " " Ebendorferstraße 2, E.-Z. 212, bish. Bes. Hele e Neumann $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Eveline v. Wahl, Anna Mautner, Kelly Szekely v. Sárd, je $\frac{1}{6}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Ebendorferstraße 4, E.-Z. 214, bish. Bes. Helene Neumann $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Eveline v. Wahl, Anna Mautner, Kelly Szekely v. Sárd, je $\frac{1}{6}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Ebendorferstraße 6, E.-Z. 216, bish. Bes. Helene Neumann $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Eveline v. Wahl, Anna Mautner, Kelly Szekely v. Sárd, je $\frac{1}{6}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Kolowratring 14, E.-Z. 658, bish. Bes. Georgine Kühne, grdb. übertr. an die Hansa u. Brandenburgische Flugzeugwerke A. G. in Brandenburg a. d. Havel, am 8. Okt. 1917.
- " " Rathausstraße 2, E.-Z. 890, bish. Bes. Max Ritter v. Kommer, grdb. übertr. an Eduard Mandl, Heinrich Mandl, je $\frac{1}{2}$, am 26. Okt. 1917.
- " " Dr. Karl Lueger-Platz 2, E.-Z. 927, bish. Bes. Helene Neumann $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Eveline v. Wahl, Anna Mautner, Kelly Szekely v. Sárd, je $\frac{1}{6}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Dr. Karl Lueger-Platz 4, E.-Z. 929, bish. Bes. Helene Neumann $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Eveline v. Wahl, Anna Mautner, Kelly Szekely v. Sárd, je $\frac{1}{6}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Riemergasse 14, E.-Z. 957, bish. Bes. Josefina Habis, grdb. übertr. an Baruch Pais, am 31. Okt. 1917.
- " " Zelintagasse 14, E.-Z. 1488, bish. Bes. Ida Straßer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Helene Friedmann, Jenny Neumann, Rosa Jolles, Emma Braun, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- " " Spiegelgasse 1, E.-Z. 1545, bish. Bes. Josef Braun $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Emanuel Braun $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- II. Bez., Untere Augartenstraße 18, E.-Z. 77, bish. Bes. Alexander Hirschfeld (Verlassenschaft), Samuel Hirschfeld, grdb. übertr. an Julie Weinberger, am 5. Okt. 1917.
- " " Ferdinandsstraße 14, E.-Z. 505, bish. Bes. Eduard Figdor, grdb. übertr. an Artur Richter, am 3. Okt. 1917.
- " " Fruchtgasse 3, E.-Z. 576, bish. Bes. Gustav Czermak $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Amalie Czermak, m. Gustav Czermak, je $\frac{1}{10}$, am 23. Okt. 1917.
- " " Glockengasse 10, E.-Z. 619, bish. Bes. Anna Kolieb, Dr. Siegfried Kolieb, Theodor Kolieb, Ottilie Kolieb, verehel. Alten, je $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Baruch Pais, am Nov. 1917.
- " " Glockengasse 12, E.-Z. 621, bish. Bes. Anna Kolieb, Dr. Siegfried Kolieb, Theodor Kolieb, Ottilie Kolieb, verehel. Alten, grdb. übertr. an Baruch Pais, am 4. Nov. 1917.
- " " Czerningasse 16, E.-Z. 891, bish. Bes. Alexander Hirschfeld, grdb. übertr. an Gustav Hirschfeld, Ludwig Hirschfeld, je $\frac{1}{2}$, am 30. Okt. 1917.
- " " Pilsenbrunnengasse 2, E.-Z. 978, bish. Bes. Heinrich Wohlmeyer, grdb. übertr. an Ber Herz Bloch, am 27. Okt. 1917.
- " " Kleine Pfarrgasse 5, E.-Z. 1300, bish. Bes. Marie Sierel, grdb. übertr. an Berl Kolb, am 31. Okt. 1917.
- " " Kleine Pfarrgasse 7, E.-Z. 1302, bish. Bes. Marie Sierel, grdb. übertr. an Etie Kolb, am 31. Okt. 1917.
- " " Schilttaufstraße 48, E.-Z. 1788, bish. Bes. Wolfgang v. Baumgarten $\frac{1}{9}$, grdb. übertr. an Max v. Baumgarten $\frac{1}{9}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Eberlgasse 3, E.-Z. 2489, bish. Bes. Ekan Bauer, grundb. übertr. an Simon Rosenbaum, Regine Rosenbaum, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Laborstraße 11 a, E.-Z. 4695, bish. Bes. Ida Straßer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Helene Friedmann, Jenny Neumann, Rosa Jolles, Emma Braun, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- " " Ausstellungsstraße 51, E.-Z. 4896, bish. Bes. Rosa Schimigel, grdb. übertr. an Mizzi S. Poljotan, Ernestine M. Poljotan, je $\frac{1}{2}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Sebastian Kneipp-Gasse 8, E.-Z. 4910, bish. Bes. Heinrich Rottenstein, Emilie Rottenstein, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josefina Seinfeld, am 28. Okt. 1917.
- III. Bez., Adamsgasse 10, E.-Z. 6, bish. Bes. Josef Müller, grdb. übertr. an Johann Lepeschla, Franziska Lepeschla, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Adamsgasse 12, E.-Z. 7, bish. Bes. Josef Müller, grdb. übertr. an Johann Lepeschla, Franziska Lepeschla, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Apostelgasse 21, E.-Z. 34, bish. Bes. Elisabeth Johanna Wieder $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Dr. Emil Eden v. Hofmannsthal $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- III. Bez., Erdbergstraße 47, E.-Z. 369, bish. Bes. Franz Schallaböck, Alois Schallaböck, Anna Schneider, je $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Johann Feil, Marianne Feil, je $\frac{1}{2}$, am 19. Okt. 1917.
- " " Fasangasse 55, E.-Z. 496, bish. Bes. Karl Otto Kirchner $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Vittorine Kirchner $\frac{1}{2}$, am 15. Okt. 1917.
- " " Seidlgasse 14, E.-Z. 506, bish. Bes. Gabriele Gräfin Rietmanns-egg, Marie Prinzessin Brede, m. Therese Prinzessin Brede, je $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Stephan Sott, am 6. Okt. 1917.
- " " Genfauugasse 4, E.-Z. 516, bish. Bes. Edmund Kalusch, grdb. übertr. an Josef Viktor Fernandez Diaz, am 31. Okt. 1917.
- " " Gärtnergasse 5, E.-Z. 518, bish. Bes. Edmund Kalusch, grdb. übertr. an Josef Viktor Fernandez Diaz, am 31. Okt. 1917.
- " " Landstraßergürtel 15, E.-Z. 644, bish. Bes. Karl Otto Kirchner $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Vittorine Kirchner $\frac{1}{2}$, am 15. Okt. 1917.
- " " Regelgasse 36, E.-Z. 722, bish. Bes. Anton Oberzeller $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Josef Oberzeller den Jüngeren $\frac{1}{4}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Regelgasse 38, E.-Z. 723, bish. Bes. Anton Oberzeller $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Josef Oberzeller den Jüngeren $\frac{1}{4}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Regelgasse 40, E.-Z. 724, bish. Bes. Anton Oberzeller $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Josef Oberzeller den Jüngeren $\frac{1}{4}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Kühbedgasse 1, E.-Z. 838, bish. Bes. die Salzburger Sparkassa, grdb. übertr. an Moritz Fritsch, Hermine Fritsch, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Löwengasse 41, E.-Z. 1053, bish. Bes. Anton Oberzeller $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Josef Oberzeller den Jüngeren $\frac{1}{4}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Löwengasse 43, E.-Z. 1054, bish. Bes. Anton Oberzeller $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Josef Oberzeller den Jüngeren $\frac{1}{4}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Rabenstraße 5, E.-Z. 1191, bish. Bes. Oskar Glüd $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Otto Berger $\frac{1}{2}$, am 24. Okt. 1917.
- " " Rabengasse 10, E.-Z. 1209, bish. Bes. Florian Valentin, Verlassenschaft, $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anna Valentin, Josefina Valentin, m. Anna Valentin, m. Marie Valentin, je $\frac{1}{6}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Rabengasse 20, E.-Z. 1214, bish. Bes. Florian Valentin, Verlassenschaft, $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Anna Valentin, Josefina Valentin, m. Anna Valentin, m. Marie Valentin, $\frac{1}{6}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Rudolfsstraße 10, E.-Z. 1407, bish. Bes. Ignaz Schlein, grdb. übertr. an Wilhelm Gewitsch, Elsa Gewitsch, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Rudolfsstraße 42, E.-Z. 1426, bish. Bes. Rafaela Lenoir rekte Schwarz $\frac{1}{20}$, grdb. übertr. an Blanka v. Meyer zu Knonow $\frac{1}{20}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Steingasse 21, E.-Z. 1621, bish. Bes. Franz Strobl, Karl Strobl, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Michael Ryniewicz, Marie Ryniewicz, je $\frac{1}{2}$, am 7. Okt. 1917.
- " " Strobgasse 35, E.-Z. 1706, bish. Bes. Ernst v. Schuch, grdb. übertr. an David Gartenstein, am 31. Okt. 1917.
- " " Obere Biaduktgasse 2, E.-Z. 1707, bish. Bes. Emilie Schmitt, grdb. übertr. an den Verein zur Errichtung und Erhaltung von Heimen für Irregewaisen und für verlassene Kinder in Wien, am 17. Okt. 1917.
- " " Markhofgasse 17, E.-Z. 2073, bish. Bes. Hans Roha, Eva Roha, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Heinrich Körber, Julianne Körber, je $\frac{1}{2}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Guglgasse 21, E.-Z. 2287, bish. Bes. Martin Baron, Anna Baron, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Georg Kirschy, Marie Kirschy, je $\frac{1}{2}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Reinerergasse 28, E.-Z. 2489, bish. Bes. Heinrich Schmid, Marie Schmid, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Julius König, Josefina König, je $\frac{1}{6}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Reinerergasse 26, E.-Z. 2490, bish. Bes. Marie Schmid, grdb. übertr. an Julius König, Josefina König, je $\frac{1}{2}$, am 30. Okt. 1917.
- " " Mochgasse 22, E.-Z. 2701, bish. Bes. Albertine Köbl, grdb. übertr. an Josef Andryjel, Oskar Köder, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- " " Rechte Bahngasse 48, E.-Z. 2732, bish. Bes. Dr. Josef Mühlvöngl, grdb. übertr. an Rosa Mühlvöngl, am 12. Okt. 1917.
- " " Jacquingasse 31, E.-Z. 2816, bish. Bes. Karl Otto Kirchner $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Vittorine Kirchner $\frac{1}{2}$, am 15. Okt. 1917.
- " " Hingerstraße 3, E.-Z. 3076, bish. Bes. Hildegard Preleitner, grdb. übertr. an Antonie Rint, am 12. Okt. 1917.
- " " Hingerstraße 5, E.-Z. 3077, bish. Bes. Hildegard Preleitner, grdb. übertr. an Antonie Rint, am 12. Okt. 1917.
- " " Gärtnergasse 3, E.-Z. 3118, bish. Bes. Edmund Kalusch, grdb. übertr. an Josef Diaz, am 31. Okt. 1917.
- " " Lechnerstraße 8, E.-Z. 3181, bish. Bes. Elise richtig Elise Winternitz, grdb. übertr. an Bertold Schuel, Irma Schuel, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.

- III. Bez., Kollergasse 17, E.-Z. 3225, bish. Bes. Gräfin Gabriele Kiekmansegg, Prinzessin Marie Brede, m. Prinzessin Theresie Brede, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Stephan Solt, am 6. Okt. 1917.
- " Engelsberggasse 5, E.-Z. 3262, bish. Bes. die I. L. priv. Lebensversicherungs-Gesellschaft „Osterreichischer Phönix“ in Wien, grdb. übertr. an Josef Weiß, am 17. Okt. 1917.
- " Landstraßer Hauptstraße 141, E.-Z. 3466, bish. Bes. Anna Wackerow, grdb. übertr. an Karl Stangler, Anna Stangler, je $\frac{1}{2}$, am 17. Okt. 1917.
- " Daffingergasse 4, E.-Z. 3743, bish. Bes. Ella Hasenbühl $\frac{9}{100}$, Hans Brückner, Will Brückner, je $\frac{9}{100}$, Wilhelm Brückner $\frac{99}{100}$, grdb. übertr. an Stephan Kapamachija, am 25. Okt. 1917.
- IV. Bez., Alleegasse 29, E.-Z. 25, bish. Bes. Erzherzog Leopold Salvator, grdb. übertr. an Erzherzogin Blanca, am 11. Okt. 1917.
- " Heumühlgasse 18, E.-Z. 267, bish. Bes. Franz Schams $\frac{1}{10}$, grdb. übertr. an m. Franz Schams $\frac{1}{10}$, am 21. Okt. 1917.
- " Klagbaumgasse 11, E.-Z. 395, bish. Bes. Karoline Wade, Ludwig Wade, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Rudolf Kolbenheyer, Marie Kolbenheyer, je $\frac{1}{2}$, am 20. Okt. 1917.
- " Paniglgasse 22, E.-Z. 601, bish. Bes. Theresie Schubert $\frac{129}{200}$, grdb. übertr. an Anna Brzezowsky, Karl Schubert, Friedrich Schubert, je $\frac{49}{200}$, am 25. Okt. 1917.
- " Rainergasse 20, E.-Z. 662, bish. Bes. Alfonso v. Huze, grdb. übertr. an Rudolf Herzog, am 17. Okt. 1917.
- " Schifanberggasse 5, E.-Z. 713, bish. Bes. Ludmilla Sekyra $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ludmilla Figuly v. Szep, Josef Sekyra, Dr. Richard Sekyra, Theodor Sekyra, Stephanie Ledner, Max Sekyra, Johanna Ledner, Hugo Sekyra, je $\frac{1}{10}$, am 10. Okt. 1917.
- " Weyringergasse 31, E.-Z. 879, bish. Bes. Adele Kupka, grdb. übertr. an Ludwig Bunzl $\frac{30}{100}$, Martin Bunzl, Robert Bunzl, je $\frac{10}{100}$, Hugo Bunzl, Emil Bunzl, je $\frac{10}{100}$, am 24. Okt. 1917.
- " Weyringergasse 12/14, E.-Z. 880, bish. Bes. Friedrich Jieritz' grdb. übertr. an Ernst Egger, Dr. Richard Schnabl, je $\frac{1}{2}$, am 25. Okt. 1917.
- " Weyringergasse 34, E.-Z. 891, bish. Bes. Josefa Valenta $\frac{1}{2}$, Josefa Hager $\frac{1}{10}$, Emil Valenta $\frac{1}{10}$, grdb. übertr. an Johann Esmayer, Marie Esmayer, je $\frac{1}{2}$, am 1. Okt. 1917.
- " Wiedner Hauptstraße 45/47, E.-Z. 940, bish. Bes. Wanda Marie Nzechal, Marie Ludmilla Bistrizky, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Emil Hudeghet v. Dalmata, am 27. Okt. 1917.
- " Schönburgstraße 32/34, E.-Z. 1170, bish. Bes. Richard Kutschka, Helene Kutschka, Wilhelm Kutschka, grdb. übertr. an Rudolf Schiff, Hedwig Schiff, je $\frac{1}{2}$, am 14. Okt. 1917.
- " Johann Strauß-Gasse 45, E.-Z. 1184, bish. Bes. Siegmund Weiß, grdb. übertr. an Alfred Herzfeld, am 31. Okt. 1917.
- " Starhemberggasse 1a, E.-Z. 1300, bish. Bes. Wanda Marie Nzechal, Marie Ludmilla Bistrizky, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Emil Hudeghet v. Dalmata, am 27. Okt. 1917.
- " Taubstummengasse 15, E.-Z. 1315, bish. Bes. Julius Helvey, grdb. übertr. an Isaac Cohen, am 17. Okt. 1917.
- " Taubstummengasse 13, E.-Z. 1316, bish. Bes. Julius Helvey, grdb. übertr. an Isaac Cohen, am 17. Okt. 1917.
- V. Bez., Untere Brauhausgasse 64, E.-Z. 83, bish. Bes. Irene Hecht, grdb. übertr. an Benzel Kanziß, Antonie Kanziß, je $\frac{1}{2}$, am 23. Okt. 1917.
- " Gartengasse 22, E.-Z. 289, bish. Bes. Anton Huber, Theresie Huber, Johanna Krotsch, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Zacharias Weißstein, Karoline Weißstein, je $\frac{1}{2}$, am 24. Okt. 1917.
- " Grölgasse 12, E.-Z. 355, bish. Bes. der Leichenverein „zu Maria-hilf“ grdb. übertr. an Johann Janecel, am 11. Okt. 1917.
- " Laurengasse 15, E.-Z. 711, bish. Bes. Anton Sohraba, grdb. übertr. an Elise Kellermann, am 16. Okt. 1917.
- " Castelligasse 1, E.-Z. 1194, bish. Bes. Karl Hamberger $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Wilhelmine Ewerdy $\frac{1}{2}$, am 9. Okt. 1917.
- " Wimmergasse 23, E.-Z. 1304, bish. Bes. Josef Basalto, grdb. übertr. an Heinrich Hanal, Berta Hanal, je $\frac{1}{2}$, am 30. Okt. 1917.
- " Kompertgasse 10, E.-Z. 1717, bish. Bes. Antonie Woraska, grdb. übertr. an Alfons Georg Panek, am 18. Okt. 1917.
- " Kriehberggasse 25, E.-Z. 1849, bish. Bes. Julius Szolozeci, grdb. übertr. an Philipp Körper, Jda Körper, je $\frac{1}{2}$, am 1. Okt. 1917.
- " Margaretingürtel 12, E.-Z. 1950, bish. Bes. Rene Hirsch, grdb. übertr. an Josef Skutekly, am 13. Okt. 1917.
- " Embelgasse 33, E.-Z. 1981, bish. Bes. Karl Pernt $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Theresie Pernt $\frac{1}{2}$, am 15. Okt. 1917.
- " Söngergasse 1, E.-Z. 2198, bish. Bes. Franz Kierer, grdb. übertr. an Emil Krause, am 16. Okt. 1917.
- VI. Bez., Dienengasse 3, E.-Z. 46, bish. Bes. Katharina Heninger, grdb. übertr. an Hermann Mahane, am 12. Okt. 1917.
- " Brauergasse 2, E.-Z. 54, bish. Bes. Dr. Julius Verbach, Olga Verbach, grdb. übertr. an Leopold Ländler, Hedwig Ländler, je $\frac{1}{2}$, am 17. Okt. 1917.
- VI. Bez., Esterhazygasse 1, E.-Z. 159, bish. Bes. Emil Brunner v. Battenwyl, Berta Brunner v. Battenwyl je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Leopold Diamant, am 18. Okt. 1917.
- " Füllgradergasse 3, E.-Z. 187, bish. Bes. Theresia Romanek, grdb. übertr. an Jakob Zellinek, Armin Simon, genannt Heinrich Zellinek, je $\frac{1}{2}$, am 4. Okt. 1917.
- " Gumpendorferstraße 123, E.-Z. 337, bish. Bes. Berta Buchmayer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anna Garber $\frac{1}{2}$, am 25. Okt. 1917.
- " Haydengasse 13, E.-Z. 371, bish. Bes. Anna Frank $\frac{1}{2}$, Franz Bartussek, Anna Bartussek, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Rosalia Stolpa, am 8. Okt. 1917.
- " Hirschengasse 17, E.-Z. 393, bish. Bes. Rosa Blaha $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an m. Rosa Blaha $\frac{1}{2}$, am 12. Okt. 1917.
- " Hofmühlgasse 25/27, E.-Z. 419, bish. Bes. Julius Stippel, grdb. übertr. an Milan Dragic, Julie Dragic, je $\frac{1}{2}$, am 30. Okt. 1917.
- " Laimgrubengasse 11, E.-Z. 499, bish. Bes. Josef Karner, Johann Karner, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Stefano de Pancera, am 12. Okt. 1917.
- " Liniengasse 50, E.-Z. 548, bish. Bes. Marie Poyer, Marie Poyer, nomine der ehelichen Nachkommen derselben nach ihrem Ableben, Josef Bartle, m. Guido Bartle, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Robert Weiskappel am 2. Okt. 1917.
- " Linke Wienzeile 38, E.-Z. 593, bish. Bes. der Pensionsfonds des Wiener Journalisten- und Schriftstellervereines „Concordia“ in Wien $\frac{1}{2}$, die Alters- und Invalidenkassa der Wiener Journalisten $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Kornelia Kohn, am 1. Okt. 1917.
- " Linke Wienzeile 56, E.-Z. 607, bish. Bes. Ernst Landau, grdb. übertr. an Humbert Copetti, am 9. Okt. 1917.
- " Marchettigasse 7, E.-Z. 647, bish. Bes. Leopold Schuller, grdb. übertr. an Karoline Günther, Leopoldine Hermann, Josefina Winbauer, je $\frac{1}{2}$, am 9. Okt. 1917.
- " Mollardgasse 16, E.-Z. 789, bish. Bes. Leopold Schuller, grdb. übertr. an Karoline Günther, Leopoldine Hermann, Josefina Winbauer, je $\frac{1}{2}$, am 9. Okt. 1917.
- " Sandwirtgasse 11, E.-Z. 891, bish. Bes. Leopold Schuller, grdb. übertr. an Karoline Günther, Leopoldine Hermann, Josefina Winbauer, je $\frac{1}{2}$, am 9. Okt. 1917.
- " Stieggasse 7, E.-Z. 930, bish. Bes. Ignaz Ebinger $\frac{1}{2}$, Theresie Ebinger $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Siegmund Altbach, am 12. Okt. 1917.
- " Stieggasse 8, E.-Z. 931, bish. Bes. Johann Kbaum, grdb. übertr. an Johann Kbaum $\frac{1}{4}$, Amanda Kbaum $\frac{1}{4}$, am 16. Okt. 1917.
- " Linke Wienzeile 100, E.-Z. 1186, bish. Bes. Emil Brunner v. Battenwyl, Berta Brunner v. Battenwyl je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Leopold Diamant, am 18. Okt. 1917.
- " Stumpergasse 2a, E.-Z. 1243, bish. Bes. Johanna Barrone, grdb. übertr. an Rosa Krjivanek, Eugen Barrone, Hans Barrone, je $\frac{1}{2}$, am 30. Okt. 1917.
- " Hugo Wolf-Gasse 2, E.-Z. 1261, bish. Bes. Reinhold Baeger, grdb. übertr. an Artur Fried, am 18. Okt. 1917.
- " Loquaniplatz 8, E.-Z. 1262, bish. Bes. Reinhold Baeger, grdb. übertr. an Artur Fried, am 18. Okt. 1917.
- VII. Bez., Apollagogasse 12, E.-Z. 16, bish. Bes. Rudolf Pöhl, grdb. übertr. an Regine Kretsch, am 30. Okt. 1917.
- " Bandgasse 23, E.-Z. 49, bish. Bes. Heinrich Kolar, grdb. übertr. an Konrad Meßner, am 17. Okt. 1917.
- " Bitterhofergasse 11, E.-Z. 249, bish. Bes. die Spartakassa Wels, grdb. übertr. an Simon Weil, am 30. Okt. 1917.
- " Hermandgasse 12, E.-Z. 300, bish. Bes. Karoline Fischer, grdb. übertr. an Heinrich Kolar, am 12. Okt. 1917.
- " Kirchengasse 6, E.-Z. 479, bish. Bes. Gabriele Gerstendörfer $\frac{1}{2}$, Franziska Gunkel $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Friedrich Hadl, am 13. Okt. 1917.
- " Kirchengasse 6, E.-Z. 479, bish. Bes. Friedrich Hadl, grdb. übertr. an A. Berggroß A. G., am 13. Okt. 1917.
- " Leichenfelderstraße 81, E.-Z. 537, bish. Bes. Karl Resnitschel $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Resnitschel $\frac{1}{2}$, am 3. Okt. 1917.
- " Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Bes. Ludmilla Geer $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Wilhelmine Geer $\frac{1}{32}$, Josef Geer, Ludwig Geer, je $\frac{1}{32}$, Ludmilla Weiß, Karl Ederer, je $\frac{1}{32}$, Leopoldine Schmid, Marie Wörth, m. Franziska Schwinger, je $\frac{1}{32}$, Marie Clementschitsch, Dr. Anton v. Webern, Rosa v. Webern, je $\frac{1}{32}$, Franziska Neues, m. Rosa Geer, je $\frac{1}{128}$, Rudolf Ederer, Franz Ederer, Hans Ederer, m. Auguste Ederer, je $\frac{1}{128}$, Hans Mayerhofer, m. Karola Mayerhofer, je $\frac{1}{64}$, am 13. Okt. 1917.
- " Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Bes. Ludwig Geer $\frac{1}{32}$, grdb. übertr. an Adolf Pfeiffer, Hubert Pfeiffer, je $\frac{1}{128}$, am 24. Okt. 1917.
- " Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Bes. Ludmilla Geer $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Rudolf Ederer, Franz Ederer, Hans Ederer, m. Auguste Ederer, je $\frac{1}{128}$, Hans Mayerhofer, m. Karola Mayerhofer, je $\frac{1}{64}$, Ludmilla Bruder, Barbara Bruder, Karoline Bruder, je $\frac{1}{32}$, am 27. Okt. 1917.

- VII. Bez., Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Vef. Marie Mörzl $\frac{2}{234}$, grdb. übertr. an Adolf Pfeiffer, Hubert Pfeiffer, je $\frac{1}{448}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Vef. Dr. Anton Webern $\frac{2}{234}$, grdb. übertr. an Adolf Pfeiffer, Hubert Pfeiffer, je $\frac{1}{448}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Kellermannsgasse 4, E.-Z. 972, bish. Vef. m. Karl Spiska $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karl Spiska $\frac{1}{2}$, am 8. Okt. 1917.
- " " Seidengasse 11, E.-Z. 981, bish. Vef. Konrad Wegner, grdb. übertr. an Waldheim-Eberle A. G., am 10. Okt. 1917.
- " " Seidengasse 26, E.-Z. 993, bish. Vef. Ida Heymann, grdb. übertr. an Franz Mertinz, am 27. Okt. 1917.
- " " Westbahnstraße 8, E.-Z. 1131, bish. Vef. Peter Refnar, grdb. übertr. an Friedrich Weiler, Anna Weiler, je $\frac{1}{2}$, am 26. Okt. 1917.
- " " Zieglergasse 5, E.-Z. 1168, bish. Vef. Theodor Reitlinger, grdb. übertr. an den Zentral-Verband der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs, Vef. m. b. H., am 11. Okt. 1917.
- " " Zieglergasse 62, E.-Z. 1218, bish. Vef. Emilie Oswald $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Karl Oswald, Elisabeth Oswald, je $\frac{1}{16}$, am 9. Okt. 1917.
- " " Seidengasse 39 b, E.-Z. 1380, bish. Vef. Emanuel Spira, grdb. übertr. an Josefina Strohmayr, Josef Christenheit, je $\frac{1}{2}$, am 8. Okt. 1917.
- VIII. Bez., Laudongasse 15, E.-Z. 67, bish. Vef. Magdalena Stockmann $\frac{1}{2}$, Johann Stockmann, Raimund Haibauer, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an die Firma M. M. Krausz & Bruder, prot. Schuhwarengewerbe, am 25. Okt. 1917.
- " " Breitenfelderstraße 14, E.-Z. 123, bish. Vef. Ignaz Fleischer, grdb. übertr. an Hans Klein, am 11. Okt. 1917.
- " " Feldgasse 11, E.-Z. 158, bish. Vef. Regine Neurath, grdb. übertr. an Alexander Altman, Elise Altman, je $\frac{1}{2}$, am 5. Okt. 1917.
- " " Florianigasse 17, E.-Z. 174, bish. Vef. Anton Oberzeller $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Josef Oberzeller den Jüngeren $\frac{1}{4}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Stodagasse 21, E.-Z. 662, bish. Vef. Marie Sturm $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Berta Sturm $\frac{1}{16}$, Berta Kolisko, Eduard Sturm, je $\frac{1}{32}$, am 6. Okt. 1917.
- " " Schönborngasse 8, E.-Z. 994, bish. Vef. Rudolf Jäger, grdb. übertr. an Spiridion Lavdeos, am 30. Okt. 1917.
- " " Pfeilgasse 20, E.-Z. 1027, bish. Vef. Hilja Njepinski v. Njebel, grdb. übertr. an Salomon Heim-Benjoseph, am 24. Okt. 1917.
- " " Laudongasse 58, E.-Z. 1074, bish. Vef. Rudolf Kohn, Julianna Kohn, Artur Mittler, Stephanie Mittler, je $\frac{1}{8}$, Leopold Kohn $\frac{1}{4}$, Henriette Stöffel $\frac{1}{2}$, Dr. Adolf Stöffel, Henriette Stöffel, je $\frac{1}{16}$, grdb. übertr. an Georg Haber, am 4. Okt. 1917.
- " " Laudongasse 41, E.-Z. 424, bish. Vef. Franziska Fiedseder, grdb. übertr. an Barbara Kovacs, Dr. Rudolf Fiedseder, Dr. Friedrich Fiedseder, je $\frac{1}{8}$, am 29. Okt. 1917.
- " " Lechensfelderstraße 34, E.-Z. 515, bish. Vef. Adolf Herzla, grdb. übertr. an Otto Treisch, am 2. Okt. 1917.
- IX. Bez., Binderergasse 9, E.-Z. 154, bish. Vef. Karoline Strauß, grdb. übertr. an Grete Weber, am 13. Okt. 1917.
- " " Reichergasse 5, E.-Z. 156, bish. Vef. Elisabeth Waltner, grdb. übertr. an Caraffis Savcos, am 31. Okt. 1917.
- " " Lazarettgasse 26, E.-Z. 346, bish. Vef. Berta Müller $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ladislaus v. Würzler, Margarete v. Würzler, je $\frac{1}{16}$, m. Hildegard Müller, m. Ildo Müller, m. Melitta Müller, je $\frac{1}{16}$, am 30. Okt. 1917.
- " " Liechtensteinstraße 60, E.-Z. 388, bish. Vef. Alexander Brust, grdb. übertr. an Moritz Karpeles, Katharina Karpeles, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Mariannengasse 23, E.-Z. 474, bish. Vef. Rudolf Dirnhöfer $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Ghjela Müllner, Laura Dirnhöfer, Franz Dirnhöfer, je $\frac{1}{12}$, am 12. Okt. 1917.
- " " Mariannengasse 23, E.-Z. 478, bish. Vef. Eduard Kallich, grdb. übertr. an Bruno Bergel, am 25. Okt. 1917.
- " " Mosergasse 6, E.-Z. 559, bish. Vef. Josef Kohn, grdb. übertr. an Leopold Weinberger, Berta Weinberger, je $\frac{1}{2}$, am 6. Okt. 1917.
- " " Rusdorferstraße 57, E.-Z. 627, bish. Vef. Felix Swoboda, Marie Swoboda, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anton Fürtinger, am 19. Okt. 1917.
- " " Müllnergasse 31, E.-Z. 751, bish. Vef. Franziska Benes, grdb. übertr. an Dr. Josef Grayingner, Johanna Grayingner, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- " " Aufgasse 8, E.-Z. 802, bish. Vef. Friedrich Menciš, grdb. übertr. an Erna Potoker, am 7. Okt. 1917.
- " " Simon-Deut-Gasse 8, E.-Z. 946, bish. Vef. Hermine Antropp, grdb. übertr. an Ludwig Berghofer, am 11. Okt. 1917.
- " " Schlagergasse 10, E.-Z. 1146, bish. Vef. Marie Sturm, grdb. übertr. an Berta Sturm $\frac{1}{12}$, Eduard Sturm, Berta Kolisko, je $\frac{1}{24}$, am 6. Okt. 1917.
- IX. Bez., Volksmanngasse 28, E.-Z. 1183, bish. Vef. Hermine Lindemmer, grdb. übertr. an Pauline Beer, am 16. Okt. 1917.
- " " Röggergasse 27, E.-Z. 1226, bish. Vef. Karl Assböck $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Baumann $\frac{1}{2}$, am 9. Okt. 1917.
- " " Pramergasse 14, E.-Z. 1369, bish. Vef. Karl Hildebrand, grdb. übertr. an Hermann Burdhardt, Ottilie Burdhardt, je $\frac{1}{2}$, am 2. Okt. 1917.
- " " Fuchshallerergasse 12, E.-Z. 1526, bish. Vef. Josef Polacsek, grdb. übertr. an Abraham Amtmann, am 25. Okt. 1917.
- " " Liechtensteinstraße 90, E.-Z. 1666, bish. Vef. Josefa Kratky, grdb. übertr. an Ernestine Figdor, am 15. Okt. 1917.
- " " Pöblichgasse 10, E.-Z. 1692, bish. Vef. Berta Rauch, grdb. übertr. an Dr. Hugo Hübl, am 5. Okt. 1917.
- " " Luftlandlgasse 47, E.-Z. 1950, bish. Vef. David Seidner, Fanni Seidner, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Stichl, am 27. Okt. 1917.
- X. Bez., Favoriten, Erlachgasse 73, E.-Z. 309, bish. Vef. Cäcilie Pözl, grdb. übertr. an Karl Pözl, Josef Pözl, Cäcilie Linhart, je $\frac{1}{8}$, am 25. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Gellertplatz 5, E.-Z. 470, bish. Vef. Anna Bivald, grdb. übertr. an Leopold Bivald, am 4. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Karmarschgasse 48, E.-Z. 847, bish. Vef. Georg Jurjo, grdb. übertr. an Leopoldine Klein, am 5. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Leebgasse 49, E.-Z. 1063, bish. Vef. Annette Kraszka, grdb. übertr. an Ludmila Kimesch, am 27. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Leibnitzgasse 39, E.-Z. 1115, bish. Vef. Anna Bivald, grdb. übertr. an Johanna Bivald, am 2. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Leibnitzgasse 52, E.-Z. 1122, bish. Vef. Elias Ruen, grdb. übertr. an m. Marie Ruen, am 11. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Leibnitzgasse 54, E.-Z. 1124, bish. Vef. Hugo Müller, grdb. übertr. an Juda Adler, Sura Adler, je $\frac{1}{2}$, am 23. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Quellenstraße 96, E.-Z. 1386, bish. Vef. Franz Richter, grdb. übertr. an Gottlieb Semcrad, Julie Semcrad, je $\frac{1}{2}$, am 1. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Staudgasse 27, E.-Z. 1720, bish. Vef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{1}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Waldgasse 41, E.-Z. 1818, bish. Vef. Barbara Umlauf, grdb. übertr. an Adolf Langer, Rechy Langer, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Henzigasse 6, E.-Z. 1976, bish. Vef. Heinrich Strala, grdb. übertr. an Josef Paßditter, am 29. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Süßmayergasse 5, E.-Z. 2022, bish. Vef. Buchwerke A. G., grdb. übertr. an die prot. Firma Rudolf Schmidt & Komp., am 25. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Triesterstraße 47, E.-Z. 2353, bish. Vef. Josefina Sucher, Alois Sucher, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Steffl, Agnes Steffl, je $\frac{1}{4}$, am 19. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Thabonatgasse 8, E.-Z. 2397, bish. Vef. die Firma Stingl, Klavierfabrikgesellschaft m. b. H., grdb. übertr. an Heinrich Schmid, Marie Schmid, je $\frac{1}{2}$, am 13. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Sudrunstraße 27, E.-Z. 2586, bish. Vef. Josef Sereda, grdb. übertr. an Karl Tomel, Karoline Tomel, je $\frac{1}{2}$, am 9. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Randhartingergasse 7, E.-Z. 2616, bish. Vef. die Firma Gebrüder Stengl, Klavierfabrikgesellschaft m. b. H., grdb. übertr. an Heinrich Schmid, Marie Schmid, je $\frac{1}{2}$, am 13. Okt. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Siccardsburggasse 72, R.-Nr. 276, E.-Z. 276, bish. Vef. Leopoldine Klein, grdb. übertr. an Moritz Hafner, am 3. Okt. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Leebgasse 67, R.-Nr. 318, E.-Z. 430, bish. Vef. Jakob Hirschfeld $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karoline Hirschfeld $\frac{1}{2}$, am 19. Okt. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Siccardsburggasse 86, R.-Nr. 343, E.-Z. 508, bish. Vef. Benzel Schwinger, grdb. übertr. an die Firma Franz Wrbka & Sohn, am 28. Okt. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Siccardsburggasse 74, R.-Nr. 301, E.-Z. 512, bish. Vef. Amelie Ballenberg, grdb. übertr. an Moritz Hafner, am 3. Okt. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Mührengasse 52, R.-Nr. 625, E.-Z. 548, bish. Vef. Rudolf Lechner, grdb. übertr. an Viktor Mondl, am 23. Okt. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Columbusgasse 108, R.-Nr. 459, E.-Z. 559, bish. Vef. Karl Bekarel $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Antonia Bekarel $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Rotenhofgasse 101, R.-Nr. 432, E.-Z. 1318, bish. Vef. Friedrich Wehling, grdb. übertr. an die Abadie-Papiergesellschaft m. b. H., am 27. Okt. 1917.
- XI. Bez., Kaiser-Ebersdorf, Schmidgunstgasse 39, R.-Nr. 58, E.-Z. 56, bish. Vef. Elisabeth Fürst, grdb. übertr. an Johann Auer, Josefa Auer, je $\frac{1}{2}$, am 22. Okt. 1917.
- " " Kaiser-Ebersdorf, Hörtengasse 28, R.-Nr. 348, E.-Z. 221, bish. Vef. Marie Helmreich, grdb. übertr. an Josef Müllner, Katharina Müllner, je $\frac{1}{2}$, am 5. Okt. 1917.

- XI. Bez., Kaiser-Eberdorf, Sellergasse 8, R.-Nr. 442, E.-Z. 753, bish. Vef. Josef Urban, grdb. übertr. an Magdalena Martolos, am 15. Okt. 1917.
- " " Simmering, Dorfstraße 67, R.-Nr. 107, E.-Z. 99, bish. Vef. Leopoldine Neubauer, grdb. übertr. an Hermine Bößel, am 8. Okt. 1917.
- " " Simmering, Kopalstraße 11, R.-Nr. 280, E.-Z. 271, bish. Vef. Theresie Weiß, grdb. übertr. an Adolf Herrmann, am 30. Okt. 1917.
- " " Simmering, Sedlitzgasse 28, R.-Nr. 406, E.-Z. 388, bish. Vef. Josef Golda $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Theresie Golda $\frac{1}{2}$, Josef Golda, m. Robert Golda, m. Karl Golda, je $\frac{1}{2}$, am 1. Okt. 1917.
- " " Simmering, Rabelinstraße 19, R.-Nr. 186 S, E.-Z. 869, bish. Vef. Marie Peter, grdb. übertr. an Karl Peter, Wenzel Peter, Anna Pulkert, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Simmering, Hallergasse 46, R.-Nr. 613, E.-Z. 1480, bish. Vef. Johanna Donner $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anton Donner, Leopold Hummel, Josef Donner, m. Anton Donner, je $\frac{1}{2}$, am 30. Okt. 1917.
- " " Simmering, II. Landengasse 28, R.-Nr. 860, E.-Z. 1723, bish. Vef. Josef Anderl, Walpurga Anderl, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Theresie Haslinger, am 2. Okt. 1917.
- " " Simmering, Hafenseitengasse 78, R.-Nr. 897, E.-Z. 1894, bish. Vef. Adolf Puschmann, Josefa Puschmann, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Pavlat, Karoline Strahammer, je $\frac{1}{2}$, am 3. Okt. 1917.
- " " Simmering, Grillgasse 16, R.-Nr. 758, E.-Z. 1905, bish. Vef. Cäcilie Großmann, Dr. Tobias Sterenz, Dr. Moritz Steinhertz, Heinrich Steinhertz, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Alfred Reichsfeld, am 2. Okt. 1917.
- XII. Bez., Hekendorf, Rosenhügelstraße 24, R.-Nr. 156, E.-Z. 40, bish. Vef. Franz Hambach $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Hambach $\frac{1}{2}$, am 13. Okt. 1917.
- " " Hekendorf, Rosenhügelstraße 30, R.-Nr. 157, E.-Z. 45, bish. Vef. Franz Hambach $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Hambach $\frac{1}{2}$, am 13. Okt. 1917.
- " " Hekendorf, Rosenhügelstraße 112, R.-Nr. 190, E.-Z. 151, bish. Vef. Franz Köppler $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karoline Köppler, m. Karl Köppler, m. Karoline Köppler, m. Marie Köppler, je $\frac{1}{2}$, am 21. Okt. 1917.
- " " Hekendorf, Hekendorferstraße 64, R.-Nr. 62, E.-Z. 204, bish. Vef. Karoline Köbel, grdb. übertr. an Josef Hajzmann, am 4. Okt. 1917.
- " " Hekendorf, Schönbrunner Allee 27, R.-Nr. 98, E.-Z. 310, bish. Vef. Franz Hambach $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Hambach $\frac{1}{2}$, am 13. Okt. 1917.
- " " Hekendorf, Schönbrunner Allee 60, R.-Nr. 389, E.-Z. 477, bish. Vef. Malvine Keller, grdb. übertr. an Rudolf Feiner, am 22. Okt. 1917.
- " " Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 158, R.-Nr. 115, E.-Z. 115, bish. Vef. Wilhelm Schedivy, grdb. übertr. an Martina Schedivy, m. Wilhelm Schedivy, m. Johann Schedivy, m. Leopold Schedivy, m. Marie Schedivy, m. Martina Schedivy, m. Anna Schedivy, Wilhelmine Schreiber, je $\frac{1}{2}$, am 25. Okt. 1917.
- " " Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 192, R.-Nr. 132, E.-Z. 132, bish. Vef. Karl Mang $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Mang, Karl Mang, Marie Mang, Franz Mang, Eduard Mang, Anna Mang, Franziska Mang, Friedrich Mang, je $\frac{1}{16}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Ober-Meidling, Schönbrunner Schlossstraße 23, R.-Nr. 130, E.-Z. 190, bish. Vef. Eduard Fernhart, grdb. übertr. an Franz Racina, Margarete Racina, je $\frac{1}{2}$, am 6. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße 249, R.-Nr. 89, E.-Z. 89, bish. Vef. Berta Kallisch, grdb. übertr. an Hans Albert Berolzheimer, am 20. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße 251, R.-Nr. 155, E.-Z. 155, bish. Vef. Berta Kallisch, grdb. übertr. an Hans Albert Berolzheimer, am 20. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Rauchgasse 14, R.-Nr. 335, E.-Z. 335, bish. Vef. Karoline Wallner, grdb. übertr. an Katharina Simon, Leopoldine Schlapschy, Hermine Antl, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Fochgasse 19, R.-Nr. 1168, E.-Z. 2015, bish. Vef. Roman Biber $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franziska Peidl $\frac{1}{16}$, Katharina Cramer, Marie Dragowanitsch, je $\frac{1}{32}$, Karl Dragowanitsch, Roman Dragowanitsch, Karoline Müllner, je $\frac{1}{16}$, Josef Heinrich, Karl Heinrich, Rudolf Heinrich, Alois Heinrich, Marie Dundler, Johanna Heinrich, je $\frac{1}{16}$, Anna Spitzer, Karoline Lang, Wilhelm Biber, je $\frac{1}{16}$, Karl Biber, Viktoria Mayerle, je $\frac{1}{32}$, Anna Marz, Rosalia Leble, Alfons Biber, Karoline Biber, je $\frac{1}{16}$, Georg Biber, Marie Biber, Auguste Füllgen, je $\frac{1}{16}$, am 25. Juni 1917.
- XII. Bez., Unter-Meidling, Steinbaurergasse 23, R.-Nr. 1222, E.-Z. 2095, bish. Vef. Roman Biber $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franziska Peidl, Katharina Cramer, Marie Dragowanitsch, Karl Dragowanitsch, Roman Dragowanitsch, Karoline Müllner, Josef Heinrich, Karl Heinrich, Rudolf Heinrich, Alois Heinrich, zus. $\frac{1}{2}$, Marie Dundler, Johanna Heinrich, je $\frac{1}{16}$, Anna Spitzer, Karoline Lang, Wilhelm Biber, je $\frac{1}{16}$, Karl Biber, Viktoria Mayerle, je $\frac{1}{32}$, Anna Marz, Rosalia Leble, Alfons Biber, Karoline Biber, Wilhelm Biber, je $\frac{1}{16}$, Georg Biber, Marie Biber, Auguste Füllgen, je $\frac{1}{16}$, am 25. Juni 1917.
- " " Unter-Meidling, Steinbaurergasse 25, R.-Nr. 1224, E.-Z. 2097, bish. Vef. Roman Biber $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franziska Peidl, Katharina Cramer, Marie Dragowanitsch, Karl Dragowanitsch, Roman Dragowanitsch, Karoline Müllner, Josef Heinrich, Karl Heinrich, Rudolf Heinrich, Alois Heinrich, zus. $\frac{1}{2}$, Marie Dundler, Johanna Heinrich, je $\frac{1}{16}$, Anna Spitzer, Karoline Lang, Wilhelm Biber, je $\frac{1}{16}$, Karl Biber, Viktoria Mayerle, je $\frac{1}{32}$, Anna Marz, Rosalia Leble, Alfons Biber, Karoline Biber, Wilhelm Biber, je $\frac{1}{16}$, Georg Biber, Marie Biber, Auguste Füllgen, je $\frac{1}{16}$, am 25. Juni 1917.
- " " Unter-Meidling, Wolfsganggasse 26, R.-Nr. 1254, E.-Z. 2131, bish. Vef. Roman Biber $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franziska Peidl, Katharina Cramer, Marie Dragowanitsch, Karl Dragowanitsch, Roman Dragowanitsch, Karoline Müllner, Josef Heinrich, Karl Heinrich, Rudolf Heinrich, Alois Heinrich, zus. $\frac{1}{2}$, Marie Dundler, Johanna Heinrich, je $\frac{1}{16}$, Anna Spitzer, Karoline Lang, Wilhelm Biber, je $\frac{1}{16}$, Karl Biber, Viktoria Mayerle, je $\frac{1}{32}$, Anna Marz, Rosalia Leble, Alfons Biber, Karoline Biber, Wilhelm Biber, je $\frac{1}{16}$, Georg Biber, Marie Biber, Auguste Füllgen, je $\frac{1}{16}$, am 25. Juni 1917.
- " " Unter-Meidling, Wolfsganggasse 28, R.-Nr. 1256, E.-Z. 2133, bish. Vef. Roman Biber $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franziska Peidl, Katharina Cramer, Marie Dragowanitsch, Karl Dragowanitsch, Roman Dragowanitsch, Karoline Müllner, Josef Heinrich, Karl Heinrich, Rudolf Heinrich, Alois Heinrich, zus. $\frac{1}{2}$, Marie Dundler, Johanna Heinrich, je $\frac{1}{16}$, Anna Spitzer, Karoline Lang, Wilhelm Biber, je $\frac{1}{16}$, Karl Biber, Viktoria Mayerle, je $\frac{1}{32}$, Anna Marz, Rosalia Leble, Alfons Biber, Karoline Biber, Wilhelm Biber, je $\frac{1}{16}$, Georg Biber, Marie Biber, Auguste Füllgen, je $\frac{1}{16}$, am 25. Juni 1917.
- " " Unter-Meidling, Rauchgasse 7, R.-Nr. 778, E.-Z. 509, bish. Vef. Karl Fromadla, Elise Fromadla, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Andreas Haslinger, Erwin Haslinger, je $\frac{1}{2}$, am 13. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Meidlinger Hauptstraße 67, R.-Nr. 542, E.-Z. 542, bish. Vef. Heinrich Kirschmann $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anna Rothhirsch, Josef Kirschmann, Eugenie Kirschmann, Elisabeth Kirschmann, m. Helene Kirschmann, Irma Kirschmann, je $\frac{1}{12}$, am 1. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Eichengasse 38, R.-Nr. 570, E.-Z. 570, bish. Vef. Adolf Mesensky, grdb. übertr. an die Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“, am 19. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Eichengasse 40, R.-Nr. 571, E.-Z. 571, bish. Vef. Franz Esterle $\frac{1}{2}$, Wilhelm Esterle, Theresie Esterle, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Dr. Hans Ungetüm, am 11. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Spittelkreuzgasse 18, R.-Nr. 984, E.-Z. 872, bish. Vef. Katharina Krammer, grdb. übertr. an Josef Hellmann, am 3. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Rotenmühlgasse, R.-Nr. 1063, E.-Z. 1066, bish. Vef. Marie Petricek, grdb. übertr. an Ferdinand Steindl, Johanna Steindl, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Rauchgasse 33, R.-Nr. 724, E.-Z. 1147, bish. Vef. Matthias Riha, grdb. übertr. an den Verein zur Errichtung eines Asyls, genannt Asyl zum heil. Antonius in Laxenburg mit dem Sitze in Wien, am 10. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Wertheimsteingasse 7, R.-Nr. 367, E.-Z. 367, bish. Vef. Anna Maria Korber, grdb. übertr. an Viktoria Brunda, Katharina Raschl, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Hufelandsgasse 8, R.-Nr. 738, E.-Z. 1163, bish. Vef. Josef Pravda, grdb. übertr. an Josef Hohlweg, Katharina, Hohlweg, je $\frac{1}{2}$, am 21. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße 289, R.-Nr. 894, E.-Z. 1291, bish. Vef. Josef Mohr, Karl Mohr, Franz Mohr, Gisela Zellinek, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Josef Ropch, am 11. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Bonygasse 75, R.-Nr. 1016, E.-Z. 1421, bish. Vef. Karl Zial, grdb. übertr. an Luise Fabiany, am 2. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Steinbaurergasse 22, R.-Nr. 1078, E.-Z. 1708, bish. Vef. Adolf Mesensky, grdb. übertr. an die Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“, am 10. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Ratschygasse 11, R.-Nr. 1376, E.-Z. 1920, bish. Vef. Peter Matinel, grdb. übertr. an die Rappha- und Chemische Produkten-Handelsgesellschaft, am 6. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, Fochgasse 35 bis 39, R.-Nr. 1177, E.-Z. 2027, bish. Vef. der Humanitäts- und Gesselligkeitsverein „Zukunft“, grdb. übertr. an Portois & Fig, am 19. Okt. 1917.

XII. Bez., Unter-Weidling, Schallergasse 13, R.-Nr. 1291, E.-Z. 2191, bish. Bes. Agide Malinet $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franziska Malinet $\frac{1}{2}$, am 9. Okt. 1917.

XIII. Bez., Ober-St. Veit, Luersgasse 15, R.-Nr. 311, E.-Z. 268, bish. Bes. Marie Hütter son., Marie Hütter jun., Adalberta Zerabel, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Edwin Lanzer, am 10. Okt. 1917.

" " Ober-St. Veit, Amalienstraße 3, R.-Nr. 261, E.-Z. 317, bish. Bes. Johann Geldner $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Hedwig Geldner $\frac{1}{4}$, m. Grete Geldner $\frac{1}{4}$, am 22. Okt. 1917.

" " Ober-St. Veit, Luersgasse 6, R.-Nr. 350, E.-Z. 1127, bish. Bes. Katharina Schindler, grdb. übertr. an Moritz Swoboda, Johanna Swoboda, je $\frac{1}{2}$, am 23. Okt. 1917.

" " Ober-St. Veit, Bernbrunnengasse 3, R.-Nr. 401, E.-Z. 1216, bish. Bes. Robert Lehner, grdb. übertr. an Regine Raß, am 30. Okt. 1917.

" " Ober-St. Veit, Suppegasse 12, R.-Nr. 665, E.-Z. 1242, bish. Bes. Franz Krasny, grdb. übertr. an Mindel Landesberger, am 11. Okt. 1917.

" " Ober-St. Veit, Hummelgasse 24, R.-Nr. 556, E.-Z. 1247, bish. Bes. Elisabeth Stubsd., grdb. übertr. an Dr. Richard Schloffer, Olga Schloffer, je $\frac{1}{2}$, am 13. Okt. 1917.

" " Unter-St. Veit, St. Veitgasse 22, R.-Nr. 280, E.-Z. 204, bish. Bes. Hedwig Kaufmann, grdb. übertr. an Jack Prosonik, Carola Prosonik, je $\frac{1}{2}$, am 14. Okt. 1917.

" " Unter-St. Veit, Kupelwiesergasse 15, R.-Nr. 290, E.-Z. 332, bish. Bes. August Karl Stuzer, grdb. übertr. an Dr. Hugo Arnstein, Gabriele Arnstein, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.

" " Unter-St. Veit, Hieginger Hauptstraße 51a, R.-Nr. 236, E.-Z. 379, bish. Bes. Josefina Frein Dobrzinic v. Dobrzewsky, grdb. übertr. an Wilhelm Stern, Perla Stern, je $\frac{1}{2}$, am 25. Okt. 1917.

" " Unter-St. Veit, Hieginger Kai 117, R.-Nr. 278, E.-Z. 527, bish. Bes. Marie Berdmann, grdb. übertr. an Heinrich Müller, Gisela Müller, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.

" " Rainz, Reichartgasse 16, R.-Nr. 272, E.-Z. 676, bish. Bes. die Gemeinnützige Familienhäuser - Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Dismar“ in Wien, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Leopoldine Rutschera, am 15. Okt. 1917.

" " Rainz, Reichartgasse 3, R.-Nr. 286, E.-Z. 699, bish. Bes. die Gemeinnützige Familienhäuser - Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Dismar“ in Wien, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Marie Smetana, am 15. Okt. 1917.

" " Rainz, Reichartgasse 7, R.-Nr. 288, E.-Z. 701, bish. Bes. die Gemeinnützige Familienhäuser - Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Dismar“ in Wien, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Johann Pittioni, am 15. Okt. 1917.

" " Rainz, Reichartgasse 9, R.-Nr. 289, E.-Z. 702, bish. Bes. die Gemeinnützige Familienhäuser - Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Dismar“ in Wien, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Richard Hudagh, Rosa Hudagh, je $\frac{1}{2}$, am 15. Okt. 1917.

" " Rainz, Reichartgasse 11, R.-Nr. 290, E.-Z. 703, bish. Bes. die Gemeinnützige Familienhäuser - Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Dismar“ in Wien, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Josefina Sigge, am 15. Okt. 1917.

" " Rainz, Reichartgasse 13, R.-Nr. 291, E.-Z. 704, bish. Bes. die Gemeinnützige Familienhäuser - Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Dismar“ in Wien, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Hermine Gerhard, am 15. Okt. 1917.

" " Rainz, Hofangartengasse 75, R.-Nr. 296, E.-Z. 709, bish. Bes. die Gemeinnützige Familienhäuser - Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Dismar“ in Wien, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Albert Böhm, Josefina Böhm, je $\frac{1}{2}$, am 15. Okt. 1917.

" " Speifing, Speifingerstraße 69, R.-Nr. 57, E.-Z. 70, bish. Bes. Baronin Luise Andrus de Belencez $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Johann Sittner $\frac{1}{2}$, am 5. Okt. 1917.

" " Speifing, Speifingerstraße 69, R.-Nr. 57, E.-Z. 70, bish. Bes. Johann Sad $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Sittner $\frac{1}{2}$, am 16. Okt. 1917.

" " Speifing, Wallgasse 30, R.-Nr. 144, E.-Z. 237, bish. Bes. Marika Lauber $\frac{1}{2}$, Heinrich Lammer, Apollonia Lammer, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Rosa Auer $\frac{1}{2}$, am 12. Okt. 1917.

" " Speifing, Winkelbreitengasse 4, R.-Nr. 199, E.-Z. 376, bish. Bes. Paul Sieberk, grdb. übertr. an Marie Bauer, am 17. Okt. 1917.

" " Speifing, Diragbigasse 39, R.-Nr. 265, E.-Z. 386, bish. Bes. Johann Weischera, Marie Weischera, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karl Osterreicher, Antonie Osterreicher, je $\frac{1}{2}$, am 6. Okt. 1917.

" " Speifing, Anton Langer-Gasse 9, R.-Nr. 237, E.-Z. 514, bish. Bes. Leopold Frey, grdb. übertr. an Wilhelmine Bissinger, am 3. Okt. 1917.

" " Speifing, Wallgasse 44, R.-Nr. 260, E.-Z. 596, bish. Bes. Paul Sieberk, grdb. übertr. an Marie Bauer, am 17. Okt. 1917.

XIII. Bez., Breitensee, Campogasse 13, R.-Nr. 325, E.-Z. 47, bish. Bes. Johann Pechriggl, Klara Pechriggl, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ladislaus v. Sternohorsky, Stella v. Sternohorsky, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.

" " Breitensee, Magingergasse 10, R.-Nr. 298, E.-Z. 100, bish. Bes. Anna Friesneder, grdb. übertr. an Johann Kimm, Marie Kimm, je $\frac{1}{2}$, am 26. Okt. 1917.

" " Breitensee, Drastovichgasse 3, R.-Nr. 154, E.-Z. 208, bish. Bes. Franz Richter, grdb. übertr. an Johann Ritschauer, Johanna Ritschauer, je $\frac{1}{2}$, am 21. Okt. 1917.

" " Breitensee, Kueffringgasse 14, R.-Nr. 106, E.-Z. 247, bish. Bes. Rudolf Wiener $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Hedwig Wiener $\frac{1}{2}$, Rudolf Wiener, Leopoldine Gold, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.

" " Breitensee, Drastovichgasse 12, R.-Nr. 97, E.-Z. 509, bish. Bes. Marie Reichhuber $\frac{1}{2}$, Marie Reichhuber, Elisabeth Reichhuber, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Lotte Kempert, am 29. Okt. 1917.

" " Ober-Baumgarten, Fingergasse 285, R.-Nr. 20, E.-Z. 15, bish. Bes. Elisabeth Zehetner, grdb. übertr. an Anna Schubert, am 13. Okt. 1917.

" " Ober-Baumgarten, Fingergasse 290, R.-Nr. 126, E.-Z. 121, bish. Bes. Carl Lasnicel, grdb. übertr. an Anton Petrzella, Anna Petrzella, je $\frac{1}{2}$, am 6. Okt. 1917.

" " Ober-Baumgarten, Waidhausenstraße 16, R.-Nr. 279, E.-Z. 201, bish. Bes. der Knaben-Verein „St. Aloisius“, grdb. übertr. an den Verein „Soziale Hilfe“ in Wien, am 30. Okt. 1917.

" " Ober-Baumgarten, Baumgartenstraße 80, R.-Nr. 280, E.-Z. 256, bish. Bes. Karoline Edle v. Horsekly, grdb. übertr. an Karl Meißner, am 19. Okt. 1917.

" " Ober-Baumgarten, Fingergasse 296, R.-Nr. 397, E.-Z. 385, bish. Bes. Paul Liebe, Theresje Liebe, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Emma Krimmer, am 27. Okt. 1917.

" " Unter-Baumgarten, Baumgartenstraße 21, R.-Nr. 130, E.-Z. 17, bish. Bes. Karoline Aicher, grdb. übertr. an Matthäus Petisch, Theresje Petisch, je $\frac{1}{2}$, am 25. Okt. 1917.

" " Unter-Baumgarten, Fingergasse 212, R.-Nr. 58, E.-Z. 30, bish. Bes. Olga Wegscheider, m. Rosa Wegscheider, Anton Wegscheider, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Thomas Krieger, am 8. Okt. 1917.

" " Unter-Baumgarten, Hensdorferstraße 18, R.-Nr. 421, E.-Z. 386, bish. Bes. m. Marie Krivy, grdb. übertr. an Gregor Prager, Barbara Prager, je $\frac{1}{2}$, am 12. Okt. 1917.

" " Hieging, Magingergasse 36, R.-Nr. 71, E.-Z. 67, bish. Bes. Ida Straßer, grdb. übertr. an Helene Friedmann, Jenny Neumann, Rosa Jolles, Emma Braun, je $\frac{1}{4}$, am 17. Okt. 1917.

" " Hieging, Gloriettegasse 8, R.-Nr. 127, E.-Z. 117, bish. Bes. Mathilde Falnbigl $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Johann Falnbigl $\frac{1}{2}$, am 20. Okt. 1917.

" " Hieging, Hieginger-Kai 5, R.-Nr. 356, E.-Z. 416, bish. Bes. Karl Schneider, Franziska Schneider, Konstantin Ritter v. Rischel, Emilie Edle v. Rischel, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an die Firma Ludwig Postler, am 21. Okt. 1917.

" " Hütteldorf, Brudermaungasse 6, R.-Nr. 202, E.-Z. 190, bish. Bes. Karl Bülberl $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Alfred Sohm $\frac{1}{2}$, am 29. Okt. 1917.

" " Penzing, Einmangasse 16, R.-Nr. 80, E.-Z. 95, bish. Bes. Siegmund Osterreicher, grdb. übertr. an Rosa Stern, am 12. Okt. 1917.

" " Penzing, Reingasse 37, R.-Nr. 453, E.-Z. 566, bish. Bes. Anton Svatos, Anna Svatos, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Friedrich Karri, Antonie Karri, je $\frac{1}{2}$, am 6. Okt. 1917.

" " Penzing, Marienhilferstraße 225, R.-Nr. 218, E.-Z. 659, bish. Bes. Heinrich Kircher, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 15. Okt. 1917.

" " Penzing, Anschlaggasse 32, R.-Nr. 429, E.-Z. 682, bish. Bes. Irma Kobler $\frac{1}{100}$, grdb. übertr. an Fanni Kobler $\frac{1}{100}$, am 27. Okt. 1917.

" " Penzing, Meißelstraße 79, R.-Nr. 557, E.-Z. 891, bish. Bes. Josefina Stovicel, grdb. übertr. an Julianna Weinschenk, am 4. Okt. 1917.

" " Penzing, Hollergasse 1, E.-Z. 704, R.-Nr. 970, bish. Bes. Johann Zsch, grdb. übertr. an Julianna Weinschenk, am 4. Okt. 1917.

" " Penzing, Fenzlgasse 35, R.-Nr. 868, E.-Z. 1088, bish. Bes. Engelbert Protsch $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josefina Protsch $\frac{1}{2}$, Anna Jatsch, Johann Jatsch, je $\frac{1}{100}$, am 31. Okt. 1917.

" " Penzing, Hütteldorferstraße 169, R.-Nr. 921, E.-Z. 1221, bish. Bes. Marie Kral, grdb. übertr. an Anton Hübl, Paula Hübl, je $\frac{1}{2}$, am 10. Okt. 1917.

" " Penzing, Husterstraße 17, R.-Nr. 1151, E.-Z. 1888, bish. Bes. Johann Wolf, grdb. übertr. an Josef Morawet, am 27. Okt. 1917.

XIV. Bez., Rudolfsheim, Schwendergasse 19, R.-Nr. 83, E.-Z. 33, bish. Bes. Marie Kuntner, grdb. übertr. an Johann Höfermayer, Franziska Höfermayer, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.

- XIV. Bez., Rudolfshheim, Geibelgasse 6, R.-Nr. 291, E.-Z. 291, bish. Def. Florian Theuer, grdb. übertr. an Stanislaus Biecl, Karoline Biecl, je $\frac{1}{2}$, am 15. Okt. 1917.
- " " Rudolfshheim, Pereirastraße 1, R.-Nr. 362, E.-Z. 362, bish. Def. Hedwig Schimpf $\frac{2}{100}$, grdb. übertr. an Karl Spandl $\frac{2}{100}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Rudolfshheim, Märzstraße 51, R.-Nr. 536, E.-Z. 536, bish. Def. m. Marie Pauline Swatschel $\frac{2}{100}$, Eduard Köhler sen. $\frac{72}{100}$ grdb. übertr. an Josef Köhler $\frac{2}{100}$, Pauline Schneider, Rudolf Köhler, je $\frac{1}{100}$, Josef Köhler $\frac{24}{100}$, m. Katharina Döhler, m. Rudolfine Doler, je $\frac{2}{100}$, am 25. Okt. 1917.
- " " Rudolfshheim, Benedikt Schellinger-Gasse 4, R.-Nr. 612, E.-Z. 587, bish. Def. Engelbert Profsch $\frac{7}{9}$, grdb. übertr. an Josefine Profsch $\frac{42}{72}$, Anna Jatsch, Johann Jatsch, je $\frac{7}{72}$, am 1. Okt. 1917.
- " " Rudolfshheim, Felberstraße 62, R.-Nr. 639, E.-Z. 633, bish. Def. Engelbert Profsch $\frac{7}{9}$, grdb. übertr. an Josefine Profsch $\frac{28}{72}$, Barbara Siromatka $\frac{14}{72}$, Anna Jatsch, Johann Jatsch, je $\frac{7}{72}$, am 1. Okt. 1917.
- " " Rudolfshheim, Meißelstraße 9, R.-Nr. 1105, E.-Z. 876, bish. Def. Franz Siromy, Marie Siromy, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anton Sawlit, Marie Sawlit, je $\frac{1}{2}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Rudolfshheim, Kröllgasse 31, R.-Nr. 749, E.-Z. 878, bish. Def. Josef Wüst, Antonie Wüst, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Jacques Wallis, Helene Wallis, je $\frac{1}{2}$, am 28. Okt. 1917.
- " " Rudolfshheim, Pouthongasse 17, R.-Nr. 571, E.-Z. 1068, bish. Def. Adelsheid Färber, grdb. übertr. an Elisabeth Hancur, am 9. Okt. 1917.
- " " Rudolfshheim, Aveditsstraße 25, R.-Nr. 656, E.-Z. 1126, bish. Def. Engelbert Profsch $\frac{7}{9}$, grdb. übertr. an Josefine Profsch $\frac{28}{72}$, Barbara Siromatka $\frac{14}{72}$, Anna Jatsch, Johann Jatsch, je $\frac{7}{72}$, am 1. Okt. 1917.
- " " Rudolfshheim, Zadenstraße 5, R.-Nr. 885, E.-Z. 1283, bish. Def. Josef Fiedler, grdb. übertr. an Dr. Gustav Eiring, am 30. Sept. 1917.
- " " Rudolfshheim, Flachgasse 35/37, R.-Nr. 1066, E.-Z. 1432, bish. Def. Pauline Grünwald, grdb. übertr. an Ignaz Grünwald, am 27. Okt. 1917.
- " " Sechshaus, Pissergasse 1/3, R.-Nr. 83, E.-Z. 75, bish. Def. Johann Weigl, Ernestine Weigl, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Leopold Winkelhofer, Theresie Winkelhofer, je $\frac{1}{2}$, am 8. Okt. 1917.
- XV. Bez., Friesgasse 7, R.-Nr. 79, E.-Z. 76, bish. Def. Irma Köbber $\frac{1}{10}$, grdb. übertr. an Fanni Köbber $\frac{1}{10}$, am 27. Okt. 1917.
- " " Neubaugürtel 45, R.-Nr. 646, E.-Z. 589, bish. Def. Johann Winkler $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Ludwig Winkler $\frac{1}{4}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Wurbachgasse sine, R.-Nr. 690, E.-Z. 629, bish. Def. Johann Winkler $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Ludwig Winkler $\frac{1}{4}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Lautenbachgasse 29, R.-Nr. 773, E.-Z. 1103, bish. Def. Konrad Enders, Antonie Enders, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Dallal Mor, am 18. Okt. 1917.
- " " Plunergasse 20, R.-Nr. 853, E.-Z. 1215, bish. Def. Pauline Rechner, grdb. übertr. an Ignaz Reymann, am 15. Okt. 1917.
- XVI. Bez., Neulerchenfeld, Grundreingasse 27, R.-Nr. 168, E.-Z. 249, bish. Def. Marie Ettenreich, grdb. übertr. an Samuel Bernhardt, Franziska Bernhardt, je $\frac{1}{2}$, am 2. Okt. 1917.
- " " Neulerchenfeld, Thaliastraße 47, R.-Nr. 375, E.-Z. 312, bish. Def. Friedrich Mencil, grdb. übertr. an Hans Jatsch, Auguste Jatsch, je $\frac{1}{2}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Neulerchenfeld, Pofferplatz 6, R.-Nr. 238, E.-Z. 480, bish. Def. Johann Krauß, grdb. übertr. an Hermine Freiß, am 6. Okt. 1917.
- " " Neulerchenfeld, Habergasse 29, R.-Nr. 492, E.-Z. 558, bish. Def. Marie K. bauk, grdb. übertr. an Karl Moser, am 18. Okt. 1917.
- " " Neulerchenfeld, Liebhardtgasse 30, R.-Nr. 429, E.-Z. 560, bish. Def. Anton Moser $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josefa Moser $\frac{1}{2}$, am 3. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Guttenberggasse 87, R.-Nr. 1352, E.-Z. 101, bish. Def. Franz Lang, Johanna Lang, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karl Lustig, Amalia Lustig, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Dttakringerstraße 205, R.-Nr. 59, E.-Z. 198, bish. Def. Emma Reichel $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Emilie Gräf $\frac{1}{4}$, am 13. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Kienfeldergasse, R.-Nr. 681, E.-Z. 440, bish. Def. Alfred Tollmann, grdb. übertr. an den Verein "Settlement", am 19. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Wilhelminenstraße 164, R.-Nr. 1427, E.-Z. 545, bish. Def. Wilhelmine Etkr, grdb. übertr. an Johann Pippich, Anna Pippich, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Wilhelminenstraße 211, R.-Nr. 1372, E.-Z. 646, bish. Def. Johann Ryba, Veronika Ryba, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Richard Strajer, am 7. Okt. 1917.
- XVI. Bez., Dttakring, Yppenplatz 15, R.-Nr. 1632, E.-Z. 718, bish. Def. Anton Moser $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josefa Moser $\frac{1}{2}$, am 8. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Dttakringerstraße 134, R.-Nr. 195, E.-Z. 733, bish. Def. Marie Porister, grdb. übertr. an Josef Hautmann, Sophie Hautmann, je $\frac{1}{2}$, am 2. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Dttakringerstraße 119, R.-Nr. 271, E.-Z. 915, bish. Def. Anna Eich, Franz Eich, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Johann Feldmann, Leopoldine Feldmann, je $\frac{1}{2}$, am 9. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Reinhartgasse 37, R.-Nr. 190, E.-Z. 960, bish. Def. Josef Drtosch, grdb. übertr. an Josef Drtosch, am 2. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Seeböckgasse 8, R.-Nr. 873, E.-Z. 1026, bish. Def. Adele Lewie, grdb. übertr. an Heinrich Schmuder, Emilie Schmuder, je $\frac{1}{2}$, am 1. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Friedrich Kaiser-Gasse 57, R.-Nr. 1892, E.-Z. 1040, bish. Def. Aloisia Voigt, grdb. übertr. an Anton Angelmayer, Marie Angelmayer, je $\frac{1}{2}$, am 30. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Waggasse 36, R.-Nr. 591, E.-Z. 1050, bish. Def. Anna Kreiner, grdb. übertr. an Karoline Birend, am 20. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Brunnengasse 60, R.-Nr. 937, E.-Z. 1375, bish. Def. Alois Leiß $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Katharina Leiß $\frac{1}{2}$, Franz Leiß $\frac{1}{2}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Friedrich Kaiser-Gasse 96, R.-Nr. 1137, 823, E.-Z. 1421, bish. Def. Eduard Parizel, grdb. übertr. an Alfred Parizel, am 5. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Rankgasse 18, R.-Nr. 1628, E.-Z. 1774, bish. Def. Karl Wojtech, Anna Wojtech, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Böhm, Anna Böhm, je $\frac{1}{2}$, am 15. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Arneithgasse 30, R.-Nr. 532, E.-Z. 1981, bish. Def. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an die Dttakringer Kommunal-Kleinlinderbewahranstalt, am 4. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Degengasse 60, R.-Nr. 1035, E.-Z. 2076, bish. Def. Matthias Rüber, Franziska Cieslik, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Michael Moyer, am 30. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Wilhelminenstraße 92, R.-Nr. 1177, E.-Z. 2175, bish. Def. Franz Feuz, Marie Feuz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Herr. Industriemeister Warchalovsky, Eisler & Komp. K. G., am 19. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Ganglbauerstraße 25, R.-Nr. 1390, E.-Z. 2581, bish. Def. Gottlieb Semerad, Julie Semerad, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Adolf Nibel, Pauline Nibel, je $\frac{1}{2}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Kaufgasse 30, R.-Nr. 2109, R.-Nr. 2649, bish. Def. Wenzel Dnjezbsty, Marie Dnjezbsty, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Matthias Schuster, Franziska Schuster, je $\frac{1}{2}$, am 18. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Galkinstraße 80, R.-Nr. 1672, E.-Z. 2323, bish. Def. Karl Holzinger, Josefina Holzinger, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Adele Koch, am 17. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Falchgasse 11, R.-Nr. 2149, E.-Z. 2903, bish. Def. Georg Neufellner, Sophie Neufellner, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franz Andre, Anna Andre, je $\frac{1}{2}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Koppstraße 92, R.-Nr. 1600, E.-Z. 3073, bish. Def. Johann Huemer, Franziska Huemer, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Rudolf Zahn, Marie Zahn, je $\frac{1}{2}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Klausgasse 29, R.-Nr. 1941, E.-Z. 3104, bish. Def. Rosalia Reinwart, Karoline Peiffer, Anna Röd, Josef Prade, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Theresie Baumhakt $\frac{1}{2}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Dttakring, Klausgasse 31, R.-Nr. 1940, E.-Z. 3105, bish. Def. Rosalia Reinwart, Karoline Peiffer, Anna Röd, Josef Prade, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Theresie Baumhakt $\frac{1}{2}$, am 10. Okt. 1917.
- XVII. Bez., Dornbach, Dornbacherstraße 29, R.-Nr. 98, E.-Z. 33, bish. Def. m. Gustav v. Braun, Gräfin Marie v. Seyffel d'Aise, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Richard Kohn, am 28. Okt. 1917.
- " " Dornbach, Gipsferlingstraße 31, R.-Nr. 229, E.-Z. 77, bish. Def. Franz Weefe, grdb. übertr. an Franz Weefe, am 4. Okt. 1917.
- " " Dornbach, Andergasse 1, R.-Nr. 84, E.-Z. 124, bish. Def. Johann Habetswallner $\frac{1}{4}$, Anna Schuster $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Gustav König, Hedwig König, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Dornbach, Dornbacherstraße 16, R.-Nr. 257, E.-Z. 231, bish. Def. Marianne Stagl, grdb. übertr. an Johann Bambula, Anastasia Bambula, je $\frac{1}{2}$, am 12. Okt. 1917.
- " " Dornbach, Dornbacherstraße 95, R.-Nr. 57, E.-Z. 344, bish. Def. Marianne v. Rohrer, Julius Schuster, Heinrich Schuster, Gustav Schuster, Natalie v. Verdin-Balsfeldella, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Aron Reiß, Elfa Reiß, je $\frac{1}{2}$, am 14. Okt. 1917.
- " " Dornbach, Feintengasse 4, R.-Nr. 383, E.-Z. 837, bish. Def. Gustav Reichel, grdb. übertr. an Julius Reinl, am 5. Okt. 1917.
- " " Fernald, Dttakringerstraße 12, R.-Nr. 1152, E.-Z. 263, bish. Def. Marie Schunko $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Friedrich Mencil $\frac{1}{4}$, am 30. Okt. 1917.

- XVII. Bez., Dornbach, Hernalser Hauptstraße 189, K.-Nr. 482, E.-Z. 1260, bish. Bef. Franz Fischer, Emma Scholz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Moritz Freundel, Fanni Freundel, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- " " Hernalis, Haslingergasse 38, K.-Nr. 641, E.-Z. 650, bish. Bef. Anton Wipser, grdb. übertr. an Friedrich Mencil, am 25. Okt. 1917.
- " " Hernalis, Beheimgasse 58, K.-Nr. 710, E.-Z. 768, bish. Bef. Wenzel Schmidt, grdb. übertr. an Emmerich Reitmayer, Alois Reitmayer, je $\frac{1}{2}$, am 17. Okt. 1917.
- " " Hernalis, Weidmannsgasse 3, K.-Nr. 743, E.-Z. 812, bish. Bef. Andreas Stodhammer, grdb. übertr. an Gustav Stodhammer, am 30. Okt. 1917.
- " " Hernalis, Leitnermayergasse 15, K.-Nr. 810, E.-Z. 901, bish. Bef. Amalia Schweinburg, grdb. übertr. an Julie Berner, am 18. Okt. 1917.
- " " Hernalis, Rosenfeingasse 37, K.-Nr. 510, E.-Z. 1053, bish. Bef. Georg Schaubhuber, Ludmilla Schaubhuber, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Adolf Maty ^{107/238}, Karoline Maty ^{119/258}, am 17. Okt. 1917.
- " " Hernalis, Bichtelgasse 51, K.-Nr. 1345, E.-Z. 1164, bish. Bef. Friedrich Mencil, grdb. übertr. an Leopold Stocel, Franziska Eduard Mayerhofer, Marie Mayerhofer, je $\frac{1}{4}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Hernalis, Ladnergasse 36, K.-Nr. 1480, E.-Z. 1478, bish. Bef. Severin Boher, grdb. übertr. an Hermann Lorenz, Leopoldine Lorenz, je $\frac{1}{2}$, am 18. Okt. 1917.
- " " Hernalis, Hernalser Hauptstraße 164, K.-Nr. 1280, E.-Z. 1591, bish. Bef. Aloisia Matschel $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Vinzenz Matschel sen. $\frac{1}{2}$, am 30. Okt. 1917.
- " " Hernalis, Jörgerstraße 31, K.-Nr. 1282, E.-Z. 1617, bish. Bef. Wilhelm Leuchter, Anna Leuchter, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franz Urwalek, Juliana Urwalek, je $\frac{1}{2}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Hernalis, Palfyngasse 14, K.-Nr. 1435, E.-Z. 1771, bish. Bef. Dr. Alexander Curti, grdb. übertr. an A. Fischer-Traunach, m. Irene v. Fischer-Traunach, am 27. Okt. 1917.
- " " Hernalis, Palfyngasse 16, K.-Nr. 1436, E.-Z. 1780, bish. Bef. Dr. Alexander Curti, grdb. übertr. an A. Fischer-Traunach, m. Alexandra v. Fischer-Traunach, am 27. Okt. 1917.
- " " Neuwaldweg, Klampfelberggasse 1, K.-Nr. 58, E.-Z. 8, bish. Bef. Christoph Demel $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Hermine Kobligel $\frac{1}{4}$, am 3. Okt. 1917.
- XVIII. Bez., Gersthof, Herbedstraße 22 a, K.-Nr. 522, E.-Z. 211, bish. Bef. Otto Pacher, grdb. übertr. an m. Otto Pacher $\frac{1}{4}$, Hermine Pacher $\frac{3}{4}$, am 23. Okt. 1917.
- " " Gersthof, Schöffelgasse 52, K.-Nr. 561, E.-Z. 249, bish. Bef. Marianne Fischer, grdb. übertr. an Rosa Kellmer, am 2. Okt. 1917.
- " " Gersthof, Vastiangasse 13, K.-Nr. 422, E.-Z. 273, bish. Bef. Josefina Kornek $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Leopold Kornek $\frac{1}{2}$, am 24. Okt. 1917.
- " " Gersthof, Wittbauergasse 28, K.-Nr. 499, E.-Z. 373, bish. Bef. Eduard Ceranke $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an m. Leopold Pauer $\frac{1}{2}$, am 24. Okt. 1917.
- " " Gersthof, Messerschmiedgasse 6, K.-Nr. 209, E.-Z. 451, bish. Bef. Alois Georg Mafek, Marie Bachheimer, Franziska Schöbel, Rosa Kwapil, Katharina Binnagi, Franz Kwapil, Anna Kwapil, Jakob Knapp, grdb. übertr. an Anton Hefenreich, Viktor Jaoral, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Gersthof, Schindberggasse 52, K.-Nr. 359, E.-Z. 792, bish. Bef. Lidowita Bilz Edle v. Wernhof, grdb. übertr. an Marie Wacel, am 28. Okt. 1917.
- " " Neustift am Walde, Rathstraße 8, K.-Nr. 72, E.-Z. 253, bish. Bef. August Hochmayer, Leopold Hochmayer, Johann Hochmayer, Katharina Hochmayer, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Karl Kull, Auguste Kull, je $\frac{1}{2}$, am 29. Okt. 1917.
- " " Pögleinsdorf, Pögleinsdorferstraße 70, K.-Nr. 99, E.-Z. 28, bish. Bef. Anton Lust $\frac{1}{3}$, Marie Lust $\frac{2}{3}$, grdb. übertr. an Dr. Robert Rehoda, Ilka Rehoda, je $\frac{1}{2}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Pögleinsdorf, Herbedstraße 138, K.-Nr. 218, E.-Z. 651, bish. Bef. Michael Mayer, grdb. übertr. an Viktor Wild, Emilie Wild, je $\frac{1}{2}$, am 1. Okt. 1917.
- " " Pögleinsdorf, Glanzinggasse 46, Baurechts-E.-Z. 972, K.-Nr. 352, E.-Z. 912, Baurechtsübertrag, bish. Bef. Heinrich Konjr, grdb. übertr. an m. Henriette Konjr, m. Charlotte Konjr, m. Pauline Konjr, je $\frac{1}{3}$, am 9. Okt. 1917.
- " " Währing, Haizingergasse 20, K.-Nr. 779, E.-Z. 195, bish. Bef. Theodor Schneller, Henriette Schneller, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Siegmund J. Stern, am 31. Okt. 1917.
- " " Währing, Martinsstraße 6, K.-Nr. 175, E.-Z. 515, bish. Bef. Johann Meleg, grdb. übertr. an Ludwig Erhardt, Maria Erhardt, je $\frac{1}{2}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Währing, Kreuzgasse 27, K.-Nr. 883, E.-Z. 613, bish. Bef. Aloisia Wannenmacher, Maria Stephan, Theresia Kagengruber, Eleonore Fellner, je $\frac{1}{120}$, grdb. übertr. an Dr. Jakob Adolf, ^{20/120}, am 27. Okt. 1917.
- XVIII. Bez., Währing, Blumengasse 22, K.-Nr. 618, E.-Z. 650, bish. Bef. Marie Lindner, grdb. übertr. an Josef Lindner, Karl Lindner, Adolf Lindner, je $\frac{1}{4}$, am 3. Okt. 1917.
- " " Währing, Martinsstraße 89, K.-Nr. 241, E.-Z. 696, bish. Bef. Helene Pržibit, grdb. übertr. an die Wiener Kommunal-Spar-Kassa im Bezirke Währing vormalig Spar-Kassa der Gemeinde Währing, am 29. Sept. 1917.
- " " Währing, Schulgasse 1, K.-Nr. 962, E.-Z. 850, bish. Bef. Helene Taster, Malvine v. Krasny, Flora Rosaneck, Jenny Wechsler, Anny Pollat, Margarete Fuchs, je $\frac{1}{7}$, grdb. übertr. an Friedrich Kalita $\frac{1}{14}$, Margareta Papla $\frac{1}{14}$, am 25. Okt. 1917.
- " " Währing, Kreuzgasse 39, K.-Nr. 695, E.-Z. 1020, bish. Bef. Anton Hoffenreich, grdb. übertr. an Magdalena Stephan, Anna Stephan, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- " " Währing, Weichhoferstraße 82, K.-Nr. 263, E.-Z. 1121, bish. Bef. Emil Waßl $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Flora Waßl $\frac{1}{4}$, am 3. Okt. 1917.
- " " Währing, Kreuzgasse 79, K.-Nr. 1205, E.-Z. 1200, bish. Bef. Matthias David, Theresie David, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Heinrich Odehnal, Adele Odehnal, je $\frac{1}{2}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Währing, Anastasius Grün-Gasse 19, K.-Nr. 1774, E.-Z. 1353, bish. Bef. Wenzel Marit $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Marit, Max Marit, Magdalena Kobetzky, Leopoldine Hausz, je $\frac{1}{8}$, am 22. Okt. 1917.
- " " Währing, Geyngasse 158, K.-Nr. 1551, E.-Z. 1420, bish. Bef. Wenzel Häring, Marie Häring, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Alfred Schuppler, am 26. Okt. 1917.
- " " Währing, Sternwartestraße 50, K.-Nr. 1063, E.-Z. 1561, bish. Bef. Hubert Sauer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Johanna Sauer, m. Johann Sauer, Hubert Sauer, m. Margarete Sauer, m. Carmen Sauer, je $\frac{1}{10}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Währing, Jörgerstraße 10, K.-Nr. 1249, E.-Z. 1763, bish. Bef. m. Hildegard Rimböck, m. Robert Rimböck, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Alois Swoboda $\frac{1}{4}$, am 26. Okt. 1917.
- " " Währing, Türkenschanzstraße 4, K.-Nr. 1517, E.-Z. 1997, bish. Bef. Marie Brzál, grdb. übertr. an Sandor Stampf, Marie Stampf, je $\frac{1}{2}$, am 3. Okt. 1917.
- " " Währing, Colloredoergasse 15, K.-Nr. 1657, E.-Z. 2298, bish. Bef. Reichold Trampler, grdb. übertr. an Hermann Schmidt, am 6. Okt. 1917.
- " " Weinhaus, Türkenschanzstraße 9, K.-Nr. 61, E.-Z. 46, bish. Bef. Felix Ripbauer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anna Ripbauer $\frac{1}{2}$, am 30. Okt. 1917.
- XIX. Bez., Ober-Döbling, Rodlergasse 3, K.-Nr. 15, E.-Z. 1078, bish. Bef. Wilhelm Windler, Marie Windler, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Siegmund Kohn, Anna Kohn, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- " " Ober-Döbling, Felix Mottl-Gasse 45, K.-Nr. 761, E.-Z. 1176, bish. Bef. Siegmund Reich, Paula Reich, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Jakob Goldmann, Karola Goldmann, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Ober-Döbling, In der Krim 5, K.-Nr. 859, E.-Z. 1499, bish. Bef. Kreditverein r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Leopold Traunmüller, am 29. Okt. 1917.
- " " Ober-Döbling, Hochschulstraße 27, K.-Nr. 952, E.-Z. 1519, bish. Bef. Dr. Adolf Finkler, grdb. übertr. an Ignaz Fuchs, Nina Jonas, Risa Fuchs, je $\frac{1}{4}$, am 9. Okt. 1917.
- " " Ober-Döbling, Hasenauerstraße 18, K.-Nr. 678, E.-Z. 1679, bish. Bef. Rudolf Löw Beer, grdb. übertr. an Richard Heller, am 3. Okt. 1917.
- " " Unter-Döbling, Zglaseergasse 33, K.-Nr. 149, E.-Z. 54, bish. Bef. Franz Mayerhofer, Anna Ulrich, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Konrad Mayerhofer $\frac{3}{8}$, am 1. Okt. 1917.
- " " Unter-Döbling, Zglaseergasse 54, K.-Nr. 109, E.-Z. 100, bish. Bef. Katharina Lehner $\frac{1}{16}$, grdb. übertr. an Siegmund Adler $\frac{3}{16}$, am 5. Okt. 1917.
- " " Unter-Döbling, Zebenthofgasse 16, K.-Nr. 185, E.-Z. 261, bish. Bef. Franz Rigler, Anna Rigler, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Johann Paroubek, Katharina Paroubek, je $\frac{1}{2}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Heiligenstadt, Grinzingerstraße 69, K.-Nr. 386, E.-Z. 788, bish. Bef. Karl Kreindl jun. grdb. übertr. an Karl Rodenbauer, Marie Rodenbauer, je $\frac{1}{2}$, am 1. Okt. 1917.
- " " Grinzinger, Langäckergasse 3, K.-Nr. 108, E.-Z. 531, bish. Bef. Dr. Arnold Benet, grdb. übertr. an Amanda Benet, am 15. Okt. 1917.
- " " Rußdorf, Greinergasse 31, K.-Nr. 4, E.-Z. 27, bish. Bef. Karl Neumayer ^{89/120}, Otto Neumayer, Leopold Neumayer, je $\frac{1}{120}$, grdb. übertr. an Wenzel Wallisch, Marie Wallisch, je $\frac{89}{120}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Rußdorf, Hammer Schmidtgasse 23, K.-Nr. 16, E.-Z. 52, bish. Bef. Josefa Schlägl, Stephan Schlägl, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Richard Bed, Kamilla Bed, je $\frac{1}{2}$, am 18. Okt. 1917.
- " " Unter-Siedering, Belveduergasse 10, K.-Nr. 96, E.-Z. 20, bish. Bef. Dr. Anton Hebar, Elfriede Hebar, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Karl Hsemann, Olga Hsemann, je $\frac{1}{4}$, am 26. Okt. 1917.

Baustellen-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. Oktober 1917.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

- XIX. Bez., Ruschdorf, Bachofengasse 5, K.-Nr. 228, E.-Z. 633, bish. Bes. Franz Pürzelmayer $\frac{1}{4}$, Josef Pürzelmayer, Karbarina Pürzelmayer, Hermine Pürzelmayer, Marie Pürzelmayer, m. Leopoldine Pürzelmayer, m. Wilhelm Pürzelmayer, je $\frac{1}{12}$, grdb. übertr. an die Firma A. Egger's Sohn, am 6. Okt. 1917.
- " " Unter-Sievering, Sieveringerstraße 36, K.-Nr. 258, E.-Z. 578, bish. Bes. Theodor Langer, grdb. übertr. an Jfidor Hirsch, Emil Hirsch, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- " " Unter-Sievering, Sieveringerstraße 32 a, K.-Nr. 286, E.-Z. 791, bish. Bes. Ferdinand Rezel, Antonia Rezel, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Amalia Glücks, am 27. Okt. 1917.
- " " Unter-Sievering, Sieveringerstraße 32, K.-Nr. 287, E.-Z. 792, bish. Bes. Olga Kaiser, grdb. übertr. an Hermine König, Therese am 6. Okt. 1917.
- XX. Bez., Denisgasse, 8, E.-Z. 329, bish. Bes. Dr. Gustav Necht, grdb. übertr. an Karl Danzinger, Marie Danzinger, je $\frac{1}{2}$, am König, je $\frac{1}{2}$, 17. Okt. 1917.
- " " Gerhardsgasse 29, E.-Z. 605, bish. Bes. Dr. Leopold Domeny, Mathilde Domeny, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Jakob Eckert, am 17. Okt. 1917.
- " " Ohmargasse 16, E.-Z. 1239, bish. Bes. Otto Ronosdorf, grdb. übertr. an Jfidor. Kalman, Else Kalman, je $\frac{1}{2}$, am 9. Okt. 1917.
- " " Hellwagstraße 7, E.-Z. 3564, bish. Bes. Anna Kruesz, grdb. übertr. an Leopoldine Wiedermann, Therese Singer, Emilie Poibl, je $\frac{1}{3}$, am 1. Okt. 1917.
- " " Dresdnerstraße 112, E.-Z. 4149, bish. Bes. die Firma Tara & Zellinet G. m. b. H., grdb. übertr. an die Firma Metallindustrie Winter & Adler A.-G. am 12. Okt. 1917.
- XXI. Bez., Asperrn, Asperrnstraße 71, K.-Nr. 152, E.-Z. 182, bish. Bes. Josefina Branny, Marie Dehm, Johann Scheiber, m. Karl Scheiber, m. Leopoldine Scheiber, m. Barbara Scheiber, je $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Jaroslav Hajcha, am 27. Okt. 1917.
- " " Donaufeld, Bismarckplatz 8, K.-Nr. 771 Fl. E.-Z. 26, bish. Bes. Julius Trachler, Anna Trachler, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Richard Dhrbauer, Marie Dhrbauer, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Donaufeld, Leopoldauerstraße 5, K.-Nr. 564 Floridsdorf, K.-Nr. 54, bish. Bes. Friedrich Brandstetter, grdb. übertr. an Leopold Ehler, Elisabeth Ehler, je $\frac{1}{2}$, am 13. Okt. 1917.
- " " Donaufeld, Leopoldauerstraße 9, K.-Nr. 566, Floridsdorf, E.-Z. 596, bish. Bes. Julius Grob, Barbara Grob, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karl Fier, am 19. Okt. 1917.
- " " Donaufeld, Leopoldauerstraße 11, K.-Nr. 1198 Floridsdorf, E.-Z. 733, bish. Bes. Leopold Ehler, Elisabeth Ehler, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karl Fier, Emma Fier, je $\frac{1}{2}$, am 12. Okt. 1917.
- " " Floridsdorf, Floridsdorfer Hauptstraße 34, K.-Nr. 1142, E.-Z. 107 bish. Bes. Marie Weihs, grdb. übertr. an Johann Neitreich, Angela Neitreich, je $\frac{1}{2}$, am 17. Okt. 1917.
- " " Floridsdorf, Floridsdorfer Hauptstraße 12, K.-Nr. 1165, E.-Z. 118, bish. Bes. Friedrich Diez v. Weidenberg, Auguste Schaar, Anna Wolf, je $\frac{1}{12}$, grdb. übertr. an Albert Klein, am 23. Okt. 1917.
- " " Groß-Feldersdorf I, Schwemmäckerstraße 33, K.-Nr. 137, E.-Z. 1020, bish. Bes. die Ein- und Mehrfamilienhäuser-Baugenossenschaft für Eisenbahner r. G. m. b. H. $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Luise Wagner $\frac{1}{2}$, am 22. Okt. 1917.
- " " Zedlsee, Schillgasse 11, K.-Nr. 1253 Floridsdorf, E.-Z. 443, bish. Bes. Gisela Schlemmer, grdb. übertr. an Viktor Horowitz, Josefina Horowitz, je $\frac{1}{2}$, am 16. Okt. 1917.
- " " Ragan, Donaufelderstraße 237, K.-Nr. 385, E.-Z. 813, bish. Bes. Edmund v. Ehrampf, grdb. übertr. an Marie Struger, Dittlie Musil, je $\frac{1}{2}$, am 12. Okt. 1917.
- " " Leopoldau, Ruthnergasse 46, K.-Nr. 253, E.-Z. 718, bish. Bes. Johann Bhoril, Marie Bhoril, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Matthias Haushofer, Therese Haushofer, je $\frac{1}{2}$, am 16. Okt. 1917.
- " " Strebersdorf, Lang-Engersdorferstraße 14, K.-Nr. 42, E.-Z. 42, bish. Bes. Anton Rulchto, grdb. übertr. an Josef Gindl, Rosalia Gindl, je $\frac{1}{2}$, am 16. Okt. 1917.
- " " Strebersdorf, Anton Bäck-Gasse 29, K.-Nr. 73, E.-Z. 72, bish. Bes. Anton Pus, Marie Pus, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anna Tuschny, am 16. Okt. 1917.
- " " Strebersdorf, K.-Nr. 198, E.-Z. 261, bish. Bes. Marie Kozlik $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karl Kozlik $\frac{1}{4}$, m. Leopoldine Kozlik, m. Karl Kozlik, m. Marie Kozlik, m. Ludwig Kozlik, m. Josefina Kozlik, m. Anna Kozlik, m. Rudolf Kozlik, m. Franz Kozlik, m. Hedwig Kozlik, je $\frac{1}{100}$, am 23. Okt. 1917.
- II. Bez., Parz. 2339/2 Wiese, Parz. 2339/5 Bauarea, Einl.-Z. 1710, bisheriger Besitzer Christoph Drubta, grundbüchlerlich übertragen an Josef Lischiansky, Ludmilla Lischiansky, je $\frac{1}{2}$, am 20. Oktober 1917.
- " " P. 2583/1 Wald, Baufl. I, P. 2583/3 Wald, Baufl. 3, P. 2583/5 Wald, Baufl. 5, P. 2583/7 Wald, Baufl. 7, P. 2583/9 Wald, Baufl. 9, P. 2583/11 Wald, Baufl. 11, P. 2583/13 Wald, Baufl. 13, E.-Z. 3077, bish. Bes. der Donauregulierungsfonds, grdb. übertr. an die Oesterreichischen Siemens-Schudert-Werke in Wien, am 9. Okt. 1917.
- " " P. 1473 172 Bauarea, Baufl. 16, in die neue E.-Z. 5657 übertragen, E.-Z. 4433, bish. Bes. Karl Roth, Emil Roth, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franz Böhm, am 3. Okt. 1917.
- " " P. 1473/18 Bauarea, E.-Z. 5594, bish. Bes. Elisabeth Ortner, grdb. übertr. an Leopold Kammer, am 9. Okt. 1917.
- III. Bez., P. 735/4, 735/5 Gärten, P. 735/6 Garten als Straßengrund, P. 734/2 Bauarea in das öffentliche Gut übertragen, P. 734/4 Bauarea, E.-Z. 908, bish. Bes. Marie Freund $\frac{1}{8}$, Marie Freund $\frac{1}{8}$, m. Marie Mattes $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 12. Sept. 1917.
- " " P. 735/1 Garten, in die E.-Z. 3777 übertragen, E.-Z. 908, bish. Bes. Marie Freund $\frac{1}{8}$, Marie Freund $\frac{1}{8}$, m. Marie Mattes $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Gustav Frankl, am 12. Sept. 1917.
- " " P. 735/2, 735/3 Gärten, in die neue E.-Z. 3856 übertragen, E.-Z. 908, bish. Bes. Marie Freund $\frac{1}{8}$, Marie Freund $\frac{1}{8}$, m. Marie Mattes $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ignaz Frankl, Dr. Paul Frankl, Felix Frankl, je $\frac{1}{8}$, am 12. Sept. 1917.
- " " P. 162 Bauarea, Baufl. VI, E.-Z. 1887, bish. Bes. Anton Oberzeller $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Josef Oberzeller (b. Äng.) $\frac{1}{4}$, am 4. Okt. 1917.
- " " Teil der P. 2498/3 Garten, als P. 2498/5 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 2677, bish. Bes. das k. l. Ärar, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 20. Sept. 1917.
- " " P. 2309/2 Garten (Grund), E.-Z. 2892, bish. Bes. Franziska Jaun, grdb. übertr. an Matthias Wotraubel, am 11. Okt. 1917.
- " " P. 2309/3 Garten (Straßengrund), E.-Z. 2893, bish. Bes. Franziska Jaun, grdb. übertr. an Matthias Wotraubel, am 11. Okt. 1917.
- " " P. 342/4 Garten, E.-Z. 3434, bish. Bes. Geza Schiffmann, grdb. übertr. an Jozsa Drach, Wilhelm Morell, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- " " P. 342/5 Garten, E.-Z. 3435, bish. Bes. Geza Schiffmann, grdb. übertr. an Jozsa Drach, Wilhelm Morell, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- IV. Bez., P. 765/1 Garten, in die E.-Z. 479 übertragen, E.-Z. 481, bish. Bes. Marianne Löw-Beer, grdb. übertr. an Moritz Rothberger, Dr. Julius Rothberger, je $\frac{1}{2}$, am 26. Okt. 1917.
- V. Bez., P. 729/1, Baufl. I, Bauarea, E.-Z. 1563, bish. Bes. Josef Fichtinger, grdb. übertr. an die Firma Wiener Baukreditbank, am 3. Okt. 1917.
- " " P. 729/5, 729/23 Bauarea, Baufl. IV, E.-Z. 1565, bish. Bes. Josef Fichtinger, grdb. übertr. an die Firma Wiener Baukreditbank, am 3. Okt. 1917.
- " " P. 729/9, 729/24, 729/6 Bauarea, Baufl. V, E.-Z. 1568, bish. Bes. Josef Fichtinger, grdb. übertr. an die Firma Wiener Baukreditbank, am 3. Okt. 1917.
- " " P. 729/13, 729/10 Bauarea, Baufl. VIII, E.-Z. 1572, bish. Bes. Josef Fichtinger, grdb. übertr. an die Firma Wiener Baukreditbank, am 3. Okt. 1917.
- " " P. 729/XIV Bauarea, Baufl. IX, E.-Z. 1573, bish. Bes. Josef Fichtinger, grdb. übertr. an die Firma Wiener Baukreditbank, am 3. Okt. 1917.
- " " P. 729/4, 729/22 Bauarea, Baufl. III, E.-Z. 1591, bish. Bes. Josef Fichtinger, grdb. übertr. an die Firma Wiener Baukreditbank, am 3. Okt. 1917.
- " " P. 729/8, 729/25, 729/7 Bauarea, Baufl. VI, E.-Z. 1595, bish. Bes. Josef Fichtinger, grdb. übertr. an die Firma Wiener Baukreditbank, am 3. Okt. 1917.
- " " P. 729 12, 729/11 Bauarea, Baufl. VII, E.-Z. 1599, bish. Bes. Josef Fichtinger, grdb. übertr. an die Firma Wiener Baukreditbank, am 3. Okt. 1917.
- " " P. 729/8 Bauarea, Baufl. II, E.-Z. 1638, bish. Bes. Josef Fichtinger, grdb. übertr. an die Firma Wiener Baukreditbank, am 3. Okt. 1917.
- " " P. 729/15 Bauarea, Baufl. X, E.-Z. 1647, bish. Bes. Josef Fichtinger, grdb. übertr. an die Firma Wiener Baukreditbank, am 3. Okt. 1917.

- VI. Bez., Teil der P. 588/1 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 690, bish. Bef. Julius Goldschlager, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 28. Juni 1917.
- X. Bez., Favoriten, P. 1398 Bauarea, Bauft. XXXII, E.-Z. 85, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1397 Bauarea, E.-Z. 87, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1394 Bauarea, E.-Z. 89, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Bauft. XXVII, P. 1393, E.-Z. 81, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Bauft. XXIV, P. 1390, E.-Z. 93, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, Bauft. 23, E.-Z. 95, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 2694 Bauarea, E.-Z. 140, bish. Bef. die Firma Frey Mäggle, Betonbau-Unternehmung, grdb. übertr. an die Vaterländische Baugesellschaft m. b. S., am 14. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1883 Bauarea, E.-Z. 142, bish. Bef. die Firma Frey Mäggle, Beton-Unternehmung, grdb. übertr. an die Vaterländische Baugesellschaft m. b. S., am 13. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1399, Bauft. 33, E.-Z. 526, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1838 Bauarea, P. 2741/3 Bauarea, E.-Z. 1196, bish. Bef. die Firma Frey Mäggle, Betonbau-Unternehmung, grdb. übertr. an die Vaterländische Baugesellschaft m. b. S., am 14. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1400, Bauft. 34, E.-Z. 1287, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1396, Bauft. 30, E.-Z. 1289, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1395, Bauft. 29, E.-Z. 1291, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1392, Bauft. 26, E.-Z. 1293, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1391, Bauft. 25, E.-Z. 1295, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 10. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1388 Garten, E.-Z. 1297, bish. Bef. Franz Biber, Alexander Biber, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Ludwig Biber $\frac{2}{8}$, am 29. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1599, Grundparzelle III, E.-Z. 1469, bish. Bef. Heinrich Strata, grdb. übertr. an Josef Pafstötter, am 29. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 51 Baustelle, P. 1597 Bauarea, E.-Z. 1974, bish. Bef. Heinrich Strata, grdb. übertr. an Josef Pafstötter, am 29. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 4 Baustelle, P. 1598 Bauarea, E.-Z. 1983, bish. Bef. Heinrich Strata, grdb. übertr. an Josef Pafstötter, am 29. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 5 Bauparzelle, P. 1596 Bauarea, E.-Z. 1984, bish. Bef. Heinrich Strata, grdb. übertr. an Josef Pafstötter, am 29. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1120/45, Bauft. 1, Gruppe VIII, E.-Z. 2155, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1120/46, Bauft. 2, Gruppe VIII, E.-Z. 2156, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1120/47, Bauft. 3, Gruppe VIII, E.-Z. 2157, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1120/48, Bauft. 4, Gruppe VIII, E.-Z. 2158, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1120/49, Bauft. 5, Gruppe VIII, E.-Z. 2159, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- X. Bez., Favoriten, P. 1120/50 Bauft. 6, Gruppe VIII, E.-Z. 2160, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft am 11. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1120/51, Bauft. 6, Gruppe VIII, E.-Z. 2161, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1120/52, Bauft. 8, Gruppe VIII, E.-Z. 2162, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1120/53, Bauft. 9, Gruppe VIII, E.-Z. 2163, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1120/54, Bauft. 10, Gruppe VIII, E.-Z. 2164, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1120/55, Bauft. XI, Gruppe VIII, E.-Z. 2165, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Favoriten, P. 1424/7 Ader, E.-Z. 2396, bish. Bef. die Firma Gebrüder Stingl Klavierfabriks-Ges. m. b. S., grdb. übertr. an Heinrich Schmid, Marie Schmid, je $\frac{1}{2}$, am 13. Okt. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, P. 759/1, 759/3, 759/6, 759/8, 9, 760, 766/2, 777/7, 768, 736/1, 2, 738/1, 2, 3, 4 bis 13 Ader, in neue E.-Z. 198 übertragen, E.-Z. 146, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, P. 759/4, 5, 7, 2, 766/1, 742 Ader, in die neue E.-Z. 199 übertragen, E.-Z. 147, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, P. 868 Ader in die neue E.-Z. 230 übertragen, E.-Z. 230, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Oberlaa, P. 1215/1 Bauarea, P. 1218, 1219/1 Ader, in die neue E.-Z. 787 übertragen, E.-Z. 79, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- " " Oberlaa, P. 1250/1 Ader, 1250/2 Bauarea, 1250/3 Ader, 1250/8 Bauarea, E.-Z. 310, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 11. Okt. 1917.
- XI. Bez., Kaiser-Ebersdorf, P. 642, 641 Ader, E.-Z. 246, bish. Bef. Marie Helmreich, grdb. übertr. an Josef Müllner, Katharina Müllner, je $\frac{1}{2}$, am 8. Okt. 1917.
- XII. Bez., Hengendorf, P. 146 4 Weide, E.-Z. 465, bish. Bef. Franz Köppler $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karoline Köppler, m. Karl Köppler, m. Karoline Köppler, m. Marie Köppler, je $\frac{1}{8}$, am 21. Okt. 1917.
- " " Gaubenzdorf, P. 114/2 Lagerpl., E.-Z. 174, bish. Bef. Josef Kemptner, Karl Kemptner, grdb. übertr. an Alfred Raubitschek, Hermine Raubitschek, Max Raubitschek, Emilie Raubitschek, je $\frac{1}{4}$, am 11. Okt. 1917.
- " " Ober-Meidling, P. 9/1 Garten, Bauft. 1 in die neue E.-Z. 202 übertragen, E.-Z. 5, bish. Bef. Amalie Woldan, grdb. übertr. an Philipp Schütz, am 3. Okt. 1917.
- " " Ober-Meidling, P. 9/1 Garten, Bauft. 1, E.-Z. 202, bish. Bef. Philipp Schütz, grdb. übertr. an Theresie Singer, am 10. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, P. 14/22 Bauft., E.-Z. 1372, bish. Bef. Josef Mohr, Karl Mohr, Franz Mohr, Gisela Zellmet, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Josef Kopeck, am 11. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, P. 148/10 Ader, Bauft. 8, E.-Z. 1526, bish. Bef. Max Neuwirth, Morisa Neuwirth, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Goldschmied & Schanzer, Goodyear Schuhfabrik, Ges. m. b. S., am 19. Okt. 1917.
- " " Unter-Meidling, P. 530 Lagerpl. Parz. Ader, Bau-Parz. 9, E.-Z. 2030, bish. Bef. der Humanitäts- und Gesselligkeitsverein „Zukunft“, grdb. übertr. an die Portois & Fir Aktien-gesellschaft, am 10. Okt. 1917.
- XIII. Bez., Ober-St. Veit, P. 1217/16, Bauft. 11 in die neue E.-Z. 1749 übertragen, E.-Z. 1025, bish. Bef. die Wiener Baugesellschaft, der Wiener Bankverein, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Wilhelm Klauer, am 10. Okt. 1917.
- " " Ober-St. Veit, P. 1247/12 Bauft. 9 in die neue E.-Z. 1750 übertragen, E.-Z. 1037, bish. Bef. die Wiener Baugesellschaft, der Wiener Bankverein, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Fleißig, Elise Fleißig, je $\frac{1}{2}$, am 23. Okt. 1917.

- XIII. Bez., Spreising, P. 48/2, Acker Teilst. III, P. 54/2 Acker, P. 53/2 Garten, Bauft. I, E.-Z. 618, bish. Bes. Alfred Hechtl, grdb. übertr. an Franz Keller, am 20. Okt. 1917.
- " " Breitensee, P. 320/1 Wiese (R. G. Breitensee), P. 3214 Wiese (R. G. Dttakring), E.-Z. 306, bish. Bes. Julius Futschik, Siegfried Lewie, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Firma Karl Huber, am 12. Okt. 1917.
- " " Breitensee, P. 330/2, 332, Acker, E.-Z. 494, bish. Bes. Rudolf Hoffer $\frac{1}{100}$, grdb. übertr. an m. Margarete Prohaska $\frac{1}{100}$, am 2. Okt. 1917.
- " " Breitensee, P. 330/3, Bauft. Acker, E.-Z. 496, bish. Bes. Rudolf Hoffer $\frac{1}{100}$, grdb. übertr. an m. Margarete Prohaska $\frac{1}{100}$, am 2. Okt. 1917.
- " " Breitensee, P. 330/5 Bauft. Acker, E.-Z. 498, bish. Bes. Rudolf Hoffer $\frac{1}{100}$, grdb. übertr. an m. Margarete Prohaska $\frac{1}{100}$, am 2. Okt. 1917.
- " " Breitensee, P. 330/7 Bauft. Acker, E.-Z. 500, bish. Bes. Rudolf Hoffer $\frac{1}{100}$, grdb. übertr. an m. Margarete Prohaska $\frac{1}{100}$, am 2. Okt. 1917.
- " " Breitensee, P. 330/8 Bauft. Acker, E.-Z. 501, bish. Bes. Rudolf Hoffer $\frac{1}{100}$, grdb. übertr. an m. Margarete Prohaska $\frac{1}{100}$, am 2. Okt. 1917.
- " " Ober-Baumgarten, P. 139/9 Acker Bauft. 4, E.-Z. 94, bish. Bes. Julius Klarinet Nachflg. Th. Klarinet, grdb. übertr. an Klara Preshburger, am 7. Okt. 1917.
- " " Ober-Baumgarten, P. 139/5 Acker, künstiger Straßengrund, E.-Z. 433, bish. Bes. Julius Klarinet Nachflg. Th. Klarinet, grdb. übertr. an Klara Preshburger, am 7. Okt. 1917.
- " " Ober-Baumgarten, P. 139/6 Acker, künstiger Straßengrund, E.-Z. 434, bish. Bes. Julius Klarinet Nachflg. Th. Klarinet, grdb. übertr. an Klara Preshburger, am 7. Okt. 1917.
- " " Ober-Baumgarten, P. 139/2 Acker, Bauft. Teil I, E.-Z. 435, bish. Bes. Julius Klarinet Nachflg. Th. Klarinet, grdb. übertr. an Klara Preshburger, am 7. Okt. 1917.
- " " Ober-Baumgarten, P. 139/3 Acker Bauft. Teil II, E.-Z. 436, bish. Bes. Julius Klarinet Nachflg. Th. Klarinet, grdb. übertr. an Klara Preshburger, am 7. Okt. 1917.
- " " Ober-Baumgarten, P. 139/8 Acker Bauft. 3, E.-Z. 437, bish. Bes. Julius Klarinet Nachflg. Th. Klarinet, grdb. übertr. an Klara Preshburger, am 7. Okt. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, P. 39/3 Garten, E.-Z. 18, bish. Bes. Karoline Aicher, grdb. übertr. an Mathäus Petsch, Therese Petsch, je $\frac{1}{2}$, am 25. Okt. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, P. 246/21 Baupl., E.-Z. 195, bish. Bes. Therese Freyberg, grdb. übertr. an die Erste österr. Spielkartenfabrik A.-G. Ferd. Piatnik & Söhne, lithograph. Anstalt Buch- und Steindruckerei in Wien, am 3. Okt. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, P. 246/22 Baupl., E.-Z. 196, bish. Bes. Therese Freyberg, grdb. übertr. an die Erste österr. Spielkartenfabrik A.-G. Ferd. Piatnik & Söhne, lithograph. Anstalt, Buch- und Steindruckerei in Wien, am 3. Okt. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, P. 246/33 Baupl., E.-Z. 197, bish. Bes. Therese Freyberg, grdb. übertr. an die Erste Spielkartenfabrik A.-G. Ferd. Piatnik & Söhne, lithograph. Anstalt, Buch- und Steindruckerei in Wien, am 3. Okt. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, P. 246/24 Baupl., E.-Z. 198, bish. Bes. Therese Freyberg, grdb. übertr. an die Erste österr. Spielkartenfabrik A.-G. Ferd. Piatnik & Söhne, lithograph. Anstalt, Buch- und Steindruckerei in Wien, am 3. Okt. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, P. 246/25 Baupl., E.-Z. 199, bish. Bes. Therese Freyberg, grdb. übertr. an die Erste österr. Spielkartenfabrik A.-G. Ferd. Piatnik & Söhne, lithograph. Anstalt, Buch- und Steindruckerei in Wien, am 3. Okt. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, P. 246/26 Baupl., E.-Z. 200, bish. Bes. Therese Freyberg, grdb. übertr. an die Erste österr. Spielkartenfabrik A.-G. Ferd. Piatnik & Söhne, lithograph. Anstalt, Buch- und Steindruckerei in Wien, am 3. Okt. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, P. 295/13 Bauft. 12 in neue E.-Z. 562 übertragen, E.-Z. 344, bish. Bes. Wiener Baugesellschaft, Wiener Bauverein, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franz Nienschl, am 26. Okt. 1917.
- " " Penzing, P. 133/2, Garten, E.-Z. 1847, bish. Bes. Ilza Fischer, grdb. übertr. an Dr. Heinrich Böhmer, Rosina Böhmer, je $\frac{1}{2}$, am 14. Okt. 1917.

- XVI. Bez., Dttakring, Teil der P. 496/1 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 1850, bish. Bes. Franz Ziala, Franziska Ziala, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 4. Okt. 1917.
- " " Dttakring, P. 774/26 Bauft., E.-Z. 2613, bish. Bes. Rudolf Otto Gerger, grdb. übertr. an die Österreichische Industrie-werke Warchalovsky, Eisler & Komp., A.-G., am 27. Okt. 1917.
- " " Dttakring, P. 774/27 Bauft., E.-Z. 2614, bish. Bes. Rudolf Otto Gerger, grdb. übertr. an die Österreichische Industrie-werke Warchalovsky, Eisler & Komp., A.-G., am 27. Okt. 1917.
- " " Dttakring, P. 757/4, Bauft. 2, E.-Z. 3391, bish. Bes. Alfred Gollmann, grdb. übertr. an den Verein „Settlement“, am 19. Okt. 1917.
- " " Dttakring, P. 757/5, Bauft. 3, E.-Z. 3393, bish. Bes. Alfred Gollmann, grdb. übertr. an den Verein „Settlement“, am 19. Okt. 1917.
- XVII. Bez., Dornbach, P. 465/3, 465/2, 466 in die neue E.-Z. 1357 übertragen, E.-Z. 65, bish. Bes. Betti Grohs, grdb. übertr. an Elsa Bieckel, am 4. Sept. 1917.
- " " Dornbach, P. 514/10 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 315, bish. Bes. Karl Dachler, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 4. Sept. 1917.
- " " Dornbach, P. 514/7, 514/8, 514/9 in die neuen E.-Z. 1358, 1359, 1360 übertragen als Bauft. IV, V, VI, E.-Z. 315, bish. Bes. Karl Dachler, grdb. übertr. an Leopold Enginger, Josefina Enginger, je $\frac{1}{2}$, am 19. Okt. 1917.
- " " Dornbach, P. 1118/12 Bauarea, E.-Z. 457, bish. Bes. Aloisia Bogt $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Wilhelmine Horak, Franziska Bogt, je $\frac{1}{2}$, am 25. Okt. 1917.
- " " Dornbach, P. 1113/31, Bauft. XXI, P. 1113/56, 1112/5, 1112/6 Wiesen, E.-Z. 521, bish. Bes. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 24. Okt. 1917.
- " " Dornbach, P. 211/1 Wiese, E.-Z. 577, bish. Bes. Marianne v. Rohrer, Julius Schuster, Heinrich Schuster, Gustav Schuster, Natalie v. Verdin-Balsivella, je $\frac{1}{5}$, grdb. übertr. an Aron Reiß, Elsa Reiß, je $\frac{1}{2}$, am 14. Okt. 1917.
- " " Dornbach, P. 1113/6, Bauft. 30, P. 1110/17 Acker, E.-Z. 1015, bish. Bes. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 24. Okt. 1917.
- " " Dornbach, P. 313/1, Bauft. 2, E.-Z. 1207, bish. Bes. Johann Habetwallner $\frac{1}{4}$, Anna Schuster $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Gustav König, Hedwig König, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Hernals, P. 446/1 Acker, P. 446/2 Pehmgrube, P. 448 Weide, P. 578/2 Weg, P. 578/3 Acker, P. 1484, 1071 Bauarea in die neue E.-Z. 1954 übertragen, E.-Z. 1395, bish. Bes. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 24. Okt. 1917.
- " " Hernals, P. 1082 Weg, Bauft. 45, E.-Z. 2060, bish. Bes. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 24. Okt. 1917.
- XVIII. Bez., Gersthofer, P. 174/10 Bauarea, E.-Z. 450, bish. Bes. Alois Malek, Georg Malek, Marie Bachheimer, Franziska Schöbel, Rosa Kwapil, Franz Kwapil, Katharina Sinnagl, Jakob Knapp, Anna Kwapil, grdb. übertr. an Anton Hoffenreich, Viktor Zaoral, je $\frac{1}{2}$, am 31. Okt. 1917.
- " " Gersthofer, P. 174/13 Wiese, P. 609 Straße, E.-Z. 452, bish. Bes. Ludowita Piz Edle v. Wernhof, grdb. übertr. an Marie Wacel, am 28. Okt. 1917.
- " " Gersthofer, P. 185/16 Acker, E.-Z. 800, bish. Bes. Ludowita Piz Edle v. Wernhof, grdb. übertr. an Marie Wacel, am 28. Okt. 1917.
- " " Gersthofer, P. 135/14 Acker, E.-Z. 805, bish. Bes. Ludowita Piz Edle v. Wernhof, grdb. übertr. an Marie Wacel, am 28. Okt. 1917.
- " " Neuhof an Walde, P. 239 Weingarten, E.-Z. 117, bish. Bes. Johann Graninger, Marie Graninger, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Leopold Winter, Katharina Winter, je $\frac{1}{2}$, am 19. Okt. 1917.
- " " Pöchlinsdorf, P. 315/1 Bauarea, P. 315/2 Garten, P. 316 Acker, P. 318 Weingarten, P. 319 Acker, E.-Z. 112, bish. Bes. Christine Köller, grdb. übertr. an Karl Redrich, am 29. Sept. 1917.
- " " Pöchlinsdorf, P. 371 Acker, P. 346/17, 346/18, 346/19, 346/20 Weiden, E.-Z. 308, bish. Bes. Willibald Chwala $\frac{1}{2}$, Dr. Auguste Chwala $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ferdinand Beck, am 12. Okt. 1917.
- " " Pöchlinsdorf, P. 348/12, 350/9 Wiesen, E.-Z. 591, bish. Bes. Leontine Magyar, grdb. übertr. an Friedrich Marmorek, Elise Marmorek, je $\frac{1}{2}$, am 28. Okt. 1917.
- " " Pöchlinsdorf, P. 561/6 Acker, Bauft. 6, E.-Z. 743, bish. Bes. Karl Eduard Schmaus, grdb. übertr. an Othmar Jurajek, Elise Jurajek, je $\frac{1}{2}$, am 22. Okt. 1917.

- XVIII. Bez., Pögleinsdorf, P. 637/21 Acker, Baufl. 21, E.-Z. 794, bish. Vef. Josef Bauer, grdb. übertr. an August Breuner, Gisela Breuner, je $\frac{1}{2}$, am 22. Okt. 1917.
- " " Salmannsdorf, P. 242/1 Weingarten, E.-Z. 61, bish. Vef. Marie Brauner, grdb. übertr. an Dr. Richard Reisch, Marie Reisch, je $\frac{1}{2}$, am 16. Okt. 1917.
- XIX. Bez., Ober-Döbling, P. 241/10 Garten, E.-Z. 57, bish. Vef. Jakob Red, grdb. übertr. an Berta Kif, am 12. Okt. 1917.
- " " Ober-Döbling, P. 866/5 Acker, E.-Z. 791, bish. Vef. Julius Frankl, Emma Frankl, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Heinrich Fuchs, am 3. Okt. 1917.
- " " Ober-Döbling, P. 807/4 Acker, Baufl. IV, E.-Z. 1710, bish. Vef. Hermine Zellner, grdb. übertr. an Karl Sachslehner, am 31. Okt. 1917.
- " " Ober-Döbling, P. 1047/13 Garten, E.-Z. 1734, bish. Vef. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an die Kaiser Franz Josef-Zubilläumsstiftung für ein deutsches Universitäts-Studentenheim am 30. Okt. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 347/1 Garten, E.-Z. 37, bish. Vef. m. Josef Handfchur, m. Aloisia Handfchur, je $\frac{1}{12}$, grdb. übertr. an Johann Kattus $\frac{1}{6}$, am 1. Okt. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 146 Garten, E.-Z. 148, bish. Vef. Karl Mayerhofer, grdb. übertr. an Konrad Mayerhofer, am 1. Okt. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 367/1, 367/2 Acker, P. 362/2 Garten, E.-Z. 210, bish. Vef. Friedrich Berl, Philipp Steiner, Max Todres, je $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Dr. Otto Biach, Margit Biach, je $\frac{1}{2}$, am 14. Okt. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 359/1, 362/6 Gärten, E.-Z. 244, bish. Vef. Friedrich Berl, Philipp Steiner, Max Todres, je $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Dr. Otto Biach, Margit B. h., je $\frac{1}{2}$, am 14. Okt. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 363/3 Garten, E.-Z. 249, bish. Vef. Friedrich Berl, Philipp Steiner, Max Todres, je $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Dr. Otto Biach, Margit Biach, je $\frac{1}{2}$, am 14. Okt. 1917.
- " " Rablbergerdorf, P. 287/8 Wald, E.-Z. 125, bish. Vef. Jfidor Wünsch, grdb. übertr. an Johann Braun, Friedrich Kargl, Othmar Pwec, je $\frac{1}{2}$, am 18. Okt. 1917.
- " " Heiligenstadt, P. 629/7 Baufl. 4, Weingarten, E.-Z. 811, bish. Vef. Franz Mandl jun., grdb. übertr. an Ottilie Weiser, am 17. Okt. 1917.
- " " Grinzing, P. 876 Acker, E.-Z. 270, bish. Vef. Pauline Kietabl, grdb. übertr. an Dr. Otto Horner ^{6243/10000}, Rudolf Herzer ^{2757/10000}, am 6. Okt. 1917.
- " " Grinzing, P. 876/1 Acker, in die neue E.-Z. 869 übertragen, E.-Z. 270, bish. Vef. Dr. Otto Horner ^{6243/10000}, Rudolf Herzer ^{2757/10000}, grdb. übertr. an Rudolf Herzer, am 6. Okt. 1917.
- " " Grinzing, P. 876/2 Acker, E.-Z. 270, bish. Vef. Rudolf Herzer ^{2757/10000}, grdb. übertr. an Dr. Otto Horner ^{6243/10000}, am 6. Okt. 1917.
- " " Ruffdorf, P. 505 Weingarten, E.-Z. 74, bish. Vef. Mathilde Follender, grdb. übertr. an Hans Mann, Anna Mann, je $\frac{1}{2}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Ruffdorf, P. 558 Wiese, E.-Z. 242, bish. Vef. Salomon Markus Follender, grdb. übertr. an Dr. Hermann Gerstl, am 12. Okt. 1917.
- " " Ruffdorf, P. 507 Acker, E.-Z. 445, bish. Vef. Salomon Markus Follender, grdb. übertr. an Hans Mann, Anna Mann, je $\frac{1}{2}$, am 29. Okt. 1917.
- " " Ruffdorf, P. 508 Wiese, E.-Z. 471, bish. Vef. Salomon Markus Follender, grdb. übertr. an Hans Mann, Anna Mann, je $\frac{1}{2}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Ruffdorf, P. 774 Acker, E.-Z. 472, bish. Vef. Salomon Markus Follender, grdb. übertr. an Hans Mann, Anna Mann, je $\frac{1}{2}$, am 20. Okt. 1917.
- " " Ober-Sievering, P. 502/1 Garten, P. 503/1 Acker, E.-Z. 233, bish. Vef. Leopold Winter, Katharina Winter, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Kolm, am 19. Okt. 1917.
- " " Ober-Sievering, P. 351/1 Weingarten, E.-Z. 299, bish. Vef. Anastasia Paar, grdb. übertr. an Karl Stein, am 26. Okt. 1917.
- " " Ober-Sievering, P. 502 Weingarten, P. 503/2 Acker, E.-Z. 368, bish. Vef. Jakob Schachinger, Katharina Schachinger, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Kohn, am 19. Okt. 1917.
- " " Unter-Sievering, P. 628/3 Acker, Baufl. II, E.-Z. 678, bish. Vef. Theodor Langer, grdb. übertr. an Jfidor Hirsch, Cilli Hirsch, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- " " Unter-Sievering, P. 628/4 Acker, Baufl. III, E.-Z. 679, bish. Vef. Theodor Langer, grdb. übertr. an Jfidor Hirsch, Cilli Hirsch, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- " " Unter-Sievering, P. 628/5 Acker, Baufl. IV, E.-Z. 680, bish. Vef. Theodor Langer, grdb. übertr. an Jfidor Hirsch, Cilli Hirsch, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- XIX. Bez., Unter-Sievering, P. 628/6 Acker, Baustellenfragment V, E.-Z. 681, bish. Vef. Theodor Langer, grdb. übertr. an Jfidor Hirsch, Cilli Hirsch, je $\frac{1}{2}$, am 27. Okt. 1917.
- XXI. Bez., Donauefeld, P. 920 Acker, E.-Z. 262, bish. Vef. Julius Aufbaum, grdb. übertr. an Josef Ficker, Marie Ficker, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- " " Donauefeld, P. 919 Acker, E.-Z. 427, bish. Vef. Julius Aufbaum, grdb. übertr. an Josef Ficker, Marie Ficker, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- " " Donauefeld, P. 921 Acker, E.-Z. 432, bish. Vef. Julius Aufbaum, grdb. übertr. an Josef Ficker, Marie Ficker, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- " " Groß-Zedlersdorf I, P. 462, 463, 466, 467 Acker in die neue E.-Z. 1130 übertragen, E.-Z. 17, bish. Vef. Marie Ott, grdb. übertr. an Florian Ott, Franziska Ott, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- " " Groß-Zedlersdorf I, Teil der P. 19/5 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 519, bish. Vef. David Krieger, Adele Krieger, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 5. Okt. 1917.
- " " Groß-Zedlersdorf I, P. 121/6 Acker, E.-Z. 343, bish. Vef. Wendelin Kühnel, grdb. übertr. an Franz Kattlein, Wilhelmine Kattlein, je $\frac{1}{2}$, am 16. Okt. 1917.
- " " Groß-Zedlersdorf II, P. 121/7 Acker, E.-Z. 344, bish. Vef. Wendelin Kühnel, grdb. übertr. an Franz Kattlein, Wilhelmine Kattlein $\frac{1}{2}$, am 16. Okt. 1917.
- " " Groß-Zedlersdorf II, P. 121/8 Acker in die neue E.-Z. 509 übertragen, E.-Z. 245, bish. Vef. Wendelin Kühnel, grdb. übertr. an Franz Kattlein, Wilhelmine Kattlein, je $\frac{1}{2}$, am 16. Okt. 1917.
- " " Zedlese, P. 602/2 Garten, E.-Z. 496, bish. Vef. Gisela Schlemmer, grdb. übertr. an Viktor Horowitz, Josefina Horowitz, je $\frac{1}{2}$, am 16. Okt. 1917.
- " " Ragrau, P. 954/11 Garten, E.-Z. 300, bish. Vef. Leopold Ungar $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Rosa Fegerel, Anna Leibl, Franziska Misch, je $\frac{1}{6}$, am 24. Okt. 1917.
- " " Strebersdorf, P. 742/3, 742/2 in die E.-Z. 704 übertragen, E.-Z. 174, bish. Vef. Dr. Bertold Kraja, grdb. übertr. an das l. l. Arar, am 18. Okt. 1917.
- " " Strebersdorf, P. 821/1 Acker, E.-Z. 349, bish. Vef. Josef Fröschl, Franziska Fröschl, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anton Muth, Elisabeth Muth, je $\frac{1}{2}$, am 26. Okt. 1917.
- " " Strebersdorf, P. 888/2, 889/2, 888/1, 889/1 Acker, E.-Z. 478, bish. Vef. Marie Ott, grdb. übertr. an Florian Ott, Franziska Ott, je $\frac{1}{2}$, am 11. Okt. 1917.
- " " Strebersdorf, P. 816 in die E.-Z. 349 übertragen, E.-Z. +32, bish. Vef. Johann Christ, Wilhelmine Christ, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anton Muth, Elisabeth Muth, je $\frac{1}{2}$, am 29. Okt. 1917.
- " " Strebersdorf, P. 742/4 in die E.-Z. 702 übertragen, E.-Z. 667, bish. Vef. Dr. Berthold Kraja, grdb. übertr. an das l. l. Arar, am 18. Okt. 1917.
- " " Strebersdorf, P. 604/3, 605/2 Acker, E.-Z. 672, bish. Vef. Karl Butter ^{10/16} m. Adolfiner Mutter, Ferdinand Butter, je $\frac{2}{16}$, grdb. übertr. an Marti Prutel, Anna Prutel, je $\frac{1}{2}$, am 24. Okt. 1917.
- " " Strebersdorf, P. 817/1 in die E.-Z. 349 übertragen, E.-Z. 678, bish. Vef. Anton Weiß, Josef Weiß, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anton Muth, Elisabeth Muth, je $\frac{1}{2}$, am 29. Okt. 1917.

* *

(Richtigstellung.) In dem im Amtsblatte Nr. 42 ex 1917 erschienenen Realitätenverzeichniss hat es auf Seite 1011, rechte Spalte, Zeile 23 statt K.-Nr. 384 richtig K.-Nr. 348 zu heißen, so daß es heißt:

XVI. Bez., Neulerchensfeld, Fröbelgasse 36, K.-Nr. 348, E.-Z. 339, bish. Vef. Ludwig Willner, Theresje Willner, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Markus Perlmutter, Rosa Perlmutter, je $\frac{1}{2}$, am 15. Feb. 1917.

Sintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

22. März 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Krechner Marie — Pferdebesitz-Verschleiß — III., Keinerstraße 15.
Herlinger Theresje — Erzeugung natürlicher Fruchtsäfte — III., Sophienbrückengasse 6.

Haller Josef — Dachdecker — XIII., Ameisgasse 52.
 Wagner Anna — Handel mit Lebens- und Genussmitteln beschränkt, sowie Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Rüstendörferstraße 27.
 Grünwald Elisabeth — Modisierergewerbe — VII., Lindengasse 20.
 Ungar Emil — Klebstoff-Erzeugung — VII., Wimbergergasse 41.
 Nidermann Kamilla — Handel mit Schuhen und Schuhzubehör — VII., Schottenfeldgasse 51.
 Pfeifer Marie — Frauen- und Kinderkleidmachersgewerbe — XIII., Schanzstraße 47.
 Herzig Franziska — Marktviktualienhandel — III., Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien.
 Gerhartinger Katharina — Marktviktualienhandel — III., Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien.
 Goufal Marie — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VI., Rahlgasse 18.
 Schöll Marie — Zuckerverfahren-Verschleiß — X., Arthaberplatz 2.
 Morgenstern Malvine — Marktviktualien- und Geflügelhandel — X., Quellenstraße (Markt).

23. März 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Auto-Hirnholzbergwerksgesellschaft m. b. H. — Erzeugung und Vertrieb aller Arten von Autobereifungen — XVII., Hernaller Hauptstraße 108.
 Firma „Heros“, mechanische Schuh-Erzeugungsgesellschaft m. b. H. — Fabrikmäßige Erzeugung von Schuhen, Sandalen und Spaltsohlen — VI., Bürgerhospitalgasse 20.
 Konservenfabrik „Kalmar“, Ges. m. b. H. — Fabrikmäßige Erzeugung von Nahrungsmitteln, insbesondere Konserven und Kaffeeurrogaten (beschränkt) — V., Margaretenquartier 116.
 Weissenstein Ludwig (Alleininhaber der Firma Alfred Turnovsky) — Handel mit Tuch- und Kleiderstoffen — I., Kohlmarkt 5.
 Bied Friedrich — Viehhandel — III., Zentral-Viehhof St. Marx.
 Kaiser Josef — zadtlohnführer — XVII., Mariengasse 10.
 Geppert Ferdinand — Fleischerhauer — X., Dampfgasse 7.
 Zemann Robert — Tischlergewerbe — XVIII., Gensgasse 76.
 Hebesar Rudolf — Konzession zum Betriebe des Bahntechnikergewerbes — VIII., Schmidgasse 13.
 Friedenreich Friedrich — Zuckerbäckergewerbe — XV., Schweglerstraße 44.
 Ponsing Alexander — Kleinfuhrwerks-gewerbe — XIX., Pantzergasse 2.
 Winterstein Bernhard — Handel mit neuen Eisenwaren, altem Eisen und unedlen Metallen — XV., Neubaugürtel 43.
 Sul Johann — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — XV., Witzelsbergergasse 27.
 Belarel Johann — Schuhmachersgewerbe — XV., Mattispfah 8.
 Tretter Richard — Handel mit Walzenmasse für Druckereimaschinen — XV., Kaufmargasse 1.
 Bundiale Thomas — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Friedrich Kaiser-Gasse 13.
 Pohl Karl — Handel mit Automobil, Flugzeug- und Luftschiffbestandteilen, sowie mit Stahl, Eisen und Rohren — II., Erzherzog Karl-Platz 20.
 Schweizer Brane Sure — Handel mit Kanditen und Zuckerbäckerwaren — II., Rembrandtstraße 35.
 Lipschitz Berl — Weinagentur — II., Vereinsgasse 12.
 Zuder Mechel — Pferdehandel — II., Franzensbrückenstraße 28.
 Jeger Alois — Beherbergung von Fremden — I., Weiburggasse 1/3.
 Winter Julius — Handelsagentur — I., Gonzagagasse 18.
 Humpolat Franz — Kleidermachersgewerbe — V., Schönbrunnerstraße 139.
 Stefan Jakob — Schlossergewerbe — V., Nikolsdorfergasse 20.
 Goldschmid Eugen — Geflügelhandel — V., Schönbrunnerstraße 124.
 Jeymer Friedrich — Tischlergewerbe — V., Margaretenstraße 123.
 Kerschner Ferdinand — Verschleiß von Seilwaren — V., Siebenbrunnengasse 46.
 Malek Theresia — Personentransport mit dem Fialerwagen Nr. 754 — I., Morzinplatz.
 Böhl Marie — Handel mit Möbeln und Klavieren — X., Troststraße 43.
 Kögler Anna — Marktviktualienhandel — X., Quellenstraße (Markt).
 Krich Marie — Kleinfuhrwerk — X., Buchengasse 170.
 Banya Helene — Gastwirts-Konzession — X., Landgutgasse 5.
 Hajel Berta — Personentransport mit dem Fialerwagen Nr. 392 — I., Michaelerplatz.
 Retopil Franziska — Pfaidlergewerbe — XIV., Denglergasse 7.
 Nowal Klara — Handel mit Lebens- und Genussmitteln (beschränkt) — XIV., Benedikt Schellinger-Gasse 23.

Stary Antonie — Fragnergewerbe — XVI., Battgasse 16.
 Nestelberger Hermine — Stadt- und Lohnfuhrwerks-gewerbe — XVI., Ottakringerstraße 151.
 Neuhold Theresie — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — XVI., Lindauerstraße 40.
 Himmel Gisela — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) — II., Kronprinz Ru off-Straße 32.
 Reich Hedwig — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — II., Flgplatz 7.
 Lambi Isaa — Handelsagentur — I., Stod-im-Eisen 3.
 Birle Anna — Nieder-Erzeugung — I., Wollzeile 25.
 Horowitz Ewig Beer — Kommissionshandel mit Maschinen, Maschinenbestandteilen und Werkzeugen — I., Canovagasse 7.
 Haager Stepanie — Kleinfuhrwerks-gewerbe — V., Reinprechtsdorferstraße 10.
 Stagl Berta — Kleinhandel mit Brennmaterialien — V., Ramperstorfergasse 24.
 Kuria v. Irma — Handel mit Kanditen, Obst, Fruchtsäften zc. — VII., Studygasse 6.

26. März 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Röb & Neumann — Erzeugung von Gold-, Silber- und Bijouteriewaren — XV., Markgraf Rüdiger-Straße 2.
 J. & G. Austerlitz, offene Handelsgesellschaft — Holzhandel — I., Krugerstraße 5.
 G. B. Härdl & Komp., offene Handelsgesellschaft — Mechaniker — I., Krugerstraße 8.
 Kontinentale Vertriebs-Zentrale „Cor centra“, Ges. m. b. H. — Kommissionärenhandel — VII., Ruchengasse 3.
 Meisner & Komp., Alleininhaber der Firma: Leopold Meisner — Handel mit Tuchwaren — I., Adergasse 12.
 Runz Viktor — Wirtsgewerbe — XVII., Katschberggasse 16.
 Steffan Anton — Kaffeebierkonzession — XVII., Antonigasse 71.
 Terwenka Adalbert — Pferdefleisch-Verschleiß — XVIII., Joh. Nep. Vogel-Platz 8.
 Gelles Emanuel — Warenhandel beschränkt — XIX., Heiligenhädterstraße 7.
 Jeger Josef — Gemischtwarenhandel mit Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Sternwartestraße 3.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Stadtrat:	
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 24. April 1918 . . .	829
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 25. April 1919 . . .	830
Bezirksvertretungen:	
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 31. Jänner 1918	839
Allgemeine Nachrichten:	
Donauregulierungs-Kommission	840
Die Schulverwaltung und das Unterrichtswesen in Wien während der Kriegszeit	841
Gemeindevermittlungsämter	845
Lebensmittelverkehr:	
Schlachtwiehaufteilung vom 29. April 1918	845
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 1. Mai 1918	845
Pferdemarkt vom 30. April 1918	845
Zug- und Stechviehmarkt vom 29. April und 2. Mai 1918	846
Sanitäts-Angelegenheiten:	
Ausweis über die im März 1918 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichen Transporte	846
Baubewegung:	
Gesuche um Paubewilligungen vom 30. April bis 2. Mai 1918	846
Realitäten-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. Oktober 1917	847
Baustellen-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. Oktober 1917	854
Nichtigstellung	857
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	857
Kundmachungen.	
Beilage:	
Verzeichnis der ausgestellten Legitimationskarten für Handlungsreisende I. Quartal 1918.	

Legitimationskarten für Handlungsreisende.

Zufolge § 11, Absatz 2 der Ministerialverordnung vom 27. Dezember 1902, R.-G.-Bl. Nr. 242, werden im Nachstehenden die Verzeichnisse der von den einzelnen magistratischen Bezirksämtern ausgestellten Legitimationskarten für Handlungsreisende veröffentlicht.

I. Bezirk.

- R. Müller, Buchhändler: Friedrich Bulva und Anna Zock.
 S. Müller & Komp., Rahmenhandlung: Joh. Ludwig Mühl-
 fellner, Johann Weisflach, Leopold Speck, Bartholomäus
 May, Math. Schlosser, Gabriele Orust, Georg Grasberger,
 Franz Morre, Franz Nickl, Anton Gutjahr, Moriz Kabilka,
 Franz Züttner, Kreszenzia Lauterbacher, Heinrich Harta,
 Franz Bühlinger, Eduard Kunze, Josef Egger, Alois Os-
 wald, Karl Lenhard, Alois Hurnil, Franz Klaus, Johann
 Groß, Anton Schödlbauer, Franz Eggner, Paul Deberco,
 Emma Schmidt, Ferdinand Heiderer, Franz Schwankhart,
 Franz Neßyba, Josef Bayer, Rudolf Ullmann, Emmerich
 Stern, Gärtner, Ludwig Summerer, Alois Seifert, Theresia
 Buchstaller, Michael Hedl, Corier Bartondello, Robert
 Schallner, Joh. Dinowitzer, Michor Partl, Hermann
 Hammerschmidt, Karl Wild, Ferd. Kubiena, Josef Lustig,
 Marie Thürich, Johann Mataschinsky, Wilhelm Raftl,
 Eren Rblbl, Richard Hoch, Josef Leodolder, Josef Handler,
 Peter Krohofer, Bertold Pohl, Georg v. Laszlo, Florian
 Hofer, Albert Kubacek, Wilhelm Piesche, Georg Deulinger
 und Max Hofmann.
 Wiener Werkstätte, Kleider und Blusen: Markus Pollak und
 Max Weiner.
 Nathan Figdor, Juwelen, Gold: Ernst Stern.
 Eduard Eberl, Kontorgegenstände: Josef Omera.
 Max Gräber, Pelz- und Rauchwaren: Josef Sigal und Max
 Schafranek.
 Vereinigte Pelzindustrie, Pelz- und Rauchwaren: Moriz Fleisch-
 mann, Adolf Geisler und Paul Wasservogel.

II. Bezirk.

- Bernfeld & Zuckermann, Großhandel mit Gold- und Silber-
 waren: Chaim Tilles.
 Samuel Winternitz, Stärke-Erzeugung: Karl Flieger.
 O. Kranzler, Perlmutterknöpfe-Verschleiß: Leopold Pollak.
 S. Weiser & Wogenberg, Gemischtwarenhandel: Nathan Insler.
 Julius Frankl, Papierhandel: Josef Wolf und Ottokar Laufer-
 Schwarz.
 Ignaz Bugbaum, Gemischtwarenhandel: Josef Adler, Malvine
 Adler, Martha Adler und Isak Schiffmann.

III. Bezirk.

- Arnold Bachwitz, Kunstverlag: Moriz Palinka und Max Lustig.
 Anton Müller, Photograph: Marie Konorja.

IV. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im I. Quartale 1918 keine
 Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

V. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im I. Quartale 1918 keine
 Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

VI. Bezirk.

- Brüder Sefeles, Handel mit Ansichtskarten und Papierwaren:
 Abraham Leiberg.
 Amon Göth, Handel mit Ansichtskarten und Papierwaren: Marie
 Bistriczy.
 Karl Neurath, Handel mit Gold- und Silberwaren: Anton
 Antosiewicz.
 „Dmk“, Gesellschaft m. b. H., Schuh-Erzeugungs- und Schuh-
 Reparaturanstalt: Max Mayer.
 Alois Lennar, Erzeugung von Baselin, Lederfett, Riemenschmiere
 und Urinöhl auf warmem Wege: Adolf Engel.
 Karl Klamer, Wäschewaren-Erzeugung: David Korjower.

VII. Bezirk.

- Richard Schneeberger, Goldwarengeschäft: Johanna Schneeberger.
 Blumenfeld & Sekler, Blusen-Erzeugung: Josef Krizer.
 Hugo Sellinek, Wr. Stickereiwerkstätte: Josefina Hainschwang
 und Johann Schwarz.
 M. Häupel, Niedergeschäft: Luise Reichmann, Eva Seifert und
 Agnes Lichtblau.
 F. Friedländer, Damenputzwaren: Alexander Spielmann.
 Karl Obhlidal, Klebestoff u. Tabakzusatzgeschäft: Bernhard Dröhlich,
 Adolf Pollak und Josef Pollak.
 Armin Stark, Pelzwarengeschäft: Siegfried Gutter.

VIII. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im I. Quartale 1918 keine Legitimationskarten für Reisende ausgestellt.

IX. Bezirk.

Patriotischer Verlag August v. Kanz, Vertrieb der vom Kriegshilfsbüro des k. k. Ministeriums für soziale Fürsorge herausgegebenen Fürsorgeartikeln: Fanni Maly, Grete Zavorsky, Marie Auguste Kristen, Josefina Mujelsky, Luise Kimmel, Marie Scheibel, Franziska Beran, Christine v. Lonet, Josefina Kriemböck, Olga Polacek, Marie Konrad, Franziska Michal, Carmen Kosak, Else Pic Buies, Anna Barta, Gottfried Dobler, Heinrich Schlüschen, Johann Bayer, Emanuel Mestan, Stephan Susteric, Franziska Barta, Anna Hauptig und Karl Pohlmann.

Julius Böchhacker, Gemischtwaren-Verschleiß: Simon Bächler.
Firma Raffau & Weiß, Handel mit Rauchrequisiten: Julius Fuchs.

Oskar Dull: Hermann Wohlgemut.

X. Bezirk.

Johann Dankhagmüller, Handelsagentur: Karl Dankhagmüller.

XI. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im I. Quartale 1918 keine Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

XII. Bezirk.

Guth & Kohn, Schuhfabrik: Adolf Fritsch.
„Alfa Separator“, Handel mit Separatoren u. c.: Vinzenz Hellmann.

XIII. Bezirk.

Friedrich Böffler, Uhrenhandel: Margarete Kobitschek.

XIV. Bezirk.

Angelus Separator, Handel mit Milchseparatoren und Wolkereigeräten: Ladislaus Klabit.

Bernhard Schilling, Handel mit Devotionalien: Karoline Reiter, und Katharin Geißler.

XV. Bezirk.

Adolf Krause, Holzpfleifen-Erzeuger: Ludwig Hasenbalg.

XVI. Bezirk.

August Brejcek, Vertrieb von Porträtvergrößerungen: Ulrich Wilka und Rudolf Kopejzny.

Josef Lauterbach, Handel mit Gedentafeln für gefallene Krieger: Marie Becker.

Karl Kund, Handel mit Holz- und Bildhauerwaren: Wenzel Sindelar, Rudolf Wollner, Flora Lukas, Theresie Bergmann, Anna Docsa und Karl Schindler.

XVII. Bezirk.

Hersch Löwy, Photograph: Marie Kindl, Samuel Brayer und Eduard Hiermayer.

XVIII. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im I. Quartale 1918 keine Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

XIX. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im I. Quartale 1918 keine Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

XX. Bezirk.

In diesem Bezirke wurden im I. Quartale 1918 keine Legitimationskarten für Handlungsreisende ausgestellt.

XXI. Bezirk.

Ignaz Drucker, Handel mit techn. Artikeln: Siegmund Reiß.

Arbeiten und Lieferungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingungen u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamt während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingungen können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Angebote sind in der in den Bedingungen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1918.

Ort und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	N.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
6. Mai 9 Uhr	Direktion der städt. Elektrizitätswerke, IX., Mariannengasse 4, 1. Stock.	914/18 Ic	Herstellung eines Zubaus zum Schalthause XII., Pottendorferstraße der städtischen Elektrizitätswerke.	1. Erd- und Baumeisterarbeiten . 2. Eisenbetonarbeiten 3. Spenglerarbeiten	34.925 K 89 h und 6000 K Pauschale 15.053 K und 2000 K Pauschale 2010 K 50 h und 250 K Pauschale

Vorbemerkung:
Kostenanschläge und Bedingungen liegen bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke in der Bau-Abteilung an Werktagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags, an Samstagen jedoch nur von 9 bis 2 Uhr nachmittags zur allgemeinen Einsicht auf; die Bedingungen und Kostenanschläge für jede der unter 1 bis 3 bezeichneten Arbeiten sind ebendasselbst während der Kassastunden (9 bis 12 Uhr vormittags), und zwar für die Eisenbeton- und Baumeisterarbeiten zum Preise von je 2 K und für die Spenglerarbeiten von 1 K käuflich.

D. Z. 124.

Kundmachung.

(Offertverhandlung. — Verkauf von Alteisenmaterialien.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ beabsichtigt, die vorrätigen Mengen von Alteisenmaterialien im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu veräußern,

welche am **Mittwoch den 15. Mai 1918, um 10 Uhr vormittags**, im Sitzungszimmer, IV., Paulanergasse 3, 1. Stock, abgehalten wird.

Die Angebote sind in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zu richten und an die Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, derart rechtzeitig einzusenden, daß sie spätestens einen Tag vor der Offertverhandlung dort eintreffen, oder sie sind

am Tage der Offertverhandlung vor Eröffnung derselben der Kommission zu übergeben. Nicht rechtzeitig eingelangte Angebote werden nicht berücksichtigt. Die Angebote müssen in einem Umschlage mit der Aufschrift: „Anbot auf Alteisenmaterial zur Offertverhandlung am 15. Mai 1918“ verschlossen sein.

Jeder Anbieter muß spätestens am Tage vor der Offertverhandlung ein Badium im Betrage von 5 Prozent der Anbotsumme bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, erlegen und sich bei der Offertverhandlung auf Verlangen über diesen Erlag ausweisen. Die Badiumsbestätigungen sind jedoch den Anboten nicht beizuschließen.

Eine Verufung auf Badien- und Pfandgelder, die zu anderen Zwecken erlegt wurden, ist nicht zulässig.

Das Badium kann in barem Gelde, das jedoch nicht verzinst wird, in Einlagebüchern der Wiener Zentral-Sparkassa, einer der Wiener Kommunal-Sparkassen, der Ersten österreichischen Sparkassa oder auch in inländischen mündelsicheren Wertpapieren bestehen.

Im Anbote hat sich der Bieter ausdrücklich auf Ausstellungstag und Geschäftszahl dieser Kundmachung zu berufen und sich den darin festgesetzten Bedingungen zu unterwerfen. Er hat ferner zu erklären, daß er die ausgeschriebenen Materialien besichtigt hat oder deren Beschaffenheit von früher kennt. Zu diesem Behufe steht es den Anbotstellern frei, die Materialien gegen vorherige Anmeldung bei der Lagerverwaltung, XIII., Siebeneckengasse 12, auf den betreffenden Lagerplätzen zu besichtigen.

Verkauft werden:

Vom Lagerplatz für Bahnerhaltung, Wien, XI., Simmeringer Hauptstraße 156

Post 1	700.000 kg	Straßenbahnschienen Profil 160/210
		gerade und gebogen,
„ 2	300.000 „	Straßenbahnschienen Profil 125/175
		gerade und gebogen,
„ 3	150.000 „	Brückeisen,
„ 4	150.000 „	Schienenabfälle,
„ 5	50.000 „	Laschen,
„ 6	50.000 „	Stahlguß.

Vom Lagerplatz für Bahnerhaltung, Wien XII., Altmayergasse 57:

Post 6 80.000 kg Bohr- und Hobelspäne.

Die Mengen sind nur ungefähr angegeben.

Die Direktion haftet nicht für ihre wirkliche Aufbringung; hingegen ist der Ersteher verpflichtet, allenfalls bis zu 25 Prozent mehr als die ausgeschriebene Menge zu übernehmen. Jeder Anbieter erklärt sich bereit, die ihm zugeschlagene Menge in der Weise abzuführen, daß er längstens am dritten Tage nach erfolgter Verständigung mit der Abfuhr der lagernden Altmaterialien beginnt und sich verpflichtet, täglich mindestens zwei Waggons, das sind 20.000 kg, abzuführen.

Sollte mit der Abfuhr nicht rechtzeitig begonnen werden, so ohne Zustimmung der Direktion unterbrochen oder die vorgeschriebene Mindestmenge pro Tag nicht abgeführt werden, so wird in den ersten beiden Fällen pro Tag, im letzteren Falle für jeden rückständigen Waggon eine Konventionalstrafe von 10 K festgesetzt.

Wird die Abfuhr um mehr als acht Tage verzögert oder auf mehr als acht Tage durch Verschulden des Erstehers ohne Bewilligung der Direktion unterbrochen, so kann die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ überdies das Pfand einzuziehen und das Übereinkommen als aufgelöst betrachten.

Die zur Verladung der Altmaterialien nötigen Fuhrwerke und Arbeitskräfte hat der Ersteher auf eigene Rechnung beizustellen.

Ein Abzug im Gewichte wegen anhaftenden Schmutzes oder Rostes wird nicht gewährt. Ebenso wird das Abmontieren einzelner Bestandteile weder vorgenommen noch gestattet. Endlich wird bemerkt, daß die Altmaterialien, so wie sie liegen, das ist ohne Auswahl oder Sortierung, abgeführt werden müssen.

Der Betrag für jede einzelne Fuhr ist vor Abfuhr bei der nächstgelegenen Streckenkassa bar zu erlegen, sofern der Ersteher es nicht vorzieht, bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen vor Beginn der Abfuhr ein Depot in barem Gelde zu erlegen.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ behält sich das Recht vor, das Übereinkommen im Falle der Nichteinhaltung der Offertbedingungen als gelöst zu betrachten, das Pfandgeld einzuziehen und über das Altmaterial anderweitig zu verfügen.

Der Anbotsteller bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ so lange im Worte, bis er von der Annahme oder Ablehnung seines Angebotes verständigt ist.

Die Badien von nicht angenommenen Anboten sind binnen acht Tagen nach ergangener Verständigung von der Nichtannahme zu beheben, widrigenfalls sie den Erlegern auf ihre Kosten per Post zurückgeschendet werden. Die Badien der Ersteher werden als Pfand bis zur gänzlichen Abwicklung des Geschäftes zurückbehalten.

Die Pfandgelder werden nur verwahrt, aber nicht verwaltet. Sie müssen frei sein von jeder Belastung und Beschränkung der Veräußerungsmöglichkeit.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ behält sich die uneingeschränkte Wahl unter allen Bewerbern und die Vergebung der Altmaterialien in kleineren Partien an verschiedene Bewerber wie auch die Ablehnung sämtlicher Angebote vor.

In allen aus dem Lieferungsvertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten, welche nicht kraft des Gesetzes vor einem ausschließlich besonderen Gerichtsstand gehören, sind in erster Instanz die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung, Wien, I., Neues Rathaus, ausschließlich zuständig.

Beide Teile leisten Verzicht auf das Recht der Einwendung wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes (§ 934 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches).

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 23. April 1918.

2-3

M. Abt. X, 702.

Kundmachung.

(Groß-Fiedlersdorfer Friedhof. — Wiederbelegung von Gräbern III. Klasse.)

Nach dem 1. August 1918 werden die Gräber III. Klasse, Gruppe III, Reihe 2 bis 44 im Groß-Fiedlersdorfer Friedhofe wiederbelegt.

Enterbtigungen aus diesen Gräbern können nur vor diesem Termine vorgenommen werden.

Die bezüglichen Gesuche sind bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X (I., Neues Rathaus, Stiege III, Hochparterre) einzubringen.

Berspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Nach dem 1. August 1918 werden die Grabsteine und -kreuze von den Gräbern auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt und an geeigneter Stelle hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die ihr Eigentumsrecht binnen Jahresfrist entsprechend nachweisen ausgefolgt. Über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Wiener Magistrat, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungsbereiche,
am 19. April 1918.

2-8

M. Abt. V, 801/18.

Kundmachung.

(„Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke“; Aufstellung eines Transformators vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4.)

Die Firma „Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke“ beabsichtigt, im Gehwege vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4, einen Wechselstromtransformator zur Umwandlung von hochgespanntem Wechselstrom von 2000 Volt Phasenspannung auf die zur Abgabe gelangende Niederspannung von 105 Volt aufzustellen.

Über die Zulässigkeit dieser Anlage findet am Freitag den 17. Mai 1918, um 9 Uhr vormittags, im Sinne des III. Hauptstückes der Gewerbeordnung eine Verhandlung statt.

Die Teilnehmer an der Amtshandlung versammeln sich zur anberaumten Stunde vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4.

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die bezüglichen Entwurfsbehelfe von Donnerstag den 2. Mai 1918 bis zum Verhandlungsvortage in der Magistrate-Abteilung V (I., Neues Amtshaus, Rathausstraße 14, 5. Stock) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsichtnahme aufliegen.

Einwendungen gegen den Entwurf oder etwaige Bedingungen können in der genannten Magistrate-Abteilung oder bei der Verhandlung selbst vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Verhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung V,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 27. April 1917.

1-8

Der Abteilungsvorstand:
Dr. J. F. Müller (m. e. H.),
Magistrate-Rat.

M. Abt. XIII, 1296/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Johann Michael Zach'scher Stiftungsplatz in einer Militär-Oberrealschule oder Militärakademie.

Mit Beginn des Schuljahres 1918/19 gelangt ein Johann Michael Zach'scher Stiftungsplatz im ersten Jahrgange einer Militär-Oberrealschule oder Militärakademie zur Besetzung.

Anspruchsberechtigt sind: Fleißige und sittliche Knaben armer Eltern aus dem Zivilstande, welche den allgemeinen Bedingungen für die Aufnahme in die k. u. k. Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten entsprechen (siehe Beiblatt Nr. 15 zum Verordnungsblatt für das k. u. k. Heer ex 1918).

Vorzugsberechtigt sind: Taugliche Kinder dürftiger Anverwandter des Stifters, dann Knaben aus der Gemeinde Ober-Markfersdorf (politischer Bezirk Oberhollabrunn) im ehemaligen Viertel unter dem Mannhartsberge; doch soll das Vorzugsrecht der letzteren nur unter sonst gleichen Umständen bestehen.

Dem vom gesetzlichen Vertreter des Bewerbers zu unterschreibenden oder mitzufertigenden Gesuche sind anzuschließen: Tauf(Geburt)schein, militärärztliches Gutachten über die körperliche Eignung des Bewerbers, das Schulzeugnis oder dessen Abschrift über das erste Semester des Schuljahres 1917/18 und die Jahreszeugnisse der drei vorangegangenen Jahre, Heimatschein, Armutszeugnis, allenfalls Sittenzeugnis und Nachweise zur Bekräftigung eines stiftbrieflichen Vorzugsrechtes.

Einreichsstelle: Magistrate-Abteilung XIII (I., Ebendorferstraße 1).

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 12. April 1918.

3-3

M. Abt. XIII, 1076/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Erziehungsanstalt der Salesianer Don Boscos Hl., Hagenmüllergasse 43.

Verliehen wird: Ein Platz zum halben Verpflegungspreise vom Schuljahre 1918/19 auf die Dauer des Studiums am Gymnasium.

Anspruchsberechtigt sind: Katholische, nach Wien zuständige, wenigstens zehn Jahre alte Mittelschüler deutscher Nationalität, welche das mit Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Privatgymnasium der Salesianer im III. Bezirke, Hagenmüllergasse 43, besuchen oder vom nächsten Schuljahre an besuchen wollen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Impfzeugnis, ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand des Bewerbers und ein Mittellosigkeitszeugnis, sowie die zwei letzten Schulzeugnisse.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 15. Juni 1918.

Nähere Auskünfte über den (halben) Verpflegungspreis und die außerdem zu leistenden Zahlungen an Eintrittsgebühren und Schulgeld, dann über die Beistellung der Kleider, Wäsche und Schulrequisiten, sowie die Art der Erziehung der Zöglinge erteilt die Anstalts-Direktion.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. April 1918.

3-3

M. Abt. XIII, 1290/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Dr. Franz Heiß'sche Stiftung für arme Verwandte des Stifters.

Verteilt werden: 1390 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Verwandte des Stifters.

Im Gesuche und im Armutzeugnisse sind die allfällig vorhandenen, in der Versorgung des Bewerbers stehenden Kinder, auf deren Beteiligung ebenfalls Anspruch erhoben wird, näher zu bezeichnen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter und Armutzeugnis (Familienauskunftsbogen).

Einreichsstelle: In Wien: Magistrats-Abteilung XIII, auswärts: k. k. Bezirkshauptmannschaft.

Einreichungsfrist: Bis 15. Juni 1918.

Verleihungsfrist: September 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. April 1918.

3-3

M. Abt. XIII, 1059/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Moorhof'sche Waisenstiftung

Verliehen werden: 4000 K in Teilbeträgen von 200 bis 600 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige Waisenfinder, insbesondere jene, welche nach erreichtem 14. Lebensjahre aus der Versorgung der Gemeinde Wien zu treten haben, und zwar:

Zunächst die aus den städtischen Waisenhäusern austretenden Waisen, sodann in weiterer Linie überhaupt die in der Versorgung der Gemeinde Wien stehenden Waisen, alle, insofern sie einer weiteren Unterstützung besonders bedürftig sind.

Die Verleihung erfolgt nach Maßgabe des Bedürfnisses ein- für allemal zum Zwecke einer bleibenden Versorgung oder beim Antritte eines Gewerbes oder zur Fortsetzung der Ausbildung durch Verleihung von Stipendien bis zur Vollenbung der bezüglichen Studien.

Die Höhe und Dauer der Unterstützung richtet sich nach der Dürftigkeit und Würdigkeit der Waisen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Zuständigkeitsnachweis, letztes Schulzeugnis, Nachweis der Verwaisung, Vormundschafts-Dekret.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 13. April 1918.

2-3

M. Abt. XIII, 1035/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Gisela-, Maria Valerie- und Elisabeth- Heiratsausstattungsstiftungen der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling.

Verliehen wird: Ein Ausstattungsbetrag von 350 K als Zinsenerträgnis obgenannter drei Stiftungen.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbemittelte, wohlgesittete, nach Wien zuständige Bräute, wobei in der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling ansässige Bewerberinnen ein Vorzugsrecht genießen.

Dem Gesuche sind anzuschließen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Sitzenzeugnis, Armut (Mittellosigkeits)zeugnis, allenfalls Wohnungsnachweis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. April 1918.

2-3

M. Abt. XIII, 1392/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Amalia Gräfin Beezey'sche Stiftung für die städtische Feuerwehr.

Verteilt werden: 1510 K als einmalige Unterstüzungen oder Renten.

Zur Bewerbung sind berufen: Im Dienste verunglückte Mitglieder der städtischen Feuerwehr, beziehungsweise deren bedürftige Familien.

Dem Gesuche sind beizuschließen: Tauf(Geburt)schein, allenfalls auch Trauungsschein, Taufzettel der Kinder, Heimatschein, Armutszeugnis.

Einreichsstelle: Das städtische Feuerwehr-Kommando, I., Am Hof.

Einreichungsfrist: Bis 28. Juni 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 16. April 1918. 1-3

M. Abt. XIII, 1289/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Ludovika Saal'sche Stiftung für verarmte Geschäftsleute.

Verteilt werden: 10.800 K in Teilbeträgen von je 200 K. Zur Bewerbung sind berufen: Würdige, ohne ihr Verschulden verarmte Wiener Gewerksleute.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzeptions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Verleihungstag: 14. September 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. April 1918. 1-3

M. Abt. XIII, 1393/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Anton Reingruber'sche Waisenf Stiftung.

Verliehen wird ein Betrag von 160 K bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige, arme, fleißige Waisenkinder unter besonderer Berücksichtigung jener, welche nach erreichtem 14. Lebensjahre aus den städtischen Waisenhäusern, beziehungsweise aus der Versorgung der Gemeinde Wien zu treten haben und einer weiteren Unterstüzung bedürftig sind.

Auf Bewerber, welche mit dem Stifter blutsverwandt sind, ist bei der Stiftung tunlichst Rücksicht zu nehmen.

Dem von dem gesetzlichen Vertreter einzubringenden Gesuche sind beizulegen:

Taufschein, Heimatschein, Nachweis der Verwaisung, letztes Schulzeugnis und Vormundschafts-Dekret, eventuell Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. April 1918. 1-3

M. Abt. XIII, 742/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Eugen Dub'sche Stiftung

für Waisenkinder der Stadt Wien, unheilbare, in Wien geborene Kranke und hilfsbedürftige Staats- und Privatbeamtenfamilien.

Verliehen werden:

- 570 K an eine oder mehrere Waisenkinder der Stadt Wien zur Erlernung eines Kunstgewerbes, insbesondere durch Besuch der k. k. Kunstgewerbeschule in Wien oder einer derselben gleichgestellten Anstalt in Wien;
- 570 K an drei arme, in Wien geborene unheilbare Kranke und
- 570 K an drei hilfsbedürftige Staatsbeamtenfamilien und an drei hilfsbedürftige Privatbeamtenfamilien, welche ihren Ernährer durch den Tod verloren haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Des Bewerbers Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, ferner von Wittwen Totenschein des Gatten, Trauungsschein, Taufscheine der Kinder, zu c Nachweis, daß der Verstorbene Staats- oder Privatbeamter war.

Jene, welche sich auf eine unheilbare Krankheit berufen, haben ein armenärztliches Gutachten anzuschließen.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 15. Mai 1918.

Verleihungstag: 23. September 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 13. März 1918.

BÖHLER-STAHL

Granit Anton Poschacher

Telephon 9219. **Wien** Telephon 9219.

Bureau: IV., Margaretenstrasse Nr. 30.
Lagerplatz: XX. (Brigittenau), Treustr. 35.

Granitwerke:
:: Pflastersteine etc. :: Mauthausen, Neuhaus u. Aschach in O.-Ö

Fabrikation aller Sorten

Vertreter überall gesucht

SCHREIBMASCHINEN-FARBBÄNDER
GES. MARKE GESCH.

IMPERATOR

am verbreitetsten!

Beste Qualität **KARBONPAPIER** Beste Qualität

Imperator mit der Krone in den Marken: Imperator mit der Sonne
Eigene Erzeugung! Sofort lieferbar!

„Imperator“, Erste Wiener Farb- und Kohlepapierfabrik, Ges. m. b. H.
Wien I, Industriepalast, Franz-Josefs-Kai Nr. 7/9
Telephon 20-4-38. — Telegr.-Adr.: Imperatorband, Wien

Kollektiv-Ausstellung der österr. Leinen-Industrie.

Leinenwaren-Fabrik, Bleich- und Appretur-Anstalt

J. A. KLUGE
Hermannsellen (Böhmen)

Niederlage: Wien, I., Werdertorgasse 12.
Flachspinnerei in Oberaltstadt und Murschendorf bei Trutzneman.
Telegramm-Adresse: Leinenkinge, Wien.

Aufzüge und Krane

A. FREISSLER, Ingenieur
MASCHINEN- UND AUFZÜGE-FABRIK Ges. m. b. H.
WIEN, X., ERLACHPLATZ 4.
BUDAPEST, VI., DAVIDG. 2.
Seit 51 Jahren bestehende Spezialfabrik befasst sich ausschließlich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen und Kranen nach eigener bewährter Konstruktion.

Aktiengesellschaft der vereinigten Asphalt- und Baumaterialien-Werke

Wien-Floridsdorf-Wopäng

Wien, I., Singerstrasse 27. — Telephon 10.890, 11.666.

Dachpappe und Dachlack. Anduro, teerfrei, geruchlos. Xerotikon und Grafolin. „Lotos“, zur Herstellung von wasserdichtem Mörtel. Pflasterungen mit Asphaltcoulé u. Comprimé sowie mit Asphaltpflasterplatten. Dachdeckungen mit Steindachpappe, Anduro und Holzzement. — Holzstöckelpflasterungen. Asphalt-Makadam-Strassen. Asbest-Magnolith-Fussböden. Eichen- u. Buchenbrettelböden. Kunststeinstiegenstufen, pat. synthetische Waldegger Marmorplatten.

Spezialität: „Tecto“-Wagen- und Waggonplachen.

HOLZIMPRÄGNIERUNG

Guido Rütgers

WIEN, IX.,
Lichtensteinstrasse 20.

HOLZPFLASTERUNG

M. Esterlus,
Wien, IX., Mariahng 2

Sanitätsgerätschaften



Krankenfahrräder.
Krankenkorb.

Sans & Peschka

Industrielle aller Sanitäts-Erfordernisse
Kontrakt der Kommune Wien, der niederöstr. Landes-Wohltätigkeits-Anstalten.

Wien

Comptoir IX./s, Barnisongasse 22.
Fabrik: XVII./s, Albrechtskreutzgasse 94.

Oesterreichische

Mannesmannröhren - Werke

Gesellschaft m. b. H.

Wien, IX., Währingerstrasse 6-8

liefern:

Nahtlose Mannesmannstahlrohre aller Art, insbesondere nahtlose Stahlmuffenrohre für Bleidichtung für Gas- und Wasserleitungszwecke, Stahlrohrmaste für elektrische Beleuchtung und Stromzuführung, Kandelaber für stehendes und hängendes Gasglühlicht, u. a., auch Gaslichtmaste mit Herablassvorrichtung System „Wunderlich“, Blitzableiterstangen, Fahnenstangen, Wegweisersäulen, Stahlrohrbehälter hochgespannte und verflüchtigte Gase und Chemikalien, u. a. m.

FERNSPRECHER NR.: 22830, 22834, 22840, 13066 und 14034

— DRAHTANSCHRIFT: „MANNESROHR WIEN“ —

K. K. priv. Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe.

Kundmachung.

Die zweiundsechzigste ordentliche General-Versammlung der Aktionäre der K. K. priv. Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe findet **Donnerstag, den 16. Mai 1918, abends 5 Uhr**, im Grossen Fest-Saale des Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenvereines (I., Eschenbachgasse 9) statt.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1. Jahresbericht des Verwaltungsrates.
2. Bericht des Revisions-Ausschusses über den Rechnungsabschluss des Jahres 1917 und Beschlussfassung über denselben.
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reinertragnisses des Jahres 1917.
4. Beschlussfassung über die Wahlen in den Verwaltungsrat.
5. Wahl des Revisions-Ausschusses für das Jahr 1918.

Die stimmberechtigten Herren Aktionäre, welche an der General-Versammlung teilzunehmen wünschen, werden hiemit eingeladen, ihre Aktien samt Kupons oder die deren Stelle vertretenden Depotscheine der Anstalt spätestens am 2. Mai d. J. als dem statutenmäßigen Endtermine zu deponieren, und zwar:

in Wien bei der Liquidatur der Anstalt (I., Am Hof 6), an Wochentagen von 9 bis 12 Uhr.

Die Aktien oder Depotscheine sind arithmetisch geordnet bei der unterzeichneten Anstalt mittels einer einfachen, bei den auswärtigen Deponierungsstellen mittels doppelter Konsignation einzureichen. Dem Einreicher wird hierüber eine Empfangsbestätigung erfolgt, gegen welche nach abgehaltener General-Versammlung die Aktien oder Depotscheine rückgestellt werden.

Je fünf und zwanzig Aktien geben das Recht auf eine Stimme. Mehrere Besitzer von weniger als fünf und zwanzig Aktien können aus ihrer Mitte einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten ernennen, der an der General-Versammlung teilnehmen kann, wenn die Zahl der von ihm vertretenen Aktien wenigstens fünf und zwanzig beträgt.

Wünscht ein Aktionär sein Stimmrecht durch einen anderen stimmberechtigten Aktionär auszuüben, so hat er die betreffende, auf den Namen des gewählten Vertreters lautende Vollmacht auf der Rückseite der Legitimationskarte anzustellen und eigenhändig zu unterschreiben.

Diejenigen Herren Aktionäre, welche hienach in den Besitz von durch Vollmacht übertragenen Stimmen gelangen, haben die an sie übertragenen Legitimationskarten (Vollmachten-Urkunden) spätestens einen Tag vor der General-Versammlung der Direktion einzuhandigen. Dieselben werden demzufolge eingeladen, die eigenen und die an sie übertragenen Legitimationskarten vom 10. Mai bis inklusive 15. Mai d. J. in der Liquidatur der Anstalt während der oben erwähnten Stunden abzugeben, wogegen ihnen eine die Gesamtzahl der von ihnen zu führenden Stimmen ausweisende Legitimationskarte ausgefolgt werden wird.

Wien, am 23. April 1918.

K. K. priv. Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe.

(Nachdruck wird nicht honoriert.)



FRIEDR. SIEMENS

FABRIK K. K. PRIV.
BELEUCHTUNGS-
U. HEIZAPPARATE.

Spezialität: KRIEGSKÜCHEN
FÜR MASSEN-
AUSSPEISUNGEN

WIEN, IX/2, ALSERSTRASSE 20.

FERNSPRECHER 16.04.



INTERNATIONALE

HANDELSBANK

TEL.
12009,
16216,
16158.

TEL.
12009,
16216,
16158.

:-: in Oesterreich :-:

EINLAGEN

in laufender Rechnung zu kulantesten Bedingungen, jederzeit rückzahlbar ohne Kündigung. Förderung von Gewerbe, Handel, Industrie, Export und Import.

Wien, I., Schottenring 21.

„Austria“ Petroleumindustrie A. G.

Wien, I., Renngasse 6

Telephone:
15.840, 18.280,
22.760, 22.862,
= 23.414 =

Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin,
Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin,
Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt,
Koks.

Telegramme
Senkero
Wien

Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in:
Trzebinia, Drohobycz („Austria“), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.

Gebrüder Thonet

Fabriken massiv gebogener Holzarbeiten
empfehlen ihre erstklassigen Fabrikate
für jeden Bedarf.

WAGEN- UND AUTO-KAROSSERIEN-FABRIK FERDINAND KEIBL

G. M. B. H.

WIEN, III. BEZIRK, HAUPTSTRASSE 128
TELEPHON 2676. GEGRÜNDET 1866.

Berndorfer Metallwarenfabrik ARTHUR KRUPP A. G.

Berndorf Nieder - Oesterr.
Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.
NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12.
:: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpaca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpaca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfmaschinen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfer-nickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel
:-: etc. etc. etc. :-:



Schutzmarke für Alpaca-Silberl.



Schutzmarke für Alpaca.



Schutzmarke für Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

Karl Schuhmann

Zink - Ornamenten - Fabrik und Bauspenglerei
Wien, VIII., Josefstädterstrasse 55/57
Fabriks-Eingang VIII., Lerchenngasse 26.

Checkkonto 20251. Telefon Nr. 12636.
Architektonische und figurale Bauornamente, Zinkguss- und Kupferarbeit in Dach-eindeckungen mit Patent Hilger'schen Pfannen mit Wellblech, sowie Dachdeckungen in jedem Metall nach neuestem Systeme. Bohrersteinansätze sowie alle Arten Bleiarbeiten. Kostenschätzungen gratis und franko - Provinzaufträge prompt-est.

Bau-, Werk- und Tischlerholz-Handlung

Grassl, Schenk & Co.

Best assortiertes Lager aller Gattungen trockener, weicher u. harter Hölzer
Spezialität: Eichenholz.

Wien, X., Gudrunstraße 194 gegenüber dem evangel. Friedhof
Telephon Nr. 58297 u. 59394.

Gerüst- und Betonbauhölzer engros

Telephon 94.520

ANTON NIKLASCH, Holzhandelsgesellschaft m. b. H.

Telephon 95.047

Größtes Lager von Schalbrettern, Staffeln, Trägerpfosten etc. — Spezialgeschäft für Gerüstpfosten, Köhrbäume, Langtannen, Raste, Träme u. Kanthölzer, ausschließlich nur prima oberösterreich. Gebirgsware, 10-fache Tragfähigkeit und 10-fache Dauerhaftigkeit gegen jede andere Provenienz
Lagerplätze: XIX., Heiligenstädterlande 11-17, XIX., Nussdorferlande 9 und 31, XXI., Wagramerstraße 54 Telephon 98.202, Heiligenstadt-Bahnhof.



WIENER EISENBAU A.-G.

Wien, X., Knöllgasse Nr. 35-39

Lieferantin der k. k. Heeresverwaltung, der k. k. Staatsbahnen, sämtlicher Unternehmungen der Gemeinde Wien u. vieler grosser industrieller Etablissements, liefert: Brückentragwerke, Eisenkonstruktionen, Eisernen Dächer, Krane, Reservoire, Behälter, Clahänger, Wintergärten, Eiserner Fenster, Eiserner Türen, Gitterfenster. Tel. 59.160 u. 59.209.



Wienerberger
Ziegelfabriks- und
Baugesellschaft

WIEN, I., Karlsplatz Nr. 1

Zentralheizung u. Ventilation

Gas- und Wasserleitungen, Pumpenanlagen, Closets, Bäder und gesundheitstechnische Einrichtungen jeder Art.

Hans Hable, Wien

Besideter Schlichtmeister und Sachverständiger des k. k. Handelsrichters in Wien
Telephon Nr. 53320 Prima Referenzen IV., Phorugasse 14

Julius Jukos & Komp.

Kontor u. Magazine: II., Nordbahnstr. 42

Träger-Lager u. Werkplatz: X., Sonnwendgasse 1-3
liefern sofort vom Vorrat und zu billigsten Preisen:

Gewalzte Baaträger und U-Eisen

best. inländ. Fabrikat nach den Normaltypen des Österr. Ingen.- u. Archit.-Vereines.



Gewalzte Träger, Gusseiserne Säulen u. Schläuche Stahl-, Feinsandstein und Universal-Flachisen

Schwere Bleche u. Feinbleche

für alle Zwecke in den erreichbar grössten Dimensionen.

Schmiedeeiserne Röhren jeder Art

stumpf und überlappt geschweisst, sowie in nahtloser Erzeugung
ferner mit Wassergas maschinell geschweisste Röhren und Rohkörper

Stahlfassonguss, Eisengusswaren, Halbfabrikate u. Roheisen.

Telephon Nr. 46208

Telephon Nr. 46208

ARTIKA, pickteines Klebemittel

alkaliefrei, als Ersatz für Gummiarabicum und Textrin, gebrauchsfertiger, in dünner Schichte aufgetragen fast farblos, nach trocknender Klebstoff von vorzüglicher Klebkraft für die gesamte Kartonnageindustrie, zum Auftragen von Etiketten auf Papier, Leder, Glas und Blech ganz besonders geeignet, liefert prompt in Gefässen zu 5 kg, 13½ kg und 50 kg, in Fässern zirka 250 kg ab Fabrik exklusive Einballage

Ceh & Blitz, Wien, XX/2, Dresdnerstrasse 82

Gegründet 1890

Telephon 33.171, 33.168

Metallwarenfabrik Aktiengesellschaft
vormals

Louis Müller's Sohn Fritz Müller
WIEN, XIII., GURKGASSE 18 - 22.

Fabrikation kompletter Beschläge für Waggon der Klein- und Vollbahnen, sowie Schiffbeschläge, ferner Dampfkeselarmaturen für sämtliche Industriezweige. Weiters Rohabgüsse in allen Metalllegierungen bis zum Stückgewichte von 2000 Kilogramm.

Spezialität: In Kompositionen-Lagermetalle, zink- u. bleifrei.
Abteilung: Laternen (Franz WLACH Josef von GÖTZ). Erzeugung von Laternen u. Beleuchtungsgegenständen, Blech- und Metallwaren für Eisenbahnen u. Schifffahrt.

A. HERZMANSKY

WIEN VII. Mariahilferstrasse 26
Stiftgasse 1, 3, 5, 7. WIEN VII.

Aktiengesellschaft

der

Wien-Floridsdorfer Mineraloel-Fabrik.

Beste Mineralschmieroel für alle Verwendungszwecke.

HUGO SCHOLZ

Tuchfabriksniederlage für Lieferungszwecke

Wien, I., Bäckerstrasse Nr. 3.

Lieferant der Kommune Wien, diverser Institute und Klöster empfiehlt sein reichhaltiges Lager aller Tuchsorten, sowie feiner Militärware und ärarischer Kommissstoffe.
Telephon 16.829

SEEFISCHE

besten und billigsten Fleischersatz
täglich frische Zufuhren in eigenen Kühlwaggonen!
SEEFISCHKOCHBÜCHER KOSTENLOS!

Fischhallen:

- | | |
|--|------------------------------------|
| II., Karmelitermarkt | XII., Philadelphiabrücke |
| III., Großmarkthalle | XII., Lobkowitzbrücke |
| IV., Naschmarkt | XIV., Schwendergasse 4. |
| VII., Neubaugürtel (gegenüber Wimberger) | XVI., Yppenplatz (Großmarkt) |
| IX., Währingergürtel | XX., Brigittamarkt (Hannovergasse) |
| Stadtbahnbogen 112 | |
| Stadtbahnbogen 165 | |
| X., Eugenplatz (Markt) | |

Deutsche Dampffischerei „Nordsee“ Ges. m. b. H.

Wien, XX., Nordwestbahnhof. — Fernsprecher 40-0-22.

Grosser Preis der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik, Leipzig 1914

F. ROLLINGER WIEN

Geschäftsbücher-Fabrik, Buchbinderei u. Rastrier-Anstalt,
Kontor-Requisiten-Verlag, Buch-, Stein- u. Kunstdruckerei

Hauptbureau u. Fabrik: Wien, XII/1, Niederhofstrasse 37-39

Niederlagen in Wien: I., Rotenturmstrasse 19, XII/1, Niederhofstrasse 39, Filialen in Triest, Linz u. Prag. Geschäftsbücher, Rastrier- und Buchbinderei-Arbeiten, Kopier-, Notiz- u. Durchschreibebücher. Alle Druckarten für Kunst-, Buch- u. Steindruck. Schreibrequisiten, Schreibpapiere, Papierwaren usw. Kontor-Einrichtungsgegenstände. Epoca-Heftung (österr.-ungar. Patent).

G. WINIWARTER

Blech- und Bleiwaren-Fabrik

Wien, I., Getreidemarkt 8.

Verzinktes Eisenblech in allen Dimensionen. Wellenblech und Trägerwellblech zu Dächern, Plafonds, Balkonen, Feuerschutzvorhängen etc.

Erzeugung von Bleiröhren, Bleiplatten, Hartbleiarbeiten, Bleisphäre etc. Verzinkte, verbleite und verzinkte Eisenbleche. Wellbleche schwarz und verzinkt etc. Spezialität: Bleiwelle, bestes Hauffdichtungsmaterial. Preislisten und Prospekte auf Verlangen gratis und franko.

Für die Frühjahrssaison:

Satin de chine, Gabardine, Armüre, Taft, Etamine gestickt, Crêpe de chine, Luftstickereistoffe, sämtliche Schneider- und Modisten-Zugehör, Wollstoffe in den besten Qualitäten, Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen, Kinderkleider, Kopfschale aus Kunstseide, Papiergewebe für Fruchtsäcke, Strohsäcke, Polster und Handtücher

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und

Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 37.

Dienstag den 7. Mai 1918.

Jahrgang XXVII.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.
Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367
Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.
Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.
Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.
Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler A.-G., I., Schulerstraße 11.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **2. Mai 1918**, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner, des Vize-Bürgermeisters Heinrich Hierhammer und des Vize-Bürgermeisters Franz Hof.

Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner: Der Gemeinderat ist beschlußfähig; ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Entschuldigt sind die Herren Gem.-Räte Baron, Hermann, Dr. Pupovac, Solterer, Dr. Stich, Wessely, Jung und Schwer.

2. Beurlaubt ist Herr Gem.-Rat Dr. v. Baechle.

3. Der am 29. Oktober 1917 verstorbene Kommerzialrat Philipp Kohn, Uhrenfabrikant in Wien, hat den christlichen Armen der Gemeinde Wien einen Betrag von 3000 K gespendet.

Herr Notar Guido Müller, III., Landstraßer Hauptstraße 58, hat zuhanden des Herrn Bezirksvorstehers Spitaler den Betrag von 100 K erlegt.

Der Gemeinderat spricht für diese Spenden den Dank aus.

4. Bei den in der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates vorgenommenen Wahlen wurden gewählt:

Zwei Mitglieder in die „Baudeputation für Wien“.

Abgegeben wurden 70 Stimmzettel, gewählt erschienen:

Rudolf Jäger, Stadtbaumeister und Architekt, III., Marzergasse 23, mit 70 Stimmen;

Adolf Zwerina jun., Ingenieur und Baumeister, V., Rechte Wienzeile 83, mit 70 Stimmen.

Sechs Mitglieder in das „Lagerhaus-Schiedsgericht“.

Abgegeben wurden 70 Stimmzettel, gewählt erschienen:

Franz A. Fürst, Fouragehändler, XVII., Hernaller Hauptstraße 107, mit 70 Stimmen;

Josef Hajek, Kolonialwarenhändler, X., Arthaberplatz 4, mit 70 Stimmen;

Matthias Rainz, Gesellschafter der Firma Rainz & Partik, Kolonialwarenhandel, IX., Marktgasse 38, mit 70 Stimmen;

Franz Lienert, Gesellschafter der Firma Felix Griensfeldl, Handel mit Nürnbergerwaren, I., Sonnenselgasse 3, mit 70 Stimmen;

Josef Wild, k. k. Kommerzialrat, k. u. k. Hoflieferant, Gesellschafter der Firma Gebrüder Wild, Käsehandlung, I., Neuer Markt 10, mit 70 Stimmen;

Johann Gabler, Gesellschafter der Firma Vinzenz Wagner, Spezerei- und Kolonialwarenhandlung, XIV., Mariahilferstraße 192, mit 70 Stimmen.

Ich bitte, dieses Wahleresultat zur Kenntnis zu nehmen.

Es sind Interpellationen überreicht worden, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):**5. Interpellation des Gem.-Rates Dr. v. Dorn:**

Durch die Ministerial-Berordnung vom 25. März, betreffend die Bereitstellung von bisher für andere Zwecke bestimmten Räumlichkeiten zu Wohnungszwecken wird die schon jetzt bestehende, aber später noch in ungeahntem Maße sich steigende Wohnungsnot nur in äußerst ungenügendem Maße gemildert werden können. Es scheint daher höchst wünschenswert, daß dem angeichts der bestehenden Notlage steigenden Wohnungsbedürfnisse alle Wohnräume dienlich gemacht werden, die gegenwärtig ihrem eigentlichen Zwecke entzogen werden, dies sind die von ihren Inhabern nicht benötigten Wohnungen. Hierzu wären vor allem zu rechnen die zahlreichen Paläste des Hochadels und der Hochfinanz, in denen viele Räume vorhanden sind, die für Wohnzwecke geeignet wären und eine erhebliche Anzahl von mittleren und kleinen Haushaltungen aufnehmen könnten.

Es würde sich daher dringend empfehlen, sei es durch unmittelbare behördliche Einflußnahme, sei es durch Erlass einer entsprechenden Verordnung, zu bewirken, daß diese Objekte, beziehungsweise Wohnungen der Gemeinde behufs Weitergabe an geeignete Parteien übergeben werden.

Daß der praktischen Durchführung dieser Idee gewiß Schwierigkeiten entgegenstehen, ist nicht zu bestreiten; aber mit gutem Willen und einiger Tatkraft, welche nicht vor den Interessen gewisser Gesellschaftsschichten erlahmt, lassen sich die Schwierigkeiten überwinden und der Notstand, zu dessen Behebung auch alle Mitbürger mitzuhelfen verpflichtet sind, würde gewiß alle in der ange deuteten Richtung zu ergreifenden Maßregeln rechtfertigen. Vorschläge in diesem Sinne waren übrigens auch schon in der Fachmännerberatung, welche der Erlassung der Verordnung vom 28. März vorangegangen ist, Gegenstand der Erwägung und Besprechung; doch hatte dies weiter keine Folge, was sehr zu beklagen ist.

Weiterhin könnte man den Ausweg ins Auge fassen, daß die unbenützten und daher für die Inhaber überflüssigen Wohnungen für militärische Zwecke requiriert würden, so daß gegenwärtig in anderen Häusern untergebrachte Militärbüreaus dorthin verlegt und die jetzt von ihnen benötigten Räume der wohnungsbedürftigen Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt werden könnten. Endlich sollten die nach Wien kommandierten Militärs, welche selbständige Wohn- oder Hotelzimmer für längere Zeit in Anspruch nehmen, in die oben erwähnten Paläste und in Teile übergroßer Wohnungen einquartiert werden.

Jedenfalls muß wohl allseits zugegeben werden, daß in gegenwärtiger Zeit eine solche Verschwendung, sozujagen Hamstern von Wohnräumen, mit der durch die Umstände gebotenen Notwendigkeit den Überschuß der einen dem unabweichlichen Bedürfnis der anderen nutzbar machen, in großem Widerspruche steht, und daß hier in irgendeiner Form ein gerechter Ausgleich gefunden und ins Werk gesetzt werden muß.

Ich frage also:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, der Frage der Nutzbarmachung von unbenützten Wohnungen für die Erleichterung der Wohnungsnot seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und eventuell eine zur Lösung dieser Frage führende Aktion in die Wege zu leiten?

Bürgermeister: Es ist gewiß richtig, daß die vom Herrn Interpellanten bezogene Regierungs-Berordnung die steigende Wohnungsnot nur in gewissem Maße wird mildern können. Man darf ihre Wirkung aber auch nicht unterschätzen und das Wohnungsamt hat schon in der kurzen Zeit seit Bestand dieser Verordnung die Wahrnehmung machen können, daß wenigstens eine Verschlechterung des heutigen Zustandes durch weitere Entziehung von Wohnungen in vielen Fällen wirksam verhindert werden konnte.

Was die Frage der Nutzbarmachung unbenützter Wohnungen betrifft, so könnte, da die freiwillige Bereitstellung durch die fragliche Verordnung ohnehin möglichst erleichtert ist, nur eine zwangsweise Inanspruchnahme in Frage kommen.

Eine solche könnte aber im jetzigen Zeitpunkte aus sehr gewichtigen Ursachen nicht empfohlen werden. Zunächst wäre, solange die Regierung dem dringenden Begehren der Gemeinde Wien auf Regelung der Zu- und Abwanderung nicht Folge gibt, gar keine Gewähr geboten, daß diese Wohnungen der bodenständigen Bevölkerung auch wirklich zugute kommen. Im Gegenteile, es wäre zu befürchten, daß bei vorzeitiger Inanspruchnahme der äußersten Reserven des Wohnungsbestandes gerade bis zu diesem Zeitpunkte, in welchem unsere Krieger zur Heimat zurückkehren, gar nichts mehr vorhanden wäre.

Auch das praktische Ergebnis einer solchen Inanspruchnahme kann nicht sehr hoch eingeschätzt werden. Wie die Wohnungszählung ergeben hat, ist die Zahl der sehr großen Wohnungen verschwindend klein. Gewisse Räume der Paläste beherbergen so große Kulturgüter, daß sie wohl nur äußersten Falles herangezogen werden können; der sofort erreichbare Bestand an unbenützten und verwendbaren Wohnungen und Wohnungsteilen ist gegenüber dem Bedarfe nicht erheblich.

Berücksichtigt man endlich, daß gerade bei Wohnungen die Gefahr der Verschleppung nicht besteht, wie bei anderen Gegenständen, so dürfte es vollständig berechtigt sein, mit einer so einschneidenden Maßnahme bis zu einem Zeitpunkte zuzuwarten, wo keine andere gleichwertige zur Verfügung steht und auch die Gewähr geboten ist, daß diedurch jenen geholfen werden soll, welche der Hilfe im vollen Maße bedürftig und auch würdig sind.

Ich kann nur wiederholen, was ich hier im Gemeinderate bereits einmal gesagt habe. Die Entfernung der polnisch-jüdischen Flüchtlinge würde den Wohnungsmarkt sofort entlasten und dem vom Herrn Interpellanten beklagten Übelstände abhelfen. (Lebhafter Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):**6. Interpellation des Gem.-Rates Herold:**

Als eifriger Förderer der Kaninchenzucht in Österreich und von dem Wunsche beseelt, daß dieselbe im gleichen Maße sich leistungsfähig ausgestalte wie in Belgien und Frankreich, erlaube ich mir die Anregung zu unterbreiten, daß die Behörden unentgeltliche Kurse veranstalten, um den vielen Interessenten, besonders dem kleinen Manne, die notwendigen Kenntnisse zu vermitteln, die diese Kleintierzucht erfordert.

Im Interesse unseres österreichischen Volkes liegt es, daß die Kaninchenzucht immer mehr heimisch werde, denn nicht nur die Fleischgewinnung ist ausschlaggebend, sondern auch die Möglichkeit des Kaninchenfelles, welches sich vortrefflich zur Leder-Erzeugung eignet und zur größten Bedeutung gelangt ist.

Ist Seine Exzellenz Herr Bürgermeister gesonnen, meiner Anregung Geltung zu verschaffen?

Bürgermeister: Die Frage der Hebung der Kaninchenzucht und der Errichtung einer städtischen oder von der Gemeinde Wien subventionierten Kaninchenfarm hat uns bereits wiederholt auf das eingehendste beschäftigt, und zwar zuletzt im Sommer des vergangenen Jahres. Die vom Herrn Interpellanten hervorgehobenen Vorteile der Kaninchenzucht bestehen zweifellos, jedoch ist, wie der Herr Vize-Bürgermeister Hierhammer im Juli v. J. auf Grund einer von ihm selbst mit dem in Angelegenheit der Kaninchenzucht als Sachautorität anerkannten Herrn Alfred Rousseau durchgeführten eingehenden Verhandlung feststellen konnte, während der Kriegszeit mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Beschaffung von Zuchttieren und mit Rücksicht auf die schwierige Futtermittellage an eine Lösung der Frage der Einführung von Kaninchenfleisch in Wien zu Approvisionierungszwecken auch nur in kleinerem Umfange nicht zu denken.

Der Herr Interpellant kann überzeugt sein, daß ich seine wiederholten Anregungen mit größtem Interesse verfolge. Wir haben auch in verschiedenen Anstalten der Stadt Wien Versuche gemacht, die leider alle infolge Ausbruches von Seuchen ein unbefriedigendes Ende genommen haben. Es ist im Kriege eben nicht alles zu machen, was in Friedenszeiten ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden kann.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

7. Interpellation des Gem.-Rates Dr. Mataja:

Die Zeitung „Der Morgen“ brachte am 29. April 1918 folgende Mitteilung:

„In der Samstag im Dreheraale auf der Landstraße abgehaltenen Versammlung des Demokratischen Wählervereines mit der Tagesordnung „Der Kampf gegen die Zentralen“ machte vor deren Eröffnung der Bezirksvorsteher Dr. Blasel die Mitteilung, daß die Verhandlungen der von den Marktvirtualienhändlern entsendeten Vertrauensmänner mit dem Präsidenten des Amtes für Volksernährung Hofrat Dr. Paul bereits zu einem guten Erfolge geführt haben. Der Handel mit Obst und Gemüse wird von nun an bis zum 1. August 1918 freigegeben. (Stürmischer Beifall und Hochrufe auf Dr. Blasel.)“

Tags darauf erschien in den Blättern folgende Notiz:

„Die „Korrespondenz Wilhelm“ meldet: Nach einem in mehreren Zeitungen wiedergegebenen Zeitungsberichte soll der Präsident des Amtes für Volksernährung Paul anlässlich des Empfanges einer Deputation von Markthändlern die Erklärung abgegeben haben, daß der Handel mit Obst und Gemüse bis 1. August 1918 freigegeben werde. Wie uns von informierter Seite mitgeteilt wird, entspricht die Nachricht nicht den Tatsachen. Vielmehr hat Präsident Paul die an ihn gerichtete Aufforderung um Abgabe einer Erklärung über die künftige Bewirtschaftung von Obst und Gemüse mit der Begründung abgelehnt, daß er beabsichtige, bereits in den allernächsten Tagen eine diesbezügliche Entscheidung bekanntzugeben, und es ihm grundsätzlich nicht angebracht erscheine, vor dieser allgemeinen Verlautbarung einzelnen Parteien oder Interessentengruppen Informationen zu erteilen.“

Wenn auch nicht zu eruiieren sein wird, wer der Urheber der im „Morgen“ abgedruckten Lüge ist, weil einer sich auf den anderen ausredet, so hat denn doch die Bevölkerung ein Interesse daran, authentisch informiert zu werden, was der Präsident des Amtes für Volksernährung über die bevorstehende Regelung des Verkehrs mit Obst und Gemüse mitgeteilt hat. Dazu genügt nicht die Meldung einer Korrespondenz, sondern es bedarf einer amtlichen Erklärung. Das umso mehr, als Bezirksvorsteher Dr. Blasel in einer Notiz wieder etwas anderes behauptet (Variante Nr. 3), nämlich:

„Ich habe lediglich mitgeteilt, daß zwischen Vorschlägen, die wir gemacht haben, und den Ansichten des Ernährungsamtes beinahe vollständige Übereinstimmung besteht.“

Wenn Präsident Dr. Paul „die an ihn gerichtete Aufforderung um Abgabe einer Erklärung über die zukünftige Bewirtschaftung von Obst und Gemüse abgelehnt“ hat, so ist nicht verständlich, woher Dr. Blasel weiß, „daß zwischen Vorschlägen, die er gemacht hat, und den Ansichten des Ernährungsamtes beinahe vollständige Übereinstimmung besteht“. Nebenbei bemerkt, kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß der Handel mit Frühobst und Frühgemüse freigegeben wird.

Der Gefertigte richtet an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, durch eine Anfrage beim Amte für Volksernährung festzustellen, welche Mitteilungen Herr Präsident Paul über die bevorstehende Regelung des Verkehrs mit Obst und Gemüse gemacht hat?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, hiebei neuerlich auf das Amt für Volksernährung einzuwirken, daß mit dem bisherigen System, dessen Schädlichkeit klar erwiesen ist, gebrochen, die „Geos“ abgeschafft und der legitime Handel in seine Rechte eingesetzt werde?

Bürgermeister: Ich hatte heute Gelegenheit, mit einer Deputation bei Sr. Excellenz dem Herrn Ministerpräsidenten vorzusprechen (Rufe: Hört!), bei welcher Audienz auch der Herr Präsident des Ernährungsamtes Paul anwesend war. Bei dieser Gelegenheit hat Präsident Paul erklärt, daß die in der Interpellation zitierte Notiz der „Korrespondenz Wilhelm“ vom Amte für Volksernährung ausgegeben wurde, also eine offizielle Berichtigung der Mitteilung, welche über eine Versammlung beim Dreher vom vorigen Samstag in die Öffentlichkeit gegeben worden ist, darstellt. Es steht nach der Erklärung des Herrn Präsidenten Paul fest, daß keine der berichtigten Mitteilung vom 29. April 1918 auch nur annähernd entsprechende Äußerung gefallen ist. Von wem diese Behauptung und dieser unwahre Bericht in den Zeitungen ausgegangen ist, konnte tatsächlich nicht festgestellt werden und ich kann von meinem Standpunkte aus nur bedauern, daß wiederholt solche Mitteilungen ausgegeben werden, die der Wahrheit nicht entsprechen, irreführend sind und Beunruhigung

in der Bevölkerung hervorrufen. Was die Behauptung des Dr. Blasel anlangt, daß zwischen den von ihm gemachten Vorschlägen und der Ansicht des Ernährungsamtes beinahe vollständige Übereinstimmung besteht, so muß ich wohl sagen, daß aus der Erklärung des Herrn Präsidenten Paul, der eben nichts gesagt hat, unmöglich eine vollständige Übereinstimmung mit den Vorschlägen des Herrn Dr. Blasel hervorgehen kann. (Heiterkeit. — Gem.-Rat Stein: Er hat Zeugen gehabt!)

Heute waren auch Zeugen zugegen und Sie werden verzeihen, Herr Kollege, wenn ich dem Herrn Präsidenten Paul mehr glaube, als dem Herrn Bezirksvorsteher Blasel. (Zustimmung und Heiterkeit.) Nachdem der Herr Präsident expressis verbis erklärt hat, er lehne es ab, einer Privatdeputation Mitteilung zu machen über Entschlüsse, die die Regierung erst in der nächsten Zeit treffen wird, hat er der Deputation des Herrn Bezirksvorstehers Blasel die Frage vorgelegt, was für Vorschläge die Herren zu machen in der Lage wären. Es ist bezeichnend, daß der Deputation des Herrn Bezirksvorstehers nichts anderes eingefallen ist, als die Idee, welche längst in einem Antrage der Gemeinde Wien an die Regierung vorgelegt wurde, nämlich die Errichtung einer Vermittlungsstelle unter Mithilfe der Gemeinde Wien und unter Hinzuziehung aller Interessenten. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig! — Ruf: Wo ist der Blasel? — Heute muß er nach Brunn fahren!) Allerdings wurde die Durchführung dieser Idee unter der dankenswerten Mithilfe des Herrn Bezirksvorstehers Blasel von den Marktleuten abgelehnt. (Rufe: Hört! Hört!)

Was die Frage wegen Stellungnahme der Gemeinde Wien zur „Geos“ anlangt, so verweise ich auf die wiederholten Beratungen und Beschlüsse des Gemeinderates. Wir haben insbesondere nach den letzten Wahrnehmungen nicht den geringsten Anlaß, von unseren damaligen Anträgen und Beschlüssen auch nur ein Tüpfelchen zurückzuziehen. Dabei bleibt es und ich möchte bitten, daß wir in diesen Angelegenheiten immer der Wahrheit die Ehre geben, denn wir dienen der Bevölkerung damit mehr, als durch derartige demagogische Schlagworte. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

8. Interpellation der Gem.-Rates Schlechter:

In der Sitzung des Gemeinderates am 13. März 1917 habe ich den Antrag gestellt, es sei ein Ausschuß einzusetzen, welcher sich mit den gesammelten Erfahrungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen zu befassen, die einschlägigen Daten zu sammeln und dem Gemeinderate einen Bericht und eventuelle Anträge zu erstatten hätte. Hierbei war maßgebend, daß genannte Artikel nur zum großen Teile durch Zentralstellen, Aktiengesellschaften, Syndikate, Kartelle, Kommissionen u. dgl. bezogen werden können, wodurch diese durch eine Art Monopolstellung einen enormen Gewinn erzielen konnten. Da nun die Befürchtung besteht, daß diese Einrichtungen nach dem Kriege stabilisiert und der Abbau der Preise in Frage gestellt werden könnte, ist eine Aktion in dieser Hinsicht nunmehr dringend notwendig geworden.

In letzter Zeit wurden diese Verhältnisse immer mehr und mehr besprochen; so hat der Deutsch-österreichische Gewerbebund eine Art Enquete abgehalten, ebenso hat sich der Reichsverband der Industriellen Österreichs damit befaßt, kaufmännische Körperschaften haben darüber verhandelt und auch im Gemeinderate wurde die Tätigkeit so mancher Zentralstellen wiederholt auf das Schärfste kritisiert.

Ich erlaube mir daher, an den sehr geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ob der gestellte Antrag bald zur Verhandlung im Gemeinderate kommen dürfte und ob mittlerweile die notwendigen Daten in der angedeuteten Richtung gesammelt wurden?

Bürgermeister: Was die vom Herrn Interpellanten gestellte Anregung, betreffend die Schaffung einer gemeinderätlichen Kommission zur Prüfung der Gebarung der sogenannten Kriegszentralen und Stellung allfälliger Anträge, anlangt, hat sie mich, wie auch dem Magistrate die ganze Zeit über sehr beschäftigt, ich konnte aber den Wirkungsbereich der Kommission nicht feststellen. Der Herr Interpellant weiß, daß selbst im Parlamente, wo seit Wochen eine Enquete tagt, zu unser aller Überraschung nichts herausgekommen ist. Die Zentralen haben sich mit großer Geschicklichkeit und jener Detailkenntnis, welche jenen eigen ist, die mit diesen Arbeiten vertraut sind, so verteidigt, daß wir noch Gefahr laufen, daß den Zentralen der Dank und die Anerkennung des Parlamentes ausgesprochen wird. (Heiterkeit.) Welche Macht und welchen Wirkungsbereich ein gemeinderätlicher Ausschuss zutage fördern kann, ist mir bisher nicht klar geworden. Ich habe aber mitzuteilen, daß heute der Herr Ministerpräsident erklärt hat, er bestehe auf der öffentlichen Rechnungslegung der Zentralen (Lebhafte Beifall) und daß er von Sachverständigen kommerziell gebildeten Beamten, die Rechnungsabschlüsse der Zentralen überprüfen lassen wird. Ich bin fest überzeugt, Herr Kollege Schlechter, wenn wir dieses Material haben, dann läßt sich von uns eine Arbeit leisten; heute aber, wo das Parlament, das die Macht der Vorladung aller dieser Herren hat — eine Macht, die ich nicht besitze, — nichts ausrichtet, heute läßt sich vom Gemeinderate aus nichts anderes machen, als die Forderung nach öffentlicher Rechnungslegung wegen Kontrolle zu wiederholen und wenn wir das nötige Material haben, die Prüfung durchzuführen. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

9. Anfrage des Gem.-Rates Partik:

Immer häufiger werden die Klagen der Hausbesitzer und Bewohner der inneren Gürtelstraße im IX. Bezirke über das schnelle Fahren der militärischen Lastenautos, durch welches die Häuser bis in die Grundfesten erschüttert werden. Durch diese Erschütterungen leidet nicht nur die Fassade der betreffenden Häuser sondern auch die inneren Einrichtungen durch das Abfallen der Verklammerung in den Küchen u. s. w.

Ich erlaube mir daher an Se. Erzellenz den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ob er geneigt ist, bei den betreffenden militärischen Stellen dahin zu wirken, daß dieser Übelstand, welcher so häufig zu berechtigten Klagen Anlaß gibt, baldmöglichst beseitigt werde?

Bürgermeister: Der Magistrat steht seit Jahren in Verhandlung mit den k. u. k. Militärbehörden wegen Behebung, beziehungsweise Milderung der durch den Verkehr der Lastkraftwagen der k. u. k. Heeresverwaltung geschaffenen Übelstände, unter denen insbesondere das Straßenpflaster und die Straßeneinbauten zu leiden haben. Obwohl seitens des k. u. k. Kriegsministeriums die Fahrgeschwindigkeit der militärischen Kraftwagen auf 9 km in der Stunde herabgesetzt und das Befahren gewisser Straßen mit diesen Wagen überhaupt verboten wurde, sind diese Übelstände keineswegs beseitigt worden.

Der Magistrat hat mit der Zuschrift vom 30. Juli 1917, M. Abt. IV, 2369, das k. u. k. Kriegsministerium ersucht, die nötigen Weisungen zu erteilen, daß die nur in Wien verwendeten Militär-Lastkraftwagen ohne Gleitschutzvorrichtung fahren, die zum großen Teile an den Erschütterungen schuld tragen, und daß die vorgeschriebenen Geschwindigkeitsgrenzen genauestens eingehalten werden.

Das k. u. k. Kriegsministerium hat mit dem Schreiben vom 10. August 1917, Abt. 5, M. Nr. 9017/17, mitgeteilt, daß ein Vermeiden des Verkehrs von Lastkraftwagen mit Gleitschutzvorrichtungen innerhalb des Wiener Gemeindegebietes nicht durchführbar und eine weitere Herabsetzung der Geschwindigkeit dieser Wagen den Lastkraftwagenverkehr überhaupt illusorisch machen würde.

Der Magistrat wird nicht ermangeln, diesen Anlaß zu benützen, um neuerlich wegen Behebung der erwähnten Übelstände beim k. u. k. Kriegsministerium vorstellig zu werden.

Ich finde nur, daß diese Anordnung des Kriegsministeriums nicht befolgt wird, denn ich erlebe es in meiner Wohnung, daß in der Früh die militärischen Lastwagen mit Donnergepolter durch die Lichtenfelsgasse über den Karl Lueger-Platz fahren, so daß das ganze Rathaus geradezu erschüttert wird. (Zustimmung.)

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

10. Interpellation des Gem.-Rates Stein:

Freitag den 26. April hat die Gemüsehändlerin Stummer vom Naschmarkt einen großen Transport Spinat erhalten. Nachdem der Naschmarkt bereits mit Spinat überfüllt war, hat sie ihre Kunden, die Detaillisten von den anderen Märkten verständigt, daß Spinat am Ostbahnhof leicht zu haben sei. Es fanden sich auch zahlreiche Detaillisten ein, als der Markt-Kommissär erklärte, daß sei ein unverkümelter Handel, er werde Frau Stummer arrelieren lassen; er verlangte ihren Namen, schrieb mit ihr herum; ich lasse einen Wachmann holen, ich werde Sie der „Geos“ anzeigen, damit Sie keinen Ausverkauf mehr erhalten u. s. w. Die Detaillisten, insbesondere diejenigen, die Verkaufsstellen der Kommune haben, verzogen sich sofort, da sie Angst betamen, daß ihnen die Verkaufsstellen entzogen werden würden, wenn sie beim Großhändler statt bei der Kommune einkaufen, obwohl die Bedingungen der Großhändler günstigere waren. Die Kommune hatte damals auch bedeutende Mengen Spinat erhalten. Die Frau Stummer hat sofort telegraphisch die Einsendung mehrerer Waren wegen dieser Schikanen abgesetzt, was natürlich einen Schaden für die Approximierung Wiens bedeutet.

Ich frage daher an:

Ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, diese Übergriffe der Kommissäre am Ostbahnhof abzustellen, die geradezu den Anschein erwecken, als ob die Kommunalverwaltung durch ihre Amtszorgane einen Druck auf die Detaillisten ausüben wollte, daß sie bei der Kommune einkaufen müssen, zum Schaden der steuerzahlenden Händler und zum Schaden des Publikums, das verteuerte Ware erhält.

Bürgermeister: Die Interpellation wurde mir so kurz vor der Sitzung überreicht, daß ich keine anderen Erhebungen pflegen konnte, als einen Magistratsbericht darüber einzuholen. Der Magistrat berichtet folgendes (liest):

„Der vom Herrn Interpellanten geschilderte Sachverhalt entspricht nicht den Tatsachen.“

Laut Bericht des auf dem Ostbahnhof exponierten Markt-Kommissärs spielte sich der Vorgang vielmehr so ab, daß Frau Stummer, die damals sehr viel Spinat bekommen hatte, solche Kleinhändler, welche ständig von der Gemeinde Wien Ware beziehen und auch an diesem Tage zum Abholen von Ware auf dem Ostbahnhof erschienen waren, zur Übernahme ihrer Ware veranlaßte.

Durch dieses Vorgehen hat Frau Stummer die Ware dem Markte entzogen und eine Art „Winkelmarkt“ auf dem Bahnhofe abgehalten, eine Erscheinung, durch welche das Verschleppen der Ware begünstigt wird und welche auf das stärkste bekämpft werden muß.

Der Markt-Kommissär hat ihr daher dieses Verhalten verwiesen und mit der Anzeige gedroht. Ein Übergriff des Markt-Kommissärs liegt nicht vor.

Wenn Frau Stummer sofort die Einsendung weiterer Waren telegraphisch abgesetzt hat, so bedeutet dies im gegenwärtigen Zeitpunkte keinen Schaden für die Approvisionnement, weil die Märkte derzeit so reichlich mit frischem Gemüse, insbesondere Spinat, durch die Erzeugung der Wiener Gärtner versorgt sind, daß vorläufig auf die ungarischen Zufuhren verzichtet werden kann."

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

11. Interpellation des Gem.-Rates Stein:

Letzten Sonntag fuhr ich mit einer großen Gesellschaft mit der Südbahn auf der Strecke von Döbriach nach Wien und war in der ungarischen Grenzstation Zeuge folgenden Vorfalles:

Es betrat, nachdem der Zug in die Station eingelaufen war, eine Patrouille, bestehend aus drei Soldaten des gemeinsamen Heeres die Kupers, zwang die Passagiere, ihr sämtliches Gepäck, bestehend aus Reisetaschen, Rucksäcken und Schachteln, zu öffnen, durchsuchte auch die Sitze und nahm den Passagieren alles, was sich an Nahrungsmitteln vorfand, weg. Die konfiszierten Güter wurden auf bereitstehenden Wagen neben dem Zuge geladen, welcher von einigen Zivilisten bewacht wurde. Der Passagiere bemächtigte sich begreifliche Erregung, welche sich auf den höchsten Grad steigerte, als man plötzlich das schrille Getöse von Frauen hörte, welche um Hilfe riefen. Ich steige aus und war Zeuge einer der widerlichsten Szenen, die mir im Leben vorgekommen sind. Die ungarischen Amtsborgane mißhandelten die weiblichen Passagiere, indem sie sie auf das Geleise warfen und ihnen mit Gewalt die Lebensmittel wegnahmen und die Frauen mit Ohrfeigen und Fußtritten traktierten. Selbstverständlich eilte ich den Bedrängten zu Hilfe, wobei sich mir eine Anzahl von Wiener Passagieren anschlossen. Als dies der Stationsvorsteher, welcher mit dem Bahnhofpersonal höhnlachend diesen Vorgängen zusah, bemerkte, gab er eiligst mit seiner Signalpfeife das Zeichen zur Abfahrt, so daß wenigstens die letzten Waggons von der Konfiskation verschont blieben. Wie mir mitgeteilt wurde, sind diese Vorgänge auf der Strecke Döbriach—Wiener-Neustadt etwas alltägliches. Es handelt sich hier durchwegs um arme Wienerinnen und Wiener, welche trachten, einige Kilogramm Nahrungsmittel für ihre hungernden Familien aus dem reichversorgten angrenzenden Lande heimzubringen. Es waren ausnahmslos Leute, denen der Hunger aus den Augen blickte und handelt es sich durchwegs um kleine Quantitäten, wie 2 kg Mehl, 10 Eier, einige Kilogramm Kartoffeln, also nicht mehr, als man in einem Rucksack unterbringen kann. Wer die Verzweiflung dieser armen Leute mitangesehen hat, mußte ganz entrüstet gegen dieses barbarische Vorgehen der ungarischen Amtsborgane sein.

Ich frage daher den Herrn Bürgermeister:

Ob derselbe geneigt ist, bei der Regierung wegen dieser Vorgänge vorstellig zu werden und Repressalien gegen Ungarn zu fordern, falls solche Vorfälle nicht abgeschafft werden.

Bürgermeister: Verbürgten Nachrichten zufolge hat Ungarn tatsächlich in jüngster Zeit einen verschärften Kontrolldienst hinsichtlich des Lebensmittelverkehrs an der ungarischen Grenze im allgemeinen, insbesondere in den ungarischen Grenzstationen eingeführt. Den gleichen Nachrichten zufolge sollen die mit der Durchführung dieser Kontrolle betrauten ungarischen Organe bei Durchführung ihrer Aufgabe rücksichtslos vorgehen und selbst die geringsten Mengen von Nahrungsmitteln, die angeblich mit Übertretung der ungarischen Vorschriften über die Grenze gebracht werden sollen, den Betretenen abnehmen. In dieser Beziehung kann ich mich nur auf die Beantwortung der dieselben Vorgänge in der niederösterreichischen Station Oberhollabrunn betreffenden Interpellation des Herrn Gem.-Rates Schäfer in der letzten Gemeinderats-Sitzung berufen und dieser Beantwortung nur beifügen, daß ich die vorliegende Anfrage des Herrn Gem.-Rates Stein dem Herrn Ministerpräsidenten mit der Bitte um Abhilfe vorlegen werde.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

12. Interpellation des Gem.-Rates Fischer:

Am 20. April 1918 wurde im II. Bezirke 29 Kaffeehäuser die Verabreichung von milchhaltigen Getränken untersagt und die Milchzuweisung eingestellt. Da es sich um sogenanntes Volks-Cafés handelt, ist diese Maßnahme mit der Betriebsanweisung identisch, zumal der Erstatte ohne Zucker, ohne Spirituosen, ohne Milch, ohne Zitronensaft oder ohne Himbeersaft nicht einmal in den kalten Wintermonaten mündet, geschweige in der wärmeren Jahreszeit.

Die getroffene behördliche Verfügung hat den Zweck, den Milchkonsum einzuschränken, und erfolgte auf Grund polizeilicher Erhebung ohne Intervention des magistratischen Bezirksamtes.

Das mit der Erhebung betraute Polizeiorgan hat festgestellt, daß in einem Volks-Café besser angezogene Gäste Kaffee nehmen und gelangte hiedurch zu der Schlussfolgerung, daß diese mit reiner Wäsche versehenen, dem Mittel- oder Beamtenstande angehörenden Gäste ihren Kaffee auch in einem besseren Kaffeehaus zu nehmen in der Lage sind, und beantragte aus diesem Grunde die Milchentziehung.

Daß zufolge der enormen Teuerung nunmehr auch Beamte und besser Bekleidete ohne Scheu gezwungen sind, ihr Frühstück in einem Volks-Café zu nehmen, wo der Kaffee nur 44 h kostet und daß die Ersparnis von 50 h beim Frühstück eine Rolle spielt, wurde nicht in Betracht gezogen, und gerade die er Umstand sollte nach sozial-politischen Grundsätzen die Volks-Cafés fördern, da kleine Beamte, Beamtinnen und sonstige Angestellte wohl nicht zu den Mindestbemittelten gehören, aber dennoch nicht in der Lage sind, eine Krone für ein Frühstück in einem Kaffeehaus ausgeben zu können. Die Kaffeehäuser sind durch die Verhältnisse ohnedies arg mitgenommen und werden durch diese Verfügung empfindlich geschädigt. Wenn schon die Milchknappheit Einschränkungen notwendig macht, so sollte zumindest das Kontingent auf Kaffeehäuser und Volks-Cafés aufgeteilt werden, aber eine Reihe von Volks-Cafés zu schließen und ihre Besucher zu zwingen, entweder ohne Frühstück ihrer Beschäftigung nachzugehen oder sie zu größeren Ausgaben zu veranlassen, ist inhuman und ungerecht.

Ich stelle die höfliche Anfrage:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister die vorerwähnte behördliche Verfügung bekannt?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, gegen diese Verfügung, durch welche der Mittelstand einerseits und die betroffenen steuerzahlenden Gewerbetreibenden andererseits hart geschädigt werden, Stellung zu nehmen? Und

3. seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß in gewerblichen Angelegenheiten nicht die Polizei allein Erhebungen pflegt, sondern stets im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung, beziehungsweise mit dem magistratischen Bezirksamte, wie dies der Autonomie der Gemeinde Wien auch entspricht.

Bürgermeister: Die Milchlieferung nach Wien ist bereits auf durchschnittlich zirka 135.000 l täglich herabgesunken. Gegen 900.000 l in Friedenszeiten! Von diesen 135.000 l kommen täglich 6- bis 12.000 l in faurem Zustande an. Der Gemeinderat und die Gemeindevertretung überhaupt haben seit dem Jahre 1915 stets rechtzeitig wegen Beistellung von Kühlwaggons aufmerksam gemacht und alle unsere Bestrebungen sind bisher erfolglos geblieben. Wenn ich also von 135.000 l noch 12.000 l in Abzug bringe, bleiben nur mehr 123.000 l. Die zur Verfügung stehende Milchmenge ist daher so gering, daß sie nicht einmal mehr zur Befriedigung der Kranken und Kinder bis zu sechs Jahren ausreicht, so daß erst kürzlich die Verfügung getroffen werden mußte, daß nur Kinder bis zu zwei Jahren Milch erhalten. Angesichts dieser traurigen Lage des Wiener Milchmarktes hat sich die k. k. n.-ö. Statthalterei mit Erlaß vom 15. April 1918, Z. W-184092, bestimmt gefunden, die Zahl jener Kaffeehausbetriebe, denen die Bewilligung zur Verabreichung von Milchgetränken gemäß § 3 der Statthalterei-Verordnung vom 5. Dezember 1917, Z.-G.-Bl. Nr. 217, erteilt wurde, möglichst einzuschränken und demgemäß jenen Betrieben, deren Gäste nicht unbedingt auf den Genuß milchhaltiger Getränke angewiesen sind, die Ausnahmsbewilligung zu entziehen.

Durch die vorliegende Verfügung erscheinen somit die ausgesprochenen Volkskaffeehäuser, das sind jene Betriebe, in welchen unbemittelte Bevölkerungskreise ihre Nahrungsbedürfnisse befriedigen, nicht betroffen. Es wurde vielmehr nur solchen Betrieben die bisher gehabte Bewilligung entzogen, welche dieselbe bei strenger Handhabung der Bestimmungen des § 3 der genannten Statthalterei-Verordnung überhaupt nie hätten erhalten sollen; daß die letztgenannten Betriebe vor den Kindern und

Kranken bevorzugt werden sollten, dürfte wohl auch im Sinne des Herrn Interpellanten nicht gelegen sein.

Was das von dem Herrn Antragsteller angeregte Einvernehmen der Polizeiorgane mit den autonomen Organen der Gemeinde anbelangt, so bin ich in der Lage, mitzuteilen, daß die k. k. n.-b. Statthalterei die Verfügung getroffen hat, daß über die von den betroffenen Kaffeehausbesitzern eingebrachten Gesuche um neuerliche Erteilung der Ausschankbewilligung für Milchkafee die k. k. Polizei-Direktion die erforderlichen Erhebungen im Einvernehmen mit der Milchverjorgungsstelle zu pflegen haben wird.

Es sind Anträge überreicht worden, um deren Bekanntgabe ich bitte.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

13. Antrag des Gem.-Rates Richter:

Der größte Teil der Wiener Gemüsegärtner betreibt sein Gewerbe auf Pachtgründen und nur der kleinere Teil ist Eigentümer der von ihnen bearbeiteten Kulturflächen.

Private Bürgerhospitalfonds und Stifte, wie Stift Schotten und Stift Klosterneuburg sind Besitzer dieser Gründe. Bereits seit Jahrzehnten werden diese Ländereien oft von einer und derselben Gärtnerfamilie bearbeitet. Ganz besonders die Stifte erfreuen sich in Gärtnerkreisen als gütige Pächter, die selten steigerten und noch viel weniger kündigt, einer besonderen Beliebtheit.

In der letzten Zeit ist es jedoch vielfach vorgekommen, daß von verschiedenen Seiten Pachtveränderungen im Ausmaße von 100 bis 200 Prozent vorgekommen sind, die in dieser schweren Zeit als übertrieben und in diesem Ausmaße als vollständig ungerechtfertigt erscheinen. Die Situation für den davon betroffenen Gärtner ist besonders schwierig, da er auf dem Pachtgrund nicht nur sein Gewerbe betreibt, sondern auch seine Behausung, sowie Stallung, Glashäuser etc. errichtet hat und Ausziehen einem Abbrengen vollständig gleichkommt.

Anderweitige neue Pachtgründe sind sehr schwer zu beschaffen und bedürfen dann erst einer langjährigen Herrichtung. Unter solchen Umständen sind dem Gärtner die Hände vollständig gebunden und er ist dem Grundbesitzer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Von Seite der Regierung ist für die Mieter von Wohnungen ein Mieterschutzgesetz geschaffen worden, welches ähnliche Vorfälle ausschließt. Bei Schaffung dieses Gesetzes ist auf die Pächter von Grundstücken, ganz besonders diejenigen, die der Approvisionierung dienen, vollständig vergessen worden, was eine schmerzlich empfundene Lücke in diesem Gesetze bedeutet.

Der Gefertigte erlaubt sich an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Wäre Seine Exzellenz geneigt, an kompetenter Stelle vorzusprechen, damit ein Pächterschutzgesetz geschaffen würde, welches die bedrohte Existenz vieler gärtnerischer Betriebe und der Versorgung Wiens mit Gemüse sichern würde?

Bürgermeister: Gehört an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

14. Antrag des Gem.-Rates Dr. Mataja:

Die Bewilligung eines kommunalen Anschaffungsbeitrages für die Wiener Lehrer begegnet dem Bedenken, daß möglicherweise im Laufe des Jahres 1918 die Zuwendung eines staatlichen Anschaffungsbeitrages an die Wiener Lehrer erfolgen könnte und daß diese staatliche Zuwendung durch eine ähnliche Klausel wie im Jahre 1917 die Einrechnung bereits gewährter Teuerungszulagen ausschließt. In diesem Falle würden die städtischen Lehrpersonen zwei Anschaffungsbeiträge erhalten, einen staatlichen und einen städtischen, und man befürchtet, daß dies auf anderer Seite Unzufriedenheit und Mißstimmung erregen würde.

Ich möchte jedoch der Meinung Ausdruck geben, daß dieses Bedenken den Gemeinderat nicht veranlassen soll, die Bewilligung des Anschaffungsbeitrages für die städtischen Lehrer in gleicher Höhe, wie ihn die städtischen Angestellten bereits erhalten haben, länger hinauszuschieben, als die juristisch einwandfreie Euliferung Zeit erfordert. Die christlichsoziale Gemeinderatsfraktion hat sich ja bereits mit der Angelegenheit beschäftigt und hätte sich sicherlich für die Gewährung des Anschaffungsbeitrages entschlossen, wenn dies nicht durch den von einem Teile der Lehrerschaft am Tage der Sitzung veranstalteten Einschüchterungsversuch vereitelt worden wäre. Denn kein öffentlicher Mandatar und keine, sei es offizielle oder parteimäßige Körperschaft, von Mandatären darf den Eindruck entstehen lassen, als säße sie Beschlüsse unter dem Eindruck einer Pression, die auf sie ausgeübt wird.

Die Form, die gewählt werden muß, um die gefürchtete Doppelzahlung auszuschließen, besteht meines Erachtens in der Gewährung eines nicht rückzahlbaren Vorschusses auf den eventuellen staatlichen Anschaffungsbeitrag. Bei dieser Form, die auch dem Antrage des Gem.-Rates Wawerka vom 27. April 1918, P. Z. 4278, zugrunde liegt, dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß von einer etwaigen staatlichen Zuwendung der von der Gemeinde gewährte Vorschuss in Abzug gebracht und nur eine allfällige Differenz anzuschüssigt wird. Dies muß auch schon im vorhinein festgestellt werden, um jede spätere Enttäuschung zu vermeiden.

Es muß jedoch noch ein weiterer Punkt berührt werden. Das Abgeordnetenhaus hat einer Gesetzesvorlage seine Zustimmung erteilt, wonach staatliche Teuerungszulagen an die österreichischen Lehrpersonen zur Auszahlung gelangen sollen. Das dort aufgestellte Schema, das aller Voraussicht nach auch vom Herrenhause akzeptiert und von der Regierung zur Allerhöchsten Sanktion unterbreitet werden dürfte, differiert nur von dem Schema der Gemeinde Wien, so daß einzelne Gruppen und Personen nach dem staatlichen Schema besser, andere schlechter gestellt sein werden. Es darf nun sicher erwartet werden, daß diejenigen Lehrpersonen und Gruppen, die nach dem staatlichen Schema schlechter gestellt sein werden, an die Gemeinde Wien wegen Ergänzung ihrer Teuerungszulage herantreten werden. Gegen eine solche Ergänzung wäre auch unter dem Gesichtspunkte der gleichmäßigen Behandlung nichts einzuwenden, jedoch müßte hierbei nicht nur die Differenz in den Teuerungszulagen, sondern auch die Differenz in den Anschaffungsbeiträgen berücksichtigt werden. Eine Aufzahlung seitens der Gemeinde würde also nur dann erfolgen, wenn die Summe aus dem staatlichen Anschaffungsbeitrag und den staatlichen Teuerungszulagen geringer ist als die Summe aus dem städtischen Anschaffungsbeitrag und den städtischen Teuerungszulagen.

Sobin stellt der Gefertigte den Antrag:

An die aus Gemeindemitteln besoldeten Lehrpersonen, sowie an deren Witwen und Waisen wird als nicht rückzahlbarer Vorschuss auf einen etwaigen staatlichen Anschaffungsbeitrag für das Jahr 1918 ein Betrag in der Höhe des mit Gemeinderats-Beschluß vom 18. April 1918, Z. 4040/18, den städtischen Angestellten gewährten Anschaffungsbeitrages auszuschüssigt.

Jene Lehrpersonen, sowie Witwen und Waisen nach solchen, welche aus den staatlichen Zuwendungen (Teuerungszulagen und Anschaffungsbeiträgen) für das Jahr 1918 weniger bekommen, als ihnen nach den Bestimmungen für die übrigen städtischen Angestellten zuzuführen, erhalten die Differenz als Aushilfe aus den Mitteln der Gemeinde.

Bürgermeister: Gehört an den Stadtrat.

Wir schreiten nunmehr zur Tagesordnung. Ich ersuche Herrn Vize-Bürgermeister Hierhammer, zu Post 1 seinen den Bericht zu erstatten.

15. Referent Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zahl 4242, Post 1. Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an Seine Exzellenz den k. u. k. Geheimen Rat, k. u. k. Minister a. D. Oskar Grafen Czernin.

Meine sehr geehrten Herren! Ich habe mir in dem Ihnen vorliegenden gedruckten Referate erlaubt, jene Gründe auseinanderzusetzen, welche den Stadtrat in seiner Sitzung vom 25. April 1918 veranlaßt haben, den in der Gemeinderats-Sitzung vom 24. April 1918 gestellten Anträgen der Gem.-Räte v. Steiner und Genossen und Dr. Hein und Genossen auf Ernennung des Grafen Oskar Czernin zum Ehrenbürger der Stadt Wien zuzustimmen und dem Gemeinderate diese Ehrung des verdienstvollen Staatsmannes zu empfehlen.

Ich habe die Tätigkeit des Grafen Czernin während der 16 Monate, da er unser Außenminister war, in großen Umrissen darzustellen versucht und dankbar jene Ziele gewürdigt, die der Minister im Interesse unseres Volkes und unseres Vaterlandes so energisch und hingebungsvoll verfolgt hat.

Die Stadt Wien, in der der Pulsschlag des Reiches pocht und in der daher jede Regung und Wendung des staatlichen Körpers sogleich fühlbar wird, hat die kluge und selbstwüste

Haltung des Grafen Czernin, die ebenso dem Drange reinsten Menschentums wie den Gefühlen der Vaterlandsliebe Rechnung trug, mit Freuden begrüßt und fand in wiederholten Kundgebungen Gelegenheit, dem Grafen Czernin ihre Zustimmung und ihren Dank zum Ausdruck zu bringen.

Unsere Bevölkerung hat sich trotz der Greuel und der Verwüstungen des Krieges die Achtung vor Menschenwürde und Menschenliebe bewahrt und hat daher den Intentionen des Ministers, welcher im Sinne der Bestrebungen unseres Kaisers alles daran setzte, dem Kriege durch einen gerechten allgemeinen Frieden ein Ende zu machen, aus tiefstem Herzen zugejubelt.

Das unvergängliche Verdienst des Grafen Czernin ist es, zu einer Zeit, da das Wort vom Frieden verpönt war, den Mut besessen zu haben, die Herbeiführung eines baldigen Friedens als das Programm unserer Regierung zu deklarieren.

Und wir dürfen mit Stolz feststellen, daß durch die erlösende Tat unseres Außenministers der Stein ins Rollen gekommen und die Friedensfrage bei allen kriegsführenden Regierungen zur Erörterung gelangt ist. Diese Erörterung führte auf der einen Seite zum Ziele, zu dem Frieden im Osten, auf der anderen Seite im Südwesten und Westen aber wird sie nicht mehr verstummen und wird immer lauter und vernehmlicher denen in die Ohren klingen, die ihren Völkern noch immer vortäuschen, daß eine Fortsetzung der Kriegsgreuel eine sittliche Pflicht demokratischer Regierungen sei.

Graf Czernin hat uns den Frieden mit dem Osten gebracht, seiner Festigkeit und seinem diplomatischen Talente ist es zu danken, daß jene Hindernisse, die die Friedensverhandlungen zu vereiteln drohten, beseitigt werden konnten. Und seine Friedensschlüsse sind die Vorbedingungen und Vorgänger des allgemeinen Friedens.

Graf Czernin hat uns aber auch ein großzügiges Programm für unseren inneren Frieden entwickelt und dieses Programm hat zu unserer Freude und Genugtuung und zum Segen unseres Vaterlandes die Sanktion unseres Kaisers erhalten, welcher die Politik Czernin's als richtunggebend für alle Zukunft bezeichnet hat.

Dieses Programm kann man in die Worte kleiden: Treue und Festigkeit.

Treue unseren deutschen Brüdern gegenüber, mit denen uns in diesen Stürmen Eisen und Blut zusammengelittet hat und mit denen wir in ewigem Bunde auch unsere Zukunft bestellen wollen.

Und Festigkeit im Innern; sie ist eigentlich nichts anderes als Treue, unbedingte Treue dem Staate gegenüber und seiner Sendung, die durch die Geschichte eines Jahrtausends vor-gezeichnet ist.

Wir kennen für unser Vaterland kein anderes Heilmittel für seine Gesundung und die Aufrichtung seines alten Glanzes und seine Wohlfahrt, als dasjenige, das Graf Czernin den Vertretern des Wiener Gemeinderates bezeichnet hat, als er uns das Wort Goethe's zurief:

„Weibisches Zagen,
Angstliches Klagen,
Wendet kein Elend,
Macht dich nicht frei.
Allen Gewalten
Zum Trutz dich erhalten,

Nimmer sich beugen,
Kräftig sich zeigen,
Rufet die Hilfe
Der Götter herbei.“

Zawohl, wir deutschen Österreicher werden uns nimmer beugen und wir werden uns kräftig zeigen gegen die Gewalten, die sich gegen unser Vaterland erheben, wir wollen uns zusammenschließen gegen den Verrat, der an der Wurzel unseres Staates nagt, gegen jene innerhalb der Monarchie ihr Unwesen treibenden „Mafaryk's", die, wie Graf Czernin ausführte, durch einen Sieg der Entente den Krieg zu beenden und ihr Ziel zu erreichen suchen.

Wir wissen es ja leider nur zu gut: die Umtriebe dieser „Mafaryk's" haben sich ein weites Ziel gesteckt und sie haben sich schon erkühnt, in unsere Stadt, die ehrwürdige deutsche Kulturstadt — des alten deutschen Reiches Hauptstadt durch Jahrhunderte — ihre Führer auszustrecken.

Aber diese „Mafaryk's" mögen wissen: Die Wiener sind gastfreundlich und versöhnlich und wünschen allen Völkern der Monarchie Entwicklung und Fortschritt; aber sie werden unnach-sichtig gegen die, welche ihre heiligsten Gefühle, ihre Liebe gegen ihr Volk und Vaterland zu verletzen sich erdreisten.

Die Ehrung des Grafen Ottokar Czernin ist uns ein Bekenntnis der Treue für unser Vaterland Österreich und ein Dank für dessen treuen Schildträger.

Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Herren, stimmen Sie dem Stadtrats-Antrage zu und ernennen Sie den Grafen Czernin zum Ehrenbürger der Stadt Wien. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte gelangt pro Herr Gem.-Rat Dr. Hein.

Gem.-Rat Dr. Hein: Im Namen des fortschrittlichen Parteiverbandes und in voller Übereinstimmung mit den Empfindungen der freiheitlichen Bürgerschaft Wiens habe ich den Antrag gestellt, den Grafen Czernin zum Ehrenbürger zu ernennen.

Wir werden daher auch dem Stadtrats-Antrage, der sich mit diesem Antrage deckt, zustimmen. Graf Czernin hat während der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit als Minister des Äußern die Stellung unserer Monarchie in der Welt und die Stellung im Rate der Mittelmächte erhöht. (Lebhafte Zustimmung.) Er war unablässig bemüht, die Sehnsucht der Bevölkerung nach einem allgemeinen Frieden nach Kräften zu erfüllen. (Beifall.)

Alle Noten, die er hinausgegeben hat, waren von diesem Gedanken und gleichzeitig von dem Gedanken des treuen Festhaltens an dem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche getragen. (Heil-Rufe.) Unvergessen wird dem Grafen Czernin jene Rede vom 2. Oktober 1917 bleiben, in welcher er als leitender Staatsmann unserer Monarchie die Linien einer zukünftigen Weltordnung gezeichnet hat, gezeichnet im Sinne einer allgemeinen, allmählichen, unter internationaler Kontrolle gestellten Abrüstung, im Sinne einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, im Sinne eines wirklichen, auf dauerhafte Grundlage gestellten Friedens. Diese Rede wird allen Friedensbestrebungen in aller Zukunft zur Grundlage dienen. Sie hat aber auch unmittelbare Wirkung in der Gegenwart gehabt, denn der Widerhall dieser Rede aus dem revolutionären Rußland war jener Funken spruch der Regierung, welcher die Einleitung zu Friedensverhandlungen verlangte. Es

war eine kühne und glückliche Tat des Grafen Czernin, daß er über alle sonstigen diplomatischen Bedenken hinweg auf diesen Funkspruch hin, ohne lange nach Legitimation und nach Vollmachten zu fragen, die Friedensverhandlungen einleitete. Und als diese Friedensverhandlungen sich durch das Verhalten des Volkskommissärs Trozky ins Endlose zogen, da war es wieder ein glänzender Einfall und eine staatsmännische Tat des Grafen Czernin, daß er mit einem erst im Werden begriffenen Staate, wieder über alle diplomatischen Überlieferungen und hergebrachten Bedenken hinweg, einen Frieden abschloß, blitzartig den Frieden abschloß und damit, wie er in seiner Rede an die Abordnung des Wiener Gemeinderates sagte, die erste Masche von dem Kriegsneze auflöste, das sich über die ganze Welt gespannt hat.

Es ist richtig, daß in der Ukraine heute noch nicht geordnete Verhältnisse herrschen, wir haben ja heute diesbezügliche Nachrichten erhalten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, eben deshalb, weil er ohne Bedenken auf diesen Frieden eingegangen ist, daß er gerade durch diese Bedenkenlosigkeit in wünschenswerter Weise damit den Anfang gemacht hat, daß tatsächlich ein Frieden zustande gekommen ist, welcher dann im weiteren Verlaufe den Frieden mit Großrußland und den Frieden mit Rumänien, der allerdings noch nicht abgeschlossen ist, aber gewiß binnen kurzem zustande kommen wird, zur Folge hatte. Durch diesen Frieden mit der Ukraine, mit einem werdenden Staate, wurden uns denn doch gewisse Aussichten — wir wollen sie ja nicht überschätzen — aber immerhin gewisse Möglichkeiten einer Besserung unserer Ernährungsverhältnisse geschaffen. Wir haben die Bahn frei bekommen, auch nach der anderen Richtung, wir haben den Arm frei bekommen gegenüber dem Gegner im Südwesten und gegenüber den Gegnern im Westen. Wie immer man sich zum Frieden stellen mag, wie begeistert man auch den Frieden herbeisehnen mag, man kann sich ja nicht darüber täuschen, daß die Variierung des alten Satzes: „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“, gilt, so daß auch der Beste nicht den Frieden erreichen kann, wenn der böse Nachbar ihn nicht will. Die Tatsache ist ja unzweifelhaft festgestellt, daß sowohl die Bevölkerung Österreich-Ungarns als auch der Kaiser und der Minister den Frieden wollen. Es lag nur an den maßlosen Forderungen der Entente, daß dieser Friede nicht zustande kam. Gewiß, man hat manche Einwendungen erhoben; es werden ja vielleicht noch Einwendungen erhoben werden, Einwendungen, die sich auf gewisse Schattenseiten jenes Friedens beziehen. Die Cholmer Frage! Man hat eingewendet, daß die Cholmer Frage in einem Sinne gelöst wurde, der dem Wunsche der Polen nicht entsprach. Aber gerade der rasche Abschluß jenes Friedens war eine unbedingte Notwendigkeit, und wenn der Wunsch erfüllt worden wäre, daß die Vertreter des polnischen Staates an den Verhandlungen teilgenommen hätten, wenn wir hätten warten sollen, bis sich die Polen und Ukrainer über diesen Frieden einigen, dann wäre eben der ukrainische Friede nicht rüsch genug zustande gekommen. Man hat auch die Ausführungen, die der Graf Czernin in der Rede an die Wiener Abordnung gegenüber einem Teile der tschechischen Führer gemacht hat, beanstandet. Graf Czernin hat ausdrücklich erklärt, daß er sich gegen jene tschechischen Führer wende, welche ihr Heil von der Entente erwarten und es ist eine Pflicht des amtierenden Ministers des Außern, sich gegen diejenigen zu wenden, die mit den Feinden Österreichs mitten im Kriege

Sympathien haben, die von den Feinden Österreichs mitten im Kriege die Erfüllung ihrer staatsrechtlichen Forderungen erwarten. Wir in Wien sind Freunde eines äußeren und inneren Verständigungsfriedens, aber wie die maßlosen Forderungen der Führer der Entente den äußeren Verständigungsfrieden unmöglich machen, so machen die maßlosen Forderungen der tschechischen Führer auch den inneren Verständigungsfrieden unmöglich.

Man hat gegenüber dem Grafen Czernin eingewendet, daß er eine bedeutsame politische Rede vor der Abordnung des Wiener Gemeinderates gehalten habe. Ich verweise darauf, daß in dem Musterstaate der Verfassung und der Konstitution der Premierminister alljährlich beim Lord-Mayor-Bankett in der Guildhall eine hochpolitische Rede hält. Man hat endlich eingewendet, daß Graf Czernin die Friedensanbahnung Clemenceau's nicht hätte zur Sprache bringen sollen. Es läßt sich gewiß über die Opportunität dieser Äußerung streiten, aber unzweifelhaft ist durch diese Äußerung des Grafen Czernin festgestellt worden, über allen Zweifel hinaus, wenn es noch je diesbezüglich irgend einen gegeben hätte, daß an der Fortsetzung des Krieges, daran, daß sich jetzt drei zivilisierte Völker im Westen zerfleischen, daran, daß die Reste des einst blühenden Flandern zerstört werden, ausschließlich die französischen Machthaber daran schuld sind, welche alle Friedensangebote mit ausgreifenden Plänen in geradezu undiskutierbarer Weise abgelehnt haben.

Vielleicht sind infolge dieser Äußerungen manche Dinge zutage getreten, die nicht die allgemeine Billigung finden. Vom Standpunkte des freisheitlichen Bürgertums möchte ich feststellen, daß Verhandlungen mit den äußeren Staaten immer und unter gewisser Mitwirkung und Verantwortung des amtierenden Ministers des Außern stattfinden sollen. Unzweifelhaft aber ist die Tatsache, daß Graf Czernin während der ganzen Zeit seiner Amtswirkksamkeit im Sinne der Empfindung des Volkes dem Frieden zugestremt hat, und zwar mit lauterem Mitteln, nicht etwa im Sinne der alten Diplomaten, bei denen nach Talleyrand die Worte dazu da sind, um die Gedanken zu verbergen, sondern mit Offenheit und Wahrheit. Er hat drei wertvolle Friedensschlüsse erreicht. Für dieses Streben nach größerem, für diese großen Erfolge gebührt ihm die höchste Ehre, welche die freigewählte Bürgerschaft der Stadt Wien zu vergeben hat: Das Ehrenbürgerrecht der Reichshaupt- und Residenzstadt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Reumann.

Gem.-Rat Reumann: So verlockend es wäre, besonders über die letzten Phasen der politischen Tätigkeit des Grafen Czernin zu reden, so werden wir uns doch mit Rücksicht auf den von unserem Klub gefaßten Beschluß mit einer kurzen Erklärung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter begnügen.

Auch wir Sozialdemokraten versagen der Persönlichkeit des Grafen Czernin nicht unsere Achtung. Wir erkennen gerne an, daß der Graf Czernin die Minister, die aus den Reihen der zünftigen Diplomatie hervorgegangen sind, hoch überragt, und daß er sich von dem Manne, dem gegenwärtig wieder die Leitung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns anvertraut ist, sehr vorteilhaft unterscheidet. (Heiterkeit.)

Es hat Zeiten gegeben, in denen auch wir Sozialdemokraten der Politik des Grafen Czernin unseren Beifall ge-

spendet haben. So damals, als er sich zu dem Gedanken des Friedens ohne Annexionen und ohne Kontributionen bekannte; als er in seiner Budapester Rede für die internationale Abrüstung und für die Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen den Völkern durch obligatorische Schiedsgerichte eintrat; als er mit nicht mißzuverstehendem Nachdruck hervorhob, daß Österreich-Ungarn den Krieg für keine Eroberungen fortsetzen wolle, weder für eigene, noch für deutsche.

Leider war der Graf Czernin zu schwach, diesen Grundsätzen Geltung zu verschaffen. Er hat an dem Friedenschlusse von Brest-Litowsk mitgewirkt, wo ein Friede der Gewalt, nicht der Verständigung geschlossen wurde. (Rufe: Oho!) Ich sage nochmals nicht der Verständigung, sondern der Gewalt. (Widerspruch.) Er war nicht imstande, eine Politik zu verhindern, die im ganzen großen Gebiete zwischen dem Weißen und dem Schwarzen Meere das Selbstbestimmungsrecht der Völker verfälscht und die Klasseninteressen der finnischen Bourgeoisie, der baltischen Barone und der polnischen Schlachzigen gegen die Lebensinteressen der finnischen Arbeiter, der estnischen, lettischen, lituanischen, polnischen und ukrainischen Bauern beschützt. Durch all das wurden im Osten Europas Tatsachen geschaffen, die den Friedensschluß im Westen erschweren, dadurch den gegenwärtigen Krieg in die Länge ziehen und den Keim künftiger Kriege in sich tragen.

Graf Czernin hat aber auch mit Rumänien einen Friedensvertrag abgeschlossen, durch den der Grundsatz „Keine Annexionen“ verletzt worden ist. (Widerspruch.) Sie sind anderer Ansicht und Sie werden gestatten, daß wir auch anderer Ansicht sind. Ich sage Ihnen unsere Ansicht in dieser Angelegenheit.

Haben wir die Theorie des Grafen Czernin gebilligt, so müssen wir seiner praktischen Tätigkeit unsere Anerkennung verweigern. Wir werden uns daher der Abstimmung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Grafen Czernin enthalten.

Bürgermeister: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Stein.

Gem.-Rat Stein: Meine sehr geehrten Herren! Namens der auf dem demokratischen Programme fußenden Gemeinderäte, welche nicht Mitglieder des fortschrittlichen Parteiverbandes sind, habe ich die Ehre, zu erklären, daß wir uns dem Antrage des Stadtrates auf Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Grafen Czernin anschließen. Dieser Anschluß kann uns aber nicht hindern, mit einigen Worten der Kritik an der Tätigkeit des Grafen Czernin vorzugehen. Wir wollen demnach erklären, daß wir dem Grafen Czernin unser Vertrauen in dieser Form nicht etwa deshalb votieren, weil er ein Graf ist, sondern obwohl er ein Graf ist. Das soll ihm nicht schaden, daß er ein Graf ist. (Heiterkeit.) Wir wissen, daß der Posten eines österreichischen Ministers des Äußern für die hohe Aristokratie reserviert ist. Wir haben mit den Namen Kalnoky, Goluchowski, Aehrenthal und Berchtold dementsprechende Erfahrungen gemacht, so daß wir der Ansicht sind, daß, wenn einmal von einem Grafen eine Politik getrieben wird, die den Ansichten und Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht, daraus nicht abgeleitet werden dürfe, daß auch in aller Zukunft der Posten eines Ministers des Äußern eine Domäne der Aristokratie bleiben müsse. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß in diesem Kriege, in welchem alle Volkskräfte herangezogen wurden, wo jeder Sohn des Volkes

sein Bestes hergegeben hat, wo man buchstäblich Gut und Blut für das Vaterland hingibt, das Volk einen Anspruch hat, auf die Angelegenheiten der äußeren Politik genau so Einfluß zu nehmen, wie auf alle anderen Angelegenheiten, die das Volk berühren, denn es geht nicht an, den Völkern bloß Pflichten aufzuerlegen, sie aber aller Rechte zu berauben.

Wenn das Ministerium tatsächlich einer parlamentarischen Kontrolle unterzogen wird, so muß ich sagen, daß die Delegationen doch nur das Zerrbild einer parlamentarischen Körperschaft darstellen, sie können niemals als wirkliche Vertretung des Volkes angesehen werden.

Die Tätigkeit des Grafen Czernin kann in den bürgerlichen Kreisen ungeteilte Zustimmung finden, wenigstens in den großen Linien, wenn man von kleinen Fehlern absteht, die ja angesichts der großen weltbewegenden Fragen, bei dieser Menge von Agenden, die auf den leitenden Minister in diesen ungewöhnlichen Zeiten einströmen, begreiflich sind. Auch Bismarck, dessen Genie von der ganzen Welt anerkannt ist, hat Fehler begangen, die ihm von der Mitwelt und auch noch von der Nachwelt vorgeworfen werden. Warum soll da nicht auch ein österreichischer Minister Vorwürfe bekommen!

Wenn aber von sozialdemokratischer Seite der Friede von Brest als ein Friede der Gewalt erklärt wird, so können wir diese Auslegung nicht zu der unserigen machen. Wir haben gefunden, daß die Entente uns nur die Gewalt entgegensezt.

Wenn sich Vertretungen gefunden haben, mit denen Österreich einen einverständlichen Frieden festlegen konnte, so kann man das unmöglich als einen Frieden der Gewalt bezeichnen. Wenn dem Brestler Frieden heute schon vorausgesagt wird, daß er den Keim zu künftigen kriegerischen Verwicklungen in sich trage, so muß ich demgegenüber darauf hinweisen, daß wir erst warten sollen, wie der endgültige Friede aussehen wird. Wenn mit dem jetzigen großen Weltkriege die Serie der Kriege in der Welt nicht beendet ist, so ist es selbstverständlich vom österreichischen Standpunkte aus nur wünschenswert, daß wir möglichst gekräftigt an Territorien und Völkerschaften aus diesem Kriege hervorgehen, damit wir bei künftigen Verwicklungen besser gerüstet dastehen, als es diesmal der Fall war. Von diesem Standpunkte kann ich daher dem idealen Wunsch nach einem einverständlichen Frieden, wo jedem Volke nach seinen Wünschen gegeben wird, was es will, nicht vorbehaltlos befürworten.

Der Angriff, den Graf Czernin bei Gelegenheit des Empfanges des Wiener Gemeinderates gegen die tschechischen „Mafaryk's gemacht hat, ist vielfach zum Gegenstande der Kritik gemacht worden und man hat erklärt, daß dieser Angriff eine Ungeschicklichkeit war. Mag sein, daß vom Standpunkte der umherstastenden unsicheren Innenpolitik, die von einem Pol zum anderen schwankt, die niemals weiß, was sie will, die Vormittag die Deutschnationalen befriedigt, indem sie die Tschechen verurteilt, und Nachmittag die Tschechen beruhigt, indem sie sagt, daß nur die Hochverräter gemeint seien, es mag also sein, daß von diesem Standpunkte aus der Angriff des Grafen Czernin, taktisch sagen wir, ein Mißgriff war. Aber vom Standpunkte einer großen Politik, welche im Auge hat, daß in Österreich endlich einmal geregelte Zustände hergestellt werden, daß die Österreich bewohnenden Völker endlich einen festen Grund unter den Füßen haben, vom Standpunkte dieser Politik muß ich sagen, daß diese Stigmatisierung des Ministers vollkommen zutreffend war. Ich

verweise nur, wie die Entente-Staaten vorgehen. In Frankreich sitzt ein gewesener Ministerpräsident — *Cail laug* — der nichts anderes getan hat, als sich für den Frieden einzusetzen, im Untersuchungsgefängnis. Dort wird jeder Pazifist oder Defaitist unter Schloß und Riegel gesetzt und dann vor die Laufgräben geführt und erschossen. Bei uns kann sich der nackte Hochverrat ungeheuer breit machen. Bei uns ist es möglich, daß Hochverräter öffentliche Versammlungen abhalten, ohne daß sie ihnen von der Regierung verboten werden, während Versammlungen, die eine bessere Approvisionierung der Reichshaupt- und Residenzstadt im Auge haben, von denselben Behörden verboten und unmöglich gemacht werden. Das sind Zustände, die nach einer Remedur schreien. Wenn sich endlich ein Minister gefunden hat, der gegen diesen schamlosen Hochverrat, gegen diese Niedertracht auftritt, durch die die Früchte des Blutens unserer Söhne und Brüder illusorisch gemacht werden, dann muß es auf das dankbarste begrüßt werden, und gerade *Czernin* gebührt dafür der allgemeine Dank und die Anerkennung jedes guten Österreicher. (Lebhafte Zustimmung.)

Gleich nach diesem Angriffe gegen die Tschechen ist in politischen Kreisen laut geworden, die Position des Grafen *Czernin* sei ins Wanken geraten und daß er sich nicht mehr lange halten könne. Daher war es für die unterrichteten politischen Kreise keine große Überraschung, als in den Berliner Blättern und auch in den neutralen Zeitungen in der Schweiz schon am 8. April die Nachricht erschien, daß die Position des Grafen *Czernin* von verschiedensten Seiten unterminiert werde. Es ist dann die Affäre *Clemenceau* gekommen, bei welcher der französische Ministerpräsident es für angemessen angesehen hat, die Korrespondenz unseres Kaisers der Öffentlichkeit preiszugeben. Ich muß sagen, daß dieser Zug des jungen Kaisers, den Völkern den Frieden zu geben, alle Mittel spielen zu lassen, um eine Vermittlung anzubahnen, die Bevölkerung sehr sympathisch berühren mußte, und daß sie ihm dafür nur Dank wissen kann. Es ist also nicht zu verstehen, warum man diesen Brief zuerst als apokryph bezeichnet und erst später zugegeben hat, daß ein solcher Brief wirklich existiert, allerdings mit gewissen Änderungen, die man als eine Fälschung bezeichnet hat. Im gestrigen Morgenblatte hat die „Reichspost“ mitgeteilt, daß ihr von autoritativer Seite die Bestätigung gegeben wurde, daß Graf *Czernin* in Kenntnis dieses Briefes war und daß auch Berlin in Kenntnis dieses Briefwechsels gestanden ist. Das muß auch angenommen werden, weil zu jener Zeit, in welcher dieser Briefwechsel stattgefunden hat, eine vollständige Übereinstimmung der Regierungen vorhanden war. Es war gerade damals die Strömung für den Frieden in Österreich am allerstärksten. Es war das kurz nach der russischen Revolution, nachdem die Ostfront noch in Tätigkeit war, und man konnte nicht wissen, welchen Verlauf die Verhältnisse nehmen werden. Die Gesamtsituation war damals nicht so günstig wie heute, und es ist wohl zu verstehen, daß damals diese Aktion von der höchsten Stelle des Reiches versucht wurde.

Wenn man also die Gesamttätigkeit des Grafen *Czernin* überblickt, so muß man sagen, sie war nicht nur von den besten Intentionen geleitet, sondern hatte auch die größten Erfolge. Es war eine politische Tätigkeit, die an die Zeit der österreichischen Minister Graf *Raunig* und *Metternich* erinnerte, und in anderen Ländern, vielleicht auch bei unseren Bundesgenossen Deutschland wäre die Tätigkeit eines solchen Mannes allgemein begrüßt

worden und es wäre nicht möglich gewesen, daß er so rasch hinter den Kulissen verschwindet. Deshalb kann die Bürgerschaft der Stadt Wien nichts Besseres tun und ihren Dank nicht besser zum Ausdruck bringen, als dadurch, daß sie den Grafen *Czernin* zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Und wir haben von unserem Parteistandpunkte nichts anderes zu tun, als den Antrag wärmstens zu begrüßen und ihn zu unterstützen. (Beifall.)

Bürgermeister: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat v. *Steiner*.

Gem.-Rat v. Steiner: Meine sehr geehrten Herren! In dem schmerzlichen Bedauern, welches das Ausscheiden des Grafen *Czernin* aus seinem so erfolgreich geführten Wirkungskreis ausgelöst hat, sind als Trost die warmen, anerkennenden Worte empfunden worden, welche Seine Majestät im Allerhöchsten Handschreiben an den scheidenden Staatsmann gerichtet hat und in welchem die verheißungsvolle Erwartung ausgesprochen ist, daß sich noch Gelegenheit geben wird, die Dienste des Grafen *Czernin* für den Staat in Anspruch zu nehmen.

Als ich in der letzten Gemeinderats-Sitzung den Antrag auf Ernennung des Grafen *Ottolar Czernin* zum Ehrenbürger der Stadt Wien stellte, wußte ich mich eins mit den großen Massen der Wiener Bevölkerung in der Würdigung der Verdienste, die sich der Minister während seiner Amtstätigkeit um Volk und Vaterland erworben hat.

Wir wollen dem Grafen *Czernin* heute danken für die bereits erfolgten Friedensschlüsse, die seiner gleich zu Beginn seiner Tätigkeit beklundeten und im damaligen Zeitpunkte epochemachenden aufrichtigen Friedensbereitschaft und seinen außerordentlichen Fähigkeiten, die bei den langwierigen Verhandlungen zum Erfolge führten, in erster Linie zuzuschreiben sind.

Weiter wollen wir dem Grafen *Czernin* unseren herzlichsten Dank sagen für das Programm, das er grundlegend für unsere äußere und innere Politik für alle Zeiten festgelegt hat und das nach dem kaiserlichen Worte richtunggebend bleiben soll. (Lebhafte Beifall.)

Für unsere äußere Politik hat er das Wort geprägt, daß Österreich Ungarn ebenso für Straßburg kämpfen müsse, wie das Deutsche Reich mit uns für Triest gekämpft habe.

Besondere Begeisterung hat es ausgelöst, daß er den Mut gefunden hat, staatsfeindliche Bestrebungen öffentlich zu brandmarken (Stürmischer Beifall und Händeklatschen), und sich nicht nach bewährtem Muster darum herumgedrückt hat, verräterische Handlungen auch als solche zu kennzeichnen. Graf *Czernin* hat sich als echter Österreicher erwiesen, er hat die gleichberechtigte Stellung aller österreichischen Völker anerkannt, aber in energischer Weise betont, daß Verräter kein Recht haben, sich als Österreicher zu bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung.)

Durch diese mannhafte Haltung ist er den Deutschen in Österreich, welche allerzeit stets staats-treu gewesen sind und mit tiefer Verbitterung empfinden mußten, daß dieses Verhalten nicht in genügender Weise gewürdigt wird, besonders lieb geworden und knüpfen sich auch die Hoffnungen der Deutschen in Österreich an seine Wiederkehr zur öffentlichen Wirksamkeit.

Daß Graf *Czernin* die Äußerungen, die die unmittelbare Veranlassung seines Abganges gegeben haben, nicht vor der versammelten Volksvertretung kundgeben konnte, ist nicht seine Schuld. Das Parlament und die Delegationen waren wieder

einmal wegen einer inneren Krise vertagt. Diese Vertagungen aus solchen Anlässen sind bereits zur Regel geworden. Die Völker Österreichs begnügen sich aber nicht mit solchen an die Ära des Taaffe'schen Fortwurstelns gemahnenden politischen Ausflüchten. Die Bürger des Jahres 1918 sind nicht mehr so geduldig wie jene in den Achtzigerjahren, in der Taaffe'schen Periode. Die Zeiten sind ernst geworden, sie erfordern große Taten und große Männer. Männer, welche uns aus dem Chaos unserer inneren politischen Verhältnisse herausführen und eine sichere, feste Grundlage für die Zukunft schaffen, auf welcher sich die alte Habsburgermonarchie nach Beendigung des Krieges zu neuem, erhöhtem Glanze erheben soll. Und wir haben in Österreich wirklich keinen so großen Überfluß daran, daß wir das Ausscheiden eines wirklich großen Mannes aus seiner Wirksamkeit nicht als einen schweren Verlust empfinden würden.

Wir begrüßen den Staatsmann Grafen Ottokar Czernin, wenn der Gemeinderat den Beschluß gefaßt haben wird, aufs herzlichste als den Ehrenbürger der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, die ihrem Kaiser und Vaterland immer aufs innigste ergeben war und für alle Zukunft bleiben wird, und nun auch ihren Stolz darenin setzt, dem treuesten Paladin des Reiches die verdiente Ehrung zuteil werden zu lassen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent verzichtet auf das Schlusswort. Der Gemeinderat schreitet zur Abstimmung.

Im Sinne des Punktes 14 des Gemeinderats-Statutes erjuche ich den Herrn Schriftführer, mit dem Namensaufrufe zu beginnen, und die Herren Kollegen bitte ich, entweder die vorgelegten Stimmzettel oder einen eigenen Stimmzettel mit Ja oder Nein ausgefüllt in die Urne zu werfen.

Nach Abgabe der Stimmzettel wird das Skrutinium vorgenommen werden.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rates Philipp geben die Gemeinderäte ihre Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel:)

Ich erkläre die Stimmenabgabe für geschlossen. Wir schreiten zum Skrutinium. Ich designiere die Herren Schriftführer Philipp und Leitner als Skrutatoren. (Nach Beendigung des Skrutiniums:) Der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat Se. Excellenz den Grafen Czernin, gewesenen Minister des Äußern, mit 117 Stimmen zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Eine Gegenstimme ist nicht abgegeben worden.

Beschluß: Die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ernennt Seine Excellenz den k. u. k. Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern a. D. Ottokar Grafen Czernin in dankbarer Würdigung seiner Verdienste, die er sich in schwerer Zeit um das Vaterland erworben hat, zum Ehrenbürger.

Bürgermeister: Ich werde mir nun erlauben, ein Referat, das auf der Tagesordnung der vertraulichen Sitzung steht, in öffentlicher Sitzung zu erstatten, nachdem die Schriftführer und nicht nur diese, sondern auch das Skrutinium die Anwesenheit von mehr als 100 Mitgliedern des Gemeinderates konstatiert haben, und

bitte den Herrn Vize-Bürgermeister Hof, den Vorsitz zu übernehmen.

Vize-Bürgermeister Hof (übernimmt den Vorsitz): Ich erteile dem Herrn Bürgermeister das Wort.

16. Referent Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe die Ehre, zu Post 9 der Tagesordnung der vertraulichen Sitzung zu referieren. Ich habe heute schon gelegentlich der Beantwortung der Interpellation des Kollegen kais. Rates Ignaz Fischer darauf hingewiesen, daß die Milchzufuhr sowie die Milch-Erzeugung in Wien auf ein solches Minimum herabgesunken ist und wir nicht mehr imstande sind, die Pflichtmilch für Kranke und kleine Kinder abzugeben. Nun hat die Gemeinde Wien schon seit Kriegsbeginn in wiederholten Fällen in die Milchversorgung derart eingegriffen, daß sie in Holland, Vorarlberg und Tirol Kühe angekauft und teils in den Stallungen der Wiener Milchmeier, teils auf den eigenen landwirtschaftlichen Pachtungen und Besitzungen untergebracht hat. Bei diesem Notstand erschien es mir als eine Pflicht der Gemeinde, alles aufzubieten, um dennoch eine gewisse Förderung und Hebung der Milchzufuhr zu erzielen. Es hat sich nun die Gelegenheit gegeben, in der Schweiz hochwertige melkende und hochtrachtige Kühe einzukaufen. Diese sind im besten Zustande eingelangt und bereits in die Stallungen abgegeben. Aus der Schweiz war aber nur bis 31. März 1918 der Export von Kühen möglich. Dann ist die Grenze wieder gesperrt worden. Es war daher eine Angelegenheit von größter Dringlichkeit und ich kann erst heute im Gemeinderate Bericht darüber erstatten, nachdem ich schon vorher durch die Obmänner-Konferenz die Zustimmung der Parteien des Gemeinderates eingeholt habe und auch der Stadtrat sich mit dieser Angelegenheit in vertraulicher Sitzung bereits befaßt hat. Wir mußten diese Schweizer Kühe in Francs bezahlen und es blieb daher nichts anderes übrig, als eine Finanztransaktion vorzunehmen, die uns in den Besitz von Francs gebracht hat. Diese Finanztransaktion bestand darin, daß wir bei der Berner Kantonalbank eine Anleihe von einer Million Francs aufgenommen haben, welche in zwei Jahren zu bezahlen ist. Wir hoffen doch, daß wir im Laufe von zwei Jahren in solche Verhältnisse kommen werden, die uns bei geregelten valutaren Verhältnissen die Rückzahlung leichter und billiger ermöglichen, als unter den heutigen Verhältnissen der Ankauf von Francs und der Export dieser Zahlungsmittel in die Schweiz möglich gewesen wäre.

Es sind 646 Stück Schweizer Milchvieh um den Betrag von 800.000 Francs angekauft worden. Die Kühe haben also weniger gekostet, als das Anlehen ausmacht, das ich mir Ihrer Genehmigung zu unterbreiten erlaube. Dies aus dem Grunde, weil ich mir gedacht habe, es ist besser, eine runde Summe als Anlehen aufzunehmen, da uns damit gleichzeitig ein gewisses Depot in der Schweiz übrigbleibt, welches uns bei günstiger Gelegenheit den Ankauf eines oder des anderen für uns notwendigen Lebensmittels und sonstiger Bedarfsartikel möglich macht.

Der Betrag von einer Million spielt bei unseren großen Anleihe-summen keine Rolle. Was die Bedingungen anlangt, so beschränke ich mich darauf, Sie auf das zu verweisen, was die Herren in der Obmänner-Konferenz darüber erfahren haben. Durch diese Mitteilungen sind die Herren Obmänner in der Lage, ihre Klubgenossen darüber aufzuklären. Die Bedingungen

sind kriegsmäßig entsprechend. Sie sind besser, als der Staat seine Valuta-Anleihe macht, aber ich halte es doch nicht für zweckmäßig, sie in öffentlicher Sitzung zu publizieren. (Zustimmung.) Nachdem jeder Gemeinderat in der Lage ist, durch seinen Klub-Obmann diese Bedingungen zu erfahren, so begnüge ich mich, den Antrag zu stellen:

„Die Aufnahme eines Darlehens von 1 Million Schweizer Franken seitens der Gemeinde Wien via Länderbank bei der Berner Kantonalbank wird unter den vom Magistrate erwirkten und bekanntgegebenen Bedingungen genehmigt.“

Ich bitte um die Annahme. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer (den Vorsitz übernehmend): Zum Worte ist niemand vorgemerkt. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere die Annahme des Antrages mit mehr als 80 Stimmen.

Beschluß: Die Aufnahme eines Darlehens von 1 Million Schweizer Franken seitens der Gemeinde Wien via Länderbank bei der Berner Kantonalbank wird unter den vom Magistrate erwirkten und bekanntgegebenen Bedingungen genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Es kommt nun Herr Kollege v. Steiner zum Referate.

17. Referent Gem.-Rat v. Steiner: Zahl 1949, Post 10, betreffend den Antrag des Gem.-Rates Dr. v. Dorn auf Veröffentlichung der provisorischen Ausgleichsvereinbarungen mit Ungarn.

Meine sehr geehrten Herren! Wir haben in früheren Zeiten stets die Erfahrung gemacht, daß, so oft seitens Österreich irgendwo zur Wahrung eigener Interessen Vereinbarungen mit Ungarn aufgerollt wurden, dies sofort von der ungarischen Presse als ein Angriff gegen Ungarn bezeichnet wurde. Und wenn heute die Gemeindevertretung Wiens diese Vereinbarungen kennen lernen will, so ist es nicht vielleicht Neugierde, sondern die Verhältnisse zwingen dieselbe, pflichtgemäß zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Die im Vorjahre zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung getroffenen provisorischen Ausgleichsvereinbarungen sind bis heute amtlich nicht veröffentlicht worden. Was auf anderen Wegen von deren angeblichem Inhalte doch in die Öffentlichkeit gedrungen ist, hat in allen beteiligten Kreisen die größten Besorgnisse hervorgerufen.

Diese weitverbreitete Beunruhigung ist vollkommen verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die den „Ausgleich“ bildenden Vereinbarungen nahezu die gesamte Volkswirtschaft Österreichs umspannen, daß es nicht ein einziges Feld volkswirtschaftlicher Tätigkeit in Landwirtschaft, Handel, Industrie, Gewerbe und Verkehr gibt, das nicht von dem jeweiligen Vertragsverhältnisse zu Ungarn intensivst beeinflusst würde, und daß erst vollends die derzeit die Hauptrolle bildenden Approvisionierungsverhältnisse Österreichs in völliger Abhängigkeit von den diesbezüglichen Vereinbarungen mit Ungarn sind.

Um zunächst die Art der umlaufenden Versionen, Zeitungsnachrichten und vertraulichen Mitteilungen von Politikern über den Inhalt der provisorischen Vereinbarungen näher zu beleuchten, wird folgendes angeführt:

Es verlautet, daß die Quote eine Steigerung von 2 v. H. zu Ungunsten Österreichs erfahren habe und daß die Kriegskosten nur bis Ende 1917 nach der bisherigen alten Quote zwischen Österreich und Ungarn aufgeteilt werden sollen. Es würden somit die gesamten, ab 1. Jänner 1918 auflaufenden Kriegskosten bereits nach der höheren Quote Österreich zur Last fallen; auch würde eine zu gewärtigende Vermögenssteuer, beziehungsweise Abgabe infolge des wegen der Quotenverschiebung aufzubringenden höheren Schuldenbetrages in Österreich möglicherweise unter schärferen und einschneidenderen Bedingungen aufgelegt werden müssen als in Ungarn.

Da fernere dem Vernehmen nach die österreichische Quote durch jährliche Herabminderung um 0,1 v. H. im Jahre 1937 wieder gleich der alten Quote von 1907 werden soll, muß geschlossen werden, daß die Quotenänderung nur durch besondere vorübergehende Verhältnisse Ungarns als begründet angesehen wird, während sich infolge des Zuzuges hinsichtlich der Kriegskosten für Österreich daraus eine dauernde Mehrbelastung ergeben würde.

Daß dafür die Vergebung der Lieferungen für Armee und Flotte künftig ziemlich genau nach der Quote erfolgen solle, müßte bei der bekannten intransigenten Haltung Ungarns gerade in diesen Submissionsfragen als eine unzulängliche und hinsichtlich ihrer Verwirklichung höchst ungewisse Gegenleistung erscheinen.

Es verlautet weiters, daß die Getreidezölle (insbesondere die Mindestzölle) unverändert beibehalten und daß die Vieh- und Fleischkontingente gegenüber den Balkanstaaten vereinbart wurden.

Die letztangeführten Vereinbarungen, falls sie den Tatsachen entsprechen, sind besonders geeignet, Beunruhigung und Erregung hervorzurufen, da in den diesbezüglichen Verhältnissen zu den Balkanstaaten und besonders Serbien vor dem Kriege, ein nicht abzuleugnender Grund und Mitursache des jetzigen Krieges gesehen werden muß.

Vom Standpunkte Österreichs erscheint es absolut unannehmbar, daß man nach dem Kriege hinsichtlich der Vieh- und Fleischeinfuhr aus den Balkanstaaten sich wieder auf vorweg gezogene Grenzen und Beschränkungen (Kontingente) Ungarn gegenüber festlege. Diese Kontingentierungen würden freundschaftlichere Beziehungen zu den Balkanstaaten wieder unmöglich machen, und sie könnten für Österreich selbst, sogar im äußersten Bedarfsfalle, nur mittels langwieriger schwieriger Verhandlungen mit Ungarn und gegen dafür abgenötigte Gegenleistungen überschritten werden.

Weiters verlautet — und jetzt kommt ein sehr wichtiger Passus — daß bezüglich der Einfuhr von Lebendvieh und Fleisch aus dem Zollauslande im wesentlichen der vor dem Kriege gewesene Zustand aufrecht erhalten werden solle. Was gerade das für Österreich bedeuten würde, ist zu ersehen, wenn man sich den faktischen Zustand unmittelbar vor dem Kriege vergegenwärtigt.

Meine Herren! Es ist bekannt, daß vor einigen Jahren Erörterungen wegen des Zustandekommens einer Zoll- und Handelsunion mit Österreich geführt wurden und daß zu dieser Zeit sich die rumänische Regierung nicht ablehnend verhalten, sondern erklärt hat, es müsse dies im Einvernehmen mit Deutschland geschehen; es müsse aber auch Ungarn seine rumänienfeindliche Politik ändern. Ich glaube, es wäre jetzt bei dem Friedensschluß

mit Rumänien für Österreich von größter Bedeutung, wenn dieses Zoll- und Handelsbündnis mit Rumänien zustande käme, weil dies für unsere Exportindustrie und für Gewerbe, Handel, aber auch für unsere Approvisionierung für einen Verkehr ohne Schranken von der größten Bedeutung wäre.

Ich gebe der Befürchtung Raum, daß vielleicht Ungarn seinen dormaligen maßgebenden Einfluß auf die Führung der Geschäfte der Monarchie dazu benützen wird, um dies zu verhindern.

Ich beehre mich aber, dem geehrten Gemeinderat mit Rücksicht auf die Bedeutung der Frage einen Zusatz Antrag zu dem Antrage des Stadtrates zu unterbreiten, welcher folgenden Wortlaut hat:

„Die Gemeinde Wien erblickt in einer ausgiebigen Einfuhr von Vieh und Fleisch aus Rumänien und der Ukraine eine der wenigen Möglichkeiten, über die bis zur Einbringung der nächsten Ernte zu gewärtigenden, ungemein ernsten Schwierigkeiten in der Lebensmittelbeschaffung wenigstens notdürftig hinwegzukommen. Die Förderung der Einfuhr von Vieh und Fleisch ist auch gleichbedeutend mit der Schonung des inländischen, durch den langen Kriegszustand devastierten Viehstandes, erleichtert dessen Wiederaufzucht und liegt somit bei den heutigen Verhältnissen auch im Interesse der landwirtschaftlichen Kreise. Eine Beeinflussung der Vieh- und Fleischpreise in einem die Landwirtschaft benachteiligenden Ausmaße ist von einer solchen Einfuhr, wie die Erfahrung zeigte, nicht zu besorgen, da auch das seinerzeit an Serbien zugestandene, nahezu voll ausgenützte Einfuhrkontingent an Schweinen sich in den Fleischpreisen nicht fühlbar machte.

Für unsere Exportindustrie, welcher der rumänische Markt ein wichtiges Absatzgebiet war, ist es von großer Bedeutung, dieses Gebiet wieder zu erringen und zu erweitern, wofür die jetzige Gelegenheit um so günstiger ist, weil der rumänische Markt dem Wettbewerbe der westeuropäischen Staaten verschlossen ist. Als Entgelt für die Zugestehung großer Einfuhrkontingente an Vieh-, Fleisch- und Bodenprodukten an den Agrarstaat Rumänien können hinsichtlich der Einfuhr industrieller Erzeugnisse nach Rumänien ausgedehnte Vorteile gefordert werden.

Eine vollbeschäftigte Exportindustrie würde auch der heimischen Arbeiterschaft dauernd Beschäftigung und Verdienst sichern.

Da somit die Zulassung möglichst großer Einfuhren an Vieh und Fleisch aus Rumänien gewiß keiner Bevölkerungsschichte zum Nachteile gereicht, spricht die Gemeinde Wien die zuversichtliche Erwartung aus, daß die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen wegen Herbeiführung eines wirtschaftlichen Übereinkommens mit Rumänien in besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen ernsten Lage seitens der österreichischen Unterhändler in einer solchen Weise geführt werden, daß der diesseitigen Reichshälfte im allgemeinen, der Gemeinde Wien im besonderen die Einfuhr möglichst großer Kontingente an Vieh und Fleisch schon jetzt und auch für längere Zeit nach Kriegsende sichergestellt werde.

Bei dem großen Interesse der Bevölkerung an dem Ergebnisse der Verhandlungen erwartet die Gemeinde, daß dasselbe der allgemeinen Kenntnis nicht vorenthalten, hierüber vielmehr, sobald die Verhältnisse es erlauben, öffentlich Mitteilung gemacht werde.“

Meine Herren! Wenn wir aber die Einfuhr von Fleisch fordern, so müssen jene geheimen Vertragsbestimmungen, die im alten Ausgleich von 1907 enthalten waren, verschwinden. (Zustimmung.)

Im Ausgleich vom Jahre 1907 ist darüber nur in der Durchführungsverordnung, und zwar im § 12, Abs. 2 eine Bestimmung enthalten, die besagt, daß hinsichtlich der Ein- und Durchfuhr von Lebendvieh und Fleisch aus Staaten (somit aus dem Zollausland), aus denen diese mit veterinärpolizeilichen Gefahren verbunden ist, gleichartig vorgegangen werden wird.

Allgemeine Grundsätze und die Zustimmung der andern, d. h. der ungarischen Regierung über ein solches gleichartiges Vorgehen wurden aber nicht vereinbart, sondern es wurde zur faktischen Übung, daß in jedem einzelnen Falle die Zustimmung der anderen Regierung einzuholen war.

Diese faktische Übung erhielt im § 4 des österreichischen Tierseuchengesetzes eine rechtliche Grundlage, wonach zur Ein- und Durchfuhr die fallweise Bewilligung des Ackerbauministers im Einvernehmen mit Ungarn erforderlich ist.

Im Anhang zum Paraphierungsprotokoll wurde noch vereinbart, daß bei mangelnder Übereinstimmung die strengere Auffassung zu gelten habe, und endlich wurde noch eine Geheimabmachung getroffen, daß die Ein- und Durchfuhr aus dem Balkan und von Übersee (argentinisches Fleisch) im allgemeinen als seuchengefährlich verboten ist; so daß der faktische Zustand vor dem Kriege der eines allgemeinen Einfuhrverbotes mit fallweisen einvernehmlichen Ausnahmen war, deren Bewilligung oder Nichtbewilligung im Belieben Ungarns gelegen war. Das war gewiß für die Ungarn immer sehr bequem; sie haben einfach Einspruch erhoben und die Einfuhr konnte nicht stattfinden.

Dasselbe Ungarn also, das seine eigene staatliche Selbständigkeit immer schärfer umrissen hervortreten läßt, schränkt durch diesen Vertrag die staatliche Selbständigkeit Österreichs soweit ein, daß Österreich selbst bei extremster Notlage seiner Bevölkerung die notwendigsten Lebensmittel (z. B. seinerzeit das argentinische Gefrierfleisch) nicht ins Land hereinbringen kann, falls Ungarn Einspruch dagegen erhebt.

Daß die Erkenntnis einer solchen Abhängigkeit von Ungarn in den fundamentalen Lebensinteressen, falls diese Abhängigkeit wirklich durch die provisorischen Abmachungen neuerlich festgelegt worden sein sollte, beunruhigend und gegen die eigene Staatsgewalt verstimmend auf die Bevölkerung wirken müßte, braucht nicht besonders gesagt zu werden.

Die Viehbestände Österreichs werden dezimiert, die Versorgung der Städte mit Fleisch wird auf Jahre hinaus beschränkt und die Preise unerträglich sein.

Es sind daher die Vertretungen der Städte gezwungen, Lebendvieh aus den Balkanländern und überseeisches Gefrierfleisch einzuführen.

Als ich vor einigen Wochen in Berlin die Ehre hatte, mit dem Direktor der Großmarkthallen zu sprechen, teilte er mir mit, daß die Vertretung dieser Stadt schon im Jahre 1915 einen Lieferungsvertrag auf überseeisches Gefrierfleisch abgeschlossen hat, der dormalen noch rechtskräftig ist. (Rufe: Hört! Hört!)

Wie wird nun in Österreich diese Frage behandelt?

Bereits am 18. September 1914 hat der Bürgermeister Erzellenz Dr. Weiskirchner mit Zustimmung der Obmänner-

Konferenz an das k. k. Ackerbauministerium eine Eingabe wegen Bewilligung der Einfuhr von Gefrierfleisch gerichtet.

Am 30. September 1914 wurde beim damaligen Ministerpräsidenten Herrn Grafen Stürgkh diese Angelegenheit urgirt.

In der Obmänner-Konferenz vom 2. September 1916 wurde der Bürgermeister prinzipiell ermächtigt, mit der Austro-Americana wegen Abschlußes eines Vertrages auf Lieferung amerikanischen Gefrierfleisches nach dem Kriegsende Verhandlungen einleiten zu dürfen.

Alle diese Eingaben haben bis zum heutigen Tage keine Erledigung gefunden. (Gem.-Rat Herald: Hört! Hört! Ein Skandal!)

Als in der Öffentlichkeit hinsichtlich der Verhandlungen mit Ungarn bezüglich der Ausgleichsvereinbarungen bekannt wurde, daß in dem neuen Vertrage das Einfuhrkontingent von Lebendvieh aus dem Balkan nicht erhöht werden sollte, während der wöchentliche Auftrieb auf dem Wiener Markte von 6000 Stück Ochsen auf 894 Stück gesunken war, begaben sich der Referent und Dr. Weiskirchner zu einer Konferenz zu dem damaligen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und es wurde diese Angelegenheit im Beisein maßgebender Vertreter der Landwirtschaft des österreichischen Abgeordnetenhauses besprochen.

Und zur Ehre der österreichischen Landwirte muß gesagt werden, daß sich dieselben voll und ganz auf den Standpunkt des Bürgermeisters von Wien stellten, daß nämlich die heimische Viehzucht durch die bisherige Höhe der Zölle geschützt sei, was auch von dem Schutzzoll für Getreide gelte.

Es sei ja auch im Interesse der Landwirtschaft gelegen, Lebendvieh einzuführen, um so rasch als möglich mit Viehaufzucht beginnen zu können.

Dazu kommen noch die weiteren angeblichen Bestimmungen dieser provisorischen Vereinbarungen, daß die Verzehrungssteuergesetzgebung künftig in beiden Staaten der Monarchie unabhängig und selbständig vor sich gehen solle, daß bindende Abmachungen hinsichtlich einer ausgiebigen Verbindung Galiziens und der Bukowina speziell mit dem ungarischen Hinterlande getroffen worden seien, und daß der Verkehr Ungarns mit Deutschland auf jede Art erleichtert und auf die möglichste Höhe gebracht werden solle; endlich die ziemlich verbürgte Version, daß alle die angeführten Abmachungen, von denen jede einzelne für Österreich gefährlich ist, auf 20 Jahre Geltungsdauer gedacht und abgemacht sind.

Dadurch würde ein ganz unhaltbarer Zustand einer dauernden Abhängigkeit von Ungarn geschaffen werden.

Angeichts dieser beunruhigenden Sachlage ist es vollkommen verständlich, daß die Bevölkerung nicht länger bloß auf gelegentliche Zeitungsberichte und das, was man hierüber spricht und sprechen hört, angewiesen sein, sondern durch eine amtliche Erklärung authentisch erfahren will, welches der Inhalt der getroffenen Vereinbarungen ist.

Der Gemeinderat der Hauptstadt kann an sich schon beanspruchen, als der berufene Wortführer der Bevölkerung in dieser Angelegenheit angesehen zu werden, er hat aber als Vertreter der größten und für das staatliche Leben wichtigsten Gemeinde Österreichs noch ein besonderes Anrecht, auch seinerseits von dem Inhalte der Vereinbarungen Kenntnis zu erlangen.

Wie nämlich aus dem Vorangehenden hervorgeht, bildet hauptsächlich jener Teil der Vereinbarungen einen Gegenstand

der allgemeinen Besorgnis, der auf Approvisionierungsverhältnisse Österreichs unmittelbar Bezug hat. Nun ist während des Krieges die schwierige Sorge um die Beschaffung der Lebens- und Nahrungsmittel fast zur Gänze den Gemeinden aufgelegt worden, obwohl kein bestehendes Gesetz dies begründet erscheinen läßt.

Die Gemeinde Wien mit ihrer zwei Millionen überschreitenden hauptstädtlichen Bevölkerung ist hier in einer noch viel schwierigeren Lage als alle anderen Gemeinden, weil ihr Gebiet fast nur Stadtboden ist, der sich zur Produktion nicht eignet, und das vorhandene wenige Produktivland in gar keinem Verhältnis zur Bevölkerungszahl steht, so daß Wien hinsichtlich seiner Approvisionierung nur auf Zufuhren von auswärts angewiesen ist.

Vor dem Kriege war Wien ein Hauptabnehmer des ungarischen Marktes, und gerade von diesen ungarischen Bezugsquellen ist es seither gänzlich abgeschnitten.

Dieser Hinweis allein genügt, um darzutun, daß Wien ganz besonders an den Abmachungen mit Ungarn interessiert sein muß, daß diese Vereinbarungen die wichtigsten Lebensinteressen der Hauptstadt berühren.

Durch die bisherige Nichtveröffentlichung der provisorischen Vereinbarungen ist die Gemeinde Wien außerdem in ihren für die Zukunft und insbesondere für die Übergangswirtschaft schon jetzt zu ergreifenden Verwaltungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Approvisionierung auf das empfindlichste gehindert und gebunden. Von diesen Approvisionierungsmaßnahmen sind viele, so zum Beispiel das neugeschaffene Landwirtschaftsamt, in ihrem Bestande und ihrer Wirksamkeit in ganz besonderem Maße von den künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn abhängig.

Trotz der infolge der unterbliebenen Publikation hier herrschenden Ungewißheit können diese Maßnahmen angesichts ihrer Dringlichkeit nicht auf später aufgeschoben, sondern müssen jetzt schon in Angriff genommen werden.

Es wird daher, gestützt auf die obigen Darlegungen, an die Regierung das dringende Ersuchen gerichtet, die provisorischen Vereinbarungen mit Ungarn ehestens öffentlich bekanntzugeben zu wollen, und es wird gleichzeitig das Vertrauen und die Zuversicht ausgesprochen, daß diese Veröffentlichung besser als alles andere geeignet sein werde, alle im Volke umlaufenden Gerüchte und Bedenken wegen einer angeblichen Präjudizierung der unveräußerlichen Rechte und Ansprüche Österreichs gegenüber Ungarn zu zerstreuen.

Ungarn hat während des Krieges Milliarden für seine landwirtschaftlichen Produkte eingenommen, was sich deutlich in dem Kurse der ungarischen Rente zeigt, welche vor dem Kriege stets um 2 Prozent niedriger stand als die österreichische, während sie dormalen um 6 Prozent höher notiert.

Man weiß auch weiter, daß Ungarn, ohne die geringste Rücksicht auf Österreich zu nehmen, Vereinbarungen mit Deutschland trifft.

So zum Beispiel betreffs der Errichtung eines mitteleuropäischen Reiseverkehrsbureaus. Mir ist vor kurzem in Berlin mitgeteilt worden, daß das ungarische Reisebureau nicht gemeinsam mit dem österreichischen in einem Bureau amtiert, sondern Unter den Linden im deutschen Reisebureau bereits eingemietet erscheint.

Die politische Konstellation, wie sie sich in letzter Zeit ergeben hat, zwingt geradezu die Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien mit Rücksicht auf die Approvisionierung, die Sachdemobilisierung des k. u. k. Heeres und der k. u. k. Kriegsmarine, die Beschaffung von Rohstoffen aus dem Zollauslande etc., die provisorisch getroffenen Vereinbarungen kennen zu lernen, da sie die Grundlage zum Abschlusse von Handelsverträgen bilden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Herold kontra.

Gem.-Rat Herold: Es ist nicht in der Ordnung, wenn ich als Kontra-Redner bezeichnet werde, da ich selbstverständlich für den Antrag des Herrn Referenten stimmen werde. Ich möchte mir nur erlauben, einige Punkte hervorzuheben, die gewiß von Interesse sein dürften. Wir stehen natürlich nicht jene Quellen zur Verfügung wie dem Herrn Referenten, auf denen seine ausgezeichnete Rede fußt, die er uns gehalten hat. Was ich zu sagen habe, sage ich aus eigener Initiative, es kommt aus meinem Herzen und beruht auf meinen Erfahrungen, die ich als Geschäftsmann gesammelt habe. Ich will mich auch nur auf einem Terrain bewegen, von dem ich mit Sicherheit annehmen kann, daß ich das, was ich sage, auch verstehe.

Vor allem möchte ich über den Passus bezüglich der Vieh- und Fleischeinfuhr sprechen, die der Herr Referent bereits sehr treffend gekennzeichnet hat.

Ich schicke voraus, daß, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, die ganzen Verhandlungen von den schädlichsten Folgen für unsere politische Geltung und wirtschaftliche Entwicklung waren und daß der Ausgleich Störungen in der ganzen Monarchie hervorgerufen hat. Schuld daran ist aber der unglückselige Paragraph in Betreff der sogenannten strengeren Auffassung, den auch der Herr Referent hervorgehoben hat. Er ist ein Anhängsel zum Protokolle des letzten Ausgleiches und handelt von der Vieh- und Fleischeinfuhr und enthält die Veterinärbestimmungen, die darauf hinausgingen, dieser Einfuhr Einhalt zu tun.

Dieser Paragraph war eine Geheimklausel, unklar, undeutlich, stilistisch salopp gehalten, so daß man sich die Frage vorlegen muß, wie es möglich war, daß man gewagt hat, einen solchen Paragraphen dem damaligen Monarchen zur Unterschrift vorzulegen. Anstatt daß eine solche Bestimmung in Übereinstimmung der beiden Reiche ohne jede Zweideutigkeit ausgegeben worden wäre, hat man die weiteren Bestimmungen bezüglich der Vieh- und Fleischeinfuhr so dehnbar gemacht, daß sie ganz beliebig ausgelegt werden können, wobei dies gerade immer zum Vorteil Ungarns ausschlug. Es war dadurch imstande, die Vieh- und Fleischeinfuhr zu unterbinden.

Ich habe mich vor allem zum Worte gemeldet, um darauf hinzuweisen, daß in Zukunft keine geheimen Abmachungen mehr getroffen werden dürfen, wie dies im letzten Ausgleich der Fall war. Ich erlaube mir auch diesbezüglich einen Antrag zu unterbreiten, den Sie als Zusatz an das Referat anhängen mögen.

Mein Antrag geht dahin, daß die abzuschließenden Vereinbarungen mit Ungarn nicht früher in Kraft treten dürfen, ehe das Parlament darüber sein Gutachten abgegeben hat. Die endgültigen Entscheidungen sind sehr einschneidend und gelten für einen sehr langen Zeitraum. Der wichtigste Punkt betrifft die geheimen Abmachungen. Es ist unbedingt notwendig, daß

der Gemeinderat mit aller Energie darauf dringt, daß solche Abmachungen in Zukunft ein für allemal ausgeschlossen sein müssen. Die geheimen Abmachungen sind eine Quelle von unseligen Folgen, insbesondere auf dem Gebiete der Approvisionierung.

Wenn man das Wort Approvisionierung ausspricht, dann entringt sich ein Seufzer der Brust jedes Mannes und man will nichts mehr von diesen kläglichen Zuständen hören, die bei uns herrschen. Die Magenfrage ist aber so wichtig, daß man sie doch auch besprechen muß. Bei den Verhandlungen muß von österreichischer Seite mit aller Energie darauf hingewiesen werden, daß Österreichs Schwester, die Schwester Hungaria, sich als schlechte Schwester benommen hat. Das war die wahre Liebe nicht! Gerade in der Zeit der Not sollte sich die Schwesterliebe betätigen. Wie hat aber Ungarn seine Pflicht erfüllt? Es hat vollständig versagt. Mit einer gewissen hämischen Genugtuung beobachtet es, wie die Schwester Austria in tiefen Nöten ist, eben infolge Versagens der Schwester Hungaria. (Zustimmung.)

Es ist nicht gerechtfertigt, wenn seitens der Regierung immer Beschwichtigungsversuche unternommen werden und wenn sie auf dem Standpunkte steht, man dürfe Ungarn ja nicht reizen. Man zieht es vor, mit Vertuschungsversuchen fortzuwursteln. Auf diese Weise glaubte man der Situation Herr zu werden, in Wirklichkeit wurde aber das Gegenteil erreicht, indem die Schwester Hungaria noch mehr gefördert wird.

Zur Entschuldigung Ungarns wird angeführt, daß es die Deckung des Heeresbedarfes übernommen hat. Wenn aber Ungarn nur gewollt hätte, die Schwesterstadt Austria zu unterstützen, dann wäre es schon gegangen, aber sie wollte eben nicht. Trotzdem kann ich nicht umhin, auch der Schwester Austria bezüglich der Approvisionierung einen Vorwurf zu machen. Man ist leider in allen möglichen Beziehungen von der Schwester Hungaria abhängig und findet nicht die Mittel, diese Abhängigkeit endlich einmal zu beseitigen. Das ist eine recht beschämende Erscheinung.

Wie viele unbebaute Flächen harren der Bebauung, wie viele Auen, wie viele Wälder, wie viele Jagdgründe harren einer intensiveren Ausnützung! Die Wälder wurden abgesperrt und im Hochgebirge sind Millionen Zentner Heu verfault, ebenso die Produkte des Waldes, die für die Ernährung ungemein ersprießlich hätten werden können. Man hat auf die Anregungen, die aus Kreisen der Wiener Bürgerschaft gekommen sind, hauptsächlich aus dem Wiener Gemeinderat, nicht gehört. Ihm zu Ehren muß ich sagen, daß seit dem Jahre 1891 die besten Anträge und Anregungen auf dem Gebiete der Approvisionierung gemacht worden sind. Die wenigen alten Mitglieder — ich bin der letzte der Brighujaren auf dieser Seite und von der anderen Seite werden auch nur mehr sechs bis sieben Herren übrig sein — werden dies bestätigen, die Regierung ist aber an diesen Anträgen achtlos vorbei gegangen. Man hat sie nicht einmal gelesen. (Rufe: Leider!)

Ich muß bei dieser Gelegenheit auf das überseeische Fleisch zurückkommen und muß, so unbescheiden es mir erscheint, meine eigene Person ins Treffen zu führen, es diesmal doch tun. Die alten Herren werden sich erinnern, daß ich in dem damals von mir geleiteten Hotel „Metropol“ eine Kostprobe mit überseeischem Fleisch veranstaltet habe. Diese Kostprobe habe ich mit der Firma Medinger, nur um unserer Stadt zu nützen, arrangiert.

An der Kostprobe von überseeischem Fleisch nahmen 150 Personen, Stadträte, Gemeinderäte, Magistratsräte, Fleischhauer,

Journalisten u. s. w. teil. Ich lieferte damals, es war im Jahre 1894 unter Bürgermeister Dr. Gröbl, den Beweis, daß das überseeische Fleisch ein Mittel ist — damals fing die Fleischteuerung schon an — der Bevölkerung ein billiges Fleisch zu verschaffen. Das Kilogramm kostete damals 66 Kreuzer! Die Kostprobe fand einhelligen Beifall; wohl wurde erklärt, daß das Fleisch sich nicht so sehr zur Suppe eigne, wie sie die Wiener gern haben, doch vorzüglich zur Verwendung in Saucen und zum Dünsten. Kollege Kunzschak war derjenige, der sagte: Das beste Mittel, der Fleischnot in Österreich abzuhefen, sei die Hebung der Viehzucht. Wer wäre nicht dafür? Aber das einzige Mittel bis zur Hebung der Viehzucht durchzuhalten, man braucht ja Zeit hiezu, war nur die Einfuhr von überseeischem Fleisch. Ich habe Geldopfer gebracht, um den Beweis zu erbringen, wie gut sich das überseeische Fleisch bewähren würde, aber welche Intriguen sind da entstanden! Herr Eder, der Vorstand der Fleischhauergenossenschaft, könnte davon erzählen. Es gehört zum Verdienste des damaligen Handelsministers Dr. Weiskirchner — ich bin zwar nicht dazu da, als Mann der Opposition dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner Komplimente zu machen, im Gegenteile, es ist ihm sogar unangenehm, wenn ich es tue, aber was wahr ist, ist wahr — daß er es durchgesetzt hat, daß wir 800.000 Zentner überseeischen Fleisches bekamen, aber die weitere Aktion scheiterte an den Großagrariern und an dem vermaledeiten Paragraphen der strengeren Auslegung, allerdings auch an der Voreingenommenheit des Wiener Publikums, das für jede Neuerung sehr schwer zu haben ist. Natürlich trifft die Regierung selbst die meiste Schuld. (Allseitige Zustimmung.) Hätte sie gewollt, so hätte man überseeisches Fleisch einführen können. Was für ein Vorteil wäre das gewesen! Als ich im Jahre 1894 im Gemeinderat ausrief: Es wird eine Zeit kommen, wo Sie zehn Kronen zahlen müssen! Da war ein Hohngelächter die Antwort. Man schrie: Der Herold ist verrückt! Und was für Preise haben wir heute?

Eine weitere Anregung betraf den Gemüseanbau. Im Jahre 1914 trat der Magistrat für die sofortige Einleitung von Gemüseanbau in großzügiger Weise ein. Der Gemüseanbau wurde aber in fehlerhafter Weise in Angriff genommen, das Saatgut wurde verschwendet, man glaubte, auf jeder Kirchhofmauer oder Fiakerstandplatz Gemüse anbauen zu können. Die Gemeinde hat alles getan, aber die Regierung hat sich nicht gekümmert und so konnte sich der Gemüseanbau nicht so entfalten, wie es wünschenswert wäre. Wäre es heute nicht gut, billiges Gemüse zu haben? Ich will Sie diesbezüglich nicht länger ermüden.

Die Adriaaffischerei bildete unter Bürgermeister Dr. Gröbl eine Frage, welche in der Approvisionierungs-Kommission in intensiver Weise behandelt wurde. Ich erlaubte mir auch damals, die Frage der Adriaaffischerei aufzurollen und beschwor die Regierung, sie möge Schiffe bauen, ausgestattet mit Eisvorrichtungen, Expresffischzüge einstellen und den Tarif für Fischtransporte ermäßigen. aber da wurde entgegnet, die Adria habe nicht genügend Fische, welcher Behauptung ich widersprach. Die Regierung legte auch in dieser Frage eine Saumseligkeit, einen Gleichmut, eine Nachlässigkeit an den Tag, welches jedes Patrioten Herz tief verwunden mußte.

Es muß auch die Kälberschlachtung hervorgehoben werden. Herr Vize-Bürgermeister Rain und meine bescheidene Person

haben diesbezüglich Anträge eingebracht, in denen eigene Prämien verlangt werden. Aber alles nur umsonst! Ich spreche gar nicht von der Kleintierzucht, von der Kaninchenzucht, von der Ziegenzucht, von der Milchgewinnung. Bedenken Sie, meine Herren, bei der Kaninchenzucht wird nicht allein das Fleisch verwertet, sondern auch der Pelz, in letzter Zeit wird sogar Leder erzeugt, das sind doch alles Vorteile, die nicht zu unterschätzen sind. Ich sehe ja ein, daß infolge des Krieges die Futtergewinnung sehr erschwert ist, aber Sie müssen mir zugeben, das waren lauter gute Anregungen. Sie sehen, die Gemeinde hat es an Anregungen nicht fehlen lassen, aber die Regierung hätte ihre Aufmerksamkeit auf diese Dinge richten sollen. Sie hat aber gar nichts getan, sie hat nur beschwichtigt, sie hat nur gesagt, um Gotteswillen, nur keine Aufregung, vor allem aber nur nicht die Ungarn reizen. Das war die allergrößte Sorge unserer Regierung. (Zustimmung.)

Wie steht es zum Beispiel mit dem Wildbret? Wir sind das an Wildbret reichste Land in Europa. Bekommen wir jetzt Wildbret? Ja, aber zu welchem Preise, und da frage ich, wohin kommt es denn? Und was ist's mit dem Obst? Wo ist das gute Tiroler Obst hingekommen? Ich könnte Ihnen darauf eine Antwort geben, aber es ist besser, man schweigt darüber.

Ich habe die Verwendung des Hafers als Haferreis angeregt. Wenn man in der Öffentlichkeit steht, muß man sich vieles gefallen lassen, selbst Beleidigungen. Als ich meine Interpellation wegen Haferreis im Gemeinderate einbrachte und der Bürgermeister wieder sehr liebenswürdig war — ich muß ihn wieder loben, obwohl ich ein Oppositionsmann bin — bekam ich einen ganzen Haufen anonymer Karten zugesendet. Nun, die beachtet man weiter nicht, die wirft man in den Papierkorb, darunter waren aber auch solche, auf denen stand, ich solle den Haferreis selber fressen. Ich habe diese Zuschriften nicht beachtet. Sie sehen aber jetzt, was der Haferreis für die stillenden Mütter bedeutet; fragen Sie bei den Kindern nach, wie gut ihnen der Haferreis tut und wie dieselben dabei prosperieren. Hafer läßt sich auch verwenden als Haferschleim, Hafergrütze u. s. w. Das alles habe ich auf Grund meiner Erfahrungen, die ich als Geschäftsmann beim Norddeutsch-amerikanischen Bund gemacht habe, in Anregung gebracht.

Ich habe damals bezüglich des Haferreises eine Eingabe an die Regierung gemacht; diese hat aber so lange gezögert, bis endlich kein Hafer mehr da war, und dann kann man freilich keinen Haferreis mehr machen, wenn kein Hafer mehr da ist. Unsere Approvisionierungsmisere ist Ihnen allen bekannt. Sie sehen aber auch, daß es an Anregungen seitens des Gemeinderates nicht gefehlt hat und der Gemeinderat stets seine Pflicht getan hat. Ich muß daher mit aller Energie dem entgegentreten, daß man die Schuld für diese trostlosen Zustände auf dem Gebiete der Approvisionierung der Gemeinde in die Schuhe schiebt. Das ist ganz unrichtig! Es sind vielleicht Fehler geschehen, die Gemeinde ist aber an diesen Zuständen unschuldig und man muß die Regierung beim Schopfe nehmen, denn nur die ist an diesen erbärmlichen Zuständen, die in Wien herrschen, die einzig Schuldige. (Lebhafter Beifall.) Wenn man in die Ämter immer nur Geheimräte und Herren mit hohen Titeln anstellt und sach- und fachkundige Männer beiseite läßt, dann müssen Blätter geschehen, Sach- und fachkundige Männer nimmt man in die Ämter nicht, wenn aber einer mit einem großen Titel kommt, der von der

Approvisionnement keinen Dunst hat, der wird sofort angenommen. (Ruf: Und wenn er eine gebogene Nase hat!) Dann kommt noch die Masse der Verordnungen, von denen eine der anderen widerspricht, und zuletzt die übertriebene Rücksichtnahme auf Ungarn. Da haben Sie nun das Resultat unserer erbärmlichen Zustände, die heute bei uns obwalten, in einer Zeit, wo man sagen kann, die Bevölkerung hungert und ist unterernährt. Die Folgen davon werden sich gewiß bei unseren Kindern zeigen. Ich gebe ja zu, daß bei einem so großen Kriege, wie er war und noch ist, aber hoffentlich bald zu Ende sein wird, einer Teuerung und Lebensmittelknappheit nicht auszuweichen ist. Aber nirgends sind derartige Zustände wie bei uns und die hätte man verhindern können, wenn eine starke Hand bei uns gewesen wäre. Die hat leider gefehlt und nach der sehnt sich jeder Patriot, nicht aber nach einer Regierung, die sich nur fortstreckt und fortwurfelt. Nur eine starke Hand kann, vorzüglich auf dem Gebiete der Approvisionnement, Ordnung schaffen.

Es sind noch einige Punkte, die ich mir erlauben werde anzuführen und die bei den Ausgleichsverhandlungen in Erwägung gezogen werden müssen. Da ist zuerst einmal unsere Donau, die die Richtlinie ist, nach welcher sich nach dem Kriege unser Handel, die Industrie und das Gewerbe bewegen werden. Die Donauschiffahrt wurde schon bei dem großen Wasserstraßentage, der im vorigen Jahre stattfand und auf dem auch der Gemeinderat durch Herrn Kollegen Dr. v. Dorn, Gem.-Rat Kottler und meine bescheidene Person vertreten war, eingehend besprochen. Wir haben auch mit kurzen Worten unser Referat abgehalten, das mit großem Beifalle aufgenommen wurde. Die Donau ist der Strom, der unser Reich durchquert und die Donau muß es sein, auf der die Handelschiffahrt nach Osten sich abwickeln wird, denn unsere Zukunft liegt im Osten. Da meine ich nicht nur den Balkan und die Türkei, sondern ich gehe weiter und denke auch an die Länder jenseits des Suezkanals, also Ostasien und Indien. Auch dort werden unser Handel, unsere Industrie aufblühen können, aber eine freie Donau müssen wir haben.

Die Donau und der Hafen von Triest sind zwei Sachen, auf die wir in der Zukunft blicken werden müssen und die maßgebend sind für unsere Valuta und unsere Produktion. Ich will nicht von den technischen Bedenken sprechen, die für die freie Fahrt auf der Donau herrschen, ich bewege mich nicht gerne auf einem Felde, das ich nicht verstehe. Ich will nicht von der zwei Meter tiefen Fahrinne sprechen, die gelegt werden soll. Auf dem Wasserstraßentage wurde die technische Frage eingehend besprochen und ich glaube, man hat schon versucht, Abhilfe zu schaffen.

Ich wollte mir nur erlauben, darauf zu verweisen, daß bei den Ausgleichsverhandlungen ein besonderes Augenmerk auf die Änderung der Donauschiffahrt geworfen wird. Es muß da loyal vorgegangen werden. Die Donauschiffahrt kann sich wegen der unerträglichen Schikanen seitens der Uferstaaten nicht recht entsalten, der Verkehr vom Landinnern zum Landungsplatz sollte durch die Hebung des Autowesens gefördert werden, denn er ist gegenwärtig noch mit großen Widerwärtigkeiten verknüpft, auch sollte man die Transportsteuern abbauen, sie bilden für die Donauschiffahrt ein großes Hemmnis. Auch die Gebühren, die in Österreich und Ungarn bestehen, müssen nach gleichen Modalitäten geregelt werden. Es darf da keinen Unterschied geben. Die bestehenden Ungleichheiten

machen sehr viel Verdruß. Ich habe schon erwähnt, daß die lästigen Schikanen der Uferstaaten die Donauschiffahrt hemmen. Ich kann es nun nicht unterlassen, besonders auf Rumänien zu verweisen, das ein Haupthindernis, eine Hauptschwierigkeit für die Donauschiffahrt bildet.

Ich verweise zum Beispiel auf die Einhebungen des halbprozentigen Wertzolles und der sogenannten Utilisierungsgebühr, darunter versteht man Abgaben für die Hafen-Sanitäts- und Veterinärpolizei; das sind sehr drückende Abgaben, die der Schifffahrt ein großes Hemmnis bereiten. Es wäre zeitgemäß, auch diese Sache bei den Ausgleichsverhandlungen zur Sprache zu bringen. Da gibt es kein Vertuschen und ich bedaure nur, daß Graf Czernin in diesem wichtigen Moment nicht mehr die Verhandlungen leitet. Möge sich sein Nachfolger dieser Sache annehmen.

Unsere Stadt ist durch die geographische Lage bestimmt, ein Handelsplatz ersten Ranges zu sein. Sie ist auch der Mittelpunkt, der Durchgangspunkt für alle östlich gelegenen Staaten. In diesem Zusammenhange komme ich auf die Idee zu sprechen, für die ich seit 40 Jahren gearbeitet, gekämpft, geschrieben, gezahlt habe und gereist bin: Auf den Fremdenverkehr. Dieser ist für die Reichshauptstadt von größter Wichtigkeit, er ist für die erwerbenden Stände und sogar für den Staat, welcher sehr viel davon profitieren würde, von größter Wichtigkeit. Ich habe lange Zeit in Paris gelebt und kann nur sagen, davon hat man hier keine Idee, was in Paris der Fremdenverkehr für Summen bringt. Wenn wir auch nicht auf diese Summen kommen, so sollten wir doch streben, es vorwärts zu bringen. Wien muß eben der Mittelpunkt, der Durchgangspunkt für die östlichen Staaten werden. Wenn Wien ein Umschlagplatz werden soll, müssen wir aber über günstigere Tarife verfügen. Es muß auch ein guter Zollverkehr geschaffen werden.

Das sind die wichtigsten Punkte, die bei den Ausgleichsverhandlungen zu berücksichtigen sind. Ich möchte mich nicht in Wiederholungen ergehen. Der Herr Referent hat bereits die hauptsächlichsten Punkte hervorgehoben, aber zum Schlusse möchte ich noch einen Punkt erwähnen, den ich nicht unbeachtet wissen möchte und der gewiß auch bei den Ausgleichsverhandlungen von beiden Seiten, von Österreich sowohl wie von Ungarn, zur Sprache gebracht werden muß. Das ist die Propaganda; eine Sache, die in der letzten Zeit aufgetaucht ist, welche bereits von einflussreichen Männern aufgenommen wurde und mit der sich auch meine bescheidene Person in einer Interpellation, die ich kürzlich hier im Gemeinderate eingebracht habe, befaßt hat. Das Propagandawesen ist unbedingt eine Sache, die auch die Ausgleichsverhandlungen berücksichtigen müssen.

Dieser Lord Northcliffe, der in England mit seinen schamlosen Lügen und Verdrehungen viel Unheil gestiftet hat, hat damit unbedingt zur Verlängerung des unseligen Weltkrieges beigetragen. Diese Propaganda umfaßt die ganze Welt. Dazu kommt noch die französische Propaganda durch den Minister Berthelot, der zu diesem Zwecke ein eigenes Haus, das „Maison de la presse“, zur Verfügung hat. Das Propagandawesen soll man nicht unterschätzen. Ich führe nur aus, daß die englische und französische Propaganda in unflätigster Weise in allen Sprachen der Welt, sogar in der chinesischen, gewisse Nachrichten über unsere und die deutschen Soldaten verbreitet hat. Sie

hat auch Bilder zur Illustrierung der Missetaten unserer Soldaten beigegeben, zum Beispiel wie Geistlichen die Augen ausgestochen werden, wie die Soldaten den Kindern die Füße abhacken, wie sie die Frauen zu Tode treten und ähnlichen Blödsinn. Sie können sich denken, welchen Eindruck solche Nachrichten auf den einfachen Mann machen müssen, der von keiner Abwehr hört. Ich möchte kühn behaupten, daß die Propagandatätigkeit Lord Northcliffe's und Berthelot's die öffentliche Meinung Amerikas förmlich ungetrempelt hat. In Amerika war man vor dem Kriege Österreich sehr sympathisch gesinnt. Durch die unsinnige Propaganda hat sich aber in der Bevölkerung Amerikas ein fanatischer Haß entwickelt, auf den es zurückzuführen ist, daß Amerika nun diese merkwürdige Stellung uns gegenüber eingenommen hat. Daß das Propagandawesen von höchster Bedeutung ist, hat man in Deutschland schon erfaßt. Durch Zeitungsnachrichten, Broschüren, Vorträge, Kinoveranstaltungen, Fremden- und Reisebureaux wird dort Propaganda gemacht. Bei uns in Österreich geht aber alles wie gewöhnlich: nur immer langsam voran!

Es wurde eine Interpellation im Abgeordnetenhaus eingebracht. Der Herr Ministerpräsident hat darauf geantwortet, er sehe die Wichtigkeit dieser Propaganda ein, er werde nicht achtlos darüber hinweggehen, aber er werde vorderhand noch erwägen. Wir wissen schon, wieviel es geschlagen hat, wenn die österreichische Regierung erst erwägt, dann gute Nacht, schlafte recht wohl, denn das dauert dann lang. Ich möchte, daß diese Propaganda mit in diese Verhandlung eingeflochten wird. Unterschätzen Sie ja nicht diese Idee und ich möchte den Herrn Referenten bitten, daß er auf diese Propagandeeidee seine Aufmerksamkeit lenkt und daß sie in diese Verhandlungen hineinkommt. Sie werden sehr bald, wenn sie einmal festen Fuß gefaßt hat und richtig betrieben wird, die Folgen spüren und die öffentliche Meinung wird sich ganz gehörig ändern.

Ich hätte noch einige andere Sachen, aber ich möchte Sie nicht ermüden und eile zum Schlusse.

Ich konnte heute nicht umhin, mein Herz auszuschütten und ausführlicher darüber zu reden, da ich so selten Gelegenheit habe, über diese Dinge zu sprechen.

Gerade mir, der ich die Ehre habe, seit 27 Jahren im Gemeinderate die deutsch-freiheitlichen Bürger zu vertreten, liegt in dieser schrecklichen Zeit daran, auszusprechen, daß wir mit großen Hoffnungen und unerschütterlichem Vertrauen auf unseren jungen Herrscher blicken. Möge er das Staatsschiff mit starker Hand lenken. Wir hoffen, daß er sich mit weisen Ratgebern umgeben wird und auf sie hört, damit der österreichische Bürger Freude an dem Staate hat, dem er angehört. Möge er das Staatsschiff so lenken, daß Österreich ein mächtiger achtungsgebietender und für seine Einwohner wohlthätig wirkender Donaustaats wird.

Eine Strömung, die sich in letzter Zeit ausgebreitet hat, hat mich sehr schmerzlich berührt. Es ist der Versuch, Verstimmung zwischen uns und unseren deutschen Brüdern herbeizuführen, dem sollten wir mit aller Energie entgegenreten. Wir haben Schulter an Schulter gekämpft, unsere Brüder und Söhne haben miteinander geblutet, wir müssen nun auch wirtschaftlich Hand in Hand gehen. Unsere Zukunft liegt nur in der engsten Freundschaft mit dem Deutschen Reiche, in der engsten Freundschaft mit diesem Volke, das ein Heldenvolk durch seine Mütter und Lehrer geworden ist. (Zustimmende Zurufe.) Die deutsche Mutter impft

schon dem Knaben die Liebe zum Vaterland ein und der deutsche Lehrer pflanzt sie im Herzen des Jungen fort. Wenn Österreich und Deutschland zusammenstehen, dann können sie der ganzen Welt trotzen. Von deutscher und österreichischer Kraft werden einst die Nachkommen sprechen. Sie werden davon sprechen, was wir an Mut, Kraft und Hingebung geleistet haben. Darum sollte man jedem entgegenreten, der dieses Verhältnis trüben will. Es wäre ein Unheil für unser Vaterland, für unser Österreich, wenn eine Trübung dieses Verhältnisses eintreten würde. (Lebhaftes Beifall.)

Ich erlaube mir nun noch einmal meinen Antrag, den ich vorgelesen und dem Herrn Vorsitzenden übergeben habe, zur gütigsten Annahme zu empfehlen und damit schließe ich.

Vize-Bürgermeister Hof: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Kötter.

Gem.-Rat Kötter: Als im Jahre 1867 der erste Ausgleich mit Ungarn geschlossen wurde, glaubten unsere leitenden Kreise, daß wir, wenn schon nicht für immer, doch für längere Zeit von Ungarn Ruhe haben werden, da die Ungarn mehr erreicht hatten, als sie je gehofft. Durch den Abschluß des Ausgleiches erklärten sie, sei das 300jährige „Mißverständnis“ zwischen der Krone und Ungarn aus der Welt geschafft. Man hat damals in Ungarn den Magyaren die Vorherrschaft gegeben und diese auch den Deutschen in Österreich versprochen.

Wir wissen, daß die Magyaren rücksichtslos ihre Vorherrschaft ausgenützt haben, während die Deutschen mit ihrer deutsch-liberalen Politik der 1870er Jahre Schiffbruch gelitten und Österreich in politische Abhängigkeit von Ungarn gebracht haben.

Beim Ausgleich vom Jahre 1867 glaubte man, daß alle militärischen und politischen Fragen restlos bereinigt worden seien und daß dadurch, daß alle zehn Jahre der Ausgleich erneuert werden muß, nur die wirtschaftlichen Fragen erörtert zu werden brauchten. Gewiß ist, daß die Erneuerung des Ausgleiches immer nur die Quelle neuer Konflikte war; immer benötigte Ungarn die Erneuerung des Ausgleiches zu neuen Forderungen und es entstand das häßliche Wort von der „Monarchie auf Kündigung“.

Der Standpunkt der beiderseitigen Unterhändler war aber auch immer ein ganz verschiedener. Während sich die Österreicher auf den Standpunkt der Gemeinsamkeit der Gesamtmonarchie und der gemeinsamen Armee stellten, stellten sich die Ungarn auf den entgegengesetzten Standpunkt. Sie anerkannten und anerkennen keine gemeinsame Monarchie, keine Reichshälften der Monarchie, sondern nur zwei gleichberechtigte, selbständige Staaten. Sie haben seit 50 Jahren die Gemeinsamkeit immer mehr geleugnet und heute haben wir nur mehr einen gemeinsamen Monarchen und eine gemeinsame Armee, wer weiß, wie lange wir letztere noch haben werden.

Man wirft unseren Ministern immer vor, sie hätten zu wenig Rückgrat gegenüber Ungarn. Wir haben ja schon starke Minister gehabt: Clary, Hohenlohe und Körber, aber wenn die Minister stark gewesen sind, so waren sie nicht lange im Amte, sie mußten gehen, denn sie hatten keinen Rückhalt bei uns in Österreich. Unsere Bevölkerung würde starke Männer begrüßen und würde es mit Freuden sehen, wenn endlich einmal jemand käme, um mit der politischen Weisheit, die bei uns herrscht, nämlich mit dem Fortwursteln aufzuräumen

In Ungarn ist es ganz anders, da sind alle Parteien gegen Österreich und es ist die Art und Weise bezeichnend, wie zum Beispiel die Arbeitspartei und die 48er Partei, so entgegengesetzt sie sonst sind, wenn es gegen Österreich geht, einig sind.

Der Weltkrieg hat das Übergewicht Ungarns ins Unermeßliche gesteigert und wenn man die ungarischen Zeitungen liest, so hat Ungarn alles gemacht, die Österreicher dagegen gar nichts; da liest man immer nur von den glänzenden Taten der ungarischen Honved und unsere österreichischen Zeitungen helfen noch dabei, sie zu glorifizieren dabei, weil insbesondere unsere deutsch-liberalen Zeitungen in Ungarn den Hort der angeblichen Freiheit sehen, welcher von unseren Zeitungen unterstützt werden muß. Aber nicht genug daran, daß unsere Zeitungen die ungarischen Übertreibungen, wie auch ihre Forderungen immer unterstützt haben, haben wir einen neuen Propagandahofrat für Österreich namens Weiß erhalten, nicht zu verwechseln mit dem Weiß in Berlin, der jetzt Bészai heißt, um Österreich über Ungarn „aufzuklären“.

Ich möchte die heutige Gelegenheit benützen, um auf ein Blatt aufmerksam zu machen, welches in Wien stark gelesen wird, welches Österreich in der unflätigsten Weise täglich beschimpft und welches „Nz Est“, der Abend, heißt, ein ähnliches Blatt wie unser „Abend“. In Ungarn wäre ein solches Blatt überhaupt nicht möglich. Es wäre insbesondere in Budapest nicht möglich, daß ein solches Blatt, das über Ungarn loszieht, öffentlich aufliegt, es wäre nicht möglich, daß es ein öffentliches Verkaufszentral hat, wie es der „Nz Est“ bei uns in Wien am Kohlmarkt hat. Ein solches Lokal wäre in Budapest keine Stunde offen, es würde von der wütenden Bevölkerung in Trümmer geschlagen werden.

Der Ausgleich vom Jahre 1907 sollte im Jahre 1917 erneuert werden und die Verhandlungen ziehen sich schon seit dem Jahre 1915 hin. Wir wissen nicht, wie Graf Stürgkh mit Tisza diesen Ausgleich gemacht hat, wir wissen nicht, ob er gut oder schlecht ist; wir wissen nur, daß ihn Minister Rörber abgelehnt hat, wir wissen aber auch aus den ungarischen Zeitungen, insbesondere aus dem „Pester Lloyd“, der als offizielles Organ gilt und auch als solches angesehen werden muß, daß dieser Ausgleich, wie ihn Tisza und Stürgkh vereinbart haben, so wie er ist, angenommen werden muß, sei es von welcher Regierung immer. Deswegen sind wir über den Ausgleich mit Ungarn beunruhigt und auch darum, weil wir aus den Zeitungen herauslesen, daß er eine Demütigung und Schwächung Österreichs sein soll. Wir wissen auch aus diesen Zeitungstimmen, daß Ungarn nach dem Kriege dieselbe Politik treiben will wie vor dem Kriege, wir sehen keine Spur von Entgegenkommen, wir sehen dieselbe Rücksichtslosigkeit gegenüber den Wünschen Österreichs, wir sehen, daß Ungarn während des Krieges stark geworden ist, dagegen ist Österreich total ruiniert. Ungarn schwimmt in Gold, Österreich in Papier, Ungarn hat Milliarden an Heereslieferungen, an Getreide, Mehl, Vieh und Fleisch, welche wahnsinnig überzahlt worden sind, verdient, wir sind dagegen arm geworden.

Es muß gesagt werden, daß Österreich unter allen kriegsführenden Staaten, leider nicht zuletzt durch die Schuld Ungarns, am meisten leidet, insbesondere deswegen, weil uns Ungarn den Brotkorb immer höher und höher hängt. Freilich muß ich zugeben, daß unsere Miswirtschaft, besonders in den Zentralen auch ihren redlichen Anteil daran hat. So geht es nicht

weiter! Entweder haben wir eine gemeinsame Monarchie oder nicht, entweder erfüllt Ungarn seine Pflicht im Kriege, oder man mache mit Ungarn das, was notwendig ist, damit es sich endlich seiner Pflicht erinnere, jedenfalls aber ist der jetzige Zustand unerträglich.

Was den Ausgleich selbst anbelangt, so verlangen wir vor allem Aufklärung über die wirtschaftlichen Abmachungen. Es sollen die Vieh- und Fleischzölle, wie der Herr Referent bereits ausgeführt hat, wieder erhöht werden, obwohl man auch schon vom Gegenteil gehört hat. Wir müssen das erstere entschieden zurückweisen. Unser Viehstand ist dezimiert, die Fleischpreise werden noch lange hoch sein, wir werden noch lange importieren müssen und verlangen daher gute Verträge mit den Nachbarstaaten, insbesondere mit Rumänien, Serbien und der Ukraine. Wir erheben Einspruch gegen eine Fortsetzung der früheren Katastrophopolitik. Wir müssen aber auch Einspruch erheben gegen die Kontingentierung der Einfuhr, welche eine Erhöhung der Fleischpreise in einem Maße zur Folge hätte, daß sie unsere Bevölkerung nicht ertragen könnte. Wir müssen Vieh und Fleisch nach Österreich bekommen, so viel wir brauchen. Wir wünschen auch Aufklärung darüber, was es mit den Getreidezöllen ist. Man sagt, Ungarn wolle die Getreidezölle nur dann erniedrigen, wenn man den Mahlverkehr, das Einfuhrschemensystem bewilligt.

Ich habe schon einigemal über diese Sache gesprochen und will heute kurz darüber hinweggehen und nur darauf hinweisen, daß der Mahlverkehr der größte Schwindel ist, den es je gegeben hat, daß der Mahlverkehr nur einzig und allein den ungarischen Großmühlen nützt, während die Konsumenten in Österreich gar nichts davon haben. Beim Ausgleich muß auch auf die Abschaffung des Terminspiels Rücksicht genommen werden. Vielleicht gelingt es diesmal, nachdem kürzlich in Budapest auf der Effektenbörse das Terminspiel auf dem offenen Markte verboten wurde, dasselbe auch auf dem Mehl- und Getreidemarkte zu verbieten. Jedenfalls ist das Verbot des Spielens mit Lebensmitteln noch wichtiger als das mit Wertpapieren.

Der Herr Referent hat auch auf die Hinauffetzung der Quote für Österreich verwiesen. Es ist zu ungeheuerlich, um geglaubt zu werden, daß wir, die wir im Kriege so stark gelitten haben, als Preis dafür noch mehr zahlen sollten als die Ungarn.

Wir wünschen auch Aufklärung darüber, wie es mit dem Aufbau der zerstörten Gebiete steht, wer die Kosten dafür aufzubringen hat. Österreich hat viel mehr zerstörte Gebiete als Ungarn. In Österreich sind zirka 120.000 km² von der Invasion getroffen worden, während es in Ungarn kaum 20.000 km² sind. Die Kosten dafür haben schon im Vorjahre über 2 Milliarden Kronen betragen und dürften sich seit dieser Zeit noch erhöht haben. Während bei uns ganz Galizien, ein Teil von Tirol, das Küstenland, das alles auch ein Vorland von Ungarn ist, verheert wurde, ist in Ungarn nur ein kleiner Streifen von Siebenbürgen von der feindlichen Invasion bedroht gewesen.

Es ist merkwürdig, daß die Herren Ungarn immer dann, wenn es ihnen nützt, für die Quote sind; sie sind aber dagegen, wenn eine gerechte Verteilung der Lasten vorgenommen werden soll.

Wir müssen ferner Aufklärung darüber verlangen, wie es mit dem Rohstoffbezug nach dem Kriege aussehen wird. Ungarn steht bekanntlich auf dem Standpunkte, daß es nach der Quote beteiligt werden müsse, obwohl es nur 10 Prozent der Industrie

gegenüber Österreich hat. Österreich steht auf dem Standpunkte, daß wir nach der Leistungsfähigkeit und nach dem Bedarfe bedacht werden müssen. Nach der Quote wäre es eine schwere Schädigung der österreichischen Industrie und auch der Arbeiterschaft, sowie der Konsumenten in Österreich. Österreich könnte zu wenig erzeugen, müßte die Arbeiter entlassen, während Ungarn Waren im Überflusse erzeugen könnte und sie zu teuren Preisen nach Österreich liefern würde. Wir müssen uns in dieser Beziehung gegen ein faules Kompromiß aussprechen und verlangen, daß jeder Staat nach Maßgabe seines Bedarfes die Rohstoffe aus dem Auslande beziehe.

Fragen müssen wir auch, was es mit den Lebensmitteln aus der Ukraine ist, ob Ungarn da auch einen quotenmäßigen Anspruch auf die Einfuhr erhebt. Wir erhalten wohl nicht viel, aber wie ich unsere Verhältnisse kenne, ist es nicht unwahrscheinlich, daß Ungarn einen quotenmäßigen Anteil daran verlangen wird, obwohl Ungarn bekanntlich gar keinen Mangel an Lebensmitteln hat, im Gegenteil im Überflusse lebt, so daß wir mit Reid dorthin blicken.

Sehr still ist es auch seit längerer Zeit über die Eisenbahnanschlüsse zwischen Österreich und Ungarn geworden, besonders mit dem Annaberger Anschluß. Das Bestreben Ungarns ist schon lange darauf gerichtet, den Anschluß nach Deutschland direkt ohne Berührung der Station Oberberg zu bekommen, um sich der Tarifhoheit der österreichischen Eisenbahnen zu entziehen. Wie es da ausschaut, wissen wir nicht, es ist aber sehr wichtig, daß wir auf diesen Annaberger Anschluß unser Augenmerk richten. Auch über die dalmatinischen Bahnanschlüsse weiß man schon lange nichts. Ungarn erhielt einen normalspurigen Anschluß und eine direkte Verbindung Budapest-Sarajewo über Brčka, während Österreich nur einen schmalspurigen Anschluß von Arzano nach Bugojno bekommen soll, wozu bis zum Kriegsbeginne noch kein einziger Spatenstich gemacht worden war. Desgleichen ist es sehr interessant zu erfahren, wie es mit dem Beageverlehr auf der Strecke Karlsstadt—Knin ausschaut, welche eine direkte Verbindung unserer dalmatinischen Eisenbahnen mit dem österreichischen Hinterlande sein wird.

Auch die Tarifrage spielt im Ausgleich eine große Rolle und es wäre höchste Zeit, daß darüber endlich einmal klarer Wein eingeschenkt würde. Die Ungeheuerlichkeit bei den Tarifen zwischen Österreich und Ungarn ist kraß. Bekanntlich kostet zum Beispiel Getreide nach Österreich mehr als das Fertigprodukt Mehl von Ungarn nach Österreich; man will der ungarischen Großindustrie, besonders aber den Großmühlen, dadurch die Konkurrenz erleichtern und hat damit die österreichische Mühlenindustrie erschlagen. Die österreichischen Konsumenten haben aber davon gar keine Vorteile gehabt, weil die ungarischen Mühlen kartelliert sind und infolgedessen die Preise leicht bestimmen können. Es muß überhaupt dagegen protestiert werden, daß Fertigwaren billiger von Ungarn nach Österreich geliefert werden als Rohstoffe, und daß auch die Tarife stromaufwärts billiger sind als stromabwärts.

Der Herr Kollege Herold hat sich des längeren über die Wasserstraßen verbreitet, ich will daher nur ganz kurz darüber sprechen.

Bei den Ausgleichsverhandlungen wird darüber gesprochen werden müssen, wie sich denn Ungarn zur Donauregulierung verhält. Ungarn steht auf dem Standpunkte, daß Budapest der

Haupthafen werden müsse und daß nur bis Budapest die Donau 3 m tief gemacht werden dürfe, während oberhalb Budapest nur eine 2 bis 2½ m Tiefe vorgesehen ist. Das wäre natürlich für Budapest vorteilhaft, denn es müßte dort alles auf die kleineren Schiffe umgeschlagen werden und wir würden dadurch natürlich sehr stark in Nachteil kommen.

Ferner müßte bei den Ausgleichsverhandlungen auch über den Donau-Oder-Kanal gesprochen werden. Die Ungarn stehen auf dem Standpunkte, daß er bei Tcheben münden solle, während wir verlangen müssen, daß er in Wien beginne.

Auch über Fragen, die gewöhnlich nicht berührt werden, leider auch nicht einmal im Parlament, möchte ich heute kurz sprechen. Die Ungarn sprechen ganz ungescheut von der Reinkorporierung Dalmatiens. Reinkorporierung ist das ungarische Wort für das bekannte „Desannexion“. Außer der Reinkorporierung Dalmatiens wollen sie auch die Angliederung Bosniens und der Herzegowina, ferner soll Ungarn beim Friedensschluß einen Grenzstreifen von 20 km Breite und einer Länge von 500 km, also von 10.000 km² dazu bekommen. Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina und dieser Grenzstreifen machen zusammen zirka 80.000 km² mit 3 Millionen Einwohner aus. Österreich bekommt wahrscheinlich aber nichts, wir waren ja immer bescheiden, nur die Ungarn dürfen immer fordern, wir Österreicher dürfen nur schweigen und zahlen. Es wäre aber nicht schlecht, wenn man sich einmal mit den Ungarn in friedlicher Weise auseinandersetzen würde, um eine kleine Grenzregulierung gegenüber Ungarn durchzusetzen. Schauen wir uns einmal die Grenze Österreichs von Cattaro bis Dornawatra an, die eine Länge von 1700 km hat, oder von Pola bis Dornawatra, die immer noch 1200 km lang ist. Auf die militärische Seite dieser Frage will ich mich nicht einlassen, aber es ist ganz unmöglich, eine solche Grenze für die Dauer zu halten. Die ganze Figurierung Österreichs ist so unglücklich, daß sie nach einer Korrektur schreit. Wenn Ungarn ein Gebiet von 80.000 km² mit 3 Millionen Einwohner dazu bekommt, dann hätte Österreich doch auch ein Anrecht, eine kleine Korrektur seiner Grenze zu bekommen. Ich möchte darauf hinweisen, daß in West-Ungarn ein Gebiet ist, das seinerzeit schon 1440 bis 1647 zu Österreich gehört hat, nämlich die drei Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenstadt.

Dieses Gebiet war immer ein strittiges Gebiet zwischen Österreich und Ungarn; 1647 hat man das Gebiet östlich der Leitha an Ungarn abgetreten. Ungarn war damals sehr klein und zum größten Teile türkischer Besitz; es umfaßte nur ein Zehntel des heutigen Ungarn. Weil der Fürst E t e r h a z y dort seine Besitzungen hatte, wurde dieses Gebiet an Ungarn abgetreten. Die niederösterreichischen Stände haben wohl wiederholt dagegen protestiert, das letztmal 1795, aber es hat nichts genützt, denn wenn die Ungarn einmal etwas haben, geben sie es bekanntlich nicht mehr her. (Rufe: Sehr richtig!)

Es ist also keine unberechtigte Forderung, daß wir auch etwas erhalten, wenn Ungarn nach dem Kriege so viel bekommen soll; schon vom wirtschaftlichen Standpunkte aus wäre es für Wien von großem Interesse, wenn die Grenze etwas weiter nach Osten liegen würde. Ich gebe zu, daß es etwas Utopie ist, was ich spreche, aber es wäre gut, wenn die Flüsse Raab und Waag die Grenze bilden würden, das würde ein Gebiet von 20.000 km² mit 1½ Millionen Einwohnern ergeben

und das ist nur ein verschwindend kleiner Teil gegenüber dem, was Ungarn beansprucht und was es wahrscheinlich auch erhalten wird.

Es wäre eine Rückerstattung jenes Gebietes, das eigentlich staatsrechtlich uns gehört. Die Ungarn stellen ja sich immer auf den staatsrechtlichen Standpunkt, daher sollten wir uns auch einmal auf das hohe staatsrechtliche Noß setzen. Die Ungarn greifen auf einen König in Dalmatien zurück, der König von Kroatien war und Dalmatien besessen hat. Man greift auf ein sagenhaftes Königreich Rama zurück, das einmal zu Ungarn gehört haben soll. Wir sollten daher auch einmal auf jene Zeit zurückgreifen, wo die Länder südlich der Donau zum Deutschen Reiche gehörten, wo die avarische und die Ostmark viel weiter nach Osten reichten als heute. Wir brauchen aus vielen Gründen eine Erweiterung nach dem Osten und daher wäre es notwendig, daß sich die kompetenten Faktoren mit dieser Frage etwas näher beschäftigten.

Ich will zum Schlusse schreiten und nur mehr bemerken, daß meine Ausführungen keine Angriffe gegen die Ungarn beinhalten. Was ich gesagt habe, ist nur die Ansicht der meisten Österreicher, die wünschen, daß den Ungarn auch endlich einmal klar gemacht werden soll, daß nicht nur wir allein immer nur die Gebenden sein wollen, sondern daß auch sie einmal ein Opfer zu bringen haben, das der Gemeinsamkeit entspringt. (Lebhafter Beifall.)

Vize-Bürgermeister Hoh: Ich unterbreche die weitere Verhandlung über diesen Gegenstand. Die Fortsetzung bleibt für die nächste Sitzung vorbehalten.

Ich bitte Herrn Kollegen **Hierhammer** zum Referate.

18. Referent Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zahl 3920, Post 2. Bewilligung eines Ehrenpreises der Stadt Wien für den Wiener Trabrennverein.

Wie alljährlich ist dieser Verein auch heuer wieder an die Gemeinde um Bewilligung eines Ehrenpreises von 200 Dukaten herangetreten. Dukaten gibt es jetzt nicht mehr, es wäre das auch ein Luxus. Deshalb wurden die 200 Dukaten auf den Betrag von 4400 K umgerechnet und bitte ich, dem Antrage des Stadtrates zuzustimmen.

Vize-Bürgermeister Hoh: Wünscht einer der Herren das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, der Antrag erscheint daher **angenommen**.

Beschluß: Dem Wiener Trabrennverein wird wie in den Vorjahren für das inländischen Trabern reservierte Rennen mit dem Titel „Preis der Stadt Wien“ ein Ehrenpreis von 4400 K bewilligt.

Die Ausgabe ist auf den Reservefonds zu verweisen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer (den Vorsitz übernehmend): Ich bitte Herrn Kollegen **Hoh** zum Referate.

19. Referent Vize-Bürgermeister Hoh: Zahl 3833, Post 3. Verpachtung des Asperner Flugfeldes an die Heeresverwaltung.

Die Gemeinde Wien hat vor zehn Jahren einen großen Grundkomplex gekauft, dort, wo das Flugfeld errichtet worden ist. Es war damals beabsichtigt, diesen Grundkomplex für Gemeindegewerke zu benützen, und zwar zur Errichtung von Ver-

sorgungshäusern u. s. w. Es dürfte aber wahrscheinlich lange dauern, bis die Gemeinde diese Gründe zum gedachten Zwecke brauchen wird.

Im Jahre 1912 wandte sich die Flugfeld-Gesellschaft an die Gemeinde Wien, ihr diesen Platz bis zum Jahre 1917 gegen einen Anerkennungszins zu überlassen. Inzwischen ist der Krieg ausgebrochen und im Jahre 1914 hat die Militärverwaltung diesen Grund für sich in Anspruch genommen und auch einen Teil auf Grund des Kriegseistungsgesetzes angefordert. Im Jahre 1915 trat dann die Militärverwaltung an die Gemeinde heran, ob sie nicht geneigt wäre, ihr diesen Komplex zu verkaufen. Der Stadtrat erklärte, daß die Gemeinde mit Rücksicht auf ihre Bodenpolitik nicht in der Lage sei, den Grund zu verkaufen, daß sie jedoch nicht abgeneigt wäre, einen langfristigen Vertrag mit der Militärverwaltung einzugehen. Der Stadtrat war eben der Meinung, daß dieser Grund in absehbarer Zeit nicht für Gemeindegewerke wird gebraucht werden und schließlich doch für spätere Zeiten im Eigentume der Gemeinde Wien verbleibt.

Es haben langwierige Verhandlungen stattgefunden. Die Militärverwaltung wäre gerne schon früher ein Pachtverhältnis eingegangen, aber sie wollte nicht viel zahlen. Wir dachten jedoch, daß die Militärverwaltung, wenn sie den Grund braucht, auch entsprechend dafür zahlen muß, da ja doch der Grund von Jahr zu Jahr wertvoller wird. Nach langwierigen Verhandlungen ist es nun zu dem Antrage gekommen, der im Referate heute vorliegt. Es ist für die Gemeinde Wien gewiß von Interesse, daß das Flugfeld nicht von Wien weg verlegt werde. Durch das Übereinkommen wird nicht nur die Möglichkeit geschaffen, daß die Militärverwaltung ein Flugfeld zur Verfügung hat, sondern daß auch Schauflüge jedesmal bis zur Dauer von 14 Tagen stattfinden können. Wir können ja gar nicht wissen, was sich nach dem Kriege auf diesem Gebiete noch entwickeln wird. Derartige Schauflüge bildeten schon vor dem Kriege eine große Attraktion.

Ich möchte die Herren bitten, meinen Anträgen gütigst Ihre Zustimmung zu geben.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Es ist niemand vorgemerkt. Eine Einwendung wird nicht erhoben. **Angenommen**.

Beschluß: Die Gemeinde vermietet an die Heeresverwaltung das alte, früher der Wiener Flugfeld-Gesellschaft überlassene Flugfeld in Aspern sowie die städtischen Gründe, die nördlich anschließen. Das Ausmaß beträgt 1,145.292 m².

Der Bestandvertrag wird mit Rückwirkung vom 1. April 1916 abgeschlossen und endigt mit 31. März 1941; die Heeresverwaltung kann ihn jedoch jederzeit gegen halbjährige Kündigung auflösen.

Der Bestandzins beträgt für die ersten zehn Jahre 50.000 K, für die weiteren zehn Jahre 70.000 K und für die letzten fünf Jahre 93.000 K jährlich.

Die Heeresverwaltung ist berechtigt, den Bestandgrund durch die Flugzeugindustrie mitbenützen zu lassen, Pflanzverpachtungen sind jedoch an die Zustimmung der Gemeinde gebunden. Gegen die Veranlassung von Schauflügen erhebt die Heeresverwaltung keine Einwendung.

Vor Rückstellung der Bestandsflächen sind die Baulichkeiten und sonstigen Anlagen über Verlangen

der Gemeinde zu beseitigen; Herstellungen und Anlagen, deren Beseitigung die Gemeinde nicht verlangt, gehen in ihr Eigentum über, wobei die Gemeinde Baulichkeiten bei einer Bestanddauer bis zu fünf Jahren mit drei Viertel, sonst mit der Hälfte des jeweiligen Bauwertes, andere Objekte (auch die Schlepplahnanlagen) mit den Herstellungskosten unter Berücksichtigung einer angemessenen Abschreibung und Abnutzung vergütet.

Die Entnahme von Bodensstoffen bedarf der Zustimmung der Gemeinde.

Die Mitbenützung der Flugfeldschleppbahn durch die Gemeinde und ihre Verbindung mit der Straßenbahn gesteht die Heeresverwaltung grundsätzlich zu.

Die Möglichkeit der Herstellung von Randstraßen ist gewahrt.

Die Heeresverwaltung übernimmt das dem städtischen Brauhause gehörige Eishaus um 2300 K. Abgesehen von Marktendereien, aus denen ein Verkauf an Zivilpersonen aber nur mit Zustimmung der Gemeinde zulässig ist, darf der Ausschank geistiger Getränke nur auf Grund einer der Gemeinde gehörigen Schankberechtigung ausgeübt werden.

Die Bestandrechte werden bürgerlich einverleibt, die Vertragsgebühren und Quittungstempel trägt die Gemeinde.

20. Referent Vize-Bürgermeister Joh: Zahl 4224, Post 4. Vermehrung der systemisierten Stellen der VII. Rangsklasse im bau- und maschinentechnischen Hilfsstatus des Stadtbauamtes.

Mit Rücksicht auf die Größe des Status sind die Beamten an uns herantreten, ob es nicht möglich wäre, die systemisierten Stellen der VII. Rangsklasse zu vermehren, indem sie darauf hinweisen, daß die Buchhaltung auch keinen größeren Stand und doch neun Stellen in dieser Rangsklasse habe.

Das Bauamt selbst hat darauf hingewiesen, daß das ein Hilfsamt ist, während die Buchhaltung ein selbständiges Amt ist, so daß es notwendig erscheint, dort mehr leitende Stellen zu haben.

Es wird aber auch zugegeben, daß es erwünscht wäre, die Stellen zu vermehren, damit jene, die 22 Dienstjahre haben, vorrücken können.

Magistrat und Bauamt beantragen eine Vermehrung der zwei Stellen auf sechs Stellen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Sierhammer: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Die Zahl der in der VII. Rangsklasse systemisierten Stellen des bau- und maschinentechnischen Hilfsstatus des Stadtbauamtes wird unter gleichzeitiger Auflassung der gleichen Anzahl von Stellen im Summarstande der VIII. bis IX. Rangsklasse um vier Stellen — somit von zwei auf sechs — erhöht.

Vize-Bürgermeister Sierhammer: Herr Kollege Braun!

21. Referent Gem.-Rat Braun: Zahlen 2682, 4210, Post 5. „Teerag“, Aktiengesellschaft für Teerfabrikate, Asphalt,

Ruß und chemische Produkte um Bestellung eines Baurechtes an der Kat.-Parz. 1417/1 und 897 Simmering im XI. Bezirke.

Das Referat war bereits am 10. April vor dem Gemeinderate. Aber über Antrag des Herrn Vize-Bürgermeisters Kain wurde es zurückgewiesen mit dem Auftrage, daß der Stadtrat eine kürzere Dauer des Baurechtes beschließen solle.

Ursprünglich war ein Baurecht mit 70 Jahren und 10 Jahre für die Option vorgesehen. Durch Verhandlungen ist es gelungen, das Baurecht mit 40 Jahren festzusetzen, die Option bleibt mit 10 Jahren. Die Bedingungen sind dieselben wie früher. Der Pachtzins beträgt 81 K für die ersten 20 Jahre und 90 K für die nächsten 20 Jahre.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu den Anträgen.

Vize-Bürgermeister Sierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Angenommen.

Beschluß: Die in der Beilage Nr. 28 ex 1918*) enthaltenen Anträge des Stadtrates werden mit nachstehenden Änderungen genehmigt:

Die Gemeinde Wien namens des Wiener Bürgerspitalfonds bestellt der „Teerag“ an der im bauamtlichen Plane II, Fach-Abteilung XIV, B. 707/15, mit den Buchstaben s₂ h₂ i₂ x₂ w₂ f bis p q (s₂) umschriebenen Fläche, bestehend aus Teilen der Kat.-Parz. 1417/1 und 897, Landt.-Einl.-B. 390 im Ausmaße von 6335 m², welche Fläche von der Landtafel abgetrennt und als eine besondere Einlage eingetragen werden wird, ein Baurecht gemäß des Gesetzes vom 26. April 1912, R.-G.-Bl. Nr. 86, für die Zeit bis 30. April 1958 gegen Entrichtung des im Nachfolgenden festgesetzten Bauzinses und unter den weiter unten angeführten Bedingungen:

1. Die Baurechtshaberin ist berechtigt, durch einfache, mindestens ein Vierteljahr vor Ablauf des Termines abgegebene Erklärung, das ihr zustehende Baurecht auf weitere zehn Jahre, das ist bis 30. April 1968 zu verlängern.

12. Der Fonds wird der Baurechtshaberin, beziehungsweise deren Rechtsnachfolger während der ersten 30 Jahre des Baurechtes auf jeweiliges Verlangen die grundbücherliche Nachstehung für eine oder mehrere Sapposten bis zu der im Punkte 11 festgesetzten Gesamthöhe erteilen. Vom 31. Jahre an wird die Gemeinde Wien namens des Fonds eine solche Nachstehung nur für einen von Jahr zu Jahr derart abnehmenden Darlehensbetrag geben, daß die Tilgung bis 1. Mai 1953 erfolgt ist.

Vize-Bürgermeister Sierhammer: Herr Gem.-Rat Breuer!

*) Die in dieser Beilage enthaltenen Anträge sind im Berichte über die Stadtrats-Sitzung vom 21. März 1918 im Amtsblatte Nr. 28 auf Seite 623 u. ff. zur P. B. 2682 bereits abgedruckt.

22. Referent Gem.-Rat Breuer: Zahl 3914, Post 6. Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern, betreffend das Heimatrecht des Franz Weigel.

Der Gesuchswerber wurde mit seinem Ansuchen um Zuerkennung der Heimatberechtigung am 18. April 1913 abgewiesen. Er hat dagegen den Rekurs ergriffen und das Ministerium hat entschieden, daß eine dreimonatliche Abwesenheit nicht als Unterbrechung anzusehen ist, indem der Gesuchswerber nicht die Absicht hatte, die Gemeinde Wien zu verlassen.

Mit Rücksicht auf die Spruchpraxis des Verwaltungsgerichtshofes hat die Abteilung XIa beantragt, von der Ergreifung einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof abzusehen und der Ausschuß hat sich diesem Standpunkte angeschlossen und bittet um Ihre Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Sierhammer: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Die Entscheidung des Ministeriums des Innern vom 25. Jänner 1918, Z. 46163/16, betreffend das Heimatrecht des Franz Weigel, wird zur Kenntnis genommen und von der Ergreifung der Verwaltungsgerichtshof-Beschwerde abgesehen.

Vize-Bürgermeister Sierhammer: Zum Referate Herr Gem.-Rat Dr. Haas.

23. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 4150, Post 7. Mietung des Schlosses Neulengbach für Zwecke eines Erholungsheimes.

Alle, die auf der Westbahn gefahren sind, werden bei Neulengbach auf dem Hügel das wunderschöne fürstlich Liechtensteinsche Schloß gesehen haben. Die Gemeinde Wien hat Gelegenheit gehabt, mit der Gutsverwaltung des Fürsten Liechtenstein in Verbindung zu treten und das Gut zu den vorliegenden Bedingungen auf 12 Jahre zu pachten. Die Gemeinde Wien will damit neuerdings einen Fürsorgeakt in Bezug auf die Gesundheitspflege schaffen, und zwar für jene, die sich einerseits nicht ein teures Sanatorium leisten können, um wieder zu ihrer Gesundheit zu gelangen, die aber anderseits durch ihre materielle Lage doch keinen Anspruch auf das Armenrecht haben, und das ist der Mittelstand. Ich habe jederzeit die Meinung vertreten, daß genau so wie der Arme ein Recht auf Fürsorge hat, auch der Mittelstand das Recht haben soll, zu verlangen, daß man bei den Fürsorgebestrebungen seiner gedenke.

Dies geschieht hiemit und heute soll der Gemeinderat den Vertrag mit der fürstlich Liechtensteinschen Gutsverwaltung genehmigen.

Den Zweck habe ich auseinandergesetzt. Die näheren Bestimmungen sollen einer neuerlichen Beschlußfassung durch den Stadt- und Gemeinderat unterzogen werden. Es ist gedacht für eine Zahl von 170 bis 200 Patienten, denen man nicht, wie es im Wilb'schen Rekonvaleszentenheim geschieht, einen 14tägigen oder einen einmonatlichen Aufenthalt gewährt, sondern einen solchen im Ausmaße von zwei Monaten, welcher Aufenthalt für Kranke, wenn es nötig ist, verlängert werden kann. Was die Kosten betrifft, so ist es jetzt schwer, die approximativen Kosten für den Kranken zu berechnen. Es wurde aber berechnet, daß für den Einzelnen ein Tag 7 K 80 h bis 8 K kostet. Dabei will der Stadtrat seinerzeit dem Gemeinderate den Antrag unterbreiten, solche Kranke, denen der volle Betrag zu schwer fallen

würde, durch Gewährung von halben oder ganzen Freiplätzen zu Hilfe zu kommen.

Ich bitte um die Annahme der Anträge.

Vize-Bürgermeister Sierhammer: Zum Worte ist gemeldet Gem.-Rat Reininger. Ich erteile ihm dasselbe.

Gem.-Rat Reininger: Diese Aktion, die vom Herrn Referenten hier vertreten wird, entspricht vollkommen den Intentionen des Mittelstandes. Ich möchte aber nur folgendes bemerken.

In Punkt 4 des Antrages heißt es: „Der Magistrat wird beauftragt, die näheren Bestimmungen über die Durchführung der Verwaltung, Verpflegung, Aufnahme u. s. w. (Statut) vorzulegen und die ehemöglichste Durchführung der Angelegenheit einzuleiten.“

Ich möchte nun ersuchen, es solle die Errichtung eines derartigen Erholungsheimes vollkommen für die Gewerbetreibenden in Aussicht genommen werden. Die verschiedenen Gruppen des Mittelstandes haben ihre Erholungsheime, es wäre daher sehr gut, wenn auch die Gewerbetreibenden, welche in großer Zahl von den Kriegsschauplätzen zurückkehren und wirklich einer Erholung bedürftig sein werden, ein Erholungsheim besäßen. Ich wünsche und bitte daher, daß das Erholungsheim dem Gewerbe stande gewidmet werde.

Vize-Bürgermeister Sierhammer: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Ich begrüße auf das Herzlichste die vom Herrn Kollegen gegebene Anregung, muß aber bemerken, daß die Gemeinde vorderhand nur ein derartiges Erholungsheim für den Mittelstand in Aussicht genommen hat und das soll für alle Stände des Mittelstandes bestimmt sein. Zeigt sich, daß es nicht genügt, dann wird die Gemeinde Wien Mittel und Wege suchen, um entweder durch den Bau eines neuen Erholungsheimes oder durch Miete einer passenden Realität auch für weitere Kreise des Mittelstandes Platz zu schaffen und da kann das eine oder das andere Heim nur für Gewerbetreibende bestimmt werden. Übrigens ist das eine Bestimmung, die erst einer neuerlichen Beschlußfassung durch den Stadtrat und Gemeinderat zugeführt werden wird und es wird dabei gewiß die Anregung des Herrn Kollegen in ernste Erwägung gezogen werden.

Vize-Bürgermeister Sierhammer: Ein Gegen-Antrag ist nicht gestellt worden. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, die für den Stadtrats-Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Die Gemeinde Wien mietet von der Fürst Franz von und zu Liechtensteinschen Forst- und Güterverwaltung in Neulengbach das Schloß Neulengbach samt Nebengebäuden und den Parkanlagen auf die Dauer von 12 Jahren gegen einen jährlichen Zins von 16.000 K.

2. Der vorliegende Vertragsentwurf wird genehmigt.

3. Das Bestandsobjekt wird 'prinzipiell' als Erholungsheim gewidmet, und zwar für Rekonvaleszente und erholungsbedürftige Personen, die das Recht auf Armenversorgung nicht haben, jedoch auch nicht in der Lage sind, sich gegen höhere als die jeweils für das Erholungsheim festgesetzten Verpflegskosten anderweitig die notwendige Erholung durch ent-

sprechenden Aufenthalt und entsprechende Verköstigung zu verschaffen.

4. Der Magistrat wird beauftragt, die näheren Bestimmungen über die Durchführung der Verwaltung, Verpflegung, Aufnahme u. s. w. (Statut) vorzulegen und die ehemöglichste Durchführung der Angelegenheit einzuleiten.

5. Die erstmaligen Kosten für bauliche Herstellung, die Einrichtung des Hauses u. s. w. im Betrage von rund 400.000 K sind im nächstfolgenden Voranschlag sicherzustellen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Knoll.

24. Referent Gem.-Rat Knoll: Zahl 4178, Post 8. Josef Gebhart, Kollüberfuhrbesitzer, um Subvention.

Es wird wie in den Vorjahren eine Subvention von 300 K beantragt.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Eine Einwendung wird nicht erhoben. Ich erkläre den Antrag des Stadtrates für angenommen.

Beschluß: Dem Kollüberfuhrbesitzer Josef Gebhart wird wie in den Vorjahren eine Subvention von 300 K bewilligt.

Die Ausgabe ist auf den Reservefonds zu verweisen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Müller.

25. Referent Gem.-Rat Müller: Zahl 4030, Post 9. Frau Franziska Schmidtko und Konsorten bieten der Gemeinde Wien ihre Gründe an.

Das Anbot ist sehr vorteilhaft, weil wir die angrenzenden Gründe bereits besitzen und den Platz besser ausnützen können. Die Bedingungen sind den Herren aus der Vorlage bekannt und bitte ich um deren Annahme.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Eine Einwendung wird nicht erhoben. Ich erkläre den Stadtrats-Antrag für angenommen.

Beschluß: I. Die Gemeinde Wien erwirbt von Franziska Schmidtko, Katharina Bita, Leopoldine Bita und Johanna Hampel die Liegenschaft XII., Arndtstraße 45, Einl.-Z. 492 Grundbuch Unter-Meidling, bestehend aus den Kat.-Parz. 289 Garten und 225 Bauarea im Gesamtausmaße von 2448 m² ausschließlich der darauf befindlichen Baulichkeiten, der zur Ausübung der Gärtnerei dienenden Gegenstände und der Einfriedung um den Einheitspreis von 55 K per Quadratmeter unter folgenden Bedingungen:

1. Die Käuferin übernimmt die im Grundbuche Unter-Meidling, Einl.-Z. 492 unter Post Nr. 5 bis 12 und 14 einverleibten Sapposten mit den tatsächlich aushaftenden Beträgen zur Selbstzahlung auf Abrechnung vom Kaufschillinge. Die Verkäufer leisten dafür Gewähr, daß die Sapposten binnen Vierteljahrsfrist vom Tage der Annahme des Anbotes an gerechnet kündbar sind und verpflichten sich,

die bis zur Tilgung auflaufenden Zinsen der Käuferin rückzuerstatten. Im übrigen wird die Liegenschaft saksfrei und mit Ausnahme der zugunsten der Gemeinde Wien einverleibten Reallast auch lastenfrei ins Eigentum der Käuferin übertragen.

2. Der restliche Kaufschilling wird binnen 14 Tagen nach grundbücherlicher Einverleibung des Eigentumsrechtes und Übergabe der Liegenschaft in den physischen Besitz der Käuferin in Barem entrichtet.

3. Vom Tage der Übergabe an wird der gekaufte Grund für Gärtnereizwecke der Franziska Schmidtko auf 1½ Jahre unkündbar und späterhin gegen beiden Vertragsteilen jederzeit mögliche halbjährige Kündigung unter den allgemeinen Bestandsbedingungen für städtische Gründe um einen Jahreszins von 1000 K verpachtet.

4. Alle mit diesem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Käuferin. Die Wertzuwachsabgabe tragen die Verkäuferinnen.

II. Da von dem Kaufschillinge per 151.140 K nur ein Teilbetrag von 21.957 K 54 h in dem auf Ausgabs-Rubrik XII/13 sichergestellten Teilansatz von 500.000 K für Neuankäufe Deckung findet, wird zur Ausgabs-Rubrik XII/13 für 1917/18 ein Zuschußkredit in der Höhe des weiteren Erfordernisses bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Die Tagesordnung ist erschöpft. Die öffentliche Sitzung ist geschlossen. Es folgt noch eine kurze vertrauliche Sitzung.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 8 Uhr 20 Minuten abends.)

Beschluß-Protokoll

der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 2. Mai 1918.

Vorsitz: **Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.**

1. (4102.) **Vize-Bürgermeister Hoh:** Der Straßenarbeiterwitwe Elise Schrems wird eine Gnadengabe von jährlich 360 K vom 1. Februar 1918 bis Ende des Jahres 1920, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

2. (4108.) **Derselbe:** Einem städtischen Beamten wird ausnahmsweise ein zirka 4½monatlicher Gehaltsvorschuß im Betrage von 1200 K gegen Rückzahlung in 30 gleichen, ununterbrochenen monatlichen Raten ab 1. Jänner 1919 abzüglich des Gehaltsvorschußrückstandes von 750 K bewilligt.

3. (4214.) **Derselbe:** 1. Der Beleuchtungsdiener II. Klasse Johann Prohaska wird ad personam zum Beleuchtungsdiener I. Bezugsklasse mit dem Range vom Ernennungstage ernannt.

2. Die mit Gemeinderats-Beschluß vom 25. Oktober 1907, P. 3. 2994/07, mit monatlich 15 K festgesetzte Nachdienstzulage der Beleuchtungsdiener am Zentral-Viehmarke wird auf monatlich 50 K erhöht.

4. (4223.) **Derselbe:** Dem Titular-Bauaufsichts-Revidenten Josef Panitz werden die Bezüge der VIII. Rangsklasse mit dem Anspruche auf die Gehaltssteigerungen dieser Rangsklasse und der Titel eines Bauaufsichts-Ober-Revidenten verliehen.

5. (4200.) **Derselbe:** Der Marie Hübn er, Witwe nach dem Professionisten der städtischen Leichenbestattung Franz Hübn er, wird ihre Gnadenpension von 300 K ab 1. Mai 1918 auf weitere drei Jahre, beziehungsweise bis zur Wiederverehelichung oder einer anderweitigen Versorgung bewilligt.

6. (4052.) **Gem.-Rat Fraß:** Der Vorsteherin des Ersten evangelischen Unterstützungsvereines für Kinder (Evangelischen Ferienkolonievereines) Emma Keil wird anlässlich ihres 25jährigen Jubiläums als Vorsteherin dieses Vereines in Anerkennung ihres erspriehlichen Wirkens auf humanitären Gebiete die große goldene Salvator-Medaille verliehen.

7. (4055.) **Vize-Bürgermeister Koh:** Der technische Beamte II. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Ingenieur Julius Jurecka wird mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1918 ad personam zum technischen Beamten I. Klasse mit den Bezügen der 3. Gehaltsstufe (3600 K Gehalt und 1900 K Quartiergeld) befördert.

Schluß der Sitzung.

(**Nichtigstellungen.**) Im Amtsblatte Nr. 35 hat es im Referate des Vize-Bürgermeisters Koh, P. 3. 4040, auf Seite 802, rechte Spalte, Zeile 13 von unten, statt einschließlich 3200 K richtig zu heißen: **ausschließlich 3200 K.**

Ferner hat es im Schlußworte des Referenten im Referate P. 3. 2309, Seite 817, linke Spalte, Zeile 7 u. ff. von unten richtig zu lauten: Man hat also getrachtet, nur Fachmänner in die Verwaltung zu berufen und wenn jetzt die Großschlachtung eingeführt wird, bei welcher der Verwaltungsrat aus 25 Mitgliedern bestehen soll, von denen 12 von der Fleischhauergenosenschaft entsendet werden, die gegen die staatlichen Organe und gegen die Gemeinde aufzutreten, so kommt gewiß der Wille des Gewerbestandes hinlänglich zum Ausdruck.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Dienstag den 7. Mai 1918, 10 Uhr vormittags.

Mittwoch den 8. Mai 1918, 11 Uhr vormittags.

Bezirksvertretungen

(I. Gemeindebezirk, Innere Stadt.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt vom **20. Februar 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **kais. Rat Josef Wieninger.**

Schriftführer: Kanzleileiter Franz Czernohorsky.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der am 19. September 1917 abgehaltenen Sitzung wird zur Einsicht aufgelegt; da keine Einwendung erhoben wird, erscheint dieselbe genehmigt.

Der **Vorsitzende** bringt dem B.-R. Salatsch anlässlich des Ablebens seiner Mutter und dem B.-R. Dr. Maximilian Stiglig anlässlich des Verlustes seines Sohnes, welcher als Fliegeroffizier den Tod erlitten hat, in warmen Worten das tiefste Beileid der Bezirksvertretung zum Ausdruck, wobei sich die Bezirksräte zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erheben.

Die **B.-R. Salatsch** und **Dr. Stiglig** danken verbindlichst für diese ehrende Trauerkundgebung.

Anträge und Beschwerden.

B.-R. St. Glück stellt den Antrag, es sei in der am Börseplatz befindlichen öffentlichen Bedürfnisanstalt, in welcher bloß eine Abortanlage untergebracht ist, auch ein Pissoir zu errichten. Jeder Eintritt in dieselbe muß mit 6 h bezahlt werden, welcher Verpflichtung die Eintretenden, besonders die Soldaten nicht nachkommen wollen. Die Erweiterung der Anstalt im angeregten Sinne ist schon deshalb notwendig, weil in der ganzen Umgebung kein Pissoir vorhanden ist und an dieser Stelle, als der Endstation und Einsteigstelle einer Tramwaylinie, ein sehr lebhafter Personenverkehr herrscht.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Paurehuber führt anlässlich der herrschenden Wohnungsnot darüber Klage, daß seitens des k. u. k. Kriegsministeriums noch immer ganze Hotels requiriert werden, welche in erster Linie für den Fremdenverkehr bestimmt sind. Hierbei wird auch nicht an Raum gespart, oft wird ein großes Zimmer für einen Herrn bestimmt, in dem 3 bis 4 Personen wohnen könnten. Es könnten ja leerstehende Paläste, auch feindliche Botschaftsgebäude zu diesem Zwecke in Anspruch genommen werden. Nachdem der anständige Hotelbetrieb durch diesen Vorgang unterbunden wird, stellt Redner den Antrag, es mögen an geeigneter Stelle diesbezügliche Vorstellungen gemacht werden.

B.-R. Mach unterstützt den Antrag und weist auf die sogenannten Stundenhotels hin; er könne nur wünschen, daß seitens der Heeresverwaltung auch auf diese gegriffen werde. Die Besitzer dieser Hotels sollen einmal aufgefordert werden, zu erklären, ob sie sich nur mit der Vermietung von Stundenzimmern oder mit dem soliden Hotelbetrieb befassen wollen. Jedenfalls sei es einträglicher, ein Zimmer mehrmals im Tage zu vermieten, als anständige Nachtgäste zu bequartieren. Wiederholt kommt es vor, daß alleinstehende, mit Reisetasche erscheinende Gäste überhaupt nicht aufgenommen werden unter der Behauptung, sämtliche Zimmer seien besetzt, und dies geschehe aus dem Grunde, um die Zimmer an Stundengäste zu vergeben. Durch Inanspruchnahme dieser Hotels könnte sich die Heeresverwaltung Verdienste um den anständigen Hotelbetrieb erwerben. Sache der Behörden wäre es, festzustellen, welche Hotels als anständige und welche als Stundenhotels zu betrachten sind und hieraus die nötigen Folgerungen zu ziehen.

B.-R. Fischer erklärt, daß die Wohnungsnot der Anässigen schon groß ist, aber noch größer die der Zureisenden und der

Durchreisenden. Vergnügungskreisende gibt es wohl sehr wenig, sondern Reisende, die gezwungen sind, in Wien zu bleiben. Diese finden bei ihrer Ankunft keine Unterkunft, kehren zu den Bahnhöfen zurück, um dort zu nächtigen, was aber nicht geduldet wird. Es sollten also für arme Reisende Nächtigungsstellen geschaffen werden, und zwar durch Mieten von gesperrten und unbenützten Restaurationslokalitäten, beispielsweise im Prater, wo die Leute gegen mäßige Bezahlung untergebracht werden könnten.

Die gestellten Anträge werden sohin von der Bezirksvertretung einstimmig angenommen.

H.-F. Fischer führt Beschwerde über den schlechten Zustand des Straßenpflasters und der damit zusammenhängenden Staubplage, welche sich in der letzten Zeit nach der Schneeperiode besonders unangenehm bemerkbar gemacht hat. Wenn es auch bekanntlich an Arbeitskräften fehlt, sollten doch die größten Mißstände beseitigt werden. Er stellt den Antrag, es sei zu veranlassen, daß Ausbesserungen der meistbeschädigten Straßen vorgenommen und die Straßen bei jeder Gelegenheit gewaschen werden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, daß sich derzeit Abhilfe schwer schaffen läßt, da es an sachmännischen Arbeitskräften mangelt, es stehen bloß alte Männer und Lehrlinge zur Verfügung, es sind keine Schläuche zur Straßenbespizung vorhanden, Ersatz hierfür kann nicht beschafft werden. Wegen des eigentümlichen Hufbeschlages der Wiener Pferde muß das Asphaltplaster nach der Waschung stets mit Sand bestreut werden, dieser wird zerrieben und es bildet sich neuerlich Staub, so daß wir nie von dieser Plage befreit sein werden. Jedenfalls werde er den Magistrat ersuchen, das Nötigste zur Beseitigung der größten Mißstände zu veranlassen.

H.-F. Dr. Stiglitz weist auf die drohende Erdäpfelnot hin, da die Vorräte, wie er aus zuverlässlicher Quelle erfahren, nur bis Mitte März reichen werden. Es sei daher notwendig bei dem großen Mangel an Mehl und Fleisch, um einer Katastrophe vorzubeugen, so rasch wie möglich neue Vorräte für den Bedarf von drei Monaten herbeizuschaffen. Es müßten neuerliche Requisitionen in Böhmen, Mähren und Russisch-Polen durchgeführt werden.

Er stellt den Antrag, Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister sei zu ersuchen, er wolle an den Ernährungsminister herantreten, daß derselbe sofort neue Requisitionen vornehmen lasse und von der Zentral-Transportleitung die nötigen Waggon zum Transporte der Erdäpfel bestelle. Redner macht auch auf die in Ungarn durchgeführten Nachtragsrequisitionen aufmerksam. Bei denselben wurde mehr Getreide aufgebracht, wie unmittelbar nach der Ernte, ein Beweis, daß in Ungarn noch genug Lebensmittel vorhanden seien, während in Wien an Allem Mangel herrscht. Dort besteht aber die Absicht, den Höchstpreis für Getreide für die kommende Ernte bedeutend zu erhöhen und dies sei der Grund, warum die Getreidemengen von den Produzenten zurückgehalten werden.

Nachdem noch **kais. Rat Wieninger** Aufklärungen über die Kartoffelbeschaffung gegeben, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 23. April 1918, G. Z. 5502/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 15. April 1918, Z. 1791-II, dem Volksschullehrer I. Klasse und provisorischen Leiter der allgemeinen Volksschule für Mädchen II., Feuerbachstraße 1, Johann Ritsch, für sein verdienstvolles Wirken im Interesse der Jugendfürsorge in den Hauptferien des Jahres 1916 die Anerkennung ausgesprochen.

Lebensmittelverkehr.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 4. Mai 1918

Uebernahmspreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

Weizen oder Spelz per 100 kg	40 K	— a
Roggen	100 "	40 " — "
Gerste	100 "	37 " — "
Hafer	100 "	36 " — "

(Uebernahmsbestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

Höchstpreise für Heu und Stroh.

Heu aller Art	17 K	— h	per 100 kg
Stroh:			
Kornschubstroh	10 "	— "	100 "
Erbjens-, Wickenstroh	8 "	— "	100 "
Bohnen-, Raps- und Maisstroh	6 "	— "	100 "

(Die näheren Bestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 243 ex 1917.)

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 28. April bis 4. Mai 1918.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	131.738 kg	Und zwar aus:	
		Wien	34.406 kg
		dem sonst. Niederösterreich	685 "
		Oberösterreich	31.170 "
		Böhmen	59.177 "
		Ungarn	6.800 "

Schweinefleisch	8.457 kg	Und zwar aus:	
		Wien	8.457 kg

Kälber	247 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	18 St.
		dem sonst. Niederösterreich	3 "
		Oberösterreich	11 "
		Mähren	17 "
		Polen	198 "

Schafe	251 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	43 St.
		dem sonst. Niederösterreich	1 "
		Oberösterreich	44 "
		Mähren	11 "
		Ungarn	152 "
Schweine	2 Stück	Und zwar aus:	
		dem sonst. Niederösterreich	1 St.
		Mähren	1 "
Lämmer	1.020 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	141 St.
		dem sonst. Niederösterreich	37 "
		Oberösterreich	400 "
		Mähren	275 "
		Ungarn	167 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	{	Stedfleisch, vorderes von K	7.20 bis 8.40	per Kg.
		Rostbraten u. Rieden	" " — " 12.—	" "
Kalb- fleisch		" " "	5.58 / 15.50	" "
Schaff- fleisch (Lamm- fleisch)		" " "	19.20 / 20.20	" "
Schweine- fleisch		" " "	" — " —	" "
Kälber		" " "	4.70 / 10.30	" "
Schafe		" " "	9.— / 17.—	" "
Schweine		" " "	" — " —	" "
Lämmer		" " "	14.— / 16.—	" "

Per Bahn langten ein 43 Waggon mit 155.349 t.
 Die dieswöchigen Zufuhren waren im Vergleiche zur Vor-
 woche geringer.
 Der Marktverkehr im allgemeinen sehr lebhaft.
 Die vorhandenen Rind- sowie Kalbfleischmengen genügten
 vollkommen dem Bedarfe.
 Kalbfleisch war in ungenügenden Mengen vorhanden.
 Die Preislage blieb im allgemeinen unverändert.
 Aus den Beständen der Gemeinde Wien wurden ausgegeben:
 3000 kg geschlachtet Speck.
 2000 kg Rauchfleisch und
 110 Stück russisch-polnische Kälber.
 Von der Allgemeinen Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft
 wurden 11.587 kg Rindfleisch zugeführt.

Pferdemarkt vom 3. Mai 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 550 Stück.
 231 Gebrauchspferde, 319 Schlachtpferde*.)
 Preis: für Gebrauchspferde . . . 1500 bis 5800 K per Stück
 „ Schlachtpferde . . . — " — " " "
 Schlachtpferde per 1 kg Lebendgewicht — K — h bis 6 K — h
 Der Markt war lebhaft.

*) Davon 9 am Markte und 310 im Pferdebeschlahtaus.

Baubewegung

vom 3. bis 6. Mai 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der
 Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk.
 — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen
 die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

V. Bezirk: Rechte Wienzeile 87, von Schubert & Komp. n.
 Saeringer, Bauführer Hugo Schuster (992).
 " " Diehlgasse 17, von „Archimedes“, Fabrik für Präzisions-
 mechanik, G. m. b. H., Bauführer Julius Müller
 (1004).

Diverse geringere Bauten.

XX. Bezirk: Werkstättenbaracke, Wehlstraße, Engerthstraße, v. S. Ro-
 müller (982).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

26. März 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Weiblinger Anton — Ausführung von Reklame- und gewerblichen
 Zeichnungen und Übernahme der Ausführung von Ölgemälden — XIII,
 Riemayergasse 8.
 Friedl Heinrich — Graveurgewerbe — VII., Neubaugasse 26.
 Kalabus Engelbert — Bau- und Maschinenschlossergewerbe — VII.,
 Kaiserstraße 107.
 Abrecht Josef — Gemischtwarenhandel — VII., Döblergasse 1.
 Finl Ignaz — Handel mit Brennholz — II., Schmelzgasse 12.
 Schid Julius — Handel mit Papierwaren und Bureauartikeln — II.,
 Ausstellungstraße 19.
 Menache Rosa — Handel mit Bureauartikeln — II., Ausstellungs-
 straße 15.
 Moucha Anna — Handel mit Lebensmitteln beschränkt sowie Flaschen-
 bier-Verschleiß.
 Trajter Leopoldine — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß
 — XIV., Sechshauferstraße 73.
 Edel Anna — Handel mit Photographien und Emailbildern — III.,
 Landstraßer Hauptstraße 30.
 Brill Theresie Rosa — Handel mit Edelmetall — I., Krugerstraße 6.
 Globotzschig Stephanie — Übernahme von Wäsche zum Chemischputzen
 — XVIII., Martinstraße 14.
 Werkl Sidonie — Kaffeeberkonfektion — IX., Nordbergstraße 40.
 Galit Stephan — Kleinverschleiß von Brennmaterialien — XIX.,
 Friedelgasse 8.
 Schäfer Elise — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — II., Roten-
 sterngasse 27.
 Baumgartner Anna — Schwarzwaren-Verschleiß — II., Glockengasse 23.
 Schänfeld Jakob — Handel mit Kunstblumen und Schmuckfedern —
 II., Kleine Sperlstraße 7.
 Fischer Theresie — Handel mit allen Gattungen Musikinstrumenten nebst
 Zubehör — XV., Mariahilferstraße 185.

27. März 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

A. Kögl & Komp., offene Handelsgesellschaft — Fabrikmäßige Erzeugung
 von Buchbinder- und Kartonagewaren und Raffinerarbeiten — VI., Mollard-
 gasse 29.
 A. Raybich & Komp. — Handel mit Maschinen, technischen Artikeln,
 Papier und Galanteriewaren beschränkt — VI., Mariahilferstraße 13.
 Kommerzielle Handelsagentur und Vertriebsgesellschaft m. b. H. „Kobal“
 — Gemischtwarenhandel im Großen — VI., Mariahilferstraße 79.

- Kommerzielle Handelsagentur und Vertriebsgesellschaft m. b. S. „Kabar“ — Erzeugung von chemisch-technischen Artikeln beschränkt — VI., Mariaböserstraße 79.
- Geiblinger Anton, Alleinhaber der Firma: Anton Geiblinger — Erzeugung und Verkauf von Wasch- und Scheuelpulver zc. — XIII., Riemayergasse 8.
- Lauterbach Josef — Handel mit Holz-, Metall- und Bildhauerwaren zc. — XVI., Papergasse 10.
- Sauer Gustav — Marktvisualienhandel — XVI., Pypenplatz, Markt.
- Kaßner Josef — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Vertrieb — XVI., Gaultacher-gasse 37.
- Winklhofer Leopold — Fleischfetschergewerbe — XIV., Grimmigasse 6.
- Reibig Oswald — Handel mit Textil-, Gold- und Silberwaren — II., Pflanzengasse 12.
- Trinischer Siegmund — Gemischtwarenhandel im Großen ausgenommen Lebensmittel — I., Fleischmarkt 1.
- Lanzdorf Adolf — Handelsagentur — I., Zelinskagasse 14.
- Edwy Samuel — Gemischtwarenhandel — I., Marc Aurelstraße 7.
- Muncl Karl — Handel mit Metall-, Holz- und Bildhauerwaren — XVI., Menzelgasse 12.
- Bohon Anton — Fleischhauer — III., Großmarkthalle.
- Hoffmann Ludwig — Handelsagentur — XVII., Helblinggasse 15.
- Trefny Anton — Marktfahrigewerbe — XIX., Schauer-gasse 7.
- Trefny Anton — Handel mit Birkenbeseu — XIX., Vitzbaurergasse 7.
- Hausmann Rachela — Handel mit Maschinenbestandteilen und den dazu gehörigen Bedarfsgegenständen — II., Numbgasse 2.
- Kallus Franziska — Kaffeesiebergewerbe — II., Große Stadt-gutgasse 24.
- Ungar Laszlo — Handel mit fertigen Damenkleidern, Stoffen und Schneiderzugehör — I., Rotenturmstraße 19.
- Eisert Julianne — Vertrieb von Kanditen, Konditoreiwaren zc. — XVI., Arnettgasse 90 (Kino).
- Soukup Adolfine — Fragnergewerbe — III., Erdbergstraße 113.
- Schott Philipp — Handel mit Handschuhleder — XVIII., Staubgasse 77.
- Lechner Anna — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIII., Jenußgasse 20.
- Schiel Magdalena — Wanderhandel mit Obst, Geflügel, Blumen zc. — XIII., Lejsterstraße 5.
- Schlosser Berta — Kleinfuhrwerksgewerbe — XI., Dorf-gasse 20.

Inhalt.

Gemeinderat:	Seite
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 2. Mai 1918.	
Inhalt:	
Mitteilungen des Vorsitzenden:	
1. Entschuldigungen wegen Fernbleibens	859
2. Beurlaubungen	859
3. Spenden	859
4. Bekanntgabe des Ergebnisses der in der Gemeinderats-Sitzung vom 24. April 1918 vorgenommenen Wahlen	859
Anfragen:	
5. Gem.-Rat Dr. Ritter v. Dorn: Rugbarmachung unbenützter Wohnungen	860
6. Gem.-Rat Herold: Errichtung von Kursen zur Hebung der Ranzienzucht	860
7. Gem.-Rat Dr. Mataja: Intervention des Bezirksvorstehers Dr. Blasel, den freien Obsthandel betreffend	861
8. Gem.-Rat Schlechter: Erledigung des von ihm eingebrachten Antrages auf Schaffung einer gemeinderätlichen Kommission zwecks Sammlung von Erfahrungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zc.	861
9. Gem.-Rat Partik: Stellungnahme gegen das Schnellfahren der Militärautomobile	862
10. Gem.-Rat Stein: Spinatbezug auf dem Obabubose	862
11. Derselbe: Bistrierung der Passagiere auf der Strecke Döb-nburg—Wien	863
12. Gem.-Rat Ignaz Fischer: Milchzuweisung an die Volks-laffees	863

Anträge:	Seite
13. Gem.-Rat Richter: Schaffung von Pächterschutzgesetzen zu-gunsten der gärtnerischen Betriebe	864
14. Gem.-Rat Dr. Mataja: Gewährung eines Anschaffungs-beitrages für die städtischen Lehrpersonen pro 1918	864
Berichte:	
15. Bize-Bürgermeister Pierhammer: Verleihung des Ehren-bürgerrechtes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an Se. Exzellenz den k. u. k. Geheimen Rat, k. u. k. Minister a. D. Dittlar Grafen Czernin	864
16. Bürgermeister Dr. Weistkirchner: Aufnahme einer schwebenden Schuld von 1 Million Franken bei der Berner Kantonalbank	869
17. Gem.-Rat v. Steiner: Veröffentlichung der provisorischen Ausgleichsvereinbarungen mit Ungarn. (Beratung abgebrochen)	870
18. Bize-Bürgermeister Pierhammer: Bewilligung eines Ehren-preises der Stadt Wien für den Wiener Trabrennverein	879
19. Bize-Bürgermeister Hoß: Verpachtung des Auperer Flug-feldes an die Heeresverwaltung	879
20. Derselbe: Vermehrung der systemisierten Stellen der VII. Rangsklasse im bau- und maschinentechnischen Hilfs-status des Stadtbauamtes	880
21. Gem.-Rat Braun: „Teerag“ Aktiengesellschaft für Teer-fabrikate, Asphalt, Ruß und chemische Produkte um Bestellung eines Patentes an der k. k. Patz. 1417/1 und 897 Simme-ning im XI. Bezirke	880
22. Gem.-Rat Breuer: Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern, betreffend das Heimatrecht des Franz Weigel	881
23. Gem.-Rat Dr. Haas: Mietung des Schlosses Neulengbach für Zwecke eines Erholungsheimes	881
24. Gem.-Rat Knoll: Josef Gebhart, Kollabefuhrbesitzer, um Subvention	882
25. Gem.-Rat Müller: Anbot der Franziska Schmidle und Konsorten auf Verkauf der Liegenschaft Enl.-Z. 492 Unter-Meidling, XII. Bezirk, an die Gemeinde Wien	882

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemein-de-rates vom 2. Mai 1918.

Inhalt:	
1. Bize-Bürgermeister Hoß: Elise Schrembs, Straßenarbiters-witwe, um Gnadengabe	882
2. Derselbe: Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehalts-vorschuß	882
3. Derselbe: 1. Ernennung des Beleuchtungsbediensteten II. Klasse Johann Prohaska ad personam zum Beleuchtungsbediensteten I. Klasse	882
2. Erhöhung der mit Gemeinderats-Beschluß vom 25. Oktober 1907, P. Z. 2994/07, mit monatlich 15 K festgesetzten Nacht-dienstzulage der Beleuchtungsbediensteten am Zentral-Viehmarkte	883
4. Derselbe: Festsetzung der Bezüge und des Titels für den Titular-Bauaufsichtungs-Revidenten Josef Panig	883
5. Derselbe: Marie Hübner, Professionsistenwitwe, um Fortbezug der Gnadengabe	883
6. Gem.-Rat Fraß: Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Vorsteherin des Ersten evangelischen Unterstützungs-vereines für Kinder Emma Keil	883
7. Bize-Bürgermeister Hoß: Beförderung des technischen Be-amten der städtischen Elektrizitätswerke Ingenieur Julius Jurecka	883
Richtigstellungen	
883	
Stadttrat:	
Sitzungen des Stadtrates	
883	
Bezirksvertretungen:	
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt vom 20. Februar 1918	
883	
Allgemeine Nachrichten:	
k. k. Bezirksschulrat	
884	
Lebensmittelverkehr:	
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 4. Mai 1918	
884	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 28. April bis 4. Mai 1918	
884	
Pferdemarkt vom 3. Mai 1918	
885	
Baubewegung:	
Gesuche um Paubewilligungen vom 3. bis 6. Mai 1918	
885	
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	
885	
Rundmachungen.	

Kundmachungen.

D. Z. 124.

Kundmachung.

(Offertverhandlung. — Verkauf von Alteisenmaterialien.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ beabsichtigt, die vorrätigen Mengen von Alteisenmaterialien im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu veräußern, welche am **Mittwoch den 15. Mai 1918, um 10 Uhr vormittags**, im Sitzungszimmer, IV., Paulanergasse 3, 1. Stock, abgehalten wird.

Die Angebote sind in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zu richten und an die Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, derart rechtzeitig einzusenden, daß sie spätestens einen Tag vor der Offertverhandlung dort eintreffen, oder sie sind am Tage der Offertverhandlung vor Eröffnung derselben der Kommission zu übergeben. Nicht rechtzeitig eingelangte Angebote werden nicht berücksichtigt. Die Angebote müssen in einem Umschlage mit der Aufschrift: „Anbot auf Alteisenmaterial zur Offertverhandlung am 15. Mai 1918“ verschlossen sein.

Jeder Anbieter muß spätestens am Tage vor der Offertverhandlung ein Badium im Betrage von 5 Prozent der Anbotsumme bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, erlegen und sich bei der Offertverhandlung auf Verlangen über diesen Erlag ausweisen. Die Badiumsbestätigungen sind jedoch den Anboten nicht beizuschließen.

Eine Berufung auf Badien- und Pfandgelder, die zu anderen Zwecken erlegt wurden, ist nicht zulässig.

Das Badium kann in barem Gelde, das jedoch nicht verzinst wird, in Einlagebüchern der Wiener Zentral-Sparkassa, einer der Wiener Kommunal-Sparkassen, der Ersten österreichischen Sparkassa oder auch in inländischen mündelsicheren Wertpapieren bestehen.

Im Anbote hat sich der Bieter ausdrücklich auf Ausstellungstag und Geschäftszahl dieser Kundmachung zu berufen und sich den darin festgesetzten Bedingungen zu unterwerfen. Er hat ferner zu erklären, daß er die ausgeschriebenen Materialien besichtigt hat oder deren Beschaffenheit von früher kennt. Zu diesem Behufe steht es den Anbotstellern frei, die Materialien gegen vorherige Anmeldung bei der Lagerverwaltung, XIII., Siebeneichengasse 12, auf den betreffenden Lagerplätzen zu besichtigen.

Verkauft werden:

Vom Lagerplatz für Bahnerhaltung, Wien, XI., Simmeringer Hauptstraße 156

Post 1 700.000 kg Straßenbahnschienen Profil 160/210 gerade und gebogen,

Post 2 300.000 kg Straßenbahnschienen Profil 125/175 gerade und gebogen,
 „ 3 150.000 „ Bröckeleisen,
 „ 4 150.000 „ Schienenabfälle,
 „ 5 50.000 „ Laschen,
 „ 6 50.000 „ Stahlguß.

Vom Lagerplatz für Bahnerhaltung, Wien, XII., Nymphenburgergasse 57:

Post 6 80.000 kg Bohr- und Hobelspäne.

Die Mengen sind nur ungefähr angegeben.

Die Direktion haftet nicht für ihre wirkliche Aufbringung; hingegen ist der Ersteher verpflichtet, allenfalls bis zu 25 Prozent mehr als die ausgeschriebene Menge zu übernehmen. Jeder Anbieter erklärt sich bereit, die ihm zugeschlagene Menge in der Weise abzuführen, daß er längstens am dritten Tage nach erfolgter Verständigung mit der Abfuhr der lagernden Altmaterialien beginnt und sich verpflichtet, täglich mindestens zwei Waggons, das sind 20.000 kg, abzuführen.

Sollte mit der Abfuhr nicht rechtzeitig begonnen werden, so ohne Zustimmung der Direktion unterbrochen oder die vorgeschriebene Mindestmenge pro Tag nicht abgeführt werden, so wird in den ersten beiden Fällen pro Tag, im letzteren Falle für jeden rückständigen Waggon eine Konventionalstrafe von 10 K festgesetzt.

Wird die Abfuhr um mehr als acht Tage verzögert oder auf mehr als acht Tage durch Verschulden des Erstehers ohne Bewilligung der Direktion unterbrochen, so kann die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ überdies das Pfand einzuziehen und das Übereinkommen als aufgelöst betrachten.

Die zur Verladung der Altmaterialien nötigen Fuhrwerke und Arbeitskräfte hat der Ersteher auf eigene Rechnung beizustellen.

Ein Abzug im Gewichte wegen anhaftenden Schmutzes oder Rostes wird nicht gewährt. Ebenso wird das Abmontieren einzelner Bestandteile weder vorgenommen noch gestattet. Endlich wird bemerkt, daß die Altmaterialien, so wie sie liegen, das ist ohne Auswahl oder Sortierung, abgeführt werden müssen.

Der Betrag für jede einzelne Fuhr ist vor Abfuhr bei der nächstgelegenen Streckenkassa bar zu erlegen, sofern der Ersteher es nicht vorzieht, bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen vor Beginn der Abfuhr ein Depot in barem Gelde zu erlegen.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ behält sich das Recht vor, das Übereinkommen im Falle der Nichteinhaltung der Offertbedingungen als gelöst zu betrachten, das Pfandgeld einzuziehen und über das Altmaterial anderweitig zu verfügen.

Der Anbotsteller bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ so lange im Worte, bis er von der Annahme oder Ablehnung seines Angebotes verständigt ist.

Die Badien von nicht angenommenen Anboten sind binnen acht Tagen nach ergangener Verständigung von der Nichtannahme zu beheben, widrigenfalls sie den Erlegern auf ihre Kosten per Post zurückgesendet werden. Die Badien der Ersteher werden als Pfand bis zur gänzlichen Abwicklung des Geschäftes zurückbehalten.

Die Pfandgelder werden nur verwahrt, aber nicht verwaltet. Sie müssen frei sein von jeder Belastung und Beschränkung der Veräußerungsmöglichkeit.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ behält sich die uneingeschränkte Wahl unter allen Bewerbern und die Vergabung der Altmaterialien in kleineren Partien an verschiedene Bewerber wie auch die Ablehnung sämtlicher Angebote vor.

In allen aus dem Lieferungsvertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten, welche nicht kraft des Gesetzes vor einen ausschließlich besonderen Gerichtsstand gehören, sind in erster Instanz die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung, Wien, I., Neues Rathaus, ausschließlich zuständig.

Beide Teile leisten Verzicht auf das Recht der Einwendung wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes (§ 934 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches).

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 23. April 1918.

3-3

M. Abt. X, 702.

Kundmachung.

(Groß-Fedlersdorfer Friedhof. — Wiederbelegung von Gräbern III. Klasse.)

Nach dem 1. August 1918 werden die Gräber III. Klasse, Gruppe III, Reihe 2 bis 44 im Groß-Fedlersdorfer Friedhofe wiederbelegt.

Enterdigungen aus diesen Gräbern können nur vor diesem Termine vorgenommen werden.

Die bezüglichen Gesuche sind bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X (I., Neues Rathaus, Stiege III, Hochparterre) einzubringen.

Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Nach dem 1. August 1918 werden die Grabsteine und -kreuze von den Gräbern auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt und an geeigneter Stelle hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die ihr Eigentumsrecht binnen Jahresfrist entsprechend nachweisen ausgefolgt. Über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Wiener Magistrat, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 19. April 1918.

3-3

M. Abt. X, 2997/18.

Kundmachung.

(Hütteldorfer Friedhof. — Wiederbelegung von einfachen Gräbern.)

Nach dem 1. August 1918 werden die einfachen Gräber Nummer 221 bis 292, 294 bis 302, 305 und 306 in der Gruppe II des Hütteldorfer Friedhofes wiederbelegt.

Leichenaushebungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig. Die bezüglichen Gesuche sind indes vor dem 1. August 1918 bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X (I., Neues Rathaus), einzubringen.

Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Nach dem 1. August 1918 werden die Grabsteine und -kreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer von den Gräbern entfernt und an geeigneter Stelle hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die ihr Eigentumsrecht in entsprechender Weise binnen Jahresfrist dartun, ausgefolgt. Über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 25. April 1918.

1-3

M. Abt. V, 801,18.

Kundmachung.

(„Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke“; Aufstellung eines Transformators vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4.)

Die Firma „Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke“ beabsichtigt, im Gehwege vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4, einen Wechselstromtransformator zur Umwandlung von hochgespanntem Wechselstrom von 2000 Volt Phasenspannung auf die zur Abgabe gelangende Niederspannung von 105 Volt aufzustellen.

Über die Zulässigkeit dieser Anlage findet am Freitag den 17. Mai 1918, um 9 Uhr vormittags, im Sinne des III. Hauptstückes der Gewerbeordnung eine Verhandlung statt.

Die Teilnehmer an der Amtshandlung versammeln sich zur anberaumten Stunde vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4.

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die bezüglichen Entwurfsbehelte von Donnerstag den 2. Mai 1918 bis zum Verhandlungsvortage in der Magistrats-Abteilung V (I., Neues Amtshaus, Rathausstraße 14, 5. Stock) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsichtnahme ausliegen.

Entwendungen gegen den Entwurf oder etwaige Bedingungen können in der genannten Magistrats-Abteilung oder bei der Verhandlung selbst vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Verhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Vom Wiener Magistrat, Abteilung V,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 27. April 1917. 2-3

Der Abteilungsvorstand:

Dr. J. F. Müller (m. e. P.),
Magistratsrat.

B. W. A. 1. — Z. 441 ex 1918.

Verordnung.

(Neuregelung des Brot-, Mehl- und Fettbezuges mittels Karten.)

Über die Verordnungen des k. k. Statthalters im Erzherzogtum Österreich unter Enns vom 27. April 1918, Z: W/1—630/181 und Z: W/1—656/6, und den Erlaß des k. k. Amtes für Volksernährung vom 25. März 1918, Z. 32987, wird Nachstehendes verlautbart:

I. Brotbezug.

Mit dem 12. Mai 1918 wird die bisherige vierzehntägige Brot- und Mehlkarte aufgelassen. Brot ist in der bisherigen Weise nur auf Grund der Wiener Brotbezugskarte erhältlich. Von diesem Tage an darf Brot nur in Laiben von 1260 g erzeugt und zum Verkaufe gebracht werden. Jede brotbezugsberechtigte Person, auch jeder Inhaber einer sogenannten Junggesellenbrotkarte hat Anspruch auf wöchentlich einen solchen Laib. Schwerearbeiter erhalten wöchentlich $\frac{3}{4}$ Laibe als Zusatz. Die einer Einzelperson oder dem Haushalte gebührende Wochenmenge Brot in Laiben und Viertellaiben wird von den Brot-Kommissionen in den Brotbezugskarten sowie in deren Bestell- beziehungsweise Kontrollabschnitten amtlich mit Buchstaben eingetragen. Die Brotverkäufer sind verpflichtet, die Kundenlisten auf Grund der Brotbezugskarten in der bisherigen Weise zu führen. Brotverkäufer, welche nicht gleichzeitig Brot-Erzeuger sind, werden hiemit nachdrücklichst verpflichtet, auf der Brotbezugskarte, sowie auf der Rückseite des Bestell- beziehungsweise Kontrollabschnittes den Namen und die Adresse des Brot-Erzeugers genau und deutlich zu verzeichnen. Die jeweilig abgegebene Brotmenge ist vom Verkäufer in der Brotbezugskarte zu vermerken. Die Brotbezugskarte hat eine Dauer von 20 Wochen.

II. Mehlbezug.

Zum Bezuge von Mehl für Haushalte und Einzelpersonen, deren Mehlvorräte nicht als mehr 3 kg für jede im Haushalte verköstigte Person betragen, werden wie bisher von der Gemeinde Wien gelbe Mehlbezugskarten für die städtischen Mehlabgabestellen und blaue für die Mehlabgabestellen der Konsumentenorganisationen mit einer 20wöchigen Laufzeit zur Ausgabe gebracht. Für jede mehlbezugsberechtigte Person wird bei der

Kartenausgabe eine Mehlkarte beigelegt, welche auf 5 Doppelwochen lautet und für jede Woche 5 Abschnitte zu je 50 g Mehl (Mahlprodukte) enthält. Jede Person, welche zum Bezuge von Störbrotmehl berechtigt ist, erhält eine Störbrotmehlkarte, die sonst gleich der Mehlkarte ist, jedoch außerdem noch 10 Wochenabschnitte zu je 900 g Mehl enthält, welches der Inhaber anstatt Brot zu beziehen berechtigt ist.

Der Mehlbezug ist nur mittels der Mehlbezugskarte unter gleichzeitiger Vorweisung der Mehl- beziehungsweise Störbrotmehlkarten gestattet.

Die Inhaber sogenannter Junggesellenkarten erhalten eine Mehlkarte, auf Grund derer sie in der Lage sind, Mehlspeisen in Gasthäusern zu sich zu nehmen, beziehungsweise in Kriegsküchen die geforderten Mehlabchnitte abzugeben. Eine Mehlbezugskarte erhalten sie nicht. Im Falle sie in den Mehlbezug treten wollen, erhalten sie über Verlangen eine gelbe oder blaue Mehlbezugskarte.

Über den Vorgang bei der Abtrennung der Mehlkartenabschnitte in den Mehlabgabestellen sowie in den Kriegsküchen ergehen besondere Weisungen an diese. In Gast- und Schankgewerbebetrieben ist für jede Mehlspeise ein halber Abschnitt der Wiener Mehlkarte oder einer in Niederösterreich gültigen Ausweiskarte für der Bezug von Brot oder Mehl durch einen Diagonalschnitt abzutrennen und einzuziehen.

III. Fettbezug.

Es werden wie bisher getrennte Fettkarten für Schwerearbeiter und die anderen fettbezugsberechtigten Personen zur Ausgabe gebracht. Die neuen Fettkarten lauten auf 10 Wochen und enthalten für jede Woche einen Abschnitt für die rationierte Fettmenge und 2 Abschnitte für je eine Hälfte der nichtrationierten Fettmenge. Außerdem enthält jede Karte einen Raum für den Namen und die Adresse des Kartenbesizers, sowie für den Namen, die Adresse und die Nummer der Kundenliste der zuständigen Butterabgabestelle. Die zuständigen Butterabgabestellen werden hiemit verpflichtet, für die ihnen auf Grund der derzeitigen Mehlbezugskarte zugewiesenen Kunden Kundenlisten mit fortlaufenden Zahlen, Namen und Adressen der Kunden, sowie den Zahlen der in Betracht kommenden Fettkarten zu führen. Die an den Fettkarten befindlichen Bestellabschnitte sind in den Butterabgabestellen abzutrennen und entsprechend den Nummern der Kundenliste zu legen und aufzubewahren. Die näheren Weisungen ergehen an die Butterabgabestellen durch das Bezirkswirtschaftsamt Stelle 4.

Die Fettkarte für Kinder wird dadurch hergestellt, daß sämtliche Abschnitte für die nichtrationierte Fettmenge bei den Brot- und Mehl-Kommissionen zur Abtrennung gelangen. Die Ausgabe von besonderen Butterkarten für Erwachsene und Kinder entfällt. Anstatt dieser Karten erhalten die in Betracht kommenden Personen Fettkarten, bei welchen die Abschnitte für die gesamte nichtrationierte Fettmenge zur Abtrennung gebracht worden sind. Für Kinder darf in diesen Fällen aus den eigenen Fettvorräten kein Fett entnommen werden.

Im Sinne der diesbezüglichen Verordnung gelten als Rohfett: Fett von Rindern, Schweinen, Schafen und Geflügel in nicht ausgeschmolzenem Zustande (Fettgewebe); Fettprodukte: Die aus Rohsetten hergestellten Reinfette, Speck in jeder Zubereitung, Butter, Butterschmalz, Pflanzenfett, Margarine

und Kunstspeisefette; Speiseöl: Jede für den menschlichen Genuß in Verwendung genommene Ölgattung.

IV. Lebensmittellarten für Militärurlauber.

Die 3tägige (blaue) Lebensmittellarte für Militärurlauber besißt vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an zwei Abschnitte für je einen Viertellaib Brot, einen Abschnitt für die halbe Wochenmenge Kartoffeln, einen Abschnitt zum Bezuge der Hälfte der rationierten Fettwochenmenge und einen Abschnitt zum Bezuge der Hälfte der nichtrationierten Fettwochenmenge. Die 7tägige (rote) Lebensmittellarte für Militärurlauber hat vier Abschnitte für je einen Viertellaib Brot, einen Abschnitt für 250 g Mehl oder $\frac{1}{4}$ Laib Brot, einen Abschnitt für eine Wochenmenge Kartoffeln, einen Abschnitt für eine Wochenmenge rationiertes Fett, einen Abschnitt für eine Wochenmenge nicht rationiertes Fett, einen Abschnitt für $\frac{1}{8}$ kg Zucker, einen Abschnitt für eine Wochenmenge Rindfleisch und einen mit einem Sterne versehenen Abschnitt, auf welchen derzeit kein Lebensmittel zur Abgabe gelangt.

V.

Diese Verordnung tritt mit dem 12. Mai 1918 in Kraft.

VI.

Übertretungen dieser Verordnungen werden, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt, von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 5000 K oder Arrest bis sechs Monaten bestraft. Wird die Übertretung in Ausübung eines Gewerbes begangen, so kann außerdem auch auf Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 29. April 1918. 1—1

M. Abt. XIII, 92/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Amalia Gräfin Becsey'sche Stiftung für die städtische Feuerwehr.

Berteilt werden: 1510 K als einmalige Unterstützungen oder Renten.

Zur Bewerbung sind berufen: Im Dienste verunglückte Mitglieder der städtischen Feuerwehr, beziehungsweise deren bedürftige Familien.

Dem Gesuche sind beizuschließen: Tauf(Geburt)schein, allenfalls auch Trauungsschein, Taufzettel der Kinder, Heimatschein, Armutzeugnis.

Einreichsstelle: Das städtische Feuerwehr-Kommando, I., Am Hof.

Einreichungsfrist: Bis 28. Juni 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 16. April 1918. 2—3

M. Abt. XIII, 804/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Siechenstiftung

der Gemeinden des ehemaligen Gerichtsbezirkes Hiesing mit
Anschluß von Inzersdorf.

Berliehen werden: 1000 K in Teilbeträgen von je 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige Arme, welche im Gebiete des XIII. Bezirkes oder in den gegenwärtig dem XII. Bezirke einverleibten ehemaligen Gemeinden Hezendorf oder Altmannsdorf wohnen oder gewohnt haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein und armenärztliches Zeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 15. Mai 1918.

Verleihungstag: Im August 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. März 1918. 1—3

M. Abt. XIII, 1059/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Moorhof'sche Waisenstiftung

Berliehen werden: 4000 K in Teilbeträgen von 200 bis 600 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige Waisenkinder, insbesondere jene, welche nach erreichtem 14. Lebensjahre aus der Versorgung der Gemeinde Wien zu treten haben, und zwar:

Zunächst die aus den städtischen Waisenhäusern austretenden Waisen, sodann in weiterer Linie überhaupt die in der Versorgung der Gemeinde Wien stehenden Waisen, alle, insofern sie einer weiteren Unterstützung besonders bedürftig sind.

Die Verleihung erfolgt nach Maßgabe des Bedürfnisses ein- für allemal zum Zwecke einer bleibenden Versorgung oder beim Antritte eines Gewerbes oder zur Fortsetzung der Ausbildung durch Verleihung von Stipendien bis zur Vollenbung der bezüglichen Studien.

Die Höhe und Dauer der Unterstützung richtet sich nach der Dürftigkeit und Würdigkeit der Waisen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Zuständigkeitsnachweis, letztes Schulzeugnis, Nachweis der Verwaisung, Vormundschafts-Dekret.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. April 1918. 3—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 38.

Freitag den 10. Mai 1918.

Jahrgang XXVII.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367

Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.

Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler A.-G., I., Schulerstraße 11.

Bezirksvertretungen

(XVIII. Gemeindebezirk, Währing.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung
Währing vom 15. Februar 1918.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher kais. Rat Anton Baumann.

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Friedrich Haroldt.

Mitteilungen.

Lola v. Hunkar und Rene v. Beretvas haben den Betrag von 10 K und Frau Luise Kwapil den Betrag von 200 K für Zwecke der Handbeteiligung von Armen des XVIII. Bezirkes durch den Bezirksvorsteher gespendet.

Es wird beschlossen, den Vorgenannten namens der Bezirksvertretung den Dank auszusprechen.

Einlauf.

(88.) Zuschrift des Arbeiterfürsorgeamtes der Stadt Wien, betreffend Einschränkung der Dienstvermittlungs-Konzessionen mit Rücksicht auf den Bestand der Dienstvermittlungsstellen der Gemeinde Wien.

(418.) Zuschrift des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Kartoffelabgabestelle, betreffend die Überlassung von Kartoffeln an die öffentliche Standplätze innehabenden Kartoffelbratofenbesitzer.

(435.) Zuschrift des Volksbekleidungsamtes der k. k. n.-ö. Statthaltereie, betreffend die Schaffung von Abgabestellen für Volksschuhe im XVIII. Bezirke.

(477.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV vom 21. Jänner 1918, Z. 60, betreffend das Ergebnis der kommissionellen Verhandlung vom 19. Jänner 1918 über die Aufstellung von Telefonsäulen im XVIII. Bezirke, Celtesgasse, Salmannsdorferstraße, Keilwerthgasse und Sulzweg.

(524.) Zuschrift des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle VI, Z. 20254/17, betreffend Rundmachung über die Abgabe von Marmelade an Verbraucher in der Zeit vom 12. bis 16. Februar 1918.

(460.) Zuschrift des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle V, vom 29. Jänner 1918, Z. 959, Rundmachung, betreffend die Kohlenabgabe im Monate Februar 1918.

(573.) Zuschrift der Magistrats-Direktion vom 7. Februar 1918, Z. 415, betreffend die Widerrufung gegenstandslos gewordener Requisitionen über die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse von in Wien wohnhaften Personen in Verpflegskostenachen seitens der Verwaltungen der öffentlichen Kranken- und Humanitätsanstalten.

(517.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III vom 6. Februar 1918, Z. 4939/17, betreffend Stellungnahme zu dem Ansuchen des Romeo Trost um Verlängerung, beziehungsweise Abänderung des Pachtvertrages für die Gastwirtschaft im Türkenschanzparke.

(3652/17.) Zuschrift des I. I. Platz-Kommandos in Wien vom 7. November 1917, Z. 54635, betreffend die Anweisung der Militärpolizei-Abteilung für den XVIII. Bezirk zur Einrichtung eines regen Patrouillendienstes im XVIII. Bezirke, namentlich in den Abendstunden und zur Nachtzeit.

(3661/17.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV vom 20. November 1917, Z. 3046, betreffend die ganznächtlige Inbetriebhaltung der vor dem Hause XVIII., Julienstraße 4, befindlichen vormitternächtligen Gasflamme Nr. 1667 und Wechsel der Brenndauer zwischen der ganznächtigen Flamme Nr. 1668 und der halbnächtigen Flamme Nr. 1669.

(3659/17.) Zuschrift der Magistrats-Direktion vom 21. November 1917, Z. 7908/17, betreffend Erfolgslassung der Transanalvergütung an eingerückte städtische Angestellte des Ggistenstandes.

(3658/17.) Zuschrift der Magistrats-Direktion vom 21. November 1917, Z. 8399, betreffend Verlegung der Bulowinaer Landesregierung von Prag nach Stanislau.

(302.) Zuschrift des Kriegshilfsbureaus des I. I. Ministeriums des Innern, Z. 5777, betreffend Subskription des vom Kriegshilfsbureau herausgegebenen offiziellen Kalenders pro 1918.

(385.) Zuschrift der Bezirksvertretung des VIII. Bezirkes vom 24. Jänner 1918, Z. 5/1/18, betreffend einheitliches Vorgehen sämtlicher Bezirksvertretungen hinsichtlich der Erhebungen über Ansuchen um Bewilligung von Ausverkäufen.

(2498/17.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV vom 7. Dezember 1917, Z. 3644/17, betreffend die Äußerung des Stadtbauamtes über die Inbetriebsetzung einer Gaslaterne vor der Badeanstalt der Minna Thie, XVIII., Michaelerstraße 14.

(438.) Bericht des Oberlehrers Johann Hron, Leiter der Schul-Kriegsgemüsegärten über das Erntergebnis im Bezirk Währing im Jahre 1917.

Vorstehende Geschäftsstücke werden zur Kenntnis genommen.

H.-H. Sinner bemerkte mit Beziehung auf die Zuschrift des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Kartoffelabgabestelle, betreffend die Überlassung von Kartoffeln an Kartoffelbratofenbesitzer, es sei denselben ein besonderes Augenmerk, beziehungsweise Überwachung zuzuwenden, da es vorgekommen sei, daß dieselben mit den bezogenen Kartoffeln einen Schleichhandel betreiben und dieselben mit einem höheren Gewinn verkaufen.

Dem Oberlehrer Hron, Leiter der Schul-Kriegsgemüsegärten Währings, wird für den Erfolg bei dem Betrieb der Schul-Kriegsgemüsegärten und seine Mühewaltung die lobende Anerkennung ausgesprochen.

Anträge.

(627.) Antrag des **H.-H. Gril**: Der Herr Bezirksvorsteher wird gebeten, dahin zu wirken, daß der Weg in die Glanzinggasse zum Mutter Schuhhaus mit Holzstufen und Seitengeländer versehen wird.

(628.) Antrag des **H.-H. Spacil**: Es pflegen häufig Fälle vorzukommen, daß nach der üblichen Ausgabe frischer Bezugs- und Einkaufsscheine an die Bevölkerung Parteien bei den zuständigen Brot-Kommissionen erscheinen und Klage darüber führen, daß beim Öffnen der durch die Kommissionen verschlossenen Briefumschläge ein oder der andere Schein darin nicht enthalten war.

Wie nun üblich, werden diese Reklamationen in der Regel mit der Begründung, die Möglichkeit eines Versehens der betreffenden Lehrperson sei ausgeschlossen, zurückgewiesen.

Nun ist es wohl nicht ausgeschlossen, daß in manchen Fällen die Reklamationen fälschliche sind und möglicherweise dazu dienen sollen, den Reklamanten in unrechtmäßiger Weise Vorteile zu beschaffen, es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß sich die betreffende Lehrperson bei der primitiven und unkontrollierten Abfertigung der Briefumschläge ab und zu irren kann.

Es wird auf einen solchen besonderen Fall verwiesen.

Zur Vermeidung derartiger Unzulänglichkeiten bei der Ausgabe der Lebensmittelbezugscheine wird nun beantragt, es möge eine zweckdienliche, entsprechende Kontrolle eingeführt werden, sowie den beiden verkürzten Parteien voller Ersatz ehebaldigst zuteil werden.

Vorstehender Antrag wurde einstimmig angenommen.

(629.) Antrag des **H.-H. Samatsch**: Wiederholt kommen Klagen seitens der Frauen vor, daß auf den Marktplätzen in den Bezirken keine Lebensmittel vorhanden sind, weil angeblich alle Lebensmittel nur in der Großmarkthalle verkauft werden.

Die Beschwerden häufen sich unzählig und wenn Frauen irgend welche Beschwerden vorbringen, werden sie stets mit der Begründung abgewiesen, „man kann nichts machen, wenden Sie sich an die Zentrale“.

Der Gefertigte stellt demnach an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister die Bitte, bei den maßgebenden Stellen energisch dahin zu wirken, daß die Lebensmittel angekauft und womöglich auf die Märkte, beziehungsweise an die Geschäftsleute übermittelt werden.

Vorstehender Antrag wurde einstimmig angenommen.

(630.) **H.-H. Samatsch** stellt den weiteren Antrag:

Mit Bezug auf die im Gemeinderate gestellte Interpellation bezüglich Anlauf von Möbeln und Wohnungseinrichtungsstücken für Unbemittelte, erlauben wir uns aufmerksam zu machen, daß in der gegenwärtigen Zeit viele derartige Möbelstücke von den jüdischen Erbdöllern um einen Spottpreis angekauft werden.

Es wäre daher angezeigt, daß die Gemeinde derartige Einrichtungsstücke selbst ankauft, damit sie an jung verheiratete Eheleute, namentlich jene, welche aus dem Felde zurückkommen werden, um einen billigen Preis abgegeben werden könnten.

Vorstehender Antrag wurde einstimmig angenommen.

(619.) **H.-H. Niedner** stellt nachfolgenden Antrag:

Es ist höchste Zeit, daß der schöne Naturgarten ehemaliger Czatoriskypark von maßgebender Behörde in Schutz genommen werde. Vor einiger Zeit hat der Herr Bezirksvorsteher wohl Veranlassung getroffen, über welche ein Solalagenschein abgehalten wurde, um der Demolierung derselben Einhalt zu tun. Leider aber ist bis jetzt noch nichts geschehen, der Park ist derzeit von seiner Einfriedung ganz entblößt, so daß derselbe jetzt von jedermann betreten werden kann und Bäume und Gesträucher von Holzdieben entfernt werden. Von einem Anbau eines Kriegsgemüsegartens durch den Knabenbeschäftigungsverein „Pestalozzi“, beziehungsweise durch den Knabenhort kann unter den derzeitigen Verhältnissen heuer keine Rede sein.

In Erwägung aller angeführten Tatsachen wird dringend ersucht, an maßgebender Stelle dahin zu wirken, daß die angeführten

Mißstände abgestellt und dem zukünftigen Naturpark mehr Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(689.) **B.-R. Sedlak** stellt nachfolgenden Antrag:

Dr. Julius Rader ist seit Februar 1890 in Wien im Bezirke Währing als praktischer Arzt tätig. Er hat in dieser Zeit lebhaften Anteil an allen den Bezirk betreffenden wirtschaftlichen und politischen Fragen genommen und ist wohl einer der vollstümlichsten Männer im XVIII. Wiener Gemeindebezirke. Sein Verhalten als Arzt und Mensch hat ihm die Zuneigung weitester Kreise gesichert. Geachtet und geehrt lebt Dr. Julius Rader seit 28 Jahren im Bezirke Währing. Mit Kriegsausbruch trat Dr. Julius Rader, obwohl schon damals 64 Jahre alt, in den Heeresdienst und wurde mit der Leitung eines Spitals in Przemyśl betraut. Er hat die erste Belagerung der Festung mitgemacht und so im wahren Sinne des Wortes als 64jähriger Arzt Frontdienst geleistet. Vor Beginn der zweiten Belagerung kam Dr. Julius Rader nach Wien und steht seitdem im Meidlinger Kriegsspital Nr. 4 als Arzt in militärischer Verwendung. Daß dies Herrn Dr. Julius Rader nicht unbedeutende materielle Opfer auferlegt, ist selbstverständlich. Er trägt sie als vaterländisch gesinnter Mann gerne. Ihm deswegen Anerkennung zu zollen, dünkt der Bezirksvertretung von Währing als Pflicht der staatlichen Verwaltung.

Darum wird beantragt:

Seine Exzellenz Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner wird dringend gebeten, sich an zuständiger Stelle nachdrücklich dafür einzusetzen, daß Herrn Dr. Julius Rader der Titel eines Medizinalrates zum Zeichen der Anerkennung seines überaus verdienstvollen Wirkens als Arzt vor und während des Krieges verliehen werde.

Vorstehender Antrag wurde einstimmig angenommen.

Es wurden hierauf nachstehende Referate erstattet:

(122.) **B.-R. Auger**: Gustav Krüßner, Leiter der Knabenbeschäftigungsanstalt „Pestalozzi“, XVIII., Cottagegasse 17, um Gewährung einer Subvention.

Der Antrag auf Gewährung einer Subvention in der bisherigen Höhe (500 K) wurde einstimmig angenommen.

(3464/17.) **B.-R. Schiner**: Antrag des Ortschulrates des VI. Bezirkes, betreffend die Vermehrung der IV. Bürgerchulklassen für Mädchen.

Der Antrag, die Bezirksvertretung Währing wolle sich dem Beschlusse des Ortschulrates des VI. Bezirkes im Gegenstande anschließen, wurde einstimmig angenommen.

(318.) **B.-R. Dr. Odehnal**: Zuschrift der Magistrats-Abteilung II vom 12. Jänner 1918, Z. 176, betreffend die Aufstellung des Hauptvoranschlages für das Verwaltungsjahr 1918/19.

Derselbe führte aus:

Bevor ich die einzelnen Ziffern des Hauptvoranschlages zur Kenntnis bringe, muß ich bemerken, daß bei denjenigen Posten, bei welchen die Ziffern in der vorjährigen Höhe angesetzt erscheinen, auf die prozentuelle Erhöhung, welche durch die derzeit bestehenden Kriegsverhältnisse bedingt ist, keine Rücksicht genommen wurde. Wenn der Vorschlag angenommen wird, wäre an die betreffende Magistrats-Abteilung das Ersuchen zu stellen, daß seitens derselben

jene prozentuellen Zuschläge gemacht werden, welche eben nach den einzelnen Posten vorgeschrieben und erforderlich sind.

Ich will auf die einzelnen Posten jeder Verwaltungspruppe nicht näher eingehen und nur das Gesamterfordernis derselben bekanntgeben.

Das Gesamterfordernis für die einzelnen Verwaltungsgruppen beziffert sich auf 3,107.756 K.

Der Antrag auf Annahme des Hauptvoranschlages 1918/19 wurde einstimmig angenommen und dem Referenten für seine mühevollen Vorarbeiten der Dank ausgesprochen.

Armenratswahl.

Es wurde sodann die Ergänzungswahl von sechs Armenräten den XVIII. Bezirkes vorgenommen.

(608.) Es wurden 20 gleichlautende Stimmzettel lautend auf nachstehende Herren abgegeben:

Karl Schanz, Oberlehrer, Schöffelgasse 27.

Karl Ritter v. Barry, Inspektor der k. k. österreichischen Staatsbahnen i. P., Martinsstraße 83.

Mois Dechant, Kooperator, Maynollogasse 3.

Adolf Peter, Architekt und Hausbesitzer, Weinbauergasse 5.

Josef Angster, Exekutionsamts-Ober-Offizial, Rutschlergasse 20.

Franz Frank, Kaufmann, Herbedstraße 78.

Als Stimmzähler fungierten über Ersuchen des Vorsitzenden die B.-R. Binowek und Endlicher.

Es erscheinen sonach die angeführten Herren zu Armenräten des XVIII. Bezirkes für die Funktionsperiode bis 31. Dezember 1919 gewählt.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

(VI. Gemeindebezirk, Mariahilf.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 21. Februar 1918.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Wolfgang Pirnbacher**.

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Karl Sallaba.

Nach Begrüßung der Anwesenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit eröffnet der **Vorsitzende** die Sitzung.

Die Verhandlungsschrift der öffentlichen Sitzung vom 24. Jänner 1918 wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

(198.) Zuschrift der Magistrats-Direktion vom 7. Februar 1918, worin mitgeteilt wird, daß die Verwaltungen der öffentlichen Kranken-, Gebär-, Findel- und Irrenanstalten mittels dortamtlicher Note ersucht wurden, die Requisitionen von in Wien wohnhaften Personen, falls sie durch mittlerweile erfolgte Einzahlung der Verpflegskosten gegenstandslos geworden sind, stets sofort zu widerrufen,

um den Bezirksvorstellungen unnütze Arbeit und mitunter peinliche Erhebungen zu ersparen.

(97.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung II, betreffend die Übermittlung der Vorlagen und Anträge zum Hauptvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1918/19. Laut eingeholter Äußerung des Stadtbauamtes beschränken sich die Anträge im Hinblick auf die jetzt erschwerte Durchführungsmöglichkeit nur auf Folgendes:

Neupflasterungen:

1. Mariahilfergürtel von der Mittelgasse bis Wallgasse 25.000 K,
2. Mittelgasse (Wallgasse bis Gürtel) 20.000 K,
3. Mollardgasse nächst der Feuerwache 10.000 K.

Umpflasterungen:

4. Stumpergasse (Siniengasse bis Schmalzhofgasse) 50.000 K.

(222.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung I, betreffend die Neuwahlen der Vertrauens- und Ersatzmänner für die Gemeindevermittlungskämter.

Es wurden für den VI. Bezirk gewählt:

Als Vertrauensmänner:

- Johann Bockhorni, Bezirksrat, Grasgasse 3.
 Rudolf Broneder, Bezirksrat, Hirschengasse 15.
 Wolfgang Dirnbacher, Bezirksvorsteher, Hirschengasse 1.
 Franz Lauback, kaiserl. Rat, Gemeinderat, Mariahilferstraße 95.
 Eduard Müller, Tuchhändler, Damböckgasse 2.
 Franz Schwarz, Gemeinderat, Linke Wienzeile 158.
 Josef Späthe, Bezirksrat, Barnabitenngasse 3.
 Ludwig Stark, Kaufmann, Brauergasse 3.

Als Ersatzmänner:

- Edmund Bachmann, kaiserl. Rat, Fabrikant, Gumpendorferstraße 88.
 Franz Göbl, Wandagist, Gumpendorferstraße 83.
 Franz Pfaller, Bezirksrat, Schadelgasse 8.
 Johann Stoppel, Architekt und Baumeister, Corneliusgasse 2.

Weiters wurde in der genannten Zuschrift ersucht, für den verstorbenen Franz Späthe einen Vorschlag für eine neu vorzunehmende Ersatzwahl zu erstatten.

B.-B. Dirnbacher beantragt, hiefür Herrn

Karl Dörr, l. u. l. Hof-Klavierfabrikant, Hofmühlgasse 3, namhaft zu machen.

Angenommen.

B.-B. Grandauer führt Klage darüber, daß bei dem Hause Worellstraße 3, in welchem sich der Betrieb des Zigarettenhilfs- Erzeugers Am bor befindet, fast dreimal wöchentlich der Bürgersteig dertart mit Risten und Schachteln tagsüber verlegt ist, daß man nicht gehen kann und stets gezwungen ist, den Umweg über die lotige Straße zu nehmen.

B.-B. Dirnbacher verspricht, sich diesbezüglich mit der Polizeibehörde ins Einvernehmen zu setzen.

B.-B. Zettel stellt hierauf folgenden Antrag, von welchem auch die übrigen Bezirksvertretungen Wiens in Kenntnis zu setzen wären:

Die schon aufs Äußerste gestiegene Lebensmittelknappheit sowie die schier unmögliche Beschaffung notwendiger Bedarfsartikel drängen unwillkürlich dazu, nach den Ursachen dieser Zustände zu forschen, und da ergibt sich als eine der Hauptursachen, die nicht mehr zu verantwortende Duldung jener Flüchtlinge, die sich hier weniger darum aufhalten, um einen gastlichen Unterstand zu finden, sondern vielmehr die Gastfreundschaft dazu ausnützen, um auf Kosten der heimischen Bevölkerung mehr oder weniger unlautere Geschäfte zu treiben. Nicht allein, daß diese Flüchtlinge unsere Versorgung mit den notwendigsten Nahrungsmitteln beeinträchtigen, ist es auch ein Großteil derselben, der, wie die Gerichtsverhandlungen zur Genüge beweisen, sich durch Schleiß- und Kettenhandel eine ergiebige Einnahmsquelle zu schaffen weiß.

Ein weiterer, durch die Flüchtlinge geschaffener Übelstand ist die Wohnungsnot in Wien.

Es ist leider eine nicht genug zu beklagende Tatsache, daß nicht bloß die zur Umsiedlung genötigte, sesshafte Bevölkerung, sowie die aus der Provinz notgedrungen zusiedelnden Parteien, sondern auch die zu vorübergehendem Aufenthalte nach Wien kommenden Reisenden entweder gar nicht oder nur unter äußerst erschwerenden Umständen Quartier finden können, weil ein ganz beträchtlicher Teil von privaten Wohnungen und Hotelwohnräumen in festen Händen solcher Flüchtlinge sind, die sich hier ständig oder längere Zeit aufhalten, ohne daß man weiß, welcher Art von unkontrollierbaren Geschäften sie nachgehen.

Es wäre daher im höchsten Interesse der heimischen Bevölkerung, daß diese Wohnungen und insbesondere aber deren Inhaber einer strengen Kontrolle unterzogen würden und daß in allen Fällen, wo es sich herausstellt, daß der Aufenthalt der betreffenden Parteien nicht begründet, ja sogar mit Nachteilen für die sesshafte Bevölkerung verbunden ist, diese unverzüglich in ihre Heimat abgeschoben werden.

Unter lebhafter Zustimmung angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

(III. Gemeindebezirk, Landstraße.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 28. Februar 1918.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Paul Spitaler**.

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Josef Fischer.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Aufnahmeschrift der am 24. Februar 1917 abgehaltenen Sitzung, welche zur Einsichtnahme aufliegt, wird genehmigt.

Der Geschäftsausweis für den Monat Jänner 1918 wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

B.-F. St. Spitaler verweist auf die aufliegenden Werbebogen für den Militärwitwen- und Waisenfond. An der Spitze des Zweigvereines „Stadt Wien“ stehe Seine Exzellenz der Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner. Der Vorsitzende richtete an alle Anwesenden die Bitte, den Verein mit allen Kräften zu fördern, da er ja den Zweck verfolge, die Not der durch den Krieg am härtesten Betroffenen zu lindern. Die gründende Versammlung der Bezirksstelle Landstraße werde demnächst stattfinden. Beitrittserklärungen werden jedoch gegenwärtig schon in der Gemeindebezirkskanzlei entgegengenommen.

Einlauf.

(586.) Dank schreiben des niederösterreichischen Landes-Ausschusses für die Bemühungen der Bezirksvertretung anlässlich des Vorschlages von 33 Gewerbetreibenden für die Weihnachtsspende 1917. Es wurden 8 Gewerbetreibende mit je 100 K., 25 mit je 50 K. beteiligt.

(333.) Ausweis der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien für den Monat Jänner 1918.

(461.) Zuschrift der Magistrats-Direktion, betreffend die rechtzeitige Verständigung der Bezirksvorstellungen durch die öffentlichen Krankenanstalten von der Bezahlung der Verpflegskosten.

(232.) Ersuchen des Wirtschaftsamtes der Stadt Wien an die Gemeinde-, Bezirks- und Armenräte, das angesammelte Altpapier an das magistratische Bezirksamt abzugeben.

(302.) Das Volksbekleidungsamt der k. k. n.-ö. Statthalterei gibt die Abgabestellen für Volksschuhe im III. Bezirke bekannt.

B.-F. Fekete, der selbst eine solche Abgabestelle übernommen hat, teilt mit, daß bisher leider keine Schuhe geliefert worden seien.

(585.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend die Verlegung von Fernsprechkabeln.

(463.) Die Magistrats-Abteilung V übermitteln die Kundmachung der k. k. Polizei-Direktion, betreffend die Sperrung des Fußweges und der Durchfahrt durch den Frachtenbahnhof des Ostbahnhofes.

(492.) Die Magistrats-Abteilung V übermitteln die Verhandlungsschrift, betreffend den Umbau der Sophienbrücke. Von der Errichtung einer Notbrücke (für die Dauer des Umbaus) soll abgesehen und die bestehende Brücke flußaufwärts um etwa 26 m verschoben werden, was innerhalb 2 bis 3 Tagen möglich sein soll.

(423.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IX, betreffend die Neuwahl des Fischereirevier-Ausschusses II, Wien.

(485, 486.) Zuschriften der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend die Erhöhung der Vergütung für die Militärbequartierung in den Hotels Gabriel und Magler.

Sämtliche Geschäftsstücke des Einlaufes werden zur Kenntnis genommen.

Anträge.

(238.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Josefstadt, betreffend die strenge Prüfung der Gründe bei Ansuchen um Ausverkaufsbewilligungen, da sich bereits ein Fall ereignete, in welchem

der Ausverkauf nur zur Abstoßung der angehäuften Waren zu überhöhen Preisen, somit nur für spekulative Zwecke dienen sollte. Dem Antrage wird zugestimmt.

B.-F. Fekete verweist auf die Mitteilung des Herrn Bürgermeisters in der Gemeinderats-Sitzung vom 27. Februar 1918, daß für die Mätze-Erzeugung 100 Waggons Weizenmehl vom Amte für Volksernährung beigestellt werden. Dieses Vorgehen müsse die übrige Bevölkerung empören, welche zu den höchsten Feiertagen nicht einmal genügend Schwarzbrot zu essen habe und eine Menge von kleieähnlichem Mehl erhalte, das nicht einmal zum Einbrennen ausreiche. Redner ersucht die Bezirksvertretung um Stellungnahme.

B.-F. Spitaler beantragt, dem Herrn Bürgermeister die Zustimmung zu seiner Antwort auf die Anfrage des Gem.-Rates Gussenbauer in der Gemeinderats-Sitzung vom 27. Februar 1918 auszudrücken und die Enttäuschung darüber auszusprechen, daß trotz der herrschenden Kriegsnot ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung ungerechtfertigterweise bevorzugt werde.

Der Antrag wird mit Stimmeinhelligkeit angenommen.

B.-F. Sellmann beantragt, den Beschluß als Rund-Antrag sämtlichen Bezirksvertretungen zugehen zu lassen.
Angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Josef Wild'sche Ayl-Stiftung.

Verwaltungsbericht des Wiener Magistrates vom 2. Mai 1918, M. Abt. XIII, 1025/18, über das Verwaltungsjahr vom 1. Juli 1916 bis 30. Juni 1917.

Diese Stiftung wurde von dem am 2. Mai 1887 in Mauer bei Wien verstorbenen Realitätenbesitzer und emerit. Gymnasial-Professor Herrn Josef Wild errichtet.

Zweck der Stiftung ist die Gründung und Erhaltung eines Ayles zur Unterbringung und Verköstigung nachbezeichneter Personen:

A. Bedürftiger Personen, die in einem der Wiener Spitäler Heilung gesucht haben und daraus entlassen wurden;

B. nach Wien zugereister, vermögensloser Personen, die daselbst Arbeit suchen;

C. von Personen, die ihren Ernährer verloren haben und zu ihrem Unterhalte kein genügendes Vermögen besitzen.

Die zur Universalerin eingesetzte Stiftung erhielt nach Durchführung der Verlassenschaftsabhandlung ein Kapital von 127.385 fl. 82 kr. (Stand vom 31. Dezember 1893).

Im Sinne des Testamentes des Stifters wurde mit der Durchführung der Stiftung durch einen Zeitraum von 15 Jahren nach seinem Ableben zugewartet und bis zum Jahre 1902 das Erträgnis des Stiftungskapitales zur Vergrößerung desselben verwendet.

Im Jahre 1903 hat die Gemeinde Wien der Stiftung einen dem städtischen Versorgungsheime in Lainz benachbarten Grund

an der Jagdschloßgasse um den Betrag von 10.000 K zur Verfügung gestellt und hierauf das Asylhaus erbaut.

Die Gesamtbaukosten einschließlich jener für die Inneneinrichtung betragen 115.247 K 57 h, die Kosten der Gartenanlage 1500 K.

Diese beiden Summen einschließlich des Grundpreises wurden von der Stiftung in den Jahren 1903 bis 1908 teils aus dem vorhandenen Kassareste, teils aus dem Erlöse für veräußerte Wertpapiere beglichen.

Das Stiftungshaus, das im Sinne der letztwilligen Anordnung des Stifters in Goldlettern die Aufschrift „Josef Wild'sches Stiftungshaus“ trägt, hat einen Fassungsraum für mindestens 50 Betten und wurde am 13. Jänner 1905 feierlich eröffnet.

Die Gemeinde Wien bestreitet aus dem eigenen Vermögen, beziehungsweise aus den Geldern des Wiener allgemeinen Versorgungsfonds vorstufweise die gesamte Regie, insbesondere die Kosten der Erhaltung, Beleuchtung und Reinigung des Gebäudes, der Erhaltung und des Ersatzes der Einrichtung sowie der Verpflegung der Stifflinge durch die Küche des Versorgungsheimes gegen nachträglichen Ersatz der vom Wiener Stadt- und Gemeinderate bestimmten jeweiligen Verpflegungsgebühr aus den Interessen des Stiftungskapitales.

Die zur Zeit der Eröffnung des Stiftungshauses vorhandenen Geldmittel der Stiftung gestatteten derselben nur 15 Betten für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen, während die restlichen 35 Betten im Sinne des Stiftbriefes auf Kündigung der Gemeinde Wien zur Belegung mit Versorgungshauspfleglingen gegen eine an die Stiftung zahlbare Abnutzungsgebühr von 100 K pro Jahr und Bett überlassen wurden.

Diese von den eigenen Geldern an die Stiftung abgeführten Abnutzungsgebühren wurden im Sinne des Stiftbriefes zur Vermehrung der Stifftbetten verwendet, so daß aus den Erträgen des vermehrten Stiftungskapitales seit 1. Jänner 1914 von den 50 Betten des Asylhauses 21 von der Stiftung selbst erhalten werden können.

Aus den Stiftungsinteressen wird mit Genehmigung der k. k. n.-ö. Statthalterei ein Baufond angesammelt in der Weise, daß jährlich ein Betrag von 400 K Nominale eines Wiener Kommunal-Anlehens aus den Zinsen des Stiftungskapitales erworben und solange auf Zinsen und Zinseszinsen fruchtbringend angelegt wird, bis ein Fond in der Höhe von 120.000 K angesammelt ist. Für diesen Baufond besteht ein eigenes Konto, das vom sogenannten Hauptkonto, auf welchem das zur Bedeckung der Personalauslagen bestimmte Kapital verrechnet wird, getrennt ist.

Die Aufnahme der Pfleglinge in die Anstalt geschieht durch die Magistrats-Abteilungen XI und XI b für die Armenpflege.

Im Verwaltungsjahre 1916/17 wurden im Josef Wild'schen Stiftungshause 56 Männer und 75 Frauen, zusammen 131 Personen durch insgesamt 5295 Tage verpflegt.

Gegenüber dem Vorjahre (40 Männer und 80 Frauen, zusammen 120 Personen durch 4190 Tage) ergab sich somit eine Erhöhung der Personenzahl um 11 und der Verpflegstage um 1105. Die stärkere Inanspruchnahme der Stiftung in den letzten Jahren ist hauptsächlich auf die Zuweisung einer größeren Anzahl von Melonvalezenten aus dem Kaiser Franz Josef-Jubiläumspitale der Gemeinde Wien zurückzuführen.

Die Kosten für die Verpflegung der Stifflinge (2 K 50 h, seit 1. März 1917 3 K 50 h per Kopf und Tag) betragen im Berichtsjahre 14.476 K 50 h. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahre (10.030 K) per 4446 K 50 h erklärt sich zum Teile durch die Erhöhung der Verpflegungsgebühr, insbesondere aber durch die bedeutend größere Anzahl der Verpflegstage.

Das Stiftungsvermögen bestand zu Beginn des Verwaltungsjahres 1916/17:

1. Aus dem Stiftungshause samt Gartenanlage und Einrichtung im Bau- und Inventarwerte von	126.800 K — h
2. Aus dem Vermögen auf dem Hauptkonto, und zwar:	
a) in Barem	10.529 „ 65 „
b) in Wertpapieren	474.752 „ 36 „
3. Aus dem Vermögen auf dem Baufondskonto, und zwar:	
a) Bar	78 „ 67 „
b) in Wertpapieren	5.504 „ 33 „
zusammen .	617.665 K 01 h

Die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungsjahre 1916/17 ergaben folgendes Bild:

A. Hauptkonto.

I. Bargeldgebarung.

a) Empfang:

1. Erträgnis der eigentlichen Wertpapiere dieses Kontos (mit Ausschluß der nicht behobenen, sondern jeweils dem Kapitale zugeschriebenen Zinsen der Sparkassabücher)	22.663 K 65 h
2. Erlös für verlorste Wertpapiere	100 „ — „
3. Kursgewinn bei Umtausch von 20 000 K Kriegsanleihe	1.320 „ — „
4. Abnutzungsgebühr für 29 Stifftbetten, die der Gemeinde Wien zur Belegung mit Versorgungshauspfleglingen überlassen waren, zu 100 K für das Bett und Jahr	2.900 „ — „
5. durch Entnahme aus Spareinlagen	10.000 „ — „
Empfang .	36.983 K 65 h

b) Ausgaben.

1. Zum Ankaufe von Wertpapieren	8.535 K 26 h
2. Einlage in die Wiener Zentral-Sparkassa	16.047 „ 05 „
3. An Verpflegskosten für untergebrachte Stifflinge für die Zeit vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916	10.030 „ — „
4. Verwaltungskostenbeitrag 1916/17	2.266 „ 37 „
5. Kundmachungsauslagen	36 „ 60 „
Ausgaben . .	36.915 K 28 h
Sonach Barüberschuß	68 K 37 h

II. Wertpapiere.

a) Empfang.

1. Ankauf von Wertpapieren (darunter die bereits im letzten Verwaltungsjahre gezeichnete IV. österreichische Kriegsanleihe per 60.000 K)	89.200 K — h
2. Einlage in die Wiener Zentral-Sparkassa	16.047 „ 05 „
3. Zuge schriebene Sparkassazinsen	116 „ 72 „
Zusammen	105.363 K 77 h

b) Ausgaben.

1. Infolge von Verlosung	100 K — h
2. Umtausch von I. österreicher Kriegsanleihe gegen V.	20.000 „ — „
3. Entnahme aus der Sparkassa	10.000 „ — „
Zusammen	30.100 K — h

Es ergab sich demnach eine Vermehrung der Wertpapiere und Spareinlagen um . . . 75.263 K 77 h

B. Banfondskonto.

I. Bargeldgebarung.

a) Empfang:

Erträgnis der Wertpapiere	220 K — h
-------------------------------------	-----------

b) Ausgaben:

Einlagen in die Sparkassa	208 „ 67 „
Daher Barrest	11 K 33 h

II. Wertpapiere.

a) Empfang:

1. Ankauf von Wertpapieren (vom Hauptkonto)	400 K — h
2. Einlagen in die Sparkassa	208 „ 67 „
Zusammen	608 K 67 h

b) Ausgaben:

Keine.

Schließlicher Vermögensstand:

A. Stiftungshaus samt Garten	126.800 K — h
--	---------------

B. Hauptkonto:

a) Barcaffarest	10.598 „ 02 „
b) Wertpapiere	550.016 „ 13 „

C. Banfondskonto:

a) Barcaffarest	90 „ — „
b) Wertpapiere	6.113 „ — „

Verbot des Verfütterns von grünem Getreide.

Zufolge Auftrages der k. l. n.-ö. Statthalterei wird nachfolgende Ministerial-Verordnung vom 19. Mai 1915, R.-G.-Bl. Nr. 123, hiemit besonders verkündet:

„Verordnung des Ackerbauministers vom 19. Mai 1915, betreffend das Verbot des Verfütterns von grünem Getreide.

§ 1.

Das Verfüttern von grünem, nicht als Mischlingsfutter angebautem Getreide (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste) im abgemähten Zustande oder durch Abweiden ist verboten.

§ 2.

Wenn es infolge besonderer Vorkommnisse, wie Mäusefraß, Auswinterung oder anderer Schäden wirtschaftlich nicht gerechtfertigt wäre, die beschädigte Frucht ausreifen zu lassen, kann die politische Behörde, in deren Gebiet sich das Getreidefeld befindet, nach Anhörung der zuständigen, auf Grund der Ministerial-Verordnung vom 5. August 1914, R.-G.-Bl. Nr. 200, eingesetzten Ernte-Kommission das Verfüttern solchen Getreides bewilligen.

§ 3.

Übertretungen dieser Verordnung werden von den politischen Behörden I. Instanz mit Geldstrafen bis zu 500 K oder mit Arrest bis zu einem Monate geahndet.“

(S. B. N. VII, 942.)

Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien.

April 1918.

Im abgelaufenen Monat April 1918 wurden bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien in der Hauptanstalt und den Zweiganstalten von 33.031 Parteien 20,159.053 K 75 h eingelegt und an 14.826 Parteien 12,170.071 K 47 h rückbezahlt. Der Einlagenstand betrug Ende April 1918 282,477.627 K 22 h.

Im Hypothekendarlehensgeschäfte wurden 79.000 K — h zugezahlt und 155.697 K 40 h rückbezahlt, so daß sich der Stand der Hypothekendarlehen am 30. April 1918 auf 97,622.239 K 92 h belief.

Der Stand der Wertpapiere betrug am 30. April 1918 105,415.900 K — h, an Kassen- und Salinenscheinen besaß die Anstalt am 30. April 1918 2,500.000 K — h.

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim.

April 1918.

Eingelegt von 9307 Parteien	6,398.431 K 15 h
Rückgezahlt an 4647 Parteien	2,934.280 „ 92 „

Mit 30. April 1918 betrug der Stand:

der Gesamteinlagen auf 68.096 Kontos	116,223.672 K 47 h
„ Hypothekendarlehen	55,416.057 „ 89 „
„ Gemeindegeldlehen	3,475.713 „ 33 „
„ Gesamt-Werteffekten	44,401.689 „ 25 „
des Reservefonds	4,062.011 „ 59 „

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals

April 1918.

Einlagen im April von 8392 Parteien . . .	6,021.051 K 20 h
Rückzahlungen an 5247 Parteien . . .	3,783.721 „ 83 „

Stand am 30. April 1918.

Gesamteinlagen auf 58.092 Konti . . .	91,944.734 K 28 h
Hypothekendarlehen . . .	44,930.710 „ 12 „

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing.

In der Zeit vom 1. bis 30. April 1918.

Gesamt-Einlagenstand am Ende des Vormonates . . .	65,265.588 K 90 h
Eingezahlt wurden von 6797 Parteien . . .	4,027.327 „ 73 „
zusammen . . .	69,292.916 K 63 h

Rückgezahlt wurden an 4021 Parteien . . .	3,709.069 „ 05 „
---	------------------

Gesamt-Einlagenstand am 30. April 1918 . . .	65,583.847 K 58 h
--	-------------------

verteilt auf 41.607 Konten

Zuwachs . . .	318.258 K 68 h
---------------	----------------

Stand der Einlagen im Scheckverkehr . . .	1,884.209 „ 76 „
---	------------------

„ „ aushaft. Hypothekar-Darlehen . . .	32,520.992 „ 99 „
--	-------------------

„ „ Darlehen auf Wertpapiere . . .	944.949 „ 95 „
------------------------------------	----------------

„ „ eskomptierten Wechsel . . .	60.650 „ — „
---------------------------------	--------------

„ „ Wertpapiere (Nominale) . . .	31,010.050 „ — „
----------------------------------	------------------

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling.

April 1918.

Eingelegt von 1697 Parteien . . .	832.115 K 54 h
-----------------------------------	----------------

Behoben von 1009 Parteien . . .	652.405 „ 53 „
---------------------------------	----------------

Es ergibt sich daher ein Plus von . . .	179.710 K 01 h
---	----------------

Dieses zugerechnet zum Stande mit Ende

März 1918 per . . .	16,143.996 „ 34 „
---------------------	-------------------

gibt mit Ende April 1918 bei 13.601

offenen Konti einen Einlagenstand von 16,323.706 K 35 h

Der Stand der Hypothekendarlehen beträgt

mit Ende April 1918 . . .	8,883.565 „ 90 „
---------------------------	------------------

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Floridsdorf.

Ausweis für den Monat April 1918.

Stand des Vormonates . . .	27,694.381 K 30 h
----------------------------	-------------------

Eingelegt wurden von 1581 Parteien . . .	1,248.253 „ 88 „
--	------------------

Zusammen . . .	28,942.635 K 18 h
----------------	-------------------

Rückgezahlt wurden an 1085 Parteien . . .	627.761 „ 69 „
---	----------------

Stand mit Ende April 1918 . . .	28,314.873 K 49 h
---------------------------------	-------------------

Heimsparkassen:

Stand des Vormonates . . .	340.061 K 88 h
----------------------------	----------------

Eingelegt wurden von 101 Parteien . . .	40.201 „ 05 „
---	---------------

Zusammen . . .	380.262 K 93 h
----------------	----------------

Rückgezahlt wurden an 65 Parteien . . .	15.156 „ 21 „
---	---------------

Stand mit Ende April 1918 . . .	365.106 K 72 h
---------------------------------	----------------

Gesamtstand 1090 Konti . . .	28,679.980 „ 21 „
------------------------------	-------------------

Lebensmittelverkehr.**Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 8. Mai 1918**

Uebernahmspreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

Weizen oder Spelz per 100 kg	40 K — h
------------------------------	----------

Roggen 100 „	40 „ — „
------------------------	----------

Gerste 100 „	37 „ — „
------------------------	----------

Hafer 100 „	36 „ — „
-----------------------	----------

(Übernahmsbestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

Höchstpreise für Heu und Stroh.

Heu aller Art	17 K — h per 100 kg
-------------------------	---------------------

Stroh:

Kornschubstroh	10 „ — „ 100 „
--------------------------	----------------

Erbsen-, Weizenstroh	8 „ — „ 100 „
--------------------------------	---------------

Bohnen-, Raps- und Maisstroh	6 „ — „ 100 „
--	---------------

(Die näheren Bestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 243 ex 1917.)

* * *

Schlachtviehaufteilung vom 6. Mai 1918.

1. Gesamtzufuhr: 4812 Stück, und zwar:

Mastvieh	3907 Stück
--------------------	------------

Weidevieh	— „
---------------------	-----

Beinlvieh	905 „
---------------------	-------

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche . . .	— „
---	-----

Die Gesamtzufuhr zerfällt dem Geschlechte nach:

Ochsen 2957 Stück	Kühe 1271 Stück
-----------------------------	---------------------------

Stiere 584 „	Büffel — „
------------------------	----------------------

Herkunftslander der Zufuhren:

aus Ländern der ungarischen Krone	2916 Stück
---	------------

„ Galizien und Bukowina	809 „
-----------------------------------	-------

„ dem sonstigen Osterreich	1097 „
--------------------------------------	--------

„ dem Ausland	— „
-------------------------	-----

2. Preise der aufgeteilten Kühe:

a) Preis per 100 kg Lebengewicht.

Aus und über Ungarn färbige Ochsen:

I. Dualität	von — bis 420 K (extrem bis — K)
-----------------------	----------------------------------

II. „	380 „
-----------------	-------

III. „	330 „
------------------	-------

*

Graue Ochsen aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität . . . von — bis 400 K	(extrem bis — K)
" II. " . . . " — " 360 "	
" III. " . . . " — " 310 "	

Ochsen aus anderen Ländern:

I. Qualität . . . von — bis 400 K	(extrem bis — K)
II. " . . . " — " 360 "	
III. " . . . " — " 330 "	

Stiere I. Qualität . . . von — bis 480 K	(extrem bis — K)
" II. " . . . " — " 440 "	
" III. " . . . " — " 390 "	

Rühe I. Qualität . . . von — bis 390 K	(extrem bis — K)
" II. " . . . " — " 350 "	
" III. " . . . " — " 300 "	

Kalbinnen I. Qualität . . . von — bis 480 K	(extrem bis — K)
" II. " . . . " — " 340 "	
" III. " . . . " 290 " 310 "	

Weidevieh von — bis — K	(extrem bis — K)
Büffel " — " — "	(" " — ")
Beinvieh " 300 " 330 "	(" " — ")

Die Preise gelten in Kronen per 100 kg Lebendgewicht.

3. Verteilung.

Abgegeben wurden für Wien	— Stück
" " nach auswärts :	— "
In die Verteilung nicht einbezogen	— "

In der abgelaufenen Woche langten außerdem für Heereszwecke direkt ein 350 Rinder.

Im Vergleiche zum Hauptaufteilungstage der Vorwoche langten um 986 Stück mehr an.

Alle Rinderqualitäten und -Gattungen wurden zu unveränderten Vorwochenpreisen abverkauft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 6. und 8. Mai 1918.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend	—	Schafe lebend	840
Kälber ausgeweidet	409	Schafe ausgeweidet	28
Bämmer lebend	—	Schweine ausgeweidet	114
Bämmer ausgeweidet	286	Spanferkel	—

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität von — bis — h	(extrem bis — h)
II. " " — " — "	
III. " " — " — "	

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von — bis 470 h	(extrem bis — h)
II. " " — " — "	
III. " " 300 " 450 "	

Bämmer ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von — bis — h	(extrem bis — h)
II. " " — " — "	
III. " " 1000 " 1600 "	

Bämmer lebend (per 1 kg)

I. Qualität von — bis — h	(extrem bis — h)
II. " " — " — "	
III. " " — " — "	

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von 950 bis 1600 h	(extrem bis — h)
II. " " — " — "	
III. " " — " — "	

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von — bis 1400 h	(extrem bis — h)
II. " " — " — "	
III. " " — " — "	

Schafe lebend (per Paar):

I. Qualität von — bis — K	(extrem bis — h)
II. " " — " — "	
III. " " — " — "	

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität von 820 bis 935 h	(extrem bis — h)
II. " " — " — "	
III. " " — " — "	

Der Schweinemarkt wurde in dieser Woche nicht besichtigt.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 91 Stück Kälber weniger zugeführt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 369 Stück Schafe weniger aufgetrieben.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 8. Mai 1918 — Stück Mast- und — Stück Beinvieh aufgetrieben.

Die Preislage auf dem Jung- und Stechviehmarkte blieb gegen die Vorwoche unverändert.

Baubewegung

vom 7. bis 9. Mai 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX und XI. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksamter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

V. Bezirk: Siebenbrunnengasse 28, von Josef Rechvitz, ebenda (995).

Eintragungen in den Erwerbsteuerekataster.

28. März 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

- Karl Bod & Söhne — Erzeugung des Kesselfeinstlösemittels „Renat“ mit Ausschluß der Verwendung giftigter Stoffe — III., Apostelgasse 20.
 Müller Karl, Alleinhaber der prot. Firma Anton Trenner — Fabrikmäßige Erzeugung von Papier und Papperwaren aller Art — VII., Bandgasse 28.
 Fischer Alexander, Alleinhaber der Firma Wilhelm Kuz & Bruder — Fabrikmäßige Erzeugung von Schuhwaren — VII., Zieglergasse 61.
 Hoffmann Edmund — Handel mit Holzmaterial aller Art im Großen und Kleinen — XVII., Hernaller Hauptstraße 15.
 Kaspar Josef — Kleidermacher — X., Herzgasse 13.
 Briti Ludwig — Pferdefleischhauer — X., Favoritenstraße 69.
 Worm Emil — Pferdehandel — X., Senefeldergasse 79.
 Bisgott Jakob — Pferdehandel — X., Senefeldergasse 79.
 Schelle August Johannes — Kunsthandel — I., Habsburgergasse 14.
 Cernik Franz — Zimmermaier — III., Rundweg 477.
 Schenkpl Andreas — Schlossergewerbe — II., Ladorstraße 16.
 Trösch Adolf — Wirtsgewerbelonzeffion — XIX., Arbesbachgasse 15/17.
 Beer Ignaz — Handel mit Zuckerwaren und Bäckereien — VII., Neuaiftgasse 112.
 Sternbach Gittel — Handel mit Schmuckfedern — VII., Lindengasse 3.
 Semelieder Moisia — Kleinfuhrwerksgewerbe — III., Radekystraße 21.
 Felinet Valerie — Wäschepuhergewerbe — XVII., Klopstockgasse 41.
 Lannenbaum Anna — Handel mit Altmetall — X., Favoritenstraße 178.
 Rupp Katharina — Fleisch-Verfleiß — X., Columbusplatz (Stand).
 Hofschel Marie — Viktualienhandel — X., Gudrunstraße 171.
 Peter Josef — Pferdehandel — X., Buchengasse 142.
 Zauter Marie — Fragnergewerbe — XIII., Hütteldorfstraße 204.
 Klausner Anna — Verfleiß von Zuckerbäckerwaren, Konditen zc. — XIII., Schanzstraße 3.
 Bard Moriz — Konzession zum Betriebe des Musikalienhandels — I., Opernring 3.
 Haugner Marie — Pferdefleisch-Verfleiß — III., Hagenmüllergasse 13.
 Lucas Wilhelm — Handelsagentur — II., Casellezgasse 16.
 Czacztes Sali rekte Sara — Damenkleidermachergewerbe — II., Vereinsgasse 2.
 Moitner Franziska — Wirtsgewerbelonzeffion — XIX., Heiligenstädterstraße 167.

29. März 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

- M. & S. Kleppner, offene Handelsgesellschaft — Handel mit Blumen, Schlaftröden, Damenkleidern zc. — IX., Schulz-Stranitzky-Gasse 7.
 F. Moser & Komp., offene Handelsgesellschaft — Handel mit technischen und landwirtschaftlichen Maschinen zc. — IX., Lazarettgasse 11.
 Papierausstattung Rekordoffice Spitzer & Bauer, offene Handelsgesellschaft — Buchdruckergerbe — VIII., Landongasse 9.
 Blazina & Hödl, offene Handelsgesellschaft — Schuhwaren-Erzeugung — XV., Alltögasse 33.
 Sanitätsgeschäft „Austria“, Fabrikation und Verfleiß von medizinischen und chirurgischen Heilbeissen, Drogen und kosmetischen Artikeln G. m. b. S. — Gemischtwarenhandel — IX., Garnisonstraße 1.
 Pharmakon, pharmazeutische Handelsgesellschaft m. b. S. — Gemischtwarenhandel im Großen — IX., Türkenstraße 3.
 Krebs Hermann, Alleinhaber der Firma Ignaz Krebs — Gemischtwarenhandel im Großen — IV., Technikerstraße 9.
 Erber Anton — Handelsagentur — VI., Gumpendorferstraße 35.
 Halberthal Wolf — Handel mit Apparaten zur Erzeugung von Sodawasser — II., Ladorstraße 12.
 Altkrad Kuno — Ein- und Verkauf von alten und neuen Säcken und Seidenabfällen — II., Kleine Pfarrgasse 13.
 Silbmann Benno — Handel mit technischen und elektrotechnischen Artikeln — XIX., Rudolfinergasse 8.
 Stola Gustav — Gemischtwaren- und Flaschenbierhandel — III., Seidl-gasse 29.
 Lasus Otto — Handelsagentur — III., Weißgärberlande 22.
 Prohaska Karl — Verfleiß von Schnittwaren — XIV., Huglgasse 15.
 Buonaventura Berta — Konditen-Verfleiß — II., Praterstraße 66 (Maxim-Rino).
 Käsbaumer Marie — Marktviktualienhandel — IV., Naschmarkt.
 Weiss Adolf — Handel mit Schuhzugehörigkeitsartikeln — IV., Schelleingasse 5.

- Brestel Magdalena — Holz- und Kohlenhandel — XIV., Grimm-gasse 34.
 Kurz Hermine — Handel mit Vogelfutter, Luxussüßchen und Aquarien — XIV., Märzstraße 55.
 Hanusch Paula — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verfleiß — XIV., Rauchfangkehrergasse 20.
 Pfeffer Julie — Pferdefleisch-Verfleiß — XIV., Märzstraße 84.
 Tisch Leopoldine — Handel mit Rauchrequisiten und Drechslerwaren — II., Große Stadtgutgasse 14.
 Spitzer Jakob — Handel mit Brennholz — II., Junggasse 4.
 Ghri Adolf — Apothekergewerbe — IX., Rotenslöwengasse 1.
 Müller Antonie, geb. Weichsmüller — Kaffeesiedergewerbe, Witwenfort-betrieb — X., Lazenburgerstraße 18.
 Gottlieb Regine — Handel mit Kurz-, Galanterie-, Parfümeriewaren Seife, Kämmen, Wäsche und Wirkwaren — XIV., Kürnbergergasse 4.

30. März 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

- Österreichische Waldindustrie-Gesellschaft Klebinder & Komp., offene Handels-Gesellschaft — Holzhandel — VI., Theobaldgasse 8.
 Atlas-Werke, Erste österr. Schuhmaschinenfabrik, Ges. m. b. S. — Fabrikmäßige Erzeugung von Schuhmaschinen und deren Bestandteilen — IX., Kaiserstraße 69.
 Dr. jur. Heinrich Studer, Inhaber des Amalthea-Verlages Zürich — Leipzig-Wien — Buchhandlung (beschränkt) — IV., Gußhausstraße 23.
 Kohn Moriz, Alleinhaber der Firma Zacharias Kohn & Komp. — Blumen-Erzeugung — III., Löwengasse 39.
 Dulner Philipp — Kleinfuhrwerksgewerbe — XXI., Schenkendorf-gasse 43.
 Haas Lorenz — Handel mit Pferden, Horn- und Kleinvieh — XXI., Donaueifelderstraße 47.
 Gchner Josef — Musikergewerbe — XXI., Angererstraße 18.
 Kraft Rudolf — Fleischhauergewerbe — XVI., Deinhardtsteingasse 21.
 Beman Josef — Pferdefleischhauergewerbe — XXI., Leopoldauer-straße 5.
 Smetana Josef — Kleidermachergewerbe — XXI., Pischwanger-gasse 41.
 Filzmaier Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIII., Kueffingergasse 9.
 Hofmann Friedrich — Fragnergewerbe — XIII., Hütteldorf-straße 114.
 Kappelmayr Josef — Lohnfuhrwerksgewerbe — XIII., Benzingen-straße 80.
 Joessel Eugen — Privatgeschäftsvermittlung — II., Praterstraße 15.
 Boska Josef — Tischlergewerbe — VII., Ferchenfeldergürtel 28.
 Eisner Maximilian — Handel mit chemischen Produkten und fettlosen Waschartikeln (beschränkt) — VII., Westbahnstraße 41.
 Moriz Karoline — Handel mit Konditen- und Zuckerbäckerwaren — VI., Gumpendorferstraße 67.
 Hartmann Anna — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel (beschränkt), sowie Flaschenbier-Verfleiß — XVI., Thaliastraße 140.
 Prinz Auguste — Verfleiß von Konditoreien und Fruchtstäben — XVI., Koppstraße 78.
 Benedini Theresia — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel (beschränkt), sowie Flaschenbier-Verfleiß — XVI., Gaußachergasse 31.
 Koblner Barbara — Kleinfuhrwerksgewerbe — XXI., Kaiserin Elisabeth-straße 15.
 Kallny Katharina — Kleinfuhrwerksgewerbe — XXI., Mühlhüttel-straße 260.
 Petreik Katharina — Erzeugung von Oblaten, Waffeln und Hohlkippen — XXI., Leopoldauerplatz 26.
 Pöttschacher Josefa — Frachttentransport mit Kleinfuhrwerk — XVII., Blafergasse 1.

2. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

- Josef Barth & Komp. — Fabrikmäßige Erzeugung von Stridwaren — VII., Neubaugasse 28.
 Geibart & Zedlinsky — Handel mit Leder- und Ledergalanteriewaren — VII., Lindengasse 25.

„Generator“ Gef. m. b. H. — Handel mit Generator Gas-Erzeugungsmaschinen — XI., Simmeringer Hauptstraße 38/40.
 Haase Josef — Uhrmachergewerbe — XVIII., Schulgasse 12.
 Kronsfelner Josef — Gemischtwarenhandel — VII., Seidengasse 41.
 Maringer Josef — Dienstmangergewerbe Nr. 31 — IX., Tröblderkasse.
 Kalal Franz — Pferdefleischhauer — XIII., Breitensteinerstraße 43.
 Ketschury Heinrich — Glasergewerbe — XIX., Döblinger Hauptstraße 73.
 Wurm Lorenz — Stadt- und Lohnfuhrwerks-gewerbe — V., Einsteblergasse 52.
 Kmosel Josef — Zuckerbäckergewerbe — V., Kliebergasse 1 a.
 Neukirch Anton — Spengler-gewerbe — V., Einsteblerplatz 14.
 Christ Leopold Ludwig — Kleinfuhrwerks-gewerbe — III., Koller-gasse 14.
 Hubner Richard — Musikergewerbe — XVI., Nöbldgasse 9.
 Grail Marie — Photographengewerbe — V., Margaretenstraße 66.
 Eichner Klotilde — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — II., Nidel-gasse 1.
 Bohacel Bozena — Gewerbmäßige Übernahme von Photographien zur Vergrößerung, beziehungsweise Verkleinerung — II., Krenzhofstraße 7.
 Kublova Marie — Monogrammsticker-gewerbe beschränkt — II., Schrei-gasse 12.
 Hofstätter Ottilie — Handel mit Geflügel — III., Großmarkthalle.
 Goldbahn Marie — Übernahme von Wäsche zum Waschen, Chem. Putzen, Färben und Appretieren — III., Ungargasse 44.
 Gruber Leopoldine — Papierwaren-Konfektion — XV., Markgraf Rüdiger-Gasse 1.
 Gabler Brigitta — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Frucht-säften zc. — XV., Hütteldorferstraße 44/46.
 Teiml Marie — Handel mit unedlen Metallen — XVI., Lindauer-gasse 26.
 Silbermair Denise — Wanderhandel mit Obst, Blumen, Grünwaren und Geflügel — XVI., Habichergasse 48.
 Friedmann Johanna — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — II., Kollereistraße 6.
 Klajn Gisela — Fragner-gewerbe — II., Kronprinz Rudolf-Strasse 8.

3. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Brüder Brunmüller — Fabrikmäßige Erzeugung von Schuhwaren — XVIII., Staudgasse 8.
 Lauer Josefina, Alleinhaberin der Firma Paul Lauer's Söhne — Fabrikmäßiger Betrieb der Erzeugung von Chinastäber, Alpaca- und Bronze-waren — XVI., Kirchstetterngasse 6.
 Buresch Anna, Alleinhaberin der Firma R. Buresch — Gemischt-waren-Großhandel — II., Kronprinz Rudolf-Strasse 32.
 Zach Michael — Gast- und Schank-gewerbe (Pachtbetrieb) — XXI., Amtsstraße 9.
 Busbyn Adolf — Handel mit Kleidungs- und Haushaltsgegen-ständen zc. — IV., Rainerplatz 4.
 Stanel Anton — Damenkleidernachergewerbe — IX., Mosergasse 4.
 Parsch Franz — Fleischer-gewerbe — IX., Detailmarkthalle.
 Wolf Josef — Handel mit Sechswaren — IX., Pechtensteinstraße 87.
 Pollak Oskar — Handelsagentur — IX., Rußdorferstraße 4.
 Braun Leopold — Fabrikmäßige Erzeugung von Riemen und Leder-waren — IX., Berggasse 18.
 Winter Karoline — Handel mit Kanditen und Zuckergewerbe — IX., Thurgasse 7.
 Schreiber Ernst — Erzeugung chem.-techn. Produkte, als: Lederfett, Schuhcreme zc. — IX., Grundstraße 1.
 Neuhold Juliana — Wäschergewerbe — IX., Rußdorferstraße 4.
 Szojak Ignaz — Kleinfuhrwerks-gewerbe — IX., Sechshimmels-gasse 24.
 Steiner Elsa — Gemischtwarenhandel im Großen — IX., Müllner-gasse 35.
 Schadel Barbara — Modistengewerbe — VIII., Albertgasse 55.
 Wagner Hedwig — Handel mit Parfümeriewaren — VIII., Perchen-felderstraße 128.
 Trebitsch Berta — Gast- und Schank-gewerbe — VI., Mariahilfer-straße 49.
 Leiber Rosina — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel beschränkt sowie Flaschenbier-Verschleiß — XVIII., Schöffelgasse 25.
 Fuld Albert — Bücherrevision und Einrichtung von Buchhaltungen — XIII., Preindlgasse 13.
 Herbina Josef — Kammacher — XIII., Tiefendorfergasse 4.
 Piber Adele — Fragner-gewerbe — XVII., Geblergasse 97.
 Kasl Marie — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen zc. — XVII., Hernauer Hauptstraße 95.
 Zahn Josefa — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß beschränkt — V., Einsteblergasse 42.

Lind Justine — Verschleiß von Kanditen, Zuckerbäckerwaren zc. — V., Margaretenstraße 114.
 Schmidl Hermine — Kleinfuhrwerks-gewerbe — V., Hartmann-gasse 15.
 Krenn Karoline — Kleinfuhrwerks-gewerbe — V., Hartmann-gasse 15.

4. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Münz Viktor — Gast- und Schank-gewerbe — XVII., Ratvarienberg-gasse 16.
 Frankl Johann — Erzeugung von Markt- und Schuttaschen aus Papier-geweben — VI., Mariahilferstraße 27.
 Kain Karl — Handel mit Brennholz- und Holzmaterial aller Art — XVII., Urbangasse 10.
 Koffler Edmund — Konditorei, Zuckerwaren- und Gefrornes-Verschleiß — XIX., Büttelstraße 6 a.
 Longin Johann — Zahntechnikergewerbe — XIII., Hütteldorferstraße 313.
 Kopp Josef — Anstreicher und Lackierer — XIII., Elßberggasse 10.
 Hahnl Eilvestor — Zier- und Handelsgärtner — XIII., Biraghi-gasse 51.
 Adamek Josef — Kleinfuhrwerks-gewerbe — XIII., Fingerstraße 399.
 Berlin Wilhelm — Erzeugung chemisch-technischer Bedarfsartikel — IX., Bleichergasse 14.
 Fischer Josef — Gemischtwarenhandel im Großen mit Ausschluß von Lebensmitteln — I., Habsbürgergasse 10.
 Grassauer Amalie — Gast-wirtschaftsgewerbe — VI., Kellengasse 1.
 Borger Chaja Klara — Antiquitätenhandel beschränkt — VI., Linke Wienzeile 46.
 Fally Aloisia — Papier- und Spielwarenhandel — XIII., Hietzinger Hauptstraße 96.
 Drucker Anonie — Tröbldergewerbe — XIV., Storchengasse 18.
 Hoffmann Adolf — Verschleiß von naturwissenschaftlichen Bedarfs-artikeln — XIV., Nobilegasse 20.
 Hölzel Julianna — Pferdefleisch-Verschleiß — XVI., Rüdertgasse 32.
 Schöber Barbara — Fabrikmäßiger Betrieb der Metallwaren-Erzeugung — XVI., Koppstraße 13.
 Paseder Marie Magdalena — Übernahme zum chemischen Putzen, Appre-tieren, Färben zc. — IX., Säulengasse 10.
 Gula Marie — Damenkleidernachergewerbe — IX., Müllner-gasse 6.
 Apter Beile — Frauen- und Kinderkleidernachergewerbe — I., Woll-zeile 16.
 Siller Anna — Gast- und Schank-gewerbe — I., Kaiser Ferdinands-Platz 3/4.
 Winternitz Marie — Handel mit Spigen — IX., Spittelauerlände 13.
 Freisinger Leopoldine — Handel mit Papier-, Schreib- und Zeichenwaren — IV., Mittersteig 9.
 Pribislavsky Christine — Handel mit Galanterie, Kurz- und Parfümerie-waren — IV., Altegasse 48.
 Puz Josef — Schuhmachergewerbe — IX., Wagnergasse 10.
 Großmann Albert — Handelsagentur — IX., Grünetorgasse 19 a.

5. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Geltner & Komp. — Fabrikmäßige Erzeugung von Strickwaren — VII., Neubaugasse 68.
 Lehner Anton — Pachtbetrieb der Firma Egger & Komp., Auto-Gef. m. b. H. gehörigen Einspänner-Lizenz Nr. 1469 — XV., Westbahnhof.
 „Ewve“ Gef. m. b. H. für Eisen- und Stahlwaren, Werkzeuge, Maschinen und allgemeinen Warenhandel — Gemischtwarenhandel — VII., Burggasse 55.
 Pascher Johann — Gemischtwarenhandel — VI., Gumpendorferstraße 46.
 Pascher Johann — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — VI., Gumpen-dorferstraße 46.
 Lorenz Karl — Gemischtwarenhandel — VI., Gumpendorferstraße 73.
 Bretz Bernhard — Mühlenbautischergewerbe — XVI., Kirchstetterngasse 28.
 Schmidt Max — Pachtbetrieb der Fiaker-Lizenz Nr. 46 der Antonia Kirch — I., Freyung-Leinfaltstraße.
 Grünbaum Salomon — Pachtbetrieb des dem Julius Reiß gehörigen Kleinverschleißes von gebrannten geistigen Getränken — XVI., Brunnen-gasse 78.
 Brauner Ferdinand — Kaffeebrenn-Konfektion — VIII., Albertgasse 59.
 Gejta Anton — Schuhmachergewerbe — XVI., Klausgasse 21.

Krebs Johann — Erzeugung von Laugenessenz und Rasiercreme — XVI., Hasnerstraße 32.
 Haslinger Franz — Handel mit Papier-, Kurz-, Galanterie- und Spielwaren — XVI., Thaliastraße 114.
 Grünwald Barbara — Kartonagewaren-Erzeugung (Witwenfortbetrieb) — XV., Gebrüder Lang-Gasse 12.
 Janacek Marie — Witwenfortbetrieb des Kleidermachergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Antan Janacek — XIV., Sechshauerstraße 55.
 Fallmann Friederike — Gewerbmäßiger Betrieb einer Wäscherei — XVII., Pezzlgasse 15.
 Gawac Theresia — Handel mit allen Gattungen Holz- und Stahlwaren — XIII., Fleischgasse 5.
 Kögler Marie — Erzeugung von Marmeladen, Fruchtsäften und Kunst-honig — XV., Märzstraße 11.
 Hrbciela Julie — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — XVI., Gablenzgasse 48.
 Strigl Leopoldine — Pferdefleisch-Verschleiß — III., Apostelgasse 24.
 Roth Charlotte — Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten-Verschleiß — III., Fasangasse 28.
 Wimmer Theresie — Handel mit Lebensmitteln beschränkt und Flaschen-bier-Verschleiß — III., Hohlweggasse 32.
 Grader Karoline — Wirtsgewerbelongession — VIII., Florianigasse 54.
 Chlamtatsch Eugenie — Gast- und Schankgewerbe — I., Stubenring 18.
 Lauber Amalia — Handel mit Konditoreiwaren, Fruchtsäften zc. — XVI., Ottakringerstraße 147.
 Stift Eugenie Elisabeth — Warenhandel — XI., 2. Landengasse 8.
 Kummer Marie — Pferdefleisch-Verschleiß — XI., Kopalgasse 70.
 Pid Regine — Ein- und Verkauf von neuen und alten Säden — XI., Porystraße 71.
 Bis Anna — Frauenkleidermachergewerbe — III., Steingasse 12.
 Forst Theresia — Handel mit Kurz-, Galanterie- und Spielwaren zc. — XIV., Märzstraße 58.

6. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Nabarro M. & Zoon (Sohn) — Gemischtwarenhandel im Großen — XVIII., Karl Ludwig-Straße 1 a.
 Popper Emil, Alleinhaber der Firma Emil Pepper, Rohstoffe für die Textilindustrie — Handel mit Rohstoffen für die Textilindustrie — II., Praterstraße 60.
 Ludwig Adolf, Alleinhaber der Firma Anton Lohr — Bäckergerwebe — XVI., Wichtelgasse 45.
 Haslinger Anton — Handel mit Obst und Viktualien — VII., Neustiftgasse 57/59.
 Stanel Johann — Pachtbetrieb des Gast- und Schankgewerbes der Gasth-dum de Sibni, reg. G. m. b. H. — I., Fleischmarkt 24.
 Bauwirth Leopold — Handel mit elektrotechnischen und technischen Bedarfsartikeln — VII., Zieglergasse 26.
 Klapp Martha — Handel mit Kurz- und Mährbergerwaren — VII., Zollergasse 18 20.
 Siegl Hermann — Käse-Erzeugung — VII., Neubaugürtel 18.
 Broz August — Herrenkleidermacher — II., Pefinggasse 18.
 Werbner (Simon) Sabse — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) — II., Große Mohrengasse 36.
 Brüll Julius — Erzeugung von Spirituosen auf kaltem Wege — XIV., Goldschlagstraße 88.
 Eißig Gottlieb rekte Sprüger — Handel mit neuen Tuch, Tuchresten und Seidenabfällen — XIV., Goldschlagstraße 45/40.
 Mühlbauer Ferdinand — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Konstantin-gasse 1.
 Landau Moses — Spirituosen- und Fruchtsaft-Erzeugung — XIII., Hütteldorferstraße 133.
 Hoppert Franz — Handelsagentie — XI., Braunhubergasse 10.
 Rickmann Anton — Schlossergewerbe — III., Landstraße Haupt-straße 90.
 Amker Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — III., Strohgasse 26.
 Demel Josef — Handel mit Holz und Kohlen — XIII., Hütteldorfer-straße 98.
 Daber Johann — Fragnergewerbe — XIII., Cumberlandsstraße 55.
 Strohmayer Josef — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — X., Paltramplatz 2.
 Bednarz Wilhelm — Handel mit Wirt- und Wäschewaren, Kurz-, Galanteriewaren zc. — X., Favoritenstraße 107.
 Kunrad Karl — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — X., Eitenreichgasse 24.
 Schmel Leopold — Spirituosen- und Fruchtsäfte-Erzeugung — X., Columbusplatz 8.

Blizenc Georg — Gastwirtsgerwebe — XI., Porystraße 76.
 Friß Antonie — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) — II., Große Mohrengasse 36.
 Brandstätter Stephanie — Modistengewerbe — XIII., Hietinger Haupt-straße 82.
 Buller Katharina — Wäschergewerbe — XVII., Leopold Ernst-Gasse 11.
 Gruber Marie — Fragnergewerbe — XIII., Hütteldorferstraße 118.
 Kunc Franziska — Damenkleidermachergewerbe — X., Siccardsburg-gasse 60.
 Stadler Marie — Erzeugung von Panzerhärtepulver — X., Leeb-gasse 7.
 Smeiner Marie — Tierhandel — X., Arxingergasse 32.
 Gerwanh Johann — Handel mit Viktualien, Randiten, Fruchtsäften, Flaschenbier zc. — X., Waldgasse 46.

8. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Seidl & Mezulianit, Offene Handelsgesellschaft — Handel mit Modisten-artikeln und Modewaren — VII., Lindengasse 34.
 Sorger & Komp., Offene Handelsgesellschaft — Handelsagentur — I., Zelintagasse 13.
 Müller Karl Alexius — Goldarbeitergewerbe — VI., Magdalenen-straße 21.
 Brantl Josef — Handel mit Bitberahmen, Öl- und Aquarellbildern zc. — VI., Windmühlgasse 14.
 Eder Karl — Bier- und Handelsgärtnerei — XVIII., Alseggerstraße 51.
 Bodansky Alois — Handel mit Geflügel — XVIII., Karl Bed-Gasse 31.
 Germa Rudolf — Friseur- und Rasiergerwebe — XVIII., Schumann-gasse 43.
 Mosler Franz — Zimmer- und Dekorationsmaler — VIII., Josefstädter-straße 81/83.
 Buchwald Markus — Fleischhauergewerbe — II., Komödiengasse 6.
 Herzfeld Ludwig — Pfaidlergerwebe — I., Bauernmarkt 10.
 Fochsig Johann — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Bäcker-straße 2.
 Krill Franz — Gemischtwarenhandel im Großen einschl. Lebensmittel — I., Wiberstraße 17.
 Fleischhader Wilhelm — Erweiterung der verlickenen Gast- und Schank-konzession — I., Johannesgasse 16.
 Santner Karl — Personentransport mit dem Einspännerwagen 578 — II., Tempelgasse 2.
 Santner Karl — Personentransport mit dem Einspännerwagen 1053 — II., Notenterngasse, Ecke Praterstraße.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Bezirksvertretungen:	
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom 15. Februar 1918	887
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 21. Februar 1918	889
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 28. Februar 1918	890
Allgemeine Nachrichten:	
Josef Wild'sche Mhl-Stiftung	891
Verbot des Verfütterns von grünem Getreide	893
Zentral-Sparlassa der Gemeinde Wien	893
Wiener Kommunal-Sparlassa im Bezirke Rudolfsheim	893
Wiener Kommunal-Sparlassa im Bezirke Hernals	894
Wiener Kommunal-Sparlassa im Bezirke Währing	894
Wiener Kommunal-Sparlassa im Bezirke Döbling	894
Wiener Kommunal-Sparlassa im Bezirke Floridsdorf	894
Lebensmittelverkehr:	
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 8. Mai 1918	894
Schlachtochtaufteilung vom 6. Mai 1918	894
Zung- und Stiehpichmarkt vom 6. Mai und 8. Mai 1918	895
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 7. bis 9. Mai 1918	895
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	895
Kundmachungen.	

Kundmachungen.

W. Abt. XVII, 1664/18.

Kundmachung.

(Unterjagungen des Vertriebes von Wasch- und Scheuermitteln.)

Das k. k. Handelsministerium, General-Kommissariat, hat der Firma Geoformwerke A. Spurny in Wien die Frist, innerhalb welcher der Vertrieb ihres fettlosen Waschmittels „Geoform“ einzustellen ist, bis Ende Mai 1918, der Firma Wäscholinwerke E. Barteis in Wien die Frist zur Einstellung des Vertriebes ihrer Waschmittel bis 15. Mai 1918, der Firma F. B. Dornier in Wien die Frist, innerhalb welcher der Vertrieb ihres fettlosen Waschmittels „Dornierit“ einzustellen ist, bis Ende Mai 1918, der Anna Stuckheil, Schneeweißwerke, die Frist, innerhalb welcher der Vertrieb ihres Wasch- und Scheuermittels „Schneeweiß“ einzustellen ist, bis 15. Mai 1918 und der Firma S. Klein die Frist, innerhalb welcher der Vertrieb ihrer Wasch- und Scheuermittel „Anatol II“ und „Anatol III“ einzustellen ist, bis Ende Mai 1918 erstreckt.

Dies wird in Abänderung der Kundmachung W. Abt. XVII, 1134/18 (Amtsblatt Nr. 35, Seite III) hiemit verlautbart.

Vom Wiener Magistrate, Abt. XVII,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 7. Mai 1918.

Der Abteilungsvorstand:

Dr. Glaz,
Magistratsrat.

1—1

W. Abt. X, 2997/18.

Kundmachung.

(Hütteldorfer Friedhof. — Wiederbelegung von einfachen Gräbern.)

Nach dem 1. August 1918 werden die einfachen Gräber Nummer 221 bis 292, 294 bis 302, 305 und 306 in der Gruppe II des Hütteldorfer Friedhofes wiederbelegt.

Leichenaushebungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig. Die bezüglichen Gesuche sind indes vor dem 1. August 1918 bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X (I., Neues Rathaus), einzubringen.

Berspätet überreichte Ansuchen werden nicht berücksichtigt.

Nach dem 1. August 1918 werden die Grabsteine und -kreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer von den Gräbern entfernt und an geeigneter Stelle hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die ihr Eigentumsrecht in entsprechender Weise binnen Jahresfrist dartin, ausgefolgt. Über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungsbereiche,
am 25. April 1918.

2—3

W. Abt. V, 801/18.

Kundmachung.

(„Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke“; Aufstellung eines Transformators vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4.)

Die Firma „Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke“ beabsichtigt, im Gehwege vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4, einen Wechselstromtransformator zur Umwandlung von hochgepanntem Wechselstrom von 2000 Volt Phasenspannung auf die zur Abgabe gelangende Niederspannung von 105 Volt aufzustellen.

Über die Zulässigkeit dieser Anlage findet am Freitag den 17. Mai 1918, um 9 Uhr vormittags, im Sinne des III. Hauptstückes der Gewerbeordnung eine Verhandlung statt.

Die Teilnehmer an der Amtshandlung versammeln sich zur anberaumten Stunde vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4.

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die bezüglichen Entwurfsbehalte von Donnerstag den 2. Mai 1918 bis zum Verhandlungsvortage in der Magistrats-Abteilung V (I., Neues Amtshaus, Rathausstraße 14, 5. Stock) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsichtnahme aufliegen.

Einwendungen gegen den Entwurf oder etwaige Bedingungen können in der genannten Magistrats-Abteilung oder bei der Verhandlung selbst vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Verhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung V,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 27. April 1917.

Der Abteilungsvorstand:

Dr. F. F. Müller (m. e. S.),
Magistratsrat.

3—3

M. Abt. XIII, 804/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Siechenstiftungder Gemeinden des ehemaligen Gerichtsbezirkes Siezing mit
Ausschluß von Inzersdorf.

Verliehen werden: 1000 K in Teilbeträgen von je 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige Arme, welche im Gebiete des XIII. Bezirkes oder in den gegenwärtig dem XII. Bezirke einverleibten ehemaligen Gemeinden Hezendorf oder Altmannsdorf wohnen oder gewohnt haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein und armenärztliches Zeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 15. Mai 1918.

Verleihungstag: Im August 1918.

Vom Magistrate der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. März 1918. 2-3

M. Abt. XIII, 1392/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Amalia Gräfin Beeffy'sche Stiftung
für die städtische Feuerwehr.

Verteilt werden: 1510 K als einmalige Unterstützungen oder Renten.

Zur Bewerbung sind berufen: Im Dienste verunglückte Mitglieder der städtischen Feuerwehr, beziehungsweise deren bedürftige Familien.

Dem Gesuche sind beizuschließen: Tauf(Geburt)schein, allenfalls auch Trauungsschein, Taufzettel der Kinder, Heimatschein, Armutszugnis.

Einreichsstelle: Das städtische Feuerwehr-Kommando, I., Am Hof.

Einreichungsfrist: Bis 28. Juni 1918.

Vom Magistrate der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 16. April 1918. 3-3

M. Abt. XIII, 1400/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

**Freiplätze der Gemeinde Wien an den Schulen
des Wiener Frauen-Erwerbvereines.**

An den Schulen des Wiener Frauen-Erwerbvereines, IV., Wiednergürtel 68, gelangen mit Beginn des Schuljahres 1918/19 nachbezeichnete, der Gemeinde Wien gewidmete Freiplätze zur Verleihung:

- a) 1 Freiplatz an der einjährigen Haushaltungsschule,
- b) ein Freiplatz am Städtkurs.

Bewerberinnen für die Haushaltungsschule müssen das 16. Lebensjahr, für den Städtkurs das 14. Lebensjahr vollendet haben. Für den unter a) angeführten Freiplatz ist auch der Nachweis der Kenntnisse der III. Bürgererschulklasse erforderlich.

Den Eltern (Vormündern) der Bewerberinnen wird dringend empfohlen, vor der Überreichung des Gesuches um einen Freiplatz sich bei der Leitung der Schule genauestens über die Auslagen für die Lernmittel und allenfalls für die Verköstigung sowie über die Erwerbsmöglichkeit nach Absolvierung der Schule zu erkundigen.

Der Genuß der Freiplätze erstreckt sich im Falle der fort-dauernden Würdigkeit auf das Schuljahr 1918/19.

Das Verleihungsrecht steht dem Wiener Stadtrate zu.

Die Gesuche sind von den gesetzlichen Vertretern der Bewerberinnen bis längstens 31. Mai 1918 in der Einreichsstelle der Magistrats-Abteilung XIII (I., Ebendorferstraße 1, 3. Stock) zu überreichen und diesen Gesuchen der Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, das Impfungszugnis, dann das letzte Schulzeugnis und ein legales Armut- oder Mittellosigkeitszeugnis anzuschließen.

Verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Vom Magistrate der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 16. April 1918. 1-3

M. Abt. XIII, 1035/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

**Gisela-, Maria Valerie- und Elisabeth-
Heiratsausstattungsstiftungen der ehemaligen
Gemeinde Ober-Döbling.**

Verliehen wird: Ein Ausstattungsbetrag von 350 K als Zinsenertrags obgenannter drei Stiftungen.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbemittelte, wohlgesittete, nach Wien zuständige Bräute, wobei in der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling ansässige Bewerberinnen ein Vorzugsrecht genießen.

Dem Gesuche sind anzuschließen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Sittenzugnis, Armut (Mittellosigkeits)zeugnis, allenfalls Wohnungsnachweis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. April 1918. 3-3

W. Abt. XIII, 941/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Franz und Marie Laug'sche Stiftung für verwitwete Bürger und Bürgerwitwen.

Zur Verteilung gelangen: 1400 K in Teilbeträgen von je 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, verwitwete Wiener Bürger und Wiener Bürgerwitwen katholischer Religion, die noch nicht aus dieser Stiftung beteiligt wurden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Trauungsschein, Bürgerrechtsnachweis, Totenschein des verstorbenen Gattenteiles.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Verleihungstag: 16. September 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. März 1918.

1—3

W. Abt. XIII, 461/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Anton und Anna Ostrowsky'sche Stiftung für Kleidermacher.

Verteilt werden: 1000 K in zehn Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, erwerbsunfähige, in Wien wohnhafte Kleidermacher (Gewerbeinhaber) ohne Rücksicht darauf, ob sie ihr Gewerbe noch besitzen und ausüben oder nicht.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Gewerbeschein oder Bestätigung über die erfolgte Gewerbezurücklegung und armenärztliches Zeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Verleihungstag: 23. Juli 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. März 1918.

1—3

W. Abt. XIII, 1393/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Anton Reingruber'sche Waisenstiftung.

Verliehen wird ein Betrag von 160 K bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige, arme, fleißige Waisenkinder unter besonderer Berücksichtigung jener, welche nach erreichtem 14. Lebensjahre aus den städtischen Waisenhäusern, beziehungsweise aus der Versorgung der Gemeinde Wien zu treten haben und einer weiteren Unterstützung bedürftig sind.

Auf Bewerber, welche mit dem Stifter blutsverwandt sind, ist bei der Stiftung tunlichst Rücksicht zu nehmen.

Dem von dem gesetzlichen Vertreter einzubringenden Gesuche sind beizulegen:

Taufschein, Heimatschein, Nachweis der Verwaisung, letztes Schulzeugnis und Vormundschafts-Dekret, eventuell Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. April 1918.

2—3

W. Abt. XIII, 1289/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Ludovika Saal'sche Stiftung für verarmte Geschäftsleute.

Verteilt werden: 10.800 K in Teilbeträgen von je 200 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Würdige, ohne ihr Verschulden verarmte Wiener Gewerbsleute.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Verleihungstag: 14. September 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. April 1918.

2—3

W. Abt. XIII, 1054/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Karl Breyßing'sche Armenstiftung für Rudolfsheim.

Zur Verteilung gelangen: 1620 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige Arme und Bedürftige, welche im Gemeindebezirke Rudolfsheim wohnen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein.

Einreichsstelle: Kanzlei der Bezirksvertretung des XIV. Wiener Gemeindebezirkes.

Einreichungsfrist: Bis 8. Juni 1918.

Verleihungstag: 31. August 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. April 1918.

2—3

W. Abt. XIII, 1296/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Michael Zach'scher Stiftungsplatz in einer Militär-Oberrealschule oder Militärakademie.

Mit Beginn des Schuljahres 1918/19 gelangt ein Johann Michael Zach'scher Stiftungsplatz im ersten Jahrgange einer Militär-Oberrealschule oder Militärakademie zur Besetzung.

Anspruchsberechtigt sind: Fleißige und sittliche Knaben armer Eltern aus dem Zivilstande, welche den allgemeinen Bedingungen für die Aufnahme in die k. u. k. Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten entsprechen (siehe Beiblatt Nr. 15 zum Verordnungsblatt für das k. u. k. Heer ex 1918).

Vorzugsberechtigt sind: Taugliche Kinder dürftiger Anverwandter des Stifters, dann Knaben aus der Gemeinde Ober-Markfersdorf (politischer Bezirk Oberhollabrunn) im ehemaligen Viertel unter dem Mannhartsberge; doch soll das Vorzugsrecht der letzteren nur unter sonst gleichen Umständen bestehen.

Dem vom gesetzlichen Vertreter des Bewerbers zu unterschreibenden oder mitzufertigenden Gesuche sind anzuschließen:

Schrauben- und Schmiedewarenfabriks - Actiengesellschaft Brevillier & Co. u. A. Urban & Söhne

WIEN, VI., LINKE WIENZEILE 18.

FABRIKEN: Wien-Floridsdorf, Neunkirchen N.-Ö., Ustron in Österr.-Schlesien und Sporysz bei Zywiec in Galizien.

Erzeugung: Schraubenwaren, Preß- und Schmiedeteile aller Art, Waggonbestandteile, Kleinmaterial für den Eisenbahn-Oberbau, Eisen- und Metallguß, Schraubstöcke, Pflugbleche, Wagenachsen, Flanschen, Rohrschellen. Metallprägeartikel sowie Stangen aus Messing, Kupfer, Deltametall, Aluminium, Zink etc. Geschosse, Zünder und deren Bestandteile.

Bei k. k. Ministerien, Ämtern e. c.
besteingeführt

Frema-Werke (Friedrich May)

Wien, I., Fischhof 3

Telephon Nr. 14602

liefern regelmässig:

Frema-Vervielfältigungsapparate
Frema-Vervielfältigungs-Zubehöre
Frema-Kohlepapier
Frema-Farbbänder
Frema-Schreibmaschinenpapier
Frema-Büro-Utensilien

Tauf(Geburt)schein, militärärztliches Gutachten über die körperliche Eignung des Bewerbers, das Schulzeugnis oder dessen Abschrift über das erste Semester des Schuljahres 1917/18 und die Jahreszeugnisse der drei vorangegangenen Jahre, Heimatschein, Armutzeugnis, allenfalls Sittenzeugnis und Nachweise zur Befräftigung eines stiftbrieflichen Vorzugsrechtes.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII (I., Ebendorferstraße 1).

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 12. April 1918.

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Wien, I., Stephansplatz 11, Parterre. Gegründet 1832.

Berndorfer Metallwarenfabrik

ARTHUR KRUPP A. G.

Berndorf Nieder - Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.

NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12.
:: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpaca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpaca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen, Patronenhülsen, Geschossmäntel
—: etc. etc. etc. —:



Schutzmarke für
Alpaca-Silber I.



Schutzmarke für
Alpaca.



Schutzmarke für
Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

A. HERZMANSKY

WIEN VII. Mariahilferstrasse 26
Stiftgasse 1, 3, 5, 7. WIEN VII.

Für die Frühjahrssaison:

Satin de chine, Gabardine, Armüre, Taft, Etamine gestickt, Crêpe de chine, Luftstickereistoffe, sämtliche Schneider- und Modisten-Zugehøre, Wollstoffe in den besten Qualitäten, Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen, Kinderkleider, Kopfschale aus Kunstseide, Papiergewebe für Fruchtsäcke, Strohsäcke, Polster und Handtücher

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 39.

Dienstag den 14. Mai 1918.

Jahrgang XXVII.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367

Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: **Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.**

Für den Buchhandel in Kommission bei **Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13.** — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler N.-G., I., Schulerstraße 11.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Donnerstag den 16. Mai 1918, 10 Uhr vormittags.

Freitag den 17. Mai 1918, 10 Uhr vormittags.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom 2. Mai 1918.

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer,
Vize-Bürgermeister Franz Hof,
Vize-Bürgermeister Josef Rain.

Anwesende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner,
Angermayer, Dr. Mataja,
Braun, Müller,
Brauneiß, Nemeß,
Dechant, Pöyer,
Fraß, Schmid,
Grünbeck, Schneider,
Dr. Haas, Schwer,
Dr. Hein, Spalowsky,
Heindl, v. Steiner,
Högel, Tomola,
Hohensinner, Wippel,
Körber, Zapfa,
Knoll.

Entschuldigt: St.-R. Hermann, Jung, und Wessely.
Schriftführer: Magistrats-Konzepts-Praktikant Dr. Seipka.

Vize-Bürgermeister Rain eröffnet die Sitzung.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brauneiß** wird beschlossen:

(P. Z. 4386, M. B. N. XIV, 7934.) Bei Ausführung des von Ignaz Grünwald, Alleininhaber der Firma P. Grünwald, Metallwarengalanteriefabrik im XIV. Bezirke, Flachgasse 35 bis 41, projektierten Kiegelwandzubaues auf der Realität Konstr.-Nr. 1066/R und Grundb.-Einl.-Z. 1433/R, Flachgasse 39/41 des XIV. Bezirkes, werden dem Gesuchsteller die im § 83, Alinea 3 Wr. B.-O. angeführten Erleichterungen unter Einhaltung der in der Bauverhandlungsschrift vom 26. März 1918 niedergelegten Bedingungen Punkte 1 bis 6 zugestanden.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(P. Z. 4465, M. B. N. XI, 1227.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 140 Gesuche von Parteien aus dem XI. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(P. Z. 4438, M. N. XV, 6252.) Die Bornahme der in dem vorgelegten Kostenanschlage angeführten Herstellungen im Schulgebäude XVII., Parhamerplatz 18, mit den Kosten von 7000 K wird genehmigt.

Die Ausgabe ist auf **Ausgabe-Rubrik XII 4 c und XLIII 2 a** bedeckt.

(P. Z. 4429, M. A. VIII, 947.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 38 Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XVII. Bezirkes, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Fraß** wird beschlossen:

(P. Z. 4464, M. B. A. VII, 5) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend fünf Gesuche von Parteien aus dem VII. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Seindl** wird beschlossen:

(P. Z. 4371, M. A. XIII, 5706/17.) Der Bürgerwitwe Anna Weltich wird der erledigte Albert Hardt'sche Stiftpfah monatlicher 12 K vom 1. April 1918 angefangen unter Belassung des Erhaltungsbetrages monatlicher 24 K auf die stiftbriefliche Dauer verliehen.

Vize-Bürgermeister Rain macht folgende Mitteilungen:

Der „Verein Schrebergärten für Wien und Umgebung, Kolonie Rosenthal, Wien XIII“, dankt für die von der Gemeinde Wien gespendeten 200 Fichtenbäumchen. (Zur Kenntnis.)

Nachweisung über die Belastung des Reservefonds für das Verwaltungsjahr 1917/18 mit 27. April 1918:

Reservefonds	1.000.000 K — h
Belastung durch bereits zur Gebühr erwachsene Auslagen	493.420 K 35 h
Belastung durch genehmigte, jedoch noch nicht zur Gebühr erwachsene Auslagen	1.405.706 „ 08 „

zusammen . 1.899.126 „ 43 „

daher um . 899.126 K 43 h

überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesamtbetrage von 521.185 K in Vormerkung, deren Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

(P. Z. 4439, M. A. XIX, 357.) **St.-R. Dr. Hein** referiert über die Erwerbsteuerausteilung bezüglich der Marbach und Rieden Aktiengesellschaft Wien, für das Jahr 1916/17 und beantragt:

Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit der Note der I. I. Steuer-Administration für den I. Bezirk vom 21. Jänner 1918, Z. VII/B, 1035, mitgeteilte Erwerbsteuerausteilung bezüglich der Marbach und Rieden Aktiengesellschaft Wien für die Jahre 1916/17 wird Umgang genommen.

Während der Beratung über diesen Gegenstand bringen die **St.-R. Poyer, Dechant, v. Steiner, Knoll, Sebastian Grünbeck, Müller, Körber** und **Dr. Hein** eine Reihe von Fällen zur Sprache, in denen eine geradezu unerhörte Erhöhung der Steuervorschreibungen trotz des Einspruches der Kommissionsmitglieder vorgenommen wurde.

St.-R. Fraß beantragt:

1. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, wegen der oft gänzlich unberechtigten Steuerbemessung beim Finanzminister vorzusprechen und Einspruch zu erheben.

2. **St.-R. Dr. Mataja** wird ersucht, durch eine parlamentarische Aktion die Gewerbetreibenden vor den Verfolgungen der Steuerbehörden zu schützen.

3. Es sind Beratungsstellen in Steuer-Angelegenheiten zu schaffen.

Der Referenten-Antrag und die Anträge 1 und 2 des **St.-R. Fraß** werden angenommen.

Der Antrag 3 des **St.-R. Fraß** wird der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Haas** wird beschlossen:

(P. Z. 4343, M. A. II, 3482.) Dem Verein „Säuglingschutz“ wird wie im Vorjahre eine Subvention von 45.000 K bewilligt.

Die Ausgabe ist auf Ausgabe-Kubrik XXXVIII 6 b bedeckt.

(P. Z. 4338, M. A. II, 2669.) Der Sanitäts-Ober-Aufsichterswitwe Anna Scheminzy wird eine Witwenpension von 1248 K jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4333, M. A. II, 2645.) In Aufhebung des Stadtrats-Beschlusses vom 14. März 1918, Z. 2507, wonach der Sanitätsdienerwitwe Hermine Sindemanu eine Abfertigung von 1560 K angewiesen wurde, wird die Anweisung der normalmäßigen Witwenpension im Jahresbetrage von 520 K, einem Drittel der für den Ruhegenuß des Gatten anrechenbaren Bezüge per 1560 K vom 1. März 1918 an, das ist anschließend an die bis dahin ausbezahlten Bezüge des Verstorbenen unter gleichzeitiger Einstellung eines eventuellen Pfründenbezuges der Witwe und die Verzichtleistung auf den Rückersatz des vom Todestage des Gatten (26. Oktober 1917) bis 28. Februar 1918 ausbezahlten Mobilisierungsbezuges genehmigt.

(P. Z. 4364, M. A. XI b, 9382.) Der Magistratsbericht, betreffend die Einrichtung von Naturalwohnungen für Bedienstete des Wiener Versorgungsheimes im Hause Jagdschloßgasse 21 (Teil der Zweiganstalt des Versorgungsheimes), wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4340, M. A. II, 722.) Der Hilfsarbeiterin im Zubiläums-Spital Marie Bawerka wird eine Gnadengabe von jährlich 480 K bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4348, M. A. IV, 182.) Die Herstellung der elektrischen Glühlampenbeleuchtung in der Schnirchgasse und in einem Teile des Franzosengrabens im III. Bezirke, als den Zufahrtsstraßen zu dem neuen Massengüterlagerplätze der I. I. Staatsbahnen an der Erdbergerlande, wird nach dem vom Magistrat vorgelegten Entwürfe unter Annahme des Angebotes der Österreichischen Siemens-Schuckert-Werke mit einem Kostenbetrage von insgesamt rund 16.000 K und mit den Betriebskosten einer ganznächtigen Beleuchtung in der Höhe von jährlich rund 1300 K genehmigt.

(Vize-Bürgermeister Pierhammer übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 4365, M. A. XI b, 2453.) I. Die laufenden Arbeiten und Lieferungen für das Versorgungshaus in Diefing werden für

das Jahr 1918 auf Grund des städtischen Preistarifes, Aufl. 1912, ohne die seither bewilligten Abänderungen, an folgende Geschäftsleute vergeben:

- a) Zimmermannsarbeiten (Tarifpost 5) an Andreas Holzer in Perchtoldsdorf mit Zuschuß von 200 Prozent für die Tarifposten 1 bis 6, 380 Prozent für die Tarifposten 7 bis 18, 500 Prozent für die Tarifposten 19 bis 52, 420 Prozent für die Tarifposten 53 bis 92, 300 Prozent für die Tarifposten 93 bis 105 und 380 Prozent für die Tarifposten 106 bis 293;
- b) Ziegeldeckerarbeiten (Tarifpost 7) an Schoderböck & Komp., XV., Märzstraße 26, mit Zuschuß von 100 Prozent für die Tarifposten 1 bis 4 und 200 Prozent für die übrigen Tarifposten;
- c) Kupferschmiedarbeiten (Tarifpost 9) an Wenzel Nowak's Witwe., XIV., Diefenbachgasse 43, zum Preise von 1 K 5 h per Kilogramm Innenverzinnung, 2 K 10 h per Kilogramm Innen- und Außenverzinnung, 80 h für einen Schöpflöffel, 12 h für einen Eßlöffel, 20 h für einen kleinen Nietnagel, 30 h für einen großen Nietnagel;
- d) Tonfenarbeiten (Tarifpost 14) an Johann Edl, VI., Matrosengasse 3, mit 300 Prozent Zuschuß;
- e) Wasserleitungseinrichtungs- und Anbohrungsarbeiten, Gasrohrleitung und Gaseinrichtungsarbeiten (Tarifposten 13 und 14) an Friedrich Kühn in Diefing zum Preise von 3 K für die Monteurstunde und 1 K 80 h für die Helferstunde, sowie zu Tagespreisen für das Materiale;
- f) Rauchfanglehrerarbeiten (Tarifpost 27) an Ludwig Proschinger in Diefing gegen ein Jahrespauschale von 975 K nebst Neujahrgeld für den Gehilfen 12 K;
- g) Möbeltischlerarbeiten (Tarifpost 29) an Robert Holzer in Perchtoldsdorf mit 200 Prozent Zuschuß für die Posten 1 bis 5 und 270 Prozent Zuschuß für die Posten 6 bis 119.

II. Der Magistrat wird ermächtigt, unerläßliche Arbeiten und Lieferungen, für die kein Geschäftsmann bestellt werden konnte, fallweise durch geeignete Geschäftsleute ausführen zu lassen.

(P. Z. 1897, M. N. X, 1051.) Der Stadtrat genehmigt:

1. Daß die Buchführung des Kaiserjubiläums-Spitals von der Stadtbuchhaltung übernommen und auch die Kontrolle über die Rechnungsgebarung dieser Anstalt in Einkunft von der Stadtbuchhaltung ausgeübt werde;

2. daß der § 20 des Spitalsstatutes dementsprechend abgeändert werde, wobei die Textierung dem Magistrat überlassen wird;

3. daß im § 10 desselben Statutes der Satz: „Seine Beachtung und Behandlung haben daher die Ärzte des Spitals zu besorgen“, ferner der § 26 des Statutes gestrichen und im zweiten Satze des 1. Absatzes des § 21 des Spitalsstatutes das Wort „Sie“ durch die Worte: „die leitenden Ärzte“ ersetzt werde.

Der Stadtrat und Gemeinderat wolle genehmigen, daß der Direktor des Kaiserjubiläums-Spitals einmalige bedeckte Auslagen bis zum Betrage von 1000 K bewilligen dürfe.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(P. Z. 4406, St. G. W., 2165.) 1. Dem technischen Leiter des Braunkohlenbergwerkes Zillingdorf, Bergingenieur Eugen Werner, wird im Sinne der ihm auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 2. Juli 1912, P. Z. 10135, bei seiner Anstellung erteilten Zusicherung die definitive Anstellung bei der Braunkohlenbergbau-Gewerkschaft Zillingdorf mit der Rechtswirkung versehen, daß auf sein Dienstverhältnis nunmehr die Dienstpragmatik, das Urlaubsnormale und die Pensionsvorschrift für die Beamten und Diener der Stadt Wien sinngemäße Anwendung zu finden haben und ihm für die Pensionsbemessung zehn Jahre zugerechnet werden.

2. a) Die Dienstbezüge des Bergingenieurs Eugen Werner werden neu systemisiert wie folgt: Grundgehalt 6000 K mit zwei nach je vier Jahren fällig werdenden Dienstalterszulagen von je 800 K, Quartiergeld 2200 K und Spesenpauschale 2000 K, wobei seine Einreihung in das neue Gehaltsschema unter Berücksichtigung seiner bisherigen Dienstzeit bei der Braunkohlenbergbau-Gewerkschaft Zillingdorf zu erfolgen hat;

b) weiters wird ihm der Titel „Berg-Ober-Inspektor“ verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4405, St. G. W., 907.) Der Witwe des am 14. April 1918 im Ruhestande verstorbenen Maschinisten der Allgemeinen österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft Josef Nuß, namens Barbara Nuß, wird eine Witwenpension von jährlich 364 K mit der Fälligkeit vom 1. Mai 1918 und ein Leichenkostenbeitrag von 220 K bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4402, St. G. W., 391.) Der Rechnungsbeamte der städtischen Elektrizitätswerke Gustav Kastner wird im Wege der Zeitbeförderung und unter gleichzeitiger Einreihung in die Gruppe der Verwaltungsbeamten mit dem Range vom 1. Mai 1918 in die II. Gehaltsklasse mit den Bezügen der 3. Gehaltsstufe (3000 K Gehalt und 1500 K Quartiergeld) befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4349, M. N. V, 788.) Dem Steinmetzmeister Josef Supprich wird die über ihn wegen Überschreitung der Lieferzeit verhängte Konventionalstrafe von 3180 K ausnahmsweise nachgesehen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Knoll** wird beschlossen:

(P. Z. 4387, M. N. VIII, 971.) Die im Hause XXI., Siemensstraße 87, infolge eines Rohrgebrechens aufgelaufenen Wassergebühren für den weiteren Verbrauch des I. und II. Viertels 1917 im Gesamtbetrage von 1014 K 2 h werden aus Billigkeitsgründen auf zusammen 128 K herabgesetzt und wird der restliche Betrag von 886 K 2 h abgeschrieben.

(P. Z. 4352, M. N. VIII, 932.) Die für das Haus XXI., Leopoldbauerplatz 24, des Anton Jakob im I. Jahresviertel 1917 mit 51 K 50 h und im II. Jahresviertel mit 46 K 42 h, zusammen mit 97 K 92 h aufgelaufenen Wassermehrverbrauchsgebühren sind als Folgen eines Rohrgebrechens abzuschreiben.

(P. Z. 4388, M. N. VIII, 972.) Die im Hause XXI., Leopoldbauerplatz 26, infolge Rohrgebrechens aufgelaufene Gebühr für den weiteren Verbrauch an Hochquellenwasser des III. Viertels 1917 im Betrage

von 78 K 36 h wird abgeschrieben, die im Hause XXI., Leopoldsdauerplatz 1, aus dem gleichen Anlasse erwachsene Gebühr von 49 K 2 h wird auf 7 K 2 h herabgesetzt.

(P. Z. 4363, M. A. X, 2457.) In Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 3. Mai 1917, P. Z. 4457/17, wird dem Friseur Franz Baumgartner, XXI., Stadlauerstraße 7, die Erneuerung des Einzelgrabes II. Klasse, Gruppe V, Nummer 243 im Stadlauer Friedhofe auf weitere zehn Jahre, d. i. bis 11. Oktober 1925, gegen Erlag einer Gebühr von 10 K samt den Verzugszinsen, gerechnet vom 11. Oktober 1915 bewilligt.

(P. Z. 4389, M. B. A. XXI, 6940.) Anlässlich der Herstellung einer Abort- und Pissoiranlage samt Ableitung in den Straßkanal auf dem Übungsplatze des Wiener Sportklubs „Admira“, Einl.-Z. 67, Kat.-Parz. 679 Grundbuch Groß-Feudlersdorf II, XXI, Bezirk, Jubiläums-, Ball-, Bunsen- und Morsegasse, wird derzeit von der Einhebung einer Kanaleinmündungsgebühr abgesehen und nur die Entrichtung einer jährlichen Kanalbenutzungsgebühr von 50 K, zahlbar im vorhinein vom 1. Mai 1918 an gefangen in zwei gleichen Halbjahresraten, vorgeschrieben.

Im Falle einer nachträglichen Abänderung in den die Gebührerleichterung begründenden Verhältnissen wird die entsprechende Kanaleinmündungsgebühr eingehoben werden.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(P. Z. 4378, M. A. XXII, 336.) Die Regenschornsteine an der städtischen Kirche in Unter-St. Veit wird ab 1. Mai 1918 dem Bürgerschullehrer Ernst Stadlbauer mit den auf der vorgelegten Beilage ersichtlichen Obliegenheiten und der Jahresremuneration von 530 K gegen beiden Teilen zustehende einmonatliche Kündigung verlichen.

(P. Z. 4862, M. A. X, 3130.) Der Marie Tuschetzschlögel in Wien XIII., Schweizertalstraße 54, wird das heimgefallene eigene Grab Gruppe E, Reihe 7, Nummer 18 im Ober-St. Veiter Friedhofe auf die Dauer von 20 Jahren um den Betrag von 200 K überlassen.

Falls in dem Grabe als erste Leiche die einer dem Friedhofe nicht zugewiesenen Person beerdigt wird, so erhöht sich vorstehender Betrag auf 300 K.

(P. Z. 4359, M. A. X, 2597.) Das Ansuchen der Fanni Tönsmann, Jablunkau, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe R, Nummer 1641 im Baumgartner Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 4424, M. A. II, 9418.) Dem Vereine zur Erhaltung einer Kinderkrippe in Wien XIII. wird eine einmalige Subvention von 2000 K bewilligt.

Die Ausgabe ist auf Ausgabensubrubrik XXXVIII 6 b bedeckt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4357, M. A. X, 2484.) Dem Rudolf Wieser, Fabrikant, XV., Hütteldorferstraße 29, wird das heimgefallene eigene Grab Gruppe C, Nummer 246 im Baumgartner Friedhofe um den Betrag von 250 K auf 20 Jahre überlassen.

(P. Z. 4361, M. A. X, 2052.) Der Josefa Kalal, Fleischhackerwitwe, XIV., Meißelstraße 18, wird der Mittelgruftplatz Gruppe XXII, Nummer 2 im Baumgartner Friedhofe um den Preis von 1600 K, beziehungsweise wenn die erste in der Gruft beizusetzende Leiche dem Friedhofe nicht zugewiesen ist, um den Preis von 3200 K überlassen. Bedungen wird, daß die Gruft auf Kosten der Gesuchstellerin nach Einholung der Baubewilligung durch befugte Gewerbetreibende hergestellt wird.

(P. Z. 4360, M. A. X, 3281.) Dem Franz Wagner, VIII., Lammgasse 1, wird der einfache Gruftplatz Nr. 70 in der Gruppe XX des Hiezingner Friedhofes um 6000 K auf Friedhofsdauer unter der Bedingung überlassen, daß der Erwerber auf diesem Platze nach Erwirkung der Baubewilligung eine einfache Gruft auf eigene Kosten errichtet.

(P. Z. 4356, M. A. X, 2984.) Dem Albert Sanonner, k. k. Prater 116, wird das heimgefallene eigene Grab Gruppe L, Nr. 15 im Baumgartner Friedhofe um den Betrag von 400 K auf 20 Jahre überlassen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wippel** wird beschlossen:

(P. Z. 4531, M. A. XV, 3052.) Über Ansuchen des Fortbildungsschulrates Wien wird zur Rückverlegung der fachlichen Fortbildungsschule für Maschinenschlosser in das Bürgerschulgebäude X., Eugengasse 30/32, die Zustimmung erteilt und gegen jederzeit möglichen Widerruf und unter den üblichen Bedingungen die Benützung von 11 Lehrzimmern, 2 Zeichensälen und 2 Lehrmitteln in diesem Schulgebäude für Zwecke der Fortbildungsschule außerhalb der Unterrichtszeit der Bürgerschule bewilligt.

(P. Z. 4211, M. A. III, 843.) Die Gemeinde Wien ist bereit, von der Wienerberger Ziegelfabrik- und Baugesellschaft die im Grundbuche über Oberlaa-Stadt unter Einl.-Z. 577 inmeliegenden Parz. 1964/1 und 1957/5 im Katastralausmaße von 29.694 m² zu dem Einheitspreise von 3 K per Quadratmeter unter nachstehenden Bedingungen zu kaufen:

1. Der Grund wird verkauft, wie er liegt und steht, und der Gemeinde Wien vollkommen sag- und lastenfrei übergeben.

2. Der Kaufschilling ist auf Grund des obigen Einheitspreises für das auf Kosten der Gemeinde festzustellende Ausmaß zu berechnen und ist binnen acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes für die Gemeinde Wien und Übergabe des Grundes in ihren physischen Besitz fällig.

3. Die Gemeinde Wien tritt in den bestehenden Pachtvertrag ein.

4. Auf dem verkauften Grunde dürfen keine Anlagen errichtet oder Grabungen vorgenommen werden, die dem Zwecke eines Ziegelwerkes dienen.

Diese Verpflichtung ist auf dem verkauften Grunde auf Kosten der Gemeinde Wien grundbücherlich sicherzustellen.

5. Die mit der Vertragserrichtung und der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren sowie die Vermögensübertragungsgebühr wird von der Gemeinde Wien allein getragen.

Die Wertzuwachssteuer geht zu Lasten der Verkäuferin.

Nach dem Berichte und Antrage des **Fize-Bürgermeisters Hof** wird beschlossen:

(P. Z. 4542, St. Lagerh., 14494.) Die Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien wird ermächtigt, der Firma L. A. Niedinger für die zur Vermehrung der Luftkühler im Kühlagerhause der Stadt Wien bereits gelieferten Materialien einen Vorschuß auf die Verdienstsumme im Betrage von 75.000 K auszuführen, der bei der Schlußabrechnung in Abzug zu bringen ist.

(Vize-Bürgermeister Rain übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 4468, M. A. II, 1672.) Der Wasserleitungsausschere Witwe Rosa Meuser wird eine Gnadengabe im Betrage von 240 K bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4472, M. A. II, 1912.) Für die Auszahlung der Erhaltungsbeiträge durch die Hauptkassa-Abteilung für den I. Bezirk wird ein monatlicher Auszahlungstag und die hiefür in den anderen Bezirken festgesetzte Entlohnung bestimmt.

Die Ausgabe für den Rest des Verwaltungsjahres ist auf Ausgabe-Kubrik IV 18 f bedeckt.

(P. Z. 4334, M. A. II, 1594.) Das Sterbequartal von 263 K 37 h nach dem Straßenaufseher Karl Jäger wird dessen Tochter Paula Jäger zuerkannt.

(P. Z. 4335, M. A. II, 2180.) Das Sterbequartal von 273 K 75 h nach dem Aushilfsdiener Anton John wird dessen Bruder Franz John zuerkannt.

(P. Z. 4341, M. A. II, 3457.) Dem Steinbrucharbeiter Ferdinand Rom wird eine Gnadengabe im Betrage von 300 K bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4327, M. D., 2116.) Der Schuldiener I. Bezugsklasse Johann Taubek wird gemäß § 102 D. Pr. auf eine Amtsdienststelle I. Bezugsklasse mit dem gleichen Range und ohne Schmälerung seines Gehaltes versetzt.

(P. Z. 4351, M. A. VII, 257.) Die Lieferung von 1200 q Portlandzement für den Bau des zweiten Sammelkanales im XXI. Bezirke, Bauhos I, wird der Österreichischen Portlandzementfabrik A. G., I., Singerstraße 27, zu den Bedingungen des Angebotes vom 9. April 1918 übertragen.

Das hiedurch eintretende, bedeckte Mehrerfordernis von 14.500 K wird genehmigt.

(P. Z. 4339, M. A. II, 511.) Dem Straßenarbeiter Ludwig Schubert wird eine Gnadengabe von 360 K jährlich bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4336, M. A. II, 1924.) Das Ansuchen der Anna Theuer um Zuerkennung des Sterbequartals nach dem Parlamentswächter Josef Streitriegler wird abgewiesen.

(P. Z. 4411, St. G. W., 3126.) Dem Josef Gluifer, großjährigen Sohne des am 10. September 1917 verstorbenen

Hilfsarbeiters Josef Gluifer wird gemäß § 21, Absatz 1, zweiter Teil der Pensionsvorschrift für die provisorischen Bediensteten der Gaswerke der Krankheits- und Leichentkostenbeitrag im vollen Betrage, das sind 397 K 59 h zuerkannt.

(P. Z. 4398, St. Lagerh., 12159.) Die von der Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien vorgeschlagene Anschaffung der zur Umgestaltung von vier Waggonbrückenwagen vom Handbetrieb auf motorischen Betrieb erforderlichen vier Motoren und elektrischen Auslösevorrichtungen und eines Motors für eine Sackklopfmaschine wird mit dem Gesamterfordernisse von 19.300 K, das aus dem Betriebsergebnisse der städtischen Lagerhäuser zu decken ist, genehmigt.

(P. Z. 4397, St. Lagerh., 6367.) Für die Beamten- und Bedienstetenwohnungen des Verwaltungs- und Wohngebäudes des Kühlagerhauses der Stadt Wien werden die von der Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien vorgeschlagenen Mietzinse genehmigt.

(P. Z. 4328, M. D., 1002.) Der Schuldiener I. Bezugsklasse Leopold Paschinger wird gemäß § 102 D. Pr. auf eine Amtsdienststelle I. Bezugsklasse mit dem gleichen Range und ohne Schmälerung seines Gehaltes versetzt.

(P. Z. 4409, St. G. W., 1102.) Der Apparatenwärter des städtischen Gaswerkes Simmering Eduard Jatschka wird in den dauernden Ruhestand versetzt und ihm im Sinne des § 5 der Pensionsvorschrift für die provisorischen Bediensteten der städtischen Gaswerke unter Zugrundelegung einer 17jährigen Dienstzeit der vorschriftsmäßige Ruhebezug in der Höhe von 54 Prozent seines letzten jährlichen Lohnbezuges von 2492 K 43 h, das ist von 1345 K 91 h jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4321, M. D., 2206.) Der Kanzlei-Praktikant Robert Böschl wird im Wege der Zeitbeförderung zum Kanzlei-Arbeitsassistenten in der XI. Rangklasse mit dem Range vom 14. Jänner 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4324, M. D., 2175.) Der Kanzlei-Praktikant Moritz Klein wird im Wege der Zeitbeförderung zum Kanzlei-Arbeitsassistenten in der XI. Rangklasse mit dem Range vom 10. März 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4399, St. Lagerh., 9775.) Dem provisorischen Arbeitsassistenten der Lagerhäuser der Stadt Wien, Gustav Killmann, wird das Definitivum verliehen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4322, M. D., 2243.) Der städtische Kanzlei-Offizier Ernst Grinzenberger wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Ober-Offizial in der IX. Rangklasse mit dem Range vom 13. April 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4323, M. D., 2176.) Der Kanzlei-Praktikant Bruno Swoboda wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Arbeitsassistenten in der XI. Rangklasse mit dem Range vom 11. Februar 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4326, M. D., 2242.) Der städtische Kanzlei-Ober-
 Offizial Karl Müllner wird im Wege der Zeitbeförderung zum
 städtischen Kanzlei-Direktions-Adjunkten in der VIII. Rangsklasse
 mit dem Range vom 16. April 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4412, St. G. W., 1101.) Der Heizer des städtischen
 Gaswerkes Simmering August Steiskal wird in den dauernden
 Ruhestand versetzt und ihm im Sinne des § 5 der Pensions-
 vorschrift für die provisorischen Bediensteten der städtischen Gaswerke
 unter Zugrundelegung einer 18jährigen Dienstzeit der vorschrifts-
 mäßige Ruhebezug in der Höhe von 56 Prozent seines letzten
 jährlichen Lohnbezuges von 3003 K 43 h, das ist von 1681 K
 92 h jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4410, St. G. W., 1099.) Der Heizer des städtischen
 Gaswerkes Simmering Johann Gruby wird in den dauernden
 Ruhestand versetzt und ihm im Sinne des § 5 der Pensions-
 vorschrift für die provisorischen Bediensteten der städtischen Gaswerke
 unter Zugrundelegung einer 18jährigen Dienstzeit der vorschriftsmäßige
 Ruhebezug in der Höhe von 56 Prozent seines letzten jährlichen
 Lohnbezuges von 3003 K 43 h, das ist von 1681 K 92 h jährlich
 zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten werden gemäß
 dem Magistrats-Antrage nachstehende Witwenpensionen zuerkannt:

Den Straßenarbeiterwitwen:

(P. Z. 4422, M. A. II, 3036) Therese Moser 547 K
 50 h jährlich,

(P. Z. 4421, M. A. II, 3018) Franziska Sabadi 389 K
 33 h jährlich,

(P. Z. 4337, M. A. II, 2670) Marie Priß 540 K 20 h
 jährlich und

(P. Z. 4408, St. G. W., 1184) der Laternenwärterswitwe
 Franziska Raub 601 K 38 h und ein Erziehungsbeitrag von
 128 K 8 h für das Kind Marie,

(P. Z. 4470, M. A. II, 839) der Straßenarbeiterwitwe
 Rosa Kerschbaum 396 K 28 h jährlich und ein Erziehungs-
 beitrag von 79 K 26 h für die beiden Kinder,

(P. Z. 4469, M. A. II, 3227) der Rechnung-Revidentens-
 witwe Olga Poschnyal wird ein Erziehungsbeitrag von jähr-
 lich 381 K 33 h für das Kind Olga zuerkannt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner**
 wird beschlossen:

(P. Z. 4466, M. A. X, 3669.) Dem Ober-Inspektor Alexander
 Fußl, III., Rennweg 24, wird der einfache Gruftplatz neben
 Hammerle unter der Terrasse im Heiligenstädter Friedhofe um
 1700 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen.

Nach Erlag der Grabstellgebühr hat der Erwerber auf diesem
 Plage unter Erwirkung der Baubewilligung eine normale einfache
 Gruft auf eigene Kosten zu errichten.

(P. Z. 4526, M. A. XIV, 3064/12.) Der Firma Julius
 Frankl G. m. b. H. und Mitbesitzern wird nach Maßgabe der
 vorgelegten Pläne die politische Bewilligung erteilt, die Liegenschaft
 Kat.-Parz. 423/1, Einl.-Z. 194 des Grundbuche Unter-Döbling
 im XIX. Bezirke auf drei Baustellen und drei Baustellenteile ab-
 zuteilen.

Diese Abteilung ist als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a
 der Wr. B.-O. zu betrachten.

Die vom Magistrate gestellten Bedingungen sind einzuhalten.

(P. Z. 4115, M. A. III, 1449.) In teilweiser Abänderung
 des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Juli 1913, P. Z. 11432,
 und des Stadtrats-Beschlusses vom 4. Juni 1915, P. Z. 5737,
 wird dem Karl Kreindl die Frist zur Übergabe der an die Ge-
 meinde Wien abgetretenen restlichen Platzgründe samt den an-
 schließenden Straßengründen unter der Bedingung bis zum Ablaufe
 eines Jahres nach dem Kriegsende erstreckt, daß sich auch die Ver-
 pflichtung der Gemeinde Wien zur Leistung der noch ausstehenden
 Schadlosloshaltung auf diesen Termin verschiebt und daß Karl
 Kreindl die Gemeinde Wien gegenüber den allfälligen Ansprüchen
 der Sparkassa Bozen vollkommen schad- und klaglos zu halten hat.
 (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters
 Bierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 4471, M. A. II, 3626.) Dem Deutschmeister-Schützen-
 korps wird für seine Schießschule wie in den Vorjahren eine Sub-
 vention von 1000 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4344, M. A. II, 3252.) Dem „Österreichischen Zentral-
 Komitee zur Errichtung von Soldatenheimen“ wird für das Soldaten-
 heim des Wiener Schützenregimentes Nr. 1 aus dem mit Gemeinderats-
 Beschluß vom 13. März 1917, P. Z. 1901/17, zur Gründung von
 Soldatenheimen für Wiener Regimenter bewilligten Kredite von
 20.000 K ein Betrag von 1000 K überwiesen.

(P. Z. 4440, L. W. A., 45.) In teilweiser Abänderung des
 Gemeinderats-Beschlusses vom 20. Juni 1913, P. Z. 8000 wird
 dem Leiter der Forstverwaltung in Groß-Enzersdorf das festgesetzte
 jährliche Reisepauschale ab 1. Mai 1918 von 100 K auf 180 K
 erhöht.

Das Mehrererfordernis von 80 K erscheint im Voranschlage
 für das Fondsgut Kaiser-Ebersdorf 1917/18 auf Ausgabe-
 Rubrik I 2 „Amtskosten“ bedeckt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4325, M. D., 2333.) Der Magistrats-Konzipist
 Dr. Karl Klein wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen
 Magistrats-Kommissär in der IX. Rangsklasse mit dem Range vom
 20. April 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Jaska** wird
 beschlossen:

(P. Z. 4528, M. A. XIV, 2720.) Der Firma Julius
 Frankl G. m. b. H. und dem Moritz R. Dypenheim als
 Eigentümern der Liegenschaft Kat.-Parz. 335/14, Einl.-Z. 434 des
 Grundbuche Lainz im XIII. Bezirke in Wien, wird die politische
 Bewilligung erteilt, die Kat.-Parz. 335/14 in die im Plane des
 Stadtbauamtes bezeichneten Teilflächen abzuteilen.

Diese Abteilung ist als Unterabteilung im Sinne des § 3,
 lit. b Wr. B.-O. zu betrachten und wird an die Bedingung ge-
 knüpft, daß auch die abgetrennte Grundfläche im Grundbuche aus-
 drücklich als Baustellenteil bezeichnet werde.

(P. Z. 4501, M. A. VIII, 892.) Die Gemeinde Wien kauft
 von Josef Winter sen. und dessen Gattin Johanna Winter
 von dem im Grundbuche Fahrfeld unter Einl.-Z. 32 inliegenden

Kat.-Parz. 51/2 und 52 die im vorgelegten Plane rot angelegte Teilfläche von 590 m², sowie von Josef Winter jun. und dessen Gattin Marie Winter die im gleichen Grundbuche unter Einl.-Z. 69 inliegende Bauparzelle 37, Konstr.-Nr. 5 und 5 a Fahrsfeld im Ausmaße von 360 m², wie diese Baulichkeiten liegen und stehen, jedoch ohne Inneneinrichtung, um den Pauschalbetrag von 28.000 K (auf Ausgabrubrik XXVI 7 c bedeckt) unter folgenden Bedingungen:

1. Die Abtretung erfolgt mit Ausnahme der zugunsten der Gemeinde Wien verbücherten Wasserleitungs-Servituten saß- und lastenfrei.

2. Der Kaufpreis ist mit Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien fällig.

3. Den Verkäufern wird die Nutzung der verkauften Grundflächen, sowie die Benützung der Hälfte der Räumlichkeiten des Hauses bis Ende Oktober 1918 für ihre eigene Person ohne Entgelt eingeräumt.

4. Das Mitbenützungrecht der auf der Liegenschaft Einl.-Z. 32 Grundbuch Fahrsfeld, aufgehenden Quelle durch die Gemeinde ist grundbüchlerlich sicherzustellen.

5. Die mit der Errichtung und grundbüchlerlichen Durchführung des Vertrages, sowie mit der Lastenfreistellung der Liegenschaften verbundenen Kosten, sowie die Übertragungsgebühr trägt die Käuferin.

6. Beide Teile verzichten auf das Recht, den Vertrag wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes anzufechten.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4353, M. A. IX, 9043.) Dem Großfuhrwerksbesitzer Josef Lopotar wird die Bewilligung zur Abklärung von ungefähr 6000 m³ Schutt auf den für den Straßenbau längs der Döblerhofgasse bestimmten Gründen zu den angebotenen Preisen und unter den vom Stadtrate beantragten Bedingungen erteilt.

(P. Z. 4124, M. A. VIII, 764.) Die Anschaffung der für den Wasserleitungsbetrieb erforderlichen Hauschieber, Straßenschieber mit Einbauborrichtungen, Druckhähnen, Rohrschellen und Wasseransläufen für Feuerlöschzwecke mit dem auf Ausgabrubriken XXVI 5, beziehungsweise XXVI 7 a und c eigene Gelder, Investitions-Anlehen 1914, bedeckten Gesamtkostenfordernisse von 512.000 K wird genehmigt.

Die Lieferung wird in nachstehender Weise vergeben:

1. An die Armaturen- und Maschinenfabrik-Aktiengesellschaft vormals J. A. Hilpert, Wien, X., Erlachgasse 117, auf Grund ihres Angebotes vom 4. April 1918:

- 1000 Stück Hauschieber, 26 mm,
- 500 Stück Straßenschieber, 26 mm, mit Einbauborrichtungen,
- 300 Stück Druckhähne,
- 300 Stück Rohrschellen, 80 mm,
- 300 Stück Rohrschellen, 100 mm,
- 100 Stück Rohrschellen, 150 mm, und
- 100 Stück Rohrschellen, 160 mm,
- 300 Stück Oberflurwasserauslässe.

2. An Teudloff & Dittrich, Armaturen- und Maschinenfabrik, Ges. m. b. H., XX., Dresdnerstraße 49, auf Grund der Angebote vom 6., beziehungsweise 8. April 1918:

- 300 Stück Oberflurwasserauslässe, 80 mm,
- 200 Stück Hauswasserauslässe für Feuerlöschzwecke, 50 mm,
- und
- 100 Stück Absperrschieber, 80 mm.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 4350, M. A. VI, 278.) Der Magistratsbericht bezüglich des Wiederbetriebes des Schotterbruches am Egelberge wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4414, St. Str. B., 1638.) Der Stadtrat genehmigt die Lieferung von 2000 Stück Schwellen im Gesamtbetrage von 34.900 K durch die Firma Holz-Imprägnier-Werke Ges. m. b. H. in Prag.

(P. Z. 4418, St. Str. B., 79/51/16.) 1. Die Überlassung der derzeit unbenützten Batterien der Autobusse der Linie Volksober-Stephansplatz an die Akkumulatorenfabrik für Zwecke der Herresverwaltung wird genehmigt; die Akkumulatorenfabrik verpflichtet sich, nach Kriegsschluß entweder die gleichen Batterien vollständig neu als Ersatz zu liefern oder über Wunsch eine entsprechende Anzahl größerer Batterien, geeignet für Autobusse jener Type, wie sie auf der Linie Nordbahnhof-Stephansplatz verkehrten, beizustellen.

2. Die Direktion der Straßenbahnen wird ermächtigt, die näheren Bedingungen der Übergabe und die Type der als Ersatz zu liefernden Batterien mit der Akkumulatorenfabrik zu vereinbaren.

(P. Z. 4558, St. G. W., 2539.) Das Anbot der Bauunternehmung L. Wolf & Komp., betreffend die in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1918 für die städtischen Gaswerke auszuführenden Erd-, Baumeister- und Pflasterarbeiten, wird angenommen.

(P. Z. 4537, St. Str. B., 41.) Dem Wagenführer der städtischen Straßenbahnen Georg Köfner wird auf die Dauer von sechs Monaten ein Urlaub gegen Einstellung der Gebühren gewährt.

Während der Dauer diesesurlaubes wird ihm eine monatliche Unterstützung von 75 K 35 h zuerkannt.

(Vize-Bürgermeister Hof übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 4419, St. Str. B., 714.) Den Kindern des verstorbenen Expeditors der städtischen Straßenbahnen Ferdinand Ruppert, Leopold Polorny, geboren am 23. Oktober 1902, und Hildegard, geboren am 13. Jänner 1906, wird auf die Dauer von drei Jahren oder bis zum Eintritte einer anderweitigen Versorgung ein gnadenweiser Erziehungsbeitrag von je 25 K, das sind zusammen 50 K monatlich zuerkannt.

Auf die Auszahlung und Endigung dieser Gnadengabe haben die Bestimmungen der Pensionskassa sinngemäße Anwendung zu finden.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4441, St. Str. B., 2030.) Die in dem Verzeichnisse der städtischen Straßenbahnen Nr. 2030 vorgelegten sechs Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

(P. Z. 4420, St. Str. B., 2055/Nr.) Der Leitung des städtischen Kindergartens XVIII., Ferrvogasse 28, werden für die

Böglinge und Begleitpersonen Freilarten zur Fahrt auf der Straßenbahnlinie Ferrogasse—Endstelle Pöhlensdorf mit der Gültigkeit für die Monate Mai bis Ende September und an Werktagen bewilligt.

(P. Z. 4415, St. Str. B., 1554/Rt.) Das Ansuchen des Vereins jüdischer Schrebergärten, Wien, XVIII., Hasenauerstraße 43, um eine Fahrpreisermäßigung wird abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 4553, M. A. XV, 3912.) Zu dem vom k. k. n.-ö. Landesschulrate in Wien ausgearbeiteten Entwürfe einer Verordnung, betreffend den Vorgang bei der Ernennung von Lehrpersonen im Vorrückungswege, wird grundsätzlich die Zustimmung erteilt, gleichzeitig aber der k. k. n.-ö. Landesschulrat ersucht, bei Erlassung dieser Verordnung die in dem vorgelegten, vom Magistrat ausgearbeiteten Entwürfe enthaltenen Abänderungen zu berücksichtigen.

(P. Z. 4369, M. A. XII a, 1207.) Die Rücklegung des Ehrenamtes der pädagogischen Leitung in dem öffentlichen Kindergarten der Gemeinde Wien, IV., Starhembergstraße 10, durch kaiserl. Rat Direktor Georg Philp wird zur Kenntnis genommen und ihm für seine langjährige und sehr ersprießliche Tätigkeit als pädagogischer Leiter dieses Kindergartens der Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

(P. Z. 4368, M. A. XII a, 51.) Der leitenden Kindergärtnerin Karoline Weywar wird die selbständige Leitung des öffentlichen Kindergartens der Gemeinde Wien, IV., Starhembergstraße 10, als Ehrenamt übertragen.

(P. Z. 4367, M. A. XII a, 306.) Die Fürsorgerin des städtischen Jugendamtes Gertrude Baderle wird ausnahmsweise von der Ablegung der kommunalen Fachprüfung im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 27. April 1917, P. Z. 2712/17, befreit.

(P. Z. 4549, M. A. II, 3519.) Dem Schutzvereine für gefährdete männliche Jugend wird eine außerordentliche Subvention von 10.000 K unter der Bedingung gewährt, daß dem städtischen Jugendamte zehn Plätze gegen das jeweils übliche Kostgeld sichergestellt werden.

Für die kommenden Jahre steht es dem Vereine frei, alljährlich ein Subventionsgesuch einzubringen und behält sich die Gemeinde Wien vor, die Höhe der etwa zu gewährenden Subvention den jeweiligen Verhältnissen entsprechend festzusetzen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4450, M. A. XV, 6265.) Die Bewerbung um die erledigte Schulleiterstelle an der Mädchen-Volksschule II., Vereinsgasse 29, wird nur männlichen Lehrpersonen eingeräumt.

(P. Z. 4366, M. A. XII a, 111.) Der Stadtrat erteilt die Zustimmung, daß die von der Schulleitung zu bezeichnenden Schülerinnen des einjährigen Lehrlurses an der Mädchen-Bürgerschule IV., Starhembergstraße 8, an den Spielen und Beschäftigungen des öffentlichen Kindergartens der Gemeinde Wien, IV., Starhembergstraße 10, teilnehmen können.

(P. Z. 4436, M. A. XV, 6112.) Zur Beurlaubung des Volksschullehrers I. Klasse Franz Prinz für die Dauer des Schuljahres

1918/19 gegen Karenz der Bezüge, jedoch termingemäße Einzahlung der Pensionsfondsbeiträge wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4372, M. A. XV, 6113.) Zur Beurlaubung des Volksschullehrers I. Klasse Hermann Schmid auf die Dauer des Schuljahres 1918/19 gegen Ersatz der Substitutionskosten (auch der nach § 19 des Substitutionsnormales erwachsenden) und Einstellung allfälliger Remunerationen wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4347, M. A. III, 828.) 1. Für das Studienjahr 1917/18 werden zwei Stipendien zu je 400 K für nach Wien zuständige, mittellose, befähigte, ordentliche Schüler der höheren Obst- und Gartenbauschule in Eisgrub bewilligt, welche sich verpflichten, auf Verlangen der Gemeinde Wien nach vollendetem Studium an dieser Schule durch drei Jahre bei der städtischen Gartenpflege der Gemeinde Wien zu dienen, wobei denselben ein Mindestlohn von 5 K für einen Tag zugesichert wird.

2. Diese zwei Stipendien werden nach dem Vorschlage des Kuratoriums dieser Anstalt dem Schüler des I. Jahrganges Friedrich Duda und dem Schüler des I. Jahrganges Hellmut Rosenfranz verliehen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4426, M. A. II, 10177.) Dem Kaiser Franz Josefs-Jubiläums-Frauenvereine zur Bekleidung und Unterstützung armer alter Frauen wird nachträglich eine Subvention von 50 K pro 1917 (wie in den Vorjahren) bewilligt.

Die Ausgabe ist auf Ausgabens-Kubrik XXXVIII 6 b bedekt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4425, M. A. II, 555.) Dem Österreichisch-ungarischen Hilfsvereine in Nürnberg wird wie im Vorjahre 1916 nachträglich auch für das Jahr 1917 eine Subvention von 140 K bewilligt.

Die Ausgabe ist auf Ausgabens-Kubrik XXXVIII 6 b bedekt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4423, M. A. II, 889.) Dem Hilfsverein für christliche Ehen wird ausnahmsweise zu der bereits bewilligten Subvention von 700 K ein Subventionsnachtrag pro 1917 im Betrage von 300 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4375, M. A. XV, 6076.) Der aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrerin II. Klasse Eugenie Herzog wird die Tilgung des Remunerationenübergenußes von 118 K 2 h in Monatsraten von 20 K vom 1. Mai 1918 an bewilligt.

(P. Z. 4434, M. A. XV, 6247.) Über Ansuchen wird dem Bezirksaushilfelehrer Johann Priller bewilligt, seinen Gehalts- und Quartiergeldübergenuß im Betrage von 1459 K 77 h ab 1. Mai 1918 in monatlichen Teilbeträgen à 40 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 4432, M. A. XV, 5774.) Über Ansuchen wird dem Volksschullehrer I. Klasse Franz Dannerbauer bewilligt, seinen Gehaltsübergenuß im Betrage von 124 K 52 h ab 1. Mai in monatlichen Teilbeträgen à 20 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 4433, M. A. XV, 6088.) Über Ansuchen wird dem Volksschullehrer I. Klasse Oskar Rahn bewilligt, seinen Gehaltsübergenuß im Betrage von 915 K 55 h ab 1. Mai 1918 in monatlichen Teilbeträgen à 50 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 4431, M. N. XV, 5027.) Über Ansuchen wird dem Volksschullehrer I. Klasse Edmund Schuster bewilligt, seinen Gehaltsübergenuß im Betrage von 352 K 75 h ab 1. April 1918 in monatlichen Teilbeträgen à 30 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 4374, M. N. XV, 5341.) Das Ansuchen des Volksschullehrers I. Klasse Adolf Rubos um Nachsicht des Gehaltsübergenußes von 1605 K 54 h wird abgelehnt, denselben jedoch die Rückzahlung desselben in Monatsraten à 40 K vom 1. Mai 1918 an bewilligt.

(P. Z. 4444, B. Sch., 4659.) Zur definitiven Veretzung der Volksschullehrerin I. Klasse Juliane Kristof aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XVI., Liebhardtsgasse 21, an die allgemeine Volksschule für Mädchen XVI., Neumayrgasse 25, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4450, B. Sch. N., 5615.) Zur definitiven Veretzung des Volksschullehrers II. Klasse Franz Pfohl aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XVI., Koppstraße 75, an die allgemeine Volksschule für Knaben XVI., Wilhelminenstraße 94, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4453, B. Sch. N., 2268.) Zur definitiven Veretzung des Volksschullehrers I. Klasse Emmerich Matschek aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben III., Salmgasse 19, an die allgemeine Volksschule für Knaben III., Kleiftgasse 12, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4451, B. Sch. N., 4342.) Zur definitiven Veretzung des Volksschullehrers I. Klasse Heinrich Speckner aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XV., Sperrgasse 8/10, an die allgemeine Volksschule für Knaben XV., Talgasse 2, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4452, B. Sch. N., 7546.) Zur definitiven Veretzung des Volksschullehrers I. Klasse Eugen Kolenda aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XVII., Parhamerplatz 19, an die allgemeine Volksschule für Knaben XVII., Geblergasse 31, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4454, B. Sch. N., 9984.) Zur definitiven Veretzung der Bürgerschullehrerin Marie Schmitt aus Dienstesrücksichten von der Bürgerschule für Mädchen XXI., Siemensstraße 15, an die Bürgerschule für Mädchen X., Erlachgasse 91, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4455, B. Sch. N., 2267.) Zur definitiven Veretzung der Bürgerschullehrerin Josefina v. Noe aus Dienstesrücksichten von der Bürgerschule für Mädchen III., Dietrichgasse 36, an die Bürgerschule für Mädchen III., Hörnesgasse 12, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4456, B. Sch. N., 2670.) Zur definitiven Veretzung des Bürgerschullehrers Alfred Feichtinger aus Dienstesrücksichten

von der Bürgerschule für Knaben VII., Zieglergasse 49, an die Bürgerschule für Knaben XV., Friedrichsplatz 4, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4457, B. Sch. N., 1294.) Zur definitiven Veretzung des Bürgerschullehrers Josef Chmel aus Dienstesrücksichten von der Bürgerschule für Knaben XIX., Grinzingerstraße 59/61, an die Bürgerschule für Knaben X., Siccardsburggasse 55, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4458, B. Sch. N., 596.) Zur definitiven Veretzung des Bürgerschullehrers Josef Haubner aus Dienstesrücksichten von der Bürgerschule für Knaben XX., Leipzigerplatz 1, an die Bürgerschule für Knaben VII., Zieglergasse 49, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4459, B. Sch. N., 8566.) Zur definitiven Veretzung des Bürgerschullehrers Hugo Miller aus Dienstesrücksichten von der Bürgerschule für Knaben XXI., Kahlgasse 8, an die Bürgerschule für Knaben XV., Friedrichsplatz 4, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4443, B. Sch. N., 4657.) Zur definitiven Veretzung der Volksschullehrerin I. Klasse Melanie Haußer aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XVIII., Weitermayergasse 47, an die allgemeine Volksschule für Mädchen XX., Gerhardusgasse 7, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4445, B. Sch. N., 15972.) Zur definitiven Veretzung der Volksschullehrerin Rosa Reznicek aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XI., Braunhubergasse 3, an die Volksschule für Mädchen XI., Herderplatz 1, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4446, B. Sch. N., 6233.) Zur definitiven Veretzung der Volksschullehrerin I. Klasse Ernestine Vollek aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XI., Herderplatz 1, an die allgemeine Volksschule für Mädchen XI., Bachmayergasse 6, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4447, B. Sch. N., 4936.) Zur definitiven Veretzung der Volksschullehrerin I. Klasse Theresie Eckenberger aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XIV., Goldschlagstraße 108, an die allgemeine Volksschule für Mädchen XVII., Kindermanngasse 1, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4448, B. Sch. N., 2012.) Zur definitiven Veretzung der Volksschullehrerin I. Klasse Leopoldine Lachner aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XII., Hendorferstraße 138, an die allgemeine Volksschule für Mädchen XII., Bischoffgasse 1, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4449, B. Sch. N., 9786.) Zur definitiven Veretzung des Volksschullehrers I. Klasse Johann Theimer aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XI., Bahnstraße 9, an die allgemeine Volksschule für Knaben XIII., Hadinger-

lai 15, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4462, B. Sch. N., 1989.) Der Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIX. Bezirke, Heiligenstädterstraße 129, Johann Haun, welcher derzeit an der Bürgerschule für Knaben XIX., Hammerschmidtgasse 26, in Verwendung steht, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 zum Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIX. Bezirke, Hammerschmidtgasse 26, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4460, B. Sch. N., 15710.) Die aus Hilfsweise bestellte provisorische Handarbeitslehrerin an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XIX. Bezirke, Hammerschmidtgasse 26, Hedwig Kammerzell, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zur definitiven Handarbeitslehrerin an der obbezeichneten Volksschule gemäß § 46, beziehungsweise 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4461, B. Sch. N., 4768.) Die Bezirks-Aushilfslehrerin mit dem Standorte an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im IX. Bezirke, Viriotgasse 8, Marie Stöckler, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 zur Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im IX. Bezirke, Viriotgasse 8, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(P. Z. 4355, M. A. X, 1249.) Der Barbara Simlinger, XVIII., Kutschergasse 2, wird das eigene Grab Gruppe B, Reihe 1, Nummer 11 im Neustifter Friedhofe um die Gebühr von 300 K auf die Dauer des Friedhofbestandes überlassen.

(P. Z. 4534, M. B. St., 1021.) Die Veborstung von 100 Stück Walzenbürsten der städtischen Straßenlehrmaschinen wird der Bürsten- und Pinselabrik Felix Perzy, Wien, II., Kleine Sperlgasse 7, auf Grund des vorliegenden Angebotes zum Preise von 380 K für ein Stück übertragen.

(P. Z. 4342, M. A. II, 3277.) Für den von der Gemeinde Wien in der städtischen Kartoffel-Trocknungsanlage gehaltenen Wachhund wird eine Hundsteuerfreimarke bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sökel** wird beschlossen:

(P. Z. 4547, M. A. X, 3928.) Der Stadtrat genehmigt, daß in dem Falle, als die in der Mhornaallee an der Nordseite des Ottakringer Friedhofes gelegenen eigenen Gräber in der laufenden Reihe zur Vergebung gelangen sollten, von dem Zuschlage zur tarifmäßigen Gebühr Umgang genommen werde.

(P. Z. 4346, M. A. III, 1349.) Das Pachtverhältnis des Franz Lechner bezüglich der Gast- und Schankgerechtigkeit XVI., Brunnengasse 52, wird einverständlich aufgelöst.

Dem Ansuchen des Franz Lechner hinsichtlich der Abschreibung des nach Überweisung von 500 K aus der Abfindung sich ergebenden formellen Zinsrückstandes wird Folge gegeben.

(P. Z. 4551, M. A. II, 9733.) Dem Verein Ottakringer Jugendschutz wird zur teilweisen Deckung der erforderlichen Adaptierungskosten für das Haus XVI., Rückertgasse 5, eine einmalige Subvention von 5000 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4550, M. A. II, 5172.) Dem Vereine zur Errichtung und Erhaltung von Mädchenhorten im XVI. Bezirke wird für das Jahr 1917/18 eine Subvention von 5000 K unter der Bedingung bewilligt, daß in den Horten mindestens 1000 Kinder beaufsichtigt werden.

Die Ausgabe ist auf Ausgabekategorie XXXVIII 6 b bedeckt.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Müller** wird beschlossen:

(P. Z. 4428, M. A. VII, 1007.) Dem Ansuchen des Stadtbaumeisters Roy Haupt, XVIII., Edelhofergasse 27, um Nachsicht der bei der Kanalisierung der Hezendorferstraße und Laufberichtigung des Altmannsdorfergrabens im XII. Bezirke eingetretenen Überschreitung der vertragsmäßigen Bauführungsdauer um 415 Arbeitstage wird Folge gegeben.

(P. Z. 4373, M. A. XV, 5887.) Dem Pfarramte Meidling wird die Mitbenützung eines Lehrzimmers der Knaben-Volksschule XII., Magaziplatz 8, vom 13. bis 18. Mai 1918, in der Zeit von 7 bis 8 Uhr abends zur Erteilung des Firmungsunterrichtes an die der Schule entwachsenen Firmlinge gegen jederzeit möglichen Widerruf und unter den üblichen Bedingungen gestattet.

(P. Z. 4380, M. A., 1735.) Die am Meindlinger und Altmannsdorfer Friedhofe befindlichen alten Eisengrabkreuze werden der Firma Wendelin Pösch, Steinmetzmeister, XI., Simmeringer Hauptstraße 191/193, im Sinne ihres Angebotes vom 16. April 1918 käuflich überlassen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(P. Z. 4358, M. A. X, 2963.) Den Ansuchen der Pauline Schwarz, Direktions-Adjunktenswitwe in Baden, der Marie Durchhalter in Innsbruck und des Franz Jakob Mezner, Oberbeamter der k. k. Nordbahn, XIII., Speisingerstraße 16, um Übernahme der Ausschmückung ihrer Grabstätten in den Wiener Eigenregie-Friedhöfen um ermäßigte Gebühren wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 4523, M. A. X, 3316.) Der Laura Proch, Generalmajorswitwe, wird die Bewilligung erteilt, beim Gögistengrabe, Abt. 13, Nr. 15 in der Kriegergrabstätte des Wiener Zentral-Friedhofes eine kleine Marmortafel mit dem Ausmaße von höchstens 50 cm Länge und 40 cm Höhe auf einem Eisenständer aufstellen zu lassen. Bedungen wird, daß dieses Gedenkzeichen über amtliche Aufforderung auf Kosten der Gesuchstellerin sofort entfernt werde.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Körber** wird beschlossen:

(P. Z. 4527, M. N. XV, 2937.) Der „Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke“ wird die Bewilligung zu baulichen Herstellungen auf der Liegenschaft Konstr.-Nr. und Grundb.-Einl.-Z. 2719 des II. Bezirkes, Dr.-Nr. 199 Engerthstraße, Dr.-Nr. 28 Bachaustraße, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne erteilt.

(P. Z. 4530, M. N. XIV, 447.) Der „Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke“ wird die Bewilligung zu baulichen Herstellungen auf der Liegenschaft Konstr.-Nr. und Grundb.-Einl.-Z. 2719 des II. Bezirkes, Dr.-Nr. 199 Engerthstraße, Dr.-Nr. 28 Bachaustraße nach Maßgabe der vorgelegten Pläne erteilt.

(P. Z. 4155, M. N. XIV, 2000.) Daß von der königlich ungarischen Fluß- und Seeschiffahrts-Aktiengesellschaft im Einvernehmen mit der Fleischhauer-Kompanie in Wien zum Zwecke der Anlage eines Industriegeleises gestellte Ansuchen um Auflassung eines Teiles der Gasse 2 zwischen der Behlstraße und dem Handelskai des II. Bezirkes wird abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Augermayer** wird beschlossen:

(P. Z. 4473, M. N. III, 1422.) Zur Ausschmückung des Daches am städtischen Schulgebäude V., Gassergasse 44/46, wo derzeit das k. u. k. Reservespital Nr. 11 (Orthopädisches Spital und Invalidenschule) untergebracht ist, wird auch für dieses Jahr die Abgabe von ungefähr 1000 Stück Frühjahrs- und Sommerpflanzenzestlingen aus den städtischen Vorräten genehmigt.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Rain** wird beschlossen:

(P. Z. 4354, M. N. IX, 8879.) Die Racheichung und Instandsetzung der Wagen und Gewichte des Zentral-Biehmarktes und Schlachthofes St. Mary wird mit einem bedeckten Kostenverordnungsvertrage von 15.400 K genehmigt.

Die Wagnmacherarbeiten sind im Wege eines allgemeinen öffentlichen Wettbewerbes sicherzustellen.

(P. Z. 4480, M. N. IX, 3798.) Der unentgeltlichen Weiterbenützung eines Teiles der Keller top. Nr. 64 und 68 im Schlachthofe St. Mary durch die Österreichische Gesellschaft vom „Roten Kreuz“ wird gegen jederzeitigen Widerruf, unter der Bedingung zugestimmt, daß die Benützung im Einvernehmen mit dem Bezirkswirtschaftsamte Stelle 6 erfolgt.

(P. Z. 4393, St. L. B., 788.) Die Errichtung einer Filiale der städtischen Leichenbestattung im XIII. Bezirke, Mazingstraße 4a, ab 1. Mai 1918, gegen den jährlichen Mietzins von 800 K wird nachträglich genehmigt.

(P. Z. 4392, St. Stellw. Unt., 303.) Die Abgabe von vier altbrauchbaren Stellwagen mit Mitteleinstieg an die Rohatetz-Bisnitzer Zuckerfabriken zum Preise von 1000 K per Stück wird genehmigt.

(P. Z. 4400, St. Stellw. Unt., 316.) 1. Der Rechnungsabluß der städtischen Stellwagenunternehmung für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis 30. Juni 1917 wird genehmigt.

2. Der ausgewiesene Gebarungsabgang in der Höhe von 1.123.887 K 65 h ist auf neue Rechnung vorzutragen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4394, St. L. B., 790.) Es werden vom 1. Mai 1918 ab ernannt:

Zum Abteilungsvorstand der Direktionsbeamte Karl Wirth mit einem Jahresgehälter von 3600 K und einem jährlichen Quartiergeld von 1900 K und wird ihm die Eigenschaft eines definitiven Gemeindebeamten verliehen.

Zu Werkführern der bisherige Werkführer-Stellvertreter Franz Schwingl mit einem Jahresgehälter von 2200 K und dem jährlichen Quartiergelde von 1000 K und der Sattler Paul Svobeny mit einem Jahresgehälter von 1800 K und einem jährlichen Quartiergelde von 1000 K. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4536, St. Stellw. Unt., 321.) Der Rutscher der städtischen Stellwagenunternehmung Rudolf Tesch wird mit 1. Mai 1918 unter Zuerkennung einer jährlichen Pension von 872 K 60 h in den dauernden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4296, St. Brauh., 170.) 1. Auf Grund der Pensionsvorschrift für die provisorischen Bediensteten des Brauhauses der Stadt Wien wird der Witwe des am 25. Jänner 1918 im Felde gefallenen Mitgebers Leopold Vogl, namens Katharina Vogl, vom 1. Mai 1918 an, unter gleichzeitiger Einstellung der dem Verstorbenen während der militärischen Dienstleistung angewiesenen Bezüge und unter Verzicht auf den Rückersatz des Mehrbezuges von dem als Unterhaltsbeitrag ausbezahlten halben Monatslohn eine Witwenpension von 405 K und für die drei unversorgten ehelichen Kinder ein Erziehungsbeitrag von je 81 K, mithin zusammen 243 K zuerkannt.

2. Bei Wegfall eines Versorgungsgenusses sind die übrigen neu zu bemessen.

3. Der Witwe wird ferner gemäß § 21 P. B. ein Viertel des Jahreslohnes des Verstorbenen, das ist 405 K als einmaliges Sterbequartal zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(P. Z. 4522, M. N. X, 3273.) Das eigene Grab Gruppe N, Nummer 14 im Hernalser Friedhofe wird der Theresie Huber, XVII., Hernalser Hauptstraße 114, außer der Reihe, um den Betrag von 200 K auf 20 Jahre überlassen.

(P. Z. 4524, M. N. X, 2590.) Der Marie Kuhn, XVII., Helblinggasse 5, wird das eigene Grab Gruppe M, Nummer 102 im Hernalser Friedhofe außer der Reihe um die Gebühr von 200 K, beziehungsweise wenn die erste in dem genannten Grabe zur Beerdigung gelangende Leiche dem Friedhofe nicht zugewiesen ist, um die Gebühr von 550 K auf 20 Jahre überlassen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen:

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 24. April bis 1. Mai 1918.

Seit drei Wochen ist die Sterblichkeit in allmählicher Abnahme begriffen, doch ist sie noch immer der Jahreszeit entsprechend ziemlich hoch.

Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes betrug in der 16. Jahreswoche 18·2 gegen 18·6 in der Vorwoche und 20·4 im Vorjahre. An Lungentuberkulose sind 236, an Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße 128 Personen gestorben.

Bei den Infektionskrankheiten in der Zivilbevölkerung herrschten normale Verhältnisse, dagegen sind beim Militär Flecktyphuserkrankungen in höherer Zahl vorgekommen, welche zum Teil auf einen bestimmten Krankenherd zurückzuführen sind. In der Berichtswoche ist aus dem Zivil ein Eisendreher, wahrscheinlich infolge Verkehrs mit Flüchtlingen und ein aus Damaskus über Konstantinopel zugereister arabischer Bahrjunge an Flecktyphus erkrankt; aus dem Militär wurden zehn Fälle gemeldet, davon sieben aus dem Garnisonsarrest im VIII. Bezirke. An der Bekämpfung des Krankheitsherdes wird durch Überwachung aller in Verkehr gewesenen Personen, durch Desinfektion und Entlausung der Arrestlokale, Isolierung der Zellengenossen im Kriegsspital II u. noch gearbeitet.

Im April wurden insgesamt 4 Flecktyphuserkrankungen aus dem Zivil und 20 aus dem Militär angezeigt, seit 1. August 1917 13 Wiener, 9 auswärtige und 38 Militärerkrankungen, zusammen daher 60, von denen nur eine tödlich geendet hat. Eine Erkrankung an Blattern und Cholera ist nicht vorgekommen.

An Blattern ist ein ungeimpftes dreijähriges Kind nach vierzehntägiger Erkrankung gestorben. (Zur Kenntnis.)

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bringt einen Erlaß des L. L. Amtes für Volksernährung, Z. 51090, in Angelegenheit des Memorandums*) der Gemeinde Wien über die Verpflegslage Wiens zur Verlesung. (Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Seindl** wird beschlossen:

(P. Z. 4521, M. A. III, 1174.) Die Wohnung Nr. 2 im Bürgerhospitalfondshause I., Neutorgasse 18, wird ab Maitermin 1918 an Josef Zelline, Agenturgeschäftsinhaber, um den Jahreszins von 2350 K gegen halbjährige Zinszahlung und Kündigung vermietet.

(P. Z. 4529, M. A. XIV, 458.) Dem Artur Wolf wird die Baubewilligung für Abänderungen am Hause I., Rärntnering 7, unter den vom Magistrat gestellten Bedingungen erteilt.

(P. Z. 4525, M. A. XIII, 1631.) Nachbenannten Personen werden aus der Menschenfreundstiftung folgende Beträge verliehen, und zwar:

- 200 K.
1. Karl Rudolf, Post Nr. 11.

Je 100 K.

 2. Alois Zach, Post Nr. 2.
 3. Josefa Doubel, Post Nr. 6.
 4. Josef Weinwein, Post Nr. 6.

Je 50 K.

 5. Katharina Brandenberger, Post Nr. 1.
 6. Peter Perl, Post Nr. 4.
 7. Karl Weidinger, Post Nr. 5.
 8. Franz Binsler, Post Nr. 7.
 9. Ignaz Fieber, Post Nr. 10.

*) Dieser Erlaß ist in dieser Nummer vollinhaltlich unter „Allgemeine Nachrichten“ abgedruckt.

(P. Z. 4474, M. A. III, 13094.) Für die Anbringung der Franz Krenn-Gedenktafel im Michaeler-Durchhause I., Michaelerplatz 6, Habsbürgergasse 14, wird ein Kostenbetrag von 396 K bewilligt und auf den Reservefonds verwiesen.

Die Ausführung der Tafel wird der Firma Leopold Schäftner, XI., Lorystraße 65, auf Grund des vorgelegten Kostenanschlages übertragen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Haas** wird beschlossen:

(P. Z. 4479, M. A. VI, 367.) Dem mit der ärztlichen Überprüfung und Behandlung der im städtischen Steinbruche Am Eyselberg verwendeten Kriegsgefangenen betrauten städtischen Oberarzt Dr. Franz Ritter v. Des Loges, XVII., Hernalscher Hauptstraße 195, wird ab 1. Mai 1918 auf die Dauer der Beforgung dieser Dienstleistung eine monatliche Pauschalvergütung von 80 K zuerkannt:

(P. Z. 4545, M. A. III, 1608.) 1. Der Ausgestaltung des Lagerplatzes der niederösterreichischen Landesbahnen bei der Station Wien—Großmarkthalle wird unter folgenden Bedingungen zugestimmt.

- a) Sämtliche Arbeiten, ausgenommen die gärtnerischen und die Entfernung und Verführung des Humus, welche von der Gemeinde Wien selbst vorgenommen werden, sind von der Direktion der niederösterreichischen Landesbahnen auf eigene Kosten auszuführen; die Kosten für die von der Gemeinde Wien selbst ausgeführten Arbeiten sind gleichfalls von den niederösterreichischen Landesbahnen zu tragen.
 - b) Die Ausgestaltung des Lagerplatzes ist im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte Fach-Abteilung IV b durchzuführen und hierbei auf eine entsprechende Entwässerung des Lagerplatzes Bedacht zu nehmen.
 - c) Etwa zurückgewonnenes Material (Gitter, Sockel u. dgl.) ist der Gemeinde Wien zu übergeben.
 - d) Bei Eintritt normaler Verhältnisse ist über Verlangen der Gemeinde Wien von den niederösterreichischen Landesbahnen der frühere Zustand auf eigene Kosten wieder herzustellen.
2. Aus Anlaß dieser Herstellung wird die Gartenanlage nächst dem Stationsgebäude in nachstehender Weise abgeändert:

- a) In der gegen die Gigergasse links gelegenen Anlage wird das Einfriedungsgitter an der dem Stationsgebäude zugekehrten Schmalseite bis auf zwei Gitterfelder ohne einspringende Ecken zurückversetzt, der hiedurch freiwerdende Teil wird als Gartenanlage aufgelassen.
- b) Die gegen die Gigergasse rechts gelegene Anlage wird nach Entfernung des Einfriedungsgitters und der Rasenfläche in einem mit vier Bäumen bepflanzten Kiesplatz umgewandelt, in welchem Gartenbänke aufzustellen sind.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 4418, St. Str. B., 1250.) Dem II. Rechtskonsulenten der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ Hof- und Gerichts-Advokat Dr. Zdenko Zefart wird eine zur Pension anrechenbare Zulage von jährlich 1500 K als Pauschalentgelt für die der Gemeinde Wien geleistete Vertretung in Rechtsstreitigkeiten, die nicht

die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ betreffen. An der bisher üblichen Entlohnung für den der städtischen Stellwagen-Unternehmung und der städtischen Feuerwehr zu leistenden Rechtsbeistand und in jenen Fällen, in welchen die Anwaltskosten von der Gegenseite eingebracht werden, wird hiedurch nichts geändert. Die Zulage ist ab 1. Juni 1918 in vorfälligen Monatsraten auf Kosten des Straßenbahnbetriebes auszubezahlen.

(P. Z. 7328, St. Str. B., 4243/15/7 b.) Der Antrag des G.-R. Josef Müller, das bereits vom Gemeinderat genehmigte Ausweichgleis in der Grünbergstraße schon von der Schönbrunnerbrücke an zu legen, wird derzeit abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des **Fize-Bürgermeister Soh** wird beschlossen:

(P. Z. 4552, M. A. IV, 921.) Den Kabelmeistern Anton Bösel und Ferdinand Koch wird zur Deckung der ihnen anlässlich der Überschwemmung der Kabellegungsarbeiten erwachsenden Auslagen für das Jahr 1918 eine im nachhinein fällige, monatliche Zulage von je 60 K bewilligt.

Das dem Koch bisher bewilligte Gehrgeld wird eingestellt.

(P. Z. 4467, M. A. II, 1973.) Für das Aktienkapital der zu gründenden Deutschen Bodenbank zeichnet die Gemeinde Wien 500 Aktien im Nennwerte von je 400, das sind 200.000 K mit dem Buzahlungsbetrage von 206.000 K.

(P. Z. 4548, M. A. II, 5564.) Der Zentralstelle für Wohnungsreform wird pro 1917 nachträglich eine Subvention, und zwar mit Rücksicht auf die dem wirtschaftlichen Hilfsbüro der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Räume im erhöhten Ausmaße von 2500 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Spalowsky** wird beschlossen:

(P. Z. 4384, M. B. St., 854.) Den Bediensteten der Straßenpflege wird ab 4. Mai 1918 auf Kriegsdauer zu ihren bisherigen Bezügen eine Mehrleistungszulage von täglich 1 K 50 h für jeden wirklich geleisteten Arbeitstag gewährt.

(P. Z. 4535, M. B. St., 987.) 1. Die bisher dem städtischen Fuhrwerksbetriebe zugewiesene Straßenbesprikung im VI. Bezirke sowie in Gebietsteilen des II., X. und XXI. Bezirkes wird den Fuhrwerksbesitzern Joh. Kempfner's Söhne, beziehungsweise J. & M. Scheibl, Joh. Rothbauer und Anton Lindmaier zu den in vorgelegter Zusammenstellung angeführten Pauschalentschädigungen und Fuhrlohnen übertragen.

2. Das hierfür auslaufende, bedeckte Kostenverfordernis von zusammen 222.370 K wird genehmigt.

3. Von der Einhebung einer Kaution für die zur Durchführung dieser Straßenbesprikung beizustellenden städtischen Spritzwagen wird abgesehen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hofenstinner** wird beschlossen:

(P. Z. 4435, M. A. XV, 143.) Die Vornahme der in der Aufnahmeschrift angeführten Serialherstellungen in dem Schulgebäude IX., Galileigasse 3/5, mit den Kosten von 7150 K wird genehmigt.

Die Ausgabe ist auf Ausgabe-Nubriken XII 4 c und XLIII 2 a bedeckt.

(P. Z. 4437, M. A. XV, 1263.) Die Vornahme der in der Aufnahmeschrift angeführten Serialherstellungen im Schulgebäude IX., Fahngasse 35, mit den Kosten von 10.450 K wird genehmigt. Die Ausgabe ist auf Ausgabe-Nubrik XLIII a bedeckt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomosa** wird beschlossen:

(P. Z. 4370, M. A. XII a, 95.) Zur Ausgestaltung der im Kriege immer mehr in den Vordergrund tretenden Sachbeihilfen, insbesondere zur Gewährung von Kleidern und Schuhen an die Mündel und sonstigen Pflegebefohlenen des städtischen Jugendamtes wird die Anschaffung von Kleidern und Schuhen bis zu einem Gesamtbetrage von 29.000 K bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Hein** wird beschlossen:

(P. Z. 4477, M. A. IV, 1616.) Mit der Vertretung der Gemeinde Wien gegen die Schadenersatzklage Dr. Karl Wachlowsky wegen eines erlittenen Unfalles wird ein Hof- und Gerichtsadvokat betraut.

Nach dem Berichte und Antrage des **Fize-Bürgermeisters Soh** wird beschlossen:

(P. Z. 4117, M. A. IV, 298.) Die der Paula Raitmann, Witwe nach dem tödlich verunglückten Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Neulerchenfeld Josef Raitmann, zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 18. Dezember 1912, Z. 20280, bewilligte Unterstützung von 300 K jährlich wird ab 1. Jänner 1918 in Anbetracht der herrschenden Preisverhältnisse gegen jederzeitigen Widerruf auf 480 K jährlich erhöht.

(P. Z. 3831, M. A. IV, 1914.) Dem Telegraphisten II. Klasse der städtischen Feuerwehr Leopold Jamböck wird das Definitivum im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 14. Juli 1911, Z. 9181, unter gnadenweiser Anrechnung der vor der Ableistung seiner militärischen Dienstpflicht bei der städtischen Feuerwehr verbrachten Dienstzeit vom 18. Jänner 1908 bis 5. Oktober 1909 zuerkannt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4118, M. A. IV, 1355.) Die Gemeinde Wien übernimmt die Zahlung der für die Verpflegung des städtischen Amtsdieners Hermann Gebhardt im k. k. Kaiser Franz Josef-Spitale in der Zeit vom 3. bis 28. Jänner 1918 aufgelaufenen Verpflegskosten im Betrage von 139 K 62 h.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner** wird beschlossen:

(P. Z. 4390, St. S. XV, 281.) Der Stadtrat genehmigt die leihweise Überlassung des Girardi-Bildnisses von Ludwig Wieden an den Maler für die Dauer einer Ausstellung in Brünn.

(P. Z. 4475, M. A. IV, 534.) Die Aufnahme des verehelichten Josef Gruby in den Dienst der städtischen Feuerwehr wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4116, M. A. III, 893.) Dem mit der Überwachung der Instandsetzungsarbeiten im städtischen Gebäude, VIII., Laudon-

gasse 15 bis 19, betrauten Bauaufsichts-Ober-Revidenten Rudolf K o h l wird ab 1. Februar 1918 auf die Dauer dieser Arbeiten unter Belassung des monatlichen Pauschales von 25 K ein täglicher Zehrungsbeitrag von 3 K bewilligt.

(P. Z. 4379, M. A. XXII, 574.) Dem Ansuchen des Deutschen Vereines zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in Prag um Fortbezug seiner „Deutsch-österreichischen Grüße ins Feld“ auf ein weiteres (XI.) Vierteljahr wird stattgegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. S c h m i d wird beschlossen:

(P. Z. 1388, M. A. X, 1144.) Der Verzicht der Familie des verstorbenen Malers Gustav Klimt auf das von der Gemeinde Wien gewidmete Ehrengrab wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 201.) Aus dem von der Gemeinde Wien gewidmeten Betrage von 1 Million Kronen für notleidende Gewerbetreibende werden verliehen:

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. P o y e r an 45 Bewerber des XIII. Bezirkes 7600 K.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. S e b a s t i a n G r ü n b e d an 15 Bewerber des XVII. Bezirkes 1650 K.

Schluß der Sitzung.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom 7. Mai 1918.

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Pierhammer,
Vize-Bürgermeister Franz Hof.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Josef R a i n,
Angermayer, H o h e n s i n n e r,
Braun, J u n g,
Brauneiß, R ö r b e r,
Dechant, K n o l l,
F r a ß, M ü l l e r,
Grünbed Sebastian, S c h m i d,
Dr. Haas, S c h n e i d e r,
Dr. Hein, W i p p e l,
Heindl, B a g l a,
H ö h e l,

Entschuldigt: St.-R. Hermann, Remeß, Poyer, v. Steiner, Schwer, Spalowsky, Tomola.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär v. Radler.

Vize-Bürgermeister Hof eröffnet die Sitzung.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Brauneiß wird beschlossen:

(P. Z. 4581.) Die von den Bezirksvertretungen vorgelegten Protokolle über öffentliche und vertrauliche Sitzungen werden zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Braun wird beschlossen:

(P. Z. 6414, M. B. A. XI, 22918.) Der vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk zu erteilende Baukonsens für die Erbauung einer ebenerdigen Wächterwohnung, einer Staglioplattengießerei, eines Korkmagazines, eines offenen Materialschuppens, einer Korksteinwerkstätte und einer Trocknerei samt Schuppen sowie eines Trockenofens auf den dem Emil H ü b n e r gehörigen Liegenschaften Einl.-Z. 1876 und 535 und auf einem Teile der gepachteten Bürgerhospitalfondsliegenschaft Einl.-Z. 516 wird unter der Bedingung befristet, daß:

1. die der Gemeinde Wien auf Grund der §§ 1, 3, 10 und 13 Wr. B.-O. zustehenden Rechte bezüglich der unentgeltlichen Straßengrundabtretung für den Fall der nachträglichen Parzellierung gewahrt bleiben;

2. daß diese D i e k t e, soweit sie auf künftigem Straßengrunde oder auf Bürgerhospitalgrund zu stehen kommen, über jederzeitiges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung auf Kosten des Bauwerbers oder seines Rechtsnachfolgers wieder abgetragen und diese Verpflichtung als Reallast auf Kosten des Bauwerbers auf den Liegenschaften Einl.-Z. 535 und 1876 zugunsten der Gemeinde Wien und des Bürgerhospitalfonds vor Ausfertigung der Baubewilligung grundbücherlich sichergestellt werde.

Gleichzeitig wird die Bauerleichterung bezüglich der Mauerstärke für den Arbeiterwohntrakt gemäß §§ 84 und 105 Wr. B.-O. genehmigt.

(P. Z. 4648, M. A. X, 3691.) Der Marie K l e c k a, Private, VII., Rindlgasse 27, wird der einfache Gartengruftplatz Gruppe 44 B, Nummer 11 im Wiener Zentral-Friedhofe um den Betrag von 5000 K unter der Bedingung überlassen, daß der festgesetzte Preis binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung beim Totenbeschreibeamte erlegt wird und daß die Bestimmungen der Magistrats-Lundmachung vom Juni 1915, M. A. X, Z. 2574/11, genau eingehalten werden.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. F r a ß wird beschlossen:

(P. Z. 4613, M. B. A. VIII, 739.) Die für die bei Theresie P h i l i p p, VIII., Josefstädterstraße 76, bedienstet gewesene Antonia Erben, welche in der Zeit vom 26. April 1917 bis 24. April 1917 in häuslicher Pflege ihres Pflegevaters Wenzel Erben in Arnau in Böhmen stand, aufgelaufenen Verpflegskosten werden mit dem Teilbetrage von 150 K 36 h gnadenweise zu Lasten der Wiener Dienstbotenkrankenassa übernommen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. D r. S a a s wird beschlossen:

(P. Z. 4604, M. A. X, 1275.) Dem mit der periodischen Untersuchung des Gesundheitszustandes der im Männerheim im XVII. Bezirke untergebrachten, auf den Borortfriedhöfen verwendeten Kriegsgefangenen und deren ärztlicher Behandlung bis zur Spitalsübergabe betrauten Ärzte des Stadtphysikates wird eine Entschädigung von monatlich 50 K zuerkannt.

(P. Z. 4607, M. A. XII, 8414.) Die Verpflegsgelühren für die in der städtischen Kinderpflegeanstalt untergebrachten Kinder werden bis auf weiteres erhöht, und zwar für Kinder bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres auf 7 K, für die übrigen Kinder auf 5 K pro Tag und Kopf.

(P. Z. 4606, M. A. XII, 13749.) Für die vier unteren Klassen der derzeit im Nothospitale Jedlerssee als Filiale und Erholungsstätte für die Zöglinge der städtischen Kinderpflegeanstalt untergebrachten Knaben wird bis zum Schlusse des derzeitigen Schuljahres unter Zugrundelegung des für die betreffenden Volksschulklassen geltenden Lehrplanes ein halbtagsweiser häuslicher Unterricht eingeführt, mit dessen Besorgung an öffentlichen Volksschulen tätige Lehrkräfte betraut werden und dessen Durchführung auf die tunlichste Verlegung des Unterrichtes in das Freie Bedacht zu nehmen ist.

Als Entschädigung für diese Lehrkräfte wird für den einzelnen Unterrichtshalbtag ein Betrag von 6 K, beziehungsweise an die mit der Erteilung des Religionsunterrichtes sich befassenden Lehrkräfte ein nach der Unterrichtsstundenzahl dieser Entschädigung entsprechender Gesamtbetrag gewährt.

Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Einrichtung und Durchführung dieses häuslichen Unterrichtes die einzelnen noch notwendigen besonderen Vorkehrungen im eigenen Wirkungskreise zu treffen.

Der Magistrat wird ermächtigt, wegen Einführung einer pädagogischen, durch ein oder zwei Lehrkräfte geübten Aufsicht über die Knaben während der Ferienmonate mit dem besonderen Nebenzwecke der Leitung von Jugendspielen, Unternehmung von Ausflügen etc., gegen Gewährung einer noch besonders zu vereinbarenden Entschädigung bis zum Höchstbetrage von monatlich 150 K an die mit dieser Aufsicht betrauten Lehrkräfte die erforderlichen Verfügungen zu treffen.

(P. Z. 4602, M. A. IX, 475.) Für die mit der Überwachung der Wiener Sterilisierungsanstalt verbundene außergewöhnliche Dienstleistung werden den Beamten des städtischen Schweineschlachthauses für das Jahr 1917 Remunerationen im bedeckten Gesamtbetrage von 800 K zuerkannt.

(P. Z. 4667, M. A. XI b, 11289.) Der Magistratsbericht, betreffend die Wasserkraftanlage des städtischen Versorgungshauses in St. Andrä an der Traisen, wird zur Kenntnis genommen.

Der Magistrat wird ermächtigt, den vorgelegten Entwurf für den Umbau dieser Wasserkraftanlage bei der I. L. Bezirkshauptmannschaft in St. Pölten zur wasserrechtlichen Genehmigung einzureichen, und beauftragt, seinerzeit die zur Ausführung dieses Umbaus erforderlichen Anträge dem Stadtrate vorzulegen.

Der **Vorsitzende** macht folgende Mitteilungen:

Ausweis der Zentralstelle im Rathause vom 7. Mai 1918. (Einnahmen 30,076.231 K 81 h, Ausgaben 32,596.381 K 30 h, Abgang 2,520.149 K 49 h.) (Zur Kenntnis.)

Ausweis für Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag vom 6. Mai 1918. (Zahl der eingelangten Anmeldungen 442.422.)

(Zur Kenntnis.)

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 2. bis 6. Mai 1918:

Seit drei Wochen ist der Krankenstand und die Sterblichkeit in langsamer Abnahme begriffen. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannter Wohnortes betrug in der 17. Jahreswoche 17.1 gegen 18.2 in der Vorwoche und 20.4 im Vorjahre.

An Flecktyphus sind 2 Militärpersonen, an Blattern und Cholera niemand erkrankt. Der Stand der Infektionskrankheiten vermindert sich ebenfalls ziemlich stark. An Scharlach sind 70 Personen (105 vor zwei Wochen), an Diphtherie 38 (60 vor zwei Wochen) erkrankt; auch die Masern scheinen wesentlich abgenommen zu haben. (Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 4655, M. A. XXII, 675.) Die Bezirksvorsteher der Bezirke II bis XXI werden ermächtigt, anlässlich der im Jahre 1918 stattfindenden Fronleichnamtsfeierlichkeiten in ihren Bezirken für die Aufrechterhaltung der Ordnung, sowie für die anlässlich dieser Feiern üblichen Repräsentationszwecke Auslagen bis zu den im Ausweise 36 des Hauptvoranschlages 1917/18 für die einzelnen Bezirke eingesezten Höchstbeträgen aus Gemeindegeldern zu bestreiten, beziehungsweise anzuweisen.

Hierbei ist in jenen Bezirken, in welchen besondere Komitees für die Fronleichnamtsfeier bestehen, im Einvernehmen mit diesen Komitees vorzugehen.

(P. Z. 4583, M. D., 2292.) Der Magistrats-Konzipist Karl Langer wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Kommissär in der IX. Rangklasse mit dem Range vom 20. April 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4587, M. D., 2447.) Der Magistrats-Konzipist Dr. Hermann Kaparek wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Kommissär in der IX. Rangklasse mit dem Range vom 25. April 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4589, M. D., 2117.) Dem Magistrats-Konzept-Praktikanten Dr. Friedrich Ganglbauer werden bei Aufrechterhaltung seiner gegenwärtigen Dienstleistung vom 1. Mai 1918 an, längstens bis zum Ablauf eines Jahres, vom Tage seines Dienstantrittes nach der Rückkehr von der gegenwärtigen militärischen Dienstleistung an gerechnet, die Grundbezüge der X. Rangklasse unter gleichzeitiger Einstellung des bisherigen Adjutants bewilligt.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Jung** wird beschlossen:

(P. Z. 4609, M. A. XIV, 549.) Die dem Dr. Franz Stohr mit der vom Magistrate zu erteilenden Baubewilligung für die Errichtung eines Zubaus im Hause Dr.-Nr. 6 Raimundgasse des II. Bezirkes verbundene teilweise Nachsicht des gesetzlich vorgeschriebenen Mindesthofausmaßes (statt 15 Prozent zirka 11 Prozent) wird zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird weiter beschlossen:

(P. Z. 4651, M. A. X, 3530.) Dem Anton Meierhofer, XVII., Schumanngasse 76, wird anlässlich der Rückstellung

der einfachen Gruft Gruppe XXX, Nr. 5 (ohne Belag) im Hernalser Friedhofe an die Gemeinde Wien, die am 10. April 1918 unter Z. N. 606/18 erlegte Gebühr per 1400 K ohne Abzug rückvergütet.

Dem Anton Meierhofer wird die einfache Gartengruft Gruppe XIV, Nr. 23, im Hernalser Friedhofe (ohne Belag) um den Betrag von 3400 K, beziehungsweise, wenn die erste in der Gruft zu beerdigende Leiche dem Friedhofe nicht zugewiesen ist, um den Betrag von 7400 K unter der Bedingung überlassen, daß dieser Preis acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung beim magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk erlegt wird, und daß die Gruft auf Kosten der Partei unter Aufsicht des Stadtbauamtes von befugten Gewerbetreibenden fertiggestellt wird.

(P. Z. 4647, M. N. X, 3811.) Die zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 27. Dezember 1917, P. Z. 12782, dem Johann Hartl, Hausbesitzer, XVII., Syringgasse 19, erteilte Frist zur Erwerbung der einfachen Gruft Gruppe XXX, Nr. 2 im Hernalser Friedhofe im gegenwärtigen Bauzustande wird bis 30. Juni 1918 verlängert.

Die sonstigen Bedingungen des obgenannten Stadtrats-Beschlusses bleiben aufrecht.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Paška wird beschlossen:

(P. Z. 4646, M. N. IX, 1852.) Der Firma J. Eberspächer wird anlässlich der Lieferung der kittlosen Oberlichter für den Bau des Kontumazmarktes und Seuchenhofes im XI. Bezirke eine Aufzählung von 35 Prozent auf die Ersterherpreise gewährt; das darüber hinausgehende Ansuchen wird abschlägig beschieden.

Die hierdurch erwachsenden Mehrkosten mit dem bedeckten Erfordernisse von 24.107 K 20 h werden genehmigt.

(P. Z. 4385, M. B. N. XIII, 3/33/L.) Das Ansuchen des Weinschänkers Alfred Doll um vorzeitige Verlängerung des Pachtvertrages hinsichtlich der Realität Grundbuch Ober-St. Veit Kat. Parz. 286 um weitere fünf Jahre zu den vom Gesuchsteller vorgeschlagenen Bedingungen wird abgelehnt, da der Zeitpunkt für eine Weiterverpachtung noch nicht gekommen ist.

Dem Weinschänker Alfred Doll wird die Gastwirtschaft „Stoß im Weg“ für die Zeit vom 15. April 1919 bis einschließlich 14. April 1924 weiterverpachtet und wird der Pachtzuschlag auf 5500 K erhöht.

(P. Z. 4238, M. N. VIII, 2380.) 1. Die Legung von zusammen rund 700 m langen, 100 mm weiten Wasserleitungs-Rohrsträngen in der Ghelengasse u. s. w. (XIII. Bezirk) zum Graf Landoronskischen „Janiteum“ und zu den Anlagen des Schrebergartenvereines „Ober-St. Veiter Familiengärten“ mit dem auf Ausgabekategorie XXVI 7 a bedeckten Kostenerfordernisse von 65.000 K wird genehmigt.

2. Der Pächter der Gastwirtschaft „Stoß im Weg“ Alfred Doll verpflichtet sich, unter der Bedingung einen Beitrag von 15.000 K zu leisten, daß die Durchführung dieser Rohrlegung binnen Jahresfrist erfolge. Weiters verpflichtet sich derselbe, die von ihm innerhalb des Grundstückes einschließlich der Abzweigsleitung herzustellenden Installationen nach Ablauf oder Lösung des Vertrages in das Eigentum der Gemeinde unentgeltlich zu übergeben.

3. Die Unterhandlungen mit Graf Karl Landoronski wegen nachträglicher Beitragsleistung sind fortzusetzen.

4. Die erforderlichen Erd- und Baumeisterarbeiten werden der Bau-Unternehmung Leopold Wolf & Komp. auf Grund ihres Angebotes vom 20. Februar 1918 übertragen.

5. Die übrigen Arbeiten sind von den Erstherrn der laufenden Arbeiten auszuführen.

6. Der Magistrat hat die näheren Bedingungen, unter denen die Abgabe von Wasser an die Schrebergärten erfolgen kann, festzusetzen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schmid wird beschlossen:

(P. Z. 4593, M. N. III a, 1146.) Im Sinne des § 10 des Übereinkommens vom 11. Juli 1913 wird der von der „Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbau in Wien“ dem Gastwirte Johann Bistrizly gewährte Mietzinsnachlaß zustimmend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4630, St. E. W., 392.) Der Rechnungsbeamte der städtischen Elektrizitätswerke Edmund Fellner wird unter gleichzeitiger Einreihung in den Stand der Verwaltungsbeamten im Wege der Zeitbeförderung mit dem Range vom 1. Mai 1918 in die 3. (unterste) Gehaltsstufe der II. Gehaltsklasse mit 3000 K Gehalt und 1500 K Quartiergeld befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schneider wird beschlossen:

(P. Z. 4664, St. Str. B., 1652.) Die Ankündigung der Kunstausstellung des Ersatz-Bataillons des k. k. Schützen-Regimentes Nr. 24 an den Fenstern der Straßenbahnwagen gegen Vorlage der behördlichen Bewilligung zufolge Ministerial-Berordnung vom 20. Jänner 1916, N.-G.-Bl. Nr. 19, wird genehmigt, und die Pauschalvergütung in Anbetracht der Widmung des Erträgnisses für Kriegswohltätigkeitszwecke mit dem ermäßigten Betrage von 100 K festgesetzt.

(P. Z. 4638, St. Str. B., 1302.) Die im vorgelegten Verzeichnisse enthaltenen 45 Bediensteten der städtischen Straßenbahnen werden mit 1. Mai 1918 zu Unterbeamten der Kategorie IV, Gehaltsklasse 4 mit den in Rubrik II ersichtlichen Dienstbezeichnungen und mit dem systemisierten Jahresgehälte von 1700 K und dem jährlichen Quartiergelde von 960 K für definitive), beziehungsweise 660 K (für ständige) befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4665, St. Str. B., 333.) St.-R. Schneider referiert über die Pensionierung der Beamtin der städtischen Straßenbahnen Hermine Konjz und beantragt, dieselbe ab 1. Mai 1918 in den dauernden Ruhestand zu versetzen.

St.-R. Dr. Haas beantragt, die Beamtin vorläufig versuchsweise zu einem leichteren Dienste zu verwenden.

Antrag Dr. Haas angenommen.

(P. Z. 4641, St. Str. B., 2190.) Die in dem Verzeichnisse der Straßenbahn Nr. 2190 vorgelegten acht Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hof** wird beschlossen:

(P. Z. 4662, St. G. W., 1447.) Der technische Beamte der städtischen Gaswerke Franz **Brycht** wird mit 1. Mai 1918 zum Inspektor (4400 K Gehalt, 1900 K Quartiergeld) ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4642, M. D., 2036.) Der Bauaufsichts-Offizial **Richard Schäfer** wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Bauaufsichts-Residenten in der IX. Rangklasse mit dem Range vom 14. März 1918 ernannt.

(Mehr als 15 Stadträte anwesend.)

Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten werden gemäß dem Magistrats-Antrage nachstehende Straßenarbeiter in den bleibenden Ruhestand versetzt:

(P. Z. 4618, St. Straßenpfl., 579) **Anton Wasserböck** mit 759 K 20 h jährlich,

(P. Z. 4616, St. Straßenpfl., 599) **Johann Reichl** mit 753 K 36 h jährlich,

(P. Z. 4624, St. Straßenpfl., 402) **Philipp Adler** mit 1255 K 60 h jährlich,

(P. Z. 4625, St. Straßenpfl., 506) **Johann Ölsböck** mit 642 K 40 h jährlich,

(P. Z. 4621, St. Straßenpfl., 367) **Karl Mandnitsch** mit 934 K 40 h jährlich,

(P. Z. 4623, St. Straßenpfl., 396) **Josef Weinreder** mit 817 K 60 h jährlich,

(P. Z. 4622, St. Straßenpfl., 383) **Franz Puß** mit 700 K 80 h jährlich,

(P. Z. 4620, St. Straßenpfl., 563) **Andreas Pauser** mit 700 K 80 h jährlich,

(P. Z. 4619, St. Straßenpfl., 564) **Josef Ruhnner** mit 817 K 60 h jährlich und

(P. Z. 4617, St. Straßenpfl., 580) **Bernhard Ambros** mit 700 K 80 h jährlich, und weiter wird

(P. Z. 4600, M. A. XI, 2972) der Veterinäramts-Inspektor **Johann Spinka** in den bleibenden Ruhestand mit zusammen 7600 K jährlich als Ruhegehalt versetzt.

(P. Z. 4629, St. G. W., 1392.) Der Geldeinheber der städtischen Gaswerke **Josef Langer** wird im Wege der Zeitbeförderung mit dem Range vom 15. Februar 1918 in die I. Gehaltsklasse, 2. Gehaltsstufe der Geldeinheber mit dem Gehalte von 1700 K und dem Quartiergelde von 800 K befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4598, M. A. IX, 3786.) Der Marktamts-Kommissär **Friedrich Schiefel** wird im Wege der Zeitbeförderung zum Marktamts-Inspektor in der VIII. Rangklasse mit dem Range vom 19. April 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4585, M. D., 2078.) Der Amtsdienner II. Bezugsklasse **Josef Pawlasek** wird im Wege der Zeitbeförderung zum Amtsdienner I. Bezugsklasse dormalen ohne Rangbestimmung mit dem Beginne des Bezugsrechtes auf den Gehalt und auf das Quartiergeld vom 1. Mai 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4586, M. D., 1112.) Der städtische Aushilfsdiener **Andreas Seiwald** wird im Vorrückungswege zum Amtsdienner II. Bezugsklasse mit dem Range vom 11. Jänner 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4584, M. D., 2167.) Der Amtsdienner II. Bezugsklasse **Karl Haub** wird im Wege der Zeitbeförderung zum Amtsdienner I. Bezugsklasse dormalen ohne Rangbestimmung mit dem Beginne des Bezugsrechtes auf den Gehalt und auf das Quartiergeld vom 1. Mai 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4582, M. D., 2428.) Der städtische Kanzlei-Offizial **Anton Radawy** wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Ober-Offizial in der IX. Rangklasse mit dem Range vom 6. Jänner 1918 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Gemäß dem Magistrats-Antrage werden den Straßenarbeiterswitwen

(P. Z. 4591, M. A. II, 2577.) **Magdalene Landauer** 116 K 94 h jährlich und

(P. Z. 4592, M. A. II, 2753.) **Marie Ehrlich** 462 K 33 h jährlich als Witwenpension und der letzteren 92 K 47 h jährlich als Erziehungsbeitrag für das Kind **Otto** zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4599, M. A. IX, 2692.) Die Schlachthausdiener II. Bezugsklasse **Rudolf Matthes** und **Karl Diewald** werden im Wege der Zeitbeförderung zu Schlachthausdienern I. Bezugsklasse, und zwar mit dem Range vom 1. Mai 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4659, Zentr. Spark., 172.) Gegen die Entscheidung der n.ö. Finanz-Landes-Direktion (Erlaß de präs. 28. März 1918, Z. XI, 154 A), womit dem Rekurse der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien gegen die Aufforderung der k. k. Steueradministration für den I. Bezirk in Wien vom 1. März 1918, Z. 122/3/17, in Angelegenheit einer Auskunftserteilung über Hypothekarrückzahlungen keine Folge gegeben wurde, wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgeschichtshof ergriffen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4661, St. G. W., 1407.) Der Kanzleibeamte der städtischen Gaswerke **Johann Schmeiser** wird aus der Gruppe der Kanzleibeamten in die der Rechnungsbeamten überfetzt.

(P. Z. 4626, Zentr. Spark., 220.) Der Geschäftsausweis der Zentral-Sparkassa für den Monat April 1918, nach welchem 20,159.053 K 75 h eingelegt und 12,170.071 K 47 h rückgezahlt wurden, somit ein Zuwachs von 7,988.982 K 28 h zu verzeichnen ist, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 7637, St. Lagerh., 4635.) Die von der Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien vorgeschlagene Remuneration von im Approvisionierungsdienste hervorragend tätig gewesenem Angestellten und Bediensteten des technischen und Magazinendienstes im Gesamtbetrage von 4650 K, der aus den Betriebsmitteln der Lagerhäuser zu decken ist, wird bewilligt.

(P. Z. 4636, St. Lagerh., 8275.) Die Herstellung einer Zufahrtsstraße zum Verwaltungsgebäude des städtischen Kühlager-

hauses und der vor dem Gebäude angelegten Brückenwage und die Ausführung eines Traufenstreifens um das Gebäude mit anschließenden Rinnröhen und Wasserläufen wird mit dem Gesamterfordernisse von 16.273 K 94 h, das aus den Betriebsmitteln der Lagerhäuser der Stadt Wien zu decken ist, genehmigt.

Auf Grund des Ergebnisses der Offertverhandlung vom 24. April 1918 werden die Erd- und Pflasterungsarbeiten und das Steinfuhrwerk an Johann Schußmann übertragen, die übrigen Arbeiten sind in der vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Weise zu vergeben.

Für den mit der Bauführung zu betrauenden Beamten des Stadtbauamtes wird ein Gehaltsbeitrag von 4 K für den Tag genehmigt.

(Vize-Bürgermeister Hof übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Heindl** wird beschlossen:

(P. Z. 4656, M. A. XXII, 754.) Die Auflösung des Mietvertrages mit der Firma Ignaz Rasso w i z & S o h n, betreffend die Wohnung Nr. 1 (top. Nr. 1 im Keller, top. Nr. 32 bis 37 im ersten Stock, top. Nr. 93 auf dem Dachboden) im Bürgerhospitalfondshause I., Zelinkagasse 5, mit 1. Mai 1918 wird genehmigt.

Die Miete dieser Wohnung durch die Gemeinde Wien und Vermietung derselben seitens des Bürgerspitalfonds behufs Errichtung einer Jugendfürsorgestelle der „M. A. XII a — städtisches Jugendamt“ ab 1. Mai 1918 um den Jahreszins von 3120 K und unter den sonst üblichen Bedingungen wird genehmigt.

Zur Deckung der in der laufenden Finanzperiode fällig werdenden Mietzinsrate per 1560 K wird zur Ausgabe-Rubrik XXXVIII 4 b a ein Zuschußkredit in dieser Höhe bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Jung** wird beschlossen:

(P. Z. 4463, M. B. A. II, 7.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 15 Gesuche von Parteien aus dem II. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Körber** wird beschlossen:

(P. Z. 4595, M. A. IV, 1054.) An dem längs der Hochschaubahn im I. I. Prater von der Hauptallee zum Volksprater führenden Verbindungswege sind die Gasflammen Nr. 2976 und 2077 in angemessenen Entfernungen von den bestehenden Flammen wieder zu errichten und ganzwüchsig in Betrieb zu halten.

(P. Z. 4463, M. B. A. II, 7.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 4 Gesuche von Parteien aus dem II. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 4639, St. Str. B., 3171.) Die Ausführung der Deichgräber- und Beschotterungsarbeiten, sowie der Pflastererarbeiten beim Bau der Geleiseshleife in der Endstation Franzensbrückenstraße am Praterstern, Wien, II. Bezirk, wird der Bauunternehmung Leopold W i l f & K o m p., Wien, XVIII., Anafasius Grün-Gasse 16, auf Grund ihres Angebotes vom 24. April 1918 übertragen.

Die auslaufenden Kosten von 33.410 K sind aus dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 6. Februar 1918, P. Z. 847/18, für die Herstellung einer Geleiseshleife in der Endstation Franzensbrückenstraße am Praterstern, Wien, II. Bezirk, genehmigten Betrage von 163.000 K zu bedecken.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Müller** wird beschlossen:

(P. Z. 4603, M. A. X, 3812.) Die Gebühr für das an Rudolf P s o t a, Beamter, XII., Oswaldgasse 6, außer der Reihenfolge für Friedhofsbestand vergebene eigene Grab Abteilung II, Gruppe V, Nr. 217 im Meidlinger Friedhofe, wird mit dem Betrage von 250 K festgesetzt.

(P. Z. 4652, M. A. X, 3915.) Die Gebühr für das dem Josef Hilbert außer der Reihenfolge auf 20 Jahre für die Beerdigung einer nichtzugewiesenen Leiche vergebene eigene Grab Abteilung II, Gruppe V, Nr. 220 im Meidlinger Friedhofe, wird mit dem Betrage von 250 K bestimmt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zalka** wird beschlossen:

(P. Z. 4615, St. Straßenpfl., 1928.) Für die Anschaffung von Gummischläuchen für die durch den städtischen Fuhrwerksbetrieb zu beforderte Straßenbespritzung wird ein bedeckter Kostenbetrag von 24.509 K 24 h bewilligt.

Die Lieferung dieser Schläuche wird der Firma Josef Reithoffer's Söhne, VI., Dreihufeisengasse 9/11, zu den Preisen ihrer Angebote vom 28. Februar und 30. April 1918 übertragen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sökel** wird beschlossen:

(P. Z. 4608, M. A. XIV, 658.) In nachträglicher Genehmigung der von den Vertretern der Gemeinde Wien und des Wiener Magistrates bei der Verhandlung abgegebenen Erklärung wird das Statthaltereiprotokoll vom 5. beziehungsweise 9. März 1918 samt Plänen, betreffend die Herstellung einer Gaskammer im pharmakologischen Institute in Wien, IX., Währingerstraße 18 a, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Kain** wird beschlossen:

(P. Z. 4632, St. Stellw. Unt., 337.) Für die von der Stellwagenunternehmung für die Gemeinde Wien durchzuführenden Lebensmittel-, Kohlen- und Holztransporte wird entsprechend dem vorgelegten Berichte der Ankauf von Pferden bis zum Höchstbetrage von 280.000 K genehmigt.

Mit der Durchführung des Einkaufes wird die gemeinderätliche Pferde-Ein- und -Verkaufs-Kommission betraut.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4633, St. Stellw. Unt., 280.) Der Kutscher der städtischen Stellwagenunternehmung Wenzel D o l e j s c h y wird mit 1. März 1918 unter Anerkennung einer jährlichen Pension von 914 K 82 h in den dauernden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4634, St. Stellw. Unt., 332.) Der Kontrollorwitwe Franziska K u n t l i wird eine Pension in der Höhe von 806 K 67 h

pro Jahr ab 1. Mai 1918 zuerkannt mit der Bestimmung, daß dieser Versorgungsgenuß im Falle der Wiederverheiratung eingestellt wird.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4601, M. A. IX, 3916.) Der Futtermittel-Zentrale wird die Bewilligung zur Einlagerung von Heu und Stroh im gepreßten Zustande in der Schweineverkaufshalle des Zentral-Viehmarktes St. Marx unter den in der Verhandlungsschrift vom 27. April 1918 gestellten Bedingungen erteilt.

(P. Z. 4478, M. A. II, 3235.) 1. Der Pferdebestand der städtischen Feuerwehr wird von 56 auf 66 Pferde erhöht.

2. Der Stand der Feuerwehrkutscher wird von 45 auf 52 Kutscher, einschließlich des Ober-Kutschers erhöht.

3. Bezüglich der Aufnahme von Kutschern der städtischen Stellwagen-Unternehmung in den Dienst der städtischen Feuerwehr haben im vorliegenden Falle folgende Grundsätze zu gelten:

a) Den bei der Feuerwehr aufzunehmenden Kutschern müssen die Lohnbezüge (das ist Lohn einschließlich des Wohnungsgeldes) gewahrt bleiben, die ihnen bereits heute zukommen oder beim Verbleiben im bisherigen Dienstverhältnisse nach den derzeit für die Bediensteten der städtischen Stellwagen-Unternehmung geltenden Lohnbestimmungen späterhin anfallen würden.

Etwaige zufällige Nebengebühren, wie Ausfahrts-, Neujahrgelder oder freie Straßenbahnfahrt zum Dienstorte, sind nicht zu berücksichtigen.

b) Die Kutscher sind in jene Lohnstufe der städtischen Feuerwehrkutscher einzureihen, die ihrer Dienstzeit bei der Stellwagen-Unternehmung entspricht; hiebei ist die im Dienste der Vienna General-Omnibus Company-Limited verbrachte Zeit in sinn-gemäßer Anwendung des Gemeinderats-Beschlusses vom 2. Februar 1911, P. 17807, nur zur Hälfte anzurechnen.

Der rechnermäßig ermittelte ideelle Eintrittstag hat auch als Grundlage für die Vorrückung in die höhere Lohnstufe der Feuerwehrkutscher zu gelten.

c) Diejenigen Kutscher, die mehr als sechs Jahre im Dienste der städtischen Stellwagen-Unternehmung verbracht haben, sind definitiv in den Stand der städtischen Feuerwehr zu übernehmen.

d) Von der Überschreitung der für die Aufnahme in den Dienst bei der städtischen Feuerwehr festgesetzten Altersgrenze und von dem Erfordernis des ledigen Standes wird ausnahmsweise abgesehen.

e) Für die Berechnung des Ruhegenusses im Falle der Versetzung in den Ruhestand ist diesen Kutschern die bei der Stellwagen-Unternehmung verbrachte Dienstzeit nach den für die Bediensteten der städtischen Stellwagen-Unternehmung derzeit geltenden Bestimmungen anzurechnen.

4. Die Übernahme der Kutscher hat mit 1. Mai 1918 in Kraft zu treten. (Punkt 1 bis 4: Zuständigkeit des Gemeinderates.)

5. Die Übernahme von zehn Pferden der städtischen Stellwagen-Unternehmung samt Beschirrungs- und Bespannungsgegenständen in den Dienst der städtischen Feuerwehr zum Übernahmungspreise von 10.935 K wird genehmigt.

6. Die Bespannung der Geräte der Freiwilligen Feuerwehren Hiezing, Ober- und Unter-Döbling hat nunmehr die städtische Feuerwehr zu besorgen.
(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4658, St. S., 307.) Die Verfügung des Herrn Bürgermeister über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der Kunstauktion A. J. Schelle wird nachträglich genehmigt.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Memorandum über die Verpflegslage Wiens.

Erlaß des k. k. Amtes für Volksernährung vom 25. April 1918, P. 51090 (M. D. 2556), an den Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner:

Mit Bezugnahme auf das von Euer Exzellenz übermittelte Memorandum beehre ich mich, unter Hinweis auf meine mündlichen Ausführungen anlässlich der Vorgesprache Eurer Exzellenz und der übrigen Herren Vertreter der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien beim Herrn Ministerpräsidenten, Euer Exzellenz über die vom Amte für Volksernährung für die Verpflegung Wiens getroffenen, beziehungsweise in Aussicht stehenden wichtigeren Maßnahmen, beziehungsweise über die in dieser Hinsicht bestehenden allgemeinen Verhältnisse Nachstehendes mitzuteilen.

Anlangend die Frage der Fettversorgung ist hervorzuheben, daß in Wien im Vorjahre, ohne daß eine Kürzung der Fettquote stattgefunden hätte, im Wege der Rayonierung der Bezug von Speisefett im Ausmaße von 60 g per Kopf und Woche für jeden Konsumenten sichergestellt wurde, wobei den Konsumenten nicht die Berechtigung genommen worden war, den Rest der Fettkartenabschnitte im freien Verkehr einzulösen, soweit allerdings auf dem Wiener Markte nichtrayonierte Fettstoffe vorhanden waren.

Im Dezember 1917 hat die königlich ungarische Regierung den bisher freien und nur durch das System der Transportbescheinigungen unter Kontrolle gestellten Einkauf von Schweinefettwaren in Ungarn durch Naturallieferungen des ungarischen Schweineverkehrs-bureaus ersetzt. Trotz der gleichzeitig einsetzenden Kürzung des Monatskontingentes an toter Ware war es damals noch möglich, den Ausfall ohne Beeinträchtigung der rayonierten Wochenfettquote von 60 g hereinzubringen, da das Amt für Volksernährung in voller Erkenntnis der Notwendigkeit einer halbwegs klaglosen Versorgung der Reichshaupt- und Residenzstadt den überwiegenden Teil des Entganges durch anderweitige Quotenkürzungen in Ersparung zu bringen gesucht hat.

In dem mir übermittelten Memorandum wird in zutreffender Weise ausgeführt, daß sich die Verhältnisse seither jedoch immer mehr verschlechtert haben. Die ungarischen Lieferungen, auch an toter Ware, lassen zu wünschen übrig, die Buttereinfuhr aus Holland hat vollkommen und jene aus Dänemark bis auf kaum nennenswerte Quantitäten aufgehört. Der Ausfall der nordischen Butter, an welcher vom Herbst 1917 bis zum März 1918 wöchentlich im Durchschnitte noch 9.75 Waggons verfügbar waren, macht sich besonders fühlbar, weil er durch die unzureichenden Bezüge aus Polen und aus Serbien nicht ausgeglichen werden kann.

Sch glaube nicht versichern zu müssen, daß meine unausgesetzten Bemühungen darauf gerichtet sind, die Wiederaufnahme, beziehungsweise Verbesserung der Bezüge aus Ungarn, den okkupierten Gebieten und dem Zollauslande, auf die Österreich auch im Frieden angewiesen war, zu erreichen, vermag aber im gegenwärtigen Augenblicke einen ausreichenden Erfolg dieser Bemühungen nicht in Aussicht zu stellen.

Eingehend auf den Punkt „Zuckerabgabe“ sei bemerkt:

Als auf Grund der Ministerial-Verordnung vom 4. März 1916, N.-G.-Bl. Nr. 41, die Abgabe von Zucker an Ausweiskarten gebunden wurde, wurde das Höchstmaß der für eine vierwöchentliche Verbrauchsperiode zulässigen Menge für die Stadt Wien mit $1\frac{1}{4}$ kg für die Person festgesetzt. Infolge empfindlichen Rückganges der Zuckerproduktion im Betriebsjahre 1916/17 mußte eine Herabsetzung der zulässigen Verbrauchsmenge an versteuertem Zucker auf 1 kg per Person und Monat, und zwar vom 1. März 1917 angefangen, verfügt werden. Der neuerliche empfindliche Rückgang in der Zuckerproduktion im Betriebsjahre 1917/18 machte es unbedingt erforderlich, die Kopfquote nunmehr auf $\frac{3}{4}$ kg per Person und Monat zu kürzen. Diese Kürzung trat am 1. November 1917 im Wirksamkeit.

Was die berührte Frage des Nährwertes der Kriegskaffeemischung, beziehungsweise der mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung hergestellten Kaffeejurrogate (Kaffeemischungen) anlangt, muß vorweg festgestellt werden, daß allen derartigen Produkten — ebenso wie bei reinem Bohnenkaffee — dem Nährwerte erst in zweiter Linie Bedeutung zukommt. Das Amt für Volksernährung ist sich vollkommen im Klaren, daß es sich hierbei nicht so sehr um Nahrungs- als um Genußmittel handelt. Wenn das Amt für Volksernährung trotzdem glaubte, die Herstellung dieser Produkte unterstützen zu sollen, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die Kaffeejurrogate (Kaffeemischungen) durch lange Gewohnheit und insbesondere durch den Mangel an anderen nahrungshaltigeren Getränken (Milch, Kakao zc.) der Bevölkerung geradezu unentbehrlich geworden sind und von dieser auf das Empfindlichste vermißt werden würden. Im übrigen wurde erst vor ganz kurzer Zeit der Zuckergehalt der Kriegskaffeemischung wegen der eben erwähnten Zuckerknappheit von ursprünglich 75 Prozent auf 51 Prozent herabgesetzt. Eine Erhöhung der derzeitigen Verbrauchsquote von $\frac{1}{4}$ kg für je zwei Monate ist für absehbare Zeit nicht möglich, da der empfindliche Mangel an Rohstoffen, so insbesondere auch an Zichorien, Zuckerrüben zc. eine Steigerung der Produktion an Kriegskaffeemischungen und Kaffeejurrogaten nicht zuläßt.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Milch hat sich in der letzten Zeit sehr schwierig gestaltet. Der immer drückender fühlbar werdende Mangel an allen Futtermitteln beeinflusst die Milchproduktion auf das ungünstigste, wozu noch der Umstand kommt, daß infolge steten Rückganges der Schlachtviehbestände nunmehr zur Fleischversorgung der Bevölkerung auch Milchtiere requiriert werden müssen. Einem weiteren Sinken der Milchlieferungen nach Wien in der nächsten Zeit — im Monate April waren die Milchlieferungen jedes Jahr am schwächsten — wird mit allen zugeborenen stehenden Mitteln entgegengearbeitet werden. Es ist zu hoffen, daß bei Beginn der Grünfütterung die Milchlieferung eine entsprechende Erhöhung erfährt und so wenigstens der Milchbezug der sogenannten bevorzugten Personen ausnahmslos gedeckt werden kann. Hinsichtlich des Bezuges von Milchvieh aus Ober-

österreich, Tirol und dem Auslande ist — wie schon das Memorandum bemerkt — das Ackerbauministerium kompetent.

Die Hülsenfrüchtereinte des vergangenen Jahres war sehr schlecht, da die Hartfrucht durch die Dürre schwer litt und mit Rücksicht auf die günstige Preislage im Grün Gemüse ein großer Prozentsatz in frischem Zustande auf die Märkte kam (grüne Fijolen 4 K per Kilogramm). Die aufgebrachten Hülsenfrüchte wurden ausschließlich für die Kriegsindustrie, namentlich für Bergarbeiter ausgegeben und angesichts der großen Saatgutnot für die Aussaat verwendet. Besonders Galizien hatte für den Wiederanbau im Osten einen außerordentlich großen Bedarf.

Es dürfte aber die Möglichkeit bestehen, noch im April oder anfangs Mai einige Waggons Hülsenfrüchte der Gemeinde Wien zur Verfügung zu stellen.

Die allgemeine Situation hinsichtlich Brot und Mehl ist gegenwärtig ungünstig.

Da der Aprilbedarf nicht voll gedeckt werden konnte und auch die für die Deckung des Bedarfes im Mai erforderlichen Mengen nicht gesichert erscheinen, weil für diese Zeit weder mit nennenswerten Zuschüben aus Rumänien oder Ungarn noch mit größeren Quantitäten aus der Inlandproduktion auf Grund des bisherigen Aufbringungsmodus gerechnet werden kann, hat sich die Regierung gezwungen gesehen, den § 3 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 28. Mai 1917, N.-G.-Bl. Nr. 235, dahin zu ergänzen, daß ihr hiedurch die Möglichkeit gegeben wurde, den für die Versorgung der Nichtselbstversorger unabweislich notwendigen Bedarf an Brot und Mehl dadurch sicherzustellen, daß in allen in Betracht kommenden Ländern auch auf die bisher für den Eigenbedarf der Produzenten frei gegebenen Mengen gegriffen werden kann, insoweit die Verhältnisse eine solche Maßnahme erfordern.

Die bezügliche Ministerial-Verordnung wurde am 21. April im Reichsgesetzblatte publiziert und ergingen gleichzeitig Weisungen an die politischen Landesstellen behufs energischer und raschster Aufbringung der den einzelnen Ländern vorgeschriebenen Kontingente.

Der damalige Mehlmangel machte es notwendig, in der letzten Zeit von der Ausgabe von Verschleißmehl überhaupt abzusehen und einen Ersatz hierfür in der Verabfolgung von Haferreis und Maisgrieß zu suchen. Es ist jedoch zu hoffen, daß in Zukunft wenigstens ein Teil der Mehlaquote in Form von Mehl, wenn auch nur Maismehl, wird zur Ausgabe gebracht werden können.

Was die voraussichtliche Verpflegslage von Wien anlangt, so ist sie bei der Unmöglichkeit, den Bedarf Wiens aus dem Inlande zu decken, fast zur Gänze von den auswärtigen Zuschüben abhängig. Es bildet eine der wichtigsten Aufgaben des Amtes für Volksernährung, durch stete Einflußnahme auf alle beteiligten Stellen dahin zu wirken, daß die auswärtigen Zuschübe auf jener Höhe erhalten werden, die die Versorgung Wiens ermöglicht.

Wenn bei dieser Sachlage auch dermalen nicht an eine Erhöhung der Wochenquote an Verschleißmehl gedacht werden kann, gebe ich mich doch der Erwartung hin, daß es bestimmt möglich sein wird, über die härteste Zeit, d. i. bis Ende Mai hinwegzukommen, während für den Juni, bis zu welchem Zeitpunkt das Eintreffen größerer Zuschübe aus der Ukraine zu

hoffen ist, bereits mit einer Erleichterung der Verpflegungslage gerechnet werden kann.

Hinsichtlich eines Einflusses des bevorstehenden Friedensschlusses mit Rumänien auf die Mehlversorgung möchte ich bemerken, daß nach der bisherigen Sachlage auch in diesem Falle die weitere Aufbringung des für die Mittelmächte gesicherten Getreidekontingentes bis auf weiteres durch militärische Organe, welche seitens der Zentralmächte in Rumänien belassen werden, unterstützt werden soll, so daß aus diesem Anlasse für unsere Versorgung nachteilige Änderungen nicht zu befürchten sein dürften.

Was die Einfuhr aus der Ukraine anlangt, ist es richtig, daß der Einkauf — schon nach den bezüglichen Verträgen mit Deutschland — nur von den kriegswirtschaftlichen Zentralen, beziehungsweise den zu diesem Zwecke abgeschlossenen Kartellen der deutschen, österreichischen und ungarischen kriegswirtschaftlichen Organisationen durchgeführt werden kann.

Eine selbständige Einkaufstätigkeit einzelner, außerhalb des Rahmens dieser Zentralen stehender Personen oder Organisationen in Rußland und der Ukraine kann daher nicht stattfinden.

Der Vertrag über die Lieferung von Getreide ist am 9. April 1918 abgeschlossen worden. Danach ist die ukrainische Regierung verpflichtet, den Mittelmächten 60 Millionen Pud Getreide zu bestimmten Preisen und in monatlichen Teilmengen zu liefern. Eine über die ganze Ukraine sich erstreckende Organisation des Kartelles der drei Getreide-Zentralen beschäftigt sich im Einvernehmen mit den bestehenden ukrainischen Aufbringungsorganen sowie der Teilnahme des einheimischen Handels bereits mit der Erfassung der vorhandenen Vorräte. Die Transporte haben — wenn auch in geringem Maße — bereits begonnen. Bisher sind eine Anzahl Waggons Hirse und außerdem einiges anderes Getreide eingelangt.

Bezüglich der Kartoffelbelieferung möchte ich erwähnen:

Die Gemeinde Wien war durch die Herbstanlieferungen rechnungsgemäß bis Mitte April auf Basis einer Kopfquote von $1\frac{1}{2}$ kg mit Kartoffeln versorgt. Schon im Jänner 1918 hat die Gemeinde zur Anzeige gebracht, daß die rechnungsmäßige Deckung mit den tatsächlichen Beständen nicht übereinstimmt, und daß die Herbstkartoffeln nur bis Mitte März reichen werden. Diese Erscheinung war darauf zurückzuführen, daß in den vielen Hunderten von Abgabestellen eine Reserve von 10 Prozent zugewiesen werden mußte, daß die Kartoffeltransporte mit Erde vermischt einlangten, und daß offenbar auf den Bahntransporten und auf dem Wege zu den Lagerstätten große Quantitäten gegenüber dem Verladegewichte abhanden kamen. Der Abgang betrug zirka 1400 Waggons. Seit 1. März erhielt die Gemeinde 2066 Waggons. Davon hat sie 270 Waggons als Saatkartoffeln verwendet, zirka 70 Waggons wurden getrocknet. Auch im Frühjahr ist bereits ein Manko von 160 Waggons zu verzeichnen. Die weiteren Anlieferungen nach Wien hängen von der Höhe der Zuschübe ab. Diese haben aus Böhmen und Mähren fast ganz aufgehört und aus Polen noch immer nicht in der erwarteten und zugesagten Höhe eingesetzt. Auch die Aufbringung in Ostgalizien läßt in der letzten Zeit zu wünschen übrig. Westgalizien liefert fast gar nichts.

Bezüglich der Versorgung Wiens mit Dauergemüse beehre ich mich, auf mein Schreiben vom 31. März 1918, Z. 35870,

Bezug zu nehmen. Die darin angekündigte neuerliche Zuweisung von Sauerkraut an die Gemeinde Wien ist mittlerweile bereits verfügt worden. In Berücksichtigung der ganz besonders schwierigen Ernährungsverhältnisse wurde der Gemeinde Wien ein weiteres Kontingent von 242 Waggons zur Verfügung gestellt, welche Menge eine besondere Bevorzugung Wiens gegenüber allen anderen Verwaltungsgebieten darstellt.

Die Beschaffung ausreichender Frühgemüsemengen aus Ungarn bildet den Gegenstand fortlaufender Verhandlungen mit der ungarischen Regierung, die bisher die Freigabe von 100 Waggons Spinat zum Ergebnisse hatten.

Hinsichtlich der Fleischversorgung Wiens wird folgendes bemerkt:

Über Anregung des Amtes für Volksernährung hat das Ackerbauministerium unter gleichzeitiger Erhöhung der den Kronländern zur Abstellung für den Wiener Markt vorgeschriebenen Schlachtviehkontingents pro April 1918 bereits die Bestimmung getroffen, daß bei Abstellung dieser Kontingente Tiere mit 120 kg Schlachtausbeute zu liefern sind und ein Ausfall oder Überschuß an Gewicht durch erhöhte oder verminderte Stückzahl auszugleichen ist.

Durch diese Bestimmung dürfte voraussichtlich auch erreicht werden, daß seitens der Kronländer mehr Rinder besserer Qualität zur Anlieferung gelangen, da ja die schlechtere Qualität durch Anlieferung einer größeren Stückzahl ausgeglichen werden müßte.

Was die Abstellung der Kontingente seitens der Kronländer anlangt, ist das Amt für Volksernährung stets bemüht gewesen, eine möglichst restlose Ablieferung zu erreichen.

Die politischen Landesstellen wurden wiederholt angewiesen, auf ihre Viehverkehrsorganisationen einzuwirken, daß die für den Wiener Markt aufgetragenen Kontingente auch tatsächlich abgestellt werden, und wurde das Ackerbauministerium erst kürzlich wiederholt ersucht, auch seinerseits mit dem größten Nachdruck auf die vollzählige Ablieferung der für den Wiener Konsum bestimmten Kontingente hinzuwirken.

Es kann hiebei jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß infolge der hohen Anforderungen insbesondere für den Heeresbedarf während der nunmehr bald vierjährigen Kriegsdauer die Viehbestände sämtlicher Kronländer sowohl der Quantität als auch der Qualität nach bereits aufs äußerste erschöpft sind, die Kontingente nur mehr unter größten Schwierigkeiten und häufig nur unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen aufgebracht werden können und hiebei bereits in vielen Fällen auf Zucht- und Nutzvieh gegriffen werden muß.

Das ungarische Rinderkontingent wurde erfreulicherweise im Monate März zur Gänze angeliefert, während Kroatien, wie schon im Memorandum Eurer Exzellenz angeführt wird, im Monate März mit rund 850 Stück im Rückstande blieb.

Im Monate April wurden in der Zeit vom 1. bis 13. seitens Kroatien bereits 627 Stück angeliefert, sodas zu erwarten ist, daß das auf dasselbe entfallende Kontingent in diesem Monate zur Gänze angeliefert werden wird.

Hinsichtlich des Rückstandes aus dem Monate März werde ich bemüht sein, die Nachlieferung seitens Kroatiens zu erlangen.

Wegen Überlassung von Schlachtvieh aus den okkupierten Gebieten Polens und Serbiens zur Versorgung Wiens, war bereits ein Übereinkommen mit dem Kriegsministerium, dem vom

Armee-Ober-Kommando die Überschüsse aus diesen Gebieten überlassen sind, dahin getroffen, daß dem Amte für Volksernährung 50 Prozent dieser Überschüsse an Rindern und Schweinen aus Serbien und 60 Prozent dieser Überschüsse aus Russisch-Polen zur Verfügung gestellt wurden.

Infolge der Schwierigkeiten der Schlachtviehverorgung der Armee hat jedoch das Kriegsministerium sich veranlaßt gesehen, sämtliche Rinder aus diesen Gebieten zur Versorgung der Armee heranzuziehen, und erklärte über Vorstellungen des Amtes für Volksernährung, von dieser Maßnahme, die durch die Not geboten sei, nicht abgehen zu können.

Das Amt für Volksernährung wird selbstverständlich bemüht sein, die Wiederaufnahme dieser Bezüge zu erreichen und hat beim Kriegsministerium schon vor kürzerer Zeit beantragt, daß Russisch-Polen zur Versorgung der Wiener Garnison mit Rindern herangezogen werde.

Zur Durchführung der Ausfuhr von Schlachtvieh aus der Ukraine ist die Bildung einer Einkaufsorganisation im Zuge; aus Rumänien sind Zufuhren an Schweinen bereits im Anrollen und ist die Zufuhr von Schafen in der nächsten Zeit zu gewärtigen.

Zwecks Erleichterung der Fleischversorgung ist das Amt für Volksernährung an die maßgebenden militärischen Stellen wegen Verminderung der Garnison herangetreten.

Was die Anlieferung des Kontingentes an Schweinen seitens Ungarns anlangt, ist das Amt für Volksernährung unausgesetzt bemüht, die volle Anlieferung dieses Kontingentes zu sichern.

Trotz aller Interventionen wurde dies aber nicht erreicht.

Ob durch die beantragte Einführung des Transportschein-systems, welches übrigens für Lebendschweine nie bestand, eine Besserung zu erreichen wäre, wird abzuwarten sein.

Es erscheint auch zweifelhaft, ob die ungarische Regierung der Einführung dieses Systems zustimmen würde.

Aus den Kronländern kommen allerdings, obwohl das Amt für Volksernährung es auch diesbezüglich an Bemühungen nicht fehlen ließ, nahezu keine Schweine nach Wien. Bei dem durch den Futtermangel hervorgerufenen allgemeinen Rückgang der Schweineproduktion besteht jedoch tatsächlich in allen Ländern empfindlicher Mangel an Schweinen und kann die Grundhaltigkeit der Erklärungen der Kronländer, infolge des selbst für den Eigenbedarf im Lande nicht ausreichenden Schweinebestandes für Wien keine Schweine liefern zu können, nicht von der Hand gewiesen werden.

Hinsichtlich der Versorgung Wiens mit Pferdefleisch ist die Anschauung, als ob durch die Erlassung der Höchstpreis-Verordnung für Pferde die Versorgung Wiens mit Pferdefleisch ungünstig beeinflusst worden wäre, nach h. ä. Ansicht nicht zutreffend. Dies ist vielmehr auf die Konkurrenz der Einkäufer in Ungarn zurückzuführen, da Ungarn das Hauptbezugsgebiet für Schlachtpferde für Österreich ist.

Das Amt für Volksernährung beabsichtigt, in allernächster Zeit hierin Abhilfe zu schaffen und sind die diesbezüglichen Verhandlungen und Vorarbeiten im Zuge. Im übrigen ist Wien jetzt mit Pferdefleisch reichlich dotiert.

Wegen der Erhöhung des zur Ausfuhr nach Österreich seitens Ungarns zugelassenen Kontingentes an Schafen wurde bereits mit der kgl. ung. Regierung verhandelt.

Bezüglich der Anlieferung von Kälbern nach Wien, beziehungsweise Festsetzung bestimmter Kontingente, wurde an das Ackerbauministerium, in dessen Kompetenz die Angelegenheit fällt, bereits herangetreten.

Der k. k. Präsident:

Paul.

Lebensmittelverkehr.

Schlachtviehaufteilung vom 13. Mai 1918.

1. Gesamtzufuhr: 3573 Stück, und zwar:

Maßvieh	2816 Stück
Weidevieh	— "
Beinlvieh	757 "
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche	— "

Die Gesamtzufuhr zerfällt dem Geschlechte nach:

Ochsen	2228 Stück	Kühe	1017 Stück
Stiere	328 "	Büffel	— "

Herkunftsländer der Zufuhren:

aus Ländern der ungarischen Krone	2159 Stück
" Galizien und Bukowina	1414 "
" dem sonstigen Österreich	— "
" dem Ausland	— "

2. Preise der aufgeteilten Rinder:

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn farbige Ochsen:

I. Qualität	von — bis 420 K (extrem bis — K)
II. "	— " 380 "
III. "	— " 330 "

Graue Ochsen aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von — bis 400 K (extrem bis — K)
" II. "	— " 360 "
" III. "	— " 310 "

Ochsen aus anderen Ländern:

I. Qualität	von — bis 400 K (extrem bis — K)
II. "	— " 360 "
III. "	— " 310 "

Stiere I. Qualität	von — bis 480 K (extrem bis — K)
" II. "	— " 440 "
" III. "	— " 390 "

Kühe I. Qualität	von 370 bis 390 K (extrem bis — K)
" II. "	330 " 350 "
" III. "	280 " 300 "

Kalbinnen I. Qualität	von — bis 390 K (extrem bis — K)
" II. "	— " 340 "
" III. "	— " 290 "

Weidevieh	von — bis — K	(extrem bis — K)
Büffel	" — " — "	(" " — ")
Beinlvieh	" 300 " 330 "	(" " — ")

Die Preise gelten in Kronen per 100 kg Lebendgewicht.

3. Verteilung.

Abgegeben wurden für Wien	— Stück
" " nach auswärts	" "
In die Verteilung nicht einbezogen	" "

In der abgelaufenen Woche langten außerdem für Heereszwecke direkt ein 1250 Rinder.

Im Vergleiche zum Hauptaufteilungstage der Vorwoche langten um 1239 Stück weniger an.

Alle Rinderqualitäten und -Gattungen wurden zu unveränderten Vorwochenpreisen abgegeben.

* * *

Pferdemarkt vom 10. Mai 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 512 Stück.

225 Gebrauchspferde, 287 Schlachtpferde*).

Preis: für Gebrauchspferde	1500 bis 5800 K per Stück
" Schlachtpferde	" — " — " — "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 5. Mai bis 11. Mai 1918.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	172.449 kg	Und zwar aus:
Wien	47.488 kg	
dem sonst. Niederösterreich	472 "	
Oberösterreich	24.726 "	
Böhmen	62.709 "	
Ungarn	5.888 "	
Ukraine	2.100 "	
Deutschland	10.266 "	

Kalbfleisch	550 kg	Und zwar aus:
Wien	550 kg	

Schweinefleisch	5.301 kg	Und zwar aus:
Wien	5.301 kg	

Kälber	260 Stück	Und zwar aus:
Wien	11 St.	
dem sonst. Niederösterreich	2 "	
Oberösterreich	15 "	
Mähren	11 "	
Polen	221 "	

Schafe	360 Stück	Und zwar aus:
Wien	11 St.	
dem sonst. Niederösterreich	2 "	
Oberösterreich	22 "	
Mähren	124 "	
Ungarn	201 "	

Lämmer	1.047 Stück	Und zwar aus:
Wien	49 St.	
dem sonst. Niederösterreich	15 "	
Ungarn	809 "	
Mähren	220 "	
Böhmen	5 "	
Oberösterreich	449 "	

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	(Stiedfleisch, vorderes von K	7.— bis 8.40 per Kg.
	Rostbraten u. Rieden " "	12.— " "
Kalbfleisch	" " "	5.75 " 6.— " "
Schafffleisch (Lammfleisch)	" " "	— " — " "
Schweinefleisch	" " "	— " — " "
Kälber	" " "	4.70 " 4.80 " "
Schafe	" " "	9.— " 11.— " "
Schweine	" " "	— " — " "
Lämmer	" " "	14.— " 16.— " "

Per Bahn langten ein 48 Waggons mit 141.131 t.

Die Zufuhren dieser Woche waren im Vergleiche zur Vorwoche stärker.

Der Marktverkehr im allgemeinen sehr lebhaft.

Rindfleisch war stets in bedarfsdeckenden Mengen vorhanden.

Lamm-, Schaf- und Kitzfleisch genügte der Nachfrage, dagegen Kalbfleisch in nicht ausreichenden Mengen vorhanden war.

Die Preislage blieb unverändert.

Aus den Beständen der Gemeinde Wien wurden abgegeben:

- 2200 kg Rauchfleisch,
- 500 kg geselchtes Kalbfleisch,
- 150 Stück russisch-polnische Kälber.

Von der Allgemeinen Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurden 3164 kg Rindfleisch zugeführt.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 11. Mai 1918

Uebernahmspreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

Weizen oder Spelz per 100 kg	40 K — h
Roggen	100 " 40 " — "
Gerste	100 " 37 " — "
Hafer	100 " 36 " — "

(Uebernahmsbestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

Höchstpreise für Heu und Stroh.

Heu aller Art	17 K — h per 100 kg
Stroh:	
Kornschraubstroh	10 " — " " 100 "
Erbsen-, Wickenstroh	8 " — " " 100 "
Bohnen-, Raps- und Maisstroh	6 " — " " 100 "

(Die näheren Bestimmungen siehe R.-G.-Bl. Nr. 243 ex 1917.)

*) Hieron — am Markte und 287 im Pferdeschlachthause.

Baubewegung

vom 10. bis 13. Mai 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

- XXI. Bezirk: Schickgasse 8, von Wenzel Josef Kerstner, Bauführer derselbe (13014).
 " " Fleisch, Gerlach, Moritz A. G., Bauführer A. Pörr (13291).

Zubauten.

- XIX. Bezirk: Stodwerkaufrichtung auf einen Riegelwandbau Grinzingerstraße 95, von der Elektra Glühlampenfabrik „Batt“ A. G., Bauführer Karl Schuller (321).
 " " Stodwerksaufbau, Rußwaldgasse 6, von Jean Hajek, Bauführer Adolf Micheroli (336).
 " " Stodwerksaufbau auf den Fabriksplatz, Rußwaldgasse 8 von Jean Hajek, Bauführer Adolf Micheroli (362)

Adaptierungen.

- I. Bezirk: Hoher Markt 8, von der Gebäudewerwaltung Franz Schröpfer, VI., Mariabilferstraße 23/25 (1036).
 IV. Bezirk: Ziegelofengasse 29, von Gebrüder Wojtich, ebenda (1042).
 XIX. Bezirk: Begagasse 12, von Philipp Lohn (385).
 " " Zehenthofgasse 25, von dem Verein „Kinderhort“ (429).
 " " Hasenauerstraße 18, von Richard Heller (455).
 XXI. Bezirk: Gerstlgasse 17, von Heinrich Piemann, Bauführer Georg Spielmann (13137).
 " " Leopoldauerstraße 108, von Bertheim & Pal, Bauführer Neumann-Tropp (13138).

Diverse geringere Bauten.

- I. Bezirk: Kanal, Rärntnerstraße 15, von Gebrüder Andreae, IV., Rainergasse 3 (1043).
 III. Bezirk: Eisenbetonkonstruktion, Hainburgerstraße, von Siemens & Halske, Avoßelgasse 12 (1044).
 XIX. Bezirk: Kohlenschuppen, Rußwaldgasse 6, von Hans Hajek, Bauführer Adolf Micheroli (335).
 " " Kesselhausvergrößerung, Rußwaldgasse 6, von Hans Hajek, Bauführer Adolf Micheroli (337).
 " " Waschküchenbau, Grinzingerstraße 46, von Adolf und Friederike Stern, Bauführer Adolf Micheroli (338).
 " " Ebenerdiger Werkstättenbau, Grinzingerstraße 7, von der „Horö“ Präzisions-Uhrenbau Ges. b. m. H., Bauführer Adolf Micheroli (414).
 " " Portierhäuschenaufbau, Peter Jordan-Straße 82, vom Oremium der Wiener Kaufmannschaft (468).

- Reissmann Gisela — Handel mit Damenkleidern — VIII., Blindengasse 2.
 Kracic Paula — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — II., Enns-gasse 25.
 Schröder Emma — Erzeugung von Kunstblumen — II., Kleine Spertgasse 7.
 Bard Moritz — Geschäftsvermittlung — I., Dpernring 3.
 Bard Moritz — Buchhandlungs-Konzession — I., Dpernring 3.
 Zahler Brta — Handel mit Zuckerwaren, Obst im Großen und Kleinen — I., Franz Josefs-Kai 5.
 Montag Emma — Sonnen- und Regenschirm-Erzeugung — I., Marc Aurel-Straße 12.
 Stuber Wilhelm — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Franz Josefs-Kai 7/9.
 Samobor Elisabeth — Damenkleidermachergewerbe — I., Annagasse 12.
 Beyschlag Johannes Otto — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 859 — III., Gärtnergasse 17.
 Beyschlag Johannes Otto — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 645 — I., Morzinplatz.
 Heilig Anna — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1618 — X., Süd- und Staatsbahnhof.
 Ettenreich Marie — Personentransport mit dem Einspännerwagen — IV., Theresianumgasse 35.
 Schwarz Hermine — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1614 — X., Süd- und Staatsbahnhof.

* * *

9. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

- Wiegel Richard (Inhaber der Firma Richard Wiegel; Technische Artikel — Handel mit technischen Artikeln — IV., Allee-gasse 4/6.
 E. Jordan, Kino- und Elektromo-Material, Ges. m. b. H. — Handel mit kinematographischen und elektrotechnischen Artikeln — VII., Neustiftgasse 115 a.
 Wiener St. Method-Verein — Gastwirtsgewerbe — XV., Pelzgasse 17.
 Glaz Sarolta (Alleinhaberin der prot. Firma S. Glaz) — Handel mit Metall- und Galanteriewaren im Großen — VII., Zieglergasse 29.
 Richter Herbert — Erzeugung kosmetischer Artikel (beschränkt) — XIII., Reichgasse 35.
 Buchholz Eugen — Ein- und Verkauf von Tuch- und Seidenabfällen — VI., Webgasse 1.
 Brudner Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — II., Vorgartenstraße 215.
 Schramel David — Handel mit Manufaktur-, Seiden- und Kurzwaren — II., Miesbachgasse 11.
 Kaufmann Rudolf — Gemischtwarenhandel — II., Czerningasse 7.
 Prosch Karl — Handel mit Brennholz — II., Erlasgasse 8.
 Kraus Alexander — Holzhandel — II., Handelskai 196.
 Spiegel Siegfried — Gemischtwaren-Großhandel — II., Weintrauben-gasse 7.
 Biner Franz — Zimmerputzergewerbe — V., Einfielderplatz 3.

(Das Weitere folgt.)

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

8. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

- Redl Karl Leopold — Wildbret- und Geflügelhandlung — XIII., Dieginger Hauptstraße 60.
 Kaltounel Rudolf — Handel mit Gold- und Silberwaren zc. — XVIII., Czernmalgasse 5.
 Piff Johanna — Handel mit Kurz- und Galanteriewaren — II., Praterstraße 42.
 Barcheles (Jeannette) Scheindel — Pferdehandel — II., Körnergasse 2.
 Müller Katharina — Mechanische Strickerei — VI., Sandwirtgasse 18.
 Klement Pauline — Erzeugung von Hausschuhen aus Stoff ohne Verwendung von Leder — XVI., Gablenzgasse 28.
 Köppl Gabriele — Mechanische Strickerei — VI., Linke Wienzeile 134.
 Oberbauer Franziska — Modistengewerbe — VI., Mariabilferstraße 107.
 Venerl Felene — Übernahme von Wäsche zum Rollen mittels elektr. Wäscherolle — XVIII., Anastasius Grün-Gasse 14.

Inhalt.

Seite

Stadtrat:	
Sitzungen des Stadtrates	899
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 2. Mai 1918	899
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 7. Mai 1918	912
Allgemeine Nachrichten:	
Memorandum über die Bepflanzung Wiens	917
Lebensmittelverlehr:	
Schlachtviehaufstellung vom 13. Mai 1918	920
Pferdemarkt vom 10. Mai 1918	921
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 5. Mai bis 11. Mai 1918	921
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 11. Mai 1918	921
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 10. bis 13. Mai 1918	922
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	922
Rundmachungen.	

Kundmachungen.

M. Abt. IX, 8879/17.

Kundmachung.

(Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Nachreichung und Instandsetzung der Wagen und Gewichte auf dem Zentral-Viehmarkte und im Schlachthofe St. Marx.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Nachreichung und Instandsetzung der Wagen und Gewichte auf dem Zentral-Viehmarkte und im Schlachthofe St. Marx mit dem veranschlagten Kostenersfordernisse von 13.400 K wird vom Wiener Magistrate, Abteilung IX, am **Mittwoch** den 22. Mai 1918, um Schlag 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Adolf Wanschura, im Neuen Rathause, V. Stiege, 2. Stock, eine öffentliche Anbotverhandlung abgehalten werden.

Der Kostenanschlag und die allgemeinen und besonderen Bedingungen können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II a, Neues Rathaus, Mezzanin, während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingungen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden im Stadtbauamte, Fach-Abt. II a, erteilt.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung IX,
im selbständigen Wirkungsbereiche,
am 7. Mai 1918.

1-2

M. Abt. XVII, 1762.

Kundmachung.

(Unterfagung des Betriebes von Wasch- und Scheuermitteln.)

Das k. k. Handelsministerium, General-Kommissariat, hat der Firma Werner & Merz die Frist, innerhalb welcher der Betrieb ihres Waschmittels „Erdalin“ einzustellen ist, bis Ende Mai 1918 erstreckt.

Dies wird in Abänderung der Kundmachung M. Abt. XVII, Z. 1134/18 (Amtsblatt Nr. 35, Seite III), hiemit verlautbart.

Vom Wiener Magistrate, Abt. XVII,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 10. Mai 1918.

Für den Abteilungsvorstand:

Dr. Faber,
Magistrats-Sekretär.

1-1

M. Abt. XVII, 1763.

Kundmachung.

(Unterfagung des Betriebes von Wasch- und Scheuermitteln.)

Das k. k. Handelsministerium, General-Kommissariat, hat im Grunde des § 3 der Ministerial-Verordnung vom 25. August 1917, R.-G.-Bl. Nr. 359, der Firma Alfred Barany in Wien VII., die Erzeugung und den Vertrieb des Wasch- und Scheuermittels „Reinigungspasta“ wegen des Gehaltes an Waschseife mit Ende Mai 1918 eingestellt.

Vom Wiener Magistrate, Abt. XVII,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 10. Mai 1918.

Für den Abteilungsvorstand:

Dr. Faber,
Magistrats-Sekretär.

1-1

M. Abt. X, 2997/18.

Kundmachung.

(Hütteldorfer Friedhof. — Wiederbelegung von einfachen Gräbern.)

Nach dem 1. August 1918 werden die einfachen Gräber Nummer 221 bis 292, 294 bis 302, 305 und 306 in der Gruppe II des Hütteldorfer Friedhofes wiederbelegt.

Zeichenaushebungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig. Die bezüglichen Gesuche sind indes vor dem 1. August 1918 bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X (I., Neues Rathaus), einzubringen.

Verspätet überreichte Ansuchen werden nicht berücksichtigt.

Nach dem 1. August 1918 werden die Grabsteine und -kreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer von den Gräbern entfernt und an geeigneter Stelle hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die ihr Eigentumsrecht in entsprechender Weise binnen Jahresfrist dardun, ausgefolgt. Über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungsbereich,
am 25. April 1918.

3-3

M. Abt. V, 801/18.

Kundmachung.

(„Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke“; Aufstellung eines Transformators vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4.)

Die Firma „Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke“ beabsichtigt, im Gehwege vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4, einen Wechselstromtransformator zur Umwandlung von hochgespanntem Wechselstrom von 2000 Volt Phasenspannung auf die zur Abgabe gelangende Niederspannung von 105 Volt aufzustellen.

Über die Zulässigkeit dieser Anlage findet am Freitag den 17. Mai 1918, um 9 Uhr vormittags, im Sinne des III. Hauptstückes der Gewerbeordnung eine Verhandlung statt.

Die Teilnehmer an der Amtshandlung versammeln sich zur anberaumten Stunde vor dem Hause IX., Widerhofergasse 4.

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die bezüglichen Entwurfsbehalte von Donnerstag den 2. Mai 1918 bis zum Verhandlungsvortage in der Magistrats-Abteilung V (I., Neues Amtshaus, Rathausstraße 14, 5. Stock) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsichtnahme aufliegen.

Einwendungen gegen den Entwurf oder etwaige Bedingungen können in der genannten Magistrats-Abteilung oder bei der Verhandlung selbst vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Verhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung V,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 27. April 1917.

Der Abteilungsvorstand:

Dr. J. F. Müller (m. e. D.),
Magistratsrat.

3-3

B. B. N., Stelle 5, Z. 3601.

Kundmachung.

(Ausgabe neuer Küchenbrandarten.)

Auf Grund der Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogtum Österreich unter der Enns vom 29. April 1918, Z. 390/7/K, betreffend die Regelung des Verbrauches von Kohle, Koks und Briketts und sonstigen Brennstoffen wird angeordnet, wie folgt:

I.

Zum Kohlenbezug für Küchenbrand werden neue Karten mit der Geltungsdauer vom 2. Juni 1918 bis 8. Februar 1919 ausgegeben.

Es erhalten:

1. Haushalte, in deren Küche die Mahlzeiten regelmäßig zubereitet werden und deren Küche einen Herd für Kohlen-, Koks- oder Brikettsfeuerung besitzt, wenn sie:

- bis zu 6 Personen umfassen, eine ganze Küchenbrandkarte,
- 7 bis 10 Personen umfassen, 1½ Küchenbrandarten und
- 11 und mehr Personen umfassen, zwei ganze Küchenbrandarten, wobei in allen Fällen (a bis c) Dienstnehmer in die Zahl der Haushaltungsangehörigen eingerechnet werden.

2. Haushalte, in deren Küche die Mahlzeiten regelmäßig zubereitet werden und deren Küche einen Gasherd oder einen Gaslocher und ein Gasbratrohr besitzen, ohne Rücksicht auf den Umstand, ob ein Herd für Kohlenfeuerung vorhanden ist oder nicht, wenn sie:

- bis 6 Personen umfassen, eine halbe Küchenbrandkarte,
- 7 und mehr Personen umfassen, eine ganze Küchenbrandkarte.

3. Untermieterhaushalte, welche selbständig kochen, ohne Rücksicht auf die Zahl der Haushaltungsangehörigen, einen ganzen Küchenbrand.

4. Sämtliche Haushalte für jedes Kind unter einem Jahre eine Zubeße von einer halben Küchenbrandkarte.

Anspruch auf Kohlenkarten haben nur jene Wohnungsinhaber, deren Vorrat 200 kg Steinkohle (Koks, Briketts) oder 250 kg Braunkohle (Koks, Briketts) nicht übersteigt.

II.

Die Ausgabe der neuen Küchenbrandarten erfolgt durch die zuständige Brot- und Mehl-Kommission, und zwar für die anspruchsberechtigten Wohnungsinhaber (Haushaltungsvorstände) mit dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens:

A bis F am 21. Mai 1918

G bis J und L . . . am 22. Mai 1918

K, M bis O am 23. Mai 1918

P bis R, S, St . . . am 24. Mai 1918

Sch, T bis Z am 25. Mai 1918

in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Die Wohnungsinhaber (Haushaltungsvorstände) haben den polizeilichen Meldezettel, welcher hiezu von der Hausinhabung leihweise zur Verfügung zu stellen ist, nebst einer persönlichen

Legitimation (Tauf-, Geburt-, Heimat-, Gewerbebeschein, Arbeitsbuch, Steuerbogen u. dgl.), bei Beanspruchung der vorgeesehenen Zubeße für Kinder unter einem Jahre jedenfalls auch noch die Geburtsbescheinigung des Kindes vorzuweisen.

An Stelle des Wohnungsinhabers kann auch ein gehörig legitimiertes Mitglied der Haushaltung, für dessen Angaben der Wohnungsinhaber (Haushaltungsvorstand) verantwortlich ist, den Anspruch geltend machen und die Küchenbrandkarten in Empfang nehmen. Die Besitzer von Küchenbrandkarten oder deren Stellvertreter haben sich binnen zwei Tagen nach Erhalt der Kohlenkarten unter Beibringung derselben in die Kundenliste einer städtischen Kohlenabgabestelle neu eintragen zu lassen. Die Wahl der Kohlenverkaufsstelle steht frei. Falls der Besitzer einer Küchenbrandkarte aus irgend einem Grunde eine Kohlenverkaufsstelle nicht ausfindig machen kann, so hat er sich ungefümt während der Amtsstunden mit seiner Kohlenkarte an das magistratische Bezirksamt seines Wohnbezirkes (Kohlen-Kommissär) zu wenden, von welchem er einer Verkaufsstelle zugewiesen wird.

In dem Bestellabschnitte der Kohlenkarte hat der Besitzer derselben Name und Adresse der freigewählten, beziehungsweise zugewiesenen Kohlenverkaufsstelle, sowie Unterschrift nebst Wohnort mit Tinte (Tintenstift) einzusetzen.

Der auf der Kohlenkarte eingetragene Abgabebetrag ist für Konsumentenorganisationen und Verkaufsstellen auf den Kohlenlagerplätzen nicht bindend.

Der Übertritt von einer Verkaufsstelle zu einer anderen, sowie der Rücktritt einer Verkaufsstelle von der Lieferungspflicht ist mit Ausnahme der Übersiedlung oder Schließung der Verkaufsstelle nur mit der Zustimmung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes (Kohlen-Kommissär) statthaft. Im Falle der Umrahonierung ist von der bisherigen Verkaufsstelle der Bestellabschnitt zurückzuverlangen, welchem Verlangen zu entsprechen die Inhaber oder Leiter der Kohlenverkaufsstellen hiemit verpflichtet werden. Die Partei hat sich sodann mit der Kohlenkarte, dem Bestellabschnitte und der vorgeesehenen Zustimmung des magistratischen Bezirksamtes bei der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission behufs Erlangung einer neuen Kohlenkarte oder des Abmeldebescheines zu melden.

Die Besitzer der Küchenbrandkarten sind verpflichtet, die durch Abfall oder Zuwachs oder auf sonstige Weise sich ergebenden Änderungen, insoferne dieselben nach Maßgabe obiger Bestimmungen eine Veränderung im Kohlenkartenbezüge hervorrufen, unverzüglich unter Vorlage sämtlicher in ihrem Besitze befindlichen Kohlenkarten der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission anzuzeigen.

Die Küchenbrandkarten sind unübertragbare öffentliche Urkunden, deren Fälschung nach dem Strafgesetze geahndet wird.

Ein Ersatz für verlorene oder vernichtete Kohlenkarten findet in der Regel nicht statt.

III.

Übertretungen dieser Kundmachung werden von der politischen Behörde I. Instanz mit einer Geldstrafe bis 20.000 K oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft, soferne die Handlung nach den bestehenden Strafgesetzen nicht einer strengeren Bestrafung unterliegt.

Im Erkenntnisse kann auch der Verfall verschwiegener Vorräte, gleichviel, ob sie dem Täter gehören oder nicht, oder ihres

Erlöses zugunsten des Staates zur Versorgung der mindestbemittelten Bevölkerung mit Brennstoffen ausgesprochen und bei den Gewerbetreibenden auf den Verlust der Gewerbeberechtigung für immer oder für bestimmte Zeit erkannt werden.

Bei erschwerenden Umständen können die vorangeführten Strafen auch nebeneinander verhängt werden.

Neben der Strafe kann bei den mit der Ausgabe der Kohle, Koks und Briketts betrauten Handels- und Gewerbetreibenden auch die administrative Entziehung des Rechtes zur Abgabe erfolgen.

IV.

Die auf Grund dieser Kundmachung neu getroffene Verbrauchsregelung tritt mit 2. Juni 1918 in Kraft.

Die Magistrats-Verordnung vom 29. September 1917, B.-W.-A. Stelle 1, Z. 1737/17, betreffend die Einführung der Kohlenbezugskarte im Gebiete der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird mit dem genannten Tage außer Wirksamkeit gesetzt.

Die Bestimmungen hinsichtlich der Ausfolgung neuer Zimmerbrandkarten werden seinerzeit verlautbart werden.

A
Vom Wiener Magistrate,
 als politischer Behörde I. Instanz,
 am 1. Mai 1918. 1-1

B. W. A., Stelle 5 — Z. 3598 ex 1918.

Kundmachung.

(Einlagerung von Vorräten an Kohle, Koks und Briketts.)

Auf Grund der Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns vom 29. April 1918, Z. 390/7/K, betreffend die Regelung des Verbrauches von Kohle, Koks und Briketts und sonstigen Brennstoffen, wird angeordnet, wie folgt:

I.

Die Ausgabe von Kohle, Koks und Briketts zur Einlagerung von Wintervorräten wird unter nachstehenden Einschränkungen gestattet.

II.

Der Kohlenhandel darf erst nach Sicherstellung des laufenden Bedarfes und Rücklegung des etwa vorgeschriebenen Sperrkohlenvorrates Kohle, Koks und Briketts zur Einlagerung liefern.

III.

Die Ansammlung eines Vorrates ist nur in jener Menge zulässig, welche dem behördlich zugelassenen Verbrauch entspricht.

IV.

Die Bevorrätigung wird:
 a) Auf Privathaushaltungen,

b) auf Kranken-, Wohlfahrts- und Fürsorgeanstalten, Schulen und andere im besonderen öffentlichen Interesse betriebene Anstalten sowie auf die in Privatgebäuden vorhandenen und zur Benützung zugelassenen Zentralheizungen beschränkt.

a) Privathaushaltungen.

Jene Parteien, welche einen Wintervorrat einzulagern beabsichtigen, haben zunächst von jenem Kohlenhändler, von dem sie die Brennstoffe beziehen wollen, eine schriftliche Erklärung einzuholen, in der er sich bereit erklärt, Kohle (Koks, Briketts) nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit und der behördlichen Vorschriften zu liefern.

Mit dieser Erklärung (Belieferungs-Erklärung), für das seitens des Kohlenhändlers das Visum des Bezirkswirtschaftsamtes (Stelle 5) zu erwirken ist, haben die Parteien bei der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission während der Amtsstunden um Ausfolgung eines Einlagerungsscheines für Haushalte anzusuchen, da auch die Vorratskohle nur auf Grund der amtlich aufgelegten besonderen Kohlenausweise abgegeben und bezogen werden darf.

In diesen Einlagerungsschein, dessen Gültigkeit mit dem 12. Oktober 1918 erlischt, wird die nach den behördlichen Vorschriften zulässige Vorratsmenge durch die Brot- und Mehl-Kommission eingesetzt.

Die nach Eintragung der amtlichen Vermerke der Brot- und Mehl-Kommission offen gebliebenen Rubriken des Einlagerungsscheines sind von den Parteien, beziehungsweise dem Kohlenhändler selbst mit Tinte (Tintenstift oder Geschäftsstempel) auszufüllen.

Der Einlagerungsschein ist jenem Kohlenhändler zu übergeben, welcher sich zur Lieferung bereit erklärt hat. Bei der Lieferung werden durch den Händler die der gelieferten Menge entsprechenden Markenabschnitte abgetrennt.

Nach erfolgter Lieferung hat die Partei den Einlagerungsschein mit den etwa nicht eingelösten Markenabschnitten beim Händler zu beheben.

Der Einlagerungsschein ist samt den im Besitze der Partei befindlichen Kohlenkarten und der Bestätigung des Händlers über die erfolgte Lieferung (Lieferschein) der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission vorzulegen, und zwar:

- a) wenn der Vorrat im vollen Umfange geliefert wurde, in der der Lieferung folgenden Woche,
- b) wenn der Vorrat nur zum Teil geliefert wurde, spätestens bis 30. Oktober 1918.

Wenn überhaupt keine Vorratskohle bezogen wurde, ist der Einlagerungsschein gelegentlich der Behebung der etwa gelieferten Zimmerbrandkarten, jedenfalls aber bis spätestens 30. Oktober 1918 der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission zurückzustellen. Die Brot- und Mehl-Kommission merkt in den Fällen a) und b) den gelieferten Vorrat auf dem Evidenzblatte der Partei vor, zieht die im Besitze der Partei befindlichen Küchenbrandkarten ein und gibt der Partei bekannt, von wann an der Vorrat in Verrechnung genommen wird.

Küchen- und Zimmerbrandkarten werden erst in jenem Zeitpunkte ausgefolgt, in dem der Vorrat nach Maßgabe des amtlich zugelassenen Verbrauches auf 200 kg Steinkohle (Koks, Briketts), beziehungsweise auf 250 kg Braunkohle (Koks, Briketts) gesunken ist.

Bei fuhrenweisem Bezuge dürfen mit zweispännigem Wagen nur Mengen mit etwa 3000 bis 3500 kg, mit einspännigem Wagen nur Mengen mit etwa 1000 bis 1500 kg abgegeben und bezogen werden. Eine Ausnahme tritt nur für jene Parteien ein, welche selbst Wagen samt Bespannung besitzen und das Zustreifen mit diesem eigenen Fuhrwerk bewerkstelligen. In diesen Fällen kann unter die oben festgesetzten Mengen herabgegangen werden. Um kleineren Verbrauchern den fuhrenweisen Bezug zu ermöglichen, wird ihnen freigestellt, sich untereinander zum Brennstoffbezuge zu vereinigen.

b) Kranken-, Wohlfahrts- und Fürsorgeanstalten, Schulen und sonstige im besonderen öffentlichen Interesse betriebene Anstalten und die zur Benützung zugelassenen Zentralheizungen.

Die Bezugsberechtigten werden seitens des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle 5, individuell zur Einlagerung ihres Winterbedarfes aufgefordert.

Zur Bemessung der zulässigen Verbrauchsmenge und Bestimmung des zulässigen Vorrates haben entweder die Bezugsberechtigten selbst oder deren gehörig informierte und zeichnungsberechtigte Bevollmächtigte innerhalb der in der Zuschrift festgesetzten Frist in der Bemessungsstelle (Bezirkswirtschaftsamt 5, I., Eichenbachgasse 11) zu erscheinen, die vorgelegten Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten und gleichzeitig bekanntzugeben, ob sie Vorratskohle einzulagern beabsichtigen oder nicht.

Jene Parteien, welche einen Anspruch auf Bevorrätigung nach Punkt b) zu haben vermeinen, jedoch bis spätestens 15. Juni 1918 eine behördliche Aufforderung zur Einlagerung ihres Winterbedarfes nicht erhalten haben, können nach dem 16. Juni 1918 beim Bezirkswirtschaftsamte 5, I., Eichenbachgasse 11, schriftlich um Zulassung zur Bevorrätigung ansuchen.

Der Bezug und die Abgabe der Vorratskohle ist an besondere amtlich aufgelegte Einlagerungsscheine für Anstalten und Zentralheizungen gebunden, deren Gültigkeit mit 12. Oktober 1918 erlischt.

Die Bemessung der zulässigen Vorratsmenge erfolgt durch das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5. Die Einlagerungsscheine sind vom Bezugsberechtigten gegen Vorbringung einer vidiierten Belieferungserklärung des Kohlenhändlers in der Bemessungsstelle (Bezirkswirtschaftsamt 5, I., Eichenbachgasse 11) zu beheben. Die Einlagerungsscheine sind jener Firma zu übergeben, welche die Lieferung in Aussicht gestellt hat. Gelegentlich jeder Lieferung wird durch die Abgabestelle die entsprechende Anzahl der Markenabschnitte von dem Einlagerungsscheine abgetrennt.

Jene Verbraucher, welche einen Einlagerungsschein behoben haben, werden dadurch von der Winterversorgung ausgeschlossen und erhalten daher bei der im Oktober 1918 erfolgenden Neuausgabe der Bezugsscheine keine Kohlenausweise. Nur in jenen Fällen, in welchen die Bezugsberechtigten auf Grund der ausgefolgten Einlagerungsscheine keinen Brennstoff oder nur einen Teil der zugewiesenen Menge erhalten haben, können die Parteien unter Rückstellung der Einlagerungsscheine ihren Anspruch auf Ausfolgung eines Bezugsscheines bei der Bemessungsstelle (Bezirkswirtschaftsamt 5, I., Eichenbachgasse 11) geltend machen.

Die auf Grund der Einlagerungsscheine eingelagerten Vorräte sind unter Sperre gelegt und daher jeder Verfügung des Eigentümers bis auf weiteres entzogen.

V.

Allgemeine Bestimmungen.

Ein Anspruch auf den Bezug der in den Einlagerungsscheinen festgesetzten Menge, einer bestimmten Gattung oder Sorte besteht nicht. Die zum Bezuge der Vorratskohle amtlich aufgelegten Kohlenausweise sind unübertragbare öffentliche Urkunden, deren Fälschung nach dem Strafgesetze geahndet wird.

Ein Ersatz für verlorene oder vernichtete Einlagerungsscheine findet unter keinen Umständen statt.

Ein die jeweils festgesetzte Menge überschreitender Verbrauch der Vorräte seitens der Haushaltungen, Anstalten und Zentralheizungen ist verboten und strafbar.

Die entgeltliche sowie unentgeltliche Überlassung der eingelagerten Kohle- (Koks-, Briketts-) Vorräte an jeden Dritten ist nur auf Grund einer schriftlichen Bewilligung der zuständigen politischen Behörde I. Instanz zulässig.

VI.

Strafbestimmungen.

Übertretungen dieser Kundmachung werden von der politischen Behörde I. Instanz mit einer Geldstrafe bis zu 20.000 K oder mit Arrest bis sechs Monaten bestraft, sofern die Handlung nicht nach den bestehenden Gesetzen einer strengeren Bestrafung unterliegt.

Im Erkenntnisse kann auch der Verfall verschwiegener Vorräte, gleichgültig, ob sie dem Täter gehören oder nicht, oder ihres Erlöses zugunsten des Staates zur Versorgung der mindestbemittelten Bevölkerung mit Brennstoff angesprochen und bei Gewerbetreibenden auf den Verlust der Gewerbeberechtigung für immer oder für bestimmte Zeit erkannt werden.

Bei erschwerenden Umständen können die angeführten Strafen auch nebeneinander verhängt werden. Neben der Strafe kann bei den mit der Abgabe von Kohle, Koks und Briketts betrauten Handels- und Gewerbetreibenden auch die administrative Entziehung des Rechtes zur Abgabe erfolgen.

VII.

Diese Kundmachung tritt mit dem Tage der Verlautbarung in Kraft.

B

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 1. Mai 1918.

1—1

M. Abt. XIII, 804/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Siechenstiftung

der Gemeinden des ehemaligen Gerichtsbezirkes Hiesing mit
Anschluß von Inzersdorf.

Verliehen werden: 1000 K in Teilbeträgen von je 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige Arme, welche im Gebiete des XIII. Bezirkes oder in den gegenwärtig dem XII. Bezirke einverleibten ehemaligen Gemeinden Hezendorf oder Altmannsdorf wohnen oder gewohnt haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein und armenärztliches Zeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 15. Mai 1918.

Verleihungstag: Im August 1918.

Vom Magistrate der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. März 1918.

3—3

M. Abt. XIII, 1599/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Freiplätze

an der Privat-Handelschule für Mädchen Gustav Lothar
Schremmer.

An der Privat-Handelschule für Mädchen des Herrn Gustav Lothar Schremmer in Wien, IX., Hernalsergürtel 30, gelangen vom Beginne des Schuljahres 1918/19 angefangen drei Freiplätze zur Verleihung.

Der Genuß dieser Freiplätze erstreckt sich auf die lehrplanmäßige Studiendauer von zwei Jahren, jedoch ziehen nicht genügender Fortgang oder die Note 3 im sittlichen Betragen oder Fleiß den Verlust dieser Begünstigung nach sich.

Bewerberinnen um diese Freiplätze müssen:

- nach Wien zuständig sein;
- befriedigenden Fortgang und wenigstens die Note 2 in Betragen und Fleiß durch Vorlage des letzten Schulzeugnisses einer Bürgerschule und
- ihre Dürftigkeit durch Beibringung des ordnungsmäßig ausgefüllten Mittellofigkeitszeugnisses nachweisen.

Die Gesuche sind im Wege der Direktion jener Lehranstalt, welche die Schülerin derzeit besucht, bis längstens 22. Juni 1918 bei der Magistrats-Abteilung XIII, I., Ebendorferstraße 1, einzureichen und mit dem Tauf(Geburt)schein, dem Heimatschein, Impfungsnachweis, dem letzten Semestralzeugnisse und dem Mittellofigkeitszeugnisse zu belegen.

Weiters gelangen laut Mitteilung des Herrn Inhabers der Handelsschule auch einige ermäßigte Plätze an dieser Anstalt zur Verleihung. Die bezüglichlichen, in gleicher Weise belegten Gesuche sind jedoch nicht bei der Magistrats-Abteilung XIII, sondern bei der Direktion der Handelsschule, und zwar ebenfalls durch die Bürgerschul-Direktion zu überreichen.

Vom Magistrate der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 4. Mai 1918.

1—3

M. Abt. XIII, 941/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Franz und Marie Laug'sche Stiftung für verwitwete Bürger und Bürgerwitwen.

Zur Verteilung gelangen: 1400 K in Teilbeträgen von je 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, verwitwete Wiener Bürger und Wiener Bürgerwitwen katholischer Religion, die noch nicht aus dieser Stiftung beteiligt wurden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Trauungsschein, Bürgerrechtsnachweis, Totenschein des verstorbenen Gattenteiles.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Verleihungstag: 16. September 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. März 1918.

2-3

M. Abt. XIII, 461/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Anton und Anna Ostrowsky'sche Stiftung für Kleidermacher.

Verteilt werden: 1000 K in zehn Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, erwerbsunfähige, in Wien wohnhafte Kleidermacher (Gewerbeinhaber) ohne Rücksicht darauf, ob sie ihr Gewerbe noch besitzen und ausüben oder nicht.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Gewerbeschein oder Bestätigung über die erfolgte Gewerbezurücklegung und armenärztliches Zeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Verleihungstag: 23. Juli 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. März 1918.

2-3

M. Abt. XIII, 1393/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Anton Reingruber'sche Waisenstiftung.

Verliehen wird ein Betrag von 160 K bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige, arme, fleißige Waisen Kinder unter besonderer Berücksichtigung jener, welche nach erreichtem 14. Lebensjahre aus den städtischen Waisenhäusern, beziehungsweise aus der Versorgung der Gemeinde Wien zu treten haben und einer weiteren Unterstützung bedürftig sind.

Auf Bewerber, welche mit dem Stifter blutsverwandt sind ist bei der Stiftung tunlichst Rücksicht zu nehmen.

Dem von dem gesetzlichen Vertreter einzubringenden Gesuche sind beizulegen:

Taufschein, Heimatschein, Nachweis der Verwaisung, letztes Schulzeugnis und Vormundschafts-Dekret, eventuell Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. April 1918.

3-3

M. Abt. XIII, 1289/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Ludovika Saal'sche Stiftung für verarmte Geschäftsleute.

Verteilt werden: 10.800 K in Teilbeträgen von je 200 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Würdige, ohne ihr Verschulden verarmte Wiener Geschäftsleute.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburts)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzeptions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Verleihungstag: 14. September 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. April 1918.

3-3

M. Abt. XIII, 1054/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Karl Preysing'sche Armenstiftung für Rudolfsheim.

Zur Verteilung gelangen: 1620 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige Arme und Bedürftige, welche im Gemeindebezirke Rudolfsheim wohnen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein.

Einreichsstelle: Kanzlei der Bezirksvertretung des XIV. Wiener Gemeindebezirkes.

Einreichungsfrist: Bis 8. Juni 1918.

Verleihungstag: 31. August 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. April 1918.

3-3

W. Abt. XIII, 1400/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Freiplätze der Gemeinde Wien an den Schulen des Wiener Frauen-Erwerbvereines.

An den Schulen des Wiener Frauen-Erwerbvereines, IV., Wiednergürtel 68, gelangen mit Beginn des Schuljahres 1918/19 nachbezeichnete, der Gemeinde Wien gewidmete Freiplätze zur Verleihung:

- a) 1 Freiplatz an der einjährigen Haushaltungsschule,
- b) ein Freiplatz am Stickerkurs.

Bewerberinnen für die Haushaltungsschule müssen das 16. Lebensjahr, für den Stickerkurs das 14. Lebensjahr vollendet haben. Für den unter a) angeführten Freiplatz ist auch der Nachweis der Kenntnisse der III. Bürgerschulklasse erforderlich.

Den Eltern (Vormündern) der Bewerberinnen wird dringend empfohlen, vor der Überreichung des Gesuches um einen Freiplatz sich bei der Leitung der Schule genauestens über die Auslagen für die Vermittel und allenfalls für die Verköstigung sowie über die Erwerbsmöglichkeit nach Absolvierung der Schule zu erkundigen.

Der Genuß der Freiplätze erstreckt sich im Falle der fortwährenden Würdigkeit auf das Schuljahr 1918/19.

Das Verleihungsrecht steht dem Wiener Stadtrate zu.

Die Gesuche sind von den gesetzlichen Vertretern der Bewerberinnen bis längstens 31. Mai 1918 in der Einreichsstelle der Magistrats-Abteilung XIII (I., Ebendorferstraße 1, 3. Stock) zu überreichen und diesen Gesuchen der Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, das Impfungszeugnis, dann das letzte Schulzeugnis und ein legales Armutss- oder Mittellosigkeitszeugnis anzuschließen.

Verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. April 1918.

2-3

W. Abt. XIII, 1597/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Freiplätze

an der Ersten hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule, VI., Brückengasse 3, des Vereines für hauswirtschaftliche Frauenbildung.

Verliehen werden: 5 Freiplätze vom Beginne des Schuljahres 1918/19 angefangen:

Zur Bewerbung sind in erster Linie berufen: Je eine mittellose, fleißige, nach Wien zuständige, katholische, im V., beziehungsweise VI., XII., XIV. und XV. Bezirke wohnhafte Absolventin der III. Bürgerschulklasse, die in den I. Jahrgang eintreten will.

Bei Mangel an Bewerberinnen aus diesen Bezirken können auch in anderen Bezirken wohnhafte mit Freiplätzen betheilt werden.

Besondere Bestimmungen: Der Genuß des Freiplatzes erstreckt sich, lobenswerthes Betragen und mindestens befriedigende Leistungen in den Lehrgegenständen vorausgesetzt, auf die lehrplanmäßige Ausbildungsdauer von zwei Jahren. Bei der Aufnahme haben die Schülerinnen für das ganze Jahr 10 K an Nebengebühren zu entrichten.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf- und Heimatschein, Impfungsnachweis, Semestralzeugnis der III. Bürgerschulklasse und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 28. Juni 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1918.

1-3

W. Abt. XIII, 1296/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Johann Michael Zsch'scher Stiftungsplatz in einer Militär-Oberrealschule oder Militärakademie.

Mit Beginn des Schuljahres 1918/19 gelangt ein Johann Michael Zsch'scher Stiftungsplatz im ersten Jahrgange einer Militär-Oberrealschule oder Militärakademie zur Besetzung.

Anspruchsberechtigt sind: Fleißige und sittliche Knaben armer Eltern aus dem Zivilstande, welche den allgemeinen Bedingungen für die Aufnahme in die k. u. k. Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten entsprechen (siehe Beiblatt Nr. 15 zum Verordnungsblatt für das k. u. k. Heer ex 1918).

Vorzugsberechtigt sind: Taugliche Kinder dürftiger Anverwandter des Stifters, dann Knaben aus der Gemeinde Ober-Markfersdorf (politischer Bezirk Oberhollabrunn) im ehemaligen Viertel unter dem Mannhartsberge; doch soll das Vorzugsrecht der letzteren nur unter sonst gleichen Umständen bestehen.

Dem vom gesetzlichen Vertreter des Bewerbers zu unterschreibenden oder mitzufertigenden Gesuche sind anzuschließen: Tauf(Geburt)schein, militärärztliches Gutachten über die körperliche Eignung des Bewerbers, das Schulzeugnis oder dessen Abschrift über das erste Semester des Schuljahres 1917/18 und die Jahreszeugnisse der drei vorangegangenen Jahre, Heimatschein, Armutsszeugnis, allenfalls Sittenzeugnis und Nachweise zur Bekräftigung eines stiftbrieflichen Vorzugsrechtes.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII (I., Ebendorferstraße 1).

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. April 1918.

M. Abt. XIII, 3. 780/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Josef v. Koller'sche Blindenstiftung.

Berliehen werden: An arme, blinde Personen die bis 1. September 1918 fälligen ganzjährigen Zinsen per 400 K, allenfalls dauernde Unterstützungen, insbesondere zur Unterbringung in einer hiesfür geeigneten Pflegeanstalt.

Im Gesuche ist anzugeben, welche Art der Unterstützung angestrebt wird, und allenfalls zu welchem besonderen Zwecke

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf-, beziehungsweise Geburtschein, Heimatschein und armenärztliches Zeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. März 1918.

1-3

M. Abt. XIII, 1392/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Amalia Gräfin Becsey'sche Stiftung

für die städtische Feuerwehr.

Berteilt werden: 1510 K als einmalige Unterstützungen oder Renten.

Zur Bewerbung sind berufen: Im Dienste verunglückte Mitglieder der städtischen Feuerwehr, beziehungsweise deren bedürftige Familien.

Dem Gesuche sind beizuschließen: Tauf(Geburt)schein, allenfalls auch Trauungschein, Taufzettel der Kinder, Heimatschein, Armutszeugnis.

Einreichsstelle: Das städtische Feuerwehr-Kommando, I., Am Hof.

Einreichungsfrist: Bis 28. Juni 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. April 1918.

M. Abt. XIII, 1035/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Gisela-, Maria Valerie- und Elisabeth-Heiratsausstattungsstiftungen der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling.

Berliehen wird: Ein Ausstattungsbetrag von 350 K als Zinsenerträgnis obgenannter drei Stiftungen.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbemittelte, wohlgefittete, nach Wien zuständige Bräute, wobei in der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling ansässige Bewerberinnen ein Vorzugsrecht genießen.

Dem Gesuche sind anzuschließen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Armuts (Mittellofigkeits)zeugnis, allenfalls Wohnungsnachweis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. April 1918.

M. Abt. XIII, 495/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Matthias Josef Welzer'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Berliehen werden: 14 Heiratsausstattungen zu je 1940 K.

Zur Bewerbung sind berufen:

1. Arme, verwaiste Wiener Bürgerstöchter, die ledig, gesund, tugendhaft und in Wien geboren sind, ein Alter von 22 bis 24 Jahren zurückgelegt haben und sich mit einem in Wien geborenen, ledigen, gesunden und ordentlichen, 26 bis 30 Jahre alten, angehenden Bürgermann verheiraten.

2. In deren Ermanglung arme, verwaiste Wiener Bürgerstöchter, die ledig, gesund, tugendhaft, in Wien gebürtig sind und sich mit einem in Wien heimatberechtigten ledigen, gesunden, angehenden Gewerbs- oder Geschäftsmann verheiraten, ohne Rücksicht auf das Alter, in dem Braut und Bräutigam stehen.

3. In Ermanglung solcher auch arme, verwaiste Mädchen, die ledig, gesund, tugendhaft, in Wien heimatberechtigt sind und sich mit einem in Wien heimatberechtigten, ledigen, gesunden, ordentlichen, angehenden Gewerbs- oder Geschäftsmann verheiraten, ohne Rücksicht auf das Alter, in dem die Brautleute stehen.

Die Trauung hat der stiftbriefmäßigen Anordnung zufolge Sonntag den 1. September 1918 in der Kirche zu St. Augustin, Innere Stadt, zu erfolgen.

Dem Gesuche sind anzuschließen: Armutszeugnis, Tauf-Heimatschein, Sittenzeugnis und Gesundheitszeugnis der Braut und des im Gesuche namhaft zu machenden Bräutigams, Nachweis über den verwaisten Stand der Braut, allenfalls Bürgerrechts-Dekret des Vaters.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 29. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. März 1918.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 40.

Freitag den 17. Mai 1918.

Jahrgang XXVII.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.
Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**
Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.
Für den Buchhandel in Kommission bei **Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13.** — Ganzjährig 20 K.
Annahme kleiner Anzeigen bei Haasestein & Vogler N.-G., I., Schulerstraße 11.

Ehrentafel

Den den im Felde stehenden Beamten, Lehrern und Angestellten der Gemeinde Wien haben militärische Auszeichnungen erhalten:

Die Allerhöchste belobende Anerkennung:

- Richard Fleischer**, kaufmännischer Hilfsbeamter der städt. Elektrizitätswerke, Hauptmann im k. k. Landst.-Stappen-Baon. Nr. 107.
Ing. Richard Riffer v. Neumann, Bau-Praktikant des Stadtbauamtes, Oberleutnant in einer Feld-Haub.-Batt.
Dr. Heinrich Pawlik, Magistrats-Ober-Kommissär, Hauptmann im k. k. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 26.
Franz Prokesch, Bauaufsichts-Ober-Revident II. Kl. des Stadtbauamtes, Oberleutnant und Kommandant einer Arb.-Abt.
Ing. Theodor Schindler, Bau-Kommissär des Stadtbauamtes, Oberleutnant im k. u. k. schweren Feld.-Art.-Reg. Nr. 31.
Ing. Arpad Stumpf, Bau-Praktikant des Stadtbauamtes, Leutnant im k. u. k. Pionier-Baon. Nr. 8.
Ing. Martin Wadischafka, Bau-Praktikant des Stadtbauamtes, Landst.-Ing., Oberleutnant in der Arb.-Abt. Nr. 1/34.
Ing. Rudolf Wurst, Bau-Adjunkt des Stadtbauamtes, Oberleutnant in der Ingenieurgruppe Nr. 8 des III. Armee-Korps.
Dr. Friedrich Zamponi, Magistrats-Konzepts-Praktikant, Oberleutnant im k. k. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 26.

Die Silberne Tapferkeits-Medaille I. Klasse:

- Ludwig Handl**, Kutscher des städt. Fuhrwerksbetriebes, Zugführer im k. k. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 1.
August Janovsky, Gasmesserwärter der städt. Gaswerke, Feldwebel im k. u. k. Reservehospital Dislok.
Karl Skurawy, Feuerwehrmann I. Klasse, Schütze im k. k. Kaiser-Schützen-Reg. Nr. II.
Johann Weber, Wagenführer der städt. Straßenbahnen, Stabsfeldwebel im k. u. k. Sappeur-Baon. Nr. 14.

Obmänner-Konferenz.

Protokoll

über die 90. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom
6. Februar 1918.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hof und
Rain; die Gem.-Räte v. Steiner, Schmid,
Leitner, Dr. v. Dorn, Dr. Hein, Dr.
Ritter v. Schwarz-Hiller, Melcher, Reu-
mann und Skaret, ferner Magistrats-Direktor
Dr. Rächtern, Ober-Magistratsrat Dr. Mahr,
Magistratsrat Dr. Fastenbauer, Magistrats-

Secretär Dr. Kopfkopf, Bau-Direktor Dr.
Goldemund, Gaswerks-Direktor Menzel.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär v. Radler.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung
und gibt bekannt den nachstehenden Nachweis der Zentralstelle
im Rathause vom 5. Februar 1918, die nachstehende Tabelle
über den Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag vom
5. Februar 1918, die nachstehende Zusammenstellung wichtiger
Lebensmittel und Approvisionierungsartikel in der Woche vom
28. Jänner bis 3. Februar 1918, den nachstehenden Ausweis
über die Schlachtviehaustritte zu St. Marx am 4. Februar 1918,
den nachstehenden Physikatsbericht über die Zeit vom 27. Jänner
bis 6. Februar 1918.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 5. Februar 1918.

E m p f a n g	B e t r a g		A u s g a b e	B e t r a g	
	K	h		K	h
Beihilfen vom Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern . . . Bargeld .	2,133.596	20	Fortlaufende Unterstützungen	3,277.753	51
in Wertpapieren	50.000	—	Einmalige Unterstützungen	2,018.570	96
Spenden ohne besonderen Widmungszweck Bargeld .	1) 6,039.625	19	Auslagen für die Auspeisung Bedürftiger .	21,135.736	46
Spenden für Auspeisungszwecke:			Auslagen für die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion	2,801.087	88
a) Freitischablosungsbeiträge, gesammelt von Exzellenz Gräfin Anta Wienert- Schmerling	2) 3,096.091	55	Beiträge an Fürsorgestellten, Bargeld . . .	1.020.166	88
b) Abführen des Komitees des „Schwarz- gelben Kreuz“ Bargeld .	3) 1,252.525	50	in Wertpapieren	50.000	—
c) Sonstige Bargeld .	4) 1,487.087	43	Auslagen für Porto, Druckorten u. dgl. .	91.208	16
Spenden für die Aktion: „Warmes Frühstück für Schulkinder“ Bargeld .	5) 568.602	57	Verläge gegen Verrechnung	59.390	96
Spenden für allgemeine und Auspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion	6) 5,805.199	27			
Zinsen der Wertpapiere	196.919	66			
Beitrag aus Staatsmitteln zu den Kosten der öffentlichen Auspeisung	3,308.385	45			
Bergütung für in den Nähstuben der Frauen- Hilfsaktion geleistete Arbeiten	2,539.447	39			
Summe: Bargeld	26,427.480	21	Summe: Bargeld	30,403.914	81
in Wertpapieren	50.000	—	in Wertpapieren	50.000	—
Ab die Ausgaben, Bargeld	30,403.914	81			
in Wertpapieren	50.000	—			
Daher Abgang	*) 3,976.434	60			

Anmerkung:

An laufenden Unterstützungen für 541
Personen sind derzeit bewilligt pro
Monat 20.287 K 35 h

Wien, am 5. Februar 1918.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

1) darunter als Erlös für abgegebene 357.160 K 60 h nominale Wertpapiere 298.755 K 51 h

2) " " " " " 22.276 " — " " " 18.391 " 55 "

3) " " " " " 157.000 " — " " " 142.443 " 50 "

4) " " " " " 33.733 " 80 " " " 32.358 " 80 "

5) " " " " " 400 " — " " " 314 " — "

6) " " " " " — " — " " " — " — "

570.570 K 40 h 492.263 K 36 h

*) Bedeckt teils aus dem vom k. k. Finanzministerium erhaltenen Vorschusse von 1,000.000 K, mit dem Reste aus den eigenen Geldern der
Gemeinde Wien.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag
am 5. Februar 1918.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der			In Behandlung sind noch	Anmerkung	
		Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatores	Zentralstelle im Neuen Rathaus		giro.	a. a.
I.	2842	2571	—	4	29	238	—
II.	34598	32898	110	106	100	1694	—
III.	25990	24878	386	185	64	477	—
IV.	6121	5421	180	44	165	155	156
V.	22574	21623	25	20	263	334	—
VI.	8602	8584	—	—	18	—	—
VII.	8498	8191	—	90	24	193	—
VIII.	8709	6938	49	10	62	1456	194
IX.	17196	16644	—	—	34	528	—
X.	36503	35894	19	234	116	49	191
XI.	9480	9190	—	26	62	202	—

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der			In Behandlung sind noch	Anmerkung	
		Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatores	Zentralstelle im Neuen Rathaus		giro.	a. a.
XII.	24877	24218	—	75	217	—	367
XIII.	27001	25333	—	510	40	1118	—
XIV.	25857	25014	—	122	43	678	—
XV.	15338	14790	—	54	25	469	—
XVI.	48845	47593	676	377	199	—	—
XVII.	29584	28773	158	144	116	268	105
XVIII.	12416	12259	5	30	16	106	—
XIX.	9605	9217	77	45	103	163	—
XX.	32058	30999	165	255	19	620	—
XXI.	14963	14428	100	166	43	226	—
Summe	421957	405456	1950	2606	1758	9174 + 1013	10187

Einhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete. I. bis XXI. Bezirk.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 29. Jänner bis 4. Februar 1917		25. Juli 1914		Woche vom 28. Jänner bis 3. Februar 1918		
			Preise in Hellern						
			von	bis	von	bis	von	bis	
Rindfleisch mit Zuwage	inländisches	vorderes	1 kg	760	1020	160	220	750	1280
	ausländisches		"	—	—			—	—
	inländisches	hinteres	"	860	1140	180	260	860	1460
	ausländisches		"	—	—			—	—
Schweinefleisch	abgezogenes	"	700	950	160	280	Gößtpreise: 770 960		
	junges	"	1000	1400	160	280	Handelspreise: 1100 1800		
Pferdefleisch	vorderes	"	400	580	88	112	—	450	
	hinteres	"	500	640	96	120	—	560	
Kartoffel (früh)	inländische	runde	"	—	18	20	26	—	34
	ausländische		"	—	—			—	—
Zwiebel		"	60	128	32	40	210	230	
Zucker		"	115	120	80	92	116	156	
Weizenmehl	Auszugmehl	"	—	120	42	48	—	120	
	Mundmehl	"	67	99	40	44	67	99	

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 29. Jänner bis 4. Februar 1917		25. Juli 1914		Woche vom 28. Jänner bis 3. Februar 1918	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Brot	weißgemischt	kg	50	57·5	27·8	42·7	—	57·1*)
	schwarzgemischt	"			25·5	39·7		
Sauerkraut		"	62	64	—	—	—	124
Fisolen		"	99	220	36	40	—	90*)
Erbsen	ganz	"	—	—	32	48	—	90*)
	gespalten	"	—	—	48	64	—	124*)
Reis		"	—	—	42	82	—	—
Schweineschmalz		"	—	960	176	200	—	—
Speck geräuchert	ohne Paprika	"	930	1000	154	200	930	1000*)
							1000	1400**)
Butter	inländische	Tee-	1060	1450	320	400	1575	1599
	ausländische		1080	1250			—	—
	Koch-		—	—			220	300
Margarine		"	950	1200	160	200	—	833
Eier	frische	1 Stück	36	44	7	10	35	52
	konservierte	"	20	32	—	—	—	—
Milch im Ausschank	Voll-	1 l	48	56	26	32	80	88
	Mager-	"	—	—	20	26	—	—
Petroleum		"	44	48	26	36	—	50
Kohle	Stein-	50 kg	300	400	186	204	345	510
	Braun-	"	160	300	107	119	281	350

*) Höchstpreise; derzeit nicht im Handel.

***) Handelspreise.

Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx am 4. Februar 1918.

Schlachtviehaustrrieb am 4. Februar 1918: 1169 Stück Mastvieh, 315 Stück Beinvieh, zusammen 1484 Stück.

Darunter befanden sich: 680 Stück Ochsen, 222 Stück Stiere, 582 Stück Kühe, — Stück Büffel, zusammen 1484 Stück.

Ferner langten aus dem Auslande für die Österreichische Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ein:

277 Mastvieh, 82 Stück Beinvieh, zusammen 359 Stück.

Darunter befanden sich: 49 Stück Ochsen, 41 Stück Stiere, 269 Stück Kühe, zusammen 359 Stück.

Außerdem langten für die Großschlachtereie N. G. für Volksfürsorgezwecke ein:

— Stück Mastvieh, 16 Stück Beinvieh, zusammen 16 Stück.

Darunter befanden sich: 2 Stück Ochsen, 8 Stück Stiere, 6 Stück Kühe, zusammen 16 Stück.

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 27. Jänner bis 6. Februar 1918.

Wie alljährlich um diese Zeit waren der Krankenstand und die Sterblichkeit ziemlich hoch; die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes betrug in der 3. und 4. Jahreswoche 15·2 und 17·2 gegen 15·3 und 15·9 im Vorjahre.

Die meisten Todesfälle waren abermals durch Lungen- und tuberkulose bedingt und durch organische Krankheiten des Herzens-

weitere forderte auch Lungen- und Rippenfellentzündung zahlreiche Opfer, da in der 4. Jahreswoche allein 103 Personen an dieser Krankheit gestorben sind, darunter 48, demnach fast die Hälfte im Alter jenseits des 60. Lebensjahres.

Dagegen zeigten Infektionskrankheiten durchwegs eine mäßige Verbreitung. Von Blattern wurden nur mehr 2 neue Fälle festgestellt. Der erste betraf die in der städtischen Isolierstation abgeordnete Mutter von 5 Kindern, von welchen, wie schon berichtet, vorher 4 daselbst an Blattern erkrankt waren; Mutter und Kinder waren ungeimpft und hatte erstere als Impfsgegnerin trotz eindringlicher amtlicher Aufforderung die Vornahme der Impfung verweigert.

Ferner erkrankte ein aus Olmütz zugereister, im III. Bezirke wohnhafter Landsturm-Infanterist an Blattern, welcher am Aspangbahnhofs als Heizer beschäftigt war; die Infektion erfolgte in diesem Falle außerhalb Wiens. Die Zahl der Scharlach- und Diphtheriefälle ist während der Berichtszeit zurückgegangen; von Bauchtyphus wurden 10, von Ruhr 13 Erkrankungen aus der Zivilbevölkerung gemeldet.

Der Bürgermeister berichtet weiter über den eventuellen Ankauf der Liegenschaft „Bellevue“ und führt aus, daß dieser schöne Besitz von Lucian Brunner in die Hände der Länderbank, beziehungsweise einer mit ihr in Verbindung stehenden G. m. b. H. gelangt sei. Dieser Gesellschaft sei ein Offert zugewandert, bezüglich dessen sie sich bis morgen entscheiden muß. Er habe es für seine Pflicht erachtet, die Aufmerksamkeit der Kollegen auf diesen Umstand zu lenken, und ersuche den Herrn Bau-Direktor, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, ob sich nicht die Gemeinde diesen Besitz sichern soll, der mit dem Cobenzl unmittelbar zusammenhängt. Auf diesen Gründen könnte die Gemeinde ein Waisenhaus und Erholungsstätten für die Kinder errichten.

Bau-Direktor Goldemann berichtet, daß das Gut „Bellevue“ eingekleilt zwischen städtischem Besitz liege. Einerseits grenze es an den Cobenzl, andererseits an zahlreiche Parzellen, die die Gemeinde im Laufe der Jahre erworben hat, insbesondere an den Sievinger Steinbruch, der ebenfalls im Besitze der Gemeinde ist. Das Gut „Bellevue“ umfasse 147.507 m², sei also ein umfangreicher Besitz. Nach der Kulturgattung seien es vorwiegend Wiesen, ein größerer Teil sei Ziergarten, ein Teil Waldbestand auch Koniferen. Das Gut habe seinerzeit zum Cobenzl gehört, sei aber leider nicht in den Besitz der Gemeinde gekommen, sondern im Jahre 1903 in den Besitz Lucian Brunner's, welcher es zu einem verhältnismäßig nicht hohen Betrage gekauft hat. Im Jahre 1913 sei die Liegenschaft in die Hände der Terraingesellschaft für den XIX. Bezirk gelangt, die unter Führung der Länderbank gebildet wurde.

Die Gemeinde habe schon längst getrachtet, diesen in unseren Besitz eingekleilten Besitz zu erwerben. Immer sei aber die Erwerbung durch andere Faktoren verhindert worden. Die letzten Verhandlungen haben vor Beginn des Krieges stattgefunden, wo die ganze Frage in Beziehung mit der Kahlenbergtransaktion erwogen wurde. Ein Punkt dieser Vorbesprechungen sei auch der gewesen, ob nicht dieser Besitz erworben werden könnte, nachdem die von der Gemeinde gemachten Verbauungsschwierigkeiten die Terraingesellschaft etwas milder gestimmt hatten. Durch den Krieg sei die Angelegenheit aber zum Still-

stand gekommen, bis vor kurzem der Bürgermeister verständigt worden sei — wie man anerkennen muß, loyaler Weise — daß die Länderbank ein kurzfristiges Anbot erhalten habe; der Different plane, ein Voluptuar dort zu errichten. Diese Absicht könnte die Gemeinde nicht verhindern, er könnte die ganze Sache einfrieden und die Gemeinde wäre für lange Zeit in ihren Plänen gestört. Er möchte hier erwähnen, daß auch die Absicht besteht, dort die Hochstraße durchzuführen. Sie schneide mit mehreren Serpentinaen in den unteren Teil des Besitzes und könnte unmöglich ausgeführt werden, wenn dieser Besitz in fremden Händen ist.

Weiters sei dort eine wichtige Verbindungsstraße vom unteren Teil des XIX. Bezirkes gegen das Waldgelände zu gedacht. Die Iglaseerstraße durchziehe dort den Bezirk in seiner ganzen Länge und finde durch Serpentinaen den Anschluß an den oberen Teil. Es sei also kein Zweifel, daß die Erwerbung dieser Liegenschaft für die Gemeinde von größtem Vorteil wäre. Was den Preis betrifft, so sei die Länderbank im Besitze eines Angebotes von 700.000 K, es mache dies per Quadratmeter 4 K 73 h. Dieser Preis wäre als Wald- und Wiesengürtelpreis natürlich zu hoch.

Die Gemeinde habe in der Umgebung bisher Gründe um einen Preis gekauft, der 1 K wesentlich nicht übersteigt. Hier liegen aber die Verhältnisse anders. Die Gemeinde befinde sich in der Zwangslage, das Gut entweder um diesen Preis zu kaufen oder es niemals mehr zu bekommen. Zweitens liege auch die technische Frage hier anders als bei den anderen Gründen. Die Gemeinde beabsichtige, einen Teil für öffentliche Bauzwecke zu verwenden. Es müsse also unter allen Umständen mit einem höheren Preis gerechnet werden, wenn die Gemeinde diese Bauabsicht durchführen wolle. Von diesem Gesichtspunkte aus komme man zu dem Ergebnis, daß man diese Erwerbung auch um 700.000 K vornehmen kann. Die konkrete Annahme sei, daß die Gemeinde beiläufig die Hälfte der Fläche für den Wald- und Wiesengürtel freilasse und mit dem durch die Kriegsverhältnisse gesteigerten Preis um 2 K berechne, den Rest aber von zirka 75.000 m² für Verbauungszwecke benütze. Wie schon der Herr Bürgermeister angedeutet hat, handle es sich um die Errichtung eines Waisenhauses und von Erholungsheimen. Wenn dieser Teil mit 7 bis 8 K berechnet wird, so komme man auf einen Preis, der 700.000 K sogar etwas übersteigt, natürlich als Durchschnittspreis nur für den Wald- und Wiesengürtel wäre das sicher zu hoch. Von dieser Erwägung aus aber erscheine der Kauf zulässig und durch die gegebenen Verhältnisse gerechtfertigt. Die Bedeckung sei vorhanden. Im Investitions-Anlehen sei für solche Erwerbungen ein großer Betrag vorgesehen, auch für den Wald- und Wiesengürtel.

Die Bezirksvorstehung habe sich für die Erwerbung ausgesprochen und auch für die Benützung eines Teiles für öffentliche Bauzwecke. Nachdem auch die Ämter einhellig diesen Standpunkt einnehmen, stelle er den Antrag:

1. Die Liegenschaft „Bellevue“ im Ausmaße von 147.507 m² um den Höchstbetrag von 700.000 K zu erwerben, zum Teil für den Wald- und Wiesengürtel, zum Teil für öffentliche Bauzwecke. Für den von der Hochstraße nicht durchzogenen Teil werde die Anlage eines Waisenhauses für die Zukunft in Aussicht genommen.

Gem.-Rat Melcher führt aus, daß der Herr Bau-Direktor bereits bemerkt habe, daß diese Grundstücke zum Teile

für den Wald- und Wiesengürtel bestimmt sind und daß ihre Einverleibung mit Rücksicht auf den großen Besitz, welchen die Gemeinde dort hat, unbedingt notwendig ist. Die Gemeinde habe auf der linken und rechten Seite aber auch Grundstücke, die nicht in fremde Hände übergehen dürfen, sondern von der Gemeinde erworben werden müssen. Es sei richtig, daß der Preis von 700.000 K sehr hoch ist, aber wenn man wieder bedenke, daß erfahrungsgemäß diese Grundstücke, wenn sie nicht rechtzeitig gekauft werden, noch viel teurer sein werden, so sei er überzeugt, die Gemeinde werde sie, wenn sie noch ein bis zwei Jahre warte, vielleicht mit einer Million bezahlen müssen. Gerade bei solchen Komplexen sei die Sache so, daß sie in feste Hände kommen, nicht in solche, die sie wieder verkaufen müssen. Die Leute jagen einfach, wenn das nicht bezahlt wird, geben wir es überhaupt nicht her. Infolgedessen halte er es für unbedingt notwendig, in diesen sauren Apfel zu beißen und das Gut um mindestens 200.000 K zu überzahlen. Der Wert dürfte heute kaum 500.000 K sein. Für die Gemeinde habe das Gut aber einen Liebhaberwert, weil es mitten unter Gemeindegroßgrundstücken liegt und die Gemeinde müsse daher diesen Preis zahlen; die Gemeinde könne es aber auch, weil sie durch die Arrondierung wahrscheinlich die 200.000 K dann wieder herausbekommt. Außerdem werde der Cobenzl in absehbarer Zeit zum Teile wenigstens parzelliert werden und dann werden die dortigen Grundstücke selbstverständlich enorm steigen.

Er hätte aber noch einen Antrag zu stellen. Es seien auf der linken Seite einzelne Grundstreifen, die die Gemeinde noch nicht gekauft habe und die in dem Momente, wo die Gemeinde das erwirbt, unbedingt in die Höhe gehen werden. Er möchte also bitten, den Kauf noch etwas geheim zu halten und vorerst daran zu gehen, diese Grundstücke zu erwerben. Die Gemeinde habe ja beim Hungerberg die Erfahrung gemacht. Wenn ihn die Gemeinde auf einmal erworben hätte, hätte sie wahrscheinlich nicht 12 K bezahlen, sondern zuerst nur 7 K und nur den Rest etwa um 12 K 50 h. Er würde also empfehlen, die Sache wenigstens einige Zeit, 4 bis 6 Wochen geheim zu halten, um diese Grundstücke womöglich inzwischen zu sichern. Er spreche sich für die Erwerbung aus.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn ist mit den Ausführungen des Vorredners ganz einverstanden und hofft, daß die Gemeinde auch einmal in den Besitz des Himmels und des Kahlenberges kommen wird. Er habe das Gefühl, daß der Kahlenberg und der Cobenzl zusammengehören, weil in der Mulde dazwischen eine herrliche Cottageanlage entstehen könnte. Daß die Sache teuer ist, sei richtig.

Gem.-Rat v. Steiner führt aus, daß er ein genauer Kenner der Verhältnisse sei, weil er seine Jugend in dieser Gegend verbracht habe. Ursprünglich habe der ganze Besitz dem Baron Sothen gehört, sei nach dessen Ermordung auf die Frau übergegangen und als diese starb, im Erbschaftswege auf die zwei Brüder Schlag, von denen der eine Baurat in unserem Bauamte, der andere Ober-Inspektor der Staatseisenbahn war. Die Brüder hätten sich dann geeinigt, daß der Cobenzl dem Baurat und Bellevue dem Ober-Inspektor zufiel. Testamentarisch war verfügt, daß nach dem Tode des Neffen Garros der Himmel, der ihm zugefallen war, der Kongregation vom Herzen Jesu in Döbling überwiesen werde, die heute auch ein bedeutendes Erholungsheim für Kinder dort errichtet

hat. Bellevue sei der Gemeinde nicht einmal, sondern zweimal angeboten worden. Das erste Mal um 93.000 Gulden. Er habe dies seinerzeit hier gemeldet, man sei aber darauf nicht eingegangen und acht Tage darauf habe Lucian Brunner das Gut gekauft. So dürfte es vielleicht auch jetzt wieder gehen. Die Länderbank habe das Gut um 400.000 K gekauft, man müsse aber auch die Zinterkalarzinsen und die Preissteigerung rechnen. Wie der Herr Bau-Direktor mitgeteilt hat, sei der Teil unter der Hochstraße, wo die Baugründe sein sollen, einer der schönsten Punkte des XIX. Bezirkes und es wäre schade, das in den Wald- und Wiesengürtel einzubeziehen. Den Grund hinter dem Objekt, wo das Wasserwerk steht, könne man ja belassen. Über der Straße liege dann die alte Kuhweide der ehemaligen Gemeinde Grinzing und die Gemeinde werde das brauchen, weil man noch nicht wisse, wo die elektrische Bahn auf den Cobenzl führen wird.

Nach dem Kriege werde die Gemeinde sofort an die Erbauung der Straße schreiten müssen, weil heute schon der Verkehr in Grinzing an Sonntagen ganz unmöglich ist. Ein Trottoir sei nicht da, die Leute gehen auf der Straße, wo die Automobile verkehren. Der Verkehr steige von Jahr zu Jahr. Er glaube, daß die Gemeinde jetzt den Moment nicht verpassen dürfe. Jetzt schon werden dort 40 fl per Quadratflaster geboten. Ein Preis von 7 bis 8 K scheine also mit Rücksicht auf die herrliche Lage der Gründe nicht zu hoch. Was den Kahlenberg betrifft, so sei es richtig, es gibt Leute, die glauben, wenn der Kahlenberg umgestaltet wird, könne ein großes Volksrestaurant hinkommen. Es stehen jetzt schon viele Villen dort. Für den Cobenzl wäre dies nicht gefährlich. Es würde ein Punkt den anderen alimentieren und es werden die breiten Massen auf den Kahlenberg kommen können. Solange aber nur die Zahnradbahn besteht, sei das nicht möglich. Es wird also auch für eine Automobilstraße gesorgt werden müssen. In 25 bis 30 Jahren, das wird Kollege Melcher bestätigen, werde die Gemeinde dort außerordentlich wertvolle Baugründe haben. Das sei der Standpunkt des Bezirkes, aber auch vom Standpunkt der Gemeinde sei er dafür.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß Bezirksvorsteher Kuhn sich namens der Bezirksvertretung ebenfalls für die Erwerbung ausgesprochen habe.

Gem.-Rat Skaret spricht sich grundsätzlich für jede solche Erwerbung durch die Gemeinde aus. Der Preis müsse allerdings den Sachverständigen überlassen bleiben. Seine Partei habe gar nichts gegen die Erwerbung, im Gegenteil, sie begrüße sie.

Gem.-Rat Dr. Hein bemerkt, daß er schon seinerzeit, als es sich um den Wald- und Wiesengürtel handelte, erklärt habe, daß auch diese Teile, Cobenzl und Kahlenberg, möglichst rasch von der Gemeinde erworben werden sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner stellt sohin die Einmütigkeit bezüglich der Erwerbung dieses Gutes im Prinzip fest und bemerkt, daß bezüglich des Preises die Gemeinde gewiß in einer Zwangslage sei. Es sei zu besorgen, daß, wenn die Gemeinde dieses Offert ablehne, sie später das Gut zu noch höherem Preise kaufen müsse.

Gem.-Rat v. Steiner empfiehlt ebenfalls die Geheimhaltung. Man solle versuchen, den Besitz noch zu arrondieren.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß die Sache morgen in den Stadtrat komme und erst nachträglich dem Gemeinderate zur Genehmigung vorgelegt werde.

Die Konferenz stimmt diesem Vorschlage des Herrn Bürgermeisters zu.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller bemerkt, daß die Gemeinde die Liegenschaft kaufen müsse. Die Gemeinde sei eben immer in einer Zwangslage.

Die Konferenz stimmt der Erwerbung der Liegenschaft einmütig zu.

Gaswerks-Direktor Menzel berichtet über die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke und führt aus, daß er in der letzten Obmänner-Konferenz am 26. Jänner berichtet habe, daß der Vorrat 36.959 t, der Einlauf in den letzten 12 Tagen 26.123 t betragen habe. Auf den Tag berechnet, habe dies 2177 t gegenüber der vorgeschriebenen Lieferung von 2145 t ergeben, also eine, wenn auch nur kleine Mehrlieferung gegenüber dem zugewiesenen Kontingente. Die Ursache sei zum Teil darin gelegen, daß gute Lieferungen aus Oberschlesien eingelangt waren. Er habe daher auch erklären können, daß im laufenden Winter wohl keine Katastrophe in der Gasversorgung zu befürchten sei, sondern die kritische Situation erst im nächsten Winter eintreten wird. Heute sei die Lage wieder ganz verändert, und zwar ins ungünstige. Das Gaswerk habe seit 11 Tagen zusammen 14.301 t oder 1300 t je Tag erhalten, gegenüber den 2146 t, die hätten kommen sollen.

Der Vorrat betrage heute 24.873 t gegenüber 36.969 t vor elf Tagen und wenn kein weiterer Einlauf wäre, könne nur auf ein Auskommen für ungefähr zehn Tage gerechnet werden. Das oberschlesische Revier sei von Streiks gar nicht berührt worden, auch nicht von dem vormonatlichen Ausstand in Deutschland. Es werde versucht werden, den Reichs-Kommissär für die Kohlenverteilung in Berlin zu bewegen, daß er aus Oberschlesien eine bestimmte Kohlenmenge aus dem Kontingent in die Gaswerke beordert. Wenn diese Lieferung erfolge, wäre das Gaswerk mit der Kohlenversorgung gedeckt. Es sei aber wohl sehr zu bezweifeln, daß die Lieferungen tatsächlich in diesem Maße stattfinden. Weiters komme noch in Betracht, daß das Gaswerk zwar Grobarten verlangen werde, aber es fraglich ist, ob lauter solche kommen werden, die zur Vergasung geeignet sind. Sollte ein Teil der Kohlen nicht zur Vergasung zu verwenden sein, so würden sie leicht Abnehmer finden; nutzlos wäre also dieser Kohlenzuschub nicht. Bei dem zugesagten Zuschub von 1200 t aus Ostrau und den Lieferungen aus Oberschlesien, die aber etwas unsicher sind und die er daher nicht voll in Rechnung ziehe, werde die Gas-Erzeugung wieder für weitere 20 Tage gesichert sein.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß die Mitglieder der Konferenz überzeugt sein können, daß von Seite der Direktion und ihm nichts verabsäumt werde. Sollte sich die Situation kritisch gestalten, werde er die Konferenz sofort wieder einberufen. Man könne nicht warten, bis die Katastrophe da ist und vielleicht tatsächlich mit rücksichtslosen Sperrmaßnahmen vorgegangen werden müßte.

Magistratsrat Dr. Faßbauer berichtet über die Kohlenversorgung der Stadt Wien und führt aus, daß seit seinem am 26. Jänner erstatteten Bericht sich die Kohlenversorgung des Nordbahnhofes mit Kohle einigermaßen gebessert habe, womit aber nicht gesagt sein soll, daß sich hiedurch die Versorgung der Bevölkerung mit Kohle günstiger gestaltet hat.

Während in der Zeit vom 16. bis 24. Jänner die durchschnittliche Einfuhr am Nordbahnhof 1474 t pro Tag betrug,

betrug sie in der Zeit vom 25. Jänner bis 4. Februar 2630 t. Dieser etwas höheren Einfuhr stehe allerdings eine geringere Ausfuhr gegenüber, da sie in dem angegebenen Zeitabschnitt von 3106 t auf durchschnittlich 3050 t gesunken ist.

Die Ursache liege darin, daß die für den Monat Jänner freigegebene Sperrkohle gegen Ende des Monats bereits aufgebraucht war und die Verfügung des Arbeitsministeriums über die Freigabe eines weiteren Teiles von Sperrkohle nicht rechtzeitig eingetroffen ist.

Auch werde seitens des Großhandels vielfach darüber Klage geführt, daß die oberschlesische Zufuhr zu wenig Grobarten enthält, auf welche gerade der Hausbrand ausschließlich angewiesen ist.

Diese Verhältnisse spiegeln sich wider in der Belieferung des Kleinkohlenhandels, die in der 12. Woche, das ist in der Zeit vom 20. bis 26. Jänner gegenüber der Vorwoche nicht gestiegen ist, sondern gleichfalls nur 80 Prozent beträgt.

Sie sei in der vergangenen Woche auf 78 Prozent gesunken.

Für die Belieferung im Monat Februar sei das neue vom k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten abgeschlossene Übereinkommen, betreffend Lieferung oberschlesischer Kohle, noch nicht von Belang; Österreich solle auch in diesem Monat noch die seinerzeit vereinbarten 52.000 t erhalten.

Mit dem neuen Übereinkommen, das für die Monate März und April abgeschlossen wurde, werde die Belieferung aus Oberschlesien allerdings nur 416.000 t betragen, was eine Mindermenge von 109.000 t ergibt. Diese werde zum Teile dadurch wettgemacht, daß die Lieferung niedererschlesischer Kohle um 40.000 t erhöht wurde. Der Abgang betrage demnach 70.000 t = 15 Prozent.

Es handelt sich daher aber nicht darum, wieviel Deutschland zu liefern verpflichtet ist, sondern wieviel Deutschland liefert.

Von der Monatsmenge per 525.000 t sei bekanntlich nur etwa die Hälfte geliefert worden, so daß die höhere Liefermenge praktisch ohne Wert gewesen ist.

Die Belieferung Wiens werde durch das Übereinkommen nach seiner Anschauung nicht schlechter gestellt werden, da die Kürzung der auf Wien entfallenden Quote von bisher 105.900 t verhältnismäßig unbedeutend ist, dafür aber seitens des Arbeitsministeriums zugesagt wurde, auf der vollen Anlieferung zu bestehen.

Die Versorgung mit Inlandskohle sei noch weit ungünstiger, als jene mit oberschlesischer Kohle.

In den ersten drei Jännerwochen seien direkt an den Großhandel geliefert worden: an Braunkohle 36,3 Prozent, an Ostrauer Kohle 27,2 Prozent, beziehungsweise 24,7 Prozent.

Die Belieferung habe von Anfang Jänner bis 2. Februar an Braunkohle 25 Prozent, an Steinkohle 23 Prozent betragen.

Die Belieferung der städtischen Kohlenlagerplätze sei bis Ende Jänner andauernd schlecht gewesen.

Sie hatte am Kohlenlagerplatz Westbahnhof statt 252 t nur 38 t, also 15 Prozent, auf dem Lagerplatz Ottakring statt 196 t nur 18 t, also 9 Prozent, in Magleinsdorf statt 180 t nur 11 t, also 6 Prozent, auf dem Kohlenlagerplatz Ostbahnhof statt 117 t nur 4½ t, also 3,8 Prozent pro Tag betragen. Auf den Lagerplatz Nordwestbahnhof seien 21 Prozent, auf den Lager-

platz Aspangbahnhof nur 14 Prozent, auf den Lagerplatz Engerthstraße überhaupt nichts geliefert worden.

Was die im letzten Berichte erwähnten Arbeitskassierungswagen betrifft, so habe deren Beistellung anfangs viel zu wünschen übrig gelassen.

In der Zeit vom 25. bis 29. Jänner seien durchschnittlich nicht einmal 20 Wagen statt 50 eingetroffen.

Dies habe den Herrn Bürgermeister am 30. Jänner veranlaßt, ein Schreiben an den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten zu richten, in dem er auf die außerordentlich ungünstige Belieferung der städtischen Kohlenlagerplätze und auf die schlechte Anlieferung der von Seiner Exzellenz außer Kontingent zugewiesenen 50.000 t Braunkohle, die den Lagervorräten entnommen und mit Arbeitskassierungswagen zugeführt werden sollten, hinwies.

Inbesondere sei auch auf die bedenklichen Folgen der wiederholten Betriebseinstellungen bei den städtischen Lagerplätzen verwiesen worden.

Der Herr Minister habe nun an den Herrn Bürgermeister am 2. Februar ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heißt: „In dem Bestreben, die Verhältnisse nach Möglichkeit zu bessern, habe das Ministerium für öffentliche Arbeiten mehrfache Maßnahmen zur Entlastung des nordwestböhmisches Braunkohlenrevieres getroffen und den Kohlenversorgungsinspektor in Tepliz bereits wiederholt auf das nachdrücklichste angewiesen, die Zuschübe aus diesem Reviere nach Wien mit allen Mitteln zu steigern. Ferner wurde vor kurzem, wie Euerer Exzellenz bekannt ist, beim Eisenbahnministerium die Beistellung von sogenannten Arbeits- oder Kassierungswagen erwirkt, mit welchen täglich Kohle von den Depotplätzen des nordwestböhmisches Braunkohlenrevieres zu den städtischen Kohlenlagerplätzen nach Wien gebracht werden soll. Wenn sich nun auch nach den Mitteilungen Euerer Exzellenz der Einlauf dieser Wagen anfänglich bedauerlicherweise ungenügend gestaltet hat, so erhoffe ich doch bereits für die nächste Zeit eine wesentliche Besserung. Einer Meldung des Kohlenversorgungsinspektors in Tepliz zufolge stellen sich die Verladungen für Wien in den letzten Tagen wie folgt, es wurden verladen:

am 26. Jänner 1928 t,
am 28. Jänner 1505 t
(davon 773 t in Kassierungswagen);
am 29. Jänner 1918 965 t
(davon 604 t in Kassierungswagen);
am 30. Jänner 1918 819 t
(davon 254 t in Kassierungswagen).

Hieraus wollen Euer Exzellenz entnehmen, daß nunmehr bereits eine erhöhte Belieferung der Gemeinde Wien mit Kohle stattfindet. Ich habe jedoch nicht ermangelt, den Kohlenversorgungsinspektor in Tepliz neuerdings strengstens zu beauftragen, mit allem Nachdrucke für verstärkte Zuschübe nordwestböhmisches Braunkohle nach Wien Sorge zu tragen.

Ich bin Eurer Exzellenz für die ausführliche Mitteilung über die Situation auf den städtischen Kohlenverkaufsplätzen zu großem Danke verpflichtet und bitte, überzeugt zu sein, daß ich nach wie vor der Kohlenversorgung Wiens meine volle Aufmerksamkeit zuwenden und nichts unversucht lassen werde, um die herrschende Kohlennot zu lindern und der Bevölkerung die zur Lebenshaltung notwendigen Kohlenmengen zu beschaffen.

Hierin wollen mir Eure Exzellenz auch weiterhin hochdewertvolle Unterstützung leihen, weshalb ich bitte, gütigst veranlassen zu wollen, daß ich von wichtigeren Vorkommnissen und Erscheinungen hinsichtlich der Kohlenversorgung Wiens von den zuständigen magistratischen Stellen stets unverweilt in Kenntnis gesetzt werde.“

Aus dem Schreiben sei zu entnehmen, daß der Herr Minister der Versorgung Wiens mit Kohle sein volles Augenmerk zuwendet und es wäre nur wünschenswert, wenn die Bemühungen des Ministers zu einem dauernden Erfolge führen würden.

Tatsache sei, daß sich in letzter Zeit die Kohlenzufuhr mittels Arbeitskassierungswagen wesentlich gebessert hat, so daß die Kohlenlagerplätze Westbahnhof und Ottakring derzeit über genügend Kohle verfügen.

Nach wie vor siehe aber die Versorgung der Lagerplätze Magleinsdorf und Ostbahnhof, die für die Bevölkerung von Neumargareten, Meidling und Favoriten von großer Bedeutung sind, sehr ungünstig.

Der Kohlenlagerplatz Magleinsdorf sei wieder seit 5 Tagen gänzlich gesperrt.

Der Kohlenlagerplatz Ostbahnhof sei heute wieder eröffnet worden, doch könne wegen des geringen Einlaufes nur Küchenbrand abgegeben werden.

Da das Eisenbahnministerium aber die Zustimmung gegeben hat, daß die Arbeitskassierungswagen auch auf diesen Bahnhof umgeleitet werden dürfen, so hoffe er, Ende der Woche den Verkauf dort in vollem Umfange wieder aufnehmen zu können, wobei allerdings vorausgesetzt ist, daß die Kassierungswagen im vollen Umfange eintreffen, da sonst wieder die Plätze Ottakring und Westbahnhof in der Zufuhr verkürzt würden.

So wenig erfreulich das Gesamtbild ist, das sich bezüglich der Kohlenversorgung bietet, so glaube er andererseits doch den Nachweis erbracht zu haben, daß seitens der Gemeinde und des Arbeitsministeriums alles aufgeboden wurde, um die Kohlenversorgung im Rahmen des Erreichbaren durchzuführen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ersucht den Gem.-Rat Reumann, daß er die Daten auch in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ bekanntgebe. Die Kunst, Kohle abzugeben, ohne sie zu haben, verstehe er nicht.

Gem.-Rat Reumann bemerkt, daß das nichts nütze. Wenn die Leute keine Kohle bekommen, nützen die schönsten Daten nichts.

Die Leute kommen in aufgeregtem Zustande in die Redaktion und bestürmen den Lokalredakteur, daß sie keine Kohle bekommen, sie sollen sich das bißchen Kohle am Westbahnhof abholen! Die Situation sei für den Redakteur gar nicht angenehm.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß er es seiner objektiven Beurteilung überlassen müsse, ob die Adresse, an die sich die Vorwürfe richten, die richtige sei.

Gem.-Rat Reumann bemerkt weiters, daß Tag für Tag verstreiche und die Leute haben keine Kohlen. Es treffe eben alles Ungemach zusammen. Die Leute haben keine Kohle, im Arbeiterheim habe die Ausspeisung ein paar Tage gesperrt werden müssen, weil keine Zuweisungen erfolgten, weder Gemüse noch sonst etwas.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß er das alles sehr gut einsehen könne. Er könne überzeugt sein, daß ihm das mindestens eben so nahe geht, wie der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“. Aber er bitte, doch objektiv zu urteilen. Daß alles

von Seite der Gemeindevertretung geschehen sei, was möglich ist, müsse auch die Opposition mit Ja beantworten. Es habe ja auch die Ausspeisung im Arbeiterheime eingestellt werden müssen, weil niemand die Kunst versteht, etwas zu geben, wenn man nichts bekomme. Wenn er keine Kohle bekomme, nützen alle Verwaltungskünfte des Rathauses nichts, er könne nicht in Wien Kohle schürfen, weil keine da ist.

Gem.-Rat Leitner erklärt, daß die Gemeinde wohl alles getan habe, was möglich war. Aber die Situation sei sehr ernst. In den Arbeiterbezirken werde dies am schwersten empfunden. Man habe die Leute auf den Küchenbrand beschränkt und sie seien nicht einmal imstande, ihr Mittagessen zu kochen. Zu ihm kämen Hunderte von Leuten und fragen, ob denn da gar nichts geschehen könne.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß, wenn in Ostrau gestreift wird, das Gaswerk noch weniger Kohle bekomme. Was aber die Konsequenz betrifft, so habe sie nicht darin zu bestehen, daß das Rathaus verantwortlich gemacht wird, wenn ganz andere Verhältnisse diese Zustände zeitigen. Er ersuche den Referenten, ihn auf dem Laufenden zu erhalten, damit er jederzeit in der Lage sei, der Konferenz Mitteilung zu machen.

Magistrats-Sekretär Dr. Kosztopf berichtet über die Errichtung eines städtischen Landwirtschaftsamtes und führt aus, daß die Gemeinde seit dem Frieden zwei landwirtschaftliche Güter, den Cobenzl und den Wallhof besitze. Der Cobenzl umfasse 134 ha. Er sei im Jahre 1907 im Zusammenhang mit dem Wald- und Wiesengürtel erworben worden und es werde dort Milchwirtschaft, Landwirtschaft und in geringem Umfange auch Viehzucht betrieben.

Weiters habe die Gemeinde den Wallhof übernommen, der als Eigenbetrieb des Brauhauses der Stadt Wien in Rannersdorf im Jahre 1905 erworben wurde und 153 ha umfaßt. Im Kriege habe sich nun die Gemeinde bemüht gesehen, teilweise selbst Landwirtschaft zu betreiben und auch mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben in eine Interessengemeinschaft zu treten. Es sei im Jahre 1915 auf Sachseingang eine Viehhaltung eingerichtet worden, deren Verlängerung jetzt zur Debatte steht und schon in den nächsten Tagen den Stadtrat beschäftigen wird.

Weiters sei der Grundbesitz Freiberg-Weißenhof mit 132 ha erworben und es werde dort die Aufzucht von Rindern betrieben. Gleichzeitig habe die Gemeinde auch mit Pernhofen einen größeren Kuhhaltungsvertrag, der auch zur Errichtung einer Schweinemastanstalt führen soll, ferner mit Kottensee einen Kuhhaltungsvertrag und die Gemeinde sei auch im Begriff, mit der Zuckerraffinerie Julius May einen Milchlieferungsvertrag abzuschließen. Weiters habe die Gemeinde durch eigenen Anbau die Gemüseversorgung halbwegs sicherzustellen gesucht. Es seien in der Lobau rund 804.000 m² mit Kartoffeln, 177.000 m² mit Gemüse und 703.000 m² mit Getreide bebaut worden, und es werde die Lobau schon in der allernächsten Zeit speziell für die Gemüseanwendung heranzuziehen sein, nachdem die Gemeinde das freie Verfügungsrecht dort erworben hat. Im Zusammenhang mit diesem Betriebe sei die Kartoffeltröcknungsanlage im XIII. Bezirke und eine Gemüsetrocknungsanlage, weiters die Anlage für das Strohausschließungsverfahren. Außerdem seien schon im Vorjahre größere Verträge mit Grundbesitzern über Kartoffeln, Hülsenfrüchte und Stoppelrüben abgeschlossen worden. Auch die

Bersorgung mit Süßwasserfischen werde in nächster Zeit angebahnt werden; zu diesem Zwecke bestehe bereits die Fischzuchtanlage in Albern, welche später noch erweitert werden wird. Diese Agenden seien jetzt auf verschiedene städtische Ämter verteilt. Stelle VI des Wirtschaftsamtes führe die Verwaltung des Cobenzl und den Anbau von Gemüse und Feldfrüchten im eigenen Betriebe und die Abschließung von Lieferungsverträgen mit den Gutsbesitzern. Das Gut Wallhof unterstehe wieder unmittelbar der Magistrats-Direktion.

Die Milch- und Zuchtverträge auf den Gütern Pernhofen und Kottensee und die Verwaltung des Gutes Freiberg-Weißenhof, sowie die neue Schweinemastanlage werde in der Stelle III behandelt, während der Stelle VII das Strohausschließungsverfahren überwiesen sei.

Die Fischzucht besonders im Stauwasser der Wientalwasserleitung werde von der Stelle IV behandelt. Es empfehle sich nun, alle diese Agenden einer neu zu errichtenden Stelle zu übertragen und an ihre Spitze einen Fachmann zu stellen, weil diese Kriegsschöpfungen der Gemeinde natürlich im weiteren Verlaufe ausgebaut werden müssen, nachdem die Erfahrung des Krieges gelehrt hat, daß die Gemeinde zur Selbsthilfe schreiten muß. Er erwähne nebenbei, daß auch Berlin über einen großen Teil landwirtschaftlicher Betriebe schon aus der Friedenszeit verfügt. Der landwirtschaftliche Besitz Berlins sei auf 2000 ha eingerichtet und habe im Jahre 1915 ein Erträgnis von nahezu 1.3 Millionen Mark abgeworfen. Für das Jahr 1917 sei das Erträgnis mit 1.4 Millionen Mark veranschlagt.

Es wäre nun zunächst der Wirkungskreis des neuen städtischen Landwirtschaftsamtes zu umschreiben. Er bestehe hauptsächlich in der Besorgung aller landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde, soweit sie nicht ausdrücklich anderen städtischen Ämtern zugewiesen sind oder in die Geschäftsführung des Magistrates als politische Behörde fallen. Insbesondere werde das neue Amt die Verwaltung der beiden Güter Cobenzl und Wallhof und des Pachtgutes Freiberg-Weißenhof führen müssen, den Betrieb der Milchwirtschaft, Viehzucht und Schweinemast auf Sachseingang, Pernhofen und Kottensee auf Grund der Einstellungsverträge, weiters die landwirtschaftliche Ausnützung der Lobau und der städtischen Anbaugründe in Leopoldau. Es sei vielleicht nicht von der Hand zu weisen, daß in einem früheren oder späteren Zeitpunkt die Gemeinde auch an die Erwerbung größerer landwirtschaftlicher Güter schreiten wird, und auch diese Angelegenheiten werde das künftige Amt zu besorgen haben. Nachdem aber bei Abschluß der Anbau- und Lieferungsverträge die Form des Vertrages in zweiter Linie steht, und in erster Linie der Inhalt von Bedeutung ist, der nur von einem Fachmann beurteilt werden kann, werden auch alle Anbau- und Lieferungsverträge diesem Amte zu überweisen sein. Damit stehe aber in innigem Zusammenhang auch die von der Gemeinde in großem Stile angeregte Aktion bezüglich der Errichtung von Schreber- und Gemüsegärten. Daher sollen auch diese dem neuen Amte angegliedert werden. Dasselbe solle auch zur Erstattung von Gutachten an die Ämter in landwirtschaftlichen Angelegenheiten verpflichtet sein.

Was nun die geeignete Persönlichkeit zur Leitung des neuen Amtes betrifft, so kommen diesfalls mehrere Personen in Frage. Nachdem es aber mit Schwierigkeiten verbunden sein würde, einen auswärtigen Fachmann zur sofortigen Übernahme des Dienstes zu finden und mit Rücksicht auf die damit verbundenen größeren

Kosten beantrage er, die Stelle zunächst provisorisch zu besetzen. Er stelle daher folgende Anträge:

1. Die Errichtung des Landwirtschaftsamtes im Rahmen des von der Magistrats-Direktion ausgearbeiteten Elaborates werde genehmigt.

2. provisorisch mit der Leitung desselben der städtische Ober-Tierarzt Dr. Josef Stehlik betraut, welcher bereits eingearbeitet und selbst ein erfahrener Landwirt ist. Auf die Dauer dieser Verwendung wäre ihm eine Zulage von 5- bis 600 K monatlich zu gewähren.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß er die Sache für so wichtig erachtet habe, daß er den Rat der Obmänner-Konferenz in einer Verfügung einholen wollte, die er selbständig treffen könnte; er könne ja jedem städtischen Beamten einen Dienstposten zuweisen, der ihm passend erscheint. Über die Notwendigkeit der Schaffung des Landwirtschaftsamtes sei kein Wort zu verlieren. Die Verhältnisse hätten dazu geführt und es gehe nicht an, daß diese Agenden in verschiedenen Magistrats-Departemens unter der Leitung von Juristen zersplittert sind. Das Ganze müsse in eine Hand kommen. Die Honorarfrage sei anfangs gar nicht im Vordergrund gestanden, und wenn er in der Lage gewesen wäre, einen tüchtigen Landwirt zu erhalten, so hätte er keine Bedenken getragen, dem Stadtrat und Gemeinderat einen entsprechenden Vertrag zu empfehlen. Aber wie die Sache jetzt steht, sei er auch von der ursprünglichen Idee abgekommen und glaube empfehlen zu können, daß ein Provisorium geschaffen werde, und zwar mit Dr. Stehlik, der vor allem den Vorzug hat, daß er mit voller Liebe und Hingebung sich der Sache widmet. Er erinnere sich sehr genau, wie im Jahre 1896 und 1897 die Stadtgarten-Direktorstelle ausgeschrieben wurde, daß aus Frankfurt und anderen deutschen Städten Offerte mit 20- bis 30.000 Mk. gekommen sind. Dr. Lueger sei das zu viel gewesen, und es sei der Obergärtner Hybler provisorisch mit der Leitung betraut worden. Hybler habe sich außerordentlich bewährt und habe heute fast einen europäischen Ruf. Stehlik genieße in den Kreisen der Landwirte volle Autorität. Es sei auch richtig, daß ein neuer Mann sich erst in den städtischen Apparat hineinfinden müßte.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß die Errichtung der Landwirtschaftsstelle selbstverständlich sei. In der Personenfrage stimme er mit dem Herrn Bürgermeister überein, das größere Honorar wäre kein Hindernis, aber es scheine ihm wirklich praktisch, die Stelle vorläufig provisorisch zu schaffen. Er habe auch gehört, daß der Ober-Tierarzt in landwirtschaftlichen Kreisen tatsächlich angesehen sei. Er habe die ganze Sache mitgemacht und es sei doch praktisch, daß mit dem Juristen ein Fachmann zusammenwirkt, der bisher schon in diesen Agenden tätig war. Ein anderer könnte die Stelle nicht sofort übernehmen, nachdem er erst kündigen müßte. Auch sei die Auswahl beschränkt, weil viele eingerrückt sind.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn ist ebenfalls einverstanden, aus psychologischen Gründen, nachdem Stehlik schon längere Zeit dem Gemeindedienste angehört und also gewiß einen gesteigerten Lokalpatriotismus besitzt.

Gem.-Rat Reumann bemerkt, daß die Gemeinde vor allem einen Mann brauche, der auch organisatorisch tüchtig ist und schon während der Zeit, wo die Gemeinde Landwirtschaft betrieb, Erfahrungen gesammelt hat. Die bisherigen Erfahrungen

zeigen, daß wirklich alles sehr praktisch angefaßt wurde. Es sei auch zu begrüßen, daß die Gemeinde einen Mann bekomme, der sofort in die Arbeit eingreifen kann. Er sei überzeugt, daß die Gemeinde mit Dr. Stehlik gute Erfahrungen machen werde.

Gem.-Rat Leitner erklärt sich ebenfalls einverstanden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verfügt auf Grund des einmütigen Gutachtens der Obmänner-Konferenz, daß Ober-Tierarzt Stehlik provisorisch mit der Leitung des Landwirtschaftsamtes der Gemeinde betraut wird, und ersucht die Magistrats-Direktion, das Dekret auszufertigen und für die morgige Stadtrats-Sitzung den Antrag wegen Bewilligung einer Zulage von 600 K monatlich zu stellen.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller bringt die Beschwerde eines galizischen Gemüse-Offferenten vor. Es sei mit ihm monatelang verhandelt und schließlich sei die Sache ganz abgelehnt worden. Man hätte den Mann nicht so hinhalten sollen.

Vize-Bürgermeister Rein bemerkt zur Aufklärung, daß die Sache in wiederholten Beratungen eingehend besprochen worden sei. Zuerst habe der Offferent verlangt, daß ihm auf die Kosten des Anbaues 40.000 K vorgestreckt werden. Weiters habe er per Hektar 500 K im Frühjahr nach dem Anbaue und weitere 500 K im Laufe des Sommers, daher per Hektar 1000 K Afonto verlangt. Das hätte zirka $\frac{1}{2}$ Million ausgemacht und es sei gar keine Garantie vorhanden gewesen, von der äußersten Grenze Galiziens das Erträgnis hereinzubringen. Er habe dann nachgegeben und sich mit 500 K zufrieden erklärt, das Risiko sei aber noch immer 300.000 K gewesen. Die Gemeinde Wien habe dann bedungen, daß sie mindestens die Gewißheit haben müsse, daß die Ausfuhr bewilligt wird. Außerdem habe er die Beistellung von Autos verlangt und auch die der Arbeitskräfte. Die Gemeinde könne nicht für ein Geschäft ohne die geringste Unterlage 3- bis 500.000 K riskieren. Die Sache sei nicht unbedeutend gewesen, es habe sich um 3- bis 400 Waggons Gemüse gehandelt, aber dieses Risiko habe die Gemeinde nicht übernehmen können.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erwidert, er sei vielleicht falsch informiert, aber die Gemeinde habe heute kein Risiko mehr, weil der Mann auf jede Vorauszahlung verzichtet hat. Die einzige Differenz sei heute bezüglich des Zwiebelsamens.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß seines Wissens die Sache von der Zustimmung des Armeekorps-Ober-Kommandos abhängig gemacht werde.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg bemerkt, er sei nicht vollständig informiert, habe aber gestern erfahren, daß die Sache nicht endgültig abgetan sei, sondern der Magistrat beauftragt wurde, auf gewissen Grundlagen weiter zu verhandeln.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ersucht den Magistrats-Referenten, sich zu informieren; nach seiner Meinung sei die Sache davon abhängig, daß das Armeekorps-Ober-Kommando der Ausfuhr keine Schwierigkeiten entgegenstellt. Bei einem Manne, der 600.000 K fordert und dann auf alles verzichtet, müsse man doch etwas vorsichtig sein.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtet über die Einleitung einer großzügigen Gemüse- und Kartoffelanbauaktion der Gemeinde Wien im Görzischen und in Teilen des besetzten Venetiens und fährt aus, daß bei seiner letzten Dienstreise seine Aufgabe zunächst gewesen sei, Gründe für den Anbau im Görzischen und in Venetien sicherzustellen und die Grundlagen für die

Durchführungen der Anbauarbeiten festzulegen. Bei der Statthalterei in Triest habe er das größte Entgegenkommen gefunden; hierauf sei er nach Görz gefahren. Die ursprüngliche Absicht sei gewesen, einen zusammenhängenden geschlossenen Grundkomplex zu finden, der Reichsitalienern gehört, um so einen gewissen dauernden Rückhalt zu haben.

Die Gründe der Reichsitaliener seien natürlich unter Zwangsverwaltung und es sei mehr als fraglich, ob sie wieder in ihren Besitz kommen werden. Solche reichsitalienische Gründe finden sich zum großen Teile in Gebietsstreifen des österreichischen Friaul, das durch den Krieg weniger in Mitleidenschaft gezogen wurde. Es habe sich aber herausgestellt, daß dort, speziell bei einem großen Besitze, der der Kaiserin Eugenie gehört, das sogenannte Kolonnensystem besteht. Mit Rücksicht darauf, daß diese Gegend weniger gelitten hat, seien die Kolonnen zurückgeblieben und sei nicht möglich gewesen, eine Vereinbarung mit ihnen über die Art der Bebauung und die Ablieferung der Ernte an die Gemeinde zu treffen. Auch die Bezirkshauptmannschaften hätten eine sehr wenig entgegenkommende Haltung eingenommen und sogar direkt vor weiteren Schritten gewarnt. Bei diesem Verhalten habe er von weiteren Verhandlungen Abstand genommen, denn wenn man in solchen Sachen nicht die Unterstützung der politischen Behörde genießt, sei es von vornherein aussichtslos.

Er habe dann weiter über Gründe gegen Bellevedere zu verhandelt, ausgezeichnete Gründe, wo die Bewässerungsanlage vollkommen intakt ist, die also für solche Zwecke sehr geeignet wären. Da sei aber das große Hindernis gewesen, daß die ganze Gegend von der Malaria durchseucht ist, und zwar von der tropischen, die durch die Italiener eingeschleppt wurde und schon sehr viele Todesfälle verursacht. Infolgedessen sei auch von diesem Projekte Abstand genommen worden. Er habe Fühlung mit dem Generalstabsarzt genommen, der ebenfalls von dieser Aktion abgeraten hat. Die Sanitätsbehörde werde allerdings jetzt darangehen, entsprechende Maßnahmen gegen die Malaria zu treffen, für die Gemeinde sei aber dieses Gebiet damit verschlossen. Er sei nun fünf Tage lang hin- und hergefahren und endlich in das Gemeindegebiet von Fara, zwischen Görz und Gradiska, gekommen, in der Nähe des Sponzo. Hier sei alles ziemlich zerstört, aber einiges sei intakt geblieben. Die Bevölkerung sei geflüchtet und es seien nur zirka 200 Menschen zurückgeblieben. Grund und Boden sei durch den Stadtgarten-Direktor, Anbauoffiziere und einheimische Kenner der Verhältnisse untersucht worden und es habe sich herausgestellt, daß der Boden zwar nicht die Bontät wie die Gründe von Aquileia hat, aber noch für die Kultur von Gemüse und Kartoffeln sich eigne. Ein weiteres günstiges Moment sei die Nähe der Bahn nach Sagrada, man könne also die Produkte ziemlich rasch zur Bahn bringen. Für einen Teil der Gründe gegen den Sponzo zu sei auch die Möglichkeit der Bewässerung vorhanden. Nun sei es die nächste Aufgabe gewesen, wegen Sicherung der Gründe mit der politischen Behörde in Gradiska in Verbindung zu treten. Auch hier seien zuerst gewisse Bedenken und Schwierigkeiten gewesen, es habe erst an die Statthalterei berichtet werden müssen, aber dann habe er den Bezirkshauptmann doch von der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache überzeugt und es sei gelungen, die ganze Sache in einem einfachen Protokoll zu erledigen.

Die Gründe in Fara bestehen aus drei Teilen. Ein Teil der Gründe sogenannte Campos, Flächen von zirka 3350 m², die von den Einheimischen selbst nach Maßgabe ihres Viehbestandes und der Arbeitskräfte bebaut werden. Jene Flächen, die die Einheimischen nicht mehr bebauen können, werden sie um 50 K per Campo, also 150 K per Hektar — es sei das der Friedenspreis — der Gemeinde verpachten. Ein weiterer Großteil der Gründe gehöre Einheimischen, die nicht anwesend, sondern entweder in Flüchtlingslagern oder eingerückt sind. Diese Gründe pachte die Gemeinde ebenfalls mit Zustimmung des die Gemeindegeschäfte führenden Gerenten. Das Geld werde bei der Bezirkshauptmannschaft erlegt. Ein dritter großer Teil seien Gründe, welche einem Reichsitaliener gehören, der abwesend ist. Diese Gründe können sofort unter Bedingungen übernommen werden, die die politische Behörde seinerzeit festlegen werde. Das Ganze beruht auf der Verordnung vom Vorjahre über die Sicherstellung des Anbaues in der Weise, daß die politische Behörde die sämtlichen ungebauten Gründe in Fara der dortigen Gemeinde zum Anbau zuweist und diese sie wieder der Gemeinde Wien überläßt. Infolge dieses Protokolls habe die Gemeinde 700 ha Ackerland zur Verfügung. Ferner habe er mit den Einheimischen festgelegt, daß sie, insoweit sie durch ihre eigenen Gründe nicht voll in Anspruch genommen werden, auch Arbeit für die Gemeinde Wien leisten. Die Lohnsätze seien bestimmt sowohl für die männlichen Hilfskräfte, als für Frauen und Kinder und auch die Kosten der Ochsen- und Kuhbespannung.

Eine weitere wichtige Aufgabe sei es gewesen, Voraussetzungen zu schaffen, die überhaupt den Anbau ermöglichen, die Festlegung der Arbeitskräfte, des Zugviehes, des Düngers und der Gerätschaften. Was die Arbeitskräfte betrifft, so habe die Konferenz bei der Statthalterei ergeben, daß eine Repatriierung der Flüchtlinge insoweit nicht statthaben dürfte, als die Verpflegungsfrage nicht geregelt ist. Unten sei einfach nichts zu haben, er und seine Reisebegleiter haben den Tag im Freien verbringen müssen und nur von den aus Wien mitgebrachten Vorräten gelebt, sonst hätten sie überhaupt nichts zu essen gehabt. Die Frage der Repatriierung solle in einer Konferenz beim Ministerpräsidenten heute oder morgen zur Entscheidung gelangen, sie dürfte aber nach seiner Kenntnis negativ ausfallen und damit dürfte sich auch die ganze Aktion, die ursprünglich der Landeshauptmann Faidutti mit der Statthalterei über den Früh-anbau in Görz eingeleitet hat, nicht als durchführbar erweisen. Schriftlich sei ja alles schon niedergelegt, aber praktisch sei noch nichts gearbeitet worden. Die Verhältnisse seien ja furchtbar. Nachdem der Etappen-Kommandant erklärte, er könne militärische Mannschaft nicht beistellen, bleibe nichts übrig, als Kriegsgefangene zu nehmen. In diesem Sinne habe er gestern verhandelt und heute die Zusicherung erhalten, daß die Gemeinde 800 Kriegsgefangene, wahrscheinlich Russen, bekommen werde. Das genüge für 700 ha. Italiener werde man dort nicht in größerem Maße verwenden wollen, mit Rücksicht auf die Nähe der Front.

Was den Dünger betrifft, so liege er in Massen herum und man könne ihn ohneweiters abführen. Die Gemeinde sei in der Lage, eine Gemüsezeitung einzurichten. Was das Inventar betrifft, so sei dort alles ziemlich verwüstet, es bestehe aber noch die Betonfassung. Zwar sei kein Glas vorhanden, es werde aber ein Ersatz durch die Strohmatte da sein, die in Fülle vorhanden sind, weil sie zur Maskierung der Straßen gedient haben.

An Bepannung brauche die Gemeinde 70 bis 100 Stück. Einen Teil werde sie bekommen, und zwar aus dem Schlachtviehbestande des Depots in Görz. Es werde der Gemeinde das Schlachtvieh noch für eine Zeit samt der Fütterung zur Arbeit überlassen. Einen weiteren Teil bekomme die Gemeinde aus Belluno, Kühe und einige Maultiere. Gerätschaften werden teilweise vom Kriegsministerium zur Verfügung gestellt, teilweise aus dem außerordentlichen Vorrat, der sich unten befindet, zum Teil von Udine. Die Motorpflüge, die das wichtigste sind, weil die Äcker drei Jahre lang nicht bebaut wurden, hoffe er durch Generalmajor v. Landwehr zu bekommen. Einer sei schon zugesagt, die zwei anderen werde die Gemeinde auch noch bekommen. Es seien also die allgemeinen Voraussetzungen für den Anbau gegeben. Was das Saatgut betrifft, so sei der größte Teil bereits gesichert. Es seien 70 Waggons Kartoffeln, allerdings wenig Frühkartoffeln, unten werden aber auch die anderen früher reif, die in Mähren und Schlesien sichergestellt wurden. Auch sonst habe er das nötige Saatgut an Zwiebeln, Kraut und Salat, es fehlen nur Kohl und Kohlrüben, die sehr schwer aufzutreiben sind. Er hoffe aber, auch diese Sorten noch zu bekommen. Die „Geos“ habe zugesagt, der Gemeinde Saatgut zur Verfügung zu stellen, soweit sie es hat. In Udine wolle das Militär den Anbau auch in größtem Maße durchführen, müsse sich aber wegen des Saatgutes ebenfalls an die „Geos“ wenden.

Die Aktion werde natürlich auch eine gewisse finanzielle Tragweite haben. Der Stadtgarten-Direktor kalkuliert, wenn die Witterung halbwegs günstig ist, werde ein Passivum nicht herauskommen. Der Ertrag werde von Sachverständigen auf ungefähr 1000 bis 2000 Waggons geschätzt. Dann werden alle Güter militärisch instradiert werden, mit militärischen Frachtbriefen und es werde diese Aktion seitens der militärischen Behörden überhaupt in jeder Weise unterstützt. Die Verhandlungen mit der Gemeinde Fara seien ursprünglich spießig gewesen, die Leute seien mißtrauisch gewesen und haben sich erst genau bei der Bezirkshauptmannschaft informiert, ob er überhaupt das Recht habe, zu verhandeln. Aber dann sei es gegangen und er glaube, wenn diese Aktion gelingt, werde gezeigt werden können, in welcher Weise man vorgehen muß, um dort den Wiederaufbau durchzuführen. Es werde möglich sein, etwas zu schaffen, was vorbildlich wirken wird. Die Kriegsgefangenen können in ausgezeichneter Weise untergebracht werden in den Holzbaracken, die die Italiener zurückließen und die massenhaft vorhanden sind.

Die Konferenz nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Der Bürgermeister:

Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:

v. Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:

Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Partei:

Reumann m. p.

Schriftführer:

v. Kadler m. p.,

Magistrats-Ober-Kommissär,

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom 8. Mai 1918.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner,
Vize-Bürgermeister Heinrich Pierhammer.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Franz Hof,
Vize-Bürgermeister Josef Rain,
Angermayer, Körber,
Braun, Dr. Mataja,
Braunelß, Müller,
Dechant, Kemeß,
Frajß, Poyer,
Grünbeck Sebastian, Schmid,
Dr. Haas, Schneider,
Dr. Hein, Spalowsky,
Heindl, v. Steiner,
Högel, Tomola,
Hohensinner, Zagka,
Jung,

Entschuldigt: St.-R. Hermann, Schwer, Wessely.

Schriftführer: Magistrats-Konzepts-Praktikant Dr. Seipka.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und hält dem verstorbenen St.-R. Robert Baron einen tiefempfundenen Nachruf, welcher von den Anwesenden zum Zeichen der Trauer stehend angehört wird.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(P. B. 4657, W. A., 3073.) Die Beteiligung an der von der Allgemeinen Depositenbank zu errichtenden Aktiengesellschaft zur Übernahme der Dziedzicer Montangewerkschaft wird unter nachstehenden Bedingungen beschlossen:

1. Die Allgemeine Depositenbank bringt auf Grund sämtlicher ihr gehöriger 100 Stück Akze der Dziedzicer Montangewerkschaft den gesamten, der Gewerkschaft gehörigen Grubenbesitz, einschließlich aller Arten von Maschinen und der Gebäude als Apports in eine neu zu gründende Aktiengesellschaft um den Betrag von 19.5 Millionen Kronen und ist verpflichtet, für die schulden- und lastenfreie Einbringung sämtlicher Objekte Sorge zu tragen.

Sie verpflichtet sich auch, alle jene Mobilien, welche aus den von der Bank der Dziedzicer Montangewerkschaft geleisteten oder von der Bank für diese Gewerkschaft bezahlten Krediten bis zum Betrage von 7.2 Millionen Kronen angeschafft wurden, der Aktiengesellschaft ohne Anspruch auf eine Entschädigung zu überlassen. Alle Bestände und Borräte jedoch, welche nicht aus diesen Krediten, sondern aus eigenen Geldern der Bank angeschafft wurden, bleiben ihr Eigentum und sind von der Aktiengesellschaft zu den Inventurpreisen zu übernehmen.

2. Diese Aktiengesellschaft wird mit einem Aktienkapital von 19.5 Millionen Kronen gegründet, von welchem die Stadtgemeinde

Wien 60 Prozent al pari übernimmt und sich verpflichtet, dieselben bar zu bezahlen. Die Aktiengesellschaft soll rückwirkend vom 1. Jänner 1918 in den Betrieb und das Geschäft der Dzierziger Montangewerkschaft eintreten, bis zu welcher Zeit alle Aktiva der Bank gutzuschreiben sind, beziehungsweise alle Passiva die Bank belasten.

3. Die Gemeinde Wien und die Allgemeine Depositenbank erklären gegenseitig, einen Syndikatsvertrag für die Dauer von zehn Jahren, angefangen vom 1. Jänner 1918, einzugehen, während welcher Zeit weder die Bank noch auch die Gemeinde Wien ohne Zustimmung des anderen Teiles berechtigt ist, ihren Aktienbesitz oder einen Teil hiervon zu verkaufen. Nach Ablauf des Syndikatsverhältnisses bewilligt die Bank der Gemeinde Wien noch ein Vorkaufsrecht für die Dauer von fünf Jahren.

4. Die Allgemeine Depositenbank erklärt ihre Bereitwilligkeit zur Einräumung eines Investitionskredites und der laufenden Betriebskredite zu den jeweiligen Bankartellbedingungen, wird aber bemüht sein, von dem Bankartell die Zustimmung zu erwirken, daß sie zu günstigeren Bedingungen Kredite der Dzierziger Montangewerkschaft A. G. zur Verfügung stellen könne.

5. Die Allgemeine Depositenbank erklärt sich damit einverstanden, daß die Gemeinde Wien ihren gesamten Kohlenbedarf aus der Förderung der Dzierziger Montangewerkschaft A. G. zu Preisen beziehe, zu denen die Gemeinde ihren jeweilig günstigsten Abschluß in Kohle gleicher Beschaffenheit machen kann. Von diesen Preisen wird ihr außerdem für die Dauer des Syndikatsvertrages ein Nachlaß von 5 Prozent für jene Menge bewilligt, welche bei einer Förderung bis zu 500.000 Tonnen 50 Prozent, von der Förderung über 500.000 bis 1 Million Tonnen 40 Prozent und von der Förderung über 1 Million Tonnen 30 Prozent nicht übersteigt. Nach Ablauf des Syndikatsvertrages steht der Aktiengesellschaft das Recht zu, die Lieferungspreise frei mit der Gemeinde Wien zu vereinbaren. Für die Gewährung der Nachlässe kommen die Kohlenpreise am Wiener Plage in Betracht, die Nachlässe werden jedoch nur von dem nach Abzug der Frachtspesen verbleibenden Restbeträge berechnet.

6. Für die von der Gemeinde nicht angesprochene Kohlenförderung bekommt die Allgemeine Depositenbank den kommissionsweisen Verkauf für die Dauer von 15 Jahren, vom 1. Jänner 1918 an gerechnet, jedoch nur insoweit, als sie sich im Vollbesitz von 40 Prozent des Aktienkapitales befindet. Für die Verkaufsspesen wird ihr eine Provision von 2 Prozent und für das Delltrebere bei diesem Geschäft eine Provision von 1 Prozent bewilligt.

7. Der Stadtgemeinde Wien ist der zwischen der Dzierziger Montangewerkschaft und Berg-Direktor Hugo Presser abgeschlossene Dienstvertrag bekannt und wird dieses Dienstverhältnis auf die neue Gesellschaft übertragen.

8. Ebenso sind der Stadtgemeinde Wien die Lieferungsverbindlichkeiten der Dzierziger Montangewerkschaft gegenüber der Staatsbahn bekannt und gehen auch diese Vertragsverpflichtungen, ebenso wie die Amortisation der noch rückständigen Anzahlung auf die neue Gesellschaft über.

9. Der Verwaltungsrat setzt sich verhältnismäßig zum Aktienbesitz zusammen; der Präsident wird von Seite der Stadtgemeinde, der Vize-Präsident von Seite der Allgemeinen Depositenbank nominiert.

10. Zur Deckung des Erfordernisses in der Höhe von rund 12 Millionen sind die Bestände des Anlehens vom Jahre 1914

vorschußweise heranzuziehen. Der Rückersatz an dieses Darlehen hat aus dem seinerzeitigen Erlöse des noch zu begebenden restlichen Betrages des Anlehens vom Jahre 1908 oder aus einem allenfalls neu zu begebenden Anlehen zu erfolgen.

(An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister **Sierhammer** übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Seindl** wird beschlossen:

(P. Z. 4705, M. A. III, 717.) Die Erneuerung der im Lokalaugenscheinsprotokolle vom 19. März 1918 bezeichneten 10 Fenster an der Nordfront des Kursalons mit Ausnahme der beiden Eckfenster, wird mit dem bedeckten Kostenbetrage von 32.200 K genehmigt.

Das Anerbieten des Pächters **Hans Rübner**, 20 Prozent dieser Kosten zu tragen, wird angenommen.

Die Ausführung dieser Arbeiten wird der Firma **Portois & Fix** unter den im Kostenvoranschlag sub Alternative II gestellten Bedingungen mit der Abänderung übertragen, daß die Zahlung nach Maßgabe des Arbeitsfortschrittes bei 15 Prozent Deckungsrücklaß zu erfolgen habe.

(Vize-Bürgermeister **Rain** übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner** wird beschlossen:

(P. Z. 4605, M. A. X, 3785.) Das Ansuchen der **Henriette Dsio**, III., Ungargasse 45, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe XVIII, Reihe 9, Nummer 7 im Döbblinger Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 4650, M. A. X, 2869.) Das Ansuchen des **Oskar Bernheimer**, III., Depeltgasse 1a, ihm das eigene Grab Nr. 33 an der nordwestlichen Friedhofsmauer im alten Teile des Grinzinger Friedhofes um 1200 K auf die Dauer des Friedhofbestandes zu überlassen, wird abgewiesen.

(P. Z. 4649, M. A. X, 2395.) Das Ansuchen des **Franz Stich**, Agent, XVIII., Genzgasse 130, um Überlassung des eigenen Grabes Gruppe XIX, Reihe 8, Nummer 23 im Döbblinger Friedhofe um die tarifmäßige Grabstellgebühr für zugewiesene wird abgelehnt.

(Vize-Bürgermeister **Sierhammer** übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Rain** wird beschlossen:

(P. Z. 4427, M. A. IV, 90.) Das Anbot des **Franz Grill**, XVIII., Gersthofstraße 137, vom 8. Jänner 1918, mit dem er sich verpflichtet, vom 15. Jänner 1918 angefangen ein Paar Pferde für die Bespannung der Freiwilligen Feuerwehr Gersthof gegen eine Entschädigung von 30 K für den Tag ständig bereit zu halten, wird angenommen.

Die Vereinbarung wird gegen eine jederzeit geltend zu machende gegenseitige vierteljährliche Kündigung abgeschlossen.

Zur Ausgabenpost XX 4 a des Voranschlages der Gemeinde für das Verwaltungsjahr 1917/18 wird ein zweiter Zuschußkredit von 4500 K bewilligt.

(P. Z. 4476, M. A. IV, 248.) Die Entschädigung der Firma Ritzler's Erben Rudolf Bauer, XVI., Wirtgasse 44, für die Vereithaltung von zwei Paar Pferden für die Freiwillige Feuerwehr Ottakring wird vom 17. Jänner 1918 an auf 50 K täglich für das Paar erhöht.

Zur Ausgabe-Rubrik XX 4 a „Auslagen für die Beförderung der Löschgeräte a) Pferdebetrieb“ wird ein (dritter) Zuschußkredit von 4950 K bewilligt.

(P. Z. 4596, M. A. IV, 377.) Der Löschmeister I. Klasse der städtischen Feuerwehr Karl Ottet wird für seine Person zum Exerziermeister II. Klasse der städtischen Feuerwehr ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4707, M. A. IV, 1711.) Die Gemeinde Wien übernimmt die Tragung der Kosten des Leichenbegängnisses des im Dienste verunglückten Kutschers der städtischen Feuerwehr Andreas Gruber im Betrage von 500 K. In diesen Betrag ist der der Witwe gebührende Leichenkostenbeitrag von 120 K einzurechnen.

(P. Z. 4715, M. A. IV, 3412.) Die Anschaffung von 6000 m Hansschläuchen wird auf Grund des Angebotes der Firma Hirschl & Komp., I., Schmerlingplatz 5, vom 10. April 1918 nach dem von der Firma vorgelegten Muster mit dem Kostenbetrage von 64.200 K bewilligt.

Zur Ausgabe-Rubrik XX 5 b „Neuanschaffung von Lösch- und Rettungsgeräten und Ausrüstungsgegenständen“ wird ein erster Zuschußkredit in der Höhe von 14.200 K bewilligt.

Das Anbot der Firma M. J. Elfinger & Söhne, I., Volksgartenstraße 1, vom 10. April 1918, betreffend Lieferung von Druckschläuchen, wird abgelehnt.

(Vize-Bürgermeister Rain übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 3004, St. S., 944.) Der Stadtrat genehmigt den Ankauf des Aquarells von Hans Götzinger „Diestertweggasse“.

(P. Z. 4539, St. S., 293.) Die von dem Bildhauer Zelezny in Holz ausgeführten lebensgroßen Typen „Deutschmeister und Wäschermädchen“ werden für die städtischen Sammlungen angekauft.

(P. Z. 4554, St. S., 960.) Vize-Bürgermeister Hierhammer referiert über das Anbot des Bildhauers Albert Rothmund bezüglich der Anfertigung von Figürchen zur Veranschaulichung der Damenmoden im Laufe der Jahre und beantragt, die Herstellung von 30 nach und nach zu liefernden Kostümfiguren der weiblichen Mode, im Jahrzehnt 1910 bis 1920 zu genehmigen und hierfür den Betrag von 3000 K zu bewilligen. (Abgelehnt.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird weiter beschlossen:

(P. Z. 4057, St. S., 264.) Das Ansuchen des Direktors des Hauptmünzamtens Hofrat Petrovits auf Nachprägung der Türkenmedaille von 1883 zum Zwecke des Verkaufes wird abgelehnt.

(P. Z. 4706, M. A. II, 3780.) Der Magistratsratswitwe Rosa Schnitt wird eine Witwenpension von jährlich 2400 K zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4710, M. A. VIII a, 468.) 1. Die dem Fondsgute Ebersdorf a. d. Donau gehörige Fischerei im sogenannten „abgebauten Bache“ in Albern wird vom 1. Mai 1918 bis 30. April 1924 um den Jahrespachtzuschilling von 350 K an Johann Pribyl verpachtet.

2. Die Angebote der übrigen Anbotsteller werden abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hof** wird beschlossen:

(P. Z. 4644, M. A. III, 1515.) I. Zwischen der Gemeinde Wien und der Donauregulierungs-Kommission wird folgendes Übereinkommen geschlossen:

- a) Zu wirtschaftlichen, insbesondere Approvisionierungszwecken, ferner zu Zwecken der Erbauung von Bedienstetenwohnhäusern der städtischen Straßenbahnen, einer öffentlichen Badeanstalt, weiter zur Schaffung eines entsprechend großen Bauplatzes für die nächst dem Lagerhause der Stadt Wien geplanten, Approvisionierungszwecken dienenden Industrieanlagen, die entweder von der Gemeinde selbst oder unter ihrer finanziellen Beteiligung errichtet werden, endlich zum Zwecke der teilweisen Verlegung der Engerthstraße überläßt die Donauregulierungs-Kommission der Gemeinde Wien die Baustellen 5, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 15 und 16 der Baugruppe X/B, Einl.-Z. 2611 bis 2613, 2777, 2614, 2778, 2615, 2616 und 2780 Brigittenau, die Baustellen 1 bis einschließlich 8 der Baugruppe XI/B, Einl.-Z. 2617, 2781, 2618, 2782, 2619, 2783, 2620 und 2784 Brigittenau, die Baustellen 10 bis einschließlich 17 der Gruppe XI/C, Einl.-Z. 2826, 2991, 2827, 2992, 2828, 2993, 2829, 2994 Brigittenau, die Baustellen 4 und 5 der Gruppe XXX/A, Einl.-Z. 4515 und 4516 Leopoldstadt, die Baustellen 1 bis 16 der Gruppe XXX/B, Einl.-Z. 4459 und 4518 bis einschließlich 4532 Leopoldstadt, die Baustellen 1 bis 10 der Gruppe XXXI/A, Einl.-Z. 4460 und 4533 bis einschließlich 4541 desselben Grundbuches, die Baustellen 1 bis 12 der Gruppe XXXI/B, Einl.-Z. 4461 und 4542 bis einschließlich 4552 Leopoldstadt, die Baustellen 1 bis 14 der Gruppe XXXII/B, Einl.-Z. 4463 und 4564 bis einschließlich 4576 des genannten Grundbuches, die Baustellen 1 bis 7 und 10 bis 12 der Gruppe XXXIII/A, Einl.-Z. 4464, 4577 bis einschließlich 4582, 4585 bis einschließlich 4587 dieses Grundbuches, die Baustellen 1 bis 14 der Gruppe XXXIII/B, Einl.-Z. 4465, 4588 bis einschließlich 4600 Leopoldstadt, die Baustellen 1, 3, 5, 7, 9, 11 und 13 der Gruppe XVII/D, Einl.-Z. 3098 bis einschließlich 3104 Leopoldstadt, die Baustellen 1, 2, 4, 6, 7 und 8 der Baugruppe XXI/D, Einl.-Z. 4448, 4449, 4451, 4453, 4454 und 4455 des gleichen Grundbuches, die Baustellen 1 bis 11 der Gruppe XXXI/C, Einl.-Z. 5524 bis einschließlich 5534 Leopoldstadt, die Baustellen 1 bis 15 der Gruppe XXXII/C, Einl.-Z. 5535, bis einschließlich 5549, die Baustellen 1 und 7, sowie Teile der Baustellen 2, 4, 5, 6 und 8 der Gruppe XXXIII/C, Einl.-Z. 5550, 5556, 5551, 5553, 5554, 5555 und 5557 Leopoldstadt im Ausmaße von insgesamt ungefähr 107.790-88 m².
- b) Für Rechnung der Gemeinde Wien überläßt die Donauregulierungs-Kommission dem Hans Veinkauf die Baustellen 1 bis 5 der Gruppe XXVI/A, Einl.-Z. 5431 bis einschließlich 5435 Leopoldstadt und die Baustellen 1 bis 8 der Gruppe

XXVI/B, Einl.-Z. 5436 bis einschließlich 5443 des Grundbuches Leopoldstadt im Ausmaße von insgesamt 8227.78 m². Diese Grundüberlassung erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

1. Der Kaufschilling für die unter a und b bezeichneten Gründe beträgt 5.069.866 K 72 h.

Dieser Kaufschilling wird dann eine entsprechende Korrektur zu erfahren haben, wenn sich bei der genauen Vermessung der Teilflächen der Baustellen 2, 4, 5, 6 und 8 der Gruppe XXXIII/C ein anderes Flächenmaß ergeben sollte, als jetzt angenommen wird.

2. Der vorbezeichnete Kaufschilling ist in 20 gleichen Teilbeträgen, von welchen der erste am Tage der Unterfertigung des schriftlichen Vertrages, die folgenden an den entsprechenden Tagen der folgenden 19 Jahre fällig sein werden, zuhanden der Donauregulierungsfonds-Kassa zu erlegen.

Der jeweils aushaftende Kaufschillingsrest ist mit jährlich 4 1/4 Prozent, halbjährig im vorhinein zahlbar, bis zur gänzlichen Tilgung zu verzinsen.

Sollten die abverkauften Baustellen der Gemeinde Wien noch vor Unterfertigung des schriftlichen Vertrages in den physischen Besitz übergeben werden, so beginnt die Verzinsungspflicht der Gemeinde Wien für den auf die so übergebenen Grundflächen entfallenden Kaufschilling mit dem Tage der Übergabe.

Der Gemeinde Wien bleibt das Recht gewahrt, den Kaufschillingsrest auch vor Ablauf der 20 Jahre auf einmal zur Abstattung zu bringen.

3. Auf die grundbücherliche Sicherstellung des Kaufschillingsrestes wird verzichtet.

4. Es wird bedungen, daß die der Gemeinde Wien überlassenen Grundflächen von der Gemeinde selbst für die unter Ia angeführten oder ähnliche öffentliche oder wirtschaftliche Zwecke verwendet werden.

Sollte dies nicht der Fall sein und die Gemeinde die fraglichen Grundstücke ganz oder teilweise an Dritte verkaufen, so hat die Gemeinde Wien 2/3 des bei einem solchen Verkaufe etwa erzielten Mehrerlöses an den Donauregulierungsfonds zurückzugeben.

5. Die Donauregulierungs-Kommission wird der Gemeinde Wien behufs teilweiser Verlegung der Engerthstraße die angesprochenen Teilflächen der Gruppen XXXIV/C und XXXV/C in erst näher zu bestimmendem Flächenmaße übergeben und für die vom Bloke XXXIV/C abzutrennende Fläche im Tauschwege eine gleich große heute zur Engerthstraße gehörige und später dem Donauregulierungsfondsblocke XXXIV/B zuzuschlagende Fläche übernehmen.

Sollten sich bei der Verfassung des bezüglichen, diesen Block betreffenden Umparzellierungsplanes, bei dessen Behandlung die Gemeinde der Donauregulierungs-Kommission möglichst entgegenkommen wird, ergeben, daß der Block XXXIV/B infolge dieses Grundtausches eine Wertverminderung erleidet, so hat die Gemeinde Wien die Donauregulierungs-Kommission hierfür billig zu entschädigen.

Die vom Bloke XXXV/C zur Engerthstraße abzutretende Teilfläche ist von der Gemeinde Wien, da der Block XXXV/B nicht mehr im Besitze der Donauregulierungs-Kommission ist, um den um 20 Prozent verringerten Schätzwert anzulassen. Der Kaufschilling für den hier in Betracht kommenden kleinen Grundstreifen

ist bei der Unterfertigung des Vertrages in seiner Gänze bar zu bezahlen.

6. Die Gemeinde Wien wird der Donauregulierungs-Kommission bei der geplanten Fortsetzung der Parzellierung des Wiener Fondsbesitzes nach Möglichkeit entgegenkommen.

7. Es ist vorauszusehen, daß die Gemeinde Wien bei der Verbauung der ihr jetzt und der ihr im Vorjahre für wirtschaftliche Zwecke überlassenen Baublöcke an die Auflassung mehrerer Straßenzüge innerhalb dieser Baublöcke schreiten wird.

Die Donauregulierungs-Kommission wird aus einem solchen Anlasse gegen die Gemeinde Wien keinerlei Forderungen erheben. Sie wird auch gegen die Überlassung von Straßengründen an Hans Veinlauf keine Einwendung und aus Anlaß dieser Überlassung weder gegen die Gemeinde Wien noch gegen Hans Veinlauf eine Forderung erheben.

Dieser der Gemeinde Wien und Hans Veinlauf gegenüber geübte Vorgang wird aber kein Präjudiz für künftige und anderweitige Straßenauflassungen, an welchen Private interessiert sein werden, bilden.

8. Der Bedingung, daß sich die Gemeinde in jenem Falle, als sie auf den ihr überlassenen Grundflächen Schleppgeleise zur Donauuferbahn anlegen sollte, zu verpflichten hat, der Donauregulierungs-Kommission den Anschluß der in den Reihen XXXIV bis XLI in den Gruppen B und C gelegenen Fondsgründe an diese Schleppgeleise zu gestatten, wird grundsätzlich zugestimmt, sofern die technische Möglichkeit besteht, der Verkehr zum städtischen Lagerhause, zu den im Punkte Ia genannten Anlagen und der auf der Engerthstraße in absehbarer Zeit zu eröffnende Straßenbahnverkehr nicht beeinträchtigt wird und mit Beziehung auf den Kostenbeitrag zum Baue und zum Betriebe ein Übereinkommen zustande kommt.

9. Die mit dem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Gemeinde Wien.

10. Der Bedingung, daß die Gemeinde Wien nach Durchführung dieses Grundkaufes vom Donauregulierungsfonds weitere Grundstücke nicht mehr in Anspruch nehmen wird, wird in der Voraussetzung zugestimmt, daß diese Erklärung sich nur auf große, nicht aber auf kleine, etwa notwendig werdende Transaktionen bezieht, und in der zuversichtlichen Erwartung, daß die Donauregulierungs-Kommission, sofern künftige Verhältnisse die Gemeinde Wien zwingen, neuerlich Gründe des Fonds in Anspruch zu nehmen, diese Verhältnisse bei ihrer Entscheidung wohlwollend berücksichtigen werde.

II. Die Baulinien für die Baublöcke XXVI/A und XXVI/B, Einl.-Z. 5431 bis 5443 Leopoldstadt, werden nach den im Plane des Stadtbauamtes Z. 208/XIII/18 rot schraffierten und mit a b und c d e f g bezeichneten Linien abgeändert.

III. Zur Ergänzung der dem Hans Veinlauf vom Donauregulierungsfonds auf Rechnung der Gemeinde Wien zu überlassenden Baublöcke XXVI/A und XXVI/B überläßt ihm die Gemeinde Wien die im Plane IV rot angelegten Teile der Kat.-Parz. 2236/1, 2236/5, 2236/6, 2236/24 und 2236/28 öffentliches Gut Leopoldstadt im Ausmaße von angenähert 4675.10 m² unter folgenden Bedingungen:

1. Im Tauschwege überläßt Hans Veinlauf der Gemeinde Wien die Baustellen 1 bis einschließlich 12 des Baublockes XXXII/A, Einl.-Z. 4462 des Grundbuches Leopoldstadt mit den Kat.-Parz. 2157/36 und 2157/112 bis einschließlich 2157/122 im

Ausmaße von insgesamt 8286·97 m² im vereinbarten Werte von 374.936 K 98 h.

2. Die Gründe werden gegenseitig vollständig lastenfrei übertragen, im übrigen aber, wie sie liegen und stehen, übergeben.

3. Eine Anzahlung wird von keiner Seite geleistet.

4. Die mit der Vertragserrichtung und der grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten und Gebühren und die Vermögensübertragungsgebühren gehen zu Lasten der Gemeinde Wien.

IV. Die aus diesem Rechtsgeschäfte erwachsenden Auslagen werden auf die Ausgabe-Nubrik XII 27 (Investitionsanlehen vom Jahre 1914) verwiesen, soweit sie allenfalls noch im laufenden Verwaltungsjahre zur Auszahlung gelangen. Für die folgenden Jahre sind die jeweils fälligen Teilbeträge in den betreffenden Voranschlägen sicherzustellen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4714, St. Lagerh., 6393.) Der Nachtrag XXXVII zum Gebührentarife der Lagerhäuser der Stadt Wien wird genehmigt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4713, St. Lagerh., 10390.) Der Nachtrag I zum Gebührentarife des Kühlagerhauses der Stadt Wien vom 23. Juni 1917 wird genehmigt. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen

(P. Z. 4733, St. Str. B., 1782.) Im Interesse des heute so schwierigen Straßenbahnverkehrs ist folgende Mahnung an die Fahrgäste in den Straßenbahnwagen zu affizieren:

„Die jetzige Verkehrsnot erfordert dringend, daß die Fahrgäste Türen und Ausgänge freihalten, ins Wageninnere vorgehen und den Platzanweisungen Folge leisten. Der Schaffner (Schaffnerin) mußte dawiderhandelnde vom Wagen weisen, um möglichst vielen Personen die Fahrt zu ermöglichen.“

(P. Z. 4416, St. Str. B., 155.) Der Stadtrat nimmt den Bericht über das Ergebnis des Betriebes der städtischen Straßenbahnen und der städtischen Kraftstellwagenunternehmung im Verwaltungsjahre 1916/17 mit dem in den Rechnungsabschlüssen ausgewiesenen Gebahrungüberschuß von 9.431.345 K 4 h zur Kenntnis und ist dieser Überschuß folgendermaßen zu verwenden:

Es sind

118.396 K 80 h zur Deckung der Aufwendungen für Neuananschaffungen und Neuherstellungen;

273.278 K 42 h zur Tilgung des aus dem Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1902 bestrittenen Anlagevermögens;

84.658 K 26 h zur Tilgung des aus dem Anlehen vom Jahre 1908 bestrittenen Anlagevermögens;

100.000 K als Spende für die Kriegsfürjorgestelle der städtischen Straßenbahnen;

1.855.011 K 56 h, und zwar 186.320 K für Bilanzremunerationen (laut besonderen Antrages Rp. Z. 400/18) und 1.668.691 K 56 h zur Überweisung an die Rücklagen für Erneuerung zu verwenden und

7.000.000 K an die Eigenen Gelder der Gemeinde Wien abzuführen. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Haas** wird beschlossen:

(P. Z. 4708, M. A. IV, 1310.) Dem Musikverein der Bediensteten der k. k. priv. Südbahngesellschaft in Wien, IV., Favoritenplatz 1, wird unter den im Vorjahre vorgeschriebenen Bedingungen auch für das Jahr 1918 gegen jederzeitigen Widerruf die Bewilligung erteilt, in den Monaten Mai bis September 1918 an schönen Sonntagen vormittags auf dem Kinderspielplatz im Maria Josefa-Barle Platzkonzerte zu veranstalten.

Dem Vereine wird seitens der Gemeinde Wien ein Beitrag von 160 K für jedes Konzert gewährt.

Die Gesamtkosten von 3520 K werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 4653, M. A. XV, 6667.) Die Bewerbung um die erledigte Leiterstelle an der Mädchen-Volksschule XIII., Diefnerweggasse 30, wird nur männlichen Lehrpersonen eingeräumt.

(P. Z. 4668, M. A. XI c, 825.) Die Satzungen der Wiener städtischen Akademie für soziale Verwaltung werden in der vorgelegten Fassung genehmigt. Die Zahl der vom Gemeinderate aus seiner Mitte zu wählenden und der vom Herrn Bürgermeister zu berufenden Mitglieder des Kuratoriums wird vorläufig mit je vier festgesetzt.

(P. Z. 4611, M. A. XV, 5971.) Der Lehrerin der französischen Sprache Rosalie Kolb wird die Tilgung des Remunerationenüberschusses von 209 K 78 h in monatlichen Raten von 40 K vom 1. Mai 1918 an bewilligt.

(P. Z. 4627, B. Sch. R., 11152.) Zur definitiven Veretzung des Bürgereschullehrers Josef Borwig aus Dienstesrückichten von der Bürgerschule für Knaben X., Herzgasse 27, an die Bürgerschule für Knaben II., Feuerbachstraße 3, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4628, B. Sch. R., 9597.) Zur definitiven Veretzung des Bürgereschullehrers Alois M a z e n a u e r aus Dienstesrückichten von der Bürgerschule für Knaben II., Schwarzingerstraße 4, an die Bürgerschule für Knaben II., Feuerbachstraße 3, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4612, M. A. XV, 4761.) Das Ansuchen der Bürgereschullehrerwitwe Hermine Brunner um Bewilligung einer Pensionsabfertigung im Betrage von 52.000 K, beziehungsweise eines Pensionsvorschußes von 32.000 K wird abgelehnt.

(P. Z. 4666, B. Sch. R., 1947.) Die ausstillsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XII. Bezirke, Bierthalergasse 13, Marie Oberleitner wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. März 1918 im Borrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XII. Bezirke, Kobingerstraße 5/7, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Bakka** wird beschlossen:

(P. Z. 4709, M. A. VIII, 891.) Die Anschaffung eines 900 mm Hochdruckwasserleitungs-Schiebers für Zwecke der Zweiten Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung um den auf Ausgabe-Nubrik

XXVI 7 c bedeckten Kostenbetrage von 4920 K wird nachträglich genehmigt.

(B. Z. 4711, M. A. IX, 3329.) Der Firma Feld- und Industriebahnwerke Dr. Brufner & Polliger wird eine Aufzahlung von 2 K für 1 m³ Erdabgrabung, Förderung und Wiederanschüttung für die Gesamtmenge von 3755 m³ anlässlich der Durchführung der mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 20. Juli 1916, Z. 7419/16, genehmigten und in der Zeit von Ende September bis anfangs November 1917 geleisteten Erdarbeiten auf Wagemann'schen Gründen im X. Bezirke gewährt.

Den gleichen Unternehmern wird für die im Jahre 1918 auszuführenden Erdarbeiten auf diesen Gründen ein Einheitspreis von 8 K 90 h für 1 m³ Abgrabung, Förderung und Wiederanschüttung bewilligt.

Das sich ergebende und bedachte Mehrerfordernis von 28.000 K wird genehmigt. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Dr. Haas wird beschlossen:

(B. Z. 4734.) Zur Beerdigung der Leiche des Ober-Bibliothekars der Geol. Reichsanstalt, kais. Rates Dr. Anton Matosch, III., Genzengasse 35, wird ein Ehrengrab an der linksseitigen Friedhofsmauer im Wiener Zentral-Friedhofe bewilligt.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

A. I. Bezirkschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirkschulrates Wien vom 22. April 1918, ad G. Z. 16713/17:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 15. April 1918, Z. 2086-II, der laut h. a. Erlasses vom 5. Jänner 1918, Z. 6447-II, mit Ende Jänner 1918 in den Ruhestand versetzten Volksschullehrerin I. Klasse Anna Gernert für ihr mehr als 40jähriges, eifriges Wirken im Interesse des Schulunterrichtes und der Jugendziehung die Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des k. k. Bezirkschulrates Wien vom 22. April 1918, ad G. Z. 17129/17:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 15. April 1918, Z. 2090-II, dem laut des Erlasses vom 5. Jänner 1918, Z. 6471/II, mit Ende Jänner 1918 in den Ruhestand versetzten Oberlehrer an der allgemeinen Volksschule für Knaben XXI., Benhartgasse 34, Alois Richlowsky, für seine 40jährige pflichtgetreue Amtsführung als Lehrer und Schulleiter die Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des k. k. Bezirkschulrates Wien vom 7. Mai 1918, ad G. Z. 10989/17:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 30. April 1918, Z. 2091-II, dem mit Ende Oktober 1917 in den Ruhestand versetzten Bürgerschullehrer an der Bürgerschule

für Mädchen XVIII., Schulgasse 57, Georg Hofbauer, für seine langjährige, erspriessliche Lehrtätigkeit die volle Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des k. k. Bezirkschulrates Wien vom 7. Mai 1918, ad G. Z. 15156/17:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 1. Mai 1918, Z. 2087-II, dem mit Ende Jänner 1918 in den Ruhestand versetzten Oberlehrer an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XVIII., Schopenhauerstraße 66 Josef Heindl, für seine vieljährige, erfolgreiche Lehrtätigkeit die besondere Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des k. k. Bezirkschulrates Wien vom 7. Mai 1918, ad G. Z. 932/18:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 30. April 1918, Z. 2089-II, dem Arzte Dr. Felix Schlichter, VI., Loquaiplatz 11, für sein auf opferndes humanes Wirken in dem Kinderheime der Frau Hofrat Dr. Brba den Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Monatsbericht des Wohnungsamtes der Stadt Wien für April 1918.

Mit Ende April sind 883 Wohnungen oder 0.159 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes als leerstehend zu verzeichnen, gegen 1064 oder 0.192 Prozent im März. Es hat also ein weiterer Rückgang stattgefunden.

Von den ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe

der Kleinwohnungen 752 (0.185 Prozent aller Kleinwohnungen),

der kleineren Mittelwohnungen 68 (0.133 Prozent aller kleineren Mittelwohnungen),

der größeren Mittelwohnungen 42 (0.059 Prozent aller größeren Mittelwohnungen) und

der großen Wohnungen 21 (0.077 Prozent aller großen Wohnungen).

Die Zahl der leerstehenden Geschäftslokale ist von 5300 Ende März auf 5021 im Berichtsmonate zurückgegangen.

Die Besucherzahl im April ist auf 2476 gestiegen.

Im allgemeinen muß festgestellt werden, daß die Lage am Wohnungsmarkte sich neuerlich verschlechtert hat und daß nur durch die den Wohnungswechsel stark beschränkenden Ausnahmsmaßregeln schwere Störungen noch verhütet wurden.

Im Berichtsmonate ist durch die bekannte Verordnung des Ministeriums für soziale Fürsorge die anderweitige Verwendung von Wohnungen nur ausnahmsweise und mit besonderer Bewilligung zulässig erklärt worden. In Anwendung dieser Verordnung war das Wohnungsamt in der Lage, den wiederholt erörterten Übelständen auf diesem Gebiete zu begegnen, auch wurde die Wahrnehmung gemacht, daß der bloße Bestand der Verordnung im günstigen Sinne wirkte; dagegen ist von der durch die gleiche Verordnung erleichterten Umwandlung unbenutzter Räume in Wohnräume bisher nur wenig Gebrauch gemacht worden.

Wohnungsnachweis der Stadt Wien.

Übersicht

der mit 30. April 1918 in Vormerkung stehenden Wohnungen und Geschäftslokalitäten.

Bezirk	Kleinwohnungen I.			Kleinere Mittel- wohnungen II.			Größere Mittel- wohnungen III.			Große Wohnungen IV.			Geschäftslokalitäten		
	März 1918	April 1918	+ -	März 1918	April 1918	+ -	März 1918	April 1918	+ -	März 1918	April 1918	+ -	März 1918	April 1918	+ -
I.	1	1	—	4	6	+ 2	3	3	—	5	4	— 1	186	173	— 13
II.	11	10	— 1	—	—	—	—	1	+ 1	2	2	—	227	225	— 2
III.	9	9	—	—	—	—	1	1	—	2	2	—	379	366	— 13
IV.	6	5	— 1	3	1	— 2	4	2	— 2	1	—	— 1	212	187	— 25
V.	18	15	— 3	10	7	— 3	2	1	— 1	2	2	—	331	319	— 12
VI.	8	9	+ 1	4	8	+ 4	2	5	+ 3	3	2	— 1	223	203	— 20
VII.	23	18	— 5	4	3	— 1	1	3	+ 2	—	1	+ 1	201	179	— 22
VIII.	7	7	—	1	—	— 1	3	2	— 1	—	—	—	272	239	— 33
IX.	14	15	+ 1	6	4	— 2	1	—	— 1	3	3	—	195	174	— 21
X.	29	28	— 1	4	3	— 1	1	2	+ 1	1	1	—	364	342	— 22
XI.	3	2	— 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39	40	+ 1
XII.	23	20	— 3	5	7	+ 2	2	3	+ 1	2	2	—	343	336	— 7
XIII.	210	189	— 21	18	16	— 2	10	11	+ 1	3	2	— 1	466	457	— 9
XIV.	100	75	— 25	8	6	— 2	2	2	—	—	—	—	341	328	— 13
XV.	19	15	— 4	4	4	—	—	—	—	—	—	—	241	231	— 10
XVI.	252	206	— 46	15	11	— 4	6	3	— 3	—	—	—	430	411	— 19
XVII.	103	68	— 35	10	5	— 5	3	1	— 2	3	3	—	256	246	— 10
XVIII.	29	20	— 9	1	—	— 1	1	1	—	—	—	—	317	294	— 23
XIX.	22	24	+ 2	5	4	— 1	3	4	+ 1	4	3	— 1	215	202	— 13
XX.	44	33	— 11	5	6	+ 1	2	1	— 1	—	—	—	133	138	+ 5
XXI.	6	9	+ 3	—	—	—	1	2	+ 1	—	—	—	59	62	+ 3
	937	778	— 159	107	91	— 16	48	48	—	31	27	— 4	5430	5152	— 278

Gesamtsumme der angemeldeten Wohnungen vom März 1123; der angemeldeten Geschäftslokalitäten 5430
 " " " " " April 944; " " " " " " 5152
 — 179 — 278

Besucheranzahl in der Zentrale 478; in den Filialen 1998.
 " aus den Bezirken I bis XXI = 2476.

Wohnungsnachweis der Stadt Wien.

Übersicht

der mit 30. April 1918 in Wien leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokalitäten.

Bezirk	Kleinwohnungen I.			Kleinere Mittelwohnungen II.			Größere Mittelwohnungen III.			Große Wohnungen IV.			Geschäftslokalitäten		
	März 1918	April 1918	+ -	März 1918	April 1918	+ -	März 1918	April 1918	+ -	März 1918	April 1918	+ -	März 1918	April 1918	+ -
I.	1	1	-	1	1	-	2	3	+ 1	5	2	- 3	147	140	- 7
II.	11	10	- 1	-	-	-	-	1	+ 1	2	2	-	225	225	-
III.	9	8	- 1	-	-	-	1	1	-	2	2	-	370	364	- 6
IV.	6	5	- 1	2	1	- 1	3	2	- 1	1	-	- 1	210	181	- 29
V.	18	13	- 5	10	7	- 3	2	-	- 2	2	2	-	331	310	- 21
VI.	5	6	+ 1	4	6	+ 2	2	5	+ 3	3	2	- 1	205	180	- 25
VII.	20	16	- 4	3	2	- 1	1	3	+ 2	-	-	-	194	164	- 30
VIII.	3	7	+ 4	1	-	- 1	3	2	- 1	-	-	-	271	239	- 32
IX.	10	14	+ 4	5	4	- 1	1	-	- 1	3	3	-	186	164	- 22
X.	28	28	-	4	3	- 1	1	2	+ 1	1	1	-	362	342	- 20
XI.	3	2	- 1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	39	40	+ 1
XII.	23	19	- 4	4	6	+ 2	2	2	-	2	1	- 1	340	330	- 10
XIII.	201	185	- 16	18	3	- 15	8	8	-	2	2	-	457	452	- 5
XIV.	97	73	- 24	8	6	- 2	2	2	-	-	-	-	338	325	- 13
XV.	17	13	- 4	4	4	-	-	-	-	-	-	-	231	225	- 6
XVI.	252	206	- 46	15	11	- 4	4	3	- 1	-	-	-	427	411	- 16
XVII.	101	62	- 39	10	4	- 6	3	1	- 2	3	3	-	253	241	- 12
XVIII.	24	20	- 4	-	-	-	1	1	-	-	-	-	310	288	- 22
XIX.	19	23	+ 4	5	4	- 1	3	3	-	1	1	-	213	200	- 13
XX.	44	33	- 11	5	6	+ 1	1	1	-	-	-	-	132	138	+ 6
XXI.	5	8	+ 3	-	-	-	1	2	+ 1	-	-	-	59	62	+ 3
	897	752	- 145	99	68	- 31	41	42	+ 1	27	21	- 6	5300	5021	- 279

Gesamtsumme der leerstehenden Wohnungen vom März 1064
 " " " " " April 883
 - 181

Gesamtsumme der leerstehenden Geschäftslokalitäten vom März 5300
 " " " " " April 5021
 - 279

Anmerkung.

In die Gruppe I gehören Wohnungen mit 1 bis 2 Wohnräumen (Zimmer; Zimmer und Kabinett).

In die Gruppe II gehören Wohnungen mit 2 bis 3 Wohnräumen (2 Zimmer; 1 Zimmer und 2 Kabinette).

In die Gruppe III gehören Wohnungen mit 3 bis 4 Wohnräumen (2 Zimmer, 1 Kabinett; 3 Zimmer; 2 Zimmer, 2 Kabinette; 3 Zimmer und 1 Kabinett).

In die Gruppe IV gehören Wohnungen mit 4 Zimmern und mehr Wohnräumen.

Lebensmittelverkehr.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 15. Mai 1918

Uebernahmspreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

Weizen oder Spelz per 100 kg	40 K	—	h
Roggen	100 "	40 "	—
Gerste	100 "	37 "	—
Hafer	100 "	36 "	—

(Übernahmsbestimmungen siehe N.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

Höchstpreise für Heu und Stroh.

Heu aller Art	17 K	—	h	per 100 kg
Stroh:				
Kornschabstroh	10 "	—	"	100 "
Erbsen-, Wickenstroh	8 "	—	"	100 "
Bohnen-, Raps- und Maisstroh	6 "	—	"	100 "

(Die näheren Bestimmungen siehe N.-G.-Bl. Nr. 248 ex 1917.)

Pferdemarkt vom 14. Mai 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 772 Stüd.

250 Gebrauchspferde, 522 Schlachtpferde*).

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 5600 K per Stüd
 „ Schlachtpferde 1500 „ 2400 „ „ „

Schlachtpferde per 1 kg Lebendgewicht 5 K 50 h bis 6 K 50 h

Der Markt war lebhaft.

Baubewegung

vom 14. bis 16. Mai 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

III. Bezirk: Kegelgasse 45, von J. Müller, ebenda (1052).

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 103, von Karl Korn, III., Invalidenstraße 5 (1062).

*) Hieron 61 am Markte und 461 im Pferdeschlachthause.

IX. Bezirk: Schlagergasse 5, von der Wiener Bezirks-Krankenkassa (1061).

XX. Bezirk: Nordwestbahnstraße 39, von Groß-Büßing, Nordwestbahnstraße 53 (1058).

Diverse geringere Bauten.

II. Bezirk: Holzernes Materialmagazin, t. t. Prater (Kaisergarten), von der Ersatzmittel-Ausstellung (1064).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe der Aussteckung der Baulinien wurden überreicht.

V. Bezirk: Kettenbrückengasse 11, Einl.-Z. 592, von M. A. Marcher (1067).

Eintragungen in den Erwerbsteuernkataster. 9. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

- Bist Heinrich — Ein- und Verkauf von Tuch-, Seiden- und Wollabfällen etc. — V., Arbeitergasse 41.
- Holada Ladislaus — Selbwaren-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 14.
- Breit Franz — Tischlergewerbe — V., Leitgebasse 5.
- Brandeis Lazar — Kaffeesieder-Konzession — I., Franz Josefs-Kai 13.
- Laub Hermann rekte Nissen Herich Laub — Handel mit Uhren, Gold-, Silber- und Bijouteriewaren — II., Große Neugasse 8.
- För Paul — Handel mit Fellen, Fellabfällen und Pelzwaren — IV., Mühlgasse 21.
- Erdinger Friedrich — Kleidermachergewerbe — VIII., Stroziggasse 6.
- Moser Simche Leib (Leo) — Schuhwaren-Großhandel — II., Floßgasse 1a.
- Wöring Franz — Photographengewerbe — XVI., Grundsteingasse 28.
- Bejot Helene — Zier- und Handlungsgärtnereigewerbe — XI., Simmeringer Hauptstraße, Konstr.-Nr. 389.
- Eber Elise — Handel mit Lebens- und Genussmitteln beschränkt — XIII., Schwendergasse 49.
- Knapp Irma Marie — Übernahme von Wäsche zum Waschen und Chemischspülen — II., Große Mohrengasse 29.
- Sträßer Katharina — Handel mit Obst und Kanditen — II., Kovargasse 14.
- Schlesinger Jakob — Handel mit Bureauartikeln und Kurzwaren — II., Praterstraße 16.
- Schindler Marie — Kleinverschleiß von Brennumaterialien — II., Erlaßstraße 8.
- Sedlmayer Johanna — Kleinfuhrwerksgewerbe — II., Großer Säntenhäufen.
- Koppe Antonia Josefa — Verschleiß von Kurzwaren und Trafikantenartikeln — XIX., Döblichergasse 10.
- Zahradnit Marie — Pferdefleisch-Verschleiß — V., Gassergasse 32.
- Pisa Emilie — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — V., Reiprechttsdorferstraße 38.
- Dangelmajer Marie — Damenkleidermachergewerbe — V., Rechte Wienzeile 101.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Ehrentafel	923
Obmänner-Konferenz:	
Bericht der 90. Obmänner-Konferenz (6. Februar 1918)	924
Stadtrat:	
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 8. Mai 1918	934
Allgemeine Nachrichten:	
K. t. Bezirks-Schulrat	939
Monatsbericht des Wohnungsamtes der Stadt Wien für April 1918	939
Lebensmittelverkehr:	
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 15. Mai 1918	942
Pferdemarkt vom 14. April 1918	942
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 14. bis 16. Mai 1918	942
Eintragungen in den Erwerbsteuern-Kataster	942
Kundmachungen.	

Kundmachungen.

W. Abt. IX, 8879/17.

Kundmachung.

(Bergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Macheichung und Instandsetzung der Wagen und Gewichte auf dem Zentral-Viehmarkte und im Schlachthofe St. Marx.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Macheichung und Instandsetzung der Wagen und Gewichte auf dem Zentral-Viehmarkte und im Schlachthofe St. Marx mit dem veranschlagten Kostenerefordernisse von 13.400 K wird vom Wiener Magistrate, Abteilung IX, am Mittwoch den 22. Mai 1918, um Schlag 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Adolf Wanschura, im Neuen Rathause, V. Stiege, 2. Stock, eine öffentliche Anbotverhandlung abgehalten werden.

Der Kostenanschlag und die allgemeinen und besonderen Bedingungen können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II a, Neues Rathaus, Mezzanin, während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingungen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden im Stadtbauamte, Fach-Abt. II a, erteilt.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung IX,
im selbständigen Wirkungsbereiche,
am 7. Mai 1918.

2—2

B. W. A. Stelle 5.

3. 3886.

Kundmachung.

(Kohlenausgabe in den Monaten Juni bis Oktober 1918.)

Auf Grund der §§ 3, 11 und 19 der Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns vom 11. September 1917, L.-G.- und B.-Bl. Nr. 163, wird angeordnet:

Die auf die einzelnen Abschnitte der Küchenbrandkarten entfallende Wochenmenge wird für die 31. bis 49. Woche, das ist für die Zeit vom 2. Juni 1918 bis 12. Oktober 1918 mit 30 kg Steinkohle, beziehungsweise 40 kg Braunkohle festgesetzt.

Auf eine halbe Küchenbrandkarte entfallen dementsprechend wöchentlich 15 kg Steinkohle, beziehungsweise 20 kg Braunkohle.

Auf Grund der Bezugsscheine ist in den Monaten Juni bis einschließlich Oktober 1918 für Betriebszwecke die unter dem Buchstaben B festgesetzte Monatsmenge abzugeben.

Zur rationellen Ausnützung des Fuhrwerkes wird über besondere behördliche Bewilligung die Vorlieferung auf Grund von Bezugsscheinen für zwei eventuell drei Monate gestattet. Die Verbraucher haben sich beim Kohlen-Kommissär des zuständigen magistratischen Bezirksamtes um die vorgeschriebene Bewilligung zu bewerben, welche gelegentlich der Lieferung vom Händler einzuziehen und mit dem nächsten Kohlenausweisblatte der Behörde vorzulegen ist.

Anlässlich der Neuraufonierung der neu ausgegebenen Küchenbrandkarten haben jene Händler, welche die Bewilligung zur Führung des Sackgeschäftes besitzen, eine gesonderte Kundenliste für die Sackkunden anzulegen.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 10. Mai 1918.

1—1

W. Abt. XIII, 941/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Franz und Marie Laus'sche Stiftung für verwitwete Bürger und Bürgerwitwen.

Zur Verteilung gelangen: 1400 K in Teilbeträgen von je 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, verwitwete Wiener Bürger und Wiener Bürgerwitwen katholischer Religion, die noch nicht aus dieser Stiftung beteiligt wurden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Trauungsschein, Bürgerrechtsnachweis, Totenschein des verstorbenen Gattenteiles.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Verleihungstag: 16. September 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. März 1918.

3—3

M. Abt. XIII, 1400/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Freiplätze der Gemeinde Wien an den Schulen des Wiener Frauen-Erwerbvereines.

An den Schulen des Wiener Frauen-Erwerbvereines, IV., Wiednergürtel 68, gelangen mit Beginn des Schuljahres 1918/19 nachbezeichnete, der Gemeinde Wien gewidmete Freiplätze zur Verleihung:

- a) 1 Freiplatz an der einjährigen Haushaltungsschule,
- b) ein Freiplatz am Stickkurs.

Bewerberinnen für die Haushaltungsschule müssen das 16. Lebensjahr, für den Stickkurs das 14. Lebensjahr vollendet haben. Für den unter a) angeführten Freiplatz ist auch der Nachweis der Kenntnisse der III. Bürgererschulklasse erforderlich.

Den Eltern (Vormündern) der Bewerberinnen wird dringend empfohlen, vor der Überreichung des Gesuches um einen Freiplatz sich bei der Leitung der Schule genauestens über die Auslagen für die Lernmittel und allenfalls für die Verköstigung sowie über die Erwerbsmöglichkeit nach Absolvierung der Schule zu erkundigen.

Der Genuß der Freiplätze erstreckt sich im Falle der fortwährenden Würdigkeit auf das Schuljahr 1918/19.

Das Verleihungsrecht steht dem Wiener Stadtrate zu

Die Gesuche sind von den gesetzlichen Vertretern der Bewerberinnen bis längstens 31. Mai 1918 in der Einreichsstelle der Magistrats-Abteilung XIII (I., Ebendorferstraße 1, 3. Stock) zu überreichen und diesen Gesuchen der Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, das Impfungszeugnis, dann das letzte Schulzeugnis und ein legales Armut- oder Mittellosigkeitszeugnis anzuschließen.

Berspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 16. April 1918.

3-3

M. Abt. XIII, 1597/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Freiplätze

an der Ersten hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule, VI., Brückengasse 3, des Vereines für hauswirtschaftliche Frauenbildung.

Verliehen werden: 5 Freiplätze vom Beginne des Schuljahres 1918/19 angefangen:

Zur Bewerbung sind in erster Linie berufen: Je eine mittellose, fleißige, nach Wien zuständige, katholische, im V., beziehungsweise VI., XII., XIV. und XV. Bezirke wohnhafte Absolventin der III. Bürgererschulklasse, die in den I. Jahrgang eintreten will.

Bei Mangel an Bewerberinnen aus diesen Bezirken können auch in anderen Bezirken wohnhafte mit Freiplätzen beteiligt werden.

Besondere Bestimmungen: Der Genuß des Freiplatzes erstreckt sich, lobenswertes Betragen und mindestens befriedigende Leistungen in den Lehrgegenständen vorausgesetzt, auf die lehrplanmäßige Ausbildungsdauer von zwei Jahren. Bei der Aufnahme haben die Schülerinnen für das ganze Jahr 10 K an Nebengebühren zu entrichten.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf- und Heimatschein, Impfungsnachweis, Semestralzeugnis der III. Bürgererschulklasse und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 28. Juni 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 2. Mai 1918.

2-3

M. Abt. XIII, 1599/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Freiplätze

an der Privat-Handelschule für Mädchen Gustav Lothar Schremmer.

An der Privat-Handelschule für Mädchen des Herrn Gustav Lothar Schremmer in Wien, IX., Hernalsergürtel 30, gelangen vom Beginne des Schuljahres 1918/19 angefangen drei Freiplätze zur Verleihung.

Der Genuß dieser Freiplätze erstreckt sich auf die lehrplanmäßige Studiendauer von zwei Jahren, jedoch ziehen nicht genügender Fortgang oder die Note 3 im sittlichen Betragen oder Fleiß den Verlust dieser Begünstigung nach sich.

Bewerberinnen um diese Freiplätze müssen:

- a) nach Wien zuständig sein;
- b) befriedigenden Fortgang und wenigstens die Note 2 in Betragen und Fleiß durch Vorlage des letzten Schulzeugnisses einer Bürgerschule und
- c) ihre Dürftigkeit durch Vorbringung des ordnungsmäßig ausgefüllten Mittellosigkeitszeugnisses nachweisen.

Die Gesuche sind im Wege der Direktion jener Lehranstalt, welche die Schülerin derzeit besucht, bis längstens 22. Juni 1918 bei der Magistrats-Abteilung XIII, I., Ebendorferstraße 1, einzureichen und mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine, Impfungsnachweis, dem letzten Semestralzeugnisse und dem Mittellosigkeitszeugnisse zu belegen.

Weiters gelangen laut Mitteilung des Herrn Inhabers der Handelschule auch einige ermäßigte Plätze an dieser Anstalt zur Verleihung. Die bezüglichlichen, in gleicher Weise belegten Gesuche sind jedoch nicht bei der Magistrats-Abteilung XIII, sondern bei der Direktion der Handelschule, und zwar ebenfalls durch die Bürgerschul-Direktion zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 4. Mai 1918.

2-3

BÖHLER-STAHL

Aufzüge und Krane

A. FREISSLER, Ingenieur
**MASCHINEN- UND AUF-
 ZÜGE-FABRIK** Ges. m. b. H.
 WIEN, X., ERLACHPLATZ 4.
 BUDAPEST, VI., DAVIDG. 2.
 Seit 51 Jahren bestehende Spezial-
 fabrik befasst sich ausschließlich
 mit der Erzeugung aller Arten von
 Aufzügen und Kranen nach
 eigener bewährter Konstruktion.

Sans & Peschka

Industrielle aller
 Sanitäts-Erfordernisse
 Kontrahent der Kommune Wien, der nieder-
 österr. Landes-Wohlfühligkeits-Anstalten.
Wien
 Comptoir IX./4, Garnisonsgasse 22
 Fabrik: XVII./2, Albrechtskreutzgasse 14.

WIENER EISENBAU A.-G.

Wien, X., Knöllgasse Nr. 35-39

Lieferantin der k. k. Heeresverwaltung, der k. k. Staatsbahnen, sämtlicher Unter-
 nehmungen der Gemeinde Wien u. vieler grosser industrieller Etablissements, liefert:
 Brückentragwerke, Eisenkonstruktionen, Eisernen Dächer, Krane, Reservoire, Behälter, Glas-
 häuser, Wintergärten, Eiserner Fenster, Eiserner Türen, Giliartenster. Tel. 59.160 u. 59.209.

G. WINIWARDER

Blech- und Bleiwaren-Fabrik

Wien, I., Getreidemarkt 8.

Verzinktes Eisenblech in allen Dimensionen. Wellenblech und Träger-
 wellblech zu Dächern, Platons, Balkons, Feuerschutzvorhängen etc.
 Erzeugung von Bleiröhren, Bleiplatten, Hartbleiarmaturen, Bleisiphone etc.
 Verzinkte, verbleite und verzinte Eisenbleche, Wellbleche schwarz und
 verzinkt etc. Spezialität: Bleiwolle, bestes Ruffendichtungsmaterial. Preislisten
 und Prospekte auf Verlangen gratis und franko.

Karl Schuhmann

Zink - Ornamenten - Fabrik und Bauspenglerei

Wien, VIII., Josefstädterstrasse 55/57

Fabriks-Eingang VIII., Lerchengasse 26.

Checkkonto 20251. Telefon Nr. 12639.
 Architektonische und figurale Bauornamente, Zinkguss- und Kupferarbeit u. Dach-
 eindeckungen mit Patent Hiltner'schen Pfannen mit Wellenblechen, sowie Dachdeckerarbeiten
 in jedem Metall nach neuestem Systeme, Bohrensteinanfertigung sowie alle Arten
 Bleiarbeiten. Kostenanschläge gratis und franko. — Provinzaufträge promptest.

Julius Juhos & Komp.

Kontor u. Magazine: II., Nordbahnstr. 42

Träger-Lager u. Werkplatz: X., Sonnwendgasse 1-3

liefern sofort vom Vorrat und zu billigsten Preisen.

Gewalzte Bauträger und U-Eisen

best inländ. Fabrikat nach den Normaltypen des Österr. Ingen.- u. Arch.-Vereins.



Gewalzte Träger, Gussstählerne Säulen u. Schikasse Stab-, Fassonisen und Universal-Flachisen

Schwere Bleche u. Feinbleche

für alle Zwecke in den erreichbar grössten Dimensionen.

Schmiedeeiserne Böhren jeder Art

stump und überlappt geschweisst, sowie in nahtloser Erzeugung

ferner mit Wassergas maschinell geschweisste Röhren und Nohlkörper

Stahlfassonguss, Eisengusswaren, Halbfabrikate u. Roheisen.

Granit Anton Poschacher

Telephon 9219. **Wien** Telephon 9219.

Bureau: IV., Margaretenstrasse Nr. 30.

Lagerplatz: XX. (Brigittenan), Trenstr. 35.

Lieferungen aller Stein-
 metzarbeiten aus Granit,

Granitwerke:

:: Pflastersteine etc. :: Mauthausen, Neuhaus u. Aschach in O.-Ö.

Berndorfer Metallwarenfabrik

ARTHUR KRUPP A. G.

Berndorf Nieder - Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.

NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12.
 :: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-
 Silber, China-Silber und unversilbertem
 Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und
 Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefässe,
 Kessel und technische Artikel aus Rein-
 Nickel für chemische Laboratorien,
 Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinn-
 stahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und
 Drähte aus Rein - Nickel, Neusilber,
 Messing, Tombak, Kupfer und Kupfer-
 nickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte,
 Stäbe und Stangen Druckkupferbleche,
 Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in
 Lamellen, Patronenhülsen, Geschoßmäntel
 etc. etc. etc.



Schutzmarke für
 Alpacca-Silber I.



Schutzmarke für
 Alpacca.



Schutzmarke für
 Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.



Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft

WIEN, I., Karlsplatz Nr. 1

FRIEDR. SIEMENS

FABRIK K. K. PRIV.
 BELEUCHTUNGS-
 U. HEIZAPPARATE.

Spezialität: KRIEGSKÜCHEN
 FÜR MASSEN-
 AUSSPEISUNGEN

WIEN, IX/2, ALSERSTRASSE 20.

FERNSPRECHER 16.104.



Gerüst- und Betonbauhölzer engros

Anton Niklasch, Holzhandelsgesellschaft m. b. H. Telephon 95.047

Größtes Lager von Schalbretern, Staffeln, Trägerposten etc. — Spezialgeschäft für Gerüstposten, Köhrbäume, Langtannen, Raste, Träme u. Kanthölzer, ausschließlich nur prima oberösterreich. Gebirgsware, 10-fache Tragfähigkeit und 10-fache Dauerhaftigkeit gegen jede andere Provenienz
 Lagerplätze: XIX., Heiligenstädterlande 11-17, XIX., Nussdorferlande 9 und 31, XXI., Wagramer-
 straße 54 Telephon 98.202, Heiligenstadt-Bahnhof.

Gegründet 1880 Telephon 33.171, 33.188

Metallwarenfabrik Aktiengesellschaft
 vormals
Louis Müller's Sohn Fritz Müller
 WIEN, XIII., GURKGASSE 18 - 22.

Fabrikation kompletter Beschläge für Waggon der Klein- und Vollbahnen, sowie Schiffsbeschläge, ferner Dampfkesselarmaturen für sämtliche Industriezweige. Weiters Rohabgüsse in allen Metalllegierungen bis zum Stückgewichte von 2000 Kilogramm.
 Spezialität: In Kompositionen-Lagermetalle, zink- u. bleifrei.
 Abteilung: Laternen (Franz Wlach Josef von GÖTZ). Erzeugung von Laternen u. Beleuchtungsgegenständen, Blech- und Metallwaren für Eisenbahnen u. Schifffahrt.

Telephon Nr. 46208 Telephon Nr. 46208

ARTIKA, pickleines Klebemittel

alkalifrei, als Ersatz für Gummiarabionum und Textrin, gebrauchsfertiger, in dünner Schichte aufgetragen fast farblos, rasch trocknender Klebstoff von vorzüglicher Klebkraft für die gesamte Kartonnageindustrie, zum Auftragen von Etiketten auf Papier, Leder, Glas und Blech ganz besonders geeignet, liefert prompt in Gefäßen zu 5 kg, 12½ kg und 50 kg, in Fässern zirka 250 kg ab Fabrik exklusive Emballage

Ceh & Blitz, Wien, XX/3, Dresdnerstraße 82

„Austria“ Petroleumindustrie A. G.

Wien, I., Renngasse 6

Telephone: 15.840, 18.280, 22.760, 22.862, = 23.414 =
 Telegramme: Senkero Wien

Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.

Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in:
 Trzebinia, Drohobycz („Austria“), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.

Fabrikation aller Sorten Vertreter überall gesucht

SCHREIBMASCHINEN-FARBBÄNDER
 GES. MARKE GESCH
IMPERATOR
 am verbreitetsten!

Beste Qualität **KARBONPAPIER** Beste Qualität
 Imperator mit der Krone in den Marken: Imperator mit der Sonne
 Eigene Erzeugung! Sofort lieferbar!
 „Imperator“, Erste Wiener Farb- und Kohlepapierfabrik, Ges. m. b. H.
 Wien I., Industriepalast, Franz-Josefs-Kai Nr. 7/9
 Telephon 20-4-38. — Telegr.-Adr.: Imperatorband, Wien

Erste k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Die diesjährige

ordentliche General-Versammlung

der P. T. Aktionäre der Ersten k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft wird **Mittwoch, den 29. Mai d. J., 10 Uhr vormittags** in Wien, im großen Sitzungssaale des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, IV., Schwarzenbergplatz Nr. 16, stattfinden.

PROGRAMM:

1. Wahl von drei anwesenden Herren Aktionären zur Prüfung und Beglaubigung des Protokolles.
2. Vorlage des Geschäftsberichtes und des Rechnungsabschlusses und Bericht der Revisoren über die Prüfung der Bücher und Rechnungen des Geschäftsjahres 1917.
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reinertragnisses.
4. Beschlussfassung über die Erhöhung des Aktienkapitales.
5. Beschlussfassung über die mit Punkt 4 zusammenhängende Abänderung der Gesellschaftsstatuten. Ermächtigung der Administration zum Einholen der Genehmigung der hohen k. k. Staatsverwaltung (§ 17 h der Statuten).
6. Wahlen in die Administration (§§ 17 g, 28 und 36 der Statuten).
7. Wahl der Revisoren und Ersatzmänner zur Prüfung der Bücher und Rechnungen des Geschäftsjahres 1918.

Die in der General-Versammlung zu beratenden selbständigen Anträge der Aktionäre sind wenigstens vierzehn Tage vor derselben der Administration mitzuteilen, um in das Programm aufgenommen werden zu können.

Die stimmberechtigten Herren Aktionäre* belieben die Eintrittskarten vom 21. Mai d. J. an in der Liquidatur der Gesellschaft in Wien, III., Hintere Zollamtsstrasse 1, in Empfang zu nehmen, wo von dem genannten Tage an auch das definitive Programm über die für diese Versammlung bestimmten Gegenstände und die von den Revisoren erledigten Rechnungs-Abschlüsse samt Geschäftsbericht eingesehen oder behoben werden können. — Blankette zu Vollmachten sind in der Liquidatur zu haben.

Wien, am 7. Mai 1918.

* Statuten:

§ 18. Unbeschadet der für die Mitglieder der Administration festgesetzten Ausnahmen (§ 29) hat jeder Aktionär, welcher sechs Monate vor und zur Zeit der General-Versammlung als Eigentümer von wenigstens fünf auf seinen Namen lautenden ganzen Aktien in den Büchern der Gesellschaft eingetragen erscheint, ein österreichischer oder ungarischer Staatsbürger und im Genuße der bürgerlichen Rechte ist oder als juristische Person (Aktien-Gesellschaft u. dgl.) ihren Sitz in Österreich oder Ungarn hat, und zwar ohne Rücksicht auf den Besitz einer größeren Anzahl von Aktien, bei einer jeweiligen General-Versammlung dann das Recht, im eigenen Namen eine Stimme abzugeben, wenn er das wirkliche Eigentum der Aktien ausweist. Dies geschieht dadurch, dass er seine Aktien wenigstens drei Tage vor der General-Versammlung bei der Administration in Wien, oder sieben Tage vor derselben bei einer ihrer Agenten in Pest oder Linz erlegt.

Diese Aktien werden dem Eigentümer erst nach abgehaltener General-Versammlung wieder zur freien Verfügung erfolgt.
 § 19. Das Stimmrecht kann für juristische Personen (Aktien-Gesellschaften u. dgl.), sowie für Pflegebefohlene durch ihren gesetzlichen Vertreter und ihm allgemeinen durch einen Bevollmächtigten ausgeübt werden; jedoch muss der Bevollmächtigte ebenfalls ein stimmberechtigter Aktionär sein und die an ihn nicht länger als vor Jahresfrist ausgefertigte Vollmacht wenigstens sieben Tage vor der General-Versammlung bei der Administration ausgewiesen haben.

Ein solcher Bevollmächtigter hat für sich und alle seine Mandanten zusammen höchstens fünf Stimmen. (Nachdruck wird nicht honoriert.)

Die Administration.

A. HERZMANSKY

WIEN VII. Mariahilferstrasse 26 WIEN VII.
 Stiftgasse 1, 3, 5, 7.

Für die Frühjahrssaison:

Satin de chine, Gabardine, Armüre, Taft, Etamine gestickt, Crêpe de chine, Luftstickereistoffe, sämtliche Schneider- und Modisten-Zugehör, Wollstoffe in den besten Qualitäten, Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen, Kinderkleider, Kopfschale aus Kunstseide, Papiergewebe für Fruchtsäcke, Strohsäcke, Polster und Handtücher

Amtsblatt

der K. K.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends

Nr. 41.

Dienstag den 21. Mai 1918.

Jahrgang XXVII.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K.
Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**
Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: **Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.**
Für den Buchhandel in Kommission bei **Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13.** — Ganzjährig 20 K.
Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler N.-G., I., Schulerstraße 11.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **14. Mai 1918**, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner, des Vize-Bürgermeisters Heinrich Hierhammer und des Vize-Bürgermeisters Franz Hüb.

Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner: Der Gemeinderat ist beschlußfähig; ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Beurlaubt ist Herr Gem.-Rat Dr. Josef v. Baechle.

2. Entschuldigt haben sich die Herren Gem.-Räte Eder, Dr. Pupovac, Hermann, Wessely, Hoffmann, Ullreich und Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller.

3. Um Urlaub haben angefragt: Herr Gem.-Rat Schwer, krankheitshalber um vier Wochen, Herr Gem.-Rat Wippel um sechs Wochen.

Ich bitte jene Herren Kollegen, welche diese Urlaube bewilligen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Diese beiden Urlaube sind bewilligt.

4. Ich habe von Seiner Exzellenz Grafen Czernin ein Telegramm und einen Brief erhalten.

Das Telegramm lautet (liest):

„Abbazia, 3. Mai.

Bürgermeister Exzellenz Dr. Weiskirchner, Wien, Rathaus.
Euer Exzellenz und dem Wiener Gemeinderate danke ich herzlich für die große Ehre, welche mir erwiesen worden ist. Ich kann mir keine Auszeichnung denken, welche mir mehr Freude bereitet (Rufe: Bravo!) und mich stolzer gemacht hätte, als die des Ehrenbürgerrechtes von Wien.

Indem ich Euer Exzellenz bitte, diesen meinen Dank dem Wiener Gemeinderate übermitteln zu wollen, bin ich Euer Exzellenz ergebenster

Ottokar Czernin.“

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ferner habe ich einen Brief aus Abbazia erhalten. Er lautet (liest):

„Abbazia, 5. Mai 1918.

Euer Exzellenz!

Im Nachhange zu meinem Telegramme bitte ich Euer Exzellenz, dem hohen Gemeinderate meinen innigsten Dank für die große, mir erwiesene Ehre zu übermitteln.

Wien ist das Herz Österreichs. (Rufe: Bravo!) Als Ehrenbürger von Wien bin ich enger als bisher verbunden mit dem deutschen Österreich (Lebhafter Beifall und Händeklatschen) und dies bleibt für mich die schönste Anerkennung für mein kurzes Wirken.

Wenn Euer Exzellenz noch die Güte haben wollten, den Herren Antragstellern für Verleihung meines Ehrenbürgertitels meinen ganz besonderen Dank zu übermitteln, so würden Hochdieselben mich sehr verpflichten.

Euer Exzellenz bitte ich, mir auch weiter Ihr so geschätztes Wohlwollen bewahren zu wollen und zeichne Euer Exzellenz ergebenster

Ottokar Czernin.“

(Erneuter lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

5. Meine sehr geehrten Herren! Ein lieber Kollege ist aus dem Leben geschieden (Die Versammlung erhebt sich), ein Kollege, dessen Gewissenhaftigkeit, dessen Genauigkeit in der Erfüllung seines Mandates vorbildlich und beispielgebend war.

Gem.-Rat kaiserl. Rat Robert Baron ist am 5. Mai nach langem Leiden auf seinem Landsitze „Lindenhof“ bei Hainfeld in seinem 64. Lebensjahre verschieden.

Seine öffentliche Wirksamkeit hatte kaiserl. Rat Baron begonnen, als er im Jahre 1907 zum Bezirksrate des XIX. Bezirkes gewählt worden war; in seinem Bezirke diente er mit besonderer Hingebung den Interessen der Jugendfürsorge, wirkte verdienstvoll im Vereine zur Gründung einer Realschule in Döbling, ferner im Jugendspielverein und im Döblinger Knabenhort und gehörte dem Döblinger Waisenrate und dem Verwaltungsausschusse für das Jugendasyl in Weinzierl an. In der Döblinger Kommunal-Sparkassa bekleidete er die Stelle eines Vorsitzenden-Stellvertreters.

Am 29. April 1910 war Baron vom ersten Wahlkörper des XIX. Bezirkes in den Gemeinderat entsendet worden und gehörte vom Jahre 1912 bis 1917 dem Stadtrate an, bis ihn seine Krankheit zwang, das Stadtratsmandat niederzulegen. Im Gemeinderat und Stadtrat entwickelte der Verbliebene eine überaus rege und verdienstvolle Tätigkeit und er widmete, nachdem er in seinem Berufe als Inspektor der k. k. General-Inspektion der österreichischen Staatsbahnen in den Ruhestand getreten war, seine ganze Zeit den Interessen seiner Mitbürger. Die Pflichten, die er mit seinem Mandate übernommen hatte, faßte er während der ganzen Dauer seiner öffentlichen Tätigkeit sehr ernst und gewissenhaft auf und er kannte keine größere Genugtuung als die Erfüllung jener Aufgaben, von denen er erkannt hatte, daß sie im Interesse der Bevölkerung gelegen sind. Sein ungemein liebenswürdiges Wesen und sein Entgegenkommen, das ihn auszeichnete, brachte ihm nicht nur unter seinen Kollegen im Gemeinderate, sondern auch in weiten Kreisen der Bevölkerung aufrichtige Freundschaft und Hochschätzung. Wir werden dem verewigten Kollegen ein dauerndes ehrenvolles Andenken bewahren.

Das Leichenbegängnis hat am 7. Mai in Hainfeld stattgefunden; ich beteiligte mich mit einer Abordnung des Wiener Gemeinderates an demselben und legte namens des Gemeinderates auf die Bahre des Verewigten einen Kranz nieder.

Die Herren haben sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben und wird dieses Zeichen der Pietät im amtlichen Protokolle vermerkt werden.

6. An Spenden sind eingelaufen:

Die am 5. April 1918 in Wien, VII., Schottenfeldgasse 13/15, verstorbene Frau Malvine Trebitsch hat testamentarisch an Arme Wiens ohne Unterschied der Konfession 5000 K vermacht.

Für die städtischen Sammlungen spendete Herr Friedrich Leiter, IX., Mariannengasse 11, Inhaber der Firma F. Leiter, Fabrik chirurgischer Instrumente, das Stethoskop, mit welchem Dr. Venus am 10. März 1910 um 8 Uhr 5 Minuten früh die letzten Herzschläge des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger abgehört hat.

Der Gemeinderat spricht für diese Spenden seinen Dank aus.

7. Wir haben heute in unserer Mitte einen Kollegen zu begrüßen, welcher nach 39 monatlicher Kriegsgefangenschaft wieder nach Wien zurückgekehrt ist. (Rufe: Bravo!)

Gem.-Rat Quirinus Altmaier ließ sich im Jahre 1915 auf Kriegsdauer freiwillig assentieren und wurde in das Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 1 Wien eingereiht.

Am 6. Juni 1916 nahm er auf dem nordöstlichen Kriegsschauplatze an mehreren Kämpfen teil, wurde verwundet und geriet in russische Gefangenschaft.

Er wurde nach seiner Gefangennahme in dem russischen Hospital Nischikow bei Moskau in Pflege genommen, kam nach seiner Heilung in das Gefangenenlager nach Astrachan, wo er unsägliche Qualen zu erleiden hatte. Hier erkrankte er auch an Malaria, an deren Folgen er auch jetzt noch zeitweise zu leiden hat.

Vor einigen Tagen kam er aus der Gefangenschaft nach Durchführung der Kontumazvorschriften in Wien an und ich habe ihn eingeladen, in die heutige Gemeinderats-Sitzung zu kommen, um wieder sein Mandat im Interesse seiner Wählerschaft aufzunehmen. Herzlich willkommen! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es wurden Interpellationen überreicht. Ich bitte um deren Verlesung.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

8. Anfrage des Gem.-Rates Kummelhardt:

Sicherem Vernehmen nach wird die Firma Swoboda, welche mit den Gemüselieferungen für die Kriegsspitäler betraut ist, von Ungarn stark überliefert; die Folge davon ist, daß ihr nach vollständiger Befriedigung des Bedarfes der Kriegsspitäler große Mengen von Gemüse übrigbleiben, die teilweise dem Verderben anheimfallen.

So wurden im Laufe der vergangenen Woche in das k. k. Arsenal in Wien eine größere Anzahl von Lastenautomobilen, gefüllt mit frischem Spinat und Salat, geführt.

Einige Tage darnach wurden im Hofe des Objektes XII im Arsenal Berge von verdorbenem Spinat und Haupttelsalat abgelagert. Es dürften dies ungefähr 15 bis 20 Waggons gewesen sein.

Nachdem leider die „Geos“ den Wiener Markt für die Zivilbevölkerung nur spärlich mit Gemüse versorgt, richte ich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ob er gewillt ist, bei der k. u. k. Militärverwaltung zu intervenieren, daß der Überschuß von dem für die Militärspitäler von der Firma Swoboda zu liefernden Gemüsevorrat dem allgemeinen Gebrauche für die Zivilbevölkerung zugeführt werde, bevor er dem Verderben anheimfällt.

Bürgermeister: Ich werde über diese Interpellation die entsprechenden Erhebungen pflegen und auch die Militärverwaltung vom Inhalte derselben verständigen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

9. Interpellation des Gem.-Rates Dr. Sein:

Bei Verlesung von Interpellationen und Anträgen, welche von verschiedenen Mitgliedern des Gemeinderates eingebracht werden und denselben Gegenstand behandeln, wird seitens des Vorsitzenden ein Vorgang beobachtet, durch welchen die der Opposition angehörenden Interpellanten und Antragsteller benachteiligt werden.

Die Reihenfolge der Verlesung dieser Interpellationen und Anträge wird nämlich nicht durch die Priorität des Einlangens, sondern durch die Parteilichkeit des Interpellanten oder Antragstellers bestimmt.

Dieser Vorgang ist umso ungerechtfertigter, weil Interpellationen und Anträge vorher schriftlich eingebracht werden müssen und daher vorher zur Kenntnis der Mehrheit gelangen, so daß diese Gelegenheit hat, noch nachträglich dieselbe Interpellation oder denselben Antrag einzubringen.

Ich stelle demnach die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt:

1. Die Verfügung zu treffen, daß bei dem Präsidium des Gemeinderates ein Einlauf-Protokoll geführt wird, in welches unter Verantwortung des mit der Führung betrauten Beamten die eingebrachten Interpellationen und Anträge nach dem Zeitpunkte ihres Einlangens verzeichnet werden?

2. Den Antrag zu erteilen, daß Interpellationen und Anträge, welche denselben Gegenstand betreffen, ohne Rücksicht auf die Parteistellung der Interpellanten und Antragsteller nach der Priorität des Einlangens zur Verlesung gebracht werden?

Bürgermeister: Diese Interpellation werde ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführen. Ich möchte nur bemerken, falls Herr Gem.-Rat Dr. Hein glaubt, daß die Priorität im Falle Czernin verletzt wurde, daß schon 14 Tage früher Herr Gem.-Rat v. Steiner bei mir war und seinen Antrag wegen Verleihung des Ehrenbürgerrechtes für den Grafen Czernin anmeldete.

Eine Verletzung der Priorität weise ich entschieden zurück. Im übrigen sollten die Herren Interpellanten ihre Interpellationen ein paar Tage früher einbringen; es kommt vor, daß mir um halb 4 oder halb 5 Uhr Interpellationen auf den Tisch gelegt werden.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

10. Interpellation des Gem.-Rates Schäfer:

Wien besitzt keine Rosinen, Sultaninen, Mandeln, Feigen und auch kein Olivenöl — dagegen bieten die Budapester Kaufleute diese Waren in großen Mengen aus. Der Grund dieser Erscheinung liegt wieder in den Zentralen.

Dieselben versuchen, die Preise auf dem türkischen Markt so sehr zu drücken, daß der Verkauf unseren Bundesgenossen keine Vorteile bietet, da aber die private Kaufmannschaft unmöglich Waren zu uns bringen kann, da die teuer gekaufte Ware von den betreffenden Zentralen beschlagnahmt würde, entbehren wir wichtige Lebensmittel, die Budapest reichlich erhält, weil es keine Zentralen hat, die die Zufahrt abschneiden.

Eine Da, d. s. 1 kg 28 dkg feinstes Olivenöl stellt sich auf zirka 50 K, 1 kg daher unter 40 K, ein Preis, der in Anbetracht der herrschenden Fettnot und der größeren Ergiebigkeit dieser Fettart gegenüber dem Schweinefett als niedrig bezeichnet werden muß.

Ich frage nunmehr Seine Exzellenz:

Sind Euer Exzellenz die angeführten Umstände bekannt, gedenken Sie hierüber amtliche Feststellungen anzuordnen und sohin bei den kompetenten Ernährungsbehörden die freie Einfuhr der Artikel aus der Türkei entscheidend zu fordern?

Es kommt hiebei noch die Erwägung in Betracht, daß wir nur dann uns die türkischen Märkte eröffnen können, wenn wir den türkischen Erzeugnissen die Absatzmöglichkeit nicht beschränken.

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation im Nachhange zu unseren wiederholten Schritten gegen die Zentralen dem Herrn Ministerpräsidenten vorlegen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

11. Interpellation des Gem.-Rates Schäfer:

Das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 6, hat am 27. April 1918 Zuweisungszettel für Sauerkraut ausgesendet, in denen zum Bezuge von Sauerkraut aufgefordert wurde. Preis der Ware 163 K 10 h für 100 kg, Kleinhandelspreis 1 K 96 h für 1 kg, also 196 K per 100 kg. Für die Fässer war Einsatz von: 60 K — Hartholz, 38 K — Weichholz, 24 K — kleines Weichholz bestimmt. Werden diese Fässer der „Dzeg“ nach XIX., Stampengasse, zurückgestellt, so erhält der Händler nicht den Einsatz, sondern für Hartholz 45 K, für die beiden anderen 28 K 50 h, respektive 18 K. Der Händler verliert und die „Dzeg“ gewinnt an diesem Leihgeschäft 15 K, respektive 9 K 50 h und 6 K.

Rechnet man das Abholen und Hinausbringen mittels Fuhrer für zirka 400 K je mit 80 K, so kommen auf 100 K weitere 40 K Spesen, macht mit

den 15 K Faßleih also 55 K. Der Rohgewinn ohne das Wasser, das im Kraut ist und auch verloren geht, ist 32 K 90 h, so muß der Händler unbedingt 22 K per 100 kg daraufzahlen oder das Publikum betrügen, da er ja selbst betrogen wird.

Ich frage daher an:

was der Herr Bürgermeister zu tun gedenkt, um die schwerbedrängten Gewerbetreibenden, aber auch die Konsumenten vor Schaden zu bewahren, anderseits der „Dzeg“ klar zu machen, daß sie als sogenannte gemeinnützige Gesellschaft nicht 25 Prozent an Leihgebühr rechnen darf.

Bürgermeister: Die Verkaufsbedingungen für das holländische Sauerkraut wurden von der „Dzeg“ festgesetzt. Hinsichtlich der Leih- und Abnutzungsgebühr von 25 Prozent beruft sie sich auf die von der „Geos“ bei der Zuweisung von Sauerkraut festgesetzten Ansätze.

Der Kleinhandelspreis war ursprünglich mit 1 K 88 h in Aussicht genommen, so daß der Kleinhändler nur eine Spannung von 26 K 90 h bei 100 kg Ware gehabt hätte.

Das Bezirkswirtschaftsamt, auf welches sich der Herr Interpellant beruft, wies sofort auf die Unzulänglichkeit dieser Spannung hin und forderte bei einer Besprechung im Ernährungsamte eine Erhöhung, dadurch, daß der Verkaufspreis von der „Dzeg“ niedriger gestellt werde.

Die „Dzeg“ berief sich jedoch darauf, daß sie berechtigt sei, den von der Zentral-Preisprüfungs-Kommission festgesetzten Richtpreis zu fordern und daß sie ihn nicht ermäßigen könne.

Daraufhin wurde der Kleinhandelspreis auf 1 K 96 h erhöht, wodurch sich bei 100 kg eine Spannung von 32 K 90 h ergab, während sie bei dem in Wien erzeugten Sauerkraut nur 25 K 75 h betrug.

Da jedem Kleinhändler bei einer Abgabe mindestens 600 kg zugewiesen werden, verdient er aus der Differenz zwischen Ein- und Verkaufspreis $32\text{ K } 90\text{ h} \times 6 = 197\text{ K } 40\text{ h}$. Von diesem Betrage entfallen höchstens 50 K auf die Faßleihgebühr und 90 K auf das Fuhrwerk, so daß dem Kleinhändler für seine Arbeit und Verdienst noch immer ein Betrag von 57 K verbleibt.

Durch die größeren Anlieferungen von diesem Kraut ist es möglich, den einzelnen Stellen 1000 kg und mehr zuzuweisen, wodurch sich die Regien bedeutend erniedrigen.

Die Gemeinde hat in dieser Sache sowohl für die Kleinhändler als auch für die Konsumenten Stellung genommen, die Kleinhändler wurden auch durch die Erhöhung der Spannung vor Schaden bewahrt. Durch die unnachgiebige Haltung der „Dzeg“ kamen allerdings die Konsumenten zu Schaden.

Bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

12. Interpellation des Gem.-Rates Schäfer:

Es dürfte Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister noch erinnerlich sein, daß ich im vorigen Jahre bei der Verlegung der Wiener Märkte, die die ganze Bevölkerung sehr hart betroffen hat, eine Interpellation eingebracht habe.

Für die gesamte Bevölkerung Wiens wäre es im größten Interesse, wenn diese Zwangsmärkte wieder aufgehoben würden. Es ist selbstverständlich, daß durch die schwierigen Zufuhrmöglichkeiten und den Fuhrwerksmangel die Waren auf den auswärtigen Märkten nur verteuert werden.

Seine Exzellenz würden sich den Dank der ganzen Bevölkerung erwerben, wenn der Herr Bürgermeister alles daransetzen würde, um diese Zwangsmärkte wieder aufzulassen und das alte System — das sich früher so praktisch bewährt hat — wieder einzuführen.

Bürgermeister: Ich muß in Erinnerung rufen, welches die Gründe waren, daß diese Sammelmärkte für die an der Peripherie Wiens wohnenden Gärtner eingeführt wurden: Erstens herrscht bei den Gärtnern Personalmangel und Pferdemangel, so daß sie nicht in der Lage sind, wie in Friedenszeiten von ihren peripher gelegenen Betriebsorten in die Innere Stadt zu fahren, um dort ihre Waren abzusetzen, und zweitens hat sich folgende Erscheinung gezeigt, von der vielleicht der Herr Interpellant keine Kenntnis hat, sonst hätte er diese Interpellation nicht eingebracht. Was hat sich herausgestellt: Es sind insbesondere aus den Militärspitalern und aus den Kasernen die Feldwebel hinausgefahren (Rufe: Hört! Hört!) und haben um jeden Preis die Ware von den Gärtnern gekauft und es kam eine Preistreiberei zustande, die zur Folge hatte, daß wir einerseits herinnen nichts bekommen haben und daß andererseits sich auch das übrige Publikum genötigt sah, ebenfalls zu den Gärtnern hinauszufahren und einzukaufen, wo überhaupt eine Preiskontrolle nicht möglich war.

Diese Sammelmärkte, die übrigens anfangs schwach besücht waren, haben sich aber bewährt und sind jetzt eingelebt und der Gärtner hat den Vorteil, daß er in Ragnan, Simmering oder Heiligenstadt seine Waren auf den Markt bringen kann, wo die Verteilung an die mit Einkaufsscheinen legitimierten Einkäufer erfolgt.

Ich persönlich bin daher der entgegengesetzten Anschauung des Herrn Interpellanten. Um ihm aber nicht wehe zu tun, werde ich diese Interpellation als Antrag behandeln und es soll im Gemeinderate entschieden werden, wer Recht hat, der Herr Schäfer oder ich.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

13. Interpellation des Gem.-Rates Stein:

In der Vorwoche sind größere Quantitäten rumänischen Schweine- und Schöpfenfleisch von der Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft auf den Markt gebracht worden. Wie mir mitgeteilt wird, ist ein Quantum von 600 Meterzentnern verkauft gewesen und mußte vernichtet werden. Das Fleisch war 17 Tage unterwegs, war nicht in Kühlwaggons verladen und es ist kein Wunder, daß bei der heißen Temperatur, die im Monate April herrschte, das Fleisch in Verwesung übergegangen ist. Von welcher Bedeutung derartige Vorkommnisse für die Approvisionierung Wiens sind, braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Es scheint, daß die Leitung der Fleisch-Zentrale eben auch in unfähigen Händen liegt. Das Unglück ist, daß unfähige Bureaukraten und Streber sich zu allen Stellen vordrängen und die Fachleute zu verdrängen suchen.

Ich frage daher an:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Ministerpräsidenten auf den geschilderten Vorfall aufmerksam zu machen und ihn zu fragen, was der Herr Ministerpräsident zu tun gedenkt, um dem Unwesen der unfähigen Beamten zu steuern?

Ich frage ferner:

Ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, dem Gemeinderate über die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten zu berichten?

Bürgermeister: Darauf erwidere ich, daß ich erstens nicht geneigt bin, dem Herrn Ministerpräsidenten solche Fragen vorzulegen, und zweitens erwidere ich dem Kollegen Stein, daß nach meiner Meinung und auf Grund der von mir eingeholten Erkundigungen er einfach irgend jemandem aufgefressen sein muß. Österreich-Ungarn bezieht derzeit aus Rumänien überhaupt kein Fleisch; es kann daher auch kein verdorbenes eingelangt sein, nachdem auch kein gesundes eingelangt ist; Österreich-Ungarn bezieht nur Lebendvieh.

Den städtischen Ämtern ist auch vom Einlangen solchen Fleisches aus Rumänien in der Vorwoche oder in früherer Zeit

nichts bekannt. Die vollständige Unsicherheit der vorliegenden Anfrage ergibt sich übrigens auch daraus, daß in der vorigen Woche von allen von auswärts nach Wien gebrachten Fleischmengen in der Großmarkthalle — nur dorthin kommen in der Regel auswärtige Fleischmengen — nur ein Schöps und zwei Ritzgen, sowie 21 kg Rindfleisch konfisziert und vernichtet werden mußten und daß dem städtischen Wajenmeister in der Vorwoche von anderen Bahnhöfen Wiens konfiszierte Fleischmengen zur Vernichtung überhaupt nicht übergeben worden sind.

Ich muß schon sagen, daß derartige Interpellationen nur geeignet sind, in die Bevölkerung Beunruhigung zu tragen. (Rufe: Sehr richtig!) Es werden ohnehin die unglaublichsten Gerüchte über das Verderben von Waren hinausgeschleudert, es wird erzählt, daß Kartoffeln in die Donau geworfen oder vergraben werden, kurz und gut, es ist ohnehin in Wien eine durch die Kriegspychose begründete Beunruhigung der Bevölkerung vorhanden.

Wenn der Herr Gem.-Rat Stein Informationen erhält, die er nicht prüft und dennoch als Interpellationen verwertet, so muß er es sich selber zuschreiben, daß man ihm den Vorwurf macht, daß er aus reiner Sensationshascherei die Beunruhigung in der Wiener Bevölkerung vermehrt. (Lebhafte Zustimmung.)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

14. Interpellation des Gem.-Rates Stein:

Am 25. März wurden vom Inspektor Platschel der „Geos“ vier Waggons Lebensmittel der Wiener Firma Holzner & Schlechtleitner in Eger beschlagnahmt, die Waren in einen Schuppen gegeben und liegen gelassen. Es waren Kraut, Gurken und Zwiebel. Diese Waren wurden am 1. Mai 1918 freigegeben, nachdem die Firma mit der Strafanzeige gedroht hat, wegen Verderbenslassen von Lebensmitteln. Tatsächlich war der Zwiebel vollkommen ausgewaschen und mußte um 2 K an Ort und Stelle verkauft werden, bei 4 K 50 h Einkaufspreis. Das Kraut war eingetrocknet und die Gurken durch Auslaufen des Wassers weich geworden, dies alles in einer Zeit, wo in der Umgebung von Eger Hungersnot herrschte. Die Wiener Firma verliert 85.000 K.

Ich frage daher an:

Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu tun, um eine solche schwere Schädigung Wiener Gewerbetreibender zu verhindern und endlich den unhaltbaren Zuständen in der Leitung der „Geos“ unter dem Botaniker Dr. Schchner, dem Hypothekensachverständigen Stern und dem ehemaligen Markt-Kommissär Rutschka ein Ende zu bereiten. Gedenkt der Herr Bürgermeister, Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten energisch auf diese Zustände aufmerksam zu machen, nachdem der Herr Ministerpräsident ja erklärt hat, daß er das Parlament vertagen muß, um sich mehr den Ernährungsfragen widmen zu können?

Bürgermeister: Es ist weder mir noch den Ämtern von einem solchen Vorfall etwas bekannt, und mit Rücksicht auf die Bemerkungen, die ich schon der vorherigen Interpellation des Herrn Gem.-Rates Stein anhängen mußte, kann ich diese Interpellation ohne gründliche und genaue Prüfung des Sachverhaltes nicht beantworten. (Zustimmung.)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

15. Interpellation des Gem.-Rates Stein:

Wie die „Reichspost“ meldet und wie auch von anderen Seiten bestätigt wird, hat die „Geos“ ein Quantum von 1800 Waggons Kraut im Werte von mehreren Millionen Kronen durch unsachgemäße Verpackung und zu langes Liegen verderben lassen, so daß es nicht mehr möglich ist, dieses enorme Quantum dem menschlichen Genuße, aber auch nicht mehr der Verfütterung zuzuführen, da das in Fäulnis übergegangene Kraut Giftstoffe entwickelt. Es finden Beratungen statt, nicht zu welchem Preise das Kraut verkauft werden, sondern auf welche billigste Art die Ware der Vernichtung zugeführt werden

lann. Desgleichen wird mir aus Pilsen berichtet, daß in den dortigen Brauereien seitens der „Dzeg“ bedeutende Quantitäten Kraut, mehrere tausend Waggons, die vor längerer Zeit aus einem neutralen Staat eingeführt wurden, ebenfalls in Verwesung übergegangen sind und ein pestilenzartiger Gestank in die weiteste Umgebung bringt.

Es ist fraglos, daß diese katastrophale Art der Bewirtschaftung wichtiger Nahrungsmittel in erster Linie an den gegenwärtigen Ernährungsschwierigkeiten Schuld trägt und in kürzester Zeit die tragischsten Konsequenzen herbeizuführen geeignet ist. Es ist daher Pflicht der Volksvertretung, zu diesen Vorgängen, die an Wichtigkeit alle anderen Tagesfragen übertreffen, Stellung zu nehmen, und da der Reichsrat vertagt ist, aber auch sonst sich mit den Ernährungsfragen nicht in pflichtensprechender Weise befaßt, müssen diese Zustände im Gemeinderate der Reichshauptstadt zur Sprache gebracht werden. Es liegen ohne Zweifel schwere Veräumnisse vor, die vermutlich ihren Urgrund darin haben, daß die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel in den Händen von Laien liegt, und die bürokratische Organisation der Zentralen die sonst richtigen Maßnahmen in das Gegenteil verkehrt. So muß darauf hingewiesen werden, daß die Leitung der „Geos“ in den Händen eines Botanikers liegt, an der Spitze der „Dzeg“ ein Fabrikant gebogener Möbel, ein Manufakturist und ein Grammorphorhändler stehen, während die branchenfürdigen Geschäftsteile von der Mitwirkung planmäßig und absichtlich ausgeschlossen wurden. Zu diesen Zuständen weiter zu schweigen, hieß sich an diesem Verbrechen an den Staatsinteressen mitschuldig machen.

Ich frage daher den Herrn Bürgermeister:

Ob er geneigt ist, den Herrn Ministerpräsidenten sofort auf diese Zustände aufmerksam zu machen und folgende Forderungen aufzustellen:

1. Die „Geos“ möge sofort aufgelöst, der freie Handel unter Aufstellung einer Aufsichtsbehörde, welcher die Preisregulierung obliegt, für die bisher der Bewirtschaftung der „Geos“ unterstellten Artikel eingeführt werden.
2. An Stelle der Direktion der „Dzeg“ mögen sofort bewährte und angesehene Kaufleute aus dem Lebensmittelhandel gestellt und die bisherigen Leiter entfernt werden.
3. Es möge eine Strafuntersuchung gegen die an dem Verderben Schuldtragenden eingeleitet werden, und die k. k. Staatsanwaltschaft möge die entsprechenden Aufträge erhalten.

Bürgermeister: Die vom Herrn Interpellanten geschilderten Verhältnisse wurden kürzlich in der Sitzung des Ausschusses der „Geos“ über Auslandskäufe erörtert. Über diese wurde mir folgender Bericht gegeben, und ich glaube, es wird den ganzen Gemeinderat interessieren, was in diesem Bericht steht (liest):

„Die „Dzeg“ hat im Herbst 1917 große Mengen von Sauerkraut aus einem neutralen Lande eingeführt. Da diese Einfuhr mit größter Beschleunigung vor sich gehen mußte, konnte eine Übernahme unter Beiziehung von Sachverständigen nicht stattfinden. Aus demselben Grunde mußte auch Ware übernommen werden, die noch keine Gärung durchgemacht hatte, und mußten vielfach mangelhafte Fässer zur Verpackung des Krautes verwendet werden.

Das in Österreich einlangende Kraut wurde mehreren Brauereien in Pilsen und der Unternehmung „Agricola“ in Taus zur Einlagerung übergeben.

Die „Geos“ hatte von diesem Sauerkrautgeschäft angeblich keine Kenntnis.

Erst im Februar 1918 erfuhr die „Geos“ davon und traf sofort Vorkehrungen für eine sachgemäße Behandlung der eingelagerten Ware.

Gleichzeitig veranlaßte sie eine Besichtigung durch Sachverständige, welche der Reichsverband der Sauerkraut-Erzeuger ausgewählt hatte. Ihr Gutachten lautete dahin, daß das Sauerkraut sachgemäß eingelagert ist und behandelt wird.

Es wird von der „Dzeg“ zugegeben, daß große Mengen, welche zirka 10 bis 15 Prozent der Gesamtmenge betragen, verdorben sind.“

Soweit der Bericht des Magistrates, wie er heute über die Sitzung des Ausschusses vorgelegt ist.

Seit einigen Wochen werden große Mengen dieses Sauerkrautes der Gemeinde Wien, deren Kontingent an dieser Ware bereits erschöpft war, zugewiesen.

Ich habe veranlaßt, daß die Ware durch einen Marktbeamten und einen gerichtlich beeideten Sachverständigen in den Lagerorten besichtigt wurde; es wurde mir darüber folgender Bericht erstattet (liest):

„Die Ware befindet sich ausnahmslos in Transportgeschirren und lagert zum kleineren Teile in den Höfen der Brauhäuser, während der größte Teil in den Malztemnen untergebracht ist.

Die stichprobenweise Öffnung und Begutachtung von zirka 25 Geschirren ergab, daß nur 2 Fässer von einwandfreier Beschaffenheit und 5 Fässer verdorben waren. (Rufe: Hört!) 18 Fässer waren von minderer Qualität, jedoch noch genußfähig.

Diese Ware wäre leicht durch Umlegen in wasserundurchlässige Fässer und Nachfüllen mit Salzwasser zu verbessern und sollte sodann sofort dem Konsum zugeführt werden.

Die mindere Beschaffenheit der Ware hat darin ihren Grund, daß undichte Transportgeschirre verwendet wurden und der Saft des Sauerkrautes wahrscheinlich schon beim Hertransport aus Holland verloren ging, was zur Folge hatte, daß die Ware mißfärbig, bitter und weich wurde. Dieser Übelstand wäre vermieden worden, wenn die Ware sofort nach dem Einlangen in Standgeschirre umgelegt worden wäre.

In den Pilsener Brauhäusern lagern zirka 800 Waggons Sauerkraut. (Rufe: Hört!)

Die Besichtigung des Sauerkrautes bei der „Agricola“ in Taus ergab folgendes:

Es wurden stichprobenweise zirka 12 Fässer geöffnet und festgestellt, daß die Ware von wesentlich besserer Beschaffenheit ist als diejenige in Pilsen.

Allerdings wurden auch Fässer vorgefunden, deren Inhalt bitter und mißfärbig war, verdorbene Ware konnte nicht vorgefunden werden.

In Taus lagern zirka 400 Waggons Sauerkraut.“

Aus diesem amtlichen Berichte, den ich dem Gemeinderat unterbreite, geht jedenfalls hervor, daß zwei schwere Fehler begangen wurden:

Einerseits hätte das Kraut, das zum Teile die Gärung noch nicht durchgemacht hatte und in undichten Gefäßen verpackt war, nicht in diesen belassen, sondern sofort in Standgefäße umgelegt werden sollen, hiedurch wäre eine sachgemäße Behandlung möglich gewesen und ein so weitgehendes Verderben der Ware vermieden worden. Andererseits hätte dieses Sauerkraut, dessen geringe Haltbarkeit ja der mit der Verteilung betrauten Stelle bekannt sein mußte, möglichst rasch dem Konsum zugeführt werden sollen.

Was ist in Wirklichkeit geschehen?

Diese Fehler treffen beide Zentralen, die „Dzeg“ und die „Geos“. Ich habe, sowie die Beamten, immer darauf gedrungen, daß das Sauerkraut in Verkehr gebracht wird. Damals hat aber die Zentrale diese Ware zurückgehalten und jetzt, wo wir massenhaft Gemüse bekommen, jetzt kommt sie mit diesem schlechten Sauerkraut. (Lebhafte Zwischenrufe: Skandal! Sawirtschaft der Zentralen! Weg mit ihnen!) Es zeigt sich auch in diesem Falle wieder, wie in anderen Fällen, daß bei den Zentralen die sachgemäße Behandlung der Waren vernachlässigt

wird, und daß auch nie im richtigen Zeitpunkte eine Ware mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Verkehrs dem Publikum übergeben wird. (Rufe: Sehr richtig!) Da kann die Gemeinde bitten und beschwören, sie halten die Ware zurück. Wenn dann die Zeitverhältnisse ganz anders sind, kommen sie mit der Ware heraus und wir haben nur den Schaden, weil das Publikum auch noch geneigt ist, wenn minderwertiges Sauerkraut zum Verkauf gelangt, der Gemeinde die Schuld zu geben. (Lebhafte Zustimmung.)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

16. Interpellation des Gem.-Rates Medizinalrat Dr. Loewenstein in Angelegenheit der Freigabe des sogenannten Rucksackverkehrs:

Die Ernährungsverhältnisse der Wiener Bevölkerung werden nach den amtlichen Angaben und nach den zur Abgabe gelangenden rationierten Lebensmitteln von Woche zu Woche desolater.

Um nur ein Beispiel anzuführen: Für die Zeit vom 28. April bis 11. Mai, also für einen Zeitraum von zwei Wochen gelangten an Nahrungsprodukten für die Angehörigen eines großen Konsumentendvereines in Wien zur Ausgabe je $\frac{1}{2}$ kg Weizenmehl (Weizengleichmehl), Hirsebrei, Maismehl und Maisgrieß, zusammen also ein halbes Kilogramm Nahrungsprodukte. Dazu kommen die traurigen Verhältnisse hinsichtlich der Fleischversorgung, die um diese Jahreszeit geradezu ungreifliche Eierknappheit, der vollständige Mangel an Butter und Schmalz, die sehr schwach besetzten Gemüsemärkte und das geringe Brotquantum, so daß sich unwillkürlich die Frage aufdrängt, wie, beziehungsweise ob es derart überhaupt möglich sei, das Leben zu fristen und zu erhalten. Nun ist es ja eine bekannte Tatsache, daß im illegitimen, im Schleißhandel alle Waren, seien es Lebensmittel oder Textilien oder was immer, erhältlich sind, allerdings zu Preisen, die schon ans Phantastische grenzen.

Der Mittelstand und die Arbeiterbevölkerung, die staatlichen und die städtischen Angestellten, das große Heer der Fibelsohnen, welche diese Preise nicht zu bezahlen vermögen, müssen demnach eines langsamen, jämmerlichen Hungertodes sterben, wenn sie nicht ihren einzigen freien Tag, den Sonntag, an welchem sie sich von den Mühen und Plagen des Alltags erholen sollen, dazu benötigen würden, um sich selbst vom Lande Lebensmittel zu beschaffen, allerdings unter den größten Strapazen (denn eine Eisenbahnfahrt allein ist heute fast lebensgefährlich) und mit sehr großen materiellen Opfern, denn geschenkt bekommen sie ja diese Waren, meist ein paar Kilogramm Kartoffeln, einige Eier und dergleichen — auf dem Lande auch nicht, wenn sie nicht im sogenannten Rucksackverkehr die einzige Möglichkeit fänden, des Lebens dringende Notdurft zu befriedigen.

Aber auch hier werden diesen armen, bedauernswerten Leuten die größten Schwierigkeiten gemacht. Der Herr Bürgermeister hat schon wiederholt erklärt, daß ihm von verschiedenen Seiten Klagen über das geradezu willkürliche Vorgehen untergeordneter staatlicher Organe nach dieser Richtung zugegangen sind; er hat ferner mitgeteilt, daß er beim Herrn Ministerpräsidenten schon wiederholt wegen Erlassung einer Verordnung, betreffend die Freigabe des sogenannten Rucksackverkehrs, interveniert habe. Der Herr Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler selbst hat wiederholt und erst kürzlich wieder einer bei ihm erschienenen Abordnung von Reichsratsabgeordneten erklärt, er sei stets für die Freigabe des Rucksackverkehrs eingetreten, werde alles in diesem Belange Erforderliche ehestens veranlassen und bitte, ihm eventuell vorgekommene Unzulänglichkeiten sofort zur Kenntnis zu bringen.

Was geschieht aber neustens in praxi draußen auf dem Lande?

In einzelnen Bezirken, namentlich an der Apang- und Ostbahn und hier wieder besonders im Bezirke Mistelbach haben die Bezirkshauptleute an sämtliche Gemeindevorsteher ihres Bezirkes Weisungen hinausgegeben lassen, daß jede Zivilperson, ob einheimisch oder ortsfremd, die mit einem Rucksack, Korb, einer Tasche oder dergleichen angetroffen wird, anzuhalten und zu durchsuchen sei und daß etwa bei ihr vorgefundene Lebensmittel, die derart aus der Gemeinde hinausgeführt werden sollten, wegzunehmen seien.

Für diesen Überwachungs-, beziehungsweise Konfiskationsdienst seien die „Enthobenen“ heranzuziehen und dieser Dienst müßte in schärfster, schonungslosester Weise durchgeführt werden. Es ist wohl müßig die Frage aufzuwerfen, ob die „Enthobenen“ zur Durchführung dieses Schergendienstes beurlaubt wurden; oder nicht vielleicht doch nur zu dem Zwecke, um ihre Scholle entschwend zu bebauen und zu betreiben und die landwirtschaftliche Produktion zu heben und zu fördern, damit dadurch wieder das weitere Durchhalten ermöglicht werde. Aber diese Maßregel einiger Bezirkshauptleute trägt auch dazu bei, die Stimmung unter der gebenden, bäuerlichen und der kauenden städtischen Bevölkerung nicht so zu halten — wenn schon nicht zu heben, wie es im staatlichen Interesse dringendst zu wünschen wäre; andererseits leidet die staatliche Autorität ganz gewaltig darunter, wenn die Bevölkerung sieht, daß Erklärungen und Befehle des Herrn Ministerpräsidenten von untergeordneten Beamten des Staates wie nichts geachtet, wie nicht existierend behandelt werden.

Ich erlaube mir sodann an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, die oben geschilderten Verhältnisse Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis zu bringen und erneut und in der entschiedensten Weise dafür einzutreten, daß endlich durch Herausgabe einer entsprechenden Regierungs-Verordnung der Rucksackverkehr freigegeben werde?

Bürgermeister: Ich habe, wie den Herren genügend bekannt ist, sehr oft schon die Regierung auf die nachteiligen Folgen einer derartigen Behinderung der dem Städter durch die Not der Zeit aufgedrungenen Selbsthilfe aufmerksam gemacht.

Es ist mir auch gelungen, in Wien hinsichtlich der Revisionen des Handgepäcks leidliche Zustände herbeizuführen. Befriedigend sind sie noch immer nicht.

Auf die Vorgänge, die sich außerhalb Wiens abspielen, kann ich natürlich gar keinen Einfluß nehmen, werde aber diese Interpellation dem Statthalter vorlegen.

Ich kann nur das Eine sagen, wenn wir den Rucksackverkehr nicht gehabt hätten, dann wären wir schon alle verhungert. (Rufe: Sehr richtig!) Es ist ja wahr, daß der Rucksackverkehr ein Durchbrechen des Systems der zentralen Bewirtschaftung ist, aber was nützt mir ein System, bei dem ich verhungern muß. (Stürmische Zustimmung.)

Schriftführer Gem.-Rat Stanglberger (liest):

17. Interpellation des Gem.-Rates Skaret und Genossen:

Seit ungefähr zwei Jahren wurde trotz wiederholter Konkursausschreibungen erledigter Schullehrerstellen die Oberlehrerstelle der Volksschule in der Kaurergasse weder ausgeschrieben noch besetzt. Es besteht der berechtigte Verdacht, daß mit der Ausschreibung dieser Stelle solange zugewartet wird, bis ein Protektionskind des Herrn Stitz gefunden ist. Dieser Herr hintertreibt sonst jede Ernennung verdienstvoller Lehrer, wenn sie nicht seiner Parteilichkeit angehören. Diese Praktiken bedeuten aber eine nicht zu rechtfertigende Protektionswirtschaft und eine arge Schädigung der Lehrerschaft. Der Interpellant stellt darum an den Herrn Bürgermeister die Anfragen:

1. Sind in der Konkursausschreibung vom 6. April 1918 sämtliche zurzeit erledigten Leiter- und Lehrerstellen enthalten?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die nicht ausgeschriebenen erledigten Lehrer- und Leiterstellen unverzüglich zur Ausschreibung bringen zu lassen?

3. Ist der Herr Bürgermeister gewillt, seinen Einfluß geltend zu machen, damit seitens der Ortsschulräte endlich einmal gerechte parteilose Vorschläge erstattet werden?

Bürgermeister: Die Angelegenheit, welche Kollege Skaret in der Interpellation erwähnt, fällt in den Wirkungskreis der Schulbehörden. Darauf mache ich vor allem aufmerksam.

Ich stehe aber nicht an, nach den von mir gepflogenen Erhebungen mitzuteilen, daß sämtliche zurzeit erledigten Leiter- und Lehrerstellen, insofern sie nach Maßgabe der vorchriftsmäßig notwendigen Vorverhandlungen zur Ausschreibung gebracht werden konnten, in der Konkursausschreibung vom 6. April enthalten waren.

Zu Punkt 2 erwähne ich, daß die nicht ausgeschriebenen Leiter- und Lehrerstellen, sobald die Vorverhandlungen abgeschlossen sind, ausgeschrieben werden.

Zu Punkt 3 bemerke ich, daß mir als Bürgermeister eine gesetzliche Einflußnahme auf die Vorschläge der Ortsschulräte nicht zusteht.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):**18. Anfrage des Gem.-Rates Baxa:**

Die Stadt Wien und das Land Niederösterreich bringen die größten finanziellen Opfer, um den durch die derzeit sich abspielende, bisher größte Weltkatastrophe, dem Untergang nahe gebrachten Mittelstand nur einigermaßen über die Kampfzeit hindüberezureiten.

Aber nicht für sich machen sie diese Anstrengungen, die diesem Stande angehörigen staatsstreuen und staatserkhaltenden Elemente vor dem Hinunter-sinken in das Proletariat zu schützen, sondern hauptsächlich nur wieder für das Wohl und die Kräftigung des Staates.

Es muß deshalb befremdend anmuten, wenn gerade die Märtyrer dieser Zeit von den Steuerbehörden in einer Weise behandelt werden, die jeder Beschreibung spottet.

Nicht selten schon haben sich die Rechtsanwälte bei Interessenvertretung solcher bedauernswerter Existenzen in die große Öffentlichkeit geschickt, um das Wüten der Organe dieses wohl unsympathischsten aller staatlichen Ämter zu brandmarken, leider aber ohne Erfolg.

Während die Gruppe der Großkapitalisten bei ihren durch diesen Krieg überreichen, oft skrupellosen Einnahmen durch die ersten Beamten des Reiches huldvollst vor entsprechender Heranziehung zu gehöriger Steuerleistung geschützt wird, ist der Mittelstand der Spitzfindigkeit und Gnade der Steuerorgane als Freibeute hilf- und schutzlos ausgeliefert.

Ein beliebtes Opfer darunter sind ganz besonders die Gewerbetreibenden der Baubranche und da wieder die Baumeister, und zwar speziell die eingekerkerten.

Nicht genug, daß man von ihnen die unglaublichsten, man möchte sagen, lächerlichsten Auskünfte verlangt, bürdet man ihnen in einer Zeit, wo sie über ihre eigene Kraft gar nicht verfügen, die Vorlage der voluminösesten Schriftstücke auf, um schließlich dennoch zu Unrecht mit übermäßigen Abgaben bedacht und drangaliert zu werden.

Kann dann die geforderte Summe aus begreiflichen Gründen und Ursachen — wie geringe Bezüge gegenüber horrenden Lebensbedingungen — nicht gleich bezahlt werden, werden diese Leute nebst anderen unausgesetzten Schikanen sogar bis zum Manifestationsseid getrieben.

Eine solch rücksichtslose Art des Vorgehens gegen Eingerückte entbehrt wohl jeden weiteren Kommentars.

Der strengen Gewerbefreundlichkeit Eurer Exzellenz bewußt, erlauben sich die Befertigten die ergebene Anfrage zu stellen:

Ist Eure Exzellenz geneigt, den Herrn Finanzminister über das rücksichtslose Vorgehen der Steueramtsorgane gegenüber Angehörigen des Mittelstandes, ganz besonders aber gegen Eingerückte aufmerksam zu machen und ihn zu ersuchen, seine unterstehenden Ämter anzuweisen, die mit dem Nahrungskampfe in dieser schweren Zeit begründeten Zahlungsunmöglichkeiten nicht mit den ärgsten Repressalien zu verfolgen, sondern mit Wohlwollen und Entgegenkommen derartigen Steuerzahlungszwang bis zum Eintritt kommender Zahlungsmöglichkeiten zurückzustellen?

Bürgermeister: Ich werde es selbstverständlich als meine besondere Pflicht auffassen, mit allem Nachdruck den Herrn Finanzminister auf dieses Vorgehen der Steuerorgane aufmerksam zu machen.

Ich erhalte auch aus allen 21 Bezirken Wiens Briefe, in denen über den unerhörten und geradezu vexatorischen Druck der Steuerbehörden Beschwerde geführt wird.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):**19. Anfrage des Gem.-Rates Zimmermann:**

Da eine zwangsweise Heimbeförderung der Flüchtlinge aus unseren nordöstlichen Kronländern auf legalem Wege nicht durchführbar ist, erlaubt sich der Befertigte anzufragen:

Ob Se. Exzellenz der Herr Bürgermeister geneigt wäre, die Verschickung besagter Flüchtlinge in ein Konzentrationslager zu veranlassen, das, auf dem flachen Lande gelegen, ihre Verpflegung leichter und unbeschadet für die Großstadt besorgen könnte und ihnen die freiwillige Rückkehr in ihre Heimat ratsamer erscheinen ließe; zudem würde durch diese Maßnahme auch unserer bereits drückend empfundenen Wohnungsnot wirksam entgegen gearbeitet werden.

Beiters erlaubt sich der Befertigte, den Herrn Bürgermeister zu ersuchen:

Seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß das Reisegepäck aller Flüchtlinge, die Wien verlassen, einer strengen Revision unterzogen werde, da der Verdacht begründet ist, daß sie nebst dem notwendigen Mundvorrat noch Lebensmittel, Wäsche, Kleider und Schuhwerk verschleppen, um damit profitable Geschäfte zu machen.

Bürgermeister: Der Abtransport der Flüchtlinge hat bereits seit längerer Zeit eingesetzt. (Ruf: Aber zu wenig!) Ich habe mich gestern am Nordbahnhofe selbst davon überzeugt, daß sie sicher abfahren. (Gem.-Rat Kunzschak: Aber sie kommen wieder!) Ich hoffe, daß im Laufe der nächsten Wochen doch eine Zahl bis zu 40.000 Flüchtlingen in ihre Heimat zurückgekehrt sein werden.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):**20. Anfrage des Gem.-Rates Kunzschak:**

Schon bald nach Kriegsbeginn hat der k. k. Militär-Witwen- und Waisenfonds mit der Österreichischen Lebens- und Rentenversicherungs-Gesellschaft „Phönix“ ohne jede Befragung sonstiger Interessenten einen Vertrag geschlossen, auf Grund dessen der Fonds eine Versicherungs-Abteilung geschaffen hat, die als Agentur des „Phönix“ zunächst die Kriegerversicherung, dann aber auch andere Versicherungsarten betreibt und durch Provisionen dem Fonds gewisse Einnahmen verschafft.

Ist es schon zweifelhaft, ob es für einen k. k. Fonds und eine humanitäre Institution, über deren Wichtigkeit dem Zwecke nach kein Zweifel herrscht, passend und nötig ist, als Versicherungsagentur sich Erwerb zu suchen, so gibt besonders die Durchführung und weitere Entwicklung dieser Sache zu den schwersten Bedenken und dem entschiedensten Einspruch Anlaß.

Die sogenannte Versicherungs-Abteilung gibt sich nämlich der weitesten Öffentlichkeit gegenüber wie eine selbständige Versicherungsanstalt, ohne es zu sein, und wenn auch, was keineswegs immer geschah, bestenfalls auf offiziellen Verlautbarungen ganz verdeckt der „Phönix“ erwähnt ist, so ist es unumstößliche Tatsache, daß die Bevölkerung aller Berufs- und Bildungsschichten im weitesten Maße bewußt irreführt wird und irreführt ist, indem sie meint, mit einer staatlichen Fürsorgeaktion ganz allein zu tun zu haben, und nicht ahnt, daß dieselbe nur den Deckmantel für ein privates spekulatives Aktienunternehmen bildet.

Diese Irreführung wird lebhaft gefördert durch den weiters ganz unzulässigen Umstand, daß der gesamte staatliche Apparat von den Staatshaltereien bis zu den Steuer- und Postämtern durch höhere Weisung in den Dienst der Aktien des „Phönix“ gestellt ist, was nicht nur eine einseitige Stellungnahme der Behörden darstellt, sondern in weitestem Kreise den Eindruck eines staatlichen Zwanges, einer Beeinflussung durch Druck- und Drohungsmittel zugunsten manchmal ganz ungewöhnlicher Versicherungsnahmen hervorzurufen geeignet ist und tatsächlich auch hervorruft.

Es ist daher der wirkliche Vorteil des Witwen- und Waisenfonds keineswegs klar, da dem Vernehmen nach die gesamten Regieauslagen zu Lasten des Fonds gehen, so daß die Aktiengesellschaft „Phönix“ ganz kostenlos einen ungeheuren, größtenteils sogar staatlichen Apparat beigestellt erhält.

Eine gründliche Revision dieser Verhältnisse wäre dringend notwendig und liegt im Interesse aller derer, denen es um den Zweck des Witwen- und Waisenfonds zu tun ist.

Könnte man bisher noch annehmen, daß es sich um eine ganz vorübergehende Kriegsmaßnahme handle, in denen ja der Staat bekanntlich nicht selten eine unglückliche Hand gezeigt hat, so scheint jetzt eine dauernde Sache daraus werden zu wollen, was ein ganz groteskes Schauspiel bildet.

Der Staat betätigt sich statt nach Gesetz und Recht und Wahrung seiner Unparteilichkeit auf wirtschaftlichem Gebiete als Aufsichtsbehörde zu fungieren, als Versicherungsagen: im schlimmsten Sinne für eine Anstalt, welche durch nichts besonders prädestiniert war, welche bekannte maßen ihre Rückbedeutung im Auslande hat und jedenfalls auch ihre Aktionäre größtenteils im Auslande haben wird.

Den Anfragestellern ist es bekannt, daß die Gemeinde Wien in dieser Angelegenheit bereits im Jahre 1915 eine Beschwerde an die hohe k. k. Regierung gerichtet und dieselbe auf die Unzulässigkeit dieser Verhältnisse aufmerksam gemacht hat.

Sie richten daher an den Herrn Bürgermeister die Anfragen:

1. Sind Seine Exzellenz die in aller Kürze angedeuteten Verhältnisse in vollem Umfange bekannt?
2. Ist Seine Exzellenz geneigt, mitzuteilen, welches das Ergebnis jener Beschwerde der Gemeinde Wien war?
3. Ist Seine Exzellenz geneigt, bei der k. k. Regierung geeignete Schritte zu tun, um einer Beschwerde der Gemeinde

Wien gebührende Beachtung zu verschaffen, und überhaupt darauf zu dringen, daß Recht und Gesetz gegenüber wenigen Kriegsnutzennießern Anwendung finde und ein Gebiet humanitärer Kriegsfürsorge nicht zur Domäne privater Sonderinteressen werde?

Bürgermeister: Wie Herr Kollege Kunjachek weiß, habe ich schon im Jahre 1915 auch im Vereine mit dem n.-ö. Landes-Ausschuß ernste Vorstellungen bei der Regierung erhoben gegen die Beziehungen zwischen dem „Phönix“ und dem k. u. k. Militär-Witwen- und Waisenfonds.

Ich werde die Interpellation einer eingehenden Prüfung und Würdigung unterziehen und sie in der nächsten Sitzung beantworten.

Es sind Anträge überreicht worden, um deren Bekanntgabe ich bitte.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

21. Antrag der Gem.-Räte Gussenbauer, Nagler, Eglauer und Genossen:

Es wird beantragt:

Daß der Gemeinderat der Stadt Wien eine im Sinne der nachstehenden Ausführungen gehaltene Petition an die hohe k. k. Regierung richtet.

Der Wiener Gemeinderat in Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wiens erblickt in der Schaffung des in der staatsrechtlichen Erklärung der südslavischen Abgeordneten vom 30. Mai 1917 verlangten südslavischen Staates einerseits eine ernste Gefahr für den Weiterbestand der Monarchie, andererseits eine schwere Bedrohung der nationalen, volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen des staatserhaltenden deutschen Volkes im allgemeinen und jener Wiens im besonderen.

Der Weg nach Triest, zum Meer als Welthandelsstraße muß unbedingt für den Handel und Verkehr Wiens und jenen des deutschen Volkes überhaupt für alle Zeiten gesichert werden.

Deutscher Handel und Verkehr, deutsches Kapital, deutscher Unternehmungsgeist und deutscher Steuergulden haben hauptsächlich diesen Weltverkehrsweg zum Meere geschaffen, haben Triest zum gegenwärtigen Aufschwung und zur derzeitigen blühenden Entwicklung geführt und haben die südlichen Gebiete der Monarchie befruchtet und in ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung gefördert.

Die südlichen Gebiete der Monarchie sind nicht rein slavisches Gebiet, sondern zum Teil alter deutscher Kulturboden. Großgrundbesitz, Handel und Schifffahrt, Bergbau und Industrie sind auch heute noch zumeist in deutschen Händen. Deutsche Minderheiten befinden sich in den meisten Gemeinden. Was wäre Triest ohne Wien!

Der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erhebt feierlichst Protest gegen die staatszerstörende Absicht der Errichtung eines Südslavenstaates und fordert aus gleichberechtigten Gründen die Errichtung einer deutschen „Nautischen Schule“ in Triest für das Zehnmillionenvolk der Deutschen in Österreich.

Der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erblickt ferner in dem treuen Bündnis der Monarchie mit Deutschland die einzige Sicherheit für den Staat und die volle Gewähr für einen dauernden Frieden und für eine glückliche Zukunft ihrer Völker.

Bürgermeister: Gehet an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

22. Antrag des Gem.-Rates Kummelhardt und Genossen:

Der Mangel an Erholungsheimen für rekonvaleszente Lehrlinge und die derzeit bestehende Unmöglichkeit, unterernährte oder schwächliche Lehrlinge zur Erholung auf das Land zu geben, ist sehr oft die Ursache, daß solche Jugendlichen der Tuberkulose und anderen Krankheiten leichter zum Opfer fallen, als dies der Fall wäre, wenn sie sich rechtzeitig bei kräftiger Nahrung und gesunder Luft erholen könnten.

Die Unterzeichneten stellen daher den Antrag:

Der Stadtrat, beziehungsweise der Magistrat wolle in das Statut des von der Gemeinde Wien im Schlosse Neulengbach zu errichtenden Erholungsheimes für den Mittelstand eine Bestimmung aufnehmen, zufolge der 50 Plätze in diesem Erholungsheime, und zwar 30 für männliche und 20 für weibliche Lehrlinge der Lehrlingsfürsorge-Kommission des Fortbildungsschulrates in Wien zur Unterbringung rekonvaleszenter Lehrlinge das ganze Jahr hindurch zur Verfügung gestellt werden.

Hiedurch könnten bei Annahme einer einmonatlichen Rekonvaleszenz für einen Lehrling 600 Jugendliche im Jahre dieser Wohlthat teilhaftig werden.

Ferner möge durch das städtische Wohlfahrtsamt dafür Sorge getroffen werden, daß bereits im heurigen Sommer schwächliche und unterernährte Lehrlinge zur Erholung aufs Land gebracht werden können.

Bürgermeister: Gehet an den Stadtrat.

Wir kommen nunmehr zur Tagesordnung. Ich lade Herrn Gem.-Rat Schmid ein, zu Post 16 seinen Bericht dem Gemeinderate zu unterbreiten.

23. Referent Gem.-Rat Schmid: Zahl 4657, Post 16. Meine Herren! Der Antrag, über den ich heute zu referieren habe, bedeutet einen mächtigen Fortschritt auf der Bahn der kommunalen Industriepolitik. Dr. Lueger, welcher diese Industriepolitik in der Gemeinde inauguriert hat, war sich zweifellos bewußt, daß die städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke einen großen Bedarf an Kohle haben werden. Infolgedessen hat er sich wiederholt mit dem Projekte der Erwerbung eines Kohlenwerkes für die Gemeinde befaßt. Ebenso haben der Approvisionierungs-Ausschuß und der Kohlen-Ausschuß diese Frage in Erwägung gezogen und es wurde schließlich als Verwendungszweck für einen Teil des Investitions-Anlehens vom Jahre 1908 die Erwerbung eines Kohlenbergwerkes festgesetzt.

Die zu jener Zeit der Gemeinde gemachten Offerte waren aber nicht geeignet zu ernstlichen Verhandlungen, entweder waren sie zu unsicher oder die Preise zu teuer. Die Verhandlungen darüber haben niemals zu einem Resultat geführt. Wohl ist es dem Bürgermeister Dr. Neumayer gelungen, ein Braunkohlenwerk, und zwar das in Billingdorf, zu erwerben. Dieses Projekt hat damals im Gemeinderate eine ziemlich starke Opposition gefunden, aber ich bin überzeugt, daß viele der Herren, welche damals gegen dieses Unternehmen gestimmt haben, heute schon anderer Meinung sind. Sie brauchen zum Beispiel nur zu bedenken, daß heute die Kohlenförderung in Billingdorf, beziehungsweise in Neufeld 70 bis 100 Waggons täglich beträgt und die Leistung der Überlandzentrale, welche durch dieses Kohlenwerk gespeist wird, bereits ein Viertel des ganzen Strombedarfes in Wien deckt. Wenn es gelungen ist, ein solches

Braunkohlenwerk zu erwerben, so ist es bisher leider bis in die allerjüngste Zeit nicht gelungen, ein Projekt, beziehungsweise ein Offert bezüglich eines Steinkohlenwerkes zu erhalten. Die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung mehrten sich dadurch ungeheuer, daß die Elektrizitäts- und Gaswerke sich so mächtig entwickelt haben. Die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung sind insbesondere in den letzten Jahren zu einer solchen Höhe gestiegen, daß sie mitunter schon katastrophal geworden sind, und wir nahezu vor der Betriebseinstellung unserer städtischen Unternehmungen infolge Kohlenmangels standen. Wir mußten die Kohle zum Teile zu sehr hohen Preisen beziehen. Man muß sich vor Augen halten, daß der Bedarf an Kohle für die Gemeinde Wien im Jahr 1,100.000 t beträgt, daß die Gaswerke allein 750.000 t, die Elektrizitätswerke 300.000 t konsumieren und für den übrigen Bedarf der Stadt, für die Beheizung der Spitäler, der Schulen, der Amtshäuser u. s. w. 40.000 t notwendig sind. Wie die Herren sehen, entfallen zwei Drittel des ganzen Kohlenbedarfes auf die Gaswerke. Die Elektrizitätswerke haben es bezüglich der Kohlenversorgung leichter als die Gaswerke, denn jene können jede beliebige Kohle verwenden, während die Gaswerke an bestimmte Kohle gebunden sind. Die Elektrizitätswerke können Braunkohle verwenden und wir haben gesehen, mit welchem Vorteil dies in Zillingdorf geschieht und wir werden in Zukunft auch Wasserkraften in den Dienst der Elektrizitätswerke und der Gewinnung elektrischer Energie ziehen. Die Gaswerke sind speziell auf Steinkohle angewiesen, und zwar auf eine besondere Art, auf eine sogenannte koksbarere Kohle. Diese Kohle hat ein beschränktes Vorkommen, in Österreich ist sie in Mähren und in Schlesien zu finden, in Preußisch-Schlesien kommt sie ebenfalls vor. Die preußisch-schlesische Kohle kommt teuer zu stehen und umsomehr können wir uns nicht auf noch weiter entfernte Kohlengruben verlassen, so zum Beispiel auf die sächsischen Steinkohlengruben oder gar das Ruhr- und Saargebiet. Es kommt also für uns nur das Ostrau-Karwinergebiet und das preußisch-schlesische Gebiet in Betracht. Diesbezüglich muß gesagt werden, daß die Gaswerke aus dem Ostrau-Karwinergebiet 88 Prozent ihrer ganzen Kohlenmenge beziehen und der Rest von 12 Prozent aus Preußisch-Schlesien stammt. Es wird auch in der Zukunft nicht besser werden, denn vor dem Krieg hat Deutschland 9,000.000 t aus England bezogen, und zwar nicht allein für solche deutsche Orte, welche am Meere gelegen sind, wie Hamburg, Bremen, sondern auch im Binnenland gelegene Städte, wie Berlin, Halle, Stuttgart, haben englische verbrauchte Gaskohle. Nun ist es gar kein Zweifel, daß nach dem Kriege die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht sofort aufleben werden, es werden viele Jahre vergehen, bis englische Gaskohle nach Deutschland kommen wird. Und es werden die deutschen Gaswerke auf die preußische und die mährisch-schlesische Kohle angewiesen sein. Dazu kommt noch, daß auch die Balkanstaaten sich bemühen, um Kohlenschliffe mit dem mährisch-schlesischen und preußischen Kohlenrevier zu machen und daß eine eigene Kohlen-Einkaufsgesellschaft sich gebildet hat, welche den Verkehr mit diesen Kohlenbergwerken vermittelt.

Es ist also ganz klar, daß auch nach dem Kriege die Gemeinde Wien vielleicht noch weniger als früher eine sehr geschätzte und bevorzugte Kundschaft im preußischen Kohlenrevier sein wird. Im Gegenteil, es werden dort so viel Abnehmer sein, daß auf Wien gar keine Rücksicht genommen wird.

Diese Verhältnisse gebieten uns, rechtzeitig Umschau zu halten. Wir müssen uns auf andere Weise helfen, um uns mit Kohle zu versorgen. Es sind nun drei Alternativen möglich: 1. daß die Gemeinde Wien als Erwerblerin eines leistungsfähigen und voll ausgebauten Kohlenbergwerkes auftritt. Sie werden zugeben, daß solche ganz und vollständig im Betrieb stehende Kohlenbergwerke unverkäuflich sind, denn es gibt jetzt niemand ein Kohlenbergwerk her, außer zu ungeheurer Überzahlung, weil ein solches Kohlenbergwerk heute eine Goldgrube ist.

Die zweite Alternative wäre die Erwerbung von ganz ungeschlossenen Kohlengebieten. Es ist dies aber eine sehr gewagte Sache und ein Weg, den die Gemeinde nicht beschreiten kann, weil es ein zu großes Risiko wäre. Denn trotz der vorgenommenen Bohrungen würde auch ein so lange Zeit vergehen, daß uns mit diesen Kohlen nicht geholfen werden könnte, besonders wenn wir dabei ein solches Risiko zu tragen hätten. Wo wäre auch überhaupt ein solches Kohlenlager noch möglich zu erwerben, höchstens in Westgalizien, und da werden mir die Herren zugeben, sind die politischen Verhältnisse heute so ungeklärt, daß man nicht wissen kann, wohin Galizien in Zukunft geht. Daher ist es der Gemeinde Wien als Reichshaupt- und Residenzstadt Wien nicht möglich, diese zweite Alternative ins Auge zu fassen. Es bleibt nur noch die Beteiligung an einem Kohlenbergwerk, welches zwar abgeschlossen ist, aber noch nicht vollständig, so daß ein Raum für den weiteren Ausbau gegeben ist.

Diese dritte Alternative, und zwar die Beteiligung an einer Aktiengesellschaft erscheint uns am vorteilhaftesten, und zwar deswegen, weil bei der Beteiligung an einer Aktiengesellschaft, wo man einen zweiten Teilnehmer hat, der auch kapitalstark ist, das Risiko nicht allein auf die Gemeinde, sondern auch auf den zweiten Teilnehmer fällt. Dann auch aus dem Grunde, weil eine solche Aktiengesellschaft von vornherein verbürgt, daß der Betrieb kaufmännisch und nicht bürokratisch geführt wird, endlich auch, weil eine Aktiengesellschaft mit den Arbeitern, Angestellten und Beamten leichter verkehren kann als die Gemeinde Wien, weil weniger Fesseln sie bedrücken.

Kürzlich ist nun der Gemeinde Wien ein solches Kohlenbergwerk angetragen worden, und zwar das der Dziedzicer Montangewerkschaft, welches gegenwärtig der Depositenbank gehört und von dieser käuflich erworben wurde.

Se. Exzellenz Herr Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat sofort die Wichtigkeit und Bedeutung dieses Projektes für die Gemeinde Wien erkannt und hat die Vorverhandlungen mit der gewohnten Tatkraft eingeleitet, hat vom Stadtrate die prinzipielle Genehmigung erhalten, daß ein Komitee zu den Verhandlungen mit der Depositenbank eingesetzt werde. Diesem Komitee gehören unter anderen an der Herr Vize-Bürgermeister Pierhammer, Herr St.-Rat Schneider, Herr Gem.-Rat Neumann, Herr Gem.-Rat Dr. v. Dorn und meine Wenigkeit. Dieses Komitee hat in vielen Sitzungen mit Direktor Goldstein von der Depositenbank verhandelt und hat in diesen vielen Sitzungen das Übereinkommen festgesetzt, welches Ihnen heute gedruckt vorliegt.

Demnach soll die Gemeinde Wien im Verein mit der Depositenbank eine Aktiengesellschaft bilden, und zwar soll die Gemeinde 60 Prozent und die Depositenbank 40 Prozent des Aktienkapitals zeichnen, so daß die Gemeinde unter allen Umständen die Majorität im Verwaltungsrate haben wird, was

von großer Wichtigkeit ist, weil es sich darum handeln wird, wohin die Kohlen verkauft werden und wir ja in erster Linie den Bedarf der Wiener sichern müssen.

Es ist also vereinbart worden, daß beide Teile einen Vertrag auf zehn Jahre eingehen, wonach das Aktienkapital sowohl für die Gemeinde Wien, als für die Depositenbank für die ersten zehn Jahre gebunden ist und ein Verkauf der Aktien nicht stattfinden darf. Nach Ablauf dieser Frist kann die Bank die Aktien verkaufen, muß aber der Gemeinde Wien noch durch fünf Jahre ein Vorkaufsrecht gewährleisten.

Was den Übernahmepreis anlangt, so hat die Depositenbank anfänglich 24 Millionen Kronen begehrt, ist dann im Laufe der Verhandlungen auf 23 Millionen Kronen und dann auf 22 Millionen Kronen heruntergegangen und hat in der Schlußsitzung den Übernahmepreis auf $19\frac{1}{2}$ Millionen Kronen ermäßigt. Diese neu zu gründende Aktiengesellschaft erwirbt also von der Depositenbank um $19\frac{1}{2}$ Millionen Kronen den ganzen Besitz der ehemaligen Dziedzicher Montan-Gesellschaft, und zwar ist der Besitz lasten- und schuldenfrei der Gesellschaft zu übergeben. Von den Aktien zeichnet die Gemeinde Wien 60 Prozent, das sind 11.7 Millionen Kronen, während die Depositenbank 7.8 Millionen Kronen, also 40 Prozent zu zeichnen hat. Dieses Übereinkommen tritt rückwirkend mit 1. Jänner 1918 in Kraft, so daß von diesem Tage der Betrieb und die Geschäfte der Dziedzicher Montan-Gesellschaft an die neu zu gründende Aktiengesellschaft zu übergehen haben.

Ich werde mir nun erlauben, einiges über die Verhältnisse in dem Kohlengebiete und über den Wert der Realität zu sagen. Der Kohlenbesitz grenzt im Westen an das Witkowitz Kohlengebiet, im Süden an die österreichischen Berg- und Hüttenwerke, im Osten an das k. k. Montanärar mit dem Steinkohlenwerke in Brzeszce und im Norden an die Weichsel, die dort die Reichsgrenze bildet. Das Gebiet ist von der Nordbahn durchzogen und gleichzeitig an der Trasse des Donau-Ober-Weichselkanals gelegen, so daß die Verfrachtung der Kohle außerordentlich günstig sein wird. Das Kohlengebiet umfaßt 249 Freischürfen mit 5263 ha und vier Grubenfelder mit 146 ha. Ein Aufschluß besteht im „Silesia“-Schachte, welcher aus je einem Förder- und Wetterschachte besteht. An Obertaganlagen sind alle zum Betriebe erforderlichen Gebäude und maschinellen Anlagen in entsprechendem Ausmaße vorhanden. Auch bestehen 45 Arbeiterhäuser.

Der Förderschacht der „Silesia“-Anlage hat 465 m Tiefe erreicht und die auf eigenem Gebiete bestehenden Bohrlöcher sind bis 1101 m, beziehungsweise 527 m abgeteuft. Es bestehen auf den Nachbarschürfen noch drei Bohrlöcher, die zur Beurteilung des Kohlenvermögens unseres ins Auge gefaßten Gebietes von außerordentlicher Wichtigkeit sind. Sie haben eine Tiefe von 1183, 1272, beziehungsweise 1283 m erreicht. Auf Grund dieser Aufschlüsse und Bohrungen liegen Gutachten von vier Fachleuten vor, welche sich zwar nicht völlig decken, aus welchen aber im allgemeinen folgendes festgesetzt werden kann:

Erstens: Im Vergleiche zur oberschlesischen Kohle ergeben diese Aufschlüsse eine gute Mittelmarke, welche 6200 bis 7100 Kalorien Heizwert und einen mittleren Aschengehalt haben.

Zweitens: Backende Gaskohle wird bisher im „Silesia“-Schachte nicht gefördert und wird voraussichtlich erst in einer Tiefe von 8- bis 1200 Meter erreicht werden und erst in zirka

neun Jahren zur Förderung gelangen, weil dazu große Anlagen notwendig sind.

Nun ist mittlerweile eine neueste Bohrung entstanden und die hat schon bei 732 m auf gut backende Gaskohle geführt. Die Sachverständigen haben ferner drittens gesagt, daß sie nicht bezweifeln, daß, wenn auch die Gaskohle in 8- bis 1200 m Tiefe angetroffen würde, das Tiefen sind, welche keine besondere technische Schwierigkeit hervorbringen, daß also die Förderung auch aus dieser Tiefe leicht möglich ist. Die Fachleute schätzen viertens, daß das gesamte Kohlenvermögen mehr als 800 Millionen Tonnen betragen wird, welches nach Abzug von 50 Prozent für Schichtstörungen ein rein gewinnbares Kohlenvermögen von 400 Millionen Tonnen ergeben würde. Hieron wird die Hälfte, also zirka 200 Millionen Tonnen, von den Fachleuten als Gaskohle geschätzt.

Nun liegt allerdings eine Schätzung vor, und zwar von dem Fachmanne P o p p e r, die etwas niedriger ist. Diese Schätzung ergibt an gewinnbarem Kohlenvermögen, nach Abzug der 50 Prozent für Schichtstörungen, 300 Millionen Tonnen. Ich muß das speziell erwähnen, weil im gedruckten Bericht ein Druckfehler ist. Es heißt dort nämlich, daß P o p p e r die gewinnbare Kohlenmenge mit drei Millionen statt mit 300 Millionen Tonnen schätzt.

Fünftens sagen die Fachmänner übereinstimmend, daß der Betrieb, wenn er auch noch so sehr forciert wird, auf Jahrhunderte hinaus ausreichen wird; bisher hat die Förderung im „Silesia“-Schacht nur eine Höchstmenge 184 Tausend Tonnen jährlich betragen und selbst wenn diese Förderung auf eine Million oder sogar eineinhalb Millionen gebracht wird, was wahrscheinlich ist, werden wir mehrere Jahrhunderte mit diesen Kohlenvorräten ausreichen.

Was nun die Bewertung durch die Sachverständigen anlangt, so habe ich zunächst die Gutachten der beiden Sachverständigen zu erwähnen, welche uns von Seite des Arbeitsministeriums zur Verfügung gestellt wurden, das des Herrn Ober-Baurates B e s e l y und das des Herrn Bergrates P o n e s c h. Diese beziffern den effektiven Wert der Anlagen samt Freischürfengebiet und Grubenmaßen mit acht Millionen Kronen. Allein sie erklären, über den zulässigen Aufpreis keine Angaben machen zu können, da derselbe von besonderen Umständen abhängig ist. Natürlich gibt uns dieses Gutachten keinen rechten Fingerzeig, wenn die Sachverständigen sagen, daß sie über den Aufpreis nichts mitteilen können.

Der frühere Leiter der Salm'schen Grubenverwaltung, Herr Direktor K u r i g, bewertete im Jahre 1916 die Werke der Dziedzicher Montan-Gesellschaft mit 10 bis 11 Millionen Kronen. Wenn die Depositenbank das Werk nun mit 17 Millionen erworben hat und nunmehr als Übernahmepreis $19\frac{1}{2}$ Millionen festgesetzt wird, so hat selbstverständlich die Gemeinde den Herrn Direktor K u r i g darüber befragen müssen, welchen Standpunkt er zu diesem Übernahmepreis einnimmt.

Der genannte Herr Direktor K u r i g erklärt in seinem am 8. April neuerlich abgegebenen Gutachten, daß er bei seiner ersten Schätzung auf die Veränderung des Geld- und Realitätenmarktes keinerlei Rücksicht genommen habe und wenn er das nunmehr tue, er dem Bergbau einen Gesamtwert von 19 bis 20 Millionen zumeßen könne. Die Differenz zwischen diesen

beiden Schätzungen, der früheren und der jetzigen, erklärt er nun detailliert und in einwandfreier Weise wie folgt:

Erstens nimmt er die dauernde Verteuerung der Bergbauobjekte mit 40 Prozent an, was gegenüber der früheren Schätzung eine Steigerung von 4 bis $4\frac{1}{2}$ Millionen beinhaltet; zweitens bewertet er den heutigen Anschaffungspreis der Immobilien um 1 bis $1\frac{1}{2}$ Millionen Kronen höher, und drittens — und das scheint das wichtigste zu sein — schätzt er nunmehr auch die obersten Kohlenflöze ein, welche in den oberen Teufen über zirka 500 m lagern und im ersten Gutachten von ihm gar nicht bewertet worden sind, weil der Kohlenpreis damals so tief war, daß er die Förderung dieser Schichten nicht als lohnend angenommen hat, aber bei den heutigen Kohlenpreisen sehr lohnenswert gefördert werden können. Er kommt damit auf ein weiteres Kohlenvermögen im Werte von mindestens 42 Millionen Kronen. Der Herr Direktor Kurig meint schließlich, daß der Übernahmepreis von $19\frac{1}{2}$ Millionen Kronen der Bewertung zweifellos entsprechen dürfte und daß ein anderes Objekt zu günstigeren Bedingungen kaum oder nicht zu erwerben sein wird. Nun haben wir auch erfahren wollen, ob diese 17 Millionen Kronen richtig sind, welche die Depositenbank uns als ihren Selbstkostenpreis, als den Anschaffungspreis, angegeben hat.

Es wurden zunächst von Seite des Herrn Bürgermeisters zwei unserer Beamten, der Herr Direktor Dr. Förster und Herr Ober-Rechnungsrat Winkler delegiert, welche alle Bücher der Depositenbank genau geprüft haben und auch alle Belege, welche sich auf die Kosten beziehen. Sie haben alle Bücher und Belege als richtig befunden. Demnach stellen sich die Kosten, welche die Depositenbank beim Ankauf des Werkes gehabt hat, wie folgt:

Zunächst die Kosten für den Ankauf der Ruze. Die Dziedzicer Montangewerkschaft hat, wie jede andere derartige Gewerkschaft, 100 Ruze besessen. Es war anfangs das Gerücht verbreitet und es ist uns auch, als wir in die Verhandlungen eingetreten sind, zu Ohren gekommen, daß die Depositenbank angeblich die Ruze zu 30.000 K per Ruz erworben hat. Nun hat sich aber aus den Büchern ergeben, daß der Mindestankaufspreis für die ersten Ruze 40.000 K betrug und daß er sich allmählich bis auf 150.000 K per Ruz gesteigert hat. Es resultiert daraus, daß die Kosten für den Ruzankauf $8\frac{1}{2}$ Millionen Kronen für die Bank betragen haben. Die Bank hat weitere ausgegeben, um die von der Dziedzicer Montangewerkschaft eingegangenen Verpflichtungen an andere Banken zu decken.

Samt den Interkalarrien macht das 72 Millionen Kronen aus. Für die Durchführung des Geschäftes, wie Provisionspesen und sonstiges rechnet sie eine viertel Million. Dann hat sie eine zu tilgende Hypothekarschuld mit 055 Millionen übernehmen müssen, ferner war noch eine Unterbilanz des letzten Jahres mit 600.000 K zu decken, welche darauf basiert, daß die alte Montangesellschaft einen sehr ungünstigen Vertrag mit den Staatsbahnen gehabt hat.

Zusammen resultiert aus diesen Beträgen eine Gesamtsumme von 171 Millionen Kronen, die nach unseren Untersuchungen vollständig begründet erscheint. Gegenüber dem Übernahmepreis von 195 Millionen Kronen ergibt sich für die Bank eine Verdienstsumme von 24 Millionen Kronen, welche sich aber dadurch um 40 Prozent reduziert, daß die Bank wieder mit 40 Prozent in den Aktienbesitz eintritt. Wenn man die 40 Prozent von

den 24 Millionen abrechnet, so bekommt man einen effektiven Gewinn von rund $1\frac{1}{2}$ Millionen, welcher der Bank wirklich bleibt, und der in Bezug auf den Selbstkostenpreis von 171 Millionen Kronen ungefähr 8 Prozent beträgt. So viel über den Anschaffungspreis.

Was nun das Investitionserfordernis anlangt, so habe ich schon gesagt, daß die gegenwärtige Förderung höchstens 184.000 t beträgt. Um nun das Werk rentabel zu machen, muß man diese Förderung stark in die Höhe zu bringen trachten. Um dies nun tun zu können, muß man investieren. Die gegenwärtige Höchstförderung von 184.000 t kann schon im nächsten Jahre oder höchstens in zwei Jahren auf 500.000 t gebracht werden. Wenn man die große Doppelschachtanlage ausführt, die projektiert ist, so kann sie in neun bis zehn Jahren auf eine Million Tonnen und noch mehr gebracht werden.

Die Sachverständigen haben diese Ziffern bestätigt und auch angegeben, daß man auf eine äußerste Förderung von 1.000.000 bis 1.200.000 t rechnen könnte. Die Kosten für die erforderlichen Investitionen sind von den Sachverständigen geschätzt worden, wie folgt:

Für den Ausbau der bestehenden Anlagen des „Silesia“-Schachtes und seiner Stollen 8 bis 10 Millionen, für die Abbohrung des großen Grubensfeldes 3 Millionen — diese Abbohrung ist deshalb notwendig, weil man dadurch erfahren wird, wo man am besten die neue Doppelschachtanlage hinstellen kann — für den Bau dieser neuen Doppelschachtanlage werden 20 Millionen notwendig sein, für den Bau weiterer Arbeiterwohnhäuser 18 Millionen, so daß rund 50 Millionen als Investitionen erforderlich sind. Diese Investitionen würden sich auf mindestens zehn Jahre verteilen. Die Beschaffung kann auf zweierlei Art erfolgen: Entweder gibt die Depositenbank diese Investitionsgelder als Darlehen, wobei uns zugesichert ist, daß die Bedingungen bessere sein werden, als die üblichen Kartellbedingungen der Banken sind, oder aber sie werden im Wege der Ausgabe von Obligationen beschafft werden. Solche Industrieobligationen kann man ja jederzeit ausgeben.

Bevor ich auf die Rentabilität eingehe, muß ich noch etwas anführen. In dem Übereinkommen mit der Depositenbank ist eine Bedingung enthalten, die für uns sehr vorteilhaft ist. Die Depositenbank verpflichtet sich, keine Einwendung dagegen zu erheben, daß die künftige Aktiengesellschaft der Gemeinde Wien für ihren Kohlen-Eigenbedarf einen gewissen Preisrabatt gibt, und zwar 5 Prozent des jeweiligen billigsten Marktpreises, allerdings nicht für die ganze, sondern für eine beschränkte Lieferung und bis zum Ablaufe des Syndikatsvertrages, der zehn Jahre gültig ist, und auch beschränkt insofern, daß diese Begünstigung des Preisrabattes 5 Prozent vom Marktpreis nur für jene Lieferungs menge gilt, welche bei einer Förderung bis 50.000 Waggons die Hälfte, von der Förderung über 50.000 Waggons 140 Prozent und von der Förderung über 100.000 Waggons 30 Prozent nicht überschreitet.

Ich werde ein Beispiel anführen. Wenn wir so weit wären, daß wir 50.000 Waggons Kohle fördern, so werden 25.000 Waggons dieses Preisrabattes teilhaftig, das sind 50 Prozent. Rechnen wir den durchschnittlichen Marktpreis der Kohle heute mit 350 K per Waggon — der Stückkohlenpreis ist höher, dagegen ist der Preis der Kleinkohle niedriger und daher nehme ich einen Durchschnittspreis von 350 K an — dann bekommen wir dafür einen

Rabatt von 437.000 K. Das sind 5 Prozent von dieser Summe. Wenn die Förderung aber über 50.000 Waggons hinausgeht, 50- bis 100.000 Waggons, werden nicht mehr 50 Prozent der über 50.000 Waggons geförderten Menge, sondern nur 40 Prozent dieser Begünstigung teilhaftig werden, und wenn die Förderung über 100.000 Waggons beträgt, nur mehr 30 Prozent. Immerhin wird diese Begünstigung eine außerordentlich gute sein, so daß uns schon eine Art Vordividende gesichert ist.

Wenn man eine Rentabilitätsberechnung aufstellen will, so ist das immer eine außerordentlich schwierige Sache, weil man weder über die Kohlenpreise der Zukunft, noch über die Arbeitslöhne und Gesteungskosten vollkommen im Klaren ist. Aber unter dieser Annahme, daß die Spannung zwischen den Gesteungskosten und dem Verkaufswerte 40 h per Meterzentner ist, könnte man die Rentabilität wie folgt beziffern:

Die Verzinsung der auf die Gemeinde entfallenden Aktien ist höher als die auf die Depositenbank entfallenden, weil man in unsere die erwähnten 5 Prozent einrechnen muß und sie wird sich im Jahre 1919, natürlich die Verzinsung und Amortisation der Investitionsgelder eingerechnet, auf 2-35 Prozent stellen, im Jahre 1920 auf 4 1/2 Prozent, im Jahre 1924 auf 8 1/3 Prozent und wird sich weiterhin bei erhöhter Produktion noch steigern.

Diese Ziffern sind von unserem Wirtschaftsamt mit sehr großer Vorsicht gefunden worden. Nach der Berechnung des jetzigen Werkleiters der Gesellschaft stellt sich die Verzinsung weit günstiger dar.

Wir haben allerdings der Depositenbank auch eine kleine Begünstigung gewähren müssen und die besteht darin, daß wir ihr den kommissionsweisen Verkauf derjenigen Kohle in die Hand geben, welche nicht von der Gemeinde in Anspruch genommen wird. Die hierfür ausgemachte Vergütung beträgt 2 Prozent Provision und für das Deltredere wird ohne weiters noch 1 Prozent zugebilligt, also zusammen 3 Prozent.

Diese Provision entspricht der vor dem Kriege allgemein üblich gewesenem Verkaufsprovision und müßte jedem anderen Kommissionär ebenso bezahlt werden. Ich glaube auch, daß die Aktiengesellschaft diesen Verkauf nicht selbst bewirken würde.

Was die Bedeckung anbelangt, so handelt es sich um die Bedeckung des Übernahme-preises unserer 60 Prozent. Dieser beträgt 11.7, rund 12 Millionen Kronen, welche die Gemeinde jetzt benötigt. Bekanntlich sind von dem 360 Millionen Kronen-Anlehen vom Jahre 1908 200 Millionen Kronen begeben und auf Rechnung des noch unbegebenen Restes eine schwebende Schuld von 65 Millionen Mark aufgenommen worden. Am 30. Juli waren hievon nur mehr 1.2 Million Kronen übrig, es kann also in diesem Anlehen vorläufig keine Bedeckung der 12 Millionen Kronen für uns gefunden werden, wohl aber kann vorderhand die tatsächliche Bedeckung vorschußweise aus den Beständen des 375 Millionen Kronen-Anlehens vom Jahre 1914 stattfinden. Der Rückersatz dieses Vorschusses hätte dann seinerzeit aus dem noch zu begebenden Reste des 1908 Anlehens oder durch ein neues Anlehen zu erfolgen.

Ich komme nun zum Schlusse. Das Verhandlungs-Komitee hat in genauer Würdigung aller Verhältnisse und nach vielen Bemühungen — Sie können überzeugt sein, daß sich das Verhandlungs-Komitee viele Mühe gegeben hat — einstimmig den Beschluß gefaßt, der Gemeinde das Übereinkommen zur Annahme zu empfehlen, über welches Ihnen heute ein gedruckter Bericht vor-

liegt. Der Stadtrat hat dasselbe Übereinkommen ebenfalls einstimmig angenommen und die endgültige Entscheidung liegt nun beim Gemeinderate. Ich habe Ihnen eine ungeschminkte Darstellung des Sachverhaltes gegeben und ich glaube, Sie werden den Eindruck empfangen haben, daß ich die Sache als günstig für die Gemeinde halte. Natürlich ist wie bei jedem Bergbau auch hier ein gewisses Risiko vorhanden. Daß dieses Risiko nicht allzu groß ist, dafür bürgt Ihnen schon die Lage des Dziedzicer Werkes, mitten zwischen den Kohlengebieten Österr.-Schlesiens, Galiziens und Preuß.-Schlesiens, welche wohl die höchste Leistung des Kohlenbetriebes enthalten.

Die geologische Beschaffenheit ist eine derartige, daß nicht anzunehmen ist, daß die Förderung durch außergewöhnliche Störungen beeinträchtigt wird. Aber das eine ist gewiß, daß wir kaum, ja vielleicht gar nicht mehr eine solche Gelegenheit haben werden, der Gemeinde ein solches Kohlengebiet zur Vorsorge für den Kohlenbedarf sichern zu können; es ist das nach dem ganzen Sachverhalte ganz ausgeschlossen.

Es ist sicher, meine Herren, Sie müssen ein Risiko übernehmen; übernehmen Sie schon ein Risiko bei der Annahme des Antrages, so übernehmen Sie aber auch ein Risiko bei dessen Ablehnung. Sie müssen sich vorstellen, wenn der Antrag heute abgelehnt wird, so wird vielleicht, wenn ich schon nicht sage, für die Ewigkeit, so doch für Jahrzehnte oder Jahrhunderte keine solche Gelegenheit wiederkehren.

Ich glaube, das werden die Herren nicht wollen und deswegen kann ich Sie wohl bitten, für den Antrag zu stimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Ich eröffne die Debatte.

Zum Worte gelangt kontra der Herr Gem.-Rat Stein.

Gem.-Rat Stein: Sehr verehrte Herren! Ich habe mich wohl kontra eintragen lassen, ich erkläre aber von vornherein, daß ich in der Sache selbst ein prinzipieller Anhänger der Erwerbung von Kohlenwerken bin, weil ja bei der großen Menge von Kohlen, welche die Gemeinde für ihre eigenen Produktionsstätten benötigt, und angesichts des Umstandes, daß die Wiener Bevölkerung selbst auch ein Interesse daran hat, von willkürlichen Ausschreitungen einer sich eventuell bildenden Kartellierung der Kohlenwerke unabhängig gemacht zu werden, es selbstverständlich im Interesse der Kommune und der gesamten Bevölkerung ist, daß ein abbauwürdiges Kohlenvorkommen erworben wird. Auf diesem Standpunkte bin ich schon seit Jahren gestanden und ich verweise darauf, daß ich bereits in früheren Debatten bei Gelegenheit der Aufnahme von Investitions-Anlehen stets dafür eingetreten bin, mit Besitzern von Freischürfen und von Kohlenvorkommen in Verhandlung zu treten.

Ich kann es also vom sachlichen Standpunkte aus nur begrüßen, daß eine solche Aktion eingeleitet wurde, und ich glaube, daß sie zum Besten der Wiener Bevölkerung ausfallen wird, wenn ich mich auch nicht dem Bedenken verschließen kann, ob gerade der jetzige Zeitpunkt, wo alle Werte so in die Höhe gegangen sind, wo man mit Rücksicht auf das Sinken der Valuta für alles immer weit mehr als den wirklichen Wert bezahlen muß, der glücklichste ist, diese Erwerbung vorzunehmen. Ich bin selbstverständlich kein Kohlenfachmann und habe es daher für meine Pflicht gehalten, mich mit sehr versierten Fachleuten aus der Kohlenbranche, mit Kohlenwertbesitzern selbst, in Verbindung zu setzen, mit Herren, die die Lage im Dziedzicer und im Ostrauer

Kohlengebiete, das ja angrenzend ist, sehr genau kennen, um mir die Beruhigung zu verschaffen, daß die Gemeinde mit einer gewissen Sicherheit in ein so großes Unternehmen eintritt, das immerhin viele Millionen beansprucht. Ich glaube, es werden jedenfalls mehr Millionen sein, als das Projekt heute angibt, denn Sie wissen, daß im Verlaufe der Ausgestaltung der Industrie und besonders eines Bergwerkes immer größere Summen in Anspruch genommen werden, als man ursprünglich vorhergesehen hat. Es ist daher notwendig, daß man in Anbetracht dieser Umstände doch mit einiger Beruhigung in dieses Unternehmen eintreten kann. Und da kann ich Ihnen mitteilen, daß das, was ich über die Chancen dieses Unternehmens erfahren habe, obwohl es von Seite derjenigen stammt, die sonst ein prinzipielles Interesse daran hätten, daß die Kommune nicht als ihr Konkurrent auf dem Gebiete der Förderung auftritt, durchaus günstig lautet. Es wurde mir gesagt, daß das Gutachten, welches das Vorhandensein eines großen Kohlenvermögens konstatiert, den Tatsachen entspricht, daß also wirklich ein großes Kohlenvermögen vorhanden ist. Desgleichen wird bestätigt, daß die in Anspruch genommenen Sachverständigen, die das Gutachten ausgearbeitet haben, bekannte Fachleute in der Kohlenbranche sind und daß daher das Gutachten mit Anspruch auf Vertrauenswürdigkeit entgegengenommen werden kann.

Es liegt selbstverständlich in der Natur der Sache, daß bei einem jeden Bergbau ein gewisses Risiko eingegangen wird. Das hat schon der Herr Referent selbst hervorgehoben und das Gesetz selbst reißt ja die Bergbauunternehmungen in die aleatorischen Unternehmungen ein, das heißt in solche, welche ein gewisses Risiko in sich schließen und bei denen die Sicherheit des Erfolges nicht von vornherein feststeht, bei denen man sich also auf Enttäuschungen gefaßt machen muß.

Das Gutachten, das sich durchaus günstig ausspricht, kann natürlich nicht soweit gehen, um Enttäuschungen, die im Verlaufe eines jeden Bergbaubetriebes hier und da auftreten, von vornherein als unmöglich bezeichnen, so zum Beispiel kann man nicht wissen, ob nicht im Verlaufe der Abteufung Sprünge und Verstaunungen eintreten werden, welche den Bergbau minder rentabel erscheinen lassen, während sich andererseits die Kosten der Abteufung höher stellen können, als sie ursprünglich angesetzt waren.

Der Preis, welchen die Depositenbank für die Abtretung ihres Besitzes fordert, ist mir als unter den gegenwärtigen Verhältnissen als nicht hoch bezeichnet worden. Also auch in dieser Beziehung ist eine gewisse Beruhigung aus den Mitteilungen zu entnehmen, die ich von fachmännischer Seite erhalten habe. Dagegen wird es vielleicht gut sein, wenn man sich in Bezug auf die Rentabilität nicht von vornherein zu hoch gespannten Erwartungen hingibt und sie nicht durch eine zu rosige Brille ansieht. Es wird nämlich von den Kohlenwerkenbesitzern darauf verwiesen, daß sich die Förderung der Kohle eben mit Rücksicht auf die allgemeine Lage sehr hoch stellt und daß jetzt mit ganz anderen Zahlen gerechnet werden muß, wie es eben überall ist, wo Arbeiter beschäftigt werden.

Der Magistrats-Bericht weist darauf hin, daß es möglich sei, daß eine Periode der Kohlennot nach dem Kriege entstehen könnte, indem immerhin mit einer Sperrung des überseeischen Verkehrs nach dem Kriege zu rechnen sein wird. Das ist aber immerhin eine Ansichtssache und eine Frage der Politik, denn

es hängt davon ab, ob tatsächlich, wie es von Amerika angedeutet wird, der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege eine Fortsetzung findet, so daß wir auch fernerhin von der Zufuhr abgeschnitten sind und zum Beispiel Baumwolle von Amerika nicht herüber kommt und daß Deutschland vom Bezug der Kohle ausgeschlossen sein wird, so daß es auf die nordmährischen Kohlenbecken übergreifen müßte.

Man kann wohl nicht prophezeien, aber immerhin kann man annehmen, daß, wenn endlich einmal der Friede kommt, ein Friede nach dem militärischen Sieg, er nicht anders gedacht sein kann, als daß nachher nicht noch der Wirtschaftskrieg forttobt, der in seinen Folgen viel empfindlicher wäre als ein militärischer Krieg von einigen Jahren. Wenn auch der wirtschaftliche Krieg unterbleibt, so ist doch immerhin damit zu rechnen, daß wenigstens für die erste Zeit nach dem Kriege eine Schiffsraumnot sein wird, die ein tatsächliches Hindernis dafür bieten könnte, daß englische Kohle nach Deutschland geliefert wird, so daß die deutschen Gaswerke auf die schlesischen und nordmährischen Vorkommen übergreifen müßten, um den eigenen Bedarf zu decken, so daß tatsächlich vorübergehend ein Notstand für uns entstehen könnte. Dieser Umstand ist auch, wie der Magistrats-Bericht selbst hervorhebt, die Hauptveranlassung, ein Kohlenbergwerk zu erwerben. Allerdings ist erst in neun bis zehn Jahren darauf zu rechnen, daß Gaskohle geliefert werden kann, denn diese befindet sich in einer solchen Tiefe, daß man erst nach diesem Zeitraum dazu werde gelangen können. Es ist daher ziemlich gleichgültig, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Jahren nach dem Kriege in Bezug auf die Absperrung vom Ausland gestalten werden, weil wir eben nicht früher als in zehn Jahren in die Verwendung dieser Kohle gelangen werden. Auf jeden Fall werden wir in den nächsten Jahren der Berggestaltung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse ausgeliefert sein, ohne etwas dafür oder dagegen tun zu können; für den Wiener Konsum wird die gegenwärtig gewonnene Kohle keine besondere Bedeutung haben, solange nicht die liegenden Flöze eröffnet werden, denn die gegenwärtig geförderte Kohle ist keine Hausbrandkohle. Auch die Kohle aus dem angrenzenden Mährisch-Osttrauer Gebiet ist keine gute Hausbrandkohle, sondern wird nur für Fabriks- und Eisenbahnzwecke verwendet. Die Dzieržitzer Wirtschaft wird immerhin diese Kohlen für unser Elektrizitätswerk liefern können, das bezüglich der Qualität der Kohle nicht zu empfindlich ist, und man wird die Kohle auch an Fabriken und Eisenbahnen verkaufen können. Für den Wiener Markt könnte diese Kohle nur in der Not in Betracht kommen, wenn nämlich keine bessere Hausbrandkohle zu bekommen ist. Für die Gaswerke kommt die Kohle derzeit nicht in Betracht.

Für die ersten Jahre der Förderung stellt das Exposé des Herrn Referenten nur eine schmale Verzinsung in Aussicht und das liegt auch in der Natur der Sache. Wir ersehen aus dem Magistratsberichte, daß die Allgemeine Depositenbank bisher mit einer Unterbilanz gearbeitet hat und das entspricht auch den Verhältnissen, weil bei Erschließung eines Kohlenbergwerkes in den ersten Jahren nicht so leicht mit einer Rentabilität gerechnet werden kann. Wie sich aber die Verhältnisse in Zukunft entwickeln werden, liegt noch in weiter Ferne und es läßt sich darüber auch heute noch kein sicheres Urteil fällen. Wir müßten uns darauf gefaßt machen, daß die Rentabilität auf längere Zeit hinaus keine günstige sein wird. Es ist wohl gut, das vorzu-

bringen, damit man diese Angelegenheit nicht so optimistisch betrachtet.

Trotzdem liegt es aber selbstverständlich im Interesse der Gemeinde, selbst auf die Gefahr hin, daß die Rentabilität keine besonders günstige sein wird, dieses Kohlenbergwerk zu erwerben. Auch nach der Steigerung der Förderung dürfte keine große Rentabilität eintreten, wie mir von sachmännischer Seite auseinandergesetzt wurde. Während des Krieges sind sehr viele Bohrungen gemacht und Schürfe eröffnet worden, so daß möglicherweise nach einiger Zeit mit einer Überproduktion auf dem Gebiete der Kohlenförderung zu rechnen sein wird. Eine solche dürfte aber naturgemäß auf die Kohlenpreise drücken.

Das Abkommen mit der Depositenbank bezüglich der Marktpreise erscheint mir etwas dehnbar, denn eine Kontrolle wird hier sehr schwer möglich. Das Interesse der Gemeinde wird es aber doch erfordern, in diesem Punkte sehr rigoros vorzugehen. Von der Festsetzung der Preise wird aber doch in erster Linie die Rentabilität eines so großen Werkes beeinflusst.

Den Rabatt von 5 Prozent, den wir auf die von der Gemeinde selbst bezogenen Kohlen erheben, zahlen wir ja uns selbst zu 60 Prozent und daher ist er nur mit 0.4 des Betrages in Anschlag zu bringen.

Ich möchte mich nun der formalen Seite zuwenden und dies ist auch der Grund, warum ich mich nicht pro, sondern contra habe eintragen lassen. Wir wissen aus dem Referate, daß bei diesem Werke, das heute schon 20 Millionen erfordert, mit noch weiteren 50 Millionen zu rechnen sein wird. Wir wissen auch, daß ein Investitionsprogramm im Verlaufe der Ereignisse von den Tatsachen immer überholt wird.

Ich bin nicht dagegen, daß die Gemeinde in dieses Geschäft hineinsteigt, wohl aber muß ich mich dagegen wenden, daß eine so wichtige Frage nur in einem kleinen Kreise abgemacht worden ist, dem obendrein keine Fachleute angehören. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir doch einen sehr tüchtigen Fachmann in unserer Mitte haben, der sogar dem Kohlen-Komitee angehört hat, nämlich Herrn Prof. Klaudy.

Ich verstehe nicht, warum man über die Kohlen-Kommission hinweg, die doch vom Gemeinderate gewählt worden ist, eine so wichtige Angelegenheit, wie es die Erwerbung eines Kohlenbergwerkes ist, durchführen will. Ich finde darin eine Nichtachtung des Gemeinderates. Dieses Vorgehen äquivalent mit dem Hinwegschreiten der Approvisionierungs-Kommission, die auch in den vier Kriegsjahren ihrer Funktionen ganz eigenmächtig entkleidet worden ist. Mit diesem Vorgehen des Präsidiums kann ich mich absolut nicht einverstanden erklären und ich behalte mir vor, in der kommenden Budget-Debatte noch eindringlich auf diese Übelstände zurückzukommen.

In sonstiger Beziehung bin ich also durchaus dafür, daß die Gemeinde dieses Geschäft macht. Mir und meinen Kollegen von der demokratischen Gruppe kann aber nicht zugemutet werden, daß wir der Gemeindemehrheit in einer Sache von so großem Umfange das Vertrauen votieren, wo wir von der aktiven Mitwirkung in der Gemeindeverwaltung ausgeschlossen sind, obwohl wir uns wiederholt angetragen haben, an der Verwaltung mitzuarbeiten. Wir können dies umsoweniger, als der Burgfriede von der Majorität durch Veranstaltungen von Versammlungen gebrochen wurde, durch die wieder ein Zwiespalt in die Bevölkerung hineingetragen wurde. Daher sind wir nicht

in der Lage, der Mehrheit das Vertrauen zu votieren. Biewohl ich also sachlich mit meinen Freunden für die Erwerbung des Kohlenbergwerkes bin, bin ich doch nicht in der Lage, durch mein Votum dies zu bekräftigen, sondern kann aus den vorgebrachten politischen Gründen nicht dafür stimmen.

Bürgermeister: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Dr. v. Dorn pro.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Dorn: Es ist die dritte Kohlen-Debatte, die wir im Gemeinderate haben. Eine war zu Anfang und zu Ende des Jahres 1900 und eine war 1908. Damals hat es sich aber darum gehandelt, Maßregeln zu treffen, um eine Verbilligung der Kohlenpreise für die Konsumenten herbeizuführen. Es wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt, von denen man wußte, daß sie niemals zur Ausführung kommen würden, wie zum Beispiel allgemeines Staatskohlenmonopol u. s. w.

Heute handelt sich aber nicht darum, Kohlen für die Konsumenten zu beschaffen, sondern darum, den Kohlenbedarf der Gemeinde zu decken. In Diskussion steht, ob es im Prinzip zu loben sei, daß die Gemeinde für ihren Bedarf sich von den äußeren Verhältnissen frei mache, von dem Handel und der Produktion, und sich ihren Bedarf durch Anschaffung eines eigenen Bergwerkes sichere. Ich glaube, daß wir sehr recht daran tun, wenn wir dieses Prinzip bejahen. Zunächst haben wir allerdings für das Gaswerk noch nichts zu erwarten, obwohl diese Frage die allerwichtigste ist. Es wird eben noch einige Zeit dauern, bis das Gaswerk von dort wird versorgt werden können.

Anders steht es mit dem Elektrizitätswerk. Wir wissen, welche große Schwierigkeiten wir im vorigen Winter hatten, indem das Elektrizitätswerk nicht mit Kohle versorgt werden konnte. Es muß daher unbedingt dafür gesorgt werden, daß das Elektrizitätswerk der Gemeinde mit eigener Kohle beliefert werde. Innerhalb ein bis zwei Jahren wird dies auch möglich sein. Heute werden 180.000 t. gefördert, 300.000 braucht das Elektrizitätswerk und diese Menge wird gewiß sehr bald zu haben sein. Wir gehen hier parallel mit der Regierung. Ich entnehme hier einer Mitteilung, daß der Arbeitsminister im Budget-Ausschusse, als über das Arbeitsministerium verhandelt wurde, erklärt hat, der Staat müsse trachten, auf dem Gebiete des Bergbaues seinen Bedarf unabhängig von privaten Unternehmungen zu decken. Das ist derselbe Standpunkt, auf dem wir hier stehen. Ich glaube, über das Prinzip wird heute schwerlich jemand anderer Meinung sein, und selbst der Herr Kontrahent hat sich auch für dieses Prinzip ausgesprochen.

Die zweite Frage wäre allerdings die Preisfrage. Nun glaube ich, es gibt eigentlich niemand, der mit voller mathematischer Gewißheit sagen kann, welcher Preis der richtige ist. Das ist eine Frage der Kombination, der Ansicht über die weitere Entwicklung. Ich kann Sie nur das eine versichern, daß wir in der Kommission, welche aus allen Parteien zusammengesetzt war, wirklich die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes angewendet haben. Wir haben längere Zeit verhandelt und einen Preis erzielt, der, wie auch Fachmänner bestätigen, den Verhältnissen ziemlich entsprechend ist. Wir haben auch verschiedene Vorteile namentlich dadurch erzielt, daß die Preisnachlässe, die von gelieferten Kohlen gegeben werden, 3 Prozent der Verzinsung des auf uns entfallenden Aktienteiles ausmachen. Sie können ohne Bedenken dem Antrage zustimmen und ich bitte um die Annahme des Antrages. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Hof: Ich erteile das Wort dem Herrn Gem.-Rat **Emmerling** pro.

Gem.-Rat Emmerling: Wir sind für den Ankauf der Gewerke und wenn ich im Verlaufe meiner Ausführungen einige kritische Bemerkungen machen werde, so tue ich es deshalb, weil ich der Meinung bin, wir sind verpflichtet, die Sache von allen Seiten anzusehen und nicht ganz unerfüllbare Hoffnungen in den Kreisen der Wiener Bevölkerung in der allernächsten Zeit zu erwecken. Wenn wir dafür sind, so muß ich als Sozialdemokrat, als Angehöriger einer Partei, die mit Ihnen in einer gewissen Gegnerschaft sich befindet, auf die Ausführungen des Kollegen **Stein** zurückkommen. Und ich muß sagen, daß wir vom Gegner eine Sache, wenn sie gut ist, als politische Gegner ohneweiters annehmen werden, denn soweit kann natürlich die politische Gegnerschaft nicht gehen, daß wir etwas verneinen, auch wenn es gut ist. Kollege **Stein** hat einige Widersprüche in seinen Ausführungen zutage gefördert. So sprach er zuerst von einer ungeheuren Not an Schiffsraum und von der Unmöglichkeit, aus England Kohle zu bekommen und gleich darauf sprach er von der Möglichkeit der Überproduktion in Österreich. Beides ist natürlich unmöglich, in den einzelnen Teilen genau zu erfassen, weil möglicherweise die Ausfuhr aus England ein Bestandteil des Friedensvertrages sein kann und möglicherweise auch die Überproduktion nicht eintreten wird, darauf kann man sich nicht einlassen.

Was nun die Kapitalsanlage betrifft, so hat sich schon der Herr Referent darüber geäußert, daß 19.5 Millionen Kronen der eigentliche Wert dieser Anlage sind und daß, wenn wir 50.000 t Förderung erhoffen wollen, es notwendig sein wird, eine weitere Summe von 10 bis 15 Millionen Kronen zu investieren; schließlich hat er selbst gesagt, daß mit einer Gesamtinvestition von etwas über 50 Millionen Kronen zu rechnen sein wird. Es ist notwendig, sich demgegenüber vor Augen zu halten, daß diese Investition notwendig ist, um eine Million Tonnen fördern zu können.

Es wird Sie zweifellos interessieren, eine Gegenüberstellung der vorhandenen Gewerke bezüglich ihres Kapitals und ihrer Förderung zu hören. So haben die Brügger Gewerke ein Kapital von 16 Millionen Kronen und eine Förderung von 2.9 Millionen Tonnen, die Nordbahn ein Kapital von 74 Millionen Kronen und eine Förderung von 16.3 Millionen Tonnen. Natürlich sind das abgeschlossene Gebiete und zweifellos aus einer Zeit, wo die Möglichkeit der Investition und der Ergiebigkeit dieser Investition eine weitaus größere war, als in einer Zeit, in welcher wir heute leben. Heute ist es notwendig, diese Gegenüberstellung hervorzuheben, weil bei einem Kapital von 50 Millionen Kronen wir eine Million Tonnen haben werden und in diesem Zusammenhange ist auch die Rentabilität zu erfassen.

Der Herr Referent hat schon gesagt, daß in der ersten Zeit eine besondere Verzinsung nicht zu erwarten ist, und auch im Berichte steht es, daß man erst in Zukunft wird daran denken können, für die Bevölkerung Wiens das Werk nutzbar zu machen. Es heißt auch im Berichte, daß die Rentabilität und die übrigen Spannungen, die zu erwarten sind, vom jeweiligen Marktpreis abhängen, das heißt also, daß wenn eine Überproduktion an Kohle kommt, der Preis also herabgedrückt wird, auch die Rentabilität dieses Werkes herabgedrückt wird, weil es eben auf dem gegenwärtigen Marktpreis aufgebaut ist. Dazu kommt noch folgendes. Die Wiener Bevölkerung wird bei der gegenwärtigen

Kohlennot beim Lesen dieses Berichtes denken, daß es im Winter schon besser sein wird, und da ist es wichtig hervorzuheben, daß die Ergiebigkeit von 170.000 t, das ist nahezu die ganze Förderung, vertragsmäßig an die Staatsbahnen verpachtet ist, und zwar, so viel mir bekannt, auf eine Reihe von Jahren, ich glaube bis zum Jahre 1920, so daß, wenn es nicht möglich ist, eine Erhöhung der Ertragsfähigkeit zu erzielen, in den nächsten Jahren auf Kohlenzuschübe für die Gemeinde Wien und die Bevölkerung Wiens nicht gerechnet werden kann. Immerhin halten wir das jetzt selbst unter diesen Voraussetzungen für eine gute Sache, und wenn Herr Kollege **Stein** fragt, warum man das jetzt gemacht hat, so hat der Herr Referent schon gesagt, daß, wenn wir das jetzt nicht gemacht hätten, es später unmöglich zu machen gewesen wäre. Wenn wir das jetzt machen, hat dies auch unter anderem darin seinen guten Grund, weil in dieser Zeit der Geldentwertung alles besser ist, als das Geld aufzubewahren. Also auch bei einer Grube, von der man sagen kann, daß sie erst in späteren Zeiten leistungsfähig sein wird, kann man einen derartigen Vertrag abschließen.

Der Herr Referent hat in ausführlicher Weise über die Begründung gesprochen, die dem Übereinkommen mit der Depositenbank zugrunde liegt. Da möchte ich darauf verweisen, daß hier eine merkwürdige Beeinflussung der Preisstellung bezweckt oder herbeigeführt wird. Die Gaskohle kommt nicht in Betracht oder zumindest erst in vielen Jahren. Es wird sich also um die Kohle handeln, die zum Heizen gebraucht wird und auch in den nächsten Jahren wird es nicht viel Gaskohle geben. Und wenn wir in Betracht ziehen, daß die Elektrizitätswerke und die Gemeinde Wien 340.000 t brauchen und die Förderungsfähigkeit in absehbarer Zeit kaum über 200.000 t steigen wird, dabei vorausgesetzt, daß der Vertrag mit der Staatsbahn schon absorbiert ist, bleibt uns wahrlich nicht viel übrig und da heißt es dann, daß die Preisbestimmung für die Gemeinde Wien nach dem jeweiligen günstigen Abschluß auf dem offenen Markte zu erfolgen hat. Wenn also die Gemeinde Wien mit einem geringeren Quantum auf den Markt kommt, wird sie keinen besonderen Preis erzielen, wenn aber das Werk imstande ist, den Bedarf der Stadt Wien zu decken, und die Gemeinde Wien tritt dann auf den offenen Markt, so weiß sofort jedermann, du brauchst nichts bei uns und willst nur einen günstigen Preis haben, damit du auch bei deinen eigenen Werken einen günstigeren Preis erzielst.

Diese Scheingeschäfte sollen den Preis beeinflussen. Wenn aber die Gemeinde einen günstigeren Abschluß erzielt hat, hat sie keine Gelegenheit, auf dem offenen Markt den Preis zu beeinflussen, der auf den Ertrag einwirken würde, nachdem sie am Werke mit 60 Prozent beteiligt ist. Diese Gegenüberstellung glaube ich, so sehr der Herr Referent darauf als sehr günstig verwiesen hat, wird uns einen besonderen Vorteil nicht bieten.

Dann ist noch eine mir nicht ganz erklärliche Darstellung in diesem Abkommen. Es heißt, daß die Gemeinde Wien beim Verlaufe den jeweils günstigsten Abschluß zugrunde legt, wenn sie auf dem Markte kauft. Wie sollen aber die Wiener Preise am Markte maßgebend sein, wo doch die Gemeinde Wien niemals am Platze, sondern ab Grube kauft. Ich glaube also, daß es für die Gemeinde Wien zum Nachteile sein wird, wenn die Wiener Marktpreise maßgebend sind und nicht jene, welche draußen erzielt werden können. Wenn die Preise am Markte höher sein werden

als die Preise ab Grube, dann wird das für die Gemeinde Wien sehr stark in Betracht kommen.

Ich habe es für notwendig gehalten, diese Bemerkungen zu machen, weil sie wichtig erscheinen und man nicht daran denken kann, daß schon in der nächsten Zeit ein höheres Erträgnis aus dem Werke erzielt werden wird; weil wir aber die Verpflichtung haben, eine Sache, die erst in späteren Jahren von Nutzen sein wird, abzuschließen, allerding's mit dem Rückhalt, den ich gemacht habe, so sind wir für diesen Antrag. Wir sind dafür auch deshalb, weil der Staat, wie schon bemerkt wurde, gezwungen sein wird, seine Hand auf die Gruben zu legen und alle Gruben in seinen Besitz zu nehmen; darum soll die Gemeinde Wien in Zukunft unabhängig sein für den Bedarf der Gemeinde Wien. Wir werden also aus diesen Gründen für den vorliegenden Antrag stimmen.

Bürgermeister (welcher während der vorstehenden Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat v. Steiner.

Gem.-Rat v. Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe namens der Majorität eine Erklärung abzugeben, welche zugleich die Antwort auf die Ausführungen des Herrn Gem.-Rates Stein sein soll. Wir werden für den vorliegenden Antrag stimmen, weil der vergangene Winter gezeigt hat, wie mangelhaft die Gemeinde Wien mit Kohle versorgt wird und daß die Gefahr bestand, daß die städtischen Straßenbahnen, sowie die gesamte Beleuchtung der Stadt nicht nur gedrosselt, sondern ganz sistiert hätte werden müssen, damit die Industrie und das Gewerbe die angesprochenen beträchtlichen Kohlenmengen bekommen. Wir werden auch dafür stimmen, weil das Komitee, welches aus Vertretern aller Parteien bestanden hat, in dankenswerter und anerkannter Weise in mehreren Sitzungen sich mit dem Ankauf des Steinkohlenbergwerkes in Dziedzitz beschäftigt hat und wir zu diesem Komitee, welches dem Gemeinderate den Ankauf empfohlen hat, volles Vertrauen haben. Wir werden also aus diesen Gründen für den Antrag stimmen.

Bürgermeister: Zum Worte pro gelangt Herr Gem.-Rat Neumann.

Gem.-Rat Neumann: Ich habe mich pro zum Worte gemeldet obwohl da eigentlich eine gewisse Verwirrung herrscht, denn während der Pro-Redner kontra spricht, spricht der Kontra-Redner pro. Ich möchte auch nur einige Worte hervorheben. Ich war niemals der Ansicht, daß der Ankauf eines Kohlenwerkes ein Politikum sein könnte, daß es sich dabei um eine Vertrauensfrage für die Majorität handelt. Das habe ich mir niemals eingebildet. (Gem.-Rat Stein: Durch viele Jahre ist es so praktiziert worden! — Widerspruch.) Nein, bei solchen Dingen niemals. Ich sage, meiner Ansicht nach muß immer unterschieden werden, um was es sich handelt. Hier handelt es sich um einen Kauf, der gemeinnützig ist und der gesamten Bevölkerung zugute kommt.

Denn, meine Herren, es fragt sich nicht, ob wir in früherer, oder späterer Zeit werden Gas Kohle fördern. Ich weiß überhaupt nicht, wann wir dazu kommen, Gas Kohle zu fördern; die neueste Bohrung hat aber gezeigt, daß wir vielleicht früher als nach Ablauf von zehn Jahren, dazu kommen werden. Wenn wir aber welche Kohle immer fördern, wird der Kohlenmarkt dadurch entlastet werden, wenn wir eine stärkerer Förderung erzielen, als es bisher der Fall ist. Was bei diesem Kaufe das Bedauerliche ist, ist, daß wir die Kosten einer Wirtschaft tragen müssen, die so

lange Jahre obwaltet hat und die eigentlich eine Defizitwirtschaft gewesen ist. Das ist das Bedauerliche, daß wir dabei mittragen müssen. Da müssen wir — glaube ich — auf dem Standpunkte stehen, so rasch als möglich zu investieren, damit entsprechende Förderungen jene Zeiten vorübergehen lassen, welche dazu geführt haben, daß überhaupt ein Defizit entstanden ist.

Ich gebe zu, daß die gegenwärtige Zeit für solche Investitionen nicht günstig ist, ich gebe zu, daß die Beschaffung von Förderanlagen in der gegenwärtigen Zeit auf gewisse Schwierigkeiten stoßen wird, wir werden aber alles daran setzen müssen, um so rasch als möglich dazu zu gelangen, den Betrieb zu erweitern. Mit der Erweiterung des Betriebes werden insofern günstigere Verhältnisse eintreten, als wir nicht mit einem Defizite arbeiten werden und da muß ich sagen, es ist wirklich wahr, daß wir den Gemeinderat nicht in der Hoffnung belassen dürfen, daß sobald als möglich ein gutes Geschäft gemacht wird. Alle, die bei den Verhandlungen waren, wissen, daß wir eine lange Reihe von mageren Jahren haben werden, bis wir eine solche Rentabilität erzielen können, daß auch die Dividenden höhere werden; aber der eine Umstand allein, daß wir auf ein bestimmtes Quantum Kohle bestimmt rechnen können, ist für uns von allergrößter Bedeutung und deshalb ist der Ankauf des Werkes notwendig. Es wird natürlich Sache der Gemeinde Wien sein, darnach zu trachten, daß auch in Bezug auf die Beförderung der geförderten Kohle das Besteitgehende gemacht wird, daß wir uns auch der Verfrachtung der Kohle versichern, was ja umso leichter zu erreichen sein wird, als die Staatsbahnen selbst Abnehmer sind. Es wird aber Aufgabe der Gemeinde Wien sein, zu trachten, daß in Bezug auf die Verfrachtung der Kohle nicht jene Schwierigkeiten eintreten, die vielfach der Anstoß waren, daß Kohle nicht befördert wurde. Schließlich werden ja andere Zeiten und Verhältnisse kommen und die Erfahrungen, welche im Kriege gemacht wurden, werden Veranlassung sein, daß der Wagenpark vervollkommenet und ein Schienenweg gefunden wird, der den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen kann.

Ich möchte vor allem auf etwas zurückkommen, was mein Freund Emmerling geäußert hat; mein Freund Emmerling hat die Kosten der Anlage und die damit erreichte Förderung zitiert und die Ziffern, die er angeführt hat, mögen auf jene Eindruck gemacht haben, welche sie nicht beachten; sie sind aus dem „Kompaß“ entnommen — den Ursprung leugnet mein Freund Emmerling nicht — aber was mein Freund Emmerling nicht aus dem „Kompaß“ entnommen hat, ist, daß in diesem Förderanlagewerke, den er zitiert hat, schon so viele Abschreibungen stecken, daß sich ganz andere Ziffern ergeben, wenn diese Abschreibungen mit in Betracht gezogen werden. (Gem.-Rat Emmerling: Die müssen wir auch machen!) Da sind schon Abschreibungen darin, während sie bei uns noch nicht darin sind. Später einmal werden wir mit viel geringeren Kosten, mit viel geringer bewerteten Förderanlagen ein größeres Quantum fördern können. (Gem.-Rat Emmerling: Was heißt Du mir mit der Kohle ein, die wir noch nicht haben? — Heiterkeit. — Zwischenruf: Ein Bruderzwist in der Partei! — Gem.-Rat David: Das ist ärgerlich, wenn in einer so kleinen Fraktion solche Widerstände auftauchen! — Heiterkeit.) Ich sage nur das, was mein Freund Emmerling unterlassen hat, anzuführen. (Gem.-Rat Stein: Inzwischen kommen auch die Investitionen dazu!)

Ich bitte, die Investitionen werden zu einer gewissen Zeit nicht mehr anschwellen; es wird auch bei den Investitionen eine Zeit des Beharrungszustandes eintreten. Daher glaubte ich, dies hervorheben zu müssen, damit man nicht annimmt, nachdem schon diese Ziffern so in den Saal hineingeworfen wurden, es sei dies nicht beachtet worden. In dem Verhandlungs-Komitee wurde jedes Für und Wider erwogen. Es wurde auch die Frage, wie sich der zukünftige Markt gestalten wird, sehr ausführlich besprochen, obwohl sich über die zukünftige Gestaltung eigentlich gar niemand eine Vorstellung machen kann. Das Eine wird sicher sein, daß Kohle in weit höherem Maße gefördert werden wird, als vorher in normalen Zeiten gefördert wurde. Es ist vor allem das eine zu bemerken, daß die galizischen Kohlenflöze bis heute in einer so minimalen Weise ausgebeutet worden sind, daß zu erwarten ist, daß sie eine ganz andere Ausbeutung erfahren werden, als es bisher der Fall gewesen ist. Andererseits aber dürfen Sie nicht vergessen, daß auch der Bedarf der Industrie ein bedeutend größerer sein wird. Infolgedessen kann man nicht sagen, daß vielleicht nach zehn Jahren eine solche Konjunktur eintreten wird, daß eine Überproduktion an Kohle zu verzeichnen sein wird, die auf den Preis in einer solchen Weise drückt, daß wir mit einem Defizit arbeiten werden. Das ist durchaus nicht zu erwarten und ich glaube infolgedessen, daß wir uns darüber keine Sorge zu machen brauchen. Unsere größte Sorge ist die, daß wir unsere Anlagen so rasch als möglich herstellen. Wir werden eine Reihe von Investitionen machen und, um dort Arbeiter festhalten zu können, Arbeiterwohnungen errichten müssen. (Gem.-Rat Skaret: Es müssen auch anständige Löhne bezahlt werden!) Anständige Löhne bezahlt die Gemeinde immer. (Heiterkeit. — Beifall und Händeklatschen.) Wenn ich pro rede, muß ich das doch sagen. (Erneuerte Heiterkeit.) Wo jetzt noch schlechte Löhne sind, wird in kürzester Zeit nachgeholt werden! (Erneuerte Heiterkeit.) Ich glaube, wir können also mit gutem Gewissen dieser Transaktion unsere Zustimmung geben und nachdem auch die Kontra-Redner ihre Zustimmung gegeben haben und nur behaupten, daß sie aus politischen Gründen nicht dafür stimmen können, ist die vollste Eintracht im Wiener Gemeinderate hergestellt. (Heiterkeit. — Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung hat Herr Gem.-Rat Brenta das Wort.

Gem.-Rat Brenta: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Schluß der Debatte ist angenommen.

Zum Worte pro gelangt Herr Gem.-Rat Eglauer.

Gem.-Rat Eglauer: Auch die Herren Kontra-Redner haben im Wesen dem Antrage des Stadtrates beigegeben. Ich stimme demselben ebenfalls zu.

Der vorliegende Antrag des Stadtrates ist eine konsequente Fortentwicklung des alten Programmes des unvergeßlichen Bürgermeisters Dr. Karl Dugger.

Er hat ein großzügiges kommunalpolitisches Programm entwickelt und wir fügen hiemit in dieses Gebäude einen wichtigen Stein. Ich möchte speziell eine Seite in Verhandlung ziehen, die bisher noch nicht zur Erörterung gelangt ist, nämlich die Form, in der die Gemeinde an diesem künftigen Unternehmen teilhaben soll. Die Form, wie die Gemeinde dieses Kohlenbergwerk aquiriert, um ihren Hauptbedarf namentlich an Gaskohle

zu decken, ist ganz modern und unterscheidet sich ziemlich wesentlich von der bisher geübten Art.

Bekanntlich weisen die Unternehmungen des einzelnen Geschäftsmannes sehr viel Vorteile gegenüber Gesellschaftsunternehmungen und erst gegenüber staatlichen oder kommunalen Betrieben auf. Derjenige, der auf eigene Rechnung und eigenes Risiko ein Geschäft betreibt, das ihm nicht nur reichen Gewinn, sondern auch große Verluste bringen kann, hat aber auch die nötige Energie und Umsicht, vermeidet selbstverständlich jede Gefahr und sucht seinen Gewinn auf das Höchste zu steigern.

Dieser Einzelbetrieb leidet aber darunter, daß der einzelne nicht die notwendigen großen Kapitalien aufwenden kann, die zu größeren Unternehmungen erforderlich sind. Diese Kapitalien werden selbstverständlich leichter aufgebracht, wenn sich mehrere in eine Erwerbsgesellschaft zu einem Unternehmen vereinigen. Aber die letztere Form der Unternehmung hat gewisse Nachteile, die nicht zu unterschätzen sind. Das Unternehmen leidet, wenn nicht besonders fähige Männer an seine Spitze gestellt werden. Sehr häufig kommt es hier vor, daß die Leiter weder ein großes Interesse an dem Gedeihen des Unternehmens haben, noch besonderes Bedenken gegenüber Verlusten und Risiken nehmen. Das sehen wir speziell jetzt in der Kriegszeit, wo Beamte große Mengen wichtiger Artikel zugrundegehen lassen, während der private Geschäftsmann sich gewiß darum gekümmert hätte, wie sie aufbewahrt werden sollen und ob sie zur rechten Zeit an den Bedarfsort hintransportiert werden. Wenn wir uns fragen, ob die Verbindung der Gemeinde mit der Allgemeinen Depositenbank für die Zukunft vorteilhaft erscheint, so glaube ich das bejahen zu dürfen. Es kommt bei den Aktiengesellschaften, überhaupt bei den Erwerbsgesellschaften, auf deren Leitung an. Die Leitung der Allgemeinen Depositenbank befindet sich nun unter einem neuen Präsidenten, der gewiß die Gewähr für eine umsichtige, tatkräftige und zweckmäßige Entwicklung des Unternehmens bietet.

In dieser Beziehung, glaube ich, kann der sehr verehrte Kollege Neumann überzeugt sein, daß die Allgemeine Depositenbank im Vereine mit der Gemeinde Wien gewiß alles aufwenden wird, um dieses Unternehmen schon so bald als möglich zu einem rentablen zu gestalten.

Der sehr geehrte Kollege Emmerling hat einen Vergleich gezogen mit den Chancen der Gemeinde, respektive dieses neuen Bergwerksunternehmens mit bereits bestehenden Unternehmungen. In dieser Richtung glaube ich gerne, daß es genügend reiche und ergiebige Kohlenbergwerke gibt, welche an Förderung, Ergiebigkeit und Rentabilität das Unternehmen, welches wir gründen wollen, übertreffen. Aber es ist bekannt, daß es auch Braunkohlenwerke und andere Steinkohlenwerke gibt, wo die Kohle nicht so tief lagert, wo die Förderungsarbeiten bedeutend einfacher und billiger sind, als es bei einem Unternehmen der Fall ist, das jetzt erst gegründet und betrieben werden soll. Jedenfalls wird die sogenannte gemischte Unternehmung, also der Betrieb seitens einer Aktiengesellschaft im Vereine mit einer öffentlichen Körperschaft die beste Form sein, um uns in dieser Beziehung Beruhigung für die Zukunft zu verschaffen.

Was den Übernahmepreis betrifft, so ist es ganz klar, daß eine Bank, eine Aktiengesellschaft, sicherlich nicht ohne einen wesentlichen Gewinn die Gemeinde Wien teilhaftig werden läßt

an der künftigen Exploitation des Unternehmens. Wenn wir aber bedenken, daß die Allgemeine Depositenbank tatsächlich nur einen Gewinn von 1¼ Millionen Kronen aus diesem Übereinkommen zu ziehen in der Lage sein wird, so kann man diesen Gewinn als einen ganz mäßigen betrachten. Er stellt sich nämlich tatsächlich bloß auf 6 Prozent des Übernahmepreises von 19½ Millionen, es ist das also ein Prozentsatz, der im Geschäftsleben als eine ganz gewöhnliche Provision angesehen wird.

Was die übrigen Bedingungen anbelangt, so sind die Leistungen, welche von dem neuen Unternehmen zu erwarten sind, allerdings solche, bezüglich welcher wir auf das Gutachten der Sachverständigen vertrauen müssen. Selbstverständlich weichen die Gutachten der verschiedenen Sachverständigen im Detail ab; aber in großen und ganzen ist es gewiß beruhigend, daß sie im allgemeinen befriedigend erscheinen.

Wie schon bereits von anderen Herren hervorgehoben wurde, ist jedes Bergbauunternehmen mit einem gewissen Risiko verbunden; dieses Risiko besteht hauptsächlich in den Gefahren des Bergbaubetriebes. Die Einnahmen sind schwankend; das eine Jahr ist besser, das andere Jahr schlechter, aber die Gefahr welche andererseits die Gemeinde zu bestehen hätte, die Gefahr nämlich, daß sie die notwendige Kohle entweder gar nicht oder um einen sehr erhöhten Preis bekommen möchte, diese Gefahr scheint mir viel größer zu sein.

Was nun den Wert des anzuschaffenden Bergwerkes anbelangt und die hierzu erforderlichen Aufwendungen, so müssen wir uns allerdings auch diesbezüglich auf das Gutachten der Sachleute verlassen.

Aber ich glaube, man kann ihnen Vertrauen entgegenbringen, wie schon Kollege Emmerling ausgeführt hat, und hoffentlich wird die Rentabilität des künftigen Unternehmens vorsichtig erhoben worden sein. Genaues läßt sich darüber nie sagen, weil das von so vielen Umständen abhängt, wie ebenfalls von mehreren Kollegen bereits bemerkt wurde: vom Preis der Kohle, von der Ergiebigkeit des Bergwerkes, aber auch von Zufälligkeiten, die jeder Bergbau aufweist. Ich denke hierbei nur an die Wasserverhältnisse, an Schlagwetter und Unglücksfälle, die eintreten können. In dieser Beziehung könnte niemand von uns voraussagen, welchem Schicksal dieses neue Unternehmen der Gemeinde entgegengeht. Wir können aber, glaube ich, mit gutem Gewissen und im vollen Bewußtsein der Verantwortung dafür eintreten, daß die Gemeinde jetzt vielleicht im letzten Momente, wo es noch möglich ist, den Versuch macht, sich von der Konjunktur des Marktes unabhängig zu machen und wenigstens zu sichern, daß die Gemeinde die notwendigen Kohlen für ihren eigenen Bedarf überhaupt beschaffen kann.

Ich glaube also im Sinne aller zu sprechen, wenn ich ebenfalls dafür eintrete, die Vorlage des Stadtrates womöglich einstimmig anzunehmen.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Dr. Hein.

Gem.-Rat Dr. Hein: Ich habe mir das Wort erbeten, um auch unsererseits zu erklären, daß wir derartige wirtschaftliche Angelegenheiten nicht als Angelegenheiten des politischen Vertrauens oder Mißtrauens ansehen können. Wir haben seit jeher den Standpunkt vertreten, daß wirtschaftliche Angelegenheiten rein sachlich beurteilt werden müssen und begreifen daher nicht, daß von irgendeinem politischen Standpunkte aus gegen die Erwerbung des Kohlenbergwerkes, wenn man sie sonst als be-

rechtigt ansieht, ein Einspruch erhoben wird. Wir haben die Angelegenheit in unserem Verbands eingehend beraten und sind zu dem Entschlusse gekommen, für die Vorlage zu stimmen. Hätte aber irgend jemand im Verbands eine gegenteilige Ansicht gehabt, so hätte ich vom Standpunkte des Verbandes die Abstimmung vollkommen freigegeben, weil es sich eben um eine rein wirtschaftliche Angelegenheit handelt, zu der jeder nach voller Überzeugung Stellung nehmen kann. Wir sind aber alle aus voller Überzeugung für die Erwerbung und werden deshalb für die vorliegenden Anträge stimmen.

Bürgermeister: Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Gem.-Rat Schmid: Ich habe nur sehr wenig zu bemerken, möchte aber dem Herrn Gem.-Rat Stein kurz erwidern. Er hat gefragt, ob der gegenwärtige Moment glücklich gewählt sei. Ich kann nur sagen, daß wir den Moment erfassen müssen, wenn er da ist. Wir haben früher kein geeignetes Offert erhalten und später wird es noch schwieriger sein, eines zu bekommen, wenn einmal die neue Berggesetznovelle da ist, und wir kein Freischurfsgebiet und kein Bergwerk mehr erwerben können, weil der Staat selbst auf die Kohlengebiete die Hand legt. Wenn Herr Gem.-Rat Stein sagt, man solle die Rentabilität nicht so rosig schildern, so habe ich das gewiß nicht getan. Ich habe gesagt, daß die Ziffern sehr vorsichtig kalkuliert sind. Wenn er auf die hohen Gesteungskosten hinweist, so ist das richtig, dafür ist aber auch der Kohlenpreis sehr hoch und die Spannung zwischen den Gesteungskosten und dem Kohlenpreis. Wenn der Kohlenpreis sinkt, wird naturgemäß auch eine Reduktion der Löhne herbeigeführt werden, wenn wir auch dann noch anständige Löhne zahlen werden.

Dem Herrn Gem.-Rat Stein kommt auch das Komitee zu klein vor. Mein Gott, ein großes Komitee richtet nicht mehr aus als ein kleines. Den Vertretern der großen oppositionellen Parteien ist es freigestanden, eine Vertretung hinein zu wählen und es wurden von ihnen die beiden Herren Gem.-Rat Reumann und Dr. v. Dorn gewählt. Wenn der Herr Gem.-Rat Stein sich beklagt, daß der Herr Kollege v. Klaudy, der ein Fachmann ist, nicht im Komitee ist, so muß ich das doch etwas bezweifeln, denn meines Wissens ist Professor v. Klaudy nicht ein Bergingenieur, sondern Professor der Chemie. Und da, glaube ich, bin ich als Ingenieur ebenso Fachmann und mehr befugt, über solche Sachen zu reden und mich damit zu befassen, als der Herr Kollege v. Klaudy, den ich übrigens ob seiner geistigen Fähigkeiten hochschätze.

Wenn der Herr Gem.-Rat Stein zum Schlusse erklärt, er sei eigentlich mit allem einverstanden, er stimme aber nur aus politischen Rücksichten dagegen, so folge ich ihm auf dieses Gebiet nicht. Er hat übrigens die gebührende Antwort darauf schon von den Vertretern beider oppositionellen Parteien erhalten. (Rufe: Sehr gut!)

Ich möchte nur noch auf eine Äußerung des Herrn Kollegen Emmerling zurückkommen. Er, sowie der Herr Kollege Reumann hat die Ziffern betrittelt und gesagt, daß sie nicht beweiskräftig sind. Ich kann mich diesen Ausführungen insofern anschließen, daß ich sage, daß diese Ziffern auch deswegen nicht beweiskräftig sind, weil sie sich auf die Braunkohle beziehen. Der Herr Kollege Emmerling hat das Duxer und das Falkenauer Braunkohlenwerk angeführt. Das sind Braunkohlenbergwerke, wo man schon in einer geringen Tiefe auf Kohlen-

flöße stoßt, was bei unserem Bergwerke aber nicht der Fall ist. Diese Ziffern erlauben uns also hier nicht, sie als beweiskräftig hinzustellen.

Im übrigen muß ich den geehrten Herren, welche sich für den Antrag ausgesprochen haben, den besten Dank sagen und schließe mit der Bitte, den Antrag einstimmig anzunehmen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschicht.) Der Antrag ist mit allen gegen eine Stimme angenommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Ich danke dem Herrn Referenten für sein erschöpfendes, klares und übersichtliches Referat. Ich glaube, der Gemeinderat hat mit diesem Beschlusse ein gutes Werk gesetzt, für das uns auch noch unsere Nachfolger danken werden.

Beschluß: Siehe den Wortlaut des Antrages in dem dieser Nummer des Amtsblattes beiliegenden Bericht des Wirtschaftsamtess der Stadt Wien Z. 3073.

Bürgermeister: Wir gelangen nun zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung. Die Schriftführer konstatieren die Anwesenheit von mehr als 100 Gemeinderäten.

Ich bitte den Herrn Vize-Bürgermeister Hof zur Post Nr. 27 zu referieren.

24. Referent Vize-Bürgermeister Hof: Zahl 4644, Post 27. Übereinkommen zwischen der Gemeinde Wien und der Donauregulierungs-Kommission wegen Überlassung von der Donauregulierungs-Kommission gehörigen Gründen im II. und XX. Bezirke für Approvisionierungszwecke, für Zwecke der Erbauung von Straßenbahnbediensteten-Wohnhäusern etc., sowie Überlassung von Gründen zwischen Handelskai, Wehlstraße und Engerthstraße an Hans Vein Kauf.

Meine Herren! Mit Rücksicht auf die Entwicklung der Industrie längs der Donau und mit Rücksicht auch auf die Ausdehnung der Schifffahrtsunternehmungen und die bedeutende Vergrößerung derselben, welche auch eine große Anzahl von Wohnungen für die Bediensteten erforderlich macht, wird es immer schwieriger, längs der Donau Gründe für andere Zwecke zu erwerben.

Die Gemeinde selbst hat schon früher für die Lagerhauszwecke große Gründe erworben und sie hat vor nicht langer Zeit für die Kühl- und Gefrieranlagen ebenfalls einen ziemlich großen Komplex angekauft. Es erscheint daher notwendig, für die Zukunft in Gebieten, wo anzunehmen ist, daß sich die Industrie stark entwickeln wird, daß Schulen, Bäder u. s. w. errichtet werden müssen, jetzt schon Komplexe anzukaufen, um diese Einrichtungen ausführen, eventuell später vergrößern zu können. Ich verweise auf den Plan, der sich in Ihren Händen befindet. In der Hellwagstraße, im oberen Teile des XX. Bezirkes soll ein Komplex gekauft werden, der hauptsächlich Schulzwecken dienen soll. Unterhalb beim Kohlenlager, ebenfalls ein Platz, es erscheint dies notwendig, nachdem am Dürnkrot-Platz die Straßenbahn große Plätze gekauft hat, um für ihre Bediensteten Häuser zu erbauen. Von dieser Fläche sind aber 6000 m² für Schulzwecke notwendig und die sollen von dieser Fläche entnommen

werden, dafür muß aber ein Ersatz gegeben werden. Die Wohnungspolitik der Gemeinde geht dahin, für die Arbeiter ihrer großen Unternehmungen Wohnungen zu errichten. Außerdem sind weitere Gründe unterhalb des Kühl- und Gefrierhauses zu kaufen; es ist die Gruppe XXX a und b; vom Block a kommen nur zwei Parzellen in Betracht, weil die anderen bereits an einen Privaten verkauft sind. Der Block b ist aber ganz der Gemeinde gesichert. Die Gruppe XXXII ist am Handelskai gelegen; der Block a ist seit drei Jahren an einen Fürsten verkauft, die Blöcke b und c sollen aber von der Gemeinde gekauft werden. Von XXXIII ist der Block a mit Ausnahme von zwei Parzellen und der Block b vollständig zu erwerben, von Block c ist ein Teil zur Verbreiterung der Engerthstraße notwendig; da dort große Approvisionierungs-Unternehmungen durchgeführt werden sollen, ist es notwendig, daß der Grund nicht nur lang ist sondern auch eine entsprechende Tiefe hat, um eben die Bauten einem so großen Unternehmen anpassen zu können. Damit der Platz zweckmäßig ausgenützt werden kann, muß der vor einigen Jahren abgetretene Baublock an die Gemeinde zurückverkauft werden. Von Seite der Donauregulierungs-Kommission sind mit dem Besitzer Vein Kauf Unterhandlungen eingeleitet worden; den Beamten ist es aber leider nicht gelungen, den Eigentümer zu bewegen, uns die Gründe zu überlassen. Später hat dann Bau-Direktor Goldemund mit ihm verhandelt und ihm ist es gelungen, den Eigentümer zu bewegen, uns die Gründe zu verkaufen; aber leider zu ziemlich ungünstigen Bedingungen.

Der Grund, den wir dringend brauchen, mißt 8286 m²; er verlangt die Übergabe des Baublockes 16 und 17 oberhalb des Kühlhauses, wo das Gleis aus dem Prater-Lagerhaus zum Donau-Lagerhaus geführt wird. Diese zwei Baublöcke haben ein Ausmaß von 8269 m², also um 17 m² weniger als sein Baublock mißt; damit ist er aber noch nicht zufrieden, sondern er verlangt, daß wir die Straße zwischen beiden Baublöcken auflassen und ihm den Grund dazu geben. Damit verlangt er ein Ausmaß von 12.869 m², so daß er 4600 m² mehr bekommt. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse sind wir gezwungen, trotz dieser drückenden Bedingung in den Verkauf einzugehen. Die Preise werden mit der Zeit noch mehr steigen, so daß wir dem Besitzer später noch mehr bezahlen müßten. Schon deshalb ist es dringend notwendig, diesen Kauf schon jetzt durchzuführen. Leider hat man seinerzeit die Bodenpolitik nicht in der Weise geführt, wie sie in der letzten Zeit durch Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Gemeinderat geschieht. Die Donauregulierungs-Kommission reguliert ihre Preise von drei zu drei Jahren und wenn die Grundpreise steigen, dann wird sie selbstverständlich ihre Preise auch einer Steigerung unterziehen. Die gesamten Gründe haben ein Ausmaß von 115.958 m², abzüglich der 20 Prozent, die die Donauregulierungs-Kommission der Gemeinde gewährt, ergibt sich ein Betrag von 5.069.866 K. Ich mache bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß im gedruckten Referate ein Fehler vorkommt, indem dort der Betrag mit 5.000.069 K angegeben ist. Die Gemeinde kann den Betrag in 20 Raten bezahlen und hat für den Restbetrag eine Verzinsung von 4 1/4 Prozent zu leisten. Wenn jedoch die Gemeinde in die Lage kommt, den ganzen Betrag auf einmal zu zahlen, so kann sie ohne weiters vor Ablauf dieser Frist jederzeit den Betrag bezahlen.

Ich erlaube mir nochmals darauf hinzuweisen, daß der Kauf ein sehr günstiger ist, denn der Grund dürfte in Zukunft nicht mehr um diesen Preis zu haben sein. Für die Gemeinde unangenehm ist nur, daß sie an Herrn Hans Leinkauf einen bedeutend größeren Grund abtreten muß. Die Bedeckung ist gedacht aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1914, und zwar für die erste Rate, während die anderen Raten jährlich einzustellen wären.

Ich bitte, meinem Referate zuzustimmen.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte vorgemerkt. Ich bitte jene Herren, die für den Antrag stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben ist.

Beschluß: Siehe den Wortlaut des Stadtrats-Beschlusses vom 8. Mai 1918, P. 3. 4644, im Amtsblatte Nr. 40 auf Seite 936 u. ff.

Bürgermeister: Ich bitte Herrn Kollegen Hof, fortzufahren.

25. Referent Fize-Bürgermeister Hof: Zahl 3834, Post 2. Petition der Gemeinde Wien an die k. k. Regierung wegen Einräumung eines Enteignungsrechtes zur Erwerbung von Gründen behufs Schaffung von Flugplätzen und Flughäfen.

Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß nach dem Kriege das Flugwesen den Anforderungen der Friedensverhältnisse in größerem Umfange wird dienstbar gemacht werden. Schon während des Krieges hat es sich gezeigt, welche Fortschritte sich auf dem Gebiete des Flugwesens ergeben. Es ist klar, daß nach dem Kriege die Flugzeuge nicht nur für den militärischen, sondern auch für den zivilen Zweck werden herangezogen werden. Bekanntlich hat die Militärverwaltung bereits den Flugverkehr eingeführt und auch andere Staaten haben dies getan, insbesondere auch Italien. Es ist daher notwendig, nach dieser Richtung rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen. Jedenfalls ist es aber unbedingt notwendig, Wien zum Zentrum dieses Verkehrs in Österreich zu machen.

Es soll jedoch nicht jetzt schon von einem Ankauf gesprochen werden, sondern es handelt sich heute nur darum, für die Zukunft die Möglichkeit der Erwerbung von Gründen für diese Zwecke zu verschaffen. Die Gemeindeverwaltung hatte bereits einen großen Grund, aber vor kurzem hat sie ihn der Militärverwaltung ziemlich langfristig verpachtet. Daher wird es notwendig sein, andere Gründe für diesen Zweck heranzuziehen. Da in solchen Fällen immer sehr hohe Beträge verlangt werden, so wird es notwendig sein, der Gemeinde ein Enteignungsrecht zu verschaffen.

Ich bitte um die Annahme meines Antrages.

Bürgermeister: Ich eröffne die Debatte. Kontra hat sich Herr Gem.-Rat Lohner zum Worte gemeldet.

Gem.-Rat Lohner: Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich das, was ich in dieser Sache sage, nicht als Mitglied einer Minoritätspartei des Gemeinderates sage, sondern als einer der in dieser Angelegenheit tief verbitterten Fluginteressenten. Ich muß meiner Bewunderung darüber Ausdruck geben, daß der Antrag, gegen den ja gewiß nichts einzuwenden ist, der ja den Interessen des Flugwesens vollkommen entspricht, gerade von jener Seite gestellt wird, die die Interessen der Flug-Gesellschaft

in geistiger und materieller Hinsicht im Laufe der letzten Jahre so wenig unterstützt hat.

Die Gemeinde Wien hat im Jahre 1912, im Jahre des großen Aufschwunges des Flugwesens, in der Zeit des Fluges Berlin—Wien, mit einer gewissen noblen Geste das Aspernflugfeld der Wiener Flugfeld-Gesellschaft zur Verfügung gestellt, die damals zusammengesetzt war vom Österreichischen Aero-klub, vom Österreichischen flugtechnischen Verein und von einer Anzahl von Personen und Firmen, die an den Fragen interessiert waren. In dieser Wiener Flugfeld-Gesellschaft hatte die Gemeinde Wien im Aufsichtsrate einen offiziellen Vertreter, den früheren Bürgermeister und später den Magistratsrat Dr. Loderer. Es war auch in dieser Gesellschaft zwischen der Gemeinde und den Interessenten vollständige Übereinstimmung, die auch während der Kriegszeit anhielt.

An dem Tage, wo der selige Thronfolger in Sarajevo von türkischer Hand sein Leben lassen mußte, trat eine Krise in den Verhältnissen dieser Gesellschaft ein. Sie werden sich erinnern, daß damals die Polizei die Besucher direkt abgehalten hat, nach Aspern zu fahren. Die Gesellschaft hat infolgedessen beim dritten Flugmeeting sehr bedeutende Beträge verloren. Das, was sie bei den zwei ersten Meetings mühselig hereingebracht hatte, verlor sie durch das dritte Meeting und so trat sie mit einem bedeutenden Schuldenstand in den Krieg ein. Damals war es naturgemäß, daß die Heeresverwaltung im gesamtstaatlichen Interesse die Hand auf das Flugfeld legte und legen mußte. Es hätte den Interessenten jener, die immerhin ein sehr bedeutendes Kapital investiert hatten, vollständig Rechnung getragen werden können, denn die Staatsverwaltung hatte ja die Pflicht, die Interessenten zu entschädigen.

Leider hat aber in verhältnismäßig kurzer Zeit die Gemeindeverwaltung in sehr schädigender Weise eingegriffen. Hinter dem Rücken der Gesellschaft (Rufe: Hört! Hört!), ohne deren geringstes Vorwissen hat die Gemeindeverwaltung mit der Heeresverwaltung Verhandlungen gepflogen, und zwar vollständig geheim vor dem damaligen Vorstand.

Es war im Sommer an einem Tage, dessen Datum mir augenblicklich nicht mehr erinnerlich ist, als meine Benignität und der Präsident des flugtechnischen Vereines 1½ Stunden vorher telephonisch von Seite der Militärverwaltung avisiert wurden, ob wir zur Sitzung ins Rathaus kämen. Als wir fragten, was für eine Sitzung das wäre, hieß es, man werde das schon erfahren, es handle sich um das Asperner Flugfeld. Als wir um ½11 in die Sitzung kamen, standen wir vor einem fait accompli, indem unter dem Vorsitze des Magistrats-Direktors ein Vorvertrag verlesen wurde, nach welchem das Flugfeld für einen immerhin ansehnlichen Betrag auf eine Reihe von Jahren an die Heeresverwaltung verpachtet werden sollte. Wir waren selbstverständlich darüber außerordentlich erstaunt und gaben unserem Unmute darüber Ausdruck, indem die Interessen der Gesellschaft, die ja nicht nur rein materielle, sondern auch ideelle sind, in keinerlei Weise gewahrt wurden. Die Haltung der Gemeindeverwaltung hat derart schädigend eingewirkt, daß die Heeresverwaltung heute, nach Ablauf von zwei Jahren, den Interessenten nicht nur noch keinen Heller bezahlt hat, sondern daß, wie wir von Advokaten wissen, im allerbesten Falle etwa 50 Prozent des ganzen im Flugfelde investierten Kapitals herauskommen dürften. Dabei darf nicht übersehen werden,

daß es sich nicht um Personen oder Firmen handelt, die durch ihre Tätigkeit diese Verluste hereinbringen können, sondern daß es sich um Zehntausende mühsam erbetteltes Geldes der Flugtechnischen Gesellschaft handelt, welche aus rein ideellen Interessen das Flugwesen fördern wollte und durch dieses Vorgehen der Gemeindeverwaltung um ihr mühselig erbetteltes Geld kommen wird. Vielleicht wird man uns fragen, warum wird die Gesellschaft . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Zumindest gehören, Herr Kollege, die Ausführungen nicht zum Gegenstande; zumindest! Ich glaube doch, das hat mit dem Enteignungsrechte nichts zu tun. Ich will Sie aussprechen lassen, damit Sie nicht sagen, ich habe Ihre Kritik unterdrückt, besser wäre es aber, darüber mit dem Baron *Economio* zu sprechen.

Gem.-Rat Lohner (fortfahrend): Ich weiß das sehr gut, aber ich muß das hier vorbringen . . .

Bürgermeister (neuerlich unterbrechend): Er ist doch der Präsident.

Gem.-Rat Lohner (fortfahrend): Ich werde mich möglichst kurz fassen. Ich möchte bemerken, daß es naheliegend gewesen wäre, wenn ich damals gesprochen hätte, als der Herr Vize-Bürgermeister über die Verpachtung referiert hat. Ich gebe das zu. Ich muß aber hinzufügen, daß ich mich damals hiezu nicht für berechtigt hielt, weil ich als Gemeindevertreter der Stadt Wien naturgemäß in diesem Falle das finanzielle Interesse der Gemeinde an der Verpachtung eines Grundstückes dem des privaten Interesses vorzustellen mußte. (Zustimmung bei der Opposition.) Infolgedessen finde ich erst heute Gelegenheit über das Vorgehen der Gemeinde in finanzieller Hinsicht Kritik zu üben. Das ist der Grund, aus welchem ich mich anlässlich der letzten Debatte enthalten habe, das Wort zu ergreifen.

Ich wollte sagen, es ist im Prinzip sehr schön, wenn man sich bemüht, das Flugwesen in Zukunft zu heben, es ist aber die Gemeindeverwaltung im gegenwärtigen Moment, nach dem, was geschehen ist, nicht jene Person oder jenes Forum, oder jene Körperschaft, welche sich moralisch berechtigt fühlen kann, eine derartige Förderung vorzuschlagen. Sachlich habe ich zu bemerken, daß es ja nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge wahrscheinlich ist, daß die Heeresverwaltung das Flugwesen wieder den Interessenten überläßt. Des weiteren wurde von privater Seite bereits am Südrande unserer Stadt durch das Interesse eines Industriellen und einer zukünftigen Verkehrs-Gesellschaft in Hennesdorf ein Flugfeld aquiriert, so daß ich glaube, daß der anzustrebende Schritt, gegen den sachlich nichts einzuwenden ist, von keinerlei Bedeutung ist. Ich glaube nicht, daß wir im Weichbilde Wiens oder seiner unmittelbaren Nähe mehr als zwei Flugplätze brauchen werden. Diese beiden Flugplätze werden das Bedürfnis reichlich decken. Ich will nochmals erklären, daß ich nicht im Interesse der wirtschaftlichen Interessentengruppe, wohl aber mit Rücksicht auf das ideelle Interesse, welches der Aeroklub und die Flugtechnische Gesellschaft in dieser Sache gehabt haben, gesprochen habe, weil immerhin eine Summe von 200.000 K durch die Ingriffnahme der Gemeindeverwaltung voraussichtlich verloren geht, wenn ich auch nicht die Autorisation hiezu habe, dies festzustellen und eine diesbezügliche Kritik zu üben.

Bürgermeister: Es ist kein Redner mehr vorgemerkt, die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Vize-Bürgermeister Joh: Der Herr Kollege *Lohner* hat erklärt, daß er darüber überrascht ist, daß von einer Stelle, welche kein Interesse an der Sache hat, ein solcher Antrag gestellt wird. Ich muß sagen, auch ich war überrascht über die Ausführungen des Herrn Kollegen *Lohner*, der uns vorwirft, wir hätten uns um das Flugwesen in Wien nicht gekümmert.

Ich glaube, die Herren wissen ganz genau, daß wir bei jeder Gelegenheit solche Interessen vertreten haben und wir haben auch die Wiener Flugtechnische Gesellschaft unterstützt, ich verweise nur darauf, daß wir mit dem Verein einen Vertrag geschlossen haben, in dem wir nur 100 K Anerkennungszins von ihm verlangen. Daß Schwierigkeiten in der Gesellschaft sich ergeben haben und daß die leitenden Persönlichkeiten untereinander nicht einig waren, dafür können wir doch nichts. Wir können auch nichts dafür, daß einzelne Herren verschiedener Ansicht und daß einige der Ansicht waren, daß es zweckmäßig wäre, die Flugtechnische Gesellschaft aufzulösen. Es sind auch verschiedene Propositionen gemacht worden, inzwischen ist aber der Krieg gekommen und die Militärverwaltung hat das Flugfeld für sich in Anspruch genommen. Da hat die Gemeinde Wien keine Gelegenheit gehabt, zu intervenieren. Es ist auch niemand wegen einer Intervention zur Gemeinde Wien gekommen, ich weiß wenigstens nichts davon, zu mir ist niemand gekommen, der gesagt hätte, die Gemeinde Wien soll den Verein gegenüber der Militärverwaltung unterstützen, die den Verein schädigen will. Gegen die Militärverwaltung kann man auch nicht Stellung nehmen, das weiß jeder, der die Zustände genau kennt. Die Militärverwaltung ist auch nicht allein Schuld daran und ich glaube, es sind Herren im Flugtechnischen Verein, die wohl in der Lage gewesen wären, für die Interessen des Vereines bei der Militärverwaltung zu intervenieren. Übrigens soll durch meinen Antrag in Zukunft Abhilfe geschaffen und es soll ein größerer Grund gesichert werden, der nicht nur dem Flugwesen, sondern auch der ganzen Flugindustrie vorteilhaft sein wird. Denn auf dem Gebiete, wo gelandet werden soll, wird sich gewiß auch eine große Industrie entwickeln.

Aus meinem Antrage geht hervor, wie sehr die Gemeinde Wien geneigt ist, die Flugindustrie zu unterstützen. Ich bin auch überzeugt, daß die Gemeinde Wien, die jede andere Industrie gefördert hat, auch diese Industrie fördern wird. Die Vorwürfe des Herrn Kollegen *Lohner*, die er hier heute gemacht hat, sind ganz ungerechtfertigt, und ich glaube, wenn er genau über die Verhältnisse informiert gewesen wäre, hätte er sie nicht erhoben. Er ist zwar Mitglied des Flugtechnischen Vereines, aber es kommt oft vor, daß gerade die Mitglieder nicht alle Sachen wissen, die in ihrem Verein vorkommen, weil in dem Verein einzelne Gruppen sind, die eine der anderen nichts sagt. Ich habe in dieser Hinsicht manche Erfahrung gemacht und weiß sogar, daß von einer gewissen Seite propagiert wurde, der Militärverwaltung das Flugfeld früher schon zu übergeben. Wir haben das aber nicht notwendig gehabt, weil die Militärverwaltung an uns herangetreten ist und die ganze Aktion in dieser Weise eine Lösung gefunden hat. Ich muß nochmals bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich den erhobenen Vorwurf als unbegründet und ungerecht zurückweise.

Im übrigen bitte ich um Annahme des Stadtrats-Antrages.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ein Gegenantrag ist nicht gestellt worden; ich ersuche die Herren, welche

mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: 1. Im Interesse der Förderung des Flugverkehrs hält es die Gemeinde Wien für nötig, daß ihr zum Zwecke der Erwerbung von Gründen behufs Schaffung von Flugplätzen und Flughäfen das Enteignungsrecht eingeräumt wird.

2. Die k. k. Regierung wird ersucht, einen diesbezüglichen Gesetz-Entwurf der verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen.

26. Referent Fize-Bürgermeister Hoh: Zahl 4548, Post 3. Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich um Subvention.

Diese Stelle hat mehrere Jahre eine Subvention von jährlich 2000 K von der Gemeinde Wien bekommen. Nun hat sie im Vorjahre übersehen, um eine Subvention anzusuchen und sie bittet nun, daß ihr nachträglich diese Subvention bewilligt wird.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich pro 1917 nachträglich eine Subvention, und zwar mit Rücksicht auf die dem wirtschaftlichen Hilfsbureau der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Räume im erhöhten Ausmaße von 2500 K zu bewilligen.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

Fize-Bürgermeister Hierhammer (welcher während des Referates den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte ist niemand gemeldet. Es wird keine Einwendung erhoben. Der Antrag des Herrn Referenten ist **angenommen.**

Beschluß: Der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich wird pro 1917 nachträglich eine Subvention, und zwar mit Rücksicht auf die dem wirtschaftlichen Hilfsbureau der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Räume im erhöhten Ausmaße von 2500 K bewilligt.

27. Referent Fize-Bürgermeister Hoh: Zahl 4934, Post 4. Herstellung der Straßenrampen zur neuen Brücke über die alte Donau im Zuge der Wagramerstraße.

Wie den Herren bekannt, ist seinerzeit ein Übereinkommen mit der Staatsverwaltung über den Bau dieser neuen Brücke zustande gekommen. Die Brücke geht nun ihrer Vollendung entgegen und es erscheint notwendig, die Rampe, nachdem die Brücke hergestellt wurde, zweckmäßig anzulegen. Die Staatsverwaltung wäre nach dem Vertrage verpflichtet, eine 12 m breite Rampe herzustellen. Nun ist aber eine 12 m breite Rampe zu schmal und es hat die Gemeinde Verhandlungen eingeleitet, ob es nicht möglich sei, eine breitere Rampe zu bekommen. Die Staatsverwaltung hat dem zugestimmt, nur muß die Gemeinde die erhöhten Kosten tragen.

Es wird somit folgender Antrag gestellt:

Der bauamtliche Entwurf für die Ausführung der Straßenrampen im Anschlusse an die neue Brücke über die alte Donau im Zuge der Wagramerstraße auf der Ragner Seite wird mit einem Kostenfordernisse von 183.291 K 8 h genehmigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Fize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Einwendung wird keine erhoben. Der Antrag des Referenten erscheint **angenommen.**

Beschluß: Der bauamtliche Entwurf für die Ausführung der Straßenrampen im Anschlusse an die neue Brücke über die alte Donau im Zuge der Wagramerstraße auf der Ragner Seite wird mit einem Kostenfordernisse von 183.291 K 8 h genehmigt.

28. Fize-Bürgermeister Hoh: Zahl 4467, Post 5. Zeichnung von Aktien für die „Deutsche Bodenbank“.

Mit der Gründung der „Deutschen Bodenbank“ wird die Schaffung eines großen deutschen Geldunternehmens geplant, das in erster Linie die Erhaltung und Förderung des deutschen Bodenbesitzes und deutscher Besiedlung zum Zwecke hat. Namentlich der mittlere und kleine bäuerliche Besitz soll mit Hilfe der Bank gestärkt werden. Zu diesem Zwecke sollen auch mit dem Bodenbesitze zusammenhängende gewerbliche, kaufmännische und industrielle Unternehmungen gefördert werden, so landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaften und Betriebe, die mit der Land- und Forstwirtschaft zusammenhängen. Auch ist die Bank zur Ausnützung und Verwertung von Wasserkraften und zum Betriebe von Lagerhäusern berechtigt. Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen wird die Bank auch deutsche Kriegerheimstätten fördern. Weiters soll die Bank Geldverkehrsstelle für die deutschen Schutzvereine sein, also ein weites Feld der Tätigkeit im Interesse des österreichischen Deutschtums entwickeln.

Es wird nun seitens der Gründer das Ersuchen gestellt, es mögen auch die deutschen Städte Österreichs einen Anteil zeichnen und der Herr Bürgermeister ist ersucht worden, es möge auch im Deutschen Städtebunde angeregt werden, daß alle Städte zur Beitragsleistung sich verpflichten sollen, wobei natürlich die Gemeinde Wien als die größte Stadt unseres Staates mit gutem Beispiele vorangehen soll.

Es wird somit der Antrag gestellt:

Für das Aktienkapital der zu gründenden „Deutschen Bodenbank“ zeichnet die Gemeinde Wien 500 Aktien im Nennwerte von je 400 K, das sind 200.000 K mit dem Zahlungsbetrage von 206.000 K.

Mit Rücksicht auf die besondere Wichtigkeit und auf den Zweck der zu gründenden „Deutschen Bodenbank“ bitte ich die geehrten Herren um ihre Zustimmung zu dem vorliegenden Antrage.

Fize-Bürgermeister Hierhammer: Eine Einwendung wird nicht erhoben, ich erkläre den Antrag des Stadtrates für **angenommen.**

Beschluß: Für das Aktienkapital der zu gründenden „Deutschen Bodenbank“ zeichnet die Gemeinde Wien 500 Aktien im Nennwerte von je 400 K, das sind 200.000 K mit dem Zahlungsbetrage von 206.000 K.

29. Referent Fize-Bürgermeister Hoh: Zahl 4659, Post 6. Von der Steueradministration für den I. Bezirk in Wien wurde die Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien unter Berufung auf § 269 des Personalsteuergesetzes aufgefordert, alle jene Hypothekarschuldner bekanntzugeben, welche in diesem Jahre größere Annuitäten geleistet haben als in den früheren Jahren. Die Zentral-Sparkassa ist auf dem Standpunkte gestanden, daß sie nicht verpflichtet ist zur Auskunftserteilung über Personen, welche höhere Annuitäten geleistet haben, und es ist auch der Rekurs an die Finanz-Landes-Direktion ergriffen worden.

Diese hat aber die Verpflichtung der Zentral-Sparkassa bestätigt und erklärt, daß diese Auskunft erteilt werden müsse. Die Direktion, das Kuratorium und der Ausschuß sind gegenteiliger Meinung und es wird daher beantragt, gegen die Entscheidung der Finanz-Landes-Direktion die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Eine Einwendung wird nicht erhoben, ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluß: Gegen die Entscheidung der n.-ö. Finanz-Landes-Direktion (Erlaß de präs. 28. März 1918, Z. XI-154/A), womit dem Rekurse der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien gegen die Aufforderung der k. k. Steueradministration für den I. Bezirk in Wien vom 1. März 1918, Z. 122/3/17, in Angelegenheit einer Auskunftserteilung über Hypothekarrückzahlungen keine Folge gegeben wurde, wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergreifen.

30. Referent Vize-Bürgermeister Hof: Zahl 4714, Post 7, betrifft die Genehmigung des Nachtrages XXXVII zum Gebührentarife der Lagerhäuser der Stadt Wien.

Mit Rücksicht auf die immerwährende Steigerung der Löhne und Preise für alle Betriebsartikel erscheint es notwendig, daß auch einzelne Preise des Lagerhauses geregelt werden.

Ich bitte daher um Annahme des vorliegenden Antrages.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Keine Einwendung. Der Antrag erscheint angenommen.

Beschluß: Der Nachtrag XXXVII (Beilage Nr. 44 ex 1918) zum Gebührentarife der Lagerhäuser der Stadt Wien wird genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Vize-Bürgermeister Rain.

31. Referent Vize-Bürgermeister Rain: Zahl 4478, Post 8. Vermehrung des Standes der Pferde und Kutscher der städtischen Feuerwehr.

Durch die Schwierigkeiten, die infolge der weiteren Einziehung von Automobilen entstanden sind, ist es notwendig geworden, den Pferdebestand von 56 auf 96 Pferde zu erhöhen und ebenso auch den Stand der Kutscher. Außerdem sollen die Kutscher der städtischen Stellwagen-Unternehmung von der städtischen Feuerwehr übernommen werden, naturgemäß mit allen ihnen gewährten Rechten und unter Einrechnung der bei dem städtischen Stellwagenbetrieb zugebrachten Dienstzeit.

Ich bitte die Herren um die Annahme des vorliegenden Antrages, der sich in Ihren Händen befindet.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Eine Einwendung wird nicht erhoben, ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluß: Siehe die Punkte 1 bis 4 des Stadtrats-Beschlusses vom 7. Mai 1918, P. Z. 4478, im Amtsblatte Nr. 39 auf Seite 917.

32. Referent Vize-Bürgermeister Rain: Zahl 4632, Post 9. Ankauf von Pferden für den Lebensmittel- und Kohlentransport.

Diesbezüglich ist es notwendig, 50 Stück Pferde anzuschaffen und es wird ersucht, diesen Ankauf bis zum Höchstbetrage von 280.000 K zu genehmigen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Eine Einwendung wird nicht erhoben, ich erkläre den Antrag des Stadtrates für genehmigt.

Beschluß: Für die von der Stellwagen-Unternehmung durchzuführenden Lebensmittel-, Kohlen- und Koks-Transporte der Gemeinde Wien wird der Ankauf von Pferden bis zum Höchstbetrage von 280.000 K genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Das nächste Referat wird Herr Gem.-Rat Nemež für Herrn Gem.-Rat Angermayer erstatten.

33. Referent Gem.-Rat Nemež: Zahl 4473, Post 10. K. u. k. Reservespital Nr. 11, V., Gassergasse 44, bittet um Überlassung von Frühjahrs- und Sommerpflanzenzestlingen.

Es sind jedes Jahr zugunsten der Invaliden, die dort untergebracht sind, diese Pflanzen überlassen worden.

Der Magistrat und die Stadtgarten-Direktion sind dafür und ich bitte um die Annahme des vorliegenden Antrages.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Eine Einwendung wird nicht erhoben, ich erkläre den Antrag des Stadtrates für genehmigt.

Beschluß: Dem k. u. k. Reservespital Nr. 11, welches gegenwärtig im städtischen Schulgebäude, V., Gassergasse 44, untergebracht ist, werden zur Ausschmückung des Dachgartens für das Jahr 1918 ungefähr 1000 Stück Frühjahrs- und Sommerpflanzenzestlinge aus den städtischen Vorräten überlassen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Haas.

34. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 4343, Post 11. So wie im Vorjahre soll auch heuer dem Vereine „Säuglingschutz“ eine Subvention von 45.000 K bewilligt werden.

Ich kann nur sagen, der Verein leistet Rühmliches und Großartiges. Dank der Fürsorge der Gemeinde Wien und überhaupt der privaten Fürsorgetätigkeit der Säuglingsfürsorge ist es dahin gekommen, daß die Sterblichkeit der Säuglinge laut statistischen Berichtes abgenommen hat, und das ist ein Zeichen, daß in dieser Beziehung der richtige Weg eingeschlagen worden ist.

Ich bitte um die Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Loewenstein.

Gem.-Rat Dr. Loewenstein: Ich habe schon im Vorjahre, als auch vor zwei Jahren, diese Subventionserteilung unterstützt und empfehle daher den Antrag, welcher vom Herrn Stadtrats-Referenten gestellt wird, auch heuer zur Annahme. Ich will nur ganz kurze Mitteilungen machen, die sich auf den Bericht beziehen und nicht uninteressant sind. Es ist selbstverständlich, daß jede Säuglingsfürsorgeaktion unbedingt eine Förderung erfahren muß. Seitdem die Gemeinde Wien, die Berufsvormundschaft, der Landes-Ausschuß und die Kriegspatenschaft Hand in Hand arbeiten, ist die Sterblichkeit der Säuglinge speziell in Wien um ein geringes gesunken. Soweit ich aus der Statistik entnehme und dieselbe

Anspruch auf Richtigkeit haben kann — eine solche unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu schaffen, ist sehr schwierig — hat die Sterblichkeit der Säuglinge in Österreich zugenommen, insbesondere in Oberösterreich ist dieselbe gegenüber dem Jahre 1913 von 19·7 Prozent im Jahre 1916 auf 22 Prozent gestiegen. In Niederösterreich, speziell in Wien ist sie, wenn sie auch nicht ganz auf den normalen Stand vom Jahre 1913 herabgegangen ist, doch etwas günstiger geworden. Sie beträgt für Niederösterreich 16·4 Prozent für 1916 gegenüber von 16·9 Prozent für das Jahr 1915. Ich habe seinerzeit darauf hingewiesen, daß gerade die Säuglingsfürsorgetätigkeit, welche von der Gemeinde Wien durch den Ausbau der Berufsvormundschaft und durch die Tätigkeit der Kriegspatenschaft ausgeübt wird, wirklich eine günstige Wirkung ausgelöst hat und insbesondere glaube ich, ist dieses günstige Ergebnis darauf zurückzuführen, daß auch das Land Niederösterreich durch Errichtung von Berufsvormundschaftsstellen in einzelnen Gemeinden eine besondere Unterstützung der Säuglingsfürsorgetätigkeit eintreten ließ. Dadurch, daß die Säuglinge rechtzeitig von der Fürsorge erfaßt werden und ihnen die Möglichkeit eines entsprechenden Schutzes geboten wird, ferner daß man den Müttern eine entsprechende Aufklärung zuteil werden läßt, ist das Resultat bezüglich der Säuglingssterblichkeit günstiger geworden.

Wenn Sie, meine Herren, die schlechte wirtschaftliche Lage und die damit in Verbindung stehende schwierige Ernährung ins Auge fassen, so muß man sagen, daß die Erzielung einer weniger hohen Sterblichkeit unter den Säuglingen nur in dem Zusammenwirken der genannten Korporationen gelegen sein kann. Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, wie die Kriegspatenschaft in Wien in segensreicher Weise wirkt. Von den in Wien geborenen 20.000 Säuglingen wird die Hälfte von der Kriegspatenschaft erfaßt, so daß diese Säuglinge fast durch ein Jahr in Obhut stehen, dadurch wird, wie aus dem Berichte des Chefarztes der Kriegspatenschaft, des Dozenten Dr. Moll hervorgeht, ein wesentlicher Rückgang in der Sterblichkeit erzielt. Allerdings ist ein sehr starker Geburtenrückgang zu beklagen. Im Jahre 1910 hatten wir noch 44.411 lebend geborene Kinder, im Jahre 1917 nur 20.688; im Jahre 1910 wurden 4258 totgeboren, im Jahre 1917 2203.

Die Säuglingssterblichkeit betrug im Jahre 1910 16·56 Prozent, im Jahre 1917 15·26 Prozent.

Es ist auch interessant, aus den statistischen Berichten der Gemeinde Wien zu entnehmen, daß die Eheschließungen vom Jahre 1910 bis zum Jahre 1917, mit Ausnahme des Jahres 1914, wo der Krieg begonnen hat, abgenommen haben. Im Jahre 1910 hatten wir 18.713 Eheschließungen und im Jahre 1917 nur 12.406, während im Jahre 1914 22.386 Eheschließungen zu verzeichnen waren. Ferner ist es nicht uninteressant, aus den statistischen Mitteilungen der Gemeinde Wien zu entnehmen — die anderen diesbezüglichen Statistiken von österreichischen Kronländern stehen noch nicht zur Verfügung — daß die Anzahl der unehelichen Kinder während der Kriegszeit bedeutend geringer geworden ist. Während wir im Jahre 1910 insgesamt 12.799 uneheliche, lebend geborene Kinder hatten, waren es im Jahre 1917 nur 5302. Selbstverständlich ist die Geburtenanzahl geringer geworden, aber prozentuell ausgedrückt betrug die Zahl der im Jahre 1910 geborenen unehelichen Kinder 28·81 Prozent, während sie im Jahre 1917 25·62 Prozent aufweist. Von den innerhalb eines Jahres gestorbenen unehelichen Säuglingen ist zu berichten,

daß die Zahl nicht unwesentlich gegenüber den früheren Jahren geringer geworden ist.

Also auch in diesem Falle zeigt sich, daß durch die Fürsorgetätigkeit, welche speziell in Wien begonnen hat, wesentlich günstigere Umstände eingetreten sind. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß eine entsprechende Aufklärungsarbeit in den Kreisen der Mütter bezüglich des Wertes der Brustnahrung begonnen hat. Das wichtigste Moment für die Erhaltung der Säuglinge besteht in dem Selbststillen der Mütter und dadurch, daß diese Aufklärung bei der Kriegspatenschaft in der entsprechenden Weise durchgeführt wurde, kommt es, daß bei dieser Körperschaft heute nahezu 90 Prozent der Mütter ihre Kinder bis zum dritten Monat, und 60 Prozent ein ganzes Jahr hindurch selbst gestillt haben. Es sind auch andere Maßregeln günstig gewesen. Ich verweise auf die Erweiterung der Krankenversicherung, bezüglich des Säuglingschutzes, auf die Stillprämien, insbesondere auf die Mutterberatungsstellen.

Wir besitzen in Wien jetzt 15 Mutterberatungsstellen, welche von den ersten Kinderärzten Wiens geleitet werden. In diesen Dienst haben sich in erster Linie die Kinderkliniken und Kinderambulatorien gestellt. Diese 15 Beratungsstellen bieten reiches Material für die bisherigen Erfolge der Säuglingsfürsorgetätigkeit, sie weisen ein sehr zufriedenstellendes Resultat bezüglich der Stillhäufigkeit und Stilldauer auf, das ein glänzendes Zeugnis dafür abgibt, wie die Liebe der Mutter und ihre Fürsorge zum Kinde nachweisbar größer geworden ist. Die Beratungsstellen sind auch ein Verdienst der Ärzte, die ihre Aufgabe trotz ihrer kolossalen Inanspruchnahme selbstlos und gewissenhaft erfüllen und denen für ihre aufopfernde Tätigkeit Dank gebührt. Doch es ist noch etwas zu schaffen: die Berufsvormundschaft muß weiter ausgebaut werden und ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn wir in allen Bezirken entsprechende Stellen für die Berufsvormundschaft haben werden, ebenso neue Mutterberatungsstellen, eine genügende Anzahl von gut ausgebildeten Säuglingsfürsorgeschwestern und wenn der Ausbau der Kinderpitäler und andere Maßnahmen in Betracht gezogen werden, werden zweifellos in absehbarer Zeit weitere günstige Erfolge zu verzeichnen sein.

Was Gemeinde und Land leisten ist gewiß anerkennenswert. Nicht unerhebliche Schwierigkeiten werden diesen Bestrebungen aber von Seite der regierenden Kreise entgegen gestellt, welche es, seitdem der Krieg ausgebrochen ist, an besonderen staatlichen Maßnahmen fehlen ließen.

Es wurde am 1. Juni 1917 die Geburt zweier Ministerien angekündigt. Doch es hat sich gezeigt, daß diese Geburt nicht auf einmal erfolgte, trotzdem man gewünscht hätte, daß ein Zwillingpaar zur Welt komme. (Heiterkeit.) Es hat sich im letzten Augenblicke eine Wandlung vollzogen, indem nach sieben Monaten das Ministerium für soziale Fürsorge, also gewissermaßen als Frühgeburt zur Welt kam. Man sagt, daß ein Siebenmonatkind besonderer Obhut bedarf. Da der Bau des Ministeriums für soziale Fürsorge zart ist und es ziemlich rasch zu Welt gekommen ist, so kann man nicht besondere Hoffnungen hegen, daß diese Frucht sozialer Fürsorge eine gute und gesunde sein wird.

Anderes ist es wieder mit dem Ministerium für Volksgesundheit. Dieser Entwicklungsvorgang dauert schon 12 Monate und es ist, wie man sagt, ein übertragenes Kind. Da nun über-

tragene Kinder für gewöhnlich Totgeburten befürchten lassen, so ist wohl auch hier zu befürchten, daß bei diesem Ministerium, dem nebenbei viele Fehler anhaften, eine Mißgeburt, beziehungsweise eine Totgeburt zu erwarten ist. Selbstverständlich kann man in dieser Hinsicht jetzt nicht mehr viel tun und außerdem ist durch die gegenwärtigen parlamentarischen Verhältnisse eine neuerliche Verzögerung zu verzeichnen. Ich möchte daher den Wunsch aussprechen, daß die Regierung sobald als möglich trotzdem daran geht, wenigstens für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit schon jetzt etwas zu tun. Das Wichtigste für die Regenerierung des Staates ist das Kind, und da wir durch andere Krankheiten, die der Krieg gezeitigt hat, mit einer großen Anzahl von Opfern rechnen müssen und da die Sterbefälle in Wien von Tag zu Tag zunehmen, die Leute zwischen 60 und 80 Lebensjahren rasch dahingerafft und jene zwischen 18 und 50, sofern sie im Kriegsdienste standen, zum großen Teile mit geschwächter Gesundheit wiederkehren werden, so brauchen wir zum Aufbau des Staates eine kräftige junge Generation. Diese kann nur dann geschaffen werden, wenn schon bei der Geburt des Kindes mit jenen Maßnahmen eingesezt wird, welche für seine Gesundheit eine sichere Gewähr bieten.

Es ist höchste Zeit, daß nicht nur Gemeinde und Land, die andere Lasten zu tragen haben, sich allein betätigen, sondern daß auch von staatswegen jene Maßnahmen getroffen werden, die die Möglichkeit bieten, ein neues, jedoch gesundes und kräftiges Geschlecht, ein neues Österreich zu schaffen.

Ich richte daher von dieser Stelle an die Regierung die dringende Aufforderung, nicht zu zögern und nebst der Bekämpfung der Tuberkulose auch der Säuglingsfürsorge zu gedenken. (Lebhafter Beifall.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Die statistischen Ausführungen des Herrn Kollegen haben eine Bestätigung für die Begründung meines Antrages gegeben.

Ich bitte nochmals um die Annahme des Antrages.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Die Debatte ist geschlossen. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: Dem Vereine „Säuglingschutz“ wird wie im Vorjahre eine Subvention von 45.000 K bewilligt.

35. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 1897, Post 12. Abänderung des Wirkungskreises des Direktors des Kaiserjubiläums-Spitals der Stadt Wien.

Es wird beantragt, dem Direktor des Spitals die Ermächtigung zu geben, im Einvernehmen mit dem Verwalter für plötzliche dringliche Auslagen Beträge bis zu 1000 K verwenden zu dürfen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand vorgemerkt. Keine Einwendung. **Angenommen.**

Beschluß: Der Direktor des Kaiserjubiläums-Spitals der Stadt Wien wird ermächtigt, einmalige bedeckte Auslagen bis zum Betrage von 1000 K zu bewilligen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich bitte Herrn Gem.-Rat v. Steiner zum Referate.

36. Referent Gem.-Rat v. Steiner: Die Gemeinde hat von Herrn Kreindl Gründe gekauft, welche zu verschiedenen Terminen übergeben werden sollten. Der erste Termin wurde eingehalten. Dann ist Kreindl zur militärischen Dienstleistung eingezogen, er war daher nicht in der Lage, die anderen Termine einzuhalten, er bittet nun um Fristerstattung. Der Magistrat steht auch auf dem Standpunkte, daß die Angelegenheit erst nach Beendigung des Krieges beendet werden soll.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hof (welcher während des letzten Referates den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte ist niemand gemeldet. Keine Einwendung. **Angenommen.**

Beschluß: In teilweiser Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Juli 1913, P. Z. 11432, und des Stadtrats-Beschlusses vom 4. Juni 1915, P. Z. 5737, wird dem Karl Kreindl die Frist zur Übergabe der an die Gemeinde Wien abgetretenen restlichen Platzgründe samt den anschließenden Straßengründen unter der Bedingung bis zum Ablaufe eines Jahres nach Kriegsende erstreckt, daß sich auch die Verpflichtung der Gemeinde Wien zur Leistung der noch ausstehenden Schadloshaltung auf diesen Termin verschiebt und daß Karl Kreindl die Gemeinde Wien gegenüber den allfälligen Ansprüchen der Sparkasse Bozen vollkommen schad- und klaglos zu halten hat.

Vize-Bürgermeister Hof: Zum Referate Herr Vize-Bürgermeister Hierhammer.

37. Referent Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zahl 4471, Post 1. Deutschmeister-Schützenkorps um Subvention für seine Schießschule.

Ich bitte, dem Deutschmeister-Schützenkorps, wie alljährlich, auch heuer während der Kriegszeit eine Subvention von 1000 K zu bewilligen.

Vize-Bürgermeister Hof: Zum Worte ist niemand gemeldet. Keine Einwendung. **Angenommen.**

Beschluß: Dem Deutschmeister-Schützenkorps wird für seine Schießschule wie im Vorjahre eine Subvention von 1000 K bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hof: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Höhel.

38. Referent Gem.-Rat Höhel: Zahl 4551, Post 13. Verein „Ottakringer Jugendschutz“ um Subvention.

Vom Verein „Ottakringer Jugendschutz“ ist um eine Subvention angefragt worden. Nachdem das Kriegs-Hilfsbureau dem Vereine 5000 K zuwendet mit der Bemerkung, wenn die Gemeinde Wien ebenfalls eine Subvention in diesem Betrage bewilligt, so wird der Antrag gestellt, dem Vereine „Ottakringer Jugendschutz“ zur teilweisen Deckung der erforderlichen Adaptierungskosten für das Haus XVI., Rückertgasse 5, eine einmalige Subvention von 5000 K zu bewilligen.

Vize-Bürgermeister Hof: Zum Worte ist niemand gemeldet. Keine Einwendung. **Angenommen.**

Beschluß: Dem Verein „Ottakringer Jugendschutz“ wird zur teilweisen Deckung der erforderlichen Adaptierungs-

losten für das Haus XVI., Rückertgasse 5, eine einmalige Subvention von 5000 K bewilligt.

39. Referent Gem.-Rat Höhel: Zahl 4550, Post 14. Verein zur Errichtung und Erhaltung von Mädchenhorten im XVI. Bezirke um Subvention.

Es wird der Antrag gestellt, dem Verein zur Errichtung und Erhaltung von Mädchenhorten im XVI. Bezirke für das Jahr 1917/18 eine Subvention von 5000 K unter der Bedingung zu bewilligen, daß in den Horten mindestens 1000 Kinder beaufsichtigt werden.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hoh: Zum Worte hat sich Herr Gem.-Rat Schimek gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Gem.-Rat Schimek: Im vorliegenden Referate beantragt St.-Rat Höhel den Betrag von 5000 K als Subvention für diesen Verein.

Ich habe die Ehre, der Obmann-Stellvertreter dieses Vereines zu sein. Wir haben den Verein in Anbetracht der Notwendigkeit, für Mädchen eine Fürsorge zu treffen, im Jänner 1917 errichtet. Damals haben wir um eine Subvention gebeten, und zwar haben wir mit Rücksicht darauf, daß wir fünf Abteilungen mit 500 Mädchen hatten, eine Subvention von 6000 K erbeten.

Dieses Subventionsansuchen läuft nunmehr 1½ Jahre und infolgedessen, nachdem sich die Mädchenanzahl auf über 1200 erhöht hat und wir bereits 14 Abteilungen haben, reichen wir mit diesem Subventionsbetrage nicht aus. Die Sammeltätigkeit läßt alles zu wünschen übrig, weil die ganze Bevölkerung überlaufen wird.

Ich bitte daher, daß die Herren zustimmen, daß diese Subvention von 5000 K auf 6000 K erhöht wird, weil wir mit diesem Betrage kaum unser Auslangen für die Jahre 1917 und 1918 finden werden.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hoh: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Höhel: Nachdem ich die Aufklärung erhalten habe, daß dieser Mädchenhort vergrößert worden ist, indem neue Böglinge hinzugekommen sind, nehme ich keinen Anstand, mich mit dem Antrage einverstanden zu erklären.

Vize-Bürgermeister Hoh: Es ist beantragt worden, dem Vereine zur Errichtung und Erhaltung von Mädchenhorten im XVI. Bezirke die vorgeschlagene Subvention von 5000 K für das 1917/18 auf 6000 K zu erhöhen.

Es ist dies der weitergehende Antrag und ich ersuche die Herren, welche für diesen Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Beschluß: Dem „Verein zur Errichtung und Erhaltung von Mädchenhorten im XVI. Bezirke“ wird für das Jahr 1917/18 eine Subvention von 6000 K unter der Bedingung bewilligt, daß in den Horten mindestens 1000 Kinder beaufsichtigt werden.

Vize-Bürgermeister Hoh: Ich ersuche Herrn Gem.-Rat Poyer, zu referieren.

40. Referent Gem.-Rat Poyer: Zahl 4424, Post 15. „Verein zur Erhaltung einer Kinderkrippe in Wien XIII“ um Subvention.

Dieser Verein hat den Zweck, Säuglingen und kleinen schulpflichtigen Kindern seine Fürsorge zuzuwenden, deren Mütter als Fabrikarbeiterinnen tätig sind.

Der Verein ist ausschließlich auf freiwillige Spenden angewiesen, die aber bei der großen Inanspruchnahme der Bevölkerung für wohltätige Zwecke nur spärlich einfließen.

Er hat eine erspriehliche Tätigkeit entfaltet und ich glaube, Sie bitten zu dürfen, dem Antrage zuzustimmen, dem Vereine eine einmalige Subvention von 2000 K zuzuwenden.

Vize-Bürgermeister Hoh: Zum Worte ist niemand gemeldet. Keine Einwendung. **Angenommen.**

Beschluß: Dem „Verein zur Erhaltung einer Kinderkrippe in Wien, XIII“ wird eine einmalige Subvention von 2000 K bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hoh: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Schneider.

41. Referent Gem.-Rat Schneider: Zahl 4058, Post 17. Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes, IX., Mariannengasse 26, um Straßenbahn-Freikarten.

Der Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes, IX., Mariannengasse 26, sollen fünf Freikarten für je zwei Ordensschwestern auf der Straßenbahnstrecke Neuwaldegg—Spitalgasse bis Versorgungshaus—Böglesdorf bewilligt werden.

Ich bitte um die Annahme des Antrages, weil die Schwestern im Sanatorium Böw auch sonst in charitativer Weise sehr hervorragend wirken.

Vize-Bürgermeister Hoh: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Beschluß: Der Kongregation der Töchter des göttl. Heilands, IX., Mariannengasse 26, werden fünf Freikarten für je zwei Ordensschwestern auf der Straßenbahnstrecke Neuwaldegg—Spitalgasse bis Versorgungshaus—Böglesdorf, gültig an allen Tagen des laufenden Jahres, bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hoh: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Tomola.

42. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 4425, Post 20. Österreichisch-ungarischer Hilfsverein um Subvention.

Der Österreichisch-ungarische Hilfsverein in Nürnberg hat, wie alljährlich, ein Ansuchen um eine Subvention überreicht. Es wird der Antrag gestellt, dem Vereine eine Subvention von 140 K zu bewilligen. Er hat immer 100 Mark bekommen, es entsprechen 100 Mark 140 K.

Ich bitte um Annahme.

Vize-Bürgermeister Hoh: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Die Herren, die dem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Beschluß: Dem „Österreichisch-ungarischen Hilfsverein in Nürnberg“ wird wie im Jahre 1916 nachträglich auch für das Jahr 1917 eine Subvention von 140 K bewilligt.

43. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 4549, Post 21. Schutzverein für gefährdete männliche Jugend um Subvention.

Es wird beantragt, dem Schutzvereine für gefährdete männliche Jugend eine außerordentliche Subvention von 10.000 K unter der

Bedingung zu gewähren, daß dem städtischen Jugendamte 10 Plätze gegen das jeweils übliche Kostgeld sichergestellt werden. Diese Subvention ist bestimmt, dem Vereine bei der Erwerbung eines eigenen Hauses zu helfen.

Ich bitte um die Annahme meines Antrages.

Vize-Bürgermeister Hof: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Beschluß: Dem Schutzverein für gefährdete männliche Jugend wird eine außerordentliche Subvention von 10.000 K unter der Bedingung gewährt, daß dem städtischen Jugendamte zehn Plätze gegen das jeweils übliche Kostgeld sichergestellt werden. Für die kommenden Jahre steht es dem Vereine frei, alljährlich ein Subventionsgesuch einzubringen und behält sich die Gemeinde Wien vor, die Höhe der etwa zu gewährenden Subvention den jeweiligen Verhältnissen entsprechend festzusetzen.

44. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 4347, Post 22. Bewilligung von Stipendien für die höhere Gartenbauschule in Eisgrub.

Seit einer Reihe von Jahren wurden der Ackerbauschule in Eisgrub Stipendien zu je 400 K unter der Bedingung bewilligt, daß sich die Nutznießer verpflichten, auf Verlangen der Gemeinde Wien nach vollendetem Studium an dieser Schule durch drei Jahre bei der städtischen Gartenpflege der Gemeinde Wien zu dienen. Es hat Jahre gegeben, wo wir fünf Stipendien bewilligt haben, gegenwärtig haben sich nur zwei Bewerber gefunden, was in den Kriegsverhältnissen gelegen ist. Diese beiden Bewerber sind Wiener, arme Leute und von der Direktion vorgeschlagen. Es wird daher beantragt, zwei Stipendien von je 400 K zu bewilligen.

Ich bitte um die Annahme meines Antrages.

Vize-Bürgermeister Hof: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Beschluß: Für das Studienjahr 1917/18 werden zwei Stipendien zu je 400 K für nach Wien zuständige, mittellose, befähigte, ordentliche Schüler der höheren Obst- und Gartenbauschule in Eisgrub bewilligt, welche sich verpflichten, auf Verlangen der Gemeinde Wien nach vollendetem Studium an dieser Schule durch drei Jahre bei der städtischen Gartenpflege der Gemeinde Wien zu dienen, wobei denselben ein Mindestlohn von 5 K für einen Tag zugesichert wird.

45 Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 4426, Post 23. Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Frauenverein zur Bekleidung und Unterstützung armer, alter Frauen um Subvention.

Es ist ein Verein aus dem II. Bezirke.

Dieser Verein aus dem II. Bezirke behauptet, er hätte rechtzeitig sein Ansuchen um Subvention eingebracht. Es ist aber hier im Magistrate nicht aufzufinden gewesen und es wurde daher ein neues überreicht.

Ich beantrage, diesem Vereine, wie in den Vorjahren, eine Subvention von 50 K nachträglich zu bewilligen.

Vize-Bürgermeister Hof: Es hat sich niemand zum Worte gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Beschluß: Dem „Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Frauenverein zur Bekleidung und Unterstützung armer, alter Frauen“ wird nachträglich eine Subvention von 50 K pro 1917 (wie in den Vorjahren) bewilligt.

46. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 4423, Post 24. Hilfsverein für christliche Ehen um Subvention.

Der „Hilfsverein für christliche Ehen“ hat insbesondere in der Kriegszeit eine außerordentliche und nützliche Tätigkeit entfaltet, sein Wirkungskreis hat sich vervielfacht. Mit der Subvention von 700 K, die er vom Gemeinderate erhielt, kommt er nicht aus. Er deckt nämlich aus seinen Mitteln auch die Stempel- und Portoauslagen u. dgl.

Es wird beantragt, einen Subventionsnachtrag pro 1917 von 300 K zu bewilligen.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hof: Zum Worte ist niemand gemeldet. Keine Einwendung. **Angenommen.**

Beschluß: Dem „Hilfsverein für christliche Ehen“ wird ausnahmsweise ein Subventionsnachtrag pro 1917 im Betrage von 300 K bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hof: Herr Gem.-Rat **Jahka** zum Referate.

47. Referent Gem.-Rat Jahka: Zahl 4711, Post 26. Bewilligung eines Mehrererfordernisses von 28.000 K aus Anlaß der Abgrabung auf den **Wagemann'schen** Gründen im X. Bezirke.

Wir brauchen eine ungeheure Menge von Anschüttungsmaterial für die Anschüttung der Gründe am **Kontumazmarkt**. Die Firma hat bis jetzt eine Auszahlung von 1 K 40 h bewilligt erhalten. Nun ist sie bittlich geworden, den Gesamtpreis auf 4 K 90 h stellen zu dürfen. Der Magistrat, das Stadtbauamt und die Buchhaltung sind der Anschauung, daß der Preis unter Berücksichtigung der jetzigen Verhältnisse gerechtfertigt ist.

Ich bitte daher um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hof: Zum Worte ist niemand gemeldet. Keine Einwendung. **Angenommen.**

Beschluß: Bewilligung eines Mehrererfordernisses von 28.000 K aus Anlaß der Abgrabung auf den **Wagemann'schen** Gründen im X. Bezirke.

48. Referent Gem.-Rat Jahka: Zahl 4501, Post 25. Anbot des **Josef Winter** auf Verkauf der Liegenschaft **Einl.-Z. 69** und eines Teiles der Liegenschaft **Einl.-Z. 32** des Grundbuches **Fahrafeld**, Bezirksgericht **St. Pölten**, an die Gemeinde Wien.

Meine Herren! Wir sollten dort in der Nähe von **Fahrafeld** ein Wächterhaus errichten. Mit Rücksicht auf die Zeit, wo es sehr schwer ist, Rohmaterial aufzutreiben, ist aber das vorderhand nicht möglich. Es ist nun Gelegenheit geboten, dort ein Haus, respektive eine kleine Wirtschaft zu erwerben, was uns vollständig diese Räumllichkeiten ersetzt.

Ich beantrage daher, diese Liegenschaft um 28.000 K zu erwerben.

Vize-Bürgermeister Hof: Zum Worte ist niemand gemeldet. Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Die Gemeinde Wien kauft von Josef Winter sen. und dessen Gattin Johanna Winter von dem im Grundbuche Jahrafeld unter Einl.-Z. 32 inne liegenden Kat.-Parz. 51/2 und 52 die im beiliegenden Plane rot angelegte Teilfläche von 590 m², sowie von Josef Winter jun. und dessen Gattin Marie Winter die im gleichen Grundbuche unter Einl.-Z. 69 inne liegende Bauparzelle 37, Konstr.-Nr. 5 und 5 a Jahrafeld, im Ausmaße von 360 m², wie diese Baulichkeiten liegen und stehen, jedoch ohne Inneneinrichtung, um den Pauschalbetrag von 28.000 K (auf Ausgabekubrik XXVI 7 c bedeckt) unter folgenden Bedingungen:

1. Die Abtretung erfolgt mit Ausnahme der zugunsten der Gemeinde Wien verbücherten Wasserleitungserviditen saß- und lastenfrei.

2. Der Kaufpreis ist mit Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien fällig.

3. Den Verkäufern wird die Nutzung der verkauften Grundflächen, sowie die Benützung der Hälfte der Räumlichkeiten des Hauses bis Ende Oktober 1918 für ihre eigene Person ohne Entgelt eingeräumt.

4. Das Mitbenützungsrecht der auf der Liegenschaft Einl.-Z. 32 Grundbuch Jahrafeld aufgehenden Quelle durch die Gemeinde Wien ist grundbücherlich sicherzustellen.

5. Die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Vertrages, sowie mit der Lastenfreistellung der Liegenschaften verbundenen Kosten, sowie die Übertragungsgebühr trägt die Käuferin.

6. Beide Teile verzichten auf das Recht, den Vertrag wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes anzufechten.

Vize-Bürgermeister Hof: Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung ist erledigt. Es folgt noch eine kurze vertrauliche Sitzung.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 8 Uhr 35 Minuten abends.)

Beschluß-Protokoll

der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom
14. Mai 1918.

Vorsitz: **Vize-Bürgermeister Franz Hof.**

1. (4440.) **Vize-Bürgermeister Rain:** In teilweiser Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 20. Juni 1913, P. Z. 8000, wird dem Leiter der Forstverwaltung in Groß-Enzersdorf das festgesetzte jährliche Reisepauschale ab 1. Mai 1918 von 100 K auf 180 K erhöht.

2. (4177.) **Derselbe:** Dem Leiter des städtischen Uhrenmuseums Rudolf Kastan wird ausnahmsweise die Kriegszulage für die städtischen Angestellten für das erste Halbjahr 1918 nach Abschnitt B, Punkt 3 des Gemeinderats-Beschlusses vom 19. Dezember 1917, P. Z. 12620, und zwar rückwirkend ab 1. Jänner 1918 bewilligt.

3. (3831.) **Derselbe:** Dem Telegraphisten II. Klasse der städtischen Feuerwehr Leopold Samböck wird das Definitivum im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 14. Juli 1911, P. Z. 9181/11, unter gnadenweiser Anrechnung der vor der Ableistung seiner militärischen Dienstpflicht bei der städtischen Feuerwehr verbrachten Dienstzeit vom 18. Jänner 1908 bis 5. Oktober 1909, zuerkannt.

4. (4543.) **Derselbe:** Die Nachträge 9 und 10 zum Vertrage über die Wasserversicherung der in den Lagerhäusern der Stadt Wien eingelagerten Waren, betreffend die Versicherung des Lagers von Torfmüll und Torfstreu im Freien des Freudenauer Winterhafens, die Übertragung der Geschäftsführung von der „Schweiz“ auf den „Deutschen Lloyd“ und die Einbeziehung des neuerbauten Magazines XVI in der Prateranlage in die Versicherung werden genehmigt.

5. (4468.) **Derselbe:** Der Wasserleitungsaufseherwitwe Rosa Meuser wird die Gnadengabe von jährlich 250 K vom 1. Mai 1918 mit Rücksicht auf ihre sehr verminderte Erwerbsfähigkeit auf jährlich 360 K erhöht und bis Ende des Jahres 1920, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

6. (4341.) **Derselbe:** Dem städtischen Steinbruchakffordarbeiter Ferdinand Rom wird mit Rücksicht auf sein hohes Alter von 75 Jahren und seine gänzliche Erwerbsunfähigkeit, sowie mit Rücksicht auf seinen in früheren Jahren höheren Jahresverdienst eine Gnadengabe von jährlich 300 K vom 21. Februar 1918 bis Ende des Jahres 1920, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

7. (4339.) **Derselbe:** Dem Straßenarbeiter Ludwig Schubert wird eine Gnadengabe von jährlich 360 K von dem der Einstellung des Lohnbezuges, beziehungsweise Krankengeldbezuges nächstfolgenden Tage an bis Ende des Jahres 1920, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

8. (4590.) **Derselbe:** Einem städtischen Beamten wird ein sechsmonatlicher Gehaltsvorschuß im Betrage von 1600 K gegen Rückzahlung in 40 gleichen, ununterbrochenen monatlichen Raten ab 1. Jänner 1919 abzüglich des Gehaltsvorschußrückstandes per 800 K bewilligt.

9. (4596.) **Derselbe:** Der Löschmeister I. Klasse der städtischen Feuerwehr Karl Ottet wird ad personam zum Exerziermeister II. Klasse der städtischen Feuerwehr ernannt.

10. (4340.) **Gem.-Rat Dr. Haas:** Der städtischen Jubiläumshospitals-Hilfsarbeiterin Marie Bewerka wird eine Gnadengabe von jährlich 480 K vom 8. Jänner 1918 bis Ende des Jahres 1920, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden

anderweitigen Versorgung unter Einstellung des Pfründenbezuges mit 1. April 1918 bewilligt.

11. (4406.) Gem.-Rat Schmid: Die Dienstbezüge des Berg-Ingenieurs Eugen Werner werden neu systemisiert wie folgt: Grundgehalt 6000 K mit zwei nach je vier Jahren fällig werdenden Dienstalterszulagen von je 800 K, Quartiergeld 2200 K und Spesenpauschale 2000 K, wobei seine Einreihung in das neue Gehaltschema unter Berücksichtigung seiner bisherigen Dienstzeit bei der Braunkohlenbergbaugewerkschaft Billingsdorf zu erfolgen hat. Ferner wird ihm der Titel „Berg-Ober-Inspektor“ verliehen.

12. (4418.) Gem.-Rat Schneider: Dem zweiten Rechtskonsulenten der städtischen Straßenbahnen Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Zdenko Zeifart wird eine in die Pension anrechenbare Zulage von jährlich 1500 K bewilligt.

13. (4419.) Derselbe: Den Kindern des verstorbenen Expeditors der städtischen Straßenbahnen Ferdinand Kuppert, Leopold und Hildegard Pokorny wird auf die Dauer von drei Jahren oder bis zum Eintritte einer anderweitigen Versorgung ein guadenweiser Erziehungsbeitrag von je 25 K, das sind zusammen 50 K monatlich zuerkannt.

Schluß der Sitzung.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Donnerstag den 23. Mai 1918, 10 Uhr vormittags.
Freitag den 24. Mai 1918, 10 Uhr vormittags.

Allgemeine Nachrichten.

Lebensmittelverkehr.

Jung- und Stechviehmarkt vom 13. und 16. Mai 1918.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend	—	Schafe lebend	578
Kälber ausgeweidet	432	Schafe ausgeweidet	60
Lämmer lebend	—	Schweine ausgeweidet	203
Lämmer ausgeweidet	216	Spanferkel	—

2. Preisbewegung.

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von — bis 470 h (extrem bis — h)
II. „	— „ — „
III. „	300 „ 450 „

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von — bis — h (extrem bis — h)
II. „	— „ — „
III. „	1000 „ 1600 „

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von 900 bis 1600 h (extrem bis — h)
II. „	— „ — „
III. „	— „ — „

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von — bis 1400 h (extrem bis — h)
II. „	— „ — „
III. „	— „ — „

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität	von 820 bis 920 h (extrem bis — h)
II. „	— „ — „
III. „	— „ — „

Der Schweinemarkt wurde in dieser Woche nicht besichtigt. Auf dem Jungviehmarke wurden um 23 Stück Kälber mehr zugeführt.

Auf dem Schafmarke wurden um 391 Stück Schafe weniger aufgetrieben.

Auf dem Schlachtviehmarke wurden am 16. Mai 1918 1831 Stück Mast- und 302 Stück Viehvieh aufgetrieben.

Alle Kälberqualitäten, sowie weidner Lämmer und Schafe wurden zu unveränderten Vormerkenpreisen abgegeben, weidner Schweine wurden zum festgesetzten Höchstpreis abverkauft.

Baubewegung

vom 17. bis 20. Mai 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

VI. Bezirk: Bürgerhospitalgasse 6, von den Wiener China Silber-Werken Wolfenstein & Glückselig (1087).

Diverse geringere Bauten.

II. Bezirk: Bauherstellungen, Stadtgutgasse 11/13, von Johann Rowal, II., Springergasse 16 (1075).
XXI. Bezirk: Schuppen und Kammer, Bachgasse, von Josef Reiter, Bauführer derselbe (13690).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

9. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Mayer Wilhelmine — Witwenfortbetrieb des Schuhmachergewerbes des verstorbenen Gatten Wilhelm Mayer — V., Ramperstorffergasse 59.
Karnleitner Theresia — Handel mit Bildern, Juwelen, Uhren, Gold- und Silberwaren — IV., Große Neugasse 15.
Karnleitner Theresia — Gewerbsmäßiger Betrieb einer Schreibstube beschränkt — II., Große Neugasse 15.
Zirner Fritz — Handelsagentur — IV., Favoritenstraße 31.
Wenzel Frieda — Lebensmittel- und Flaschenbier-Verschleiß — IV., Brunnhüllgasse 14.
Sioschel Leopoldine — Kurz-, Galanterie- und Parfümeriewaren-Verschleiß — V., Rechte Wienzeile 43.

Inhalt.

	Seite
Gemeinderat:	
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 14. Mai 1918.	
Inhalt:	
Mitteilungen des Vorsitzenden:	
1. Beurlaubte Gemeinderäte	943
2. Wegen Fernbleibens entschuldigte Gemeinderäte	943
3. Urlaubsbewilligungen	943
4. Dank Seiner Erzellen des Grafen Czernin für seine Ernennung zum Ehrenbürger Wiens	943
5. Nachruf anlässlich des Ablebens des Gem.-Rates kais. Rates Robert Baron	944
6. Spenderverzeichnis	944
7. Begrüßung des aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Gem.-Rates Quirinus Altmaier	944
Anfragen:	
8. Gem.-Rat Rummelhardt: Zuführung des Überschusses von dem für die Militärspitäler von der Firma Swoboda zu liefernden Gemüßvorräte an die Zivilbevölkerung	944
9. Gem.-Rat Dr. Hein: Feststellung der Priorität des Einlangens der Anfragen und Anträge der Gemeinderäte	944
10. Gem.-Rat Schäfer: Erwirkung der freien Einfuhr von Rosinen, Sultaninen, Mandeln, Feigen und Olivenöl aus der Türkei	945
11. Derselbe: Übelstände im Betriebe von Sauerkraut durch die „Dzég“	945
12. Derselbe: Auflösung der Sammelmärkte	945
13. Gem.-Rat Stein: Angebliche Übelstände bei der Fleischaufuhr	946
14. Derselbe: Schädigung Wiener Gewerbetreibender durch Beschlagnahme von Baren durch Organe der „Geos“	946
15. Derselbe: Übelstände im Geschäftsbetriebe der „Geos“ und der „Dzég“, insbesondere im Sauerkrautgeschäfte der letzteren	946
16. Gem.-Rat Dr. Loewenstein: Freigabe des sogenannten Rucksackverkehrs	948
17. Gem.-Rat Skaret: Ausschreibung sämtlicher erledigter Schulleiter- und Lehrstellen	948
18. Gem.-Rat Sara: Stellungnahme gegen den veratorischen Druck der Steuerbörden	949
19. Gem.-Rat Zimmermann: Abtransport der Kriegsfüchtlinge	949
20. Gem.-Rat Kunschak: Die Beziehungen zwischen dem k. k. Militär-Witwen- und Waisenfonds und der Ökerr. Lebens- und Rentenversicherungs-Gesellschaft „Phönix“	949
Anträge:	
21. Gem.-Räte Gussenbauer, Nagler und Galauer: Stellungnahme gegen Errichtung eines südslavischen Staates	950
22. Gem.-Rat Rummelhardt: Errichtung eines Erholungsheimes für rekonvaleszente Lehrlinge	950
Berichte:	
23. Gem.-Rat Schmid: Beteiligung der Gemeinde Wien an der zur Übernahme der Driedziger Montanergewerkschaft zu gründenden Aktiengesellschaft	950
24. Vize-Bürgermeister Hoß: Übereinkommen zwischen der Gemeinde Wien und der Donauregulierungs-Kommission wegen Überlassung von der Donauregulierungs-Kommission gehörigen Gründen im II. und XX. Bezirke für Approximierungszwecke, für Zwecke der Erbauung von Straßenbahnbetriebsunterwölbungen, sowie Überlassung von Gründen zwischen Handelskai, Wehlstraße und Engerthstraße an Hans Leintauf	961
25. Derselbe: Petition der Gemeinde Wien an die k. k. Regierung wegen Einräumung eines Enteignungsrechtes zur Erwerbung von Gründen behufs Schaffung von Flugplätzen und Flughäfen	962
26. Derselbe: Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich um Subvention	964
27. Derselbe: Herstellung der Straßenrampen zur neuen Brücke über die alte Donau im Zuge der Baaramerstraße	964
28. Derselbe: Zeichnung von Aktien für die „Deutsche Bodenbank“	964
29. Derselbe: Entscheidung der n.-ö. Finanz-Landes-Direktion (Erlaß des präsi. 28. März 1918, Z. XI—154/A), betreffend Auslastungsbereitstellung über Hypothekarrückzahlungen; Beschlüsse an den k. k. Verwaltungsgerichtshof	964
30. Derselbe: Nachtrag XXXVII zum Gebührentarife der Lagerhäuser der Stadt Wien	965
31. Vize-Bürgermeister Rain: Vermehrung des Standes der Pferde und Kutscher der städtischen Feuerwehr	965

	Seite
32. Derselbe: Ankauf von Pferden für den Lebensmittel- und Kohlentransport	965
33. Gem.-Rat Remeb: k. u. k. Reservehospital Nr. 11, V., Gasser-gasse 44, um Überlassung von Frühjahr- und Sommerpflanzen-Setzlingen	965
34. Gem.-Rat Dr. Haas: Verein „Säuglingschutz“ um Subvention	965
35. Derselbe: Abänderung des Wirkungsbereiches des Direktors des Kaiserjubiläums-Spitals der Stadt Wien	967
36. Gem.-Rat v. Steiner: Karl Kreindl um Fristerstattung für die Übergabe von Gründen in Heiligenstadt an die Gemeinde Wien	967
37. Vize-Bürgermeister Pierhammer: Deutschmeister-Schützenkorps um Subvention für seine Schießschule	967
38. Gem.-Rat Höfel: Verein „Ottakringer Jugendschutz“ um Subvention	967
39. Derselbe: Verein zur Errichtung und Erhaltung von Mädchenhorten im XVI. Bezirke um Subvention	968
40. Gem.-Rat Boyer: Verein zur Erhaltung einer Kinderkrippe in Wien, XIII., um Subvention	968
41. Gem.-Rat Schneider: Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes, IX., Mariannengasse 26, um Straßenbahnfreistellen	968
42. Gem.-Rat Tomola: Österreichisch-ungarischer Hilfsverein in Nürnberg um Subvention	968
43. Derselbe: Schutzverein für gefährdete männliche Jugend um Subvention	968
44. Derselbe: Bewilligung von Stipendien für die höhere Gartenbauhschule in Eisgrub	969
45. Derselbe: Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Frauenverein zur Bekleidung und Unterfütterung armer, alter Frauen um Subvention	969
46. Derselbe: Hilfsverein für christliche Ehen um Subvention	969
47. Gem.-Rat Jazbka: Bewilligung eines Mehrerfordernisses von 28.000 K aus Anlaß der Abgrabung auf den Wagemannischen Gründen im X. Bezirke	969
48. Derselbe: Anbot des Josef Winter auf Verkauf der Liegenschaft Einl.-Z. 32 des Grundbuches Fahrafeld, Bezirksgericht St. Pölten, an die Gemeinde Wien	969

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 14. Mai 1918.

	Seite
Inhalt:	
1. Vize-Bürgermeister Rain: Erhöhung des jährlichen Reiseaufwandes für den Leiter der Forstverwaltung Groß-Enzersdorf	970
2. Derselbe: Rudolf Kastan, Leiter des städtischen Uhrenmuseums, um Kriegszulage	970
3. Derselbe: Leopold Jamböck, Telegraphist, um Dienstzeit-zuerkennung	970
4. Derselbe: Nachtrag 9 und 10 der Wasserversicherung des Lagerhauses der Stadt Wien	970
5. Derselbe: Rosa Reuser, Wasserleitungsaufsichterswitwe, um Erhöhung der Gnadengabe	970
6. Derselbe: Ferdinand Rom, Steinbruchakkordarbeiter, um Gnadengabe	970
7. Derselbe: Ludwig Schubert, Straßenarbeiter, um Gnadengabe	970
8. Derselbe: Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorstoß	970
9. Derselbe: Beförderung des Löschmeisters I. Klasse der städtischen Feuerwehr Karl Dittet	970
10. Gem.-Rat Dr. Haas: Marie Bewerka, städt. Jubiläums-Spitals-Hilfsarbeiterin, um Gnadengabe	970
11. Gem.-Rat Schmid: Systemisierung der Dienstbezüge des Berg-Ingenieurs Eugen Berner	971
12. Gem.-Rat Schneider: Bewilligung einer Zulage an den zweiten Rechtskonsulenten der städtischen Straßenbahnen Dr. Idenko Zeifart	971
13. Derselbe: Emilie Potorny, um Gnadengabe-Erziehungsbeitrag für die unehelichen Kinder des verstorbenen Expeditors der städtischen Straßenbahnen Ferdinand Ruppert	971
Stadttrat:	
Sitzungen des Stadtrates	971
Allgemeine Nachrichten:	
Lebensmittelverkehr:	
Jung- und Stedwiesmarkt vom 13. und 16. Mai 1918	971
Baubewegung:	
Besuche um Laubewilligungen vom 17. bis 20. Mai 1918	971
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	971
Kundmachungen.	

Kundmachungen.

N. Z. VIII, 522/18.

Koloman und Theresia Würtbinger'sche Stiftung für verkrüppelte Kinder.

Berliehen werden: 778 K 40 h.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, verkrüppelte, gänzlich erwerbsunfähige, nach Wien zuständige Kinder, welche im Bezirke Josefstadt geboren sind oder dort wohnen oder gewohnt haben.

Dem vom gesetzlichen Vertreter für das Kind einzubringenden Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, armenärztliches Zeugnis, in welchem der Umstand, daß das Gebrechen des Kindes auch eine spätere Erwerbsfähigkeit vollkommen ausschließt, bestätigt ist, Armutszugnis.

Einreichsstelle: Armeninstitut des VIII. Bezirkes, VIII., Schlegelgasse 6.

Letzter Tag zum Einreichen der Gesuche: 1. Juli 1918.

Berleihungstag: 13. September 1918.

Vom Armeninstitute des VIII. Wiener Gemeindebezirkes Josefstadt
am 3. April 1918.

Der Vorstand:
Hermann Resch.

M. Abt. XIII, 1603/18.

Freiplätze

an der Erzherzog Rainer-Handelschule mit Öffentlichkeitsrecht für Knaben und Mädchen in Wien, V., Josef Schwarz-Gasse 9.

An der oberwähnten Lehranstalt gelangen vom Studienjahre 1918/19 angefangen zwei von der Gemeinde Wien gegründete Freiplätze, und zwar je einer für einen Knaben und für ein Mädchen, zur Verleihung.

Zur Bewerbung um diese Freiplätze sind berufen: Kinder von mittellosen Wiener Bürgern und in Ermanglung solcher auch andere nach Wien zuständige Kinder deutscher Nationalität.

Für die Aufnahme in die Lehranstalt ist erforderlich:

- a) Sittliche Unbescholtenheit, nachgewiesen durch eine mindestens befriedigende Sittennote im Entlassungszeugnis, wenn jedoch seit der Entlassung schon Jahre vergangen sind, durch ein polizeiliches Sittenzugnis;

- b) Nachweis über das vollendete 14. Lebensjahr, eventuell Dispens vom weiteren Besuche der Pflichtschule;
- c) Absolvierung der III. Klasse der Bürgerschule oder der II. Klasse einer Mittelschule. Aus der II. Klasse der Bürgerschule können ausnahmsweise solche Schüler und Schülerinnen aufgenommen werden, die im Entlassungszeugnis mindestens lobenswert in Deutsch und Rechnen und mindestens befriedigend aus den anderen Hauptgegenständen haben.

Die Freiplätze werden auf die regelmäßige Studiendauer an der Lehranstalt (zwei Jahre) unter der Voraussetzung vergeben, daß der Freiplatzinhaber einen guten Fortgang und ein befriedigendes sittliches Verhalten aufweist.

Die Inhaber der Freiplätze sind von der Zahlung des Unterrichtsgeldes befreit, haben jedoch die Einschreibgebühr und den jährlichen Lehrmittelbeitrag zu entrichten.

Die an den Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Abteilung XIII, zu richtenden, mit dem Tauf(Geburts)schein, Impfungsnachweis, Heimatscheine und dem Entlassungs-, beziehungsweise letzten Studienzeugnisse des Schülers (der Schülerin), sowie einem legalen Mittellosigkeitszeugnisse und zutreffenden Falles auch mit dem Bürgerrechts-Dekrete des Vaters belegten Gesuche sind vom gesetzlichen Vertreter des Kindes bis längstens 28. Juni 1918 bei der gefertigten Magistrats-Abteilung (I., Ebendorferstraße 1) einzureichen.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung XIII,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 2. Mai 1918.

1—3

M. Abt. XIII, 3. 780/18.

Selbständiger Wirkungskreis

Josef v. Koller'sche Blindenstiftung.

Berliehen werden: An arme, blinde Personen die bis 1. September 1918 fälligen ganzjährigen Zinsen per 400 K allenfalls dauernde Unterstützungen, insbesondere zur Unterbringung in einer hierfür geeigneten Pflegeanstalt.

Im Gesuche ist anzugeben, welche Art der Unterstützung angestrebt wird, und allenfalls zu welchem besonderen Zwecke.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf-, beziehungsweise Geburtschein, Heimatschein und armenärztliches Zeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. März 1918.

2—3

M. Abt. XIII, 1597/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Freiplätze

an der Ersten hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule, VI., Brückengasse 3, des Vereines für hauswirtschaftliche Frauenbildung.

Berliehen werden: 5 Freiplätze vom Beginne des Schuljahres 1918/19 angefangen:

Zur Bewerbung sind in erster Linie berufen: Je eine mittellose, fleißige, nach Wien zuständige, katholische, im V., beziehungsweise VI., XII., XIV. und XV. Bezirke wohnhafte Absolventin der III. Bürgererschulklasse, die in den I. Jahrgang eintreten will.

Bei Mangel an Bewerberinnen aus diesen Bezirken können auch in anderen Bezirken wohnhafte mit Freiplätzen betheilt werden.

Besondere Bestimmungen: Der Genuß des Freiplatzes erstreckt sich, lobenswerthes Betragen und mindestens befriedigende Leistungen in den Lehrgegenständen vorausgesetzt, auf die lehrplanmäßige Ausbildungsdauer von zwei Jahren. Bei der Aufnahme haben die Schülerinnen für das ganze Jahr 10 K an Nebengebühren zu entrichten.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf- und Heimatschein, Impfungsnachweis, Semestralzeugnis der III. Bürgererschulklasse und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 28. Juni 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1918.

3—3

M. Abt. XIII, 1599/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Freiplätze

an der Privat-Handelschule für Mädchen Gustav Lothar Schremmer.

An der Privat-Handelschule für Mädchen des Herrn Gustav Lothar Schremmer in Wien, IX., Hernalsergürtel 30, gelangen vom Beginne des Schuljahres 1918/19 angefangen drei Freiplätze zur Verleihung.

Der Genuß dieser Freiplätze erstreckt sich auf die lehrplanmäßige Studiendauer von zwei Jahren, jedoch ziehen nicht genügender Fortgang oder die Note 3 im sittlichen Betragen oder Fleiß den Verlust dieser Begünstigung nach sich.

Bewerberinnen um diese Freiplätze müssen:

- nach Wien zuständig sein;
- befriedigenden Fortgang und wenigstens die Note 2 in Betragen und Fleiß durch Vorlage des letzten Schulzeugnisses einer Bürgerschule und
- ihre Dürftigkeit durch Vorbringung des ordnungsmäßig ausgefüllten Mittellosigkeitszeugnisses nachweisen.

Die Gesuche sind im Wege der Direktion jener Lehranstalt, welche die Schülerin derzeit besucht, bis längstens 22. Juni 1918 bei der Magistrats-Abteilung XIII, I., Ebendorferstraße 1, einzureichen und mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine, Impfungsnachweis, dem letzten Semestralzeugnisse und dem Mittellosigkeitszeugnisse zu belegen.

Weiters gelangen laut Mitteilung des Herrn Inhabers der Handelsschule auch einige ermäßigte Plätze an dieser Anstalt zur Verleihung. Die bezüglichen, in gleicher Weise belegten Gesuche sind jedoch nicht bei der Magistrats-Abteilung XIII, sondern bei der Direktion der Handelsschule, und zwar ebenfalls durch die Bürgerschul-Direktion zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 4. Mai 1918.

3—3

M. Abt. XIII, 1630/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Freiplätze der Gemeinde Wien an der k. k. Export-Akademie in Wien.

Berliehen werden für das Studienjahr 1918/19 mehrere Freiplätze an der allgemeinen Abteilung der k. k. Export-Akademie mit einjähriger Studiendauer.

Der Inhaber eines solchen Freiplatzes hat nur die Inskriptionsgebühr zu entrichten und ist im übrigen von der Zahlung des ganzen Studiengeldes befreit. Der Genuß des Freiplatzes erstreckt sich nur auf das eine Studienjahr. Die im Genuße eines solchen Freiplatzes stehenden Studierenden sind verpflichtet, die Vorlesungen regelmäßig zu besuchen, die Kolloquien und Jahresprüfungen rechtzeitig und mit gutem Erfolg abzulegen und den Vorschriften der Studien- und Disziplinarordnung zu entsprechen, widrigens ihnen über Antrag der Direktion der Akademie der Freiplatz entzogen werden kann.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien heimatsberechtigte bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen, welche die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben und tadelloses sittliches Betragen aufzuweisen.

Dem Gesuche sind anzuschließen: Tauf(Geburts-) und Heimatschein, Impfungsnachweis, Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, aus welchem die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Einschreiters und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, insbesondere auch der allfällige Genuß von Stipendien oder Freiplätzen des Bewerbers oder seiner Geschwister zu ersehen sind, ferner die letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung.

Einreichsstelle und Einreichungsfrist: Die an den Wiener Magistrat, Abt. XIII, zu richtenden Gesuche sind in der Zeit vom 1. bis einschließlich 8. Juli 1918 bei der Direktion der k. k. Export-Akademie (XIX., Feliz Wottil-Strasse 1 c) einzureichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1918.

1—3

Bericht

betreffend die

Beteiligung der Gemeinde Wien an der zur Übernahme der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft zu gründenden Aktiengesellschaft.

An den Stadt- und Gemeinderat.

Seit Jahren wird bei verschiedenen Anlässen immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, wegen Sicherstellung des Kohlenbezuges für den Bedarf der Gemeinde Wien und der städtischen Unternehmungen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und der Meinung Ausdruck gegeben, daß es für die Gemeinde zweckmäßig wäre, einen Steinkohlenbergbau zu erwerben.

Es wurde auch in mehreren Investitionsprogrammen auf die Erwerbung eines Grubenbesitzes Rücksicht genommen und in das Programm für das Anlehen vom Jahre 1908 für diesen Zweck ein Betrag von 15 Millionen Kronen eingestellt.

Solche Anträge blieben natürlich der Öffentlichkeit nicht verborgen und haben immer zahlreiche Bergbau- und Freischurfbesitzer, insbesondere aber Vermittler veranlaßt, die verschiedensten Kohlenvorkommen der Gemeinde zum Kaufe anzubieten. Alle diese Angebote konnten aber kein Interesse finden, da einerseits die offerierten Objekte dem Bedarfe der Gemeinde nicht entsprachen, andererseits die gestellten Forderungen so hoch waren, daß die Verhandlungen zu keinem Ergebnisse führen konnten.

Im Jahre 1916 wurde nun die Aufmerksamkeit der Gemeinde abermals auf die Dziedzicer Montan-Gewerkschaft gelenkt, einen Bergbau, dessen Erwerbung bereits vor zehn Jahren in Erwägung gezogen war, aber damals nicht beschlossen wurde, da die Ergebnisse der Bohrungen zu dieser Zeit den Ankauf nicht gerechtfertigt hätten, dessen Kohlenvermögen aber nunmehr so weit aufgeschlossen wurde, daß nach dem Gutachten von Fachleuten die Gewähr gegeben zu sein scheint, bei Erwerbung dieser Gewerkschaft den Kohlenbedarf der Gemeinde wenigstens zum größten Teile für eine lange Reihe von Jahren aus der eigenen Förderung decken zu können.

Die im Jahre 1916 gemachten Versuche, den Erwerb der Auxe dieser Gewerkschaft für die Gemeinde zu sichern, scheiterten jedoch, weil in der Zwischenzeit die Mehrheit der Auxe von der Allgemeinen Depositen-Bank in Wien erworben wurde.

Einige Zeit darauf ist die Allgemeine Depositen-Bank mit der Gemeinde Wien wegen einer eventuellen Beteiligung an dem Grubenbesitz in Fühlung getreten und hat endlich nach langen Verhandlungen erklärt, daß sie geneigt wäre, die Dzierziger Montan-Gewerkschaft, welche in der Zwischenzeit bis auf einen und einen halben Kreuz in den Besitz der Bank übergegangen war, in eine Aktiengesellschaft zu verwandeln und der Gemeinde Wien 60% der Aktien zu überlassen, so daß letztere die Majorität besitzen würde und auf die Führung der Aktiengesellschaft entsprechenden Einfluß nehmen könnte.

Gleichzeitig hat die Bank zugesagt, der Gemeinde Wien die für ihre Zwecke benötigten Kohlen zu jenem Preise zu überlassen, zu welchem die Gemeinde ihren jeweilig günstigsten Abschluß in Kohle gleicher Beschaffenheit machen kann und ihr außerdem bestimmte Begünstigungen beim Bezuge dieser Kohle zuzugestehen.

Über dieses mündlich gestellte Anbot und über den Stand der Verhandlungen bis November 1917 hat Direktor Menzel der städtischen Gaswerke dem Stadtrate in der Sitzung vom 22. November 1917 eingehenden Bericht erstattet und den Antrag gestellt, die Bewilligung zur Fortsetzung der Verhandlungen zu erteilen.

Der Stadtrat hat den Bericht genehmigend zur Kenntnis genommen und zur Überprüfung der Angelegenheit ein Komitee eingesetzt, bestehend aus den Herren: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer, Gemeinderat Alexander Dorn, Gemeinderat Jakob Reumann, Stadtrat Heinrich Schmid, Stadtrat Hans Schneider, Direktor Franz Menzel der städtischen Gaswerke und dem Direktor des städtischen Wirtschaftsamtes Dr. Josef Förster.

Kosten der Erwerbung.

Dieses Komitee hat sich in einer Reihe von Sitzungen eingehend mit diesem Gegenstande beschäftigt. Seinen Bemühungen ist es gelungen, den zuerst geforderten Übernahmispriß von 24 Millionen Kronen auf 20 Millionen Kronen und schließlich auf 19.5 Millionen Kronen zu ermäßigen.

Um auch diesen Preis rechtfertigen zu können, wurde die Bank aufgefordert, die Kosten der Erwerbung der Dzierziger Montan-Gewerkschaft genau bekanntzugeben. Nach Vorlage eines diesbezüglichen Ausweises wurden die Angaben der Bank auf Grund ihrer Bücher und der zugehörigen Belege überprüft und hierbei festgestellt, daß für den Erwerb der Kruxe tatsächlich 8,477.420 K ausgegeben wurden, die Gerüchte, daß die Kruxe zum Preise von durchschnittlich 30.000 K erworben wurden, daher den Tatsachen nicht entsprechen.

Es liegt ein genauer Ausweis über die Kosten des Erwerbes der Gewerkschaft bis 31. Dezember 1917 vor, aus welchem die Ausgaben für jeden einzelnen Kreuz genau zu ersehen sind.

Für die Bezahlung der von der Gewerkschaft eingegangenen Verpflichtungen hat die Bank rund 7,185.000 Kronen verausgabt, die sich ergebende Unterbilanz mit 600.000 Kronen und für die Durchführung des Geschäftes 250.000 Kronen in Rechnung gestellt.

Da die Bank der zu errichtenden Aktiengesellschaft ein Kapital von 19.5 Millionen Kronen zugrunde legen will, muß der Unterschied von rund 3 Millionen Kronen zwischen dem Betrage von 19.5 Millionen Kronen und den vorangegebenen Kosten von 16.5 Millionen Kronen als Verdienst bezeichnet werden, von welchem jedoch mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Bank nur 40% der Aktien behält und 60% an die Gemeinde abgibt, auf den der Bank zukommenden Gewinn der Betrag von 1.8 Millionen Kronen entfallen würde, welcher sich durch die Übernahme einer auf der Gewerkschaft lastenden Hypothek von 550.000 Kronen auf 1.25 Millionen Kronen ermäßigt.

Nach wiederholten Verhandlungen mit der Allgemeinen Depositen-Bank wurden endlich in der Sitzung vom 26. April 1918 die Bestimmungen formuliert, unter welchen das Komitee bereit wäre, dem Stadt- und Gemeinderate die Beteiligung an der zu gründenden Dzierziger Montan-Gewerkschaft A.-G. zu empfehlen.

Es muß bemerkt werden, daß die Annahme dieser Bedingungen, welche im Antrage vollinhaltlich wiedergegeben sind, eine weitgehende Konzession der Bank bedeutet und der der Gemeinde eingeräumte 5% ige Nachlaß allein schon der Gemeinde eine wenn auch mäßige Verzinsung ihres Aktienbesitzes sichert. Weitere Zugeständnisse konnten trotz aller Bemühungen des Komitees nicht mehr erreicht werden, ich glaube aber, daß durch die bewilligten Konzessionen die Interessen der Gemeinde im vollen Umfange gewahrt wurden.

Für die Beurteilung der Frage, ob die Gemeinde sich an diesem Geschäfte, welches wie jedes Bergbauunternehmen ein nicht unbedeutendes Risiko in sich trägt, beteiligen soll, ist von wesentlicher Bedeutung:

1. ob es für die Gemeinde Wien überhaupt notwendig, bzw. zweckmäßig sei, ein Kohlenbergwerk zu erwerben,

2. ob nach dem Gutachten von Fachleuten die Erwerbung der Dziedziger Montan-Gewerkschaft für die Gemeinde günstig ist und Ausichten auf besondere Chancen bietet.

Auf beide Fragen, mit welchen sich das Komitee eingehend beschäftigt hat, geben schon die Ausführungen des Direktors Menzel in seinem Berichte vom 17. November 1917, Z. 11779/1917, genügenden Aufschluß, aus welchen ich die wesentlichen Punkte hier wiederhole.

Die Gemeinde Wien verbraucht derzeit für ihre eigenen Zwecke rund 1,090.000 Tonnen Kohle im Jahre.

Hievon entfallen ungefähr 750.000 Tonnen (rund 69 v. H.) auf die Gaswerke, 300.000 Tonnen (rund 27 v. H.) auf die Elektrizitätswerke und 40.000 Tonnen (rund 4 v. H.) auf die Heizung von Amtsgebäuden, Bädern, Schulen usw.

Für den mehr als zwei Drittel des Gesamtbedarfes betragenden Verbrauch der Gaswerke kommt nur Gaskohle, also eine Steinkohle von bestimmter Beschaffenheit und begrenztem Vorkommen in Betracht, während der Bedarf der Elektrizitätswerke und der übrige Verbrauch der Gemeinde mit gewöhnlichen Kessel- und Hausbrandsorten verschiedener Herkunft, zum Teile auch durch Koks, Braunkohle und Lignit gedeckt werden kann und tatsächlich auch gedeckt wird.

Obwohl also die Gemeinde bei der Beschaffung der nicht zur Gaserzeugung bestimmten Kohle eine gewisse Freizügigkeit besitzt, die im Laufe der Jahre durch die Vergrößerung des Bergbaues in Billingsdorf, die geplante Heranziehung von Wasserkräften zur Stromerzeugung und die Verwendung von Gaskoks im engeren Gemeindefhaushalte erweitert werden soll, wachsen die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Gemeinde mit Industrie- und Hausbrandkohle von Jahr zu Jahr.

Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse für die Beschaffung der Gaskohle.

Von dem derzeitigen Jahresbedarfe an Gaskohle werden gegenwärtig 88 v. H. aus dem Ostrau-Karwiner und 12 v. H. aus dem ober-schlesischen Kohlengebiete gedeckt. Die überragende Stellung, die der mährisch-schlesische Kohlenbergbau gegenüber dem unmittelbar an ihn angrenzenden ober-schlesischen einnimmt, kommt in diesem Verhältnisse deutlich zum Ausdrucke.

Da lange Zufuhrwege und daher hohe Frachtkosten den Bezug von Gaskohle aus den anderen, übrigens ganz unbedeutenden Gaskohlengebieten Österreichs und selbstverständlich gar aus dem sächsischen, dem Ruhr- und Saargebiete vollkommen ausschließen, besitzen die Ostrau-Karwiner Gewerke seit jeher geradezu ein Monopol für die Versorgung der Wiener Gaswerke.

Der Krieg hat diese Lage der Gaswerke Wiens noch bedeutend verschlechtert.

Vor dem Kriege wurden nach Deutschland 9 Millionen Tonnen Kohle aus England eingeführt. Zu den ständigen Abnehmern englischer Kohle gehörten zahlreiche deutsche Gaswerke, weit nach Mitteldeutschland hinein. Die Werke Magdeburg, Heidelberg, Halle a. S., Stuttgart u. a. m. bezogen englische Kohle. Die in der Nähe der Küste liegenden Gasanstalten deckten ihren Bedarf fast ausschließlich in England, selbst Berlin vergaste 80 v. H. englische Kohle.

Wie immer auch nach dem Kriege sich die handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und England gestalten mögen, so ist doch mit Sicherheit vorauszusehen, daß die deutschen Gaswerke bei weitem nicht mehr in dem bisherigen Maße ihren Kohlenbedarf in England, sondern am Festlande decken werden. Die ober-schlesischen und die Ostrau-Karwiner Kohlen werden an Stelle der englischen treten, wie dies schon jetzt während des Krieges der Fall ist. Die mährisch-schlesischen und schon gar die ober-schlesischen Gruben werden es daher nicht mehr nötig haben, für ihre Gaskohlenförderung in Wien einen Absatz zu suchen; für sie hat sich ein ihnen vor dem Kriege nahezu ganz verschlossenes, großes Absatzgebiet im

**Kohlenbedarf der
Gemeinde.**

Deutschen Reiche eröffnet, in dem sie durch ihre geographische Lage jedem Wettbewerbe überlegen sein werden.

Das in der Gründung der Balkan-Kohlen-Handels-Gesellschaft durch ober-schlesische und Ostrau-Karwiner Grubenbesitzer zum Ausdruck gekommene Bestreben, auch in Südost-europa die englische Kohle zu verdrängen und sich auch dort ein lohnendes Absatzgebiet zu schaffen, sei nur zur Ergänzung des Bildes erwähnt.

Dazu kommt noch, daß die Ostrau-Karwiner Gruben, die schon im Frieden durchaus keine Absatzschwierigkeiten hatten, in den nächsten Jahren, selbst wenn sie wollten, ihre Förderung nicht entfernt der Nachfrage entsprechend werden steigern können, die Gaskohlenförderung dieser Gruben daher außerordentlich umworben sein wird.

Es ist daher ganz unzweifelhaft, daß die Wiener Gaswerke jeden Preis werden zahlen müssen, der ihnen auferlegt wird, ja, froh sein werden, die notwendige Kohle überhaupt verkauft zu erhalten. Waren doch schon beim letzten, vor dem Kriege getätigten Kohlenschlusse die vereinigten Ostrau-Karwiner Gruben zur Deckung des gesamten Kohlenbedarfes der Wiener städtischen Gaswerke nicht zu bewegen.

Daß dieser Zustand vollständiger, einseitiger Abhängigkeit früher oder später unerträglich werden kann, daß er die Möglichkeit für die Gemeinde, das Gaswerksunternehmen mit wirtschaftlichem Erfolge weiterzuführen, auf das Ärgste gefährden muß, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.

Es fragt sich nun, was zur Abwehr dieser drohenden Gefahr geschehen kann.

Darauf gibt es wohl nur eine Antwort: Die Herbeiführung einer größtmöglichen Unabhängigkeit des städtischen Kohlenbezuges von den Produzenten und dem Handel, und dies ist in der Hauptsache auf dreierlei Art denkbar:

1. Durch Erwerbung eines bestehenden, den größten Teil des Bedarfes der Gemeinde deckenden Kohlenbergbaues;
2. durch Erwerbung eines jetzt noch nicht, oder nur in sehr geringem Umfange aufgeschlossenen großen Kohlenvorkommens;
3. durch Angliederung der städtischen Unternehmungen an eine bestehende, große Steinkohलगewerkschaft, selbstverständlich unter entsprechender Sicherstellung der Gemeindeinteressen.

Die Möglichkeit der Erwerbung eines aufgeschlossenen, leistungsfähigen Steinkohlenbergbaues ist bei den derzeitigen Besitzverhältnissen nicht gegeben.

Als vor ungefähr einem Jahre das Gerücht eines Besitzwechsels von Steinkohlengruben im Ostrauer Reviere auftauchte, hat sich der Herr Bürgermeister mit der hierfür zuständigen Stelle in Verbindung gesetzt. Es wurde erklärt, daß keinerlei Verkaufsabsichten oder dergleichen bestehen.

Als ein nur im geringen Maße aufgeschlossenes großes, österreichisches Steinkohlenvorkommen kommt für Wien nur der in letzter Zeit zum größten Teile von der Allgemeinen Depositen-Bank erworbene Besitz der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft in Betracht, auf welche wie schon erwähnt, die Gemeinde bereits im Jahre 1916 aufmerksam gemacht wurde.

Obwohl schon damals für die Beurteilung dieser Gewerkschaft eine Reihe von Gutachten und Behelfen zur Verfügung stand, deren Verfasser einen guten Ruf in Fachkreisen besitzen, war es doch notwendig, ein Gutachten von Sachverständigen einzuholen, an deren Unbefangenheit nicht gezweifelt werden konnte. Über Ersuchen der Gemeinde hat der Minister für öffentliche Arbeiten den k. k. Oberberg- und Bergbau-Rat Beselj und k. k. Berg- und Bergbau-Rat Ponesch (Verwalter des staatlichen Kohlenbergbaues Brzeszcze) in Vorschlag gebracht, deren am 29. Oktober 1917 vorgelegtes Gutachten im wesentlichen ausführt:

Der im nordöstlichen Schlesien gelegene Besitz der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft grenzt im Westen an den Freischürfsbesitz der Witkowitzer Bergbaugesellschaft, im Süden an den der österreichischen Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft, im Osten an die Freischürfe des k. k. Montan-Ärars und der Düsseldorf-Bohr- und Schürfs-Gesellschaft und im Norden an den die Reichsgrenzen bildenden Weichselfluß. (Siehe die beiliegende Planskizze.)

Er besteht aus 249 Freischürfen, die 5263 ha und 4 Grubenfeldern, die rund 146 ha umfassen. Im gesamten Grubenfelde ist nur ein Aufschluß durch die bestehenden Silesiaschächte vorhanden.

Das Freischurfterrain der Gewerkschaft wurde durch mehrere Bohrlöcher aufgeschlossen. Das eine bei Zabrzeg ist bis 1101 m abgeteuft, hat bei 807 m das Steinkohlegebirge erreicht und 3 Flöze mit angeblich durchwegs foksbare Kohle durchstoßen. Das zweite Bohrloch, ungefähr 1250 m seitlich vom Silesiaschachte, hat das Karbon bei 490 m erreicht, durchstieß ein oder zwei Flöze und blieb bei 527 m Teufe stecken. Laut Mitteilung der Gewerkschaftsleitung ist nunmehr auch ein weiteres Bohrloch findig geworden und in 732 m Teufe auf Gaskohle gestoßen, doch sind die diesbezüglichen Erhebungen noch nicht abgeschlossen.

Auf Nachbarnfreischürfen bestehen noch 3 Bohrungen, die zur Beurteilung des Kohlenvermögens der Gewerkschaft benützt werden können. Es sind dies die Bohrungen Ellgoth II und III und Bohrloch Braunau I. Ellgoth I ist 1272 m tief, erreichte bei 698 m das Karbon und zeigte 27 abbauwürdige Flöze; Ellgoth II hatte eine Tiefe von 1183 m, fuhr bei 732 m das Karbon an und durchbohrte abbauwürdige Flöze in einer Gesamtmächtigkeit von 33·27 m. Das Bohrloch Braunau I erreichte eine Tiefe von 1283 m, erreichte bei 940 m das Steinkohlegebirge und durchstieß mehrere Flöze.

Auf Grund der in Betracht gezogenen Aufschlüsse sind von		Kohlenvermögen.
0— 800 m Tiefe	160,571.150 m ³
800—1000 m	289,520.700 "
1000—1200 m	384,369.900 "
	zusammen	834,461.750 m ³

vorhanden.

Bei einem 50%igen Abstrich für Störungen, Sprünge und Verbrückungen ergeben sich als gewinnbare Kohle 417,230.875 m³, das sind 417,230.800 Tonnen.

Direktor Kurig, welcher ebenfalls ein eingehendes Gutachten über diesen Grubenbesitz erstattet hat, ist der Ansicht, daß man das Kohlenvermögen der Dziedziger Gewerkschaft ohne jeden weiteren Sicherheitskoeffizienten mit rund 5 Millionen Tonnen annehmen kann. Oberinspektor Josef Popper von den Wittkowitzer Steinkohlengruben schätzt das Kohlenvermögen unter Berücksichtigung einer 50%igen Sicherheit derzeit mit 3,500.000 Tonnen.

Die abbauwürdige Menge an Gaskohle läßt sich ziffermäßig kaum ausdrücken, kann aber mit mehr als der Hälfte des ermittelten gewinnbaren Kohlenvermögens geschätzt werden; die gaskohleführenden Flöze können jedoch erst durch die neu zu erbauende Betriebsanlage erschlossen und gewonnen werden.

Mit Rücksicht darauf, daß für die Neuanlage das Terrain noch weiter abgebohrt werden muß, worauf erst mit dem Abteufen und dann mit dem Vortriebe der Querschläge im Gestein begonnen werden kann, wird die Förderung von Gaskohle erst nach ungefähr 9—10 Jahren erfolgen können.

Die bisher im Silesiaschachte aufgeschlossene Kohle wird größtenteils als Bahnbetriebskohle, zum anderen Teile als Hausbrand- und Industriekohle abgesetzt. Daraus ergibt sich, daß bisher eine zur Gaserzeugung oder Koksherstellung geeignete Kohle nicht gefördert wird.

Alle Gutachter halten es jedoch für wahrscheinlich, daß in den tiefer liegenden Flözen der Orzescher Schichten zwar nicht backfähige, das ist ausgesprochene Koks-kohle, aber zur Gaserzeugung gut geeignete Kohle vorhanden ist. Backende Gaskohlen sind erst in den noch tiefer liegenden Rudaer Flözen und mit Bestimmtheit in den unterhalb dieser Schichten liegenden Sattelflözen und Ostrauer Schichten zu erwarten. Diese Gaskohle führenden Schichten befinden sich auf Grund der vorhandenen Bohrergergebnisse in der Tiefe von 800 bis 1200 m, in der nach dem heutigen Stande der Technik Bergbau ohne wesentliche Schwierigkeiten wirtschaftlich betrieben werden kann.

Die letzte Bohrung hat, wie schon erwähnt, die Gaskohle der Rudaer Schichten bereits in einer Tiefe von 732 m erreicht.

Die Silesiaanlage besteht aus einem Wetterschacht von 373 m und einem Förderschacht von 465 m Tiefe. An Obertagsanlagen sind alle zum Betriebe erforderlichen Gebäude und

**Beschaffenheit
der Kohle.**

**Beschreibung
der bestehenden
Anlagen.**

maschinellen Anlagen, Separation, Wäsche usw. in dem der derzeitigen Förderung entsprechenden Ausmaße und angemessener Ausführung vorhanden. Zur Unterbringung der Arbeiter dienen 45 einstöckige Arbeitshäuser für Verheiratete und ein Ledigen-Schlafhaus.

Förderung und Gestehung.

Die Förderung betrug im Jahre 1916 173.607 Tonnen gegenüber der bisher geförderten Höchstmenge von 184.203 Tonnen im Jahre 1913. Im Jahre 1917 wurden rund 180.000 Tonnen gewonnen.

Der Mannschaftsstand war ohne Beamte und Aufsicht Ende August 1917 zusammen 847 Mann.

Selbst bei Berücksichtigung aller Abschreibungen kann nach den bisherigen Gesamtbetriebskosten mit Sicherheit angenommen werden, daß bei Zugrundelegung der gegenwärtigen Marktpreise die bei Bergbaubetrieben übliche Spannung zwischen Gestehung und Erlös erreicht werden wird.

Bewertung des Bestes.

Nach den von dem k. k. Oberberggrate Franz Wesely und dem k. k. Berggrate Carl Ponesch abgegebenen Gutachten sind, da die verfügbaren Aufschlüsse nur im nördlichen Teile des Gewerkschaftsbesitzes eine sichere Ermittlung des Kohlenvermögens zulassen, während über den südlichen Teil keine genauen Anhaltspunkte vorliegen, diese Teile verschieden zu bewerten. Das Freischurfgebiet der nördlichen Hälfte wurde dementsprechend mit K 500/ha, das der südlichen Hälfte nur mit K 200/ha in Rechnung gestellt. Das ergibt für den gesamten Freischurfbesitz von 5263 ha einen Betrag von K 1,840.000.—

Das verliehene Grubenfeld von 146 ha wird mit K 1.—/m², somit mit K 1,460.000.— bewertet.

Der Wert der bestehenden Betriebsanlagen wird mit 4,540.000.— K eingeschätzt, so daß nach diesen Annahmen der Grubenbesitz der Dziedzitzer Montan-Gewerkschaft mit rund 8 Millionen Kronen bewertet werden kann.

Zur Beantwortung der Frage, inwieweit auf diesen ermittelten Wert des Bergbaubesitzes ein Aufpreis als zulässig zu bezeichnen ist, erklären sich die Gutachter außerstande, da dies von Umständen und besonderen Gründen abhängt, die sich ihrer Beurteilung entzogen.

Notwendige Investitionen.

Für die Ausgestaltung des Betriebes werden nach dem Gutachten der Sachverständigen noch bedeutende Investitionen erforderlich sein. Für den Ausbau der bestehenden Schachtanlage auf eine Förderung von 500.000 Tonnen werden diese mit 8—10 Millionen Kronen angegeben, müssen aber mit Berücksichtigung der heutigen Preisverhältnisse mit ungefähr 15.000.000 Kronen eingeschätzt werden. Die Abbohrung des Grubenfeldes wird ungefähr Auslagen von 3 Millionen Kronen verursachen und der Bau einer neuen Doppelschachtanlage für 600.000 bis 1 Millionen Tonnen Jahresförderung rund 20.000.000 Kronen.

Da bei dieser Förderung auch für eine entsprechende Anzahl von Arbeitern Vorjorge zu treffen sein wird, müßten Arbeiterwohnhäuser gebaut werden, für welche Auslagen von 18—20 Millionen Kronen erwachsen dürften.

Auf Grund der bisherigen Ausführungen kann, kurz zusammengefaßt, folgendes gesagt werden:

Der Bergbaubesitz der Dziedzitzer Montan-Gewerkschaft erscheint mit seinem auf rund 400 Millionen Tonnen berechneten Kohlenvermögen geeignet, die Grundlage für einen großen Steinkohlenbergbau von mehrhundertjähriger Dauer zu bilden. Seine Lage im Nordosten von Österr.-Schlesien, durchquert von der Hauptstrecke der Kaiser Ferdinands-Nordbahn und dem projektierten Donau-Oder-Kanal, ist für die Kohlenversorgung Wiens günstig. Die bisher aufgeschlossenen Flöze ergaben eine Kohle mit einem Heizwerte von 6200 bis 7100 Kal. und mittlerem Aschengehalte, die im Vergleich zu ober-schlesischer Kohle als gute Mittelmarke zu bezeichnen und zu Hausbrand- und Industriezwecken geeignet ist. Badende Gaskohle befindet sich nach dem Ergebnisse der bisherigen Bohrungen erst in der Tiefe von 800 bis 1200 m. Ihre Menge kann mit mehr als 200 Millionen Tonnen veranschlagt werden. Eine nennenswerte Förderung dieser Kohle ist vor 10 Jahren nach Inangriffnahme der

Bohrungen, mit denen nach erhaltenen Mitteilungen jedoch bereits begonnen würde, nicht zu erwarten, der Kohlenbedarf der städtischen Elektrizitätswerke und der des engeren Haushaltes der Gemeinde könnte aber zum großen Teile aus diesem Bergbaue schon in naher Zukunft gedeckt werden.

Betont werden muß, daß bezüglich der geologischen Verhältnisse und des Kohlenvermögens alle Gutachten nahezu übereinstimmen und dementsprechend auch die Gewerkschaft vom rein bergtechnischen Gesichtspunkte aus ungefähr gleich bewertet wird.

Allerdings betont Direktor Kurig schon in seinem ersten Gutachten vom Jahre 1916, daß die Dziedzicer Montan-Gewerkschaft um den Preis des Felderbesizes und der gemachten Investitionen sicherlich nicht zu haben sein werde und er den Aufpreis, welcher den Besitzern zu bezahlen wäre, mit 2·7 Millionen bis 3·7 Millionen Kronen schätze, welche Beträge übrigens durch die Interfalarzinsen der investierten Kapitalien absorbiert worden seien. Er erklärte damals, daß bei einem Preise von 10 bis 11 Millionen das Risiko der Gemeinde verschwindend klein sei gegenüber den Gewinnstmöglichkeiten und daß er die Frage, ob sich in Osterreich ein anderes, entweder aufgeschlossenes oder nichtaufgeschlossenes Grubensfeld befinde, das sich für den Ankauf durch die Stadt Wien besser eignen würde, nach seiner Kenntnis und Beurteilung verneinen müsse.

Da jedoch die Bank selbst das Wert um zirka 17 Millionen Kronen erworben hat und als Übernahmspreis den Betrag von 19·5 Millionen Kronen verlangte, war es notwendig, Direktor Kurig darüber zu befragen, welchen Standpunkt er bei einem Preise von 20 Millionen Kronen bezüglich der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft einnehme.

Direktor Kurig hat in dem am 8. April l. J. dem Herrn Bürgermeister vorgelegten Gutachten erklärt, daß er diesem Bergbaue auch einen Gesamtwert von 17, bzw. 20 Millionen Kronen zumessen könne und hat die Differenz zwischen seiner früheren und jetzigen Bewertung, wie ich glaube, in einwandfreier Weise aufgeklärt.

In erster Linie nimmt er die dauernde Verteuerung bergbaulicher Objekte gegenüber der früheren Zeit mit 40% an, was einem Betrage von 4—4½ Millionen Kronen entspricht. Der Wert derjenigen Immobilien, welcher seinerzeit nach dem Buchwerte mit zirka 5 Millionen angenommen worden sei, müsse heute mit mindestens 6—6½ Millionen angenommen werden und außerdem habe er in seinem früheren Gutachten zirka 6 Millionen Tonnen Kohle, welche durch und von den alten Schächten aus in den oberen Teufen über zirka 500 Meter vorhanden waren, gar nicht, oder doch nur sehr gering bewertet, weil damals der Abbau dieser Kohle nicht lohnend war. Heute müsse dieses Kohlenvorkommen mit mindestens 4·2 Millionen Kronen angenommen werden, so daß heute zweifellos der Bewertung der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft der Betrag von 19—20 Millionen Kronen zugrunde gelegt werden könne.

Direktor Kurig ist auch jetzt der Ansicht, daß seines Erachtens nach ein anderes Objekt zu günstigeren Bedingungen kaum zu erwerben sei und daß sich die Stadt entschließen sollte zuzugreifen, wenn ihr überhaupt an einer Erwerbung bzw. Beteiligung an einem Steinkohlenbergbau gelegen sei. Er erklärt auch, daß mit großer Bestimmtheit angenommen werden könne, daß in erreichbarer Teufe brauchbare Gaskohle angetroffen werden wird, aber auch wenn dies nicht der Fall wäre, die Lebensfähigkeit des Unternehmens gesichert sei.

Zu erwähnen wäre nur noch, daß durch die neue Berggesetznovelle der Wert der Freischurfgebiete, die Aussicht auf eine baldige Eröffnung haben, wesentlich gesteigert wird.

Die entscheidende Frage, ob bei dieser Sachlage die Gemeinde Wien die Beteiligung an der zur Übernahme der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft zu errichtenden Aktiengesellschaft überhaupt ins Auge fassen soll, wird zu bejahen sein, wenn die Gemeindeverwaltung trotz des spekulativen Charakters, den jeder Bergbau besitzt, der Ansicht ist, daß es besser ist, die Stadt Wien mit ihren großen Unternehmungen in der Kohlenversorgung in einer, wenn auch nicht sehr nahen Zukunft unabhängig zu machen, als wohl für alle Zukunft darauf zu verzichten.

Gutachten Kurig.

Für die Deckung des Geldersfordernisses von rund 12 Millionen Kronen zur Erwerbung von 60% der Aktien durch die Gemeinde Wien kommen die Gelder des Investitionsanlehens der Gemeinde Wien vom Jahre 1908 in Betracht, für welches die Ermächtigung für einen Nennwert von 360 Millionen erteilt, bisher jedoch nur ein Nennbetrag von 200 Millionen Kronen begeben und auf Rechnung des noch unbegebenen Restbetrages eine schwebende Schuld von 65 Millionen Mark aufgenommen wurde. In Post 15 des Investitionsprogrammes für dieses Anlehen wurde ein Kredit von 28 Millionen Kronen Nominale für Approvisionierungs-, Markt- und Veterinärzwecke, Lagerhaus und Kohlenversorgung bestimmt, von welchem Betrage insbesondere 15 Millionen Kronen für die Kohlenversorgung in Aussicht genommen waren. Dieser Anlehenskredit ist jedoch durch die bisherigen Aufwendungen für Approvisionierungs-, Markt- und Veterinärzwecke, sowie für das Lagerhaus der Stadt Wien am 30. Juni 1917 bis auf 7·8 Millionen bereits verbraucht gewesen, das Erfordernis pro 1917/1918 beträgt rund 5·1 Millionen, so daß von diesem Kredit nur zirka 2·7 Millionen zur Verfügung stehen würden. Da auch der Bestand des begebenen Anlehensteilbetrages am 30. Juni 1917 nur mehr 1·2 Millionen Kronen betrug, so fehlt für das Erfordernis von 12 Millionen zur Beschaffung des Aktienbesitzes in diesem Anlehen sowohl die formelle, als auch die materielle Deckung.

Der § 4 des Gesetzes vom 12. Juni 1908, L.-G.-Bl. Nr. 103, gestattet jedoch hinsichtlich aller im § 2 dieses Gesetzes angeführten Verwendungsposten, eventuelle Ersparnisse bei einer Post zur Deckung des Mehrerfordernisses bei anderen Posten zu verwenden, so daß diese Revidentklausel die Möglichkeit bietet, trotz der Erschöpfung des Kredites für Approvisionierungszwecke und Kohlenversorgung aus diesem Anlehen die Aufwendungen anlässlich der Beteiligung der Gemeinde an der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft zu bestreiten, und zwar wären mit Rücksicht darauf, daß der Bestand des begebenen Teilbetrages des Anlehens vom Jahre 1908, wie bereits erwähnt, bis auf 1·2 Millionen vollständig erschöpft ist, für die tatsächliche Deckung zunächst die Bestände des Anlehens vom Jahre 1914, für welche die Ermächtigung für einen Nennwert von 375 Millionen Kronen erteilt wurde, vorzugsweise heranzuziehen. Der Rückersatz an dieses Anlehen hätte dann aus dem seinerzeitigen Erlöse des noch zu begebenden restlichen Betrages des Anlehens vom Jahre 1908 oder aus einem eventuell neu zu begebenden Anlehen zu erfolgen.

Ich stelle daher den

Antrag:

Der Gemeinderat beschließt die Beteiligung an der von der Allgemeinen Depositen-Bank zu errichtenden Aktiengesellschaft zur Übernahme der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft unter nachstehenden Bedingungen:

1. Die Allgemeine Depositen-Bank bringt auf Grund sämtlicher ihr gehöriger 100 Stück Ruzge der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft den gesamten, der Gewerkschaft gehörigen Grubenbesitz, einschließlich aller Arten von Maschinen und der Gebäude als Apport in eine neu zu gründende Aktiengesellschaft um den Betrag von 19·5 Millionen Kronen und ist verpflichtet, für die schulden- und lastenfreie Einbringung sämtlicher Objekte Sorge zu tragen.

Sie verpflichtet sich auch, alle jene Mobilien, welche aus den von der Bank der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft geleisteten oder von der Bank für diese Gewerkschaft bezahlten Krediten bis zum Betrage von 7·2 Millionen Kronen angeschafft wurden, der Aktiengesellschaft ohne Anspruch auf eine Entschädigung zu überlassen. Alle Bestände und Borräte jedoch, welche nicht aus diesen Krediten, sondern aus eigenen Geldern der Bank angeschafft wurden, bleiben ihr Eigentum und sind von der Aktiengesellschaft zu den Inventurpreisen zu übernehmen.

2. Diese Aktiengesellschaft wird mit einem Aktienkapital von 19·5 Millionen Kronen gegründet, von welchem die Stadtgemeinde Wien 60% al pari übernimmt und sich verpflichtet, dieselben bar zu bezahlen. Die Aktiengesellschaft soll rückwirkend vom 1. Jänner 1918 in den Betrieb und das Geschäft der Dziedzicer Montan-Gewerkschaft eintreten, bis zu welcher Zeit alle Aktiva der Bank gutzuschreiben sind, bzw. alle Passiva die Bank belasten.

3. Die Gemeinde Wien und die Allgemeine Depositen-Bank erklären gegenseitig, einen Syndikatsvertrag für die Dauer von 10 Jahren, angefangen vom 1. Jänner 1918, einzugehen, während welcher Zeit weder die Bank noch auch die Gemeinde Wien ohne Zustimmung des anderen Teiles berechtigt ist, ihren Aktienbesitz oder einen Teil hiervon zu verkaufen. Nach Ablauf des Syndikatsverhältnisses bewilligt die Bank der Gemeinde Wien noch ein Vorkaufsrecht für die Dauer von fünf Jahren.

4. Die Allgemeine Depositen-Bank erklärt ihre Bereitwilligkeit zur Einräumung eines Investitionskredites und der laufenden Betriebskredite zu den jeweiligen Bank-Kartell-Bedingungen, wird aber bemüht sein, von dem Bank-Kartell die Zustimmung zu erwirken, daß sie zu günstigeren Bedingungen Kredite der Driedziger Montan-Gewerkschaft A.-G. zur Verfügung stellen könne.

5. Die Allgemeine Depositen-Bank erklärt sich damit einverstanden, daß die Gemeinde Wien ihren gesamten Kohlenbedarf aus der Förderung der Driedziger Montan-Gewerkschaft A.-G. zu Preisen beziehe, zu denen die Gemeinde ihren jeweilig günstigsten Abschluß in Kohle gleicher Beschaffenheit machen kann. Von diesen Preisen wird ihr außerdem für die Dauer des Syndikatsvertrages ein Nachlaß von 5% für jene Menge bewilligt, welche bei einer Förderung bis zu 500.000 Tonnen 50%, von der Förderung über 500.000 bis 1 Million Tonnen 40% und von der Förderung über 1 Million Tonnen 30% nicht übersteigt. Nach Ablauf des Syndikatsvertrages steht der Aktiengesellschaft das Recht zu, die Lieferungspreise frei mit der Gemeinde Wien zu vereinbaren. Für die Gewährung der Nachlässe kommen die Kohlenpreise am Wiener Plage in Betracht, die Nachlässe werden jedoch nur von dem nach Abzug der Frachtspeisen verbleibenden Restbetrage berechnet.

6. Für die von der Gemeinde nicht angesprochene Kohlenförderung bekommt die Allgemeine Depositen-Bank den kommissionsweisen Verkauf für die Dauer von 15 Jahren, vom 1. Jänner 1918 an gerechnet, jedoch nur insoweit, als sie sich im Vollbesitz von 40% des Aktienkapitales befindet. Für die Verkaufsspeisen wird ihr eine Provision von 2% und für das Vekredere bei diesem Geschäfte eine Provision von 1% bewilligt.

7. Der Stadtgemeinde Wien ist der zwischen der Driedziger Montan-Gewerkschaft und Herrn Bergdirektor Hugo Presser abgeschlossene Dienstvertrag bekannt und wird dieses Dienstverhältnis auf die neue Gesellschaft übertragen.

8. Ebenso sind der Stadtgemeinde Wien die Lieferungsverbindlichkeiten der Driedziger Montan-Gewerkschaft gegenüber der Staatsbahn bekannt und gehen auch diese Vertragsverpflichtungen, ebenso wie die Amortisation der noch rückständigen Anzahlung auf die neue Gesellschaft über.

9. Der Verwaltungsrat setzt sich verhältnismäßig zum Aktienbesitze zusammen; der Präsident wird von Seite der Stadtgemeinde, der Vize-Präsident von Seite der Allgemeinen Depositen-Bank nominiert.

10. Zur Deckung des Erfordernisses in der Höhe von rund 12 Millionen sind die Bestände des Anlehens vom Jahre 1914 vorstufweise heranzuziehen. Der Rückersatz an dieses Darlehen hat aus dem seinerzeitigen Erlöse des noch zu begebenden restlichen Betrages des Anlehens vom Jahre 1908 oder aus einem allenfalls neu zu begebenden Anlehen zu erfolgen.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und

Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 42.

Freitag den 24. Mai 1918.

Jahrgang XXVII.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.
Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367
Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.
Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.
Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.
Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler A.-G., I., Schulerstraße 11.



Dem Andenken

der Beamten, Lehrer und Angestellten der Gemeinde Wien, die im Kampfe für Kaiser und Vaterland auf dem Felde der Ehre den Heldentod gefunden haben:

- Karl Bauer, Volksschullehrer I. Kl., Leutnant im k. k. Schützen-Reg. Nr. 1.
- Johann Jelinek, Volksschullehrer I. Kl., Kadettaspirant im k. k. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 16/9.
- Artur Kijanka, Bezirks-Ausgangslehrer, Leutnant im k. k. Schützen-Reg. Nr. 19.
- Franz Meißner, Volksschullehrer II. Kl., Kadettaspirant im k. k. Schützen-Reg. Nr. 1.
- Florian Niederstetter, Volksschullehrer I. Kl., Zugführer in der k. k. Bau-Komp. Nr. 2.
- Heinrich Posselt, Volksschullehrer I. Kl., Kadettaspirant im k. k. Schützen-Reg. Nr. 1.
- Rudolf Puhengrubert, prov. Lehrer II. Kl., Leutnant im k. k. Schützen-Reg. Nr. 1.
- Hermann Scherz, prov. Lehrer II. Kl., Korporal im k. u. k. Inf.-Reg. Nr. 71.
- Ferdinand Sindemann, Sanitätsdiener II. Kl., Infanterist im k. u. k. Inf.-Reg. Nr. 77.
- Josef Süß, Sanitätsdiener II. Kl., Kadett im k. k. Schützen-Reg. Nr. 28.
- Leopold Vogl, Bierabtrager im Brauhause der Stadt Wien, Infanterist im k. u. k. Inf.-Reg. Nr. 81.
- Josef Weich, städt. Straßenarbeiter, Infanterist im k. k. Schützen-Reg. Nr. 1.
- Ignaz Weingartner, Volksschullehrer I. Kl., Fähnrich im k. k. Schützen-Reg. Nr. 28.
- Albert Welz, Volksschullehrer I. Kl., Leutnant im k. u. k. Inf.-Reg. Nr. 98.

R. I. P.

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 91. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom
5. März 1918.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hof und Rain; die Gem.-Räte v. Steiner, Schmid, Leitner, Dr. v. Dorn, Dr. Hein, Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, Neumann und Skaret; Ober-Magistratsrat Dr. Mayr, die Magistratsräte Dr. Ehrenberg und Dr. Hofkopf, Ober-Kommissär Schramm.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär v. Radler.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt bekannt den nachstehenden Ausweis der Zentralstelle im Rathause vom 4. März 1918, die nachstehende Tabelle über den Stand der staatlichen Unterhaltsbeiträge am 4. März 1918, die nachstehende Tabelle über die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel in der Woche vom 25. Februar bis 2. März 1918, das nachstehende Verzeichnis über die Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen (Strichtag 15. Jänner 1918), den nachstehenden Ausweis über die Schlachtviehaufriffe auf dem Zentral-Viehmarke St. Marx vom 25. Februar 1918 und den nachstehenden Physikatsbericht über die Zeit vom 6. Februar bis 3. März 1918.

* * *

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Einnahmen und Ausgaben bis 4. März 1918.

E m p f a n g	B e t r a g		A u s g a b e	B e t r a g	
	K	h		K	h
Beihilfen vom Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern . . . Bargeld . . .	2,105.000	—	Fortlaufende Unterstützungen	3,268.477	62
in Wertpapieren	50.000	—	Einmalige Unterstützungen	2,048.108	75
Spenden ohne besonderen Widmungszweck Bargeld . . .	1) 6,068.132	34	Auslagen für die Auspeisung Bedürftiger . . .	21,615.454	64
in Wertpapieren	—	—	Auslagen für die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion	2,899.769	42
Spenden für Auspeisungszwecke:			Beiträge an Fürorgestellten, Bargeld . . .	1,062.166	88
a) Freitschablungsbeträge, gesammelt von Exzellenz Gräfin Anta Bienerth-Schmerliag	2) 3,096.091	55	in Wertpapieren	50.000	—
b) Abfuhr des Komitees des „Schwarzgelben Kreuz“ Bargeld . . .	3) 1,262.525	50	Auslagen für Porto, Druckorten u. dgl. . .	92.495	92
in Wertpapieren	10.000	—	Verläge gegen Verrechnung	44 552	14
c) Sonstige Bargeld . . .	4) 1,499.188	21			
in Wertpapieren	—	—			
Spenden für die Aktion: „Warmes Frühstück für Schulkinder“ Bargeld . . .	5) 569.174	25			
in Wertpapieren	—	—			
Spenden für allgemeine und Auspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion . .	6) 5,822.325	27			
Zinsen der Wertpapiere	249.967	02			
Beitrag aus Staatsmitteln zu den Kosten der öffentlichen Auspeisung	3,608.385	45			
Vergütung für in den Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion geleistete Arbeiten	2,608.924	38			
Summe: Bargeld	26 889 713	97	Summe: Bargeld	31,031.025	37
in Wertpapieren	60 000	—	in Wertpapieren	50.000	—
Ab die Ausgaben, Bargeld	31,031.025	37			
in Wertpapieren	50 000	—			
Daher Abgang, Bargeld *) 4,141.311	40				
in Wertpapieren	10.000	—			

Anmerkung:
An laufenden Unterstützungen für 321 Personen sind derzeit bewilligt pro Monat 12.205 K 76 h

Wien, am 4. März 1918.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

1) Darunter als Erlös für abgegebene	357.160 K 60 h	Nominale Wertpapiere	298.755 K 51 h
2) " " " " "	22.276 " — " "	"	18.391 " 55 "
3) " " " " "	157.000 " — " "	"	142.443 " 50 "
4) " " " " "	33.733 " 80 " "	"	32.358 " 80 "
5) " " " " "	400 " — " "	"	314 " — "
6) " " " " "	— " — " "	"	— " — "
	570.570 K 40 h		492.268 K 36 h

*) Gedeckt zum Teile aus dem vom k. k. Finanzministerium erhaltenen Vorschusse von 1 Million Kronen, mit dem Rest aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag
am 4. März 1918.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der			In Behandlung sind noch	Anmerkung	
		Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimataortes	Zentralstelle im Neuen Rathaus		giro.	a. a.
I.	2923	2637	—	4	44	238	—
II.	35594	33440	110	106	213	1725	—
III.	26396	25235	387	185	111	478	—
IV.	6221	5512	183	44	168	157	157
V.	22886	21875	25	^{Nbr. XI:111} 20	308	547	—
VI.	8718	8693	—	—	25	—	—
VII.	8613	8295	—	90	34	194	—
VIII.	8917	7126	49	10	36	1502	194
IX.	17475	16913	—	—	39	523	—
X.	37137	36500	19	234	144	49	191
XI.	9687	9315	—	26	141	205	—

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der			In Behandlung sind noch	Anmerkung	
		Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimataortes	Zentralstelle im Neuen Rathaus		giro.	a. a.
XII.	25238	24497	—	75	299	—	367
XIII.	27267	25578	—	510	61	1118	—
XIV.	26219	25381	—	122	38	678	—
XV.	15574	15026	—	54	25	469	—
XVI.	49818	48467	676	380	295	—	—
XVII.	30210	29201	158	144	299	302	106
XVIII.	12668	12512	5	30	15	106	—
XIX.	9705	9316	81	45	99	164	—
XX.	32481	31419	165	255	22	620	—
XXI.	15249	14680	100	166	66	237	—
Summe	428996	411618	1958	2611	2482	9312 + 1015	10327

Aleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete. I. bis XXI. Bezirk.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 25. Februar bis 2. März 1917		25. Juli 1914		Woche vom 25. Februar bis 2. März 1918	
			Preise in Schellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	760	1020	160	220	750	1280
	hinteres	"	860	1140	180	260	860	1460
Schweinfleisch	abgezogenes	"	700	*) 950	160	280	770	*) 960
	junges	"	1000	**) 1400	160	280	1060	**) 1800
Pferdefleisch	vorderes	"	400	580	88	112	—	450
	hinteres	"	500	640	96	120	—	560
Kartoffel	runde	"	—	18	20	26	—	34
Zwiebel		"	90	128	32	40	242	250
Zucker		"	114	120	80	92	116	156

*) Höchstpreise.
**) Handelspreise.

Bezirk	Speise- Fette	Speise- Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
XV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVI.	—	—	—	177.457	37.481	—	—	—	—	—	—	—
XVII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.850	—
XVIII.	—	—	500	7.600	—	3.300	395	—	—	—	—	—
XIX.	—	—	—	261	—	—	111	—	—	1.000	500	12.200
XX.	—	—	—	187.200	—	—	—	—	—	—	—	—
XXI.	—	—	—	13.718	—	283	100	—	—	—	—	—
Summe	—	—	249.350	1.765.120	600.098	23.583	86.958	516.900	—	609.400	2.961.650	258.500

*) Hieron 340.000 kg Kriegskaffee.

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll- gerste	Mohn	Kleie	Futter- mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter- gerste	Kondens- und Erdmilch
I.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	72
II.	2.000	996.600	143.100	1.790.000	—	858.100	—	—	11.500	—	—	391.500
III.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
X.	—	—	2.100	—	—	227.600	100	—	1700	17.600	—	922
XI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIV.	12.200	—	—	—	—	—	—	—	—	28.000	—	—
XV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVII.	400	500	—	—	—	500	—	—	5.000	—	—	—
XVIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIX.	—	—	—	—	—	300	—	—	1.000	—	—	—

Bezirk	Roggen	Weizen	Gerst	Roll- gerste	Mohn	Kleie	Futter- mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter- gerste	Kondens- und Trocken- milch
XX.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XXI.	—	—	—	—	—	1.100	—	—	350	—	900	—
Summe	14.600	997.100	145.200	1.790.000	—	1.087.600	100	—	15.050	45.600	900	392.492

Ausweis über die Schlachtvieh-Auftriebe auf dem Zentral-Biehmarkte St. Marx am 25. Februar 1918.

Schlachtviehauftrieb: 1488 Stück Mastvieh, 708 Stück Weinvieh, zusammen 2196.

Darunter befanden sich: 782 Stück Ochsen, 341 Stück Stiere, 1066 Stück Kühe, 7 Stück Büffel, zusammen 2196.

Ferner langten aus dem Auslande für die Österreichische Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ein:

Schlachtviehauftrieb: 163 Stück Mastvieh, 32 Stück Weinvieh, zusammen 195.

Darunter befanden sich: 37 Stück Ochsen, 18 Stück Stiere, 140 Stück Kühe, — Stück Büffel, zusammen 195.

Außerdem langten für die Großschlächtereier-Aktiengesellschaft für die Volksfürsorgeaktion ein:

Schlachtviehauftrieb: — Stück Mastvieh, 200 Stück Weinvieh, zusammen 200.

Darunter befanden sich: 13 Stück Ochsen, 87 Stück Stiere, 100 Stück Kühe, — Stück Büffel, zusammen 200.

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 6. Februar bis 3. März 1918.

Der Krankenstand sowie die Sterblichkeit waren der kalten Jahreszeit entsprechend verhältnismäßig hoch, immerhin aber bedeutend niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres, in welcher sich die Krankheiten der Atmungsorgane vielfach mit influenzaartigem Charakter, sowie die Lungentuberkulose in besorgnis erregender Weise verbreitet hatten. Die Sterbeziffern auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes betragen in den vier Berichtswochen 16,8, 15,0, 14,4 und 16,7 gegen 18,7, 19,6, 23,9 und 23,7 im Vorjahre. Es starben an Lungentuberkulose 672 Personen (836 im Vorjahre), an Lungen- und Rippenfellentzündungen 337 Personen (538 im Vorjahre), an organischen Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße 337 Personen (497 im Vorjahre). Der Stand der Infektionskrankheiten wies bezüglich des Scharlach, der Diphtherie, des Bauchtyphus u. normale Verhältnisse auf. Nur die Ruhr hat mit 70 Fällen trotz der kalten Jahreszeit nicht den Rückgang aufgewiesen, der mit Rücksicht auf die Erfahrungen früherer Jahre zu erwarten gewesen wäre. An Blattern sind in der Berichtszeit zwei Zivilpersonen als Nachfälle zu den zwölf Zivilfällen im Jänner erkrankt, außerdem eine zugereiste Militärperson. An Flecktyphus erkrankte ein Flüchtlingskind im XX. Bezirke nach einem Besuch aus Galizien und ein Soldat, der von einem

Urlaub in Sokal in Galizien zurückgekehrt ist. Eine Erkrankung an asiatischer Cholera ist nicht vorgekommen.

Im Anschlusse an die Berlesung des Physikalischen Berichtes bemerkt der Bürgermeister, daß er nicht versäumt habe, die Rückkehr der Kriegsgefangenen, die jetzt von Tag zu Tag in erhöhtem Maße platzgreifen wird, zum Anlaß zu nehmen, um beim Kriegsminister Vorstellungen zu erheben und zu erfahren, was in dieser Beziehung von der Militärverwaltung vorgekehrt wurde. Er habe mit aller Energie gefordert, daß seitens der Kriegsverwaltung, insbesondere eine genügende Quarantaine und Vorbeugungsmaßregeln eingerichtet werden. Er habe auch darüber verhandelt, daß es jetzt schon dringend notwendig ist, eine Disposition über die verschiedenen Barackenstädte zu treffen, die in Niederösterreich und anderen Kronländern bestehen. Die Gemeinde brauche für Ziviltuberkulose Betten und für die Kinderfürsorge eine ganze Reihe solcher Anlagen. Er habe sich bemüht, die Sache ins Rollen zu bringen und empfohlen, daß kommissionelle Besprechungen aller beteiligten Faktoren über die Dispositionen mit den Barackenstädten durchgeführt werden. Er könne sich ganz gut denken, daß zum Beispiel Gmünd mit 40.000 Betten für militärische Zwecke zur Quarantaine gegen Ves. u. verwendet wird, die Steinklamm für Tuberkulose und Oberhollabrunn für die Kinderfürsorge, aber es müsse endlich daran gegangen werden, darüber zu disponieren, damit jeder Faktor seine Vorbereitungen treffen kann. Er sei überzeugt, daß das bewährte Stadtphysikat alles aufbieten werde, um Wien vor Seuchen zu schützen, es sei aber auch die Pflicht der Militärverwaltung, Maßnahmen zu treffen, daß nicht nur Wien, sondern das ganze Reich geschützt werde.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß bereits jetzt vom General-Kommissariat für die Kriegs- und Übergangswirtschaft Beschlüsse über die sachliche Demobilisierung und außerdem auch seitens der Militärverwaltung bestimmte Beschlüsse gefaßt werden, die jetzt bereits bekanntgegeben werden, in Bezug auf den Verkauf der entbehrlich werdenden Sachen. Darunter seien natürlich auch die Baracken und er glaube, es werde notwendig sein, daß die Gemeinde so rasch als möglich Schritte tue, um ihr Recht auf diese Baracken zu sichern. Daß die Tuberkulose starke Verbreitung findet, sei unzweifelhaft, das sei bekannt vom Krankenstand bei den Krankenhäusern und in den Spitälern. Es sei auch schwer möglich, Tuberkulose unterzubringen, und die Verbreitung der Tuberkulose führe dazu, daß man ihr die allergrößte Aufmerksamkeit zuwenden müsse. Er müsse auf den gegenwärtigen Zustand der Wiener Straßen hinweisen. Er wisse, daß die Not an Leuten und Fahrzeugen die Schuld trägt, man müsse aber

alles daran wenden, um diesen Übelstand zu beseitigen. Heute finde man auf den Straßen ganze Kehrichtablagerungsstätten, die schwere sanitäre Folgen zeitigen können. Wie vor einigen Tagen der starke Wind war, habe man ganze Straßenzüge schwer passieren können, wegen der Unmasse Staub, den der Luftzug aufwirbelte. Es sei ausgeschlossen, daß dieser Zustand länger bleibt. Es gebe jetzt junge, freiverdende Arbeiter, die in den Sammelstationen gesammelt werden. Wenn diese Leute entsprechend bezahlt würden, würden sie sich auch zur Straßenarbeit verstehen, aber natürlich mit einem Lohn von 2, 3, 4 K könnten sie das Auslangen nicht finden, man müßte ihnen einen Lohn geben, daß die Leute sich verpflegen und ernähren können. Jedenfalls bitte er den Herrn Bürgermeister, der Sache die vollste Aufmerksamkeit zu widmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß er nur bestätigen könne, was Kollege Reumann sagt, das sei auch von ihm wahrgenommen worden und er habe bereits mit dem Bau-Direktor darüber gesprochen. Es seien tatsächlich große Schwierigkeiten. Er habe vor einigen Tagen den Versuch gemacht, den Straßenehricht durch die Straßenbahn nächtlich abzuführen. In Margareten sei dies gelungen, nur sei dies eine Sache, die leider eine große Ausdehnung nicht zuläßt, weil die nötigen Wagen fehlen und andererseits es mit dem Personal geradezu schrecklich stehe. Er werde die Anregung des Kollegen Reumann wegen Heranziehung der in den Sammelstationen gesammelten Arbeiter gewiß verfolgen und danke für die Erklärung, daß materielle Opfer von Seite der Opposition gewünscht werden. Er sei auch der Meinung, daß die Gesundheit ein so kostbares Gut sei, daß das Geld da gar keine Rolle spielt.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller führt aus, daß er vor allem auf die Ausführung des Herrn Bürgermeisters betreffs der sachlichen Demobilisierung reflektiere. Er habe bereits in seinem Wirkungskreise vor zwei Jahren darauf hingewirkt und auch in einer Interpellation den Herrn Bürgermeister aufmerksam gemacht, daß, soweit Wien in Betracht kommt, das Vorrecht der Gemeinde festgelegt werden soll. Außerdem werde zwischen dem 20. und 22. März eine interministerielle Konferenz stattfinden, in welcher die Frage der sachlichen Demobilisierung beraten werden soll. So weit man jetzt beurteilen kann, habe sich eine große Anzahl Anwärter gemeldet, hauptsächlich Landeschefs und dann die Militärverwaltung. Es sei auch das Verfügungsrecht der Stadt Wien derart festgelegt worden, daß er glaube, der Herr Bürgermeister werde in der Lage sein, auf folgende Objekte die Hand zu legen:

Ein ganzes Haus in der Hellwagstraße, in welchem jetzt 400 Kinder sind, ein ganzes Haus in der Engerthstraße mit ebenfalls 400 Kindern, ein ganzes Haus in der Fernkornngasse, ein Haus in der Mariahilferstraße, ein Haus für 260 Familien in der Quellenstraße mit Auspeise- und Badeeinrichtungen, ferner ein Haus in der Raphaelgasse, das zwar nicht ganz besetzt ist, im ganzen Ubifikationen für nahezu 3200 Personen, was immer für die Gemeinde in Betracht kommt, wobei er bemerke, daß auch für Bäder, Küchenräume, Werkstätten u., in moderner Art vorgesorgt ist. Dieses Vorrecht der Gemeinde sei bereits vorge-merkt worden, und er erlaube sich, rechtzeitig aufmerksam zu machen, damit es auch offiziell in Anspruch genommen wird.

Das Haus in der Quellenstraße sei als Spekulationshaus gebaut, es sei aber ganz modern und vollkommen eingerichtet,

allerdings tragen die Italiener fort, was sie können, sogar die Abortbretter schrauben sie los. Es sei auch ein großer Platz dabei, der eingepflanzt wurde und jetzt als Kriegsgarten dient, der später als Spielplatz außerordentlich wertvoll wäre. Außerdem habe er für Wien die Bibliothek in Anspruch genommen, die $\frac{1}{4}$ Million Kronen wert ist, und eine Reihe von Einrichtungsgegenständen.

Er mache ferner aufmerksam, daß die Gemeinde unbedingt auf drei Lagern bestehen müsse. Steinklamm, das nach dem Ausspruche aller Ärzte eine Tuberkulosenheilstätte allerersten Ranges und vorzüglich eingerichtet ist, wo also nicht erst kostspielige Vorarbeiten notwendig wären, dann Mitterndorf, mit sehr schön ausgebauten Lokalitäten für die Kinderfürsorge in sehr gesunder Lage. Dabei seien noch zwei Exposituren in Pottendorf und Landegg. Es können 10.000 bis 12.000 Menschen untergebracht werden. In Mitterndorf sei auch eine Fabrikeinrichtung in großem Stile, die Schuhfabrik der n.-ö. Statthalterei. Dann mache er aufmerksam auf das Lager in Smünd. Es sei nicht besonders modern, aber gut eingerichtet. Natürlich sei die Einrichtung, nachdem 60.000 bis 70.000 Menschen durchgezogen sind, nicht besser geworden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß er dieses Lager eher dem Militär überlassen, dagegen auf Oberhollabrunn bestehen würde.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller bemerkt fort-fahrend, daß das Klima des Smünder Lagers außerordentlich rauh sei, denn Smünd liege auf einem Hochplateau und sei sehr kalt. Dann käme vielleicht das Lager in Bruck in Betracht, an der Grenze von Österreich und Ungarn.

Die Lager in Nikolsburg, Gaha und Gorlitz wären ebenfalls für Wien in Betracht zu ziehen, eventuell als Kompensationsobjekte. Etwas wichtiges seien auch die Einrichtungsgegenstände. Die Flüchtlinge tragen alles weg, sogar die Strohsäcke, Decken und Pöster. Man lasse das aber gerne geschehen, denn die Verhältnisse in den Ländern wohin sie zurückkehren, sind derart, daß zum Beispiel bezüglich Rovigno gesagt wurde, man müsse jeden Mann für drei Tage Verpflegung mitgeben, damit er nicht verhungert. Er besitze aber noch immer zirka 4000 Sesseln und 100 Tische u., die jetzt bei dem Mangel an Einrichtungsgegenständen wichtig sind. Er führe das an, damit die Herren informiert sind, weil er auch diese Dinge bereits für Wien angemeldet habe. Was die Krankheiten der Gefangenen betrifft, so komme er täglich mit Leuten in Berührung, die aus der russischen oder rumänischen Internierung oder Gefangenschaft kommen. Bei den rumänischen Internierten gehe die Sache außerordentlich glatt. Die Leute machen nur ein paar Tage Quarantaine mit, das deutsche Kommando schicke sie dann nach rumänischen Orten und in die Gebiete, wo sie früher waren. Nun gehe das aber über Ungarn. Ungarn schicke die Leute nicht nach Rumänien, sondern nach Ung.-Brod und von dort kommen sie zu ihm und verlangen wieder, nach Kronstadt zu kommen.

Anders sei es mit den Leuten aus Groß-Rußland. Diese Internierung sei nicht so tadellos auch in gesundheitlicher Beziehung gewesen und die Regierung habe viel getan, indem sie Deutsch Brod für diesen Zweck einrichtete. Von dort kommen die Leute auch nach Wien und die sehen allerdings teilweise sehr traurig aus. Er greife also den Gedanken des Kollegen Reumann auf und frage, ob man nicht, so weit diese Leute nicht

nach Wien heimatberechtigt sind, etwas tun soll. Die Leute bekommen Urlaub, nachdem das Verfahren durchgeführt ist. Wäre es nicht möglich, für solche, die keine Familie haben, aber nach Wien zuständig sind, ein Provisorium zu schaffen? Er möchte also den konkreten Antrag stellen, daß der Magistrat beauftragt werde, Studien zu machen, was für die nach Wien heimatberechtigten Soldaten, die hier keine Familie haben, gesehen könne.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, er habe seinerzeit gefordert, daß die Leute so lange militärisch kaserniert bleiben, bis sie Arbeit und Unterstand gefunden haben.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erklärt, daß dies nicht geschehe.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß er vor mehr als einem Jahre gefordert habe, daß das Militär in den hiesigen Baracken Räume zur Verfügung stellen solle.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller pflichtet bezüglich der Straßenpflege dem Kollegen Reumann bei. Dazu komme die mangelhafte Hauskehrichtabfuhr. Die Leute haben sich angewöhnt, während der Schneezeit den Mist auf die Straße zu werfen und die Polizei habe das dulden müssen, weil man ihn in den Wohnungen nicht behalten kann. Wenn der Wind kommt, werden tatsächlich die Krankheitskeime in den Straßen herumgetrieben. Es wäre also das allerwichtigste, vor allem für eine geregelte Abfuhr des Hausmülls zu sorgen, das sei noch wichtiger als die Straßenpflege.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß er nur einige Worte bezüglich der Kriegsgefangenen sprechen wolle.

Die Leute, die seit 1914 und 1915 in Gefangenschaft waren, haben viel leiden müssen, sie haben keine Strohsäcke gehabt, Betten haben sie erst später vom „Roten Kreuz“ bekommen, die aber zum Teil wieder von Offizieren in Anspruch genommen wurden und die Leute haben sich die Hosen untergelegt, damit sie nicht auf dem harten Holz schlafen müssen. Zum Zudecken hätten sie trotz der strengen Kälte nur ihre Mäntel gehabt und jetzt schicke man diese Leute wieder als frontdiensttauglich hinaus.

In Stanislau sollen sich 18.000 Leute und in Brody 26.000 befinden, die dort eine Art Quarantaine durchmachen. Ein großer Teil werde dann nach Wien geschickt und das bedeute gewiß eine große Gefahr.

Er möchte den Herrn Bürgermeister bitten, in dieser Richtung zu intervenieren, daß Leute, die solche Strapazen durchgemacht haben, doch nicht vielleicht wieder nach Flandern oder sonst wohin geschickt werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, er habe vor 14 Tagen in dieser Frage beim Kriegsminister interveniert.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt aus, daß man vor einer Katastrophe der Landwirtschaft stehe. Wenn jetzt die russischen Kriegsgefangenen frei werden, so wisse er nicht, wie die städtischen Wirtschaften fortgeführt werden sollen. Die Urbarmachung der Lobau sei gefährdet, er bekomme keine Zivilkräfte. Vielleicht unter den zurückkehrenden Gefangenen, aber sonst seien Zivilkräfte nicht mehr vorhanden. Er müsse jetzt 300 russische Gefangene freigeben.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß man die kompetenten Stellen auf diese Gefahren aufmerksam machen müsse. Was die Mistablagerung betrifft, so sei das, was in den Wohnungen zusammen-

gekehrt wird, nicht einwandfrei; nachdem die Miststiften nicht genügen, leeren die Straßenteiler den Mist neben die Riste aus, natürlich kommen dann auch die anderen Leute und leeren den Mist dazu. Wie der starke Wind war, sei er einmal auf der Straßenbahn neben dem Motorführer gestanden, er habe zeitweise gar nichts gesehen wegen der ungeheuren anrollenden Staubwolken. Er bitte also, darauf das größte Augenmerk zu lenken.

Gem.-Rat v. Steiner stellt fest, daß die Vertreter der Obmänner-Konferenz den jeweiligen Ministerpräsidenten Stürgkh, Clam-Martiniß und Dr. v. Seidler rechtzeitig alle Fragen, betreffend die Vorkehrungen für die Heimkehr der Kriegsgefangenen, zur Bekämpfung der Tuberkulose u. u., vorgelegt hätten. Doch sei kein Bescheid erlossen. Die Gemeinde habe sogar gefordert, daß eine gemischte Kommission über die Qualifikation der Entlassenen entscheiden solle. Die Gemeinde sei nicht verantwortlich, denn sie habe diese Forderungen eingehend begründet und der Regierung unterbreitet. Was die sachliche Demobilisierung betrifft, so finde morgen eine Sitzung des General-Kommissariats für Kriegs- und Übergangswirtschaft im Handelsministerium statt. Der Herr Bürgermeister werde den Vorsitz führen. Man habe den Teilnehmern an dieser Sitzung den Entwurf der Bedingungen, unter welchen die sachliche Demobilisierung stattfinden soll, Samstag übermittelt. Er sei nicht in der Lage gewesen, in dieser kurzen Zeit eingehende Erhebungen darüber zu pflegen. Es werde mitgeteilt, daß ursprünglich das Kriegsministerium im eigenen Wirkungskreise die Verteilung vornehmen wollte. Das sei von der österreichischen und ungarischen Regierung bekämpft worden und jetzt sei ein Übereinkommen beschloffen worden, daß unter dem Voritze des Kriegministeriums und unter Beteiligung der österreichischen und ungarischen Regierung entschieden werden solle. Das sei im vorhinein eine ungleiche Partie. Ungarn werde mit gewaltigem Nachdruck alles unterstützen, was in seinem Interesse liegt. Wie es sich um die Überweisungen handelte, hätten die Ungarn die quotenmäßige Aufteilung gewollt, damit die Waren im Kettenhandel wieder nach Österreich kommen können.

Nach dem Entwurfe solle nun das Kriegs-Kommissariat, im Falle eine Einigung nicht zustande kommt, die Verteilung vornehmen. Man frage also weder die Landesverwaltung, noch die Statthalterei, noch die Industriellen, die Arbeiter oder die landwirtschaftlichen Korporationen, auf was sie reflektieren. Wenn ein Abbau der Preise stattfinden soll, könne man nicht verlangen, daß die Überweisungen nach den Einkäufen des Kriegsministeriums erfolgen.

Er habe vor sechs Wochen an das Arbeitsministerium eine Zuschrift gerichtet, es sollen doch die Objekte im Kriegsgebiet geschützt werden, weil dort jetzt alles weggetragen wird, Türen, Fenster, Öfen, sogar die Fußböden. Das Arbeitsministerium habe ihm geantwortet, es habe seine Eingabe dem Armeekorps-Kommando übermittelt, geschehen sei gar nichts, es werden sogar die Dächer abgetragen. Er glaube daher, daß der Herr Bürgermeister, der morgen den Vorsitz führen wird, den Standpunkt wird einnehmen müssen, daß die Entscheidung vertagt werden muß. Man könne nicht morgen die Ermächtigung geben, daß weiter geschaltet werde, es müßte mindestens der Bund der deutschen Städte, die Landesverwaltungen und vielleicht auch das Parlament gefragt werden. Jedenfalls habe auch die Gemeinde Wien als Millionenstadt gehört zu werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er vor mehreren Monaten beim Kriegsminister vorgeschrieben und die Forderung der Gemeinde erhoben habe, daß die Gemeinde bei der sachlichen Demobilisierung die Lastautos bekomme, weil vorauszusetzen sei, daß es nach dem Frieden noch weniger Pferde geben werde. Der Kriegsminister erklärte, er habe die Absicht, die Lastautos im Lizitationswege zu verteilen.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarzhiller bemerkt noch, daß das Kriegsministerium fortwährend neue Ämter gründet, und zwar mit großer Raumberschwendung im Gegensatz zu anderen Ämtern. Es habe in der Leopoldstadt bereits fünf Hotels ihrem Zwecke entzogen und jetzt sollen noch zwei weitere Hotels ihrem Zwecke entzogen werden. Dabei nehme das Kriegsministerium nur solide Hotels in Anspruch und übergehe die anderen. Im Bezirke seien zwei Bahnhöfe und die Dampfschiffstation, es müssen oft Hunderte von Gästen einfach abgewiesen werden. Er begreife nicht, warum das Kriegsministerium gerade die soliden Hotels in Anspruch nehme. Sie beherbergen heute nicht nur Fremde, sondern auch eine Menge Leute, die wegen der Wohnungsnot dort mit ihren Familien Unterkunft suchen. Es sei das keine Leopoldstädter, sondern eine Wiener Frage, denn Wien habe nicht so viele Hotels, daß es gleich auf sieben verzichten könnte. Er würde daher den Herrn Bürgermeister bitten, auch diese Frage zu erörtern, es könnte doch ein bißchen mit dem Raum gespart werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß auch mit dem Menschenmaterial mehr gespart werden könne. Er habe heute einen kleinen Wagen gesehen, der von neun Begleitpersonen gezogen wurde.

Gem.-Rat v. Steiner konstatiert, daß auch diese Frage von den Vertretern der Obmänner-Konferenz dem gewesenen und dem jetzigen Kriegsminister mitgeteilt wurde. Der Landesverband für Fremdenverkehr beschäftigt sich seit Wochen damit; Fremde, die nach Wien kommen, erhalten manchmal überhaupt kein Quartier und müssen im Souterrain oder ähnlichen Lokalitäten nächtigen und 20 K dafür bezahlen. Der Landesverband für Fremdenverkehr habe jetzt eine Besprechung der Hoteliers veranstaltet und es werde dem Herrn Bürgermeister das Resultat zur weiteren Veranlassung mitgeteilt werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, er werde die wertvollen Anregungen, die im Laufe der Debatte gefallen sind, selbst aufnehmen und trachten, daß der Magistrat sich mit aller Beschleunigung damit befaßt.

Magistratsrat Dr. Wanschura berichtet über die Fleischversorgung der Stadt Wien und führt aus, daß die Beschickung des Rindermarktes bisher folgendermaßen organisiert gewesen sei. Den einzelnen Kronländern seien bestimmte Kontingente aufgelegt worden, zusammen im Monat 11.400 Stück. Außerdem sollen aus den nordischen neutralen Staaten durchschnittlich 3400 Stück kommen und seien aus Ungarn, auf das Österreich normalerweise fast ausschließlich angewiesen ist, 4000 Stück pro Monat zugestanden worden. Über dieses Kontingent hinaus seien bis ungefähr November weitere Exkontingente gewährt worden, ungefähr in derselben Höhe wie das normale Kontingent. Im Fämmer des laufenden Jahres sei die ungarische Regierung, wie man sagt, aus eigener Initiative, wie die Händler sagen, über Anregung der österreichischen Regierung zur Zentralisierung des Rindereinkaufes in Ungarn geschritten. Sie verfolge damit zwei

Zwecke. Erstens die Rinder, welche sie für die Militärverwaltung abzustellen hat, zu billigen Preisen aufzubringen und zweitens den Verlust, den sie gegenüber den bisherigen vom Militär konzessionierten Preisen zu erleiden hat, dadurch hereinzubringen, daß sie auf das Kontingent für Österreich den Preis aufschlägt.

Die Gründung der ungarischen Zentrale habe die österreichische Regierung veranlaßt, nachdem Ungarn fordert, es sei auch in Österreich eine zentrale Übernahme der abzustellenden ungarischen Kontingente einzuführen, die Übernahmestelle zu errichten. In letzter Zeit sei außerdem noch eine weitere Komplikation der Versorgung Wiens mit Rindern insofern eingetreten, als Deutschland als Kompensation für das zu liefernde Mehl die Ablieferung des nordischen Kontingents von Rindern für sich beansprucht. Es sollen in Zukunft aus den nordischen Ländern keine Rinder mehr kommen. Um Ersatz hierfür zu finden, sei dann zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung vereinbart worden, daß die ungarische Regierung angeblich unter Garantie monatlich nicht mehr 4000 sondern 10.000 Stück an Österreich zu liefern hat. Dieses Kontingent solle von der Übernahmestelle übernommen werden. Mit Rücksicht auf die Zentralisierung der Viehaufbringung in Ungarn und die Notwendigkeit der Schaffung einer Übernahmestelle für Österreich und Wien habe sich die Regierung dann entschlossen, den Rinderhandel und Rinderverkehr auf dem Markt überhaupt zu zentralisieren und zu verfügen, daß alle Rinder, die nach Österreich gelangen, von dieser Übernahmestelle zu übernehmen sind. Ein weiteres Moment, das die Regierung dazu veranlaßte, sei die Preisbewegung in Wien gewesen. Das normale Kontingent der österreichischen Kronländer sei nicht aufgebracht worden oder nur zu geringen Teilen. Von diesem Kontingent habe ein großer Teil an die Garnison Wien, an die Industrien, Spitäler etc. abgeliefert werden müssen, so daß für die Belieferung der sogenannten normalen Fleischhauer sehr wenig übrig blieb, oft nur 150 Stück, höchstens aber 3- bis 400. Diese Rinder seien auch sehr geringgewichtig gewesen, das durchschnittliche Schlachtgewicht habe 120 kg betragen. Für die normalen Fleischhauer sei der Bezug des normalen Rindfleisches mit 7 K 80 h, 8 K 60 h und 12 K 60 h verfügt worden.

Für das ungarische Fleisch seien eigene Höchstpreise, sie hätten aber nicht mehr eingehalten werden können, weil die ungarische Zentrale weit höhere Preise gefordert hat als früher. Während früher für ungarische Extremlinder der Preis höchstens 6 K 20 h betragen habe, sei infolge der Zentralisierung in Ungarn der Preis derzeit auf 7 K 70 h bis 7 K 60 h loco Budapest gestiegen. Mit den Speisen stelle sich der Preis für 1 kg Lebendgewicht in Wien durchschnittlich auf 9 K. Es sei daher der Preis für ungarisches Rindfleisch, das zum größten Teil der Versorgung Wiens dient, nicht einzuhalten gewesen, und es wäre eine weitere Erhöhung des Extremlinderpreises notwendig gewesen. Dazu habe sich die Regierung nicht entschließen können, sie habe daher beschlossen, unter Beihilfe staatlicher Mittel, bis zu 15 Millionen Kronen monatlich, den Fleischpreis auch für Extremlinder wesentlich herabzusetzen. Die Bedingung sei gewesen, daß das Extremlinder wesentlich herabgesetzt wird und daß die Gasthäuser, welche einen großen Teil des Rindfleisches konsumieren, kategorisiert werden nach solchen, die in Zukunft Extremlinder verkaufen und anderen, ferner daß die Gasthäuser im Bezuge des Rindfleisches restringiert werden.

Den Nichtwohlhabenden sollte das ungarische Fleisch eben auch um den billigen Preis abgegeben werden und nur eine beschränkte Menge, 240 bis 300 Stück monatlich an die Extremfleischhauer abgeliefert werden. Die Durchführung dieser Aktion stöße auf große Schwierigkeiten, insofern, als die Extremfleischhauer nur auf 60 Stände beschränkt werden sollen, und daß nun Erhebungen über den Bedarf der einzelnen Gasthäuser, Hotels, Industrieanstalten zc. durchgeführt werden müssen. Die Erhebungen haben ergeben, daß die Gasthäuser eine beträchtliche Menge Rindfleisch bekommen, daß eine gewaltige Desorganisation in der Verteilung eingetreten ist, indem die besser Vermittelten, insbesondere Kriegsgewinner die Möglichkeit haben, sich doppelt und dreifach einzudecken. Auch diesbezüglich werden Maßregeln getroffen werden, durch die Einführung von Einkaufsscheinen.

Gem.-Rat Neumann ist der Meinung, daß die wenigen Fleischhauer, die Extremfleisch verkaufen, dieses Fleisch um einen Preis erlangt haben, der in der Tat den ungarischen Preisen entspricht, und daß für dieses Fleisch nicht hätte eine Subvention gegeben werden sollen, sondern nur für das Fleisch, welches zu 9 K 60 h verkauft wird. Man soll nur die Mittelware subventionieren, nicht die Mastrinder.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß es Tatsache sei, daß der Mittelstand gar kein Fleisch bekomme.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller führt aus, daß vom organisatorischen Standpunkte die Einführung von zweierlei Verkaufsmaterial in Österreich und Ungarn, wo gar keine Kontrolle besteht, zu gerechten Beschwerden führen werde. Er glaube, man hätte verlangen sollen, wie es im Ernährungsrat bezüglich des Zuckers verlangt wurde, daß, wenn schon alles zentralisiert wird, ein Ausgleich stattfindet und nur eine Ware, allerdings nach Qualitäten geordnet, zum Verkaufe gelange. Dann gäbe es nicht bei den Detaillisten verschiedene Warengattungen und innerhalb derselben wieder verschiedene Qualitäten, sondern nur eine Warengattung, allerdings mit verschiedenen Qualitäten.

Der zweite Punkt sei die Schaffung des Extremfleisches überhaupt. Es werde jetzt eine Kategorie Menschen vom Fleischbezug überhaupt ausgeschlossen sein — der Mittelstand; er habe auf das Fleisch der Mindestbemittelten keinen Anspruch, und Extremfleisch anzuschaffen, werde ihm finanziell unmöglich sein, weil ein Kilo auf 30 K kommen wird. Es werde eine ganz geringe Anzahl von Fleischauern und Hotels dieses Fleisch zur Bearbeitung bekommen und eine verhältnismäßig geringe Zahl reicher Leute versorgen. Aber was sich heute schon zeigt, daß gewisse Gruppen überhaupt kein Fleisch bekommen, werde eine ständige Einrichtung werden. Der Bezug von Geflügel sei durch die ungeheuren Preise auch ausgeschlossen. Er möchte also bitten, daß sich die Obmänner-Konferenz vielleicht auf eine Resolution einigt, daß die Fleischeinkaufskarte, von der so viel gesprochen wird, raschestens eingeführt werde.

Vize-Bürgermeister Hof führt aus, daß die Gemeinde bei den Verhandlungen verlangt habe, daß, wenn möglich, überhaupt nur ein Einheitsfleisch nach Qualitäten verkauft wird und die Regierung habe erklärt, daß mit Rücksicht darauf, daß der größte Teil der Gesamtmenge aus Ungarn kommt und die Differenz zwischen dem Preise, um welchen das Fleisch in Wien verkauft und in Ungarn eingekauft wird, so groß sei, daß sie nicht imstande ist, alles zu übernehmen. Die Regierung habe darauf be-

standen, daß ein entsprechender Teil der ungarischen Rinder um einen so hohen Preis verkauft werden muß, damit nicht nur dieser Betrag gedeckt wird, sondern sogar noch ein kleiner Teil des anderen Fleischpreises, damit sie nicht so große Differenzen zu zahlen hat. Was die Abgabe des Fleisches betrifft, so sei die Neuregelung noch nicht durchgeführt, es seien noch nicht 50 bis 60, sondern ungefähr 250 Extremfleischhauer. Das Extremfleisch bekommen nur die Extremfleischhauer und es werde ihnen vorgeschrieben, zu welchem Preise sie verkaufen dürfen. Die anderen haben nur Einheitsfleisch, das sie auch wieder zu einem bestimmten Preise verkaufen müssen.

Es sei also im allgemeinen ein Unfug nicht möglich, weil der Fleischhauer nur das eine oder andere Fleisch hat. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß ein Fleischhauer, wenn ihm von den ungarischen Rindern auch Extremfleisch zugewiesen wird, unter Umständen das schöne Fleisch zum höheren Preise abgibt. Da seien aber Berichtsmaßregeln vorgesehen; es solle eine scharfe Kontrolle stattfinden. In erster Linie solle in den nächsten Tagen die Rindfleischverkaufskarte eingeführt werden, damit nachgewiesen ist, welche Kunden die Extremfleischhauer, die Hotels und Gastwirte haben. Es müsse angegeben werden, wie viel jeder Wirt und Hotelier bezieht, ebenso müsse jeder Fleischhauer sagen, wie viel Kunden er hat, dadurch werde man die Sache halbwegs kontrollieren können. Man wisse heute noch nicht, wie groß die Menge per Person sein wird, die abgegeben werden kann. Vielleicht würde sie so klein sein, daß sie vorläufig nicht gut bemessen werden kann, andererseits sei er der Meinung, daß ein gewisser Teil vielleicht doch gar kein Fleisch oder nur Pferdefleisch, ein anderer nur das teure Fleisch beziehen wird, und es werde vorläufig für zweckmäßig gehalten, nur eine Einkaufskarte ohne Bestimmung der Quantität auszugeben. Wenn es aber notwendig sein wird, auch die Menge zu bestimmen, werde es ja rasch geschehen können. Die Gemeindeverwaltung werde gewiß alles tun, was im Interesse der Bevölkerung liegt. Das Wichtigste wäre die Trennung in drei verschiedene Kategorien, für die reichen Leute das Extremfleisch in begrenzter Menge, für die Mindestbemittelten wie bisher das Wohlfahrtsfleisch und dann ein entsprechender Prozentsatz für den Mittelstand.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß alles getan werde müsse, um die Doppelversorgung hintanzuhalten.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß durch die Neuregelung eigentlich der ganze Mittelstand vom Fleischbezug ausgeschlossen werde. In ganz Hernals gebe es kein Fleisch, ein Extremfleischhauer sei in Neuwaldegg, ein anderer am Zimmermannsplatz, in der ganzen Mitte des Bezirkes sei es nicht möglich, Fleisch zu bekommen. Er halte es für unbedingt notwendig, daß auch für die mittelständische Bevölkerung gesorgt werde, die am schwersten leide und die meisten Steuern zahle.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erklärt, er habe die Mitteilungen des Herrn Vize-Bürgermeisters Hof zur Kenntnis genommen, müsse aber sagen, daß er teilweise nicht damit einverstanden sei. Die Mittelstandsaktionen scheitern immer daran, daß infolge der geänderten Verhältnisse der Begriff Mittelstand heute weder dem Umfange, noch dem Inhalte nach umschrieben werden könne, daran werde auch diese Aktion scheitern. Die Hauptsache sei, daß die Verteilung möglichst gleichmäßig ist. Wenn die Einkaufskarte für Fleisch eingeführt, das Quantum aber nicht begrenzt wird, werde das Kartensystem

wieder nur die Zentrale diskreditieren. Er sehe nicht ein, warum man nicht wie in Deutschland die Fleischkarte nach Zehnteln einteilen und von Woche zu Woche bekanntgeben kann, wie viel je nach den Zufuhren per Kopf entfällt. Wenn der Fleischein Kauf unbeschränkt ist, kann jemand leicht das Sechsfache dessen einkaufen, was er braucht, und für die anderen bleibt nichts übrig. Er kündige also heute schon an, daß er diese Regelung für schlecht halte. Es werde der Zweck, daß der Mittelstand Fleisch bekommt, nicht erreicht werden. Er spreche sich also mit aller Entschiedenheit gegen die unbeschränkte Fleischkarte aus und bitte den Herrn Bürgermeister, diesen seinen Protest zur Abstimmung zu bringen, weil er Wert darauf lege, daß er in das Protokoll kommt, nicht aus egoistischen Gründen, sondern weil die Fleischkarte dann jeden Zweck verfehlt.

Gem.-Rat v. Steiner bemerkt, daß sich bei der Gründung von Zentralen überall dasselbe Schauspiel abspiele. Die oberen Zehntausend bekommen Fleisch, die unmittelbar Belieferten auch, der unteren Schichten werde nur mehr gedacht und die Mitte bekommt gar nichts. Die Gemeinde habe seit Ausbruch des Krieges und seit Errichtung der Gemeinschaftsküchen in den Ministerien gegen die Doppelbeteiligung protestiert.

Vize-Bürgermeister Hof bemerkt, daß er vorhin nur mitgeteilt habe, was die Regierung beabsichtige. Die Gemeinde sei aber immer bemüht, das Zweckmäßige zu erreichen.

Es sei gewiß zweckmäßiger, eine Einteilung mit gewissen Abschnitten zu machen und dann das Fleisch je nach der Menge, die hereinkommt, abzugeben, ebenso wie bei den Kartoffeln.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner gibt der Meinung Ausdruck, daß es nicht nötig sei, abzustimmen; alle Mitglieder der Konferenz seien der Meinung des Kollegen Dr. Schwarz-Hiller und werden die Angelegenheit in dieser Weise vertreten.

St.-Rat Dr. Hein führt aus, daß nach seiner Meinung der Begriff Mittelstand nach zwei Richtungen abgegrenzt werden müsse und deshalb werde eine einfache Karte nicht genügen. Sie würde zur Folge haben, daß die Minderbemittelten ihr Fleisch bekommen, die Hochbemittelten auch, der Mittelstand aber, dessen Grenzen ohnehin jetzt weit verschoben sind, nichts. Er selbst bekomme seit 14 Tagen kein Fleisch, weil er sein Mädchen nicht anstellen lasse. Es müsse eine Gleichberechtigung stattfinden und die könne nur im Wege der Rationierung erfolgen. Bezüglich der Zentrale möchte er nur den Wunsch aussprechen, daß die Vertreter der Gemeinde Wien, nachdem die Fleischhauer und Agrarier ausreichend vertreten sind, sich als Vertreter der Verbraucher, der Konsumenten, betrachten. Dann möchte er fragen, was mit den fleischlosen Tagen geschehe, die haben ja heute keinen Sinn mehr, wenn man ohnehin vier Tage lang kein Fleisch bekommt. Wenn man dann vielleicht gerade am Dienstag oder Freitag eines bekommt, solle man es nicht essen dürfen?

Magistratsrat Dr. Wanjura bemerkt, daß von der Einführung der Fleischkarte derzeit abzuraten wäre. Eine Karte wie in Deutschland habe nur Sinn, wenn alles Fleisch, auch Kalb- und Schweinefleisch und Geflügel einbezogen wird. Im derzeitigen Stadium der Rindfleisch-Zentrale solle die Einkaufskarte nur das Vorstadium der Fleischkarte bilden, um die Doppelbelieferung zu verhindern. Gewisse Stellen bekommen heute von einer Zentrale bedeutende Fleischmengen, beziehen von einer anderen Stelle wieder Fleisch und ihre Angehörigen können sich

beim Fleischhauer auch versorgen, also dreifach. Das solle die Einkaufskarte hintanhaltend.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer hat während der Ausführungen des Referenten den Vorsitz übernommen.)

Die Obmänner-Konferenz nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtet über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien und führt aus, daß bei Festsetzung der Kartoffelquote mit $1\frac{1}{2}$ kg ungefähr ein wöchentlicher Bedarf von 295 Waggons erforderlich sei. Nach der Schätzung der eingelagerten Kartoffeln habe vorausgesetzt werden können, daß mit der vorhandenen Menge ungefähr bis 9. März 1918 das Auslangen gefunden wird. In dieser Voraussicht habe der Magistrat rechtzeitig, bereits am 24. Jänner an das Volksernährungsamt berichtet, daß die Kartoffelversorgung nicht länger als bis Anfangs März sichergestellt ist, und gebeten, mit den Neulieferungen spätestens Ende Februar zu beginnen. Es sei auch betont worden, daß die rechtzeitige Belieferung wünschenswert ist, um eine entsprechende Reserve zu haben. Mit Erlaß vom 30. Jänner sei dem Bezirkswirtschaftsamt bekanntgegeben worden, daß alle Vorkehrungen getroffen worden sind, um die Kartoffelanlieferung vom 1. April an durch Zuschübe zu bewerkstelligen, und zwar in einem Maße, das dem normalen Bedarfe entspricht. Die Statthalterei in Wien sei angewiesen worden, für Februar und März jene Kartoffeln zur Verfügung zu stellen, welche seinerzeit aus den für Wien in Aussicht genommenen Zuschüben zur Versorgung der Mieten aushilfsweise beigelegt wurden. Das seien ungefähr 600 Waggons gewesen. Die Statthalterei habe wieder die Gemeinde aufgefordert, möglichst rasch alle Vorkehrungen für die Übernahme zu treffen.

Am 31. Jänner sei mitgeteilt worden, daß die Regierung mit dem Armeekorps-Kommando wegen Anlieferung von Kartoffeln aus Galizien verhandle; nachdem dies längere Zeit in Anspruch nehmen werde, sei die Gemeinde abermals auf die eigenen Vertragskartoffeln verwiesen worden. Die Gemeinde habe in Galizien noch ungefähr 1300 Waggons Vertragskartoffeln ausständig; der Vertreter der Gemeinde sei am 4. Februar aufgefordert worden, alles vorzukehren, damit die Anlieferung mit 15. Februar beginnen kann, und zwar bei frostfreiem Wetter täglich 30 Waggons, die bei günstiger Witterung auf 40 bis 50 erhöht werden sollten. Weiters seien mit Schreiben vom 5. Februar jene Erzeuger in Böhmen und Mähren, welche noch Vertragskartoffeln zu liefern haben, aufgefordert worden, bei günstiger Witterung sofort zu liefern; es handle sich da übrigens nur um 104 Waggons. Die meisten dieser Produzenten in Böhmen und Mähren hätten geantwortet, daß sie im Vorjahre einen schlechten Ertrag gehabt haben und daher nicht ausliefern können. Er möchte auch bemerken, daß wiederholt festgelegt wurde, daß die Gemeinde die Hauptmenge ihrer Vertragskartoffeln aus gewissen Gründen in Galizien sichergestellt hat. Wie bekannt, sei die Gemeinde in Böhmen und Mähren den größten Schwierigkeiten begegnet, hauptsächlich wegen der Konkurrenz der Schwerindustrie, welche die Prämien ungeheuer in die Höhe trieb, nicht nur in Geld, sondern auch in Natura, durch Beistellung von Kohle, Düngemittel etc., ein Weg, auf dem ihr die Gemeinde nicht folgen konnte. In Böhmen und Mähren habe auch nur mit Gutsherrschaften abgeschlossen werden können, welchen die Gemeinde Saatkartoffeln liefert, während die galizischen Erzeuger eigenes Saatgut haben und also auf die Gemeinde nicht angewiesen sind.

Auch habe die Gemeinde im Vorjahre wenig Saatkartoffeln bekommen und daher nicht allen Anforderungen entsprechen können.

Am 12. November sei unserem Vertreter in Lemberg mitgeteilt worden, daß das Volksernährungsamt die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, Zweigstelle Krakau telegraphisch angewiesen habe, die Kartoffeltransportscheine sofort auszufolgen und er sei abermals angewiesen worden, mit täglich 30 Waggons zu beginnen.

Am 15. Februar sei bei der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt wegen der Kartoffelaufbringung in Niederösterreich interveniert worden; dabei sei der Gemeinde mitgeteilt worden, daß von 600 Waggons gar keine Rede sei und höchstens 300 rückersetzt werden können. Später habe es dann geheißen, nicht einmal 300 seien aufbringbar, im ganzen seien nur vorrätig in Gmünd 95, in Zwettl 32, in Waidhofen 96, zusammen 223 Waggons, hievon müsse aber ein Teil als Saatgut reserviert werden. Außerdem seien in Korneuburg 60 und in Waidhofen 70 Waggons. Am 15. Februar habe auch der Bürgermeister ein Schreiben an den Minister Höfer gerichtet, daß anfangs März die Kartoffelvorräte erschöpft sein werden, wobei er auf die Haltung der Produzenten in Böhmen und Mähren und die ungünstigen Aus-sichten in Niederösterreich hinwies. Er habe gebeten, daß die staatlichen Zuschüsse nicht erst am 1. April, sondern schon früher beginnen mögen, worauf ihm erwidert wurde, daß noch un-günstige Witterungsverhältnisse eintreten können. Seitens der Gemeinde sei darauf verwiesen worden, daß so starke Fröste kaum mehr eintreten werden, und daß die Kartoffeln, wenn sie auch gefroren in Wien einlangen, sofort getrocknet und ver-arbeitet werden können.

Am 19. Februar habe sich die Gemeinde abermals mit ihrem Vertreter in Galizien in Verbindung gesetzt und ihm als Termin den 25. Februar gesetzt. Es sei aber die Nachricht ge-kommen, daß noch am 19. Februar in Lemberg und Umgebung mehr als 6 Grad Kälte waren und erst am 23. Februar ein Umschwung eintrat.

Am 22. Februar habe die Gemeinde neuerlich bei der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und der Statthalterei interveniert und am 26. Februar wieder. Die Statthalterei habe erklärt, daß eine größere Lieferung als 130 Waggons nicht möglich sei. Zuerst also 600, dann 300, dann 223 und jetzt nur 130. Sie habe auch darauf hingewiesen, daß durch den Rucksackverkehr und den Schleichhandel die niederösterreichischen Gemeinden von Kartoffeln so ziemlich entblößt seien.

Am 27. Februar habe neuerlich eine Intervention beim Amte für Volksernährung stattgefunden. Die Vertreter haben darauf hingewiesen, daß die Vorräte der Gemeinde nur mehr 139 Waggons betragen, und daß eine Kürzung der Quote um $\frac{1}{2}$ kg pro Woche ab 4. März unbedingt notwendig sei. Die Spannung gegen den früher vorausgesetzten Termin bis 3. März sei darauf zurückzuführen, daß nicht genau festgelegt ist, wie viele Kartoffeln dem Gewichte nach in den Mieten eingelagert wurden. Die Gemeinde kenne nur jenes Gewicht, welches frachtbriefmäßig, also bei der Ausgabe der Kartoffeln konstatiert wurde, ein Nach-wiegen in der Ankunftsstation sei von der Eisenbahnverwaltung aus technischen Gründen, wegen Raummangel und weil die Waggons sofort entleert werden mußten, verweigert worden. Es habe sich nun gegenüber dem frachtbriefmäßigen Gewicht ein

Abgang ergeben, teils durch Diebstähle während der Fahrt und beim Entladen, teils durch den natürlichen Schwund, der in den Mieten eintritt, so daß ein Abgang von zirka 10 Prozent ist, der, wenn auch zum Teil schon berücksichtigt, doch größer ge-wesen sei, als vorausgesetzt wurde.

Das Volksernährungsamt habe am 27. Februar neuerlich erklärt, daß alle Schritte eingeleitet werden, damit wieder Kartoffeln nach Wien kommen. Es sei die Weisung ergangen, bis auf weiteres alle aufgebrachten Kartoffeln ausschließlich nach Wien zu liefern, ferner Kartoffeln aus Bayern, die für Tirol bestimmt waren. Die Armee-Kommandos in Galizien und Lublin seien angewiesen worden, die Kartoffelaufbringung zu forcieren. Infolge der politischen Verhältnisse in Polen sei aber dort eine wirtschaftliche Neuorganisation im Zuge, wodurch eine Ver-zögerung eintritt. Bezüglich Niederösterreich habe der Vertreter des Amtes in Gegenwart unseres Vertreters telephonierte, nicht allein aus Korneuburg und Waidhofen, sondern auch aus anderen Bezirken so viel als möglich nach Wien zu senden. In Mähren habe sich die Statthalterei mit Rücksicht auf den angeblich herrschenden Mangel gegen weitere Ausführungen gestraut. Das Volksernährungsamt habe nun mit Rücksicht auf diese Haltung die Bezirke Znaim, Datschitz, Mähr.-Budwitz und Kromau ge-sperrt und die Aufbringung dort ausschließlich für Wien vor-behalten.

Aus Schlesien seien rund 169 Waggons und aus Galizien rund 2000 Waggons für die Gemeinde Wien disponiert worden. Ferner sei der Gemeinde bekanntgegeben worden, daß die Ge-meinde für den Fall, als vom 11. bis 16. März genügende Vorräte nicht vorhanden seien, eine Aus-hilfe von Kartoffelwalz-mehl und Grieß erhalten könnte, von denen genügende Mengen in Wien lagern sollen. Der Herr Bürgermeister habe dann am 27. Februar in der kritischen Situation nachstehende Telegramme abgesandt.

1. An Erzellenz Ministerpräsident Ritter v. Seidler. Kartoffelvorräte der Gemeinde Wien gehen zu Ende, so daß Ausgabe nur mehr bis 9. März möglich. Mit Rücksicht auf drückenden Mangel an Mehl, Brot und Fleisch bei Stockung in der Kartoffelversorgung Unruhen zu befürchten, ersuche dringend Neulieferung von Kartoffeln, welche vom k. k. Amte für Volks-ernährung bereits eingeleitet, zu beschleunigen und insbesondere an Statthaltereien Niederösterreich, Böhmen, Mähren, Galizien und Landesregierung Schlesien entsprechende Aufträge wegen sofortiger Absendung der zur Ablieferung bereits aufgetragenen Kartoffelmengen zu veranlassen. Statthalterei Galizien wolle auch beauftragt werden, die bereits eingeleitete Ablieferung der in Ostgalizien für die Gemeinde Wien vertragsmäßig sicherge-stellten Kartoffeln mit allen Mitteln zu fördern und insbesondere Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt Krakau zur unverzüglichen Aus-stellung der nötigen Transportscheine zu veranlassen. Ferner wolle diese Statthalterei beauftragt werden, den Abtransport der in Westgalizien vom Volksernährungsamte für Wien disponierten Kartoffeln sofort zu veranlassen.

Ich wende mich auch gleichzeitig an das Armee-Ober-Kom-mando wegen tatkräftigster Unterstützung der Kartoffelablieferung in Ostgalizien durch Armee-Kommando und wegen Lieferung von Kartoffeln aus Polen und bitte, auch in dieser Richtung beim Armee-Ober-Kommando zu intervenieren.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

2. Armeo-Ober-Kommando, Baden bei Wien. Kartoffelvorräte der Gemeinde Wien fast erschöpft, so daß Ausgabe nur mehr bis 9. März möglich. Weitere Aufbringung insbesondere in Galizien eingeleitet, ersuche Armeo-Kommandos in Ostgalizien anzuweisen, die Ablieferung der in Ostgalizien für die Gemeinde Wien vertragsmäßig sichergestellten Kartoffelmengen durch rasche Ausstellung der Ausfuhrbewilligung und Beistellung von Fuhrwerken zu unterstützen. Da diese Mengen allein zur klaglosen Versorgung nicht hinreichen, ersuche auch Aufbringung von Kartoffeln in Polen schleunigst zu veranlassen. Mit Rücksicht auf Mangel an Mehl, Brot und Fleisch sind bei Stockung in der Kartoffelversorgung Unruhen zu befürchten. Bitte daher dringend um rasche Intervention.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

3. Gleichlautend an: Statthalter Erzellenz Graf Coudenhove, Prag, Statthalter Freiherrn v. Herold, Brünn, Statthalter Freiherrn v. Bleyleben, Wien, Landesregierungspräsident Erzellenz Freiherrn v. Widmann, Troppau. Kartoffelvorräte der Gemeinde Wien zu Ende, so daß Abgabe von Kartoffeln nur mehr bis 9. März möglich. Ersuche dringend Ablieferung der vom Amte für Volksernährung für Wien bereits disponierten Kartoffeln mit allen Mitteln zu beschleunigen, da bei Knappheit an Mehl, Brot und Fleisch Stockung in der Kartoffelversorgung unbedingt vermieden werden muß.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

4. Statthalter Erzellenz Graf Huhn, Lemberg.

Kartoffelvorräte der Gemeinde Wien fast erschöpft, so daß Ausgabe nur mehr bis 9. März möglich. Ersuche dringend, die Ablieferung der vom Amte für Volksernährung für Wien bereits disponierten Kartoffeln aus Westgalizien mit allen Mitteln zu beschleunigen. Ersuche ferner, bereits eingeleitete Ablieferung der in Ostgalizien für Gemeinde Wien bereits im Jahre 1917 vertragsmäßig sichergestellten Kartoffeln durch entsprechende Aufträge an Kriegsgetreide-Verkehrsgesellschaft Krakau wegen rascher Ausstellung der Transportscheine, Beistellung von nötigem Fuhrwerk in den in Betracht kommenden Bezirken: Bobrka, Kamionka-Strumilowa, Radziechow, Rawa-Ruska, Rohatyn, Sokal und Przemyślany tatkräftigst zu unterstützen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Am 28. Februar sei ein Teil der in Niederösterreich noch ausstehenden Vertragskartoffeln von dem Produzenten zur Lieferung angefordert worden. Es handle sich hierbei im ganzen um 32 Waggons, da die restliche Menge als Saatgut für den Anbau in Gbrz, beziehungsweise als Saatgut zum Abschluß von Lieferungsverträgen bestimmt ist.

Am 1. März habe der nach Galizien entsendete Marktamt-Kommissär Klossak telephoniert, daß die Verladung der galizischen Vertragskartoffeln mit Montag den 4. März beginnen wird, und zwar mit einer Anzahl von 15 Waggons, welche Zahl dann allmählich auf die erforderlichen 40 bis 50 Waggons gesteigert wird. Er ersuche im Wege des Armeo-Ober-Kommandos vorstellig zu werden, damit von Seite des 4. Armeo-Kommandos zu dieser Kartoffelaufbringung Auto in Krystynopol und die Feldbahn in Stojanow beigelegt wird. Das Wetter sei günstig, die Kartoffeln nach Aussage der Produzenten von guter Beschaffenheit.

Mit Rücksicht auf diese telephonische Meldung habe Seine Erzellenz Herr Bürgermeister am selben Tage nachstehendes Telegramm an den Chef des Generalstabes gerichtet:

„Vorräte der Gemeinde Wien an Kartoffeln zu Ende, Quote für nächste Woche bereits auf ein Kilogramm herabgesetzt, für die Zeit nach dem 9. März keine Kartoffeln vorhanden. Neuanlieferung in der Hauptsache nur aus Ostgalizien zu erwarten. Städtischer Marktamt-Kommissär Julius Klossak in Vertretung der Gemeinde Wien bejorgt an Ort und Stelle Verladung der in Ostgalizien bereits im Jahre 1917 vertragsmäßig sichergestellten Kartoffeln. Verladung hauptsächlich in den Bezirken Sokal, Rawa-Ruska und Radziechow. Ersuche dringend Aufbringung der Kartoffeln in Ostgalizien tatkräftigst zu unterstützen und Quartiermeisteramt des 4. Armeo-Kommandos anzuweisen, Auto in Krystynopol und Feldbahn in Stojanow für Kartoffeltransporte bereitzustellen. Marktamt-Kommissär Julius Klossak wird persönlich beim Quartiermeisteramt vorsprechen und Einzelheiten bekanntgeben. Ersuche auch in den Bezirken Sokal und Rawa-Ruska um Beistellung von Bespannung.“

Am selben Tage seien vom Magistrate nachstehende Drahtnachrichten an das Amt für Volksernährung, Kartoffelabteilung, beziehungsweise Transportreferat gerichtet worden:

1. Für Verladung von Vertragskartoffeln im Bezirke Sokal, Rawa-Ruska, welche Montag beginnen soll, Beistellung von Fuhrwerk durch Bezirkshauptmannschaften erforderlich. Ersuche dringend Statthalterei Lemberg und genannte Bezirkshauptmannschaften anzuweisen, Fuhrwerke schleunigst beizustellen. Verladung soll Montag beginnen.

2. Verladung von Kartoffeln für Wien beginnt Montag, hauptsächlich in Bezirken Sokal, Rawa-Ruska. Ersuche Stadtbahn-Direktion Lemberg anzuweisen, über Ansprechung des Vertreters der Gemeinde Wien, Marktamt-Kommissär Julius Klossak und des Bevollmächtigten Leopold Hermann, nötige Waggons sofort beizustellen.

Auf vorstehend erwähnte Telegramme sind nachstehende Antworten eingelangt:

1. Vom Landespräsidenten Freiherrn v. Widmann aus Schlesien, am 28. Februar 1918:

Kartoffelaktion im Zuge, morgen rollen die ersten Waggons nach Wien.

2. Statthalter Freiherr v. Heibold, Brünn, am 1. März; Kartoffelrequisitionen im Bezirke Datschitz, Mährisch-Budwitz, Mährisch-Kromau und Znaim beginnen 4. März. Transporte abhängig von Witterung. Es wird anheimgestellt, Organe des Magistrates in diese Bezirke zu entsenden, die bei Requisition und Abtransport der Speisekartoffeln, sowie der für Wien aufzubringenden Saatkartoffeln intervenieren könnten, um Beschwerden vorzubeugen.

Der Magistrat berichtet zu diesem Telegramm, daß mit Genehmigung Sr. Erzellenz des Herrn Bürgermeisters der Vertreter der Gemeinde Wien, Bürgermeister Josef Kuzicka in Matejau zu diesem Interventionsorgane bestellt wurde.

3. Vom Statthalter Graf Coudenhove in Prag am 2. März:

Zu Telegramm um beschleunigte Lieferungen nach Wien disponierter Kartoffelendungen mitteile, daß Zweigstelle, Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt Prag bereits 23. und 25. Februar Kommissär drahtlich zur Absendung angewiesen hat. Absendung

vielfach durch starke Fröste noch behindert. Habe neuerlich Drahtanweisung zu sofortiger Sendung veranlaßt und werde nach Kräften für Beschleunigung sorgen.

4. Vom Chef des Generalstabes vom 2. März:

Quartiermeister Abteilungen 2. und 4. Armee-Kommando wird angewiesen, Kartoffelabschübe zu forcieren. Beigefügt wird, daß sämtliche Vertragskartoffeln zufolge Weisung des Volksernährungsamtes nach Gänserndorf zu leiten sind, wo sie vom Amte für Volksernährung verteilt werden.

Der Magistrat bemerkt hiezu, daß diese Instradierung der Waggons nach Gänserndorf noch eine Weisung aus der Herbstanlieferung ist und daß, wie bereits oben erwähnt, sämtliche aufgebrachten Kartoffeln vom Amte für Volksernährung für Wien bestimmt sind.

5. Vom Militär-General-Gouvernement langte aus Lublin am 4. März nachstehende Depesche ein:

Demnächst rollen über Graniža Dirigierungs-Kommando für Wien Speisefkartoffeln aus Militär-General-Gouvernementbereich an Adresse der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt Wien, Nordbahnhof, ab. Bitte, durch Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt Übernahme veranlassen. Ergeht an Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, Magistrat Wien und Volksernährungsamt.

6. Vom Statthalter Freiherrn v. Bleyleben in Wien langte an Se. Exzellenz den Herrn Bürgermeister nachstehendes Schreiben vom 1. März 1918 ein:

Mit Bezug auf das an mich gerichtete Telegramm vom 28. Februar beehre ich mich, die Mitteilung zu machen, daß ich sowohl die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, Zweigstelle Niederösterreich, als auch die in Betracht kommenden Bezirkshauptmannschaften nachdrücklichst angewiesen habe, die dermalen zur Verfügung stehenden Kartoffelmengen mit größter Beschleunigung an die Gemeinde Wien zu liefern.

7. Vom Chef des Generalstabes langte weiters nachstehende Depesche am 3. März ein:

Dortiges Telegramm vom 2. März wurde der Quartiermeister-Abteilung des 4. Armee-Kommandos mit neuerlichem Auftrag übermittelt, den dringenden Kartoffelabtransport für Gemeinde Wien mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen.

Am 4. März um 7 Uhr abends telephonierte der Verpflegungsreferent des H. Armee-Kommandos in Lemberg und der Intendant Byro, daß mit 4. d. M. 29 Waggons Kartoffeln nach Gänserndorf abgegangen seien; in den nächstfolgenden Tagen würden vorläufig je 10 Waggons abgeendet, deren Zahl gesteigert wird. Die Militärverwaltung wird rücksichtslos requirieren und rechnet innerhalb von sechs Wochen mit einem Abschub von 2600 Waggons nach Gänserndorf. In Gänserndorf trifft dann das Amt für Volksernährung die weitere Verteilung.

Auf Grund dieser wiederholten Interventionen habe sich nun der Wareneinlauf vom 1. März an folgendermaßen gestaltet: Am 1. März 4, am 2. März 4, am 3. März 9, am 4. März 52, heute 33 Waggons, darunter allerdings ungefähr 12 Waggons Saatkartoffeln. Bei dieser Sachlage könne die Gemeinde für die jetzige Woche 1 kg voll ausgeben und wenn die Belieferung in der nächsten Zeit im durchschnittlichen Ausmaße von 40 bis 50 Waggons andauert, sei die Gemeinde auch für die Woche vom 11. bis 18. März mit der Quote von 1 kg gedeckt.

Was die Beschaffung von Saatgut betrifft, so habe die Gemeinde mit Rücksicht auf die vorjährigen Schwierigkeiten für

heuer schon rechtzeitig, vor Weihnachten, das Volksernährungsamt aufmerksam gemacht, daß der Gemeinde unbedingt größere Mengen zur Verfügung gestellt werden müssen. Das Volksernährungsamt habe auch im Laufe des Jänner 1400 und 350 Waggons zugewiesen, und es der Gemeinde anheimgestellt, die nötigen Schritte zur Aufbringung zu machen. Selbstverständlich seien diese Kartoffeln vorläufig nur am Papier und es werde sich erst zeigen, ob sie wirklich aufzutreiben sind. Zu diesem Zwecke habe die Gemeinde Beamte hinausgeschickt und sich auch jener schon erprobten Agenten bedient, die schon seit drei Jahren für die Gemeinde arbeiten. Es sei gelungen, in Schlessien größere Mengen sicherzustellen, weiters in Oberösterreich 30 Waggons, in Böhmen und Mähren sei die Aufbringung dermalen im Zuge. Nach den bisherigen Nachrichten dürfte die Aufbringung von ungefähr 1000 Waggons Saatkartoffeln möglich sein, so daß die Gemeinde mehr als dreimal so viel zur Verfügung hätte als im Vorjahre.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller fragt an, wie es jetzt mit der Quote ist.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg erwidert, daß man das, nachdem man nicht wisse, ob die Zuschübe, so wie gestern und heute waren, fortbauern werden, mit Sicherheit nicht sagen könne. Wenn sie so fort gehen, sei die Gemeinde auch für die nächste Woche und hoffentlich auch später für 1 kg gedeckt.

Gem.-Rat Dr. Hein führt aus, daß es begreiflich sei, daß man mit den galizischen Zuschüben in dieser Zeit noch nicht rechnen konnte. Man müsse daher doch entsprechende Schritte wegen der niederösterreichischen Lieferungen machen, denn diese werden gerade für die nächsten zwei Wochen entscheidend sein. Ihm sei nicht ganz klar, was die Gemeinde aus Niederösterreich bekomme. Warum sei eine Reduktion eingetreten, da Niederösterreich doch das unmittelbare Nachbargebiet sei. Für die nächste Zeit würde das besonders in Betracht kommen.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg bemerkt, daß er schon im Laufe seiner Ausführungen erklärt habe, daß sich die ursprüngliche Annahme der Regierung, daß aus Niederösterreich ein größeres Quantum für Wien zu holen sei, als hinfällig herausgestellt habe. Durch den außerordentlich starken Rucksackverkehr und Schleichhandel seien die kartoffelproduzierenden Gemeinden entblößt. Das sei sicher zum Teile richtig. Das die Bauern noch immer etwas haben, sei natürlich, es wird auch verfüttert, aber die Sache sei so, daß aus Niederösterreich nicht viel zu erhoffen ist.

Es sei zweifellos, daß momentan Böhmen, trotzdem dort auch Hochlagen sind, die den Eintritt von Frost noch wahrscheinlich machen, am besten liefert und aus Niederösterreich wenig zu erwarten ist. Die Gemeinde habe wiederholt kommissionelle Besichtigungen in Stockerau und Korneuburg vorgenommen. Der Vertreter des Volksernährungsamtes sei mit dem Bezirkshauptmann herumgefahren, aber nach allen Nachrichten sei nicht viel zu holen.

Mähren habe heuer, während es in den Jahren 1916 und 1917 gut lieferte, eine ganz veränderte Stellung eingenommen. Der Hinweis, daß es wenig Kartoffeln habe, sei nicht stichhältig, es können andere Momente in Frage. Mit Rücksicht auf diese Haltung sei angeordnet worden, daß die vier Bezirke ausschließlich für Wien zu liefern haben, und die Gemeinde habe ihre Agenten angewiesen, den Kommissionären der Kriegsgetreide-

Verkehrsanstalt beim Auffuchen und Ausführen der Kartoffeln Hilfe zu leisten.

Der Bericht des Magistratsrates Dr. Ehrenberg wird von der Konferenz zur Kenntnis genommen.

Magistrats-Sekretär Dr. K o p f berichtet über die Mehlerversorgung der Stadt Wien und führt aus, daß am 26. Jänner 1918 die Zuschübe von deutschem Mehl begannen. Zugefagt seien 450 Waggons gewesen, die auch eingelangt sind. 50 davon waren für Ost- und Oberberg, aber auch die 400 anderen seien nicht gänzlich für den Wiener Konsum herübergeleitet worden, sondern es habe die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt fallweise kleinere Mengen von diesem deutschen Mehl abgeben müssen. In letzter Zeit sei mit Deutschland wieder verhandelt worden, um Mehlezuschübe von dort sicherzustellen. Diese Verhandlungen, die mit 1. Februar eingeleitet haben, hätten anfangs gar keinen Erfolg gehabt. Erst Mitte Februar sei ein Abkommen getroffen worden, daß vorläufig eine Aushilfe für das Militär gewährt wird, daß jedoch das Geschäft Zug um Zug abgeschlossen wird. Es werde nämlich gegen eine gewisse Anzahl Waggons Maisform, welche die österreichische Regierung an die Grenze stellt, ein gleiches Quantum Mehl im Tauschwege überlassen. Mit Rücksicht darauf, daß in letzter Zeit auch die Zuschübe an Maisform unzureichend waren, sei die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt erst gestern in der Lage gewesen, den ersten Maiszug nach Tetschen zu expedieren.

Am 1. Februar sei zum erstenmale Mais in das Brot gemischt worden, noch mit einem Prozentsatz von 40. Es habe sich aber immer mehr der Mangel an Edelmehl herausgestellt und die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt habe zu allen Mitteln greifen müssen, um es zu beschaffen. Sie habe zu diesem Zwecke ihren ganzen Bestand an Rollgerste geopfert und dieses Rollgerstenmehl sei in der vorigen und vorvorigen Woche das einzige Edelmehl gewesen, das für die Brot-Erzeugung zur Verfügung stand. Am 8. Februar seien die Mehlezuschübe aus Deutschland vollkommen erschöpft gewesen. Es hätten nun Verhandlungen mit dem neubestellten, ungarischen Ernährungs-Präsidenten und dem Ackerbauministerium stattgefunden.

Der Tenor sei nach den Zeitungsnachrichten dahin gegangen, daß Ungarn Österreich verständnisvoll unterstützen wolle. Am 10. Februar sei die Verordnung des Ernährungsamtes erschienen, welche bei der Ausbeute der Brot-Erzeugung wesentlich vergrößert.

Während bisher ungefähr 620 bis 630 g Mehl für einen Laib von 840 g verwendet werden konnten, sei das Verhältnis einheitlich für die Brotfabriken und die kleinen Bäcker auf 600 g herabgesetzt worden. Unglücklicherweise falle diese Neuregulierung mit der Maisbeimischung zusammen und das erkläre, daß sowohl die Brotfabriken als die kleinen Bäcker sich auf den Standpunkt stellen, der auch durch praktische Versuche erhärtet wurde, daß dieses Ausbeuteverhältnis nicht eingehalten werden könne. Die Folge der Verordnung sei gewesen, daß entweder untergewichtiges Brot erzeugt werden mußte, wobei die Erzeuger Gefahr laufen, in strafgerichtliche Untersuchung zu kommen, oder daß sie bei vollwertigem Brot sogar ein Übergewicht erzeugen, unter Heranziehung von Mehl, das eigentlich für andere Zwecke bestimmt ist, was also eine Mehlerverschwendung bedeutet. Es haben also sowohl die Brotfabriken wie die Bäcker dagegen in Vorschlägen

bei der Statthalterei und beim Volksernährungsamt Stellung genommen.

Die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt habe aber seit 10. Februar auf Grund des neuen Mischungsverhältnisses die Zuweisungen an Mehl restringiert, und zwar werden der Gemeinde derzeit statt 92 Waggons nur mehr 87 Waggons Mehl zugewiesen. Interessant sei, daß Minister Höfer vor kurzem eine Interpellation, betreffs der Ablieferungen Böhmens beantworten mußte und daß dabei festgestellt wurde, daß in der Campagne 1917/18 Böhmen, das ein hochaktives Land ist, bisher nur 327 Waggons Getreidemehl geliefert hat, wogegen es in der Zeit vom Oktober bis Dezember insbesondere aus den rumänischen Zuschüben 1203 Waggons erhielt. Böhmen habe also zur Versorgung der passiven Länder nicht nur nichts beigetragen, sondern auch kaum ein Drittel der auf die eigene Ernte vorgeliehenen Getreide- und Mehlmengen rückerstattet. Eigentlich wäre Böhmen verpflichtet, diese 1203 Waggons zu refundieren.

Die Maisbeimischung sei in der letzten Woche auf 80 bis 90 Prozent gestiegen, worunter speziell die Brotfabriken leiden, weil sie von einem Tage auf den anderen versorgt werden und nur jenes Mehl zur Verfügung haben, das momentan vorhanden ist. Derzeit sei die Maisanlieferung nicht ungünstig und es scheine sich eine Besserung der Mischung vorzubereiten, weil die Aussicht bestehe, auch rumänisches Mehl zu erhalten. Gestern seien 10 Waggons eingelangt und es sei zu erwarten, daß im Laufe der Woche noch ein Schlepper mit Mehl einlangt. Alle Hoffnungen wenden sich nun zur Getreideeinfuhr aus der Ukraine. Was zur Organisation der Aufbringung geleistet werden konnte, sei angeblich bereits geschehen. Es sei ein Syndikat gegründet worden mit einem passiven Teil, der nur mit Einlagen von je 100.000 K beteiligt ist, und außerdem eine Gesellschaft m. b. H. die aktive Mitglieder, zum großen Teil aus unseren Getreidehändlern, Agenten und Angestellten hat, welche die Geschäfte durchzuführen haben. Die Schätzungsziffern schwanken natürlich. Es sei von berufener Seite mitgeteilt worden, daß mehr als 10 Millionen Meterzentner Getreide vorhanden sein dürften, aber noch bedeutend größere Mengen an Hülsenfrüchten, Erbsen, Linsen und Bohnen. Über den Preis sei noch keine Einigung erzielt, man könne aber annehmen, daß der Preis durchschnittlich 50 Mark per Meterzentner sein wird, also mit allen Zuschlägen zirka 100 K. Was die Beschaffung der Valuta betrifft, so sei gestern bei einer Verhandlung im Handelsministerium festgestellt worden, daß die Valuta in Rubeln gemeinsam durch Deutschland und Österreich-Ungarn durchgeführt wird.

Es wäre noch zu erwähnen, daß Ungarn endlich in die Herabsetzung der Mehlerquote eingewilligt hat. Eine Kundmachung vom 27. Februar setze die bisherige Mehlerquote für den Monat auf 6-60 kg herab. Sie trete mit 1. März in Kraft. Schwerarbeiter erhalten 35 dkg pro Tag, die Quote für Nacharbeiter mit 40 dkg pro Tag bleibe unverändert. Das sei natürlich keine Gleichstellung mit Österreich, man erhalte dort auch jetzt noch reichlich mehr. Nach einer Mitteilung in den Zeitungen solle auch in Ungarn Maismehl als Zusatz zum Brot verwendet werden. Budapest sei jedoch ausdrücklich ausgenommen. An allen anderen Orten solle die Maisbeimischung 25 Prozent betragen, also $\frac{1}{4}$, wogegen sie bei uns 80 bis 90 Prozent ist.

Was die Roggenmehlversorgung betrifft, so sei bekannt, daß die Gemeinde auch in der letzten Zeit vielfach nicht einmal in

der Lage war, $\frac{1}{4}$ kg in reinem Mehl abzugeben und daß zu allen möglichen Surrogaten gegriffen werden mußte. In der letzten Zeit sei $\frac{1}{8}$ kg Mehl und $\frac{1}{8}$ kg Maismehl abgegeben worden. In der letzten Woche habe wenigstens Mehl in den entsprechenden Quantitäten abgegeben werden können und durch einen Tausch zwischen der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und der Heeresverwaltung sei es möglich geworden, Backmehl für Maismehl, das an das Heer geliefert wurde, als Zubusse zu geben.

Gem.-Rat Reumann macht darauf aufmerksam, daß bei den gestrigen Verhandlungen die Schwierigkeiten hervorgehoben wurden, die in Bezug auf die Zahlungsmittel bestehen. Österreich sei da in einer sehr schlechten Situation. Es habe Waren zum Austausch ungefähr für 600.000 K, darunter für 200.000 K Waren, welche die Ukrainer gegen Getreide austauschen würden. Die Beschaffung von Rubeln begegne ungeheuren Schwierigkeiten. Die Rubeln unter Kerenski hätten keinen Wert, ebensowenig die unter Lenin, sondern nur die alten aus der Zeit der Monarchie. Das Amt für Kriegs- und Übergangswirtschaft müßte da erst einen Ausweg finden. Er mache auf diese Schwierigkeiten aufmerksam, damit man weiß, daß die Sache durchaus nicht so einfach ist, weil die Tauschmittel vorläufig nicht vorhanden sind und ihre Beschaffung äußerst schwierig ist. Es werden darüber noch eine Reihe von Verhandlungen stattfinden, auch darüber, ob der freie Einkauf zu gestatten ist, oder nur der Einkauf durch die Zentralen. Von einer Reihe von Exporteuren sei verlangt worden, man solle das dem freien Handel überlassen. Im Laufe der Debatte sei aber darauf hingewiesen worden, daß der freie Handel vielleicht wohl die nötigen Werte beschaffen könnte, obwohl auch das angezweifelt wird, aber daß eine ungemeine Preissteigerung eintreten dürfte, die unsere Aufnahmefähigkeit geradezu in Frage stellt. Außerdem bestehen Transportschwierigkeiten und es müsse daher eine Stelle geschaffen werden, die einigen Einfluß auf das Kriegsministerium hat. Wenn der freie Handel nebenbei berücksichtigt würde, würden aller Wahrscheinlichkeit nach zahlreiche Einkäufer von Privatfirmen beim Kriegsministerium nicht jene Berücksichtigung finden, wie vielleicht diese Zentralstelle.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarzhiller führt aus, daß es gewiß sei, daß Schwierigkeiten bestehen, die hervorgehoben werden müssen, damit man sich über die Beschaffung von Getreide aus der Ukraine nicht überflüssige Hoffnungen macht, wobei dann die Enttäuschung unangenehme Folgen hätte. Die größte Schwierigkeit liege nicht in der Geldbeschaffung, denn die Rubel werden auch da sein, wenn eventuell nicht genügend Exportwaren zu Gebote stünden. Er fürchte aber eine andere große Schwierigkeit, das sei der Transport, aber nicht in Österreich, sondern in der Ukraine. Die Produkte müssen bei dem schwachen Eisenbahnnetz 100 bis 200 km weit zur Bahn gebracht werden. Jetzt, in der Zeit der Schneemelze, seien die Straßen grundlos und für das landesübliche Fuhrwerk unbefahrbar. Es werde also weit in den April hineingehen, bis die Transporte ordentlich in Fluß kommen. Es sei wichtig, sich das vor Augen zu halten, damit man nicht die Zuschübe schon vor der Zeit erwartet. Die Frage des freien Handels halte er auch für sehr wichtig. Er habe da den Kollegen Reumann etwas mißverstanden, aber er glaube, die Frage sei zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn endgültig erledigt, daß der freie Handel nicht in Betracht kommt, sondern nur die gemeinschaftlichen Stellen, die den Ankauf besorgen werden, allerdings unter Zuziehung von Kaufleuten, welche, und

das sei der allgemeine Wunsch der Konsumenten, nur als Kommissionäre auftreten und nicht als Selbsthändler. Damit seien alle Kaufleute, auch die deutschen Händler sofort einverstanden.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß die Form des Einkaufes gestern Gegenstand einer Debatte im General-Kommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft gewesen sei. Man habe sich auch gestern noch nicht geeinigt. Es sei allerdings der Vorschlag gemacht worden, den Gem.-Rat Dr. Schwarzhiller erwähnt, es hätten andererseits aber auch eine Reihe von Vertretern des Kaufmannsstandes erklärt, es sei notwendig, daß neben dieser Einkaufsorganisation auch der freie Handel zugelassen werde; insolgedessen sei eine endgültige Entscheidung noch nicht erfolgt. Sie werde allerdings in einigen Tagen erfolgen, er glaube aber auch, daß sie nicht anders sein kann als die Vorschläge, die sich mit der Ansicht des Herrn Gem.-Rates Dr. Schwarzhiller decken.

Gem.-Rat v. Steiner bemerkt, daß der deutsche Kaufmannstand nicht so einstimmig dafür gewesen sei. Er habe in der vorigen Woche einen Brief in Händen gehabt, worin ein hier lebender Österreicher aufgefordert wurde, in das deutsche Syndikat einzutreten. In dem Brief sei auch gestanden, daß ein Galizianer der erste war, der aus der Ukraine mit 17 Ochsen an die Grenze gekommen ist.

Der Magistratsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Magistratsrat Dr. Kofkopf berichtet hierauf über die Pachtung des Gutes Deutsch-Altenburg und führt aus, daß die Österreichische Zuckerindustrie-Aktiengesellschaft in Wien und Bruck an der Leitha der Gemeinde Wien einen von ihr pachtweise geführten Wirtschaftsbetrieb in Deutsch-Altenburg zur Weiterpachtung und das gesamte lebende und tote Inventar zum Kaufe angeboten habe.

Der gesamte Pachtbetrieb umfasse nebst den erforderlichen Wirtschaftsgebäuden eine Fläche von 173.4662 ha, beziehungsweise zirka 300 Joch Äcker und Wiesen und stehe im Eigentum dreier verschiedener Verpächter, von denen Karl Holliger eine Fläche von zirka 150 ha, Josef und Marie Mayer, Wirtschaftsbesitzer in Deutsch-Altenburg, zirka 16 ha und die römisch-katholische Pfarrpfründe in Deutsch-Altenburg zirka 8 ha in Pacht gegeben haben.

Der Pachtzins betrage durchschnittlich 38 K per Joch, sei also als gering zu bezeichnen.

Die Pachtverträge seien in ihren Bestimmungen vom Standpunkte des Pächters als sehr günstig zu bezeichnen.

Die Pachtzeit für die von Holliger und der Pfarrpfründe abgepachteten Grundstücke laufe noch neun Jahre, die von den Eheleuten Mayer noch sechs Jahre, dürfte aber auf neun Jahre zu verlängern sein.

Die über den Antrag der Zuckerfabrik stattgefundene Besichtigung habe ergeben, daß die Gründe als mittelgut zu bezeichnen sind und infolge der Verhältnisse der letzten Jahre der richtigen Düngung entbehren. Dies werde jedoch durch den Pachtzins wettgemacht, da dieser sehr gering ist, und insolgedessen auch bei Kostenaufwand für Dünger und Bearbeitung die Rentabilität gesichert ist. 67 Joch seien bereits mit Korn bebaut, weitere 25 Joch für den Anbau vollständig hergerichtet. Zum sofortigen Anbau können Brotgetreide, Kolbenmais, Futtermais, Mischling, Möhren und andere Rübenarten kommen, insbesondere jedoch sei der Boden für Kartoffelanbau geeignet. Dagegen sei er es im jetzigen Zustande für Gemüseanbau nicht.

Die Wirtschaft sei jedenfalls für Milchgewinnungszwecke sehr geeignet. In den geräumigen, gut erhaltenen Stallungen können 70 Milchkühe untergebracht werden. Auch alle anderen Wirtschaftsgebäude seien in gutem Zustande, so daß der Vollbetrieb sofort einsetzten könne.

Ebenso seien am Gutshofe alle erforderlichen Maschinen und landwirtschaftlichen Geräte reichlich und in gutem Zustande vorhanden.

Das der Gemeinde Wien zum Kaufe angebotene lebende und tote Inventar umfasse 40 Milchkühe, davon 27 Stück hochtragend, 7 Stück Kälberkühe, 6 Stück belegt; ferner 17 ein- und zweijährige Kalbinnen, davon 10 Stück bereits hochträchtig; weiters 1 Sprungstier (Montafonerrasse) und 7 Saugkälber. Zum lebenden Inventar gehören noch 13 mittelschwere, in guter Kondition befindliche Wirtschaftspferde. Das tote Inventar umfasse außer der bereits erwähnten vollständigen und reichen Einrichtung an Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten, an Getreidevorräten teilweise erhebliche Mengen von Roggen, Gerste, Gerstehafer, Saathafer, Mais, Bohnen, Kartoffeln, Kolbmais und Mais; an Futtermitteln seien in genügender Menge vorhanden: Melassejunkte, Maisjchrot, Kleeheu, Wiesenheu, Kornstreu, Gerstehaferstroh und Streustroh, wobei insbesondere betont werden müsse, daß Klee und Wiesenheu von einer Qualität sind, wie sie selten erzeugt, jetzt aber nirgends zu sehen sein wird. Ferner sei ein Kleejamenlager von 600 kg bestem Rotklee mit 97 1/2 Prozent Keimfähigkeit für den sofortigen Anbau vorhanden. Außerdem seien über 34 Joch Kleebestand und, wie bereits erwähnt, über 87 Joch bestelltes und größtenteils angebautes Ackerland zur sofortigen Übernahme zur Verfügung.

Die Pachtübernahme könne sofort in der Weise erfolgen, daß die Pachtverträge zwischen der Zuckerfabrik Bruck und den drei Verpächtern durch formlosen Briefwechsel und Eintritt der Gemeinde Wien in die bestehenden Pachtverträge eingesetzt werden.

Er stelle johin den Antrag:

„Die Gemeinde Wien tritt in die zwischen der Zuckerfabrik Bruck a. d. Leitha und Karl Holliger, den Eheleuten Josef und Marie Mayer, röm.-kath. Pfarrpfünde Deutsch-Altenburg bestehende Pachtverträge über die Pachtung der Wirtschaftsbefize in Deutsch-Altenburg mit allen Rechten und Pflichten, wie sie in den vorhandenen Pachtverträgen festgelegt sind, als Weiterpächterin ein.

Die Gemeinde Wien übernimmt im Kaufwege das von der Zuckerfabrik Bruck a. d. Leitha angebotene lebende und tote Inventar des Wirtschaftsbetriebes zu den in der Spezifikation ersichtlichen Preisansätzen um den Gesamtbetrag von 135.189 K 54 h.

Die Obmänner-Konferenz stimmt dem Antrage des Referenten einmütig zu.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller bespricht hierauf die militärischen Einberufungen der letzten Zeit und führt aus, daß seit 8 bis 10 Tagen Leute, die 3, 4 und 5 Musterungen mitgemacht haben, zum Landsturmbienste ohne Waffe als Ordona:en einberufen werden. Es sollte doch mit dem Menschenmaterial mehr gespart werden.

Weiters mache er auf folgende Angelegenheit aufmerksam: Während des Krieges seien drei Gesetze geschaffen worden, die als Novellen zum Allgemeinen bürgerlichen Gesetze bezeichnet werden, darunter sei auch der § 1486, der von der Verjährung

handelt, die im allgemeinen auf drei Jahre herabgesetzt wurde. Die Verjährung würde also am 1. April 1919 wirksam werden. Nun halte der Krieg jetzt viele Leute vom Klagen ab, sie würden also gewisse Beträge verlieren. Man habe eben gedacht, der Krieg werde bald zu Ende sein, nachdem dies aber nicht der Fall sei, müsse man etwas tun und er habe deshalb in einer Interpellation gebeten, daß mit Rücksicht auf den Kriegszustand der Termin hinausgeschoben werde. Die Leute, die zurückkommen, können ja nicht sofort alle Klagen einreichen.

Gem.-Rat v. Steiner bemerkt, daß dies auch für die Hypothekendarlehen, namentlich für die zweiten Sätze gelte.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller ersucht den Herrn Bürgermeister, er möge beim Justizministerium einschreiten, daß eine Gesetzesvorlage gemacht wird, die dem Kriegszustand Rechnung trägt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz und erklärt, daß die bezügliche Interpellation beim Magistrat sei und er ersuche, daß der Bericht für die nächste Gemeinderats-Sitzung fertiggestellt werde.

Gem.-Rat v. Steiner ersucht, daß auch die Frage wegen der Hypothekendarlehen erwogen werde.

Der Bürgermeister schließt hierauf die Sitzung.

Der Bürgermeister:

Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:

Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:

Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Partei:

Reumann m. p.

Der Schriftführer:

v. Radler m. p.,
Magistrats-Ober-Kommissär.

Gemeinderats-Ausschuß

für die

Verleihung des Heimatrechtes und des Bürgerrechtes.

Bericht

über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Verleihung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 16. April 1918.

Vorsitzende: Obmann G.-R. Dechant und
Obmann-Stellvertreter G.-R. Breuer.

Anwesende: Richhorn, Heindl,
Brenta, Höck,
Ritter v. Findenigg, Höbel,
Hessenmeyer, Knoll,

Kurz,	Roth,
Partik,	Rotter,
Paulitschke,	Ryhl,
Pichler,	Wiesinger.

Beigezogen: Magistratsrat Foll.

Schriftführer: Magistrats-Konzepts-Praktikant Dr. Seipka.

Obmann G.-R. Dechant eröffnet die Sitzung.

Folgenden Bewerber wird das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Brenta**:

(3451, M. B. N. XVIII, 1199/V/17.) Johann Molnar, Siebmachermeister.

(3106, M. B. N. XVIII, 991/V/17.) Sebastian Weninger, Tischlermeister.

(3452, M. B. N. XIX, 3164/III/17.) Franz Adolf Lunaf, Gemischtwaren-Verschleißer.

(3693, M. B. N. XIX, 3461/III/17.) Josef Biegler, Gemischtwaren-Verschleißer.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Böck**:

(3099, M. B. N. X, 43299/17.) Franz Krumpolz, Schlossermeister.

(3139, M. B. N. X, 34021/17.) Karl Sloggnitzer, Schlossermeister.

(3140, M. B. N. X, 33382/17.) Franz Sasek, Schuhmachermeister.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Breuer**:

(3101, M. B. N. XV, 22785/17.) Anton Novotny, Tischlermeister.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rotter**:

(725, M. B. N. II, 820/VIII/17.) Jakob Johann König, Geschäftsleiter.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Ryhl**:

(3915, M. B. N. XVII, 27543/17.) Emil Michel, Uhrmachermeister.

(3692, M. B. N. XVII, 28399/17.) Alois Karl Spurny, Dampfwäscherei-Inhaber.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Partik**:

(2278, M. B. N. IX, 403/V/16.) Karl Rudolf Schiller, Glasmaler.

(3145, M. B. N. IX, 14/V.) Josef Pratik, Kürschnermeister.

(3096, M. B. N. IX, 737/V/17.) Rupert Roman Böck, Gastwirt.

(3097, M. B. N. IX, 872/V/17.) Anton Lechner, Schuhmachermeister.

(3098, M. B. N. IX, 720/V/17.) Leopold Bachheimer, chir. Instrumentenmacher.

(3448, M. B. N. IX, 719/V 17.) Karl Schreiner, Instrumentenmacher.

(3447, M. B. N. IX, 788/V/17.) Karl Schnitzer, Guttmachermeister.

(3545, M. B. N. IX, 816/V/17.) Johann Promadlo, Gemischtwaren-Verschleißer.

(3446, M. B. N. IX, 756/V/17.) Karl Riedel, Gastwirt.

(3691, M. B. N. XIII, 48165/17.) Emil Josef Widerts, Papierhändler.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Pichler**:

(3147, M. B. N. VII, 2113/V/17.) Georg Alois Hörmann, Gemischtwarenhändler.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Paulitschke**:

(3095, M. B. N. VI., 28456/17.) Wilhelm Groisinger, Gastwirt.

(1504, M. B. N. VI, 11650/17.) Anton Karl Reuhöfer, Graveurmeister.

(730, M. B. N. VI, 23695/17.) Josef Obermayer, Musiker.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Auoll**:

(3108, M. B. N. XXI, 19102/17.) Ferdinand Simon Ertl, Gemischtwaren-Verschleißer.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Seindl**:

(3081, M. B. N. I, 37798/17.) Emmerich Mazanek, Kaffeesieder.

(3082, M. B. N. I, 36726/17.) Johann Polorny, Damenkleidermacher.

(3443, M. B. N. I, 34019/17.) Josef Bulis, Damenkleidermacher.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rischhorn**:

(3093, M. B. N. V, 14483/17.) Leopold Ruffner, Futteralmachermeister.

(2370, M. B. N. V, 23311/17.) Michael Schrei, Herrenkleidermachermeister.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Roth**:

(3094, M. B. N. V, 26524/17.) Josef Straßer, Gemischtwaren-Verschleißer.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Ritter v. Findenigg**:

(3085, M. B. N. III, 32773/17.) Johann Cirkyt, Kleidermachermeister.

(3086, M. B. N. III, 33232/17.) Alois Bernerstorfer, Wäschehändler.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Breuer**:

(3146, M. B. A. IV, 135/IV/17.) Johann Baranel, Gemischtwarenhändler.

(3090, M. B. A. IV, 710/IV/17.) Josef Benisch, Schlossermeister.

(3089, M. B. A. IV, 870/IV/16.) Josef Schultmaier, Schriftenmalermeister.

(3091, M. B. A. IV, 512/IV/17.) Nikolaus Edelhardt, Schuhmachermeister.

(3092, M. B. A. IV, 209/IV/17.) Georg Strobl, Maurermeister.

(3444, M. B. A. IV, 140/IV/17.) Maximilian Josef Böhnel, Uhrmachermeister.

(2369, M. B. A. IV, 473/IV/17.) Ludwig Richard Reiter, Schuhmachermeister.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Sökel**:

(3105, M. B. A. XVI, 35095/17.) Eduard Dist, Pfaidler.

(2371, M. B. A. XVI, 36030/17.) Franz Mayer, prot. Kaufmann.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Wiestinger**:

(3742, M. B. A. XIV, 37095/17.) Ignaz Göbhartner, Glasermeister.

(3100, M. B. A. XIV, 19051/17.) Karl Fidler, Gemischtwaren-Verschleißer.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Sessenmeyer** wird beschlossen:

(3458, M. B. A. XVI, 31266/17.) Der Aloisia Liborcany und ihren drei minderjährigen Kindern wird die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert.

(3158, M. B. A. XVI, 43790/17.) Das Ansuchen des Adolf Suran um Herabsetzung der Taxe für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband wird abgewiesen.

(Obmann-Stellvertreter **G.-R. Breuer** übernimmt den Vorsitz.)

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen die Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe zugesichert:

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Brenta**:

(3120, M. B. A. XVIII, 727/V/17.) Karl Pfneisel, Privatbeamter.

(3460, M. B. A. XIX, 3284/III/17.) Juliana Pipinger, Bedienerin.

(3122, M. B. A. XIX, 8593/III/17.) Rudolf Andraczet, Hilfsarbeiter.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Kotter**:

(3110, M. B. A. II, 893/VIII/17.) Michael Holcset, Geschäftsdienner.

(3117, M. B. A. VIII, 76/IV.) Maria Theresia Palfy, Musiklehrerin.

(3116, M. B. A. VIII, 264/IV/17.) Franz Hermann Deuticke, Verlags-Buchhändler.

(3118, M. B. A. VIII, 95/IV.) Marie Auguste Steiner, Näherin.

(Obmann **G.-R. Dechant** übernimmt den Vorsitz.)

Folgenden Bewerbern wird über ihr Ansuchen die Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe zugesichert:

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rykl**:

(3697, M. B. A. XVII, 1569.) Mathilde Jaicinovic, Lehramtskandidatin.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Partik**:

(3387, M. B. A. IX, 120/V.) Demetrius Paleologo, Bevollmächtigter der Schuckert-Werke.

(3151, M. B. A. IX, 105/V/17.) Katharina Hetterich, Wäscheverwahrerin.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Fischer**:

(3740, M. B. A. VI, 2345.) Heinrich Georg Schmid, Techniker.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Auoll**:

(3124, M. B. A. XXI, 7948/17.) Michael Schuh, Schmiedgehilfe.

(757, M. B. A. XXI, 15498/16.) Stephan Röpplinger, Schmiedgehilfe.

(2193, M. B. A. XXI, 525/17.) Martin Steinhardt, Schlossermeister.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Seindl**:

(3454, M. B. A. I, 34957/17.) Leopoldine Franziska Györög, Private.

(3153, M. B. A. I, 403.) Josefine Györög, Private.

(3109, M. B. A. I, 29109/17.) Catherine Galvin, Private.

(3784, M. B. A. I, 40020/17.) Ferdinand Mittelbach, Apotheker.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Breuer**:

(3455, M. B. A. IV, 338/IV/17.) Emma Frein v. Fischer, Musiklehrerin.

(2264, M. B. A. XVIII, 985/V/17.) Johann Prokschell, Tischler.

(3456, M. B. A. IX, 755/V/17.) Felix Schmidt, Pharmazent.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Ritter v. Findenigg**:

(3111, M. B. A. III, 29941/17.) Elisabeth Lang, Milchgeschäftsinhaberin.

(3113, M. B. A. III, 32553/17.) Rosa Roberstein, Verkäuferin.

(3114, M. B. A. III, 30918/17.) Franz Korn, Bremser.

(3115, M. B. A. III, 18613/17.) Johann Morawel, Kutscher.

(3746, M. B. A. III, 2672/17.) Ludwig Laumann, Gemischtwaren-Verschleißer.

Folgende Bewerber werden über ihr Ansuchen gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe in den Wiener Heimatverband aufgenommen:

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Breuer**:

(3464, M. B. A. XV, 18917/17.) Karl Bysslocil, Elektriker.

(3127, M. B. A. IV, 655.) Anna Hawel, Private sowie deren Sohn Johann.

(3462, M. B. A. IV, 856/IV/16.) Johann Feldbau, Branntweinschänker.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Sessenmeyer**:

(3132, M. B. A. XVI, 46682/17.) Isabella Drennig v. Pietra-Rossa, Lehramtszögling.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Brenta**:

(2240, M. B. A. XVIII, 1046/V/17.) Hugo Nikolaus Ritter v. Ripper.

(3133, M. B. A. XVIII, 1206/17.) Demeter Kantemir, l. u. l. Fedwebel.

(3744, M. B. A. XVIII, 31/V.) Rosine Augusta, provisorische Lehrerin.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Kötter**:

(3461, M. B. A. II, 495/VIII/17.) Johann Mattes, Beamter.

(3463, M. B. A. VIII, 162/IV.) Dr. Leo Beth, l. l. Staatsbahnrat.

(3125, M. B. A. II, 1386/VIII/16.) Aron Selik Stahl, Tröbler.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Partik**:

(3129, M. B. A. IX, 560/V/17.) Hildegard Teubel, provisorische Lehrerin.

(3130, M. B. A. XIII, 43914/17.) Katharina Sauer, geb. Ewert, Oberleutnantswitwe.

(2181, M. B. A. XIII, 37448/17.) Otto Löwy, Profurist.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Anoll**:

(3136, M. B. A. XXI, 11773/17.) Robert Franz Milejch, Hilfsarbeiter.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rischhorn**:

(3128, M. B. A. V, 25951/17.) Johann Martin Rastner, Lehramtskandidat.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Ritter v. Findenigg**:

(3126, M. B. A. III, 32676/17.) Theodor Franz Ottawa, Bankbeamter.

(3700, M. A. XI a, 2133.) Isidor Bordes, Ingenieur.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Höfel**:

(3131, M. B. A. XVI, 36588/17.) Lambert Fleischmann, Knopfdrechslergehilfe.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Breuer** wird beschlossen:

(3156, M. B. A. XV, 14540.) Dem Peter Galbavy wird über sein Ansuchen die Tage für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf 40 K herabgesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Kötter** wird beschlossen:

(3153, M. B. A. II, 122/3/VIII.) Dem Johann Geron wird über sein Ansuchen die Tage für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf 50 K herabgesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Partik** wird beschlossen:

(3154, M. B. A. IX, 676/V/17.) Der Marie Bader wird über ihr Ansuchen die Tage für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf 40 K herabgesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rischhorn** wird beschlossen:

(3155, M. B. A. V, 24952/17.) Der Helmine Nagler wird über ihr Ansuchen die Tage für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf 40 K herabgesetzt.

(3469, M. B. A. V, 24058/17.) Der Katharina Wiedemann wird über ihr Ansuchen die Tage für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf 200 K herabgesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Sessenmeyer** wird beschlossen:

(3157, M. B. A. XVI, 53481/17.) Das Ansuchen des Heinrich Kraus um Herabsetzung der Tage für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband wird abgewiesen.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Breuer** wird beschlossen:

(3914, M. A. XI a, 2868.) Die Entscheidung des Ministeriums des Innern vom 25. Jänner 1918, Z. 45163/16, betreffend das Heimatrecht des Franz Weigel, wird zur Kenntnis genommen und von der Ergreifung der Verwaltungsgerichtsbeschwerde abgesehen. (An den Gemeinderat.)

(Obmann-Stellvertreter **G.-R. Breuer** übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Dechant** wird beschlossen:

(3698, M. A. XI a, 1405.) Dem Karl August Wilhelm Dallmann, l. u. l. Major, wird gegen Erlag der seinem Aufenthalte entsprechenden Tage die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert.

Folgenden Bewerbern wird gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Tage das Heimatrecht in der Gemeinde Wien verliehen:

(2239, M. A. XI a, 366.) Dr. Julius Schlachta, l. l. Landsturm-Ober-Arzt.

(3137, M. A. XI a, 1996.) Anton Dietrich, l. u. l. Militär-Rechnungs-Offizial.

(3138, M. A. XI a, 109.) Oskar Ferrares, l. u. l. Oberstleutnant.

(3149, M. A. XI a, 540.) Josef Weiskirchner, Bürger-schullehrer.

(3150, M. A. XI a, 9472/17.) Dragica Kniewald, Lehrerin.

(3465, M. A. XI a, 9387.) Adalbert Dvorak, Übungs-schullehrer.

(3466, M. A. XI a, 1279.) Karl Stengl, Apotheker.

(3745, M. A. XI a, 2131.) Irene Größinger, Lehramtszögling.

(3913, M. A. XI a, 12047/15.) Gottfried Swarowsky, Beamter.

(3141, M. A. XI a, 2003.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme des hiesigen Gemeindeangehörigen Karl Stadler und seiner Rechtsnachfolger in den Heimatverband der Gemeinde Prag wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt.

(3142, M. A. XI a, 1765.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme der hiesigen Gemeindeangehörigen Leopoldine Hniliczka und ihrer Rechtsnachfolger in den Heimatverband der Gemeinde Feldsberg wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt.

(3143, M. A. XI a, 1851.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme der hiesigen Gemeindeangehörigen Monika Radherny und ihrer Rechtsnachfolger in den Heimatverband der Gemeinde Reichenberg wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt.

(3144, M. A. XI a, 2219.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme des hiesigen Gemeindeangehörigen Josef Pramatzil und seiner Rechtsnachfolger in den Heimatverband der Gemeinde Waidendorf wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt.

(3467, M. A. XI a, 2304.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme des hiesigen Gemeindeangehörigen Anton Erhard und seiner Rechtsnachfolger in den Heimatverband der Gemeinde Jägerndorf wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt.

(3701, M. A. XI a, 2677.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme der hiesigen Gemeindeangehörigen Maria Pach und ihrer Rechtsnachfolger in den Heimatverband der Gemeinde Jablunkau wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt.

(3917, M. A. XI a, 2904.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme der hiesigen Gemeindeangehörigen Maria Melich und ihrer Rechtsnachfolger in den Heimatverband der Gemeinde Boskowitz wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt.

(3918, M. A. XI a, 2906.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme der hiesigen Gemeindeangehörigen Rosa Ziegler und ihrer Rechtsnachfolger in den Heimatverband der Gemeinde Rodaun wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt.

(3743, M. A. XI a, 2815.) Der vom Magistrate geltend gemachte Anspruch auf Aufnahme der hiesigen Gemeindeangehörigen Thekla Cesenek und ihrer Rechtsnachfolger in den Heimatverband der Gemeinde Pottendorf wird zur Kenntnis genommen und nachträglich genehmigt.

(3152, M. A. XI a, 516.) Das Ansuchen des Karl Kammer Schmidt auf Herabsetzung der Gebühr für die Zuficherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband wird abgewiesen.

(3468, M. A. XI a, 2441.) Die mit dem Beschlusse vom 24. April 1917, P. Z. 4238, M. A. XI a, 2457, erfolgte Zuficherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband an den Kupferschmiedehilfen Karl Ungar wird über Ableben des Genannten widerrufen.

Außerdem wurden in dieser Sitzung im Sinne der §§ 2, 3 und 5 der Heimatgesetznovelle von 1896 730 Ansuchen um Aufnahme oder Zuficherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband erledigt.

Hievon entfielen auf Inländer 638 Aufnahmen und 77 Abweisungen, auf Ausländer 10 Zuficherungen und 5 Abweisungen.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

(XI, Gemeindebezirk, Simmering.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom 12. Februar 1918.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher-Stellvertreter Josef Mayerhofer.

Schriftführer: Kanzleivorstand Dr. Krottendorfer.

Der **Vorsitzende** stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Derselbe teilt mit, daß der Herr Bezirksvorsteher erkrankt ist, infolgedessen der Sitzung nicht beiwohnen kann und seine Abwesenheit entschuldigen ließ, was zur Kenntnis genommen wird.

Er wünscht dem Erkrankten unter allseitiger Zustimmung eine baldige Genesung.

Die Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 28. September 1917 wird verlesen.

B.-R. Schöffig bemerkt hierzu, daß er bei der ersten Kommission, welche die Regulierung der Molitorgasse zum Gegenstande hatte, anwesend war und gegen die Art, wie selbe ausgeführt werden sollte, Einwendungen erhoben habe.

Die Aufnahmeschrift wird hiemit genehmigt.

Einlauf.

(3302/17.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI vom 2. Dezember 1917, Z. 3172/17, betreffend Neupflasterung der Heidestraße von der 1. Heidequerstraße bis zum Ende der Automörsergarage im XI. Bezirke.

Zur Kenntnis.

(2913/17.) Antrag der Bezirksvertretung des X. Bezirkes, Z. 3422/17, betreffend Verwendung von Kriegsinvaliden zum aushilfsweisen Ersatz der Parkwächter.

Wird zugestimmt.

(3176/17.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV vom 12. November 1917, Z. 3642, betreffend Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung des Gemüsesammelplatzes in Kaiser-Ebersdorf.

Zur Kenntnis.

(3089/17.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V vom 30. Oktober 1917, Z. 1824/17, betreffend die unterbliebene Absperrung des Gaswerksteiges.

Die **B.-R. Schosig** und **Schmölzer** geben ihrer Befriedigung Ausdruck, daß die geplante Absperrung des Steiges unterblieb.

Zur Kenntnis.

(3130/17.) Zuschrift der Bezirksvertretung des VI. Bezirkes vom 6. November 1917, Z. 1430/17, betreffend Bestellung von städtischen Lebensmittelabgabestellen für Handelstreibende aus dem bodenständigen Mittelstande.

Die Bezirksvertretung schließt sich dem Antrage an.

(311.) Zuschrift der Bezirksvertretung des VIII. Bezirkes vom 21. Jänner 1918, Z. 5/18, betreffend Verhinderung von ungerechtfertigten Ausverkäufen.

Wird zugestimmt.

Anträge.

B.-R. Kopelent bedauert, daß die Sitzungen der Bezirksvertretung so selten stattfinden, daher deren Beschlüsse verspätet an den Stadt- und Gemeinderat gelangen.

Er bespricht sodann die Anlage eines Ziegelwerkes bei Mannswörth durch die Gemeinde Wien und ersieht hiedurch eine neuerliche Schädigung des XI. Bezirkes.

Er beklagt es, daß viele Anträge, deren Durchführung einen Vorteil für den XI. Bezirk bedeuten, die Zustimmung des Gemeinderates nicht finden konnten.

Gem.-R. Kurz gibt Aufklärung über die geplante Herstellung des Ziegelwerkes. Der Abtransport der fertiggestellten Ziegel erfolgt mittels Bahn oder auf dem Wasserwege, weshalb Simmering durch Ziegelfuhrwerk nicht belästigt wird und eine Schädigung des Bezirkes durch Herstellung des Werkes nicht zu befürchten ist. Das Ziegelwerk liegt außer der Wiener Gemeindegrenze, die Errichtung des Werkes war eine Notwendigkeit, da voraussichtlich im Frieden eine rege Bautätigkeit sich entwickeln wird und die Gemeinde Wien verpflichtet erscheint, in dieser Richtung nicht untätig zu bleiben.

Die Aufklärungen des **Gem.-R. Kurz** werden zur Kenntnis genommen.

B.-R. Kopelent beantragt die Abänderung des Titels „Dienstbotentrankenkaassa“ in „Dienstbotenspitalversicherung“ und begründet seinen Antrag damit, daß durch die Bezeichnung „Dienstbotentrankenkaassa“ die irrige Meinung hervorgerufen wird, eine Krankenversicherung zu besitzen, während die Gemeinde Wien lediglich für die Spitalskosten aufkommt, und daß natürlich nur dann, wenn der Dienstbote tatsächlich in einem Spitale Unterkunft gefunden hat.

Angenommen.

Derselbe stellt den Antrag auf Pflasterung der Lorystraße bis zum Aspangbahnhofe.

B.-R. Lindner unterstützt diesen Antrag und bemerkt, daß ein solcher von ihm schon sechs Jahre lauft.

Angenommen.

B.-R. Mareš bespricht die mangelhafte Reinigung der Straßen und stellt den Antrag, die Straßenreinigung dem Magistrat zu übergeben.

B.-R. Schmölzer bemerkt, daß schon einmal ein diesbezüglicher Antrag zur Debatte gestellt wurde.

Der Bezirksvorsteher hatte damals dagegen gesprochen und auch die Gründe angeführt, welche für die Beibehaltung der eigenen Regie sprachen, es soll daher über die Frage in Abwesenheit des Vorstehers nicht verhandelt werden.

B.-R. Mareš zieht sodann seinen Antrag zurück.

B.-R. Kopelent stellt fest, daß die Straßenreinigung anlässlich der heurigen Schneefälle eine sehr gute war.

B.-R. Sturny bemängelt die Abfuhr des Hauskehrichtes.

B.-R. Mareš fragt an, in welchem Stadium die Errichtung des Marktes für den XI. Bezirk, wofür 200.000 K in den Voranschlag eingestellt erscheinen, sich befindet.

G.-R. Kurz bemerkt, daß durch den Krieg diese Aktion eine Hemmung erfahren habe, verspricht aber, dahin zu wirken, daß diese Angelegenheit dringend behandelt werde.

B.-R. Mareš stellt folgenden Antrag:

Die Bezirksvertretung spricht im Namen des Bezirkes dem ersten und langjährigen Direktor der hiesigen k. k. Staatsrealschule, Regierungsrat **Hugo Danner**, anlässlich seines Übertrittes in den dauernden Ruhestand für sein hervorragend erfolgreiches Wirken als Leiter der Anstalt und seiner besonders für die ärmeren Schüler gewidmeten Fürsorge den wärmsten Dank aus.

Dieser Beschluß soll dem Genannten in Form eines Diplomes zur Kenntnis gebracht werden.

Angenommen.

Derselbe beantragt, für **Franz Kopelent** anlässlich der Vollendung seiner 25jährigen Tätigkeit als Tierarzt eine seiner sozialen Stellung entsprechende kaiserliche Auszeichnung zu erwirken und durch das Gemeinderats-Präsidium die entsprechenden Schritte einzuleiten.

Angenommen.

B.-R. Fuchshofer beantragt, daß das Niveau des Doppelviadukt-Durchlasses auf die Höhe der Lendenstraße gebracht werde.

Angenommen.

B.-R. Schmölzer bespricht die Anlage einer Sandgewinnungsstätte auf der Simmeringer Haide durch das k. k. Arar.

B.-R. Lindner betreibt die endliche Herstellung der Leberstraße.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

(VII. Gemeindebezirk, Neubau.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung
Neubau vom **12. März 1918.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Heinrich C. Ohrsandl.**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt **Franz P r e m.**

Der **Vorsitzende** begrüßt die Erschienenen und erklärt die Sitzung nach festgestellter Beschlußfähigkeit für **eröffnet.**

Sodann ergreift **B.-Z. Ohrsandl** das Wort und gedenkt mit freudebewegtem Ausdruck der Geburt des jüngsten Prinzen unseres erlauchten Kaiserhauses.

Nun verliest der Schriftführer die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung, die **genehmigt** wird.

Hierauf gelange der Einlauf zur Verlesung.

Einlauf.

Es sind nachstehende Geschäftsstücke eingelangt:

(342.) Kund-Antrag der Bezirksvertretung Landstraße, betreffend die ungerechte Bevorzugung einzelner Bevölkerungsklassen durch Zuweisung von weißem Mehl für die Mazzebereitung.

Zustimmung.

(354.) Das Bezirkswirtschaftsamt Stelle V teilt mit, daß dormalen an die Zuweisung einer Kubuß von Seife und Petroleum für die Hausbesorger wegen Mangel an diesen Bedarfsgegenständen nicht gedacht werden kann.

Zur Kenntnis.

(322.) Kund-Antrag der Bezirksvorsteherung Mariahilf, betreffend die durch die Flüchtlinge geschaffenen Übelstände.

Zustimmung.

Mitteilungen des Vorsitzenden.

Der **Vorsitzende** erstattet Bericht über die Tätigkeit des Theater-Komitees. Die Direktion des Deutschen Volkstheaters hat für die Servitutsvorstellung eine Abfindungssumme von 3500 K zugebilligt und diesen Betrag zu Händen des Bezirksvorstehers erlegt. Für das in dieser Angelegenheit bewiesene Entgegenkommen wird der Direktion, beziehungsweise dem Direktor **Wallner** der **Dank** ausgesprochen.

Über Antrag des **B.-Z. Inleger** wird der Bericht des Komitees zur Kenntnis genommen und demselben der **Dank** für die Bemühungen ausgedrückt.

Der **Vorsitzende** teilt weiters mit, daß die Firma **A. Herzmansky**, VII., Stiftgasse 1, einen Betrag von 500 K für die Armen des Bezirkes Neubau zur Verteilung durch den **Vorsteher** nach freier Würdigung erlegt habe. Es wird beschlossen, der Firma den **Dank** auszudrücken.

Ferner bringt der **Vorsitzende** zur Kenntnis, daß die Zinsen der zum Gedächtnisse des verstorbenen kaiserl. Rates **Ahorn** errichteten Stiftung am 24. März 1918 zur Verteilung gelangen werden.

Der **Vorsitzende** teilt weiter mit, daß er Seine **Erzelenz** den Präsidenten des Abgeordnetenhauses **Dr. Groß** aus Anlaß der Verleihung der Geheimratswürde im Namen der Bezirksvertretung beglückwünscht habe.

Zur Kenntnis.

Anträge und Interpellationen.

B.-Z. Kammer bemängelt die Schaffung der Lebensmittelverwertungs-Zentralen, die weder auf die Beschickung der Märkte noch auf die Preisbildung günstig einwirken. Die Schäden dieser Zentralen seien insbesondere beim Fleischverkauf sehr in die Augen springend. So habe ein Fleisch-Verschleißer im VII. Bezirke Schweinefleisch am 4. März 1918 zugestellt erhalten, das erst am 6. März zum Verkauf gelangen konnte. Das zu je 1 kg geteilte Fleisch war zur Zeit des Verkaufes bereits mit einem übelriechenden Geruch behaftet, so daß viele Käufer trotz stundenlangen Anstehens die Annahme verweigerten.

Da es unbedingt im Interesse der Bevölkerung liegt, daß das in so geringen Mengen erhältliche Fleisch wenigstens in einer einwandfreien Weise zum Verkauf gelange, ersucht der Interpellant den Bezirksvorsteher, diesen Sachverhalt der maßgebenden Stelle zur Kenntnis zu bringen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Zentralkasse der Fürsorge

für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich.

DIC. Spendenausweis.

36489. Durchlaucht Emanuel Fürst Sallato et San Salvatore, für Ausspeisetzwecke	5.000 K — h
36490. Erzelenz Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, für Ausspeisetzwecke pro April 1918	120 " — "
36491. Dr. A. M.	10 " — "
36492. „Dr. Mayer-Grünzweig-Bette“	10 " — "
36493. Marie Wottawa, für Ausspeisetzwecke	12 " — "
36494. Hilfs-Komitee Döbling (durch Bezirksrat Stumpf) Spenden	171 " — "
36495. K. f. Tabakfabrik Wien-Ottakring Monatsbeiträge für Ausspeisetzwecke, und zwar:	138 " 40 "
36496. Graf Philipp Cappy	18 K — h
36497. Anna Eder	18 " — "
36498. Josefina Knopp	6 " — "
36499. Franz Freih. v. Krauß	20 " — "
36500. Adele Veinlauf	10 " — "
36501. Sidonie Littmann, für September 1917 bis Jänner 1919	192 " — "
36502. Lothar Ritter v. Polzer	6 " — " 270 " — "

36503. Oberstleutnant Albin Voglsang, Eggenburg	50 K — h	
36504. K. k. Bezirkshauptmannschaft Baden, Sammlungsergebnis	42 " 98 "	
36505. Baron Geza Nagy	24 " — "	
36506. Bezirksaufsichtsrat Franz Brödl	150 " — "	
36507. Exzellenz Gräfin Anka Bienerth, Freitischabläsungen	50.000 " — "	
36508. Komitee Schwarz-gelbes Kreuz, Freitischabläsungen, Wertpapiere im Nennwerte von	25.000 " — "	
36509. Hofherr-Schranz-Clayton-Schuttleworth Präsidium der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion in Wien, und zwar:	300 " — "	
36510. Spende der Beamten der Direktion	100 K h	
36511. Spende einer größeren Anzahl von Postämtern dieses Direktionsbezirktes	150 " — "	250 " — "
Freiwilliger Gehaltsabzug von städtischen Beamten etc., und zwar:		
36512. Konzeptbeamte der Mag.-Abt. III	9 K — h	
36513. Mag.-Abt. X	7 " 50 "	
36514. Bezirksvorstehung Alsergrund	10 " 50 "	
36515. Magistratisches Bezirksamt XVI	16 " — "	
36516. Magistratisches Bezirksamt XIX	13 " — "	
36517. Magistratisches Bezirksamt XXI	15 " — "	
36518. Stadtbuchhaltung	27 " — "	
36519. Wasserbezugsrevisorat	6 " — "	
36520. Feuerwehr (Offiziere und Beamte)	37 " — "	
36521. Magistratsrat Dr. Franz Jamöck	6 " — "	
36522. Ober-Tierarzt Dr. Anton Nepustil	3 " — "	
36523. Pauline u. Klementine Dobrucký	3 " 50 "	
36524. Joh. Bauer	1 " — "	154 " 50 "
1prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug der Lehrpersonen an den Schulen Wiens:		
36525. Bürgerschule f. Mädchen V., Castelligasse 25	48 K — h	
36526. Bürgerschule f. Knaben IX., Glasergasse 8	35 " 89 "	
36527. Volksschule f. Mädchen IX, Hahngasse 35	28 " 36 "	

36528. Hofegger-Kinderergarten XX., Borgartenstr. 71	7 K — h	
		119 K 25 h
Dievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz“		
	29 " 81 "	89 K 44 h
Monatsbeiträge für Ausspeisewecke, und zwar:		
36529. Mathilde Bachhaus	10 K — h	
36530. Jofi Beder	6 " — "	
36531. Gemeinsamer Finanzminister Erz. Stephan Baron Burian	750 " — "	
36532. Alex. Ehrenfeld	6 " — "	
36533. Ida Kuranda	30 " — "	
36534. Emanuel Lauschmann	12 " — "	
36535. Hildegärde und Rosa Bueger	120 " — "	
36536. Karoline Marburg	12 " — "	
36537. Wilhelm Rosen	6 " — "	
36538. Eleonore Sochor	12 " — "	
36539. Emmerich Szakats	12 " — "	
36540. Dr. Artur Schnitzler	90 " — "	
36541. Durchlaucht Fürstin Schwarzenberg	60 " — "	
36542. Prinzessin Josefine Schwarzenberg	6 " — "	
36543. Hugo Schwiger	6 " — "	1038 " — "
Bezirksvorstehung Fünfhaus für Ausspeisewecke, und zwar:		
36544. Sammlung Bizmann	96 K — h	
Sammlung Elise Topf	6 " — "	102 " — "
36545. Bezirksvorstehung Wieden		86 " — "
36546. Gesellschaft für Beleuchtungskörper vormals Zeiser, Habiger & Komp.		14 " 60 "
36547. Mathilde Pochet		10 " — "
Monatliche freiwillige Gehaltsabzüge von städtischen Beamten, und zwar:		
36548. Kaiserjubiläums-Spital	45 K — h	
36549. Lagerhäuser	20 " — "	65 " — "
1prozentige freiwillige Gehaltsabzüge von Lehrpersonen an den städtischen Volks- und Bürgerschulen, und zwar:		
36550. Volksschule f. Mädchen Kopernikusgasse 15	4 K — h	
36551. Volksschule f. Knaben VI., Corneliusgasse 6	10 " 50 "	
36552. Volksschule f. Mädchen VIII., Albertplatz 7	20 " 50 "	
36553. Volksschule f. Mädchen XII., Rigazziplatz 9	13 " 50 "	
36554. Schule XX., Treustraße 9	26 " 70 "	

Zusammen	75 K 20 h	
Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz“	18 „ 80 „	56 K 40 h
Monatliche Beiträge für Auspeisungszwecke, und zwar:		
36555. Jof. J. Bachmayer	6 K — h	
36556. Wilh. Bergel	12 „ — „	
36557. Laura Biel	12 „ — „	
36558. Leopoldine Braun	6 „ — „	
36559. Marie Edle v. Büffel	6 „ — „	
36560. Marie Calligaris	6 „ — „	
36561. Adolf Falkenstein	18 „ — „	
36562. Dr. Siegmund Feitler	6 „ — „	
36563. Max Fischer	30 „ — „	
36564. Primarius Dr. H. v. Frisch	10 „ — „	
36565. Rosa Haberda	6 „ — „	
36566. Ministerialrat Dr. Emanuel Hellmann	6 „ — „	
36567. M. Hofbauer	6 „ — „	
36568. Maja v. Kralik	6 „ — „	
36569. Marie Krey	6 „ — „	
36570. Lulu Kruger	6 „ — „	
36571. Ottilie Leonhard	6 „ — „	
36572. Marie Löwe und Therese Groß	12 „ — „	
36573. Klementine Nitsch	6 „ — „	
36574. Emilie Nitsch	6 „ — „	
36575. Franz Pichler jun. (f. April, Mai, Juni)	36 „ — „	
36576. Luise Pivniczki	60 „ — „	
36577. Sektionschef Dr. Alfred Ritter v. Pranter	6 „ — „	
36578. Dr. Gustav Rohn	20 „ — „	
36579. Kommerzialrat Dr. Heinrich Rosenbaum	50 „ — „	
36580. Dr. Ernst Sachsler	6 „ — „	
36581. Matth. Salcher & Söhne	10 „ — „	
36582. Wilh. Sayl	90 „ — „	
36583. Max Spiz u. Marie Pollat	12 „ — „	
36584. Ludmilla Schwalb	6 „ — „	
36585. Matth. Stalzer	12 „ — „	
36586. Alice Stein	7 „ 50 „	
36587. Rud. Stumboll für Mai und Juni	12 „ — „	
36588. Berta v. Trnkoczy	12 „ — „	
36589. Gräfin Elise Wilczek	6 „ — „	
36590. Ludwig Brana	6 „ — „	583 „ 50 „
36591. Franz Hinterndorfer		3 „ — „
36592. „Wiener Club“ durch den Präsidenten Viktor Mautner Ritter v. Markhof, für Auspeisungszwecke		5000 „ — „
36593. Beamte und Angestellte des Wiener Stadtbauamtes (ohne Bezirksbauamts-Abteilungen), Beiträge für März		51 „ — „
36594. Beamte und Angestellte des Wiener Stadtbauamtes (ohne Bezirksbauamts-Abteilungen), Beiträge für April		25 K — h
36595. Ludwig Ziegler, städtischer Direktions-Adjunkt, freiwilliger Gehaltsabzug		4 „ 30 „
36596. 1 prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug von Lehrpersonen an der Volksschule für Mädchen VI., Gumpendorferstraße 4		23 K — h
36597. 1 prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug der Lehrpersonen an der Volksschule für Mädchen VII., Neustiftgasse 100		26 „ 40 „
		49 K 40 h
Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz“	12 „ 35 „	37 „ 05 „
36598. Frauennarbeits-Komitee XII, Freitischabläsungen		1.350 „ 26 „
Monatliche Beiträge für Auspeisungszwecke, und zwar:		
36599. Fritz Bab	12 K — h	
36600. Barber & Rosner	12 „ — „	
36601. Friedrich Bauer	6 „ — „	
36602. Karl Verecz	6 „ — „	
36603. Berger, Volk & Komp.	6 „ — „	
36604. Dr. Alfred Freiherr v. Berlepsch	6 „ — „	
36605. Dr. Josef Koloman Binder	6 „ — „	
36606. Johanna Bindtner	6 „ — „	
36607. Rudolf Bisteghi	10 „ — „	
36608. J. B. Böhm	6 „ — „	
36609. G. Bordenstein & Sohn	60 „ — „	
36610. Burian & Komp.	10 „ — „	
36611. A. Baron Czefik	10 „ — „	
36612. Dr. Adolf Daum	60 „ — „	
36613. Karoline Dichler	6 „ — „	
36614. Sophie Egger	12 „ — „	
36615. Gisela Egger	6 „ — „	
36616. Jenny Eißler	50 „ — „	
36617. Josefina Ernst	12 „ — „	
36618. Max F. Fechner	30 „ — „	
36619. Felbermayer & Komp.	100 „ — „	
36620. Professor Dr. Anton Felsenreich, für April, Mai, Juni		30 „ — „
36621. Wilhelm Fliegel	6 „ — „	
36622. Marie Flohr	15 „ — „	
36623. Stadtrat Sebastian Grünbeck	12 „ — „	
36624. Amos Hädl	6 „ — „	
36625. Mathias Hartl	6 „ — „	

36626. Ludwig Heiner, für März	6 K — h	
36627. Ludwig Heiner, für April	6 " — "	
36628. Anton Heldwein	12 " — "	
36629. Sidonie Hoffmann	6 " — "	
36630. Emil Hutter	24 " — "	
36631. Rahn-Hut & Komp.	6 " — "	
36632. Mag Kalbeck	6 " — "	
36633. Ottilie Kargl	6 " — "	
36634. Garba Kaufmann	6 " — "	
36635. Jakob Kohn	6 " — "	
36636. Karl Kohn	24 " — "	
36637. Dr. Friedrich Kraft	6 " — "	
36638. Frieda Lambrecht	18 " — "	
36639. Wilma Lauer	6 " — "	
36640. Sophie v. Lenz	6 " — "	
36641. Elise Lichtenstern	6 " — "	
36642. Theodor List	6 " — "	
36643. Julie Martin	6 " — "	
36644. Anna Mayer	6 " — "	
36645. Hedwig Müller	24 " — "	
36646. Hofrat Ritter v. Nepalack	6 " — "	
36647. Alfred Neu & Komp.	60 " — "	
36648. Julius v. Petravic	12 " — "	
36649. Prof. Dr. Friedrich Pineles	12 " — "	
36650. Klara Pollak	10 " — "	
36651. Josefina Pollak	12 " — "	
36652. Betti Prantner-Kaulla	6 " — "	
36653. Stephan Quittner	30 " — "	
36654. J. Reichsfeld	12 " — "	
36655. Dr. Bertold Reif	6 " — "	
36656. Johann Riedl	6 " — "	
36657. Anna Ruß	6 " — "	
36658. Robert Simon	12 " — "	
36659. Theresie Skutezky	6 " — "	
36660. Szandicz, Lazar & Komp.	6 " — "	
36661. Freiherr v. Schießl	30 " — "	
36662. Anna Schima	6 " — "	
36663. Heinrich Schnabel	12 " — "	
36664. Agnes Scholl	6 " — "	
36665. Regine Schütz	30 " — "	
36666. Heinrich Steiden, Apotheke	5 " — "	
36667. G. Stockhammer	6 " — "	
36668. Ottilie Toß	6 " — "	
36669. Eugenie Tauffig	4 " — "	
36670. Dr. Wilh. Tezner	6 " — "	
36671. Luise Thum (März)	10 " — "	
36672. Luise Thum (April)	10 " — "	
36673. G. v. Tschermak	6 " — "	
36674. Rosa v. Waldstein	12 " — "	1.050 K — h
36675. Direktion der Aktiengesellschaft Fattinger & Komp.	5.000 " — "	

36676. 1 prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug der Lehrpersonen an der Volksschule XIX., Mannagetttagasse 1	5 K 62 h	
Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz“	1 " 40 "	4 K 22 h
36677. Freiwillige Abzüge der Angestellten der Medikamenten-Eigenregie pro März 1918		39 " 98 "
Monatliche Beiträge für Auspeisungszwecke, und zwar:		
36678. F. Allina	5 K — h	
36679. Wolf Blumberg's Söhne	6 " — "	
36680. M. Byt	6 " — "	
36681. Berta v. Chalaupka	6 " — "	
36682. Freiherr v. Czedit	18 " — "	
36683. Ferdinand Dehm	50 " — "	
36684. Don Paul Dittrich	10 " — "	
36685. Berta Eises	10 " — "	
36686. Dr. Edgar Frandek	18 " — "	
36687. Bella Fuchs	6 " — "	
36688. Adele Gaber	6 " — "	
36689. Dr. Hans Gaber	6 " — "	
36690. Pauline Giesel	6 " — "	
36691. Jenny Halbmahr	12 " — "	
36692. Franz Hartl	6 " — "	
36693. Berta Hecht	6 " — "	
36694. Richard Heller	12 " — "	
36695. M. Heller	18 " — "	
36696. Dr. Wilhelm Knöpfmacher	6 " — "	
36697. Jakob und Josef Kohn, A.-G.	6 " — "	
36698. Dr. Richard Leipen	6 " — "	
36699. Heinr. Mandl & Co.	6 " — "	
36700. Eduard Münch	18 " — "	
36701. Eduard Doctor	10 " — "	
36702. Gustav Pach	5 " — "	
36703. Ignaz Pic	12 " — "	
36704. August Popper	6 " — "	
36705. Excellenz Cecile Schreiber	12 " — "	
36706. Theresie Trebitsch	10 " — "	
36707. Karl Truga	6 " — "	
36708. Hildegarde Wahlberg	12 " — "	
36709. Brüder Weber	6 " — "	
36710. Julius Weiffert	6 " — "	
36711. Gisela Witke	6 " — "	
36712. Wilhelmine Zehenthofer	6 " — "	346 " — "
36713. A.-G. Siemens & Halske, Beitrag der Beamtenschaft für März		203 " 50 "
36714. Margarete Homar		10 " — "

36715. Marie Starga durch Bezirksvorsteher Heinrich C. Ohrfandl, für Ausspeisewecke	20 K — h		
Frauen-Arbeits-Komitee für den III. Bezirk, Freitischablösungen für April 1918, und zwar:			
36716. Magda Grassmahr	12 K — h		
36717. Herr Neumann	6 " — "		
36718. Frixi Griest	6 " — "		
36719. Frau Dr. Brück	10 " — "		
36720. Direktor Pagau	10 " — "		
36721. Frau v. Goldberger	24 " — "		
36722. Frau Felgel	12 " — "		
36723. Exzellenz Kritek	16 " — "		
36724. Exzellenz Littrow	6 " — "		
36725. Della Grazie	6 " — "		
36726. Norbert Langer	12 " — "		
36727. Anna Mandrie	6 " — "		
36728. Frau v. Mautner-Markhof	24 " — "		
36729. Frau Dr. Zweibrück	6 " — "		
36730. Frau Moser	18 " — "		
36731. Herr Knauer	6 " — "		
36732. Frau Professor Jäger	18 " — "		
36733. Ungenannt	100 " — "	298 " — "	
36734. Ungenannt sein wollende Dame für Arme des XVII. Bezirkes		2.000 " — "	
36735. Martha Pflaum		100 " — "	
36736. Freiwilliger Gehaltsabzug des Personales der Forstverwaltung in Wildalpen		22 " — "	
36737. K. k. Post- und Telegraphen-Direktion Wien		9 " — "	
Monatsbeiträge für Ausspeisewecke, und zwar:			
36738. Nini Bermann	6 K — h		
36739. Berta Clauser	30 " — "		
36740. Dr. Eduard Deutsch	6 " — "		
36741. Auguste Egger	12 " — "		
36742. Egon Epstein	6 " — "		
36743. Rosalia Gaber	30 " — "		
36744. Dr. Moriz Goldfinger	18 " — "		
36745. Johanna Graetz	6 " — "		
36746. Adolf Hagenauer	6 " — "		
36747. Rudolf v. Halle	6 " — "		
36748. A. v. Haßlinger-Pratobevera	6 " — "		
36749. Hermine Fechtner	6 " — "		
36750. Emma Henninger	6 " — "		
36751. Jenny Zeiteles	60 " — "		
36752. Hermine Keil	6 " — "		
36753. v. Lilienau	30 " — "		
36754. C. Castiglioni	90 " — "		
36755. Hauptmann = Auditor Dr. Jos. Beitler	6 " — "		
36756. Leopold Pfersmann v. Eichthal	6 " — "		
36757. Dr. Josef Rainert	6 " — "		
36758. Dr. Viktor Rosenfeld	30 " — "		
36759. Anna Sacher	6 K — h		
36760. Dr. Gustav Siegler	6 " — "		
36761. Emil Spizer	6 " — "		
36762. Paula Schmidt	18 " — "		
36763. Hofrat v. Schoen	12 " — "		
36764. Dr. Emil Schreier	60 " — "		
36765. Dr. Eduard Weiß	6 " — "		
36766. Kaiserl. Rat Max Winteritz für drei Monate	18 " — "		
36767. Ernestine Blach	12 " — "	552 K — h	
36768. Karl Goldeband		10 " — "	
36769. Julius Schneider		100 " — "	
36770. Maria Madelaine Humbold für Ausspeisewecke unter besonderer Berücksichtigung des VII. Bezirkes		100 " — "	
36771. K. k. Tabakfabrik Wien-Donauring		135 " 10 "	
36772. Frauen-Arbeits-Komitee I., Freitischablösungen		246 " — "	
Monatsbeiträge für Ausspeisewecke, und zwar:			
36773. Dr. Moriz Goldfinger	18 K — h		
36774. Seraphine Hoffmeister	6 " — "		
36775. Dr. Gustav Leipen	12 " — "		
36776. Georg Reimers	6 " — "		
36777. C. & J. Reich	12 " — "	54 " — "	
36778. Donauwerke Ernst Krause & Komp.		2.000 " — "	
36779. Pfarrer Anton Handl, Spende anläßl. Ankauf eines Kriegsstammbuches		10 " — "	
36780. Rudolf Bleyer, Überzahlung für ein Kriegsstammbuch der Stadt Wien		9 " 20 "	
1prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug von Lehrpersonen an den Schulen Wiens, und zwar:			
36781. Volksschule f. Knaben und Mädchen XVIII., Cellesgasse 2	4 K — h		
Davor ab 25 Prozent für das "Rote Kreuz"			
	1 " — "	3 " — "	
Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:			
36782. Lilly Brezina, f. März	6 K — h		
36783. Lilly Brezina, f. April	6 " — "		
36784. Dr. Josef Breuer	60 " — "		
36785. Ugo dell'Acqua	6 " — "		
36786. Wilhelm Eisert	6 " — "		
36787. Cecile Fürst	6 " — "		
36788. Dr. Max Göhl	6 " — "		
36789. Dr. A. Hanč	6 " — "		
36790. Karl Pirringer	12 " — "		
36791. Paul v. Schiff-Suvero	606 " — "		
36792. Institut Stein	4 " — "		
36793. Berta Urban	30 " — "		
36794. Prof. Dr. M. Wlassat	18 " — "	772 " — "	

36795. Franz Hinterndorfer	3 K — h
36796. Exzellenz Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, für Ausspeisewecke pro Mai 1918	120 " — "
36797. Ober-Magistratsrat Karl Pawelka	15 " — "
36798. Ökonomat des k. k. Amtes für Volksernährung noe. Salomon Lechner in Gbding für Freibrot an die Armen	20 " — "
36799. Dr. A. M.	17 " 50 "
36800. Beamte der Stadtbuchhaltung, freiw. Gehaltsabzüge pro Mai 1918	64 " — "
36801. Österr. Siemens-Schuckert-Werke	1.300 " — "

Monatsbeiträge für Ausspeisewecke, und zwar:

36802. Wiener Baugesellschaft	200 K — h
36803. Dr. Oskar Ritter v. Fleißner	20 " — "
36804. Hermine Gallia	30 " — "
36805. Frau v. Hempel	6 " — "
36806. Henriette Fleischer	6 " — "
36807. A. Kranner	6 " — "
36808. David Weitner	6 " — "
36809. Karl Mendl	6 " — "
36810. Marie Neßler	6 " — "
36811. Lili Schoenthal	36 " — "

322 " "

Frauenarbeits-Komitee für den XVIII. Bezirk; Freitischab-lösungen pro März 1918:

36812. Herr Bernreuthner	6 K — h
36813. Marie Brenta	6 " — "
36814. Hofrat Büringer	6 " — "
36815. Hofrat Briha	6 " — "
36816. Mathilde Bacher	6 " — "
36817. Frau Drucker	6 " — "
36818. Frau Danielowsky	6 " — "
36819. Frau Diamand	6 " — "
36820. Franz Frischauf	30 " — "
36821. Magda Gailer	6 " — "
36822. Friederike Gerr	6 " — "
36823. Hermine Herz	6 " — "
36824. Regine Heller	6 " — "
36825. Eleonore Kalkstein	6 " — "
36826. Natalie Knoth	6 " — "
36827. Bruno Koffler	6 " — "
36828. Ernestine Kulka	6 " — "
36829. Franz Kurzbauer	6 " — "
36830. Comt. Grinditta Bippay	12 " — "
36831. Anna Liebherr	6 " — "
36832. B. Löwit	6 " — "
36833. Olga v. Ludassy	6 " — "
36834. Frau Dr. v. Madjera	6 " — "
36835. Anna Marschner	6 " — "
36836. Marie Marath	6 " — "
36837. Anna Nemeß	6 " — "
36838. Pauline Newald	6 " — "
36839. Magdalena Oberst	6 " — "
36840. Frau Ortner	6 " — "

36841. Marie Pawlik	6 K — h
36842. Ottilie Pöschel	6 " — "
36843. Hermine Přihoda	6 " — "
36844. Rudolf Büringer	6 " — "
36845. Stephanie Raab	6 " — "
36846. Helene Neckendorfer	6 " — "
36847. Minna Revelant	6 " — "
36848. Marie Ritter	6 " — "
36849. Anna Sedlaček	6 " — "
36850. Marie Semlička	18 " — "
36851. Aug. Frein v. Slatin	6 " — "
36852. Dr. Heinrich Freiherr v. Slatin	6 " — "
36853. Irene Frein v. Slatin	6 " — "
36854. Anna Slawik	6 " — "
36855. Frau Sommer	6 " — "
36856. Emilie Sonnenburg	6 " — "
36857. Adele Spitzer	6 " — "
36858. Amalia Schmertosh	6 " — "
36859. Helene Schmeger	12 " — "
36860. Frau Kar. Schwarzmann	6 " — "
36861. Franziska Schwanzara	6 " — "
36862. Leonie Schwanzara	12 " — "
36863. Antonia Scholz	6 " — "
36864. Frau S. Trauzl	6 " — "
36865. Hermine Trenkler	6 " — "
36866. Oberst Wencelides	6 " — "
36867. Josef Westermayer	6 " — "
36868. Hofrat Zeiffel	6 " — "
36869. Langjährige Tarockgesellschaft im Café Thury, für Ausspeisewecke	6 " — "
36870. Hofrat Ing. Dr. Franz Lorber	10 " — "
36871. Geza Baron Nagy	24 " — "

396 K — h

Monatsbeiträge für Ausspeisewecke, und zwar:

36872. F. Bombach	12 K — h
36873. Grete Deutsch	12 " — "
36874. Emanuel Lauschmann	12 " — "
36875. Albert Lederer	6 " — "
36876. Elise Raabe	10 " — "
36877. Baronin Pretis	100 " — "
36878. Hugo Schwizer	6 " — "
36879. Dr. Max Wallerstein	6 " — "

164 " — "

Für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Ihre Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion, und zwar:

36880. Ungenanntseinvollender (März)	5.000 K — h
36881. Baronin Harriett Haynau	18 " — "
36882. Exzellenz Tschirschtsky v. Bögendorff (März u. April)	200 " — "
36883. Böhler & Komp. A.-G.	2.500 " — "

36884. Viktor v. Ephrussi	200 K — h	
36885. Dr. Max Schneider		
R. v. Ernstheim	100 " — "	
36886. Otto Suppancic	100 " — "	
36887. Franz Josef Stiebitz	100 " — "	
36888. Firma M. J. Elfinger & Söhne	100 " — "	
36889. Beamtenschaft der Firma M. J. Elfinger & Söhne	80 " — "	
36890. Kreuzerverein (März)	60 " — "	
36891. Karl Kugler (März)	50 " — "	
36892. Dr. Hans E. Zimmermann (April)	18 " — "	
36893. Österr.-ungar. opt. Anstalt C P Goerz	50 " — "	
36894. Angestellte der Firma Felbermayer & Komp.	40 " — "	
36895. Mizzi Olschbaur	26 " — "	
36896. J. Eißler & Brüder (März)	400 " — "	
36897. Heinr. R. v. Miller zu Nischholz (März)	1.000 " — "	
36898. J. Eißler & Brüder (April)	400 " — "	
36899. Franz Josef Stiebitz	100 " — "	
36900. Karl Kugler (April)	50 " — "	
36901. Kreuzerverein (April)	60 " — "	
36902. Dr. Heinrich Krüßl	20 " — "	
36903. I. österr. Sparkassa	2.000 " — "	
36904. Ungenanntseinwollender (April)	5.000 " — "	
36905. Leop. Toepfer (April bis Juni)	18 " — "	
36906. Dr. Heinrich v. Miller zu Nischholz	1.000 " — "	
36907. J. Eißler & Brüder (Mai)	400 " — "	
36908. Dr. Hans E. Zimmermann (Mai)	18 " — "	
36909. Helene Baronin Leitenberger	100 " — "	19.208 K — h
Gesamtsumme der bisher eingelangten Spenden:		
Bar	20.862.102 K 32 h	
Wertpapiere (Nennwert)	740.570 " 40 "	

Feierlichkeiten im Rathause.

Donnerstag den 16. Mai 1918, um 10 Uhr vormittags nahm Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner im Präsidialbureau des Gemeinderates die feierliche Überreichung von kaiserlichen und kommunalen Auszeichnungen, beziehungsweise die Beeidigung von neuen Bürgern der Stadt Wien vor.

Es erhielten:

Die Ehrenmedaille für Feuerwehr- und Rettungswesen:

Karl Schiener, Exerziermeister der städtischen Feuerwehr, Franz Dieß, Löschmeister der städtischen Feuerwehr, und Josef Gold, Amtsdienner bei der städtischen Feuerwehr.

Die Funktionäre der Freiwilligen Feuerwehr Unter-Meidling:

Franz Nekowarik, Franz Postl und Josef Strohschneider.

Der Funktionär der Freiwilligen Feuerwehr Dornbach Franz Malysen.

Die Funktionäre der Freiwilligen Feuerwehr des XIX. Bezirkes (Ober- und Unter-Döbling):

Leopold Buchner, Alois Ecker, Karl Felbermeier und Johann Loibl.

Die Funktionäre der Freiwilligen Feuerwehr des XXI. Bezirkes (Donaufeld, Groß-Fedlersdorf, Leopoldau, Strebersdorf, Fabriksfeuerwehr von Bre villier & Komp., Fabriksfeuerwehr der Ersten österreichischen Zutespinnerei):

Rudolf Bauer, Anton Malek, Karl Scholz, Josef Schilling, Johann Weiß, Leopold Sammer, Hauptmann Josef Traxler, Paul Sonntag, Wenzel Steinbach und Anton Nowotny.

Das Diplom für mehr als 10jähriges Wirken als Armenräte erhielten:

Der Armenrat des II. Bezirkes Moriz Heger.

Die Armenräte des VII. Bezirkes: Johann Hahlheimer, Konstantin Jawecky v. Malez, Karl Lugner und Gustav Salzer.

Das Diplom für mehr als 10jähriges Wirken als Waisenträtinnen erhielten:

Die Waisenträtinnen des VII. Bezirkes: Franziska Larsen, Albine Ohrsandl und Julianne Rychnovsky.

Das Diplom für mehr als 10jähriges Wirken als Armenräte erhielten:

Der Obmann des Armen-Institutes des XII. Bezirkes Josef Himmler.

Die Armenräte des XII. Bezirkes: Emil Bayer, Konrad Bauer, Alois Fidera, Robert Hauke, Leopold Kersch, Karl Lande, Anton Lenz, Emil Pollak und Franz Tufatsch.

Die Armenräte des XIII. Bezirkes: Johann Vogner, Johann Jonke, Ludwig Böhl, Johann Spalek und Johann Wolf.

Das Diplom für mehr als 10jähriges Wirken als Waisenträtin Johanna Seidl.

Das Diplom für mehr als 10jähriges Wirken als Armenräte erhielten:

Die Armenräte des XIV. Bezirkes: Ignaz Fiala, Leopold Hengl, Hans Herlitschka, Peter Legerer, Anton Mayer, Franz Prochaska, Johann Schlarbaum, Leopold Schober, Rudolf Schwarz, Johann Siegel und Adolf Sitter.

Das Diplom für mehr als 10jähriges Wirken als Waisenträtin die Waisenträtin des XIV. Bezirkes Pauline Schmidt.

Das Diplom für mehr als 10jähriges Wirken als Armenräte erhielten:

Die Armenräte des XVII. Bezirkes: Johann Böck, Dr. Franz Ritter v. Des Loges, Leopold Dokulil, Johann Hügel, Rudolf Kallat, Dr. Rudolf Kübler, Alois

Leopold, Anton Delßner, Karl Duz und Franz Weingart.

Das Bürgerrecht mit Rücksicht der Taxen Bürgerschuld-Direktor i. R. Franz Prohaska.

Zur Feier hatten sich eingefunden: die Stadträte Brauneiß, Hölzel, Müller und Poyer; die Gemeinderäte Breuer, Daberkow, Dobek, Komrowsky, May, Panoßch, Partik, Paulitschke, Schmied und Wiesinger; die Bezirksvorsteher Spitaler, Ohrfandl und Kunz; Bezirksvorsteher-Stellvertreter Bieröckel; Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern; Ober-Magistratsrat Dr. Viktor Winkler; die Magistratsräte Formanek, Dr. Madjera und Schausler; die Magistrats-Sekretäre Paul und Hofer; Brand-Direktor Jenisch; kaiserl. Rat Kanzlei-Direktor Mayer; Feuerwehr-Hauptmann Kantner, mehrere Armen-Institut-Obmänner, viele Genossenschaftsvorsteher, sowie Familienangehörige der Ausgezeichneten.

Zuerst überreichte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Diplome für mehr als 10jähriges Wirken als Armenrat, beziehungsweise Waisenrat. Er wies in seiner Ansprache auf die Wichtigkeit und Schwierigkeiten dieses Amtes hin und sagte:

„Ihre Tätigkeit gründet sich auf die ewigen Grundsätze christlicher Nächstenliebe. In der vorchristlichen Zeit hat es keine Armenpflege gegeben, erst unsere Religion hat in die Welt die Fürsorge für bedrängte Brüder und Schwestern eingeführt. Ich glaube wohl, daß jeden von Ihnen das Gefühl der Befriedigung erfüllen muß, wenn es ihm gelungen ist, Tränen zu trocknen und Elend zu mildern. Ihrem Amt folgt nicht immer der Dank nach, aber das darf Sie nicht abhalten, überall dort einzugreifen, wo unverschuldete Not und Elend vorhanden sind. Insbesondere liegt mir die Fürsorge für die armen Waisenkinder am Herzen und es gebührt wohl der größte Dank der Allgemeinheit jenen, welche sich auf diesem Gebiete tätig erwiesen. Ich bitte die verehrten Damen und Herren, gerade der Kinderfürsorge die regste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wohin kommen wir, wenn wir nicht eine Generation heranziehen, die gesund an Körper und Geist wieder arbeiten kann, wenn wir endlich wieder ruhig arbeiten können, wenn wir nicht wissen, daß auch unsere Nachkommen arbeiten werden für die Ehre, das Ansehen und den Ruhm unserer geliebten Vaterstadt.“

Ich bitte Sie, dieses Diplom entgegenzunehmen in dem Bewußtsein, daß es die Anerkennung für Ihre zehnjährigen Dienste, aber nicht den Abschluß Ihrer Tätigkeit bedeuten soll. Im Gegenteil, bitte ich Sie, daß die Anerkennung, die Ihnen heute seitens der Gemeindevertretung durch den Mund des Bürgermeisters und die Diplome zuteil geworden ist, als Ansporn zu betrachten, auch weiterhin Ihr schweres, verantwortliches Amt im Geiste christlicher Nächstenliebe zu versehen.“ (Lebhafter Beifall.)

Namens der Ausgezeichneten sprach Herr Konstantin Saweck den Dank aus.

Hierauf nahm der Bürgermeister im Gemeinderatssitzungsjaale die Beeidigung von 61 neuen Bürgern der Stadt Wien vor. Er hielt hiebei folgende Ansprache, die von der Versammlung stehend angehört wurde:

„Meine Aufgabe ist es heute, Ihnen den Bürgereid abzunehmen, und damit erwächst die Ihnen verliehene Auszeichnung in Rechtskraft. Das Bürgerrecht der Stadt Wien ist eine Auszeichnung, denn es kann nach unseren Gesetzen nur jenen ver-

liehen werden, die ihren Pflichten als Staatsbürger und ihren Pflichten gegenüber der Gemeinde durch eine Reihe von Jahren einwandfrei entsprochen haben. In diesen schweren Zeiten sind große Lasten der Bevölkerung aufgelegt. Unsere Söhne und Brüder haben seit nahezu vier Jahren heldenmütig die Grenzen des Reiches verteidigt und den Feind von der heimatischen Scholle ferngehalten. Wir Wiener können alle Tage Gott danken, daß unsere Stadt und ihre Bewohner von den unmittelbaren Folgen des Krieges verschont geblieben sind. Allerdings haben auch wir im Hinterlande schwere Opfer bringen müssen. Schwere Entbehrungen hat unsere Bevölkerung erlitten und ich bringe der Wiener Bevölkerung meine vollste Anerkennung entgegen für die Geduld, Hingebung und Opferwilligkeit, mit der sie die Leiden des Krieges, die sich auch in unserer Stadt gezeigt haben, ertragen hat. Aber so wie unsere Söhne und Brüder heldenmütig der stolzen Tradition ihrer Vorfahren gefolgt sind, so ist es auch unsere Pflicht im Hinterlande, heldenmütig durchzuhalten, bis wieder Frieden einzieht. In dieser schweren Zeit erwachsen den Bürgern der Stadt Wien erhöhte Aufgaben. Wir werden auch nicht sofort mit Kriegsschlus in bessere Zeiten übergehen, wir werden an den Folgeerscheinungen des Krieges noch manches Jahr zu tragen haben. Was ist aber in solcher Zeit die Pflicht des Wiener Bürgers? Unter meinem Vorgänger Liebenberg haben die Wiener Bürger im Jahre 1883 ihre Stadt verteidigt, und die Bürger in diesem Jahrhundert haben die Pflicht, alles daranzusetzen, daß unsere Stadt von den Stürmen befreit wird, die innere Feinde erwecken wollen. (Beifall.)

Wir Bürger haben alles daranzusetzen, daß Ruhe und Ordnung herrsche, damit, wenn wieder die sonnigen Tage des Friedens eintreten, Wien verschont geblieben ist von den Umläufungen und Stürmen, die andere Städte heimgesucht haben, damit wir gerüstet sind, die Friedensarbeit wieder zu beginnen. Was die Gemeindeverwaltung tun kann, um das Gewerbe wieder aufzurichten, um die bedrängte mittelständische Bevölkerung zu schützen und zu fördern, ist geschehen und wird auch weiter geschehen. Aber, meine Herren, Sie dürfen den Bürgermeister nicht einsam lassen auf seinem kurulischem Stuhl, das ganze Bürgertum Wiens muß sich in treuer Freundschaft zusammenfinden, um Mitarbeiter des Rathauses zu sein. Nur in der Wechselwirkung zwischen den breiten Schichten der Bevölkerung und dem Rathause, nur in enger treuer Verbindung werden wir die schwere Zeit überdauern und dann werden künftige Geschichtsschreiber sagen, die Wiener Bürger des Weltkrieges 1914 bis 1918 waren ihrer Vorfahren würdig.“

Präsidential-Vorstand Magistratsrat Formanek verlas die Eidesformel, worauf die neuen Bürger den Bürgereid ablegten.

Der Bürgermeister dankt hierauf auch den erschienenen Genossenschaftsvorstehern für die Teilnahme an der Feier und spricht die Überzeugung aus, daß auch sie durch ihre stramme, feste Organisation und Mithilfe beitragen werden, die schwere Zeit zu überstehen.

Sodann traten unter der Führung des Brand-Direktors Jenisch und des Feuerwehr-Hauptmannes Kantner die Mitglieder der Feuerwehr an, denen die Ehrenmedaille für Feuerwehr und Rettungswesen verliehen worden war.

Der Bürgermeister überreichte ihnen die Medaille, dankte ihnen für ihre Tätigkeit und sagte: „Ich bin mir wohl bewußt, daß diese Zeit der Organisation der freiwilligen Feuer-

wehren nicht besonders zuträglich ist. So viele Ihrer Kollegen sind an der Front und haben die heimatliche Scholle gegen den Feind zu verteidigen. Sie haben es heldenmütig getan und der Dank der gesamten Bevölkerung wird ihnen folgen. Aber auch wir im Hinterlande haben Kriegsdienste zu leisten, welche manchmal schwer sind, insbesondere auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens. Umso höherer Dank gebührt Ihnen und ich bitte Sie auch, auszuharren. Ich will die Institution der freiwilligen Feuerwehr erhalten, sie soll die Kriegszeit überdauern, damit sie im Frieden wieder mächtig ausgestaltet wird und wir dann zu jenen Zielen gelangen, die uns vorschweben, damit Wien in jeder Beziehung einen einwandfreien und muster-giltigen Feuerwehr- und Rettungsdienst hat."

Brand-Direktor Jenisch und Feuerwehr-Hauptmann Kantner dankten im Namen der Ausgezeichneten mit dem Versprechen, daß die Gesamtheit der Wiener Feuerwehren auch fernerhin ihre Pflicht voll und ganz erfüllen werde. Zum Schluß brachte Feuerwehr-Hauptmann Kantner ein dreimaliges "Wacker!" auf den Bürgermeister und die Gemeindevertretung aus, in das die Ausgezeichneten lebhaft einstimmten.

Sodann nahm der Bürgermeister dem Bürgerschul-Direktor i. R. Franz Prohaska den Bürgereid ab. Er beglückwünschte den Ausgezeichneten und sprach ihm den besten Dank für seine mehr als 36jährige Tätigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens aus, die auch die volle Anerkennung der Schulbehörde gefunden habe. „Sie haben es," sagte er, „nicht nur verstanden, das Vertrauen der Schulbehörden zu erlangen, sondern auch Ansehen und hohe Wertschätzung in weitesten Kreisen der Bevölkerung Ihres Bezirkes, deren Kinder Sie herangebildet haben. Aber auch über das Gebiet des Schulwesens hinaus waren Sie in der kommunalen Fürsorge tätig. Ich glaube, es ist Ihnen vom Gemeinderate auch schon das Diplom als Armenrat zuerkannt worden. Im Laufe der Zeit, die Sie auf dem Gebiete des Schulwesens tätig waren und die Jahrzehnte umspannt, werden Sie die Entwicklung unseres Schulwesens als eine solche erkannt haben, welche mit Fug und Recht der Stadt zur Ehre und zum Ruhme gereicht. Wie stand es vor 36 Jahren und wie steht es heute? Dabei sind wir noch nicht am Ende unserer Entwicklung angelangt. Wir sind uns bewußt, daß besonders das Gebiet der Jugendfürsorge noch einer besonderen Ausgestaltung fähig ist, wir sind uns bewußt, daß wir auch für die erweiterte Volksbildung nach Vollendung der Schulpflicht sorgen müssen. Ich danke Ihnen, Herr Direktor, vielmals für all Ihre Wirken im Schuldienste und zum Wohle Ihrer Mitbürger. Sie selbst sind der Sohn eines Wiener Bürgers und ziehen nun auch in die Reihen der Wiener Bürger ein. Ich habe Sie heute eingeladen, den Bürgereid zu leisten. Sie können ihn mit ruhigem Gewissen ablegen, weil er eigentlich nur Ihr Lebensprogramm bedeutet, so lange Sie öffentlich tätig waren. Nehmen Sie meine Glückwünsche zur erlangten Würde entgegen, denen ich wohl auch die Bitte des Bürgermeisters beifügen darf, daß Sie, obwohl dem öffentlichen Schuldienste entrückt, dennoch weiter für das öffentliche Wohl in der bisherigen bewährten Weise wirken werden."

Präsidial-Vorstand Magistratsrat Formanek verlas die Eidesformel, worauf Direktor Prohaska den Bürgereid ablegte. Stadtrat Brauneiß, Gemeinderat Schmidt und ein Vertreter des Bezirksrates beglückwünschten den Ausgezeichneten.

Bürgerschul-Direktor Prohaska dankte mit herzlichen Worten. Er betrachte den heutigen Tag als einen der schönsten seines Lebens, er bilde für ihn den formellen Abschluß einer mehr als 36jährigen, höchst glücklichen Tätigkeit im Lehrberufe und die heutige Ehrung habe für ihn um so größere Bedeutung, als auch sein seliger Vater nach Jahren schwerer Arbeit sich dieser Würde erfreut habe. „Ich weiß recht wohl," sagte er, „daß ich diese Auszeichnung nicht meinen persönlichen Verdiensten verdanke, sondern der außerordentlichen Wertschätzung, welche die Gemeindevertretung dem Schulwesen und allen Lehrpersonen entgegenbringt. Wie sehr sie der Lehrerschaft entgegenkommt, beweist auch die neue Verordnung, wonach die Pensionsfähigkeit an die Vollstreckung einer 35jährigen Dienstzeit und die Vollendung des 60. Lebensjahres geknüpft wurde, während früher die Grenze viel weiter hinausgerückt war. Dadurch ist jeder Einzelne in der Lage, sich einige Jahre länger des Ruhestandes zu erfreuen, es werden dadurch auch die Beförderungsverhältnisse der gesamten Lehrerschaft außerordentlich verbessert. Was der Herr Bürgermeister über den außerordentlichen Fortschritt des Schulwesens unter der Ägide der Gemeinde seit 20 oder 30 Jahren gesagt hat, so hieße es Eulen nach Athen tragen, darüber noch weiter zu sprechen. Man braucht nur die Schulpaläste anzusehen, die in jedem Bezirke wie Pilze aus der Erde schießen. Wenn man den Vergleich zieht, was früher war, so fällt der kolossale Fortschritt in die Augen." Redner dankte dem Ortsschulrat, der Bezirksvertretung, dem Stadtrat und Gemeinderat für die verliehene Auszeichnung und insbesondere dem Bürgermeister, der trotz seiner ungeheueren Arbeitslast sich die Zeit genommen habe, ihm die Auszeichnung persönlich zu überreichen. „Möge Gott unserem schwergeprüften Vaterlande bald einen ehrenvollen, segensreichen Frieden spenden, so daß dann auch unsere liebe Vaterstadt Wien wieder zu noch größerer Ehre und Ansehen gelange. Das walte Gott!"

Hiermit war die Feier beendet.

Aspernfeier.

Wie alljährlich seit der Einverleibung der linksseitigen Donaugemeinden wurde auch heuer der Gedenktag der Schlacht bei Aspern in diesem geschichtlich denkwürdigen Orte in Anwesenheit von Gemeindefunktionären und militärischen Persönlichkeiten gefeiert.

Zu der Feier, welche am 22. Mai, dem zweiten Schlacht-tage, veranstaltet wurde, hatten sich eingefunden: Vize-Bürgermeister Hierhammer, der Stadt-Kommandant FML. Ritter v. Mospigg, der Kommandant des Invalidenhauses FML. Edler v. Trexler, die Gemeinderäte Gussenbauer und Oberleutner, Bezirksvorsteher Anderer, der Obmann-Stellvertreter des Ortsschulrates Floridsdorf Bezirksrat Schultheiß, Bezirksschul-Inspektor Smital, der Kommandant des Asperner Flugfeldes Hauptmann Wysockil, mehrere dem Militär-Invalidenhanse zugeteilte Offiziere, vom Archiv des Kriegsministeriums Ober-Offizial Werner, Hofjagdverwalter Lienbacher, städtischer Forstmeister Kubinger, in Vertretung des Kommandanten des Österreichischen Kriegerkorps FZM. Ritter v. Wilkullil, der Oberst Reichberger mit dem Oberstleutnant

Stehlik und Major Knechtl an der Spitze einer Kompagnie der Wach-Abteilung Wien, zahlreiche Offiziere von Kriegervereinen, Oberlehrer i. R. Pawloj, der Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Aspern, der Obmann des Militär-Veteranenvereines Aspern Lobner u. v. a.

Die Feier wurde eingeleitet mit einer Festmesse unter freiem Himmel nächst dem Fernkorn'schen Löwen von Aspern, welche Feld-Oberkurat Dr. Dobroszemsky unter Assistenz des Pfarrers Jegglinger und Kooperators Tina zelebrierte, nach deren Schluß ein Gebet für die in Aspern gefallenen Helden verrichtet wurde. Während der Messe sang ein gemischter Chor von Schulkindern unter der Leitung des Oberlehrers Pasitschka ein Messlied.

Zwei Schulkinder überbrachten sodann den Gruß der Jugend, erinnerten an den Heldennut der Vorkämpfer und überreichten dem Vize-Bürgermeister Hierhammer und den Ehrengästen Blumensträuße.

F.M. Edler v. Trexler hielt die Gedenkrede, in welcher er ausführte: Für jeden patriotisch fühlenden Österreicher ist der Name Aspern unzertrennlich verbunden mit der Erinnerung an eine glorreiche Waffentat unserer Armee, die ein Ruhmesblatt in der vaterländischen Geschichte bildet. Wir feiern heute den Gedenktag der Schlacht am 21. und 22. Mai 1809. Vor unserem geistigen Auge ziehen gleich Momentbildern die einzelnen Phasen dieses mörderischen Ringens vorüber.

Der Redner schilderte sodann den Verlauf der Schlacht, wobei er einzelne dramatische Episoden besonders hervorhob und betonte, daß der Sieg bei Aspern hauptsächlich deshalb von großer Bedeutung war, weil bei Aspern der Nimbus der Unbesiegbarkeit Napoleon's durch die todesverachtende Tapferkeit des österreichischen Heeres zerstört wurde. Auf dem Kampffelde habe sich die innere Kraft des auf sich allein angewiesenen Österreich glänzend bekundet. In der Zeit der tiefsten Verzweiflung und Erniedrigung Deutschlands und Preußens wirkte die Kunde von diesem Siege gleich einer befreienden Tat und belebte die Hoffnungen der zahlreichen Gegner des korsischen Tyrannen. „Karl“ und „Aspern“ waren zwei Worte, die jedem Österreicher und Deutschen heilig blieben, sie wurden von Körner, Kleist und Lenau besungen und weckten die Begeisterung für die kommenden Befreiungskriege.

In diesem Augenblicke gedenken wir aber auch jener, die in dem gegenwärtigen, dem schrecklichsten Kriege aller Zeiten, Ehre und Dasein unserer Monarchie verteidigen; in welchem die glorreichen Erfolge unserer heldenhaften Armee gleich einem Fels dem wütenden Ansturm unserer Gegner trogen. Daß wir heute im vierten Jahre des gewaltigen Ringens mit einer bedeutenden Übermacht weit vorgeschritten im Feindeslande stehen, kann uns mit berechtigtem Stolz erfüllen.

Bewegten Herzen gedenken wir all jener tausender waderer Streiter, die in dem Kampfe um die heiligsten Güter zum Schutze der heimatlichen Scholle ihre Gesundheit, ihr Leben für Thron und Vaterland hingegeben haben. Mit Bewunderung gedenken wir auch aller jener, die im Hinterlande die unsagbaren Leiden und harten Entbehrungen, die dieser Krieg der Bevölkerung auferlegt, mit demüthvoller Ergebung und stillem Heroismus tragen. Sie alle sind durchdrungen von dem unbeugjamen Entschlusse, auszuharren in dem uns aufgezwungenen Kampfe bis zur siegreichen Beendigung.

Mit einer patriotischen Wendung gedachte sodann der Redner unseres allverehrten Monarchen und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Kaiser Karl, worauf die Volkshymne gesungen wurde.

Vize-Bürgermeister Hierhammer hielt sodann folgende Ansprache:

„Euer Exzellenz!

Meine sehr geehrten Herren!

Der Maientag von Aspern wird nach altherwürdiger Sitte zugleich mit den Vertretern unserer Armee und der Gemeindevertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an geweihter Stätte festlich begangen.

Er ist uns mehr als eine Erinnerung an eine ruhmvolle Schlacht, mehr als das pietätvolle Gedenken an die Helden, die diese Schlacht geschlagen haben — er ist uns zugleich das Symbol für den niemals zu erschütternden Bestand unseres Vaterlandes, ein Symbol der Kraft, die sich im heimatlichen Boden immer erneuert und unversiegbar ist, ein frohes Bild des Erwachens nach Sturm und Drang und Zerstückung.

Der Krieg, der uns nun fast vier Jahre heimsucht hat noch viel schrecklichere Formen angenommen, als zur Zeit der Eroberungszüge des Korjen, viel gewaltigere Heere stehen einander gegenüber, die Verluste an Menschen sind ungeheuer geworden und die Vernichtungsmittel entsetzlich.

Die Bevölkerung aber hat nun Heimsuchungen zu ertragen, die in der Menschengeschichte fast beispiellos sind.

Und dennoch wird uns der Tag von Aspern niemals verblaffen, er ist ein Teil unseres Heimatschazes geworden, ein Teil unseres vaterländischen Erbgutes, das vom Vater auf den Sohn, von Generation zu Generation verpflanzt wird.

Die Heldenkreuze sind gefallen und die geheiligten Stätten des Kampfes, der um der Güter höchstes ging, haben ihr Bild verändert und geben nach und nach der großstädtischen Entwicklung Raum.

Unsterblich aber lebt fort der Geist von Aspern, er senkt sich nieder in die Brust der Helden, die nun wieder um den Bestand des Vaterlandes und das Leben unserer Kinder kämpfen.

So mag die Zeit ändern an dem, was ihr unterworfen ist — was hat's denn für Not! Der Geist lebt in uns allen und der heutige Tag ist ein Fest dieses Geistes, des Heldengeistes von Aspern.

In diesem Geiste werden wir auch im Weltkampfe siegen, denn in hundert Schlachten wurde erwiesen, daß unsere Armee vom alten Heldengeiste beseelt ist.

In ihrem Lager ist auch heute noch Österreich und sie hat Grillparzer's Wort neuerlich zur Wahrheit gemacht:

„Im Anschluß von allen liegt der Sieg,

Im Glück eines Jeden das Ende!“

Wir sehnen den Tag herbei, an welchem wir unsere ruhmbekränzten Soldaten nach Kampf und Sieg wieder in unserer Mitte begrüßen und mit ihnen wirken können an dem Wiederaufbau aller Verhältnisse und an einer glücklichen Zukunft des Vaterlandes.

Im gegenwärtigen Augenblicke aber entbieten wir ihnen ins Feld hinaus unsere innigsten Grüße und rufen, indem wir auf sie Gottes Schutz und Schirm herabflehen, aus tiefstem Herzen: Unsere glorreiche Armee lebe hoch, hoch, hoch!“

Begeisterte Zustimmung folgte diesen Worten, worauf von den verschiedenen Korporationen Kränze auf das Denkmal niedergelegt wurden.

Während der Feier überflog ein Aeroplan den Festplatz und warf Blumen herab, welche über Verfügung des Vize-Bürgermeisters Hierhammer ebenfalls auf dem Denkmal niedergelegt wurden.

Mit dem vom Vize-Bürgermeister Hierhammer ausgedrückten Danke an die Lehrerschaft und die Schulkinder für die Mitwirkung schloß die erhebende Feier.

Einführung von Süßstoffanweisungen und Rayonierung der Diabetiker.

Das k. k. Finanzministerium hat mit dem Erlasse vom 8. März 1918, Z. 22721, die Einführung einer Süßstoffanweisung für Diabetiker und die Rayonierung der sich um dieselbe bewerbenden Diabetiker gegen Verzicht der Bewerber auf die ihnen gebührende Zuckerquote angeordnet. Diabetiker, welche sich um den Bezug künstlicher Süßstoffe bewerben wollen, haben zu diesem Behufe dem zuständigen magistratischen Bezirksamte ein amtsärztlich bestätigtes Zeugnis vorzulegen und gleichzeitig anzugeben, in welcher Apotheke sie den künstlichen Süßstoff beziehen wollen. Im Falle der aufrechten Erledigung des Ansuchens wird vom magistratischen Bezirksamte eine Süßstoffanweisung ausgestellt, auf Grund welcher sich deren Inhaber in der Kundenliste der von ihm gewählten Apotheke eintragen zu lassen hat. Durch die Aufnahme in die Kundenliste erwirbt er das Recht, allwöchentlich die jeweils festgesetzte Süßstoffmenge (bis auf weiteres wöchentlich eine Packung L. 1 zu 25 Tabletten = 192 g Zucker) beziehen zu können. Die Verzichtleistung auf die Zuckerquote wird durch die vom magistratischen Bezirksamte vorzunehmende Verminderung der Personenzahl auf den Zuckerabschnitten des amtlichen Einkaufsscheines zum Ausdruck gebracht und ist vom Inhaber des amtlichen Einkaufsscheines ohne Verzögerung der Zuckerabgabestelle, bei welcher er rayoniert ist, behufs Richtigstellung der Personenzahl in der Kundenliste bekanntzugeben. Nach Ablauf der in der Süßstoffanweisung festgesetzten Frist kann die Anweisung bei gleichbleibenden Verhältnissen und Weiterverzicht auf die Zuckerquote auf die Dauer der nächsten Zuckerlieferungsperiode vom zuständigen magistratischen Bezirksamte unter Bestätigung auf der Rückseite der Anweisung verlängert werden. Diese Verlängerung ist in der Kundenliste des Apothekers vormerken zu lassen. Im Falle eine Partei zwecks Wiedererlangung der Zuckerquote auf die Süßstoffanweisung vor deren Ablauf Verzicht leisten will, hat sie die Löschung in der Kundenliste des Apothekers zu veranlassen und die mit dem Vermerke des Apothekers über die vorgenommene Löschung versehene Anweisung samt dem amtlichen Einkaufsscheine dem zuständigen magistratischen Bezirksamte behufs Erhaltes eines neuen amtlichen Einkaufsscheines mit der ursprünglichen Personenzahl zurückzustellen.

Sicherstellung der Futter- und Weidennutzung.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Ministerial-Verordnung vom 18. März 1918, R.-G.-Bl. Nr. 102, jeder Grundeigentümer verpflichtet ist, seine sämtlichen Wiesen, Weiden und Alpen der Futtergewinnung und Beweidung durch landwirtschaftliches Nutzvieh dienstbar zu machen. Die politische Bezirksbehörde kann alle nicht voll ausgenützten Futtergründe sowie Weide- und Alpenflächen der Gemeinde oder sonstigen Viehbesitzern für das laufende Wirtschaftsjahr zur Futtergewinnung oder Beweidung zuweisen.

Handels- und Gewerbekammer in Brody.

Diese Handels- und Gewerbekammer hat ihren Amtssitz, der zuletzt in Wien, I., Stubenring 8/10, war, am 1. Mai 1918 wieder nach Brody zurückverlegt. (H.-u.G.-R. Brody N. 1090, M. D. 2516.)

Bau-Deputation für Wien.

Zu Mitgliedern der Bau-Deputation für Wien aus dem Stande der Baufachverständigen wurden für die bis 9. Mai 1919 dauernde einjährige Funktionsperiode vom n.-ö. Landes-Ausschusse der behördlich autorisierte Architekt Josef B ü n d s d o r f, von der k. k. n.-ö. Statthalterei der k. k. Ober-Baurat und Architekt Ludwig B a u m a n n und vom Wiener Gemeinderate der Architekt und Stadtbaumeister Rudolf J ä g e r und der Ingenieur und Baumeister Adolf Z w e r i n a gewählt.

K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 5. Mai 1918, ad G. Z. 16482/17:

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat mit dem Erlasse vom 3. April 1918, Z. 8309-XIII, dem Oberlehrer an der Volksschule für Knaben in Wien, XIV., Meißelstraße 19, Ignaz F i a l a, in Anerkennung seiner vieljährigen, sehr ersprießlichen Wirksamkeit auf dem Gebiete des Schulwesens den Titel „Direktor“ zu verleihen gefunden.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 6. Mai 1918, ad G. Z. 2900/18:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Direktor der Bürgerschule für Knaben IV., Schaumburgergasse 7, Franz K u n s c h n e r, anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand für sein vieljähriges Wirken im Schuldienste den Dank und die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 8. Mai 1918, ad G. Z. 17356/17:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 1. Mai 1918, Z. 1984-II, der mit Ende Jänner 1918 in den

Ruhestand verfehten Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen IX., Galileigasse 3, Marie Kuf, im Hinblick auf ihr erfolgreiches Wirken im Schuldienste die Anerkennung ausgesprochen.

Lebensmittelverkehr.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 12. Mai bis 18. Mai 1918.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . .	103.863 kg	Und zwar aus:	
		Wien	62.353 g
		dem sonst. Niederösterreich	900 "
		Oberösterreich	6.210 "
		Böhmen	28.400 "
		Ungarn	6.000 "
Schweinefleisch . . .	47.454 kg	Und zwar aus:	
		Wien	47.432 kg
		dem sonst. Niederösterreich	22 "
Kälber	105 Stück	Und zwar aus:	
		Oberösterreich	13 St.
		Mähren	6 "
		Polen	86 "
Schafe	540 Stück	Und zwar aus	
		dem sonst. Niederösterreich	1 St.
		Oberösterreich	166 "
		Mähren	13 "
		Ungarn	360 "
Schweine	1 Stück	Und zwar aus:	
		dem sonst. Niederösterreich	1 St.
Lämmer	520 Stück	Und zwar aus:	
		dem sonst. Niederösterreich	2 St.
		Oberösterreich	183 "
		Mähren	3 "
		Ungarn	332 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch, vorderes von K Kostbraten u. Rieden	7-20 bis 8-40	per Kg.
Kalbfleisch		5-75 " 6- "	" "
Schafffleisch (Lammfleisch)	" " 19-20 " 20-20	" "	
Schweinefleisch	" " 10- " 15-	" "	
Kälber	" " 4-70 " 4-80	" "	
Schafe	" " 20- " 21-	" "	
Schweine	" " — " —	" "	
Lämmer	" " 14- " 16-	" "	

Per Bahn langten ein 22 Waggons mit 64.553 t.
Die dieswöchigen Zufuhren waren im Vergleiche zur Vorwoche geringer.
Der Marktverkehr mit Rücksicht auf die Pfingstfeiertage äußerst lebhaft.

Rindfleisch war in genügenden Mengen vorhanden.
Kalbfleisch genügte nicht der Nachfrage.
Lamm- und Hühnerfleisch war in genügenden Mengen vorhanden.
Aus den Beständen der Gemeinde Wien wurden ausgegeben:
15.000 kg ungarischer gefalzener Speck,
20.000 kg frisches, ungefalzenes, abgezogenes ungarisches Schweinefleisch,
10.000 kg geräuchertes ungarisches Rindfleisch,
10.000 kg geräuchertes kroatisches Schweinefleisch.
Die Preislage blieb im allgemeinen unverändert.
Von der Allgemeinen Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurden — kg Rindfleisch zugeführt.

Pferdemarkt vom 17. Mai 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 651 Stück.

251 Gebrauchspferde, 400 Schlachtpferde*).

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 7500 K per Stück
" Schlachtpferde . . . 2100 " 2500 " " "
Schlachtpferde per 1 kg Lebengewicht 6 K — h bis 7 K 60 h

Der Markt war lebhaft.

Jung- und Stechviehmarkt vom 21. und 23. Mai 1918.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend	—	Schafe lebend	—
Kälber ausgeweidet	342	Schafe ausgeweidet	73
Lämmer lebend	3	Schweine ausgeweidet	146
Lämmer ausgeweidet	115	Spanferkel	—

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität	von — bis — h (extrem bis — h)
II. "	" " " " " " " "
III. "	" " " " " " " "

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von — bis 470 h (extrem bis — h)
II. "	" " " " " " " "
III. "	" " " " 300 " 450 "

Lämmer lebend (per 1 kg)

I. Qualität	von — bis — h (extrem bis — h)
II. "	" " " " " " " "
III. "	" " " " 800 " 1000 "

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von — bis — h (extrem bis — h)
II. "	" " " " " " " "
III. "	" " " " 1000 " 1600 "

*) Hieron 53 am Markte und 367 im Pferdeschlachthause.

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von 1000 bis 1600 h (extrem bis — h)
II. "	" — " — "
III. "	" — " — "

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von — bis 1400 h (extrem bis — h)
II. "	" — " — "
III. "	" — " — "

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität	von — bis — h (extrem bis — h)
II. "	" — " — "
III. "	" — " — "

Schafe lebend (per Paar):

I. Qualität	von — bis — K (extrem bis — h)
II. "	" — " — "
III. "	" — " — "

Der Schweinemarkt wurde in dieser Woche nicht besichtigt.
Auf dem Jungviehmarkte wurden um 90 Stück Kälber weniger zugeführt.

Auf dem Schlachtwiehmärkte wurden am 23. Mai 1918 466 Stück Mast- und 83 Stück Weinvieh aufgetrieben.

Alle Kälberqualitäten, sowie Lämmer, Schafe und weidner Schweine wurden zu unveränderten Vorwochenpreisen abgegeben.

* * *

Pferdemarkt vom 21. Mai 1918.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 757 Stück.

281 Gebrauchspferde, 476 Schlachtpferde*).

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 5800 K per Stück
" Schlachtpferde 650 " 2400 " " "
Schlachtpferde per 1 kg Lebendgewicht 5 K 20 h bis 5 K 90 h

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtwiehaufteilung vom 21. Mai 1918.

1. Gesamtzufuhr: 4607 Stück, und zwar:

Mastvieh	3316 Stück
Weidevieh	— "
Weinvieh	1291 "
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche	— "

Die Gesamtzufuhr zerfällt dem Geschlechte nach:

Ochsen	3024 Stück	Kühe	986 Stück
Stiere	587 "	Büffel	10 "

*) Sieben 30 am Markte und 446 im Pferdeschlachthause

Herkunftsländer der Zufuhren:

aus Ländern der ungarischen Krone	1975 Stück
" Galizien und Bukowina	1868 "
" dem sonstigen Österreich	1864 "
" dem Ausland	— "

2. Preise der aufgeteilten Rinder:

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn farbige Ochsen:

I. Qualität	von — bis 420 K (extrem bis — K)
II. "	" — " 380 "
III. "	" — " 330 "

Graue Ochsen aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von — bis 400 K (extrem bis — K)
" II. "	" — " 360 "
" III. "	" — " 310 "

Ochsen aus anderen Ländern:

I. Qualität	von — bis 400 K (extrem bis — K)
II. "	" — " 360 "
III. "	" — " 310 "

Stiere I. Qualität	von — bis 480 K (extrem bis — K)
" II. "	" 400 " 440 "
" III. "	" 310 " 390 "

Kühe I. Qualität	von 370 bis 390 K (extrem bis — K)
" II. "	" 330 " 350 "
" III. "	" 280 " 300 "

Kalbinnen I. Qualität	von — bis 380 K (extrem bis — K)
" II. "	" 340 " 360 "
" III. "	" — " 290 "

Weidevieh	von — bis — K (extrem bis — K)
Büffel	" — " 330 " (" " —)
Weinvieh	" 300 " 330 " (" " —)

Die Preise gelten in Kronen per 100 kg Lebendgewicht.

3. Verteilung.

Abgegeben wurden für Wien	— Stück
" " nach auswärts	— "
In die Verteilung nicht einbezogen	— "

In der abgelassenen Wochen langten außerdem für Heereszwecke direkt ein 421 Rinder.

Im Vergleiche zum Hauptaufteilungstage der Vorwoche langten um 1034 Stück mehr an.

Alle Rinderqualitäten und -Gattungen wurden zu unveränderten Vorwochenpreisen abgegeben.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 22. Mai 1918.

Übernahmepreise pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

Weizen oder Spelz per 100 kg	40 K	- h
Roggen	100 "	40 " - "
Gerste	100 "	37 " - "
Hafer	100 "	36 " - "

(Übernahmestimmungen siehe N.-G.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

Höchstpreise für Heu und Stroh.

Heu aller Art	17 K	- h per 100 kg
Stroh:		
Kornschabstroh	10 "	- " " 100 "
Erbfen-, Wickenstroh	8 "	- " " 100 "
Bohnen-, Raps- und Maisstroh	6 "	- " " 100 "

(Die näheren Bestimmungen siehe N.-G.-Bl. Nr. 243 ex 1917.)

Baubewegung

vom 21. bis 23. Mai 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Altenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

- XXI. Bezirk: Leopoldbaurplatz 27, von Joh. und Marie Waschal, Bau-
führer Schummaier (14059).
- " " Pilzgasse 28, von Josef Lahner, Bauführer J. Raufsch
(14058).
- " " Magdeburgstraße 71, von Püfischütz & Söhne, Bau-
führer die Wiener Baugesellschaft (14131).

Diverse geringere Bauten.

- II. Bezirk: I. I. Prater, Kriegsausstellung, Panorama „Schlacht am
Berge Isel“, von Dr. Max Gleich namens Panorama-
Berein Innsbruck (1091).

Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern zc.

- II. Bezirk: Ausstellungsstraße 19, von Josef Leodolder, Riechten-
steinstraße 122 (1084).
- V. Bezirk: Gartengasse 16, Castellgasse 8, von Johann Pauben-
hofer, XVIII., Canongasse 5 (1102).
- XX. Bezirk: Burghardtstraße 14, von J. Subli, XII., Ruckergasse 4
(1124).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

10. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

- Haim de Majo, Offene Handelsgesellschaft — Gemischtwarenhandel im
Großen — I., Gricchengasse 7.
- Paragon Kassenblock & Komp., Ges. m. b. H. — Buch- und Steindruck-
gewerbe — VII., Westbahnstraße 33.
- Auerbach Gerjon, Alleinhaber der Firma G. Auerbach — Fabriks-
mäßige Erzeugung von Pfadlerwaren und Damenputzartikeln — VI., Maria-
hilferstraße 61.
- Heisl Karl — Pachtbetrieb der Fiaker-Lizenz Nr. 26 des Stephan Schub
— VIII., Langegasse, Ecke Akerstraße.
- Weiß Leon — Friseur — I., Elisabethstraße 3.

- Staffa Siegmund — Gemischtwarenhandel mit Ausschluß von Lebens-
mitteln — VII., Perchenfelderstraße 131/133.
- Weißer Adolf — Papierwaren-Erzeugung — VII., Westbahnstraße 31.
- Braun Rudolf — Schuhmacher — XVIII., Währingerstraße 146.
- Vernat Adolf Eduard jun. — Handschuhmacher — VI., Bürgerhospital-
gasse 30.
- Reiner Leopold — Drechsler — VI., Haydn-gasse 8.
- Lürkel Leopold — Handel mit photographischen Artikeln — VI., Esterhazy-
gasse 32.
- Lürkel Leopold — Handelsagentie — VI., Esterhazygasse 32.
- Wang Leo — Kleinfuhrwerksgewerbe — III., Esterplatz 3.
- Reßner Adolf — Friseur — I., Seiler-gasse 14.
- Singer Robert — Zeichnerische Ausarbeitung von maschinentechnischen
Konstruktionsarbeiten — I., Schulerstraße 1.
- Wenhardt Johann — Kleinhandel mit Brennholz — XVI., Herbst-
straße 17.
- Hermann Alois — Spirituosen- und Frucht-säfte-Erzeugung — X., Land-
gutgasse 13.
- Horna Richard — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — X., Columbusgasse 73.
- Bergstein Zenta — Fleisch-Verfleisch — II., Schüttelstraße 71.
- Grünfeld Rosalia — Handel mit Blusen und Damenmoderartikeln —
II., Ferdinandstraße 29.
- Blumenfeld Gabor — Handelsagentur — II., Sebastian Kneipp-Gasse 9.
- May Frieda — Modistengewerbe — II., Rosensterngasse 23.
- Risul Pinfas Paul — Handel mit Preß-Erzeugnissen beschränkt —
VII., Kaiserstraße 83.
- Kerschbaumer Magdalena — Färben von Perlmutterknöpfen — XVI.,
Redtenbachergasse 3.
- Ladner Franziska — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen zc. —
VII., Stollgasse, Ecke Neubaugürtel.
- Kolbe Josefine — Verschleiß von Pferdefleisch — III., Erdbergstraße 53.
- Pilz Elisabeth — Erzeugung chemisch-technischer Produkte auf kaltem
Wege — VII., Westbahnstraße 41.
- Bauer Elsa — Handel mit Viktualien, Käse und Molkereiprodukten —
X., Favoritenstraße 106.
- Unterberger Leopoldine — Wandlerhandel mit Obst, Grünwaren, Natur-
blumen und Geflügel — X., Buchengasse 117.
- Ehums Barbara — Warenhandel beschränkt — XIX., Budinstyggasse 18.

11. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

- Mautner Karl, Alleinhaber der Firma Karl Mautner — Groß-
handel mit Tuch- und Manufakturwaren — XVII., Dornbacherstraße 86.
- Bohorille Chaim — Handel mit Eisen im Großen — III., Kugel-
gasse 14.
- Rubin Jonas — Handelsagentur — III., Marzergasse 5.
- Kritowa Ferdinand — Taschnergewerbe — X., Favoritenstraße 81.
- Schelle August Johannes — Konzeption zum Betriebe des Kunsthandels
— I., Habsburgergasse 14.
- Soulap Rudolf — Handel mit Galanterie-, Kurz- und Wirtwaren —
II., Gredlerstraße 3.
- Schober Eduard — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — II., Großer
Säulenhausen (Verlaufshütte).
- Lehr Josef — Papierwaren-Erzeugung — VII., Kaiserstraße 67.
- Mayer Karl Lukas — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen zc. —
XV., Hütteldorferstraße 34.
- Zelenka Venzeng — Schuhmachergewerbe — XV., Rauer-gasse 3.
- Goldmann Anton — Handelsagentur — XV., Hütteldorferstraße 66.
- Grünwald Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — XV., Rosinagasse 15.
- Reißner Josef — Musikergewerbe — XVI., Akelegasse 15.
- Köhler Franz — Handel mit Öl- und Lackfarben und chem. Produkten
— XXI., Radlgasse 4.
- Stargl Elisabeth — Handel mit photographischen Bedarfsartikeln — X.,
Rotenbof-gasse 4.
- Morgenstern Malvine — Handel mit Altmetall und Säcken — X.,
Quellenstraße 30.
- Riegler Theresia — Putzereiübernahme und Betrieb einer elektr. Wäsche-
rolle — II., Karmeliterplatz 5.
- Petras Michael — Pferdehandel — VII., Schottensfeldgasse 9.
- Sengelmin Hermine — Handel mit Parfümeriewaren, Waschartikeln und
Bürsten — XV., Märzstraße 26.
- Eßl Siegmund — Handel mit Schuhen und Schuhzugehör — XV.,
Markgraf Müdiger-Gasse 73 a.
- Eigner Katalie — Pfadlergewerbe — II., Kaiser Josef-Strasse 8.
- Buresch Anna — Handel mit Kanditen, Bäckereien und Obst — II.,
Haydgasse 7.
- Musyl Marie — Fragnergewerbe — II., Obere Donaustraße 4.
- Rudolf Ludovika — Modistengewerbe — II., Springergasse 23.
- Hollnsteiner Karoline — Privatschule für Maßnehmen, Kleidermachen
und Schnittzeichnen — VII., Kirchengasse 37.

Dagber Angela — Frauen- und Kinderkleidernachergewerbe — III.,
Hainburgerstraße 64.
Gijum Laura — Kleidermachergewerbe — VIII., Strozziassa 1.

* * *
12. April 1918.
Gewerbe-Unternehmungen.

Hadenberg & Kirchmayer — Fabrikmäßige Erzeugung von Koffern,
Taschen und Lederwaren — VII., Andreasgasse 6.
Kahn-Hut & Komp., Offene Handelsgesellschaft — Handel mit Tapezierer-
bedarfs-Artikeln — IX., Franklgasse 5.
Paul & Komp., Gef. m. b. H. — Wäschewaren-Erzeugung — XVI.,
Burligergasse 55.
"Siat", Schuh-, Leder-, Gummischuh-Vertriebsgef. m. b. H. — Gemischt-
warenhandel im Großen — I., Reutorgasse 17.
Gewitsch Siegmund — Erzeugung von Ledererfas — VII., Linden-
gasse 13.
Chorherr Franz — Mustergewerbe — IX., Pozellangasse 64.
Schafranit Rudolf — Erzeugung von Chromlederleitschutzdecken und
-schläuchen für Automobilerfahrbereifung — IX., Fahngasse 7.
Mwit Rudolf — Ausführung von Gasrohrleitungen und Wasser-
einleitungen — XIX., Peter Jordan-Straße 31.
Hawlicek Adalbert — Zuckerbäckergewerbe — XV., Reithoferplatz 16.
Studnicka Josef — Handel mit Eisenwaren, Haus- und Küchengeräten
— XVI., Lerchenfeldergürtel 19.
Nowak Johann — Kleidermachergewerbe — VIII., Lerchenfelderstraße 18.
Rottensteiner Johann — Kleinverfleiß von Kohlen, Koks und Holz —
VII., Wimbergergasse 20.
Boracsek Karl — Viehhandel — III., St. Marx.
Stecher Franz — Kleidermachergewerbe — VIII., Langegasse 76.
Sfoda Agnes — Kleinhandel mit Brennmaterialien — IX., Grünnetor-
gasse 13.
März Gabriele — Kleinfuhrwerksgewerbe — IX., Augasse 3.
Maurel Karoline — Futtermachergewerbe (Witwenfortbetrieb) — V.,
Rechte Wienzeile 47.
Houzal Leopoldine — Lebensmittelhandel beschränkt — IX., Badgasse 6.
König Veronika — Lebensmittelhandel beschränkt — IX., Fahngasse 25.
Reisner Samuel — Handelsagentur — II., Leopoldsgasse 5.
Schwarz Alexander — Schlossergewerbe — VI., Schmalzhofgasse 30.
Lehner Marie — Marktfahrgewerbe — XVII., Hernauer Hauptstraße 210.
Nemeec Marie — Wäschergewerbe — XVIII., Gersthofstraße 11.
Huber Elisabeth — Modistengewerbe — I., Wollzeile 31.
Dent Marie — Stadtiohnfuhrwerksgewerbe — XVI., Brunnengasse 8.
Lehmann Karoline — Handel mit Lebens- und Genussmitteln beschränkt
— XIV., Reichsapfelgasse 26.
Klein Franziska — Marktviktualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Markt.
Berger Chaja Kave — Handel mit Hadern und Säcken — XX., Bäuerle-
gasse 25.
Dudbig Pesche — Handel mit Manufaktur-, Wirk-, Kurz- und Nähn-
bergerwaren — II., Hammer-Purgallgasse 5.
Pins Betty — Damenkleidernachergewerbe — II., Gredlerstraße 4.

* * *
13. April 1918.
Gewerbe-Unternehmungen.

S. Beiser & Wagenberg, offene Handelsgesellschaft — Handel mit Textil-
waren, Kleidern und Wäsche — II., Obere Donaustraße 69.
R. Berger & Komp., offene Handelsgesellschaft — Kleidermachergewerbe
— VI., Gumpendorferstraße 32.
A. Kempny & Sohn — Posamentierer, Gold- und Silberdrahtzieher-
gewerbe — VII., Siebensterngasse 3.
Firma Fischer & Hubmann, Chemische und pharmazeutische Präparate,
G. m. b. H. — Erzeugung von chemischen und pharmazeutischen Präparaten
— XX., Petrarckgasse 4.
Mondschein Siegfried, Alleinhaber der protokollierten Firma Siegfried
Mondschein — Handel mit Schuhwaren — VII., Seidengasse 43.
Lustig Moritz — Bank- und Börsen-Kommissionsgeschäft — IX., Koln-
gasse 4.
Mirejovskij Vinzenz — Zimmermalergewerbe — II., Erzherzog Karl-
platz 14.
Troffler Richard — Buchdruckergewerbe — VI., Gumpendorferstraße 81.

Schwengler Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVIII., Semp-
straße 10.
Schürkl Karl — Schnittmuster-Erzeugung — XVIII., Gentsgasse 121.
Dollischal Leopold — Konditoreiwaren- und Fruchtkäse-Verfleiß —
XVIII., Herbedstraße 10.
Steindl Franz — Zuckerbäckergewerbe — XVIII., Währingergürtel 87.
Ed. Friedrich — Erzeugung von Farben zum Färben von Stoffen —
XIV., Gramanngasse 42.
Koritschan Eduard — Handel mit neuen Tuch, Tuchabfällen, Stoff und
Futterzugehör — XIV., Märzstraße 37.
Kapr Franz — Metallwarenfabrik — XIV., Fenzlgasse 8.
Krenn Rudolf — Fleischhauergewerbe — XI., Kopalgasse 33.
Schöffl Katharina — Handel mit Tuch, Woll-, Leinen-, Jute-, Metall-
abfällen zc. — XIV., Märzstraße 88.
Neuzil Katharina — Pferdefleisch-Verfleiß — XX., Dammstraße 14.
Litschauer Aloisia — Fleisch- und Selchwaren-Verfleiß — XX., Dthmar-
gasse 50.
Bürtl Stephanie — Marktviktualienhandel — XX., Hannovermarkt.
Brückner Kofalia — Verkauf von Papier, Galanterie-, Spiel- und
Kurzwaren — XX., Klosterneuburgerstraße 60.
Schiffner Lisa — Wäschewaren-Erzeugung — IX., Pramergasse 6.
Szanto Hermine — Lieferung von handschriftlichen und mit Schreib-
maschine geschriebenen Adressen zc. — IX., Fuchsthallergasse 10.
Mähner Marie — Handel mit Konditoreiwaren und Fruchtkäse —
XVI., Rantgasse 23.
Rupp Maie — Wanderhandel mit Obst, Blumen, Grünwaren und Ge-
füßel — XVI., Römberggasse 18.
Wagner Hedwig — Pfadlergewerbe — VIII., Lerchenfelderstraße 128.
Sternmann Henriette — Gemischtwarenhandel sowie Flaschenbier- und
Wein-Verfleiß — I., Kolowratring 7.
Weinberger Marie — Wäschewaren-Erzeugung — III., Dapontegasse 13.
Zimmel Marie — Wäschepuderei — III., Münzgasse 1.
Zawadil Anna — Gewerksmäßiger Betrieb einer elektrischen Wäscherolle
sowie Putzerei — XVII., Beronitlagasse 41.
Bruha Marie — Verfleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen zc. —
XIII., Hütteldorferstraße 185.
Ruschel Karoline — Mechanische Strickerei — XVIII., Czatoristky-
gasse 17.
Remisch Sophie — Konditoreiwaren und Fruchtkäse-Verfleiß —
XVIII., Antonigasse 3.
Schimon Wilhelmine — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIII., Kuefstein-
gasse 22.

Inhalt.

	Seite
Dem Andenken	973
Obmänner-Konferenz	974
Bericht der 91. Obmänner-Konferenz (5. März 1918)	974
Bericht über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Ver- leiheung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 16. April 1918	990
Bezirksvertretungen:	
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom 12. Februar 1918	994
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau vom 12. März 1918	996
Allgemeine Nachrichten:	
Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Erberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Nieder- österreich	996
Feierlichkeiten im Rathaus	1002
Aspernfeier	1004
Einführung von Süßholzanweisungen und Rayonierung der Diabetiker Sicherstellung der Futter- und Weidenutzung	1006
Handels- und Gewerkekammer in Brody	1006
Bau-Deputation für Wien	1006
R. I. Bezirkskulturrat	1006
Lebensmittelverkehr:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 12. Mai bis 18. Mai 1918	1007
Pferdemarkt vom 17. Mai 1918	1007
Jung- und Stechviehmarkt vom 21. und 23. Mai 1918	1007
Pferdemarkt vom 21. Mai 1918	1008
Schlachtviehaufteilung vom 21. Mai 1918	1008
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 22. Mai 1918	1009
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 21. bis 23. Mai 1918	1009
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	1009
Kundmachungen.	

Kundmachungen.

Kundmachung.

(Mehlbezug der Haushaltungen mit Mehlvorräten.)

Die unabweisliche Notwendigkeit, mit den vorhandenen Vorräten an Getreide und Mehl bis zum Einlangen hinreichender auswärtiger Zuschübe das Auslangen zu finden, hat die Regierung zu der Anordnung veranlaßt, daß die Landwirte einen Teil des ihnen für den Eigenverbrauch belassenen Getreides und Mehles zur einstweiligen Sicherstellung der Brotversorgung der Gesamtbevölkerung abzuliefern haben.

Die Landwirte sind dem an sie gerichteten Appell opferwillig nachgekommen.

In gleicher Weise trifft aber auch jene städtischen Verbraucher, die über größere Vorräte an Mehl verfügen, die Verpflichtung, zur Sicherstellung der Allgemeinversorgung dadurch beizutragen, daß sie auf den Mehlbezug verzichten und damit die öffentliche Versorgung zugunsten der darbenenden Mitbürger entlasten.

Gemäß § 3 der Statthaltereiverordnung vom 27. April 1918, L.-G.-u. B.-Bl. Nr. 64, haben Personen, in deren Haushalte (Wirtschaft) sich mehr als 3 kg Mehl für jede im Haushalte (Wirtschaft) verköstigte Person befinden, keinen Anspruch auf die Mehlkarte.

Das k. k. Amt für Volksernährung hat nunmehr angeordnet, daß Personen, bei denen diese Voraussetzung zutrifft, die Mehlbezugskarte und die Mehlkarten spätestens bis 31. Mai 1918 bei der zuständigen Brot-Kommission zurückzulegen und dadurch bis zur neuen Ernte, das ist bis zum 15. August 1918, auf den Bezug von Mehl zu verzichten haben. Die Angabe des Mehlvorrates wird hierbei nicht verlangt.

Allen, die rechtzeitig auf den Mehlbezug verzichten, wird die Gewähr dafür geboten, daß sie von Strafverfolgungen wegen bisheriger Verheimlichung ihrer Mehlvorräte unbedingt verschont bleiben. Dagegen müssen Personen, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, einer Untersuchung der von ihnen benützten Räumlichkeiten und im Falle einer Konstatierung des Vorhandenseins von Mehlvorräten, welche ihrer Menge nach unter die Bestimmungen der erwähnten Verordnung fallen, auch einer strengen Bestrafung gewärtig bleiben.

Wien, am 13. Mai 1918.

1-1

Der k. k. Statthalter im Erzherzogtume Österreich unter der Enns
Bleiblen m. p.

M. Abt. XIII, 1603/18.

Freiplätze

an der Erzherzog Rainer-Handelschule mit Öffentlichkeitsrecht für Knaben und Mädchen in Wien, V., Josef Schwarz-Gasse 9.

An der oberwähnten Lehranstalt gelangen vom Studienjahre 1918/19 angefangen zwei von der Gemeinde Wien gegründete Freiplätze, und zwar je einer für einen Knaben und für ein Mädchen, zur Verleihung.

Zur Bewerbung um diese Freiplätze sind berufen: Kinder von mittellosen Wiener Bürgern und in Ermanglung solcher auch andere nach Wien zuständige Kinder deutscher Nationalität.

Für die Aufnahme in die Lehranstalt ist erforderlich:

- a) Sittliche Unbescholtenheit, nachgewiesen durch eine mindestens befriedigende Sittennote im Entlassungszeugnis, wenn jedoch seit der Entlassung schon Jahre vergangen sind, durch ein polizeiliches Sittenzeugnis;
- b) Nachweis über das vollendete 14. Lebensjahr, eventuell Dispens vom weiteren Besuche der Pflichtschule;
- c) Absolvierung der III. Klasse der Bürgerschule oder der II. Klasse einer Mittelschule. Aus der II. Klasse der Bürgerschule können ausnahmsweise solche Schüler und Schülerinnen aufgenommen werden, die im Entlassungszeugnis mindestens lobenswert in Deutsch und Rechnen und mindestens befriedigend aus den anderen Hauptgegenständen haben.

Die Freiplätze werden auf die regelmäßige Studiendauer an der Lehranstalt (zwei Jahre) unter der Voraussetzung vergeben, daß der Freiplatzinhaber einen guten Fortgang und ein befriedigendes sittliches Verhalten aufweist.

Die Inhaber der Freiplätze sind von der Zahlung des Unterrichtsgeldes befreit, haben jedoch die Einschreibgebühr und den jährlichen Lehrmittelbeitrag zu entrichten.

Die an den Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Abteilung XIII, zu richtenden, mit dem Tauf-(Geburts)schein, Impfungsnachweis, Heimatscheine und dem Entlassungs-, beziehungsweise letzten Studienzeugnisse des Schülers (der Schülerin), sowie einem legalen Mittellosigkeitszeugnisse und zutreffenden Falles auch mit dem Bürgerrechts-Dekrete des Vaters belegten Gesuche sind vom gesetzlichen Vertreter des Kindes bis längstens 28. Juni 1918 bei der gefertigten Magistrats-Abteilung (I., Ebendorferstraße 1) einzureichen.

Vom Wiener Magistrat, Abteilung XIII,
im selbständigen Wirkungsbereich,
am 2. Mai 1918.

M. Abt. XIII, 1630/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Freiplätze der Gemeinde Wien an der k. k. Export-Akademie in Wien.

Verliehen werden für das Studienjahr 1918/19 mehrere Freiplätze an der allgemeinen Abteilung der k. k. Export-Akademie mit einjähriger Studiendauer.

Der Inhaber eines solchen Freiplatzes hat nur die Inskriptionsgebühr zu entrichten und ist im übrigen von der Zahlung des ganzen Studiengeldes befreit. Der Genuß des Freiplatzes erstreckt sich nur auf das eine Studienjahr. Die im Genuße eines solchen Freiplatzes stehenden Studierenden sind verpflichtet, die Vorlesungen regelmäßig zu besuchen, die Kolloquien und Jahresprüfungen rechtzeitig und mit gutem Erfolg abzulegen und den Vorschriften der Studien- und Disziplinarordnung zu entsprechen, widrigens ihnen über Antrag der Direktion der Akademie der Freiplatz entzogen werden kann.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien heimatsberechtigzte bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staats-

gewerbeschulen, welche die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben und tadelloses sittliches Betragen aufweisen.

Dem Gesuche sind anzuschließen: Tauf(Geburts-) und Heimatschein, Impfungsnachweis, Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, aus welchem die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Einschreiters und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, insbesondere auch der allfällige Genuß von Stipendien oder Freiplätzen des Bewerbers oder seiner Geschwister zu ersehen sind, ferner die letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung.

Einreichsstelle und Einreichungsfrist: Die an den Wiener Magistrat, Abt. XIII, zu richtenden Gesuche sind in der Zeit vom 1. bis einschließlich 8. Juli 1918 bei der Direktion der k. k. Export-Akademie (XIX., Felix Mottl-Straße 1 c) einzureichen.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1918.

2-3

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Wien, I., Stephansplatz II, Parterre. Gegründet 1832.

M. Esterlus,
Wien, IX., Marianneng 2



Krankenfahrräder,
Krankenhöher.

Aufzüge und Krane

A. FREISSLER, Ingenieur
MASCHINEN- UND AUF-
ZÜGE-FABRIK Ges. m. b. H.

WIEN, X., ERLACHPLATZ 4.
BUDAPEST, VI., DAVIDG. 2.

Seit 51 Jahren bestehende Spezial-
fabrik befasst sich ausschließlich
mit der Erzeugung aller Arten von
Aufzügen und Kranen nach
eigener bewährter Konstruktion.

Bei k. k. Ministerien, Ämtern e. c.
besteingeführt

Frema-Werke (Friedrich May)

Wien, I., Fischhof 3

Telephon Nr. 14602

liefern regelmässig:

- Frema-Vervielfältigungsapparate
- Frema-Vervielfältigungs-Zubehöre
- Frema-Kohlepapier
- Frema-Farbbänder
- Frema-Schreibmaschinenpapier
- Frema-Büro-Utensilien

Berndorfer Metallwarenfabrik

ARTHUR KRUPP A. G.

Berndorf Nieder - Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.

NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12.
:: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpaca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpaca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel etc. etc. etc.



Schutzmarke für
Alpaca-Silber I.



Schutzmarke für
Alpaca.



Schutzmarke für
Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

A. HERZMANSKY

WIEN VII. Mariahilferstrasse 26
Stiftgasse 1, 3, 5, 7. WIEN VII.

Für die Frühjahrssaison:

Satin de chine, Gabardine, Armüre, Taft, Etamine gestickt, Crêpe de chine, Luftstickereistoffe, sämtliche Schneider- und Modisten-Zugehøre, Wollstoffe in den besten Qualitäten, Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen, Kinderkleider, Kopfschale aus Kunstseide, Papiergewebe für Fruchtsäcke, Strohsäcke, Polster und Handtücher

Amtsblatt

der K. K.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 43.

Dienstag den 28. Mai 1918.

Jahrgang XXVII.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
 „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.
 Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**
 Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: **Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.**
 Für den Buchhandel in Kommission bei **Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13.** — Ganzjährig 20 K.
Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler N.-G., I., Schulerstraße 11.

Gemeinderat.

Sitzung des Gemeinderates.

Mittwoch den 29. Mai 1918, 4 Uhr nachmittags.

Stadtrat.

Sitzung des Stadtrates.

Freitag den 31. Mai 1918, 10 Uhr vormittags.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom 16. Mai 1918.

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer,
Vize-Bürgermeister Josef Rain.

Anwesende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner,
Vize-Bürgermeister Franz Hof,
Angermayer, Hohenfinner,
Braun, Jung,
Brauneiß, Körber,
Dochant, Knoll,
Fraß, Dr. Mataja,
Grünbeck Sebastian, Müller,
Dr. Haas, Nemeß,
Dr. Hein, Poyer,
Heindl, Schmid,
Hermann, Schneider,
Högel, Spalowsky,

v. Steiner, Wessely,
Tomola,

Entschuldigt: St.-R. Scherer, Wippel, Zayka.
Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär v. Kadler.

Vize-Bürgermeister Rain eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

Nachweisung über die Belastung des Reservefonds für das Verwaltungsjahr 1917/18 mit 11. Mai 1918:

Reservefonds	1,000.000 K — h
Belastung durch bereits zur Gebühr erwachsene Auslagen	581.918 K 14 h
Belastung durch genehmigte, jedoch noch nicht zur Gebühr erwachsene Auslagen	1,504.510 „ 23 „

zusammen . 2,086.428 „ 37 „

daher um . 1,086.428 K 37 h

überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesamtbetrag von 493.825 K in Vormerkung, deren Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

Frau Hilba Matosch dankt für das ihrem Gatten vom Stadtrate bewilligte Ehrengrab. (Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(P. Z. 4847, St. G. W., 1092.) Der Stadtrat genehmigt, daß für das 5000 Volt Drehstromnetz der städtischen Elektrizitätswerke bestellt werden:

- a) Bei den Österreichischen Siemens-Schuckertwerken 15 Stück Drehstromtransformatoren für 5000/220 Volt Spannung laut Aufstellung zum Grundpreise von 124.780 K;
- b) bei der A. E. G.-Union Elektrizitäts-Gesellschaft 15 Stück Drehstromtransformatoren für 5000/220 Volt Spannung laut Aufstellung zum Grundpreise von 127.075 K, wobei zu den angeführten Grundpreisen als Teuerungszuschläge die Durchschnittswerte jener prozentuellen Ausgleichszahlen verrechnet werden, die für die einzelnen Monate zwischen dem Zeitpunkte der Bestellung und der Lieferungsbereitschaft auf Grund gemeinsamen Beschlusses österreichischer und ungarischer Elektrizitätsfirmen in Geltung stehen werden.

(P. Z. 4898, M. A. VIII, 1026.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 10 Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des IV. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 5022, St. G. W., 503.) Der Heizer der städtischen Elektrizitätswerke Franz Kucera wird wegen ärztlich erhobener Dienstunfähigkeit in den dauernden Ruhestand versetzt und sein Ruhegehalt mit der Wirksamkeit vom 27. April 1918 mit jährlich 1406 K 8 h bemessen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4906, St. G. W., 4013.) Der Stadtrat genehmigt, daß anlässlich der Überspannung der Triester Reichsstraße durch die 35.000 Volt Freileitung der städtischen Elektrizitätswerke Ebenfurth—Sollenau—Rottingbrunn im Gebiete der Gemeinde Schönau an der Triesting zu Handen der Bauabteilung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Wiener-Neustadt die mit deren Zuschrift vom 8. Mai 1918, P. Z. 45/3/B. R. übersendete Erklärung ausgestellt wird.

(P. Z. 4704, M. A. III, 1646.) 1. Der Gemeinderat nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß es den Bemühungen des Herrn Bürgermeister gelungen ist, die Errichtung der von der k. k. Staatsverwaltung geplanten Laboratorien für die k. k. Technische Hochschule an einem im Stadttinnern liegendem Platze im III. Bezirke zu ermöglichen, sowie ferner, daß die k. k. Staatsverwaltung bereit ist, diese Bauten innerhalb zweier Jahre nach Eintritt des Friedenszustandes zu beginnen und baldigst zu Ende zu führen.

2. Der Gemeinderat begrüßt dankbar die Widmung einer Spende von über 2.000.000 K durch österreichische Industrielle und das Entgegenkommen der k. k. priv. Österreichischen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe bei den Verhandlungen zur Erwerbung des erforderlichen Baugrundes, wodurch die für die Stadt Wien so wichtige Aktion wesentlich gefördert wurde.

3. Zur Unterstützung dieses Bauvorhabens widmet die Gemeinde Wien ohne Entgelt ihre innerhalb des neuen Hochschulblockes liegenden Bau- und Straßengründe im Gesamtausmaße von rund 22.800 m² in dem Plane A, D. Z. 1482/18, durch blaue Schraffur angegebenen Umfang.

4. Die auf dem Plane A des Stadtbauamtes, D. Z. 1469/18, gelb schraffierten und mit den Buchstaben e q r d, o s t f, g u h, i v k, l w x m, n y z o und p a, a bezeichneten Baulinien werden aufgelassen und die rot schraffierten mit den Buchstaben a b c, d e, f g, h i, k l m n und o p bezeichneten Baulinien neu festgesetzt. Für die Herstellung der zukünftigen Höhenlage der Straße III. hgeben anstatt der gelb unterstrichenen die rot geschriebenen und rot unterstrichenen Maßzahlen zu gelten.

5. Die Gemeinde Wien gibt die Zustimmung, daß die anlässlich der Grundabteilung der Gründe der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft zugunsten der Gemeinde grundbücherlich vorgemerkten Verpflichtungen zur Abtretung der Straßengründe und Herstellung ihrer richtigen Höhenlage, unter der Voraussetzung, daß das k. k. Avar seine Verpflichtung zur Herstellung der richtigen Höhenlage in den Randstraßen des neu entstehenden Baublockes im Wege einer Erklärung anerkennt, gelöscht werden.

6. Die als Gegenleistung für die Ermöglichung der seinerzeitigen Kanalisation des ärarischen Grundbesitzes nächst dem k. k. Tiergarten in Mauer nach Einverleibung in das Wiener Stadtgebiet: angebotene unentgeltliche Abtretung einer Grundfläche von 60.000 m², Fläche a b f g (a) des Planes D des Stadtbauamtes, D. Z. 1462/18, mit der Widmung für öffentliche Gartenanlagen, wird angenommen.

7. Die übrigen im Schreiben des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 16. Dezember 1917 und der Ergänzung vom 26. März 1918 der Gemeinde gegenüber gestellten Bedingungen wird unter gleichzeitiger Annahme der ihr gemachten Zugeständnisse grundsätzlich zugestimmt. Den hinsichtlich der Anweisung von Erdablagerungsstätten und der Errichtung von Sportplätzen geäußerten Wünschen wird, soweit dies der Gemeinde möglich ist, Rechnung getragen werden.

8. Gegen die Einverleibung des auf dem Plane D des Stadtbauamtes B.-D.-Z. 1462/18 grün geränderten Grundstückes in das Wiener Gemeindegebiet wird keine Einwendung erhoben, und wird der Magistrat beauftragt, diesbezüglich rechtzeitig die geeigneten Schritte einzuleiten.

9. Der Punkt 3 des Stadtrats-Beschlusses vom 27. April 1908, P. Z. 5184, nach dem bei Parzellierung der Gründe der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft am Landstraßergürtel auf einen geeigneten Schulbauplatz Bedacht zu nehmen ist, wird aufgehoben. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Stz-Bürgermeisters Hof** wird beschlossen:

(P. Z. 4926, St. Buchh., 231.) In Abänderung der Gemeinderats-Beschlüsse vom 8. November 1912, P. Z. 15682, und vom 28. Februar 1913, P. Z. 19200/12, werden im Summarstande der Beamten und Diurnisten der Stadtbuchhaltung zehn Rechnungs-Praktikantenstellen unter gleichzeitiger Aufassung von zehn Diurnistenstellen neu systemisiert.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4806, M. A. II, 3007.) Das Ansuchen des Vinzenz S a m e l um Zuerkennung des Sterbequartales nach dem Kanzleihilfen Ferdinand S a m e l wird abgewiesen.

(P. Z. 4927, St. Buchh., 224.) Für die Neuanlage der zur Vormerkung der abgelesenen Wassermesserstände geführten Bücher wird den hiebei außeramtlicher Zeit verwendeten Beamten des Wasserbezugsrevisorats eine Entschädigung von 8 h für die Übertragung jedes Kontos und dem mit der Leitung und Überwachung der bezeichneten Arbeiten betrauten Wasserbezugs-Ober-Revisor eine Remuneration von 250 K bewilligt.

(P. Z. 4808, M. D., 3931.) Das Ansuchen des nach 13jähriger Dienstzeit wegen Erlangung einer anderen Anstellung am 30. April 1918 freiwillig aus dem Dienste der Gemeinde Wien ausgetretenen

ehemaligen Kanzleihilfsbediensteten Ludwig Kuzer um Bewilligung einer Gnabengabe oder einer Abfertigung wird aus prinzipiellen Gründen abgewiesen.

(P. Z. 4807, M. A. II, 8865.) Der Josefina Schweiger wird das Sterbequartal von 150 K nach dem Straßenarbeiter Franz Schweiger zuerkannt.

(P. Z. 4948, St. G. W., 1353.) Der Anna Hajl, Mutter des am 17. April 1918 verstorbenen Arbeiters des Gaswerkes Leopoldau Johann Kühn, wird gemäß § 21, Absatz 1, Alinea 2 der Pensionsvorschrift für die provisorischen Bediensteten der städtischen Gaswerke der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 391 K 25 h zuerkannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 5010, M. D., 2678.) Der städtische Kanzlei-Offizial Armin Wanierka wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Ober-Offizial in der IX. Rangklasse mit dem Range vom 5. April 1918 ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 5011, M. D., 2678.) Der städtische Kanzlei-Ober-Offizial Ignaz Hütner wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Direktions-Adjunkten in der VIII. Rangklasse mit dem Range vom 6. Mai 1918 ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 5014, M. D., 2807.) Der Kanzlei-Praktikant Viktor Wanschura wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Assistenten in der XI. Rangklasse mit dem Range vom 12. Mai 1918 ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 5015, M. D., 2835.) Der Kanzlei-Praktikant Paul Drexler wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Assistenten in der XI. Rangklasse mit dem Range vom 12. Mai 1918 ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 5008, M. D., 2730.) Der städtische Kanzlei-Offizial Karl Nikoladoni wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Ober-Offizial in der IX. Rangklasse mit dem Range vom 7. Mai 1918 ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 5018, M. D., 2670.) Die Kanzlei-Praktikanten Friedrich Nagelsdorfer und Hubert Swoboda werden im Wege der Zeitbeförderung zu Kanzlei-Assistenten in der XI. Rangklasse mit dem Range vom 10. März 1918 ernannt und genehmigt, daß den Genannten für die Dauer ihrer Verwendung beim Marktamt die den Marktbeamten bewilligte, in die Pension nicht einrechenbare Dienstzulage von 500 K jährlich angewiesen werde.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 5017, M. D., 8440.) Der Kanzlei-Offizial Ferdinand Marconi wird ad personam zum Kanzlei-Ober-Offizial in der IX. Rangklasse ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4805, M. D., 1560.) Der Kanzlei-Direktions-Adjunkt Adolf Peyer wird mit einem Ruhegehalt von zusammen 6500 K jährlich in den bleibenden Ruhestand versetzt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4951, St. G. W., 1313.) Der Heizerswitwe Karoline Frömmel wird eine Witwenpension von 928 K 14 h jährlich zuerkannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4960, M. A. VIII, 844.) Den städtische Wasserleitungs-Aufsichtern Stephan Eisenbaur und Georg Schneider wird gemäß § 4 der „Bestimmungen über das Dienstverhältnis und die Regelung der Bezüge des städtischen Wasserleitungs-Aufsichtspersonales“ das Definitivum verliehen.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4803, M. D. 1915.) Dem provisorischen Bauaufseher Hans Wojna wird das Definitivum mit den Bezügen der X. Rangklasse der Kanzleibeamten mit dem Anspruche auf die systemisierten Gehaltssteigerungen dieser Rangklasse und der Titel „Kanzlei-Offizial“ verliehen.
(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4907, St. Lagerh., 15796.) Der Lagerhaustagelöhner Heinrich Ableidinger wird mit einem Ruhegehalt von 799 K 80 h jährlich in den bleibenden Ruhestand versetzt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4947, St. G. W., 1342.) Der Kanzleibeamte Peter Kierer wird im Wege der Zeitbeförderung mit dem Range vom 1. Jänner 1916 in die III. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe der Kanzleibeamten mit dem Gehalte von 2400 K und dem Quartiergelde von 1200 K befördert.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4852, M. A. II, 9457.) Der Wasserleitungs-Ober-Aufsichterswitwe Karoline Fränzl wird eine Witwenpension von jährlich 660 K zuerkannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4837, M. A. XIX, 429.) Im Stande des städtischen Steueramtes werden im Wege der Zeitbeförderung ernannt:

I. Zu Steueramts-Kontrolloren in der VIII. Rangklasse die Steueramts-Adjunkten:

1. Ludwig Schug und
2. Gustav Bettengel,

beide mit dem Range vom 27. April 1918.

II. Zu Steueramts-Adjunkten in der IX. Rangklasse die Steueramts-Offiziale:

1. Heinrich Frey mit dem Range vom 18. April 1918 und
2. Sebastian Schmaus mit dem Range vom 28. April 1918.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4804, M. D., 1507.) Dem Zeichner des Stadtbauamtes Karl Kofner wird das Definitivum mit den Bezügen der X. Rangklasse der Kanzleibeamten und dem Anwartsanspruch auf die systemisierten Gehaltssteigerungen dieser Rangklasse verliehen.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4851, M. A. II, 3106.) Der Straßenarbeiterswitwe Katharina Fleischmann wird eine Witwenpension von 486 K 66 h jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4835, M. A. XVI, 8074.) Im Personalstande des Konstriptionsamtes werden im Wege der Zeitbeförderung ernannt: Der Konstriptionsamts-Offizial Alfred Thaler zum Konstriptionsamts-Kommissär, in der IX. Rangklasse mit dem Range vom 10. März 1918,

die Konstriptionsamts-Alzessisten Richard Bucher, Karl Schaden, Eduard Winnisch, Friedrich Krug und Karl Wansch zu Konstriptionsamts-Offizialen in der X. Rangklasse, und zwar:

Richard Bucher mit dem Range vom 10. Februar 1918,
Karl Schaden mit dem Range vom 16. März 1918,
Eduard Winnisch mit dem Range vom 23. März 1918,
Friedrich Krug mit dem Range vom 28. März 1918,
Karl Wansch mit dem Range vom 20. April 1918.

Die neuen Bezüge sind folgendermaßen anzuweisen:

Der neue Gehalt für Richard Bucher vom 1. März 1918, für Alfred Thaler, Karl Schaden, Eduard Winnisch und Friedrich Krug vom 1. April 1918, für Karl Wansch vom 1. Mai 1918. Das neue Quartiergeld für alle vom 1. Mai 1918 angefangen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. v. Steiner** wird beschlossen:

(P. Z. 4861, M. B. A. XIX, 443.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk dem Josef Lehrhaupt zu erteilende Bewilligung zum Umbaue des im Hofe der Liegenschaft Einl.-Z. 268 Grundbuch Unter-Sievering, befindlichen zweistöckigen Wohngebäudes wird gegen Einhaltung der Bedingungen der Bauverhandlungsschrift vom 12. April 1918, insbesondere gegen grundbücherliche Einverleibung des üblichen gemäß Reverses §§ 97 und 105 Wr. B.-D. bestätigt.

(P. Z. 4823, M. A. X, 3795.) Der Marie Vogl, XIX., Cobenzlgasse 68, wird der einfache Gruftplatz an der östlichen Abfriedungsplanke Gruppe XIV, Nr. 1 im Grinzinger Friedhofe um 2500 K auf die Dauer des Friedhofbestandes unter der Voraussetzung überlassen, daß die Erwerblerin auf diesem Platze eine normale einfache Gruft auf eigene Kosten errichtet.

Sollte die erste Leiche nicht zugewiesen worden sein, dann ist die Grabstellgebühr auf 5000 K anlässlich der Beilegung dieser Leiche zu erhöhen.

(P. Z. 4827, M. A. X, 9339.) Der Totengräberin des Heiligenstädter Friedhofes Karoline Breyer wird in Berücksichtigung der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse ein einmaliger Zuschuß von 1000 K zur Bestreitung der Kosten des Beerdigungsdienstes in der Friedhofspflege gewährt.

(P. Z. 4955, M. A. VI, 142.) Dem l. l. österreichischen Jugendreichsbund werden die im vorgelegten Plane P ersichtlich gemachten Grundflächen im aufgelassenen Teile des Sieveringer Steinbruches zum Zwecke der Veranstaltung und Förderung von Jugendspielen gegen jederzeit möglichen Widerruf und Zahlung eines jährlichen Anerkennungsziueses sowie gegen Einhaltung der in der Aufnahmeschrift vom 19. Mai 1918 und vom 28. Februar 1918

enthaltenen Bedingungen vorläufig auf die Dauer von längstens drei Jahren bestandweise überlassen.

(P. Z. 4885, M. A. X, 3173.) Der Marie Gerlach, XVIII., Hochschulstraße 11, wird das eigene Grab Gruppe XIX, Reihe 8, Nr. 2 im Döblinger Friedhofe um 1200 K auf Friedhofsdauer überlassen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(P. Z. 4860, M. B. A. XVIII, 46/3.) Der Hermine Möller, Eigentümerin des Hauses XVIII., Sternwartestraße 35 (Währing, Einl.-Z. 235, R.-Nr. 764) wird ausnahmsweise die Bewilligung zur Herstellung von sechs Stufen sowie eines überdeckten Abganges vor dem Hauseingange nach den vorgelegten Plänen bewilligt. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(P. Z. 4824, M. A. X, 106.) Karl Witt und Franz Bechmeister, definitive Alzessisten im Stande der Beamten der Wiener Gemeindefriedhöfe, werden im Wege der Zeitbeförderung zu Offizialen in der X. Rangklasse mit dem Range vom 19. November 1917 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4868, M. A. III, 5469.) Dem Bezirksgärtner des XI. Bezirkes Franz Bizmann wird mit Rücksicht auf seine langjährige, zufriedenstellende Dienstleistung eine einmalige Zuwendung von 400 K gewährt.

(P. Z. 4858, M. B. A. XI, 4925.) Die für die Einspännerlizenz Nr. 864 des Ferdinand Dimpfl, XI., Kopalgasse 52, rückständigen Lizenzgebühren (III. und IV. Quartal 1914, I. bis IV. Quartal 1915 und 1916, ferner I. bis III. Quartal 1917) per zusammen 131 K 4 h sind aus dem Titel der Uneinbringlichkeit abzuschreiben.

(P. Z. 4903, M. B. A. XI, 8348.) Die Baubewilligung des magistratischen Bezirksamtes für den XI. Bezirk für die im Hause XI., Kopalgasse 11, im Gassen- und rechten Hofstrakte beabsichtigten baulichen Umgestaltungen wird bestätigt.

(P. Z. 4814, M. A. VIII, 3230.) Die der Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke“ für das IV. Viertel 1916 und das I. Viertel 1917 vorgeschriebenen, durch ein Rohrbrechen in den Bedienstetenhäusern XI., Ignaz Weigl-Gasse (Weichlgasse 6) veranlaßten Wassermehrverbrauchsgebühren im Gesamtbetrage von 332 K 54 h werden auf 15 K herabgesetzt.

(P. Z. 4859, M. B. A. XI, 8371.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk der Firma „Ariadne“, Fabrik isolierter Drähte, Ges. m. b. H., XI., Vorkstraße 122, zu erteilende Baubewilligung zur Erbauung eines 10 m breiten, 40 m langen und 4,5 m hohen, mit Dachpappe gedeckten provisorischen Magazinschuppens wird unter der Bedingung bestätigt, daß vor Ausfertigung der Baubewilligung auf der Liegenschaft Einl.-Z. 26 Kaiser-Ebersdorf, XI. Bezirk, ein Revers auf Kosten der gestellenden Firma einverleibt werde, daß sich der Grundeigentümer, beziehungsweise die derzeitige Pächterin des Grundes verpflichtet,

auf jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien diesen Schuppen ohne Anspruch auf eine Entschädigung auf seine, beziehungsweise der Pächterin Kosten wieder abzutragen.

(P. Z. 5002, M. A. X, 3297.) Das Ansuchen der Marie Sandré um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 59 E, Reihe 4, Nummer 12 im Wiener Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 4881, M. A. X, 3930.) Über Ansuchen der Fanni Borowetz, Private, Wien, V., Wehrgasse 11 a, wird der Preis der beiden Gartengruftplätze Gruppe 58 A, Nummer 4 und Nummer 8 im Wiener Zentral-Friedhofe mit je 5000 K festgesetzt.

Die Überlassung eines dieser beiden Gruftplätze wird an die Bedingung geknüpft, daß der festgesetzte Preis binnen acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung beim städtischen Totenbeschreibeamte erlegt wird und daß die Bestimmungen der Magistrats-Rundmachung vom Juni 1915, M. A. X, 2574/11, genau eingehalten werden.

(P. Z. 4825, M. A. X, 3269.) Dem Max Schimann, Kaufmann, III., Geusaugasse 10, wird die Bewilligung erteilt, beim Sagistengrabe Abteilung 20, Nummer 12 in der Kriegergrabstätte des Wiener Zentral-Friedhofes eine kleine Marmortafel mit dem Ausmaße von höchstens 50 cm Länge und 40 cm Höhe aufstellen zu lassen.

Bedungen wird, daß dieses Gedenkzeichen über ämtliche Aufforderung auf Kosten des Gesuchstellers sofort entfernt werde.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 5013, M. D., 2669.) Der Archiv-Assistent Dr. Richard Mattis wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Archiv-Adjunkten II. Klasse in der IX. Rangklasse mit dem Range vom 20. April 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 5012, M. D., 2669.) Der Magistrats-Konzept-Praktikant Dr. Bela Wolf wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Konzipisten in der X. Rangklasse mit dem Range vom 7. Mai 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4802, M. D., 2542.) Der Magistrats-Konzept-Praktikant Josef Kolarz wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Konzipisten in der X. Rangklasse mit dem Range vom 29. April 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4801, M. D., 2544.) Der Magistrats-Konzept-Praktikant Ottolar Karbas wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Konzipisten in der X. Rangklasse mit dem Range vom 29. April 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 5009, M. D., 2706.) Der Magistrats-Konzept-Praktikant Dr. Gustav Leitgeb wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Konzipisten in der X. Rangklasse mit dem Range vom 7. April 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Saas** wird beschlossen:

(P. Z. 4853, M. A. II, 3956.) Das Ansuchen des Versorgungshausverwalters i. P. Michael Wiener um Zuficherung einer Wittwenpension für seine nicht pensionsberechtigte Gattin wird dormalen abgewiesen.

(P. Z. 4818, M. A. IX, 473.) Den im städtischen Schlachthause in St. Marx zugewiesenen städtischen Tierärzten und Schlachthausdienern werden nach Maßgabe ihrer mit den Nachtschlachtungen verbundenen außergewöhnlichen Dienstleistungen für die Zeit vom 1. Juli bis 28. Dezember 1917 nach dem Vorschlage der Veterinär-amts-Direktion Anerkennungsgaben in der Höhe von 4264 K gewährt.

(P. Z. 4869, St. Str. B., 106.) Dem Rechnungs-Ober-Revidenten Josef Knauer wird in Anerkennung seiner mehrjährigen, vorzüglichen Dienstleistung als Verwalter des Wiener Versorgungshauses eine in die Pension einrechenbare Personalzulage von 900 K, die beim Anfall von Dienstalterszulagen oder der Erlangung der VII. Rangklasse entsprechend herabzumindern ist, bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4886, M. A. X, 1782.) Die Vereinbarung bezüglich des Bestandes und Betriebes der städtischen Untersuchungsstelle am hygienischen Institut der I. I. Universität in Wien wird auf ein Jahr verlängert.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Fraß** wird beschlossen:

(P. Z. 4857, St. B. A. VI, 12527.) Dem Ansuchen der Ida Brandt um nachsichtsweise Übernahme der für ihr Dienstmädchen Helene Kusek im I. I. Krankenhause Wieden aufgelaufenen Verpflegskosten im Betrage von 184 K 25 h durch die Wiener Dienstboten-Krankenkassa wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 4899, M. A. VIII, 1013.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend zwei Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des IV. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 4856, M. B. A. III, 31653/17.) Das Ansuchen der Anna Brabec, die für ihre Verpflegung im Rudolfs-Spitale aufgelaufenen Verpflegskosten im Betrage von 53 K 70 h nachsichtsweise auf die Wiener Dienstboten-Krankenkassa zu übernehmen, wird abgewiesen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wessely** wird beschlossen:

(P. Z. 4868, St. Straßenpfl., 1025.) Die in der Zeit vom 30. Dezember 1917 bis 12. Jänner 1918 erfolgte Brotverteilung an die Schneearbeiter der städtischen Straßenpflege wird nachträglich genehmigend zur Kenntnis genommen und der hierfür aufgelaufene und im Voranschlage bedeckte Kostenbetrag von 5121 K 48 h bewilligt.

(P. Z. 4882, M. A. XV, 3498.) Die im Schulgebäude VI., Sonnenuhrgasse 3, nach der Aufnahmeschrift vom 3. Mai 1918, M. A. XV, Z. 4326, erforderlichen Ferialherstellungen mit den

bedeckten Kosten von 5500 K, sowie die jährlichen Mehrkosten des Gasverbrauches per 10 K werden genehmigt.

(P. Z. 4954, M. A. VI, 421.) Folgende Verfügung des Herrn Bürgermeister wird nachträglich genehmigt:

1. Die zur Pflasterung der Zufahrtsstraße zum Massengüterbahnhof (verlängerte Schnitzgasse) erforderlichen 135 Waggon Halbwürfel, deren Beförderung von Mauthausen nach Wien nach dem genehmigten Bauentwurfe mittels Bahn zu erfolgen hatte, sind infolge Unmöglichkeit der Waggonbeistellung auf dem Wasserwege mittels Schlepp nach Wien zu bringen. Das diesbezügliche Anbot der Ersten I. I. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft vom 26. April 1918 wird genehmigt.

2. Das Anbot der Bauunternehmung Leopold Wolf & Komp. vom 30. April 1918, betreffend das Ausladen der Pflastersteine und Zuströmen derselben zum Objekte, wird angenommen.

3. Die Zustimmung der I. I. Direktion für die Linien der Staatsbahn-Gesellschaft zu dieser Abänderung des Bau-Entwurfes, die Übernahme der Mehrkosten von 22.967 K 52 h durch sie und die Erhöhung des Bauvorschlusses von rund 23.000 K wird zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Foyer** wird beschlossen:

(P. Z. 4884, M. A. X, 3682.) Dem Alfred Freiherrn Kaiser v. St. Miklos, I. I. Rittmeister, IV., Schelleingasse 21, wird das eigene Grab Gruppe XII, Nr. 85 im Hiezinger Friedhofe um 1200 K auf die Dauer des Friedhofbestandes überlassen.

(P. Z. 4884, M. A. X, 3534.) Dem I. I. Kommerzialrat Emil Engel, I., Rathausstraße 3, wird das eigene Grab Gruppe 139, im Hiezinger Friedhofe um 1600 K auf die Dauer des Friedhofbestandes überlassen.

(P. Z. 4894, M. A. XIV, 646.) Der Julius Frankl G. m. b. H. und J. & H. Braun wird nach Maßgabe der vorgelegten Pläne die politische Bewilligung erteilt, von der Kat.-Parz. 556/56, Einl.-Z. 474 die prov. Parz. 555/5 und von der Kat.-Parz. 555/57, Einl.-Z. 475 die prov. Parz. 555/6 behufs Vereinigung derselben mit der Einl.-Z. 476 Penzing, XIII. Bezirk, abzuschreiben. Diese Abteilung ist nach § 3, lit. b Wr. B.-D. als Unterabteilung zu beurteilen.

(P. Z. 4819, M. A. X, 926.) Das Stadtbauamt wird ermächtigt, für die Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen Personalverhältnisse zur Aufrechterhaltung des unbedingt notwendigen Beluchtungsdienstes auf dem Zentral-Viehmarke in St. Marx eine weitere (dritte) Person für diesen Dienst aufzunehmen und zu verwenden.

(P. Z. 4956, M. A. VIII, 630.) Der Bezirksvertretung Mariazell wird anlässlich des Baues der Brunnenablenkung ebenso wie in den Vorjahren zu den Erhaltungs- und Schneefüberungskosten der Bezirksstraße Mariazell-Weichselboden im Jahre 1917 ein Betrag von 500 K ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung bewilligt.

(P. Z. 4855, M. A. VIII, 263.) Die Begünstigung, welche mit Stadtrats-Beschluß vom 12. Juni 1917, P. Z. 5334, der

Schuljugend und den Mittelschülern sowie den Lehrlingshorten des Fortbildungsschulrates und dem städtischen Jugendamte (letzterem als Zentral-Arbeitsstelle für die an der militärischen Jugendvorbereitung teilnehmenden Jünglinge) für ihre Zöglinge im Jahre 1917 eingeräumt worden waren, werden auch für die Sommerbadezeit 1918 aufrecht erhalten.

Der Magistrat wird ermächtigt, für den Bade- und Schwimmbetrieb im Knabenbade des Strandbades „Gänsehäufel“ auf die Dauer der heurigen Sommer-Badezeit ein Aufsichtsorgan aus dem Lehrerstande gegen eine Vergütung von 800 K zu bestellen.

Der Magistrat wird weiters ermächtigt, wegen Zuweisung der einzelnen städtischen Bäder an die Jugendfürsorgevereine und wegen Festsetzung der Besuchstunden u. s. w. im Einvernehmen mit diesen Vereinen die weiteren Maßnahmen zu treffen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Jung** wird beschlossen:

(P. Z. 4901, M. B. A. II, 421.) Dem Ansuchen der Anna Tschida, Gastwirtin, II., Rotensterngasse 3, um Herabsetzung des Platzzinses auf die Hälfte, das ist auf 33 K 50 h jährlich, wird für die Zeit vom 1. Mai 1917 bis 1. Mai 1918 Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sökel** wird beschlossen:

(P. Z. 4937, M. A. XV, 1871.) Die Vornahme der Ferialherstellungen im Schulgebäude XVI., Neumayrgasse 25, mit dem Kostenbetrage von 4900 K wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-Bürgermeisters Stierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 4895, M. A. XIX, 21.) Die im Jahre 1917 eingehobenen 5prozentigen Sequestrationsgebühren im Betrage von 12.050 K werden auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 7. Mai 1880, P. Z. 1525, an die als politische Sequester verwendeten städtischen Beamten als Remuneration nach dem vorgelegten Vorschlage des Magistrates verteilt.

(P. Z. 4845, B. B. A. Stelle 1, 349.) Die Brot- und Mehl-Kommissionen erhalten vom 1. Mai 1918 an statt der bisher in natura bezogenen Kanzeleierfordernisse ein nicht verrechenbares monatliches Pauschale, und zwar die Brot- und Mehl-Kommissionen, welche bisher nicht mehr als 6000 Brot- und Mehlartenstämme für eine Verbrauchsperiode ausgegeben haben, 10 K, die Brot- und Mehl-Kommissionen, welche bisher über 6000 Brot- und Mehlartenstämme für eine Verbrauchsperiode ausgegeben haben, monatlich 15 K.

Aus diesem Pauschale haben die Kommissions-Obmänner für ihre Kommission sämtliche Kanzeleierfordernisse im freien Einlaufe selbst zu besorgen.

Das Pauschale ist im vorhinein, und zwar jedesmal zugleich mit den Zehrgeldern auszubehalten, jenes für den Monat Mai 1918 aber nachträglich zugleich mit dem Pauschale für den Monat Juni.

Die Kosten der Pauschalierung sind auf Ausg.-Rubr. LII „Kriegsauslagen“ zu verrechnen.

(P. Z. 4846, St. S., 320.) Der Stadtrat genehmigt das Ansuchen des Prof. Otto Komel und Direktor Dr. Rudolf

Sagte um partienweise Entlehnung des Nachlasses Ludwig Anzengruber's an die Direktion der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Wien und gestattet den Genannten die Einsichtnahme in die Briefe Anzengruber's.

(P. Z. 4889, M. A. XXII, 498.) Dem Ansuchen der Firma Gebrüder Thonet um Anweisung des Fakturenbetrages für die zur Ablieferung bereit gehaltenen Möbel des Erholungsheimes „Arbe“ wird unter der Bedingung Folge gegeben, daß die genannte Firma diese Möbel bis zum Abruf seitens der Gemeinde kostenlos aufbewahrt und während dieser Zeit für den unbeschädigten und ungeschmälerten Bestand die volle Haftung übernimmt.

(P. Z. 4946, M. A. XXII, 507.) Die Reinigungspauschalien für die Besorgung der Reinigungsarbeiten in den städtischen Amtsgebäuden der Bezirke II bis XXI sowie im städtischen Jugendamte werden ab 1. April 1918 unter gleichzeitiger Einstellung der mit Stadtrats-Beschluß vom 16. November 1916, P. Z. 10873, um 20 Prozent erhöhten ursprünglichen Reinigungspauschalien bis auf weiteres um 50 Prozent erhöht.

(P. Z. 4928, M. D., 5781/17.) In Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 30. August 1899, Z. 8504, werden neue Legitimationskarten für Gemeindefunktionäre und Bedienstete nach dem vorgelegten Muster eingeführt.

Bei Eintritt normaler Verhältnisse wird es dem Herrn Bürgermeister überlassen, für eine bessere Ausstattung der Legitimationen, insbesondere durch Beschaffung eines Ledertäschchens Sorge zu tragen.

(P. Z. 4905, M. A. XXII, 809.) Das Protokoll über die am 10. Mai 1918 abgehaltene Sitzung des Preisgerichtes für die Zuerkennung des von der Gemeinde Wien der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens gewidmeten Ehrenpreises per 1000 K, laut dessen dieser Preis im Jahre 1918 dem Ober-Baurat und Prof. Friedrich D h m a n n für seine auf der Frühjahrs-Ausstellung 1918 unter Katalog Nr. 100 ausgestellten „Projekte für eine Botivkirchenplatzausgestaltung im Zusammenhange mit einem Habsburger-, beziehungsweise Kaiser Franz Josef-Denkmal, einem Habsburgermuseum um den Kirchenplatz einschließenden Bauten für die Zwecke der Universität“ zuerkannt wurde, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4887, M. A. XI c, 884.) Die Drucklegung des Nachtrages zur Broschüre über den staatlichen Unterhaltsbeitrag um den offerierten Preis von 250 K wird genehmigt.

(P. Z. 4712, M. A. IX, 3300.) Den Anträgen der Bezirksvorstehungen für den XII., XVIII. und XXI. Bezirk auf Vermehrung der Flurhüterstellen wird Folge gegeben und für die mit dem Dienste eines Flurwächters verbundene Überzeit eine Tageszulage von 2 K bewilligt.

(P. Z. 4816, M. A. VIII a, 452.) Der Forstkultur-Antrag für das Jahr 1918 für den Forstwirtschaftsbezirk Raswald wird mit dem Erfordernisse von 13.891 K (bedeckt) genehmigt.

(P. Z. 4867, M. A. VIII, 833.) Für die Mitüberwachung der öffentlichen Gartenanlagen und Alleen im Jahre 1917 wird

der k. k. Sicherheitswache eine Zuwendung im Betrage von 3000 K gewährt.

Die k. k. Polizei-Direktion Wien ist zu ersuchen, die Verteilung der Zuwendung nach eigenem Ermessen vorzunehmen.

(P. Z. 5016, M. D., 2350.) Der Musikhistoriker k. k. Finanz-Konzipist Dr. Alfred Drel wird zum Adjunkten II. Klasse extra statum in den städtischen Sammlungen unter Anrechnung der von ihm beim Staate in der X. Rangklasse zugebrachten Dienstzeit für die Gehaltsvorrückung und Beförderung nach Maßgabe der für die Beamten der städtischen Sammlungen bestehenden Vorschriften mit den Bezügen der höheren Gehaltsstufe (2600 K Gehalt und 1200 K Quartiergeld) ernannt und wird ihm weiters die Anrechnung seiner Gesamtstaatsdienstzeit vom 29. Juli 1912 im Falle seiner Pensionierung (Quieszierung) zugesichert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 4810, M. A. V, 796.) Die Behebung der Gebrechen an den Enddilataationen der Brückenköpfe der Kaiser Franz Josefs-Regierungs-Zubiläumsbrücke im XX. Bezirke wird mit einem auf Ausgabe-Kubrik XXIII 3 bedeckten Kostenerefordernisse von 9700 K genehmigt.

Die Lieferung der Eisenteile und die Montierung wird der Aktiengesellschaft R. Ph. W a a g n e r, L. & J. B i r o und A. K u r z, V., Margaretenstraße 70, auf Grund ihres Angebotes vom 2. November 1917 übertragen.

Die Steinmearbeiten werden den Firmen E d u a r d H a u s e r, I. u. I. Hoffsteinmearmeister, IX., Spitalgasse 19, und L. S c h ä f t n e r, I. u. I. Hoffsteinmearmeister, XI., Vorhstraße 65, auf Grund ihrer Angebote vom 27. Dezember 1917, beziehungsweise 12. März 1918 übertragen.

Die übrigen Arbeiten sind durch die Ersther der laufenden Arbeiten ausführen zu lassen.

(P. Z. 4877, St. Str. B., 200.) 1. Die in den vorgelegten zwei Verzeichnissen beantragten Beförderungen von Beamten, Beamtinnen, Unterbeamten und Bediensteten der städtischen Straßenbahnen, sowie die für solche beantragten Erhöhungen, Neuzuerkennungen und Umwandlungen von Zulagen werden mit 1. Mai 1918 genehmigt.

2. Den Angestellten Leopold B a y e r, Stephan T a u b e d, Karl R a s s l und Georg S t u m p n e r wird die Altersnachfrist und den Angestellten Josef B r a n y, Karl G r u b i n g e r und Anton B e r g m a n n die Nachfrist von der Erfüllung der ordentlichen Militärdienstpflicht anlässlich ihrer Ernennung zu Unterbeamten erteilt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4811, M. A. VII, 194.) Dem Ansuchen des Bauunternehmers Karl S c h r e i n e r um Erhöhung der mit Stadtrats-Beschluß vom 31. Mai 1917, P. Z. 5511/17, für die Erd- und Baumeisterarbeiten beim Kanalbaue in der Wehlstraße im XX. Bezirke bewilligten Aufzahlung von 135 Prozent auf 200 Prozent wird mangels berücksichtigungswürdiger Umstände keine Folge gegeben.

(P. Z. 4834, M. A. XV, 530.) Dem Kuratorium zur Speisung bedürftiger Kinder IX., Sensengasse 5, wird gegen jeder-

zeit möglichen Widerruf unter den üblichen Bedingungen sowie unter den in der Aufnahmeschrift vom 26. Jänner 1918, M. N. XV, 530, enthaltenen und bei der Bauverhandlung noch zu stellenden Bedingungen die Bewilligung erteilt, den an die bestehende Kriegslüchelanlage im Schulgebäude XX, Stromstraße 78, anstoßenden Dichtof für Küchenezwecke zu benützen und zu diesem Behufe zu überdecken.

Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung wird zu den erforderlichen baulichen Herstellungen die Bewilligung erteilt.

(P. Z. 4812, M. N. VII, 293.) Die Lieferung von 10.000 kg Portlandzement wird der Österreichischen Portlandzementfabrik A.-G. I., Singerstraße 27, zum Preise von 11 K 50 h für 100 kg ohne Verpackung ab Fabrikstation übertragen.

Das Anbot des Fuhrwerks-Unternehmers Josef Wolf, XVI., Arneithgasse 78, auf Übernahme der Zufuhr dieses Zementes von Wien, Franz Josefs-Bahnhof zum Lagerplatz IX, Wasserleitungsstraße 9, zum Preise von 1 K 50 h für 100 kg, wird angenommen.

Den ständigen Unternehmern wird im Sinne des Stadtrats-Beschlusses vom 30. August 1917, P. Z. 8858, Zement aus diesem Vorrat zum Selbstkostenpreise abgegeben.

Das Stadtbauamt wird angewiesen, die Zutesäcke binnen 30 Tagen in gutem Zustande an die Unternehmung zurückzustellen und die Gutschreibung derselben zu veranlassen.

(P. Z. 4874, St. Str. B., 3636.) **St.-R. Schneider** bringt zur Kenntnis:

Die Wiedererrichtung der Haltestelle Stumpergasse im Gleis 1 der Mariahilferstraße wurde vom k. k. Eisenbahnministerium nicht genehmigt.

St.-R. Spalowsky beantragt:

Die Entscheidung des Eisenbahnministeriums wird nicht zur Kenntnis genommen und fordert der Stadtrat abermals die Wiedererrichtung dieser Straßenbahnhaltestelle.

Antrag Spalowsky angenommen.

(P. Z. 4875, St. Str. B., 991.) Zur Anlage der mit Kundmachung des k. k. Eisenbahnministeriums vom 23. September 1907, N.-G.-Bl. Nr. 234, P. 1, konzessionierten Kleinbahnlinie erwirbt die Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ von Agnes Simader und Hermine Simader, verehel. Ondricek, die diesen gehörige Liegenschaft Einl.-Z. 50 Grundbuch Rodaun, Haus, Garten und Acker, im Gesamtausmaße von 3826 m² nebst der Konzession zum Betriebe des Gastwirts-gewerbes und der Fremdenbeherbung sowie die zu diesen Betrieben gehörige Einrichtung laut Verzeichnisses um 123.000 K; vom Kaufpreise entfallen 100.000 K auf die Liegenschaft und 23.000 K auf die Konzession und Einrichtung.

Hiebei gelten folgende Bestimmungen:

Binnen drei Tagen nach Verständigung von der Annahme des Kaufanbotes haben die Verkäufer die Anmerkung der Rangordnung des Verkaufes im Grundbuche auf ihre Kosten zu besorgen.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ übernimmt alle auf der Liegenschaft sichergestellten Forderungen zur Selbstzahlung aus dem Kaufschilling. Den Verkäufern obliegt es, die zur

Lösung erforderlichen Urkunden, Eingaben und sonstigen Schriftsätze auf ihre Kosten zu beschaffen und alle damit verbundenen Stempel und Gebühren zu bestreiten.

Eine allfällige Übertragungsgebühr wird die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ allein entrichten; dagegen hat jeder Vertrags-teil bei der Durchführung des ganzen Rechtsgeschäftes jene Stempel, Gebühren und Kosten zu tragen, die für ihn nach den bezüglichen Vorschriften notwendig oder nützlich sind. Im Zweifel werden diese Auslagen je zur Hälfte geteilt. Quittungsstempel jedoch hat der Empfänger allein zu tragen. Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ übernimmt keinen Anteil an den Kosten der rechtsfreundlichen Vertretung der Verkäufer.

Der Kaufpreis wird sogleich nach Einverleibung des Eigentums der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ und Übergabe der Liegenschaft Einl.-Z. 50 Grundbuch Rodaun fällig und bis zum endgiltigen Begleich nach Abwicklung des ganzen Rechtsgeschäftes mit fünf vom Hundert verzinst.

Die Kosten dieses Ankaufes sind in dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 24. Jänner 1913 und 24. Juni 1910 genehmigten Sachkredite und im Hauptvoranschlage für das Jahr 1917/18, Rubrik XIV I/II 5 bedeckt.

II. Für den Fall der Annahme des obigen Antrages durch den Gemeinderat beschließt der Stadtrat:

Der Agnes Simader werden die Kat.-Parz. 26 und 61/1 der Einl.-Z. 50 des Grundbuches Rodaun, Haus samt Garten in Rodaun, Liefingerstraße 15, sowie die Konzession zum Betriebe des Gastwirts-gewerbes und der Fremdenbeherbung samt der dazu gehörigen Einrichtung um den Jahreszins von 4000 K, zahlbar in gleichen Teilbeträgen am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November im vorhinein und gegen einvierteljährige Kündigung zu den üblichen Terminen, ferner die Ackerparzelle 61/2 derselben Einlage um einen unteilbaren Jahreszins von 80 K, im voraus zahlbar am 1. April, gegen halbjährige Kündigung zum 1. Oktober für Ende März des folgenden Jahres, verpachtet. Zur Einhaltung der ihr aus diesem Vertrage obliegenden Verpflichtungen hat die Pächterin eine Sicherheit in der Höhe von 10.000 K in mündelsicheren Wertpapieren oder im baren Gelde, das zum jeweiligen Bankzinsfuß verzinst wird, zu bestellen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4909, St. Str. B., 2311.) Den Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder wird die Bewilligung der freien Fahrt der Pflinglinge zwischen Wohnung und Tagesheimstätte in Neuwaldbegg für die Zeit vom 1. Juli bis 1. September 1918 erteilt.

(P. Z. 4908, St. Str. B., 1302.) Der im vorgelegten Verzeichnisse angeführte Kondukteur Johann Sul wird im Nachhange zum Stadtrats-Beschlusse vom 7. Mai 1918, P. Z. 4638, mit 1. Mai 1918 zum Manipulanten der städtischen Straßenbahnen (Kategorie IV, Gehaltsklasse IV mit dem systemisierten Jahresgehälte von 1700 K und dem jährlichen Quartiergelde von 660 K) befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4910, St. Str. B., 2290.) Die in dem Verzeichnisse der Straßenbahnen, Z. 2290/At., vorgelegten sieben Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Gründel** wird beschlossen:

(P. Z. 5006, M. A. XII, 9483.) Dem Schmidt-Eiterlein'schen Kinderheim im XVII. Bezirke zur Beteiligung von Pflegerinnen des Kinderheimes mit Kleidern und Wäsche zur Weihnachtszeit (1918) wird ein Betrag von 1000 K zuhanden des Bezirksvorstehers für den XVII. Bezirk bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hörber** wird beschlossen:

(P. Z. 4897, M. A. VIII, 212.) Für den Betrieb des städtischen Strandbades „Gänsehäufel“ während des Betriebsjahres 1918/19 wird, wie in den Vorjahren, die Aufnahme und Verwendung des erforderlichen Aufsichts- und Betriebspersonales auf Grund der bisherigen Bestimmungen und des vorgelegten Verzeichnisses, und zwar nur provisorisch und nur nach Maßgabe des unbedingten Bedarfes, genehmigt.

Das Stadtbauamt wird ermächtigt, den Badebediensteten und den im Strombade diensttuenden l. l. Polizeiagenten, welche genötigt sind, in der Anstalt das Mittagessen einzunehmen, ein tägliches Zehrgeld im Höchstbetrage von 2 K auszubezahlen.

Die Badeanstalt ist ehestens, wo möglich noch vor den Pfingstfeiertagen, zu eröffnen.

(P. Z. 4929, M. A. VIII, 152.) Die Pächter der Gastwirtschaft auf dem Strandbade „Gänsehäufel“ Franz und Johann Diglas werden über ihr Ansuchen aus dem mit ihnen zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 31. Mai 1916 abgeschlossenen Pachtvertrage mit der Maßgabe entlassen, daß sich die Gemeinde Wien die Ablösung der ihnen noch gehörigen Baulichkeiten auf der Insel im Sinne des § 3 der amtlichen Vertragsbedingungen innerhalb der ursprünglichen Vertragsdauer noch weiter vorbehält. Der Magistrat wird angewiesen, diesbezüglich sofort die erforderlichen Verhandlungen einzuleiten.

Die im Sinne des Stadtrats-Beschlusses vom 23. Dezember 1913, P. Z. 20022, zwischen den Pächtern und dem Magistrat am 26. Juni 1914 getroffene Vereinbarung, derzufolge die Pächter einzelne Baulichkeiten samt Einrichtungen an Zahlungsstatt für den damals fälligen Pachtzins von 10.750 K gegeben haben, wird zur Kenntnis genommen.

Das Anbot der Pächter auf läufliche, beziehungsweise teilweise Überlassung von Einrichtungsgegenständen auf dem Strandbade „Gänsehäufel“ an die Gemeinde Wien mit einem ungefähren Kostenersparnisse von 8200 K (bedeckt) im Sinne der Aufnahmeschrift vom 7. Mai 1919, Beilage Nr. 18, wird angenommen.

Der Magistrat wird angewiesen, wegen Ankaufes der den Pächtern gehörigen Kücheneinrichtungsgegenstände sofort die weiteren Verhandlungen einzuleiten.

Die Gastwirtschaft in der Familienbad-Abteilung des Strandbades „Gänsehäufel“ wird für das heurige Jahr dem Gastwirte Johann Galler, II., Schüttaustraße 64, auf Grund des Angebotes vom 6. Mai 1918, Alternative B, verpachtet.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 4888, M. A. XII a, 383.) Zum Zwecke der Vor- nahme von Siegelkuren durch schwächliche Kinder in den Erholungs- stätten der Gemeinde Wien wird die Anschaffung von 100 Kinder- ruhebetten nach Muster derer auf der Sonnenstation der Wiener Kinderklinik nach Professor v. Pirquet um den Betrag von

12.555 K genehmigt und der Zuschußkredit zur Ausgabe-Nubrit XXXVIII 10 in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

(P. Z. 4889, M. A. XII a, 117.) Zur Anschaffung von Kinderkleidern aus blau bedrucktem Cotton, welche in den Tages- erholungsstätten den Kindern nur während des Aufenthaltes in denselben zur Verfügung gestellt werden, wird ein Betrag von 13.800 K bewilligt.

(P. Z. 4890, M. A. XII a, 143.) Die neu zu eröffnende Erholungsstätte auf der Kreuzzeichenwiese an der Ladenburghöhe wird zum Zwecke der Aufnahme schwächlicher Kleinkinder mit Dauerbetrieb gewidmet.

Die Kosten für die Gaszuleitung im Gesamtbetrage von 10.300 K werden genehmigt.

Wegen weiterer Innenausgestaltung sind besondere Anträge zu stellen.

(P. Z. 4902, M. B. A. X, 12537.) Der Stadtrat erteilt der Magistrats-Abteilung XII a die Bewilligung, auf der der Ge- meinde Wien gehörigen Liegenschaft Einl.-Z. 112 Grundbuch Oberlaa-Stadt, Kat.-Parz. 1526/1 an der Laaerstraße im X. Bezirke die in den genehmigten Plänen ersichtlich gemachten Baueinstellungen, die darin bestehen, daß nächst der Laaerstraße drei hölzerne, eben- erdige, mit Dachpappe gedeckte Baracken errichtet werden, unter Einhaltung der in der Bauverhandlungsschrift vom 28. März 1918 vorgeschriebenen Bedingungen ausführen zu dürfen.

(P. Z. 4809, M. A. 3251.) Dem Vereine Wiener Tonkünstler- Orchester wird eine einmalige Subvention im Betrage von 2000 K bewilligt.

Dieser Betrag findet in der Gesamtposition der Ausgabe- Nubrit XLVI 2 a Deckung. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4939, M. A. XV, 6637.) Die Weiterbenützung der Naturalwohnung in der Mädchen-Bürgerschule IX., Galileigasse 3, durch die Bürgerschul-Direktorin i. P. Marie Schwarz bis zum Augusttermine 1918 wird genehmigt.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 5021, M. A. XV, 5327/18.) Der Stadtrat genehmigt, daß der Magistrat den vorgelegten Entwurf einer Kundmachung, womit bekanntgegeben wird, daß das bisher bestandene Alters- versorgungsnormale der Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen des Schulbezirkes Wien aufgehoben und wenn die Altersversorgungskassa mit der Lehrer- pensionskassa vereinigt wird, dem l. l. n.-ö. Landes Schulrat mit dem Ersuchen übermittelt werde, diese Kundmachung ehestens zu er- lassen.

(P. Z. 4833, M. A. XV, 5428.) Der Schulbienerwitwe Stephanie Menta wird eine Witwenstiftung von 2200 K jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4936, M. A. XV, 2974.) Dem Volksschullehrer I. Klasse Hans Späth wird gnadenweise das Quartiergeld vom 1. Februar 1918 an auf die Dauer seiner militärischen Dienstleistung belassen.

(P. Z. 4942, M. A. XV, 6029.) Der Tochter der am 19. März 1918 verstorbenen provisorischen städtischen Schuldienerin i. P. Anna Nowaczek, gleichen Namens, wird als Beitrag zu den Krankheits- und Beerdigungskosten nach der Verstorbenen ein Betrag von 159 K gnadenweise bewilligt.

(P. Z. 4953, M. A. XIII, 1802.) 1. Der im Ruhestande befindlichen Leiterin der Diehl'schen Fortbildungsschule Emilie Philipp und der ebenfalls im Ruhestande befindlichen Fachlehrerin Emilie Glaser werden mit Rückwirkung vom 1. April 1916 Kriegszulagen und Anschaffungsbeiträge nach den Bestimmungen, welche jeweils für die nicht in Rangklassen eingeteilten, im Ruhestande befindlichen Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien bestanden, beziehungsweise derzeit gelten, bewilligt und werden die bereits erfolgten Auszahlungen nachträglich genehmigt.

2. Den Genannten werden in Zukunft dieselben außerordentlichen Zuwendungen (Kriegszulagen und Anschaffungsbeiträge) gewährt, welche die nicht in Rangklassen eingeteilten, im Ruhestande befindlichen städtischen Angestellten und Bediensteten nach den bezüglichen Gemeinderats-Beschlüssen mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse jeweils erhalten. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4944, M. A. XV, 5088.) Zur Anerkennung der aus dem vorgelegten Verzeichnisse des I. I. Bezirksschulrates Wien ersichtlichen Wegentschädigungen an die daselbst angeführten provisorischen katholischen Religionslehrer, welche mit der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an allgemeinen Volksschulen in Wien im Schuljahre 1916/17 betraut waren, wird die Zustimmung erteilt, und hiezu ein erster Zuschußkredit in der Höhe von 883 K 24 h zur Ausgabe-Rubrik XLIII/30 bewilligt.

(P. Z. 4943, M. A. XV, 6773.) Zu der mit Beginn des Schuljahres 1917/18 erfolgten provisorischen Eröffnung der VI. Stammklasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben IX., Canisiusgasse 2, sowie der I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben IX., Gillegasse 12, als eine gemischte Klassen-Abteilung wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4940, M. A. XV, 6494.) Zur Beurlaubung der Volksschullehrerin I. Klasse Josefina v. Lehmann auf die Zeit vom 2. bis einschließlich 30. April 1918 gegen Ersatz der Substitutionskosten (auch der nach § 19 des Subst. Norm. erwachsenen) und Einstellung allfälliger Remunerationen wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4941, M. A. XV, 6454.) Zur Beurlaubung des Volksschullehrers I. Klasse Franz Bibiza auf die Zeit vom 29. April 1918 bis zum Schlusse des laufenden Schuljahres wird unter Belassung der Bezüge zum Zwecke des Unterrichtes türkischer Zöglinge in deutscher Sprache die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4911, B. Sch. N., 5002.) Die Kundmachung des I. I. Bezirksschulrates, betreffend die Ausschreibung einer erledigten Stelle eines eigenen Religionslehrers für den katholischen Religionsunterricht mit jährlichen Gehaltsbezügen im Wiener Schulbezirke, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4912, B. Sch. N., 5001.) Die Konkurrenzausschreibung zur Besetzung erledigter Schulleiterstellen im Wiener Schulbezirke wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4913, B. Sch. N., 5000.) Die Konkurrenzausschreibung zur Besetzung erledigter Lehrstellen im Wiener Schulbezirke wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4945, M. A. XV, 4806.) Gemäß § 82 des Gesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, zur Anrechnung der von der Bürgerschullehrerin Elisabeth Koch nach Erlangung der Lehrbefähigungsprüfung an der evangelischen Privat-Volksschule mit Öffentlichkeitsrecht in Efferding vom 13. November 1890 bis 24. August 1891 zurückgelegten Dienstzeit für die Pension, wird unter der Bedingung die Zustimmung erteilt, daß für diese Zeit die gesetzlichen Beiträge zum Wiener Lehrerpensionsfonds entrichtet werden.

(P. Z. 4831, M. A. XV, 6830.) Der Stadtrat bewilligt gegen jederzeit möglichen Widerruf, daß im laufenden Jahre die Schulumesse für die Kinder der Knaben- und Mädchen-Volksschule XIX., In der Krim 6, jeden Freitag um ¼ 8 Uhr früh im Turnsaale dieses Schulgebäudes abgehalten werden kann.

(P. Z. 4891, M. A. XIII, 1754.) Dem Hörer der allgemeinen Abteilung der I. I. Exportakademie Wilhelm Asperger wird für das Studienjahr 1917/18 ein Freiplatz der Gemeinde Wien an der genannten Anstalt verliehen.

(P. Z. 4892, M. A. XIII, 1729.) Die Widmung der Gesellschaft für erweiterte wirtschaftliche Mädchenerziehung und zur Heranbildung für Frauenberufe „Austria“ je eines ganzen Freiplatzes für Töchter von nach Wien zuständigen Eltern an den von ihr erhaltenen Lehranstalten (für erweiterte wirtschaftliche Mädchenerziehung und zweiklassige Handelsschule) wird mit Dank angenommen und es wird zugestimmt, daß diese die Bezeichnung „Stadt Wien — Stiftungsplatz“ führen.

(P. Z. 4914, B. Sch. N., 15607.) Zur definitiven Besetzung der Volksschullehrerin I. Klasse Elisabeth Lecher aus Dienstesrück-sichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XX., Leipzigerplatz 1, an die allgemeine Volksschule für Mädchen XX., Treustraße 9, vom Beginne des Schuljahres 1918/19 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4915, B. Sch. N., 10810.) Zur definitiven Besetzung der Bürgerschullehrerin Mathilde Hanzel aus Dienstesrück-sichten von der Bürgerschule für Mädchen XIII., Feldmühlgasse 26, an die Bürgerschule für Mädchen XII., Steinbauergasse 27 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4916, B. Sch. N., 10074.) Zur definitiven Besetzung des Volksschullehrers I. Klasse Alfred Fenz aus Dienstesrück-sichten von der II. allgemeinen Volksschule für Knaben XVII., Kastner-gasse 29, an die allgemeine Volksschule für Knaben und Mädchen XX., Wintergasse 34, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4829, M. A. XV, 6160.) Über Ansuchen wird dem provisorischen Lehrer II. Klasse Rudolf Dreßler bewilligt, seinen Remunerationenübergenuß im Betrage von 456 K 66 h per 1. Mai 1918 in monatlichen Teilbeträgen in der Höhe seiner Bezüge zurückzahlen.

(P. Z. 4830, M. A. XV, 5274.) Über Ansuchen wird dem Volksschullehrer I. Klasse Wenzel Bignon bewilligt, seinen Kriegszulageübergenuß im Betrage von 462 K ab 1. März 1918 in monatlichen Teilbeträgen von 20 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 4932, M. A. XV, 6668.) Über Ansuchen wird dem Bürgerschullehrer Julius Meister bewilligt, seinen Kriegszulageübergenuß im Betrage von 167 K 40 h ab 1. Mai 1918 in monatlichen Teilbeträgen à 15 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 4933, M. A. XV, 6671.) Über Ansuchen wird dem Bürgerschullehrer Karl Pirchner bewilligt, seinen Gehaltsübergenuß im Betrage von 174 K 67 h ab 1. Juni 1918 in monatlichen Teilbeträgen à 40 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 4934, M. A. XV, 3534.) Über Ansuchen wird dem Volksschullehrer I. Klasse Richard Rother bewilligt, seinen Gehaltsübergenuß im Betrage von 1596 K ab 1. Mai 1918 in monatlichen Teilbeträgen à 20 K zurückzuzahlen.

(P. Z. 4935, M. A. XV, 2968.) Über Ansuchen wird dem Bürgerschullehrer Eduard Rotschwar bewilligt, seinen Gehaltsübergenuß im Betrage von 1110 K 4 h ab 1. Mai 1918 in monatlichen Teilbeträgen in der Höhe seines monatlichen Gehaltsbezuges zurückzuzahlen.

(P. Z. 4938, M. A. XV, 5726.) Das Ansuchen des Bürgerschullehrers Josef Rotschy um Nachsicht seines Gehaltsübergenußes im Betrage von 1376 K 1 h wird abgelehnt, demselben jedoch die Rückzahlung des Übergenußes in monatlichen Raten à 50 K ab 1. Mai 1918 bewilligt.

(P. Z. 4917, B. Sch. N., 11537.) Die Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Herbststraße 86, Karoline Eichert, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 zur Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Herbststraße 86, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4918, B. Sch. N., 1315.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im V. Bezirke, Stolberggasse 53, Ludmilla Janal wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im V. Bezirke, Schönbrunnerstraße 101, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4919, B. Sch. N., 211.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im IV. Bezirke, Phorusgasse 10, Margarete Neumann, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im IV. Bezirke, Karolinenplatz 7, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4920, B. Sch. N., 11625.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Kleistgasse 12, Gijela Scherer, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Oktober 1917 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Siegelgasse 2/4, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4921, B. Sch. N., 3845.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVIII. Bezirke, Schopenhauerstraße 79, Wolfgang Leifner, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVIII. Bezirke, Schulgasse 19, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4922, B. Sch. N., 1533.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XX. Bezirke, Treustraße 9, Elvira Kleisner, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XX. Bezirke, Treustraße 9, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4923, B. Sch. N., 4664.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XXI. Bezirke, Wenhartgasse 34, in Verwendung an der Bürgerschule für Knaben X., Quellenstraße 31, Anton Dolejsi, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im X. Bezirke, Keplergasse 11, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4924, B. Sch. N., 4729.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVIII. Bezirke, Klettenhofergasse 3, Mathilde Blocher, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVIII. Bezirke, Cellesgasse 2, gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4930, B. Sch. N., 5520.) Die Bezirks-Aushilfslehrerin mit dem Standorte an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im VII. Bezirke, Burggasse 14, Theresia Böckl, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 zur Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im VII. Bezirke, Burggasse 14, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4931, B. Sch. N., 5177.) Die Bezirks-Aushilfslehrerin mit dem Standorte an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Gaullachergasse 49/51, Friederike

Grabner, welche derzeit an der Hilfsschule für schwachbefähigte, schulpflichtige Kinder XVI., Auegasse 29, in Verwendung steht, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Mai 1918 zur Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Gaullacher-gasse 49/51, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Fize-Bürgermeisters Kain** wird beschlossen:

(P. Z. 5024, St. Brauh., 166.) Der Betrag von 533 K 25 h für an den Bierdepositeur in Dobermannsdorf gesandte Bierlieferung, welche durch bahnsseitiges Verschulden am Transport verdarb, wird abgeschrieben.

(P. Z. 4850, St. L. B., 805.) Die Abschreibung der Leichenkosten nach dem am 17. April 1918 verstorbenen Alexander Trawniczek und nach dem am 25. April 1918 verstorbenen Anton Felsinger, beide Werkführer der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung“, für den ersteren im Betrage von 362 K 83 h, für den letzteren im Betrage von 350 K, wird genehmigt.

(P. Z. 4820, M. A. IX, 1699.) Der amtlichen Übernahmestelle für Vieh und Fleisch (einschließlich Markt-Kommission), der Niederösterreichischen Viehverkehrsstelle, dem Kälbersyndikate, der Österreichischen Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft, Markt-Abteilung, und der Firma Lichtschein & Bruder werden Kanzleiräume in den Parteiengebäuden I und II, sowie im Verwaltungsgebäude des Zentral-Viehmarktes St. Marx unter den in den Verhandlungsschriften vom 14. und 26. März 1918 niedergelegten Bedingungen mietweise überlassen.

(P. Z. 4849, St. L. B., 806.) Der Witwe Franziska Novak wird die mit Stadtrats-Beschluß vom 17. Juni 1915, respektive Gemeinderats-Beschluß vom 22. Februar 1916 im Ausmaße von 360 K bewilligte Gnadengabe ab 1. Mai 1918 auf weitere drei Jahre, beziehungsweise bis zur Wiederverheiratung oder anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4872, St. L. B., 808.) Der Witwe nach dem verstorbenen Anton Felsinger, Werkführer der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung“, Adelheid Felsinger, wird die jährliche Wittwenpension von 1260 K und den minderjährigen Söhnen Friedrich und Anton Felsinger die jährlichen Erziehungsbeiträge von je 252 K ab 1. Mai 1918 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4821, M. A. IX, 1321.) Der Vermietung des Raumes top. Nr. 23 im städtischen Schweineschlachthause an die Österreichische Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft, Abteilung Schweine, wird unter den in der Verhandlungsschrift vom 29. April 1918 niedergelegten Bedingungen zugestimmt.

(P. Z. 4871, St. L. B., 807.) Der Witwe nach dem verstorbenen Alexander Trawniczek, Werkmeister der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung“, Elise Trawniczek, wird die jährliche Wittwenpension von 1440 K ab 1. Mai 1918 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4870, St. L. B., 809.) Das Übereinkommen mit der Krankenunterstützungs-Klasse „Kollegialität“ wegen Beistellung ermäßigter Kategorien von Leichenbegängnissen nach verstorbenen Klassenmitgliedern, sowie deren Angehörigen wird Kenntnis genommen.

(P. Z. 4952, St. Stellw. Unt., 246.) Der Schaffner der städtischen Stellwagenunternehmung Karl Gold wird mit 16. Mai 1918 unter Zuerkennung einer jährlichen Pension von 866 K 25 h auf die Dauer von sechs Monaten in den zeitlichen Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4959, M. A. IV, 376.) Der Maschinist I. Klasse der städtischen Feuerwehr Josef Moser wird für seine Person zum „Monteur“ mit den Bezügen eines Unterbeamten der städtischen Feuerwehr ernannt.

Infolange Moser diese ihm für seine Person verliehene Unterbeamtenstelle einnimmt, hat eine Maschinistenstelle I. Klasse der städtischen Feuerwehr unbesetzt zu bleiben und eine der systemisierten Arbeitszulagen im Betrage von 1 K täglich zu entfallen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4958, M. A. IV, 1122.) Den Feuerwehrmännern I. Klasse Johann Faschinghofer, Alfred Graninger, Franz Fösch und Anton Parsch, den Heizern der städtischen Feuerwehr Franz Gießwein, Johann Schmelzenbart und Karl Berzowa und den Fahrern Johann Humann, Franz Laß und Karl Niederhofer und dem zur militärischen Dienstleistung eingerückten Feuerwehrmann I. Klasse Alois Fasching wird das Definitivum im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 14. Juli 1911, Z. 9181, verliehen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 4896, M. A. III, 1739/18.) Die Gemeinde Wien kauft von der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft die im Grundbuche über Oberlaa-Stadt unter Einl.-Z. 577 inneliegenden Parz. 1964/1 und 1957/5 im Katastralausmaße von 29.694 m² um den Pauschalbetrag von 100.000 K unter nachstehenden Bedingungen:

1. Der Grund wird verkauft, wie er liegt und steht, und der Gemeinde Wien vollkommen saß- und lastenfrei übergeben.
2. Der Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes für die Gemeinde Wien und Übergabe des Grundes in ihren physischen Besitz fällig.
3. Die Gemeinde Wien tritt in den bestehenden Pachtvertrag ein.
4. Auf dem verkauften Grunde dürfen keine Anlagen errichtet oder Grabungen vorgenommen werden, die den Zwecken eines Ziegelwerkes dienen.

Diese Verpflichtung ist auf dem verkauften Grunde auf Kosten der Gemeinde Wien grundbücherlich sicherzustellen.

5. Die mit der Vertragserrichtung und der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren sowie die Vermögensübertragungsgebühr wird von der Gemeinde Wien allein getragen.

Die Wertzuwachssteuer geht zu Lasten der Verkäuferin.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Anoll** wird beschlossen:

(P. Z. 4862, M. B. A. XX, 11509.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den XXI. Bezirk an Johann Traberger und Johanna Traberger zu erteilende Baubewilligung für die Errichtung eines Zimmeranbaues bei ihrem Hause Konstr.-Nr. 197 Wizingerobestraße, XXI. Bezirk, wird unter den vom Magistrat gestellten Bedingungen der Aufnahmeschrift vom 1. Mai 1918 bestätigt.

(P. Z. 4865, M. A. VIII, 1042.) Die im Hause XXI., Wilhelm Raab-Gasse 5, infolge eines Rohrgebrechens aufgelaufene Wassergebühr für den weiteren Verbrauch des II. Viertels 1917 im Betrage von 45 K 30 h wird aus Billigkeitsgründen auf den Betrag von 12 K herabgesetzt und der Betrag von 33 K 30 h abgeschrieben.

(P. Z. 4900, M. B. A. XXI, 11518.) Den von der Gemeinde Wien mit Artur Scherer hinsichtlich des städtischen Grundstückes Kat.-Parz. 894, 895 (alte Bezeichnung) — Kat.-Parz. 452 (neu) Grundbuch Groß-Edlersdorf II bis 15. Juli 1919 geltende Pachtvertrag wird mit 15. Juli 1918 aufgelöst und das bezeichnete Grundstück von diesem Zeitpunkte an Marie Reitingner, XVI., Brunnengasse 32, um den Jahresbestandzins von 5000 K und unter sinngemäßer Anwendung der allgemeinen Bestandsbedingungen für in städtischer Verwaltung stehende Gründe bis einschließlich 14. Juli 1921 verpachtet.

(P. Z. 4864, M. B. A. XXI, 20483.) Die für das Haus Ragan, Altensgasse 11, Konstr.-Nr. 93, der Firma Leopold Mayer Bleicherei, Färberei und Appretur für das I. Jahresviertel 1917 mit 364 K 92 h vorgeschriebene Wassermehrverbrauchsgebühr wird über das konstatierte Rohrgebrecen auf 28 K ermäßigt und der übersteigende Betrag von 336 K 92 h zur Abschreibung bewilligt.

Eine Abschreibung der gleichen Gebühren im II. Jahresviertel 1917 findet nicht statt.

(P. Z. 4815, M. A. VIII, 1041.) Die für das Haus XXI., Leopoldauerplatz 69, für das erste und zweite Viertel 1917 vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebühren von zusammen 133 K 18 h werden auf 5 K herabgesetzt.

(P. Z. 4863, M. B. A. XXI, 6807.) Der Antonia Minarik, Viktualienhändlerin, in Eßlingen Nr. 108 wohnhaft, wird die Bewilligung zur Aufstellung einer Verkaufshütte auf dem Markte am Genochplatz im XXI. Bezirke Hirschstetten, unter den in der Verhandlungsschrift vom 12. April 1918 aufgestellten Bedingungen erteilt.

(P. Z. 4826, M. A. X, 3675.) Der Stadtrat genehmigt nachträglich die Heranziehung eines Teiles der zur Vergabung als eigene und als einfache Gräber bestimmten Grabstellen im Groß-Edlersdorfer Friedhofe zur Deckung des Bedarfes an Einzelgräbern.

(P. Z. 4828, M. A. XIV, 1278/17.) Der Familien-Bau-Genossenschaft für Eisenbahner wird die politische Bewilligung erteilt, die Kat.-Parz. 1522/50, Einl.-Z. 946 Grundbuch Groß-Edlersdorf, XXI. Bezirk, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne auf zwei Baublöcke A B, 18 Baustellen und eine Restfläche abzutheilen.

Diese Abteilung stellt sich nach § 3, lit. a Wr. B.-D. als Parzellierung dar.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Raim** wird beschlossen:

(P. Z. 4904, M. A. XXII, 737.) Dem gemeinsamen Ernährungs-Ausschusse (Kinderaktion) wird für Zwecke des „Kaiser Karl-Wohlfahrtswerkes“ der Kellerraum top. Nr. 1 im Gewerbegerichtsgebäude, VIII., Schlesingerplatz 2, bis Ende 1918 unentgeltlich überlassen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Seindl** wird beschlossen:

(P. Z. 4854, M. A. VII, 278.) Die Herstellung des Verputzes am Gewölbe des rechten Hauptsammellkanales bei der Dominikanerbastei und in der Bollzeile zwischen der Predigergasse und Stubenring im I. Bezirke wird dem Bau-Unternehmer Maurermeister Ferdinand Peterka, XII., Erlgasse 46, zu den Bedingungen des Angebotes vom 7. März 1918 übertragen.

Das hiedurch eintretende bedeckte Erfordernis von 18.000 K wird genehmigt.

Dem mit der Aufsicht betrauten Bauamtsbeamten wird für die Dauer der Arbeiten ein Zehrungsbeitrag von täglich 4 K bewilligt.

(P. Z. 5019, M. A. III, 1244.) Die Gemeinde Wien kauft von Arnold, Gustav und Hedwig Los die Liegenschaft I., Blutgasse 5, bestehend aus der Kat.-Parz. 843 Bauarea, Einl.-Z. 126 Innere Stadt, im Ausmaße von 380·17 m² und 20/91 Anteile der Kat.-Parz. 847 „Fährnichshof“ mit allen Rechten und Zubehör, wie sie liegt und steht, um den Pauschalpreis von 235.000 K unter nachstehenden Bedingungen:

1. Der Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes und Übergabe der Liegenschaft in den physischen Besitz der Gemeinde Wien fällig.

2. Die Berichtigung des Kaufschillings erfolgt in nachstehender Weise:

Zur Deckung der mit der städtischen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt vereinbarten Leibrenten wird von der Gemeinde an diese Anstalt per Postsparrassa ein Betrag von 50.000 K überwiesen.

Die zugunsten des „Anter“, Gesellschaft für Lebens- und Rentenversicherungen in Wien einverleibten Sachposten per 40.000 K und 29.000 K übernimmt die Gemeinde Wien zur Selbstzahlung auf Abschlag vom Kaufschillinge.

Falls aus der vorzeitigen Rückzahlung dieser beiden Sachposten von der Gläubigerin Forderungen gestellt werden, so kommen die Verkäufer hiefür auf.

Der sonach verbleibende Rest des Kaufschillings wird bar ausbezahlt.

3. Für die Kosten der Sachfreistellung und sonstigen Vereini-gung des Grundbuches kommen die Verkäufer auf; diese werden insbesondere das sub C P. 20 einverleibte Pfandrecht zur Sicherstellung der Leibrente von 1600 K für Emma Los zur Löschung bringen.

4. Die Verkäufer verpflichten sich, über Aufforderung binnen acht Tagen die Rangordnung der beabsichtigten Veräußerung auf ihre Kosten bei der Einl.-Z. 126 Innere Stadt anmerken zu lassen.

5. Die bereits bestellte Neulegung des Fußbodens in einer Wohnung des 1. Stockes, bestehend aus 4 Zimmern und Vorzimmer, wird noch von den Verkäufern auf ihre Kosten zur Ausführung gebracht.

6. Die mit der Vertragserrichtung und der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren sowie der Vermögensübertragungsgebühr gehen zu Lasten der Käuferin, die Wertzuwachssteuer wird von den Verkäufern getragen.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Müller** wird beschlossen:

(P. Z. 4882, M. A. X, 562.) Die Gebühr für das eigene Grab Abteilung IV, Gruppe IX, Nr. 1 im Weidlinger Friedhofe, das dem Karl Walz, V., Reinprechtsdorferstraße 35 auf 20 Jahre außer der Reihenfolge überlassen würde, wird nachträglich mit dem Betrage von 250 K bestimmt.

(P. Z. 5001, M. A. X, 4142.) Die Gebühr für das dem Andreas Hanslik, Bezirksrat und Hauseigentümer, XII., Grünbergstraße 27, auf die Dauer von 20 Jahren außer der Reihenfolge überlassene Grab Abteilung II, Gruppe V, Nr. 238 im Weidlinger Friedhofe wird mit dem Betrage von 150 K festgesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Angermayer** wird beschlossen:

(P. Z. 4957, M. A. III, 1414.) Die Gemeinde Wien erwirbt von Karl und Agnes Ott die Liegenschaft V., Ramperstorfergasse 69, Einl.-Z. 1113, V. Bezirk, im Katastralausmaße von 412 m², wie sie liegt und steht, um den Pauschalpreis von 124.000 K unter nachstehenden Bedingungen:

1. Die Liegenschaft wird mit Ausnahme der zugunsten der Ersten Militärversicherungsanstalt und der Helene Kovotny, verehel. Benke, haftenden Sackposten per 68.000 K und 18.000 K vollkommen sack- und lastenfrei übergeben.

Die vorerwähnten Sackposten übernimmt die Gemeinde Wien auf Abschlag vom Kaufschillinge zur Selbstzahlung, jedoch werden die Verkäufer der Gemeinde Wien die Mehrzinsen über 4½ Prozent der zugunsten der Helene Kovotny, verehel. Benke, einverleibten Sackpost per 18.000 K ersetzen, falls diese Forderung nicht sofort zurückbezahlt werden kann.

2. Der Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes für die Gemeinde Wien und Übergabe des Grundes in ihren physischen Besitz fällig.

3. Die Verkäufer verpflichten sich, über Aufforderung binnen acht Tagen die Rangordnung der beabsichtigten Veräußerung auf ihre Kosten bei der Einl.-Z. 1113, V. Bezirk, anmerken zu lassen.

4. Die mit diesem Rechtsgeschäfte und der grundbücherlichen Durchführung desselben verbundenen Kosten und Gebühren, sowie die Vermögensübertragungsgebühr gehen zu Lasten der Gemeinde Wien, die Wertzuwachssteuer wird von den Verkäufern getragen.

Zur Bedeckung des im laufenden Verwaltungsjahre sich ergebenden Erfordernisses von 63.750 K wird ein Zuschußkredit in dieser Höhe zur Ausgabe-Rubrik XII/13 bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Spalowsky** wird beschlossen:

(P. Z. 3314, M. A. A., 200.) Die Richtlinien für die Geschäftsführung der neugeschaffenen Berufsberatungsstelle für Frauen werden genehmigend zur Kenntnis genommen.

Der Arbeitsnachweis hat darauf zu sehen, daß die Arbeitsplätze in erster Linie mit männlichen Bewerbern zu besetzen sind, soweit es sich nicht um ausgesprochene Frauenberufe handelt.

Soweit geeignete männliche Arbeitskräfte nicht vorhanden sind, ist die Unterbringung weiblicher Arbeitskräfte anzustreben, wobei jedoch darauf zu achten ist, daß in den in Betracht kommenden Betrieben die vereinbarten oder üblichen Löhne eingehalten werden.

(P. Z. 5025, M. A. A., 411.) Die Entscheidung der Landesstelle für Arbeitsvermittlung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 11. Mai 1918, Z. 185, womit der Arbeitsnachweis der Stadt Wien als öffentliche allgemeine Arbeitsnachweisstelle erklärt und demselben als Sprengel das Gebiet der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und die politischen Bezirke Floridsdorf und Umgebung, Hietzing und Umgebung und Fulk und Umgebung zugewiesen wurden, wird zur Kenntnis genommen.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Haas** wird beschlossen:

(P. Z. 4893, M. A. XIV, 906.) Die vom Ingenieur Karl Hayböck angeforderte Abteilung der Rat.-Parz. 1602/1, Einl.-Z. 499 Grundbuch Favoriten wird unter den Bedingungen des Stadtratsberichtes als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a Wr. B.-D. genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Mataja** wird beschlossen:

(P. Z. 4377, M. A. XVIII, 848.) Der Aloisia Ryschawy, geb. Benda, als Witwe nach dem am 19. Februar 1918 im Betriebe der städtischen Leichenbestattung tödlich verunglückten Aufbahrer Wenzel Ryschawy, wird vom Todestage des Verstorbenen, das ist vom 19. Februar angefangen für die Dauer des Witwenstandes eine vom Jahresarbeitsverdienste per 2419 K berechnete 20prozentige Witwenrente im jährlichen Betrage von 483 K 84 h, das ist monatlich 40 K 32 h zuerkannt.

(P. Z. 4836, M. A. XVIII, 1147.) Der Eva Fertig, geb. Abraham, als Witwe nach dem am 12. März 1918 im Betriebe der städtischen Stellwagen-Unternehmung tödlich verunglückten Kutscher Johann Fertig, wird vom Todestage des Verstorbenen, das ist vom 12. März 1918 angefangen — für die Dauer des Witwenstandes — eine vom Jahresarbeitsverdienste per 3308 K 20 h berechnete 20prozentige Witwenrente im jährlichen Betrage von 661 K 68 h, das ist 55 K 14 h monatlich zuerkannt.

(P. Z. 4533, M. A. XVIII, 402.) Der Marie Rainrath, geb. Grois, als Witwe nach dem am 7. Dezember 1917 im städtischen Fuhrwerksbetriebe tödlich verunglückten Straßenarbeiter Leopold Rainrath, wird vom Todestage des Verstorbenen, das ist vom 7. Dezember 1917 angefangen für die Dauer des Witwenstandes eine vom Jahresarbeitsverdienste per 2058 K 55 h berechnete 20prozentige Witwenrente im monatlichen Betrage von 34 K 31 h und den ehelichen Kindern Margarete (geb. 11. Mai 1914) und Stephanie (geb. 7. Februar 1917) bis zum zurück-

gelegten 15. Lebensjahre eine 15prozentige Kinderrente im monatlichen Betrage von je 25 K 73 h zuerkannt.

Von diesem Tage an gebührt den Hinterbliebenen gemäß § 7, beziehungsweise § 20 der allgemeinen Pensionsvorschrift für die provisorischen Bediensteten der Gemeinde Wien nur der die Hinterbliebenenrenten etwa übersteigende Teil der mit Stadtrats-Beschluß vom 22. Jänner 1918, P. Z. 797, zuerkannten Witwenpension und Erziehungsbeiträge. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 3866, W. A. XI b, 31531.) Die Anregung des n.-ö. Landes-Ausschusses auf Herabminderung und unverzinsliche Sicherstellung der Verpflegskostenforderung der Gemeinde Wien gegen den Nachlaß des in der n.-ö. Landes-Siechenanstalt Sankt Andra vor dem Hagental verstorbenen Josef Wimmer wird mit Rücksicht auf die bedrängte wirtschaftliche Lage der erblasserischen Witwe und des minderjährigen Sohnes Folge gegeben und der Magistrat ermächtigt, diesbezüglich das Weitere zu veranlassen.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

(II. Gemeindebezirk, Leopoldstadt.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom 21. Februar 1918.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher Dr. Leopold Blasel.

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Karl Czajny.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Der Bericht über die letzte Sitzung, der zur Einsichtnahme aufliegt, wird ohne Verlesung genehmigt.

Anträge.

B.-Z. Bifarsky teilt in einem vom 18. Februar 1918 an Herrn Vorsteher Dr. Blasel datierten Brief mit, daß zwischen den Besitzern des Hotel „Continental“ im II. Bezirke und dem Kriegsministerium neuerliche Verhandlungen behufs Ankaufes des genannten Hotels schweben. Da bereits durch Besitznahme von vier Hotels durch das Kriegsministerium der II. Bezirk ohnehin nicht mehr viele Hotels besitzt, in welchem anständige Reisende Unterkunft finden können, beantragt derselbe, in einer Audienz bei Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister oder durch Intervention im Parlament energisch dagegen Stellung zu nehmen, gegebenenfalls, wenn die gewünschte Antwort oder Erledigung nicht erfolgen sollte, um eine Audienz bei Sr. Majestät anzusuchen.

Derselbe bespricht den skandalösen Zustand und die mangelhafte Umsäumung der Luftschächte im Durchgange des Hotels „Central“ und bittet um baldigste Abhilfe.

Es wird beschlossen, den Verwalter des Hauses Edgar v. Felsenburg hievon in Kenntnis zu setzen.

B.-Z. Jesewitz erörtert in eingehender Weise die Wohnungs- und Lebensmittelnot, die infolge der noch in großer Zahl in Wien vorhandenen Flüchtlinge auch von Gegenden, welche schon längere Zeit vom Feinde frei sind, immer mehr zunimmt, und stellt den neuerlichen Antrag, Sr. Exzellenz der Herr Bürgermeister wolle ersucht werden, an die Regierung heranzutreten, damit die in Wien wohnenden Flüchtlinge so bald als möglich die Stadt verlassen oder wenigstens eine Repatriierung durchgeführt werde, damit endlich einmal wieder geordnete Verhältnisse eintreten können.

Sämtliche Anträge werden einstimmig angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Gemeindevermittlungsämtler.

Die Gemeindevermittlungsämtler Innere Stadt, Josefstadt und Sieking werden im Monate Juni 1918 am 5., 12., 19. und 26. Sühne- und Vergleichsverhandlungen vornehmen. Das Gemeindevermittlungsamte Leopoldstadt hat hiesfür den 13. und 27., das Gemeindevermittlungsamte Fünfhaus den 7., 14., 21. und 28. und das Gemeindevermittlungsamte Floridsdorf den 4., 11., 18. und 25. Juni bestimmt.

K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 15. Mai 1918, ad G. Z. 10297/16:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 6. Mai 1918, Z. 2355-II, der mit Ende September 1916 in den Ruhestand getretenen Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XII., Rhympengasse 7, Theresie Blondein, in Würdigung ihrer langjährigen, sehr ersprießlichen Dienstleistung in der Schule die Anerkennung ausgesprochen.

Lebensmittelverkehr.

Pferdemarkt vom 24. Mai 1918.

Zum Verlaufe wurden gebracht: 650 Stüd.

232 Gebrauchspferde, 418 Schlachtpferde*.)

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1800 bis 5800 K per Stüd

„ Schlachtpferde . . . 700 „ 2400 „ „ „

Schlachtpferde per 1 kg Lebendgewicht 5 K 20 h bis 6 K — h

Der Markt war lebhaft.

* * *

*) Hievon 48 am Markte und 876 im Pferdeschlachthaus.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 19. Mai bis 25. Mai 1918.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch 136.203 kg	Und zwar aus:	
	Wien	65.692 kg
	dem sonst. Niederösterreich	709 "
	Oberösterreich	3.737 "
	Böhmen	31.099 "
	Ungarn	24.586 "
	Ukraine	10.380 "
Schweinefleisch 19.840 kg	Und zwar aus:	
	Wien	19.683 kg
	Oberösterreich	166 "
Kälber 22 Stück	Und zwar aus:	
	Wien	21 St.
	dem sonst. Niederösterreich	1 "
Schafe 394 Stück	Und zwar aus:	
	Wien	21 St.
	Oberösterreich	131 "
	Ungarn	242 "
Lämmer 1.121 Stück	Und zwar aus:	
	Wien	27 St.
	dem sonst. Niederösterreich	127 "
	Nähren	4 "
	Ungarn	963 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	(Steiffleisch, vorderes	von K 7.20 bis 8.40	per Kg.
	Kostbraten u. Nieren	" " — " 12.—	" "
Kalbfleisch	" " " " " "	5.75 " 6.—	" "
Schafffleisch (Lammfleisch)	" " " " " "	" " — " —	" "
Schweinefleisch	" " " " " "	" " — " —	" "
Kälber	" " " " " "	4.70 " 4.80	" "
Schafe	" " " " " "	9.— " 11.—	" "
Schweine	" " " " " "	" " — " —	" "
Lämmer	" " " " " "	14.— " 16.—	" "

Per Bahn langten ein 27 Waggon mit 74.006 t.
 Die dieswöchigen Zufuhren waren im Vergleiche zur Vorwoche stärker, jedoch nur in Bezug auf Rindfleisch.
 Der Marktverkehr war im allgemeinen sehr lebhaft.
 Rindfleisch war in genügenden Mengen vorhanden, trotzdem die Kopfquote von 20 auf 30 dkg erhöht wurde.
 Kalbfleisch war keines vorhanden, dagegen Schaf-, Lamm- und Kitzfleisch in genügenden Mengen.
 Aus den Beständen der Gemeinde Wien wurden ausgegeben: 13.300 kg frisches rumänisches Schweinefleisch.
 Die Preislage blieb im allgemeinen bis auf Schweinefleisch, wofür der Einheitspreis mit 10 K festgesetzt wurde, unverändert.
 Von der Allgemeinen Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurde nichts zugeführt.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 25. Mai 1918.

Übernahmispriese pro 1917/18 für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen:

Weizen oder Spelz per 100 kg	40 K — "
Roggen	100 " 40 " — "
Gerste	100 " 37 " — "
Hafer	100 " 36 " — "

(Übernahmispriese siehe N.-O.-Bl. Nr. 308 vom 24. Juli 1917.)

Höchstpreise für Heu und Stroh.

Heu aller Art	17 K — h per 100 kg
Stroh:	
Kornschubstroh	10 " — " 100 "
Erbfens-, Wickenstroh	8 " — " 100 "
Bohnen-, Raps- und Maisstroh	6 " — " 100 "

(Die näheren Bestimmungen siehe N.-O.-Bl. Nr. 243 ex 1917.)

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städtischen Bäder im Monate April 1918.

Thereseubad im XII. Bezirke.

	Männliche Personen	Weibliche Personen
Bannenbad	10516, davon 4851	5665
Dampfbad	12595, " 8098	4497
Boll- und Schwimmbad	—, " —	—
Zusammen	23111, davon 12949,	10162

XVII. Bezirk Kaiser Franz Josef-Bad.

	Männliche Personen	Weibliche Personen
Bannenbad	12588, davon 6142	6446
Dampfbad	10343, " 5838	4505
Zusammen	22931, davon 11981,	10951

XXI. Bezirk, Floridsborfer Badeanstalt, Preyggasse.

	Männliche Personen	Weibliche Personen
Bannenbad	2940, davon 1759	1181
Dampfbad	2864, " 2062	802
Brausebad	8982, " 6098	2884
Zusammen	14786, davon 9919,	4867

Volksbäder.

	Männliche Personen	Weibliche Personen
II. Bez., Vereinsgasse 29	19659, davon 11788	7871
III. Bez., Apostelgasse 18	11024, " 7458	3566
IV. Bez., Klagbaumgasse 4	8809, " 5087	3722
V. Bez., Einsiedlerplatz 18	15723, " 10098	5625
VI. Bez., Esterhazygasse 9	14065, " 9231	4834
VII. Bez., Hermannsg. 24 bis 28	15370, " 8581	6789
VIII. Bez., Florianigasse 24	10421, " 6075	4346
IX. Bez., Wieselgasse 17	10722, " 6396	4326
X. Bez., Gudrunstraße 163 a	20784, " 14565	6219

	Männliche Personen	Weibliche Personen
XI. Bez., Geißelbergstraße 54	9288, davon 7571	1717
XIII. Bez., Hütteldorferstr. 82	10510, „ 7560	2950
XIV. Bez., Heinickegasse 3	10315, „ 7268	3047
XV. Bez., Reithofferplatz 4	10471, „ 6341	4130
XVI. Bez., Fried. Kaisererg. 11	15033, „ 8233	6800
XVII. Bez., Gschwandnergasse 62	9468, „ 5666	3802
XVIII. Bez., Klostersgasse 27	8423, „ 4926	3497
XX. Bez., Treustraße 60	7456, „ 4607	2849
Zusammen . 207541, davon 131451 76090		

Baubewegung

vom 24. bis 27. Mai 1918.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

- V. Bezirk: Margaretenstr. 150, von Karl & Adolf Stöger, V., Schönbrunnerstraße 114 (1149).
- „ „ Reinprechtsdorferstraße 52, von Gustav Frankl (1158).

Diverse geringere Bauten.

- I. Bezirk: Bauberstellung, Fleischmarkt 1, von Viktor Schwadron, Franz Josefs-Kai 3 (1140).
- „ „ Stühlmauer, Neustiftgasse 47, von Karl Obenaus (1141).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe der Ausdehnung der Baulinien wurden überreicht.

- III. Bezirk: Verlängerte Erdbergstraße, Einl.-B. 2351, von F. Guttmann, Erdbergstraße 90 (1143).

Realitäten-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 30. November 1917.

Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

- I. Bez., Eplinggasse 15, Einl.-B. 250, bisherige Besitzer Moritz Hutter, Veronika Hutter, je $\frac{1}{2}$, grundbüchertlich übertragen an die prot. Firma Brüder Perutz, am 20. November 1917.
- „ „ Goldschmidgasse 2, E.-B. 367, bish. Bes. Ida Wieländer $\frac{1}{100}$, grdb. übertr. an Moritz Rothberger, Heinrich Rothberger, je $\frac{2}{100}$, Alfred Rothberger $\frac{2}{100}$, am 22. Nov. 1917.
- „ „ Stephansplatz 9, E.-B. 1239, bish. Bes. Ida Wieländer $\frac{1}{100}$, grdb. übertr. an Moritz Rothberger, Heinrich Rothberger, Alfred Rothberger, zus. $\frac{2}{100}$, am 22. Nov. 1917.
- „ „ Laurenzberg 3, E.-B. 692, bish. Bes. Anton Klar $\frac{1}{32}$, grdb. übertr. an Oskar Klar $\frac{1}{32}$, am 25. Nov. 1917.
- „ „ Maximilianstraße 14, E.-B. 737, bish. Bes. Leontine Friedmann $\frac{1}{320}$, grdb. übertr. an Josef Barber $\frac{1}{320}$, am 10. Nov. 1917.
- „ „ Naglergasse 23, E.-B. 777, bish. Bes. die Verlassenschaft nach Emilie Kaufmann $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Josef Rain $\frac{1}{4}$, am 15. Nov. 1917.
- „ „ Raubensteinigasse 10, E.-B. 913, bish. Bes. die Firma Pittel & Braunjewetter, grdb. übertr. an Josef Dreßler, Berta Dreßler, je $\frac{1}{2}$, am 22. Nov. 1917.

- I. Bez., Niemergasse 9, E.-B. 953, bish. Bes. Stephanie Sucharipa, grdb. übertr. an Simon Kohn, Betty Kohn, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- „ „ Spiegelgasse 15, E.-B. 1229, bish. Bes. Josef Steiner, grdb. übertr. an Julius Schwarz, Rudolf Steiner, je $\frac{1}{2}$, am 29. Nov. 1917.
- „ „ Stubenbastei 2, E.-B. 1262, bish. Bes. Marie Franz, Silvia Franz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die prot. Firma Baumwoll-Zentrale A. G., am 9. Nov. 1917.
- „ „ Zeblichgasse 7, E.-B. 1586, bish. Bes. Marie Franz, Silvia Franz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die prot. Firma Baumwoll-Zentrale A. G., am 9. Nov. 1917.
- „ „ Wolfzeile 34, E.-B. 1470, bish. Bes. Marie Franz, Silvia Franz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die prot. Firma Baumwoll-Zentrale A. G., am 9. Nov. 1917.
- „ „ Weiburggasse 30, E.-B. 1394, bish. Bes. Johann Freiherr v. Liebig, grdb. übertr. an Dr. Josef Graf Radecky v. Radek, Egon Graf Radecky v. Radek, Verlassenschaft Theodor Graf Radecky v. Radek, je $\frac{1}{2}$, am 27. Nov. 1917.
- „ „ Rudolfsplatz 10, E.-B. 1520, bish. Bes. Charlotte Heller, Ella Treulich, Sophie Reinitz, je $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Robert Austerlich, am 9. Nov. 1917.
- „ „ Marc Aurelstraße 6, E.-B. 1560, bish. Bes. Regine Kürst $\frac{2}{10}$, grdb. übertr. an Arthur Kürst $\frac{2}{10}$, am 27. Nov. 1917.
- „ „ Stubenring 12, E.-B. 1647, bish. Bes. Dr. Georg Eisler Ebler v. Terramare, grdb. übertr. an Leo Brill, am 3. Nov. 1917.
- II. Bez., Schüttlaustraße 51, E.-B. 112, bish. Bes. Alexander Zemann, Marie Zemann, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ditto Juliani, Anna Juliani, je $\frac{1}{2}$, am 13. Nov. 1917.
- „ „ Obere Donaustraße 7, E.-B. 349, bish. Bes. Ferdinand Karoly, Regine Karoly, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Selig (Siegmond) Fradies, Rachel (Rosa) Fradies, je $\frac{1}{2}$, am 15. Nov. 1917.
- „ „ Obere Donaustraße 9, E.-B. 351, bish. Bes. Dr. Friedrich Schönhof, grdb. übertr. an Moritz Pioner, Wilhelmine Pioner, je $\frac{1}{2}$, am 4. Nov. 1917.
- „ „ Fugbachgasse 7, E.-B. 582, bish. Bes. Olga Pumperl-Erdelhy, grdb. übertr. an Jsaak Abend, Esther Abend, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- „ „ Glacengasse 10, E.-B. 619, bish. Bes. Anna Kolieb $\frac{1}{2}$, Dr. Siegfried Kolieb, Theodor Kolieb, Ottilie Altner, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Baruch Pais, am 4. Nov. 1917.
- „ „ Glacengasse 12, E.-B. 621, bish. Bes. Anna Kolieb $\frac{1}{2}$, Dr. Siegfried Kolieb, Theodor Kolieb, Ottilie Altner, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Baruch Pais, am 4. Nov. 1917.
- „ „ Glacengasse 18, E.-B. 626, bish. Bes. Johann Korst $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Paula Korst $\frac{1}{2}$, am 22. Nov. 1917.
- „ „ Glacengasse 24, E.-B. 631, bish. Bes. Albert Körner, Johann Körner, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Jakob Mayer, Frieda Mayer, je $\frac{1}{2}$, am 20. Nov. 1917.
- „ „ Karmelitergasse 1, E.-B. 819, bish. Bes. Jsaak Tolcznyer, Pauline Tolcznyer, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an David Cohen, Jsaak Cohen, je $\frac{1}{2}$, am 2. Nov. 1917.
- „ „ Negerlegasse 3, E.-B. 1114, bish. Bes. Ludwika Franziska Poisl $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Elisabeth Poisl $\frac{1}{2}$, am 20. Nov. 1917.
- „ „ Nordwestbahnstraße 33, E.-B. 1174, bish. Bes. Hubert Karger, grdb. übertr. an Moritz Winter, Jeannette Winter, je $\frac{1}{2}$, am 5. Nov. 1917.
- „ „ Praterstraße 25/25 a, E.-B. 1367, bish. Bes. Alois Stiaßny $\frac{2}{24}$, grdb. übertr. an Karl W. insel $\frac{2}{24}$, am 22. Nov. 1917.
- „ „ Kneppgasse 7, E.-B. 1614, bish. Bes. Alexander Decastello Ritter v. Rechtweh $\frac{25}{102}$, grdb. übertr. an Moritz Decastello Ritter v. Rechtweh $\frac{25}{102}$, am 1. Nov. 1917.
- „ „ Im Werd 7, E.-B. 1674, bish. Bes. Paul Freisch, grdb. übertr. an Benjamin Liebling, Hermann Liebling, je $\frac{1}{2}$, am 23. Nov. 1917.
- „ „ Labortstraße 23, E.-B. 2065, bish. Bes. Amalia Wittmann $\frac{286}{2,126}$, grdb. übertr. an Karl Wittmann, Dr. Hugo Wittmann, Irene Wittmann, je $\frac{282}{2,126}$, am 7. Nov. 1917.
- „ „ Arnegghofergasse 10, E.-B. 4438, bish. Bes. Johann Zavis, grdb. übertr. an Anna Zavis, am 11. Nov. 1917.
- „ „ Hochnettergasse 8, E.-B. 4476, bish. Bes. Gustav Pach, Rosalia Pach, Gustav rekte Gabriel Pach, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Heinrich Heinsheimer, Betty Heinsheimer, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- „ „ Freilagergasse 3, E.-B. 4704, bish. Bes. Rudolf Kautz, grdb. übertr. an die Erste österreichische Aktiengesellschaft für öffentliche Lagerhäuser, am 8. Nov. 1917.
- „ „ Freilagergasse 5, E.-B. 4705, bish. Bes. Rudolf Kautz, grdb. übertr. an die Erste österreichische Aktiengesellschaft für öffentliche Lagerhäuser, am 8. Nov. 1917.
- „ „ Sebastian Kneipp-Gasse 1, E.-B. 4897, bish. Bes. Margarete Mündl, grdb. übertr. an Salomon J. Pöjsetan, am 13. Nov. 1917.
- „ „ Valeriestraße 51, E.-B. 5282, bish. Bes. Franziska Jungmanns, grdb. übertr. an Dr. Eugen Steinach, am 30. Nov. 1917.

- II. Bez., Feuerbachstraße 6, E.-Z. 5578, bish. Def. Dora Rahne, grdb. übertr. an Chaja Rosa Tenover, am 14. Nov. 1917.
- " " Große Schiffgasse 22, E.-Z. 5637, bish. Def. Paul Frisch, grdb. übertr. an Benjamin Liebling, Hermann Liebling, am 23. Nov. 1917.
- " " Borgartenstraße 196, E.-Z. 5646, bish. Def. Anton Rienesl, grdb. übertr. an Johann Weiß, Malvine Weiß, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- III. Bez., Baumgasse 51, E.-Z. 144, bish. Def. Rudolf Huber, grdb. übertr. an Giandomenico Jlich, am 19. Nov. 1917.
- " " Sophienbrückengasse 33, E.-Z. 202, bish. Def. Theresia Kraus, grdb. übertr. an die prot. Firma Kulka & Komp., am 19. Nov. 1917.
- " " Dietrichgasse 47, E.-Z. 264, bish. Def. Georg Schlemmer, grdb. übertr. an Barbara Stumpf, am 4. Nov. 1917.
- " " Genußgasse 11, E.-Z. 509, bish. Def. m. Franz Gustav Pollak, m. Sophie Elisabeth Pollak, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Jozsa Drach, Wilhelm Morell, je $\frac{1}{2}$, am 23. Nov. 1917.
- " " Hetzgasse 4, E.-Z. 585, bish. Def. Dr. Heinrich Glaser, grdb. übertr. an Cornelia Glaser $\frac{1}{4}$, Philippine Gais, Constanza Friedmann, je $\frac{3}{8}$, am 20. Nov. 1917.
- " " Hetzgasse 20, E.-Z. 598, bish. Def. Alois Mahler $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Dr. Heinrich Beaufort v. Herzog $\frac{1}{2}$, am 14. Nov. 1917.
- " " Jocaingasse 6, E.-Z. 687, bish. Def. Isabella Neuß, Alexander Maria Neuß, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Fini Fleischer $\frac{1}{2}$, Emanuel Schweinburg, Eduard Schweinburg, je $\frac{1}{4}$, am 5. Nov. 1917.
- " " Kolonienplatz 6, E.-Z. 808, bish. Def. Aloisia Wustl, grdb. übertr. an Aloisia Grill, Karl Grill, je $\frac{1}{2}$, am 25. Nov. 1917.
- " " Landstraßer Hauptstraße 106, E.-Z. 938, bish. Def. Josef Steininger $\frac{29}{100}$, grdb. übertr. an Karl Fogl $\frac{29}{100}$, am 6. Nov. 1917.
- " " Löwengasse 4, E.-Z. 1028, bish. Def. Heinrich Baron Heine-Geldern $\frac{1}{20}$, Alice Baronin Heine-Geldern $\frac{1}{20}$, grdb. übertr. an Max Freiherrn v. Heine-Geldern $\frac{17}{100}$, am 8. Nov. 1917.
- " " Petrusgasse 1, E.-Z. 1180, bish. Def. Mathilde Kapp $\frac{1}{21}$, grdb. übertr. an Mathilde Feberbauer, Rosa Decker, Sophie Kapp, Paula Bydra, Hermine Kapp, Karl Kapp, je $\frac{1}{43}$, am 25. Nov. 1917.
- " " Rudolfsgasse 42, E.-Z. 1426, bish. Def. m. Ella Schwarz $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Reichsritter Simitsch v. Hohenblum $\frac{1}{2}$, am 6. Nov. 1917.
- " " Ungargasse 24, E.-Z. 1671, bish. Def. Moritz Lustig $\frac{1}{2}$, Jacques Sahn $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Edmund Philipp, am 30. Nov. 1917.
- " " Markhofgasse 15, E.-Z. 2069, bish. Def. die Sparkassa Prachatis, grdb. übertr. an Anna Steinbrenner, am 16. Nov. 1917.
- " " Dietrichgasse 21, E.-Z. 2373, bish. Def. Simon Menzeles $\frac{1}{2}$, Rudolf Menzeles, Siegmund Menzeles, je $\frac{1}{2}$, Jean Menzl $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karl Hattasch, Emilie Hattasch, je $\frac{1}{2}$, am 10. Nov. 1917.
- " " Baumgasse 15, E.-Z. 2485, bish. Def. Dr. Jakob König, Julie König, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Johann Heigl, Katharina Heigl, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Hainburgerstraße 35, E.-Z. 2834, bish. Def. Rosina Hawel, grdb. übertr. an Luise Hoffmann, Luise Feberbauer, je $\frac{1}{2}$, am 4. Nov. 1917.
- " " Keinergasse 6, E.-Z. 2835, bish. Def. Franz Schneider, grdb. übertr. an Josef Köfler, am 27. Nov. 1917.
- " " Barichgasse 3, E.-Z. 2938, bish. Def. Franz Pittmann, grdb. übertr. an Helene Pittmann, Barbara Edle v. Brilll, je $\frac{1}{2}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Becharbgasse 21, E.-Z. 3014, bish. Def. Maximilian Straßberg, Mathilde Straßberg, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Bernarda Leon Pinto, am 30. Nov. 1917.
- " " Markhofgasse 13, E.-Z. 3109, bish. Def. die Sparkassa Prachatis, grdb. übertr. an Rupert Steinbrenner, am 16. Nov. 1917.
- " " Dopontegasse 9, E.-Z. 3274, bish. Def. Adolf Thierry Edler v. Chateau-Vieux, grdb. übertr. an Alfred Schick, am 10. Nov. 1917.
- " " Radeklystraße 25, E.-Z. 3349, bish. Def. die Wiener Molkerei r. Gen. m. S., grdb. übertr. an Artur Dworzak, am 15. Nov. 1917.
- " " Radeklystraße 27, E.-Z. 3350, bish. Def. die Wiener Molkerei r. Gen. m. S., grdb. übertr. an Artur Dworzak, am 15. Nov. 1917.
- " " Diekgasse 14, E.-Z. 3509, bish. Def. Nikolaus Bacchiri, grdb. übertr. an Johann Färhadler, Anna Färhadler, je $\frac{1}{2}$, am 24. Nov. 1917.
- " " Untere Weißgärberstraße 19, E.-Z. 3694, bish. Def. Samuel Schwarz, Valerie Schwarz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Leon David Levi, am 13. Nov. 1917.
- IV. Bez., Frankenberggasse 5, E.-Z. 165, bish. Def. Franz Pittmann, grdb. übertr. an Helene Pittmann, Barbara Brilll v. Folen, je $\frac{1}{2}$, am 27. Nov. 1917.
- IV. Bez., Karolinengasse 9, E.-Z. 344, bish. Def. Anna Rosa Langroß, grdb. übertr. an Rudolf Ritschelt, am 21. Nov. 1917.
- " " Kolschitzgasse 3, E.-Z. 402, bish. Def. Karl Reichsritter von und zu Eisenstein, grdb. übertr. an Karl Merz, am 2. Nov. 1917.
- " " Mozartgasse 9, E.-Z. 530, bish. Def. Barbara Grim, grdb. übertr. an Emma Fogliante, am 27. Nov. 1917.
- " " Preßgasse 17, E.-Z. 633, bish. Def. Emilie Müller $\frac{2}{12}$, Irene Bachmayer, $\frac{2}{12}$, Pauline Davis, vereh. Edle v. Langer $\frac{4}{12}$, grdb. übertr. an Ilse Alice Eßmann, am 7. Nov. 1917.
- " " Schifanberggasse 5, E.-Z. 713, bish. Def. Josef Selyra $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Dr. Richard Selyra, Theodor Selyra, je $\frac{1}{18}$, am 30. Nov. 1917.
- " " Trappeigasse 1, E.-Z. 820, bish. Def. Julie Porzer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Thomas Porzer $\frac{1}{2}$, am 21. Nov. 1917.
- " " Paulanergasse 7/9, E.-Z. 919, bish. Def. Heinrich Böhm, grdb. übertr. an Hugo Turnowsky, am 1. Nov. 1917.
- " " Wiedner Hauptstraße 44, E.-Z. 928, bish. Def. Robert Löw $\frac{1}{16}$, grdb. übertr. an Leopoldine Löw $\frac{1}{16}$, am 9. Nov. 1917.
- " " Johann Strauß-Gasse 34, E.-Z. 1161, bish. Def. Marie Schloffer, grdb. übertr. an Alfred Colmann, am 6. Nov. 1917.
- " " Johann Strauß-Gasse 57, E.-Z. 1176, bish. Def. Rudolf Franz Kriz, Berta Kriz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Adolf Rudolf Lampf, Jda Lampf, je $\frac{1}{2}$, am 14. Nov. 1917.
- " " Schönburgstraße 36, E.-Z. 1177, bish. Def. Rudolf Franz Kriz, Berta Kriz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Adolf Rudolf Lampf, Jda Lampf, je $\frac{1}{2}$, am 14. Nov. 1917.
- " " Schelleingasse 31, E.-Z. 1200, bish. Def. Marie Gapp, grdb. übertr. an Dr. Bruno Hirsch-Feiler, am 27. Nov. 1917.
- " " Schelleingasse 37, E.-Z. 1204, bish. Def. Ferdinand Baruch, Charlotte Baruch, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Richard Bachner, Josefina Bachner, je $\frac{1}{2}$, am 29. Nov. 1917.
- " " Pevzaligasse 4, E.-Z. 1267, bish. Def. Rosalia März, Johann März jun., je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Berta Weinberger, am 7. Nov. 1917.
- " " Schelleingasse 7, E.-Z. 1321, bish. Def. Johann Schenk, grdb. übertr. an Salomon Heim Benjoseph, am 3. Nov. 1917.
- " " Weyringergasse 27 a, E.-Z. 1325, bish. Def. Peter Remzeff, grdb. übertr. an Johanna Gabriel, am 7. Nov. 1917.
- V. Bez., Schönbrunnerstraße 45, E.-Z. 456, bish. Def. Ignaz Inzführ, grdb. übertr. an Marie Inzführ, m. Barbara Inzführ, Franz Inzführ, Ignaz Inzführ, je $\frac{1}{4}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Schönbrunnerstraße 48, E.-Z. 463, bish. Def. Friedrich W. Bielow, grdb. übertr. an Johann Strauß, am 19. Nov. 1917.
- " " Schönbrunnerstraße 50, E.-Z. 465, bish. Def. Julianna Porzer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Thomas Porzer $\frac{1}{2}$, am 4. Nov. 1917.
- " " Schönbrunnerstraße 79, E.-Z. 489, bish. Def. Wilhelmine Rubesch $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Schönauer, Laura Kiefhaber, Amalia Frisch, je $\frac{1}{100}$, m. Hildegard Briza, Gisela Schachhuber, Elisabeth Böhm, je $\frac{1}{100}$, am 11. Nov. 1917.
- " " Laurenzgasse 13, E.-Z. 709, bish. Def. Antonia Altstätter, Josefina Rathgeber, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Richard Bachner, Josefina Bachner, je $\frac{1}{2}$, am 22. Nov. 1917.
- " " Wiedner Hauptstraße 120, E.-Z. 778, bish. Def. Josef Köfler, Jakob Karpeles, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Theresie Bartsch, am 27. Nov. 1917.
- " " Rampenstorfergasse 43, E.-Z. 930, bish. Def. Wilhelmine Rubesch $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Schönauer, Laura Kiefhaber, Amalia Frisch, je $\frac{1}{100}$, m. Hildegard Briza, Gisela Schachhuber, Elisabeth Böhm, je $\frac{1}{100}$, am 11. Nov. 1917.
- " " Stolberggasse 51, E.-Z. 1086, bish. Def. Franz Vaar, grdb. übertr. an Baruch Weissmann, Berta Weissmann, je $\frac{1}{2}$, am 2. Nov. 1917.
- " " Siebenbrunnengasse 43, E.-Z. 1091, bish. Def. Anton Zelenka $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Margarete Zelenka, Anna Kaffalio, Hermine Zelenka, Hans Zelenka, Margarete Zelenka, je $\frac{1}{10}$, am 22. Nov. 1917.
- " " Spengergasse 25, E.-Z. 1138, bish. Def. Mathilde Erhart, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 15. Nov. 1917.
- " " Wimmergasse 27, E.-Z. 1308, bish. Def. Johann Hoffmann, grdb. übertr. an Barbara Böttcher, am 27. Nov. 1917.
- " " Ziegelofengasse 29, E.-Z. 1417, bish. Def. Ludwig Wojtech $\frac{2}{3}$, Eduard Wotach $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Leon Lieber, Emanuel Ritter, je $\frac{1}{2}$, am 8. Nov. 1917.
- " " Ziegelofengasse 39, E.-Z. 1422, bish. Def. Gustav Huber $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Marie Huber $\frac{1}{4}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Obere Amtshausgasse 10/12, E.-Z. 1574, bish. Def. Hermann Stierlin, grdb. übertr. an Karl Maier, Mathilde Maier, am 13. Nov. 1917.
- " " Högelmüllergasse 2 a, E.-Z. 1754, bish. Def. Ludwig Krizel, Friedrich Krizel, Ludwig Krizel, Friedrich Krizel, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Adolf Karpfen, Violetta Karpfen, je $\frac{1}{2}$, am 1. Nov. 1917.

- V. Bez., Reinprechtsdorferstraße 4, E.-Z. 1699, bish. Vef. Alfons Krizel, grdb. übertr. an Karl Legerer, Franziska Legerer, je $\frac{1}{2}$, am 26. Nov. 1917.
- " " Ramperstorffergasse 61, E.-Z. 1795, bish. Vef. Franz Weiser $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Franz Weiser $\frac{2}{24}$, Marie Hütterer, Hermine Weiser, je $\frac{1}{24}$, am 18. Nov. 1917.
- " " Hanklabgasse 32, E.-Z. 2101, bish. Vef. Gottfried Friedrich Bennemann, Marie Bennemann, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franz Pospischi, am 13. Nov. 1917.
- " " Johannagasse 4 a, E.-Z. 2125, bish. Vef. Ferdinand Münster $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Münster $\frac{1}{2}$, am 21. Nov. 1917.
- " " Spengergasse 3, E.-Z. 2187, bish. Vef. Julius Mayerhöfer, grdb. übertr. an Franz Stiegler, Anna Stiegler, je $\frac{1}{2}$, am 10. Nov. 1917.
- " " Hauslabgasse 40, E.-Z. 2214, bish. Vef. Wenzel Barta, Emilie Barta, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Adolf Haas $\frac{1}{4}$, Dr. Bertold Haas $\frac{3}{4}$, am 2. Nov. 1917.
- " " Bogelganggasse 34, E.-Z. 2215, bish. Vef. Franz Baar, grdb. übertr. an Johann Kubovy, Marie Kubovy, je $\frac{1}{2}$, am 24. Nov. 1917.
- VI. Bez., Bürgerspitalgasse 11, E.-Z. 84, bish. Vef. Wilhelmine Kubesch $\frac{1}{15}$, grdb. übertr. an Marie Schönauer, Laura Kiefhaber, Amalia Fritsch, m. Hildegard Briza, m. Gisela Schachhuber, Elisabeth Böhm, zus. $\frac{1}{15}$, am 11. Nov. 1917.
- " " Bürgerspitalgasse 14, E.-Z. 87, bish. Vef. Wilhelmine Kubesch $\frac{1}{15}$, grdb. übertr. an Marie Schönauer, Laura Kiefhaber, Amalia Fritsch, m. Hildegard Briza, m. Gisela Schachhuber, Elisabeth Böhm, zus. $\frac{1}{15}$, am 11. Nov. 1917.
- " " Bürgerspitalgasse 16, E.-Z. 89, bish. Vef. Michael Groyer, grdb. übertr. an Michael Groyer jun., am 20. Nov. 1917.
- " " Bürgerspitalgasse 29, E.-Z. 101, bish. Vef. die f. t. priv. Lebensversicherungsgesellschaft österreichischer Pöhni in Wien, grdb. übertr. an Jhdor Gerstl, Rosa Gerstl, je $\frac{1}{2}$, am 24. Nov. 1917.
- " " Magdalenenstraße 24, E.-Z. 103, bish. Vef. Ferdinand Rienzöl, Heinrich Rienzöl, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an den Verband der Schneider und Schneiderinnen Österreichs in Wien, am 22. Nov. 1917.
- " " Eisvogelgasse 7, E.-Z. 148, bish. Vef. die f. t. priv. Versicherungsgesellschaft „Donau“, grdb. übertr. an Elise Kautekly, am 27. Nov. 1917.
- " " Damböckgasse 10, E.-Z. 178, bish. Vef. Johann Binder, Leopoldine Binder, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Dr. David Semler, Nikolaus Eitel, je $\frac{1}{2}$, am 4. Nov. 1917.
- " " Garbergasse 6, E.-Z. 193, bish. Vef. Marie Bender jun., grdb. übertr. an Max Feingold, am 25. Nov. 1917.
- " " Gumpendorferstraße 123, E.-Z. 337, bish. Vef. Verta Buch-Buchmayer $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Anna Garber $\frac{1}{6}$, am 29. Nov. 1917.
- " " Joaneligasse 4, E.-Z. 429, bish. Vef. Alexander Hoffmann $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Irene Hoffmann $\frac{1}{2}$, am 2. Nov. 1917.
- " " Joaneligasse 6, E.-Z. 431, bish. Vef. Alexander Hoffmann $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an das Haus der Barmherzigkeit zur Pflege armer schwerkranker Unheilbarer in Wien $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Linienstraße 23, E.-Z. 526, bish. Vef. Marie Barta $\frac{43}{23010}$, grdb. übertr. an Franz Just $\frac{43}{23010}$, am 20. Nov. 1917.
- " " Marchettigasse 5, E.-Z. 645, bish. Vef. Rosa Katlein, grdb. übertr. an Friedrich Katlein, Otto Max Katlein, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Mariahilferstraße 1 a, E.-Z. 653, bish. Vef. Moritz Adensamer $\frac{2}{7}$, grdb. übertr. an Angeline Schüller, Georgine Schüller, Pauline Tilgner, Otavia Prantner, je $\frac{1}{14}$, am 5. Nov. 1917.
- " " Moritzgasse 11, E.-Z. 847, Johanna Hoffmann $\frac{2}{18}$, bish. Vef. grdb. übertr. an Barbara Böttcher $\frac{2}{18}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Theobaldgasse 7, E.-Z. 1239, bish. Vef. Dr. Rudolf Polak $\frac{1}{2}$, Helene Ilka Polak $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Dr. Hugo Fürth, Margarete Fürth, je $\frac{1}{2}$, am 15. Nov. 1917.
- " " Kasernengasse 11, E.-Z. 1267, bish. Vef. Dr. Max Köhler, grdb. übertr. an Siegmund Altback, am 22. Nov. 1917.
- " " Haydngasse 10, E.-Z. 1288, bish. Vef. Dr. Ignaz Weintraub, Mary Weintraub, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Olga Müller, am 11. Nov. 1917.
- VII. Bez., Breitegasse 9, E.-Z. 116, bish. Vef. Pauline Schindler $\frac{4}{54}$, grdb. übertr. an Karoline Dittmann $\frac{4}{54}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Burggasse 20, E.-Z. 131, bish. Vef. Rudolf Blumauer Edle v. Montenave $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Hans Blumauer Edle v. Montenave $\frac{1}{6}$, am 11. Nov. 1917.
- " " Schrantgasse 2, E.-Z. 213, bish. Vef. Leo Hirsch, Rene Hirsch, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Siegmund Heisler, Ignaz Kobias, je $\frac{1}{2}$, am 9. Nov. 1917.
- " " Kaiserstraße 56, E.-Z. 373, bish. Vef. die Firma Ferdinand Piatnik & Söhne, grdb. übertr. an die Erste Spielkarten-Fabrik A. G. Ferd. Piatnik & Söhne, lithographische Anstalt Buch- und Steindruckerei, am 4. Nov. 1917.
- VII. Bez., Hermannsgasse 19, E.-Z. 304, bish. Vef. Jakob Zellinek, Heinrich Zellinek, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ignaz Stern, Hermine Stern, je $\frac{1}{2}$, am 26. Nov. 1917.
- " " Kaiserstraße 65, E.-Z. 382, bish. Vef. Karl Hofmeier, grdb. übertr. an Karl Bertheimer, am 14. Nov. 1917.
- " " Leichenfelderstraße 91/93, E.-Z. 542, bish. Vef. die Niederösterreichische Landeshypothekenanstalt, grdb. übertr. an Dr. Emil Sueß, Alberta Sueß, je $\frac{1}{2}$, am 12. Nov. 1917.
- " " Lindengasse 28, E.-Z. 595, bish. Vef. Marie Hornstein, grdb. übertr. an Siegmund Piffel, Irene Piffel, je $\frac{1}{2}$, am 21. Nov. 1917.
- " " Mariahilferstraße 124, E.-Z. 654, bish. Vef. Wilhelm Stift sen. $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Leopoldine Stift $\frac{1}{4}$, am 9. Nov. 1917.
- " " Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Vef. Leopoldine Schmid $\frac{2}{226}$, grdb. übertr. an Adolf Pfeiffer, Hubert Pfeiffer, je $\frac{1}{113}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Vef. Josef Geer $\frac{2}{226}$, grdb. übertr. an Adolf Pfeiffer, Hubert Pfeiffer, je $\frac{1}{113}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Vef. Franziska Newes $\frac{2}{113}$, grdb. übertr. an Adolf Pfeiffer, Hubert Pfeiffer, je $\frac{1}{113}$, am 6. Nov. 1917.
- " " Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Vef. Ludmilla Bruder, Barbara Bruder, Karoline Bruder, je $\frac{1}{24}$, Ludmilla Weiß, Karl Eöderer, je $\frac{1}{24}$, Wilhelmine Geer $\frac{2}{24}$, Hans Mayerhofer $\frac{1}{12}$, grdb. übertr. an Adolf Pfeiffer, Hubert Pfeiffer, je $\frac{1}{64}$, am 6. Nov. 1917.
- " " Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Vef. m. Karola Mayerhofer $\frac{1}{16}$, grdb. übertr. an Adolf Pfeiffer, Hubert Pfeiffer, je $\frac{1}{16}$, am 15. Nov. 1917.
- " " Neubaugasse 35, E.-Z. 733, bish. Vef. Marie Clementschitsch $\frac{2}{226}$, grdb. übertr. an Adolf Pfeiffer, Hubert Pfeiffer, je $\frac{1}{113}$, am 21. Nov. 1917.
- " " Seidengasse 29, E.-Z. 996, bish. Vef. Dr. Robert Pattai, Amalie Pattai, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Emanuel Hayel, am 3. Nov. 1917.
- " " Siebensterngasse 15, E.-Z. 1010, bish. Vef. Franz Nid $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Franz Rudolph $\frac{1}{8}$, am 8. Nov. 1917.
- " " Döblergasse 4, E.-Z. 1057, bish. Vef. Luise Wagner $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Luise Wajlawik, Christine Frein v. Lütgendorf, je $\frac{1}{4}$, am 16. Nov. 1917.
- " " Stiflgasse 21, E.-Z. 1095, bish. Vef. Emanuel Pach, grdb. übertr. an Gisela Thorn, am 5. Nov. 1917.
- " " Stiflgasse 29, E.-Z. 1099, bish. Vef. Hans Zimmermann $\frac{1}{12}$, grdb. übertr. an Hans Zimmermann sen. $\frac{1}{24}$, Rosa Zimmermann, Olga Zimmermann, Auguste Woltersofer, je $\frac{1}{12}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Studgasse 13, E.-Z. 1115, bish. Vef. Ernst Weißmayer $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Sophie Weißmayer $\frac{1}{16}$, m. Sophie Weißmayer, m. Ernestine Weißmayer, je $\frac{2}{16}$, am 16. Nov. 1917.
- " " Leichenfelderstraße 25, E.-Z. 1276, bish. Vef. Louis Jfferstedt, grdb. übertr. an Dr. Karl Amon, am 4. Nov. 1917.
- " " Schottensfeldgasse 43, E.-Z. 1282, bish. Vef. Arnold Mandl, grdb. übertr. an Josef Breitenstein, am 23. Nov. 1917.
- VIII. Bez., Afferstraße 47, E.-Z. 39, bish. Vef. Dr. Alexander A. Curti, grdb. übertr. an Helene v. Fischer-Traunach, am 21. Nov. 1917.
- " " Langegasse 23, E.-Z. 366, bish. Vef. Dr. R. Friedinger $\frac{2}{6}$, Auguste Friedinger, Auguste Steiden, je $\frac{1}{6}$, m. Max Friedinger, m. Egon Friedinger, m. Renee Friedinger, m. m. Milina Friedinger, je $\frac{1}{12}$, am grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 27. Nov. 1917.
- " " Laudongasse 42, E.-Z. 425, bish. Vef. Wenzel Bellan, Therese Bellan, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Johann Georg Kraus, Louise Kraus, am 20. Nov. 1917.
- " " Lechengasse 9, E.-Z. 481, bish. Vef. Marie Wagner $\frac{3}{6}$, grdb. übertr. an Elise Köhler, Franz Wagner, Marie Schubert, je $\frac{1}{6}$, am 4. Nov. 1917.
- " " Neudeggergasse 22, E.-Z. 608, bish. Vef. Dr. Karl Friedinger $\frac{2}{6}$, Auguste Friedinger $\frac{1}{6}$, m. Max Friedinger, m. Egon Friedinger, m. Renee Friedinger, m. Milina Friedinger, je $\frac{1}{12}$, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 27. Nov. 1917.
- " " Albertgasse 16, E.-Z. 1026, bish. Vef. Norbert Vayer $\frac{2}{10}$, grdb. übertr. an Therese Merth $\frac{2}{10}$, am 8. Nov. 1917.
- IX. Bez., Badgasse 1, E.-Z. 86, bish. Vef. Rosa Wagner $\frac{1}{6}$, Marie Berger $\frac{5}{6}$, grdb. übertr. an Marie Spitzer $\frac{1}{6}$, am 30. Nov. 1917.
- " " Brunnbadgasse 5, E.-Z. 164, bish. Vef. Therese Klarnet, grdb. übertr. an Eveline Keller, Klara Wertheimer, Friederike Fischer, je $\frac{1}{6}$, am 5. Nov. 1917.
- " " Dichtensteinstraße 105, E.-Z. 424, bish. Vef. Moritz Jacobi, grdb. übertr. an Salomon Sibiger, Josef Sibiger, je $\frac{1}{2}$, am 22. Nov. 1917.

- IX. Bez., Nadsbergasse 5, E.-Z. 568, bish. Def. Richard Malzer $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Robert Hauser $\frac{1}{8}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Rußdorferstraße 14, E.-Z. 587, bish. Def. Emma Rost v. Habenberg, Gisela Strala v. Hohenwald, Irene Huffa, m. Viktor Rost Ritter v. Habenberg, Viktor Rost Ritter v. Habenberg sen., je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Israel Friedmann, am 7. Nov. 1917.
- " " Rußdorferstraße 47, E.-Z. 618, bish. Def. Michael Groyer $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Johann Groyer $\frac{1}{4}$, am 29. Nov. 1917.
- " " Rußdorferstraße 56, E.-Z. 626, bish. Def. Franz Mohsbauer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Mohsbauer $\frac{1}{2}$, am 18. Nov. 1917.
- " " Rußdorferstraße 67, E.-Z. 636, bish. Def. Anton Kaiser, grdb. übertr. an Josef May, Regine May, je $\frac{1}{2}$, am 4. Nov. 1917.
- " " Porzellangasse 47, E.-Z. 731, bish. Def. Emil Möller, Hermine Möller, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Prousel, Rosa Prousel, je $\frac{1}{2}$, am 23. Nov. 1917.
- " " Saizergasse 1/10, E.-Z. 808, bish. Def. Moritz Jacobi, grdb. übertr. an Salomon Silbiger, Josef Silbiger, je $\frac{1}{2}$, am 12. Nov. 1917.
- " " Garnisonsgasse 10, E.-Z. 878, bish. Def. Wilhelmine Faber, Wilmine Fischer v. See, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Moritz Zweig, am 13. Nov. 1917.
- " " Thurgasse 3, E.-Z. 1025, bish. Def. Karl Sidha, Marie Sidha, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Katharina Neuhauser, am 25. Nov. 1917.
- " " Porzellangasse 26, E.-Z. 1259, bish. Def. Rosa Rosenbaum, grdb. übertr. an Siegmund Bed, Charlotte Bed, je $\frac{1}{2}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Sechshimmelgasse 3, E.-Z. 1297, bish. Def. Franz Böblich $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Leopold Böblich $\frac{1}{8}$, am 8. Nov. 1917.
- " " Rußdorferstraße 21, E.-Z. 1298, bish. Def. Franz Böblich $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Leopold Böblich $\frac{1}{8}$, am 8. Nov. 1917.
- " " Rögergasse 32, E.-Z. 1318, bish. Def. Alois Eichberger, grdb. übertr. an Siegmund Barber, am 15. Nov. 1917.
- " " Währingergürtel 168, E.-Z. 1630, bish. Def. Josef Eduard Stechmüller, grdb. übertr. an Hans Erlen v. Medinger, Emmy Eble v. Medinger, je $\frac{1}{2}$, am 1. Nov. 1917.
- " " Pulverturmstraße 9, E.-Z. 1678, bish. Def. Barbara Seiberl $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Rupert Perschl $\frac{1}{2}$, am 30. Nov. 1917.
- " " Säulengasse 19, E.-Z. 1700, bish. Def. Hugo Schubert, grdb. übertr. an Martin Wohl, Hulda Wohl, Valerie Pollat, Martha Wohl, je $\frac{1}{4}$, am 12. Nov. 1917.
- " " Liechtensteinstraße 64, E.-Z. 1707, bish. Def. Wilhelm Reingruber, grdb. übertr. an Helene Reingruber, am 8. Nov. 1917.
- " " Seergasse 27, E.-Z. 1806, bish. Def. Moritz Langroch, Anna Rosa Langroch, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anna Koch, am 28. Nov. 1917.
- " " Währingergürtel 102, E.-Z. 1970, bish. Def. Ignaz Hörmann, Johanna Hörmann, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Moritz Mochari, Netti Mochari, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- X. Bez., Favoriten, Bürgergasse 15, E.-Z. 156, bish. Def. Dr. Heinrich Drüll, grdb. übertr. an Rosa Berger, am 5. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Columbusgasse 17, E.-Z. 190, bish. Def. Anton Dangl $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Fanni Dangl, Johanna Werb, je $\frac{1}{8}$, Adolfine Klammerth $\frac{1}{4}$, am 23. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Eugenplatz 9, E.-Z. 416, bish. Def. Emilie Pribila $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Paul Pribila $\frac{1}{16}$, Paul Pribila jun., m. Marie Pribila, m. Leopold Pribila, Emilie Klenhart, je $\frac{1}{64}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Favoritenstraße 136, E.-Z. 665, bish. Def. Eduard Engelmann, grdb. übertr. an Eduard Engelmann $\frac{1}{8}$, Anna Engelmann $\frac{1}{8}$, am 26. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Favoritenstraße 125, E.-Z. 688, bish. Def. Gustav Schimko, Marie Schimko, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anton Cyprian, am 5. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Humboldtstraße 15, E.-Z. 764, bish. Def. Theresia Kumpelmeier, grdb. übertr. an den Israelitischen Tempelverein, am 13. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Karmarschgasse 48, E.-Z. 847, bish. Def. Leopoldine Klein, grdb. übertr. an Katharina Kohn, am 21. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Buchengasse 123, E.-Z. 848, bish. Def. Josef Eduard Theurer, Theresia Theurer, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Rosa Grafenberg, Anna Schuster, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Mührgasse 14, E.-Z. 1143, bish. Def. Emilie Pribila $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Paul Pribila $\frac{1}{16}$, Paul Pribila jun., m. Marie Pribila, m. Leopold Pribila, Emilie Klenhart, je $\frac{1}{64}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Neuschgasse 5, E.-Z. 1217, bish. Def. Eduard Engelmann, grdb. übertr. an Eduard Engelmann $\frac{1}{8}$, Anna Engelmann $\frac{1}{8}$, am 26. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Antonplatz 26, E.-Z. 1504, bish. Def. Anna Koritschoner, grdb. übertr. an Anton Muth, Elisabeth Muth, je $\frac{1}{2}$, am 13. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Senefeldergasse 54, E.-Z. 1577, bish. Def. Emma Bischniger, grdb. übertr. an Rudolf Neufeld, Hermine Neufeld, je $\frac{1}{2}$, am 30. Nov. 1917.
- X. Bez., Favoriten, Rotenhofgasse 7, E.-Z. 1429, bish. Def. Emilie Pribila $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Paul Pribila $\frac{1}{16}$, Paul Pribila jun., m. Marie Pribila, m. Leopold Pribila, Emilie Klenhart, je $\frac{1}{64}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Senefeldergasse 65, E.-Z. 1588, bish. Def. Julie Horak, grdb. übertr. an Albert Steiner, Charlotte Steiner, je $\frac{1}{2}$, am 5. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Weibengasse 41, E.-Z. 1880, bish. Def. Josef Söllner, grdb. übertr. an Adolfine Söllner, am 28. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Thavonatgasse 14, E.-Z. 2400, bish. Def. Louise Bisk, Irma Glas, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Weiß, Ernst Pfafko, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Thavonatgasse 16, E.-Z. 2401, bish. Def. Louise Bisk, Irma Glas, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Weiß, Ernst Pfafko, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Landgutgasse 49, E.-Z. 2540, bish. Def. Berta Koch, grdb. übertr. an Emanuel, Marie Koutnik, je $\frac{1}{2}$, am 29. Nov. 1917.
- " " Favoriten, Riepelgasse 4, E.-Z. 2716, bish. Def. Felix Ripbauer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an m. Felix Ripbauer $\frac{1}{2}$, am 22. Nov. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Angeligasse 47, R.-Nr. 261, E.-Z. 261, bish. Def. Marie Pongracz, Franziska Dittrich, Anna Wender, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Leopoldine Klein, am 14. Nov. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Angeligasse 74, R.-Nr. 342, E.-Z. 451, bish. Def. Hugo Jantich $\frac{1}{4}$, Katharina Jantich $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Michael Dresic, Marie Dresic, je $\frac{1}{2}$, am 28. Nov. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Mührgasse 60, R.-Nr. 522, E.-Z. 555, bish. Def. Augustin Cepl, grdb. übertr. an Cyril Cepl, Josef Cepl, Kasper Cepl, je $\frac{1}{8}$, am 28. Nov. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Columbusgasse 98, R.-Nr. 637, E.-Z. 575, bish. Def. Johann Brejostky jun., Johanna Brejostky, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franz Stonel, Marie Stonel, je $\frac{1}{2}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Angeligasse 29, R.-Nr. 383, E.-Z. 609, bish. Def. Katharina Sturm, grdb. übertr. an Franz Reutinger, am 17. Nov. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, Alzingerstraße 105, R.-Nr. 738, E.-Z. 1461, bish. Def. Jfidor Rosenfeld, grdb. übertr. an Alois Kitz, am 3. Nov. 1917.
- XI. Bez., Kaiser-Ebersdorf, Dreherstraße 31, R.-Nr. 131, E.-Z. 124, bish. Def. Anton Krottendorfer, Anna Krottendorfer, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Jakob Huber, Kamilla Huber, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Kaiser-Ebersdorf, Simmeringer Hauptstraße 491, R.-Nr. 395, E.-Z. 642, bish. Def. Dr. Hermann Breitner, Hulda Breitner, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Kamilla Huber, am 30. Nov. 1917.
- " " Kaiser-Ebersdorf, Mühlhangergasse 82, R.-Nr. 381, E.-Z. 643, bish. Def. Josefa Stegacel, grdb. übertr. an Jakob Huber, Kamilla Huber, je $\frac{1}{2}$, am 23. Nov. 1917.
- " " Kaiser-Ebersdorf, Mühlhangergasse 81, R.-Nr. 382, E.-Z. 644, bish. Def. Josefa Stegacel, grdb. übertr. an Jakob Huber, Kamilla Huber, je $\frac{1}{2}$, am 23. Nov. 1917.
- " " Kaiser-Ebersdorf, Mühlhangergasse 84, R.-Nr. 384, E.-Z. 646, bish. Def. Josefa Stegacel, grdb. übertr. an Jakob Huber, Kamilla Huber, je $\frac{1}{2}$, am 23. Nov. 1917.
- " " Simmering, Dorfstraße 20, R.-Nr. 66, E.-Z. 59, bish. Def. Josef Heiß $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Rosalia Heiß $\frac{1}{4}$, am 22. Nov. 1917.
- " " Simmering, Dorfstraße 37, R.-Nr. 93, E.-Z. 86, bish. Def. Matthias Haller, Theresia Haller, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Vereinigte Maimner'sche Pressfabriken G. m. b. H., am 4. Nov. 1917.
- " " Simmering, Pachmayergasse 3, R.-Nr. 465, E.-Z. 433, bish. Def. Felix Ripbauer $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Anna Ripbauer $\frac{1}{4}$, am 23. Nov. 1917.
- " " Simmering, Rappachgasse 20, R.-Nr. 294 H, E.-Z. 477, bish. Def. Josef Heiß $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Rosalia Heiß $\frac{1}{4}$, am 22. Nov. 1917.
- " " Simmering, Navelnstraße 11, R.-Nr. 162 H, E.-Z. 820, bish. Def. m. Leopold Pospischil $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Matthias Pospischil $\frac{1}{24}$, Josefina Pospischil $\frac{1}{24}$, am 17. Nov. 1917.
- " " Simmering, Seblitzgasse 42, R.-Nr. 756, E.-Z. 1903, bish. Def. Josef Stammer, grdb. übertr. an Karl Ferstl, Anna Ferstl, je $\frac{1}{2}$, am 27. Nov. 1917.
- XII. Bez., Altmanndorf, Breitenfurterstraße 161, R.-Nr. 188, E.-Z. 278, bish. Def. Philipp Weininger, Amalia Weininger, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Johann Kratzl, Julie Kratzl, je $\frac{1}{4}$, am 24. Nov. 1917.
- " " Segendorf, Schlägigasse 7, R.-Nr. 174, E.-Z. 263, bish. Def. Alois Starel, Lina Starel, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Peschtal, am 29. Nov. 1917.
- " " Segendorf, Bahngasse 39, R.-Nr. 431, E.-Z. 299, bish. Def. Josef Handhartinger, grdb. übertr. an Karl Johann Sabata, Marie Sabata, je $\frac{1}{2}$, am 30. Nov. 1917.

- XII. Bez., Hengendorf, Bahnzeile 15, R.-Nr. 204, E.-Z. 276, bish. Bes. Julie Anna Jolsch, Johanna Hudez, je $\frac{1}{4}$, m. Margarete Nowal, m. Eduard Nowal, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Anton Weidebauer, Gabriele Weidebauer, je $\frac{1}{8}$, am 14. Nov. 1917.
- " " Hengendorf, Valerie-Cottage 12, R.-Nr. 397, E.-Z. 455, bish. Bes. Richard Padeljat, Hans Padeljat, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Malaszewicz, am 26. Nov. 1917.
- " " Hengendorf, Deutschmeisterstraße 20, R.-Nr. 314, E.-Z. 544, bish. Bes. Franziska Piletsch, grdb. übertr. an Matthias Lang, am 15. Nov. 1917.
- " " Hengendorf, Schöbeggasse 9, R.-Nr. 373, E.-Z. 637, bish. Bes. Karl Martinel, grdb. übertr. an Johann Bija, am 8. Nov. 1917.
- " " Hengendorf, Belghofergasse 4, R.-Nr. 415, E.-Z. 640, bish. Bes. Berta Schwarz, grdb. übertr. an Emmerich Reither, Edwin Reither, je $\frac{1}{2}$, am 10. Nov. 1917.
- " " Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 155, R.-Nr. 84, E.-Z. 84, bish. Bes. August Vege, Berta Vege, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Irene Hecht, am 21. Nov. 1917.
- " " Ober-Meidling, Grünberggasse 33, R.-Nr. 113, E.-Z. 129, bish. Bes. Raimund Ritter v. Mannner zu Nagelsdorf, Laura Mannner zu Nagelsdorf, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Paul Monath, am 4. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Abrechtsberggasse 31, R.-Nr. 132, E.-Z. 132, bish. Bes. Emilie Kleinher, grdb. übertr. an Anna Weisenböck, am 30. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Ignazgasse 7, R.-Nr. 735, E.-Z. 191, bish. Bes. Emil Weinfurter, Käthe Weinfurter, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Erste österr. Posamenten- und Spigenfabrik-Aktiengesellschaft vorm. Max und Sals Zertowitz in Wien, am 11. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Bierthalergasse 3, R.-Nr. 288, E.-Z. 288, bish. Bes. Josef Pavel, Josefa Pavel, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franz Klein, am 15. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Meidlinger Hauptstraße 67, R.-Nr. 542, E.-Z. 542, bish. Bes. Heinrich Kirschmann $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anna Rothhirsch, Josef Kirschmann, Eugenie Kirschmann, Irma Kirschmann, Elisabeth Kirschmann, m. Helene Kirschmann, je $\frac{1}{12}$, am 1. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Bivenotgasse 45, R.-Nr. 566, E.-Z. 566, bish. Bes. Franz Perina, grdb. übertr. an Josefine Perina, m. Karola Perina, m. Franz Perina, m. Richard Perina, je $\frac{1}{4}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Bivenotgasse 46, R.-Nr. 664, E.-Z. 664, bish. Bes. Johann Protop, Marie Protop, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Matthias Hrubec, je $\frac{1}{4}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Singrienergasse 32, R.-Nr. 976, E.-Z. 752, bish. Bes. Karl Schwarzer, Julius Schwarzer, Leopold Schwarzer, Cecilie Köstler, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Anton Hoffenreich jun. $\frac{1}{4}$, am 17. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Rotenmühlgasse 53, R.-Nr. 878, E.-Z. 1057, bish. Bes. Martin Simatovich $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Stephan Simatovich, Rudolf Simatovich, Pauline Hannecker, je $\frac{1}{8}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße 236, R.-Nr. 848, E.-Z. 1284, bish. Bes. Alfred Zappert, grdb. übertr. an Daniel Oberbauer, Anna Oberbauer, je $\frac{1}{2}$, am 16. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Nischholzgasse 11, R.-Nr. 915, E.-Z. 1304, bish. Bes. Anton Hoffenreich, Leopoldine Hoffenreich, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Schwandner, Rosa Schwandner, je $\frac{1}{2}$, am 2. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Neßgasse 27, R.-Nr. 888, E.-Z. 1324, bish. Bes. Anton Heppich, Anna Heppich, Karl Heppich, Josefa Heppich, Johann Heppich, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Karl Promatta, Elise Promatta, je $\frac{1}{2}$, am 2. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Wurmbstraße 40, R.-Nr. 1150, E.-Z. 1481, bish. Bes. Marianne Drtony, grdb. übertr. an Josef Harnach, Johanna Harnach, je $\frac{1}{2}$, am 20. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Koflergasse 19, R.-Nr. 1276, E.-Z. 2174, bish. Bes. Berta Dalla-Donna, grdb. übertr. an Josef Pavel, Josefa Pavel, je $\frac{1}{2}$, am 24. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, Siebertgasse 52, R.-Nr. 1402, E.-Z. 2276, bish. Bes. Alois Gura, Petronella Gura, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Johann Tremel, Emilie Tremel, je $\frac{1}{2}$, am 10. Nov. 1917.
- XIII. Bez., Ober-St. Veit, Einsiedelgasse 18, R.-Nr. 258, E.-Z. 1115, bish. Bes. Dr. Anatol Neumann Ritter v. Spallart $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Berta Neumann v. Spallart $\frac{1}{16}$, m. Georg Neumann Ritter v. Spallart, m. Hans Neumann Ritter v. Spallart, je $\frac{1}{32}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Ober-St. Veit, Bernbrunnengasse 13, R.-Nr. 455, E.-Z. 1233, bish. Bes. Karl Bachmann, Auguste Bachmann, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Berger, Gabriele Marie Berger, je $\frac{1}{2}$, am 22. Nov. 1917.
- " " Ober-St. Veit, Stadlergasse 23, R.-Nr. 422, E.-Z. 1258, bish. Bes. Theodor Breitwieser, Anna Breitwieser, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Siegmund Österreich, am 13. Nov. 1917.
- XIII. Bez., Unter-St. Veit, Hieginger Hauptstraße 68/70, R.-Nr. 9, 10, E.-Z. 8, bish. Bes. Max Seelenmayer, Franziska Seelenmayer, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Jda Beck, am 21. Nov. 1917.
- " " Unter-St. Veit, Felsmühlgasse 18, R.-Nr. 80, E.-Z. 73, bish. Bes. Franz Kütler, Karoline Kütler, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Emil Küller, am 3. Nov. 1917.
- " " Unter-St. Veit, Reichgasse 6/8, R.-Nr. 112, 113, E.-Z. 102, bish. Bes. Stella Jerusalem, grdb. übertr. an Karoline Keller, am 14. Nov. 1917.
- " " Unter-St. Veit, La Rossegasse 7, R.-Nr. 161, E.-Z. 177, bish. Bes. Stella Jerusalem, grdb. übertr. an Karoline Keller, am 14. Nov. 1917.
- " " Unter-St. Veit, Hieginger Hauptstraße 71, R.-Nr. 158, E.-Z. 227, bish. Bes. Irma Wieg $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an m. Gertrude Wieg, m. Mariha Wieg, m. Klemens Wieg, m. Albert Wieg, je $\frac{1}{4}$, am 12. Nov. 1917.
- " " Unter-St. Veit, St. Veitgasse 67, R.-Nr. 247, E.-Z. 279, bish. Bes. Otto Raubach, grdb. übertr. an August Schuppler, am 15. Nov. 1917.
- " " Unter-St. Veit, Auhoferstraße 66, R.-Nr. 231, E.-Z. 290, bish. Bes. Marie v. Feldau, grdb. übertr. an Hans Ludwig Urban, am 17. Nov. 1917.
- " " Unter-St. Veit, La Rossegasse 11, R.-Nr. 335, E.-Z. 312, bish. Bes. Franz Mittermüller, grdb. übertr. an Heinrich Münster, am 14. Nov. 1917.
- " " Unter-St. Veit, Fichtnergasse 17, R.-Nr. 274, E.-Z. 344, bish. Bes. Dr. Rudolf Seidler, Luise Seidler, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Eugen Scheiber, am 3. Nov. 1917.
- " " Unter-St. Veit, Neue Weltgasse 21/23, R.-Nr. 272, E.-Z. 459, bish. Bes. Dr. Adolf Seidler, Luise Seidler, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Eugen Scheiber, am 3. Nov. 1917.
- " " Lainz, Versorgungsheimstraße 7, R.-Nr. 56, E.-Z. 37, bish. Bes. Franz Altkind $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Marie Altkind, m. Franz Altkind, m. Marie Altkind, m. Katharina Altkind, je $\frac{1}{8}$, am 23. Nov. 1917.
- " " Lainz, Lainzerstraße 107, R.-Nr. 150, E.-Z. 276, bish. Bes. Moritz Wilhelm Meister, grdb. übertr. an Robert Lehner, am 6. Nov. 1917.
- " " Lainz, Gabergasse 3, R.-Nr. 200, E.-Z. 311, bish. Bes. Ernestine Großbauer, grdb. übertr. an Ludwig Feldbauer, Berta Feldbauer, je $\frac{1}{2}$, am 20. Nov. 1917.
- " " Lainz, Spohrstraße 3, R.-Nr. 199, E.-Z. 466, bish. Bes. Marianne Wender, Ferdinand Styes, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Emanuel Singer, Emma Singer, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Breitensee, Mazingergasse 7, R.-Nr. 235, E.-Z. 107, bish. Bes. Franz Josef Enders, grdb. übertr. an Siegmund Kral, Ehereje Kral, je $\frac{1}{2}$, am 16. Nov. 1917.
- " " Breitensee, Mazingergasse 3, R.-Nr. 236, E.-Z. 109, bish. Bes. Anna Pechl, grdb. übertr. an Karl Pechl, Eleonore Pechl, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Breitensee, Kneifsteingasse 17, R.-Nr. 129, E.-Z. 200, bish. Bes. Anton Novosjelsc, Mathilde Novosjelsc, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Flugzeug- und Automobilbestandteilefabrik, Gef. m. b. S., am 22. Nov. 1917.
- " " Breitensee, Kneifsteingasse 19, R.-Nr. 128, E.-Z. 203, bish. Bes. Anton Novosjelsc, Mathilde Novosjelsc, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Flugzeug- und Automobilbestandteilefabrik, Gef. m. b. S., am 22. Nov. 1917.
- " " Ober-Baumgarten, Hütteldorferstraße 236, R.-Nr. 117, E.-Z. 132, bish. Bes. Otto Bomsdorf, grdb. übertr. an Hermine Diamant, am 28. Nov. 1917.
- " " Ober-Baumgarten, Lautensackgasse 31, R.-Nr. 317, E.-Z. 322, bish. Bes. Annette Birkl, grdb. übertr. an Karl Kul, am 12. Nov. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, Baumgartnerstraße 13, R.-Nr. 154, E.-Z. 25, bish. Bes. Leopoldine Schnabel, grdb. übertr. an Rudolf Gärtner, am 5. Nov. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, Hadigasse 160, R.-Nr. 451, E.-Z. 552, bish. Bes. Berthold Kulla, Rosalia Kulla, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Bernardo Leo Pinto, am 28. Nov. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, Gruschaplaz 4, R.-Nr. 466, E.-Z. 553, bish. Bes. die Firma Karl J. Schmidt & Adolf Mader, Gef. m. b. S., grdb. übertr. an Fritz Sonnenschein, am 2. Nov. 1917.
- " " Unter-Baumgarten, Gruschaplaz 5, R.-Nr. 467, E.-Z. 554, bish. Bes. die Firma Karl J. Schmidt & Adolf Mader, Gef. m. b. S., grdb. übertr. an Fritz Sonnenschein, am 2. Nov. 1917.
- " " Hieging, Mazingergasse 1 bis 13, R.-Nr. 3, E.-Z. 3, bish. Bes. Anton Klaar $\frac{1}{24}$, grdb. übertr. an Oskar Klaar $\frac{1}{24}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Hieging, Mazingergasse 36, R.-Nr. 71, E.-Z. 67, bish. Bes. Jda Straßer, grdb. übertr. an Jda Friedmann, Jenny Neumann, Rosa Jolles, Emma Braun, je $\frac{1}{4}$, am 17. Nov. 1917.

- XIII. Bez., Hieking, Gloriettegasse 15, R.-Nr. 84, E.-Z. 79, bish. Bef. Regine Fürst, grdb. übertr. an Melanie Rötter, am 27. Nov. 1917.
- " " Hieking, Trauttmansdorffgasse 5, R.-Nr. 107, E.-Z. 100, bish. Bef. Aloisia Wenz, grdb. übertr. an Aloisia Grund, Rosina Haufe, je $\frac{1}{4}$, Josefina Klaar $\frac{1}{2}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Hieking, Langerstraße 87, R.-Nr. 268, 269, E.-Z. 223, bish. Bef. Aloisia Wenz, grdb. übertr. an Karl Wenz, am 27. Nov. 1917.
- " " Hieking, Wattmannsgasse 36, R.-Nr. 339, E.-Z. 270, bish. Bef. Gustav Schneidmahl, grdb. übertr. an Charlotte Schmidt, am 2. Nov. 1917.
- " " Hieking, Langerstraße 73, R.-Nr. 315, E.-Z. 337, bish. Bef. Mathilde Rath $\frac{1}{6}$, Ernestine Rosch, Ludovila Reobl, je $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Jeanne Konacher, am 18. Nov. 1917.
- " " Hiltedorf, Langerstraße 439, R.-Nr. 238, E.-Z. 164, bish. Bef. Rosa Schönpflug, Hermine Zuber, Ernst Hirschberg, Marie Vorchach, Clemens Vorchach, Anselma Vorchach, Verlassenschaft nach Karoline Ros, Hermine Sommer, Rudolf Vorchach, Gisela Vermüller, Gabriele Azbej Bach, Edmund Pfeiffer, grdb. übertr. an Dr. Leo Keller, Ludwig Keller, je $\frac{1}{2}$, am 28. Nov. 1917.
- " " Hiltedorf, Langerstraße 354, R.-Nr. 126, E.-Z. 237, bish. Bef. Lubmilla Schimel, Cäcilie Schimel, grdb. übertr. an Oskar Voith, Hermann Voith, Elisabeth Voith, je $\frac{1}{2}$, am 21. Nov. 1917.
- " " Hading, Am Schloßberg 15, R.-Nr. 11, E.-Z. 24, bish. Bef. Heinrich Schnobl, grdb. übertr. an Lina Weiß, am 24. Nov. 1917.
- " " Penzing, Langerstraße 20, R.-Nr. 195, E.-Z. 213, bish. Bef. Salomon Beer, grdb. übertr. an Dr. Richard Beer, Artur Beer, Hans Beer, Hermann Beer, Dr. Oskar Beer, Fritz Beer, Elsa Robitschek, je $\frac{1}{7}$, am 13. Nov. 1917.
- " " Penzing, Ameisgasse 20, R.-Nr. 219, E.-Z. 320, bish. Bef. Dr. Robert Neulirch, grdb. übertr. an Ernst Bieth, Fanni Bieth, je $\frac{1}{2}$, am 26. Nov. 1917.
- " " Penzing, Stechovengasse 22, R.-Nr. 803, E.-Z. 369, bish. Bef. Alois Großmann, grdb. übertr. an Gräfin Margarete Wurmbrand-Stuppach, am 15. Nov. 1917.
- " " Penzing, Leegasse 1, R.-Nr. 839, E.-Z. 392, bish. Bef. Siegmund Großmann, Hugo Großmann, Otto Großmann, je $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Lilli Leber, am 15. Nov. 1917.
- " " Penzing, Haidlgasse 144, R.-Nr. 1040, E.-Z. 393, bish. Bef. Wilhelm Klor jun., grdb. übertr. an Richard Payer, Friedrich Payer, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Penzing, Cumberlandstraße 79, R.-Nr. 742, E.-Z. 470, bish. Bef. Emilie Marx, Emilie Prinz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karl Bauer, Hedwig Bauer, je $\frac{1}{2}$, am 11. Nov. 1917.
- " " Penzing, Ameisgasse 19, R.-Nr. 650, E.-Z. 776, bish. Bef. Eugenie Zappe, grdb. übertr. an Jakob Braun, Hedwig Braun, je $\frac{1}{2}$, am 17. Nov. 1917.
- " " Penzing, Reingasse 36, R.-Nr. 522, E.-Z. 800, bish. Bef. Anna Fejfar, grdb. übertr. an Pauline Siska, am 20. Nov. 1917.
- " " Penzing, Meißelstraße 77, R.-Nr. 1046, E.-Z. 892, bish. Bef. Johann Schlinz, Josefina Schlinz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Emil Horn, am 6. Nov. 1917.
- " " Penzing, Nobilgasse 5/7, R.-Nr. 694, E.-Z. 924, bish. Bef. Johann Hirsch $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Elisabeth Hirsch $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Penzing, Meißelstraße 66, R.-Nr. 1031, E.-Z. 934, bish. Bef. Matthias Eisenprobst, Gustav Röder, Gustav Giebisch, je $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Emanuel Wolf, Anna Wolf, je $\frac{1}{2}$, am 28. Nov. 1917.
- " " Penzing, Pfadenhauergasse 20, R.-Nr. 799, E.-Z. 965, bish. Bef. die Firma Barak & Czada, grdb. übertr. an Ernestine Figdor, am 7. Nov. 1917.
- " " Penzing, Fühlgasse 8, R.-Nr. 1058, E.-Z. 1030, bish. Bef. Dr. Emil Hait, grdb. übertr. an Heinrich Müller, Friedrich Schwarz, je $\frac{1}{2}$, am 6. Nov. 1917.
- " " Penzing, Wilsdorffstraße 30, R.-Nr. 1135, E.-Z. 1462, bish. Bef. Jakob Glattauer, grdb. übertr. an Josef Alexander Hedwig Alexander, je $\frac{1}{2}$, am 10. Nov. 1917.
- " " Penzing, Penzingerstraße 132, R.-Nr. 847, E.-Z. 1584, bish. Bef. Elisabeth Rainert, grdb. übertr. an Eugenie Reich, am 20. Nov. 1917.
- " " Penzing, Gurtgasse 43, R.-Nr. 1024, E.-Z. 1741, bish. Bef. Franz Esfinger, Johanna Esfinger, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Leopold Mufitel, Agnes Mufitel, je $\frac{1}{2}$, am 9. Nov. 1917.
- " " Penzing, Fiedelgasse 18, R.-Nr. 1014, E.-Z. 1743, bish. Bef. Peter Kojanovic, Marie Kojanovic, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anna Fejfar, am 26. Nov. 1917.
- " " Penzing, Penzingerstraße 39, R.-Nr. 1117, E.-Z. 1806, bish. Bef. die Wiener Terrain- und Bau-Ges. m. b. S., grdb. übertr. an Konstantin Rischel, Emilie Rischel, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- XIV. Bez., Rudolfsheim, Brauhirchengasse 17, R.-Nr. 140, E.-Z. 140; bish. Bef. Adolf Knopp $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anna Knopp $\frac{2}{3}$, m. Franz Knopp, m. Anna Knopp, m. Elsa Knopp, m. Adolfin Knopp, m. Mariha Knopp, m. Marie Knopp, m. Stephanie Knopp, m. Grete Knopp, je $\frac{1}{200}$, am 8. Nov. 1917.
- " " Rudolfsheim, Reichsapfelgasse 21, R.-Nr. 338, E.-Z. 338, bish. Bef. Dr. Ludwig Beer $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Ida Neuhäuser $\frac{1}{6}$, am 12. Nov. 1917.
- " " Rudolfsheim, Mariahilferstraße 202, R.-Nr. 353, E.-Z. 353, bish. Bef. Karoline v. Löwenthal-Linau, grdb. übertr. an Albert Adler, Charlotte Adler, je $\frac{1}{2}$, am 29. Nov. 1917.
- " " Rudolfsheim, Kaugasse 8, R.-Nr. 483, E.-Z. 483, bish. Bef. Anna Pachernegg, grdb. übertr. an Josef Burghardt, Anna Burghardt, je $\frac{1}{2}$, am 20. Nov. 1917.
- " " Rudolfsheim, Schweglerstraße 16, R.-Nr. 507, E.-Z. 507, bish. Bef. Josef Novak, grdb. übertr. an Dr. Karl Rusleitner, am 16. Nov. 1917.
- " " Rudolfsheim, Schweglerstraße 16, R.-Nr. 507, E.-Z. 507, bish. Bef. Dr. Karl Rusleitner, grdb. übertr. an Johann Benhoda, Franziska Benhoda, je $\frac{1}{2}$, am 18. Nov. 1917.
- " " Rudolfsheim, Goldschlagstraße 53, R.-Nr. 655, E.-Z. 623, bish. Bef. Josefa Muzgar $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Frieda Ungar $\frac{1}{4}$, am 24. Nov. 1917.
- " " Rudolfsheim, Holochergasse 29/31, R.-Nr. 980, E.-Z. 863, bish. Bef. Vinzenz Haset, Julianna Haset, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Adalbert Welcset, Anna Welcset, je $\frac{1}{2}$, am 8. Nov. 1917.
- " " Rudolfsheim, Holochergasse 29/31, R.-Nr. 980, E.-Z. 864, bish. Bef. Vinzenz Haset, Julianna Haset, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Adalbert Welcset, Anna Welcset, je $\frac{1}{2}$, am 8. Nov. 1917.
- " " Sechshaus, Pissergasse 20, R.-Nr. 122, E.-Z. 108, bish. Bef. Josef Heider, grdb. übertr. an Katharina Heider, Anna Heider, m. Josef Heider, je $\frac{2}{3}$, am 6. Nov. 1917.
- " " Sechshaus, Diefenbachgasse 7, R.-Nr. 337, E.-Z. 337, bish. Bef. Adolf Kaufmann, grdb. übertr. an die Firma Gottesmann & Komp., Ges. m. b. S., am 10. Nov. 1917.
- " " Sechshaus, Diefenbachgasse 40, R.-Nr. 224, E.-Z. 252, bish. Bef. Dr. Otto Lehmann, grdb. übertr. an Josef Seichert, am 7. Nov. 1917.
- XV. Bez., Herktagasse 16, R.-Nr. 19, E.-Z. 19, bish. Bef. Ludwig Stark, grdb. übertr. an Maximilian Freund, Lotte Freund, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Kohlenhofgasse 6, R.-Nr. 262, E.-Z. 262, bish. Bef. Julianna Gaunersdorfer, grdb. übertr. an Leopoldine Bauer, am 3. Nov. 1917.
- " " Kohlenhofgasse 6, R.-Nr. 262, E.-Z. 262, bish. Bef. Leopoldine Bauer, grdb. übertr. an Karl Strzempel, am 28. Nov. 1917.
- " " Hanglühgasse 3, R.-Nr. 332, E.-Z. 332, bish. Bef. Wilhelmine Grünwald, grdb. übertr. an Karl Grünwald, Leopoldine Grünwald, je $\frac{1}{2}$, am 13. Nov. 1917.
- " " Märzstraße 28, R.-Nr. 559, E.-Z. 540, bish. Bef. Rudolf Federer, Paula Federer, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Gustav Stöckler, am 1. Nov. 1917.
- " " Zwölfersgasse 9, R.-Nr. 652, E.-Z. 594, bish. Bef. Ferdinand Bara, grdb. übertr. an Adolf Bara, Auguste Bara, je $\frac{1}{2}$, am 10. Nov. 1917.
- " " Günthergasse 13, R.-Nr. 959, E.-Z. 1313, bish. Bef. Wenzel Auezdsky, Marie Auezdsky, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Stötter, Franziska Stötter, je $\frac{1}{2}$, am 29. Nov. 1917.
- XVI. Bez., Neulerchenfeld, Neulerchenfelderstraße 51, R.-Nr. 47, E.-Z. 12, bish. Bef. Anna Flormayr, Oskar Flormayr, Viktor Flormayr, Emilie Piccardi, je $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Paul Pohl-Seidl, Barbara Pohl-Seidl, je $\frac{1}{10}$, am 10. Nov. 1917.
- " " Neulerchenfeld, Neulerchenfelderstraße 49, R.-Nr. 48, E.-Z. 163, bish. Bef. Johann Brantner $\frac{1}{2}$, Josefa Fessler, Agnes Henk, Hermine Grubwieser, Johanna Brantner, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Josef Borell, Barbara Borell, je $\frac{1}{2}$, am 9. Nov. 1917.
- " " Neulerchenfeld, Fröbelgasse 32, R.-Nr. 295, E.-Z. 321, bish. Bef. Franz Pechotich, Olga Pechotich, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Bernhard Gottesmann, am 24. Nov. 1917.
- " " Neulerchenfeld, Menzelgasse 24, R.-Nr. 309, E.-Z. 327, bish. Bef. Josef Liebisch, grdb. übertr. an Anna Liebisch, am 28. Nov. 1917.
- " " Neulerchenfeld, Pippgasse 5, R.-Nr. 296, E.-Z. 334, bish. Bef. Marie Pfigner, Hermine Taloth, Rudolf Schlemmer, Josef Schlemmer, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Paul Czervenska, am 28. Nov. 1917.
- " " Neulerchenfeld, Kosterpark 2, R.-Nr. 363, E.-Z. 415, bish. Bef. Theresje Neubauer ^{10/100000}, grdb. übertr. an Karl Neubauer, Franz Neubauer, je ^{2000/100000}, am 9. Nov. 1917.
- " " Neulerchenfeld, Neumayrgasse 1, R.-Nr. 346, E.-Z. 442, bish. Bef. Anna Schaffhauser $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Jakob Schaffhauser, Betty Gerzbauer, Richard Kobany, Friedrich Kobany, Franz Kobany, zus. $\frac{1}{6}$, am 7. Nov. 1917.

- XVI. Bez., Neulerchenfeld, Neumayrgasse 2, R.-Nr. 245, E.-Z. 512, bish. Def. Martin Hoppel ^{478/10000}, grdb. übertr. an Josef Pazat ^{478/10000}, am 6. Nov. 1917.
- " " Neulerchenfeld, Rosterpark 6, R.-Nr. 508, E.-Z. 548, bish. Def. Juliana Porzer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Thomas Porzer $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Römergasse 7, R.-Nr. 862, E.-Z. 277, bish. Def. Josef Schwarz, grdb. übertr. an August Filo, am 12. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Effingergasse 9, R.-Nr. 1652, E.-Z. 314, bish. Def. Marie Schubert $\frac{1}{8}$, Witold Schubert, Marie Karoline Schubert, Therese Moser, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Franz Holzrecht, Regine Prager, je $\frac{1}{2}$, am 9. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Dttakringerstraße 127, R.-Nr. 105, E.-Z. 367, bish. Def. Julianna Filo, grdb. übertr. an Franz Sluter, Josefa Sluter, je $\frac{1}{2}$, am 2. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Hettentofergasse 19, R.-Nr. 1970, E.-Z. 552, bish. Def. Franz Antoni, grdb. übertr. an Johann Tremel, Katharina Tremel, je $\frac{1}{2}$, am 12. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Arnehtgasse 21, R.-Nr. 121, 1845, E.-Z. 726, bish. Def. Marie Wagner $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Elise Köbber, Franz Wagner, Marie Schubert, je $\frac{1}{8}$, am 10. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Abelegasse 32, R.-Nr. 484, E.-Z. 1114, bish. Def. Rudolf Bette $\frac{1}{12}$, grdb. übertr. an Dorothea Brodt $\frac{1}{12}$, am 10. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Thaliastraße 158, R.-Nr. 769, E.-Z. 1119, bish. Def. Robert Frigen v. Reilsberg, Berta Frigen v. Reilsberg, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Josef Haimböck, Theresia Haimböck, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Deimhardtsteingasse 32, R.-Nr. 522, E.-Z. 1254, bish. Def. Amalie Ebrgott, grdb. übertr. an Oskar Heinrich Derschatta, Theresia Derschatta, Rosa Pfeiffer, je $\frac{1}{8}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Wilhelmimgasse 31, R.-Nr. 766, E.-Z. 1521, bish. Def. Heinrich Poppinger $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Theresia Olbricht $\frac{1}{8}$, am 20. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Marottingergasse 74, R.-Nr. 2176, E.-Z. 1794, bish. Def. Karl Schmidt, grdb. übertr. an August Kahn, am 15. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Roterdgasse 46/48, R.-Nr. 1407, E.-Z. 1942, bish. Def. Franziska Voch, m. Franz Voch, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Alois Schreiber, am 7. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Degengasse 63, R.-Nr. 1369, E.-Z. 2019, bish. Def. Karl Rainz, Magdalena Rainz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franz Lustiney, Marie Lustiney, je $\frac{1}{2}$, am 29. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Herbststraße 62, R.-Nr. 1622, E.-Z. 2066, bish. Def. Heinrich Peininger $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Heinrich Peininger, Franz Peininger, je $\frac{1}{4}$, am 19. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Wilhelmimgasse 74, R.-Nr. 1980, E.-Z. 2631, bish. Def. Johann Traxler, grdb. übertr. an die Österr. Industriewerke Warchalowski Eisler & Komp. A.-G., am 7. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Wilhelmimgasse 72, R.-Nr. 2104, E.-Z. 2633, bish. Def. Johann Traxler, grdb. übertr. an die Österr. Industriewerke Warchalowski Eisler & Komp. A.-G., am 7. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Wilhelmimgasse 75, R.-Nr. 2029, E.-Z. 2637, bish. Def. Anton Klaar $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Oskar Klaar $\frac{1}{8}$, am 25. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Kaufgasse 33, R.-Nr. 2025, E.-Z. 2638, bish. Def. Anton Klaar $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Oskar Klaar $\frac{1}{8}$, am 25. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Hasnerstraße 157, R.-Nr. 2181, E.-Z. 3090, bish. Def. Wenzel Schulz, grdb. übertr. an Franz Tichy, Anna Tichy, je $\frac{1}{2}$, am 6. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Klausgasse 29, R.-Nr. 1941, E.-Z. 3104, bish. Def. August Bratke $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Theresia Baumhaff $\frac{1}{8}$, am 22. Nov. 1917.
- " " Dttakring, Klausgasse 31, R.-Nr. 1940, E.-Z. 3105, bish. Def. August Bratke $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Leopold Baumhaff $\frac{1}{8}$, am 22. Nov. 1917.
- XVII. Bez., Dornbach, Andergasse 24, R.-Nr. 179, E.-Z. 374, bish. Def. Franz Barton, grdb. übertr. an Robert Groß, Betty Groß, je $\frac{1}{2}$, am 6. Nov. 1917.
- " " Dornbach, Winklergasse 10, R.-Nr. 293, E.-Z. 612, bish. Def. Käthe Berghofer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ludwig Berghofer $\frac{1}{2}$, am 17. Nov. 1917.
- " " Dornbach, Heuberggasse 18, R.-Nr. 349, E.-Z. 946, bish. Def. Marianne v. Rohrer, Julius Schuster, Heinrich Schuster, Gustav Schuster, Natalie v. Verbin-Bassilvela, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Moritz Eiden v. Kuffner, am 5. Nov. 1917.
- " " Hernals, Kesselfgasse 8, R.-Nr. 1596, E.-Z. 159, bish. Def. Anton Mürking $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Theresia Mürking $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Hernals, Bergsteiggasse 11, R.-Nr. 299, E.-Z. 333, bish. Def. Marie Prihoda $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Mathilde Prihoda $\frac{1}{2}$, am 12. Nov. 1917.
- XVII. Bez., Hernals, Gilmgasse 12, R.-Nr. 1097, E.-Z. 487, bish. Def. Alois Schwemmler, grdb. übertr. an Theresia Ruschitzka, am 29. Nov. 1917.
- " " Hernals, Weißgasse 19, R.-Nr. 198, E.-Z. 551, bish. Def. Willibald Kraus, Franziska Kraus, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Hermine Mofler, am 17. Nov. 1917.
- " " Hernals, Haslingerergasse 50, R.-Nr. 650, E.-Z. 612, bish. Def. Anna Knöpfelmacher, grdb. übertr. an Beni Fiorenzo, am 19. Nov. 1917.
- " " Hernals, Haslingerergasse 44, R.-Nr. 312, E.-Z. 647, bish. Def. Josef Mohr jun. grdb. übertr. an Franz Effenberger, Karoline Effenberger, je $\frac{1}{2}$, am 29. Nov. 1917.
- " " Hernals, Haslingerergasse 38, R.-Nr. 641, E.-Z. 650, bish. Def. Friedrich Mencil, grdb. übertr. an Alois Stindl, Anna Stindl, je $\frac{1}{2}$, am 30. Nov. 1917.
- " " Hernals, Dornmerplatz 9, R.-Nr. 788, E.-Z. 904, bish. Def. Hedwig Rhoden $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Olga Singer $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Hernals, Schumannngasse 67, R.-Nr. 803, E.-Z. 931, bish. Def. Emanuel Hoffmann, Ottilie Hoffmann, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ferdinand Kraus, Artur Kraus, je $\frac{1}{2}$, am 11. Nov. 1917.
- " " Hernals, Schumannngasse 110, R.-Nr. 826, E.-Z. 942, bish. Def. Ferdinand Biss, grdb. übertr. an Karl Raab, Hilma Raab, je $\frac{1}{2}$, am 20. Nov. 1917.
- " " Hernals, Dieboldplatz 11, R.-Nr. 820, E.-Z. 954, bish. Def. Anton Hoffenreich, Viktor Jaarol, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franz Barton, Marie Barton, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Hernals, Lacknergasse 5, R.-Nr. 321, E.-Z. 987, bish. Def. Emilie Neugebauer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Ferdinand Neugebauer $\frac{1}{2}$, am 21. Nov. 1917.
- " " Hernals, Wichtelgasse 55, R.-Nr. 1389, E.-Z. 1169, bish. Def. Josef Brantner, grdb. übertr. an Wilhelm Koreska, Emilie Koreska, je $\frac{1}{2}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Hernals, Wallgasse 50, R.-Nr. 1504, E.-Z. 1172, bish. Def. Elisabeth Skopel $\frac{1}{2}$, m. Edmund Skopel, m. Friederike Skopel, Elisabeth Skopel, m. Theodor Skopel, m. Ludmilla Skopel, Sophie Sterba, je $\frac{1}{12}$, grdb. übertr. an Wilhelm Koreska, Emilie Koreska, je $\frac{1}{2}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Hernals, Kulmgasse 27, R.-Nr. 1379, E.-Z. 1239, bish. Def. Valerie Feinzel, grdb. übertr. an Franz Spindler, Berta Spindler, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Hernals, Wichtelgasse 78, R.-Nr. 1358, E.-Z. 1257, bish. Def. Marie Kräftner $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Michael Kräftner $\frac{1}{2}$, am 20. Nov. 1917.
- " " Hernals, Dttakringerstraße 5, R.-Nr. 1556, E.-Z. 1388, bish. Def. Magdalena Frey, grdb. übertr. an Theodor Frey, Sophie Brook, je $\frac{1}{2}$, am 29. Nov. 1917.
- " " Hernals, Rosensteingasse 68, R.-Nr. 1617, E.-Z. 1448, bish. Def. Walter Baumgartl, grdb. übertr. an Dr. Artur Sinnreich, Dr. Rudolf Sinnreich, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Neuwaldegg, Neuwaldeggerstraße 41, R.-Nr. 26, E.-Z. 69 a, bish. Def. Leonore Goldschmidt, Helene Mauthner, je $\frac{1}{2}$, Dr. Julius Mauthner, Dr. Theodor Mauthner, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Sophie Kary, am 20. Nov. 1917.
- XVIII. Bez., Gersthof, Schöffelgasse 50, R.-Nr. 114, E.-Z. 115, bish. Def. Josef Kirnig, Pauline Kirnig, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Adele Schlesinger, am 10. Nov. 1917.
- " " Gersthof, Bastiengasse 51, R.-Nr. 149, E.-Z. 214, bish. Def. Matthias Schlamberger, Marie Schlamberger, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anton Armann, Marie Armann, je $\frac{1}{2}$, am 28. Nov. 1917.
- " " Gersthof, Ferrogasse 15, R.-Nr. 473, E.-Z. 267, bish. Def. Wilhelmine Gabriel, grdb. übertr. an Marie Gapp, am 6. Nov. 1917.
- " " Gersthof, Schöffelgasse 57, R.-Nr. 195, E.-Z. 283, bish. Def. Anton Kozar, Helene Kozar, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Dr. Karl Beer, Magdalena Beer, je $\frac{1}{2}$, am 14. Nov. 1917.
- " " Gersthof, Ladenburggasse 31, R.-Nr. 230, E.-Z. 293, bish. Def. m. Hilma Hamm, m. Oskar Hamm, m. Walter Hamm, m. Hertha Hamm, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Elisabeth Amberger, am 21. Nov. 1917.
- " " Gersthof, Hodegasse 21, R.-Nr. 394, E.-Z. 360, bish. Def. Josef Müller, grdb. übertr. an Jacques Blumberger, Julius Beer, je $\frac{1}{2}$, am 23. Nov. 1917.
- " " Gersthof, Wallrisstraße 14, R.-Nr. 165, E.-Z. 386, bish. Def. Dr. Franz Mayr, grdb. übertr. an Ferdinand Jansky, Aloisia Jansky, je $\frac{1}{2}$, am 12. Nov. 1917.
- " " Gersthof, Scheidstraße 43, R.-Nr. 235, E.-Z. 583, bish. Def. Ferdinand Jansky, Aloisia Jansky, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Dr. Franz Mayr, am 12. Nov. 1917.
- " " Pöhlensdorf, Pöhlensdorferstraße 99, R.-Nr. 28, E.-Z. 91, bish. Def. m. Marie Kirchheimer, Leopoldine Kirchheimer, Marie Gaibich, Leopoldine Gaibich, je $\frac{1}{12}$, Robert Weiß $\frac{1}{8}$, Elise Gollwitzer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Fidor Mauthner, am 23. Nov. 1917.

- XVIII. Bez., Pöbleinsdorf, Pöbleinsdorferstraße 22, K.-Nr. 78, E.-Z. 81, bish. Bes. Hans Urban, Maria Leopoldine Urban, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Hermann Schöps, am 27. Nov. 1917.
- " " Pöbleinsdorf, Pöbleinsdorferstraße 51, K.-Nr. 157, E.-Z. 340, bish. Bes. Ferdinand Bachhaus, Marie Bachhaus, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Paul Friedenstein, am 4. Nov. 1917.
- " " Pöbleinsdorf, Herbedstraße 120, K.-Nr. 231, E.-Z. 642, bish. Bes. Ferdinand Kerntbaler, Sophie Kerntbaler, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ignaz Stifft, Anna Stifft, je $\frac{1}{2}$, am 24. Nov. 1917.
- " " Pöbleinsdorf, Herbedstraße 119, K.-Nr. 340, E.-Z. 683, bish. Bes. Cirillo Paganini, grdb. übertr. an Dr. Friedrich Kindler, am 14. Nov. 1917.
- " " Pöbleinsdorf, Baktengasse 91, K.-Nr. 294, E.-Z. 767, bish. Bes. Dr. Karl Beer, Magdalena Beer, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Alfred Epstein, am 7. Nov. 1917.
- " " Währing, Währingerstraße 136, K.-Nr. 79, E.-Z. 155, bish. Bes. Paul Redendorfer, grdb. übertr. an Rosa Girfig, am 14. Nov. 1917.
- " " Währing, Hochstattstraße 10, K.-Nr. 1464, E.-Z. 174, bish. Bes. Karoline Syfara, Hermine Krehzi, Theresia Schreiner, Siegmund Grünbaum, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Max Zuckerberg $\frac{1}{2}$, am 19. Nov. 1917.
- " " Währing, Sternwartestraße 35, K.-Nr. 764, E.-Z. 235, bish. Bes. Leonore Wurzbauer, Walter Friedrich Zffinger, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Hermine Müller, am 13. Nov. 1917.
- " " Währing, Schulgasse 63, K.-Nr. 1467, E.-Z. 339, bish. Bes. Franz Pöblich, grdb. übertr. an Josefina Pöblich, am 27. Nov. 1917.
- " " Währing, Canonogasse 14, K.-Nr. 469, E.-Z. 411, bish. Bes. Moritz Ausländer, grdb. übertr. an Karl Schneider, Josefina Schneider, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Währing, Kreuzgasse 27, K.-Nr. 883, E.-Z. 613, bish. Bes. Ferdinand Enzjel $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Dr. Adolf Jakob $\frac{1}{2}$, am 2. Nov. 1917.
- " " Währing, Abt Karl-Gasse 6, K.-Nr. 403, E.-Z. 749, bish. Bes. Johann Hermann Kapp, grdb. übertr. an Anton Kainz, Helene Kainz, Richard Fehringer, Elisabeth Fehringer, je $\frac{1}{4}$, am 20. Nov. 1917.
- " " Währing, Staudgasse 64, K.-Nr. 1097, E.-Z. 798, bish. Bes. Marie Jahn $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Dr. Otto Jahn $\frac{1}{2}$, m. Otto Jahn, m. Marie Jahn, m. Elisabeth Jahn, m. Hans Jahn, je $\frac{1}{32}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Währing, Antonigasse 86, K.-Nr. 822, E.-Z. 1056, bish. Bes. Leonore Stutecky-Streben, grdb. übertr. an Adele Lewie, am 28. Nov. 1917.
- " " Währing, Sommergasse 4, K.-Nr. 844, E.-Z. 1063, bish. Bes. Josef Willibald Köbster, grdb. übertr. an Lorenz Schödl, Marie Schödl, je $\frac{1}{2}$, am 10. Nov. 1917.
- " " Währing, Schopenhauerstraße 84, K.-Nr. 1254, E.-Z. 1156, bish. Bes. Marie Schamek, Josef Schamek jun., Leopold Schamek, je $\frac{1}{4}$, Josef Schamek $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anna Scheidl, am 27. Nov. 1917.
- " " Währing, Währingerstraße 140, K.-Nr. 342, E.-Z. 1732, bish. Bes. Paul Redendorfer, grdb. übertr. an Rosa Girfig, am 14. Nov. 1917.
- " " Währing, Haizingergasse 43, K.-Nr. 1727, E.-Z. 1974, bish. Bes. Siegmund J. Stern, grdb. übertr. an Albert Leyi Scharto, am 2. Nov. 1917.
- " " Währing, Währingerstraße 121, K.-Nr. 1592, E.-Z. 2154, bish. Bes. Melchior Kögler, Kunigunde Kögler, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Hermann Gutberz, Klara Gutberz, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Währing, Abt Karl-Gasse 25, K.-Nr. 1689, E.-Z. 2173, bish. Bes. Artur Michna, grdb. übertr. an Josef Bonnyhadny, Käthe Bonnyhadny, je $\frac{1}{2}$, am 14. Nov. 1917.
- XIX. Bez., Ober-Döbling, Hardtgasse 34, K.-Nr. 55, E.-Z. 162, bish. Bes. Jacques Blumberger, Julius Beer, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Firma Weingroßhandlung „Adria“ W. Bergel, am 21. Nov. 1917.
- " " Ober-Döbling, Dollnnergasse 6, K.-Nr. 283, E.-Z. 437, bish. Bes. Dr. Oskar Piering $\frac{1}{144}$, grdb. übertr. an Klara Osterlag $\frac{1}{144}$, am 8. Nov. 1917.
- " " Ober-Döbling, Blaasstraße 5, K.-Nr. 671, E.-Z. 981, bish. Bes. Irene Hirsch $\frac{1}{2}$, Antonie Hirsch $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franziska Deri $\frac{1}{2}$, am 22. Nov. 1917.
- " " Ober-Döbling, Rodlergasse 22, K.-Nr. 895, E.-Z. 1226, bish. Bes. Rosa Fischer, grdb. übertr. an Julius Knorr, Marie Knorr, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Ober-Döbling, Schegargasse 5, K.-Nr. 778, E.-Z. 1293, bish. Bes. Josef Müller, grdb. übertr. an Spiridion Pavdos, am 28. Nov. 1917.
- " " Ober-Döbling, Hochschulstraße 40, K.-Nr. 943, E.-Z. 1521, bish. Bes. Salomon Rosenbaum, grdb. übertr. an Siegmund Beamt, am 30. Nov. 1917.
- " " Unter-Döbling, Haubendigsstraße 2, K.-Nr. 80, E.-Z. 107, bish. Bes. Dr. Theodor Traeger Edl. v. Rhonhof, grdb. übertr. an Lucie Traeger Edl. v. Rhonhof, am 15. Nov. 1917.
- XIX. Bez., Unter-Döbling, Rudolfingergasse 18, K.-Nr. 4, E.-Z. 221, bish. Bes. der Kreditverein im XIX. Bezirke, v. G. m. b. H. $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Hanna (Johanna) Wolff $\frac{1}{4}$, am 10. Nov. 1917.
- " " Unter-Döbling, Rußwaldbgasse 19/21, K.-Nr. 26, 27, E.-Z. 251, bish. Bes. Johann Seppert, grdb. übertr. an Eise Böhm, am 19. Nov. 1917.
- " " Grinzing, Cobenzlgasse 53, K.-Nr. 243, E.-Z. 177, bish. Bes. Wilma Jngenmey-Adrians, Mathilde Jngenmey-Adrians, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Dr. Georg Schid, Martha Schid, je $\frac{1}{2}$, am 9. Nov. 1917.
- " " Grinzing, Cobenzlgasse 120, K.-Nr. 163, E.-Z. 521, bish. Bes. Eduard Hauser, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Nov. 1917.
- " " Nußdorf Heiligenhäderstraße 173, K.-Nr. 133, E.-Z. 245, bish. Bes. Josef Chaim Scharfer, grdb. übertr. an Leifer Wolf Scharfer, am 16. Nov. 1917.
- " " Nußdorf, Rutzgasse 121, K.-Nr. 145, E.-Z. 257, bish. Bes. Jibor Weinkofer, Marie Weinkofer, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Firma Grünwald & Schlesinger, am 27. Juni 1917.
- " " Ober-Sievering, Agnesgasse 2, K.-Nr. 42, E.-Z. 95, bish. Bes. Johann Leonhartsberger $\frac{10}{112}$, grdb. übertr. an Antonia Seidhofer $\frac{10}{112}$, am 4. Nov. 1917.
- " " Unter-Sievering, Hadenberggasse 42, K.-Nr. 255, E.-Z. 606, bish. Bes. Marie Prause, grdb. übertr. an Theresie Kühnig, am 25. Nov. 1917.
- XX. Bez., Ballensteinstraße 23, E.-Z. 2355, bish. Bes. Eugen Wertheimer Ludwig Wertheimer, je $\frac{1}{12}$, Babette Wertheimer $\frac{10}{12}$, grdb. übertr. an Markus Feuer, Gisela Feuer, je $\frac{1}{2}$, am 6. Nov. 1917.
- " " Benzlgasse 1, E.-Z. 2415, bish. Bes. Karl Faber, grdb. übertr. an die Vereinigten Eisfabriken der Approximationsgewerbe in Wien reg. G. m. b. H., am 7. Nov. 1917.
- " " Kaiserplatz 16, E.-Z. 2967, bish. Bes. Dr. Ernst Hilfreich, grdb. übertr. an Gustav Mitolic, Josefina Mitolic, je $\frac{1}{2}$, am 15. Nov. 1917.
- " " Bergartenstraße 67, E.-Z. 2988, bish. Bes. Anton Klaar $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Oskar Klaar $\frac{1}{2}$, am 25. Nov. 1917.
- " " Brigittenauerlande 24, E.-Z. 4273, bish. Bes. Baronin Marie Wallhoffen, grdb. übertr. an Muhammedbey Sirbegovic, Ademaga Reske, je $\frac{1}{2}$, am 24. Nov. 1917.
- " " Wolfsgasse 3, E.-Z. 4335, bish. Bes. Franziska Planner, grdb. übertr. an Hanni Herz, am 18. Nov. 1917.
- " " Dresdnerstraße 126, E.-Z. 5093, bish. Bes. Dr. Max Sigall, Ernestine Sigall, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Firma Bunzl & Diach, am 23. Nov. 1917.
- XXI. Bez., Donauefeld, Nordmannsgasse 74, K.-Nr. 1354 Fl., E.-Z. 282, bish. Bes. Michael Heugl, Johanna Heugl, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Stephanie Zeinlinger, am 27. Nov. 1917.
- " " Donauefeld, Floridusgasse 62, K.-Nr. 1179 Fl., E.-Z. 715, bish. Bes. Johann Klein, grdb. übertr. an die Firma Josef Florenz, am 16. Nov. 1917.
- " " Donauefeld, Vereinsstraße 31, K.-Nr. 931 Fl., E.-Z. 723, bish. Bes. Josef Wawricek, grdb. übertr. an Karoline Holz, am 17. Nov. 1917.
- " " Floridsdorf, Schloßhoferstraße 44, K.-Nr. 1106 Fl., E.-Z. 75, bish. Bes. die Firma Ludwig Weinbrenner, Aktiengesellschaft für Gartenbau, grdb. übertr. an Roman Hörmayer, Marie Hörmayer, je $\frac{1}{2}$, am 19. Nov. 1917.
- " " Hirschstetten, Varnbagengasse 12, K.-Nr. 101, E.-Z. 100, bish. Bes. Marie Hopplmann, grdb. übertr. an Franz Ramharter, Marie Ramharter, je $\frac{1}{2}$, am 17. Nov. 1917.
- " " Hirschstetten, Stadlauerstraße, K.-Nr. 55, E.-Z. 236, bish. Bes. Josefina Branny, grdb. übertr. an Josef Klima, Agnes Klima, je $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Jedlese, Wienergasse 5, K.-Nr. 126 Floridsdorf, E.-Z. 204, bish. Bes. Ferdinand Zwifhofer $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Franz Josef Zwifhofer, Marie Zwifhofer, je $\frac{1}{10}$, am 24. Nov. 1917.
- " " Jedlese, Hubertusgasse 32, K.-Nr. 1220, E.-Z. 292, bish. Bes. Otto Limehr, Franziska Limehr, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Anton Alteneidinger, Pauline Alteneidinger, am 7. Nov. 1917.
- " " Jedlese, Gerstlgasse 11, K.-Nr. 1534, E.-Z. 523, bish. Bes. Julius Schwiker, grdb. übertr. an Erwin Röder, Magdalena Röder, je $\frac{1}{2}$, am 17. Nov. 1917.
- " " Ragnan, Wagramerstraße 146, K.-Nr. 206, E.-Z. 451, bish. Bes. Martin Baron, Anna Baron, grdb. übertr. an Karl Baron Kiefewetter, Johanna Baronin Kiefewetter, je $\frac{1}{2}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Leopoldau, Töllergasse sine, K.-Nr. 147, E.-Z. 114, bish. Bes. Eise Deutsch, grdb. übertr. an Moriz Beamt, Siegmund Beamt, Karl Redlich, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Leopoldau, Leopoldauerstraße 123, K.-Nr. 284, E.-Z. 660, bish. Bes. Otto Limehr, Franziska Limehr, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Antonie Haiden, am 26. Nov. 1917.

- XXI. Bez., Strebersdorf, Strebersdorferstraße 156, K.-Nr. 122, E.-Z. 118, bish. Bes. Franz Rofsch, Friederike Rofsch, grdb. übertr. an Franz Sakuler, Marie Sakuler, je $\frac{1}{2}$, am 27. Nov. 1917.
- " " Strebersdorf, Lang-Engersdorferstraße 71, K.-Nr. 230, E.-Z. 153, bish. Bes. Marie Wieser, grdb. übertr. an Rudolf Wieser rekte Wifser, am 18. Nov. 1917.
- " " Leopoldau, Leopoldauerstraße 66, K.-Nr. 66, E.-Z. 798, bish. Bes. Josef Trbinger $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an die Creditanstalt $\frac{1}{6}$, am 23. Nov. 1917.

Baustellen-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 30. November 1917.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

- II. Bez., Parz. 181/5 künftiger Straßengrund, Einl.-Z. 5329, bisheriger Besitzer Adolf Nagel, Ernst Breuer, je $\frac{1}{2}$, grundbücherlich übertragen an Eduard Steiner $\frac{2}{3}$, am 9. November 1917.
- " " P. 1473/210, Baufl. 12 Bauarea, E.-Z. 5596, bish. Bes. Ferdinand Erm, grdb. übertr. an Heinrich Bents, am 3. Nov. 1917.
- III. Bez., Teil der P. 840 Bauarea in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 215, bish. Bes. das l. f. Arar, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 5. Nov. 1917.
- " " P. 340/7 Bauarea, künftiger Straßengrund, E.-Z. 3669, bish. Bes. die Allgemeine österreichische Bau-Gesellschaft, grdb. übertr. an Josja Drach, Wilhelm Morell, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- X. Bez., Favoriten, P. 1530 Bauarea, Baufl. 11, E.-Z. 1879, bish. Bes. Josef Söllner, grdb. übertr. an Adolfsine Söllner, am 28. Nov. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, P. 783/71 Ader, Baufläche, E.-Z. 35, bish. Bes. Ferdinand Schindler, grdb. übertr. an Oskar Fehlinger, Heinrich Fehlinger, je $\frac{1}{2}$, am 13. Nov. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, P. 783/72 Ader, Baufläche, E.-Z. 36, bish. Bes. Ferdinand Schindler, grdb. übertr. an Oskar Fehlinger, Heinrich Fehlinger, je $\frac{1}{2}$, am 13. Nov. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, P. 783/73 Ader, E.-Z. 37, bish. Bes. Ferdinand Schindler, grdb. übertr. an Oskar Fehlinger, Heinrich Fehlinger, je $\frac{1}{2}$, am 13. Nov. 1917.
- " " Inzersdorf-Stadt, P. 819/37 Ader, E.-Z. 395, bish. Bes. Eduard Theurer, Therese Theurer, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Rosa Grafenberg, Anna Schuster, je $\frac{1}{2}$, am 3. Nov. 1917.
- XI. Bez., Kaiser-Ebersdorf, P. 1673, 1733/2 in die E.-Z. 873 übertragen, E.-Z. 96, bish. Bes. die Österreichische Alpine Montan-Gesellschaft in Wien, grdb. übertr. an Kamilla Huber, am 13. Nov. 1917.
- " " Kaiser-Ebersdorf, P. 686/1 Garten, E.-Z. 428, bish. Bes. Franz Dornhast $\frac{1}{2}$, am, grdb. übertr. an Leopoldine Dornhast $\frac{1}{2}$, am 13. Nov. 1917.
- " " Kaiser-Ebersdorf, P. 686/15 Bauarea, E.-Z. 465, bish. Bes. Franz Dornhast $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Leopoldine Dornhast $\frac{1}{2}$, am 13. Nov. 1917.
- " " Kaiser-Ebersdorf, P. 1149 Garten in die E.-Z. 198 übertragen, E.-Z. 475, bish. Bes. Georg Saser jun., Barbara Saser, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Georg Saser, Karoline Saser, je $\frac{1}{2}$, am 24. Nov. 1917.
- " " Kaiser-Ebersdorf, P. 2163 Ader, E.-Z. 641, bish. Bes. Karoline Freitag, Marie Klose, je $\frac{1}{2}$, m. Rudolf Wiesgrill, m. Josef Wiesgrill, m. Max Wiesgrill, m. Johann Wiesgrill, je $\frac{1}{12}$, grdb. übertr. an die „Ariadne“, Fabrik isolierter Drähte, G. m. b. H., am 13. Nov. 1917.
- " " Simmering, Teil der P. 893/1, 894/1 in die E.-Z. 2112 übertragen und mit P. 893/2, 884/2 vereint, E.-Z. 225, bish. Bes. Betti Geringer, grdb. übertr. an das l. f. Arar, am 24. Nov. 1917.
- " " Simmering, P. 904/2 Ader in E.-Z. 2112 übertragen, E.-Z. 701, bish. Bes. Magdalena Putschandl, grdb. übertr. an das l. f. Arar, am 24. Nov. 1917.
- " " Simmering, P. 1033/2 Garten, K.-Nr. 313 Hütte, P. 648 Bauarea in E.-Z. 473 übertragen, E.-Z. 777, bish. Bes. Theresia Reithausler, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 17. Nov. 1917.
- " " Simmering, P. 1052 Garten, E.-Z. 786, bish. Bes. Elisabeth Gatter, Katharina Schmitt, Josef Geh, Martin Geh, Theresia Kirchberger, je $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an das l. f. Arar, am 20. Nov. 1917.
- " " Simmering, P. 1135/1 Garten, E.-Z. 819, bish. Bes. m. Leopold Pospischi $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Matthias Pospischi $\frac{2}{12}$, Josefine Pospischi $\frac{1}{12}$, am 17. Nov. 1917.
- " " Simmering, P. 1707 Garten, E.-Z. 1084, bish. Bes. Karl Pöll $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Pauls Kll, am 8. Nov. 1917.
- XII. Bez., Altmannsdorf, P. 374/3, 375/3, 376/4 Ader, E.-Z. 328, bish. Bes. Philipp Weininger, Amalia Weininger, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Johann Kratky, Julie Kratky, je $\frac{1}{4}$, am 24. Nov. 1917.
- " " Altmannsdorf, P. 283/52 reserv. Straßengrund, in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 814, bish. Bes. die Firma Julius Frankl, G. m. b. H. $\frac{1}{2}$, Moriz Edler v. Kuffner $\frac{1}{4}$, Wilhelm Edler v. Kuffner, Karl Kuffner Freiherr de Dioszegh, je $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 25. Nov. 1917.
- " " Hengendorf, P. 399/24 Ader, E.-Z. 658, bish. Bes. Josef Sperker, grdb. übertr. an Julius Hirnschrodt, am 17. Nov. 1917.
- " " Unter-Meidling, P. 1287/2 Bauarea, E.-Z. 2169, bish. Bes. Leopold Brunner, grdb. übertr. an Karl Bakasch, am 24. Nov. 1917.
- XIII. Bez., Ober-St. Veit, P. 878/16 Bauplatz, E.-Z. 740, bish. Bes. Mathilde Kapp $\frac{2}{21}$, grdb. übertr. an Mathilde Lederbauer, Rosa Deder, Sophie Kapp, Paula Hydra, Hermann Kapp, Karl Kapp, je $\frac{1}{63}$, am 25. Nov. 1917.
- " " Ober-St. Veit, P. 1247/47, Baufl. 4, in die neue E.-Z. 1751 übertragen, E.-Z. 1037, bish. Bes. die Wiener Baugesellschaft und der Wiener Bankverein, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Firma Weil, am 6. Nov. 1917.
- " " Ober-St. Veit, P. 1217/9 Garten, E.-Z. 1519, bish. Bes. Artur Michna, grdb. übertr. an Karl Limbach, am 11. Nov. 1917.
- " " Ober-St. Veit, P. 675 Garten, E.-Z. 1638, bish. Bes. Bertold Zerzany, grdb. übertr. an Ludwig Hoos, am 4. Nov. 1917.
- " " Unter-St. Veit, P. 283/12, 283/35 Gärten, E.-Z. 169, bish. Bes. Stella Jerusalem, grdb. übertr. an Karoline Kessler, am 14. Nov. 1917.
- " " Speising, P. 414/9 Wiese, Baufl. I, E.-Z. 445, bish. Bes. Anna Schue, Marie Montag, Anna Montag, je $\frac{1}{18}$, Johann Lehner $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Andreas Breitegger $\frac{12}{18}$, am 17. Nov. 1917.
- " " Hütteldorf, P. 759/1, Garten, E.-Z. 489, bish. Bes. die Gemeinde Hütteldorf, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 25. Nov. 1917.
- " " Hütteldorf, P. 500/1 Wiese, P. 500/4, 500/5, 500/6 Bauarea, P. 500/3 Weg, E.-Z. 658, bish. Bes. Heinrich Böhm, grdb. übertr. an die Hütteldorfer Cottage G. m. b. H. in Wien, am 6. Nov. 1917.
- " " Haching, P. 24/1 Garten, Baufl. II, E.-Z. 122, bish. Bes. Elsa Wammied, grdb. übertr. an die Firma Otto A. Gielow, G. m. b. H., am 23. Nov. 1917.
- XV. Bez., Teil d. P. 76, in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 53, bish. Bes. Aloisia Kunz, Gustav Kunz, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 8. Nov. 1917.
- XVI. Bez., Dttakring, P. 642 Weingarten, E.-Z. 96, bish. Bes. Theresia Melchert, grdb. übertr. an Erzherzog Leopold Salvator, am 23. Nov. 1917.
- " " Dttakring, P. 854/4, 851/5, 853/5, 853/3 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 190, bish. Bes. Leopold Pilat, Anna Pilat, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Nov. 1917.
- " " Dttakring, P. 641 Weingarten, E.-Z. 617, bish. Bes. Theresia Melchert, grdb. übertr. an Erzherzog Leopold Salvator, am 23. Nov. 1917.
- " " Dttakring, P. 340/31 Baufl., E.-Z. 2842, bish. Bes. Josef Strusula, grdb. übertr. an Hermann Berger, Anna Berger, je $\frac{1}{2}$, am 8. Nov. 1917.
- XVII. Bez., Dornbach, P. 698/1 Weingarten, P. 698/2 Ader, P. 698/3 Bauarea mit K.-Nr. 398 in E.-Z. 1363 übertragen, E.-Z. 67, bish. Bes. Mathäus Steinlechner, Karl Steinlechner, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Mathäus Steinlechner, Julius Ruffotter, je $\frac{1}{4}$, am 14. Nov. 1917.
- " " Dornbach, P. 239/1 Garten, P. 239/2 Bauarea, E.-Z. 584, bish. Bes. Marianne v. Rohrer, Julius Schuster, Heinrich Schuster, Gustav Schuster, Katalie v. Verbin-Balstivella, je $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Moriz Edler v. Kuffner, am 5. Nov. 1917.
- " " Dornbach, P. 1184/3 Ader, Wiese, E.-Z. 1152, bish. Bes. Alfred Potyla, grdb. übertr. an Armin Aufrecht, Hedwig Aufrecht, je $\frac{1}{2}$, am 5. Nov. 1917.
- " " Dornbach, P. 1184/2 Garten, P. 1184/12 Bauarea, E.-Z. 1153, bish. Bes. Alfred Potyla, grdb. übertr. an Armin Aufrecht, Hedwig Aufrecht, je $\frac{1}{2}$, am 5. Nov. 1917.
- XVIII. Bez., Gersthof, P. 314/26 Ader, E.-Z. 486, bish. Bes. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 27. Nov. 1917.
- " " Gersthof, P. 314/15 Ader, E.-Z. 933, bish. Bes. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 27. Nov. 1917.
- " " Gersthof, P. 314/24 Ader, E.-Z. 942, bish. Bes. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft, grdb. übertr. an die Union Baumaterialien-Gesellschaft, am 27. Nov. 1917.

- XVIII. Bez., Gersthof, P. 314/25 Acker, E.-Z. 943, bish. Bef. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft, grdb. übertr. an die Union-Baumaterialien-Gesellschaft, am 27. Nov. 1917.
- " " Neufstift am Walde, P. 265 Weingarten, E.-Z. 121, bish. Bef. die Verlassenschaft nach Elisabeth Niedermayer, grdb. übertr. an Dr. Walter Fekner, am 28. Nov. 1917.
- " " Neufstift am Walde, P. 284 Acker, E.-Z. 192, bish. Bef. Theresie Schreiber, Marie Rohal, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karl Kmetz, Hermine Kmetz, je $\frac{1}{2}$, am 4. Nov. 1917.
- " " Pögleinsdorf, P. 635/9, 635/11 Wiesen, P. 639/12, 640/12 Acker, E.-Z. 706, bish. Bef. Josefine Baumann, grdb. übertr. an Adolf Wagner, am 6. Nov. 1917.
- " " Währing, P. 1013, 1012/1 Acker, E.-Z. 1668, bish. Bef. Wienerberger Ziegelfabriks- und Bau-Gesellschaft, grdb. übertr. an die Union-Baumaterialien-Gesellschaft, am 27. Nov. 1917.
- XIX. Bez., Ober-Döbling, Teil der P. 587 Garten in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 259, bish. Bef. Eduard Schweinburg, Gisela Schweinburg, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 24. Nov. 1917.
- " " Ober-Döbling, P. 836/18 in die E.-Z. 1107 übertragen, E.-Z. 371, bish. Bef. Hermann Stofsa, grdb. übertr. an Karl Freininger, Klara Freininger, je $\frac{1}{2}$, am 20. Nov. 1917.
- " " Ober-Döbling, P. 836/11 in E.-Z. 1107 übertragen, E.-Z. 506, bish. Bef. die Firma Julius Franck ^{100/32}, Moritz Edler v. Kuffner ^{80/600}, Wilhelm Edler v. Kuffner ^{40/320}, Karl Kuffner Freiherr v. Dioszegh ^{40/320}, grdb. übertr. an Karl Freininger Klara Freininger, je $\frac{1}{2}$, am 20. Nov. 1917.
- " " Ober-Döbling, P. 836/19 in E.-Z. 371 Ober-Döbling übertragen, E.-Z. 506, bish. Bef. die Firma Julius Franck, Moritz Edler v. Kuffner, Wilhelm Edler v. Kuffner, Karl Kuffner Freiherr v. Dioszegh, grdb. übertr. an Herman Stofsa, am 20. Nov. 1917.
- " " Ober-Döbling, P. 170/43 Garten, E.-Z. 1057, bish. Bef. Gustav Leichter $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ferdinand Usser $\frac{1}{2}$, am 7. Nov. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 219/2, 336/4 Acker, E.-Z. 269, bish. Bef. Franz Gilly, Anna Gilly, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karl Göbel, Marie Göbel, je $\frac{1}{2}$, am 2. Nov. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 215/6 Acker, P. 219/1 Weingarten, P. 336/2 Acker, E.-Z. 302, bish. Bef. Franz Gilly, Anna Gilly, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Karl Göbel, Marie Göbel, je $\frac{1}{2}$, am 2. Nov. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 36/2 Baufl. II, Garten, E.-Z. 324, bish. Bef. Johann Geppert, grdb. übertr. an Elise Böhm, am 19. Nov. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 35/2 Bauarea, E.-Z. 325, bish. Bef. Adalbert Mikulajek, grdb. übertr. an Jfidor Breiner, Ignaz Fleischer, je $\frac{1}{2}$, am 23. Nov. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 35/3 Bauarea, E.-Z. 326, bish. Bef. Adalbert Mikulajek, grdb. übertr. an Jfidor Breiner, Ignaz Fleischer, je $\frac{1}{2}$, am 23. Nov. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 419/6 Garten, Baufl. 6, E.-Z. 412, bish. Bef. Adele Schindler, Oskar Vejeck, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Hermann Zitta, am 18. Nov. 1917.
- " " Unter-Döbling, P. 364/4 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 468, bish. Bef. Alfred Collmann, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 1. Sept. 1917.
- " " Grinzing, P. 952/1 Wiese, E.-Z. 178, bish. Bef. Eduard Hauser, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Nov. 1917.
- " " Grinzing, P. 788 Weingarten, E.-Z. 320, bish. Bef. Marie Wagner $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ignaz Wagner, Anna Wagner, je $\frac{1}{4}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Grinzing, P. 789 Weingarten, E.-Z. 339, bish. Bef. Marie Wagner $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ignaz Wagner, Anna Wagner, je $\frac{1}{4}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Grinzing, P. 963/2 Acker, P. 965/2 Weingarten, P. 996 Weide, E.-Z. 666, bish. Bef. Eduard Hauser, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Nov. 1917.
- " " Grinzing, P. 959/2 Wiese, E.-Z. 671, bish. Bef. Eduard Hauser, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Nov. 1917.
- " " Grinzing, P. 950/2 Wiese, E.-Z. 672, bish. Bef. Eduard Hauser, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Nov. 1917.
- " " Grinzing, P. 951/2 Wiese, E.-Z. 673, bish. Bef. Eduard Hauser, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Nov. 1917.
- " " Grinzing, P. 954/2 Wiese, E.-Z. 674, bish. Bef. Eduard Hauser, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Nov. 1917.
- " " Grinzing, P. 657/1 Weingarten, P. 956/3 Garten, E.-Z. 675, bish. Bef. Eduard Hauser, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Nov. 1917.
- " " Ober-Sievering, P. 319 Weingarten, E.-Z. 199, bish. Bef. Margarete Stingl $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Georg Stingl $\frac{1}{4}$, Nikolaus Stingl, Johann Stingl, Karl Stingl, Heinrich Stingl, Margarete Stingl, je $\frac{1}{40}$, am 30. Nov. 1917.
- " " Unter-Sievering, P. 781 Weingarten, E.-Z. 324, bish. Bef. Leopold Terny, grdb. übertr. an Johanna Roesler, am 12. Nov. 1917.
- XIX. Bez., Ober-Sievering, P. 86 Garten, P. 87 Bauarea, P. 320 Weingarten, E.-Z. 200, bish. Bef. Margarete Stingl, grdb. übertr. an Georg Stingl $\frac{1}{4}$, Nikolaus Stingl, Johann Stingl, Karl Stingl, Heinrich Stingl, Margarete Stingl, je $\frac{1}{40}$, am 30. Nov. 1917.
- XX. Bez., P. 4510, 4511, 4518, 4519 Wald, Baufl. 4, 5, 12, 13, E.-Z. 2768, bish. Bef. der Donau-Regulierungsfond, grdb. übertr. an die prot. Firma Robert Kern, am 6. Nov. 1917.
- " " P. 4226/5 Bauarea, E.-Z. 4259, bish. Bef. Karl Faber, grdb. übertr. an die Vereinigten Eisfabriken des Approvisionierungsgewerbes in Wien, r. G. m. b. H., am 7. Nov. 1917.
- XXI. Bez., Alpern, P. 551 Acker, E.-Z. 891, bish. Bef. Karl Neumann, grdb. übertr. an Berta Neumann, am 21. Nov. 1917.
- " " Donauefeld, P. 723 Garten, E.-Z. 810, bish. Bef. Josef Bawrickel, grdb. übertr. an Karoline Holz, am 17. Nov. 1917.
- " " Donauefeld, P. 1320 29 bis 30, 1332/2 bis 8, in die neue E.-Z. 919, übertragen, E.-Z. 836, bish. Bef. Wilhelm Spitzer, grdb. übertr. an Gustav Heller, am 15. Nov. 1917.
- " " Donauefeld, P. 1360/12 bis 20, Acker, P. 1359/7, E.-Z. 874, bish. Bef. die Firma Juus Klarnet's Nachf. Th. Klarnet, grdb. übertr. an Eveline Zeller, Klara Wertheim, Friederike Wertheim, je $\frac{1}{2}$, am 4. Nov. 1917.
- " " Groß-Zedlersdorf I, P. 128/3 Garten, E.-Z. 706, bish. Bef. Marie Bauschel, grdb. übertr. an Leopold Böhm, Theresia Böhm, je $\frac{1}{2}$, am 24. Nov. 1917.
- " " Groß-Zedlersdorf II, P. 265/9, 10, 11, in die E.-Z. 508 übertragen, E.-Z. 1, bish. Bef. Andreas Kraft, Leonore Kraft, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ferdinand Steinlechner, am 13. Nov. 1917.
- " " Groß-Zedlersdorf II, P. 271/8 in die E.-Z. 508 übertragen, E.-Z. 45, bish. Bef. Karl Pegg, Mathilde Heinke, Marie Jenkner, Rosine Puffer, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Ferdinand Steinlechner, am 13. Nov. 1917.
- " " Groß-Zedlersdorf II, P. 260/4, 5, 6, 2 in E.-Z. 96 übertragen, E.-Z. 96, bish. Bef. Karoline Viditz, grdb. übertr. an Ferdinand Steinlechner, am 13. Nov. 1917.
- " " Groß-Zedlersdorf II, P. 271/7, 258/7 Acker, E.-Z. 508, bish. Bef. Adolf Steinlechner $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ferdinand Steinlechner $\frac{1}{2}$, am 13. Nov. 1917.
- " " Leopoldau, P. 1193 Acker in die neue E.-Z. 1040 Leopoldau übertragen, E.-Z. 412, bish. Bef. Antonia Staudigl, grdb. übertr. an Alfred Göhl, Paul Göhl, je $\frac{1}{2}$, am 11. Nov. 1917.
- " " Leopoldau, P. 1346 Acker in die neue E.-Z. 918 Donauefeld übertragen, E.-Z. 412, bish. Bef. Antonia Staudigl, grdb. übertr. an Alfred Göhl, Paul Göhl, je $\frac{1}{2}$, am 11. Nov. 1917.
- " " Leopoldau, P. 1356/3 bis 5 Acker, E.-Z. 822, bish. Bef. Otto Lwehr, Franziska Lwehr, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Aloisia Haiden, am 26. Nov. 1917.
- " " Leopoldau, P. 1072/2 Bauarea, P. 1072/3 Garten, E.-Z. 970, bish. Bef. Anton Deutsch, Frieda Deutsch, je $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Moritz Beamt, Siegmund Beamt, Karl Redlich, je $\frac{1}{4}$, am 3. Nov. 1917.
- " " Strebersdorf, P. 461/1 Acker in neue E.-Z. 708 übertragen, E.-Z. 415, bish. Bef. Josefa Karglmayer, grdb. übertr. an Karl Sigmund, am 17. Nov. 1917.
- " " Strebersdorf, P. 808 Acker in die E.-Z. 704 übertragen, E.-Z. 432, bish. Bef. Elisabeth Freyer, Johann Magdlenar, August Magdlenar, Franz Magdlenar, Theresie Jecho, Marie Schwingensackl, Marie Bergmayer, je $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an das I. f. Arar, am 7. Nov. 1917.
- " " Strebersdorf, P. 441 Acker, E.-Z. 548, bish. Bef. Johanna Weiß, grdb. übertr. an Rosa Kopf, am 8. Nov. 1917.

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

15. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

- A. S. Diamant, offene Handelsgesellschaft — Großhandel mit Wirl-, Manufaktur-, Galanterie-, Kurz- und Schuhwaren — II., Robertgasse 2.
- Kupferschmidt Moses David, genannt Goldfeld (Alleinhaber der Firma Kupferschmidt vel Goldfeld & Komp.) — Fabriksmäßige Erzeugung von Strid-, Wirt- und Phantasiwaren — XIX., Hardtgasse 25.
- Jng. Fordes Jfidor (Dore) (Alleinhaber der Firma Jg. Kastenhofer & Komp.) — Fabriksmäßiger Betrieb des Automobil-Karosserie- und Wagenbaues — V., Margaretenstraße 105.
- Weißel Hermann — Wildpret- und Geflügelhandel — XVI., Brunnergasse (Markt).

Benesch Oskar — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Huttenegasse 51.
 Steiner Ernest — Verschleiß von Kanditen, Zuckerbäckwaren, Frucht-
 säften zc. — XVI., Dittkringerstraße 124.
 John Leopold — Buchdruckergewerbe mit einer Schnell- und einer
 Ziegeldruckpresse — XVI., Abelegasse 18.
 Einhorn Hugo — Galvanisierergewerbe — V., Schönbrunnerstraße 55.
 Preßfreund Binzenz — Handel mit Grammophonplatten — V., Kohl-
 gasse 41.
 Gutta Franz — Pferdefleisch-Verschleiß — V., Amtshausgasse 1.
 Lareß Heinrich — Gold-, Silberarbeiter- und Juwelierergewerbe — V.,
 Rechte Wienzeile 2a.
 Simon Josef — Kaffeesieberrergewerbe — XVIII., Währingerstraße 118.
 Wilbburger Karl — Fragnergewerbe — XVIII., Semperstraße 2.
 Tamun Emil — Holzhandel — XVIII., Antonigasse 84.
 Pastecznik Michael — Handel mit landwirtschaftlichen Geräten und deren
 Bestandteilen — XVIII., Theresiengasse 65.
 Ismann Riva — Handel mit Galanterie-, Kurz-, Wirt. und Strumpf-
 waren — IX., Franz Josefstraße 15.
 Wohl Oskar — Handel mit technischen Artikeln — IX., Klammer-
 gasse 3.
 Medghasay v. Arpad — Gemischtwarenhandel — IX., Lazarett-
 gasse 37.
 Hermann Camillo — Handel mit Leder und Schuhriemen — IX.,
 D'Draygasse 4.
 Paris Benzel — Übernahme von Buchhaltungs- und Revisionsarbeiten
 — VII., Neubaugasse 61.
 Edenthaler Johanna — Handel mit Milch und Milchprodukten — IX.,
 Sobieskigasse 32.
 Bachaus Leopoldine — Kleinhandel mit Brennmaterialien — IX.,
 Hofbauergasse 6.
 Ferber Helene — Damenleidermachergewerbe — IX., Thurygasse 15.
 Hobac Anna — Damenleidermachergewerbe — IX., Seegasse 13.
 Vogt Luise — Wäscher- und Wischepugergewerbe — IX., Hör-
 gasse 10.
 Popstl Therese — Lebensmittelhandel (beschränkt) — IX., Aserbach-
 straße 33.
 Steiner Kornelia — Handel mit Papier-, Schreib-, Zeichenwaren und
 Bureauartikeln — IX., Müllnergasse 35.
 Plautus Ernestine — Handel mit Parfümeriewaren, kosmetischen
 Artikeln zc. — IX., Währingergürtel 154.
 Kocourel Josefina — Damenleidermachergewerbe — IX., Siebenstern-
 gasse 58.
 Wausch Johann — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel (beschränkt)
 sowie Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Degengasse 71.
 Bauer Ernst — Handel mit Musikinstrumenten und deren Zugehör. —
 XVI., Seitenberggasse 50.
 Adamel Johanna — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß — V.,
 Anzengruberstraße 16.
 Leimberger Theresia — Obst- und Grünwarenhandel — V., Einstebler-
 gasse 28.
 Cvečka Albine — Viktualienhandel — IV., Johann Strauß-Gasse 31.
 Steiner Antonie — Frauen- und Kinderleidermachergewerbe — V.,
 Wimmergasse 8.
 Westner Benzel — Schuhmachergewerbe — VI., Dürergasse 3.
 Kuschel Karoline — Handel mit Wirt. und Seilerwaren — XVIII.,
 Währingerstraße 106.
 Heißer Marie — Lebensmittelhandel (beschränkt) sowie Flaschenbier-
 Verschleiß — VI., Windmühlgasse 6.

16. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Löwy & Zeintka, Offene Handelsgesellschaft — Handel mit Schnitt- und
 Brennholz — VII., Westbahnstraße 27/29.
 Österreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft, A.-G. — Fabrikmäßiger
 Betrieb des Binderergewerbes — XIX., Heiligenstädterstraße, Ede Rampen-
 gasse 1.
 Baderle Ludwig, Inhaber der Firma „Alfred Baderle“ — Handel mit
 Heu und Stroh — XV., Mariahilferstraße 133.
 Eisermann Schmelz del Siegmund — Handel mit Eisenwaren, Haus-
 und Küchengeräten — XIX., Bistrotzstraße 79 a.
 Gasser Peter — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß —
 XIX., Peter Jordan-Straße 27.
 Lenzner Karl — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt — II., Kaiser
 Josef-Straße 36.
 Burda Anton — Tischlergewerbe — XIV., Rauchfangkehrergasse 10.
 Moser Hermann — Gast- und Schankgewerbe — VIII., Hammerling-
 platz 5/6, Neue Wiener Handelsakademie.
 Schmeer August — Spediteurergewerbe — III., Großmarkthalle, Bahn-
 station.

Strenn Franz — Zuckerbäckergewerbe — III., Landstraßer Haupt-
 straße 127.
 Schneider Franz — Gastwirts-konzeffion — III., Untere Stadl-
 gasse 41.
 Holzapfel Franz — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Faden-
 gasse 13.
 Pollatschek David — Erzeugung und Vertrieb von Films — IX.,
 Porzellangasse 9.
 Barnes Samuel — Zuckerwaren-Erzeugung — IX., Aserbachstraße 33.
 Engerth Otto — Baumeisterergewerbe — III., Landstraßer Gürtel 33.
 Eder Franz — Fleisch-Verschleiß — III., Großmarkthalle.
 Kay Artur — Gemischtwarenhandel im Großen, beschränkt — IV.,
 Schönburgstraße 46.
 Hüblsch Emil — Mechanikergewerbe — IV., Wiedner Hauptstraße 51.
 Jankovský Georg — Spenglergewerbe — IV., Rainergasse 6.
 Schremb Anton — Marktviktualienhandel — IV., Raschmarkt.
 Pippa Karl — Kaffeehaus-Konzeffion XIII., — Linzerstraße 415.
 Falschingeder Johann — Kaffeehaus-Konzeffion — XIII., Hütteldorfer-
 straße 283.
 Kaudl Johann — Gastwirts-gewerbe — XIII., Breitenfeerstraße 80.
 Falsch Anna — Damenleidermachergewerbe — IX., Glasergasse 17.
 Weinberger Julius — Gemischtwarenhandel im Großen — IX.,
 Elisabethpromenade 33.
 Hemer Anna — Marktviktualienhandel — IV., Raschmarkt.
 Mansfeld Emilie — Kaffeehaus-Konzeffion — IV., Alteegasse 49.
 Beck Jakob — Erzeugung von Obstmose, Marmelade, Fruchtstücken und
 Kunstkönig — VI., Gumpendorferstraße 120.
 Hnatinsko, rekte Hnatinsko Marie — Kleinhandel mit Brennmaterialien
 XIX., Sieveringerstraße 99.
 Adler Anna — Handel mit Brennholz — II., Wolfgang Schmähl-
 Gasse 7.
 Adler Berta — Handel mit Hüten und Kappen zc. — II., Prater-
 straße 53.
 Poforny Berta — Selchwaren-Verschleiß — XIV., Goldschlagstraße 40.
 Auner Josefa — Gastwirts-gewerbe — III., Apostelgasse 13.
 Binet Michael — Fragnergewerbe — IX., Lazarettgasse 1.
 Steindl Marie — Fragnergewerbe — XIII., Breitenfeerstraße 9.

17. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Wiener Sandalenfabrik, G. m. b. H. — Fabrikmäßige Erzeugung von
 Sandalen, Holzschuhen und Schuhzugehör — XVIII., Genyergasse 3.
 Kiralyfi Bela, Alleinhaber der Firma Balazs & Komp. — Handel mit
 Möbeln und sonstigen Wohnungseinrichtungsgegenständen — II., Prater-
 straße 48.
 Benes Josef — Musiker — XVII., Hernalser Hauptstraße 125.
 Schmitzberger Ferdinand — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVIII., Firmian-
 gasse 23.
 Ludwig Josef — Marktviktualienhandel — X., Eugenplatz.
 Janoušek Johann — Kleinverschleiß von Brennmaterialien — X., Angeli-
 gasse 62.
 Kaineder Heinrich — Pferdefleischhauer — X., Angeligasse 71.
 Krejci Josef — Viktualien- und Kanditen-Verschleiß — X., Columbus-
 gasse 54.
 Ludwít Leopold — Gastwirts-gewerbe — X., Sudbrunstraße 25.
 Mlazonský Karl — Tischler — X., Antonsgasse 9.
 Dangl Theofried — Zuckerwaren-Erzeugung — XVIII., Staudgasse 34.
 Groß Leopold — Holzhandel — XVIII., Anastasius Grün-Gasse 6.
 Hudecek Georg — Tischler — XI., Simmeringer Hauptstraße 137.
 Wiesinger Franz — Gemischtwaren- und Flaschenbierhandel — XIII.,
 Auhoferstraße 186 a.
 Aigner Rudolf — Zier- und Handelsgärtnerei — XI., Zipperergasse 5.
 Kratochvíl Justine — Fragnergewerbe — VI., Piniengasse 18.
 Ditmann Josefina — Wäscherwaren-Erzeugung — X., Waldgasse 17.
 Bil Franziska — Galanterie- und Kurzwarenhandel — X., Perzgasse 72.
 Gebauer Theresia — Viktualienhandel — X., Brunnweg 542.
 Blazek Rosa — Marktviktualienhandel — X., Eugenmarkt, Stand
 Nr. 109.
 Kalvoda Aloisia — Kleinverschleiß von Brennmaterialien — X., Bürger-
 platz 4.
 Fleck Franziska — Gastwirts-gewerbe — X., Urthaberplatz 1.
 Purich Rosa — Frauen- und Kinderleidergewerbe — X., Trambauer-
 gasse 3.
 Weiter Wilhelmine — Handel mit elektrotechnischen Bedarfsartikeln —
 XVIII., Anastasius Grün-Gasse 43.
 Schräml Karoline — Wäscher-gewerbe — XVII., Weißgasse 50.
 Urban Emma, geb. Rildert — Witwenforbetrieb des Buchdruckergewerbes
 des verstorbenen Gatten Eduard Urban — II., Franzensbrückenstraße 9.
 Hallmayr Marie — Witwenforbetrieb des Spenglergewerbes nach dem
 verstorbenen Gatten Josef Hallmayr — XIX., Döblinger Hauptstraße 67.

Wöls Karoline — Frachtransport mit Kleinfuhrwerk — XVII., Laszypgasse 57.
 Weininger Leopoldine — Frauen- und Kinderkleidernachergewerbe — XVIII., Währingerstraße 174.

18. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Hessinger & Freund — Handel mit Leder- und Galanteriewaren und Reiseartikeln — VII., Zollergasse 18.
 Gottlieb & Heilpern, Offene Handelsgesellschaft — Handel mit Tapiserie, Wirkwaren und Damenputzwaren — I., Franz-Josefs-Kai 25.
 S. und S. Freund, Offene Handelsgesellschaft — Kommissionshandel mit Getreide und landwirtschaftlichen Produkten — II., Große Mubregasse 5.
 Unger Max — Personentransport mit dem Einspannerwagen Nr. 977 — VI., Gumpendorferstraße (Apollotheater)
 Kubat Josef — Personentransport mit dem Einspannerwagen Nr. 1448 — XVI., Lerchenfeldergürtel 53/55.
 Hüller Rudolf — Personentransport mit dem Einspannerwagen Nr. 253 — I., Stephansplatz 7.
 Herka Peter — Personentransport mit dem Einspannerwagen Nr. 129 — I., Stephansplatz.
 König Robert — Personentransport mit dem Einspannerwagen Nr. 1804 — II., Franzensbrückenstraße.
 Schleichner Heinrich — Gemischtwarenhandel — II., Obere Donaustraße 101.
 Sachelis Wilhelm — Konzession zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes — II., Stumerstraße 1.
 Schächter Schojme — Manufakturwarenhandel — II., Große Sperlgasse 32.
 Bourgoing de Jean Baron — Pachtbetrieb der Ziafer-Eigenz Nr. 314 des Karl Czerniska — I., Rauchensteingasse, Himmelpfortgasse.
 Hrdy Franz — Gemischtwarenhandel — XXI., Ruzbergstraße 9.
 Neuwirth Josef — Dienstmanngewerbe, Nr. 50 — X., Ostbahnhof.
 Czerte Richard — Portrait-Photographengewerbe — II., Am Labor 22.
 Kalla Adolf — Kaffeeschant-Konzession — XIV., Reiselstraße 6.
 Seis Franz — Patentaussübung betreffs Herstellung einer Zahnpasta, Pat. Nr. 60098 — VII., Neustiftgasse 70.
 Brandl Hedwig — Handel mit Papier, Kurz-, Galanteriewaren zc. — XVII., Hernaller Hauptstraße 82.
 Reingruber Franziska — Pferdefleisch-Verfleiß — XXI., Pragerstraße 77.
 Laga Rosina — Handel mit Obst und Süßfrüchten — XXI., Donaufelderstraße 26.
 Höger Edmund — Friseur- und Rasierergewerbe — XXI., Erzherzog Karl-Straße 252.
 Frankel Rohn Bertold — Handel mit Textilwaren — II., Josefinen-gasse 2.
 Seis Franz — Patentaussübung betreffs Herstellung einer Zahnpasta — VII., Neustiftgasse 70.
 Speier Marie — Lebensmittel-Verfleiß, beschränkt, sowie Flaschenbierhandel — VI., Gumpendorferstraße 73.
 Graf Lina — Handel mit Papier, Schreib-, Zeichenrequisiten zc. — VI., Gumpendorferstraße 109.
 Neumayer Marie — Lebensmittelhandel, beschränkt — VI., Hofmühl-gasse 22.
 Fleischmann Mathilde — Erzeugung von Graphit- und Kohlenbürsten für Dynamomaschinen — XVII., Antonigasse 65.
 Embacher Marie Stephanie — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt, sowie Flaschenbier-Verfleiß — XIII., Nagnergasse 22.
 Bischof Karoline — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt, sowie Flaschenbier-Verfleiß — XIII., Sechshausenstraße 114.
 Ferner Marie — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt — II., Ybbs-straße 2.
 Angerer Theresia — Wäschwaren-Erzeugung und Stiderei — VII., Seibengasse 24.

19. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Burst Franz — Juwelier- und Goldarbeitergewerbe — VI., Linke Wienzeile 158.

Rudl Rudolf — Kaffeesieder-Konzession — XVIII., Währinger-gürtel 13.
 Müller Hermann — Handel mit Bauholz, Brennholz, Kohle und Verfeinerung von Brennholz — XVIII., Schreienbergstraße 53.
 Schübel Franz Ludwig — Glasbläuferei — XIII., Hütteldorfer-straße 227.
 Feldmann Erich — Bilanz und Bücherrevision — VIII., Hamerling-platz 5.
 Grigler Rudolf — Handel mit Galanterie- und Kurzwaren — VIII., Feldgasse 3.
 Eister Friedrich — Kommissionswarenhandel — VII., Zieglergasse 29.
 Reichmann Rudolf — Spenglergewerbe — VIII., Hütteldorfer-straße 206.
 Jankowicz Anton — Gemischtwarenhandel — VI., Aaidigasse 21.
 Postelt Johann — Bierwaren-Erzeugung — XVI., Gaultacher-gasse 55.
 Reiß Julius — Wildbret- und Geflügelhandel — II., Czerningasse 8.
 Vilas Eduard — Fleischschlengerwerb — VII., Schottenfeldgasse 97.
 Bomital Elisabeth — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel, beschränkt, sowie Flaschenbier-Verfleiß — XVI., Wachtelgasse 19.
 Kubacek Marie — Pachtbetrieb des Gast- und Schankgewerbes des Pichringer Georg — VII., Lerchenfeldstraße 9/11.
 Wiltrader Rosa — Witwenfortbetrieb des Drechslergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Karl Wiltrader — XV., Gablengasse 9.
 Driß Hermine — Selbwaren-Verfleiß — XVIII., Edelhofgasse 34.
 Eibenstiner Rudowita — Pferdefleisch-Verfleiß — XVI., Friedrich Kaiser-Gasse 71.
 Sajdit Barbara — Marktvirtualienhandel — XVI., Brunnengasse, Markt.
 Kiraly Adele v. — Frauenkleidernachergewerbe — II., Körnergasse 2.
 Ullmann Irma — Damenkleidernachergewerbe — II., Kleine Schiff-gasse 4.
 Laudrit Luise — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — VII., Kaiser-straße 76.
 Lurion Helene — Kaffeesieder-Konzession — VII., Siebensterngasse 42.
 Hauzeiter Anna — Marktvirtualienhandel — XVI., Damböckgasse, Markthalle.

20. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

B. Gutmann & Komp., offene Handelsgesellschaft — Bankgeschäft — I., Graben 29.
 „Kilopha“ Fabrik photograph. Papier- und Kunstanstalt Ges. m. b. H. — Handel mit photographischen Bedarfsartikeln beschränkt — I., Wollzeile 19.
 Diß & Komp., Gesellschaft m. b. H. für Betonbau — Handel mit Baumaterialien — IX., Fuchsthalergasse 10.
 (Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Gemeinderat:	
Sitzung des Gemeinderates	1011
Stadtrat:	
Sitzung des Stadtrates	1011
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 16. Mai 1918	1011
Bezirksvertretungen:	
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom 21. Februar 1918	1025
Allgemeine Nachrichten:	
Gemeindevermittlungsämtler	1025
K. I. Bezirksschulrat	1025
Lebensmittelverkehr:	
Pferdemarkt vom 24. Mai 1918	1025
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 19. Mai bis 25. Mai 1918	1026
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 25. Mai 1918	1026
Sanitäts-Angelegenheiten:	
Besuch der städtischen Bäder im Monate April 1918	1026
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 24. bis 27. Mai 1918	1027
Realitäten-Verkehr in Wien vom 1. bis 30. November 1917	1027
Baustellen-Verkehr in Wien vom 1. bis 30. November 1917	1035
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	1036
Kundmachungen.	

Kundmachungen.

R. I. n.-ö. Statth.-Z. VI-505.
M. Abt. V, 936.

Kundmachung

(R. I. Staatsbahnen [St. E. G.] Erweiterung der Station Stadlau [Nordseite] und Unterführung der Erzherzog Karl-Straße in Wien XXI.)

Das k. k. Eisenbahnministerium hat laut Erlasses vom 11. Mai 1918, Z. 19498/19 a, das Projekt der k. k. Staatseisenbahnverwaltung, betreffend die Erweiterung der Station Stadlau (Nordseite) und Unterführung der Erzherzog Karl-Straße im XXI. Bezirke vom sachlichen Standpunkte für entsprechend befunden und hierüber die Vornahme der politischen Begehung unter Bedachtnahme auf die sachlich-rechtlichen Bestimmungen des niederösterreichischen Landes-Wasserrechtsgesetzes und der Enteignungsverhandlung angeordnet.

Diese Amtshandlungen werden von der Statthalterei am Donnerstag den 6. Juni 1918 unter Leitung des k. k. Bezirks-Kommissärs Dr. Marian Ritter Kurz v. Hohenlehnsdorff durchgeführt werden.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich am bezeichneten Tage um 10 Uhr vormittags in der Station Stadlau.

Die Projektbehelfe, die Situations- und Grundeinlösungspläne, die Verzeichnisse der Wege und Wasserläufe, der in Anspruch genommenen Grundstücke und Rechte, sowie der Namen und Wohnorte der zu Enteignenden liegen vom 23. Mai 1918 bis zum Verhandlungsvortage (einschließlich) bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Allen Beteiligten steht es frei, bei obiger Amtshandlung zu erscheinen.

Einwendungen gegen das Projekt oder die begehrten Enteignungen und allfällige Wünsche können während obiger Aufnahmefrist schriftlich oder mündlich bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, spätestens aber am Verhandlungstage bei der Kommission selbst vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Lokalverhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Diese Verlautbarung dient für alle nicht besonders Beständigsten als Einladung.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.
Wien, am 18. Mai 1918.

1-3

R. I. n.-ö. Statth.-Z., VI-512/3.
M. Abt. V, 969.

Kundmachung.

(R. I. Staatsbahnen, Linie Nußdorf—Kaiser-Ebersdorf, Schlepplgleisanlage von km 7 1/2 zur k. u. k. Militärhäuteanstalt in Wien, II.)

Über Ersuchen der k. k. Staatsbahn-Direktion Wien vom 16. Mai 1918, Z. 252/9-III, findet die Fortsetzung der politischen Begehung über das im Auftrage des k. u. k. Kriegsministeriums überreichte Projekt der k. k. Staatseisenbahnverwaltung, betreffend die Ausführung einer in km 7 1/2 der Linie Nußdorf—Kaiser-Ebersdorf abzweigenden Schlepplgleisanlage zur k. u. k. Militärhäuteanstalt in Wien, II, am Dienstag den 4. Juni 1918, unter Leitung des k. k. Bezirks-Kommissärs Dr. Marian Ritter Kurz v. Hohenlehnsdorff statt.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich am bezeichneten Tage um 10 Uhr vormittags in der Haltestelle Militärschwimm- schule der Linie Nußdorf—Kaiser-Ebersdorf.

Die Projektbehelfe liegen vom 27. Mai 1918 bis zum Verhandlungsvortage (einschließlich) bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Allen Beteiligten steht es frei, bei obiger Amtshandlung zu erscheinen.

Einwendungen gegen das Projekt oder die begehrten Enteignungen und allfällige Wünsche können während obiger Aufnahmefrist schriftlich oder mündlich bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, spätestens aber am Verhandlungstage bei der Kommission selbst vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Lokalverhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Diese Verlautbarung dient für alle nicht besonders Beständigsten als Einladung.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.
Wien, am 23. Mai 1918.

1-2

M. Abt. X, 3183/18.

Kundmachung.

(Leopoldauer Friedhof. — Wiederbelegung von Gräbern III. und IV. Klasse.)

Nach dem 1. September 1918 werden die nachstehend bezeichneten Gräber im Leopoldauer Friedhofe wiederbelegt, und zwar:

Gräber III. Klasse:

Gruppe L, Nr. 5, 7 bis 12, 17 bis 23 und 25;

Gruppe M, Nr. 6 bis 8, 10 bis 12, 17, 19 bis 22 und 24.

Gräber IV. Klasse:

Gruppe N, Nr. 5, 6, 6 a, 7, 7 a und 11 bis 14.

Zeichenaushebungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig. Die bezüglichen Gesuche sind bis längstens 1. September 1918 bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X (I., Neues Rathaus), einzubringen.

Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Nach dem 1. September 1918 werden die Grabsteine und -kreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer von den Gräbern entfernt und an geeigneter Stelle hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen, ausgefolgt. Über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 15. Mai 1918.

1—3

Bewerbeauschreiben. *)

(Aufnahme in die k. k. Militär-Unter-Realschule, die k. k. Militär-Ober-Realschule und die k. k. Franz Josef-Militär-Akademie sowie in die k. u. k. Technische Militär-Akademie [Artillerie-Abteilung] mit der Widmung für die k. k. Landwehr.)

A. Allgemeine Bestimmungen.

Mit Beginn des Schuljahres 1918/19 (1. September in den k. k. Militär-Realschulen, in der k. u. k. Theresianischen Militär-Akademie und in der k. u. k. Technischen Militär-Akademie, 21. September in der k. k. Franz Josef-Militär-Akademie) werden in folgende Anstalten Bewerber für Frei- und Zahlplätze mit der Widmung für die k. k. Landwehr aufgenommen:

- in den I. Jahrgang der provisorisch in Bruck an der Leitha aufgestellten k. k. Militär-Unter-Realschule;
- in den I., II. und III. Jahrgang der k. k. Militär-Ober-Realschule in Wien (III., Boerhavegasse 13);
- in den I. Jahrgang der k. k. Franz-Josef-Militär-Akademie in Wien (III., Boerhavegasse 15);
- in den I. Jahrgang der k. u. k. Technischen Militär-Akademie in Mödling (Artillerie-Abteilung).

In den I. Jahrgang der k. k. Militär-Unter-Realschule können nur zirka 50 Bewerber aufgenommen werden.

Im II. und III. Jahrgang der Militär-Ober-Realschule können nur jene Plätze neu besetzt werden, die durch Abgänge frei wurden.

Die Zöglinge der k. k. Militär-Unter-Realschule steigen nach deren befriedigender Absolvierung in die k. k. Militär-Ober-Realschule auf.

*) Exemplare dieses Werbeauschreibens mit der Skizze über den Umfang der Aufnahmeprüfung können von der k. k. Hof- und Staatsdruckerei oder von der Hof-Buchhandlung L. W. Seidel & Sohn in Wien bezogen werden.

schule auf. Letztere ist eine Vorbereitungsanstalt für die Militär-Akademien.

Die k. k. Franz Josef-Militär-Akademie hat die Bestimmung, ihre Frequentanten zu Offizieren der Infanterie und der Kavallerie der k. k. Landwehr und des k. u. k. Heeres auszubilden.

Eine Anzahl der in die k. k. Franz Josef-Militär-Akademie aufgenommenen Bewerber wird bei Aufrechterhalten ihrer Widmung für die k. k. Landwehr auf die Dauer der militärakademischen Studien der k. u. k. Theresianischen Militär-Akademie in Wiener-Neustadt zugeteilt.

Diese Zuteilung verfügt bei tunlichster Berücksichtigung diesfälliger Wünsche der Angehörigen der Militär-Akademiker das Ministerium für Landesverteidigung.

In der Technischen Militär-Akademie werden die für die k. k. Landwehr gewidmeten Militär-Akademiker zu Offizieren der k. k. Landwehr-Artillerie ausgebildet.

Die allgemeinen Bedingungen für die Aufnahme aller Bewerber ohne Unterschied der Platzkategorie sind:

- Die österreichische Staatsbürgerschaft;
- die körperliche Eignung (nachgewiesen durch das Zeugnis eines aktiven Militärarztes);
- ein befriedigendes sittliches Verhalten; wenn in dem beigebrachten letzten Schulzeugnis die bezügliche Angabe fehlt oder wenn der Eintritt in die Militär-erziehung nicht unmittelbar aus einer öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Schule erfolgt, so ist ein von der politischen oder von der Polizeibehörde des Aufenthaltsortes des Bewerbers ausgestelltes Sittenzeugnis beizubringen;
- das erforderliche Alter;

für die Aufnahme in den I. Jahrgang der Militär-Unter-Realschule kommen die Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1908, 1907 und 1906 in Betracht;

für die Aufnahme in die Militär-Ober-Realschule die Angehörigen der Geburtsjahrgänge:

in den I. Jahrgang: 1904, 1903 und 1902,

" " II. " 1903, 1902 " 1901,

" " III. " 1902 und 1901;

in die Militär-Akademien werden nur Angehörige des Geburtsjahrganges 1901 und ausnahmsweise auch Angehörige des Geburtsjahrganges 1902 zugelassen.

Die Aufnahme Angehöriger anderer Geburtsjahrgänge als der vorangeführten ist in allen Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten ausgeschlossen.

Bereits affinierte oder landsturmpflichtige Bewerber werden nicht aufgenommen;

5. die erforderliche Vorbildung, und zwar die Absolvierung mit mindestens „gutem“ *) Gesamterfolge nachbezeichneter Klassen einer öffentlichen oder mit dem Rechte der Öffentlichkeit ausgestatteten Volks-, beziehungsweise Mittelschule:

Für den I. Jahrgang der Militär-Unter-Realschule der 4. oder 5. Klasse einer Volksschule; Bewerber mit fünf Volks-

*) Zur Feststellung des guten Gesamterfolges wird den Klassifikationsnoten ein Zahlenwert beigelegt, und zwar zählt: Sehr gut 4, gut 3, genügend 2 Einheiten. Die Summe der Klassifikationseinheiten aller obligaten Unterrichtsfächer (ausschließlich des Turnens und Singens) ist durch die Anzahl der Unterrichtsgegenstände zu dividieren. Beträgt der Quotient 2,4, so ist die Minimalleistung des guten Gesamterfolges erreicht.

Schulklassen werden gegenüber Bewerbern mit nur vier Volksschulklassen bevorzugt;

für den I.	} Jahrgang der Militär- Ober-Realschule der	4. 5. 6.	} Klasse einer Mittelschule.
" " II.			
" " III.			

die Militär-Akademie der 7. Klasse einer Mittelschule.

Die Militär-Akademiker werden die etwa nicht abgelegte Reifeprüfung nach Möglichkeit nachzutragen haben.

Alle Aspiranten müssen sich einer Aufnahmeprüfung unterziehen. Die militärischen Geschicklichkeiten, dann die militärischen Übungen bilden keinen Gegenstand dieser Prüfung.

Eine Studiennachsicht wird nicht erteilt.

Jeder zur Aufnahmeprüfung einberufene Bewerber wird unmittelbar nach Eintreffen in der Anstalt hinsichtlich seiner körperlichen Eignung kommissionell untersucht. Die Kommission ist an den Befund des mit dem Aufnahmsgesuch beigebrachten ärztlichen Gutachtens nicht gebunden.

Nur die von der Kommission als körperlich geeignet befundenen Bewerber werden der Aufnahmeprüfung unterzogen. Die ungeeignet befundenen werden ihren Angehörigen sogleich zurückgestellt.

Bewerber, welchen kleinere, mit der Zeit behebbare Gebrechen anhaften, werden der Aufnahmeprüfung zwar unterzogen, jedoch nur „bedingt körperlich geeignet“ aufgenommen; deren endgültige Aufnahme hängt von der im Laufe des Jahres stattfindenden stabsärztlichen Untersuchung ab.

Aufnahmsgesuche.

Die Gesuche sind spätestens bis 31. Mai 1918 beim Kommando jener Anstalt einzubringen, in welche die Aufnahme angestrebt wird.

Die Gesuche sind von den gesetzlichen Vertretern der minderjährigen Bewerber zu unterschreiben oder mitzufertigen und sind ihnen die erforderlichen Dokumente sowie ein ausgefüllter Fragebogen beizuschließen.

Das ganzjährige Schulzeugnis für das Schuljahr 1917/18, das ebenso wie das Zeugnis des 1. Semesters den „guten“ Erfolg aufweisen muß, ist sofort nach Schluß der Anstalt einzusenden.

Die Angehörigen eines jeden aufgenommenen Aspiranten, ohne Unterschied der Platzkategorie, übernehmen die Verpflichtung, mit Beginn eines jeden Schuljahres 28 K als Schulgeld an die Anstaltskassa zu erlegen.

Um die Aufnahme können sich auch Standschützen und Freiwillige Schützen bewerben. Solche Bewerber sind laut Kriegsministerial-Erlaß Abt. 2/W., Nr. 15421 von 1915 (Erlaß des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung Präj. Nr. 12796/II vom 3. August 1915), zwecks Ablegung der Aufnahmeprüfung zu beurlauben. Wenn jedoch der Eintritt in die Militärerziehung wegen körperlicher Nichteignung oder aus sonstigen Gründen tatsächlich nicht erfolgt, bleiben die Betroffenen weiter Standschützen, beziehungsweise Freiwillige Schützen.

B. Besondere Bestimmungen für:

a) Freiplätze.

Auf Freiplätze haben die ehelichen oder legitimierten Söhne der in nachstehenden fünf Gruppen genannten Personen österreichischer Staatsbürgerschaft Anspruch:

1. der Offiziere des Soldatenstandes der gesamten bewaffneten Macht, welche aktiv dienen oder dem Ruhe- oder Invalidenstande angehören;

2. der zur Verehelichung berechtigten Militärgeistlichen, der Auditore, Ärzte, Truppenrechnungsführer und Militär(Landwehr)-beamten der gesamten bewaffneten Macht, welche aktiv dienen oder dem Ruhe- oder Invalidenstande angehören;

3. der Offiziere aller Standesgruppen, aller zur Verehelichung berechtigten Militärgeistlichen und der Militär(Landwehr)-beamten in der Reserve, im Verhältnis „außer Dienst“ der gesamten bewaffneten Macht, dann im Verhältnis der Evidenz der Landwehr, nach einer mindestens zehnjährigen aktiven Militärdienstzeit; wenn die Väter von Aspiranten vor dem Feinde gefallen oder den Kriegsstrapazen erlegen sind, so wird von der angegebenen Minimaldienstzeit abgesehen;

4. der in keine Rangsklasse eingeteilten Sagisten, dann der Unteroffiziere des aktiven und des Invalidenstandes der gesamten bewaffneten Macht nach einer wenigstens zehnjährigen Präsenzdienstzeit und aus der während derselben geschlossenen Ehe;

5. der in eine Rangsklasse eingeteilten aktiv dienenden oder pensionierten Hof- und Zivilstaatsbeamten, der Beamten der k. k. Staatsbahnen, der Ärzte und Beamten der Wiener k. k. Krankenanstalten, der Beamten des k. k. Verlags-, Verwahrungs- und Versteigerungsamtes in Wien und der dekretmäßig bestellten Postmeister nach einer Gesamtdienstzeit von mindestens 20 Jahren.

In jeder Gruppe gehen Waisen nicht verwaisten Bewerbern im Anspruche voran.

Bei den Gruppen 3 bis 5 ist die erforderliche Minimaldienstzeit (bei der Gruppe 3 auch die eventuellen sonstigen Angaben) durch eine amtliche Bestätigung nachzuweisen.

Söhne anderer österreichischer Staatsbürger als der in den vorstehenden fünf Gruppen genannten oder solcher, die den dort festgesetzten Bedingungen nicht voll entsprechen, können nur ausnahmsweise halbe*), eventuell ganze Freiplätze nach Maßgabe der Verfügbarkeit verliehen werden, wenn die betreffenden Aspiranten sich mit Vorzugs- oder mindestens mit „sehr guten“**) Schulzeugnissen ausweisen können und ihre finanzielle und sonstige Rücksichtswürdigkeit amtlich dargetan ist.

Der Fortgenuß eines so verliehenen Platzes wird von dem Erreichen eines zumindest „guten“ Gesamterfolges abhängig gemacht. Bei minderem Gesamterfolg tritt die Aberkennung der zugestandenen Begünstigung ein.

b) Zahlplätze.

In die Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten werden auch Zahlzöglinge aufgenommen. Das Kostgeld für ein Jahr ist für die Militär-Realschulen mit 800 K, für die Militär-Akademien mit 1600 K festgesetzt. Dasselbe ist in zwei halbjährig im vorhinein fälligen Raten zu entrichten. Eine bereits erlegte Rate des Kostgeldes wird bei vorzeitigem Austritt eines Zöglings grundsätzlich nicht rückerstattet.

*) Das von den Angehörigen eines auf einem „halben Freiplatz“ befindlichen Zöglings zu entrichtende Kostgeld beträgt jährlich in den Militär-Realschulen 400 K, in den Militär-Akademien 800 K und ist in zwei halbjährig im vorhinein fälligen Raten zu entlegen. Gleichzeitig mit der ersten Rate ist das Schulgeld von 28 K für das ganze Jahr auf einmal zu entrichten. Eine bereits erlegte Rate des Kostgeldes wird bei vorzeitigem Austritte eines Zöglings grundsätzlich nicht rückerstattet.

**) Der „sehr gute“ Gesamterfolg entspricht dem Zahlenwerte 3,4.

Das Schulgeld von 28 K wird mit Beginn eines jeden Schuljahres gleichzeitig mit der ersten Rate des Kostgeldes gezahlt.

Außerdem ist für jeden Zahlzögling im höchsten Jahrgang der Militär-Akademie mit der letzten Rate des Kostgeldes der für die Ausstattung des Zöglings im Falle seines Austrittes als Offizier jeweilig festgesetzte Betrag zu erlegen.

Auf Zahlplätze in den k. k. Militär-Realschulen und in der k. k. Franz Josef-Militär-Akademie, sowie in der k. u. k. Technischen Militär-Akademie mit der Widmung für die k. k. Landwehrartillerie haben Söhne aller österreichischen Staatsbürger Anspruch, jedoch erhalten talentierte Jünglinge mit guten Schulzeugnissen, insbesondere Söhne von Offizieren und von Militär-(Kriegsmarine-, Landwehr)beamten, dann von Hof- und Zivilstaatsbeamten den Vorzug.

Vom k. k. Ministerium für Landesverteidigung.

Wien, im April 1918.

1—1

M. Abt. XIII, Z. 780/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Josef v. Koller'sche Blindenstiftung.

Berliehen werden: An arme, blinde Personen die bis 1. September 1918 fälligen ganzjährigen Zinsen per 400 K allenfalls dauernde Unterstützungen, insbesondere zur Unterbringung in einer hiefür geeigneten Pflegeanstalt.

Im Gesuche ist anzugeben, welche Art der Unterstützung angestrebt wird, und allenfalls zu welchem besonderen Zwecke. Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf-, beziehungsweise Geburtschein, Heimatschein und armenärztliches Zeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. März 1918.

3—3

M. Abt. XIII, 1603/18.

Freiplätze

an der Erzherzog Rainer-Handelschule mit Öffentlichkeitsrecht für Knaben und Mädchen in Wien, V., Josef Schwarz-Gasse 9.

An der oberwähnten Lehranstalt gelangen vom Studienjahre 1918/19 angefangen zwei von der Gemeinde Wien gegründete Freiplätze, und zwar je einer für einen Knaben und für ein Mädchen, zur Verleihung.

Zur Bewerbung um diese Freiplätze sind berufen: Kinder von mittellosen Wiener Bürgern und in Ermanglung solcher auch andere nach Wien zuständige Kinder deutscher Nationalität.

Für die Aufnahme in die Lehranstalt ist erforderlich:

a) Sittliche Unbescholtenheit, nachgewiesen durch eine mindestens befriedigende Sittennote im Entlassungszeugnis, wenn jedoch seit der Entlassung schon Jahre vergangen sind, durch ein polizeiliches Sittenzeugnis;

b) Nachweis über das vollendete 14. Lebensjahr, eventuell Dispens vom weiteren Besuche der Pflichtschule;

c) Absolvierung der II. Klasse der Bürgerschule oder der II. Klasse einer Mittelschule. Aus der II. Klasse der Bürgerschule können ausnahmsweise solche Schüler und Schülerinnen aufgenommen werden, die im Entlassungszeugnis mindestens lobenswert in Deutsch und Rechnen und mindestens befriedigend aus den anderen Hauptgegenständen haben.

Die Freiplätze werden auf die regelmäßige Studiendauer an der Lehranstalt (zwei Jahre) unter der Voraussetzung vergeben, daß der Freiplatzinhaber einen guten Fortgang und ein befriedigendes sittliches Verhalten aufweist.

Die Inhaber der Freiplätze sind von der Zahlung des Unterrichtsgeldes befreit, haben jedoch die Einschreibgebühr und den jährlichen Lehrmittelbeitrag zu entrichten.

Die an den Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Abteilung XIII, zu richtenden, mit dem Tauf-(Geburts)schein, Impfungsnachweis, Heimatschein und dem Entlassungs-, beziehungsweise letzten Studienzeugnisse des Schülers (der Schülerin), sowie einem legalen Mittellosigkeitszeugnisse und zutreffenden Falles auch mit dem Bürgerrechts-Dekrete des Vaters belegten Gesuche sind vom gesetzlichen Vertreter des Kindes bis längstens 28. Juni 1918 bei der gefertigten Magistrats-Abteilung (I., Ebendorferstraße 1) einzureichen.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung XIII,

im selbständigen Wirkungsbereich,

am 2. Mai 1918.

3—3

M. Abt. XIII, 461/18.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Anton und Anna Ostrowsky'sche Stiftung für Kleidermacher.

Verteilt werden: 1000 K in zehn Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, erwerbsunfähige, in Wien wohnhafte Kleidermacher (Gewerbeinhaber) ohne Rücksicht darauf, ob sie ihr Gewerbe noch besitzen und ausüben oder nicht.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf-(Geburts)schein, Gewerbechein oder Bestätigung über die erfolgte Gewerbezurücklegung und armenärztliches Zeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 31. Mai 1918.

Verleihungstag: 23. Juli 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. März 1918.

3—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends

Nr. 44.

Freitag den 31. Mai 1918.

Jahrgang XXVII.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367

Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1. Stock, Stiege IV.

Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, L. Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K

Annahme kleiner Anzeigen bei Paasenstein & Vogler A.-G., L. Schulerstraße 11.

Gemeinderats-Ausschuß

für die

Verleihung des Heimatrechtes und des Bürgerrechtes.

Bericht

über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Verleihung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 21. Mai 1918.

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Josef Rain,
Obmann-Stellvertreter G.-R. Breuer.

Anwesende: Aichorn, Bichler,
Ritter v. Findenigg, Roth,
Heindl, Kotter,
Höck, Rhyll,
Kurz, Sadilek,
Paulitschke, Wiesinger.

Entschuldigt: G.-R. Brenta, Knoll, Wimberger.

Schriftführer: Magistrats-Konzepts-Praktikant Dr. Seipka.

Obmann-Stellvertreter G.-R. Breuer eröffnet die Sitzung.

Folgenden Bewerbern wird das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. Kotter:

(3084, M. B. N. II, 866/VIII/17.) Thomas Fahn,
Gastwirt.

(3083, M. B. N. II, 961/VIII/17.) Franz Dobersberger,
Milchgroßhändler.

(4305, M. B. N. II, 51/VIII.) Georg Michawitz,
Skontist.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. Roth:

(5028, M. B. N. XII, 21597/17.) Wenzel Babřina,
Tischlermeister.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. Kurz:

(5027, M. B. N. XI, 4221.) Eduard Satorina,
Gastwirt.

(5042, M. B. N. XI, 1622.) Karl Georg Poenninger,
Bauwerksführer.

(5043, M. B. N. XI, 16285/17.) Josef Rupprecht,
Kellermeister.

(5044, M. B. N. XI, 22547/17.) Eduard Binder, Kaffee-
hausbesitzer.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. Paulitschke:

(4692, M. B. N. VI, 33315/17.) Franz Spiegelhofer,
Kaffeeschenker.

(4765, M. B. N. VI, 1951.) Anton Spirel, Mesner.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. Höck:

(4766, M. B. N. X, 51856/17.) Johann Boldan,
Architekt.

Nach dem Berichte und Antrage des G.-R. Ritter
v. Findenigg:

(4303, M. B. A. III, 34668/17.) Georg Sauberer, Gastwirt.

(4306, M. B. A. III, 32477/17.) Johann Maximilian Kolb, prot. Kaufmann.

(4314, M. B. A. III, 15378/17.) Rudolf Georg Winter, Beamter.

(4690, M. B. A. III, 33411/17.) Karl Cenek, Fleischselchermeister.

(4767, M. B. A. III, 46550/16.) Lorenz Freistetter, Gemischtwaren-Verfleißer.

(5068, M. B. A. IV, 239/IV/17.) Franz Ludwig Fled.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Pichler**:

(4304, M. B. A. VII, 345/V.) Ambros Meerwald Disponent.

Folgenden Bewerbern wird gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Tage die Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband zugesichert.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Koller**:

(4777, M. B. A. II, 174/VIII) Adelaide Maria Koller, Kindermädchen.

(4296, M. B. A. II, 119/VIII.) Ludwig Diebold, l. u. l. Oberleutnant.

(4673, M. B. A. II, 1040/VIII/17.) Marie Kroeninger, geb. Kollmann, Handarbeitslehrerin.

(4297, M. B. A. II, 861/VIII/17.) Eugen Julius Müller, Fabriks-Direktor.

(4796, M. B. A. II, 22/VIII.) Theresia Fiel, geb. Trattner, Handarbeiterin, und deren minderjährige Kinder Stephanie und Karl.

(4773, M. B. A. VIII, 208/IV.) Margarete Lautner, Stubenmädchen.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Roth**:

(4301, M. B. A. XII, 24361/17.) Marie Soklitz, Vorarbeiterin und deren minderjährige Tochter.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Seindl**:

(5049, M. B. A. I, 4806.) Thomas Radzislav Adam v. Reuhoff-Ley, Privat.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Ritter v. Findenigg**:

(4770, M. B. A. III, 42138.) Maria Walpurga Malenica, geb. Sabiniger, Hilfsbeamtin, und deren minderjährigen Kindern Emilie und Theodor.

(5055, M. A. XIa, 3793.) Emma Schafranel, geb. Dub, Prokuristenswitwe, und deren minderjährigen Sohn Karl.

(5048, M. A. XIa, 3454.) Desiderata Margarete Wilhelm, Erzieherin.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rischorn**:

(5035, M. B. A. V, 21174/17.) Johann Szanto, Hausbesorger.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rykl**:

(5036, M. B. A. XVII, 25717/17.) Emma Maria Amalia Vogl, Näherin und ihrem minderjährigen Kinde Johann.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Pichler**:

(4674, M. B. A. VII, 88/V.) Adelheid Wolf, Modistin.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Paulitschke**:

(4299, M. B. A. VI, 5483.) Paul Hermann Franz Ritter v. Wittas, l. u. l. Hauptmann im Generalstabe.

Folgende Bewerber werden gegen Entrichtung der ihrem Aufenthalte entsprechenden Tage in den Wiener Gemeindeverband aufgenommen:

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Koller**:

(4286, M. B. A. II, 779/VIII/17.) Klara Novak, geb. Kottel, Pfadlerin, und deren vier minderjährige Kinder Johann Karl, Otto Ferdinand, Klara, Leopoldine Maria.

(4315, M. B. A. II, 391/VIII/17.) Josef Straßer, Ujezka, Firmengesellschafter.

(4697, M. B. A. VIII, 212/IV.) Helene Weit, l. u. l. Majorinwitwe, und deren Tochter Marie.

(4287, M. B. A. II, 1013/VIII/17.) Marie Raimann, Zudeilverläuferin.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Roth**:

(5040, M. B. A. XII, 3754.) Elfriede Ernst, Hilfsbeamtin.

(5030, M. B. A. V, 26206/16.) Leopold Turetschel, Tischlergehilfe.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Gurz**:

(4698, M. B. A. XI, 4093/17.) Maria Koch, geb. Zwolfer, Straßenbahnschaffnergattin, und deren minderjähriges Kind.

(4779, M. B. A. XI, 9815/17.) Friedrich Kautsch, provisorischer Maschinist.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Wiestinger**:

(4780, M. B. A. XIV, 38305/17.) Josef Hrobstky, Kammachergehilfe.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Paulitschke**:

(4291, M. B. A. VI, 34227/17.) Rudolf Karl Fischera, Küchenchef.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Sadilek**:

(3134, M. B. A. XX, 32012/17.) Anna Mausser, geb. Koch, Fleischhauerswitwe, und deren minderjährige Kinder Anna und Franz.

(3135, M. B. A. XX, 32009/17.) Adelheid Bemjel, geb. Nimführ, Hilfsarbeiterin, und deren minderjähriges Kind Friedrich.

(4700, M. B. A. XX, 14174.) Hermine Karasjel, provisorische Lehrerin.

(5032, M. B. A. XX, 170.) Franz Heinzl, Direktor.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Ritter v. Findenigg**:

(4288, M. B. A. III, 43469/17.) Heinrich Zekel, k. u. k. Militärrechnungsrat.

(5060, M. B. A. III, 3614.) Maria Anna v. Albeck, geb. Zimmermann, Private.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Rykl:**

(4699.) M. B. A. XVII, 22323/17.) Gabriele Mayer, Schaffnerin, und deren minderjährig s Kind Rosa.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Kotter** wird beschlossen:

(4783, M. A. XI a, 3589.) Der Beschluß vom 26. November 19 7, Z. 11711, M. A. XI a, 8061, womit dem Eduard Pavlowicz, Buchhalter, das Heimatrecht in Wien verliehen wurde, wird über die erfolgte Zurückziehung des Ansuchens seitens des Genannten widerrufen.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Roth** wird beschlossen:

(4283, M. B. A. XII, 1393/17.) Dem Karl Grandinger, Friseur, wird über sein Ansuchen die Tage für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband auf 40 K herabgesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Böck** wird beschlossen:

(4778, M. B. A. X, 44296/17.) Der Maria Magdalena Oster, Schneiderin, wird über ihr Ansuchen die Tage für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf 80 K herabgesetzt.

(Vize-Bürgermeister Rain übernimmt den Vorsitz.)

Folgenden Bewerbern wird gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Tage die Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband zugesichert:

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Breuer:**

(5031, M. B. A. IV, 521/IV/17.) Helene Babic, geb. Wannek, Tabak-Verschleißerin.

(5033, M. A. XI a, 3695.) August Miholic, Tischlermeister

(4771, M. B. A. IV, 343/IV/17.) Alexander Reiner, Kaffeesieder.

(5050, M. B. A. IV, 677/IV/17.) Maximilian Weiß, k. u. k. Generalmajor d. R.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Ritter v. Findenigg:**

(3695, M. B. A. III, 38121/16.) Heinrich Sonnenschein, Spenglergehilfe.

Folgende Bewerber werden gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Tage in den Wiener Gemeindeverband aufgenommen:

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Breuer:**

(4289, M. B. A. IV, 370/IV/17.) Eduard Spindler, Postier.

(4294, M. A. XI a, 830.) Artur Hugo Raffay, Bahnbeamter i. P.

(4290, M. B. A. IV, 404/IV/17.) Hildegard Kahler, prov. Lehrerin.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Roth:**

(5056, M. A. XI a, 1833.) Franz Rudy, Beamter.

(5058, M. A. XI a, 1578.) Eleonora Fasching, provisorische Lehrerin.

(5057, M. A. XI a, 2753.) Rudolf Krombholz, provisorischer Fachlehrer.

Nach dem Berichte und Antrage des **G.-R. Roth** wird beschlossen:

(4281, M. A. XI a, 4179.) Der Beschluß vom 4. Juli 1917, P. Z. 4153, M. Abt. XI a, Z. 4179, womit der Stephanie Zelenka, Lehrerin, das Heimatrecht in Wien verliehen wurde, wird über die Nichteingahlung der Tage seitens der Genannten widerrufen.

(4282, M. A. XI a, 1187.) Der Beschluß vom 18. März 1914, P. Z. 10374/14, M. Abt. XI a, Z. 9339/14, mit welchem dem Karl Eckamp, Gemischtwarenhandeler, das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, wird über die erfolgte Zurückziehung des Ansuchens seitens des Genannten widerrufen.

(4782, M. A. XI a, 3408.) Der Beschluß vom 5. März 1914, P. Z. 245, M. Abt. XI a, Z. 2147, mit welchem dem Viktor v. Korjak, Gutsbesitzer, das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, wird über die erfolgte Zurückziehung des Ansuchens seitens des Genannten widerrufen.

Außerdem wurden in dieser Sitzung im Sinne der §§ 2, 3 und 5 der Heimatgesetznovelle von 1896 668 Ansuchen um Aufnahme oder Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband erledigt.

Dieson entfielen auf Inländer 597 Aufnahmen und 64 Abweisungen auf Ausländer 7 Zusicherungen.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

(X Gemeindebezirk, Favoriten.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 25. Februar 1918

Vorsitzender: Bezirksvorsteher Leopold Gruzsa.

Schriftführer: Kanzleileiter Karl Neuwirth.

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, unter besonderer Hervorhebung des erkrankt erweisenen B.-R. Gundacker, stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift über die vorhergehende öffentliche Sitzung wird berlesen und die Fassung derselben genehmigt.

Mitteilungen des Vorsitzenden.

Der **Vorsitzende** schildert sodann in warmen Worten die aufopferungsvolle und hingebende rastlose Tätigkeit des Herrn Bürgermeisters und seine vielen und ununterbrochenen Bemühungen im Interesse der öffentlichen Approvisionierung während des Krieges und spricht demselben unter allgemeiner lebhafter Zustimmung hiefür den herzlichsten Dank aus.

Weiters gibt der **Vorsitzende** bekannt, daß folgende Spenden eingelangt sind:

- Von Josef Winkler, Zuckerbäckermeister, für die Armen 30 K,
- von Albin Bobil, Veterinäramts-Inspektor, für die Armen 100 K,
- von Adalbert Strnad anlässlich der Verleihung des Bürgerrechtes 50 K,
- von Josef Coufal, Kinobesitzer, für die Armen 500 K,
- von Rudolf Hofherr, Kommerzialrat, für die Armen 300 K,
- von der Wiener Automobilfabriks-Gesellschaft m. b. H. anlässlich der Verleihung des Rechtes zur Führung des kaiserlichen Adlers in Schild und Siegel 500 K,
- von einer Unbekannten 150 K.

Einlauf.

(775.) Zuschrift des n.-ö. Land.-Aussschusses vom 22. Jänner 1918, Z. 375/66, womit der Bezirksvorsteherung für ihre Mitwirkung bei Unterstützung bedürftiger Gewerbetreibender der Dank ausgesprochen wird.

Anträge und Anfragen.

B.-R. Stepanek beantragt die ehefte Bestellung von Kriegsinvaliden zur Bewachung der städtischen Parkanlagen und begründet diesen Antrag damit, daß die Anlagen von der Schuljugend arg beschädigt werden; weshalb dringende Abhilfe notwendig sei.

B.-R. Halbgebauer betreibt in Beivrechung des vorstehenden Antrages seinen in der Sitzung vom 27. September 1917 gestellten diesbezüglichen Antrag und bemerkt, daß mit Rücksicht auf das kommende Frühjahr die Bestellung von Kriegsinvaliden als Parkwächter dringlich geworden sei, um noch größeren Schaden zu verhüten. Allenfalls wäre auch die Bestellung geeigneter energischer Frauen in Betracht zu ziehen.

An der folgenden Wechselrede beteiligen sich die **B.-R. Schleimer** und **Blüml**, welche den Antrag Halbgebauer unterstützen.

Der **Vorsitzende** bemerkt zusammenfassend, daß dem seinerzeitigen Antrage des **B.-R. Halbgebauer** fast alle Bezirksvertretungen Wiens zugestimmt haben und daß er die Erledigung desselben betreiben werde.

B.-R. Soufa bringt einen groben Unfug zur Sprache, der darin besteht, daß in den Zuckergeschäften, insbesondere in solchen, die sich in der Nähe von Schulen befinden, Glücksspiele betrieben werden,

wodurch Schulkinder und die heranwachsende Jugend zur Spiel Leidenschaft erzogen werden.

Nachdem die Jugend ohnehin schon in hohem Grade demoralisiert sei, ersucht Redner den Vorsitzenden, behufs Abstellung dieses Übelstandes das Erforderliche zu veranlassen und hiebei die Mitwirkung der Polizei, sowie auch der Schulbehörden anzustreben.

B.-R. Harlach regt den Verkauf oder die Entfernung der am Eugenplazze befindlichen Verkaufshütte an, wobei derselbe bemerkt, daß die Seitenwände dieser Hütte bereits gestohlen wurden. Auch der Fußboden sei schon teilweise weggetragen und es besteht die Gefahr, daß bald die ganze Hütte auf diese Weise verschwinden werde, wenn nicht sofort Vorkehrungen getroffen werden.

B.-R. St. Kriss bemerkt hiezu, daß diese unschöne Hütte, welche nur den dort erforderlichen Platz verstelle, seinerzeit zwecks Kartoffelverkaufes vom Ernährungsamte errichtet wurde, derzeit ganz unbenützt sei. Übrigens habe Redner einen Antrag auf Entfernung dieser Hütte eingebracht, der aber bisnun nicht erledigt sei. Die Hütte, deren Entfernung auch die Polizeibehörde anstrebe, bilde einen Tummelplatz für Schulkinder, weshalb der Redner ersucht, die Erledigung seines Antrages zu betreiben.

B.-R. Stepanek schildert das Treiben am Eugenplazze, wo die Leute stundenlang angestellt seien, um einige Kilogramm Äpfel zu bekommen. Er beantrage, daß Schritte unternommen werden, die eine bessere Versorgung der Bevölkerung herbeiführen.

B.-R. Kofmann bemerkt hiezu, daß insbesondere die „Geos“ für den Mangel an Waren verantwortlich sei.

B.-R. Soufa stimmt den Ausführungen des Vorredners bei.

B.-R. Görner wendet sich gegen die Zusammensetzung der Zentralstellen.

Nachdem noch **B.-R. Dobner** den Ausführungen der Vorredner zustimmt, schlägt **B.-R. Grnja** vor, den Antrag des **B.-R. Stepanek** nach dessen Annahme wohlbegründet dem neuen Präsidenten des Ernährungsamtes Dr. Paul zu übermitteln und demselben im Interesse der armen Bevölkerung die Berücksichtigung desselben ans Herz zu legen.

Angenommen.

B.-R. Kolbeck beschwert sich über einen Übelstand, der darin bestehe, daß am Columbusplazze, während die Kutscher in der in der Lagenburgerstraße befindlichen Volksküche ihr Mittagessen einnehmen, täglich 8 bis 10 Mistwagen stehen. Diese Wagen verbreiten einen solchen Geruch, daß es dort unmöglich ist, ein Fenster zu öffnen. Die Nachbarschaft leide empfindlich darunter, weshalb er den Vorsitzenden ersuche, Abhilfe zu schaffen.

B.-R. Görner beschwert sich über den Unfug wegen Ausschüttung des Hauskehrichtes auf offene Straßen, weist diesbezüglich auf die Knöllgasse und Karmarschgasse hin, wo die Wohnparteien unter der durch diese Ablagerungen verursachten Staubplage sehr zu leiden haben, und ersucht um Abstellung dieses Übelstandes.

B.-R. Gundacker bemerkt hiezu, daß in der Angeligasse die gleichen Verhältnisse bestehen, da dort ganze Haufen von Mist lagern.

B.-R. Blüml bedauert, daß der Übelstand, wonach die Wagen der Linie 6 beim Straßenbahnhof Favoriten vor $\frac{1}{2}$ Uhr früh eingezogen werden, trotz der seinerzeit gestellten diesbezüglichen Anfrage noch fortbestehe. Die dadurch bedingten großen Intervalle verursachen durch die Anhäufung von Fahrgästen Verkehrsstockungen, wodurch gewisse Berufsstände, die um diese Zeit ihrem Dienstorte zustreben, schwer leiden.

B.-R. Fuhs stimmt den Ausführungen des Vorredners zu und weist auf die Verkehrsverhältnisse der Linie „65“ hin.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

(XVII. Gemeindebezirk, Hernals.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung
Hernals vom 21. März 1918

Vorsitzender: Bezirksvorsteher kais. Rat **Karl Kretschek**.

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Ignaz Friers.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet und hält, nachdem die Versammelten sich von den Sitzen erhoben haben, dem am Montag den 11. März verstorbenen **B.-R. Vinzenz Diehlohlawel** einen sehr warm empfundenen Nachruf, indem er seine durch acht Jahre dem öffentlichen Interesse des Bezirks: eines Dornbach und Neuwaldbegg gewidmete Tätigkeit und seine stets bewährte Allegialität gebührend würdigt.

Es folgt sodann die Verlesung der Verhandlungsschrift der Jänner-Sitzung, gegen welche kein Einwand erhoben wird; sie wird daraufhin vom **Vorsitzenden** für genehmigt erklärt.

(493.) Die Bezirksvertretung Mariahilf übermittelt zur Stellungnahme und gleichen Beschlußfassung einen Antrag auf Veranlassung der Entfernung der auf Kosten der heimischen Bevölkerung unlauteere Geschäfte treibenden Flüchtlinge.

Die Bezirksvertretung schließt sich mit Stimmeinigkeit diesem sehr begründeten und hochwichtigen Antrage an und berichtet hierüber an die Bezirksvertretung Mariahilf.

(525.) Die Bezirksvertretung schließt sich weiters dem Antrage der Bezirksvertretung Landstraße auf Ausdruck des Dankes und der Zustimmung an Se. Exzellenz den Herrn Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner für die seinerseits in der Gemeinderats-Sitzung vom 27. Februar 1918 erfolgte Feststellung der Verwendung von 100 Waggons Weizenmehl zur Mazze-Erzeugung an.

Wahlen.

(631.) Es folgt hierauf über die Zuschrift der Armen-Institutsvorsteherung Hernals vom 20. Februar 1918, Z. II 5/14118, in Gegenwart von 15 Mitgliedern der Bezirksvertretung die Wahl von vier Armenräten.

Das vom **Vorsitzenden** vorgenommene Skrutinium ergab für die nachbenannten Herren je 15 gültige Stimmen:

Josef Djusty Stukkaturmeister, Matteredgasse 17,
Johann Seidl, Religionslehrer, Bergsteiggasse 19.
Franz Raczek, Marktvorkaufshändler, Frankengasse 2,
Wenzl Böhm, Limonade- und Fruchtsäfte-Erzeuger, Hornmayergasse 56.

Dieses Wahlergebnis wird vom **Vorsitzenden** sofort verkündet, worauf er den Wahlakt schließt.

B.-R. Gwaroch rügt die immer häufiger zutage tretenden schweren, wiederholt tödlichen Unglücksfälle beim Straßenbahnverkehre welche seiner Anschauung nach am besten in der Weise, durch Verwendung zweier Schaffnerinnen auf einem Wagon, vermieden werden könnten.

Bei diesem Anlasse **B.-R. Lindmaier** der vielen ungeputzten Fensterseihen in den Straßenbahnwagen, auf deren ständige Reinigung im Interesse des Publikums, beziehungsweise seiner Orientierung besser zu achten wäre.

Beide Angelegenheiten werden der Straßenbahn-Direktion zur Abstellung mitgeteilt.

Der **Vorsitzende** teilt noch mit, daß ein Teil des Biegelwerkes von der Union-Baugesellschaft angekauft werden solle.

B.-R. Bauer beanständet neuerlich die ungenügende Beleuchtung bei der Hernalser Hauptstraße, Ecke Wattgasse, der dort befindlichen Uhr und des ganzen Raumes vor der Remise.

Der **Vorsitzende** ersucht, kurze Zeit abwarten zu wollen, da ohnedies im Gemeinderate eine Vermehrung der Gasflammen in ganz Wien aus Sicherheitsgründen in Anregung gebracht wurde.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

(XVI. Gemeindebezirk, Ottakring.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung
Ottakring vom 26. März 1918.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Johann Hanusek**.

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Sekretär Dr. Rupert Gaugusch.

Der **Vorsitzende** begrüßt die erschienenen Bezirksräte, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Er widmet dem am 24. März 1918 verstorbenen Gemeinderat Leopold Schmidt einen ehrenden Nachruf, indem er auf dessen langjährige Tätigkeit als Mitglied der Vertretung der bestanden Gemeindefraktion Ottakring, als Bezirksrat des XVI. Bezirkes, als Mitglied und Obmann-Stellvertreter des Ortschulrates und auf die Wirksamkeit des Verstorbenen auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens hinweist.

Die Anwesenden haben sich zum Zeichen der Teilnahme von den Sitzen erhoben.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.**20. April 1918.****Gewerbe-Unternehmungen.**

(Fortsetzung.)

- Advokat Israel David, Alleininhaber der Firma J. D. Advokat — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Sternengasse 13.
 Winter Leo — Handelsagentur — I., Wollzeile 9.
 Strobl Eduard — Dienstmanngewerbe (Schild Nr. 42) — XVIII., Währingergürtel, Ede Kreuzgasse.
 Keger Ignaz — Dienstmanngewerbe (Brustschild Nr. 55) — I., Graben bei der Sparkassa.
 Kostron Adolf — Handel mit Seiden- und Wollstoffen, Spitzen und Manufakturwaren zc. — XVI., Wilhelmstrasse 106.
 Edl Felix — Mustergewerbe — XVI., Bernhardtstraße 7.
 Höbel Rudolf — Marktvirtualienhandel — XVI., Brunnengasse, Markt, Schottner Chaim — Handel mit Baumwoll- und Luchsfellen — IX., Badgasse 23.
 Kosner Friedrich — Gemischtwarenhandel im Großen — IX., Notentwengasse 7.
 Klausberger Ignaz — Kleinfuhrwerksgewerbe — IX., Lichtensteinstraße 20.
 Geißler Johann — Erzeugung einer Autoersatzbereifung — IX., Markt-gasse 56.
 Strauß Israel Hirsch — Antiquitätenhandel I., Landesgerichtsstraße 12.
 Steinschneider Karl — Handelsagentur — I., Eßlinggasse 4.
 Kolar Johann — Kleidermachergewerbe — I., Luge 7.
 Dürr Leopoldine — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel beschränkt, sowie Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Habertgasse 3.
 Wagner Katharina — Verschleiß von Bier in handelsüblich verschlossenen Flaschen — IX., Tendlergasse 10.
 Ulrichs Adele — Handel mit Papier-, Spiel- und Kurzwaren — IX., Zimmermanngasse 15.
 Porics Karoline — Wäschwaren-Erzeugung — IX., Notentwengasse 9.
 Schneider Friedrich Curt — Handel mit Baumaterialien — IX., Währingerstraße 62.
 Kranzmayer Karoline — Lebensmittelhandel beschränkt — IX., Hahn-gasse 14.
 Rothza Anna — Wäscherei — IX., Lustlandgasse 7.
 Schicht Rosa — Damenkleidermachergewerbe — IX., Aßerbachstraße 1.
 Beverka Anna — Handel mit Zuckerwaren, Kanditen zc. — IX., Ahrenhoffgasse 1.
 Prohaska Karoline — Kleinhandel mit Holz — IX., Währingergürtel 110.
 Klaua Marie — Handel mit neuen Herren-, Damen- und Kinderkleidern zc. — IX., Seberingasse 4.

22. April 1918.**Gewerbe-Unternehmungen.**

- Schreiner Franz, Inhaber der Firma Leopold Rankl — Kartonagewaren-Erzeugung — XV., Fünfschhausgasse 4.
 Blie Alois — Kleinfuhrwerksgewerbe — XII., Appelgasse 4.
 Wittich Leopold — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — VIII., Verchengasse 3.
 Franzke Karl — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — XV., Friesgasse 11.
 Boujel Josef — Gast- und Schankgewerbe — IX., Kotingasse 3.
 Adler Hans — Handel mit Kurz-, Wirk-, Galanterie- und Manufakturwaren — II., Negerlegasse 9.
 Stöhr Baruch Leib — Handel mit Manufakturwaren und Küchengeräten — II., Negerlegasse 7.
 Eisen Moses Josef — Handel mit Schuh- und Lederwaren — II., Große Pfarrgasse 25.
 Zelinger Samuel — Kaffeesiederkonzession — II., Laborstraße 13.
 Popper Emil — Schuhfabrik — XIV., Pfeiffergasse 3.
 Mayer Karl — Anfertigung von photographischen Vergrößerungen — XIV., Weisstraße 35.
 Conrads Heinrich — Autogene Schweißerei — XIV., Huglgasse 7.
 Zieger Johann — Gast- und Schankgewerbe — I., Dorotheergasse 7.
 Gutta Josef — Warenhandel — XIII., Kneiffingasse 9.
 Seelenmayer Max — Kaffeesieder-Konzession — VII., Kaiserstraße 113.
 Passoni Hermine, geb. Schabata — Witwenfortbetrieb des Kaffeesieder-gewerbes des verstorbenen Gatten Johann Passoni — VII., Stollgasse 5 a.
 Kares Malvine — Wäschergewerbe — XII., Rotenmühlgasse 40.
 Wagner Marie — Handel mit alten Flaschen — VIII., Laubongasse 43.
 Kernbler Marie — Pferdefleisch-Verschleiß — VIII., Bennoplatz 4.
 Reinwart Antonie — Konzession zum Betriebe des Hotel- und Wirtsgewerbes — VIII., Josefstädterstraße 22.

- Zeller Marie — Marktvirtualienhandel — XV., Robert Hamerling-gasse, Markt.
 Zhat Marie — Konzession zum Betriebe des Trödlergewerbes — II., Große Stadtgasse 25.
 Matuch Elisabeth Ottilie — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — II., Obermüllnerstraße 11.
 Bernat Katharina — Handel mit Brennmaterialien — XIII., Trauttmansdorffgasse 13.
 Friedmann Bernhard — Handel mit allen Gattungen Galanterie- und Lederwaren — XIII., Schanzstraße 55.
 Baar Sophie — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — II., Kovara-gasse 32.
 Fuchs Aurelia — Handel mit Kurz-, Galanterie- und Spielwaren — XIV., Mariahilferstraße 202.
 Wagner Marie — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — XIV., Prinz Karl-Gasse 2.

23. April 1918.**Gewerbe-Unternehmungen.**

- E. Kinzel & L. Wagner — Handel mit technischen Bedarfsartikeln für industrielle und landwirtschaftliche Zwecke — V., Margaretenstraße 100.
 Helm Johann — Erzeugung von Spirituosen, Likören und Fruchtsäften auf kaltem Wege — XI., Eivoligasse 33.
 Brandl Heinrich — Handel mit Lebens- und Genussmitteln beschränkt sowie Flaschenbier-Verschleiß — XII., Korbergasse 7.
 Kattas Franz — Kleidermachergewerbe — XII., Rosaliagasse 25.
 Hoffmann Friedrich — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — XII., Flur-schützstraße 26.
 Michalica Anton — Schuhmachergewerbe — XII., Deutschmeister-straße 22.
 Blan Eborius — Fleischhauergewerbe — XI., Hengendorferstraße 51.
 Hofmann Johann — Fragnergewerbe — XVI., Heigerleinstraße 44.
 Fürk Ebdor — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 7.
 Waller Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — XII., Schönbrunner-straße 201.
 Grassmann Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — V., Moltkeinsdorferplatz.
 Zelczny Richard — Chemische Bucherei und Appretur — V., Rechte Wienzeile 85.
 Smetana Oskar — Holz- und Kohlenhandel — V., Laurenzgasse 12.
 Walanski Stanislaus — Handel mit Papier- und Kurzwaren — V., Wiedner Hauptstraße 92.
 Winkler Ferdinand — Damenkleidermachergewerbe — V., Franzens-gasse 4.
 Jalopina Franz — Riemergewerbe — V., Margaratenstraße 74.
 Glanz Roman — Gast- und Schankgewerbe — I., Schottenring 7.
 Regentil Berta — Wanderhandel mit Obst, Blumen, Grünwaren und Geflügel — V., Gassegasse 38.
 Palmé Aloisia — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel — V., Matz-leinsdorferplatz (Hütte).
 Kacz Anna — Marktfahrgewerbe — V., Ramperstorferstraße 69.
 Gollern Katharina — Vertrieb und Versand von Parfümerie- und Toilette-Artikeln — V., Hamburgerstraße 5.
 Burgstod Anna — Warenhandel — XIX., Muthgasse 78.
 Szejlovsky Olga — Strümpfpreparaturanstalt — XVIII., Währinger-straße 156.
 Hofalek Anastofia — Damenkleidermachergewerbe — XII., Evoli-gasse 21.
 Ziola Leopoldine Marie — Marktfahrgewerbe — XII., Spittelbreiten-gasse 19.
 Baumgartner Leopoldine — Brennholz-Kleinverschleiß — XII., Längen-feldgasse 1.
 Christ Marie — Marktstrantie — XII., Meidlinger Hauptstraße 10.
 Braun Marie — Kleinverschleiß von Brennmaterialien — XII., Albrechtsberggasse 2.
 Schenk Eleonora — Erzeugung von Blusen, Blusenkleidern und Schlaf-röcken — VII., Schottensfeldgasse 49.
 Neuzigla Paula — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen zc. — XII., Meidlinger Hauptstraße 55.
 Edgél Marie — Witwenfortbetrieb des Photographengewerbes nach dem verstorbenen Gatten Hugo Edgél — XX., Jägerstraße 25.
 Dienst Marie Katharina — Handel mit Lebens- und Genussmitteln beschränkt sowie Flaschenbier-Verschleiß — XII., Cantacuzinostraße, Ede Schwenkgasse.

24. April 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Eisser & Komp., offene Handelsgesellschaft — Fabrikmäßiger Betrieb der Wäschwaren-Erzeugung — XVI., Reulerchenfelderstraße 27.
 Triester Handels-Aktiengesellschaft — Zweigniederlassung der in Triest befindlichen Hauptniederlassung (Waren-Großhandel) — VII., Lindengasse 37.
 Söldner Karl, Alleininhaber der Firma: Karl Söldner — Handel mit Papier und Papierwaren im Großen — VI., Morizgasse 9.
 Klepp Ferdinand — Gast- und Schankgewerbe (Pachtbetrieb) — Betriebort: X., Maelensdorfer Frachtenbahnhof; Wohnort: XII., Wilhelmstraße 48.
 Santner Karl — Pachtbetrieb der dem Franz Leitgeb gehörigen Fiater-Eigenz Nr. 617 — Standort: I., Wollzeile, gegenüber Dr.-Nr. 41.
 Dellner Anton — Wirtsgewerbe — XVII., Mariengasse 3.
 Schierl Franz — Fleischelchergewerbe — XIII., Schachhauserstraße 108.
 Schwenger Josef — Selbwaren-Verschleiß — X., Gubrunstraße 9.
 Thorwarth August — Handel mit Altmetall — X., Sellertgasse 19.
 Simunek Alois — Pachtbetrieb des dem Josef Banner sen. gehörigen Kaffeebergewerbes — XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 332.
 Braunstein Anton — Kleidermachergewerbe — X., Erlachgasse 131.
 Kornherr Hugo — Kleinfuhrwerksgewerbe — X., Davidgasse 28.
 Novotny Vinzenz — Musikergewerbe — X., Eitenreichgasse 24.
 Spanibel Josef — Musikergewerbe — X., Schröttergasse 2.
 Lehner Friedrich Georg — Konzession zum Betriebe des Musikalienhandels — VI., Gumpendorferstraße 14.
 Weiß Simon — Handel mit Galanterie- und verwandten Waren im Großen — IV., Webgasse 2 a
 Gönner Anton Johann — Handel mit Maschinen und Maschinenbestandteilen — VI., Mariabilferstraße 101.
 Tesar Karl — Verschleiß von Pferdefleisch — VI., Stumpergasse 51.
 Rozimka Johann — Gast- und Schankgewerbe — VIII., Maria Kreuzgasse 8.
 Wasserman Max rekte Moses — Handelsagentur — I., Zelina-gasse 14.
 Berger Heinrich — Handel mit Juwelen, Gold- und Silberwaren — I., Franz Josefs-Kai 7.
 Sommer Katharina — Kleinfuhrwerksgewerbe — XI., Kopalgasse 32.
 Winter Katharina — Gast- und Schankgewerbe (Pachtbetrieb) — Betriebort: XVII., Dornbacherstraße 35; Wohnort: XVII., Neuwaldbeggerstraße 31.
 Maxl Marie — Tischergewerbe (Witwenfortbetrieb) — XVIII., Anastasius Grün-Gasse 19.
 Ester Christine — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum und Flaschenbier (Witwenfortbetrieb) — Betriebort: XI., Thaliastraße 7; Wohnort: XII., Rigazziplatz 7.
 Peter Stephanie — Photographengewerbe (Witwenfortbetrieb) — Betriebort: XVI., Ottakringerstraße 144; Wohnort: X I., Ottakringerstraße 163.
 Stricz Anna Stephanie — Fragnergewerbe — XI., Simmeringer Hauptstraße 80.
 Penzler Marie — Handel mit Schreib- und Zeichenrequisiten, Galanterie- und Kurzwaren u. — X., Buchsbaumgasse 53.
 Blddy Jakob — Klein-Verschleiß von Brennmaterialien — X., Eitenreichgasse 7.
 Gerdeitsch Theresia — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren — X., Favoritenstraße 76.
 Reiß Artur — Handel mit Kurz-, Galanterie-, Wirt- und Stidereiwaren — VI., Esterhazygasse 22.
 Padawer Freide — Handel mit Schmudefedern — VI., Ägidigasse 14.
 Lindner Emilie — Handel mit Kerzen, Seifen, Soda, Parfümerie-waren u. — VI., Gumpendorferstraße 21.
 Morgenstern Sophie — Handel mit Schnittwaren — VII., Gutenberg-gasse 9.
 Steiner Johann — Rüschnergewerbe — VII., Neustiftgasse 22.
 Blatt Sprinze — Erddler-Konzession — VII., Neustiftgasse 71.

25. April 1918.

Gewerbebeanmeldungen.

Schreibmaschinen-Gesellschaft Frisch & Kefner, offene Handelsgesellschaft — Handel mit Schreib- und Rechenmaschinen, sowie deren Zubehör — VI., Gumpendorferstraße 63 f.
 Dr. Paul Poltscher & Komp., offene Handelsgesellschaft — Fabrikmäßige Erzeugung von elektrischen Stark- und Schwachstromapparaten u. — IV., Starkenberggasse 4/6.

M. Nabarro & Sohn — Zuckerwaren-Erzeugung — XVIII., Genth-gasse 65.
 Wiener Selbwarenfabrik und Fleisch-Verschleiß, G. m. b. H. — Geflügelhandel — II., Obere Donaustraße 93.
 Lang Franz, Alleininhaber der prot. Firma Franz Lang — Handel mit Sämereien und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen — VII., Ziegler-gasse 15
 Klein Nissen — Großhandel mit Textilwaren — II., Franzensbrücken-straße 21.
 Hudritsch Simon — Handel mit Maschinen — IV., Danhausergasse 12.
 Blinther Wilhelm — Gewerbmäßiger Betrieb einer Schreibstube — IV., Schleimühlgasse 11.
 Sajovic Michael — Büchsenmachergewerbe — IV., Goldeggasse 9.
 Emreka Karl — Kleidermachergewerbe — XV., Märzstraße 26.
 Klumel Andreas — Kleidermachergewerbe — II., Schrobbergasse 2.
 Theiszt Alois — Erzeugung von Obstmot — VI., Rollardgasse 32.
 Böbel Alfred — Porträtphotographiegewerbe — II., Laborstraße 5.
 Weinreb Oskar — Handel mit Modewaren im Großen — II., Frei-lagergasse 4.
 Inführ Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — VII., Bandgasse 3.
 Snoboda Alfred — Übernahme von Wäsche zum Rollen mittels elektri-scher Rolle — XVIII., Schumanngasse 11.
 Fuhrmann Anton — Handel mit Lebens- und Genussmitteln (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Pinzerstraße 396.
 Kohn Leopold — Handel mit Schreibmaschinen und den dazugehörigen Artikeln — II., Praterstraße 68.
 Schuster Leopold — Gast- und Schankgewerbe — IX., Franz Josefs-Bahnstraße 7.
 Ruff Jhdor Gustav — Handel mit Stahl, Eisen- und Kurzwaren — VII., Wimmerergasse 16.
 Hejna Fran. — Schuhmachergewerbe — VII., Lerchenfelderstraße 13.
 Fischbach Ignaz — Handel mit Klebstoffen — VII., Neustiftgasse 75.
 Hausen August — Handel mit Bildern — VII., Burggasse 18.
 Kaltenböck Barbara — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVIII., Kreuz-gasse 60.
 Langer Marie Karoline — Warenhandel (beschränkt) — XIII., Flach-gasse 3.
 Fuchs Siegmund — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt), sowie Flaschenbier-Verschleiß — II., Am Labor 18.
 Böck Desidor — Handel mit Porzellan, Glas, Küchengeräten u. — VII., Kaiserstraße 76.
 Richter Valerie — Handelsagentie — V., Margaretenstraße 137.
 Schüller Julie — Übernahme von Wäsche zum Fügen — I., Grünanger-gasse 1.
 Witschel Raphaela — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel (beschränkt) sowie Flaschenbier-Verschleiß — XVIII., Alfeggerstraße 18.
 Kerschbaumer Marie — Marktviertelhandlung — IV., Naschmarkt.
 Woschall Josef — Photographische Porträtaufnahmen — VII., Neu-baugasse 14.

Inhalt.

Seite

Gemeinderats-Ausschuß:
 Bericht über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Ver-leihung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 21. Mai 1918 1039
 Bezirksvertretungen:
 Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 28. Februar 1918 1041
 Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom 21. März 1918 1043
 Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom 26. März 1918 1043
 Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom 27. März 1918 1044
 Allgemeine Nachrichten:
 Lebensmittelverkehr:
 Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 29. Mai 1918 1044
 aubewegung:
 Gesuche umaubewilligungen vom 28. bis 30. Mai 1918 1044
 Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 1045
 Kundmachungen.
 Beilage:
 Besche, Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normalbestimmungen des Gemeinderates, Stadtrates und des Magistrates (V).

Kundmachungen.

№. 3. 5270.

Kundmachung.

(Hauptrechnungsabschluss der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.)

Der Hauptrechnungsabschluss der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, sowie die Rechnungsabschlüsse sämtlicher unter der Gemeindeverwaltung stehenden Fonds und Anstalten für das Verwaltungsjahr 1916/17, das ist für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis 30. Juni 1917, ferner der Hauptvoranschlag der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, sowie die Voranschläge sämtlicher unter der Gemeindeverwaltung stehenden Fonds und Anstalten für das Verwaltungsjahr 1918/19, das ist für die Zeit vom 1. Juli 1918 bis 30. Juni 1919, liegen durch 14 Tage, und zwar vom 1. bis einschließlich 14. Juni 1918, täglich von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderates, I., Lichtenfelsgasse 2, Stiege V, 1. Stock, zur öffentlichen Einsicht auf.

Es wird dies hiemit in Gemäßheit des § 57 des Wiener Gemeindestatutes mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß allfällige Erinnerungen der Gemeindeglieder im genannten Präsidialbureau zu Protokoll genommen werden.

Wien, am 27. Mai 1918.

Der Bürgermeister:

Dr. Richard Weisskirchner m. p. 1—1

K. k. n.-ö. Statth.-Z. VI-505.

M. Abt. V, 936.

Kundmachung

(K. k. Staatsbahnen [St. C. G.] Erweiterung der Station Stadlau [Nordseite] und Unterführung der Erzherzog Karl-Straße in Wien XXI.)

Das k. k. Eisenbahnministerium hat laut Erlasses vom 11. Mai 1918, Z. 19498/19 a, das Projekt der k. k. Staatseisenbahnverwaltung, betreffend die Erweiterung der Station Stadlau (Nordseite) und Unterführung der Erzherzog Karl-Straße im XXI. Bezirke vom sachlichen Standpunkte für entsprechend befunden und hierüber die Vornahme der politischen Begehung unter Beobachtung auf die sachlich-rechtlichen Bestimmungen des niederösterreichischen Landes-Wasserrechtsgesetzes und der Enteignungsverhandlung angeordnet.

Diese Amtshandlungen werden von der Statthalterei am Donnerstag den 6. Juni 1918 unter Leitung des k. k. Bezirks-Kommissärs Dr. Marian Ritter Kurz v. Hohenlehnsdorff durchgeführt werden.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich am bezeichneten Tage um 10 Uhr vormittags in der Station Stadlau.

Die Projektsbeihilfe, die Situations- und Grundeinlöschungspläne, die Verzeichnisse der Wege und Wasserläufe, der in Anspruch genommenen Grundstücke und Rechte, sowie der Namen und Wohnorte der zu Enteignenden liegen vom 23. Mai 1918 bis zum Verhandlungsvortage (einschließlich) bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Allen Beteiligten steht es frei, bei obiger Amtshandlung zu erscheinen.

Einwendungen gegen das Projekt oder die begehrten Enteignungen und allfällige Wünsche können während obiger Aufnahmefrist schriftlich oder mündlich bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, spätestens aber am Verhandlungstage bei der Kommission selbst vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Lokalverhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Diese Verlautbarung dient für alle nicht besonders Beständigsten als Einladung.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 18. Mai 1918.

2—3

K. k. n.-ö. Statth.-Z., VI-512/3.

M. Abt. V, 969.

Kundmachung.

(K. k. Staatsbahnen, Linie Rußdorf—Kaiser-Ebersdorf, Schleppgleisanlage von km 7·1/2 zur k. u. k. Militärhütaeanstalt in Wien, II.)

Über Ersuchen der k. k. Staatsbahn-Direktion Wien vom 16. Mai 1918, Z. 252/9-III, findet die Fortsetzung der politischen Begehung über das im Auftrage des k. u. k. Kriegsministeriums überreichte Projekt der k. k. Staatseisenbahnverwaltung, betreffend die Ausführung einer in km 7·1/2 der Linie Rußdorf—Kaiser-Ebersdorf abzweigenden Schleppgleisanlage zur k. u. k. Militärhütaeanstalt in Wien, II, am Dienstag den 4. Juni 1918, unter Leitung des k. k. Bezirks-Kommissärs Dr. Marian Ritter Kurz v. Hohenlehnsdorff statt.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich am bezeichneten Tage um 10 Uhr vormittags in der Haltestelle Militärschwimmhülle der Linie Rußdorf—Kaiser-Ebersdorf.

Die Projektbehelfe liegen vom 27. Mai 1918 bis zum Verhandlungsvortage (einschließlich) bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Allen Beteiligten steht es frei, bei obiger Amtshandlung zu erscheinen.

Einwendungen gegen das Projekt oder die begehrten Entzignungen und allfällige Wünsche können während obiger Auflagefrist schriftlich oder mündlich bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, spätestens aber am Verhandlungstage bei der Kommission selbst vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Lokalverhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Diese Verlautbarung dient für alle nicht besonders Beständigsten als Einladung.

Vom der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 23. Mai 1918.

2—2

M. Abt. X, 3183/18.

Kundmachung.

(Leopoldauer Friedhof. — Wiederbelegung von Gräbern III. und IV. Klasse.)

Nach dem 1. September 1918 werden die nachstehend bezeichneten Gräber im Leopoldauer Friedhofe wiederbelegt, und zwar:

Gräber III. Klasse:

Gruppe L, Nr. 5, 7 bis 12, 17 bis 23 und 25;

Gruppe M, Nr. 6 bis 8, 10 bis 12, 17, 19 bis 22 und 24.

Gräber IV. Klasse:

Gruppe N, Nr. 5, 6, 6 a, 7, 7 a und 11 bis 14.

Leichenaushebungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig. Die bezüglichen Gesuche sind bis längstens 1. September 1918 bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X (I., Neues Rathaus), einzubringen.

Ver spätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Nach dem 1. September 1918 werden die Grabsteine und -kreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer von den Gräbern entfernt und an geeigneter Stelle hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen, ausgefolgt. Über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,

im selbständigen Wirkungskreise,

am 15. Mai 1918.

2—3

M. Abt. X, 2065.

Kundmachung.

(Hezendorfer Friedhof. — Wiederbelegung einfacher Gräber.)

Nach dem 1. September 1918 werden die einfachen Gräber Gruppe VII, Nr. 77 bis 92 und Nr. 94 bis 113 im Hezendorfer Friedhofe wiederbelegt.

Gesuche um Aushebung von Leichenresten aus diesen Gräbern sind bis längstens 1. September 1918 bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X (I., Neues Rathaus, Stiege V, Mezzanin) einzubringen.

Später überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Nach dem 1. September 1918 werden die Grabkreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer von den Gräbern entfernt und an geeigneter Stelle im Friedhofe hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die ihr Eigentumsrecht binnen Jahresfrist entsprechend nachweisen, ausgefolgt. Über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,

im selbständigen Wirkungskreise,

am 22. Mai 1918.

1—3

M. Abt. XIII, 1076/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Erziehungsanstalt der Salesianer Don Boscos
III., Hagenmüllergasse 43.

Berliehen wird: Ein Platz zum halben Verpflegungspreise vom Schuljahre 1918/19 auf die Dauer des Studiums am Gymnasium.

Anspruchsberechtigt sind: Katholische, nach Wien zuständige, wenigstens zehn Jahre alte Mittelschüler deutscher Nationalität, welche das mit Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Privatgymnasium der Salesianer im III. Bezirke, Hagenmüllergasse 43, besuchen oder vom nächsten Schuljahre an besuchen wollen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Impfszeugnis, ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand des Bewerbers und ein Mittellofigkeitszeugnis, sowie die zwei letzten Schulzeugnisse.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 15. Juni 1918.

Nähere Auskünfte über den (halben) Verpflegungspreis und die außerdem zu leistenden Zahlungen an Eintrittsgebühren und Schulgeld, dann über die Beistellung der Kleider, Wäsche und Schulrequisiten, sowie die Art der Erziehung der Zöglinge erteilt die Anstalts-Direktion.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. April 1918.

M. Abt. XIII, 1630/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

Freiplätze der Gemeinde Wien an der k. k. Export-Akademie in Wien.

Verliehen werden für das Studienjahr 1918/19 mehrere Freiplätze an der allgemeinen Abteilung der k. k. Export-Akademie mit einjähriger Studiendauer.

Der Inhaber eines solchen Freiplatzes hat nur die Inskriptionsgebühr zu entrichten und ist im übrigen von der Zahlung des ganzen Studiengeldes befreit. Der Genuß des Freiplatzes erstreckt sich nur auf das eine Studienjahr. Die im Genuße eines solchen Freiplatzes stehenden Studierenden sind verpflichtet, die Vorlesungen regelmäßig zu besuchen, die Kolloquien und Jahresprüfungen rechtzeitig und mit gutem Erfolg abzulegen und den Vorschriften der Studien- und Disziplinarordnung zu entsprechen, widrigens ihnen über Antrag der Direktion der Akademie der Freiplatz entzogen werden kann.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien heimatsberechtigte bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen, welche die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben und tadelloses sittliches Betragen aufweisen.

Dem Gesuche sind anzuschließen: Tauf(Geburts-) und Heimatschein, Impfungsnachweis, Armut- oder Mittellosigkeitszeugnis, aus welchem die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Einschreiters und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, insbesondere auch der allfällige Genuß von Stipendien oder Freiplätzen des Bewerbers oder seiner Geschwister zu ersehen sind, ferner die letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung.

Einreichsstelle und Einreichungsfrist: Die an den Wiener Magistrat, Abt. XIII, zu richtenden Gesuche sind in der Zeit vom 1. bis einschließlich 8. Juli 1918 bei der Direktion der k. k. Export-Akademie (XIX., Felix Mottl-Straße 1 c) einzureichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Mai 1918.

3-3

„Austria“ Petroleumindustrie A. G.		
Wien, I., Rengasse 6		
Telephone: 15.840, 18.280, 22.760, 22.862, = 23.414 =	Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Diesel- motoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.	Telegramme Senkero Wien
Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in: Trzebinia, Drohobycz („Austria“), Mährisch- Schönberg und Peczenizyn.		

M. Abt. XIII, 1534/18.

Selbständiger Wirkungskreis.

J. E. Meyer'sche Stiftung für bedürftige Gewerbsleute.

Verteilt werden: 249 K in drei gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Bedürftige Gewerbsleute.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungs-auftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: Bis 28. Juni 1918.

Verleihungstag: 1. Oktober 1918.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 3. Mai 1918.

1-3

Berndorfer Metallwarenfabrik ARTHUR KRUPP A. G.

Berndorf Nieder - Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.

NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12.
:: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfer-nickel. Widerstandsdrähte, Fasson-drähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen. Geschossmäntel
:-: etc. etc. etc. :-:



Schutzmarke für
Alpacca-Silber I.



Schutzmarke für
Alpacca.



Schutzmarke für
Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

A. HERZMANSKY

WIEN VII. Mariahilferstrasse 26
Stiftgasse 1, 3, 5, 7. WIEN VII.

Für die Frühjahrssaison:

Satin de chine, Gabardine, Armüre, Taft, Etamine gestickt, Crêpe de chine, Luftstickereistoffe, sämtliche Schneider- und Modisten-Zugehöre, Wollstoffe in den besten Qualitäten, Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen, Kinderkleider, Kopfschale aus Kunstseide, Papiergewebe für Fruchtsäcke, Strohsäcke, Polster und Handtücher

8. österr. Kriegsanleihe

Steuerfreie 5 $\frac{1}{2}$ % Staatsanleihe zu . . . K 92.50
Steuerfreie 5 $\frac{1}{2}$ % Staatsschatzscheine zu K 96.—

Der Zeichner erhält eine Bonifikation von $\frac{1}{2}$ % und bei der amortisablen Staatsanleihe ausserdem eine einmonatige Zinsenbonifikation

Die Staatsanleihe wird in den Jahren 1924 bis 1958 durch Auslosung getilgt.

Die Staatsschatzscheine können vom Inhaber vom 1. September 1923 an am Tage jeder Kuponfälligkeit auf sechs Monate zur Rückzahlung gekündigt werden

Begünstigungen der Österr.-ungar. Bank und der Kriegsdarlehenskasse bei Belehnungen zu Zeichnungszwecken

Annahme dieser Kriegsanleihe bei Bezahlung der Kriegsgewinnsteuer

Begünstigung der Zeichner beim Verkauf der Demobilisierungsgüter

Zeichnungen und Auskünfte beim Postsparkassenamt und den Postämtern, bei den Steuerämtern, Staatskassen, bei der Österr.-ungar. Bank und ihren Filialen, bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen, Versicherungsanstalten, Kreditgenossenschaften und deren Verbänden

Zeichnungen vom 28. Mai bis 2. Juli 1918